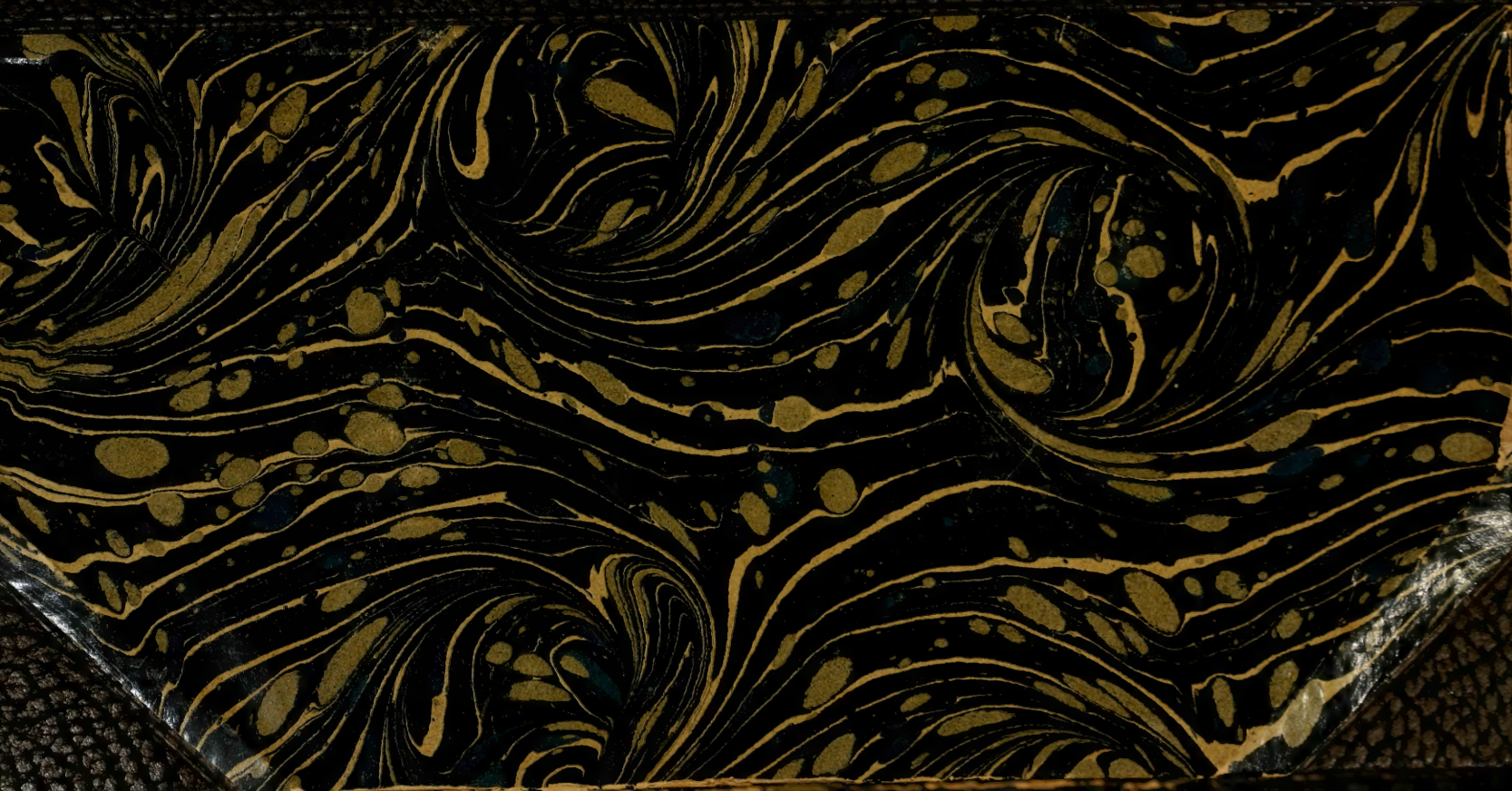
3 1761 07986213 2



Hans Delbrück

Krieg und Politik 1914–1916

D324

Krieg und Politik

1914—1916

von

Hans Delbrück.

289310
1. 7. 33

1918

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7
Hofbuchhändler Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen

Alle Rechte vorbehalten.

D
523
D34

Printed in Germany

Inhalt.

Seite

Vorwort 1

Vorspiel: Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland von P. v. Mitrofanoff 5

Die Kriegsgefahr 19

Die Ursachen des Krieges. Die Chancen. Das Ziel 28

Weiteres über die Genesis des Krieges 45

Die Kriegsereignisse von Ende August bis gegen Ende September 1914. Der zukünftige Friede 48

Das englische Weltreich 61

Das Zahlenübergewicht unserer Gegner und die Politik Belgiens. Die strategische Lage Ende Dezember 1914 70

Die Kriegsereignisse im Januar 1915 80

Die englischen Wirtschaftspläne und der gegenwärtige Krieg (Otto Hintze), Besprechung 84

Der Krieg im Februar 1915 85

Was Amerikaner glauben 90

Die Zukunft unserer inneren Politik. März 1915 95

Die Kriegsereignisse im März 1915. — Konstantinopel. — Japan 99

Selbstanzeige Bismarcks Erbe 104

Die Kriegsereignisse im April-Mai 1915 105

Der Krieg im Juni 1915 114

Die Kriegsereignisse Mai bis Juli 1915 118

Die Kriegsereignisse im August 1915 124

Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens. August 1915 129

Deutschland und der Weltkrieg, Besprechung 135

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Besprechung 140

Die Differenzen über die Kriegsziele hüben und drüben. September 1915 142

Die Kriegsereignisse im September 1915. Die Absetzung des Großfürsten Nikolai und die Vertagung der Duma. Das Durchhalten bei uns und bei den anderen 145

Seite

Von der Seele des Soldaten im Felde (Erich Everth), Besprechung 150
Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz (Richard Kiliani), Besprechung 150
Unser Wirtschaftssystem nach dem Kriege (Oktober 1915) 153
Professor Seeberg, Professor Schäfer, Professor v. Wilamowitz, Professor Hintze 156
Die Kriegsereignisse im Oktober 1915 160
Die Kriegsereignisse im November 1915 166
Die Rede des Reichskanzlers (9. Dezember 1915) und der Reichstag. Wirkung im Ausland. Zeichen der Erschlaffung bei unseren Feinden. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands. Die Kriegslage Ende Dezember 1915 172
Die preußische Thronrede (13. Januar 1916) 187
Die Kriegsereignisse im Januar 1916 191
Bismarcks Erbe 195
Amerika zwischen Deutschland und England. Die Resolution der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses (Februar 1916) . 202
Die Kriegsereignisse im Februar 1916 216
Die Kriegsereignisse im März 1916. Der Rücktritt des Admirals v. Tirpitz. Monarchie und Parlamentarismus im Kriege . . 221
Otto von Bismarck. Vom Erbe Bismarcks (Erich Marcks), Besprechung 233
Eine Richtigstellung an die „Deutsche Tageszeitung“ (April 1916) . 240
Die Zukunft Englands 243
Der Konflikt mit Amerika 251
Der Krieg im April 1916 255
Die Beilegung des Konflikts mit Amerika, die öffentliche Meinung und die Parteien. Präsident Wilsons Friedensvermittlung . . . 258
England und Irland 266
Die Kriegsereignisse im Mai 1916 268

Kalendarium.

1914.

Juni. 28. Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo ermordet. (S. 19.)

Juli. 23. Oesterreich-Ungarns befristetes Ultimatum an Serbien. (S. 21/22.)
25. Serbien lehnt ab. (S. 22).
28. Oesterreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg. (S. 27.)
30. Rußland mobilisiert seine gesamte Armee und Flotte. (S. 27 und 46/47.)
31. mitternachts. Deutsches Ultimatum an Rußland. Frankreich mobilisiert.

August. 1. abends 5 Uhr. Deutsche Mobilmachung. (S. 27.) Deutschland erklärt Rußland den Krieg.
3. Deutschland erklärt Frankreich den Krieg. Deutsche Truppen rücken in Belgien ein.
4. Sitzung des deutschen Reichstags. England erklärt Deutschland den Krieg. (S. 31.)
6. Mißglückter Handstreich auf Lüttich.
7. Forts von Lüttich im Sturm genommen [Emmich]. (S. 40.)
10. Franzosen bei Mühlhausen zurückgeworfen. (S. 49/50.)
11. Gefecht bei Lagarde, westl. Saarburg, Franzosen geworfen.
17. Gefecht bei Stallupönen.
19. Japans Ultimatum an Deutschland.

1914.

August. 20. Treffen bei Gumbinnen, Rückzug der Deutschen.
Die Deutschen ziehen in Brüssel ein.
20 21. Die Franzosen in Lothringen zurückgeworfen. [Schlacht bei Metz, Kronprinz Rupprecht.] (S. 50.)
22 23. Sieg über die Franzosen bei Longwy. [Deutscher Kronprinz.] (S. 50.)
23. Sieg bei Neufchâteau, nordw. Longwy [Herzg. v. Württemberg] (S. 50.)
25. Sieg der Oesterreicher bei Krasnik; achttägige Schlacht zwischen Weichsel und Dnjestr. Rückzug der Oesterreicher.
25 26. Namur und Longwy genommen.
28. Niederlage der Engländer bei St. Quentin [v. Bülow]. (S. 50.)
27 29. Schlacht bei Tannenberg. (S. 54 ff.)

September. 3. Die Deutschen besetzen Reims.
Deutsche Reiterei vor Paris. Klucks Hauptquartier in Coulommiers, 7 Meilen östl. Paris. (S. 52.)
Die französische Regierung verläßt Paris.
Die Oesterreicher räumen Lemberg.
5 6. Starker französischer Ausfall aus Paris gegen die Flanke der deutschen Aufstellung (S. 52.)
7 10. Die Deutschen ziehen sich über die Marne wieder zurück. (S. 52 und 73.)
7. Maubeuge kapituliert. (S. 51.)
10. Schlacht an den Masurischen Seen; Rennenkampf zieht sich zurück. (S. 56.)
13. Die Oesterreicher gehen nach weiteren schweren Kämpfen bei Lemberg weiter zurück.
14. General von Falkenhayn übernimmt die Geschäfte des Chefs des Großen Generalstabes.
17. Gouvernement Suwalki unter deutscher Verwaltung.
19. 1. Deutsche Kriegsanleihe [4 1/3 Milliarden]. (S. 149.)
22. Die Russen berennen Przemysl.
23. U 9 (Weddigen) versenkt 3 englische Kriegsschiffe.
25. Fort Camp des Romains (St. Mihiel) genommen.
27. Die Russen dringen in Ober-Ungarn ein.
Deutsche und Franzosen kämpfen an der Aisne.

1914.

Oktober. Die Kampffronten im Westen dehnen sich nördlich bis über Arras aus.
Hindenburg und die Oesterreicher dringen von Schlesien und Westgalizien gegen die Weichsel vor. (S. 77.)

9. Antwerpen genommen. (S. 73.)

10. König Karl von Rumänien †.

11. Przemysl entsetzt.

13/15. Gent, Brügge, Ostende von den Deutschen besetzt.
Weiteres Vorstoßen in der Richtung Dünkirchen-Calais.

15. Die Deutschen vor Warschau.

18. Beginn der Kämpfe am Yserabschnitt bei Nieuport. Die Fronten bis ans Meer ausgedehnt. (S. 73.)

29. Die Türkei tritt auf die Seite der Zentralmächte.

27/31. Hindenburg weicht vor der Ueberlegenheit der Russen nach Oberschlesien zurück. (S. 77.)

November. 1. Der bis dahin fortschreitende Angriff der Deutschen an der Yser wird durch die Ueberschwemmung aufgehalten, welche durch die Durchstechung der Deiche herbeigeführt ist. (S. 73.)
Sieg eines deutschen Geschwaders unter Graf Spee bei Coronel an der Küste von Chile. (S. 72.)

7. Tsingtau muß sich den Japanern ergeben.

10. Dixmuiden von den Deutschen erstürmt.

12. Zweite Belagerung von Przemysl.

13. Hindenburg hat seine Armee mit der Eisenbahn durch Schlesien nach Westpreußen geführt und greift die Russen, die sich der schlesischen Grenze genähert haben, von Norden an. (S. 78.)

14. Sieg bei Wloclawek über die Russen.

19/20. Die Deutschen im Rücken der Russen (zwischen Lodz und Warschau.)

22. Zwei deutsche Korps unter Litzmann und Scheffer jenseits Lodz bei Brzeziny von russischer Verstärkung (Warschau) abgeschnitten, schlagen sich glücklich nach Norden durch. (S. 78.)

1914.

Dezember. 2. Die Oesterreicher besetzen Belgrad.
4. Fürst Bülow Botschafter in Rom.
6. Lodz genommen.
8. Vernichtung der deutschen Kreuzerflotte bei den Falkland-Inseln. (S. 72.)
12. Sieg der Oesterreicher bei Limanowa, südöstl. Krakau.
15. Die Oesterreicher gezwungen Serbien wieder zu räumen. (S. 77 und 80).
17. Die Franzosen und Engländer setzen in Flandern zu einer großen Offensive an, die abgeschlagen wird.
21. Großadmiral v. Tirpitz kündigt in einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten v. Wiegand den Ubootkrieg gegen feindliche Handelsschiffe an.
22. Die Russen bis hinter den Abschnitt der Bzura, Rawka, Pilika zurückgeworfen, kommen hier zum Stehen.
26 29. Die Oesterreicher bringen das Vorgehen der Russen in Galizien im Raum von Gorlice, in den Karpathen am Luptower Paß zum Stehen.

1915.

Januar. Im Osten infolge unerwartet regnerischen Wetters fast Stillstand: in Galizien und in den Karpathen — nach anfänglichem Vordringen der Russen — Ende Monats mit deutscher Verstärkung österreichische Offensive in den Karpathen. (S. 82/83.)
12 14. Erfolgreiche deutsche Offensive an der Aisne: Soissons. (S. 81 f.)
13. Graf Berchthold tritt zurück. Burian Nachfolger.
24. Seegefecht bei Helgoland.
25 27. Neuer deutscher Erfolg an der Aisne bei Craonne. (S. 81 f.)
26. Der Uzioker Paß von den Oesterreichern wiedergewommen.
29. Letzte Paßhöhen in den Karpathen den Russen entrissen.

Februar. 4. Die deutsche Admiralität erklärt die Gewässer rings um Großbritannien und Irland vom 18. Februar an für Kriegsgebiet.

1915.

Februar. 9/16. Winterschlacht in Masuren. (S. 88/89.)
6/17. Bukowina befreit. (S. 88/89.)
17. Czernowitz wiedergenommen.
17.—20. März. Winterschlacht in der Champagne.
26. Beginn des Angriffs auf die Dardanellen. (S. 89.)
26/27. Die Deutschen gelangen auf der Verfolgung (Masuren) bis vor die Wälle Grodnos (Njemen) und die Boberlinie.
Ueberlegene russische Kräfte treten auf.

März. Die Deutschen weichen vor der russischen Uebermacht exzentrisch zurück. (S. 99.)
3. Lorettohöhe (Arras) von den Deutschen erstürmt.
10. Ende der Winterschlacht in der Champagne. (S. 100.)
10. Bei Neuve-Chapelle erschöpft sich ein mit ungeheurer Ueberlegenheit geführter feindlicher Angriff.
11/12. Die Russen nachdringend, plötzlich in der rechten Flanke gefaßt (Augustowo), treten den Rückzug auf Grodno an. (S. 99/100.)
18. Russische Reichswehrhausen in Memel.
18. Großer Angriff an den Dardanellen verlustreich abgeschlagen. (S. 101.)
19. II. Kriegsanleihe (9 Milliarden). (S. 149.)
22. Przemysl kapituliert. (S. 100.)
23. Die österreichische Offensive kommt in den Karpathen und an den Grenzen der Bukowina zum Stehen. Die Karpathenkämpfe gehen weiter bis in den April hinein.

April. Im Westen: schwere Kämpfe bei Ypern und Verdun.
Im Osten: Karpathenschlacht.
Ende April Hindenburgs Vormarsch nach Kurland. (S. 110.)

Mai. 2/6. Durchbruchsschlacht bei Gorlice. (S. 105 ff.)
7. Libau besetzt.
7. Versenkung der Lusitania. (S. 205.)
8. Mackensen überschreitet den Wislok. Karpathenfront weicht.
9. Beginn der Lorettoschlacht (Arras).

1915.

Mai.
11. Der untere San überschritten (südlich Przemysl).
15. Amerikas Lusitanianote.
17. Der San nördlich Przemysl überschritten.
13/31. Schwere Verluste der englisch-französischen Flotte in den Dardanellen.
23. Italien erklärt Oesterreich den Krieg.
31. Nordforts von Przemysl genommen. Russische Stellungen bei Stryj (5 Meilen südöstlich Przemysl) durchbrochen.

Juni.
3. Przemysl zurückerobert. (S. 114/15.)
9. Amerikanischer Staatssekretär Bryan tritt zurück; Lansing Nachfolger.
10. 2. Lusitanianote Amerikas. (S. 205.)
11. Die Russen weichen in der Bukowina über die Grenze.
13/18. Höhepunkt der Lorettoschlacht [9. Mai.] (S. 119.)
19. Stellungen von Grodek (westl. Lemberg) genommen.
22. Lemberg zurückerobert. (S. 114/15.)
27. Linsingen überschreitet den Dnjestr; nördlich Lemberg nähert sich Mackensen dem Bug.

Juli.
Im Westen (Flandern: Ypern, Lille, Arras) weitere Durchbruchversuche der Alliierten.
7. Die Verbündeten bei Krasnik aufgehalten. (S. 126.)
8. Deutsche Antwortnote an Amerika [Lusitania.] (S. 205.)
9. Deutsch-Südwestafrika ergibt sich.
16. Die Russen auf die Narewlinie zurückgeworfen (Hindenburg.)
18/20. Zwischen Weichsel und Bug (Krasnostaw) leisten die Russen der Armee Mackensen erbitterten Widerstand. (S. 126.)
18. Windau (Ostsee) genommen.
19/22. Höhepunkt der I. Isonzaschlacht.
23. Wilsons Antwortnote: Zusammenarbeit für die „Freiheit der Meere". (S. 205.)
24. Narewlinie durchbrochen. (S. 122 und 126.)
28. Mackensen nimmt Offensive wieder auf. (S. 127.) Rückzug der Russen auf die Linie Brest-Litowsk-Grodno beginnt. (S. 127.)
30. Lublin besetzt.

1915.

August. 1. Mitau besetzt.
4. Iwangorod von den Oesterreichern besetzt. (S. 127.)
5. Warschau genommen. (S. 127.)
10. Lomza (Narew) fällt.
17. Kowno erstürmt. (S. 127.)
19. Nowo-Georgiewsk genommen. (S. 127.)
Unaufhaltsames Vordringen der Verbündeten gegen die Linie Grodno-Brest-Litowsk.
19. II. Isonzoschlacht.
25. Brest-Litowsk genommen.
30. Vordringen der Deutschen östlich des Njemen auf Wilna zu.
In Galizien Strypalinie erreicht.
31. Festung Luzk (Wolhynien) genommen.

September. 3. Grodno fällt. (S. 145.)
5. Großfürst Nikolaus abgesetzt. (S. 146 ff.)
15. Pinsk fällt [ca. 150 km östlich Brest]. (S. 145).
18. Wilna besetzt. (S. 145.)
21. Bulgarien macht mobil.
22. III. Kriegsanleihe [12 Milliarden]. (S. 149.)
25.—6. Oktober. Der große Doppelangriff der Alliierten auf die Deutschen bei Reims und Arras. (S. 145, 61, 82.)

Oktober. Beginn des Stellungskriegs im Osten.
4. Bulgarien lehnt russ. Ultimatum ab.
5. Truppenlandung der Alliierten in Saloniki. (S. 165.)
6. Französische Massenangriffe in der Champagne gescheitert.
6/7. nachts Uebergang Mackensens über die Donau; er dringt von Norden in Serbien ein.
8. Belgrad fällt.
13. Delcassé tritt zurück.
14. Bulgarien erklärt Serbien den Krieg.
16. Die Bulgaren dringen von Osten in Serbien ein.
21/31. III. Isonzoschlacht
26. Fühlung zwischen Deutschen und Bulgaren.
29. Viviani tritt zurück. (S. 170.)
31. Sassanoff tritt zurück.

1915.

November. 1. Kragujewac (Morava) genommen.
5. Nisch erobert (Bulgaren).
18. IV. Isonzoschlacht.
23. Pristina besetzt.
22/30. Die Engländer in Mesopotamien bei Ktesiphon geschlagen, gehen auf Kut el Amara zurück. (S. 181 und 84.)

Dezember. Der Krieg im Laufe des Monats auf allen Fronten zum Stillstand gekommen. (S. 180.)
5. Deutsch-bulgarische Abteilungen besetzen Monastir.
10. Die Einschließung der Engländer bei Kut el Amara beginnt.
12. Joffre durch Castelnau ersetzt. (S. 178.)
15. French durch Haig ersetzt. (S. 178.)
19/20. Nordseite der Halbinsel Gallipoli von den Engländern geräumt. (S. 183 f.)
23.—15. Januar 1916. Angriff der Russen in Galizien. Neujahrsschlacht.
28. Asquith für die allgemeine Wehrpflicht.

1916.

Januar. Erfolgreiches Vordringen der Oesterreicher in Montenegro.
8. Englisch-französische Dardanellenstellung (Sedil Bahr) geräumt. Dardanellenunternehmen endgültig gescheitert.
10. Der Lowcen (Montenegro) erstürmt. (S. 194).
13. Preußische Thronrede (Wahlreform). (S. 187 ff.)
13. Montenegro bittet um Frieden. (S. 194 f.)

Februar. 1. Stürmer russischer Minister.
9. Die Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses faßt eine Resolution betreff des Tauchbootkrieges und Amerikas und läßt sie dem Reichskanzler zustellen. (S. 213 ff.)
17. Die Russen nehmen Erzerum. (S. 218.)
22. Beginn des deutschen Angriffs auf Verdun. (S. 220, 21 ff.)
25. Douaumont erstürmt. (S. 220.)
27. Durazzo von den Oesterreichern besetzt. (S. 219.)

1916.

März.
8. Panzerfeste Vaux (Verdun) erstürmt.
9. Kriegserklärung an Portugal.
13/29. V. Isonzoschlacht. (S. 224.)
15. Tirpitz verabschiedet. (S. 226 f.)
22. IV. Kriegsanleihe [$10^1/_2$ Milliarden]. (S. 225.)
24. Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion. Sussex torpediert. (S. 253.)
27. Große Alliiertenkonferenz in Paris (einheitliche Front). (S. 225 und 55.)
30. Malancourt (linkes Maasufer, Verdun) genommen.

April.
5. Fraktionsanträge im Reichstag zum Tauchbootkrieg. (S. 230 ff.)
5. Haucourt (linkes Maasufer) gestürmt.
9. Bethincourt gestürmt.
18. Oestlich der Maas Steinbruch von Haudromont genommen.
18. Die Russen nehmen Trapezunt. (S. 256.)
22. Wilson fordert (Sussex!) Einstellung des Tauchbootkrieges. (S. 251 ff.)
24. Aufstand in Irland.
29. Kapitulation der Engländer bei Kut el Amara. (S. 251.)

Mai.
4. Beilegung des Konflikts mit Amerika durch die deutsche Antwortnote. (S. 258 ff.)
15. Beginn der österreichischen Offensive in Tirol. (S. 270 f.)
23. Heftige Kämpfe um Fort Douaumont. (S. 269.)
24. Cumières, hart am Westufer der Maas genommen.
26. Allgemeine Wehrpflicht in England. (S. 268.)
31. Seeschlacht am Skagerrak. (Bd. II, S. 1.)

Vorwort.

Als Historiker, der seit mehr als einer Generation die Kriegsgeschichte zu seiner Spezialität gemacht hat, und als Politiker, der in freudiger nationaler Gesinnung doch den Chauvinismus in jeder Gestalt immer abgelehnt und bekämpft hat, habe ich in meiner Zeitschrift, den „Preußischen Jahrbüchern", diesen Krieg in regelmäßigen Uebersichten und Betrachtungen begleitet und habe alle diese Artikel — zunächst bis zum Mai 1916 reichend — nunmehr zu einem Sammelbande vereinigt und so weit ergänzt, daß eine leidlich vollständige Uebersicht entstanden ist. Ich brauche mich nicht zu scheuen, auch die Irrtümer, in die ich verfallen bin und die der Fortgang der Dinge aufgedeckt hat, wieder mit abzudrucken; mir scheint, was ich richtig gesehen habe, ist doch sehr vorwiegend, und wenn ich im besonderen das Ende des Krieges oder die Erschöpfung der Gegner oft näher zu sehen glaubte, als sie wirklich waren, so weiß ich nicht, ob es jemand in Deutschland gegeben hat, der sich in dieser Frage als ein besserer Prophet bewährt hätte. Im Gegenteil: ich darf die kriegsgeschichtlichen Darstellungen einleiten mit einem Satz aus den „Preußischen Jahrbüchern" vor dem Kriege (Dezemberheft 1913) der da lautet: „Frankreich ist so gut gerüstet, daß auch bei einem isolierten Waffengang zwischen uns der Erfolg uns sehr hart bestritten werden würde. Wir würden den westlichen Nachbar gewiß schließlich niederringen, aber nur nach einem langen, sehr hartnäckigen Widerstand. An einen isolierten Kampf aber zwischen uns und Frankreich ist gar nicht zu denken. Gehen wir in einen französischen Krieg, so haben wir es unzweifelhaft auch mit Rußland und wahrscheinlich auch mit England zu tun." In dieser Voraussicht habe ich im Jahre 1912 mich gegen den Bau weiterer Dreadnought-Schiffe erklärt und statt dessen eine noch weitergehende Verstärkung der Armee gewünscht.

Wesentlich ist, daß ich weder mit dem Zusammenbruch des zaristischen Kriegsstaats, noch mit dem verschärften Tauchbootkrieg und der daraus entsprungenen aktiven Kriegsteilnahme Amerikas gerechnet habe. Das ergibt tiefgreifende praktische Modifikationen; daß aber nichtsdestoweniger meine Grundauffassung die gleiche geblieben ist und bleiben durfte, zeigen die seitdem erschienenen Artikel, die in einem weiteren Bande vereinigt werden sollen.

Ihren politischen Charakter hat den „Preußischen Jahrbüchern" einst Heinrich v. Treitschke aufgeprägt, der als geborener Sachse den preußischen Geist, den er in sich aufgenommen, nur mit einer um so größeren Inbrunst pflegte, der als der gewaltigste Prophet des von Preußen geschaffenen neuen Deutschen Reiches doch immer der deutsche Gelehrte, der Jünger der deutschen Wissenschaft und Poesie blieb und schon im Jahre 1871, als er Gustav Freytag die Sammlung seiner Aufsätze widmete und die wundervolle Fügung pries die „die kühnsten Träume, die wir einst in jenem Leipziger Freundeskreise zu fassen wagten, über alles Hoffen hinaus verwirklicht" habe, daran den Satz knüpft „und schon regt sich uns die Sorge, wie die überschwellende Kraft dieses erwachten Volkes in Schranken zu halten, wie sie zu bewahren sei vor den weltumspannenden Plänen des alten heiligen Reichs". Immer von Neuem warnte er unser Volk vor „den Wegen auf denen das erste und zweite französische Kaiserreich in einer fortgesetzten Kriegs- und Prestigepolitik, ihrem Untergang entgegengingen". „Die ungeheure Einseitigkeit des nationalen Gedankens in unserem Jahrhundert bei den meisten Völkern und Völklein, rief er aus, ist nur der natürliche Rückschlag gegen das napoleonische Weltreich. Der unglückliche Versuch, die Mannigfaltigkeit des europäischen Lebens in das öde Einerlei eines Weltreichs zu verwandeln, hat die natürliche Folge gehabt, daß der nationale Gedanke sich heute so ausschließlich geltend macht; das Weltbürgertum ist zu sehr zurückgetreten". Mit Zorn bekämpfte er die Vorstellung, als ob es ein Zeichen nationaler Gesinnung sei, Fremdwörter zu vermeiden, und lud mit Erich Schmidt und Anderen zusammen die deutsche Gelehrten- und Schriftstellerwelt ein, sich gegen diese Bestrebungen zu erklären. Ueber einige Fragen der praktischen Politik bin ich mit ihm, nachdem wir sechs Jahre lang zusammen die „Preußischen Jahrbücher" herausgegeben haben, auseinander gekommen, aber der Geist der Zeitschrift ist unverändert

derselbe geblieben: Vereinigung von Macht und Kultur, von Preußentum und Deutschtum, nationale Gesinnung, aber kein National-Pfaffentum, nationaler Idealismus, aber kein nationaler Fanatismus, deutsches Volkstum als Glied der allgemeinen Menschheits-Bildung, Staats-Gesinnung statt der Partei-Gesinnung.

So allgemein diese Ideen erscheinen, so haben sie doch so viel innere Kraft, daß sich unmittelbar aus ihnen auch die Grundzüge der praktischen Politik ableiten lassen. Soll das Deutschtum in seiner ganzen Stärke und Größe sich behaupten und sich entwickeln, so kann es nicht genügen, ein in sich befriedigtes Deutsches Reich inmitten Europas geschaffen zu haben und zu erhalten, sondern das Deutsche Volk und der Deutsche Staat müssen auch hinaus in die Welt und ihren Anteil heischen neben den anderen großen Nationen an der Beherrschung der Erdkugel. Immer deutlicher zeichnete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts am fernen Horizont die Möglichkeit ab, daß die Welt einmal aufgeteilt werde zwischen Angelsachsentum und Russentum. Hatten bis zum Jahre 1870 die Franzosen jenen beiden Riesenmächten die Wage gehalten, so hatten sie aus ihrer Stellung zurücktreten müssen, nicht nur wegen ihrer Niederlage bei Sedan, sondern besonders weil das französische Volk allmählich seine Zeugungskraft verlor. Wohl erwarben die Franzosen noch ein gewaltiges Kolonialreich, aber sie hatten nicht mehr die Menschen, es zu bevölkern und es zu französieren. Wäre Deutschland dabei geblieben, als bloße Landmacht still zu sitzen, so wäre mit der Zeit nicht nur Afrika, sondern auch die Türkei, Persien, China unter die Weltmächte verteilt worden. Auch der französische Besitz wäre einmal in die Hand der Russen oder Engländer übergegangen, und neben den Dänen, Magyaren und Italienern hätten auch die Deutschen eine interessante kleine Enclave innerhalb der angelsächsischen oder russischen Welt gebildet. Sich selbst und die Welt vor einer solchen Verödung zu bewahren, ist die Mission des Deutschen Reiches. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Preußischen Jahrbücher von je für den Ausbau der deutschen Wehrmacht, für die Beschaffung einer deutschen Kriegsflotte und für eine großzügige Kolonialpolitik eingetreten. In diesem Streben waren sie mit allen deutschen Patrioten einig; in einem Punkt aber dürfen sie sich rühmen einen weiteren Blick als sonst viele Gesinnungsgenossen bewiesen zu haben. Deutschland mußte nach

unserer Auffassung nicht nur für sich selbst Anteil fordern in den fernen Gebieten, sondern es mußte sich auch grundsätzlich als Beschützer aller kleineren Nationalitäten hinstellen. Hier liegt der schwerste Fehler, der der deutschen Politik des letzten Menschenalters zum Vorwurf gemacht werden kann. Durch eine kurzsichtige Germanisierungspolitik in den polnischen und dänischen Gebietsteilen Preußens haben wir uns in der Welt in den Ruf gebracht, nicht der Schützer, sondern der Unterdrücker der kleinen Nationalitäten zu sein. Dieser innere Widerspruch, in den wir uns verwickelt haben, rächt sich jetzt schwer. Auch die neutrale Welt hat in dem großen Kriege zum bei weitem größten Teil Partei gegen uns genommen, und allenthalben sind die Völker gegen uns aufgeregt worden mit Aeußerungen teutonischer Ueberhebung, die man in eben so listiger wie geschickter Weise zu dem Schreckbilde verwoben hat, als ob Deutschland nicht Gleichberechtigung, sondern Unterdrückung anderer Völker und schließlich eine Art Weltherrschaft erstrebe. Von neuem hat sich hier für die „Preußischen Jahrbücher" auch während des Krieges die Aufgabe ergeben, solche verderblichen Verirrungen abzuweisen und zu bekämpfen.

Im Innern habe ich von je die Auffassung vertreten, daß die Sozialdemokratie, wie der Ausdruck damals lautete, sich einmal mausern werde, und sehe die alten Parteigegensätze heute als ausgelebt und verbraucht an. Vorurteilslos blicke ich der Neubildung entgegen. So glänzend sich jetzt das Ueberlieferte bewährt: die Welt steht nicht still, aber in dem Streben nach Fortentwicklung das von den Vätern überlieferte Gute festzuhalten, das ist wahre Staatskunst.

Berlin-Grunewald, 31. Oktober 1917.

Hans Delbrück.

Vorspiel.

Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland.

Von

Paul v. Mitrofanoff, Professor der Geschichte in St. Petersburg.

Veröffentlicht am 27. Mai 1914 mit dem nachfolgenden

Vorwort.

Ueber unser Verhältnis zu Rußland dürfte die vorwaltende Meinung in Deutschland dahin gehen, daß Gründe, die zu einem schweren Konflikt mit diesem Nachbar treiben könnten, nicht vorhanden sind. Weder begehren wir russisches Gebiet, noch die Russen deutsches, und seit der Teilung Polens haben wir in der Niederhaltung dieses Volkes ein starkes, gemeinsames Interesse. Namentlich Fürst Bismark selbst huldigte dieser Auffassung, und wenn trotzdem es noch unter ihm zu den stärksten Spannungen mit Rußland, zu russischen Kriegsdrohungen gegen uns und daraufhin zum deutsch-österreichischen Bündnis gekommen ist, so erblickte der Reichskanzler die Ursachen nicht in einem sachlichen Gegensatz, sondern in persönlichen Eitelkeiten und Zettelungen russischer Staatsmänner. Obgleich er selber sich noch zu einem so scharfen Akt der Feindseligkeit, wie dem Verbot der Beleihung russischer Staatspapiere getrieben sah, so hat er doch bis an sein Lebensende an der Meinung festgehalten, daß erst sein Nachfolger das gute Verhälnis zu Rußland völlig zerstört habe, namentlich durch die Nichterneuerung des geheimen Rückversicherungsvertrages. Andere behaupten ganz umgekehrt, daß trotz der Nichterneuerung dieses Vertrages Caprivi durch die Aufhebung jenes Beleihungs-Verbots und Kaiser Wilhelm II. durch seine vermittelnde Tätigkeit bei der Ehe zwischen dem jetzigen Zaren und der hessischen Prinzessin ein besseres Verhälnis her-

gestellt habe, als es Bismark gehabt, und daß das russisch-französische Bündnis nicht durch irgendwelche Fehler der deutschen Diplomatie herbeigeführt worden sei, sondern durch einen natürlichen Zug der Dinge, der sich mit Notwendigkeit durchsetzen mußte.

In den Preußischen Jahrbüchern ist schon seit langem, schon vor Jahrzehnten, als noch Constantin Rößler hier die Korrespondenzen über auswärtige Politik schrieb, die Auffassung vertreten worden, daß zwar nicht die unmittelbaren Nachbarverhältnisse, aber die Großmachtpolitik, die stets die gesamten Weltverhältnisse umfaßt, einen sehr starken natürlichen Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland erzeugten, der seinen letzten Grund in dem unersättlichen moskowitischen Eroberungstrieb habe. So sehr ich selbst von dieser Ueberzeugung durchdrungen bin, so war ich doch mit aller Welt erstaunt über den plötzlichen Ausbruch grimmiger Feindseligkeit, der vor einigen Wochen (Februar-März 1914) an einen Korespondenz-Artikel der „Kölnischen-Zeitung" aus St. Petersburg anknüpfte. Was war denn eigentlich los? Was war vorgegangen? Weshalb gab gerade jetzt sich in Rußland eine so bedrohliche Verstimmung gegen Deutschland kund? Ich schrieb deshalb an den russischen Historiker Professor v. Mitrofanoff, der auch Deutschland sehr gut kennt, einen Teil seiner Ausbildung in der Berliner Universität genossen und ein Werk über Kaiser Joseph II. geschrieben hat, das auch in diesen Jahrbüchern (Band 144, S. 515) sehr anerkennend besprochen wurde. Ich bat ihn um Aufklärung und bringe hier seine Antwort zum Abdruck, der ich dann noch einige Bemerkungen hinzufügen werde.

Hochverehrter Meister und Kollege!

Ich fühle mich durch Ihre freundschaftliche Anfrage sehr geehrt und geschmeichelt, und gerne will ich Ihnen mitteilen, was ich über die von Ihnen gestellte Frage — die jetzige deutsch-russische Spannung — denke. Nur eins muß ich Ihnen im Voraus sagen: meine Meinung ist diesmal nicht die abstrakte wissenschaftliche Meinung eines Professors der Geschichte, der alles objektiv beurteilt und beurteilen muß, sondern die Meinung eines einfachen Privatmannes, welcher keiner politischen Partei angehört, sich niemals in die praktische Politik einmischt, in keiner Beziehung mit dem Ministerium des Aeußeren steht und nur eins für sich hat —

nämlich, daß er ein Kernrusse ist (mein Name allein bürgt schon dafür), in Rußland geboren und von Hause aus patriotisch, in einer aus der Provinz stammenden Familie erzogen und der deswegen, gerade weil er ein schlichter Apolitiker ist, vielleicht am besten als ein Resonator der öffentlichen Meinung gelten kann.

Die von Ihnen, verehrter Meister, erwähnte Spannung läßt sich nicht in Abrede stellen, sie ist eine Tatsache und wird von jedem halbwegs intelligenten Menschen empfunden. Die Anzeichen davon lassen sich nicht allein in Zeitungsartikeln finden — jeder weiß, was ein Zeitungsartikel heißt —, sondern die Mißstimmung gegen die Deutschen ist in jedermanns Seele und Munde, und selten, dünkt es mir, war die öffentliche Meinung einstimmiger. Diese Stimmung ist zwar nur in der letzten Zeit laut geworden, aber sie reifte schon längst heran.

Der Anfang ist noch im 18. Jahrhundert zu finden, als Peter der Große unbarmherzig und gewaltsam das alte Russentum ausrottete und die Russen in Deutsche verwandeln wollte. Die Mißbräuche der blutigen Reform ließen sich während seiner Regierung durch ihre ungeheuren Erfolge rechtfertigen, aber diese Reform, an und für sich notwendig, war doch den Russen in der Seele zuwider. Das russische Volk, weit und breit zerstreut über das ungeheure Reichsareal, hatte sich an eine eigentümliche Freiheit gewöhnt. Die Regierung konnte unvollkommen, roh, oft grausam sein, aber sie stand in einer unabsehbaren Ferne und ließ sich nur stoßweise spüren. Das ganze Privatleben, der gewöhnliche Gang der Dinge hatte ihren eigenen Lauf, und in seiner Seele, in seinen Gewohnheiten, in seinem Gedankengange und in seinem Heime fühlte sich und war er es wirklich, der Altrusse frei und selbständig. Und jetzt kam der berühmte Polizeistaat des 18. Jahrhunderts mit seinem für die Masse unverständlichen Papierregimente, mit seiner unablässigen, steten, irritanten Einmischung in das ganze Leben jedes Menschen. Der Druck der Staatsmaschine nahm quantitativ nicht ab, im Gegenteil, und qualitativ wurde er viel schlimmer. Früher war wenigstens dieser Staat den Russen eigen und heimisch, und es konnte noch so schlimm sein — der Russe sagte sich, „das Gute gehört mir und das Böse gehört mir auch". Jetzt wurden aber die Regierungsformen fremd, fremd lauteten die Namen der unverständlichen Behörden, in fremdländische Kleider wurden die Beamten eingesteckt, fremd wurde die Kanzleisprache,

Fremdlinge saßen in den Kanzleien selbst — und diese Fremdlinge waren in der großen Masse gerade Deutsche.

Die Abneigung wuchs zum Hasse während der Regierung der Kaiserin Anna. Mißtrauisch gemacht gegen die russische Aristokratie, die die absolute Macht der Krone beschränken wollte, umgab sie sich mit Deutschen, deren Art und Weise sie während ihrer langen Regierung als Herzogin von Kurland liebgewonnen hatte. Alle diese „zufälligen Leute" wie Biron, Löwenwold, Münich und tutti quanti betrachteten die Russen als eine niedrigere Rasse und Rußland selbst als ihre rechtmäßige Beute, als ein erobertes Land, hausten und walteten in einer furchtbaren, unwürdigen Weise. Die „Bironowtschina" — stammend vom Namen des Hauptgünstlings der Kaiserin Anna — ist sprichwörtlich geworden und bildet einen dunklen Fleck in der russischen Geschichte. Es ging so weit, daß ein Prinz von Braunschweig zum russischen Kaiser und Biron zum Regenten von Rußland wurde. „Tränen des Zornes stiegen den russischen Leuten in die Augen, wenn sie an ihre Schmach dachten", schreibt einer der Zeitgenossen.

Die Reaktion war gewaltig. Elisabeth, eine Kernrussin in ihrer ganzen Art und Weise, gemartert und gepeinigt am deutschen Hofe der Kaiserin Anna, verjagte alle Deutschen ohne Unterschied, sogar die tüchtigsten unter ihnen — wie Ostermann und Münich. Und die Welle der allgemeinen Rache und des Volkszornes war so gewaltig, daß sie das ganze Deutschtum niederriß. Der siebenjährige Krieg, wo ein russischer General Gouverneur von Berlin wurde, gab dem beleidigten Nationalgefühle Luft. Wie tief dieses Gefühl wurzelt, beweist das Schicksal Peters III. Niemals hätte seine Gemahlin Katharina ihn vom Throne stürzen können, wenn er sich nicht durch seine maßlose Hingebung an das Deutschtum unwiderruflich kompromittiert hätte. Ein russischer Kaiser, der stolz darauf war, daß er ein General im preußischen Dienste sei, der alle Eroberungen des siebenjährigen Krieges dem großen Friedrich zu Füßen legte, der seiner mikroskopischen holsteinischen Erbschaft wegen das Russische Reich in einen Krieg mit Dänemark stürzen wollte, machte sich unmöglich auf dem russischen Throne. Katharina dagegen, selbst eine geborene Deutsche, warf das Deutschtum von sich ab, verwandelte sich in eine Russin von echtem Schrot und Kerne, wurde zum Abgott der Garde und des ganzen Adels, und indem sie ihre ganze Regierung lang fest am Russentum hing und

keine Fremden neben sich duldete, wurde sie zur „Mütterchen-Zarin", zur „unvergleichlichen Halbgöttin".

Und von dieser Zeit an kam eine lange Reihe von Jahren, wo dem deutschen Einfluß enge Schranken gezogen und die Deutschen durch die Franzosen ersetzt wurden. Es war für Rußland unmöglich in den Anfängen seines kulturellen Lebens ohne Einwirkung irgendeiner fremden Zivilisation zu bleiben, weil der Prozeß der Assimilation an die westeuropäische Welt noch im Werden war; und diese Zivilisation kam jetzt von Frankreich. Man darf nicht vergessen, daß gerade die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts die Epoche der „Aufklärer" war, die dank der unbezwinglichen Macht der unübertrefflichen französischen Sprache, der feinen französischen Manieren und der Verständlichkeit ihrer Ideen zu Gesetzgebern der ganzen Welt wurden. Die russische Gesellschaft, nämlich die oberen Schichten, wurde auch von der Bewegung ergriffen, und die „Halbgöttin" selbst huldigte Voltaire und Diderot. Der französische Einfluß stieg womöglich noch mehr in den allerletzten Jahren des 18. und in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts, als die französischen Emigranten bis ins Herz Rußlands eindrangen. Ihre Zahl war nicht gering, und um nicht Hungers zu sterben, waren sie gezwungen, im Staats- und Privatdienste sich Brot zu verdienen, als Offiziere, Erzieher, Sprachlehrer usw. Der Einfluß dieser Leute, die zu dem besten Stande der französischen Gesellschaft gehörten und eigentlich durch ihre Eleganz, Bildung, Manieren, angeborene Politesse die Blüte der damaligen Menschheit bildeten, war ein sehr starker und von großer Bedeutung. Jede halbwegs begüterte russische Adelsfamilie hatte seinen „Franzosen", der mit vollem Rechte zum „arbiter elegantiarum" wurde. Die französische Sprache wurde zur zweiten, sehr oft sogar zur ersten Muttersprache jedes gebildeten Russen, und es ist symtomatisch, daß sogar der größte russische Dichter, Puschkin, seine Privatbriefe meist französisch schrieb. Die Napoleonischen Kriege, die Invasion von 1812 sogar, hat diesem Einflusse keinen Abbruch gemacht: man schlug sich tapfer mit den französischen Grenadieren, aber gegen ein so liebenswürdiges Völkchen konnte man keinen Haß fühlen. Und so war es ganz natürlich, daß der französische Einfluß den deutschen vollständig in den Hintergrund drängte. Die Deutschen fuhren zwar fort, nach Rußland zu kommen, aber es waren Handwerker, Apotheker, Kaufleute, in besten Fällen Ingenieure und Aerzte, kurzum

Leute, welche sehr nützlich, ja notwendig waren, aber in keinem Falle als Kulturträger den feinen Franzosen ebenbürtig sein konnten. So bildete sich allmählich in den höheren Kreisen der Gesellschaft eine gewisse Mißachtung den Deutschen gegenüber: ein deutscher Diplomat, ein Baron aus den Ostseeprovinzen war natürlich salonfähig, aber die deutsche Lebensweise, die deutschen Lebensanschauungen galten nicht mehr als Muster, während es genug war, ein Franzose zu sein, und einer freundlichen Aufnahme beinahe sicher zu sein. Es ist sehr charakteristisch, daß ein wohlerzogener Mann geradezu verpflichtet war, eine tadellose französische und englische Aussprache zu besitzen, während es beinahe zum guten Ton gehörte fehlerhaft deutsch zu sprechen. Dazu kam die politische Ohnmacht des zersplitterten Deutschen Reiches, das Gefühl der Superiorität der russischen Waffen und der russischen Diplomatie: man braucht sich nur des Teschener Kongresses im Jahre 1779 und der Befreiungskriege 1813—1814 zu erinnern: Katharina und Alexander I. waren wirklich eine Zeit lang die mächtigsten von allen europäischen Monarchen.

Nur später — von den dreißiger Jahren angefangen — stieg wieder der kulturelle Einfluß des deutschen Volkes. Der ungeheure Aufschwung der deutschen Wissenschaft in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts, besonders auf dem Gebiete der Geschichte, der Philologie und der Philosophie wurde auch in Rußland anerkannt. Junge Leute gingen scharenweise nach Deutschland, besonders nach Berlin, um in den dortigen Universitäten zu studieren, und wurden zu gelehrigen Schülern der deutschen Professoren. Turgenieff erzählt mit Begeisterung von seinen Lehrjahren in der Berliner Universität, und in Moskau selbst bildeten sich gelehrte Kreise, wo die Bücher von Hegel das Evangelium ersetzten und wo man im nomen deutscher Philosophen schwur. Und bis jetzt stehen die Universitätskreise in Rußland unbestreitbar unter deutschem Einflusse und ein russischer Professor, der nicht Deutsch kann, ist geradezu undenkbar.

Dieser Kreis blieb aber gering und war niemals maßgebend: die höheren Schichten verblieben in ihrer quasi vornehmen Mißachtung der deutschen Sprache und Sitte, und die niederen — im instinktiven und desto hartnäckigeren Abneigungsgefühl gegen die „Niemzy." Die Abneigung fand eine beständige neue Quelle in der grausamen und verächtlichen Behandlung der russischen Sol-

daten seitens der zahlreichen Offiziere aus den baltischen Provinzen und in dem harten, pedantischen und groben Benehmen der deutschen Verwalter auf den herrschaftlichen Gütern, wo sie sehr zahlreich waren und sich absolut unfähig zeigten, sich mit den russischen Bauern zu vertragen. Alte Ueberbleibsel der Feindschaft waren noch lebendig; das Feuer glomm unter der Asche und wartete nur auf eine passende Zeit, um heftig aufzulodern.

Der Stoß kam nicht aus Norddeutschland, sondern aus Oesterreich bei Gelegenheit des Krimkrieges. Jedermann weiß, wie die Habsburgische Monarchie sich damals Rußland gegenüber benommen hat und wie sie „die ganze Welt durch ihre Undankbarkeit in Staunen versetzte". Vom objektiven historischen Standpunkte und in der praktischen Politik gibt es keine Gefühle — gewiß! aber die öffentliche Meinung, das Gefühl der Massen wird sich niemals zu den Geboten des divi Machiavelli bekennen. Die damals geschlagene Wunde bleibt noch immer offen und „österreichische Politik" ist zum Synonym der Ränkesucht geworden. Dem Preußischen Staate im Gegenteil gönnte man gerne alles Gute, wenigstens in den Regierungskreisen, und nur die wohlwollende Neutralität Rußlands im Jahre 1870—71, indem sie die preußische Ostgrenze sicherte, machte die niederdonnernden Erfolge auf den französischen Schlachtfeldern möglich. Es ist dabei doch zu bemerken, daß die ganze Sympathie der breiten gebildeten Klassen in St. Petersburg sowie auch in der Provinz sich Frankreich zuwandte, und daß die Wegnahme von Elsaß-Lothringen beinahe wie ein nationales Unglück betrachtet wurde. Die Vorliebe für die Franzosen war noch immer stark genug, um ihr Unglück lebhaft mitzufühlen. Der Krimkrieg hatte nichts an diesen Gefühlen geändert: der Franzose blieb der ritterliche Gegner, mit dem man nach einem blutigen Kampfe fraternisierte, man haßte nur Oesterreich, die deutsche Macht, welche zum Judas gebrandmarkt wurde.

Die Reihe Preußens kam im Jahre 1878 wegen seines Benehmens auf dem Berliner Kongreß. Es ist vielleicht der größte politische Fehler Bismarcks gewesen, daß er nicht mehr russisch sein wollte, als es die russischen Diplomaten waren, welche aus Schwäche und Unverständnis die Interessen ihres Vaterlandes auf dem Kongresse schnöde preisgaben. Die Empörung gegen den „ehrlichen Makler" war allgemein, und mit Recht oder Unrecht stand es fest, daß gerade Bismarck die meiste Schuld an der Verstümmelung des

Friedens von San Stefano trage. Der Gedanke an einen Krieg mit Deutschland wurde höchst populär, und der „weiße General" Skobeleff, der Held des türkischen Feldzuges, war ein Hauptvertreter dieser Idee. Aber Bismarck ging weiter auf dem einmal eingeschlagenen Wege: der Dreibund sicherte Deutschland die Hegemonie auf dem Kontinente. Als Reaktion dagegen wurde der Zweibund geschlossen, und Rußland wurde dadurch mit dem rachedurstigen Frankreich verbunden, anstatt dem Dreibunde zuzugehören. Die ererbte Sympathie für Frankreich und die verankerte Antipathie gegen Deutschland traten dadurch noch greller zutage.

Das deutsch-österreichische Bündnis machte jetzt das Deutsche Reich zum prinzipiellen Gegner Rußlands. Für Rußland ist die Balkanfrage keine guerre de luxe, kein abenteuerlicher Traum der Slavophilen: ihre Lösung ist eine unzweifelhaft ökonomische und politische Notwendigkeit. Das ganze russische Budget ist auf der Ausfuhr nach dem Auslande basiert; wird die Kommerz-Bilanz passiv, so ist der russische Schatz bankrott, indem er nicht imstande sein wird, die Zinsen seiner enormen auswärtigen Schulden zu bezahlen. Und $^2/_3$ dieser Ausfuhr gehen durch die südlichen Häfen und weiter durch die beiden türkischen Meerengen. Ist dieser Ausgang einmal geschlossen, so stockt der russische Handel, und die ökonomischen Folgen dieser Sperre wären unabsehbar: der letzte türkisch-italienische Krieg hat es hinreichend gezeigt. Nur der Besitz des Bosporus und der Dardanellen kann diesem unerträglichen Zustande ein Ende bereiten, weil die Existenz einer Weltmacht wie Rußland von Zufällen und fremder Willkür nicht abhängen darf. Andererseits kann Rußland unmöglich gegenüber dem Schicksal der Südslaven auf der Balkanhalbinsel sich ganz gleichgültig verhalten. Die kleinen Balkanstaaten sind erstens eine Rückendeckung für die Meerengen und zweitens wurde im Laufe der Jahrhunderte zuviel russischen Bluts und zuviel russischen Goldes für die Balkanhelden verwendet, um die ganze Sache jetzt fahren zu lassen: es wäre ein moralischer und politischer Selbstmord für jede russische Regierung. Man darf natürlich nicht die Bedeutung der panslavistischen Idee zu hoch anschlagen, aber sie existiert und lebt zweifellos, und die Slavophilen-Demonstationen im Jahre 1913 auf den Straßen so vieler russischen Städte, wo sogar die oppositionellen Elemente sich beteiligten, geben einen prägnanten Ausdruck dafür. Noch einmal: der Drang nach Süden ist eine historische, politische und ökonomische

Notwendigkeit, und der fremde Staat, der sich diesem Drange widersetzt, ist eo ipso ein feindlicher Staat. Inzwischen geht der Dreibund konsequent auf diesem Pfade des Krieges. In Oesterreich hält man auch den Drang nach Süden für eine historische Notwendigkeit, und die Oesterreicher haben von ihrem Standpunkte ebenso recht, wie von dem ihrigen die Russen. Die mächtige Habsburgische Monarchie hatte in der ersten Hälfte des 19 Jahrhunderts drei Richtungen, in welchen sie sich ausdehnen konnte: nach Italien, nach Deutschland und nach der Balkanhalbinsel. Nach dem Jahre 1866 ist nur noch der letzte Weg übrig geblieben; Bismarck hat wieder, diesmal vielleicht ohne es zu wollen, Oesterreich und Rußland zum entscheidenden Kampfe gegeneinander gestellt, und indem er den Dreibund schloß, stellte er die Kräfte des Deutschen Reiches Oesterreich zur Verfügung. Österreich hat es natürlicherweise ausgenützt: überall und bei jeder Gelegenheit, wenn es sich um die Balkanen handelte, fanden die Russen Oesterreich auf ihrem Wege. Die Annexion von Bosnien und Herzegowina, welche in Rußland einen tiefen Eindruck machte, war eigentlich nur eine Seite in dem dicken Buche der russisch-österreichischen Feindschaft. So groß war die Empörung, so deutlich trat die Gefahr heran, daß sogar die überaus friedliebende russische Regierung, trotz der noch zu dieser Zeit zerrütteten Finanzen, zum Kriege bereit war. Aber „der Nibelunge" an der Spree hob drohend die gepanzerte Faust, und Rußland, seiner Bundesgenossen nicht sicher, mußte nachgeben. Im Jahre 1913 erschien die Verwirklichung der slavisch-russischen Idee endlich ganz nahe: die Türken wurden aufs Haupt geschlagen, die siegreichen Südslaven drangen bis nach Saloniki und Konstantinopel; noch einen kleinen Ruck und die Sache war fertig. Aber wieder ist Oesterreich dazwischen getreten: es stand drohend im Rücken der Slaven, hetzte Rumänien, entriß Skutari den Montenegrinern und stellte endlich ein Ultimatum über die Existenz eines selbständigen albanischen Staates. Dadurch wurde den Serben der freie Zutritt zum Adriatischen Meere gesperrt und mittelbar war diese Grenzverschiebung die Ursache des brudermörderischen Krieges zwischen den Balkanvölkern, welcher den Türken Adrianopel wiedergab und Bulgarien an den Rand des Verderbens brachte. Es war einer der geschicktesten Schachzüge der Wiener Diplomatie, aber sie hat nicht dabei gerechnet, daß das vergossene Blut einmal auf das österreichische Haupt fallen kann. Bei dieser

Gelegenheit blieb Reichsdeutschland wieder der treue Bundesgenosse Oesterreichs und unterstützte es bei der Bildung des imaginären albanischen Staates, dessen Regent natürlicherweise ein deutscher Prinz wurde.

Nicht genug! Deutschland trat nicht nur als Bundesgenosse der Habsburger auf, sondern handelte in der brennenden Levantinischen Frage selbständig auf eigene Faust. Deutsche Kapitalisten übernahmen den Bau der Bagdad-Bahn; deutsche Ingenieure exploitierten verschiedene Konzessionen in Kleinasien, die deutsche Marine lieferte der türkischen Admiralität zwei Panzerschiffe, abgebraucht und veraltet, das ist nicht zu leugnen, aber immerhin noch tauglich. Die Essener Werkstätten schickten der türkischen Artillerie ihre Kanonen, den Geschützen von Creuzot zwar nicht ebenbürtig, aber doch sehr gut gemacht; und was die Hauptsache ist — deutsche Instruktoren drillten die Feldarmee der Osmanen. Die Schüler haben wenig Ehre ihren vortrefflichen Lehrern gemacht, aber die gute Absicht, aus den Türken eine moderne Armee zu bilden, war doch da, und jedermann konnte verstehen, daß diese Armee nicht gegen Deutschland oder Oesterreich, sondern speziell gegen die Russen und die Balkanvölker zu fechten bestimmt war. Das Unglück macht klug: nach den vielen Niederlagen des Jahres 1912 wurde es den Türken klar, daß die Armee einer dringenden Reorganisation bedürfe, und diese Reorganisation wurde wieder in die Hände der deutschen Instrukteure gelegt, die, mit unerhörten Vollmachten bekleidet, eigentlich zu obersten Kommandeurs der türkischen bewaffneten Macht promoviert wurden. Konstantinopel selbst, durch deutsche Ingenieure befestigt, verwandelte sich in einen deutschen Vorposten am Bosporus. Die Mission des Generals **von** Liman bewies noch deutlicher, als die Abkommandierung von Goltz-Pascha, daß Deutschland das Bollwerk des Osmanischen Reiches sei. Kurz und bündig: selbständig und als Bundesgenosse Oesterreichs, überall, auf jedem Tritt und Schritt, in der ganzen Levante stößt und stieß Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe — der Orientfrage — auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: wenn alles so verbleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel durch Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage.

Von der Seite Deutschlands wird herzlich wenig getan, um diese Krisis zu mildern und zu ölen. Im Gegenteil: die Wunde

wird immer durch kleine Nadelstiche gereizt. Die demonstrative Arretierung des Hauptmanns Kostiewitsch, welchem keine Erniedrigung erspart blieb, die Verhaftung des Marinekapitäns Poliakoff, eines gemeines Diebstahls beschuldigt, der herausfordende Ton mancher deutschen Zeitungen, wie z. B. unlängst die „Kölnische Zeitung" sich es erlaubte, das siegesbewußte Auftreten der meisten deutschen Reisenden und Reichsangehörigen in Rußland, die weder auf Sitten, noch auf das Gesetz des gastfreundlichen Landes acht geben und sich Sachen erlauben, die in Deutschland undenkbar wären — dies alles erregt den tiefsten Widerwillen und reizt zur Vergeltung. Die eingewurzelte Abneigung gegen die deutsche Art und Weise wird wieder wach und läßt sich bei jedem kleinsten Anlasse durchblicken.

Die Deutschen wollen dabei nicht einsehen, daß das jetzige Rußland vom Jahre 1914 nicht mehr das Rußland vom Jahre 1904 sei. Das Land wächst materiell und geistig auf eine geradezu staunende Weise; das Budget beträgt 7 Milliarden Mark, die Bevölkerung muß wenigstens auf 160 Millionen chiffriert werden, die Armee zählt in ihren Reihen anderthalb Millionen streitbarer Leute gut bewaffnet und sorgfältig gedrillt; die Agrarreform von Stolypin fängt an, ihre Früchte zu tragen, und der Bauer ist der früheren drückenden Not entronnen; die Industrie macht solche Fortschritte, daß es an Rohmaterialien fehlt, und diese entwickelte Industrie kann sogar den inneren Verbrauch nicht befriedigen. Auf Milliarden von Mark wird die Einfuhr eingeschätzt und Deutschland hat seinen besten Absatz auf dem russischen Markt. Die Wunden des japanischen Krieges und der Revolution sind geheilt; das heutige Rußland fordert Achtung für seine Ehre und Berücksichtigung seiner Interessen. Der letzte Handelsvertrag mit Deutschland, unter dem Drucke des unglücklichen Krieges und der inneren Verwirrung geschlossen, kam nur dem deutschen Ackerbau und der deutschen Industrie zugute. Zwölf Jahre lang war Rußland ein Tributär Deutschlands, und die öffentliche Meinung erhebt im voraus ihre warnende Sprache, daß die Regierung die früheren Fehler nicht wiederholen dürfe. Man darf nicht vergessen, daß in dem letzten Dezennium die öffentliche Meinung eine ganz andere Rolle spielt, als 10 Jahre zuvor: sie ist zu einem reellen politischen Moment gewachsen. Im Bewußtsein so wichtiger Interessen wird in Rußland von allen Seiten laut gerufen: caveant consules! Es ist

kein taktisches Manöver, um die Deutschen einzuschüchtern — wir haben eine zu gute Meinung von der deutschen Tapferkeit, sondern um offen und ehrlich dem Nachbar zu sagen, do ut des. Stoßen wir auf kein verständiges Entgegenkommen und Kompensationen, so ist die Sache schlimm. Wir wünschen in keiner Weise Deutschland anzugreifen, wir hegen eine zu große Bewunderung für die deutsche Zivilisation und für die Verdienste des deutschen Volkes in der Weltgeschichte, um uns einen Attila-Sieg zu wünschen. Wir sind auch vollkommen überzeugt, daß Deutschland fern davon ist, direkt aggressive Tendenzen zu haben, aber wir fühlen uns von allen Seiten, von den Flanken in der Türkei, in Schweden, in Oesterreich durch den deutschen Drang eingeengt und gesperrt, wir finden keine Anerkennung unserer jetzigen Lage, kein Rechnen mit unserer jetzigen Stärke, und wir sind entschlossen, die uns gebührende Stelle uns zu verschaffen. Gott gebe, daß es friedlich auslaufe, es ist der aufrichtigste Wunsch eines jeden ehrlichen russischen Patrioten; der Krieg mit Deutschland wäre ein Unglück, aber man entzieht sich sogar einer bitteren Notwendigkeit nicht, wenn es wirklich notwendig wird. Es ist die Sache der Deutschen, den einen oder den anderen Weg einzuschlagen; von seinem künftigen Benehmen Rußland gegenüber in allen oben erwähnten Fragen hängt der Krieg oder der Frieden ab. Wenn es nicht mit unseren Feinden Hand in Hand geht, wenn es uns durch Taten beweist, daß es unsere Interessen und unsere Ehre ernst nimmt, da werden wir zu aufrichtigsten Freunden und Nachbaren, und der alte, neu aufgefrischte Groll wird in der Sonne der Brüderschaft schmelzen, denn im Bösen viel mehr als im Guten gilt das Sprichwort: tout passe, tout casse, tout lasse!

Das ist meine Antwort auf Ihre Anfrage, verehrter Meister und Kollege, eine Antwort neque dentala neque cornuta, wie Luther es so kräftig gesagt hat, und ich kann verbürgen, daß meine Anschauungen von vielen, vielen Hunderttausenden meiner Landsleute geteilt werden. Meine Rolle war nur, dieselben auszudrücken und das bißchen Wissenschaft, das ich besitze, Ihnen zu Gebote zu stellen.

In aufrichtigster Verehrung verbleibe ich, verehrter Meister und Kollege, Ihr dankbarer Schüler

Paul v. Mitrofanoff,
Ordentlicher Professor des Kais. Historisch. Philologischen
12. IV. 1914. Institutes zu St. Petersburg.

So also denkt ein Russe, fügte ich 1914 der Publikation des Briefes hinzu, der ganz und gar von deutscher Bildung durchdrungen ist und als Gelehrter weiß, was er und die Welt dem Deutschtum verdanken. Wie falsch ist doch die Vorstellung, daß die Völker sich bloß besser kennen zu lernen brauchten, um Haß und Argwohn zwischen ihnen schwinden zu machen! Alles Ableugnen, daß das russische Volk von einer tiefen inneren Feindseligkeit gegen uns erfüllt ist — wie es noch eben wieder der Fürst Meschtscherski in einer deutschen Wochenschrift versucht hat — ist gegenüber diesem Zeugnis des Professors v. Mitrofanoff vergeblich. Auf die Einzelheiten der Behauptungen oder Anklagen, die in dem Briefe erhoben werden, über das Verhalten deutscher Reisenden in Rußland oder die Behandlung russischer Reisenden in Deutschland, über die Mißgriffe, die sich die deutsche Polizei gegen zwei russische Offiziere hat zu schulden kommen lassen oder über den Wert der Kruppschen Kanonen, ist es nicht nötig, in breitere Auseinandersetzungen einzutreten, jeder deutsche Leser kann sich darüber seinen Vers selber machen. Der Brief ist vor allem ein Stimmungsbild und ein Zeugnis. Die Kraft der Rede, die historische Vertiefung, der geschlossene Aufbau der Gedanken geben diesem Zeugnis objektiv ebenso viel Gewicht, wie subjektiv die Person des Verfassers. Das Ergebnis ist: die Russen hassen uns von vornherein in unserem deutschen Volkstum und sie kündigen uns den Krieg an, wenn wir ihnen nicht gestatten, den Türken die Pforten des Schwarzen Meeres zu entreißen und die südslawischen Volksstämme aus dem Gefüge der habsburgischen Monarchie herauszulösen, das österreichisch-ungarische Reich also zu zertrümmern. In den gebildeteren Kreisen Frankreichs behauptet man wenigstens, das Deutschtum als solches zu lieben und nur den Preußen zu hassen; der echte Russe würde, selbst wenn er sich mit Preußen politisch verständigte, immer noch von tiefster innerer Abneigung gegen das Deutschtum erfüllt sein. Wie die Franzosen bis 1870 nach der Rheingrenze verlangten als nach ihrem natürlichen Recht, und heute nach Elsaß-Lothringen und nach der Revanche, so verlangen die Russen nach Konstantinopel und der Hegemonie über die Südslawen, weil — nun weil ihre Vorfahren auch schon danach verlangt und Gut und Blut dafür geopfert haben, und weil weiter der Seeweg aus dem Schwarzen Meer an Konstantinopel vorbeiführt. Der Seeweg aus der Ostsee führt ebenso an den dänischen Inseln vorbei und

der Seeweg aus dem Weißen Meere ist oft durch Eis verschlossen — verlängern wir also die Liste der natürlichen Ansprüche Rußlands auf die Erwerbung Kopenhagens und eines eisfreien Hafens an der Küste von Norwegen! Würde sich das russische Volk dann befriedigt erklären, oder würden wir uns auf die weitere Forderung gefaßt machen müssen, daß der Natur der Dinge nach die Mündungen der russischen Ströme Niemen und Weichsel dem Zarenreiche angehören?

Gestehen wir gleichzeitig den Engländern die ewige, unbedingte Herrschaft über die See zu und überlassen gemäß der Monroe-Doktrin ganz Amerika den Vereinigten Staaten, so haben wir eine deutsche Zukunft, vor der vielleicht sogar den „Friedensfreunden", die nicht genug über die unerträgliche Last unserer Rüstungen jammern können, angst und bange werden möchte.

Sieht Rußland es als seine Mission an, Europa und Asien zu beherrschen — nun wohl, so sehen wir es als die Mission Deutschlands an, Europa und Asien vor dieser Herrschaft des Moskowitertums zu bewahren. Eine andere Antwort vermag ich meinem verehrten Freunde Professor v. Mitrofanoff nicht zu geben.

*

Es war Ende Mai 1914, als ich diese Worte schrieb. Niemand ahnte, wie nahe die furchtbare Krisis uns bevorstand. Noch am Sonntag, den 19. Juli, hat Herr v. Mitrofanoff, der von einer Reise nach London und Paris zurückkehrend Berlin passierte, mich besucht und im Kreise meiner Familie mit uns gegessen. Wir glaubten, er habe vielleicht eine Art politische Mission, etwa einen Auftrag, in London und Berlin die Stimmung zu sondieren, aber er erklärte, er habe in London mit niemand über Politik gesprochen, sondern nur seinen wissenschaftlichen Studien gelebt. Als gute persönliche Freunde sprachen wir nun über die Feindschaft zwischen unseren beiden Nationen immer und immer wieder durch. Ueber mein Nachwort zu seinem Brief hatte Herr v. Mitrofanoff auf die Anfrage einer Wiener Zeitung in dieser geschrieben, „mit liebevoller, aber strenger Hand hätte ich ihn verprügelt". Diese suveräne Ueberlegenheit des Humors schlug auch in jenen Gesprächen immer wieder die Brücke über den Abgrund des Hasses, den wir doch zwischen uns sich auftun sahen. Aber als er sich verabschiedet hatte, sagte ein junger Einjähriger, der die Gespräche

mit angehört hatte: „Das ist ja der Krieg!" „Sage das nicht, mein Sohn," antwortete ich ihm, mehr erschüttert als logisch, indem ich mit der Hand meine Stirn bedeckte, „es ist zu schrecklich". Das war am 19. Juli.

Die Kriegsgefahr.

26. Juli 1914.

An dem Tage, wo wir unser voriges Heft abschlossen, kam die Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin. Wir haben nichts mehr darüber gesagt, da uns andere Worte der Entrüstung über die Greueltat, als sie in aller Munde und in allen Zeitungen der Welt waren, auch nicht zu Gebote standen und Betrachtungen über die politischen Folgen des furchtbaren Ereignisses sich an dem offenen Grabe noch nicht geschickt haben würden. Nachdem nun vier Wochen ins Land gegangen sind, treten die politischen Folgen heraus, dergestalt, daß ganz Europa mit verhaltenem Atem bangt, welches Furchtbare nunmehr über die zivilisierte Welt hereinbrechen werde.

Oesterreich hat sich aufgerafft, erinnert sich seiner Großmachtstellung und fordert Genugtuung. Der Erzherzog-Thronfolger ist tot, der Mann, von dem die österreichischen Patrioten erwarteten, daß er das alternde Staatswesen mit neuer Kraft erfüllen werde, ist ihnen entrissen, aber er soll nicht umsonst gestorben sein. Was sein Wille Oesterreich nicht mehr geben konnte, wird sein Tod ihm geben. Wie das Blut der Märtyrer einst den Mörtel bildete für den Steinbau der Kirche, so wird das Blut des Thronfolgers und seiner Gemahlin, der Habsburger Monarchie als Opfer dargebracht, sie zu Taten anfeuern, die weit über das hinausgehen, was der Lebende etwa hätte vollführen können.

Die serbische Unabhängigkeit hat einst ihren Ausgang davon genommen, daß das Land schon einmal zu Oesterreich gehörte. Als Prinz Eugen die Türken besiegt hatte, wurde im Frieden von Passarowitz 1718 auch das heutige nördliche Serbien mit Belgrad an Oesterreich abgetreten, mußte aber nach 20 Jahren, 1739, wieder an die Türken zurückgegeben werden. Diese 20 Jahre Freiheit vom Türkenjoch hatten im serbischen Volke soviel Selbstbewußtsein geweckt, daß ein dauernder Widerstand wach blieb und

im 19. Jahrhundert eine Empörung nach der andern ausbrach, die endlich zur Bildung eines souveränen Nationalstaates geführt hat. Bald war es Oesterreich, bald war es Rußland, das Serbien schützte oder an das die serbische Politik sich anlehnte. Das endliche Ergebnis aber war eine unbedingte Anlehnung Serbiens an Rußland und wachsende Spannung mit Oesterreich, seitdem Serbien groß und unabhängig genug geworden war, um sich als der Kernstaat eines zukünftigen, großen, einheitlichen Nationalreichs zu fühlen. Das Königreich Serbien vor dem letzten großen Balkankrieg hatte drei Millionen Einwohner. In Oesterreich aber leben gegen sieben Millionen Menschen desselben Stammes; Serben Kroaten, Slowenen, Dalmatiner, Bosniaken. Es ist einer eifrigen nationalen Agitation zwar nicht entfernt durchweg, aber doch strichweise gelungen, in dieser Bevölkerung eine Bewegung zu entfesseln, die auf eine Vereinigung mit Serbien hinzielt. Fehler der österreichischen und namentlich der ungarischen Regierung in der Behandlung der Südslawen haben viel dazu beigetragen, der großserbischen Agitation neuen Brennstoff zuzuführen, und die Gefahr, die daraus für den österreichischen Gesamtstaat erwachsen ist, ist sehr groß. Man rede nicht von bloßem serbischen Größenwahn; Serbien ist nicht bloß Serbien und hat nicht bloß Gesinnungsgenossen in der habsburgischen Monarchie selbst, sondern es ist der Vortrupp des panslawistischen Gedankens und ein Außenposten des gewaltigen Rußland. Man rede auch nicht von der Herrschsucht Oesterreich-Ungarns: es ist der Selbsterhaltungstrieb der Großmacht, der den großserbischen Gedanken weder innerhalb seiner Grenzen, noch an seinen Grenzen dulden darf, wenn es nicht an seiner eigenen Zukunft verzweifeln will. Wohl ist gerade ein so künstlich komponierter Staat wie Oesterreich imstande, Gebiete zu verlieren und Gebiete zu gewinnen, ohne in seinem Wesen aufgehoben zu werden: es hat Schlesien, Belgien, Vorderösterreich, Lombardo-Venetien fahren lassen, Galizien, Bukowina, Salzburg, Bosnien gewonnen. Ein zukünftiges Groß-Serbien aber würde nicht nur große Stücke mitten aus dem österreichischen Staatskörper herausschneiden, sondern es auch vom Meere trennen, was heute für eine Großmacht den Tod bedeutet. Die großserbische Idee und Oesterreich können nicht nebeneinander bestehen.

Die Serben haben sich eingebildet, unter den Südslawen dieselbe Rolle spielen zu können, wie Piemont in Italien. Aber

die Analogie ist falsch. Das Südslawentum ist keine nationale Einheit, wie es das Italienertum lange vor der Schaffung der politischen Einheit war. Eine solche nationale Einheit zu bilden, die mit unwiderstehlicher Kraft zur Schöpfung eines nationalen Staates führt, dazu gehört eine tief in den Jahrhunderten verwurzelte Kulturarbeit, ein gemeinsamer Besitz der Nation an Gütern der Literatur, der Kunst, der Wissenschaft, der Erinnerungen, der Pietät für große Persönlichkeiten, was alles die Italiener wie die Deutschen besaßen, die Südslawen aber nicht. Wohl sprechen sie Dialekte, die untereinander leidlich ähnlich sind, so daß die Sprache eine gewisse Einheit darstellt, aber kulturell und religiös sind sie vielfach gespalten. Serben und Kroaten hassen sich untereinander, und ein Teil der Bosnier ist sogar mohammedanisch, und nicht weniger wichtig ist, daß die große Mehrheit der Südslawen von der groß-serbischen Idee schlechterdings nichts wissen will, sondern ganz anders als einst die Lombardo-Venetianer treue und loyale Untertanen des Hauses Habsburg sind. Erst eine ganz junge Propaganda hat in diesen Gebieten, ganz besonders im erst jüngst dazu gekommenen Bosnien, den Samen des groß-serbischen Staatsgedankens ausgestreut. Er ist in die Halme geschossen, und das Ergebnis war, statt eines ehrlichen politischen Kampfes, das Attentat auf den österreichischen Thronfolger. Undenkbar, daß Oesterreich sich mit der Bestrafung der Mörder und ihrer Helfershelfer selbst im weitesten Umfange begnüge. Selbst wenn man in Betracht zieht und Gewicht darauf legen will, daß die österreich-ungarische Politik nicht ohne Mitschuld daran sei, daß die nationalistische Agitation solchen Umfang angenommen hat: nachdem das Verbrechen einmal geschehen ist, gilt es für Oesterreich, wenn es überhaupt noch Glauben an seine Zukunft hat und ihn seinen Staatsangehörigen erhalten will: jetzt oder nie! Die einzig annehmbare Genugtuung für die Ermordung des Erzherzog-Paares ist, daß es den groß-serbischen Bestrebungen ein für alle Mal ein Ende macht.

Die österreichische Regierung hat ihre Bedingungen in Belgrad überreicht. Ihr Sinn ist, daß die Bluttat von Serajewo nicht als ein vereinzeltes Verbrechen behandelt werden könne, sondern ihre Wurzeln in der serbischen Politik habe, Oesterreich also als Genugtuung die Bürgschaft für eine völlige und dauernde Wandlung in der serbischen Politik fordert. Eine solche Bürgschaft wiederum

kann niemals in bloßen Versprechungen bestehen. Oesterreich stellt deshalb Forderungen, die darauf hinauslaufen, daß Serbien unter eine dauernde Kontrolle Oesterreichs gestellt wird.

Serbien hat diese Forderungen, die es unnötig ist hier noch einmal positiv aufzuzählen, abgelehnt. Oesterreich hat jede fremde Vermittlung zurückgewiesen, jeden Aufschub abgeschlagen. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß seine Truppen in Serbien einrücken und das Land, sei es unter Niederwerfung jedes Widerstandes, sei es, daß überhaupt kein Widerstand geleistet wird, besetzen werden.

Bulgarien und Griechenland haben zu diesen Ereignissen erklärt, daß sie sich neutral halten werden. Von Bulgarien zum wenigstens möchte ich bezweifeln, ob es bei diesem Entschluß verharren wird. Der Gedanke liegt doch gar zu nahe, daß Oesterreich die Bulgaren direkt einladen wird, auch ihrerseits einen Teil des serbischen Gebiets zu besetzen.

Obgleich die Welt seit langer Zeit darauf gefaßt war, daß Oesterreich Serbien zur Verantwortung ziehen werde, so hat man doch vielfältig gefunden, daß die Bedingungen und Forderungen, die Oesterreich gestellt hat, über das erwartete Maß hinausgegangen seien; dazu eine Beantwortungsfrist von nur 48 Stunden, die knapp auch nur eine Rückfrage in St. Petersburg ermöglichte.

War hier eine Schroffheit beabsichtigt, die die Erhaltung des Friedens von vornherein unmöglich machen sollte? Mir scheint, mit mehr Recht legt man das gerade Gegenteil hinein. Nehmen wir an, Oesterreich hätte von dieser oder jener der jetzt gestellten Forderungen abgesehen und sich in der Fassung einer gesuchten Höflichkeit befleißigt: die Hauptsache, der Verzicht auf den großserbischen Staatsgedanken und die großserbische Agitation hätte auf alle Fälle unzweideutig zum Ausdruck kommen müssen. Dies aber ist der Punkt, wo von den Serben, die heute geschwellt sind von dem Stolz auf zwei siegreich durchgeführte Kriege und deren ganzes Sinnen und Trachten von nichts anderem als Großserbien erfüllt ist, Nachgiebigkeit schlechterdings nicht zu erwarten war Selbst eine Annahme der österreichischen Bedingungen wäre nur das Vorspiel zu neuen Streitigkeiten gewesen. Eine markiert milde Fassung der österreichischen Forderungen hätte also sachlich keineswegs etwas erreicht, moralisch aber den Eindruck der Schwäche

und der ungenügenden Entschlossenheit gemacht und damit die Kriegsgefahr nicht vermindert, sondern vermehrt.

Denn die Kriegsgefahr liegt ja nicht bei Serbien, sondern bei Rußland. Bleibt Serbien isoliert, so wird es der ungeheuren Ueberlegenheit Oesterreichs, dem dann sicherlich auch Bulgarien beitritt, kaum einen wesentlichen Widerstand entgegensetzen können; oder wenn es sich nicht ohne Blutvergießen ergeben will, so werden Oesterreich und Bulgarien doch in nicht zu langer Frist damit fertig werden. Hätte es den Anschein gewonnen, als ob Oesterreich nur mit einer gewissen Zaghaftigkeit an den serbischen Gernegroß heranginge, so hätte sich in der russischen Diplomatie sicherlich die Vorstellung gebildet, daß man durch energisches Bluffen Oesterreich noch werde zurückschrecken können. Solches Bluffen enthält aber immer eine Kriegsgefahr. Es hätte sein können, daß der Zar, ohne wirklich den Krieg zu wollen, doch mit Drohungen so weit gegangen wäre, daß er schließlich nicht mehr zurück konnte. So ist schon mancher große Krieg in der Weltgeschichte entstanden. Indem Graf Berchtold seine Note an Serbien so scharf wie möglich faßte, hat er den Zaren auch unmittelbar vor die Entscheidung, ob Krieg, ob Frieden, gestellt, und dabei sind die Chancen für den Frieden größer, als wenn man erst noch eine Zeitlang unsicher zwischen Krieg und Frieden hin- und hergetrieben wäre. Die serbische Note stellt also der Leitung der österreichischen Politik ein ausgezeichnetes Zeugnis nicht nur der Entschlossenheit, sondern auch kluger, politischer Berechnung aus.

Aber vielleicht war diese Klugheit zwecklos; wird Rußland nicht unter allen Umständen für Serbien eintreten und den Kampf aufnehmen? Ist es denkbar, daß Serbien die österreichische Note abgelehnt hat, ohne der Hilfe Rußlands sicher zu sein? Ganz Europa steht in banger Erwartung, daß heute oder morgen der Weltkrieg, die furchtbarste aller Katastrophen, hereinbrechen werde.

Es ist klar, daß es für Rußland sehr schwer ist, diesen Außenposten, den es sich in dem Oesterreich feindlichen Serbien geschaffen, aufzugeben. Nicht nur politischer Kalkül, sondern auch Gemütswerte verbinden das mütterliche Rußland mit dem kleinen Slawenstaat. Selbst wenn die russische Regierung den Frieden erhalten möchte, die von den Panslawisten geführte öffentliche Meinung wird toben und einen gewaltigen Druck auf sie ausüben. Wie die öffentliche Meinung in

Rußland gesonnen ist, davon hat der Brief des Professors v. Mitrofanoff ein nur zu lebendiges Zeugnis gegeben, und gerade im rechten Augenblick hat die Untersuchung von Dr. Daniels über den Ursprung des letzten russisch-türkischen Krieges*) uns gezeigt, wie schwach eine russische Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber sein kann. Es ist daher sehr wohl möglich, daß die Serben den Oesterreichern Trotz entgegensetzen, nicht sowohl, weil die russische Diplomatie sie dazu ermutigt hat, als weil sie glauben, durch das Blutvergießen selbst die öffentliche Meinung in Rußland in einen solchen Rausch zu versetzen, daß sie ihre Regierung zwingt, ebenfalls loszuschlagen.

Aber wir wollen die Hoffnung auf die Erhaltung der Friedens darum doch nicht völlig aufgeben. Es sind doch Umstände da, die es dem Zaren kaum rätlich erscheinen lassen können, gerade jetzt in den Krieg einzutreten.

Daß Oesterreich das moralische Recht hat, gewisse gewichtige Forderungen an Serbien zu stellen, ist von allen Seiten zugestanden, und im besonderen alle Monarchen und schließlich sogar die republikanischen Staatshäupter sind bei aller Gegensätzlichkeit gegeneinander, doch durch ein gewisses familienhaftes Gefühl unter sich verbunden, und nicht nur der Zar, sondern sogar Frankreich nimmt nicht gern die Rolle auf sich, auch nur mittelbar Königsmörder zu schützen. Auch hat es ganz den Anschein, daß weder Rußland noch Frankreich sich in diesem Augenblick ganz kriegsbereit fühlen. Die Enthüllungen des Senators Humbert, mag darin mehr oder weniger wahr sein, mag das Wahre mehr oder weniger Bedeutung haben, haben auf die öffentliche Meinung in Frankreich jedenfalls einen sehr deprimierenden Eindruck gemacht. Die Petersburger Krawalle, deren Zeugen eben der Präsident und der auswärtige Minister der Republik gewesen sind, werden sie auch nicht gerade mit Zuversicht erfüllen. Dabei zeigt sich der französische Kapitalmarkt sehr erschöpft, und die Ernte im größten Teil Rußlands ist schwach. Umgekehrt freilich wissen die Panslawisten, wie viel sie an dem selbständigen Serbien verlieren und wie wenig sie bei einem europäischen Kriege riskieren. Wenn Rußland schließlich geschlagen wird, erklärt es den Staatsbankrott, ist seine auswärtigen Zins-

*) Preußische Jahrbücher, August-Heft 1914.

zahlungen los und ist wohlhabender als zuvor. Frankreich trägt die Last: ebendarum werden aber die Franzosen sich wohl ebenso wie 1909 besinnen, ehe es ernst wird, und ohne die Franzosen können auch die Russen nichts.

Kann aber Rußland die mittelbare Stärkung, die Oesterreich durch eine Niederzwingung Serbiens erfährt, ohne Widerspruch zugeben? Zunächst gibt es dafür eine Aufrechnung. Welches Recht hat denn Rußland, sich jetzt eines großen Teiles des Landes des Schahs von Persien zu bemächtigen, oder wenn man ihm und England dieses Recht, weil es sich um unvermeidliche Notwendigkeit handele, zugestehen will, haben denn nicht andere Großmächte ein Recht, einen Anspruch auf Kompensation anzumelden? Entspringt nicht der Eingriff Oesterreichs in Serbien ebenfalls einer unausweichlichen Notwendigkeit? Behauptet man in Rußland, daß die Verschiebung des Gleichgewichts durch die Veränderungen in Serbien und Persien nicht ausgeglichen seien und daß namentlich die russische öffentliche Meinung sich damit nicht zufrieden geben könne, so gibt es vielleicht noch hier und da einen Punkt, wo Europa Rußland in etwas entgegenkommen könnte, z. B. bezüglich der völkerrechtlichen Bestimmungen über die Durchfahrt durch den Bosporus und durch die Dardanellen, die ohne die Türkei zu schädigen, etwas modifiziert werden würden. Aber um solche Gedanken überhaupt in Erwägung zu ziehen, müßte man erst des guten Willens, daß Rußland wirklich und dauernd den Frieden zu erhalten gewillt ist, einigermaßen gewiß sein, und das ist in diesem Augenblick wenigstens durchaus zweifelhaft.

Daß das Deutsche Reich, wenn es jetzt zum Kampfe kommt, Oesterreich zur Seite stehen wird, ist dem deutschen Volke selbstverständlich. Wenn wir duldeten, daß Oesterreich von Rußland niedergeworfen und aufgelöst wird, so haben wir den nächsten Krieg gegen Rußland und Frankreich allein zu bestehen. Unter keinen Umständen dürfen wir unseren Nachkommen diese Gefahr hinterlassen und deshalb ist die Erhaltung der habsburgischen Monarchie in möglichster Stärke ein Lebensbedürfnis des Deutschen Reiches. Deshalb ist es auch für uns zwar nur ein mittelbarer, aber darum ein nicht weniger großer Gewinn, wenn Oesterreich diesen Pfahl im Fleische, die groß-serbische Agitation endlich los wird. Dieser Gewinn für uns ist so groß, daß wir auch die Gefahr des Krieges nach zwei Fronten deshalb auf uns nehmen können und müssen.

Da keinerlei Abkommen zwischen Oesterreich und Serbien denkbar ist, das Oesterreich die genügende Sicherheit gegen den Fortgang der groß-serbischen Agitation gäbe, so ist die einzige annehmbare Lösung der Krisis, daß Oesterreich Serbien bis auf weiteres in Sequester nimmt. Es muß die serbische Armee entwaffnen und auflösen, gewisse Teile des jetzigen Königreichs an Bulgarien überlassen und für den Rest eine Verwaltung einsetzen, die die nationale Agitation unterdrückt.

Es ist nicht gesagt, daß ein solches Sequester nur, wie bei Bosnien, der Uebergang zu künftiger Annexion wäre. Es ist auch sehr wohl denkbar, daß, sobald einmal das serbische Selbstbewußtsein genügend gedemütigt ist, eine Form gefunden wird, mit der Serbien in einer gewissen nationalen Selbständigkeit wiedererstehen kann, z. B. indem es in einen Zollverein mit Oesterreich tritt. Eine solche wirtschaftliche Interessen-Einheit würde vermutlich den Antagonismus gegen Oesterreich so weit dämpfen, daß beide Staatswesen wieder friedlich nebeneinander bestehen könnten.

Es ist durchaus falsch, sich vorzustellen, daß Oesterreich und Serbien notwendig und unter allen Umständen natürliche Feinde seien. König Milan, der eine sehr anfechtbare Persönlichkeit, aber ein sehr kluger Politiker war, hat von je den Serben vorausgesagt, daß die Feindschaft mit Oesterreich schließlich zum Unheil ausschlagen werde und machte deshalb eine ausgesprochene austrophile Politik. Das ist nun so weit eingetroffen, daß, falls nicht ein allgemeiner europäischer Krieg alle bestehenden Verhältnisse umstürzt, es mit der Souveränität Serbiens zu Ende ist. Das serbische Volk wird darum weiterleben.

Ja sogar, wenn schließlich eine internationale Verwicklung dazu führen sollte, daß Serbien österreichisch würde, so würde der serbische Nationalgedanke darunter nicht leiden, denn die ersehnte nationale Einheit wäre dann hergestellt unter dem österreichischen Szepter, und das vereinigte Südslawentum innerhalb der habsburgischen Monarchie wäre von solcher Masse, daß es sich neben Deutschtum und Magyarentum bald genug eine Anerkennung und Geltung verschaffen würde, die dem nationalen Selbstbewußtsein Befriedigung geben würde, vielleicht mehr als Deutsche und Magyaren gutheißen möchten.

Aber das sind ferne Zukunfts-Gedanken. Die Sorge des Tages ist: der Weltkrieg. Wenn er denn einmal geführt werden soll, so ist der Augenblick gewiß für uns und Oesterreich so günstig wie möglich. An der Bundestreue Italiens zu zweifeln, ist kein Grund; ihm winken aus der französischen Beute gerade die allerschönsten Preise, Tunis, Savoyen oder noch mehr, die seinen Ehrgeiz wohl locken können und es beim Dreibund festhalten. Hält aber Italien zu uns, während England neutral bleibt, so können wir mit voller Zuversicht in den Krieg gehen — oder aber eben deshalb fängt die franko-russische Brüderschaft den Krieg gar nicht erst an.

Zusatz zur Buchausgabe. Oesterreich ist bekanntlich weit unter den Forderungen geblieben, die hier als die natürlichen und gegebenen dargelegt sind, und das Deutsche Reich hat in seinem dringenden Wunsch, den Frieden zu erhalten, noch nachdem Serbien die Hauptbedingungen des österreichischen Ultimatums abgelehnt hatte und Oesterreich ihm den Krieg erklärt hatte, das Aeußerste aufgewandt, um einen Ausgleich zu ermöglichen. Es verlangte und setzte durch, daß Oesterreich mit Rußland in eine direkte Verhandlung eintreten wollte über die Bedingungen, die Serbien aufzulegen seien, auf der Basis, daß die Souveränität und Integrität Serbiens gewahrt bleibe und Oesterreich über die Besetzung Belgrads und Umgebung mit seinen militärischen Operationen nicht hinausgehe. Die Verhandlungen wurden, ehe sie noch in Gang gekommen waren, zerrissen, indem Rußland seine gesamte Armee mobilisierte (Nacht von 30./31. Juli) mit dem vollen Bewußtsein, daß es Deutschland dadurch zwinge, nicht nur auch seinerseits zu mobilisieren, sondern auch zuzuschlagen, um nicht die russischen Massen erst an der Grenze ansammeln zu lassen. Weshalb hat Rußland durch diese überstürzte Mobilisation den Verhandlungen, die eine ganz gute Aussicht auf Erfolg geboten hätten, ein Ende gemacht? Selbst die Partei, die aller Wahrscheinlichkeit nach den Krieg für das Jahr 1916 oder 1917 bereits in Aussicht genommen hatte, hätte sich doch sagen können, daß die Vorbereitungen noch nicht vollendet seien. Die Antwort wird sein: Daß man trotz aller Mäßigung Oesterreichs voraussah, daß das Ergebnis der Verhandlungen für Rußland den Verlust der Serbischen Bundesgenossenschaft bedeuten würde. Durch die Besitznahme Belgrads hatte Oesterreich Serbien seine Macht fühlen

lassen; kamen nun noch weitere scharfe Bedingungen dazu, dann war der Erfolg, daß die Serben sich nicht genügend durch Rußland gedeckt sahen, daß ihr Vertrauen auf Rußland schwand, daß die groß-serbische Agitation unterdrückt wurde und daß vielleicht die austrophile Partei in Serbien zur Regierung kam. Unter keinen Umständen wollte man das zulassen und entfesselte den Krieg, den man ja ohnehin für nahe Frist vorbereitete, lieber auf der Stelle. — Ueber die hier noch so optimistisch beurteilte Politik Italiens vergl. den Aufsatz von Dr. Daniels in den Preuß. Jahrb. Bd. 165, S. 99. Auch Fürst Bülow hat noch im Jahre 1914 geschrieben, daß bei der „Loyalität der maßgebenden Faktoren in Italien und der politischen Klugheit des italienischen Volkes" ein Zweifel an dem Wert der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde nicht begründet sei.

Die Ursachen des Krieges. Die Chancen. Das Ziel.

23. August 1914.

Meine letzte politische Betrachtung an dieser Stelle (26. Juli) lief noch aus in eine Doppelspitze. Ich stellte fest, daß es in der serbischen Frage zwischen Oesterreich und Rußland einen Kompromiß nicht wohl geben könne; die Genugtuung, die Oesterreich für die Ermordung des Thronfolgers fordern müsse, könne keine andere sein, als die völlige und definitive Unterdrückung der großserbischen Propaganda; diese aber sei nur zu erreichen, wenn Serbien unter die Aufsicht Oesterreichs gestellt werde; damit wiederum sei dem Prestige Rußlands als der Schutzmacht der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel das Ende bereitet, und das bedeute für Rußland eine große politische Niederlage. Trotzdem wollte ich die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben, denn es schien mir doch immer möglich, daß England den Russen erklärte, nachdem die panslawistische Politik auf dem Balkan zum Fürstenmorde geführt hätte, sei es moralisch unmöglich, für sie weiter einzutreten, und England werde, wenn es zum Kampf komme, neutral bleiben. Hätte England so gesprochen, dann wäre Italien beim Dreibunde geblieben; dieser hätte die offensichtliche Uebermacht gehabt; Rußland hätte seine Niederlage hingenommen und der Friede wäre erhalten geblieben.

Man darf um so sicherer annehmen, daß England es in der Hand gehabt hätte, auf diese Weise den Frieden zu erhalten, als alle Anzeichen dafür sprechen, daß sich Frankreich seiner Aktion gern angeschlossen haben würde. Zwar ist der Revanchegedanke keineswegs verflogen gewesen, sondern bis in dieses 44. Jahr sehr stark geblieben, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß daneben in den breitesten Massen des französischen Volkes ein starkes Friedensbedürfnis herrschte, eine geradezu pazifistische Stimmung Raum gewonnen hatte. Daß diese von den verschiedensten Seiten immer wieder bezeugte Auffassung richtig ist, dafür hat uns den allerstärksten Beweis der Präsident der Republik selber geliefert. Ein dürftigeres Aktenstück als die Proklamation, in der Herr Poincaré dem Volke, das ihn zu seinem Haupte berufen, die ungeheure Entscheidung verkündet, wird die ganze französische Geschichte nicht aufweisen. Statt mit flammendem Wort sein Volk glücklich zu preisen, daß der nun schon über ein Menschenalter ersehnte Tag der Rache gekommen und die Franzosen den Rang der „großen Nation", den sie in unglücklichen Tagen verloren, wiedergewinnen sollten, statt einer solchen zugleich wahren und heroischen Ansprache versteckt sich dieser Volksführer in der Stunde der Gefahr hinter der von jedem Gassenbuben zu durchschauenden Lüge, Frankreich sei angegriffen und überfallen und müsse sich verteidigen. Nur ganz nebenbei wird auf die Revancheidee angespielt und behauptet, daß Frankreich nichts als Kulturbestrebungen verfolgt und Frieden geatmet habe. Ein solcher Kleinmut in einer Regierung, die doch offensichtlich politisch und militärisch mit höchster Anspannung der Kräfte die Vorbereitung zum Kriege betrieben und der es an politischem Talent und Einsicht durchaus nicht fehlt, ein solcher Kleinmut ist bei diesem Präsidenten und diesen Ministern gar nicht anders zu erklären, als daß tatsächlich ein tiefer Zwiespalt durch das französische Volk geht, daß den Tendenzen des Ehrgeizes und der Rache so starke Hemmungen entgegenstehen, daß man sich nicht getraut hat, mit der eigentlichen Kriegsparole offen herauszukommen.

Wie also, wenn England an diese Friedlichkeit innerhalb Frankreichs appelliert hätte? Eine entschiedene Erklärung aus London hätte dieser Richtung die Oberhand gegeben und Rußland hätte zurückweichen müssen.

Welch' eine unermeßliche Entscheidung war in die Hand

Englands gegeben? Jedermann weiß, daß die Kultur Europas auf dem Spiel steht. Ein neuer Hunnensturm ist im Anzug. Auch in England gibt es nicht nur Viele, die es sehen, sondern es haben sich auch genug Stimmen erhoben, die es ausgesprochen haben, und einige Minister sind lieber aus dem Kabinett ausgeschieden, als sich auf die Seite der Fürstenmörder zu schlagen. Aber die Majorität des Ministeriums wie des Parlaments hat sich anders entschieden; obgleich es weder für den Panslawismus, noch gar für den Fürstenmord eine innere Neigung hat, hat England sich von vornherein, auch bei den diplomatischen Vermittlungsversuchen, auf die Seite Rußlands gestellt und damit den Krieg unvermeidlich gemacht.

Sir Eduard Grey und seine Ministerkollegen haben sich die Vorstellung gebildet, daß das englische Machtinteresse es so verlange.

Wieder ist eingetreten, was Ranke in seiner Weltgeschichte dem athenischen Demagogen Kleon vorwirft: „Rücksicht auf das allgemeine Beste der griechischen Welt war nicht in ihm". „Er hatte nur die gegenwärtige Lage im Auge, den unmittelbaren einseitigen Gewinn". So hat heute England die Rücksicht auf die allgemeine europäische Kulturwelt unterdrückt und ist nur seinem eigenen, augenblicklichen Vorteil nachgegangen. Denn wenn es so zu Rußland und Frankreich gesprochen hätte, wie wir es uns eben vorstellten und wie es die Ehre verlangte, und weiter daraufhin Rußland seine Protektorrolle unter den Balkanvölkern hätte fallen lassen müssen, so hätte das eine schädliche Rückwirkung auf das prinzipielle Verhältnis zwischen Rußland und England ausüben können; die Tripleentente wäre erschüttert gewesen; die Politik hätte vielleicht neu orientiert werden müssen. England hätte vielleicht eine Annäherung an Deutschland suchen, sich mit ihm vertragen, seine Seegeltung endgültig anerkennen müssen.

Alle diese Möglichkeiten hat man nicht auf sich nehmen wollen und lieber den allgemeinen Kriegsbrand ausbrechen lassen.

Es ist deshalb auch unrichtig, zu meinen, daß Herr Grey mit seinem telephonischen Angebot der Neutralität Frankreichs, das nachher für ein Mißverständnis erklärt wurde, bloß zu spät gekommen sei. Auch wenn Grey diese Anfrage früher gestellt hätte und dabei geblieben wäre, so war dennoch der Krieg nicht verhindert, denn um die Neutralität Frankreichs durchsetzen zu können, hätte England einen solchen Druck ausüben müssen, daß die Freund-

schaft mit Rußland darüber in die Brüche gegangen wäre, und diese eben wollte man nicht opfern. Der ganze Zwischenfall hat keine Bedeutung und beweist nur, daß es auch in den höchsten Regionen Englands eine Friedenspartei gegeben und man deshalb geschwankt hat.

Weshalb aber ist England noch weiter gegangen und hat uns selbst den Krieg erklärt?

Der Minister Grey hat sich mit völliger Deutlichkeit darüber ausgesprochen. Er glaubte mit Sicherheit voraussuzusehen, daß in einem Kriege des Dreibundes gegen den Zweibund dieser unterliegen und Frankreich von Deutschland zerschmettert werden würde. Der deutsche Reichskanzler hat deshalb der englischen Regierung die Zusicherung angeboten, daß wir im Falle des Sieges den Franzosen kein europäisches Gebiet, sondern höchstens Kolonien (und schließlich auch nicht einmal diese) abverlangen würden. Darauf hat Grey erwidert, „Frankreich könnte, auch ohne daß ihm Land in Europa genommen würde, so zermalmt werden, daß es seine Stellung als Großmacht verlöre und der deutschen Politik untertan würde". Frankreich vor diesem Schicksal zu bewahren, hat England die Waffen ergriffen und sich, ohne vertragsmäßig verpflichtet zu sein, gleich von Anfang an in den Kampf geworfen. Denn wenn Frankreich erdrückt sei, schwebt ihm vor, daß Deutschland ganz Mitteleuropa, auch Belgien und Holland, beherrsche und das europäische Gleichgewicht, auf dem die Freiheit der Nationen beruht, aufgehoben sei.

Wie die Glieder einer Kette hängt sich ein Entschluß an den anderen: um des europäischen Gleichgewichts wegen muß Frankreich geholfen werden; mit Frankreich muß England auch Rußland als Alliierten begrüßen, das in Asien sein gefürchteter Rivale ist, und um Rußlands willen muß es der Freund der serbischen Mordbanden werden.

Nun hat aber Deutschland weder die Absicht noch das Interesse, Frankreich in seiner Großmachtstellung zu bedrängen oder auch nur zu bedrohen. Der deutsche Kanzler hat es dem englischen Botschafter ausdrücklich versichert. England führt also Krieg gegen einen bloßen Argwohn. Das eigentliche Objekt des Krieges ist die panslawistische Hegemonie Rußlands auf dem Balkan, seine Anmaßung, einen Kleinstaat wie Serbien, der völlig außerhalb seiner geographischen Sphäre, vielmehr umgekehrt völlig in der natür-

lichen Interessensphäre Oesterreichs liegt, nicht nur gegen Oesterreich zu stützen, sondern unausgesetzt gegen Oesterreich zu hetzen und diesem eine völlig unerträgliche Nachbarschaft zu bereiten.

Diesem Zustand ein Ende zu machen, hat Oesterreich endlich den Entschluß gefunden. England hat nicht das geringste Interesse daran, in diesem Streit als solchem die Partei Rußlands zu nehmen. War es wirklich für eine loyale und weitsichtige Diplomatie unmöglich, die Besorgnis um die Großmachtstellung Frankreichs von dem serbischen Konflikt soweit zu trennen, daß der allgemeine Krieg vermieden wurde?

Wir wollen uns nicht scheuen, den Gedanken zu Ende zu denken. Deutschland hat in der Tat kein Interesse, Frankreich in seiner Großmachtstellung völlig zu brechen. Die leitenden deutschen Staatsmänner sind sich dessen durchaus bewußt, daß der Grundsatz des europäischen Gleichgewichts ein berechtigter ist, und daß niemand, auch der Mächtigste nicht, ihn ungestraft verletzt. Das lehrt die europäische Geschichte in jedem Jahrhundert; das lehrt das Schicksal Karls V., wie Ludwigs XIV., wie Napoleons I. Der deutsche Reichskanzler war daher auf dem rechten Wege, und eben deshalb konnte auch von einem Gegner seine Ehrlichkeit und seine Zuverlässigkeit nicht angezweifelt werden, wenn er England anbot, daß Deutschland auch nach dem Siege Frankreich schonen werde. Man sieht nicht, weshalb es unmöglich gewesen sein sollte, sich über die Form und Grenzen eines solchen Abkommens zu einigen. Wie schnell hätte man dann wieder zum Frieden kommen können! Der Eintritt Englands hat nicht nur den allgemeinen Krieg entzündet, sondern ihn auch gesteigert zu einem Kriege bis zum äußersten.

Das Ergebnis ist: England hat den Krieg nicht nur nicht, was es gekonnt hätte, verhindert, sondern es hat ihn gewollt. Nicht etwa das ganze englische Volk; es gibt auch in England Menschen genug, die sich dessen bewußt sind, daß auch der nationale Egoismus seine Grenzen haben muß und daß das nationale Interesse eingebettet ist in die allgemeine Kulturwelt und von dieser nicht getrennt werden darf. Auch heute, nachdem alles vergeblich gewesen ist, sind die Persönlichkeiten nicht zu tadeln, die sich immer von neuem bemüht haben, durch Appell an die humanen Gefühle in den Völkern, und namentlich im englischen Volke, den Frieden zu erhalten. Sie haben unrecht behalten, aber darum

haben keineswegs die, die schon lange den Englandhaß gepredigt haben, recht behalten. Denn eben diese Englandhasser waren zugleich die Freunde und Lobredner, wenn nicht Rußlands, doch der guten Beziehungen zu Rußland. Mit der Möglichkeit des russisch-französisch-englischen Bündnisses gegen uns haben wir alle seit langem rechnen müssen. Die Einen sahen mehr bei England, die Andern mehr bei Rußland Möglichkeiten, das Aeußerste zu verhindern. Getäuscht haben wir uns mit dieser Hoffnung alle, hier wie dort. Es ist nicht anders: Jingoismus und Panslawismus haben die Oberhand behalten und der schmachvolle Bund zwischen der westeuropäischen Kultur und der moskowitischen Barbarei gegen das Vaterland Schillers und Goethes ist vollzogen. Die obsiegende Partei in England hat den Krieg gewollt, weil wir es gewagt haben, es in der absoluten Beherrschung aller Meere beschränken zu wollen und eine Beteiligung bei der Aufteilung der Welt unter den Kulturvölkern auch für Deutschland zu fordern. Das negative Ziel der englischen Politik in diesem Kriege ist die Nichtzerstörung der Großmachtstellung Frankreichs (was wir bereit waren, ihm auch ohne Krieg zuzugestehen); das positive, wahre und letzte Ziel der englischen Kriegserklärung ist die Zerstörung der deutschen Flotte.

Erst nachdem man sich so den Zusammenhang im großen klar gemacht hat, kann man die Spezialfrage Belgiens richtig würdigen. Herr v. Bethmann Hollweg hat offen zugestanden, daß wir die Neutralität Belgiens verletzt haben. Wir haben es getan unter dem Zwang einer unausweichlichen strategischen Notwendigkeit. Die Grenze, die Deutschland und Frankreich gemeinsam haben, ist nicht viel mehr als 200 Kilometer breit. Das ist schon an sich für die modernen Riesenheere, die sich immer weiter ausdehnen, um sich die Flanke abzugewinnen, eine sehr schmale Front. Im mandschurischen Kriege, wo doch nur rund 300 000 Mann auf beiden Seiten fochten, hat man schon eine Ausdehnung bis zu 150 Kilometer gehabt. Die 200 Kilometer elsaß-lothringischer Grenze sind aber noch durch Festungen und Forts fast ganz verbarrikadiert. Vor mir liegt ein Buch des französischen Generals Maitrot „Nos frontières de l'Est et du Nord“ aus dem vorigen Jahre (1913), worin dargelegt ist, daß eine deutsche Invasion von Elsaß-Lothringen aus schlechterdings nicht mehr durchführbar sei, daß die Deutschen deshalb notwendig den Weg

durch Belgien nehmen müßten und daraufhin die verschiedenen Anmarschmöglichkeiten durch Belgien untersucht werden. Allein der Anmarsch durch Belgien gab uns die genügende Frontbreite und ausgedehnte Gebiete ohne Festungen, auf denen eine entscheidende Schlacht in freiem Felde möglich ist. Hätten wir aus Rücksicht auf die belgische Neutralität auf diese Anmarschlinie verzichtet, so hätte das geheißen, daß wir an der Westgrenze auf lange Zeit hätten stillstehen müssen, um zu erleben, daß mittlerweile die Russen ihre Mobilmachung vollendeten und mit ihren ungeheuren Massen über unsere Ostgrenze hereinbrachen, ehe wir die Franzosen genügend abgefertigt hatten. Vielleicht hätten wir trotz allem diesen Nachteil auf uns nehmen müssen, wenn wir wirklich dadurch die Neutralität Englands (und im Zusammenhang damit die aktive Hilfe Italiens) gewonnen hätte. So aber lag es, wie wir gesehen haben, nicht. England war entschlossen, auf jeden Fall die Waffen gegen uns zu ergreifen. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch uns war nur ein Vorwand für seine Kriegserklärung. Gewiß hat sie der englischen Regierung vor der öffentlichen Meinung im eigenen Volk wie auch sonst die Stellungnahme gegen uns sehr erleichtert und hat außerdem die doch nicht so ganz unbedeutende belgische Armee den feindlichen Streitkräften zugeführt: trotz allem waren wir gezwungen, den schweren Schritt zu tun, denn der Weg durch Belgien war der einzige Weg zum Siege und zu unserer Rettung. Der Nachteil ist groß, aber der Vorteil ist noch viel größer, denn England war ja entschlossen, unser Feind zu sein unter allen Umständen.

Der Ursprung des Krieges, richtig erkannt, muß uns zeigen, was wir uns als Ziel des Krieges zu setzen haben. Aber ehe wir dazu schreiten, wollen wir überlegen und abzuwägen suchen, welche Kräfte uns und unsern Gegnern zur Verfügung stehen, weshalb wir trotz der feindlichen Uebermacht an den Sieg glauben.

Deutschland hat über 67 Millionen Einwohner, Frankreich 39½ Millionen. Trotzdem hat Frankreich seine Friedensarmee durch überaus scharfe Aushebung und Einstellung von drei Jahrgängen gegen nur zwei in Deutschland auf annähernd dieselbe Stärke gebracht wie die deutsche. Auch an Reservemannschaften, die die Feldarmee verstärken, wird Frankreich nicht viel weniger aufgebracht haben, als wir. Was wir noch an Ueberlegenheit in der Zahl haben, wird durch den Schutz, den wir gegen die Russen

haben stehen lassen müssen und durch die Belgier, die drüben den Franzosen beigetreten sind, und durch etwa landende Engländer ausgeglichen sein. Unsere Ueberlegenheit wird also nicht auf der Zahl beruhen, sondern auf dem besseren Organismus des Aufgebots und der Führung. Die Franzosen haben gewiß viel Talente und großen Patriotismus, aber es ist unmöglich, daß eine Armee, die in 43 Jahren 42 Kriegsminister gehabt hat, einen zuverlässig funktionierenden Organismus darstelle; es ist ganz ausgeschlossen, daß alles so vorbedacht und vorbereitet und kontrolliert sei, wie bei uns, daß die Mobilmachung und der Aufmarsch sich mit derselben Promptheit und Sicherheit vollzogen habe, wie wir es vor unseren Augen sich haben vollziehen sehen. Wie sollten die französischen Eisenbahnen, fast lauter Privatbahnen, so Hand in Hand mit dem Generalstab arbeiten, wie bei uns die Staatsbahnen? Ebenso ist es auch unmöglich, daß die Führung dasselbe leiste wie die deutsche. Der General Joffre mag ein noch so bedeutender Mann sein, er ist in seinen Handlungen nicht frei. Der Präsident der Republik, der Ministerrat und der Kriegsminister stehen neben ihm, und hinter ihnen allen steht die allmächtige, jedem Windhauch nachgebende öffentliche Meinung. Im Kriege gibt es sehr oft nicht einen, sondern mehrere Wege, die zum Ziel führen, und es ist, nach einem berühmten Satz von Clausewitz, nicht so wichtig, daß der unbedingt beste gewählt wird, als daß der einmal eingeschlagene mit einheitlichem Willen genommen und festgehalten wird. Unter der Führung des Kaisers sind wir Deutschen dieser Einheitlichkeit, Einheitlichkeit auch zwischen Strategie und Politik sicher. Die Franzosen sind es nicht.

Schon jetzt können wir übersehen, in was für Zweifel die französische Heeresleitung geraten sein muß. Als die Nachricht kam, daß die Deutschen durch Belgien vorgehen wollten, muß sich die Frage erhoben haben, ob man die Verteidigungslinie einfach verlängern oder mit einer Gegenoffensive im Elsaß antworten sollte. Entschied man sich für das letztere, so war wieder die Frage, ob, wo und wie stark man den Rhein überschreiten solle; man konnte auch erwägen, ob man die schweizerische Neutralität durchbrechen sollte, so wie die Deutschen die belgische. Statt dieser Umfassung ließ sich auch ein Durchbruch zwischen Metz und Straßburg erwägen. Wiederum an der belgischen Grenze muß sich die Frage erhoben haben, wie weit der linke Flügel

auszudehnen sei und ob man die große Schlacht angelehnt an die französischen Grenzbefestigungen liefern, oder ob man den Belgiern zu Hilfe kommen, sich mit ganzer Macht vorbewegen und die Schlacht auf belgischem Boden annehmen sollte. Diese Frage wird wieder beeinflußt durch die andere, ob die Ankunft der englischen Verstärkung abzuwarten ist oder nicht.

Wird der General Joffre in der Lage sein, alle die wichtigen Entscheidungen, vor die er hier gleich im Anfang gestellt ist, ganz frei nach rein strategischen Erwägungen zu fällen? Immer läßt sich für diesen wie für jenen Entschluß etwas sagen. Politisches und Militärisches wirkt durch- und gegeneinander. Das Ende kann sehr leicht eine Halbheit, zum wenigsten ein Schwanken werden. Die deutsche Führung ist von solcher inneren Unsicherheit frei. Auch hier werden im Kriegsrat oft verschiedene Auffassungen und Vorschläge miteinander ringen, aber die endliche Entscheidung fällt eine unbedingt feststehende Autorität.

Gelingt es uns, vermöge dieses Uebergewichts die Franzosen vorläufig abzufertigen, so haben sie keine Reserven weiter hinter sich, und ein Teil unseres Westheeres kann umkehren gegen die Russen.

Ein französischer Militärschriftsteller legte noch vor einigen Monaten dar, daß die Russen sechs Wochen gebrauchen würden, ehe sie zum Angriff auf uns schreiten könnten. Nachdem sie jetzt zunächst Polen geräumt haben und den Aufmarsch anscheinend in der Linie Brest — Grodno — Kowno vollziehen, wird es noch eine Anzahl Wochen mehr dauern, ehe sie mit ihrem vollen Druck vor unseren Verteidigungslinien erscheinen können. Mittlerweile aber haben wir die ganze ungeheure Reserve unserer Volkskraft, eben die, die den Franzosen fehlt, eingekleidet, eingeübt, die durch die Kämpfe in Frankreich gelichteten Kaders wieder aufgefüllt, noch verstärkt und neue Truppenteile aufgestellt. Die gesamte Ersatzreserve und die Kriegsfreiwilligen, nicht weniger als 1 200 000 Mann, sind es, die die Armee in dieser Weise ergänzen und verstärken. So werden wir mit den Oesterreichern vereint, auch den Russen an Zahl wieder gewachsen sein und getrost im Osten wie vorher im Westen dem neuen Kampf entgegengehen.

Von den numerischen und Organisationsverhältnissen gehen wir über zu den moralischen Kräften. Welch ein Unterschied

zwischen uns und unseren Gegnern! Von den Franzosen haben wir schon festgestellt, daß ungeachtet ihrer Revancheleidenschaft und ihres untadligen Patriotismus doch offensichtlich ein tiefer Zwiespalt durch das Volk geht. Von den 166 Millionen Russen sind fast ein Drittel Fremdvölker, die nur mit Knirschen das russische Joch tragen und deren Jungmannschaft mit Widerwillen in den Krieg zieht. Bei den Russen selbst ist das alte Ideal des heiligen Rußland, des naiven, kirchlich bestimmten Patriarchalismus in den großen Massen nicht nur der Städter, sondern auch des Bauernvolks in Auflösung begriffen und der neue panslawistische Nationalgedanke zwar in ziemlich breiten Schichten von großer Kraft und Leidenschaft, aber bis zu den großen breiten Massen ist er doch schwerlich so weit durchgedrungen, um sie mit wahrer Kriegslust zu erfüllen. Endlich auch das englische Volk ist gespalten. Der Kriegspartei steht eine von humanen und Kulturideen erfüllte Partei gegenüber, die es nicht nur falsch, sondern abscheulich findet, daß man sich mit den Russen und nun gar mit den Japanern gegen ein Bruder-Kulturvolk wie das deutsche verbunden hat. Beweis, daß wir uns darin nicht täuschen, ist wiederum die englische Regierung selbst. Aus politisch-strategischen Gründen, um das Adriatische Meer schließen zu können, mußte sie nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich den Krieg erklären. Als Grund dieser Kriegserklärung aber mußte die Fiktion herhalten, daß Oesterreich feindselige Handlungen gegen Frankreich begangen habe. Warum eine solche Unwahrheit? Offenbar aus keinem anderen Grunde, als daß die englische Regierung auch jetzt noch vermeiden will und sich schämt, als der Verbündete Rußlands zu erscheinen.

Allen diesen inneren Zwiespältigkeiten gegenüber welch eine unvergleichliche Einheit unter den Deutschen! Wenn die Feinde es gewagt haben, uns anzugreifen, so hat dabei sicherlich auch mitgespielt die Hoffnung, daß das Deutsche Reich mit seinen vielfältigen Parteigegensätzen, mit seiner angeblich revolutionären Sozialdemokratie und ihren 4 Millionen Stimmen durch innere Unruhen gelähmt werden würde. Selbst bei uns sind ja ängstliche Gemüter nicht ohne Besorgnis gewesen, wie sich die Mobilmachung vollziehen, ob sie ganz glatt vonstatten gehen würde. Wie sind die Gegner, wie sind die Kleingläubigen bei uns enttäuscht worden! Jetzt erst haben wir den vollen Segen der großen Sozialreform

eingeheimst. Wie oft hat man in diesen Jahren mit betrübter Miene sagen hören, daß doch alles vergeblich sei, daß die Sozialdemokratie, statt durch die Sozialreform überwunden zu werden, wie doch Bismarck selber sich eingebildet, an Kraft und Ausdehnung nur immer mehr und mehr zugenommen habe. Wer tiefer blickte, der sah schon immer, daß mit dieser äußeren Zunahme eine innere Abwandlung, „eine Mauserung" verbunden war, die die internationale revolutionäre Masse leise, leise auf den nationalen Boden hinüberführte. Was ist doch in dieser letzten Zeit auf das „sozialdemokratische Reichsamt des Innern" gescholten worden, das mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion als gleichberechtigten Faktoren unseres politischen Daseins verhandelte! Aber der alte Satz: „Vertrauen erweckt Vertrauen" hat sich auch hier bewährt. Wie weggeblasen war der ganze Schwulst der staatsfeindlichen Redewendungen; der internationale Proletarier erwies sich als eine bloße Kampfesmaske; mit einem Ruck war sie heruntergerissen und es erschien das ehrliche Gesicht des deutschen Arbeiters, der nichts anderes begehrt, als an der Seite seiner Volksgenossen, wenn das Vaterland ruft, zu streiten. Welch eine Erscheinung diese Reichstagssitzung vom 4. August, wo hintereinander 17 Kriegsgesetze in drei Lesungen angenommen werden, ohne daß nur ein einziges Mitglied widerspricht! Auch das englische und französische Parlament haben den Kriegserklärungen zugestimmt und zugejubelt, aber schon nicht, ohne daß Widerspruch erhoben wäre, und am wenigsten mit einmütiger innerer Zustimmung der Wählermassen hinter sich. Der deutsche Reichstag aber war nicht nur selbst einmütig, sondern wird auch in dieser Einmütigkeit getragen von seinen Wählern. Man darf es als ein historisches Gesetz hinstellen, daß starke innere Spannungen für die Gesundheit eines Volkes nützlich, vielleicht unentbehrlich sind. In der Mühsal des Kampfes klagt man über den Parteihader, aber dieser Hader ist das politische Leben, und ob er gesund oder verderblich ist, entscheidet sich in den Augenblicken der höchsten Gefahr, wo es gilt, ob man ihn zum Schweigen bringen kann oder nicht. Kann man es nicht, so geht der Staat an diesem inneren Zwist zugrunde; kann man es, so wird er nicht nur gerettet, sondern zieht aus dem Parteikampf auch gewaltige Quellen der Kraft. Denn die Parteien schweigen nicht bloß, sondern sie stellen nun auch ihren eigenen Organismus in den

Dienst des Ganzen. Es genügt nicht, den Sozialdemokraten zu danken, daß sie ihr Parteiprogramm in die Ecke gestellt haben und unter der nationalen Fahne mitmarschieren, sondern man muß sich auch klarmachen, welches Verdienst sie sich direkt durch ihre Organisation erworben haben. Stellen wir uns vor, wir hätten diese großen Arbeitervereinigungen nicht, sondern diese Millionen stünden dem Staate nur als Individuen gegenüber, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß sich sehr viele unter ihnen finden würden, die, nicht von der allgemeinen Bewegung ergriffen, der Einberufung zur Armee passiven oder auch aktiven Widerstand entgegengesetzt hätten. Vor 1870 haben die Mobilmachungen an nicht wenigen Orten oft nur mit Gewalt durchgesetzt werden können. Das ist sogar hier und da 1813 vorgekommen; diesmal hat sich auch nicht das geringste dergleichen ereignet. Das macht, heute ist in Deutschland sozusagen jeder Mann organisiert und folgt seiner Organisation. Indem diese gesellschaftlichen Kräfte mit der staatlichen Autorität zusammenwirkten, bildete sich erst jene ungeheure Kraft, die wir in dieser Mobilmachung vor unseren Augen sich haben entfalten sehen. Die Masse der Bewaffneten, die das Deutsche Reich heute und in den nächsten Monaten ins Feld stellen wird, wird unzweifelhaft selbst über das, was 1813 das preußische Volk aufgebracht hat, noch weit hinausgehen.

Wie kommt es, daß das deutsche Volk, das bis zum 1. August so friedlich dahinlebte und jeden Gedanken an Kriegsabenteuer mit Entrüstung abgewiesen haben würde, plötzlich bis in die letzte Hütte von einem solchen Kriegsfuror ergriffen ist? Es ist ganz einfach: weil es sich angegriffen fühlt und der Beweis gegeben wurde, daß man unsere Friedfertigkeit ausnutzen wollte, uns zu überfallen. Unermeßlich ist das Verdienst des Kaisers und des Reichskanzlers, daß sie keinen Präventivkrieg geführt, sondern bis zum alleräußersten, auch dem Argwöhnischsten unverkennbar, die höchste Anstrengung gemacht haben, den Frieden zu erhalten. In dem Augenblick sozusagen, als auch die sozialdemokratischen Organe sich nicht entbrechen konnten, diese Tatsache anzuerkennen, da haben wir ideell bereits den Krieg gewonnen. Denn eine Nation von 67 Millionen, die einen so kräftigen militärischen Organismus mit einem so einmütigen Geiste der Entschlossenheit beseelt, ist schlechthin unbesiegbar.

Fügen wir hinzu, daß die Spekulation unserer Gegner auf

unsere innere Uneinigkeit nicht nur bei uns, sondern ebenso bei unserm Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn mißglückt ist. Wie sehr hat man darauf gerechnet, daß der Nationalitätenhader die habsburgische Monarchie sprengen werde! Wie lungerte man schon bei diesem oder jenem freundlichen Nachbar nach einem Beutestück! Die volle Hälfte der Untertanen des Kaisers Franz Joseph besteht aus Slawen, und unter der Fahne des Panslawismus ist dieser Krieg proklamiert worden, aber die österreichischen Slawen, wenn ihre Wortführer auch hie und da mit dem Versucher gespielt haben, haben ihn dennoch endlich einmütig abgewiesen. Selbst Tschechen und Deutsche verbrüdern sich als Oesterreicher*), und die Polen sind von je die Todfeinde des Panslawismus gewesen.

Klein erscheint neben diesen großen und entscheidenden Gewalten einiges Technisch-Militärische, das die bisherigen Kriegshandlungen bereits als ein weiteres Moment der deutschen Ueberlegenheit gezeigt haben, das wir aber nicht unerwähnt lassen wollen. Es ist die Leistung unserer schweren Artillerie, sowohl der leichteren Art, die mit in die Feldschlacht genommen wird, als auch der ganz schweren, die nur im Festungskrieg zur Anwendung kommt. Der General Maitrot schildert in seinem oben genannten Buche (S. 27) die Befestigung von Lüttich und schließt sie mit dem Satz: „Die Stadt ist also fähig zu einem langen und kräftigen Widerstand.“ Dieser Widerstand ist durch unsere Artillerie in kürzerster Frist gebrochen worden. Es mag sein, daß zu dem unerhörten, in der Kriegsgeschichte einzig dastehenden Erfolg auch die überraschende Schnelligkeit des Angriffs Einiges beigetragen hat; die Vorbereitungen mögen noch nicht vollendet, die Garnison mag für die Ausdehnung der Verteidigung etwas zu schwach gewesen sein. Das tut aber dem Heroismus unserer Truppen im Sturm und der Leistung der Artillerie gegen die Befestigung keinen Eintrag. Von unseren Militärs ist mir schon lange versichert worden, daß wir in dieser schweren Artillerie unseren Gegnern weit voraus seien; die Probe hat diese Voraussage nunmehr bestätigt, und das eröffnet sehr weite Perspektiven. Die Franzosen haben ja ihre Verteidigung nicht nur auf eine bis zum äußersten getriebene Massenaushebung, sondern

*) Die illoyale Haltung gewisser Teile und Gruppen des tschechischen Volkes, die mittlerweile bekannt geworden ist, hat doch keine entscheidende Bedeutung gewonnen.

ebenso sehr auf ihre Grenzbefestigung aufgebaut. Nun zeigt sich, daß in dem ewigen Wettstreit zwischen dem Schwert und dem Panzer, dem Geschütz und der Scheibe, das Geschütz, wenigstens das deutsche Geschütz, zurzeit der stärkere Teil ist. Von Namur sagt der General Maitrot, es sei ebenso stark wie Lüttich; von Lille, Maubeuge und Reims aber, die hauptsächlich die französische Nordgrenze zu decken bestimmt sind, bemerkt er, daß sie nicht auf der Höhe seien, und von Maubeuge sagt er ausdrücklich, daß es in der Umwandlung begriffen und vielleicht bald mit den belgischen Nachbarn an Defensivkraft auf derselben Höhe sein werde. Da das Buch erst im Jahre 1913 erschienen ist, so darf man vielleicht schließen, daß auch heute Maubeuge die Stärke von Lüttich noch nicht ganz erreicht hat. Ich will damit nicht zu viel Hoffnungen erwecken, denn durch eine sehr starke Garnison lassen sich Mängel der Befestigung bis zu einem gewissen Grade ausgleichen. Aber man wird immerhin auf diese schwache Stelle der französischen Rüstung hinweisen können.

Allen diesen Stärken unserer Position gegenüber haben wir nun auch eine Schwäche, die wir uns nicht verhehlen und über die wir uns nicht täuschen dürfen. Die ungeheure Anspannung, vermöge derer wir uns der Zahl unserer Gegner im Felde gewachsen dünken dürfen, schneidet in unser wirtschaftliches Leben viel tiefer ein, als es, wenn auch nicht bei den Franzosen, so doch bei den Russen und Engländern der Fall ist. An Geld fehlt es drüben nicht, nicht einmal den Russen, die ja einen ungeheuren Goldschatz aufgespeichert haben, und die Engländer verlieren zwar kommerziell viel, aber doch lange nicht so viel wie wir. Das russische Bauernvolk, noch immer die große Masse des Russentums, gibt keinen so erheblichen Prozentsatz von Männern ab, um dadurch in seinen einfachen wirtschaftlichen Verrichtungen sehr wesentlich gestört zu werden. Die Gefährlichkeit des Krieges für uns liegt also nicht sowohl darin, daß wir Niederlagen erleiden könnten — die würden wir bald wieder ausgleichen —, sondern in der Möglichkeit einer langen Dauer. Wir haben jüngst selbst einen Aufsatz gebracht, der die Gefahr der ungenügenden Ernährung des deutschen Volkes im Kriege sehr schwarz malte und deshalb die Anlage von großen Magazinen im Frieden verlangte. Nicht erst unter dem Heraufziehen des Gewitters, sondern schon vorher ist dann diese Darlegung von einem anderen Mit-

arbeiter, dem Abgeordneten Grafen Moltke, als viel zu pessimistisch mit durchschlagenden Gründen zurückgewiesen worden. Es kommt hinzu, daß der Krieg in einem Augenblick ausgebrochen ist, wo wir eben eine ganz besonders gute Ernte hereinbringen. Bezüglich der Ernährung hat es also tatsächlich für ein und selbst zwei Jahre keine Gefahr, aber die Rohstoffversorgung unserer Industrie ist eine nicht leicht zu nehmende Sache. Deutschland bedarf einer ungeheuren Zufuhr von Wolle, Baumwolle, Seide, Flachs, Holz, Oelfrüchten, Kupfer, Blei, Zink, Leder, Kautschuk, wenn nicht ein großer Teil seiner Fabriken stillstehen soll. So viele Männer jetzt auch die Waffen tragen und so viele auch die Kriegsindustrie jetzt in Nahrung setzt, es ist doch zu besorgen, daß schließlich noch viel Arbeitslose übrig bleiben, ganz zu geschweigen der massenhaften Frauen und Mädchen, die jetzt schon verdienstlos geworden sind. Die Engländer haben sich gehütet, unsere Häfen für blockiert zu erklären, weil sie, um die Blockade effektiv zu machen, zu nahe an unsere gefährlichen Minen, unsere Torpedo- und Unterseeboote herankommen müßten, aber der Zustand des Seevölkerrechts gibt ihnen andere Möglichkeiten, uns die Zufuhren abzuschneiden. Man hatte unter den Mächten bereits eine Konvention fertiggestellt, wonach die meisten oben genannten Stoffe nicht für Kriegskontrebande erklärt werden dürften; wir hätten sie also bei nichtblockierten Häfen durch die Neutralen beziehen dürfen. Aber das englische Oberhaus hat die Zustimmung verweigert, und so ist jene Konvention nicht ratifiziert worden. England kann jetzt auch Wolle, Baumwolle, Erze, Kautschuk usw. für Kriegskontrebande erklären und wo es immer für Deutschland auch nur indirekt bestimmt ist, wegnehmen, auch auf neutralen Schiffen, die neutralen Häfen zustreben, indem es schlimmstenfalls dafür eine dem Wert entsprechende Entschädigung zahlt.

Hierbei könnte England insofern auf einige Schwierigkeiten stoßen, als z. B. die Amerikaner geschädigt werden, wenn sie für die ungeheuren Massen von Baumwolle und Kupfer, die sie bisher in Deutschland abgesetzt haben, keine Verwendung mehr finden. Aber wenn England diese Vorräte bezahlt und bei sich, soweit die eigene Industrie sie nicht verbraucht, aufstapelt, so würden die Vereinigten Staaten es zu einem Konflikt darüber gewiß nicht treiben, und England könnte uns mit dieser Methode wirklich in Verlegenheit bringen. Auch hier können wir uns damit beruhigen,

daß zunächst enorme Massen der fraglichen Rohstoffe noch in Deutschland vorhanden sind, die ziemlich lange vorhalten werden. Immerhin bleibt die wirtschaftliche Seite des Krieges, Arbeitslosigkeit, Knappheit der Rohstoffe, derjenige Teil unserer Rüstung, wo sich bei längerer Dauer eine Schwäche bemerkbar machen kann. Sehr schön und richtig hat Paul Rohrbach gesagt, daß hier die eigentliche Kraftprobe für unser Volk noch mehr liegen werde, als in der direkten militärischen Leistung, wo wir unserer Kraft und unseres Sieges sicher sind. Es handelt sich darum, daß die Besitzenden die Opferwilligkeit haben, die Nichtbesitzenden unter allen Umständen durchzufristen in dem Sinne, wie Herr Arnhold, einer der reichsten Männer von Berlin, die Parole ausgegeben hat: „Es handelt sich nicht mehr um Mein und Dein, sondern um Sein und Nichtsein"*).

Die Macht, die uns diese äußerste Kraftprobe auferlegt, ist dieselbe, die auch den Krieg entzündet hat, England.

Aber auch unsererseits sind wir gegen England nicht ohne Waffen. Die deutsche Flotte, wennschon nur halb so groß, ist doch, verbunden mit unseren überlegenen Luftschiffen und Fliegern, ein furchtbarer Gegner, und die „Königin Luise" hat schon gezeigt, was für ein Geist in ihr lebt. Man muß nur Geduld haben. Weiter aber ist England verwundbar in Aegypten, und unendlich empfindlich in Indien. Hier wird der Sultan von neuem ein großer Faktor in der Weltgeschichte sein. Aber das führt hinüber auf die komplizierten Verhältnisse und Bedingungen der auswärtigen Politik, die so im Fluß sind, daß ich sie diesmal nicht behandeln will.

Eine letzte Konsequenz aber wollen wir noch aus allem Vorhergesagten ziehen. Unsere drei großen Gegner stehen auch darin hinter uns zurück, daß ihre Interessenharmonie bei weitem nicht so ausgeprägt und umfassend ist, wie zwischen uns und unserem Bundesgenossen Oesterreich. England möchte wohl, daß

*) Ich kann mir nicht versagen, hier hinzuzufügen, daß ich wegen dieses Hinweises auf die Schwierigkeiten unserer Nahrungsmittel- und Rohstoff-Versorgung damals angegriffen worden bin und man sich sogar bei einem Minister über mich beschwert hat, weil ich dem Feinde unsere schwache Seite kundgemacht. Daß der Feind diese unsere schwache Seite genügend kannte, bewiesen die Aeußerungen seiner Presse; ob bei uns alle Behörden das Problem früh genug und ernsthaft genug angegriffen haben, läßt sich bezweifeln.

wir besiegt werden, aber nicht, daß Rußland siege. Rußland kämpft mit Leidenschaft für sein Phantom des Panslawismus, aber sehr widerwillig für die weltwirtschaftliche Herrschaft Englands. Keineswegs also stehen wir den drei Gegnern gleichmäßig gegenüber. Gegen Frankreich haben wir überhaupt nichts mehr, sobald es, durch eine neue Niederlage über die Unmöglichkeit der Ausführung belehrt, seine Revancheidee aufgibt, und das ist gar nicht so unwahrscheinlich, da mit den Niederlagen eine furchtbare Wut gegen die Bundesgenossen, die Engländer und Russen an ihre Stelle treten wird, die nichts getan und das edle Frankreich, nachdem sie es in den Krieg gehetzt, im Stich gelassen haben*). Die Russen kommen ja nicht vorwärts, die englische Armee ist nichts und die englische Flotte tut nichts. Dem russischen Panslawismus wird sein Widersinn schon durch den Krieg selbst, indem so viele slawische Völker gegen Rußland kämpfen, demonstriert. Der Gegner aber, den wir wirklich brechen müssen, das ist England. Als Vorkämpfer des europäischen Gleichgewichts hat sich England in den Krieg gestürzt. Im Namen eben dieses Gleichgewichts bestreiten wir ihm, daß eine Macht die absolute Herrschaft auf allen Meeren der Welt zu beanspruchen befugt ist. Es ist möglich, daß der Lauf der Kriegshandlungen uns schließlich doch in eine andere Richtung drängt, und man muß deshalb seine Vorbehalte machen. Aber das ideale, positive Ziel des Krieges darf doch als solches hingestellt werden, und dieses lautet für uns: Nieder mit der englischen Seeherrschaft!

Seit das Vorstehende geschrieben wurde, sind nun schon die ersten schweren Schläge gefallen. Während wir uns weit ausgreifend über Brüssel der französischen Nordgrenze nähern, haben die Franzosen den großen Gegenstoß südlich von Metz und von Belfort aus versucht und sind damit gescheitert. Die deutsche Armee bewegt sich auf der ganzen langen Front vorwärts. Von der anderen Seite sind die Russen bereits in Ostpreußen eingerückt. Es ist unmöglich, daß sie schon ihre großen Massen bereit haben; die Erklärung wird sein, daß flehentliche Hilferufe der Franzosen sie vor der Zeit in Bewegung gebracht haben. Solche mehr politisch

*) Wenn diese Voraussage bisher nicht eingetreten ist, so liegt das daran, daß die Franzosen die Hoffnung auf den Sieg immer noch nicht aufgegeben haben. Einmal aber wird dieser Augenblick doch wohl kommen.

als strategisch motivierten Operationen pflegen nicht gut zu verlaufen; selbst wenn die Russen aber wirklich vorläufig einen gewissen Erfolg haben sollten, so kann er sie doch nicht so sehr weit führen, und wir dürfen uns dadurch in dem Suchen nach der großen Entscheidung gegen die Franzosen nicht beirren lassen.

Man muß sich die ganze lange Linie von Belfort bis Lille, oder von der Schweiz bis zur Nordsee als eine einzige zusammenhängende Front vorstellen, die nur der Führung halber in Abschnitte gegliedert ist. An vielen Stellen dieser langen Front wird angepackt, um endlich an einer Stelle durchzubrechen oder einen Flügel zu umgehen und von da aus aufzurollen.

Weiteres über die Genesis des Krieges.

Die Vorgeschichte des Krieges, fünf Vorträge von Dr. Friedrich Luckwald, Professor der Geschichte an der Technischen Hochschule Danzig, Preis 1,50 M. Danzig 1915, Verlag und Druck von W. Kafemann G. m. b. H.

Professor Dr. Arnold Oskar Meyer: Worin liegt Englands Schuld? Politische Flugschriften 18. Heft, herausgegeben von Ernst Jäckh. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart.

Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandmächte von Dr. Karl Helfferich. Preis 80 Pf. Verlag von Georg Stilke, Berlin.

Unter den zahlreichen Schriften, die sich mit dem Ursprung des Krieges beschäftigt haben, sind mir die drei genannten besonders aufgefallen.

Prof. Luckwaldts Schrift zeichnet sich dadurch aus, daß sie weit zurückgreift und dem Ursprung des allmählichen Wachsens der Stimmungen und Spannungen nachgeht, bis sie sich endlich in der ungeheuren Explosion entluden. Man hat den Eindruck, daß diese Explosion unvermeidlich gewesen sei, und wundert sich fast, daß es noch Deutsche gegeben hat, die an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens glaubten; der Mord von Serajewo verschwindet beinahe in der Stärke der allgemeinen Gegensätze. Ich sage: die Schrift erweckt diesen Eindruck, aber ich will nicht sagen, daß der Verfasser selbst es unbedingt so meint. Die Kraft

seiner Linienführung drängt zu dem Schluß: der Krieg war unvermeidlich. Aber Herr Dr. Daniels hat (Pr. Jahrb. Bd. 158. S. 360) sicher mit Recht ausgeführt, daß man das doch keineswegs sagen dürfe; wenn der Prinzenmord nicht gekommen wäre, so hätte sich die Situation, so gespannt sie war, vielleicht doch noch gehalten und irgend welche anderen Zwischenfälle hätten andere Kombinationen herbeiführen können. Luckwaldt unterstützt diese Betrachtung selbst durch eine Feststellung, worin er sich mit der zweitgenannten Schrift von Professor Meyer trifft: daß nämlich der Minister Grey den Krieg zwar herbeigeführt habe, aber doch nicht, indem er ihn wirklich wollte, sondern weil er zu ungeschickt war oder weil er nicht wußte, wie er sich helfen sollte. Luckwaldt legt mit ganz guten Gründen dar, daß ein Aufschub von einigen Jahren für England sehr vorteilhaft gewesen wäre.

Daß England in diesem Kriege nicht wohl neutral bleiben konnte, sondern ihn entweder verhindern, oder wenn er doch ausbrach, auf die deutschfeindliche Seite treten mußte, ist eine Auffassung, die auch ich von Anfang an vertreten habe. In dem Nicht-Verhindern des Krieges liegt Englands eigentliche Schuld, und namentlich Meyer will nicht sowohl bösen Willen sehen, als Mangel an Voraussicht und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, als man die Bahnen der Politik einschlug, wo England schließlich seiner selbst nicht mehr Herr war, sondern der russischen Führung folgen mußte. So ganz möchte ich dieser Auffassung nicht beistimmen. Der letzte Grund, weshalb trotz langen Schwankens im Kabinett England schließlich doch mit Rußland gehen mußte, ist, daß es andernfalls sich ganz von ihm loslösen, sich mit Deutschland definitiv gut stellen und dessen Seegeltung hätte anerkennen müssen, und das ist es, was es nicht wollte.

Das Verdienst der Helfferichschen Schrift beruht auf der außerordentlich sorgsamen Vergleichung der französischen, englischen und russischen amtlichen Publikationen. Drei Erscheinungen werden dabei zu voller Anschaulichkeit herausgearbeitet. Zunächst daß die deutsche Regierung noch im letzten Augenblick an der Vermittlung zwischen Oesterreich und Rußland gearbeitet hat, und daß diese Vermittlung ganz gute Aussicht auf Erfolg hatte, als sie durch die russische Mobilmachungsordre am 31. Juli zerrissen wurde. Die russische Regierung war gewarnt und wußte, das

diese Mobilmachung den Krieg bedeute. Weshalb hat sie sie trotzdem verfügt? Die Antwort ist ganz klar. Wie der Kompromiß auch ausfiel, er hätte immer eine schwere Beeinträchtigung des russischen Prestige auf dem Balkan bedeutet, und das wollten die Russen nicht auf sich nehmen. Man vergesse nicht, daß seit der Einführung einer Verfassung die russische Regierung nicht mehr rein autokratisch war, sondern unter dem stärksten Druck einer chauvinistisch höchst erregten öffentlichen Meinung stand. Die Schaffung der Duma hat, wie hier von Anfang an vorausgesagt worden ist, viel weniger eine liberale, als eine nationalistische Bewegung in Rußland entfesselt. Wenn der Zar trotzdem bis zum 31. Juli vormittags (vielmehr bis zum Spätabend des 30. Juli)*) mit der vollen Mobilmachung gezögert hat, so geschah es, weil man doch nicht völlig des französischen und englischen Beistandes sicher war. Erst am 29. abends ist die Meldung, daß Frankreich mitgehen werde, in Petersburg eingetroffen, und dieser Entschluß Frankreichs war wieder die Folge einer Unterredung an demselben Tage zwischen dem Minister Grey und dem französischen Botschafter Cambon in London, aus der dieser die Sicherheit schöpfte, daß England Frankreich nicht im Stich lassen werde. Daß diese Tatsache den Ausschlag und der russischen Kriegspartei die Oberhand gegeben hatte, wußte man bisher nur aus dem von uns in Brüssel gefundenen Bericht des belgischen Gesandten de l'Escailles; in dem englischen und französischen Buntbuch ist sie sorgfältig unterdrückt, aber in dem russischen Orangebuch kommt, wie Helfferich sagt, die am Morgen in London abgeschossene Kugel am Abend zum Vorschein.

Vortrefflich widerlegt Helfferich endlich aus dem russischen Orangebuch die Ausrede, daß die russische Mobilmachung wegen deutscher militärischer Vorbereitungen erfolgt sei: nicht ein einziges Mal hat der russische Minister nach seinem eigenen Zeugnis sich über solche angeblichen Vorbereitungen beim deutschen Botschafter beschwert oder sich sonst wie auf sie berufen.

Seit man durch die sorgsame Nachprüfung des englischen Blaubuchtextes in der „Eiche" (Nov.-Heft, Verlag Fr. Zillessen, Berlin) weiß, daß eines der wichtigsten Aktenstücke dieser Publikation in der gröbsten Weise gefälscht ist, könnte man fragen, ob

*) Vgl. Glaukos in den Preuß. Jahrb. 1916, Dez.-Heft.

solche Publikationen überhaupt ein so sorgsames Studium verdienen. Aber nein — wir haben gesehen, wie nützlich es werden kann, sich darein zu vertiefen.

Die Kriegsereignisse von Ende August bis gegen Ende September. Der zukünftige Friede.

27. Sept. 1914.

Die Nachrichten über die Kriegsereignisse sind so fragmentarisch, daß es unmöglich ist, sich den strategischen Zusammenhang allenthalben klarzumachen; immerhin sind gewisse Grundzüge erkennbar.

Seit der Schöpfung der modernen Infanterie in den Schweizer- und Landsknechthaufen ist die Entwicklung konstant dahin fortgegangen, daß die Aufstellung immer breiter und dünner geworden ist. Man begann mit gewaltigen Gevierthaufen. Diese wurden verkleinert und vermehrt. Moritz von Oranien machte sie flach. Die Preußen im siebenjährigen Kriege standen nur noch drei Glieder tief, aber zwei oder drei Treffen hintereinander. Die Linearaufstellung wurde aufgelöst in Schützen, denen aber für den letzten Stoß tiefere Kolonnen folgten. Jetzt sind auf Grund der ungeheuer gesteigerten Wirkung der Feuerwaffen die Linien geradezu fadendünn auseinandergezogen, die Kolonnen verschwunden und selbst die Reserven sehr reduziert. Die Front, auf der die deutschen Armeen bei dem ersten Zusammentreffen gekämpft haben, mißt vom Oberelsaß bis über Maubeuge hinaus reichlich 400 000 Meter. Wie stark unsere Armee im ersten Aufmarsch gewesen ist, weiß man nicht; nehmen wir an, es seien 1 200 000 Mann gewesen, so wären im Durchschnitt auf den Meter drei Mann gekommen; bei 1 600 000 Mann im Durchschnitt vier; unter allen Umständen ein bloßes Band, eine bloße Einfassung. Standen sie, wie selbstverständlich, an vielen Stellen dichter, standen hinter der ersten Linie Reserven, so müssen sie an anderen Stellen wieder noch dünner aufgestellt gewesen sein oder Lücken gelassen haben. Feldherren früherer Zeiten würden gesagt haben, eine so dünne oder lückenhafte Linie durchstoße ich an irgend einer Stelle mit einem Massenangriff und rolle sie dann auf. Das Gelingen einer solchen Operation ist auch tatsächlich nicht ausgeschlossen,

und besonders französische Theoretiker haben sie bis vor wenigen Jahren aufs lebhafteste befürwortet. Aber die Defensivkraft der modernen Feuerwaffen ist so groß, daß auch die allerdünnste Linie gegen einen bloßen Frontangriff immer noch einen längeren Widerstand leistet und schließlich ohne gar zu große Einbuße zurückgenommen werden kann. Mittlerweile aber können die weit ausgespannten Flügel des Verteidigers von beiden Seiten herumschwenken und die dichten Massen des Angreifers so sehr unter konzentrisches Feuer nehmen, daß ein anfänglicher Erfolg bald in das Gegenteil umschlagen wird. Die Deutschen Vorschriften stellen deshalb fest, daß selbst zwischen zwei bloßen Divisionen unter Umständen ohne Schaden ein erheblicher Raum unbesetzt bleiben kann*), und als durchschnittliche Gefechtsbreite eines Armeekorps wird etwa eine deutsche Meile (nicht unter 4 nicht über 10 Kilometer), das sind etwa vier Mann auf den Meter, angesehen.

Die Franzosen haben sich noch in den letzten Jahren diese Anschauungen auch zu eigen gemacht; trotzdem sind sie von der tatsächlichen Anwendung dieser Prinzipien durch die Deutschen offenbar überrascht worden. Sie waren, wie wir aus dem im vorigen Heft zitierten Buch des General Maitrot wissen, durchaus darauf gefaßt, daß wir durch Belgien heranmarschieren würden. Nichtsdestoweniger haben sie nicht erwartet, daß wir mit unserer Offensive bis an die Schelde ausgreifen, mit anderen Worten, daß wir es wagen würden unsere Linie so dünn zu machen, wie es tatsächlich geschehen ist. Denn als unser äußerster rechter Flügel (Armee Kluck) jenseits Maubeuge erschien, da wurde die öffentliche Meinung in Frankreich sofort auf eine Niederlage vorbereitet mit der Enthüllung, daß hier nur Territorialtruppen ständen, die eigentliche französische Front also nicht so weit reichte. Auch das Einrücken der Engländer auf diesem Flügel konnte die Franzosen nicht retten, und jene wurden nur mit ins Verderben hineingezogen.

Um die Kraft dieser Umfassung so hoch wie möglich zu steigern, hat die deutsche Heeresleitung auf dem entgegengesetzten Flügel, in Ober-Elsaß, sogar direkt Opfer gebracht; man hat die Franzosen bewußt verleitet, hier vorzugehen; man hat ihnen nicht nur

*) v. Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S 207.

zweimal Mülhausen überlassen, sondern auch geduldet, daß sie eine Woche lang bei Colmar, noch zwei Tagemärsche weiter nördlich, Posto fassen konnten. Denn der Unterschied zwischen diesem Vorbringen der Franzosen im Süden und der Deutschen im Norden ist, daß jenes sich sehr bald totlaufen mußte, dieses in unbegrenzter Weise weiter und weiter fortgeführt werden konnte. Die französische Offensive im Ober-Elsaß mußte im besten Falle vor den starken Rheinfestungen Istein, Neu-Breisach, Straßburg zum Stehen kommen; die Ueberschreitung des Stromes hätte eine ungeheure Armee erfordert, wenn die Uebergegangenen drüben nicht abgefaßt und abgeschnitten werden sollten. Die dem französischen Patriotismus so wohltuenden Vorstöße von Belfort bedeuteten also im Grunde, daß die Franzosen in eine Falle gegangen sind, denn während ihre Triumphe hier wie die Seifenblasen wieder vergingen, erfochten die Deutschen südlich von Maubeuge bei St. Quentin den entscheidenden Erfolg.

So glaubte ich es auffassen zu dürfen, obgleich ja gleichzeitig auf der ganzen Front unter dem Kronprinzen von Bayern, dem deutschen Kronprinzen, dem Herzog von Württemberg, den Armeen Hausen und Bülow in gewaltigem Ringen gekämpft und gesiegt wurde. Einige dieser Sonderschlachten, namentlich diejenige des Kronprinzen Rupprecht, sind offenbar aufzufassen als eine Zurückweisung französischer Angriffe. An sich hatten es die Franzosen mit solchen Angriffen gewiß nicht eilig, denn ihre Grundidee ist natürlich gewesen, die Entscheidung im Westen hinzuziehen, bis die russischen Massen sich bemerkbar machten und Frankreich entlasteten. Aber als die Umgehung im Nordwesten drohte, da wird der General Joffre geglaubt haben, daß ihm nun nichts anderes übrig bleibe, als einen kräftigen Stoß an anderer Stelle zu führen, wo die Deutschen nun vielleicht nicht so sehr stark waren; zu einem solchen Vorstoß schien der Raum zwischen Metz und Straßburg sehr geeignet. Er wurde aber von den Bayern aufgenommen und schließlich mit einer kräftigen Offensive erwidert und auf die französische Festungs- und Fortslinien zurückgeworfen.

Nordwestlich der bayerischen Armee sind nun auch die Armeen des eigentlichen Zentrums unter schweren Kämpfen allmählich vorgedrungen, und zwar derart, daß, je weiter nach Norden und Westen, die Offensive immer stärker ausgriff und immer weiter umbog.

So kam der rechte Flügel der deutschen Armee bereits bis in die Nähe von Paris, und hinter der deutschen Front fiel ein Fort, eine Festung nach der anderen. Schließlich wurde sogar Maubeuge in kurzer Belagerung bezwungen, die Festung, von der wir aus dem Buch des General Maitrot wissen, daß sie von den französischen Nordfestungen am meisten modernisiert war. Wenn sie nun nichtsdestoweniger nach einer ganz kurzen Belagerung bezwungen wurde und mit ihr eine Besatzung von nicht weniger als 40000 Mann kapitulierte, so mußte das in Verbindung mit dem fortwährenden Zurückweichen der gesamten Feldarmee den Eindruck erwecken, daß die moralische Kraft der Franzosen bereits zu erlahmen beginne. Sie in immer wiederholten Stößen ganz zu Boden zu werfen, setzte die deutsche Armee ihren Vormarsch unaufhaltsam fort, ließ Paris rechts liegen und näherte sich bereits dem Lauf der Seine südlich von Paris, während auf dem anderen Flügel die kronprinzliche Armee über Verdun hinaus den Feind südwärts vor sich hertrieb. Zieht man von Verdun nach Paris eine gerade Linie, so kann man sich die Stellung so vorstellen, daß die beiden äußersten Flügel der Deutschen an den beiden festen feindlichen Stützpunkten Verdun und Paris haften blieben, während sich das Zentrum etwa auf der Linie Vitry Sezanne, dreißig bis vierzig Kilometer nach Süden ausbog. Das war eine Stellung, die auf keinen Fall lange innezuhalten war: entweder wenn der Feind wirklich schon moralisch gebrochen war, mußte man den Siegeslauf nach Süden fortsetzen, um die feindliche Aufstellung zu spalten und die Festungs- und Fortlinie Verdun, Toul, Epinal im Rücken zu fassen, sie zu sprengen und eine neue direkte Verbindung mit der Basis in Deutschland herzustellen, oder aber man mußte wieder ein Stück zurück, um die beiden Flanken wieder frei zu kriegen.

In Wirklichkeit sind nun die Franzosen doch noch nicht so ganz gebrochen gewesen, und der General Joffre hat die Elastizität und die Entschlossenheit gehabt, den geographischen Nachteil, in den die Deutschen durch die Erfolge ihrer Siege gebracht waren, auszunutzen. Da das ganze französische Eisenbahnnetz nach Paris konvergiert, so war es möglich, hier schnell eine sehr bedeutende Macht anzusammeln. Von Westen werden noch englische Verstärkungen angelangt sein, von Süden französisch-afrikanische Truppen wie auch vielleicht englisch-indische, und von Südwesten konnte

man Truppen heranziehen, die bisher in den Vogesen und im Elsaß gekämpft hatten. Mit diesen Massen sind die Franzosen aus Paris herausgebrochen gegen die Flanke der deutschen Aufstellung, die Armee des Generaloberſten v. Kluck, der bereits sein Hauptquartier in Coulommiers, sieben Meilen direkt östlich von Paris, hatte. Sehr bald erkannte der deutsche Heerführer, daß er der aus einer so gefährlichen Richtung heranwogenden Uebermacht nicht zu widerstehen vermöge, und leitete den Rückzug ein, der nun über die Marne und Aisne bis in die Gegend La Fère-Laon fortgesetzt wurde. Nach den französischen Berichten hat die deutsche Armee bei diesem Rückzug erhebliche Verluste erlitten, nach den deutschen haben im Gegenteil die deutschen Vorstöße Eroberungen an Geschützen gebracht, die mitgenommen worden sind. Auf jeden Fall haben sich die Deutschen der drohenden Umklammerung entzogen; der rückwärtigen Bewegung, die am 7. September eingesetzt zu haben scheint, hat man nach einigen Tagen Halt geboten, günstige Stellungen, durch Feldbefestigungen verstärkt, bezogen und weitere Angriffe der Franzosen mit blutigen Köpfen abgewiesen. Der Rückwärtsbewegung des äußersten rechten Flügels haben sich gradweise die Nachbararmeen angeschlossen bis zum Kronprinzen, der auch wieder bis in eine Stellung nördlich von Verdun zurückmarschiert ist. Diese Bewegung wird notwendig geworden sein, weil man dadurch mit den anderen zurückgehenden Armeen in engerer Verbindung blieb, weil die Verbindung mit der Heimat um Verdun herum, ohnehin sehr unbequem, bei etwa weiterem Zurückgehen der anderen Armeen, fast ganz abgeschnitten werden konnte und weil überhaupt eine etwas verkürzte Gesamtfront ratsam erschien. Denn unsere Verluste in den fortgesetzten Kämpfen und Schlachten sind naturgemäß sehr groß gewesen, namentlich an Offizieren, und der unerwartet frühe Vormarsch der Russen in Ostpreußen heischte Verstärkungen auf diesem Kriegsschauplatz. Es mag auch sein, daß bei dem überaus schnellen Vormarsch hier und da bei deutschen Truppenteilen schon der Munitionsersatz Sorge bereitet hat, worüber man wegsehen konnte bei der Annahme, daß der Widerstand der Franzosen bereits so gut wie gebrochen sei. Da sich das nicht bewahrheitete, mußte man auch in diesem Punkt vorsichtiger sein.

Die Deutschen nahmen also unter dem Druck auf den rechten Flügel nicht bloß diesen, sondern die ganze Aufstellung einige

Tagemärsche (von 30 bis etwa 100 Kilometer) weit zurück. Auf dem linken Flügel, bei Verdun, scheinen die Franzosen kaum gefolgt zu sein. Hätten sie es getan, wären sie über Verdun hinaus weitergegangen, so hätten sie sich der Gefahr ausgesetzt, wieder in der Flanke gefaßt zu werden. Sie sind also vorsichtig in dem Schutze der Festung geblieben. Auf dem anderen Flügel aber haben sie scharf gedrängt und ihrerseits fortwährend zu umfassen gesucht. Um die Mitte des Monats kam die Bewegung, die in der französischen Presse schon mit lauten Triumphrufen als die Vertreibung der Eindringlinge aus Frankreich verkündigt wurde, zum Stehen. Die Deutschen nahmen sorgsam ausgewählte Defensivpositionen ein und befestigten sich darin, und die Franzosen, unfähig, sie weiter zurückzudrängen, befestigten sich vor ihnen ebenfalls. Die Entscheidung, die bis zu diesem Augenblick (27. Sept.) noch immer aussteht, wird davon abhängen, wer sich jetzt schneller verstärkt und wem es gelingt, dem andern eine Flanke abzugewinnen. Die Franzosen suchen nach wie vor um unseren rechten Flügel herumzukommen; von den Deutschen hat die Armee des Kronprinzen wieder die Offensive ergriffen und die Armee des Kronprinzen Rupprecht ist dabei, die Sperrfort-Linie Verdun-Toul zu durchbrechen. Ein Fort ist bereits in ihrem Besitz und die Artillerie der anderen ist zum Schweigen gebracht. Wir dürfen dem Fortgang getrosten Mutes entgegensehen.

Wie im Jahre 1866 Moltke alles auf die Hauptentscheidung anlegte, das rheinische Armeekorps nach Böhmen zog, gegen die Mittelstaaten nur drei Divisionen, gegen die drohenden Franzosen gar nichts stehen ließ, so hat nach diesem Beispiel des großen Ohms der jetzige Chef des Generalstabes auch zunächst alles gegen den nächststehenden Gegner, gegen die Franzosen, bestimmt und gegen die Russen nur wenige Korps zurückgelassen. Auch diese erfochten in den Grenzgefechten anfänglich mancherlei Vorteile, dann aber kamen die Russen sowohl gegen uns wie gegen die Oesterreicher mit ihren großen Massen früher, als man erwartete. Obgleich wohl sicher anzunehmen ist, daß sie ihre Mobilmachung bereits im Sommer viel weiter vorbereitet gehabt haben, als uns bekannt war, so ist der wirkliche Beginn der großen Operationen schon knapp drei Wochen nach der Kriegserklärung doch wohl nur dadurch zu erklären, daß die Franzosen in ihrer Not auf das dringendste um Hilfe gebeten und den Vormarsch ge-

fordert haben. Er erfolgte in Ostpreußen mit mehr als doppelter Ueberlegenheit, aber in zwei getrennten Heeresgruppen, die eine unter Rennenkampf von Osten, die andere unter Schilinski von Süden kommend, aber beide getrennt durch die langgestreckte Linie der ostmasurischen Seen, deren Hauptdurchlaßpunkt durch das Fort Lötzen gesperrt ist. Unter dem doppelten Druck begann die deutsche Armee sich bereits auf unsere eigentliche Verteidigungslinie, die Weichsel, zurückzuziehen. Plötzlich aber, nachdem ein Wechsel im Oberkommando eingetreten war und der Generaloberst von Hindenburg mit dem Generalmajor Ludendorff als Stabschef die Führung übernommen hatte, wandten sich die gesamten deutschen Streitkräfte gegen die von Süden kommende Armee Schilinski. Die Kräfte waren wohl auf beiden Seiten ziemlich gleich, die Russen wahrscheinlich noch überlegen. Aber wenn einst der General Kuropatkin im mandschurischen Krieg den Grundsatz aufgestellt hat, daß er, um über die Japaner siegen zu können, zwei Bataillone gegen eins haben müsse, so wird dieses Verhältnis wohl auch zwischen russischen und deutschen Soldaten gelten, und die Führung wußte, was sie von der Mannschaft erwarten durfte. Wenn das Prinzip der fadendünnen Aufstellung schon gegen die Franzosen sich bewährt hat, so mußte es noch viel mehr am Platz sein gegen die Russen, die mit ihrem teils schwerfälligen, teils unzuverlässigen Mannschaftsmaterial gezwungen sind, sich viel enger zusammenzuscharen. Der ehemalige Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, hat, wie mir gestattet sei zu erwähnen, ausgehend von der Analyse der Schlacht von Cannae in meiner „Geschichte der Kriegskunst", diese Schlacht als den Urtypus der Anlage hingestellt, die der moderne Feldherr anzustreben habe. Hannibal machte im Verhältnis zu der tiefen Masse der Römer seine Front ungewöhnlich dünn, verlängerte dafür die Flügel und verließ sich darauf, daß seine Front lange genug standhalten würde, bis die Flügel, namentlich mit ihrer überlegenen Kavallerie, um die Römer herumgeschwenkt waren, sie von allen Seiten eingeschlossen hatten und dadurch auch die Front entlasteten. So gewann er nicht nur den Sieg, sondern trieb den Sieg bis zur völligen Vernichtung des weit überlegenen Heeres. Hindenburgs Sieg in Masuren ist das völlige Gegenstück dazu. Das Zentrum der Deutschen bestand nur aus Landwehr, die standhielt, bis die Linienkorps von Ost und West herumgeschwenkt waren und den

Gegner eingeschlossen hatten. Wie bei Cannae ist die ungeheure Masse direkt vernichtet, durch die Geschosse niedergemäht oder in die Seen und Sümpfe gedrängt, wo sie umgekommen sind. Die Zahl dieser Umgekommenen wird nicht unter 50000 geblieben sein; 90000 Mann sind schließlich gefangen genommen. Dieser Erfolg geht noch über Sedan hinaus, insofern hier die Deutschen eine sehr große numerische Ueberlegenheit hatten, mit der sie, ohne sich selbst einer zu großen Gefahr auszusetzen, die Franzosen umklammern konnten. Und wenn Hannibal bei Cannae mit 50000 etwa 70000 Mann überwältigt und vernichtet hat, während in Masuren die Kopfstärken annähernd gleich waren, so übertrifft der deutsche Sieg in Masuren doch noch insofern den des Karthagers über die Römer, weil hier ja noch die zweite russische Armee Rennenkampfs im Spiel war. Während Schilinski in Masuren vernichtet wurde, stand diese zweite russische Armee nicht mehr als zwei bis drei Tagemärsche hinter dem Rücken der kämpfenden Deutschen. Hätte Rennenkampf eine Ahnung von den Vorgängen gehabt, die sich in solcher Nähe von ihm abspielten, und seinerseits die deutsche Armee von Norden her angegriffen, so war diese nahezu verloren. Mit einer wahrhaft napoleonischen Kühnheit hat General von Hindenburg das Schicksal herausgefordert. Aber er kannte die Russen. Auch die Psychologie des Gegners ist ein Stück der Feldherrnkunst. Das preußische Offizierkorps exerziert und manövriert nicht bloß, sondern studiert auch. Z. B. von den vortrefflichen Werken des Oberstleutnants von Tettau über den mandschurischen Krieg wird man wohl sagen können, daß auch sie ihr Scherflein zu dem Siege in Masuren beigetragen haben. Man wußte aus ihnen wie aus anderen Bearbeitungen, wie schwerfällig die Russen seien, wie wenig Initiative ihren Führern und sogar dem viel, aber mit wenig Recht gerühmten Rennenkampf zuzutrauen sei. Man sollte meinen, daß Schilinski mit dem Oberbefehlshaber Großfürsten Nikolaus und mit Rennenkampf selbst auf dem Umweg über Polen in telegraphischer Verbindung habe stehen müssen. Vielleicht hat Schilinski die Gefahr, in der er schwebte, zu spät bemerkt, oder Rennenkampf hat es nicht glauben wollen, denn er trieb seine Vortruppen zwar vor bis auf die Höhe von Königsberg und darüber hinaus, blieb aber selber stehen an der Linie Allenburg-Angerburg und legte Verschanzungen an, als ob er

selber bedroht sei. Hindenburg aber hatte, um des Sieges im Süden völlig sicher zu sein, nur einen ganz dünnen Schleier gegen Rennenkampf stehen lassen und sogar die Besatzung von Königsberg auf bloße Landwehren reduziert. Denn das ist der Sinn der Gneisenau-Clausewitz-Moltkeschen Strategie, daß es die Kühnheit ist, die im Kriege siegt über die Vorsicht. Was half dem General Rennenkampf sein vorsichtiges Zurückhalten? Was halfen ihm die Verschanzungen, die er angelegt hatte? Nachdem die Schilinskische Armee außer Spiel gesetzt war, machte Hindenburg kehrt, wandte sich gegen ihn, und es fehlte, da auch den Deutschen noch Verstärkungen zuzogen, nicht viel, daß er mit Gewaltmärschen auch diese Armee vom Rücken gefaßt und eingeschlossen hätte, wenn Rennenkampf sich nicht noch, im letzten Augenblick flüchtend, unter schwerem Verlust gerettet hätte. Mit den Verstärkungen, die sie noch zuletzt erhalten hatte, wird die Armee Rennenkampfs auf 9½ Armeekorps (nach unserer Zählweise) berechnet, diejenige Schilinskis auf 5, zusammen also 14½ Armeekorps, was etwa den dritten Teil der russischen Feldarmee ausmachen möchte.

Am wenigsten durchsichtig ist der Zusammenhang der kriegerischen Ereignisse auf dem österreichisch-russischen Kriegsschauplatz. Anfänglich schien es, als ob die Oesterreicher nicht weniger als die Hälfte ihrer Feldarmee gegen Serbien aufstellten, um hier mit erdrückender Uebermacht aufzutreten, mit den Serben schnell vollständig aufzuräumen und sich dann erst gegen die Russen zu kehren. Das hätte also eine gewisse Aehnlichkeit gehabt mit der Grundidee der deutschen Heeresleitung zwischen Rußland und Frankreich. Aber entweder die Oesterreicher haben diesen Gedanken nie gehabt, oder sie haben, ehe er ausgeführt werden konnte, gesehen, daß die Zeit dafür nicht ausreichte, und haben ihn aufgegeben. Sie haben nur mit mäßigen Kräften einige Vorstöße nach Serbien hinein gemacht, sind wieder zurückgewichen und begnügen sich seitdem, serbische Vorstöße in das eigene Gebiet zurückzuweisen. Ist die Annahme richtig, daß man ursprünglich gegen Serbien Größeres ins Auge gefaßt hat, so würde das eine gute Erklärung für die Vorgänge in Galizien geben. Nach schönen anfänglichen Erfolgen hat die österreichische Armee hier doch vor der Uebermacht der Russen zurückweichen müssen, wie diese in prahlerischen Siegesbulletins sogar behaupten, mit großem

Verlust. Da erhebt sich nun die Frage: wenn die Russen jetzt schon, knapp 6 Wochen nach Beginn des Krieges, eine so große Uebermacht gegen die Oesterreicher entwickeln konnten, wie wird das weiter werden? Denn es ist anzunehmen, daß die Oesterreicher bei ihren kleineren Räumen und engerem Eisenbahnnetz den Russen im Aufmarsch ein gut Stück voraus gewesen sind; die Russen werden noch große Massen im Hintergrund haben, die allmählich herankommen, die Oesterreicher nicht. Diese Argumentation wird aber hinfällig, wenn es richtig ist, daß eben anfänglich noch viele österreichische Korps gegen Serbien gestanden haben, daß man sie zwar abberufen hat, ehe sie dort in Tätigkeit getreten waren, daß sie aber doch auf dem galizischen Schauplatz zum Teil verspätet eingetroffen sind. Selbst wenn das aber nicht zutreffen sollte, so braucht man sich wegen der noch zu erwartenden russischen Massen doch wirklichen Besorgnissen nicht hinzugeben. Die Russen sind hier wie in Ostpreußen schneller gekommen, als man geglaubt hat, und an Reservemannschaften werden ihnen gewiß noch sehr viele zur Verfügung stehen, aber eben nur Reservemannschaften; die festen Cadres sind ziemlich alle bereits im Feuer. Wie Rennenkampf noch im letzten Augenblick große Verstärkungen erhalten hat, die ihn freilich nicht mehr retten konnten, so sind auch auf dem südlichen Kriegsschauplatz noch zuletzt, wie es scheint, sechzehn frische Divisionen eingetroffen und haben gegen den österreichischen linken Flügel den Ausschlag gegeben. Auch sibirische und kaukasische Truppen haben bereits auf beiden Kriegsschauplätzen gefochten. Um nun ihre Aufstellung weiter noch sehr zu verstärken, müßten die Russen nicht nur den einzelnen Regimentern Ersatzmannschaften zuführen, sondern auch zahlreiche neue Formationen aufstellen. Die Deutschen und auch die Oesterreicher sind imstande, das zu tun, weil wir in unserem breiten Mittelstande das Material an Reserveoffizieren und Feldwebelleutnants finden können, die Massen mit Führern zu versehen, und die Gesinnung unserer Leute uns verbürgt, daß sie auch mit weniger festen Cadres doch noch immer etwas leisten werden. Bei den Russen fehlt dieser breite Mittelstand, und der plumpe russische Bauer, auch wenn er ein gläubiger und opferwilliger Nationalrusse ist, ist doch ohne sichere Führung ein für den modernen Krieg nur wenig brauchbarer Soldat. Er tut getreulich, was ihm befohlen wird, aber auch nur das, was ihm befohlen wird.

Während die Wage der militärischen Entscheidung sich zwar schon zu unseren Gunsten senkt, aber doch noch pendelt, tritt mit steigender Deutlichkeit hervor, daß dasjenige Verhältnis, auf das die Engländer ihre Haupthoffnung gesetzt haben, das wirtschaftliche Moment, für uns viel günstiger liegt, als es anfänglich schien. Weder der Mangel an Rohstoffen für die Industrie, noch der für den Sommer 1915 angeblich zu erwartende Mangel an Lebensmitteln erregen mehr wesentliche Besorgnisse. Die Absperrung vom Weltmarkt ist den Gegnern nicht so vollständig gelungen, wie sie erwartet haben, und die Besetzung von Belgien und Nordfrankreich eröffnet Hilfsmittel, die man vorher kaum in Betracht gezogen hat. Wenn die englischen Schiffe uns die Lebensmittel und Rohstoffe abschneiden, so schneiden sie sie ebensowohl den von uns okkupierten feindlichen Gebieten ab. Unzweifelhaft sind wir berechtigt, innerhalb des ganzen in unserer Macht befindlichen Gebietes die Nahrung nach der Art einer belagerten Festung zu verteilen. Tritt Mangel ein, so sorgen wir zunächst für uns selber und geben der englischen Flotte anheim, täglich für ihre Bundesgenossen soviel Portionen ins Land zu lassen, daß die Ernährung dem gewohnten Maße entspricht.

Als wichtiger als die Rohstoffrage wiederum hat sich für die Industrie die Bedeutung des Exports herausgestellt und damit zugleich, daß auf diesem Gebiet England wenigstens ebenso sehr oder noch mehr geschädigt wird, als Deutschland. Denn wenn Deutschland auch seinen Export fast ganz verloren hat, so hat es daneben doch auch einen sehr großen Inlandsmarkt, und die bisherige Exportindustrie findet einen teilweisen Ersatz in der Fabrikation von Kriegsmaterial. England aber hat, obgleich seine Häfen nicht gesperrt sind, doch durch die Störung des Weltmarkts im ganzen die allerschwersten Verluste; es ist in soviel höherem Grade Industrieland als Deutschland, der Export spielt bei ihm eine noch so viel stärkere Rolle, daß der Inlandsmarkt mit seiner reduzierten Landwirtschaft das nicht zu ersetzen vermag. Nehmen wir hinzu, wie glänzend sich die deutsche Finanzkraft in der Zeichnung der großen Reichsanleihe bewährt hat, so darf man jetzt getrost behaupten, daß die Hoffnung, der die englischen Minister immer und immer wieder Ausdruck gegeben haben, sie könnten und würden uns wirtschaftlich aushungern, nichtig ist und wir auch auf diesem Gebiet dem Fortgang der Dinge getrost entgegensehen dürfen.

Freilich auch auf der Gegenseite hat man die Hoffnung, uns schließlich doch noch niederzuringen, noch keineswegs aufgegeben, und so lange auf beiden Seiten solche Siegeshoffnungen bestehen, so lange gibt es auf Frieden keine Aussicht. Nichtsdestoweniger wird namentlich bei den Neutralen schon vielfach davon gesprochen, und man hat daraufhin von deutscher Seite verlauten lassen, daß selbstverständlich für uns immer nur ein Friede in Betracht kommen könne, der uns volle Sicherheit gegen die Wiederholung von solchen Angriffen wie diesmal gäbe. So selbstverständlich das erscheint, so ist doch nicht so leicht zu sagen, was darunter zu verstehen ist, und es ist der Mühe wert, sich das klarzumachen.

Völlige Sicherheit, daß ein überwundener Feind nicht eine günstige Gelegenheit zur Wiederaufnahme des Kampfes benutze, ist nur dann geschaffen, wenn man ihn dauernd unterjocht. So machten es die Römer und schufen auf diese Weise allmählich ihr Weltreich. Zum Heile der Menschheit ist ein solches Weltreich heute ausgeschlossen. Ein mittlerer Weg ist, sich große Gebietsabtretungen machen zu lassen, beherrschende feste Punkte zu behaupten und den Gegner wirtschaftlich auszupressen. Diesen Weg nahm Napoleon, namentlich 1807 in bezug auf Preußen. Er nahm die Hälfte unseres Gebiets, behielt die Oderfestungen, begrenzte die Größe unserer Armee und beanspruchte eine Kriegskontribution, so groß, daß wir sie in vielen Jahren nicht bezahlen konnten. Diese Methode hat sich nicht bewährt. Sie hätte zum Ziel geführt, wenn Napoleon auch die übrige Welt unterworfen hätte, also in die römischen Bahnen eingelenkt wäre. Da ihm das nicht gelang, so erschien schon im sechsten Jahr der Augenblick, wo Preußen sich wieder erheben konnte, und es zeigte sich, daß gerade der ungeheure materielle Druck, den die Franzosen auf uns ausgeübt hatten, moralische Kräfte geweckt hatte, die unendlich viel wirksamer waren. Gott bewahre uns davor, daß das Deutsche Reich jetzt nach dem Siege, den wir erwarten, in die Bahnen der Napoleonischen Politik einlenke! Eine unabsehbare Reihe von Kriegen würde die Folge sein. Denn was wir auch immer den Völkern für Fesseln anlegen möchten, sie könnten sie doch nicht ganz bewegungslos machen, und Europa ist in dem einen Punkt einig, sich die Herrschaft eines einzelnen Staates niemals gefallen zu lassen.

Die Sicherheit, die wir erkämpfen wollen, kann also nur

bestehen in der Verbindung höchster eigener militärischer Kraft mit politischer Mäßigung, einer Mäßigung, die das Mißtrauen, welches die militärische Macht erweckt, wieder entwaffnet.

Anders ausgedrückt: Unser Ziel muß sein: die Erhaltung des bestehenden politischen Gleichgewichts auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichts auf der See. Das ist politisch völlig klar und auch geschichtsphilosophisch begründet in der Abhandlung von Prof. F. J. Schmidt: „Das Ethos des politischen Gleichgewichtsgedankens." *) Gegen Frankreich und Rußland sind wir im Grunde nur in der Defensive; der positive Feind ist England. Auch Napoleon hatte ja einst als letztes Ziel die Niederkämpfung von England im Auge, aber er wollte gleichzeitig und zum Teil deshalb die Vorherrschaft auf dem Kontinent, und daran ist er zugrunde gegangen. Diesen Kardinalfehler zu vermeiden, das ist jetzt die große Aufgabe, die der deutschen Politik gestellt ist.

Wie England unser eigentlicher Gegner ist, so wird auch England einmal am schwersten zum Frieden zu bringen sein. Denn sein Kriegsziel war die Vernichtung der deutschen Seemacht. Wird nun dieses Ziel nicht erreicht, so sagen sich die englischen Staatsmänner, daß unfehlbar nach den gemachten Erfahrungen Deutschland seine Flotte noch weiter vermehren wird und bald genug so weit sein mag, daß sie der englischen gewachsen ist. Hinzu kommt, daß die Fortschritte der Flugtechnik und Luftschiffahrt uns in viel höherem Maße zugute kommen werden, als dem Inselreich. Ein Friede, der uns weiter nichts als die Ausnutzung dieser Möglichkeit gewährte, wäre also für uns schon ein großer Gewinn, für England ein eben solcher Nachteil, noch gesteigert durch die Einbuße an Prestige, die eintritt, wenn die Völker gesehen haben, daß das stolze Albion die deutsche Flotte doch nicht hat überwältigen können. Ein militärisch unausgefochtener Krieg ist also nach englischer Auffassung für Deutschland politisch bereits ein großer Sieg, und wir haben allen Grund, diese Auffassung von Herzen für richtig zu erklären**). Hier liegt für uns eine Aussicht, für die der öffentlichen Meinung offenbar die Augen noch nicht aufgegangen sind, aber es liegt darin auch

*) Preußische Jahrbücher, Oktober-Heft 1914.

**) Da diese Betrachtung zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat, sei gleich auf die Erläuterungen hingewiesen, die unten S. 63 ff (vornehmlich S. 67) und S. 240 ff. nachfolgen.

ein Feindseligkeits-Moment, das den Frieden mit England schwer zustande kommen lassen wird.

Etwas Aehnliches läßt sich sagen von dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Serbien. Selbst wenn der Kriegserfolg nicht dazu führen sollte, daß Serbien als selbständiger Staat verschwindet, so sind doch durch den Krieg selbst die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gründlich verändert. Die Serben haben sich überzeugen müssen, daß die Spekulation auf den Zerfall Oesterreichs eine Illusion war, daß auch die slawischen Völker Oesterreich-Ungarns zur Monarchie halten und die Macht Rußlands mit seinem Panslawismus sehr überschätzt worden ist. Die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers hat den Staat nicht nur nicht aufgelöst, ihn nicht einmal geschwächt, sondern ihn gestärkt. Damit ist der großserbischen Idee, welche Bedingungen auch immer in dem zukünftigen Friedens-Instrument niedergelegt werden, die Spitze abgebrochen, und der Haupt-Kriegszweck für Oesterreich ist erreicht. Die Paragraphen haben ihre Bedeutung, aber die Tatsachen eine doch noch größere.

Das englische Weltreich.

24. Okt. 1914.

Wenn, wie wir jetzt mit immer größerer Sicherheit erwarten dürfen, daß der Krieg günstig für uns ausgeht und wir unsere Gegner, einen wie den anderen niedergezwungen haben, so wird dennoch deren Situation bei gleicher Niederlage eine sehr verschiedene sein. Am wenigsten wird sicherlich Rußland eingebüßt haben. Es wird seine Hegemonie auf dem Balkan verlieren, vermutlich außerdem Kongreß-Polen, vielleicht auch noch sehr viel mehr, bis zur Lostrennung all' der unterworfenen „fremdstämmigen" Landschaften an seiner Westgrenze. Trotzdem wird es in seinem Wesen und seinen Tendenzen annähernd so bleiben wie es gewesen ist. Die wirtschaftlichen Folgen kann es wieder ausgleichen, indem es seine auswärtigen Anleihen, namentlich also die französischen, einfach streicht oder doch die Zinsen sehr erheblich reduziert. Die Abtretungen schaffen zwar neue Verhältnisse, deren Folgen noch gar nicht zu überblicken sind, die aber jedenfalls Rußland nicht verhindern seinen Expansionsdrang, den stärksten Trieb, der über-

haupt in ihm lebt, in Asien weiter zu betätigen. Sollte sich die Abtretung gar auf Kongreß-Polen beschränken, so wäre das in mancher Beziehung eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung für die Macht Rußlands und ist deshalb von vielen Russen direkt als wünschenswert bezeichnet worden. Die Gewichtsverteilung unter den Großmächten würde durch ein selbständiges Polen kaum wesentlich verändert werden, denn dessen Wert für uns als Pufferstaat würde durch die mannigfachen Schwierigkeiten, die uns das Verhältnis zu diesem Staat bereiten würde, zwar gewiß nicht aufgehoben, aber doch wesentlich beeinträchtigt werden.

Ein viel schwereres Schicksal steht den Franzosen bevor, die doch von den drei Hauptverbündeten unzweifelhaft den moralisch am wenigsten anfechtbaren Kriegsgrund in ihrem so lange im Herzen getragenen Revanche-Gedanken hatten. Obgleich wir die unvergleichlich härtesten Kämpfe mit den Franzosen hatten, ist doch der Nationalhaß des deutschen Volkes gegen diesen Feind bei weitem weniger entflammt, als gegen die anderen. Aber die politischen Folgen werden natürlich durch solche mehr oder weniger großen Antipathien zwischen den Kämpfenden nicht berührt werden. Worin nun auch die direkten Schadloshaltungen, die die Franzosen uns werden leisten müssen, bestehen werden, fast noch wichtiger ist, daß die Grundidee, die den Franzosen in diesen 44 Jahren den moralischen Halt gegeben hat, eben der Revanche-Gedanke, definitiv zerstört ist. Er ist tot und kommt nicht wieder. Die Erfahrung, die die Franzosen heute mit ihm machen, ist so furchtbar, daß keinerlei noch so leidenschaftliche Agitation ihn wieder bei den Massen wird zum Leben erwecken können. Eine stärkere Koalition, als sie diesmal gegen Deutschland zusammengebracht worden ist, gibt es nicht. Mit diesen beiden Bundesgenossen, Rußland und England, glaubten die Franzosen des Sieges unbedingt sicher zu sein; die Friedensliebe Deutschlands wurde als Schwäche ausgelegt. Aber der Sieg ist ausgeblieben, und es war der letzte Augenblick, wo er überhaupt ins Auge gefaßt werden konnte, denn der Mangel der Volksvermehrung läßt Frankreich in der Rangordnung der Mächte nur noch immer tiefer sinken. Wie auch das zukünftige europäische Staatensystem aussehen wird, die alten Revanche-Hoffnungen sind gebrochen. Was das Kaiserreich nicht vermochte, hat auch die demokratische Republik nicht vermocht — woran soll das französische Volk sich zukünftig halten?

Es wird sich, um überhaupt mit Bewußtsein weiter zu bestehen, eine ganz neue Volksseele schaffen müssen. In einer wahrhaft klassischen Form hat Friedrich Naumann diesen Gedanken in dem Schriftchen „Deutschland und Frankreich“*) ausgeführt und ich rate allen unseren Lesern, sich den Genuß dieses literarischen Kunstwerkes, das zugleich echte politische Belehrung bietet, nicht entgehen zu lassen.

Nun aber England! Es scheint, gerade diesem Gegner, der doch die Hauptschuld an dem Kriege trägt, können wir am wenigsten anhaben. So war es bisher, ob es auch so bleiben wird, wird die Zeit lehren. Klar aber ist schon jetzt, und das ist das Eigentümliche, daß England den Krieg unter keinen Umständen politisch mehr gewinnen kann.

Die Möglichkeit, daß wir noch geschlagen werden, darf jetzt gleichfalls als ausgeschlossen betrachtet werden. Das Aeußerste, was selbst der größte Pessimist noch als möglich betrachten kann, wäre, daß es unseren Gegnern gelänge, einer vollständigen Niederlage zu entrinnen und die Wage noch wieder in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen. Auch dann aber ist es mit der Weltherrschaft, wie sie England bisher hat ausüben können, zu Ende. Unzweifelhaft ist die politische und strategische Idee der Verbündeten darauf eingestellt gewesen, daß Deutschland wie Oesterreich nicht imstande sein könnten, mit ihren gesamten Volkskräften in den Krieg einzutreten. Man rechnete auf den Parteihader in Deutschland, auf die angebliche internationale, revolutionäre Partei mit ihren 4 Millionen Wählern, ebenso wie auf den Nationalitätenhader in Oesterreich-Ungarn. Wenn sich trotzdem das russische und französische Heer nicht stark genug erweisen sollte, die verbündeten Gegner niederzuzwingen, so sollte die völlige Absperrung vom Welthandel uns durch den Hunger auf die Kniee zwingen. Schon der glänzende Verlauf der Mobilmachung widerlegte die erste Voraussetzung, und auch die zweite zeigt sich mehr und mehr als unwirksam. Die englischen Staatsmänner und Zeitungen prahlen noch, daß sie den Krieg ja von Anfang an auf eine lange Dauer berechnet hätten, und haben jüngst verkündet, daß sie die Hauptmasse ihrer Truppen erst im Herbst 1915 ins Feld führen würden. Angenommen,

*) In der Sammlung „Politische Flugschriften“, herausgegeben von Ernst Jäckh, Deutsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. 50 Pfg.

die Franzosen hielten es solange aus, angenommen, unsere Angriffsmöglichkeiten gegen England versagten allesamt, angenommen, wir müßten wirklich einen ungünstigen Frieden schließen, so wäre die englische Weltseeherrschaft darum nicht weniger verloren. Ein amerikanischer Gelehrter, der mich jüngst besuchte, äußerte, daß dieser Krieg seine allerstärksten Nachwirkungen nicht einmal in Europa, sondern in Afrika und Asien haben werde. Deutschlands natürliches Bestreben müsse jetzt sein, ein großes koloniales Imperium zu erwerben, vermutlich in Afrika. Englands Herrschaft aber in Indien gehe zu Ende. Es sei ja möglich, meinte er, daß England mit Hilfe der indischen Truppen und der Portugiesen das Gleichgewicht der Kräfte auf französischem Boden wieder herstelle, aber was es hier gewinne, verlöre es in Indien. Die indischen Fürsten, die ihre Truppen England jetzt zur Verfügung gestellt und daraus erführen, wie sehr England ihrer bedürfe, würden in Zukunft nicht mehr mit dem Vizekönig, als dem Vertreter der übergeordneten souveränen Gewalt, verkehren wollen, sondern nur mit der englischen Krone direkt; sie würden beanspruchen, als Gleichgestellte behandelt zu werden. Die Eindrücke, die sie mitbrächten, siegreich oder geschlagen, wie schwach die eigentliche englische Landmacht sei, würden die Autorität der englischen Regierung über die 350 Millionen Inder vollends aufheben. Sollten die Engländer die Japaner zu Hilfe rufen, so würde auch das nur ein Verzweiflungsmittel sein, das auf die Dauer das Uebel nur ärger machen würde.

Ich ergänze zunächst diese Betrachtungen eines Neutralen, der über die asiatischen Verhältnisse besonders gut unterrichtet war, durch die Wiedergabe der Warnungen eines hohen englischen Beamten in Indien, des Baronet Edmund Cox, die wir bereits im Jahre 1909 (Band 135, S. 182) aus der „Nineteenth Century" hier angeführt haben. Sie lauteten:

„Der Inder ist heute der Ansicht, daß die Tyrannei der englischen Regierung und ihrer Beamten in Indien alles übertrifft, was man je von Rußland gehört hat. Dschingiskan und Nadir-Schah waren Engel, verglichen mit den heutigen englischen Gouverneuren und Kommissaren. Die Eingeborenenpresse, die Reden der wandernden Agitatoren, die kreuz und quer durch das Land ziehen, die Flugblätter, die öffentlichen und privaten Versammlungen, die Privatkorrespondenzen, die hin und her gehen, sind alle eingestellt auf

den einen Punkt, daß die britische Regierung in Indien aus Männern besteht, denen jede menschliche Empfindung, Gewissen, Ehre und Moral völlig fremd sind, deren einziger Zweck ist, den letzten Pfennig aus dem unterdrücktesten und elendesten Volk der Welt herauszupressen. Es ist ganz gleichgültig, was die Regierung tut. Was sie auch immer tut oder unterläßt zu tun, immer sieht man dahinter das bösartigste Motiv. Die Engländer haben mit Absicht die Pest und die Cholera verbreitet, um die Bevölkerung zu vermindern, und zu dem Zweck die Brunnen vergiftet. Das Einimpfen der Pocken betreiben sie ganz öffentlich. Die Rechenpfennige, an denen die Kinder in der Schule lernen, sollen einmal das Mittel werden, das ganze wirkliche Geld dem Volke zu entziehen. Gebildete und ungebildete Klassen sind einig in dieser Gesinnung, die einzige Differenzierung ist, daß die einen gemäßigt sind und die anderen radikal und der einzige Unterschied zwischen den Gemäßigten und Radikalen, daß diese verlangen, wir sollen morgen gehen und jene übermorgen" . . . . .

„Der einzige Halt für die Regierung ist und bleibt die Armee. Auch die eingeborenen Regimenter sind durchaus treu und zuverlässig. Aber werden sie es immer bleiben? Diese Soldaten gehen doch hervor aus der mit leidenschaftlicher Unzufriedenheit erfüllten Bevölkerung, und die Offiziere empfinden es als eine Unbilligkeit, daß ihre Karriere beschränkt ist und sie oft viel jüngeren englischen Offizieren unterstellt werden. Sie wissen es sehr gut, daß bei den Russen und Franzosen der mohammedanische Offizier mit den christlichen rangiert und avanciert und hochgeborene russische oder französische Offiziere unter seinem Befehl haben kann. Auch die indische Armee bleibt daher eine empfindliche und gefährliche Maschinerie, die irgendein kleiner Fehler in der Behandlung gegen uns wenden kann."

So schrieb Sir Edmund Cox vor fünf Jahren. Wie sich Indien seitdem weiter entwickelt hat, kann man einer vortrefflichen Studie entnehmen, die der Privatdozent Prof. A. Krause kurz vor Ausbruch des Krieges im „Asiatischen Jahrbuch" veröffentlicht hat. Er geht davon aus, daß eine Hauptstütze für die englische Herrschaft in Indien immer der Gegensatz zwischen den Hindus und den Mohammedanern gewesen sei. Durch die Zugeständnisse in der Beteiligung an der Regierung, die der liberale Lord Morley den Indern gewährte, sei in der Tat zunächst eine Beruhigung ein-

getreten; man habe den guten Willen Englands dankbar anerkannt, besonders bei den Mohammedanern. Aber bald brachten die auswärtigen Verhältnisse wieder einen Rückschlag. Das Bündnis Englands mit dem Todfeinde des Islam, mit Rußland, erregte die mohammedanischen Bewohner Indiens (60 Millionen) aufs äußerste. Auf den Tagungen ihrer Kongresse zu Lucknow und Agra (März und Dezember 1913) ergingen sich die Redner in heftigen Protesten gegen die auswärtige Politik Englands, die das Empfinden der mohammedanischen Untertanen verletze. Mohammedaner und Hindus begannen sich zu nähern, um über den religiösen Gegensatz hinweg eine nationale Einheit zu schaffen. Die scharfen Polizeimaßregeln des englischen Vizekönigs brachten die beiden Parteien nur immer näher zusammen. In derselben Richtung wirkten wirtschaftliche Interessen, die sich der Ausbeutung durch England entziehen wollten, und namentlich der mangelnde Schutz der Inder in Südafrika, wo die weiße Bevölkerung die Inder nicht dulden will.

Einem Privatbrief, der mir soeben aus Ostasien zugegangen ist, entnehme ich weiter, daß in Hongkong bereits ein Attentat auf den englischen Gouverneur stattgefunden habe, das verunglückte; daß man aber die dortigen indischen Truppen entwaffnet und verteilt habe; überdies arbeite man fieberhaft an der Befestigung Hongkongs aus Furcht vor einem Ueberfall der Japaner. Da die Japaner in Kiautschou mehr zu tun gefunden haben, als sie erwarteten, so mag es mit einer direkten Wendung gegen England soweit noch nicht sein. Aus politischen Gründen mag eine solche Wendung überhaupt noch nicht so nahe bevorstehen. Aber auch wenn dem so ist, so erscheint doch von neuem das verhängnisvolle Dilemma in der englischen Politik: je länger und je intimer England mit Japan zusammengeht, desto mehr bringt es sich in Zwiespalt mit seinen eigenen wichtigsten angelsächsischen Siedlungskolonien, Australien und Kanada. Heute sind die Australier, Neuseeländer, Kanadier alle noch überzeugte Söhne des Mutterlandes und unterstützen es auch in dem gegenwärtigen Kriege nach Kräften, aber ein Weltreich wie das englische, das sich über alle fünf Erdteile erstreckt, ist seiner Natur nach ein Kunstbau, in dem direkt entgegenstrebende Interessen auftauchen und sich entfalten müssen. Mit großer diplomatischer Kunst haben die englischen Staatsmänner diesen Bau bisher noch immer zusammengehalten; jedoch der jetzige Krieg treibt ihn, nachdem die Ver-

bündeten nicht imstande gewesen sind, gleich im ersten Anlauf zu siegen, unweigerlich auseinander, selbst dann, wenn sie einer wirklich zermalmenden Niederlage noch entgehen sollten.

Bei alledem habe ich die Schwierigkeiten in Südafrika noch nicht einmal erwähnt. Trotz einer überaus klugen Versöhnungs-Politik ist es den Engländern nicht gelungen, die Saaten des Hasses, die einst aus den blutgetränkten Feldern des Burenkrieges und den Kirchhöfen der Konzentrationslager emporkeimten wieder auszureuten. Freilich ist es ihnen gelungen, den geschmeidigen Botha und eine erhebliche Anhängerschaft unter den Buren für die friedliche Eingliederung in das englische Weltreich zu gewinnen. Aber der Krieg mit Deutschland hat nicht nur den Unversöhnlichen wieder den Rücken gestärkt, sondern auch in den besonderen politischen Problemen des Landes neue, kaum überwindliche Schwierigkeiten geschaffen. Der Kampf der Weißen untereinander erzeugt stets die Gefahr eines allgemeinen Aufstandes der Schwarzen, und schon aus diesem Grunde wollen viele sonst England freundlich gesinnte Buren von dem Kampf gegen Deutschland nichts wissen. Dann aber taucht auch hier die indische Frage auf; die Südafrikaner wollen so wenig wie die Australier oder Neuseeländer eine Einwanderung von Indern oder überhaupt Asiaten. Das widerspricht den Lebensinteressen sowohl der eigenen Untertanen Englands in Indien wie der Japaner. Nur ein schneller und absoluter Sieg Englands über Deutschland hätte der englischen Regierung die Autorität geben können, alle diese Divergenzen noch auf eine längere Zeit auszugleichen oder zu überwinden. Jetzt aber würde der Sieg schon zu spät kommen. Wenn ich also vor vier Wochen noch glaubte, daß England bei dem gegenwärtigen noch nicht ganz entschiedenen Stand der Dinge sich keinem Frieden beugen würde, weil ein militärisch nicht ganz ausgefochtener Krieg politisch schon seine Niederlage bedeuten würde, so kann ich, glaube ich, heute den Satz noch dahin verschärfen, daß selbst ein Sieg Englands Weltstellung nicht mehr retten könnte. Es mag sein, daß der indische Aufstand nicht mehr während des Krieges aufflammt; im Orient bewegt sich alles langsam; der große Sepoy-Aufstand, der innerlich unzweifelhaft mit dem Krimkrieg zusammenhing, kam doch erst zwei Jahre hinterher zum Ausbruch. Eine direkte Unterstützung von dieser Seite her mag uns vielleicht nicht zuteil werden; auch von Aegypten ist

etwas zu erwarten nur wenn die Türkei noch in den Krieg eintritt, was dann freilich auch wohl die indischen Mohammedaner in Bewegung bringen würde. Aber ich will alle diese zunächst liegenden Fragen in diesem Zusammenhang nicht erörtern. Was darüber zu sagen wäre, liegt wohl ohnehin auf der Hand; im Orient handelt es sich nicht mehr um Aufklärungen, sondern um Taten. Mögen diese Taten nun kommen oder nicht, was man sich klar zu machen hat, ist, daß, je länger der Krieg dauert, desto schneller für das englische Weltreich die Krisis naht. Die Vorstellung, daß eine lange Dauer des Krieges uns unbedingt schädlich, England unbedingt nützlich sei, muß in das Gegenteil verkehrt werden. Mag der Friede bald, mag er erst nach langer Zeit geschlossen werden, der englische Weltstaat und damit die unbedingte Superiorität zur See geht auf alle Fälle in Trümmer. Ganz wie Frankreich und Rußland wird nichtsdestoweniger England immer noch eine große Macht sein und bleiben, und es würde verhängnisvoll sein, das zu verkennen.

Zusatz zur Buchausgabe: Die in dem vorstehenden Artikel entwickelten Gedanken haben im Fortgang der Dinge eine gewisse Abwandlung erfahren, die ich hier sofort zum Ausdruck bringen will. Damals, noch im zweiten Monat des Krieges, kam es darauf an, die öffentliche Meinung darauf zu stoßen, daß der eigentliche und positivste Gegner England sei, und zugleich den Phantasten, die den Uebergang über den Kanal, die Invasion und die Einnahme von London vor Augen sahen, zu zeigen, daß wir uns solche Ziele freilich nicht stecken dürften, aber unsere Chancen dennoch recht gut seien. Die Erwägung, daß England den Krieg schon dann verloren habe, wenn es ihn nicht gewinne, wenn es nicht gelinge, Deutschland niederzuwerfen, ist in der englischen Presse, je länger der Krieg währt, um so häufiger aufgetreten. Die pessimistische Stimmung, daß die englische Weltherrschaft unter allen Umständen verloren sei, greift in den leitenden Gesellschaftsschichten immer mehr um sich. Besonders der Unterseebootskrieg hat den Blick der Engländer für das, was der Frieden ihnen, selbst wenn er noch leidlich günstig ausfallen sollte, bringen wird, geschärft. Man stellt sich vor, daß, wenn Deutschland künftig einmal eine Flotte von 500 oder 1000 Unterseebooten habe, der englische Handel ähnlich so unterbunden

sein werde wie heute der deutsche; das bedeute aber für England, das in so viel höherem Grade auf die Zufuhr von außen angewiesen sei, unendlich viel mehr, als für Deutschland.

Statt der von mir hier gebrauchten Formel „Gleichgewicht zur See" hat man neuerdings die Formel „Freiheit der Meere" angewandt, und auch der Herr Reichskanzler hat ihn mehrfach gebraucht. Von Ausländern, die mich besucht haben, ist hier öfter die Frage gestellt worden: Was wir eigentlich darunter verstünden. Auch in England sei man in Gesprächen mit ihnen immer auf diese Frage gekommen. Mit völkerrechtlichen Verträgen ist natürlich nichts auszurichten, denn wie die Erfahrung gelehrt hat, setzt der, der die Macht dazu hat, sie beiseite. Ich habe deshalb jene Frage nicht anders beantworten können, als: Freiheit der Meere bedeutet, was ich „Gleichgewicht zur See" genannt habe; das heißt also: daß Deutschland zur See eben so stark ist wie England. Dieses Gleichgewicht und damit die Freiheit der Meere im Kriegsfalle würde natürlich sofort dahin sein, wenn eine Seeschlacht stattgefunden hat, die der einen Partei den Sieg und damit das volle Uebergewicht der See für die Dauer des Krieges verleiht. Das Gleichgewicht könnte aber auch sozusagen ein totes Gleichgewicht werden; d. h., daß nicht nur e i n e Partei, sondern beide mit ihrem Handel von der See ausgeschlossen werden. Also etwa so: England verhindert uns mit seiner überlegenen Schlachtflotte, die See zu befahren; wir aber verhindern, mit unserer Unterseebootflotte auch die Engländer ihrerseits die See zu befahren. Ob dieses Zukunftsbild sich erfüllt, ist im Grund eine technische Frage; wie weit es nämlich gelingt, Abwehrmittel zu erfinden, die imstande sind, die Unterseeboote unschädlich zu machen oder wenigstens ihre Wirksamkeit sehr einzuschränken.

Das Technische, Militärische und Politische greift hier so ineinander ein, daß es schwer ist, mit einiger Sicherheit ein Zukunftsbild zu entwerfen. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß wir auf diesem Wege zu dem gewünschten Gleichgewicht zur See gelangen. Hierzu kommt die Verschiebung, die sich einstellt, wenn die Türkei erhalten bleibt, sich regeneriert und Eisenbahnen baut, vermöge denen es in jedem Augenblick ein großes Heer gegen den Suez-Kanal vorzuführen vermag.

Unser Verhältnis zu Rußland ist in dem vorstehenden Artikel nur gestreift. Mittlerweile aber hat sich aus der Defensive gegen

Rußland auch ein positiver Gedanke entwickelt. Aus drei Gründen. Erstens, weil unser Zukunftsverhältnis in bezug auf England sich so viel günstiger darstellt, zweitens auf Grund unserer militärischen Erfolge gegen Rußland selbst, endlich auf Grund der sich noch immer mehr vertiefenden Erkenntnis der tödlichen und unversöhnlichen Feindschaft, nicht nur des russischen Staates, sondern auch des russischen Volkes gegen uns. Was ich daraus für Konsequenzen ziehe, wird schon im nächsten Artikel angedeutet und unten in dem Artikel vom 29. August 1915 eingehender behandelt werden.

Das Zahlen-Uebergewicht unserer Gegner und die Politik Belgiens. Die strategische Lage.

28. Dezember 1914.

Immer wieder, wenn unsere Gegner eine Niederlage erlitten haben, berufen sie sich darauf, daß der schließliche Sieg ihnen doch mit Naturnotwendigkeit zufallen müsse, da sie (mit den Farbigen) 782 Millionen Menschen gegen 116 Millionen Bewohner, an Weißen 275 Millionen gegen 116 Millionen Bewohner des Zweibundes ausmachten. Diese Additions-Exempel sind nicht etwa bloß eine theoretische Betrachtung, sondern in ihnen liegt ein wesentlicher Grund für die praktische Gestalt, die die Gruppierung der Mächte angenommen hat.

Weshalb hat sich eigentlich Belgien auf die Seite unserer Gegner gestellt? Haben wir es etwa mit Annexion bedroht? Im Gegenteil, wir sind es ja gewesen, die es 1866 und 1870 vor der Auffaugung durch Frankreich geschützt haben, und jeder Belgier weiß, wie seit Jahrhunderten die Franzosen keinen größeren Ehrgeiz als die Erwerbung Belgiens hatten, das ja in der Tat ein zur Hälfte französisch sprechendes Land ist. Wiederum in England war noch vor 6—10 Jahren eine sehr starke Bewegung moralischer Entrüstung gegen die Belgier wegen ihrer barbarischen Regierungsmethode im Kongo. Ganz wie heute von den „German atrocities", so hallte damals das Land wieder von den „Congo atrocities". Damals suchte Belgien gegen die englischen Drohungen eine Anlehnung an Deutschland, und am 2. Mai 1909 machte Sir Ed. Grey im Parlament die merkwürdige Aeußerung, wenn

die Kongofrage mit Ueberstürzung angefaßt würde, so könnten europäische Wirren entstehen, im Vergleich zu denen die bosnisch-türkischen Krisen das reine Kinderspiel gewesen wären. Was Grey damit gemeint hat, ist heute nur zu deutlich zu erkennen; er meinte, Belgien würde dann auf die deutsche Seite hinübergehen, und da er uns Angriffsgelüste zutraute, so glaubte er, wir könnten, sobald wir der Hilfe Belgiens versichert seien, losschlagen. Ueberdies aber führten die stürmischen Agitationen in England gegen Belgien zu einer Reibung zwischen England und Frankreich, das sich seinerseits ebenfalls als Beschützer Belgiens aufwarf. Das Zwischenspiel endete so, daß die englische Regierung die Kongo-Greuel benutzte, um die Belgier einzuschüchtern. Sie weigerte sich, die Annexion des Kongo durch Belgien anzuerkennen, ohne aber doch direkt gegen die dortige Mißregierung einzuschreiten. Das Spiel mit Zuckerbrot und Peitsche glückte. Man darf annehmen, daß etwa 1912, als England endlich die Annexion des Kongo anerkannte, der Zweck erreicht war. Daß das gelang, verdankt aber England gewiß nicht bloß der diplomatischen Geschicklichkeit seiner Vertretung, sondern vor allem den Zahlen. Belgien sah voraus, daß es bei seiner geographischen Lage auf jeden Fall in den großen europäischen Konflikt werde hineingezogen werden müssen. Es ist wohl möglich, daß man sich auch überlegt hat, es wie Luxemburg zu machen und wie wir es am 2. August d. J. angeboten haben, uns den freien Durchzug gegen Entschädigung zu gestatten. Aber Kleinstaaten, wenn sie sich nicht ganz außer Schuß halten können, gehen am liebsten mit dem, den sie für den Stärkeren halten, und nicht nur in Belgien, sondern auch sonst hielt man fast allgemein den Zweibund für den schwächeren Teil. Noch in der jüngsten Debatte des italienischen Parlaments hat der Senator Barzelotti gesagt, die Hoffnung derjenigen, die auf den Sieg des Dreiverbandes rechneten, können doch noch an dem Heldenmut, mit dem Deutschland kämpfe, zuschanden werden, und es könne sein, daß keine der beiden Parteien einen vollkommenen Sieg erfechte. Mit anderen Worten, Barzelotti, der übrigens sehr energisch und mit durchdachten Gründen für die italienische Neutralität eintrat, sieht doch unsere Lage an etwa wie die Friedrichs des Großen, wo die Welt auch kaum verstehen konnte, daß er sich gegen die unerhörte Uebermacht zu behaupten vermochte. Um so mehr empfindet man es so in

Frankreich und England. Von einem Amerikaner, der vor acht Tagen aus Paris hierhergekommen ist, hörte ich, daß man dort eigentlich ganz dieselbe Stimmung habe wie hier: festes Vertrauen auf den endlichen Sieg und Freude über die Leistungen der 75 millimetrigen (der französischen Feldgeschütze) wie hier über die 42 zentimetrigen. Das war freilich vor den letzten Erfolgen Hindenburgs. In Frankreich mag seitdem eine gewisse Depression eingesetzt haben. Selbst die großspurige Erklärung des Ministers Viviani in der französischen Kammer, daß man den Krieg „ohne Gnade" bis zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens führen werde, hat doch einige elegische, wenig zuversichtliche Untertöne nicht unterdrücken können. In England ist es noch nicht so weit. Der Sieg bei den Falklands-Inseln hat die Gemüter sehr gehoben, in Aegypten sind große Vorbereitungen getroffen, um den türkischen Angriff abzuwehren, und das Bombardement der englischen Küstenplätze hat die Presse sehr geschickt dahin gewandt, daß man um so mehr Truppen nach Frankreich senden müsse, um die verruchten Deutschen hier, wo sie zu fassen seien, niederzukämpfen. So groß der Schreck ist, der die Küstenbewohner jetzt geschüttelt hat, und so sehr das Bewußtsein, daß man das Land gegen die Wiederholung solcher Vorstöße der deutschen Flotte nicht zu schützen vermöge, mitsamt der Furcht, daß die Zeppeline und Flieger eines Tages über London erscheinen könnten, auf den Nerven liegen mag, einen Friedenswunsch hervorzulocken, ist das alles doch noch nicht stark genug: vorläufig freut sich im Gegenteil die Kriegspartei daran, in der Hoffnung, daß die Rekrutierung, von der alles abhängt, um so vollere Ernten in die Kasernen führen werde.

Wir aber wissen, daß ihnen das alles nichts helfen wird und daß doch noch einmal das Wort in Erfüllung gehen wird, das einst der Erzieher unseres jetzigen Generalstabes, der Generaloberst Graf Schlieffen, als Taufpate dem Kreuzer „Gneisenau" mit auf den Weg gab: „Einmal wird doch die Morgenröte anbrechen über dem Wasser, einmal wird doch der Tag erscheinen, der Tag des Zornes, und für diesen Tag wünsche ich dir, edles Schiff, daß du, würdig deines Namens, das erste sein wirst im Angriff auf den Gewaltigen und daß du, erst nachdem sich die Nacht herabgesenkt auf die schwarze Flut, wenn auch zerschossen, wenn auch aus vielen Wunden blutend, das letzte bist, welches mutschnaubend von der Verfolgung abläßt."

Der „Gneisenau" selbst ist dieser Ruhm nicht beschieden gewesen; zwar hat sie an dem ersten großen deutschen Seesieg an der chilenischen Küste teilgenommen, ist aber dann doch anders, wenn schon nicht weniger ruhmvoll, bei den Falklandinseln, zugrunde gegangen.

Wie werden wir es einmal auch zu dem Sieg über dem Gewaltigen zur See bringen, der uns schon so oft über die Gewaltigen zu Lande beschieden gewesen ist?

Als ich an dieser Stelle zuletzt über den strategischen Zusammenhang des Krieges (Oktoberheft, abgeschlossen am 27. Sept.) berichtete, da war die Lage die, daß die deutsche Armee von der schon fast erreichten Seine bis zur Aisne zurückgewichen war, beide Armeen hier zum Stehen kamen, in der Front nichts mehr gegeneinander ausrichten konnten und sich durch fortwährende Verlängerung die Flanke abzugewinnen suchten. Diese Situation hat sich in den drei Monaten seither mehr versteinert, als eigentlich verändert. Zwar ist Antwerpen gefallen, und es schien nun, daß uns der entscheidende Sieg nicht mehr entgehen könne. Aber die Reserven, die den ungeheuren Menschenmassen der Gegner entströmten, waren doch gar zu groß. War schon die deutsche Armee vor Antwerpen zu schwach gewesen, um die Festung völlig einzuschließen, so daß ein großer Teil der belgischen Armee sich an der Küste entlang nach Frankreich hatte retten können, so kamen jetzt auch noch neue Verstärkungen aus England, englisch-indische und französisch-afrikanische Truppen in Masse, verlängerten die französische Front bis an die Nordsee und versperrten uns hier den Weg. Die Uebermacht, die die Gegner hier, von Arras über Armentières, Ypern, Dixmuiden, Nieuport, aufstellten, war so groß, daß sie ihrerseits voller Hoffnung waren, uns zu werfen und uns aus Belgien wieder zu vertreiben. Es ist nicht richtig, diese Kämpfe so aufzufassen, als ob unsere so sehr verlustreichen Angriffe auf diesem Nordflügel erfolglos geblieben seien; die andere Hälfte der Wahrheit ist, daß auch die Angriffe der Gegner ebenso erfolglos geblieben sind und die Verluste auf jener Seite wahrscheinlich noch größer waren als auf der unsrigen.

Zusatz zur Buchausgabe: Wie später bekannt geworden ist, wären wir schließlich trotz Allem hier durchgebrochen und hätten gesiegt, wenn nicht der Gegner endlich die Deiche durchstochen und die hineinströmende Wasserflut uns Halt geboten hätte.

Durch bewußte falsche Vorspiegelungen hat der englische Minister Churchill die Belgier bewogen, die Verteidigung von Antwerpen länger fortzusetzen als sie wollten und als militärisch richtig gewesen wäre, um dadurch den in der äußersten Bedrängnis befindlichen Flügel der Verbündeten an der Yser zu entlasten. Vgl. Daniels in den Pr. Jahrb., Bd. 166 S. 453 (1916).

Wie dem nun auch sei, es hat sich ein strategisches Verhältnis herausgebildet, das man seit den Tagen Friedrichs des Großen nicht mehr gekannt hat: die unangreifbare Stellung. Festungen fallen heute nach einer bestimmten Frist ohne Hoffnung; gut angelegte und besetzte Feldstellungen aber scheinen uneinnehmbar. Für Napoleon und Moltke gab es keine unangreifbaren Stellungen: wenn das Zentrum nicht zu durchbrechen war, so konnte man doch immer um den einen oder anderen Flügel herum. Sollte es wirklich so sein, daß die französische Stellung von der Schweiz bis zur Nordsee weder zu durchbrechen noch zu umgehen ist, ebensowenig wie die unsrige ihr gegenüber?

Als Friedrich der Große nach dem Abschluß des Friedens von Hubertusburg an das Niederschreiben seiner „Geschichte des Siebenjährigen Krieges" ging, da schrieb er in der Einleitung die merkwürdige Betrachtung nieder: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die österreichischen Generale nicht abgehen werden von der Methode des Marschall Daun (welche ohne Widerspruch die gute ist), und daß man sie beim nächsten Krieg ebenso aufmerksam finden wird, sich gut zu postieren, wie in diesem. Das zwingt mich, zu bemerken, daß ein General unrecht haben würde, wenn er darauf losgeht, den Feind in Gebirgsstellungen oder coupiertem Terrain anzugreifen. Der Drang der Umstände hat mich bisweilen gezwungen, zu diesem Aeußersten zu schreiten; aber wenn man Krieg mit gleichen Kräften führt, so kann man sich sichere Vorteile durch List und Geschicklichkeit verschaffen, ohne sich so großen Gefahren auszusetzen. Häuft viele kleine Vorteile, ihre Summe bringt große zusammen. Uebrigens ist der Angriff eines gut verteidigten Postens ein hartes Stück Arbeit; man kann leicht zurückgeworfen und geschlagen werden. Man siegt mit einem Verlust von fünfzehn und zwanzigtausend Mann; das legte eine schwere Bresche in eine Armee. Die Rekruten, selbst angenommen, ihr habt deren genug, ersetzen

die Zahl, aber nicht die Qualität der Soldaten, welche ihr verloren habt, das Land entvölkert sich, indem es die Armee erneuert; die Truppen degenerieren, und wenn der Krieg lange währt, findet man sich endlich an der Spitze von schlecht exerzierten, schlecht disziplinierten Bauern, mit denen ihr kaum wagt, vor dem Feinde zu erscheinen."

Fast noch schärfer sagte der König einige Jahre später (1768) in seinem „Militärischen Testament", wie er künftig Krieg führen würde: „Ich würde zunächst soviel Land erobern, daß das Herbeischaffen der Lebensmittel mir gestatten würde, auf Kosten des Feindes zu leben und das für mich günstigste Terrain zum Kriegsschauplatze auszuwählen; ich würde mich beeilen, meine Verteidigungslinie zu befestigen, bevor der Feind in meiner Nähe erschiene. Ich würde das Terrain von allen Seiten soweit rekognoszieren lassen, als man Streifparteien vorschicken kann; ich würde schleunigst Karten von allen Terrainstrecken aufnehmen lassen, die geeignet wären, unseren Gegnern zum Lager zu dienen, auch von allen Wegen, die dorthin führen können. Auf diese Weise würde ich mir Kenntnis des Landes verschaffen, und meine Karten gäben mir Aufklärung über die angreifbaren und unangreifbaren Stellungen, wo die Oesterreicher im Begriff wären, sich aufzustellen. Ich würde es mir nicht angelegen sein lassen, allgemeine Gefechte zu beginnen, weil man eine Stellung nur mit beträchtlichen Verlusten erobern kann und weil in gebirgigem Lande die Verfolgungen nicht entscheidend werden können; aber ich würde mein Lager gut sichern; ich würde es mit aller Sorgfalt befestigen und alle meine Absichten darauf richten, gründlich die Detachements des Feindes zu schlagen, denn wenn ihr eines seiner detachierten Korps vernichtet, bringt Ihr Verwirrung in seine ganze Armee, da es viel leichter ist, 15 000 Mann zu erdrücken als 80 000 zu schlagen; und während ihr weniger wagt, tut ihr doch fast dasselbe. Kleine Erfolge vervielfältigen heißt nichts anderes, als allmählich einen Schatz aufhäufen. Mit der Zeit ist man reich und man weiß nicht wie. Man darf den Angriff starker Stellungen nur im äußersten Notfalle unternehmen. Warum? — Weil alle Nachteile auf Seite des Angreifers sind. Wenn ein geschickter General einen Posten nimmt, wird er keine Höhe bis auf 3000 Schritte von sich unbesetzt lassen, wo man eine Batterie aufwerfen könnte. Ihr dürft beim

Beginn der Aktion Eure Kavallerie nicht mit euch nehmen, wenn ihr sie nicht unnützerweise ruinieren wollt. Ihr könnt weder eure Flinten noch eure Kanonen gegen eine beherrschende Höhe, die ihr angreift, in Gebrauch setzen; das hieße gegen Menschen, die mit allerlei Waffen versehen sind, Bauern führen, die als einzige Waffe Stöcke haben, und ihr habt das Kleingewehrfeuer des Feindes, seine Kanonenkugeln und das Kartätschenfeuer, unendlich mörderischer als das andere, auszuhalten und die Kavallerie, deren sich der Feind ebenfalls bedienen kann."

Auf Grund dieser und ähnlicher Aeußerungen auch aus früheren Jahren habe ich seinerzeit festgestellt, daß zwischen der Strategie Friedrichs und seiner Vorgänger, Prinz Eugens, Marlboroughs und Gustav Adolfs auf der einen Seite und Napoleons und Moltkes auf der anderen Seite ein durchgreifender Unterschied bestehe. Diese Auffassung wurde anfänglich heftig bestritten. Ich sprach einmal mit dem Feldmarschall Graf Blumenthal darüber, der mir zustimmte und den merkwürdigen Zusatz machte, die friderizianische Strategie könne noch einmal wiederkommen. Sollten wir wirklich schon so weit sein?

Friedrichs System war ebenso wie das Prinz Eugens, Marlboroughs und Gustav Adolfs, wie ich es genannt habe, ein doppelpoliges, das je nach den Umständen, nach der Einsicht und Kühnheit des Feldherrn bald mit den schweren Schlägen der Feldschlacht, bald durch geschickte Märsche und Manöver, Wegnahme von Magazinen und Belagerungen den Gegner mehr zu ermatten, als eigentlich niederzuwerfen strebte. Je länger der Siebenjährige Krieg dauerte, desto weiter entfernte sich der König vom Schlachtenpol und näherte sich dem Manöverpol, weil die Schlachten ihm, selbst wenn sie siegreich waren, im Verhältnis zu den ungeheuren Verlusten nicht genug einbrachten. So wie heute die verbesserten Feuerwaffen und sonstige Technik, so war es damals die ungeheuere Vermehrung der Artillerie, die den Angriff so erschwerte. Am charakteristischsten für Friedrichs Verfahren ist vielleicht der Feldzug von 1758. Der König versuchte zuerst, ohne die österreichische Hauptmacht vorher geschlagen zu haben, die Festung Olmütz in Mähren zu belagern. Das mißglückte. Dann manövrierte die Preußen zurück und sie standen sich nunmehr 6 Wochen in Böhmen, in der Gegend von Königgrätz, einander gegenüber, ohne daß einer den andern in seinen guten Stellungen anzugreifen wagte. Mittlerweile aber

kamen die Russen, hatten Ostpreußen genommen, fielen in die Neumark ein und beschossen Küstrin. Friedrich kehrte gegen sie um und schlug sie bei Zorndorf; der Sieg war aber doch nicht groß genug, um den Frieden zu erzwingen. Die Russen blieben sogar im Lande und belagerten Kolberg. Man sieht, es sind gewisse Analogien mit der Gegenwart; im besonderen der Stillstand auf dem einen Kriegsschauplatz, weil in dem Hügellande Mähren-Böhmen Schlachten zu wenig Aussicht boten, und das Suchen nach einer größeren Entscheidung auf der anderen Front, der russischen. Aber es sind doch auch sehr große Unterschiede. Zunächst wissen wir noch nicht, ob nicht die heutige Kampfespause im Westen nur eine vorübergehende ist und schließlich doch mit einem Durchbruch und völliger Niederwerfung der Franzosen endet. Ferner sind die Siege Hindenburgs über die Russen doch noch sehr viel wuchtiger, als einst der Sieg Friedrichs bei Zorndorf. Das macht, das Kräfteverhältnis, in dem wir heute kämpfen, ist doch ein unendlich viel günstigeres als das, mit dem Friedrich sich abzufinden hatte. Friedrich hat nicht nur Ostpreußen und Cleve, sondern auch zeitweilig große Stücke der Mittelprovinzen, zweimal sogar Berlin an die Gegner verloren und sich dennoch endlich siegreich behauptet. Friedrich hat im besonderen auch große Schlachten bei Kollin und Kunersdorf und noch dazu Hochkirch und Maxen verloren. Wir haben uns wohl außerstande gesehen, dieses oder jenes kühn in Angriff genommene Unternehmen durchzuführen, wie den Vorstoß gegen die Seine, den Angriff auf die Yserstellung und den ersten Vormarsch Hindenburgs gegen die Weichsel. Unser eigenes Gebiet ist aber nur an den äußersten Grenzen von den Gegnern berührt worden, und eine Schlacht haben wir überhaupt nicht verloren. Unseren Bundesgenossen ist es freilich weniger gut gegangen; sie haben Galizien nach verlustreichen Gefechten fast ganz räumen und nach Wiedernahme abermals räumen müssen, und sie sind namentlich aus Serbien, das sie schon überwunden glaubten, wieder herausgeschlagen worden.

Durch ein geniales Stratagem hat der Feldmarschall v. Hindenburg auf dem östlichen Kriegsschauplatz (abgesehen von Serbien) wieder die Oberhand gewonnen. Er nahm seinen Rückzug von der Weichsel nicht in der Richtung nach Berlin, sondern nach Schlesien, indem er den Russen durch systematische Zerstörung der Wege das Folgen erschwerte: in beinahe lyrischen Tönen hat sich ja der

russische Generalstab nachher selbst über diese Art, ihm die Arbeit sauer zu machen, beklagt. Das Verfahren der Deutschen war dem Großfürsten Nikolai um so unangenehmer, als er seinen Angriff ebenfalls nicht in der Richtung auf Berlin, sondern zunächst auf Schlesien anzusetzen gedachte. Das war nicht schlecht gedacht. Die Richtung von Warschau auf Berlin führt vorbei an der gewaltigen Flankenstellung der Deutschen an der unteren Weichsel, besetzt mit den Festungen Thorn, Graudenz, Danzig, und an Thorn anschließend dem Netze-Warthe-Abschnitt bis Küstrin. Diese Flankenstellung, die leicht verteidigt werden kann, in die plötzlich Armeen befördert werden, aus der sie ebenso plötzlich herausbrechen können, ist der eigentliche Schutz von Berlin. Die Russen gedachten also hier nur eine Seitendeckung von einigen Korps aufzustellen, mit der Hauptmasse aber sich mehr südlich zu halten. Fand man hier überdies die Hindenburgschen Truppen, überwältigte sie mit der Uebermacht und nahm Schlesien in Besitz, so konnte man sich ebenso gegen Berlin wie gegen Wien wenden. Schon war man der schlesischen und posenschen Grenze ganz nahe, als plötzlich die Nachricht eintraf, daß die Hindenburgsche Armee hier verschwunden sei, sich mit Hilfe des reichen preußischen Eisenbahnnetzes nach Preußen begeben habe und von Thorn aus nun einen Flankenstoß mache. Dieser Stoß warf zunächst die russischen Korps, die den Vormarsch des Gros gegen Thorn decken sollte, über den Haufen und zwang dadurch das Gros, sich nach der rechten Flanke zu entwickeln — eine für so große Massen überaus schwierige Bewegung. Schon stand ein Teil der Preußen den Russen zwischen Lodz und Warschau im Rücken. Es fehlte nicht viel, so hätte, wie bei Tannenberg, eine ganze russische Armee kapitulieren müssen. Aber die Zahl der Deutschen war im Verhältnis zu der Masse der Russen doch für einen solchen Erfolg zu klein. Die Russen zogen noch Reserven aus Warschau nach, die nun ihrerseits die Preußen im Rücken angriffen — anders als bei Tannenberg, wo ja auch die Rennenkampfsche Armee im Rücken Hindenburgs stand, aber aus noch nicht aufgeklärten Gründen nicht vorging. Diesmal kam der russische Rückenangriff, und so mußten sich die Preußen aus der umfaßten Umfassung wieder herausschlagen. Aber wennschon keine russische Armee wieder vernichtet war, der Vormarsch der Russen gegen die deutsche Grenze war gebrochen, und mittlerweile erhielt Hindenburg Verstärkung über Verstärkung aus dem Lande und vom westlichen Kriegs-

schauplatz, so daß die Russen sich auf eine Verteidigungslinie etwa 50 Kilometer vor Warschau haben zurückziehen müssen. Die Kämpfe gehen in diesem Augenblick dort weiter und es mag uns noch recht Bedeutendes beschieden sein. Aber auch wenn das nicht eintreten sollte, die Hauptsache ist auf alle Fälle erreicht: die russische Offensivkraft ist gelähmt und vielleicht schon definitiv gebrochen. Die „Dampfwalze" wird nicht wiederkehren.

Hier ergibt sich noch einmal eine Parallele mit dem Jahre 1758 im Siebenjährigen Kriege. Was tat Daun, als der König abgezogen war, um die Russen in der Neumark anzugreifen? Er drückt das zurückgelassene kleine Korps des Prinzen Heinrich allmählich eine Anzahl Märsche zurück und überlegte, wo und wie er es am besten angreifen könne. Ehe er mit diesen Ueberlegungen fertig war, war der König schon wieder von Zorndorf zurück, und wenn er jetzt nicht den Fehler des ungeschützten Lagers in Hochkirch gemacht hätte, so hätte Daun gar nichts erreicht. Einen Fehler wie „Hochkirch" wird die heutige deutsche Heeresleitung nicht machen, kann es ja gar nicht, da wir im Westen bereits uns lauter feste Stellungen gesichert haben und wenn wir Hochkirch also ausschalten, so ergibt sich eine Parallele zwischen Daun und Joffre, wie wir sie uns nicht besser wünschen können. Auch Joffre hat sich, nachdem die Versetzung einer Anzahl deutscher Armeekorps von Westen nach Osten sich bemerkbar machte, noch ziemlich lange besonnen. Endlich, vielleicht von den Russen dazu gedrängt, hat er sich mit dem famosen Tagesbefehl vom 17. Dezember, der „nicht in die Presse kommen sollte", aber in die Hände der Deutschen kam, zum Angriff in Bewegung gesetzt. Alle diese Angriffe sind mit den schwersten Verlusten für die Angreifer an den deutschen Feldstellungen abgeprallt. Auch die Offensivkraft der Franzosen scheint geschwunden. Was wir noch gegen die französischen Feldstellungen einmal ausrichten werden, wird die Zukunft zeigen. Daß die westlichen verbündeten Heere gegen die unsrigen selbst bei geschwächter Besatzung nichts ausrichten können, ist jetzt dargetan.

Schon seit die Türkei sich entschlossen hat, in den Krieg einzugreifen, ist die Hoffnung unserer Gegner, durch Heranziehung von immer mehr Truppen, englischen Neuformationen, Indern und Portugiesen, uns in Flandern mit den Massen zu überwältigen, in Rauch aufgegangen. Der Schutz Aegyptens erfordert die Armeekorps, die sonst am Aermel-Kanal gekämpft hätten.

Die einzige Hoffnung, die den Engländern geblieben ist, uns niederzupressen, bleibt die Aushungerung. Wenn die Insulaner sich jetzt beschweren, daß wir ihre Küstenstädte bombardieren, so mag man ihnen, neben den sonstigen Gründen, auch entgegenhalten, daß der Hungertod, über ganze Völker verhängt, auch nicht zu den humanen Kriegsmitteln gehört. Wie aber ist die Aushungerung Deutschland-Oesterreichs überhaupt möglich, solange sie an vielen Stellen an neutrale Länder grenzen, aus denen sie ihre Bedürfnisse ergänzen können? Wie wollen die Engländer den Handel zwischen Amerika und Argentinien auf der einen Seite, Italien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden auf der anderen verhindern? Das allgemein anerkannte Völkerrecht gab dazu schon mehr Handhaben, als man meinen sollte, aber sie haben sich damit nicht begnügt. Man kann es als ein Zeichen der höchsten Not ansehen, daß sie eine Regel des auch von ihnen anerkannten Rechts nach der anderen gebrochen haben, um nicht nur den deutschen, sondern auch den neutralen Handel zu unterbinden. Wie lange und wie weit werden sich die Neutralen das gefallen lassen? Die Zusammenkunft der skandinavischen Könige scheint ein beachtenswertes Sympton, daß sich hier ein Widerstand vorbereitet, der schon mit einem ganz mäßigen Erfolg doch die Rechnung, uns durch den Hunger zu bezwingen, zunichte machen würde — nämlich auch in den Augen der Engländer: bei uns weiß man, daß wir auch allein auf die eigenen Mittel angewiesen durchkommen würden.

Der einzige dunkle Punkt in unserer Gesamtlage bleibt die Niederlage der Oesterreicher in Serbien. Aber auch diese ist nicht irreparabel.

Die Kriegsereignisse im Januar.

31. Januar 1915.

Meine letzte Monatsbetrachtung gipfelte in der Frage, ob wir etwa im Begriff seien, von den Napoleonisch-Moltkeschen Prinzipien der Strategie wieder zu denen Friedrichs des Großen zurückzukehren. Wohl verstanden, ich habe nicht behauptet oder auch nur für wahrscheinlich erklärt, daß es geschehen sei oder geschehen werde, sondern nur die Frage aufgeworfen, ob dergleichen

im Anzug sei und auf gewisse analoge Erscheinungen hingewiesen, die zu dieser Frage berechtigen. Wer so äußerlich betrachtet, was im Laufe des Januar geschehen ist, könnte meinen, daß die Zeichen einer derartigen Entwicklung in der Tat noch viel stärker geworden seien; wie schon seit etwa 4 Monaten im Westen, so scheint sich jetzt auch im Osten ein reiner Positionskrieg entwickelt zu haben. Nachdem es dem Feldmarschall Hindenburg gelungen ist, den Angriff des russischen Hauptheeres auf die deutsche Grenze abzuweisen und zurückzuschleudern, drang er doch nicht etwa bis an die Weichsellinie vor, um die Eroberung von Warschau in Angriff zu nehmen. Der Zufall, der im Kriege eine so unermeßliche Rolle spielt, hat es gewollt, daß in diesem Jahr im Dezember und Januar in Polen statt der zu erwartenden Kälte ein weiches regnerisches Wetter anhielt, das den Russen in jeder Beziehung zu Hilfe kam und die deutschen Angreifer schädigte. Die Russen konnten in dem ungefrorenen Boden zu ihrer Verteidigung die Schützengräben anlegen, in deren Herstellung sie ohnehin sehr geschickt sind, und die Deutschen konnten in dem aufgeweichten Boden ihre gewohnte Schnelligkeit nicht entwickeln, sondern kamen nur mit der äußersten Mühe mit Mann, Geschütz und Wagen von der Stelle.

Aber mit diesem relativen Stillstand der kriegerischen Handlung ist das Ergebnis des Monats Januar keineswegs erschöpft. Man erinnere sich, daß die westlichen Verbündeten, wie es uns der Tagesbefehl des General Joffre vom 17. Dezember verraten hat, die Hoffnung hegten, uns in einer allgemeinen Offensive aus Frankreich und Belgien wieder zu vertreiben, während Hindenburg noch mit den Russen rang. Schon Ende Dezember war zu erkennen, daß die verbündeten Heere die Spannkraft zu einer solchen Offensive nicht mehr besaßen; diese Tatsache ist nun in den weiteren Wochen immer von neuem bestätigt und verstärkt worden, und vor allem haben ganz umgekehrt die deutschen Truppen auch ihrerseits die Offensive ergriffen und nicht unerhebliche Vorteile errungen. Ganz besonders die Gegend zwischen Laon und Soissons, wo einst im Jahre 1814 die strategische Entscheidung fiel, ist von neuem berühmt geworden, und alle die dem Kenner des Feldzuges von 1814 geläufigen Namen wie Berry au Bac, Craonne usw. sind wieder durch die Zeitungen gegangen. Von Süden herkommend überschritt damals das Blücherschē Heer die Aisne,

um Napoleon hinter sich herzuziehen und dadurch die große Armee zu entlasten und in Frankreich festzuhalten. Napoleon hoffte, daß die Festung Soissons Blücher den weiteren Rückzug versperren werde, aber im letzten Augenblick ergab sich die Festung und die Preußen wären auch ohnehin an ihr vorbeigekommen. Nun griff Napoleon das mittlerweile gewaltig verstärkte Schlesische Heer bei Laon an; mitten in der Schlacht wurde der alte Feldmarschall von der heute sogenannten Kriegspsychose ergriffen, er wurde irrsinnig, und Gneisenau hatte die furchtbare Aufgabe, sechs ältere widerspenstige kommandierende Generale zu einem Kampf gegen einen Napoleon zusammenzuhalten, ohne im Besitz einer wirklichen Kommandogewalt zu sein. Durch diesen Bruch in der deutschen Führung wurde der französische Kaiser gerettet, der sonst von der erdrückenden Ueberlegenheit der Verbündeten hätte leicht vernichtet werden können.

Aber schon, daß er bei Laon nicht mehr gesiegt hatte, gab moralisch den Ausschlag für die Entscheidung; so kann man wohl auch von den jetzigen Gefechten zwischen Laon und Soissons sagen, daß sie zwar nicht strategisch, aber moralisch von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Denn das Fazit heißt: Die Offensivkraft der Franzosen ist so gut wie erschöpft; die unsrige aber lebt. Zur Ermattungsstrategie übergehen zu müssen sind wir auf dem westlichen Kriegsschauplatz noch weit entfernt.

Wie steht es nun im Osten? An der Rawka und Pilica liegen wir ziemlich fest, aber unsere Zeitungen bringen täglich Nachrichten von dem Vorrücken der Oesterreicher in den Karpathen und in der Bukowina. Als die Russen im November wieder vordrangen bis vor die Tore von Krakau, da suchten sie sich ihre linke Flanke möglichst durch Einnahme und Besetzung der Karpathenpässe zu sichern. Plötzlich dringen die Oesterreicher wieder vor, nehmen einen Paß nach dem anderen und scheinen in die Galizische Ebene hinabsteigen zu wollen. Die Times aber bringt aus Petersburg die Nachricht, daß es nicht bloß Oesterreicher, sondern auch Deutsche seien, die hier zu einer neuen Offensive in Galizien sich vereinigt hätten, und russische Zeitungen melden von Vorbereitungen für die Räumung Lembergs in Erwartung einer großen Schlacht in Galizien, d. h. also im Rücken der zurzeit noch die Festung Przemysl einschließenden russischen Belagerungsarmee. Sollten diese russischen Nachrichten sich bewahr-

heiten, so braucht man sie nur zu kombinieren, mit den neuen Kämpfen an der Rawka-Linie, um zu erkennen, daß die Heeresleitung der Zentralmächte im Osten noch keineswegs in die Form des Positionskrieges überzugehen gewillt ist. Der östliche und der westliche Kriegsschauplatz aber, so weit sie von einander entfernt sind, hängen strategisch doch zusammen. Dauernder Positionskrieg auf beiden Fronten würde in der Tat den Uebergang zur Ermattungsstrategie bedeuten. Positionskrieg aber auf der einen Front, um mittlerweile einen entscheidenden Erfolg auf der anderen abzuwarten, ist das gerade Gegenteil.

So lauten denn die Schicksalsfragen für den kommenden Monat: im Osten: wird die erneute Offensive der Truppen der Zentralmächte uns den entscheidenden taktischen Erfolg bringen? Im Westen: wird die in diesen sechs Monaten neu gebildete große englische Armee, die jetzt im Uebergang über den Kanal zu sein scheint, die dortigen Verbündeten zur Wiederaufnahme des Joffreschen Offensivgedankens ermutigen und befähigen? Daß sie damit Erfolg haben könnten, wird in Deutschland niemand befürchten, aber umgekehrt, wenn sie wirklich noch einmal gegen unsere durchgebildeten Defensivstellungen anrennen und mit zerbrochenen Gliedmaßen davor liegen bleiben sollten, wieviel Kriegsmut zur Fortsetzung des Kampfes wird ihnen dann noch verbleiben?

Für den äußersten Fall haben die Engländer ja noch ihren Aushungerungsplan. Mai oder Juni ist der Zeitpunkt, wo sie glauben, daß wir aus Mangel würden um Gnade flehen müssen. Die Dinge liegen aber nach allen Berechnungen so, daß wir auch ohne außerordentliche Maßnahmen noch hätten durchkommen können; nachdem die Regierung aber das große Gesetz über die öffentliche Verwaltung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel erlassen hat und mit Zustimmung der öffentlichen Meinung durchführen wird, ist vollends jede Besorgnis um die Ernährung bis zur nächsten Ernte geschwunden. Und dann wird vermutlich nicht bloß den Russen und Franzosen, sondern auch den Engländern der Atem zur Fortsetzung des Rennens zu knapp geworden sein. In England sind wegen des Ausbleibens der russischen Zufuhren und wegen des Ausfallens der vielen Schiffe, die für die Truppen- und Munitionstransporte benötigt sind, die Lebensmittelpreise in viel höherem Maße gestiegen als in Deutschland, und je länger

der Krieg dauert, desto mehr werden die Politiker wieder Gehör finden, die in Rußland einsehen, daß es keineswegs im Interesse des Zarenreichs liegt, England die absolute Seeherrschaft zu verschaffen, und in England sich erinnern, daß an der indischen Grenze der Bär und der Tiger sich schon oft zähnefletschend gegenübergestanden haben. Wie lebhaft war das noch in dem Aufsatz des Fürsten Kotschubey, dessen Uebersetzung wir hier veröffentlicht haben, trotz aller Deutschfeindlichkeit betont worden. Ich habe diesen Aufsatz jetzt, verbunden mit dem Mitrofanoffschen Brief von neuem als Broschüre mit einem erläuternden Kommentar herausgegeben.

Die englischen Weltherrschaftspläne und der gegenwärtige Krieg von Dr. Otto Hintze, Professor d. Geschichte a. d. Universität Berlin. — Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldatenfreunde, Heft 15. 30 Pfg.

In den „Gedanken und Erinnerungen" (Kap. 29) sagt Fürst Bismarck einmal: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen Großmacht in Europa, ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann." Aehnlich hat der Admiral Souchon, der jetzt die deutsch-türkische Flotte im Schwarzen Meer kommandiert, in Konstantinopel erklärt, daß unser Bündnis mit der Türkei der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts diene. Etwas anders gewandt hat denselben Gedanken jüngst der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin, so ausgedrückt: „Bleibt Deutschland mit seinen Verbündeten Sieger, so wird damit die Gleichberechtigung aller Völker auf dem Meere zu friedlichem, wirtschaftlichen Wettbewerb — sowie das — zur freien Entfaltung nationaler und staatlicher Unabhängigkeit unentbehrliche — Gleichgewicht mindestens unter den Großmächten und damit allein die Grundbedingung eines dauernden Friedens gegeben sein! Also — auch weil Weltkultur, Freiheit der Völker und dauernder Friede von dem Siege Deutschlands bedingt sein muß, werden — muß Deutschland siegen."

Auch in dieser Zeitschrift ist der Grundsatz, daß die Freiheit der Völker auf dem richtig verstandenen Gleichgewichtsgedanken beruhe, von jeher vertreten worden. Dieser Gedanke hat nunmehr eine durchgreifende, auf reichem, historischem Material aufgebaute Begründung erfahren in einem Schriftchen von Professor Otto Hintze, das in der Sammlung der Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldatenfreunde, unter dem Titel: „Die englischen Weltherrschaftspläne und der gegenwärtige Krieg" erschienen ist. In unanfechtbarer Weise legt der Verfasser hier dar, wie die Lehre vom europäischen Gleichgewicht wohl auch von den Engländern verkündet worden ist, aber nur in dem Sinne, daß damit das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent gemeint war, die Herrschaft zur See aber den Engländern verbleiben solle. Eben deshalb hatte England von Ludwig XIV. bis Napoleon das große Interesse daran, das französische Uebergewicht auf dem Kontinent zu bekämpfen, damit Frankreich nicht stark genug werde, die Ebenbürtigkeit zur See zu erhalten. In dem Augenblick, wo Englands Seeherrschaft gebrochen und auch das Gleichgewicht zur See hergestellt ist, dann erst wird das wahre politische Weltgleichgewicht hergestellt sein, und das wird, wie Graf Schwerin es so schön wie kräftig formuliert hat, Weltkultur, Freiheit der Völker und dauernden Frieden bedeuten.

Allen nachdenkenden Politikern sei das Hintzesche Schriftchen zu sorgsamem Studium empfohlen.

Der Krieg im Februar.

28. Februar 1915.

Von Osten und Westen, vom russischen wie vom französischen Kriegsschauplatz werden unausgesetzt Kämpfe gemeldet, aber sie tragen einen sehr verschiedenen Charakter. Die Kämpfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben zwar eine sehr erhebliche moralische, aber bisher kaum eine positive strategische Bedeutung gewonnen. Bald in den Vogesen, bald in der Nähe von Verdun, bald im Zentrum, in der Champagne, bei Reims und Soissons, bald am äußersten rechten Flügel an der Nordseeküste spielen sich Angriffe und Gegenangriffe ab, ohne daß sich in der Hauptlinie der Aufstellung bedeutsame Veränderungen vollzögen. Unser siegreicher

Vorstoß bei Craonne hat doch nicht weiter als bis vor die Wälle von Soissons geführt, aber wenn es richtig ist, wie die russischen Zeitungen gemeldet haben, daß erhebliche Truppenteile vom westlichen nach dem östlichen Kriegsschauplatz gezogen worden sind, so ist damit indirekt gesagt, daß dieser Stillstand in Wahrheit für uns einen großen Erfolg bedeutet. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie die russische Regierung mit der größten Lebhaftigkeit in Paris und London in diesen Wochen darauf gedrungen hat, daß man die Schwäche unserer Westarmee benutze, um Vorteile zu erringen und die Russen dadurch zu entlasten. Am Willen dazu wird es den Franzosen und Engländern auch nicht gefehlt haben; schon am 17. Dezember hat ja der General Joffre seinen Soldaten die neue Offensive verkündigt — nun sollten die Deutschen gar die Frechheit gehabt haben, einen Teil ihrer Truppen von da wegzunehmen? Wenn je, so war jetzt wirklich der Augenblick gekommen, — aber über leicht abgewiesene Anläufe ist man nicht hinausgelangt. Als sich die bei Lodz geschlagene russische Armee hinter der Bzura-Rawka-Linie etwa 40 Kilometer vor Warschau wieder gesetzt und sich soweit befestigt hatte, daß ein direkter Angriff nicht mehr durchdringen konnte, da schien es einen Augenblick, als ob auf dem östlichen wie auf dem westlichen Kriegsschauplatz sich dieselbe Art Positionskrieg entwickelt hätte. Die Russen waren in Galizien schon bis vor die Tore Krakaus gelangt, aber durch das Vordringen der Deutschen bei Lodz in ihrer Flanke bedroht, zogen sie sich auch im Süden, etwa 50 Kilometer hinter leicht zu verteidigende Flußläufe, den Dunajec und die Nida zurück und nahmen auch hier schwer zu bewältigende Defensivpositionen ein, die sich an die der Hauptarmee bei Warschau anschlossen. Nach Norden verlängerte sich diese Linie etwas zurückgebogen bis an die Ostsee, im Süden ging sie im stumpfen Winkel auf den Karpathenpässen entlang bis an die Grenze von Rumänien, den größten Teil von Galizien und die Bukowina einschließend. Die Aehnlichkeit war also da. Aber zwischen dieser Aufstellung der Russen im Osten und der Franzosen und Engländer im Westen waltet doch auch ein sehr großer Unterschied. Die Länge der Westaufstellung von der Schweiz bis zur Nordsee beträgt etwa 600 Kilometer, von der russischen Aufstellung ist allein der eine nach Westen gerichtete Flügel 800—900, der nach Süden sich an den Karpathen entlangziehende etwa 450 Kilometer lang, das

Ganze also mehr als doppelt so lang, als im Westen. Umgekehrt dürfte die vereinigte französisch-englische Armee numerisch stärker sein, als die russische. Die russische Linie war also sehr viel dünner und schwächer, vermutlich sehr ungleichmäßig besetzt und und ebenso konnten auch die Feldbefestigungen nicht so gleichmäßig stark, namentlich nicht so gut mit Artillerie besetzt sein, wie im Westen. Boten die Karpathen zum Ausgleich einen gewissen Schutz, so hat eine Gebirgsverteidigung doch auch wieder die bekannte Schwäche, daß die Besatzungen der verschiedenen Pässe sich gegenseitig nicht unterstützen können und wenn eine überwältigt ist, die anderen im Rücken bedroht werden.

Auch auf unserer Seite konnte man nicht wie in Frankreich dem Feinde eine allenthalben gleichmäßig starke Defensive entgegensetzen, und so war für die Feldherren im Osten hüben und drüben die Möglichkeit geschaffen oder gelassen, ihren Genius in groß angelegten Unternehmungen zu offenbaren.

Auch die Russen haben sich keineswegs auf die Defensive beschränken wollen, sondern suchten noch im Norden wieder gegen Ostpreußen, im Süden über die Karpathenpässe in Ungarn einzudringen.

Gerade das erleichterte für die deutsche Führung die Aktion: Truppen, die in der Bewegung sind, sind nicht in vorbereiteten Defensiv-Stellungen, bieten also in jeder Beziehung die Möglichkeit, daß eine überlegene Führung sie durch Schnelligkeit, Kühnheit, Kombination, Ueberraschung überwältige.

Nach den ersten großen Hindenburg-Siegen Anfang September waren die Preußen bis über Suwalki hinaus in Rußland eingedrungen. Dann gingen sie langsam wieder zurück, weil Hindenburg seine Hauptarmee nach Schlesien versetzt hatte, um von da (Anfang Oktober) den ersten Angriff gegen Warschau vorzutreiben. Dieser Angriff blieb erfolglos, und die große russische Offensive setzte ein (Mitte November), die durch den Flankenstoß von Norden, von Thorn aus, gebrochen und wieder bis auf die Bzura-Rawka-Linie vor Warschau zurückgetrieben wurde. In Ostpreußen aber hatte die Verteidigung mittlerweile wieder ein Stück der Provinz preisgeben und bis auf die Linie der masurischen Seen und die Angerapp zurückgehen müssen. Um alle erreichbaren Kräfte für die Hauptentscheidung bei Lodz heranholen zu können, hatte man die Verteidigung dieser Linie fast nur Landwehr- und

Landsturm-Bataillonen mit ganz wenig Linientruppen überlassen. Volle drei Monate haben sich diese hier gegen eine große russische Armee behauptet, die bald hier bald da mit ihren Angriffen ansetzten, aber immer wieder an der vorzüglich vorbereiteten und tapfer durchgehaltenen Verteidigung abprallten.

So standen die Dinge, als Hindenburg zusammen mit seinem Generalstabschef Ludendorff seinen neuen strategischen Plan entwarf und ins Werk setzte. In der Bzura-Rawka-Linie wurden die Angriffe allmählich schwächer (gegen Mitte Januar) und die Deutschen bauten ganz wie die Russen ihnen gegenüber eine starke Verteidigungslinie aus. Ende Januar aber bemerkte man, daß deutsche Truppen, mit den Oesterreichern vereinigt, in den Karpathenpässen und auf dem alleräußersten Flügel in der Bukowina erschienen. Etwa eine Woche später erkannten die Russen zu ihrer höchsten Ueberraschung, daß auch in Ostpreußen eine neue deutsche Armee auf den Plan getreten sei. Es sind die deutschen Eisenbahnen, mit denen uns dieser Streich gespielt worden ist, hat der russische Generalstab verkündigt, in ähnlichen Tönen wie damals, als er jammerte, daß er die deutschen Truppen auf dem Rückzuge von Warschau nicht habe verfolgen können, weil sie so niederträchtig gewesen seien, hinter sich die Brücken und Wege zu zerstören. Gewiß sind es die deutschen Eisenbahnen, die uns ein so gewaltiges Moment der Ueberlegenheit gewähren, aber auch beiläufig gesagt, die Kunst, sie zu benutzen. Es ist die ungeheuerste Umfassung, die die Kriegsweltgeschichte kennt. Woher hat Hindenburg dazu die Truppen genommen? Es steht fest, daß in Ostpreußen einige neugebildete Armeekorps gefochten haben; die Russen nehmen an, daß auch aus Frankreich Truppen herangezogen worden seien.

Im Norden ist ein vollkommener Erfolg bereits erreicht. Hier wurde, so zu sagen, ein besonderer Schlachtabschnitt, etwa 200 Kilometer lang, gebildet. Von Tilsit aus packte der Generaloberst von Eichhorn den äußersten Flügel der Russen, im Süden bei Johannisburg der General Litzmann den linken. Innerhalb des großen Cannä wurde so zu sagen, ein kleineres formiert. Bei schwerstem Winterwetter, Schneetreiben und eisigem Nordost gingen die Deutschen am 8. und 7. Februar plötzlich zum Angriff vor. Die großen Forsten, durch die die Russen sich gedeckt glaubten, wurden in einem Gewaltmarsch durchschritten, und Ueberraschung

wie auch wohl lokale Ueberlegenheit gaben den Deutschen den Sieg. Die Aufgabe des General Litzmann war besonders schwierig dadurch, daß er nicht eigentlich umfaßte, sondern zunächst die russische Front zu durchbrechen hatte; bei weiterem Vorgehen wurde er also seinerseits in seiner rechten Flanke von den Russen bedroht und angegriffen. Er schlug aber diesen Angriff zurück und nun bewegten sich die beiden Flügel von Norden und Süden gleichmäßig rechts- und linksschwenkend vorwärts, um den Feind in ihrer Umarmung zu erdrücken. Als die deutsche Armee den Vormarsch antrat, waren die beiden Flügel 200 Kilometer von einander entfernt; am 9. Tage traten sie, den Kreis schließend, in Fühlung miteinander. Die Russen verteidigten sich teilweise sehr zähe, namentlich bei Lyck (12. bis 14. Februar), um den Rückzug ihres Gros gegen die Truppen des deutschen Zentrums, die sich nunmehr auch in Bewegung gesetzt hatten, zu decken. Auf dem rechten russischen Flügel aber begab sich das Flügelkorps so schnell auf den Rückzug, daß es dadurch die Flanke des nächstfolgenden entblößte und es so dem völligen Verderben auslieferte. Eine Armee von mindestens 200 000 Mann ist so gut wie vernichtet, bei sehr mäßigem Verlust der Deutschen. Ueber die Richtung, die die siegreiche Armee nunmehr einschlagen wird, ist in diesem Augenblick noch nichts in die Erscheinung getreten.

Auch über die Umgehung von Süden ist noch nicht viel zu sagen; die vereinigten Armeen sind vorgedrungen, haben viele Gefangene gemacht und der äußerste rechte Flügel hat die Bukowina, die schon ganz im Besitz der Russen war, wieder befreit, und ist in Ostgalizien eingedrungen. An den Karpathenpässen haben die Russen einen äußerst zähen Widerstand geleistet und sind vielfach selbst zur Offensive übergegangen. Welch unermeßliche Aussichten sich hier uns eröffnen, wenn es gelingt, schließlich einen ebensolchen taktischen Erfolg zu erringen wie in Ostpreußen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Auch wenn dem Deutsch-Oesterreichischen Südangriff kein voller Erfolg beschieden sein sollte, — einen wirklichen Rückschlag haben wir schwerlich zu besorgen. Worauf beruhen also noch die Siegeshoffnungen unserer Gegner? Gelänge es ihnen, die Dardanellensperre zu sprengen und Konstantinopel zu nehmen, so wäre das gewiß ein gewaltiger Erfolg und würde die Russen zur äußersten Kraftanstrengung anspornen, um den Krieg durchzuhalten. Aber

die Aussicht auf diesen Erfolg ist zu gering und die Absendung einer großen Landarmee, um die Flotte zu unterstützen, wird man kaum in Aussicht zu nehmen wagen.

Es bleibt also nur der englische Aushungerungsplan, dem wir jetzt durch die Aktion der Tauchboote den offensiven Gegenzug gegenübergestellt haben. Vor der Aushungerung fürchten wir uns nicht, und was der Unterseeboots-Handelskrieg leisten kann, wird sich zeigen. Der dunkle Punkt ist für uns darin die mögliche Schädigung der Neutralen, die uns bereits die Beschwerde der Vereinigten Staaten eingebracht hat. Aber meisterhaft hat unser viel gescholtenes Auswärtiges Amt diesen Schlag pariert: lassen die Engländer ihren nur mit Verletzung aller völkerrechtlichen Bestimmungen durchführbaren Aushungerungsplan, so sind auch wir bereit, die Folgerungen zu ziehen, daß heißt: keine Handelsschiffe zu torpedieren, ehe sie nicht untersucht sind. Nehmen die Engländer das an, nunwohl, so haben sie auf ihre letzte Siegeshoffnung verzichtet; eben deshalb werden sie es ablehnen, und dann wissen alle Neutralen, wem sie die Gefährdung ihrer Schiffahrt zu verdanken haben. Die gesamte deutsche Presse soll hier wirklich einmal einig sein, um der Leitung unserer auswärtigen Politik ihren Dank für die Geschicklichkeit dieses politisch-strategischen Manövers zu bezeugen.

Was Amerikaner glauben.

Februar 1915.

Ende Oktober vorigen Jahres erhielt ich ein Schreiben von der Redaktion der „Atlantic Monthly" in Boston, einer der angesehensten Monatsschriften in den Vereinigten Staaten, worin ich aufgefordert wurde, den deutschen Standpunkt in der Frage des Kriegsgrundes und des Kriegsausbruchs darzulegen; der überwiegende Teil der amerikanischen Bürger und auch die Redaktion selbst seien der Auffassung, daß Deutschland in diesem Kriege im Unrecht sei, aber um der Unparteilichkeit willen wünsche man doch, einen Vertreter der deutschen Auffassung zu Worte kommen zu lassen. Ich habe darauf den Aufsatz geschrieben, und er ist im Februarheft der „Atlantic Monthly" erschienen. Ob er Wirkung gehabt hat, ist mir nicht bekannt geworden; da er aber die

Londoner „Times" zu einem Wutausbruch gegen mich gereizt hat, so schöpfe ich daraus einige Hoffnung, daß ich nicht ganz vergeblich gearbeitet habe.

Der Punkt, wo die Ausländer, namentlich die Amerikaner, das Richtige verfehlen, ist immer gleich im Anfang das Verhältnis Oesterreichs und Rußlands zu Serbien. Sie sehen in Serbien einen souveränen Staat, den Oesterreich bei Gelegenheit des Prinzenmordes zu vergewaltigen versuchte, was das großmütige Rußland nicht dulden wollte. Bei dieser Voraussetzung sind wir natürlich grob im Unrecht. Erst wenn man sich klar macht, daß Serbien keineswegs als souveräner Staat seine eigene Politik machte, sondern unter der sicheren Führung der russischen Diplomatie seit Jahren an der Auflösung Oesterreichs arbeitete, daß Oesterreich also nicht in der Offensive, sondern in der Defensive handelte und gar nicht anders handeln konnte, als, nachdem die serbische Agitation sich bis zu einer Verschwörung gegen das Leben des Thronfolgers gesteigert hatte, das Uebel an der Wurzel packen und den tollen Hund an seiner Grenze an die Kette legen — erst dann sieht man ein, daß das Recht in Wahrheit auf unserer Seite war, daß das österreichische Ultimatum nicht zu schroff, die kurze Frist zur Entscheidung begründet war.

Hiervon hängt wieder das Urteil über die englische Politik ab. Da die wahre Natur des serbischen Problems wenig bekannt und nicht so leicht zu durchschauen war, so hatte es Eduard Grey leicht, die Miene des wohlwollenden, unparteiischen Vermittlers anzunehmen, und er hat seinen Zweck so vollkommen erreicht, daß man es wagen konnte, das englische Blaubuch und das deutsche Weißbuch, beide zusammengebunden, in Amerika verbreiten zu lassen, damit jeder unparteiische Bürger sich sein eigenes Urteil bilden könne, wer im Recht sei. Wer sich erst zu dieser Fragestellung hat verleiten lassen, der merkt es gar nicht, wo eigentlich Greys Schuld am Kriege liegt: er hat sich ja bis zuletzt Mühe gegeben, zu vermitteln. Was will man mehr? Was er aber hätte tun müssen, ist: einzusehen, daß Rußland mit seinem angemaßten Protektorat über Serbien eine Offensivpolitik betrieb, die aufs unerträglichste nicht nur in Oesterreichs Interessensphäre, sondern in seine Lebensbedingungen eingriff und notwendig früher oder später zu einem kriegerischen Zusammenstoß und damit zum Weltkrieg führen mußte. Wollte Grey diesen Krieg nicht, so mußte

er das befreundete Rußland auf das Ungerechtfertigte seines Anspruchs aufmerksam machen und es wissen lassen, daß ihm englische Hilfe dabei fehlen würde. Statt dessen hat er umgekehrt Rußland auf dem Wege über Paris wissen lassen (am 29. Juli), daß England nicht neutral bleiben würde, und das erst hat der russischen Kriegspartei die Oberhand gegeben. Diesen Zusammenhang jetzt von neuem und namentlich in der Datierung aus dem Vergleich der englischen, französischen und russischen Buntbücher nachgewiesen zu haben, ist das große Verdienst der auch sonst vortrefflich geschriebenen Schrift des Staatssekretärs Helfferich.

Mit dieser Feststellung ist auch zugleich der Beweis erbracht, daß die Verletzung der Neutralität Belgiens für die englische Regierung nur der Vorwand, nicht der Grund der Kriegserklärung war, da das Versprechen an Frankreich und Rußland der Entscheidung über die belgische Neutralität nicht nachfolgte, sondern ihr fünf Tage vorherging. Da im englischen Blaubuch von diesen Dingen nichts zu finden ist, umgekehrt aber die freimütige Erklärung des deutschen Reichskanzlers vorliegt, daß wir mit der Verletzung der belgischen Neutralität ein Unrecht begangen, so ist es wohl nicht so unnatürlich, daß amerikanische Bürger, die sich nicht tiefer in den eigentlichen Zusammenhang hineinarbeiten, deutlich zu erkennen glaubten, daß wir im Unrecht seien, indem wir kleine Nationen, wie die Serben und die Belgier, vergewaltigten, Rußland und England aber die kleinen Nationalitäten schützten.

Für den Amerikaner ist es auch nicht so ohne weiteres klar, daß wir gezwungen sind, auf der Stelle zuzuschlagen, sobald Rußland gegen uns mobil macht; noch weniger, daß wir gezwungen waren, gegen Frankreich loszuschlagen, als Rußland mobil machte, am allerwenigsten, daß wir zu dem Zweck zuerst durch Belgien marschieren mußten. Bei uns war es selbst für den rötesten sozialdemokratischen Arbeiter leicht, sich diesen Zusammenhang, den die unmittelbare Anschauung lehrte, klarzumachen. Für einen Amerikaner gehörte eine sehr genaue Kenntnis Europas und eingehendes Studium dazu, ihn zu verstehen.

Ganz ähnlich steht es mit der grundfalschen Vorstellung, die man in Amerika von dem Wesen unserer Verfassung hat, der Vorstellung von den liberalen Westmächten und dem militaristisch-autokratischen Preußen.

Daß wir uns unter dem zwar oft strengen, aber korrekten und parlamentarisch wohlkontrollierten Beamten-Regiment freier fühlen als unter einem korrupten Demagogen-Regiment, wie es die gewählten Obrigkeiten so oft zeitigen, versteht der Amerikaner nicht, und ist er gar Pazifist, so glaubt er damit eine edlere Weltanschauung zu besitzen, ohne daß es ihm auch nur einfällt, daß es schwer ist, Pazifist zu sein, wenn man die Kosaken so nahe zu sitzen hat, wie wir.

In dem Vorstehenden habe ich mir selber klarzumachen gesucht, weshalb so ziemlich die ganze Welt, im besonderen aber die große Mehrheit der Amerikaner, in diesem Kriege Partei gegen uns ergriffen hat. Dazu aber sah ich mich getrieben, als mir das Heft der „Atlantic Monthly" zugesandt wurde, in dem mein eigener Aufsatz erschienen ist, und ich nun las, was diese hochangesehene Zeitschrift daneben veröffentlichte.

Ein angesehener Rechtsanwalt, Paul Fuller, verlangt, daß der Amerikaner zwar die legale Neutralität bewahre, zugleich aber moralisch für das Recht, d. h. für die Verbündeten gegen uns, eintrete. Er ist bereit, zurückzuhalten mit seinem Urteil bis zu späterer Untersuchung über die zahlreichen Beschuldigungen, die gegen uns wegen inhumaner Kriegführung erhoben werden. Als solche zählt er auf: die Verwüstung von Belgien; die Einbringung und Beschlagnahme seiner Ernte; die Zerstörung französischer Weinberge, um auch die zukünftige Generation arm zu machen; die Verstümmelung und in einzelnen Fällen die Entmannung von Knaben; militärische Exekutionen vor der Kriegserklärung; die rücksichtslose Auslegung treibender Minen, die zur Zerstörung neutralen Eigentums und neutraler Reisender führt; die Verwüstung aus bloßer Zerstörungswut, die für immer mit den Namen Reims, Löwen und Mecheln verbunden sei; die Befehle aus dem Hauptquartier zur Tötung von Gefangenen.*) Alles das soll später einmal untersucht werden; eins aber sei schon jetzt völlig klar und sei über jeden Zweifel erhaben, das

*) Uebrigens keineswegs alle Amerikaner lassen sich von solchen Schauermären einfangen. In der Zeitschrift „The worlds work" (Nov. 1914) finde ich einen Artikel „Atrocities in war", worin in einer, man möchte sagen, spaßhaften Weise, wenn es sich nicht um so Schreckliches handelte, nachgewiesen ist, daß die Klagen über die barbarische Kriegführung des Gegners von je dieselben gewesen sind. Als Motto ist ein Ausspruch des Lord Roberts vorangesetzt: „Wenn wir die Beschuldigungen gegen die deutschen Soldaten lesen, erinnern wir uns, daß grobe und absolut unwahre Anklagen gegen unsere eigenen braven Soldaten in Süd-Afrika vorgebracht worden sind."

sei die ruchlose Verletzung der Neutralität des unschuldigen kleinen Belgien. Hiergegen ruft Herr Fuller in flammenden Worten auf, sich sittlich zu empören.

Ich will Herrn Fuller darin folgen, daß ich die Beweisführung für alle jene Beschuldigungen der Zukunft überlasse, und bitte nur, die Reihe noch um folgende Behauptungen verlängern zu dürfen: die Engländer haben nachgewiesenermaßen die Absicht gehabt, ihrerseits die Neutralität Belgiens zu verletzen; sie haben in ihrem amtlichen Blaubuch eine entscheidende Stelle gefälscht; sie haben das von ihnen selbst als gültig anerkannte Seekriegsrecht nicht nur verletzt, sondern nahezu aufgehoben und auch in den Handel der Neutralen aufs schwerste eingegriffen, um die Deutschen und Oesterreicher systematisch aushungern zu können; die Engländer und Franzosen haben das deutsche Privateigentum in ihrem Machtbereich, ohne daß irgendein Kriegszweck damit verbunden gewesen wäre, zerstört, indem sie die deutschen Geschäfte zwangsweise liquidierten und dann sogar die Geschäftsbücher und Abrechnungen verbrannten, um jede Kontrolle und jeden späteren Wiederaufbau zu verhindern; die Engländer haben die Frauen der deutschen Beamten und Kaufleute in Westafrika, die in ihre Hände fielen, nicht nur als Gefangene behandelt, sondern sie unter die Aufsicht von Negern gestellt — ein Verfahren, das Amerikaner ganz besonders zu würdigen wissen werden.

Noch viel schöner als die Reihe der Anklagepunkte, die Herr Fuller gegen uns zusammengestellt hat, scheint mir ein Artikel, in dem ein bekannter englischer Journalist, Sidney Brooks, mit einer wahrhaft bewundernswerten Phantasie das deutsche Spionagesystem behandelt. Soll man dergleichen Schilderungen widerlegen? Das ist schwer möglich. Wer solche Dinge überhaupt zu glauben fähig ist, auf den werden noch so feierliche Ableugnungen keinen Eindruck machen. Das einzige Mittel, ein solches Machwerk in seiner ganzen Lächerlichkeit bloßzustellen, ist, es auch dem deutschen Volke vorzuführen, damit es sieht, was gebildete Amerikaner imstande sind, sich heute über Deutschland aufbinden zu lassen, und diese wiederum sich überzeugen können, daß solche Anklagen zu widerlegen uns überflüssig erscheint, weil wir sie nicht ernst nehmen. Der Artikel, übersetzt von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg, steht im Märzheft 1915 der „Preußischen Jahrbücher".

Die Zukunft unserer inneren Politik.

März 1915.

Man soll jetzt eigentlich über innere Politik nicht reden, sondern sich nur an ihr freuen, freuen an der unvergleichlichen Einmütigkeit der Gesinnung, die nicht nur im ersten Rausch der Begeisterung verkündet worden ist, sondern ungeschwächt und unvermindert die ganze harte Kriegszeit anhält. Nicht nur die Reichstagssitzungen und die Presse sind Zeugen dafür, sondern auch der alle Erwartung übersteigende Erfolg der zweiten Kriegsanleihe, die ebensowohl die unverwüstliche Stärke unserer Volkswirtschaft, wie auch den guten Willen der Besitzenden, Groß und Klein, bezeugt, in diesem Weltkampf dem Vaterlande helfen zu wollen.

So ganz kann man sich aber der Betrachtung: wie wird es nach dem Kriegsschluß mit unserem Parteiwesen aussehen, doch nicht entziehen, und es ist bereits eine Kundgebung erfolgt, an der auch ich mitgearbeitet habe und die sich den hohen Zweck setzt, diesen Geist der Eintracht, den der Krieg geschaffen, durch den Frieden nicht wieder zerstören zu lassen. Daß das in absolutem Sinne nicht möglich und auch nicht wünschenswert ist, daß Parteien, also auch Parteikampf, für ein frisch pulsierendes politisches Leben unentbehrlich sind, ist selbstverständlich und auch in dieser Kundgebung ausgesprochen. Was man will und vielleicht auch wenigstens für einen gewissen Zeitraum erreichen kann, ist zunächst eine Milderung der Parteigegensätze: namentlich soll der Vorwurf des Mangels an vaterländischer Gesinnung, mit dem bisher so viel gearbeitet worden ist, nachdem jetzt alle ohne Ausnahme ihre Pflicht getan, gegen keine Partei mehr erhoben werden. Selbst wenn das nicht erreichbar sein sollte, so würde es sicher doch immer schon von hohem Wert sein, daß dieser Satz einmal von Männern, die Autorität beanspruchen können und die sofort in den weitesten Kreisen Zustimmung gefunden haben, als Ideal hingestellt worden ist. Oder sollte wirklich das Wort des Fürsten Bismarck, daß die Fraktionen sich überlebt hätten, noch in Erfüllung gehen?*) Sicher ist, daß wir einer eingreifenden Um-

*) Bismarck hat dergleichen nach meiner Erinnerung öfter gesagt. Authentisch bestätigt finde ich den Ausspruch soeben in den jüngst erschienenen „Erinnerungen an Bismarck". Aufzeichnungen von Mit-

gestaltung, sagen wir Umgruppierung, wie der neueste militärische Ausdruck lautet, der Parteien entgegenzusehen haben. Als Zeichen dessen mag es auch gelten, daß die „Preußischen Jahrbücher" in diesem Heft einen Beitrag aus der Feder eines Sozialdemokraten haben bringen können.

An den einzelnen Sätzen des Programms der „Freien Vaterländischen Vereinigung" Kritik zu üben, ist nicht schwer. Eine Gesinnung, wie sie hier zum Ausdruck kommt, in abstrakten Sätzen völlig unangreifbar zu formulieren, wird man schlechthin für unmöglich erklären dürfen. Nehme ich z. B. den Satz: „Dem Deutschen darf niemand in der Welt näher stehen als sein Reichsgenosse", so ist klar, daß damit jede internationale Parteibildung abgewiesen werden soll. Weder der Katholik, noch der Protestant, noch der Jude soll seine auswärtigen Glaubensgenossen höher stellen als seine deutschen Mitbürger, noch soll namentlich die Sozialdemokratie jene Fiktion eines solidarischen internationalen Proletariats länger als ihr maßgebendes Ideal betrachten. Die realen Verhältnisse dieser Welt sind aber so kompliziert, daß der Satz, so wie er dasteht, in seinem Wortlaut angefochten werden kann. Wie? Jeder einzelne deutsche Reichsbürger, unter denen es doch viele mir gleichgültige oder sogar bösartige gibt, soll mir näher stehen, als ein mir befreundeter Schweizer? Oder ein Posener Pole soll mir näher stehen als ein Tiroler? Oder umgekehrt, kann man von einem Posener Polen verlangen, daß ihm ein Deutscher, von dem er bisher in seiner Nationalität drangsaliert worden ist, näher stehe, als sein Vetter, der etwa in Krakau lebt? Alle solche Einwendungen sind dem Wortlaut nach richtig, dem Sinne, dem Geiste des ganzen Schriftstücks nach aber durchaus falsch. Konnte man den Sinn denn aber nicht besser und unzweideutiger ausdrücken? Die Frage ist erst beantwortet, wenn jemand wirklich eine andere und bessere Fassung in Vorschlag gebracht hat. Wer den Satz ohne jede Rabulistik liest und annimmt, der versteht, daß gemeint ist: Sozialdemokraten, Polen und Juden haben für das Deutsche Reich gefochten und geblutet, dafür soll ihnen der Dank nicht vorenthalten werden und das Reich auch

---

arbeitern und Freunden. Gesammelt von A. v. Brauer, Erich Marcks und K. A. Müller. Stuttgart und Berlin. Deutsche Verlagsanstalt. S. 363. Ich mache bei dieser Gelegenheit auf diese sehr interessante Sammlung aufmerksam.

ihnen eine freundliche, nicht von Argwohn umzäunte Wohnung bieten.

Ein politischer Freund schreibt mir, er vermisse bei der Betonung der Gleichberechtigung, daß diese doch nur gelten könne für Leute von gleich hochstehender Bildung und sozialer Gesittung. Ganz richtig — aber in ein Programm aufgenommen, hätte diese Forderung sicherlich einen ganz anderen Eindruck gemacht, als der Antragsteller beabsichtigte: eben weil die Forderung selbstverständlich ist, hätte ihre besondere Hervorhebung den Verdacht erweckt, daß ein tückischer Vorbehalt dahinter stecke.

Derselbe Freund vermißt, daß neben der Warnung vor der Ueberschätzung ausländischer Art nicht auch auf die Wichtigkeit der Pflege internationaler Verbindungen hingewiesen worden sei. Ich bin der Letzte, der den Wert dieses Hinweises verkennt, aber in das Programm, glaube ich, gehörte er nicht. Auch ist der übertriebene Nationalismus ja in dem Programm (Nr. 2) ausdrücklich abgelehnt.

Positiv wie negativ, glaube ich, läßt sich der Aufruf in allen seinen Sätzen sehr gut rechtfertigen und begründen. Ich will aber auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen, sondern bitte die Leser, sich mit gutem Willen selber in die Sätze hineinzulesen und sie in sich aufzunehmen. Widerspricht man in Einzelheiten, so ist das noch kein Grund, sich dem Ganzen zu versagen.

Der Punkt, wo ich selber dem Programm nicht völlig beipflichten kann, steckt nicht in irgendeiner der Forderungen, sondern in der Voraussetzung: ich kann die Klagen über unsere Zerrissenheit und Verkämpfung vor dem Kriege nicht teilen und habe es nie getan. So viel Häßliches und Abstoßendes unser innerpolitisches Leben auch immer gezeigt hat (ich habe selber an üblen Nachreden genug erfahren müssen), so habe ich darin doch nie etwas anderes als Begleiterscheinungen gesehen, die bei der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur einmal leider unvermeidlich sind und hingenommen werden müssen, bis eine große moralische Aufrüttelung Besserung schafft. Die innerste Natur unseres Staatswesens wie unseres Volkstums habe ich immer für kerngesund gehalten (vergl. meine gedruckte Vorlesung „Regierung und Volkswille") und, wie die Leser sich erinnern mögen, an dieser Stelle, wenn Andere über „Reichsverdrossenheit" klagten, immer von neuem ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht nur nicht im Niedergang, nicht von inneren

Gefahren bedroht sei, sondern vielmehr im Aufstieg und seine größte Zeit erst vor sich habe. Sollte ich deshalb etwa den jetzt vorliegenden Aufruf nicht billigen? Im Gegenteil, um so lieber und freudiger habe ich ihn unterzeichnet.

Die Vereinigung ist zunächst nur eine lokale und besteht nur aus Berlinern. Es ist aber anzunehmen und von vielen Seiten bereits angekündigt, daß im Reiche allenthalben dieselbe Gesinnung ähnliche Vereinigungen schaffen wird, die dann einen gleichmäßigen allgemeinen Druck auf das öffentliche Leben in der gewünschten Richtung ausüben werden. Wie nicht anders zu erwarten, lebt derselbe Geist auch in der Regierung; der Herr Reichskanzler hat in einem sehr schön abgefaßten Schreiben seine volle Zustimmung erklärt, und die Taten, hoffen wir, werden folgen, erst in der Verwaltung, die wohl, offen gesprochen, schon etwas mehr in dieser Richtung hätte tun können, dann auch in der Gesetzgebung.

Wie sich dieser neugeschaffene Organismus mit der Zeit gestalten, ob er zu festeren Formen übergehen, in welcher Art und wie oft er in die Fragen des Tages eingreifen wird, das hängt von den Umständen ab und von der Nachhaltigkeit der Kraft, die dieser Idealismus der nationalen Einheit zu erzeugen vermag.

Eine besonderes Verdienst wäre es, wenn die Vereinigung eine offenbare Lücke in unserem öffentlichen Leben ausfüllte, indem sie eine neue Rednertribüne schüfe. Jetzt gibt es eigentlich nur zwei Gelegenheiten für die öffentliche Rede: Parlament (Reichstag oder Landtag) und Volksversammlung. Unsere Minister aber sprechen nicht in Volksversammlungen und die gebildeten Klassen haben es sich nahezu abgewöhnt, sie zu besuchen. Außer der Parlamentszeit können die Minister sich also überhaupt nicht öffentlich äußern. Aber auch während der Parlamentszeit wäre es oft genug wünschenswert, unter anderen Bedingungen, als gerade des Reichs- oder Landtages, öffentlich zu reden. Die „Freie Vaterländische Vereinigung" wäre in der Lage, Versammlungen einzuberufen, die nach der Art wissenschaftlicher Kongresse, frei und doch wieder einigermaßen umgrenzt, öffentliche Aussprachen für Minister und Parlamentarier, aber nicht bloß für diese, sondern auch sonst für hervorragende Persönlichkeiten ermöglichten. Manche Kreise, die sich jetzt von der praktischen Politik etwas zurückgezogen haben, würden sich ihr dann wieder zuwenden.

Die Kriegsereignisse im März. — Konstantinopel. — Japan.

28. März 1915.

Der Monat März hat wieder eine Reihe von Kriegsereignissen gebracht, die in sich sehr bedeutend, doch die allgemeine Situation bisher nicht wesentlich zu verändern vermocht haben. Dem großen Siege Hindenburgs in der Winterschlacht in Masuren folgte ein sehr merkwürdiges strategisches Nachspiel. Die deutsche Armee gelangte auf ihrer Verfolgung bis vor die Wälle der Festung Grodno am Niemen und die von dort ausgehende nach Südwesten verlaufende befestigte Bobrlinie. Hier und da gab man sich schon der Hoffnung hin, daß diese Linie durchstoßen werden könne. Aber nicht nur erwiesen sich die vorbereiteten russischen Verteidigungslinien als sehr stark — ausbetonierte Schützengräben — sondern hinter diesen Linien zeigte sich auch eine neue russische Armee. Man erinnert sich, wie vor vielen Wochen in der russischen Presse dunkle Andeutungen erschienen über einen neuen sich vorbereitenden, gewaltigen russischen Angriff, dem große Kavalleriemassen vorangehen sollten. Da nun mit großen Kavalleriemassen im Felde schlechterdings nichts mehr auszurichten ist, so konnte man zweifeln, ob hinter dieser Ankündigung wirklich etwas Ernsthaftes stecke; aber siehe da, die russische Offensivkraft war wirklich noch nicht erschöpft. Hinter der in Masuren geschlagenen Armee war bereits eine zweite im Anmarsch, und nur der Schnelligkeit und der Plötzlichkeit des deutschen Angriffs ist es zu danken, daß die erste Armee geschlagen war, ehe die zweite sich mit ihr vereinigte.

Was war zu tun? Man hätte sich vielleicht auch vor der oben beschriebenen Niemen-Bobrlinie eingraben und befestigen können, und dann wäre hier im Osten der Positionskrieg fertig gewesen wie im Westen. Der Feldmarschall gedachte es nicht so zu machen; plötzlich trat die deutsche Armee den Rückzug an, so plötzlich, daß die Russen es gar nicht bemerkten, sondern noch einen Tag lang aus ihren Befestigungen heraus die Stellungen, die die Deutschen bis dahin innegehabt hatten, kanonierten. Als sie endlich bemerkten, daß die Deutschen abgezogen seien, stürmten sie ihnen siegesfreudig nach. Aber wo waren die Deutschen geblieben? Hindenburg hatte einen sogenannten exzentrischen Rückzug angeordnet; die deutsche Front war nicht gleichmäßig zurückgegangen, sondern der nördliche Flügel, die Armee Eichhorn, hatte

eine nordwestliche Richtung eingeschlagen, indem die Russen nun vorwärts gingen und wieder ganz nahe an die preußische Grenze kamen, gingen sie wie in eine Falle hinein: plötzlich stand Eichhorn an ihrer rechten Flanke und fiel mit stürmischer Offensive über sie her. Es fehlte nicht viel, daß dieser zweiten russischen Armee dasselbe Schicksal bereitet wurde, wie vier Wochen vorher der ersten, aber das Sprichwort: durch Schaden wird man klug, gilt auch im Kriege, und da ganz besonders. Sobald die Russen den Flankenangriff bemerkten, traten sie den erneuten Rückweg mit solcher Geschwindigkeit an, daß sie diesmal mit einem mäßigen Verlust an Menschen entkamen, freilich an Material, was für sie fast noch wichtiger ist als Menschen, wieder eine ungeheure Menge in den Händen der Deutschen lassen mußten.

In den Karpathen und in der Bukowina steht dagegen die Entscheidung noch aus. Die Masse der Russen ist noch immer so groß, daß sie auf dem südlichen Kriegsschauplatz mit Ueberlegenheit haben auftreten können, und nicht nur an den Karpathen, wo die Schwierigkeiten der Gebirgsübergänge im Winter das Vorgehen der Oesterreicher und Deutschen behinderten, sondern auch in Ostgalizien, schon an den Grenzen der Bukowina unsere Offensive zum Stehen gebracht haben; ja, sie haben sogar selber die Offensive ergriffen, die ihnen freilich vorläufig nichts als gewaltige Verluste eingebracht hat, zum Schluß aber doch einen indirekten Erfolg, nämlich der Kapitulation der großen Festung Przemysl, die nur für vier Monate mit Lebensmitteln versehen war. Das Weitere dürfte nun davon abhängen, wo die Russen die hier frei gewordene Belagerungs-Armee einsetzen.

Im Westen hat ein mit ungeheurer Ueberlegenheit bei Neuve-Chapelle angesetzter Angriff den Engländern von neuem gezeigt, wie unzerbrechlich heute eine wohl bereitete Devensive ist. Zwar sind die Engländer ein kleines Stück vorgedrungen, dann aber war ihre Angriffskraft erschöpft. Die Generale sahen ein, daß ein mit solchen Verlusten erkaufter Erfolg den Preis nicht wert sei.

Was die große Masse der Russen betrifft, so ist nie zu vergessen, daß sie nicht etwa in demselben Verhältnis zu dem deutschen und österreichischen Aufgebot steht wie die Volkszahlen hüben und drüben. Wohl haben auch die Russen die allgemeine Wehrpflicht, aber daneben die dreijährige, für die fünf asiatischen Korps und die Spezialwaffen die vierjährige Dienstzeit. Seit

1913 war die Dienstzeit sogar auf 3½ und 4½ Jahre erhöht. Trotz des enormen Friedensstandes (1 850 000 Mann i. J. 1914) bot also doch die Armee nur etwa der Hälfte der völlig tauglichen jungen Männer für die Ausbildung Raum, und die Zahl der Reservisten und Landwehrmänner ist daher relativ sehr viel geringer als bei uns. Noch viel geringer aber ist das Material für Reserve- und Landwehroffiziere. Ein Volk, das zu 80% aus fast lauter analphabeten Bauern besteht, über denen der gebildete Mittelstand nur einen ganz schmalen Rand bildet, kann deshalb keine Heeresorganisation haben wie die Deutschen mit ihren zahllosen Neuformationen sowohl bei der Mobilmachung wie auch noch nachher während des Krieges. Freilich an Ersatzmannschaften kann es in Rußland nie fehlen, desto mehr aber an Ersatz für den Offizierverlust. Auch die Feldwebelleutnants und Offizierdienstuer, die bei uns eine so wesentliche Rolle spielen, dürften sich in Rußland kaum finden, und selbst das Material für Unteroffiziere ist so gering, daß die russischen Kompagnien nur halb so viel etatsmäßige Unteroffiziere haben wie wir; diese aber sind zum nicht geringen Teil aus dem mehr schreib- und lesekundigen städtischen Arbeiterstand entnommen, der von revolutionären und antimilitaristischen Ideen erfüllt ist. Die lange Dienstzeit gibt der russischen Armee freilich ein außerordentlich festes Knochengerüst, gleicht die beschriebenen Mängel zum großen Teil wieder aus und erklärt die noch immer anhaltende Offensivkraft.

Fast noch mehr als auf dem westlichen und östlichen Kriegsschauplatz sind in diesen Wochen die Blicke auf Konstantinopel und die Dardanellen gerichtet gewesen, und wahrscheinlich ist auch die Entscheidung, die hier bevorsteht, von größerer Bedeutung, als was auf jenen Kriegsschauplätzen vorerst zu erwarten ist. Fiele Konstantinopel, so wäre das auch für die Kämpfe in Mitteleuropa von direkter, höchster Bedeutung, indem den Russen die Zufuhr an vielerlei Bedürfnissen, an denen bei ihnen jetzt großer Mangel herrscht, eröffnet und gleichzeitig durch die Ausfuhr ihres aufgespeicherten Getreides eine große wirtschaftliche Erleichterung zu teil würde. Gelingt es aber den Türken, alle Angriffe, sei es zu Wasser, sei es zu Lande, definitiv abzuschlagen, so ist das für die Verbündeten eine gar nicht wieder gut zu machende Niederlage. Wie mag man in London und Petersburg hin und her erwogen haben, ob und wieviel Landtruppen man hier ein-

setzen und dadurch der direkten Niederkämpfung der Zentralmächte entziehen dürfe? *)

Noch wichtiger als die militärische, dürfte die politische Frage „Konstantinopel" sein; Rußland und England müssen notwendig irgendeine Abmachung darüber getroffen haben. Sollte England wirklich die beiden Meerengen dem Zaren ausliefern wollen? Vor einigen Jahren besuchte mich einmal M. Walter, der Mitbesitzer der „Times", und sagte mir, als ich das Gespräch darauf lenkte, England würde nichts mehr dagegen haben, wenn Rußland die Meerengen okkupierte, denn die Herrschaft über das Mittelmeer habe England ohnehin und für immer verloren; es könne ihm also nur recht sein, wenn möglichst verschiedene Seemächte in dem Mittelmeer nebeneinander aufträten, damit man nötigenfalls mit den Kombinationen wechseln und eine gegen die andere ausspielen könne. Ich weiß nicht, ob Sir Eduard Grey ebenso denkt, aber wenn er es tun sollte, ist es doch recht fraglich, ob die öffentliche Meinung ihm darin beipflichtet. Als England in den Krieg gegen uns eintrat, hatte man sich in London doch wohl eingebildet, daß die große Uebermacht ziemlich bald mit uns, die man sich von innerem Zwiespalt zerrissen vorstellte, fertig sein werde. Jedenfalls hat man nicht geglaubt, daß unsere Kraft sich groß genug zeigen würde, um auch die Türkei in den Kampf fortzureißen. Das war deutlich zu erkennen an der unerhörten Sanftmut, mit der die Diplomaten der Westmächte vom August bis Oktober alle Ausgriffe der Hohen Pforte ertrugen. Je peinlicher man aber die endliche Kriegserklärung der Türkei in London empfand, mit desto größerer Freude nahm man sie entgegen in Petersburg. Um Konstantinopels willen hat man ja schließlich den Krieg gegen Oesterreich unternommen; denn selbst Serbien war ja in den Augen der Russen wesentlich nur ein Außen- und Deckungsposten für Konstantinopel. Wenn noch irgendein Zweifel darüber sein könnte, so hat der russische Außenminister Sassonoff es ja jetzt mit wünschenswertester Deutlichkeit

*) Nachträglich ist bekannt geworden, daß zwischen dem Marineminister Churchill und dem Kriegsminister Kitchener über die Dardanellen-Expedition ein Zwist bestanden hat. Churchill, der die Expedition angeregt hat, hat sie auch gleich sehr stark machen wollen; Kitchener, der die Entscheidung auf dem westlichen Kriegsschauplatz suchte, hat nur beschränkte Mittel für die Dardanellen zugestanden.

ausgesprochen, daß Konstantinopel das eigentliche Ziel des Zarenreichs in diesem Kriege ist. Erobert die englische Flotte Konstantinopel, so erobert sie es für Rußland, oder muß sich nachher mit Rußland darum schlagen. In welche Lage ist die englische Politik geraten? Aus Furcht vor der deutschen Konkurrenz um die Seeherrschaft, die sich bis zu dem Aberglauben an ein deutsches Weltherrschaftsgelüst steigerte, haben sich die Engländer in den Krieg mit uns gestürzt. Wären wir unterlegen, so hätte die englische Diplomatie ihre Bemühungen sicherlich darauf gerichtet, uns als Seemacht ganz zu vernichten, als Landmacht aber einigermaßen zu erhalten, um noch ein gewisses Gegengewicht gegen Rußland zu besitzen. Jetzt ist es dahin gekommen, daß England, um Deutschland niederzuringen, Rußland helfen soll, Konstantinopel und damit eine unabsehbare Exspektanz auf die Ausdehnung seiner Herrschaft in Asien zu erwerben.

Selbst wenn die öffentliche Meinung in England sich damit abfindet, was sagen Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien dazu? Griechenland, das bis dahin sehr zum Dreiverband neigte, ist schleunigst abgesprungen, als der Angriff auf Konstantinopel ansetzte. Italien ist höchst mißtrauisch nach allen Seiten. Von Bulgarien und Rumänien sollte man meinen, daß, ehe sie die Festsetzung der Russen in Konstantinopel dulden, sie zu den Waffen greifen und auf die Seite der Zentralmächte treten müßten. Wo die letzten Gründe liegen, weshalb sie das nicht tun, ist nicht so sicher zu sagen. Die Entscheidung liegt offenbar bei Rumänien. Vielleicht rechnet man dort mit Sicherheit darauf — ebenso wie wir —, daß Konstantinopel sich ohnehin halten werde und der Hilfe Rumäniens nicht bedürfe. Vielleicht ist es auch die Politik der Furcht vor Rußland.

Kehren wir aber noch einmal zurück zu England. Der innere Zwiespalt, in den es mit seiner Politik geraten ist, ist mit der türkischen Frage nicht erschöpft. Weit hinten im Westen richtet sich Japan auf und schickt sich an, nicht weniger als die Suzeränität über ganz China in Anspruch zu nehmen. Beherrschen England, Rußland, Frankreich riesige Kolonialreiche, warum nicht auch Japan? Korea war ein bloßer Brocken. Wenn England auf so große Entfernungen hin Aegypten und Indien regieren und ausbeuten kann, weshalb Japan nicht China, das ihm unmittelbar vor der Tür liegt? Die Japaner als Herrscher über 400 Mill.

Chinesen, das will etwas sagen, und könnte den 350 Millionen Indern und Aegyptern unter der Herrschaft Großbritanniens die Wage halten. Japan ist arm, und in der an Entfaltung der ihm innewohnenden kriegerischen Kraft infolge seiner Armut zurückgehalten worden. Die Reichtümer Chinas könnten das ersetzen. Warum nicht zugreifen in dem Augenblick, wo die europäischen Mächte, ineinander verbissen, es nicht hindern können? Amerika ist froh, wenn die überschüssige Kraft Japans nach dieser Seite abgelenkt wird.

Wie man hört, glauben in England und Frankreich immer noch weite Kreise an den sicheren Sieg, wenn nur die neuen Armeen Kitcheners erst auf dem Kriegsschauplatz angelangt seien; sollte aber nicht schon vielen Engländern über die Fernwirkungen dieses Krieges an den Ufern der Nordsee im nahen und fernen Orient recht schwül zu Mute geworden sein?

Selbstanzeige.

Bismarcks Erbe von Hans Delbrück. (Aus der Sammlung „Männer und Völker".) Verlag von Ullstein & Co., Berlin-Wien. 220 S. 1 M.

Das kleine Buch unterscheidet sich in seiner Anlage von den zur Säkularfeier erschienenen populären Bismarckbiographien, wie schon im Titel ausgedrückt, durch die Einstellung der ganzen Erzählung auf die Aufgaben der Gegenwart. In der Auffassung steht sie am nächsten der Bismarck-Biographie von Max Lenz; einzelne wichtige Punkte aber, die in diesem richtunggebenden Werke nur gestreift oder noch nicht ausgearbeitet sind, wie der Gegensatz zu Moltke, die Stellung zur Polenfrage und namentlich die Katastrophe von 1890, habe ich auf Grund eigener Forschungen stärker herausgeholt, besonders da hier das Messer der Kritik sehr tief eingefilzte Legenden wegoperieren muß, um zu dem wahren Bismarck zu gelangen. Das überlieferte Bild wird dadurch nicht nur ergänzt, sondern auch wesentlich verändert. Er erscheint dadurch, wie mich bedünkt, noch viel gewaltiger, dämonischer, aber auch tragischer als sonst. Jene wehwimmernde Auffassung ferner die ihre Bismarck-Verehrung dadurch zu bezeugen suchte, daß sie bewies, wie seit 1890 in Deutschland alles schlechter und schlechter

geworden, ist ja durch die Ereignisse selber genügend niedergewuchtet worden. Ich bin stolz, in diesen „Jahrbüchern" von je diese Auffassung bekämpft zu haben, und habe nun in „Bismarcks Erbe" systematisch zu entwickeln gesucht, wo die Aufgaben zu suchen sind, die der Schöpfer des Reiches uns hinterlassen hat. Denn das eben ist das Wesen der historischen Menschen, daß sie, wie Constantin Rößler es ausgedrückt hat, indem sie große Aufgaben lösen, dem nächsten Geschlecht größere hinterlassen. Nichts kleinlicher als jene Bismarck-Auffassung, die glaubte, alles Große sei mit ihm gewonnen gewesen und mit ihm erschöpft. Nicht Epigonen sind wir, sondern Erfüller. Es ist erstaunlich, wie wenig man auch in den besten Kreisen unseres Volkes noch ahnt, worauf es in diesem Kriege eigentlich ankommt, wie und wo das „Erbe Bismarcks" nicht nur zu erhalten, sondern zu erwerben, d. h. fortzuentwickeln ist. Man preist die Größe der Erhebung und die Herrlichkeit der Zeit und setzt dann als Ziel des Krieges, daß dergleichen nur ja nie wieder vorkomme. Es ist den Lesern dieser Zeitschrift ja nicht so ganz unbekannt, daß ich die Aufgabe der Zeit anders auffasse. In diesem Buche habe ich diese Aufgabe aus den Taten und dem Geiste Bismarcks historisch zu entwickeln gesucht.

Die Kriegs-Ereignisse im April-Mai.

30. Mai 1915.

Ich habe im vorigen Heft über die militärischen Ereignisse im April nichts geschrieben, da dieser Monat, obgleich voll von Kämpfen im Osten und Westen, doch keine Erscheinungen hervorbrachte, die zu prinzipiellen Erwägungen, wie ich sie anzustellen pflege, Veranlassung geben konnten. Nunmehr hat die Schlacht an der Biala oder von Tarnow-Gorlice (2.—6. Mai) ein ganz neues strategisches Bild geboten, von dem aus die strategische Gesamtlage einer Betrachtung unterzogen werden kann.

Alle vorhergehenden Kämpfe dieses Krieges haben immer von neuem gezeigt, wie außerordentlich schwer im Frontalangriff Erfolge errungen werden können. Man suchte sich also gegenseitig zu flankieren und bei diesem unausgesetzten weiteren Ausgreifen wurden die Fronten endlich so lang, bis sie an einer

absoluten Grenze ihr Ende fanden und keine Flankierung mehr möglich war. Nun setzte gar die Frontbefestigung ein, und damit hatten die taktischen Entscheidungen überhaupt ein Ende. Seit dem September stehen sich im Westen die Heere so ziemlich auf demselben Fleck gegenüber, und es gibt einige Strecken auf dieser 600 Meter langen Front, wo tatsächlich nicht mehr gefochten worden ist, wo man sich gegenseitig beobachtet, sich einzelne Leute, die sich einmal in unvorsichtiger Weise bemerkbar machen, gegenseitig abschießt, von Zeit zu Zeit einige Granaten oder Fliegerbomben fallen läßt, im übrigen aber sich in und hinter den Schützengräben so behaglich wie möglich einrichtet, Gemüse zieht, Hühner füttert, exerziert und Wettrennen hält, unmittelbar daneben aber, wo das Gelände etwas anders gestaltet ist oder die Linien Winkel gebildet haben, da hat immer von neuem das furchtbar blutige Ringen eingesetzt, immer von neuem sind die Versuche gemacht worden, mit Einsetzung höchster Energie und Todesverachtung die feindliche Linie zu durchbrechen. Die Rolle des Angreifers fiel dabei naturgemäß den Verbündeten zu: unsere Aufgabe ist schon erfüllt, wenn wir behalten, was wir haben, jener Aufgabe aber ist es, uns aus der festen Stellung, die wir in Nordfrankreich eingenommen haben, zu vertreiben oder uns durch Angriffe so zu beschäftigen, daß wir nicht gar zu viel Truppen aus dieser Front zu nehmen und sie im Osten gegen die Russen zu führen wagen dürfen. Nur einige wenige Male, wo die Verhältnisse ganz besonders günstig lagen, sind auch die Deutschen zum Angriff geschritten; auch hier wohl mehr der moralischen Wirkung wegen, um die Franzosen unter dem Druck zu halten, daß sie jeden Augenblick an irgendeiner Stelle angegriffen werden können, als um des direkten strategischen Vorteils willen. So geschah es gegenüber Soissons und so geschah es bei Ypern (23. April), wo die Franzosen ein vorgeschobenes Viereck innehatten, das man von der Flanke fassen konnte. Beide Male ist uns mit dem lokalen Vorteil auch der moralische Gewinn geblieben. Anders bei unseren Gegnern; in sehr viel umfassenderem Maßstab und in immer erneuten Wiederholungen sind sie an den verschiedensten Stellen angestürmt, um immer wieder unter ungeheuren Verlusten zusammenzubrechen, Verlusten, die so groß waren, daß, selbst wenn ein kleiner lokaler Gewinn herbeigeführt wurde, wie

bei Neuve-Chapelle, doch moralisch nichts blieb, als der Eindruck des Mißerfolges. So war es schon in der „Winterschlacht in der Champagne" (16. Februar bis 9. März), wo zwei schwache Divisionen Rheinländer, unterstützt durch wenig mehr als eine Garde-Brigade, nicht weniger als sechs vollzählige Armee-Korps, also eine mehr als fünffache Uebermacht immer wieder zurückschlugen. Die Franzosen unterstützten ihren Angriff durch Massen von schwerer Artillerie; mehr als 100 000 Schuß innerhalb 24 Stunden wurden auf die Unsrigen geworfen, dennoch hielten sie Stand und machten sogar in Gegenstößen 2450 Gefangene.

Fast noch charakteristischer sind die Kämpfe auf der Ost- und Südseite von Verdun, wo wir durch die Eroberung des Forts bei St. Mihiel an der Maas einen spitzen Keil in die feindliche Schützengrabenlinie hineingetrieben haben. Diesen Keil konnten die Franzosen von drei Seiten zugleich umfassend angreifen. Seit Anfang April haben sie immer von neuem angesetzt, ihn zu nehmen, aber wir haben ihn gehalten und jeden genommenen Schützengraben durch sofortigen Gegenstoß mit der bereitgehaltenen Reserve, ehe der Feind die Brustwehr mit Schießscharten nach der anderen Seite herstellen konnte, wiedergewonnen. Wie die Karte zeigt und die Berichte melden, ist das Gelände sehr unübersichtlich und vielfach mit Wald bestanden, so daß unsere Artillerie unentdeckbare, auch den feindlichen Fliegern nicht erkennbare Stellungen einnehmen und diese auch leicht wechseln konnte. Die feindliche schwere Artillerie, die sonst mit der Feldartillerie, sobald sie sie erst gefunden hat, schnell aufräumt, konnte dieser ihrer Aufgabe also hier nicht gerecht werden, unsere Infanterie konnte der Hilfe der Schwesterwaffe nicht beraubt werden. Sonst wäre die Behauptung von St. Mihiel wohl unmöglich geworden.

Ziehen wir theoretisch die Summe dieser Erfahrungen, so ist eine durch eine zuverlässige Truppe verteidigte, ausgebaute Stellung deshalb uneinnehmbar, weil die verschiedenen Angriffsmittel sich gegenseitig im Wege stehen: läßt man die Artillerie vorarbeiten, um die Schützengräben mürbe zu machen, so verrät man durch das ungewöhnliche Feuer die Stelle, wo man einbrechen will und ermöglicht die Bereitstellung der Reserven. Gelingt es trotzdem, eine Linie zu durchbrechen, so ist dahinter eine zweite und dritte vorbereitet, und man sitzt in einem Sack: während

man vorn weiter will, wird man auch aus den beiden Flanken beschossen und angegriffen.

Wie ist es nun trotzdem der österreichisch-deutschen Armee gelungen, die russische Front hinter dem Dunajec und der Biala zu durchbrechen? Hier ist das Unmögliche möglich gemacht, hier ist das Neue.

Der Stand der Dinge auf dem östlichen Kriegsschauplatz im April war der, daß in Polen bis nach Grodno und Kowno hinauf sich die Gegner beobachtend gegenüberlagen, während in den Karpathen aufs heftigste gekämpft wurde. Im Januar waren hier einige deutsche Armeekorps zur Unterstützung der Oesterreicher eingetroffen, hatten jedoch in dem furchtbaren Gebirgswinter nicht durchdringen können. Allein in der Bukowina hatten wir einen erheblichen Erfolg gehabt, das ganze Kronland wieder befreit und schon den Dnjestr überschritten, in Galizien und in Rußland selbst eindringend. Dem entgegenzutreten, hatten die Russen sich entschlossen (Ende April), die in Odessa versammelten Truppen, die gegen Konstantinopel operieren sollten, von dort wegzunehmen und in die Bukowina zu führen. In den Karpathen aber hatten sie die nach dem Fall von Przemysl (25. März) frei gewordenen Belagerungs-Armee eingesetzt, waren über den Kamm vorgedrungen und an einigen Stellen schon nicht weit davon, den Ausgang in die ungarische Ebene zu gewinnen. Da hätte es also nahegelegen, unsere neuen Verstärkungen hier an einem oder zwei Pässen einzusetzen. In alten Zeiten hätte man es auch sicher getan: man hätte gerechnet, daß, wenn man nur an einer Stelle mit Uebermacht durchbreche, die in allen anderen Pässen fechtenden Gegner im Rücken genommen seien. Deshalb galt ehedem, z. B. noch 1866, die direkte Verteidigung eines Gebirges für gefährlich und unratlich. Bei den ungeheuren Massen aber, die heute zur Verfügung stehen, kann man alle Pässe zugleich so stark besetzen, daß sie auch mit Uebermacht nicht leicht und jedenfalls nicht schnell zu bewältigen sind.

Man suchte also nach einer anderen Stelle, wo der Angriff sich gut ansetzen ließ. Eine solche Stelle zu finden, war hier eher möglich als im Westen, da, wie hier schon früher einmal ausgeführt, die Front im Osten etwa doppelt so lang, also viel dünner besetzt ist, als in Frankreich, und die wenigen russischen Eisenbahnen überdies das schnelle Verschieben von Reserven sehr erschweren.

Die russische Front lief quer durch Polen von Norden nach Süden, zwischen Krakau und Przemysl durch, um dann bei der Stadt Gorlice nach Osten umzubiegen und auf den Karpathen entlang zu laufen bis an die Grenze von Rumänien. Der österreichische Generalstabschef General v. Conrad stellte als die geeignete Einbruchsstelle das südliche Stück der russischen Westfront fest, von der Stadt Gorlice nordwärts bis zum Lauf des Flüßchens Biala, und an diesem entlang, bis es in der Nähe der Stadt Tarnow in den Dunajec fällt, der 25 Kilometer weiter in die Weichsel mündet. Dieses Stück des Dunajec war zwar auch von den Russen besetzt, gehört jedoch nicht zur eigentlichen Schlachtlinie, da der Dunajec hier von Sümpfen begleitet wird, die den Uebergang sehr erschweren. Die zum Angriff ausersehene Front reichte also von Gorlice bis Tarnow und war etwa 40 Kilometer breit.

Hier liegt der erste Unterschied zu allen Angriffen, die die Franzosen und Engländer gegen unsere Westfront gerichtet haben: die viel größere Breite. Der überaus hartnäckige Angriff der Franzosen in der Champagne war doch nur 8 Kilometer breit, konnte also, sobald er vorwärts kam, sofort in der Flanke gefaßt werden. Warum haben ihn die Franzosen nicht breiter angesetzt? Offenbar weil sie sich dazu nicht stark genug fühlten. Um gleichzeitig so tiefe Massen zum Sturm zu führen, daß sie durchdrangen, und so breite, daß sie keinen bloßen Sack bildeten, dazu hätten sie ihre sonstige Front allenthalben so dünn machen müssen, daß sie bei einem etwaigen deutschen Vorstoß zerspellt wäre.

Der Grund nun, weshalb General v. Conrad gerade die Biala-Linie zum Angriff empfahl, lag wohl weniger darin, daß das Gelände günstig wäre — es ist sogar zum Teil sehr schwierig — als darin, daß zwei Eisenbahnlinien parallel direkt auf diese Front führten, die nördlichere über Krakau, die andere südliche endend bei Neu-Sandec. Diese beiden Eisenbahnen ermöglichten eine so schnelle Heranführung von Verstärkungen, daß man erwarten durfte, sie in der Front zu haben, ehe der Feind es bemerkte. Erst in den letzten 24 Stunden soll der größte Teil der Deutschen eingerückt sein. Das Garde-Korps, das ja lange in Nordfrankreich gestanden hat, war erst in den Elsaß gezogen, als ob dort etwas bevorstände, und dann plötzlich bei Neu-Sandec gegenüber von Gorlice in Galizien aufgetaucht, wo natürlich

ebenso wie für die Hannoveraner unter General v. Emmich und die Bayern alles sorgsam vorbereitet war, sie sofort in die ihnen zugedachte Stellung zu führen. Nirgendwo anders, weder in den Karpathen noch in Polen wäre es möglich gewesen, so große Massen so plötzlich gemeinsam in Aktion treten zu lassen.

Ganz analog verfuhr man mit der Artillerie. Nicht weniger als 1500 Geschütze standen neben- und etagenförmig übereinander aufgefahren, zum großen Teil schwere Haubitzen und Mörser. Geschossen wurde in den Tagen vor der Schlacht nur wenig, nur gerade soviel, um in Gemeinsamkeit mit den beobachtenden Fliegern die feindlichen Batteriestellungen nach Möglichkeit festzustellen. Die neu einfahrenden Batterien erhielten ihre Instruktionen von den bereits eingeschossenen, hielten sich aber selber möglichst verborgen und benutzten die Nacht, um sich aufzustellen. Die russischen Flieger, nur wenig zahlreich, merkten von alledem nichts.

Auch von weit her aber ist der Ueberfall vorbereitet worden. Jetzt hinterher kann man es aus unseren amtlichen Berichten prächtig ablesen.

Am 30. April meldete der Bericht, daß eine deutsche Armee von Tilsit oder Memel aus in Kurland eingefallen sei und bei Schaulen kämpfe, 100 bis 135 Kilometer von unserer Grenze. Etwa am 24. April also muß diese Bewegung begonnen haben. Spätestens am 26. hat der Großfürst Nicolai in Warschau davon erfahren und Verstärkungen nach Norden in Bewegung gesetzt. Es heißt sogar, aus Galizien selbst sei ein Korps fortgezogen worden; jedenfalls wurden dorthin Verstärkungen nicht geschickt, um so weniger, als am 1. Mai, wie wieder unser Generalstabsbericht meldet, in ganz Russisch-Polen ein lebhafter Geschützkampf einsetzte und von Schaulen aus die Deutschen schon in der Richtung auf Mitau vordrangen. Auch große Kolonnen sollen die russischen Flieger in Polen beobachtet haben, von denen russische Zeitungen nachher wütend meldeten, es seien russische Gefangene gewesen, die man statt von der deutschen Front weg zur Front hin marschieren ließ. Wenn jene russischen Zeitungen weiter behaupteten, man habe diesen Gefangenen preußische Uniformen angezogen, so dürfte das eine ebenso überflüssige wie sinnlose Ausschmückung sein, da man solche Uniformen weder übrig hat, noch der Flieger sie würde erkennen können. Hiervon abgesehen aber hören wir die Erzählung von jener Kriegslist nicht ohne Schmunzeln.

Am 2. Mai morgens, dürfen wir uns vorstellen, dachte man im russischen Hauptquartier an keinen Abschnitt der Front weniger als an die Biala und den Dunajec. Man ließ den Blick schweifen nach Kurland und fragte sich, ob dem Hindenburg wirklich zuzutrauen sei, daß er nach Riga marschieren werde. Man lauschte auf die starke Kanonade allenthalben in Polen. Man hoffte auf gute Meldungen aus den Karpathen und aus der Bukowina. Nicht anders blickte auch der kommandierende General der dritten russischen Armee an der Biala, der General Dimitriew, mit voller Gemütsruhe auf seine starke Front und war sich keines Ueberfalls gewärtig. Plötzlich am 2. Mai mit dem Schlage der Stunde 6 Uhr morgens erhoben die 1500 Feuerschlünde der Verbündeten gleichzeitig ihr Gebrüll und donnerten vier Stunden lang ununterbrochen, jedes Geschütz Schuß auf Schuß auf die feindlichen Schützengräben, Batterien und Reservestellungen werfend. Mit dem Schlage 10 Uhr hörte das Feuer auf, und auf der ganzen Front setzten die tiefen Sturmkolonnen sich in Bewegung. Wie konnte man ihnen widerstehen? An vielen Stellen zugleich wurde die feindliche Front durchbrochen, und Reserven, die Eingedrungenen wieder zurückzuwerfen, waren nicht zur Stelle; die zweite und dritte Linie hinter der ersten war entweder durch das Artilleriefeuer mitzerstört oder unbesetzt. Die Zeit war zu kurz gewesen, von weiter her Reserven heranzuholen, und wo sollte eingesetzt werden, was etwa zur Stelle war? Statt dessen strömten durch die geöffneten Stellen die gegnerischen Massen hinein und waren stark genug, die noch nicht überwältigten Posten in den Flanken oder schon vom Rücken zu nehmen. Von Position zu Position mußten die Russen zurück. Manche Stellen hielten sich länger, namentlich die Stadt Tarnow selbst, die erst am vierten Tage genommen wurde, und die Stellungen am unteren Dunajez. Aber an Wiederherstellung der Front war gegen die Uebermacht nicht zu denken, und wer sich länger hielt, fiel um so sicherer in Gefangenschaft.

Die Hauptmittel der Strategie sind: auf dem entscheidenden Punkt eine Uebermacht zu sammeln und die Ueberraschung. Mit diesen beiden Mitteln ist die russische Stellung Gorlice—Tarnow, an der sonst alle Tapferkeit der Truppen hätte zerschellen müssen, überwältigt worden. Das große Dilemma: die feindliche Stellung durch die Artillerie mürbe machen zu lassen, ohne durch eben

dieses Feuer die Reserven heranzulocken, wurde gelöst durch das Massenfeuer in ganz kurzer Zeitspanne und durch die Breite der Angriffsfront. Die Ueberraschung wurde ermöglicht durch die überaus sorgsame Vorbereitung in allen Einzelheiten und die Geschwindigkeit der Ausführung. Der Oesterreicher v. Conrad teilt das Verdienst mit dem deutschen Stabschef v. Falkenhayn, der die deutschen Armeekorps an anderen Stellen unbemerkt herauszog und sie ebenso unbemerkt hierher schob, und dem Generaloberſten v. Mackensen, der an Ort und Stelle seine österreichisch-deutsche Armee zum Aufmarsch brachte und sie so, daß alles wohlvorbedacht und pünktlich ineinandergriff, zum Sturm führte.

Feldschlachten, die in der Offensive vermöge längerer, sorgsamer Vorbereitungen gewonnen wurden, sind in der Kriegsgeschichte sehr selten. Bei weitem die meisten entwickelten sich so, daß man entweder ganz unvermutet aufeinandertrifft oder doch mit schnellem Entschluß den Gegner auf dem Gelände, wo man ihn gerade trifft, angreift. Von Siegen, die auf der Vorbereitung beruhen, sind mir bis jetzt nur Hohenfriedberg und Wagram eingefallen; man könnte auch Hochkirch dazu rechnen. Bei Hohenfriedberg war es so, daß Friedrich in Schlesien auf der Lauer lag und erwartete, daß die Oesterreicher das Riesengebirge überschreiten würden. Jeden Uebergang hatte er persönlich rekognosziert, die Anmarschlinien vorbereiten, namentlich die Brücken herstellen lassen, die Truppen eingeteilt und die Generäle instruiert. Sobald es klar war, wo die Oesterreicher herabstiegen und sich lagern würden, setzte sich die preußische Armee in Bewegung, machte einen Nachtmarsch und griff den Gegner, der erst bei Dunkelwerden angelangt war und sich kaum in seinem Lager orientiert hatte, schon morgens um 4 Uhr an. Um 8 Uhr war dieSchlacht schon zu Ende und die Oesterreicher im eiligen Rückzug über das Gebirge. Napoleon gewann die Schlacht bei Wagram durch das unbemerkte Heranziehen von 100 000 Mann Verstärkungen zum Teil aus weiter Ferne nach der Schlappe von Aspern und durch die sorgsame Vorbereitung und Sicherung des Donau-Ueberganges mit schweren Geschützen.

Mit dem Durchbrechen und Ueber-den-Haufen-Werfen der ganzen russischen Stellung von Gorlice bis an die Weichsel war unser Sieg aber noch nicht erschöpft. Unmittelbar an den Sieg

schloß sich die Verfolgung, die nun nicht nur das geschlagene Heer weiter und weiter vor sich hertrieb, ihm Gefangene, Material und Raum abgewann, sondern namentlich einen Karpathenpaß nach dem andern in den Rücken nahm. Wir haben gehört, daß die Russen tief in diesen Pässen steckten, weil sie selber hier hatten durchbrechen wollen, und man mag zufügen, vielleicht nicht ohne Absicht von den Oesterreichern so tief hineingelassen worden waren. Jeden Schritt vorwärts hatten sie mit Strömen von Blut bezahlen müssen, aber das Zurückkommen rieb sie jetzt erst vollends auf. Denn hier wurden sie ebenfalls in den Wirbel der aufgelöst dahinflutenden Armee Dimitriew hineingerissen oder stießen schon direkt auf die Verfolger, die ihnen den Weg abschnitten. Es ist der Geist von Belle-Alliance, der sich in dieser Verfolgung lebendig erwiesen hat. Wie damals Gneisenau nicht nur die ganze Nacht nach der Schlacht dem fliehenden Feinde nachsetzte, sondern fort und fort hinterherstürmte bis vor Paris, und als er Paris von Norden nicht nehmen konnte, das Heer (obgleich auf die Hälfte zusammengeschmolzen und ohne den langsameren Alliierten) sofort um die Stadt herumführte, um sie von Süden anzugreifen und sie zur Kapitulation zu zwingen, so ließen jetzt die vereinigten Oesterreicher und Deutschen nicht nach, bis sie vor Przemysl anlangten und nach den letzten Nachrichten ist die Festung schon so gut wie eingeschlossen. Immer neue Gefechte wurden dabei geliefert, schwerlich mit denjenigen Russen, die man geschlagen von der Biala oder aus den Pässen vor sich hertrieb, sondern mit Verstärkungen, die der Großfürst von allen Seiten sandte, von Warschau her wie von der Bukowina. Wir haben gesehen, wie hier die Armee von Odessa aufgetreten war; in schweren Gefechten hatte sie die kleine Minderzahl vom Dnjestr auf den Pruth zurückgedrängt. Am Pruth hörte der Druck plötzlich auf. Kein Zweifel, daß auch diese Truppen an den San herangeholt worden sind, um Przemysl zu halten, und sogar aus dem Kaukasus und der Mandschurei sind Verstärkungen angelangt.

Könnten nun etwa die Franzosen und Engländer uns das Kunststück nachmachen und auf dieselbe Weise unsere Front im Westen durchbrechen? Sie werden es nicht können, denn erstens sind unsere Linien von vornherein stärker besetzt als die russischen; zweitens sind wir viel stärker an Artillerie als die Russen waren.

Wenn im Verhältnis zu der Zahl der Gefangenen in Galizien wenig Geschütze erbeutet sind, so war es gewiß nicht der Grund, daß wir weniger ergriffen haben, sondern daß die Russen nicht mehr so viele hatten; drittens haben wir viel mehr und bessere Flieger als die Russen, die uns große Ansammlungen von Truppen früh genug melden würden; viertens haben wir soviel Eisenbahnen hinter der Front, daß allenthalben sehr schnell Reserven herangeführt werden können.

Rechnen wir alles zusammen, so müssen die Russen in den April-Mai-Kämpfen wenigstens 250 000 Mann mehr verloren haben als wir und die Oesterreicher, und dazu, was fast noch mehr wiegt, die ganze dazugehörige Ausrüstung, die ohnehin an Geschütz und selbst an Gewehren recht schwach war. Nun mögen die Italiener nur kommen!

Der Krieg im Juni.

25. Juni 1915.

Als ich die vorige Korrespondenz abschloß, standen wir noch vor Przemysl, jetzt ist Lemberg bereits in unserer Hand. Es ist ein Feldzug, zu dem sich in der Weltgeschichte kaum ein Gegenstück bietet. Die Verfolgungen Alexander des Großen erstreckten sich über ungeheure Räume und wurden durchgeführt mit dem Aufgebot der Kräfte bis zur Erschöpfung. Aber die Kämpfe, die auf dieser Verfolgung noch geführt werden mußten, waren nicht mehr wesentlich; die Kraft des Feindes war durch die Schlacht völlig gebrochen und aufgelöst. Dasselbe kann man sagen von der Verfolgung, die das siegreiche Heer Napoleons von Jena nach Auerstädt bis an die Weichsel führte. Die Verfolgung des Sieges an der Biala aber ist eigentlich nicht eine bloße Verfolgung, sondern eine sich fortwährend erneuernde Schlacht gewesen. Die russischen Korps, die zuerst an der Biala zwischen Gorlice und Tarnow geschlagen wurden — man weiß nicht, wie viele es waren*) —, bildeten jedenfalls nur einen kleinen Teil der russischen Gesamtmacht. Indem sie oder vielmehr ihre Reste

*) Nach späteren Nachrichten scheinen es nur zwei Korps gewesen zu sein.

nun weiter und weiter zurückgetrieben wurden, wurden sie von immer neuen Verstärkungen aufgenommen und doch immer wieder von neuem angegriffen und geschlagen. Bald kamen diese Verstärkungen von Süden aus den Karpathenpässen; da folgten ihnen aber unmittelbar die österreichisch-deutschen Truppen, die diese Pässe bisher verteidigt hatten, und es ist ganz natürlich, daß sie zu einem regelrechten Widerstand nicht mehr kamen und massenhaft in Gefangenschaft gerieten. Dann aber kamen ganz frische Korps, teils von Norden her, aus der Hauptstellung der Russen an der mittleren Weichsel, von Nikolai Nikolajewitsch direkt gesandt, teils von Osten eine ganze Armee, die eigentlich gegen die Türken bestimmt gewesen war und schon in der Bukowina einige Erfolge davongetragen hatte. Die Festung Przemysl und sonstige vorbereitete Stellungen schienen diesen neuen Kräften schwer überwindliche Stützpunkte zu geben. Aber ein einmal erfochtener Sieg hat nicht nur seine physischen, sondern vor allem seine moralischen Folgen. Das Ungestüm unserer siegreichen Truppen führte sie zu immer neuen Erfolgen, und der durchgebildete Organismus des Heeres machte es auch möglich, die schwere Artillerie mit ihrer Munition immer wieder aufs schnellste heranzubringen, die Stellungen unter Feuer zu nehmen, ehe sich die Russen recht eingerichtet hatten, und auch Przemysl und endlich Lemberg zu bewältigen. Auch das deutsche Heer hat ja in diesem Kriege einige Male zurückgehen müssen: von der Marne bis zur Aisne und von Warschau bis nach Schlesien. Aber wie schnell hat es sich nach jenem Rückzug in Frankreich wieder gesetzt, und der Rückzug von Warschau nach Schlesien vollzog sich gar, ohne daß die nachziehenden Russen mit unserm Heer überhaupt wieder Fühlung gewannen. An vielen Stellen haben ja auch die Russen jetzt noch zähen Widerstand geleistet, am Dnjestr sogar noch einmal einen erheblichen Erfolg errungen, aber das russische Heer im ganzen muß doch moralisch aufs schwerste erschüttert sein, sonst wäre ein solcher Zusammenbruch unmöglich, und das ist eben die Nachwirkung des ersten großen Sieges in der Schlacht vom 2. bis 5. Mai, verstärkt vermutlich durch die Tatsache, daß die Russen nicht mehr imstande sind, unserer Artillerie an Zahl und Qualität etwas nur einigermaßen Gleichwertiges entgegenzustellen.

Clausewitz hat einst den Satz aufgestellt, daß ein Sieg immer am besten an der Stelle verfolgt werde, wo er erfochten worden

sei; wenn man also gegen mehrere Fronten zu fechten habe, so solle man nicht schnell von einer zur anderen springen, sondern so weit wie nur irgend möglich an der Stelle weitergehen, wo der Erfolg gewonnen worden ist. Ganz nach dieser Regel hat jetzt der General von Conrad gehandelt; obgleich eine neue Großmacht, Italien, mit ganzer Macht auf den Plan getreten ist, verhält er sich ihr gegenüber in vorsichtiger Defensive und sucht erst einmal mit den Deutschen gemeinsam den Sieg über die Russen bis zum äußersten auszunutzen. Mittelbar aber bändigte er dadurch auch die Italiener. Man sollte meinen, daß diese nun mit aller Gewalt vorwärtsstürmten, um ihren östlichen Bundesgenossen zu entlasten. So sind alle die verzweifelten Anstürme der Engländer und Franzosen offenbar weniger zu erklären durch eine positive Hoffnung, endlich durchzubrechen, als durch den Wunsch, sich zu decken gegen die Vorwürfe der Russen, daß man nichts getan habe. Die Italiener wünschen mit ihrem Blut sparsamer umzugehen. Denn wenn man vorginge und wirklich vordränge, könnte man nicht plötzlich von der großen österreichischen Armee angepackt werden, die jetzt in Galizien kämpft? Und von welcher Seite würde sie kommen? Von Tirol? Von Kärnten? Von Istrien? Man weiß ja, wie wunderbar schon mehrfach die Eisenbahnen ausgenützt worden sind. Da hat sich denn die italienische Armeeführung klargemacht, daß auch die Vorsicht zur Strategie gehört und tut einstweilen gar nichts.

Wie überaus kraftlos die russische Heeresmacht bereits ist, zeigt sich ja besonders auch darin, daß sie nicht imstande gewesen ist, die Deutschen aus dem in Besitz genommenen Teil von Litauen und Kurland zu vertreiben. Wie stark die deutsche Heeresmacht auf diesem Flügel ist, weiß man nicht — aber ob stark oder schwach, auf jeden Fall ist die Erscheinung, daß sie nun acht Wochen sich auf diesem Boden hält, eine nicht weniger bedeutsame Erscheinung als der Sieg in Galizien. Denn sind wir dort im Norden nur schwach, so zeigt das die vollendete Schwäche der Russen; sind wir aber stark, so zeigt es, welche ungeheuren Massen wir dauernd im Felde zu halten vermögen.

Trotz ihrer so viel größeren Volksmasse sind die Russen nicht imstande, es uns darin gleichzutun. Nach ihren enormen Verlusten an Gefallenen und Gefangenen besteht ihr Heer jetzt zu einem sehr großen Teil, außer der Landwehr, aus den erst

im Laufe des Krieges neu ausgehobenen Rekruten. Das ist natürlich bis auf einen gewissen Grad auch bei uns der Fall, aber es ist ein dreifacher Unterschied. Erstens sind unsere Verluste, trotz der Kämpfe auf zwei Fronten, doch erheblich geringer. Zweitens sind die Russen nicht imstande, mit den Mitteln ihrer Industrie, auch zugerechnet, was sie über Archangel oder über Sibirien aus Japan und Amerika beziehen, die entsprechenden Massen auszurüsten, sie mit Gewehren, Geschützen und Munition zu versehen; vielfach werden die Rekruten zunächst mit Stöcken ausexerziert und erhalten die Gewehre erst, wenn es ins Feld geht. Endlich drittens kann man aus deutschen Rekruten schon in einigen Monaten brauchbare Soldaten machen, aber nicht aus den stumpfen russischen Muschiks. Durch die Besetzung von Libau ist es ja jetzt möglich geworden, zuverlässige Nachrichten über die Zustände im Inneren Rußlands zu gewinnen, und sie stimmen alle darin überein, daß die Verwirrung in der Verwaltung und die Stillegung des Wirtschaftslebens bereits einen kaum noch erträglichen Grad erreicht habe. In den ersten Quartalen des Krieges sind die Leistungen der Armee noch nicht dadurch gehemmt worden, da eben die gesamte Volks- und Wirtschaftskraft für die Armee in Anspruch genommen wurde. Aber es war eine Art Raubbau, den man damit trieb. Stirbt das Wirtschaftsleben hinter der Armee ab, weil die Verkehrsmittel und Rohstoffe allein für die Armee in Anspruch genommen werden und Barzahlungen nicht mehr erfolgen, so muß der Moment kommen, wo das Wirtschaftsleben für die Armee nichts mehr hergeben kann. Frankreich freilich hat in den großen Revolutionskriegen solche Zustände mehrere Jahre ertragen, aber die Zustände sind deshalb nicht vergleichbar, weil Frankreich ein sehr viel reicheres Land war als Rußland heute ist, weil die Armeen sehr viel kleiner waren, und weil sie sehr bald siegreich in feindliches Gebiet vordrangen und von diesem lebten. Wir werden annehmen dürfen, daß der Moment der Erschöpfung bei den Russen nicht mehr fern ist, wenn auch die Teile des Gebiets, welche heute in unserer Hand sind, von der russischen Masse noch nicht so sehr viel ausmachen.

Die Kriegsereignisse Mai bis Juli.

24. Juli 1915.

Ehe ich an die Kriegsereignisse im Juli herantrete, habe ich an dem vorigen Bericht eine einschneidende Korrektur vorzunehmen. Die Franzosen und Engländer haben im Mai und Juni unsere Linien drüben aufs heftigste bestürmt; nichtsdestoweniger hatte man doch aus den täglichen Berichten, in denen dieselben Dorfnamen so häufig wiederkehrten, den Eindruck, daß es sich nicht um einen wirklichen Entscheidungskampf, sondern doch nur um eine möglichste Entlastung der Russen handle; es schien, als wisse man drüben, daß man nichts ausrichten werde; man stürmte aber immer von neuem an, um den Russen zu zeigen, daß man es an nichts fehlen lasse, um die Deutschen wenigstens festzuhalten.

Ein nachträglicher amtlicher Bericht über die „Loretto-Schlacht" hat mir gezeigt, daß das Ziel jener Kämpfe in Wirklichkeit viel höher gesteckt gewesen ist. Man hat die französischen Befehle erbeutet, die nichts geringeres als den endgültigen Durchbruch der deutschen Linie und die Befreiung des französischen und belgischen Bodens in Aussicht nahmen. „Niemals — hieß es in einem Korpsbefehl — war das Heer stärker, noch von größerem Mut beseelt. Der Feind scheint nur einige Divisionen vor unserer Front zu haben, unsere Kräfte sind viermal so stark als die seinigen. Es handelt sich heute nicht um einen Handstreich oder um die Wegnahme von Schützengräben. Es handelt sich darum, den Feind mit äußerster Heftigkeit anzugreifen, ihn zu schlagen, mit beispielloser Hartnäckigkeit und Zähigkeit zu verfolgen, ohne Rücksicht auf Strapazen, Hunger, Durst und Leiden."

Solchem Ziel entsprechend ist auch der Angriff vorbereitet worden, und zwar stellt sich heraus, daß er ganz analog unserem eigenen Angriff an der Dunajec-Front angelegt gewesen ist: unbemerktes Heranführen großer Verstärkungen, ungeheure Artillerievorbereitung und Angriff auf einer Front von etwa 30 Kilometer Breite. Ja man kann noch weiter gehen und sagen, daß am ersten Tage (9. Mai) die Franzosen auch gewisse Erfolge erzielt haben, die nicht viel geringer waren, als die unsrigen am ersten Tage der Dunajec-Schlacht: sie haben an mehreren

Stellen Gelände bis zu 3 Kilometer Tiefe gewonnen. Auch wir sind am ersten Tage in Galizien nicht über 4 Kilometer weit vorwärts gekommen und auch nicht allenthalben gleichmäßig. Die entscheidende Differenz erscheint erst vom zweiten Tage an: während wir unseren Erfolg fortwährend vergrößerten, die Stellungen der Russen, die sich am ersten Tage noch behauptet hatten, nahmen und weiter und weiter vordrangen, den Feind vor uns hertreibend, war es mit dem Vorwärtskommen der Franzosen schon am zweiten Tage (10. Mai) zu Ende, obgleich sie immer neue und neue Truppen einsetzen. Zweierlei hatte dabei offenbar zusammengewirkt: unsere schwere Artillerie hatte die russische schon am ersten Tage so gut wie erledigt, was der französischen mit der deutschen nicht gelang, und unsere Führung brachte Reserven auf den Platz, die das Gefecht wiederherstellten, wozu die russische Führung entweder nicht das Genügende zur Hand hatte oder nicht heranzubringen vermochte. Bei aller Zähigkeit, die man dem russischen Soldaten seit dem Siebenjährigen Kriege nachrühmt, wird man endlich doch die Widerstandskraft des deutschen Soldaten noch sehr viel höher einstellen dürfen, als die der jetzigen Russen. Das stunden-, tage- und wochenlang rollende Granatfeuer hat, so schwer unsere Braven zu leiden hatten und so groß ihre Verluste waren, die Kampfkraft der Ueberlebenden nicht zu brechen vermocht. Die Schlacht ist ja eigentlich vom Mai an bis jetzt ununterbrochen fortgegangen, namentlich in den Tagen vom 13. bis 18. Juni erreichte sie zum zweiten Mal einen Höhepunkt, aber das Ende war, daß die Unsrigen nicht nur nicht weiter zurückgingen (was sachlich noch nicht einmal ein großer Schade gewesen wäre), sondern sogar die meisten verlorenen Stellungen zurückeroberten.

So ist also, da der Angriffswille der Franzosen und Engländer so viel größer war, als wir angenommen, auch ihr Mißerfolg und unser Sieg noch sehr viel größer gewesen, als es nach den täglichen Berichten schien.

Mit tiefster Befriedigung dürfen wir das feststellen, und wenn eine Schweizer Zeitung gemeldet hat, die Verbündeten würden ihre Angriffe mit immer größerem Einsatz von Menschen, immer stärkerer Artillerie und immer mehr Munition so lange wiederholen, bis es endlich gelinge, an irgendeiner Stelle doch durchzubrechen und uns aufzurollen, so werden wir diese neuen Versuche ruhigen Mutes

abwarten dürfen. Die Franzosen sind nicht einmal sicher, daß nicht plötzlich an einer Stelle aus den lokalen Kämpfen sich plötzlich eine große deutsche Offensive entwickele.

Im Osten müssen wir noch einmal bei der Schlacht am Dunajec (Gorlice—Tarnow) einsetzen. Die Verfolgung der hier geschlagenen Russen ging naturgemäß in der Richtung des geführten Stoßes, also ostwärts weiter und weiter, indem gleichzeitig auf dem südlichen Flügel die aus den Karpathenpässen zurückflutenden Russen in Empfang und gefangen genommen wurden, auf dem nördlichen aber, je weiter man kam, desto größere Vorsicht gegenüber der russischen Macht in Polen beobachtet werden mußte, damit nicht von dort ein Flankenstoß erfolge. Schließlich nach der Einnahme von Lemberg hatten die verbündeten Heere die Wahl zwischen zwei Operationen: entweder das ziemlich bedeutende russische Heer, das sich noch am Dnjestr gegen die aus der Bukowina vorgehenden österreichisch-deutschen Korps hielt, anzugreifen und die Russen ganz aus Galizien zu vertreiben, oder aber ganz nach Norden einzuschwenken und gegen die Russen im Königreich Polen vorzugehen.

Man entschied sich für die letztere Operation, die nun zu einem strategischen Plan größten Maßstabes erwuchs. Der Kaiser mit dem Generalstabschef von Falkenhayn hatte eine Zusammenkunft mit dem Feldmarschall von Hindenburg in Posen, und was sich jetzt vor unseren Augen vollzieht, ist offenbar die Ausführung der auf Grund dieser Konferenz erlassenen Kaiserlichen Befehle. Nicht nur von Galizien her bewegt sich die vereinigte österreichisch-deutsche Armee vorwärts nach Norden, sondern gleichzeitig hat sich auf dem entgegengesetzten Flügel die Hindenburgsche Armee wieder in Bewegung gesetzt und drückt mit aller Gewalt auf die Russen. Um nicht seinerseits dabei von den Russen in der linken Flanke gefaßt werden zu können, hat Hindenburg seinen linken Flügel bis an den Rigaschen Meerbusen ausgedehnt und steht nicht mehr weit vor der Stadt Riga selbst. Die Russen aber, um ihre Front zu verkürzen, haben das Königreich Polen links der Weichsel unter heftigem Nachdrängen der Deutschen geräumt und sich auf ihre Festungen Iwangorod, Warschau, Neogeorgjewsk (Modlin) zurückgezogen. Ebenso haben sie sich im Norden auf die Narew-Linie zurückgezogen.

Die Situation, die so entstanden ist, hat große Aehnlich-

keit mit der Lage Napoleons und der Verbündeten im Herbst 1813. Napoleon stand in der Mitte in Sachsen, gestützt auf die mit Festungen besetzte Elbe, die verbündeten Heere standen im Halbkreis um ihn herum. Man kann den Vergleich auch darauf ausdehnen, daß außerhalb der eigentlichen Zentralstellung Napoleon in Hamburg unter Davoust eine Armee stehen hatte, die den Halbkreis der Verbündeten (die Nordarmee) im Rücken bedrohte; ähnlich haben jetzt die Russen außerhalb des Zentral-Kriegsschauplatzes noch ihre Armee am Dnjestr.

Als der Feldzug im August 1813 begann, waren die Verbündeten nicht erheblich stärker als Napoleon, und es schien, als ob er in seiner Zentralstellung und gestützt auf die Elbe und ihre Befestigungen in einer besseren Lage sei als seine Gegner. Konnte er nicht, auf der inneren Linie operierend, mit schnellem Hin- und Hermarschieren jede einzelne der drei verbündeten Heeresgruppen mit Ueberlegenheit angreifen und schlagen? Er hat es nicht fertig gebracht; im Gegenteil, es ist den Verbündeten gelungen, ihn schließlich bei Leipzig mit ihren vereinigten Kräften beinahe einzuschließen. Es gelang, obgleich mangels eines wirklich einheitlichen Oberbefehlshabers die verbündeten Heere nur sehr ungenügend zusammenwirkten. Dieser Mangel aber wurde ausgeglichen durch die gewaltige numerische Ueberlegenheit, über die die Verbündeten schließlich verfügten, weil sie noch erhebliche Verstärkungen herangezogen hatten, dem Kaiser der Franzosen aber ein Teil seines Heeres desertiert war und er in den Teilschlachten größere Verluste gehabt hatte als seine Gegner.

Werden die Russen den Vorteil der inneren Operationslinie heute besser auszunützen wissen als einst Napoleon? Sie haben auf diesem Kriegsschauplatz ein recht gutes Eisenbahnnetz zur Verfügung und ihre Stellungen im Süden sowohl wie im Norden sind sehr fest ausgebaut; aber haben sie auch noch die Offensivkraft, die für eine wirkliche Ausnützung der inneren Operationslinie unentbehrlich ist? Die defensive Kraft der modernen Waffen ist ja so groß, daß eine Ueberwältigung nur durch Flankierung oder vermöge einer sehr intensiven artilleristischen Vorbereitung möglich ist. Flankierung ist für die Russen von ihrer Binnenstellung aus so gut wie ausgeschlossen; an Artillerie und Munition sind sie schwach. Es ist kaum zu erwarten, daß sie, abgesehen von lokalen Vorstößen, zu einer wirklichen Offen-

sive noch die Kraft haben. Nun darum wird es sich handeln, ob es unserer Offensive gelingt, die russische Defensive an irgendeiner Stelle, sei es im Süden, sei es im Norden, sei es an der Weichsel, zu durchbrechen.

Indem diese Zeilen in den Satz gehen, ist die Nachricht von dem Durchbruch im Norden schon da — ganz wie bei Leipzig. Möge der Endausgang für die Russen derselbe sein wie einst für die Franzosen bei Leipzig.

In den ersten vier Wochen ihrer Kriegführung haben die Italiener so wenig getan, daß man zweifeln konnte, ob sie die Absicht hatten, etwas Ernstliches zu tun. Im zweiten Monat haben sie einigemale scharf angebissen, sind aber nur mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden und haben so wenig Positives erreicht wie im ersten. Italien kann ohne Schwierigkeit eine Feldarmee von 800000 Mann oder sogar von einer Million aufstellen, und ihre Ueberlegenheit über die österreichische Grenzhut muß riesenhaft sein — dennoch keinerlei Erfolg. Zunächst liegt das natürlich daran, daß die österreichische Grenze ausgebaut ist annähernd wie eine große Festung, und eine Festung kann stürmender Hand auch von einer noch so großen Ueberlegenheit nicht genommen werden, sondern die künstlichen Abwehrmittel bedürfen ebenso künstlicher überlegener Angriffsmittel. Daran scheint es den Italienern zu fehlen. Wie schnell haben wir Lüttich, Namur, Maubeuge, Antwerpen überwältigt! Die Russen konnten Przemysl nur durch Hunger zu Falle bringen, wir nahmen es kurzerhand zurück mit unserer überlegenen Artillerie.

Man könnte einwenden, eine lange Grenze, noch so gut befestigt, sei noch keine Festung und an irgendeiner Stelle müßten die Italiener ihre Ueberlegenheit zur Geltung bringen können. Aber die lange Grenze ist nur an gewissen Stellen und Strecken zugänglich, und unter diesen Umständen kommt die Länge nicht den Angreifern, sondern den Verteidigern zugute. Der Angriff hat keine rechte Gelegenheit zu Umgehungen; ihrerseits aber müssen die Angreifer oder können wenigstens die Angreifer besorgen, daß an irgendeiner Stelle der Verteidiger mit großer aus der Ferne herbeigeführter Macht herausbricht und ihnen in den Rücken fällt. Dadurch, daß Tirol so tief zwischen Venezien und Lombardei in das italienische Gebiet hineinspringt, ist, das muß man den Italienern zugeben, ihre strategische Grenze äußerst ungünstig. Die

Furcht, daß, während sie am Isonzo kämpfen, plötzlich eine neue österreichische Armee von Tirol aus etwa Brescia oder gar Mailand bedrohen könne, wird bei den italienischen Strategen eine große Rolle spielen. Während sie also an der einen Stelle angreifen, suchen sie doch die ganze Grenze zu decken, und die Grenze mit allen ihren Biegungen wird etwa 500 Kilometer lang sein; das ist nicht soviel weniger als jetzt die deutsch-französische Front und verbraucht außerordentlich viel Mannschaft.

Nun ist größte Vorsicht sozusagen Tradition der italienischen Strategie — jene Vorsicht, welche im Kriege das Allergefährlichste ist, weil sie zur Zersplitterung der Kräfte führt.

Erinnern wir uns einmal, wie die Italiener die Schlacht von Custozza im Jahre 1866 verloren haben. Sie hatten, da die Hauptmacht der Oesterreicher in Böhmen stand, die weit mehr als doppelte, etwa 2½fache Ueberlegenheit. Aber als Erzherzog Albrecht, statt sich ängstlich in der Defensive zu halten, zum Angriff vorging, stieß er nur auf die eine Hälfte der Italiener unter Lamarmora, die über den Mincio gegangen war, während die andere Hälfte unter Cialdini zaudernd am Po stand. Auch von Lamarmoras Heer aber kam nur ein Teil ins Gefecht, weil ein ganzes Korps zur Deckung gegen Mantua abgespalten war und ein anderes (della Rocca), um eine Defensiv-Position bei Villafranca zu halten, den fechtenden Divisionen nicht zu Hilfe kam: jene Defensiv-Position wurde aber gar nicht angegriffen. Knapp ein Drittel des ganzen italienischen Heeres focht wirklich und wurde geschlagen; die anderen beiden Drittel aber, statt die Schlacht mit ihrer großen Ueberlegenheit wieder aufzunehmen, begaben sich auf den allerschleunigsten Rückzug; Cialdini mit seinen 86 000 Mann blieb nicht einmal am Po stehen, sondern ging zwei ganze Tagemärsche zurück, obgleich er gar nicht gefochten hatte und so gut wie nichts gegen sich hatte. Als nun aber Erzherzog Albrecht abgerufen wurde, um Wien gegen die Preußen zu decken, da marschierten die Italiener mit unwiderstehlicher Tapferkeit hinter ihm her, konnten ihn freilich nicht einholen, aber eroberten doch das Land. Es macht Vergnügen, bei den heutigen Leistungen der Italiener sich dieser ihrer früheren Taten wieder zu erinnern. Selbst wenn es ihnen schließlich gelingen sollte, mit ihrer Uebermacht einen Erfolg zu erzielen, über die lokale Bedeutung wird er schwerlich hinausgehen.

Die Kriegsereignisse im August.

27. August 1915.

Wie ist es gekommen, daß die vereinigte deutsch-österreichische Armee, die im vorigen Oktober schon bis vor Warschau und Iwangorod gelangte, damals wieder bis an die deutsche Grenze zurückweichen mußte, jetzt die Russen über dieselben Gebiete hinweg weiter und weiter vor sich her treibt? Wie ist es gekommen, daß nach der großen Winterschlacht in Masuren die deutsche Verfolgung vor Kowno zum Stehen kam und die Feste Ossowiec nicht überwältigen konnte, während jetzt die Narew-Festen eine nach der andern und endlich auch Kowno und Nowo-Georgiewsk unter den deutschen Schlägen zusammengefallen sind wie „irdene Töpfe"?

Uebersieht man den östlichen Krieg im ganzen, so hat man den Eindruck, daß bis spät ins Frühjahr 1915 die russische Armee mit der deutschen so ziemlich im Gleichgewicht stand. Was die Deutschen an Qualität und Gewandtheit voraus hatten, das ersetzten die Russen durch ihre Ueberzahl, ihre Masse. Wenn die Deutschen sich schließlich nicht nur behaupteten, sondern die Russen aus Preußen wieder hinauswarfen und große Stücke Polens einnahmen, so war das offenbar das Verdienst der überlegenen Hindenburgschen Führung. Aber auch die genialste Führung muß schließlich vor gar zu starken feindlichen Gegenkräften Halt machen. Auch die Russen wurden, wenn auch nicht genial, doch mit unverkennbarer Ueberlegung und Entschlossenheit geführt, und es gewann den Anschein, als ob sich hier ein Positionskrieg ausbilde wie im Westen. Ja, als die Russen Przemysl genommen hatten und in den Karpathen weiter und weiter vordrangen, hatte es sogar den Anschein, als ob auf der russischen Seite eine gewisse Ueberlegenheit sei.

In diesen Wochen wird es gewesen sein, wo die italienische Regierung zu dem definitiven Entschluß kam, auf die feindliche Seite zu treten: man hatte dort die Vorstellung, daß Oesterreich im Zusammenbrechen sei und wollte von der Beute ein so großes Stück gewinnen wie nur möglich. Noch ehe dieser Entschluß zur Ausführung kam, war der große Umschwung eingetreten; die Deutschen und Oesterreicher hatten gemeinschaftlich die große Schlacht in Galizien gewonnen (2.—5. Mai) und waren dabei, die russische

Armee aufzurollen. Unaufhaltsam ist es seitdem weiter gegangen; unaufhaltsam dringen die österreichischen und deutschen Truppen vor und treiben die Russen vor sich her. Keine Festung, keine noch so gut vorbereitete Stellung vermag sie aufzuhalten. Wieder ist es in erster Linie die überlegene Führung, aber es ist nicht mehr bloß die Führung, es ist offenbar auch eine überlegene Truppe, die fort und fort siegt. In dem Verhältnis des deutschen zum russischen Soldaten, des deutschen und russischen Truppenkörpers hat sich zu unsern Gunsten eine Wandlung vollzogen. Wie ist das gekommen?

Eins der allerwesentlichsten Momente für die richtige Beurteilung kriegerischer Vorgänge fehlt uns ja bisher so gut wie vollständig. Das sind die Zahlen; sowohl die Stärken wie die Verlustzahlen. Es ist aber anzunehmen, daß sich dieses Verhältnis zu unsern Gunsten verschoben hat, in dem Sinne, daß die erdrückende numerische Ueberlegenheit der Russen weggeschmolzen ist. Erstens haben die Russen sehr viel größere Verluste erlitten als wir, besonders an Gefangenen und auch an Verwundeten, die wegen mangelhafter Pflege verkommen sind. Zweitens haben sie auf Grund ihrer Kriegsverfassung und ihrer ganzen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie früher an dieser Stelle dargelegt, die Verluste lange nicht in dem Maße zu ersetzen vermocht wie wir. Menschen genug, aber keine Offiziere, keine Ausbildung, keine Ausrüstung, keine Organisation. Aus ähnlichen kulturellen Gründen waren sie auch nicht fähig, sich in dem Maße wie wir den Forderungen der Kriegführung anzupassen, die erst der Krieg selber allen Kriegführenden gleichmäßig offenbart hat. Das ist die Ausbildung und Vermehrung mancherlei Hilfsmittel im Verpflegungs- und Nachschubwesen, ganz besonders aber die Vermehrung und Verwendung der schweren Artillerie. Alles das zusammengenommen hat uns gegen Ablauf des ersten Kriegsjahres stärker gemacht als wir im Anfang waren und uns über die Russen eine objektive Superiorität gegeben, die noch eine bedeutende Steigerung empfing, als wir ihnen in Verfolgung des Durchbruchs am Dunajec nicht weniger als 200 000 Gefangene abnahmen.

Nunmehr waren die Mittel gegeben, die unseren Feldherren die Realisierung der kühnsten, weit ausgespannten Ideen ermöglichte. Die ungeheure, vom Rigaischen Meerbusen bis an den

San reichende Umfassung setzte ein, eine Armee anzugreifen, die sich auf ganze Systeme von wohlgebauten und wohlversehenen Festungen stützte. Aber was halfen die Festungen? Die Russen haben Przemysl nicht durch Gewalt, sondern nur durch Hunger bewältigen können. Die Engländer und Franzosen sind nicht imstande, die Dardanellenforts zu brechen. Der deutschen schweren Artillerie konnten weder Stellungen, noch Festungen, noch Panzertürme Widerstand leisten.

Der russische Feldherr hat, soweit man sehen kann, getan, was er konnte, um das Unheil abzuwehren. Als der umfassende deutsche Angriff von Norden, Westen und Süden ansetzte, hat er sich zunächst auf die Festigkeit seiner Narewlinie verlassen und alles, was er an Truppen zusammenraffen konnte, der von Süden anrückenden Armee Mackensen entgegengeworfen. Auch das russische Gardekorps, das nach der Niederlage in Masuren nach Petersburg zurückgezogen war, — wohl zugleich um die Hauptstadt vor Unruhen zu sichern, und sich selbst zu retablieren, — auch dieses Korps wurde auf dieses Schlachtfeld gezogen. Der Entschluß dazu muß dem russischen Feldherrn nicht leicht geworden sein. Er gab damit den Deutschen den Weg zur Hauptstadt Livlands, Riga, und mittelbar auf Petersburg frei. Er verzichtete darauf, sie wieder aus Kurland zu vertreiben. Alles Momente von sehr großer moralischer Bedeutung. Freund und Feind mußten daraus erkennen, wie schwach es bereits mit dem russischen Heer bestellt sei. Aber ein Sieg über Mackensen hätte ja alles wieder eingebracht und Nikolai war Stratege genug, diese letzte Rettungsmöglichkeit zu erkennen und den Befehl dazu zu erteilen.

In der Tat gelang es einen Augenblick, bei Krasnostaw und Krasnik die Deutschen und Oesterreicher aufzuhalten. Aber mittlerweile hatte Hindenburg im Rücken dieser Kämpfe die Narewlinie durchbrochen. Ich habe schon das vorige Mal auf die Aehnlichkeit mit der Schlacht bei Leipzig hingewiesen. Während Napoleon seine Hauptkräfte südlich dieser Stadt zusammenzog, um sich auf Schwarzenberg zu werfen, damit aber nicht durchdrang, schlug Blücher in seinem Rücken das Korps Marmont im Norden, bei Möckern.

Die russische Garde ist, nachdem sie den Gegnern bei Krasnostaw Halt geboten, zum Angriff übergegangen, aber Mackensen hatte erkannt, daß er hier auf Ueberlegenheit gestoßen sei, hielt sich für einige Tage in der Defensive, ließ den Feind anlaufen,

was ihm zu einer vernichtenden Niederlage wurde, und war mittlerweile bereits an einer andern Stelle durchgebrochen.

Damit war der Plan, durch Ausnutzung der inneren Linie die Südfront des Gegners zu überwältigen, gescheitert, und der Großfürst beschloß, sich in die Linie Brest-Litowsk—Grodno zurückzuziehen. Warschau und Iwangorod wurden, wie ehedem Przemysl, geräumt, — unter zähen Nachhutkämpfen — um die Besatzungen und das Material möglichst zu retten. Es scheint inkonsequent, daß man mit Nowo-Georgiewsk nicht dasselbe getan hat. Aber der Großfürst wird geglaubt haben, daß, wenn er auch Warschau und Iwangorod zu halten suche, er seine Feldarmee gar zu sehr schwäche, daß aber Nowo-Georgiewsk mit Besatzung und allem Nötigen reichlichst versehen, als stärkste seiner Festungen einen so langen Widerstand leisten werde, daß die russische Armee mittlerweile sich zum Rückstoß wieder bereit gemacht haben könne.

Zwischen Brest-Litowsk und Grodno schien die russische Armee noch eine recht vorteilhafte Stellung finden zu können. Im Süden boten die starke Festung Brest und dahinter die riesigen Pripet- (Rokitno-) Sümpfe, im Norden der mit den Festungen Grodno, Olita, Kowno besetzte Niemen eine Anlehnung. Aber ehe die Stellung bezogen war, war sie schon gebrochen. Hindenburg (Armee Eichhorn, Korps Litzmann) nahm Kowno. Umsichtig hatte man die lange Ruhepause benutzt, Anmarschwege durch die Wälder herzustellen, um die schwere Artillerie und ihre Munition heranschaffen zu können, und die Festungswälle sanken vor ihr in den Staub. Während die Deutschen die Bresche stürmten, floh auf der entgegengesetzten Seite die Besatzung zu den Toren hinaus (17. August). Drei Tage darauf hatte der Eroberer von Antwerpen auch Nowo-Georgiewsk bezwungen und die Besatzung von nicht weniger als 85 000 Mann gefangen genommen. Selbst die stärkste Defensive muß unterliegen, wenn die Mittel der Offensive so vorbereitet, so ausgebildet, so angewendet werden, wie jetzt von den deutschen Generälen.

Durch den Fall von Kowno ist die rechte Flanke einer russischen Stellung zwischen Brest und Grodno entblößt. Auch Kurland nördlich davon ist ja bereits in der Hand der Deutschen. Sie stehen nicht mehr weit von Wilna. Sollte die russische Armee in ihrer jetzigen Lage noch wagen, eine große Defensivschlacht

zu liefern, so ist sie in Gefahr, völlig vernichtet zu werden. Denn von Norden drohen Eichhorn und Below sie zu umfassen, im Süden bieten die Sümpfe zwar einen Schutz, verhindern aber auch in dieser Richtung den Rückzug.

Wo und wie kann die russische Armee überhaupt noch zum Stehen kommen? Weder Grodno noch Brest-Litowsk werden mehr Widerstandskraft haben als Kowno und Nowo-Georgiewsk, und wenn sie sie haben sollten, so könnten sie eingeschlossen oder umgangen werden. (Eben ist diese Zeile niedergeschrieben, da kommt bereits die Nachricht, daß Brest gefallen sei — Grodno wird es auch bald sein.) Die einzige Zuflucht Rußlands bleibt der Feldzug von 1812 — die weiten Räume. Ist dieser Feldzug heute wiederholbar? Napoleon scheiterte 1812, weil er mit einem viel zu kleinen Heer in Moskau ankam. Mit 347 000 Mann überschritt die französische Zentralarmee den Niemen, mit 100 000 Mann langte sie in der feindlichen Hauptstadt an. Einige Armeekorps hatten als Etappentruppen zurückbleiben müssen. Die große Masse aber war durch Marschverluste, Desertion, Krankheit und schließlich durch die Schlacht bei Borodino aufgezehrt worden, und Napoleon war nicht in der Lage, auf die ungeheure Entfernung den genügenden Nachschub mit Verpflegung nachkommen zu lassen. 30 000 Mann war alles, was noch anlangte, und diese 30 000 Mann wurden durch die Gefechte jenseits und südlich von Moskau wie durch Krankheiten bald aufgezehrt, so daß es wieder nur 100 000 Mann waren, die zum Aus- und Rückmarsch antraten.

Das ist heute alles ganz anders. Das Land selbst gibt mehr, weil es dichter besiedelt und besser angebaut ist als 1812. Verwüstungen sind, wie sich jetzt in Polen gezeigt hat, leichter befohlen als ausgeführt; es bleibt immer noch sehr viel übrig. Sei es, daß ein deutsches Heer auf Moskau oder auf Petersburg oder ein österreichisches auf Kiew vorginge, so würde es erstens keine besonderen Marschverluste haben, weil es sich teils aus dem Lande, teils vermöge der Eisenbahnen genügend verpflegen könnte, zweitens aber würden die eindringenden Heere wieder vermöge der Eisenbahnen — oder bei einem Marsch auf Petersburg auch zur See — stets in genügender Verbindung mit ihrer Basis bleiben. Wenn die Oesterreicher sich gegen die Italiener und wir selbst uns in Frankreich in den bisherigen Stellungen behaupten, so ist nicht einzusehen, warum wir nicht die russischen

Heere immer wieder fassen, sie beliebig weit vor uns hertreiben und endlich so wertvolle Teile russischen Gebiets in Besitz nehmen sollten, daß der Zar sich gezwungen sieht, Frieden zu machen. Festungen, die uns aufhalten könnten, gibt es jenseits des Niemen nicht mehr, und Stellungen mit sicheren Flügelanlehnungen gibt es in dem weiten Flachlande auch nicht. Schon eine bloße Annäherung an Petersburg würde genügen, die dortigen großen Waffen- und Munitionsfabriken zum Stillstand zu bringen, da man sich beeilen würde, das Material und die Maschinen fortzuschaffen, um sie nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen.

Worauf also setzen die Russen noch ihre Hoffnung, indem sie den Krieg fortsetzen? Sollten sie immer noch warten, daß den Franzosen und Engländern endlich der große Durchbruch im Westen gelingt? Mit einer wahren Verzweiflung im Herzen muß man ja jetzt in Petersburg wie in London und Paris auf diesen Kriegsschauplatz geblickt haben, wo die Bundesgenossen sich kaum zu rühren wagten und untätig zuschauten, während der große Bruder im Osten zu Boden geschlagen wurde. Vielleicht, daß man sich doch noch einmal zu einem Angriffsentschluß aufrafft, wenn erst die genügenden Munitionsmassen herangeschafft sind. Die Haupthoffnung aber setzen die Verbündeten offenbar auf einen endlichen Sieg an den Dardanellen.

Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens.

August 1915.

Der Herr Reichskanzler hat die kurze Kriegstagung des Reichstages benutzt, um in einer großzügigen, von politischem wie moralischem Schwung getragene Rede noch einmal das Recht Deutschlands in diesem Kriege darzulegen und zugleich ein Programm für die zukünftige Politik aufzustellen oder wenigstens zu skizzieren. Dies Programm liegt in den beiden Sätzen, daß Deutschland der Hort der Freiheit der kleineren Nationen sei, und daß unsere Besitznahme Polens „den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen, und das vom russischen Joch

befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann."

Die Leser der Preußischen Jahrbücher werden sich leicht vorstellen können, mit welcher inneren Bewegung ich diese Sätze in der Rede des Herrn Reichskanzlers gelesen habe. Das ist ja das Programm, das seit Jahrzehnten in diesen Jahrbüchern immer von neuem als die von der Natur gegebene Aufgabe Deutschlands verkündet und verteidigt worden ist. Nicht nur einzeln, sondern auch schon in diesem Zusammenhang sind jene Sätze an dieser Stelle aufgestellt und in wiederholten Darlegungen durchgeführt worden: die Welt sei in Gefahr, zwischen Engländern und Russen aufgeteilt zu werden; das würde eine unendliche Verarmung der Menschheitskultur bedeuten, die auf der Vielheit der Nationen beruhe; keine andere Macht sei imstande, der fortschreitenden Ausbreitung des Angelsachsentums und des Moskowitertums sich entgegen zu stemmen als Deutschland, und Deutschland bewahre damit nicht nur sich selbst vor dem Herabsinken zum Kleinvolk, sondern schütze zugleich alle anderen Nationalitäten vor der Herabdrückung zu bloßen Enklaven innerhalb und zwischen den beiden Weltvölkern. Wesentlich aus diesem Grunde wurde auch immer unsere verfehlte Dänen- und Polenpolitik bekämpft: sie sei nicht nur im Inneren ohne Erfolg*), sondern verdunkele auch vor der Welt den wahren Charakter des deutschen Volkes und lasse die edelsten Seiten seiner Bestrebungen nicht zur Geltung kommen, denn Deutschland erscheine mit dieser Politik nicht als der Schützer, sondern als der Unterdrücker kleiner Nationalitäten. Man hat so viel gesprochen von den Fehlern, die die deutsche Diplomatie begangen. Mag sein, daß sie diese Fehler begangen hat, aber für den schwersten aller Fehler, unsere falsche Nationalitätenpolitik, ist nicht die Diplomatie, sondern die öffentliche Meinung verantwortlich, die diese falsche Politik getragen und gefordert hat. Wenn heute in diesem Weltkrieg die neutralen Völker ganz überwiegend gegen uns Partei nehmen, so wirken gewiß dabei mancherlei Gründe zusammen, Fehler unseres Nationalcharakters ebenso wie manche Tugenden; wirtschaftliche und politische Gründe,

*) Vergl. die eingehende Darlegung in meinem Buch „Regierung und Volkswille" S. 157 ff.

Wahres und Falsches, durch systematische Verleumdungen unserer Gegner genährt; ein nicht geringes Moment dabei ist aber auch unsere Dänen- und Polenpolitik, die immer und immer wieder in der ausländischen Presse gegen uns ausgespielt und zur Stimmungsmache gegen uns benutzt wurde und wird.

Aber es ist nicht Zeit, sich jetzt mit der Vergangenheit aufzuhalten, fragen wir lieber, wie die Zukunft gestaltet werden könnte. Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, sind zunächst bloße Grundsätze, die in der Anwendung noch sehr verschiedene Ausgestaltungen zulassen, und sich da für diese oder jene zu entscheiden, sind die Dinge noch nicht reif. Was man zunächst tun kann und muß, ist nur, sich das Problem selbst und die verschiedenen Möglichkeiten der Lösung klar zu machen; nicht so zu sagen, die Lösung schon zu suchen, sondern nur Materialien für eine künftige Lösung zu sammeln und zu ordnen. Sofort erkennt man, welche inneren Schwierigkeiten das Problem bietet, Schwierigkeiten, die so groß sind, daß eine einfache, nach allen Seiten befriedigende Lösung überhaupt nicht zu finden ist, und das ist auch ein gewichtiger Grund, weshalb die öffentliche Meinung in Deutschland in dieser Sache bisher in die Irre gegangen ist und dient ihr zur Entschuldigung. Als ich im Jahr 1899 in der Erkenntnis, daß das polnische Problem auch von jener Seite aus studiert werden müsse, eine politische Studienreise nach Warschau machte, tat einer der Führer des dortigen Polentums halb trotzig, halb melancholisch den Ausspruch: „Polen ist der Krebs am Leibe Europas, der Krebs aber ist unheilbar.“ Man weiß unter den Polen selbst sehr gut, daß es auch für den besten Willen nicht leicht ist, ihnen zu helfen.

Der Herr Reichskanzler hat die Befreiung der Polen vom moskowitischen Joche verkündet und ihnen eine nationale Zukunft in Aussicht gestellt. Beginnen wir mit der Wirkung dieser Worte nach außen. Wütend hat sofort der „Manchester Guardian“ die Erinnerung an den Schulkonflikt in Wreschen herausgesucht, um die Versprechung Deutschlands zu verhöhnen. Tiefer blickend aber hat die „Truth“ (11. August) klargelegt, daß, wenn die Zentralmächte nun wirklich ein freies Polen herstellten, es doch für England und Frankreich sehr schwer sein würde dafür zu kämpfen, daß Polen von neuem unter das alte Joch gebeugt werde. Freilich haben ja auch die Russen, uns zuvorkommend, den Polen Auto-

nomie versprochen, aber die Zahl der Polen, die diesem russischen Versprechen trauen, ist äußerst gering; es ist kein Zweifel, daß nur mit kriegerischer Gewalt die Polen wieder unter die Herrschaft des Zaren zurückzuführen wären. Sobald Tatsachen das erst handgreiflich gemacht haben, ist ein Zwiespalt unter die Verbündeten gebracht, der bei den zukünftigen Friedensverhandlungen der deutschen Diplomatie sehr zustatten kommen wird.

Welche Gestalt soll nun aber der zukünftige Polenstaat haben? Die österreichischen Polen haben bereits etwas vorlaut die Vereinigung mit Galizien unter Habsburgischem Szepter proklamiert. Es ist klar, daß die einfache Einfügung in das jetzige Habsburger Reich für Deutschland unannehmbar ist. Denn die Zufügung von 12 Millionen Polen würde dem Slaventum in Oesterreich ein solches Uebergewicht verleihen, daß das Deutschtum in diesem Staat dadurch ganz in den Hintergrund gedrückt würde, und das wäre ebenso gegen das politische wie gegen das nationale Interesse des Deutschen Reiches. Anders stünde es schon, wenn Galizien aus Cisleithanien ausschiede und mit Kongreßpolen zusammen ein selbständiges Glied der Habsburgischen Monarchie würde nach der Art Ungarns. Damit würden die Deutschen in Cisleithanien die Majorität gewinnen, und Polen wäre wiederum durch die dynastische Verbindung mit Oesterreich und Ungarn verhindert, eine Politik zu machen, die das Deutsche Reich kompromittieren und in irgendwelche Konflikte verwickeln könnte.

Es gibt aber auch noch sehr viele andere Einwendungen gegen diese Lösung, vor allem wirtschaftliche. Kongreßpolen ist ein Land mit einer sehr entwickelten Industrie, die bisher ihren Absatz bei der russischen Konsumentenmasse gehabt hat. Wird dieser Absatz abgeschnitten, so fürchten die österreichischen Industriellen, das sich diese Konkurrenz mit erdrückender Wucht auf Oesterreich werfe. An diese Frage knüpft sich dann jenes Problem von unabsehbarer Tragweite betreffend die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Von Deutschland aus wird wieder ein anderer Einwand gegen die Konstituierung eines selbständigen Polen, sei es unter habsburgischen Szepter, sei es in irgendeiner anderen Form, erhoben. Nämlich daß die unmittelbare Rückwirkung eines selbständigen Polens das Entstehen einer polnischen Irredenta in Preußen zur Folge haben werde. So ganz unbegründet wird dieses Bedenken

nicht sein; aber es gibt doch Umstände, die es so sehr abschwächen, daß man schließlich davon wird absehen können. Die Polen bewohnen, obgleich im ganzen etwa 4 Millionen Menschen, doch in Preußen kein geschlossenes Gebiet; sie sind verteilt auf vier Provinzen: Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien. In all diesen Provinzen aber wohnen sie gemischt mit Deutschen. Es gibt keinen einzigen Kreis in Preußen, der rein polnisch wäre; selbst der allerpolnischste (Adelnau) hat immer noch 10 Prozent Deutsche. Am meisten Polen hat der Regierungsbezirk Oppeln, Oberschlesien. Aber die Polen, die dort wohnen, sprechen zwar einen polnischen Dialekt, sind aber, seit den Tagen Barbarossas von Polen getrennt, ihrer Gesinnung nach Deutsche. Der eigentliche Sitz des Polentums ist der Regierungsbezirk Posen; aber auch in diesem ist etwa ein Drittel der Einwohnerschaft deutsch, und geographisch ist er so gestaltet, daß er auf keine Weise aus dem Zusammenhang des preußischen Staates herauszulösen ist. Im ganzen wohnen die 4 Millionen Polen gemischt mit 8 Millionen Deutschen. Eine polnische Irredenta also, die jene 4 Millionen oder auch nur einen wesentlichen Teil von ihnen von uns losreißen wollte, würde erst das Deutsche Reich zerstören müssen. Ueberdies werden in dem neuen Königreich Polen die Verhältnisse sich keineswegs paradiesisch gestalten. Es werden große Schwierigkeiten verschiedenster Art entstehen, so daß die preußischen Polen sich oft genug glücklich preisen werden, nicht drüben zu sein. Die Gefahr dieser Irredenta dürfte also in der Tat recht gering sein, vorausgesetzt natürlich, daß wir in Zukunft keine Germanisierungspolitik betreiben und die Polen nicht in ihrer Sprache bedrängen. Wir haben alle Aussicht, daß wir dann an ihnen loyale Preußen polnischer Zunge haben werden, so wie die Deutschen in Oesterreich getreue Oesterreicher sind, ohne ihrem Deutschtum etwas zu vergeben. Die Gefahr der polnischen Irredenta liegt nicht in Preußen, sondern vielmehr auf der entgegengesetzten Seite. Die Polen machen Anspruch nicht nur auf das wesentlich von ihrer eigenen Nation bewohnte Kongreßpolen, sondern auch auf Litauen, Wolhynien und Podolien, die einst unter polnischer Herrschaft standen und wo die Oberschicht, namentlich der Groß-Grundbesitzer-Stand noch heute polnisch ist. In einer soeben erschienenen Broschüre des Grafen Franz Kwilecki: Polen und Deutsche gegen Rußland*)

*) Verlag der „Germania" Berlin C 2.

ist mit hohem Schwung und eindringlicher Beweiskraft der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Polentum und Russentum dargelegt. Obgleich beide Slaven, können diese Völker doch nie zusammenleben wegen des schneidenden Kulturgegensatzes, der in der Geschichte und in der Kirche begründet ist, denn Polen gehört zur westlichen Kultur, Rußland aber ist byzantinisch-tatarisch. Die Broschüre kommt sehr zur Zeit, um uns zu zeigen, welches Bollwerk wir an den Polen gegen die Russen gewinnen, aber zugleich zeigt diese Broschüre die Höhe des polnischen Ehrgeizes: man will jene vorgenannten einst polnischen Gebiete nicht der Russifizierung anheimfallen lassen und sie deshalb mit Kongreßpolen vereinigen. Die preußischen Polen können bei einer verständigen Regierungspolitik mit ihrem Schicksal zufrieden sein und werden keine Veränderung der Grenzen anstreben. Sie können es um so weniger, als das Königreich Polen eben notwendig die Front gegen Osten gerichtet haben muß. Nach allem, was ich seit Jahren aus polnischem Munde, sei es von Aristokraten, sei es von Demokraten, erfahren habe, sind die Polen in diesem Punkt durchaus einig. So schön das für uns Deutsche klingt, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß hier auch der Keim von Konflikten steckt, an denen wir kein Interesse haben, und in die wir unter keinen Umständen hineingezogen zu werden wünschen. Mir scheint das ein wesentlicher Grund, weshalb ein selbständiges Polen (das ja auch wirtschaftlich unhaltbar sein würde) für uns unannehmbar ist. Entweder durch Unterstellung unter die Habsburgische Dynastie oder aber durch irgendeine kontrollierende Verbindung mit dem Deutschen Reich muß dem polnischen Ehrgeiz eine Bremse angelegt werden.

Gehen wir über zu prinzipiell anderen Lösungen.

Da wäre eine Teilung Polens zwischen Oesterreich und Preußen. Das Deutsche Reich hätte davon eine strategische Verbesserung seiner Grenzen, aber unerträgliche Belastung in nationaler Beziehung. Unmöglich können wir wünschen, noch mehr Polen zu haben, als jetzt schon innerhalb unserer Grenzen wohnen. Wir können sie auch nicht mit Gewalt herausfetzen. Dem steht nicht nur das Versprechen des Herrn Reichskanzlers entgegen, sondern wir würden uns dadurch auch die tödliche Feindschaft des gesamten Polentums zuziehen, das uns doch zu einem Bollwerk gegen die Russen werden soll.

Können wir denn aber ganz Polen an Oesterreich fallen lassen? Was bleibt dann uns? Man könnte ja auch Polen etwa wieder in Personal-Union mit Sachsen verbinden und es auf diese Weise dem Deutschen Reich angliedern, ohne es doch ins Deutsche Reich aufzunehmen. Das gäbe wirtschaftlich vielleicht die allerbeste Lösung und hätte auch politisch vieles für sich.

Noch wieder eine ganz andere Lösung wäre, daß Polen zwar an Oesterreich kommt, dafür aber die Ostseeprovinzen mit dem Gouvernement Kowno und Suwalki an Preußen. Alte Ideale steigen da vor uns auf, die Erlösung des alten deutschen Koloniallandes vom Joche der Moskowiter! Schon vor Jahrzehnten habe ich mich in einer politischen Träumerei in diesen „Jahrbüchern" so weit verstiegen. Alle nationalen und sittlichen Empfindungen sprechen für dieses Ziel. Dürfen wir die in Kurland schon erlösten Brüder den Moskowitern wieder ausliefern? Und ist es nicht die natürliche Folgerung aus dem von Herrn v. Bethmann Hollweg proklamierten Programm? Sollten wir Polen befreien und die Deutschen, die nach uns rufen, nicht? Die Konsequenzen wären unabsehbar. Rußland wäre gezwungen, seine Hauptstadt nach Moskau zurückzuverlegen und wieder der halbasiatische Staat zu werden, der es seiner Natur nach ist. Aber es ist zu früh, hierüber eine wirkliche Diskussion zu eröffnen; noch sind wir ja nicht einmal militärisch so weit, und nur einige Materialien für die Vertiefung in das östliche Problem war es ja heute meine Absicht den Lesern zu unterbreiten.

August 1915.

Deutschland und der Weltkrieg. In Verbindung mit Carl Becker, Paul Darmstädter, Hans Delbrück, Otto Franke, Karl Hampe, Hans Luther, Erich Marcks, Gustav v. Schmoller, Walther Schoenborn, Wilhelm Solf, Friedrich Tezner, Ernst Troeltsch, Hans Uebersberger, Ottocar Weber, Adolf Wermuth, Ernst Zitelmann, herausgegeben von Otto Hintze, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken und Hermann Schumacher. B. G. Teubner. 686 S.

Dieses Werk stellt so zu sagen eine Enzyklopädie alles dessen dar, was zum politischen Verständnis des Ursprungs und des Wesens des Weltkrieges zu wissen und zu erfahren nötig

ist. Man braucht nicht alle Abschnitte zu lesen, sondern jeder wird sich die heraussuchen, die ihn besonders interessieren. Sei es über den „Geist der deutschen Kultur" (Troeltsch), die man jetzt draußen plötzlich nicht mehr gelten lassen will, sei es über die „Machtpolitik Englands" (Erich Marcks) oder Frankreichs (Paul Darmstädter), sei es über den inneren Aufbau Preußens und Deutschlands (Schmoller, Hans Luther und Oberbürgermeister Wermuth); sei es über Belgien (Hampe) oder über den Panslawismus (Uebersberger) oder über das Völkerrecht (Zitelmann), über die deutsche Kolonialpolitik (Solf), über die Türkei (Becker). Ich selber habe einen Vergleich der militärischen Systeme Deutschlands, Frankreichs, Rußlands und Englands beigesteuert und diesen Vergleich schließlich auf die Frage zugespitzt, in welchem Lande man am meisten und am wenigstens von „Militarismus" sprechen dürfe. Frankreich mit dreijähriger Dienstzeit auch für die Gebildeten drückt auf die kulturelle Entwicklung offenbar viel stärker als Deutschland mit zwei Jahren Dienstzeit für die Masse und bloß einem Jahr für die Gebildeten. Rußland wird von seiner durchschnittlich vierjährigen Dienstzeit bei allgemeiner Wehrpflicht finanziell so in Anspruch genommen, daß für Kulturzwecke nichts übrig bleibt. England hat zwar nicht die militärische Volkserziehung, ist aber insofern besonders militärisch, als ein Söldnerheer das brauchbarste Instrument für eine Eroberungspolitik ist, während ein Volksheer wie das deutsche nur für einen Verteidigungskrieg in Bewegung zu setzen ist. Von den mancherlei neu von mir berechneten Statistiken möchte ich eine Tabelle hier abdrucken, die beweist, wie wenig die Anklage des Wettrüstens gerade auf uns zutrifft. In den letzten 20 Jahren stellte die deutsche Armee (eingeschlossen die Marine, die Einjährigen, die Volksschullehrer usw.) an Rekruten ein

1894 . . .	283200
1898 . . .	267900
1904 . . .	262600
1905 . . .	282100
1906 . . .	270400
1910 . . .	285400
1911 . . .	292200
1912 . . .	308000.

Erst im Jahre 1913, als die Russen mit ihrer gewaltigen Heeresverstärkung einsetzten, stieg die Zahl unserer Rekruten auf 382 900.

Von den Kriegszielen wird in dem Werke naturgemäß nicht gesprochen, aber in dem Schlußwort „der Sinn des Krieges" stellt Professor Hintze den maßgebenden Satz auf (S. 681): „wir wollen das Gleichgewicht der Macht zu Lande ergänzen durch das Gleichgewicht der Macht zur See und damit die allein haltbare und gesunde Grundlage schaffen für ein Weltstaatensystem". Dieses Leitmotiv durchzieht das ganze Werk. „Wir kämpfen nicht bloß für unsere eigene Macht und Selbständigkeit, sondern für die Freiheit aller Völker". „Wir wollen keine öde Weltherrschaft eines Volkes, sondern ein lebensvolles Nebeneinander freier Völker und Staaten, wie es bisher die Grundlage der modernen Kultur gewesen ist". In demselben Sinne behandelt Friedr. Meinecke das Thema „Kultur, Machtpolitik und Militarismus" und zitiert Treitschke, der uns warnte vor den Wegen, „auf dem das erste und zweite französische Kaiserreich in einer fortgesetzten Kriegs- und Prestigepolitik ihrem Untergang entgegengingen". Ebenso erklärt Schumacher in seinem Aufsatz „Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft" (S. 92), daß „die Kultur nach deutscher Auffassung nur auf der Grundlage einer Vielheit gleichberechtigter und schaffensfreudiger Völker gedeihen kann und unter jeder öden Weltherrschaft verkümmern muß". Vielleicht wäre es, nicht bloß der Vollständigkeit wegen, gut gewesen, jenen vortrefflichen Sätzen noch einige Worte hinzuzufügen, wie und wo man sich in Deutschland dagegen vergangen hat. Gewiß ist es richtig, mit Hintze (S. 677) zu sagen, es sei „eine Absurdität, angesichts der Geschichte der letzten 20 Jahre von dem Streben Deutschlands nach einer Weltherrschaft im Stile Napoleons I. zu reden". Aber einzelne kleine Kreise haben doch dergleichen wohl angestrebt, und namentlich während des Krieges selbst sind, und zwar keineswegs bei gleichgültigen Leuten, Vorschläge aufgetaucht, die sehr stark an die Politik Napoleons erinnern und sogar noch weit über das hinausgehen, was jener getan hat, z. B. Expropriierung aller größeren Besitzer oder gewaltsame Verpflanzung ganzer Volksmassen.

Vielleicht haben die Herausgeber solche Verirrungen als bloße Blasen angesehen, die, sobald sie an die Realität der Dinge stoßen,

zerplatzen und ohne Nachwirkung vergehen werden. Dieses Buch zeigt jedenfalls in schönster Weise, wie die tiefere, sich auf sich selbst besinnende deutsche Bildung sich nicht nur freihält von jeder Nichtachtung fremden Volkstums, sondern im Gegenteil sich ihres eigenen Wertes bewußt wird, indem sie sich selbst begreift als Blüte an dem Baum der allgemeinen Kultur der Menschheit. Man lese die beiden prachtvollen Aufsätze von Troeltsch und Meinecke; als Beispiel hier von dem ersteren die Sätze über die bildende Kunst: „Dem Deutschen liegt trotz aller Sehnsucht nach dem sonnigen Süden die nordische Gotik im Blut, während die Franzosen mit dem großen mittelalterlichen Frankreich völlig gebrochen und der Renaissance und der Gegenreformation sich zugewendet haben. Der Sinn der Deutschen geht immer noch wesentlich auf Inhalt, Ausdruck, Bewegung, nicht auf Linie, Form, Symmetrie und Delikatesse. Das begründet tiefe Gegensätze zwischen dem Deutschen und dem Romanen, bei denen überdies die Kunst in viel engerem Zusammenhang mit den unmittelbaren Formen und Instinkten des Lebens steht. Das kommt denn auch in dem Kulturkrieg reichlich zum Ausdruck und bildet bei vielen den eigentlichen Sinn der Anklage auf Barbarei; ähnlich wie der klassische Franzose sogar in dem Renaissancedichter Shakespeare den trunkenen Wilden sah und der Italiener die nordische Gotik als Barbarenkunst empfand und vermutlich noch empfindet. Darauf sind dann eine Masse internationaler Verdikte entstanden, die auf den Flügeln der eleganten französischen Journalistik als Selbstverständlichkeiten durch die Welt gehen und insbesondere von den Angelsachsen gern geglaubt werden, denen Puritanismus und Geschäftssinn eine sichere künstlerische Tradition überhaupt geraubt haben."

Besonders bemerkenswert erscheinen mir neben diesen Aufsätzen die Untersuchungen von Herm. Oncken über den Ursprung des Krieges und Uebersberger über den Panslawismus, da sie manches bisher Unbekannte ans Licht ziehen. In der großen Frage, ob England die Annäherungspolitik an Deutschland 1912/14 nur als ein hinterlistiges Deckungsmittel benutzt oder in der ehrlichen Hoffnung, die große Krisis zu vermeiden, betrieben hat, die Frage, die sich erneuert in der anderen, ob Eduard Grey in den letzten Julitagen in den Krieg nur so hineingetaumelt ist oder ihn mit Bewußtsein und Absicht entfesselt hat, wagt Oncken keine volle und unbedingte Entscheidung. Um so deutlicher und wuch-

tiger hat er herausgearbeitet, wie die „Einkreisungspolitik" König Eduards notwendig am letzten Ende die Krisis heraufführen und England in den Strudel hineinziehen mußte, sogar wenn es wirklich das Letzte nicht eigentlich gewollt hätte. Denn die Hoffnungen, die diese Einkreisung in den französischen Revanchepolitikern wie in den russischen Panslawisten erweckte, hat diese vorwärts und vorwärts getrieben, bis es kein Halten mehr gab. Für England kommt nun aber noch sehr bedeutsam die verzweifelte Lage der inneren Politik hinzu. Die liberale Majorität des Parlaments konnte ihren verfassungsmäßigen Willen gegen den aktiven Widerstand der Konservativen und die Gehorsamsverweigerung des Offizierkorps nicht durchsetzen. Die englische Verfassung war am Zusammenbrechen. Der Entschluß zum Kriege, mag er vorbedacht gewesen sein oder nicht, ist den englischen Ministern sicher sehr erleichtert worden durch die Vorstellung, damit auch aus der inneren Krisis herauszukommen. Das böse Gewissen, das sie dabei hatten, offenbart sich durch die Fälschungen in den Dokumenten des Blaubuchs, die den Anschein wecken sollten, als ob England erst durch die Verletzung der Neutralität Belgiens in den Krieg hineingezogen worden sei.

Am 28. März 1914, drei Monate vor dem Attentat in Serajewo, schrieb der russische Exdiplomat Branschaninow nach einem Besuch bei Grey in London, so teilt uns Uebersberger mit (S. 422): ein Krieg bedeute für England einen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten in der Homerulefrage. Ein Sieg der Flotte unter der liberalen Regierung würde für lange Zeit ihre Stellung sichern; „mit der den Engländern eigentümlichen Heuchelei sprechen sie davon nur im freundschaftlichen Verkehr . . . . . ist es nicht seltsam, zu denken, daß Europa wegen der irländischen Frage in 1½ bis 2 Monaten einem allgemeinen Krieg entgegengeht?"

Seltsam in der Tat, sehr seltsam, daß diese Voraussage eingetroffen ist! Herr Branschaninow war unter den russischen Panslawisten einer der Haupteinpeitscher zum gegenwärtigen Weltkrieg. Daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer fiel, bis nach Rußland gereicht haben, ist sicher — sollten sie bis zu Herrn Branschaninow gereicht haben?

September 1915.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. S. Hirzel, Leipzig. 232 S.

Die allgemeine Stimmung in Deutschland geht dahin, daß der Krieg uns nicht nur nach außen Größe, sondern auch im Innern Besserung bringen müsse. Die wunderbare Einigkeit, die unser Volk im Kriege bewährt hat, soll eine dauernde Nachwirkung im Frieden erzeugen: zwar Parteien müssen und werden weiterbestehen, weil ohne sie das politische Leben überhaupt absterben würde, aber die Gehässigkeit, die Verdächtigung, das Niederträchtige, das bisher den Parteikampf begleitete, soll nicht wiederkommen. Kampf wird es geben, aber der Kampf soll mit gegenseitiger ritterlicher Achtung geführt werden.

In diesem Sinne ist schon die große „Freie Vaterländische Vereinigung", über die auch in diesen Jahrbüchern berichtet worden ist, unter dem Vorsitz von Professor Kahl gegründet worden, um sofort bei Friedensschluß in Tätigkeit treten zu können. In diesem Sinne ist auch das oben bezeichnete Buch geschrieben worden. Friedrich Thimme ist ein Historiker von einer etwas einseitig borussischen Tendenz; er ist der Gelehrte, der einmal die Entdeckung gemacht zu haben glaubte, daß Yorck die Konvention von Tauroggen auf Grund einer geheimen Instruktion Friedrich Wilhelms III. geschlossen habe, und jüngst hat er eine Abhandlung publiziert, in der er mit der Gläubigkeit des frommen Patrioten den Bismarckschen Staatsstreichplan von 1890 als Fabel darzutun unternahm. Man wird es als ein Zeichen der Zeit ansehen dürfen, daß dieser Mann sich mit dem Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Carl Legien, zusammengetan hat, um Autoritäten aus dem bürgerlichen und Arbeiterlager zu sammeln und sich über die zukünftige Stellung der Arbeiterschaft aussprechen zu lassen. Immer abwechselnd nehmen die Vertreter beider Richtungen das Wort — und das Ergebnis ist eine Uebereinstimmung, als ob es wirklich bei uns Parteien nicht mehr gäbe. Sozialisten, die bisher keineswegs als Revisionisten, sondern sogar als Radikale galten, wie Dr. Lensch von der Leipziger Volkszeitung, schreiben über die „Neugestaltung der Wirtschaftsordnung" etwa wie ein eifriges Mitglied des „Vereins für

Sozialpolitik", und der, wenn ich recht sehe, radikalste Artikel in dem ganzen Sammelwerk ist der Beitrag des Berliner Staatsrechtslehrers Professor Anschütz.

Gehen wir wirklich einem idyllischen Parteileben entgegen? Es gab eine Zeit, da nannte man das Zentrum den „Reichsfeind" und die Freisinnigen „Kryptorepublikaner": so wie man heute von dergleichen Anklagen nichts mehr weiß, so wird man auch künftig die Sozialdemokraten nicht mehr der „Vaterlandslosigkeit" zeihen und selbst die Polen und Dänen als loyale Staatsbürger gelten lassen. Trotzdem wird das „Idyll" sich kaum einstellen — aber die Gegensätze werden an andere Stellen verlegt werden. Der entscheidende Punkt ist natürlich die künftige Stellung der Sozialdemokratie im Staatsleben. Wird die Partei sich spalten? Wird sie als Einheit unter prinzipieller Wandlung ihres überlieferten Programms als Partei unter Parteien künftig wirken wollen? Wird vielleicht eine allgemeine Umgruppierung der bestehenden Parteien sich vollziehen und das Chaos völlige Neubildungen gebären? Was da geschieht, wird nicht bloß von den Parteien selbst, sondern auch von ihren Gegnern, und nicht am wenigsten von der Politik der Regierung abhängen. Die Hauptfrage ist: wo ist die große, die wirklich große Konzession, die die Regierung und die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie machen, um ihr die Brücke zum Uebergang in die positive Mitarbeit im bestehenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zu schlagen? Die Kluft ist recht breit und tief, über die die „Genossen" hinüber müssen; ohne eine recht breite und feste Brücke werden sie sie auch beim besten Willen nicht zu nehmen imstande sein. Verlangt man von ihnen gar, daß sie einen prinzipiellen feierlichen Widerruf des bisherigen Parteidogmas leisten sollen, so ist, wie Thimme vortrefflich darlegt, jede Verständigung ausgeschlossen. Man ändert leichter sein Handeln als seinen Glauben; man paßt sich an, aber man widerruft nicht. Die wilden, revolutionären Elemente sind da und werden auch künftig da sein, und es kommt darauf an, ihnen die Massen zu entreißen, um sie den neuen Zielen entgegenzuführen. Das ist nicht möglich auf dem Wege des Prinzipienkampfes, sondern nur auf dem der praktischen Tatsachen. Daß etwas Großes geschehen muß, ist klar. Aber was und wie? Darüber, glaube ich, werden sich die Geister scheiden und die nächsten großen Kämpfe entbrennen.

Die Differenzen über die Kriegsziele hüben und drüben?

September 1915.

Vom Beginn des Krieges an hat man sich in allen beteiligten Ländern fast nicht weniger als mit den Kriegshandlungen mit dem zu erstrebenden Kriegsziel, den künftigen Friedensbedingungen beschäftigt, und bald wurden dabei große Gegensätze bemerkt, ganz besonders in England. Während auf der einen Seite wilde Vorstellungen von der völligen Zerstörung des Deutschen Reiches, Abtrennung seiner Grenzprovinzen, Auflösung seiner Einheit, wirtschaftlicher Auspressung und Versklavung, auftauchten, hörte man, daß Herr Grey selber dem deutschen Botschafter versichert habe, we do not want tu crush Germany; England werde, wenn Deutschland bis auf einen gewissen Punkt niedergerungen sei, für einen gemäßigten Frieden eintreten, und mit etwas wunderbarer Logik hat Herr Grey hinzugefügt, es sei aus diesem Grunde besser, wenn England in die Reihe unserer Feinde eintrete, als wenn es neutral bleibe, da es durch Androhung seines Rücktritts dann seine eigenen Verbündeten zur Mäßigkeit zu zwingen in der Lage sei. Lassen wir diesen Gedankengang auf sich beruhen, so hat der Satz, daß England kein Interesse habe, Deutschland völlig niederzukämpfen, eine ganz gute Begründung. Denn wie lange ist es her, daß nicht Deutschland, sondern Rußland als der eigentliche Feind Englands galt? Und wenn es, wie Herr Grey es sich vorstellte, der russischen Dampfwalze gelang, uns wirklich niederzupressen, mußte dann nicht die russische Gefahr für das englische Weltreich noch hundertfach größer erscheinen, als je vorher? So wie Herr Grey sich die Dinge dachte, hatte er in der Tat allen Grund zu rechnen, daß, wenn Deutschland erst gehörig reduziert sei, es für England das nützlichste sein werde, es zu erhalten, damit Rußland nicht ganz ohne kontinentales Gegengewicht bleibe. Heute hat es nur noch ein historisches Interesse, an diese Gedankengänge im Londoner Auswärtigen Amte zu erinnern. Die Dinge sind so sehr anders gelaufen, daß man sich in London wohl eher den Kopf darüber zerbricht, was aus der Welt im ganzen und England im besonderen werden soll, wenn nicht die deutsche, sondern die russische Macht völlig zusammenbricht. Große Differenzen über das Kriegsziel werden deshalb in der englischen Volksmeinung kaum noch bestehen; die hohen

Töne sind gänzlich verschwunden, und bei den gemäßigten wie bei den radikalen Feinden Deutschlands dürfte man jetzt von ein und derselben Vorstellung beherrscht sein, daß man froh sein würde, endlich zu einem Frieden zu gelangen, der Deutschlands Stellung nicht gar zu sehr hebt über das, was vor 1914 war, Englands Stellung nicht gar zu sehr schwächt. Selbst über die Freiheit der Meere zu verhandeln hat Herr Grey sich schon bereit erklärt.

In Deutschland ist es anders. Wir sind die Sieger. Wir können uns positive Ziele setzen. Das ganze deutsche Volk ist erfüllt von der Empfindung, daß wir, erst eingeengt und dann überfallen von einer teils neidischen, teils rachsüchtigen Koalition unsern Sieg benutzen können und müssen, unsere politische Zukunft zu sichern und unsere nationale Zukunft auf eine so breite Basis zu bringen, daß wir den andren Weltvölkern zum mindesten ebenbürtig bleiben. Ueber die Art, wie das geschehen soll, gehen nun die Ansichten recht weit auseinander. Freilich, daß der deutsche Kaiser, wenn er alte deutsche Städte, wie Mitau und Riga, einmal befreit und zu seinen Händen genommen, sie so wenig wieder herausgeben kann, wie 1871 Straßburg, darüber dürfte Einmütigkeit herrschen. Bezüglich anderer Grenzgebiete aber steht es anders; eine öffentliche Diskussion darüber würde aber politisch sehr schädlich sein und ist deshalb mit Recht von der militärischen Zensur verboten worden. Unter der Oberfläche aber wühlt und gärt es gewaltig. Die Vorstände von sechs wirtschaftlichen Verbänden haben ihre Wünsche in einer Adresse an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebracht. Eine andere Adresse unter Führung einiger Professoren hat sich diesen Wünschen angeschlossen und zahlreiche Unterschriften gefunden. Wie es voraus zu sehen war, sind diese Adressen nicht unbekannt geblieben, schließlich auch ins Ausland gelangt und werden dort stark ausgenutzt, um gegen Deutschland Stimmung zu machen. Aber obgleich darin behauptet wird, daß das gesamte deutsche Volk hinter diesen Anschauungen stünde, so zeigte es sich sofort, daß dem keineswegs so ist. Unter den Unterzeichnern der Adresse waren auch die beiden Historiker Professor Meinecke in Berlin und Professor Oncken in Heidelberg genannt. Beide Herren versandten aber nachher eine öffentliche Erklärung, daß sie die Adresse keineswegs unterzeichnet, sondern ihre Namen nur für

die Einladung zu einer Beratung gegeben hätten. Wenn von sieben Einladenden schon zwei fortfallen, so kann man vermuten, daß die Meinungen sehr geteilt sind, und da die beiden Herren eine große Autorität in wissenschaftlichen Kreisen genießen, so ist anzunehmen, daß nicht wenige der Unterschriften auf diese Autorität hin, also unter falscher Voraussetzung gegeben worden sind. Aber noch mehr als das. Von anderer Seite wurde eine direkte Verwahrung gegen die Vorstellungen jener Adresse an den Herrn Reichskanzler eingereicht. Obgleich diese Adresse in den Grundanschauungen mit der Stellungnahme der Preußischen Jahrbücher übereinstimmt, habe ich dennoch um des Burgfriedens willen an dieser Stelle nichts davon erwähnt und ich will mich auch jetzt jedes Eingehens auf den Inhalt enthalten. Da die Adresse mit allen ihren Unterschriften in einigen westdeutschen Blättern ohne Behinderung durch die Zensur abgedruckt und dann aufs heftigste angegriffen worden ist, so läge es freilich nahe, sie hier zu verteidigen, aber die Polemik würde dann weitergehen, und das würde der deutschen Politik schaden. Ich begnüge mich, die gegnerischen Blätter aufs ernsteste darauf hinzuweisen, daß es nicht wohlgetan ist, Gegensätze, die freilich vorhanden sind, durch Uebertreibung noch zu verschärfen und sie gar auf die uns vor dem Kriege nur gar zu geläufige Art zu vergiften, indem man Andersdenkende als moralisch Minderwertige hinstellt, die Gründe des Verstandes und der Einsicht ersetzt durch Verdächtigungen des Charakters. Zugleich um diese Mahnung zu verstärken und die Behauptung, als ob das deutsche Volk so gut wie einmütig hinter der Eingabe der sechs Verbände stehe, zu entkräften, folge hier, da sie ja ohnehin veröffentlicht ist, ein Einblick in die Namensliste der Unterzeichner der Gegenadresse*). Ich bemerke noch dazu, daß nur zufällige Kreise, bei denen Parlamentarier ausgeschlossen wurden, zur Unterschrift aufgefordert worden sind.

*) Hier fortgelassen.

Die Kriegsereignisse im September. Die Absetzung des Großfürsten Nikolai und die Vertagung der Duma. Das Durchhalten bei uns und bei den Anderen.

26. September 1915.

Ueber die Kriegsereignisse im September ist Grundsätzliches und besonders in diesem Augenblick nicht zu sagen. Die Ereignisse laufen ab, wie es schon Ende August vorauszusehen war. Die Russen wagen es nicht mehr, sich zu einer allgemeinen großen Feldschlacht zu stellen, sondern ziehen sich weiter und weiter zurück. Grodno, Pinsk, Wilna sind in unserer Hand. Völlig gebrochen aber ist die russische Kriegskraft noch nicht; sie verteidigen sich nicht nur von Stellung zu Stellung, sondern wagen auch noch immer wieder kräftige Offensivstöße. Im Südosten, wo sie wegen der rumänischen Nachbarschaft sich wohl ganz besonders angestrengt haben, haben sie sogar noch einmal einen nicht ganz unerheblichen Erfolg erzielt. Ueber die Operationen in Litauen und Kurland in diesem Augenblick zu sprechen, ist nicht rätlich, da die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Nachahmung des Feldzuges von 1812 ist von den Russen wirklich in Szene gesetzt worden; nicht nur haben sie massenhafte Vorräte fortgeführt oder zerstört, sondern auch die Einwohnerschaften, die sie ja nicht ohne alle Lebensmittel sitzen lassen konnten, in Massen, angeblich in Millionen, in das Innere des Reiches zu treiben versucht. Bald aber haben sie bemerkt, daß sie sich damit selber in die allergrößten Ungelegenheiten brachten. Die wandernden Volksmassen bedeckten und verstopften vor und zwischen der zurückgehenden russischen Armee die Landstraßen, und wo sie weiter ins Land hineingelangten, verbreiteten sie durch ihr Elend Schrecken und Entsetzen, zehrten an den öffentlichen Mitteln und erregten Unordnung über Unordnung. Plötzlich kamen daher Gegenbefehle. Die Ortschaften sollten nicht nur nicht geräumt werden, sondern auch die schon herausgeholte Einwohnerschaft sollte wieder zurückkehren. Grauenhafte Zustände unter diesen unglücklichen Massen zwischen den operierenden Heeren mußten die Folge sein. Die kriegerischen Ereignisse aber selbst sind davon wenig beeinflußt worden.

Auch über den Westen ist nichts zu sagen, als daß die allgemeine Offensive der Verbündeten, die am 25. gemeldet worden

ist, wirklich den Beginn einer neuen Riesenschlacht zu bezeichnen scheint. Wir haben allen Grund, zuversichtlich anzunehmen, daß diese Schlacht denselben Ausgang haben wird, wie alle die vorhergehenden Versuche, unsere Front zu durchbrechen, und daß dieser Versuch dann der letzte gewesen sein wird.

* * *

Kaum weniger wichtig als alle kriegerischen Ereignisse erscheint mir die Abberufung des russischen Oberbefehlshabers, des Großfürsten Nikolai. An seiner Stelle hat der Zar selber den Oberbefehl übernommen. Dieser Wechsel ist auf die verschiedenste Weise gedeutet worden. In der neutralen Presse las man, es sei darin der Sieg der Kriegspartei zu erblicken, da der Zar unmöglich selbst den Oberbefehl habe übernehmen können, um einen, wie es bei der jetzigen Lage nicht anders möglich, unrühmlichen Frieden zu schließen. Aber, wenn der Zar mit der Hoffnung auf Sieg den Krieg beharrlich fortsetzen will, warum hat er dann seinen Vetter überhaupt fortgeschickt, statt ihn weiter mit dem doch recht großen Risiko der definitiven Niederlage zu belasten? Hat sich der Großfürst etwa als unfähig für seine Stellung erwiesen? Es ist an dieser Stelle schon mehrfach betont worden, daß man das nicht sagen kann. Nikolai Nikolajewitsch ist besiegt worden, aber er ist besiegt worden nicht wegen seiner Unfähigkeit, sondern vermöge der Genialität seiner Gegner. Er hat, soweit es möglich ist, heute den strategischen Zusammenhang zu durchschauen, alles getan, was möglich war, um die Niederlage zu vermeiden, erlittene Schlappen wieder gut zu machen, und die Armee schließlich unter entschlossener Aufopferung dessen, was nicht mehr zu halten war, also namentlich Warschaus, vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Der einzige ganz grobe Fehler der russischen Heerführung, der bisher deutlich zu erkennen ist, liegt gleich im Anfang; es war das Stillsitzen der Rennenkampfschen Armee, während die russische Narew-Armee bei Tannenberg geschlagen wurde. Wie das gekommen ist, wer daran die Schuld trägt, ist nicht sicher bekannt geworden. Von da an aber sieht man nicht, wie die Russen wesentlich anders und besser hätten operieren können, als sie tatsächlich operiert haben, und der General Rußki, der nunmehr im Namen des Zaren die Armee

führen soll, hat auch keine andere Strategie und wird es auch nicht besser können als sein Vorgänger. Wenn der Großfürst dennoch als Sündenbock in den Kaukasus geschickt worden ist, so weiß ich dafür keine andere rationelle Erklärung, wenn es überhaupt eine solche gibt, als daß wir hinter der Beseitigung des Oberhauptes der Kriegspartei eine Friedensneigung zu suchen haben. Wahrscheinlich ist aber der Vorgang überhaupt nicht rationell zu erklären, sondern nichts als ein Ausbruch und Ausdruck der Stimmung der absoluten Ratlosigkeit und Verzweiflung. Man sah im Rate des Zaren, daß jede Hoffnung auf einen Umschwung im Kriegslauf verloren sei; vor sich hatte man die näher und näher kommenden Deutschen, hinter sich die schwellende Flut der Unzufriedenheit und des Unwillens im eigenen Volk. Irgend etwas mußte geschehen. Da hat jemand vorgeschlagen, das öffentliche Mißtrauen durch einen Wechsel im Oberkommando zu beschwichtigen, und da ein General von anerkannter Autorität nicht vorhanden war, der den Großfürsten hätte ersetzen können, daß der Zar sich selbst an die Spitze seiner Truppen stelle, um durch den Aufblick zu seiner geheiligten Person die gesunkene Moral wieder zu heben. Es ist Aberglaube, aber es ist ja die Natur des schwachen Menschen, in einem Aberglauben sein Heil zu suchen. Da der Großfürst nicht bloß das Haupt der Kriegspartei, sondern auch das Haupt der Reaktion in Rußland ist, so war seine Beseitigung auch eine gewisse Konzession an die Duma. Vielleicht ist das ganze Ereignis überhaupt am besten von diesem Punkt aus zu verstehen. Der Zar und sein Premierminister Goremykin und vermutlich auch die Zarinmutter waren erfüllt von der Besorgnis, daß die Duma einen Wohlfahrtsausschuß einsetzen und dem Zaren die Regierung tatsächlich aus der Hand nehmen werde. Dem zuvorzukommen, hat man die Duma vorläufig geschlossen. Wäre das noch während der Oberbefehlshaberschaft des Großfürsten Nikolai geschehen, so hätte es den Eindruck einer rein reaktionären, autokratischen Maßregel gemacht. Durch die vorherige Beseitigung des Großfürsten ist der Eindruck einigermaßen gemildert worden. Aber ob man am Petersburger Hofe wirklich so gedacht hat, ob man wirklich die beiden Schläge, nach rechts auf den Großfürst, nach links auf die Duma als innerlich zusammenhängend aufzufassen hat, muß dahingestellt bleiben. Ueber Vermutungen kommt man nicht hinaus und die wahrscheinlichste

Erklärung, sowohl der Entlassung des Großfürsten wie der Vertagung der Duma bleibt immer die reine Ratlosigkeit.

* * *

Während der ganzen Dauer des Krieges, namentlich aber in der letzten Zeit, habe ich Besuche von Neutralen gehabt, Schweden, Norwegern, Dänen, Holländern, Amerikanern, die über Krieg und Frieden etwas zu hören und zu sagen wünschten. Einer dieser Herren wollte mir jüngst auseinandersetzen, daß wir ja schließlich trotz aller unserer Siege doch unterliegen müßten, da die Anderen ihre Verluste an Menschen, Pferden und Material immer wieder ergänzen könnten, wir aber nicht. In der Tat ist ja diese Rechnung die so gut wie einzige Hoffnung, die unseren Gegnern noch geblieben ist und auf die man namentlich in England noch recht zuversichtlich baut. Der Fehler des Exempels liegt darin, daß es ein bloßes Exempel ist: die Anderen haben mehr Menschen und den Weltmarkt, ganz recht, aber bis zu einer mechanischen völligen Erschöpfung wird ein Krieg überhaupt nicht geführt. Das letzte entscheidende Moment ist die moralische Aktionskraft und die moralische Widerstandskraft, die sich jeder mechanischen Berechnung entzieht. Entzieht sie sich aber auch jeder mechanischen Berechnung, so ist die Ueberlegenheit Deutschlands doch mit Händen zu greifen. In Rußland ist der Widerspruch zwischen Regierung und Volk zu einer solchen Spannung gediehen, daß man sich fragt, ob nicht eine Revolution mitten im Kriege bevorstehe. In England ist die öffentliche Meinung zerrissen über der Frage der allgemeinen Wehrpflicht; auf der einen Seite zeigt sich der altenglische Patriotismus im glänzendsten Licht in der Masse der Freiwilligen, die sich für die Armee haben anwerben lassen und in der Tatsache, daß das Parlament es gewagt hat, mitten in allen Kriegsnöten gewaltige neue direkte und indirekte Steuern einzuführen; auf der anderen Seite aber ist das Land in Unruhe und Angst versetzt durch soziale Kämpfe, durch eine Streikbewegung über die andere, durch die Drohung, sich der Einführung der Wehrpflicht vermöge eines Eisenbahnstreiks, der das Land auch kriegerisch lahmlegen würde, zu widersetzen. Endlich Frankreich.. Die Stimmen, die in die Oeffentlichkeit dringen, klingen entschlossen genug, aber eine schwere Tatsache liegt vor, die mit Deutlichkeit erkennen läßt, daß der

Kriegswille der Franzosen der nationalen Entschlossenheit in Deutschland nicht gewachsen ist. Diese Tatsache ist der Stand der französischen Finanzen. Während in Deutschland jede neue Kriegsanleihe die vorhergehende noch wieder weit übertrifft, sind die Franzosen nicht imstande, ihre Kriegskosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten, sondern haben sich schon mit den Engländern zusammen nach Amerika gewandt. Ist etwa im französischen Volk schon ein Mangel an Mitteln? Keineswegs. Der alte Reichtum des Landes wird trotz der Abschneidung der nördlichen Departements noch immer recht ergiebig sein, und die Franzosen haben ganz wie wir durch Ausgabe von Papiergeld dafür gesorgt, daß die immobilen Werte mobilisiert werden können. Nicht bloß die Bank von Frankreich, sondern auch die einzelnen Kommunen, sogar die Handelskammern haben eigenes Papiergeld ausgegeben. Das Land ist überschwemmt damit, aber die Bürger behalten es für sich; es dem Staate anzuvertrauen, tragen sie Bedenken; sie sind argwöhnisch, was die Zukunft bringen werde. Der Sieg Frankreichs ist sehr unsicher; wer vorsorgen will, schließt sein Geld, sei es Gold oder Papier, ein für sich selber, und die Staatskassen bleiben leer. Mag der Wohlstand der 68 Millionen Deutschen auch eine größere Summe ergeben als der 39 Millionen Franzosen, mag der Verlauf des Krieges unseren Wohlstand mehr geschont haben, als den französischen, die Hauptsache ist doch, daß das deutsche Bürgertum seinem Staate erst 4½, dann über 9, jetzt endlich über 12 Milliarden zur Kriegführung vorgestreckt hat, während die französische Regierung eine innere Anleihe überhaupt nicht unterzubringen vermag und sich mit Bankvorschüssen und Schatzanweisungen fristet.

Was brauchen wir des Zeugnisses mehr? Der Glaube an den Sieg ist bereits die Hälfte des Sieges. Es ist möglich, daß dieser Glaube an den Sieg bei den Engländern noch immer ziemlich fest steht, bei den Russen und Franzosen dürfen wir ihn bereits als im Erlöschen begriffen ansehen.

Oktober 1915.

Erich Everth: Von der Seele des Soldaten im Felde. Bemerkungen eines Kriegsteilnehmers. (Tat-Flugschriften, Heft 10.) Verlegt bei Eugen Diederichs. Jena 1915.

Unter den mancherlei Kriegs- und Schützengraben-Broschüren ist mir die vorstehende als besonders bemerkenswert aufgefallen. Das Wertvollste finden wir hier vereinigt: lebendige Anschauung der Wirklichkeit, gesehen mit den Augen eines gebildeten und denkenden Menschen. Keine Spur von Phrase, weder patriotischer noch militärischer, sondern der Ernst der Wirklichkeit, der furchtbarsten Wirklichkeit, die eben die des Krieges ist. Jedes Wort ist Selbsterlebtes und Selbstempfundenes. Ich will nur einen Satz zitieren: „Es gibt da vorne keine Pessimisten — schon deshalb nicht, weil der Gegensatz, die Optimisten, fehlen. Man findet keine Schwarzseher, aber auch keinen Rosaroten, denn draußen kann man sich nichts vormachen; man weiß besser als irgend jemand im Binnenlande, was all die Erfolge kosten, man sieht und fühlt es täglich; man versteht zu gut, was für einen schweren Inhalt selbst eine Siegesnachricht für uns bedeutet. ‚Da sind wieder viele schlafen gegangen', so kann man bei ihrem Eintreffen in den Gräben oft hören. Man hat eben auch bei freudigen Nachrichten zuviel Ballast in sich, um zu hüpfen, und deshalb liegt auch über heiteren Szenen eine gewisse Gehaltenheit und somit Würde. Und an dem eigenen, wenn auch dunkeln Bewußtsein dieser Würde und des ganzen heroischen Lebens, das man führt, hält man sich wiederum in trüben Lagen aufrecht. So vollzieht sich ein ständiger, fast kunstvoller Ausgleich, wie durch eine geheime Weisheit der Natur."

Oktober 1915.

Richard Kiliani: Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz. (Aus der Sammlung „Der deutsche Krieg", Heft 57. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. 50 Pf.)

War es im letzten Grunde der englische Handelsneid, der den Inselstaat in den Krieg mit uns getrieben hat? Ganz vorwiegend ist man wohl in Deutschland geneigt, diese Frage zu

bejahen. Auch der Verfasser der vorliegenden Schrift bestätigt aus seiner Erfahrung als Generalkonsul an verschiedenen Stellen jenseits der See, daß schon lange vor dem Kriege, ja bevor die Spannung wegen des deutschen Flottenbaus einsetzte, der wirtschaftliche Boykott deutscher Waren und deutscher Leistung auf dem englischen Wirtschaftsgebiet begonnen habe. Es sei daher ganz natürlich, daß die öffentliche Meinung bei uns den Engländern vorwerfe, daß sie einen Präventivkrieg gegen uns führten, um bei dieser guten Gelegenheit den vermeinten Wirtschaftskonkurrenten unschädlich zu machen.

Trotzdem ist die Auffassung des Verfassers, der auch ich mich anschließe, daß jedenfalls ein entscheidendes Motiv hier nicht zu suchen ist. In vielen einzelnen Fällen ist die neu aufkommende deutsche Konkurrenz von englischen Kaufleuten und Fabrikanten sehr unliebsam empfunden worden; der im Besitz befindliche Engländer, der in der Sicherheit seiner Stellung sich einem gewissen Schlendrian überließ, über die traditionellen Methoden hinauszukommen für überflüssig hielt, die Mühe sparen wollte, der empfand es sehr peinlich, daß ein Jüngerer ihm mit allerhand neuen Künsten den Rang ablief, und schalt die bessere Methode „unfair". Der Wert der Kilianischen Schrift beruht nun auf dem Nachweis, daß im großen betrachtet dieser Gegensatz doch bei weitem nicht die Bedeutung hatte, die die Beobachtung von Einzelvorgängen ihnen beimessen möchte. Er führt aus, daß die moderne Weltwirtschaft doch eigentlich nur drei Hauptteilnehmer habe, die drei großen teutonischen Mächte England, Deutschland und Amerika, die sich tatsächlich auf dem Globus schiedlich-friedlich eingerichtet hatten: England hat in der Hauptsache die Uebersee, Deutschland den europäischen Kontinent und Amerika das Britisch-Nordamerika als Absatzgebiet für seine Waren eingenommen.

Im Jahre 1912 haben ausgeführt:

	Mill. Mark	
England	2500	nach Amerika, Asien und Afrika
	3250	„ Europa
	2750	„ britischen Besitzungen
Deutschland	5000	„ europäischen Staaten
	1000	„ Amerika
	280	„ Asien
	60	„ Australien

	Mill. Mark	
die Vereinigten Staaten .	800	nach Britisch-Nordamerika
	400	„ Asien und der Südsee
	100	„ Südamerika

Auf den sozusagen unabhängigen Gebieten Asiens, Afrikas und Austral-Asiens, soweit man irgendein Gebiet der Welt noch unabhängig nennen kann, haben sich alle drei begegnet.

Diese Zahlen gruppieren auch gleichzeitig die Mächte nach ihrer geographischen Struktur: Deutschland ist die wirtschaftliche Zentralmacht Europas, Amerika der große Anlieger des amerikanischen Nordens, England der Welthändler erster Ordnung schlechthin. Die Gruppierung würde noch schärfer, wenn man den Inlandsverbrauch der drei großen Weltwirtschaftsgesellschafter (der bei Deutschland und Amerika außerordentlich hoch ist) heranziehen könnte, was bei der wenig entwickelten Produktionsstatistik der Welt leider nicht möglich ist.

Eine besondere Beschwerde der Engländer über die deutsche Industrie war nach den englischen Zeitungen das sogenannte „dumping", das Hinauswerfen billiger, unter Zollschutz hergestellter Waren auf die Auslandsmärkte, die die jenseitige Industrie ruinierten, z. B. Eisen um ein Pfund Sterling die Tonne billiger lieferten, als es die Midland-Werke in England selbst herstellen konnten. Kiliani aber führt dagegen den Bericht des neuen Instituts für „of industrie and commerce" an, wonach dieses billige Eisen und ebenso andere Artikel den zahlreichen englischen Käufern von Halbfabrikaten große Vorteile gebracht, die aus ihnen englische Fertigfabrikate herstellten. Es sei also fraglich, ob das dumping für die englische Wirtschaft als Ganzes überhaupt schädlich gewesen sei.

An vielen Stellen hat unzweifelhaft die deutsche Technik, die deutsche Erfindungskraft die englische überholt und geschlagen, auf vielen und gewichtigen Gebieten hat diese sich aber doch noch immer höchst erfolgreich behauptet.

Die Hauptsache aber ist nun, daß, wenn England als Industriestaat etwas stehen geblieben und dadurch relativ zurückgegangen ist, es dafür etwas anderes geworden ist, das den Wunsch, wieder industrieller zu werden, als sehr überflüssig erscheinen läßt. England hat, worauf schon Schulze-Gävernitz mit aller Energie

hingewiesen hat, seinen Schwerpunkt an der Industrie mehr und mehr in den Handel und das Bankiergewerbe verlegt. Handel und Geldgeschäfte nehmen soviel Arbeitskräfte in Anspruch, daß für große Erweiterungen der Industrie gar nicht die Menschen vorhanden sind. Ist dem aber so, hat England bei seinem Zurückweichen in der Industrie gar keinen Schaden erlitten, weshalb die Eifersucht auf Deutschland?

Diese Eifersucht war trotzdem da. Sie entsprang vor allem dem englischen Anspruch, eine Monopolstellung in der Welt zu behaupten, aber die wirkliche materielle Schädigung, die England durch das Emporblühen der deutschen Wirtschaftskraft erlitt, war tatsächlich so gering, ja vielleicht überhaupt nur eingebildet, daß man unmöglich an dieser Stelle den Grund für das Heraufführen der ungeheuren Weltkrisis suchen kann.

Wegen der klaren Herausarbeitung dieses Verhältnisses scheint mir die Kilianische Schrift ein ganz besonders wertvoller Beitrag zu unserer Kriegsliteratur zu sein.

Unser Wirtschaftssystem nach dem Kriege.[1]

Oktober 1915.

Wenn unsere Staatsmänner überlegen, wie sie den zukünftigen Frieden gestalten sollen, so spielen dabei die wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle. Wer Belgien nicht direkt unterwerfen will, erwägt, ob und wie es etwa wirtschaftlich mit Deutschland verbunden werden könne. Für Frankreich fragt es sich, ob die Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens in irgendeiner Art auf den neuen Frieden zu übertragen ist oder nicht. Ganz besonders aber wird das zukünftige Wirtschaftsbündnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn besprochen, und dieses Wirtschaftsverhältnis hat wieder gewaltige Folgen für die politische Frage der Neugestaltung Polens.

So weit ich sehe, wird nun bei diesen Erwägungen ein besonderer Umstand noch nicht genügend in Betracht gezogen. Man pflegt auszugehen von dem Satz, daß die deutsche Wirtschaftspolitik des letzten Menschenalters sich vortrefflich bewährt habe und sieht es deshalb als selbstverständlich an, daß man in diesen

Bahnen fortwandeln soll. Es ist aber nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, daß die Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege sich ganz anders gestalten als vorher.

Die hohe wirtschaftliche Blüte Deutschlands vor dem Kriege war unzweifelhaft wesentlich gefördert durch die Schutzzölle. Diese Zölle haben es bewirkt, daß, bei den großen Senkungen der Weltmarktpreise in Deutschland die Preise, zunächst für die agrarischen Produkte und dann auch für die wesentlichsten Zweige der Industrie ungefähr auf dem überlieferten Niveau blieben und infolgedessen Landwirtschaft und Industrie ohne gar zu große Störungen sich fortentwickeln und wagemutig den technischen Verbesserungen und Fortschritten immer neues Kapital zuführen konnten. Der Roggen, der im Durchschnitt der Jahre 1851—1880 163,70 Mark die Tonne kostete, hat diesen Durchschnitt im allgemeinen gehalten und stand 1913/14 auf etwa 153. Ohne die Zölle wäre er zeitweilig so tief gesunken, daß sehr viele Landwirte hätten bankerott werden müssen. Im Jahre 1896 stand der Roggen trotz 35 Mark Zoll auf 118,8. Heute ist der Höchstpreis für Roggen in Berlin auf 220 Mark fixiert; ohne den Höchstpreis würde er vermutlich noch erheblich teurer sein. Es ist ja alles teurer geworden eingeschlossen die Arbeitslöhne. Ist nun anzunehmen, daß diese hohen Preise nach dem Kriege wieder übermäßig sinken werden? Das ist höchst unwahrscheinlich. Die vielen Wertzerstörungen, die der Krieg selbst mit sich gebracht hat, und daneben die große Vermehrung der Umlaufsmittel durch die Ausgabe des massenhaften Papiergeldes werden auf lange Zeit in der ganzen Welt die Preise hochhalten. Allerdings liegen in Rußland und Rumänien zwei ganze unverkaufte Getreideernten und werden unmittelbar nach Friedensschluß den Weltmarkt überschwemmen und auf die Preise drücken. Aber das rumänische Getreide wird doch vielleicht noch während des Krieges frei werden und zu uns abfließen, und die russischen Getreidemassen werden deshalb nicht so stark wirken, weil sowohl Deutschland wie England sofort darauf ausgehen werden, sich sehr große Vorräte anzuschaffen und festzulegen. Auch die Getreidepreise werden also vermutlich hoch bleiben. Solange aber die Preise hoch bleiben, ist die Rückkehr zum Schutzzollsystem unmöglich. Bleiben wir als Beispiel bei den Roggenzöllen und sehen ab von der Eventualität eines Reichsgetreidemonopols. Im Beginn des Krieges sind die Getreidezölle suspendiert worden. Kein Landwirt wird

die Wiedereinführung verlangen, solange, sagen wir, der Roggenpreis auf 220 oder nur auf 200 oder sogar 160 steht. Bestünden die Zölle noch und handelte es sich um Abschaffung, so wäre die Sachlage eine andere: man könnte dann sagen, der hohe Preis ist nichts Dauerndes, sondern nur eine vorübergehende Erscheinung; wir wollen um eines solchen Zufallsmoments willen dieses bewährte Wirtschaftssystem nicht umstürzen. Jetzt handelt es sich aber nicht um Abschaffung, sondern um Wiedereinführung. Die Sache wird also vermutlich so laufen, daß man in Anbetracht der augenblicklich hohen Preise, ohne daß die Agrarier dagegen Widerspruch erheben, die Wiedereinführung des Zolles von Termin zu Termin hinausschiebt, bis die Auffassung durchbricht, daß die Preise überhaupt nicht wieder soweit sinken werden, daß ein Zoll sich rechtfertigen ließe. Hat die öffentliche Meinung sich das erst klar gemacht, so gibt es eine große Drehung in den wirtschaftlichen Grundanschauungen. Die Landwirtschaft wird sich sagen, wozu braucht die Industrie einen Schutz, wenn wir keinen haben? Die Ausbildung der Industriekartelle hat schon vielfach vor dem Kriege die Frage aufwerfen lassen, ob die industriellen Schutzzölle nicht überflüssig geworden seien. Vor dem Jahre 1878 war unsere gesamte Landwirtschaft freihändlerisch gesinnt. Erst das Sinken der landwirtschaftlichen Preise hat sie zum Schutzzoll geführt, das Steigen der Preise könnte der Freihandelsdoktrin wieder das Uebergewicht verschaffen. Freihandel und Schutzzoll sind keine Ewigkeitsprinzipien, sondern es hängt von Verhältnissen nicht nur jeder Zeit, sondern jedes Landes ab, welches von beiden Systemen angebracht ist. Es ist eine reine Frage der Opportunität.

Niemand vermag mit Sicherheit vorauszusagen, ob die hier skizzierte Drehung wirklich einsetzen wird. Wenn sie aber kommen sollte, so ist die Tragweite kaum abzusehen, und ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, weil die Möglichkeit dieser Entwicklung auch schon bei den künftigen Friedensverhandlungen sehr ernstlich wird in Betracht gezogen werden müssen.

Professor Seeberg, Professor Schäfer, Professor v. Wilamowitz, Professor Hintze.

Oktober 1915.

Der Zufall will, daß ich meine politischen Betrachtungen diesmal an die Namen von vier Kollegen meiner Universität anknüpfen kann.

In unserem letzten Heft führte ich aus, wie sehr die öffentliche Meinung in bezug auf die Friedensziele bei uns gespalten sei, und erinnerte dabei daran, daß die beiden Professoren Meinecke und Oncken eine öffentliche Erklärung erlassen hätten, daß sie nicht zu den Unterzeichnern der Adresse gehört hätten, die die Eingabe der sechs Verbände unterstützte. In der Tägl. Rundschau (11. 10.) schreibt nun Professor Seeberg: „Niemand in Deutschland hat jemals behauptet, daß sie die Adresse unterzeichnet hätten." Das ist ein großer Irrtum Professor Seebergs. Ich kann ihm mitteilen, daß in sehr weiten Kreisen, ich kann sagen, ganz allgemein und jedenfalls auch bei Professoren der Theologie, die Meinung verbreitet war, die beiden Herren hätten die Adresse unterzeichnet. Ja, noch mehr, ich weiß bestimmt von Persönlichkeiten, die sehr geschwankt haben, ob sie auf Grund der Autorität dieser beiden Herren auch ihre Unterschrift geben sollten, oder sie sogar tatsächlich gegeben haben. Daß durch diese Irrung der Wert der Unterschriften-Sammlung wesentlich eingeschränkt wird, leuchtet ein. Nicht weniger wird er auch dadurch eingeschränkt, daß viele der Unterzeichner ihre Unterschrift nicht in dem Sinne gegeben haben, daß sie sich dadurch den gesamten Inhalt der Adresse aneignen wollten, sondern nur einige bestimmte Sätze, die ihnen besonders zusagten. Das erklärt z. B. einer der Unterzeichner im Leipziger Tageblatt vom 3. Oktober, und es ist mir persönlich vielfach versichert worden. Herr Seeberg beruft sich endlich auf die viel größere Zahl seiner Unterzeichner — richtig: aber wir Anderen haben nach der Zahl überhaupt nicht gestrebt, sondern die Adresse nur ganz beschränkten Kreisen, z. B. mit Absicht keinem Parlamentarier, zur Unterschrift vorgelegt.

Jener Unterzeichner der Seebergschen Adresse im Leipziger Tageblatt berührt in seinem Artikel noch einen anderen Punkt. Er beschwert sich über die „unerfreuliche Art, wie man von neuem anfange, das Volk in Gerechte und Ungerechte zu scheiden; wer

die Meinung der ewig Selbstgerechten nicht teile, werde unbesehen zu den Mattherzigen, den Verrätern am Deutschtum geworfen." Die Klage ist nur zu sehr berechtigt; einer der Miturheber der Seebergschen Adresse, Professor Dietrich Schäfer, versendet Rundschreiben, in denen er zu einer Organisation auffordert, da „sich in letzter Zeit die Versuche, für einen matten Frieden in weitesten Volkskreisen Stimmung zu machen, bedenklich mehrten." Gegen wen mag sich dieser Vorwurf richten? Gegen irgendwelche Persönlichkeiten in der Regierung? Gegen die Unterzeichner der Gegenadresse? Gegen irgendwelche unbekannte Machenschaften? Was ein wirklich guter und wünschenswerter Friede ist, darüber kann man natürlich streiten, aber wer anderen den Vorwurf der Mattigkeit macht, macht damit natürlich jede wirklich fruchtbare Erörterung, was für Deutschland nützlich und erstrebenswert sei, unmöglich. Im übrigen aber werden sich diejenigen, auf die der Vorwurf der Mattigkeit schließlich zielt, zu trösten wissen: sie sind in guter Gesellschaft. In meinem Buche „Bismarcks Erbe" habe ich, ich kann sagen, mit einem gewissen Vergnügen herausgearbeitet, wie nicht nur Bismarck sondern auch Moltke dem Vorwurf der „Mattigkeit" in noch sehr viel schärferen Ausdrücken nicht entgangen sind. Aber es ist von je so gewesen und wird es auch immer so bleiben, daß die wahrhaft Einsichtigen von den Scharfmachern als die Mattherzigen, oder wie es heute heißt, als die Flaumacher verdammt werden. Ich selbst bin gegen derartige Vorwürfe besonders abgehärtet, da ich ja wegen meiner Polenpolitik seit 25 Jahren mit dem Vorwurf einer nicht genügend strammen nationalen Gesinnung belastet worden bin. Auch von Herrn Kollegen Schäfer habe ich früher angenommen, daß er, in so vielen Fragen wir auch sonst zusammen gingen, er in diesem Punkt im gegnerischen Lager stehe. Mit großer Freude habe ich daher von einem Artikel von ihm Kenntnis genommen in der Täglichen Rundschau (7. September; ich zitiere nach den „Polnischen Blättern", Heft 1, Seite 30), worin dargelegt wird, daß die Deutschen die ganze Reihe der Jahrhunderte hindurch mit keinem ihrer Nachbarn so wenig feindliche Zusammenstöße gehabt haben, wie gerade mit den Polen. Selbst der große Krieg, in dem der Ordensstaat überwältigt wurde, war weniger ein Krieg der Polen gegen die Deutschen, als ein Krieg der preußischen Stände gegen den Orden. Seit dem Jahre 1887 haben die „Preußischen

Jahrbücher" den Kampf gegen die Fehler in unserer Polen-Politik geführt. Zuerst war es ein Mitarbeiter, Dr. Didolff in Köln, der die Gedanken über das Verhältnis Deutschlands zu Polen entwickelte, wie sie jetzt in Aller Munde sind. Ja, wenn wir in dieser ganzen Zeit die Unterstützung eines in nationalen Kreisen so einflußreichen Blattes wie die „Tägliche Rundschau" und so angesehener Gelehrten wie Dietrich Schäfer gehabt hätten, so wäre vielleicht manches Böse verhindert, es wäre im Osten so manches noch besser gegangen und ließe sich beim zukünftigen Frieden leichter ordnen, als es jetzt der Fall sein wird. Nicht nur auf dem polnischen Boden selbst steht uns ja diese unsere Vergangenheit im Wege, sondern das Mißtrauen, das die kleineren Nationen ringsum gegen uns erfüllt, ist wesentlich aus dieser Wurzel, eifrig von der internationalen deutschfeindlichen Presse begossen, emporgewachsen. Bei leidenschaftlicher patriotischer Gesinnung doch den Kopf kühl zu behalten für die Berechnung dessen, was nützt und was schadet, das macht den Politiker.

Hier nenne ich den dritten meiner Kollegen, den jetzigen Rektor unserer Universität, Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff. Nicht nur in der praktischen Politik im engeren Sinne ist es gefährlich, sich allein von der nationalen Leidenschaft leiten zu lassen, sondern nicht weniger in der Bildung des nationalen Selbstbewußtseins, der nationalen Erziehung. Ganz wie 1813 der Ueberschwang der patriotischen Erhebung allerhand wunderliche Auswüchse des Teutonismus erzeugte, die in den geschichtlichen Darstellungen mit leiser Ironie abgetan zu werden pflegen, so sind wir auch heute in Gefahr und in einer viel größeren Gefahr, mit unserer geschichtlichen Bildung in Widerspruch gebracht zu werden. Die Grundtatsache unseres kulturellen Daseins, daß die romanisch-germanischen Völker bei allem Zwiespalt doch eine große, sich gegenseitig befruchtende innere Einheit bilden, fängt an einem Bestreben nach nationaler Absperrung Raum zu geben, die am letzten Ende bei chinesischer Erstarrung endigen müßte. Auch hier also gilt es, über der nationalen Leidenschaft nicht den Urboden der universalen Bildung zu verlieren. Dies war das Thema, das unser neuer Rektor sich für seine Antrittsrede am 15. Oktober erkoren hatte, und das er mit vollendeter Beherrschung und Kraft durchführte. Der Eindruck der Rede war überwältigend, und wenn ich das bezeuge, so ist in der wissenschaftlichen Welt bekannt,

daß das kein akademisches Kliquen-Urteil ist. Um volkstümlich zu sein, müssen Auffassungen einseitig orientiert sein; alles Tiefere beruht auf innerer Polarität. Eine solche Polarität, leidenschaftliches Temperament und klare Erkenntnis, nationale Gesinnung und universale Bildung zu einer Einheit zusammenzufassen und darzustellen, darauf kommt es an, und ein wunderbar schönes Beispiel solcher höchsten Menschlichkeit in geistvoller Rede ist uns in dieser Rektorats-Uebernahme beschert worden.

Die Rektoratsübergabe war in diesem Jahr verbunden mit der Feier der Erinnerung an die fünfhundertjährige Herrschaft der Hohenzollern in Brandenburg. Noch Friedrich der Große äußert gelegentlich den Gedanken, der ja der Aufklärung allgemein war, daß die Menschen sich um der Ordnung willen erbliche Fürsten als Regenten gesetzt hätten. Die tiefere historische Erkenntnis hat uns gelehrt, daß es umgekehrt war. Nicht die Preußen haben sich das Hohenzollerngeschlecht als Erbkönige gesetzt, sondern die Hohenzollern haben Preußen geschaffen. Aus ihren allerpersönlichsten Beziehungen, den Ehen, die sie schlossen, den Kindern, die aus diesen Ehen hervorgingen, ihrer Diplomatie, ihren Siegen, Erwerbungen und Eroberungen ist erst ein Herrschaftsgebiet hervorgegangen und zusammengebracht worden, das dann in ähnlichem, allmählichen Wachsen mit dem moralischen Gehalt einer Staatsidee erfüllt wurde. Dieses Werden des Preußischen Staats ist nichts ihm allein Eigentümliches, Oesterreich, Frankreich, Spanien haben sehr ähnliche Züge in ihrer Geschichte. Aber bei Aehnlichkeiten doch auch starke Abweichungen. Es gibt noch keine systematische Untersuchung, die die nicht bloß feineren, sondern sehr tief gehenden Unterschiede aller der Staatsformen, die unter dem Namen der Monarchien zusammengefaßt werden, darlegte. Die russische Monarchie ist eine fundamental andere als die preußische, zunächst ihrer Herkunft nach, und darum auch in ihrem Wesen. Der russische Staat war, und berief sich die Romanows als Autokraten zum Thron. Wieder ganz anders ist die englische parlamentarische Monarchie. Jede einzelne, die schwedische, die norwegische, die holländische, die italienische weisen, wenn man näher zusieht, besondere Züge auf. Aber es ist jetzt nicht Raum, darauf einzugehen, nur der Grundgedanke sei an dieser Stelle betont: die unauflösliche, mit anderen Staaten verglichen, unendlich viel stärkere Verbindung dieses unseres Staates mit seiner

Dynastie. Es ist keine bloß staatsrechtliche, sondern eine tief im Gemüt verwurzelte Einheit. Die preußische Geschichte ist schlechthin unlösbar, nicht nur von der regierenden Familie, sondern von der Individualität jedes einzelnen Herrschers. Wer will berechnen, was geworden wäre, wenn an Stelle Friedrichs des Großen eine Persönlichkeit wie Friedrich Wilhelm III., und an Friedrich Wilhelms III. Friedrich der Zweite auf der Thron gekommen wäre? Ja, auch nur die beiden Brüder Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. sich ausgetauscht zu denken, bleibt unvollziehbar. In all dem ungeheuren Toben und Brausen des Krieges ist deshalb mit Recht des Einzuges der Dynastie in das Kernland Brandenburg vor einem halben Jahrtausend gedacht worden. Die scharfe Sonde der Kritik hat die einzelnen Persönlichkeiten der Herrscher nicht verschont und in immer neuen Untersuchungen festzustellen gesucht, was von Generation zu Generation geleistet und was etwa verfehlt worden ist. Die Größe des geschaffenen Werks aber erzwingt eine Dankbarkeit, die schließlich auch die objektivste geschichtliche Darstellung mit einem Hauche der Pietät umgibt und verklärt. Mit Genugtuung schließe ich hier noch den Namen eines vierten Kollegen an, Otto Hintze, der zur Feier des Tages eine preußisch-deutsche Geschichte hat erscheinen lassen, der er mit Recht den Titel: „Die Hohenzollern und ihr Werk"*) gegeben hat. Auch hier kann ich sagen, es ist in der wissenschaftlichen Welt bekannt, daß ich in einigen nicht unwesentlichen Punkten der Auffassung mich von Hintze unterscheide, aber es ist hier nicht der Ort, sich darüber zu verbreiten. Ich sage nur: freuen wir uns des Buches und lesen es.

Die Kriegsereignisse im Oktober.

25. Oktober 1915.

Als ich das letzte Mal meine Betrachtungen über die Kriegslage abschloß, war auf dem russischen Kriegsschauplatz die Aktion schon wieder zum Stehen gekommen, und die Russen hatten sogar schon wieder mit kräftigen Rückstößen eingesetzt. Die Zähigkeit

*) Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte. 704 Seiten. Preis 5 Mark. Verlag Paul Parey in Berlin 1915.

dieser Armee, die schon Friedrich dem Großen so viel zu schaffen machte, hat sich von neuem bewährt. Als die Deutschen bei Molodetschno erschienen, während noch bei Wilna gekämpft wurde, konnte es einen Augenblick scheinen, als ob eine Umgehung größten Stils im Werke sei. Aber so riesige Massen wie die modernen Heere wirklich abzuschneiden scheint doch unmöglich zu sein, es bleiben dem zurückgehenden Feind immer noch so viel Truppen zur Verfügung, um die Umgehungskolonne wieder wegzudrücken, und bei Molodetschno scheint sie im wesentlichen nur aus Kavallerie bestanden zu haben. So ist die russische Armee vor der letzten Katastrophe bewahrt geblieben, und der Zar hat das Glück gehabt, daß seine Uebernahme des Oberbefehls wirklich mit einer Besserung der Lage für die Russen zusammengefallen ist. Wir haben seitdem im Osten wieder das Bild eines Positionskrieges, ähnlich wie wir ihn schon einmal ein halbes Jahr lang, aber 250 bis 450 Kilometer weiter westlich gehabt haben.

Auch im Westen währt der Positionskrieg ja nun schon weit über ein Jahr. Von unserer Seite rein defensiv, nur mit vereinzelten Offensivstößen hingehalten. Von den Franzosen und Engländern in der Idee, unsere Defensive endlich zu überwältigen, die lange Linie an irgendeiner Stelle zu durchstoßen, sie dann aufzurollen und so den Krieg endgültig zu ihren Gunsten zu entscheiden. Wenn auch ein solcher Anfall mißlinge, wurde einmal verkündigt, so würde man ihn mit immer mehr Geschützen, immer mehr Munition und immer größeren Truppenmassen so oft wiederholen, bis er endlich doch einmal zum Ziel führe. Gerade als wir unser letztes Heft abschlossen, hatte wieder ein solcher Angriff — man zählt ihn als den fünften — angesetzt, und zwar an zwei Stellen zugleich, bei Arras und in der Champagne. Das erschwerte den Deutschen das Heranführen und Einsetzen starker Reserven, und wenn die Verbündeten auch nur an einer Stelle durchbrachen, hatten sie gewonnen. Aus den von uns erbeuteten Tagesbefehlen des Generalissimus Joffre haben wir ersehen, wie große Hoffnungen die Verbündeten dieses Mal auf ihren Angriff gesetzt und wie ungeheure Kräfte sie dafür in Bewegung gebracht haben. Freilich, es hat auch verlautet, daß Joffre mit seinen Vorbereitungen eigentlich doch noch nicht so ganz fertig gewesen und nur von dem Präsidenten gezwungen worden sei, schon jetzt loszubrechen, weil die russische Regierung das Stillsitzen für un-

erhört erklärte und mit den stärksten Drohungen einsetzte, und es war ja auch in der Tat ein eigentümliches Bild, daß die Russen von uns immer wieder geschlagen und weiter zurückgetrieben wurden, während die Verbündeten Monat für Monat vergehen ließen, ohne ihrerseits anzugreifen, um dadurch den Freund im Osten zu entlasten. Daß die Russen unter diesen Umständen stark gedrängt haben, klingt nicht unwahrscheinlich, aber daß die verbündeten Westler bei längerer Frist wirklich noch stärker hätten sein können, ist kaum anzunehmen. Etwa vier Monate, Juni, Juli, August, September hatten sie seit dem Einschlafen ihres letzten Anfalles verstreichen lassen, und nicht weniger als 1¾ Million Soldaten, ¾ der ganzen Frontmacht sind nach den Angaben Joffres für den Angriff an den beiden entscheidenden Stellen zusammengezogen worden. Am ersten Tage wurde wirklich ein gewisser Erfolg erreicht, die Deutschen durch mehrtägige ununterbrochene Beschießung mit schwerer Artillerie zermürbt, von den Welle auf Welle folgenden Sturmkolonnen einige Kilometer zurückgedrängt. Schon am zweiten Tage aber setzten die Reserven ein, und die Schlacht kam zum Stehen. Wiederum haben die Franzosen und Engländer die ungeheuersten Opfer vergeblich gebracht, und es scheint nicht einmal, daß sie dadurch ihren Freund im Osten wirklich entlastet haben, denn die Hunderttausende, die dort, nach dem Ausdruck des Herrn Reichskanzlers, frei geworden sind, haben sich dem dritten Kriegsschauplatz, der Balkanhalbinsel, zugewandt.

Der Einmarsch in Serbien ist strategisch völlig anders angelegt als die beiden Invasionen, die die Oesterreicher 1914 unternahmen. Ueber diese hat die „Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitung" (Basel) eine sehr gute Studie gebracht, der ich einiges entnehme. Die erste österreichische Invasion im August suchte die Serben von zwei Seiten gleichzeitig zu packen, indem sie bei dem nordwestlichen Winkel Serbiens, wo das Königreich von der altösterreichischen und bosnischen Grenze umfaßt wird, einsetzte. Obgleich, wie die Schweizerische Militär-Zeitung ausdrücklich feststellt, die Serben die Mobilmachung drei Tage früher begonnen hatten als die Oesterreicher, so gelang deren Angriff vermöge der Umfassung dennoch vollständig, wurde aber, wie er im besten Zuge war, plötzlich unterbrochen, weil die Nachricht kam (19. August), daß die Russen bereits mit gewaltiger Ueberlegenheit in Galizien einbrächen und eine Anzahl Divisionen zur Verstärkung nach dorthin

abgegeben werden müßten. Die Oesterreicher gingen also wieder über die Grenze zurück. Ihr eigentlicher Plan, mit den Serben fertig zu werden, ehe die Russen zur Stelle seien, war durch die überraschende Schnelligkeit, mit der die Russen ihre Mobilmachung vollendet hatten, vereitelt. Man sieht immer von neuem, wie sehr die Russen von langer Hand her den Krieg vorbereitet hatten.

Obgleich nun die Oesterreicher sich jetzt erheblich geschwächt hatten, so glaubte ihr Oberbefehlshaber Feldzeugmeister Potiorek dennoch, den Angriff von neuem unternehmen zu können, indem er durch eine Umgruppierung die Truppen, die das erste Mal an der Donau, Save, und im oberen Bosnien nur demonstriert hatten, jetzt an die Hauptarmee heranzog. Während die Oesterreicher nach der Allgemeinen Schweizer Militär-Zeitung beim ersten Anfall nicht weniger als 340 000 Mann gegen die Serben aufgestellt hatten, waren es jetzt nur 220 000. Potiorek aber setzte seine Hoffnung auf die Ueberraschung, ließ die Umfassung von Norden und Westen fallen und unternahm den Einbruch von Bosnien aus, über die Drina, etwas weiter aufwärts als das erste Mal (7. September). Die Ueberraschung gelang, besonders deshalb, weil die Serben hier, wo die Drina ziemlich hohe Ufer hat und der Uebergang schwierig ist, den Angriff nicht erwartet hatten. Nach dem Uebergang kamen die Oesterreicher in dem gebirgigen Gelände, zwar nur langsam, aber sie kamen doch vorwärts, und um sich an der Drina verteidigen zu können, mußten die Serben das Save- und Donauufer räumen, so daß die Oesterreicher auch Belgrad in Besitz nehmen konnten und sie schließlich eine Linie von Semendria bis an das serbische Gebirge in der Richtung auf die mittlere Drina bei Valjewo innehatten. Da erfolgte Anfang Dezember der Umschwung, indem die Serben im Gebirge eine Uebermacht konzentrierten, wo die Oesterreicher vermöge der überaus schwierigen Transportverhältnisse an Kampffähigkeit schon viel eingebüßt hatten.

Unser jetziger Angriff ist nicht von der Drina ausgegangen, höchstens von ihrem untersten Lauf aus unterstützt worden, sondern vom Save- und Donauufer. Diese Operation hat den Vorteil, daß, wenn sie gelingt, gleich im Anfang Belgrad fallen muß und sie in ihrem Fortgang in das günstigste Manövrierterrain Serbiens, das Morava-Tal, führt, an der Eisenbahnlinie entlang nach Nisch. Die Schwierigkeit, die zu überwinden ist, ist die Breite des Stromes. Schon die Save von Schabatz bis Belgrad ist

nicht weniger als 1000 Meter breit; von Belgrad an, wo sich Save und Donau vereinigen, mißt der Strom nicht weniger als 1500 bis 1800 Meter. Einen so breiten Strom zu überschreiten, erfordert längere Zeit, sowohl der Brückenschlag wie der Uebergang. Der Feind ist also in der Lage, frühzeitig die Uebergangsstelle zu erkennen und kann dann auf einem der Flügel Uebermacht konzentrieren, die dort Uebergegangenen zurückwerfen und so nacheinander die Front aufrollen. Wiederum in ihrem weiterem Lauf, am Eisernen Tor, verengt sich der Strom bis auf 100, ja auf 60 Meter, wird aber dabei so tief (bis zu 75 Meter) und reißend, daß abermals der Brückenschlag äußerst erschwert, wenn nicht ausgeschlossen wird. Das waren unzweifelhaft die Gründe, weshalb das erste und zweite Mal Potiorek die Save- und Donaulinie nicht als Einbruchsstelle gewählt hat. Feldmarschall Mackensen hat sich dazu entschlossen, weil, wenn der Uebergang gelang und die Serben geworfen wurden, der Erfolg um so größer und entscheidender zu werden versprach.

Die Verhältnisse hatten sich in doppelter Weise verändert. Auf der einen Seite hatten die Serben neun Monate Zeit gehabt, an den Flußlinien entlang Befestigungen aufzuwerfen und auszubauen, die die unsrigen in Frankreich noch übertreffen und der österreichischen an der Isonzo-Grenze, in Kärnthen und Tirol ähnlich sein werden. Engländer, Franzosen und Russen haben ihnen dazu das Material geliefert. Während es uns durch die Sperrung der Rumänen unmöglich gemacht wurde, die Türken mit Geschütz und Munition zu unterstützen, bezogen die Serben die Donau herauf, der als internationaler Strom gilt, von den Russen und über Saloniki von den Westmächten, was sie nötig hatten. Unser Einbruch war also gegen früher unendlich erschwert. Andererseits aber hatten wir jetzt die sichere Aussicht, daß, sobald wir ansetzten, die Bulgaren von der anderen Seite in Serbien einfallen würden.

Während es prinzipiell als die beste Flußverteidigung gilt, den Feind, während er noch im Uebergang begriffen ist, anzugreifen und womöglich eine Kolonne nach der anderen mit Ueberlegenheit zu schlagen, so scheinen die Serben auf diese offensive Verteidigung verzichtet und sich ganz auf die Stärke ihrer Befestigungslinien verlassen zu haben. An sich wäre zu kräftigen Offensivstößen wohl Gelegenheit gewesen, da die verschiedenen Kolonnen der Ver-

bündeten naturgemäß nicht alle gleichzeitig über den Strom gelangten, sogar manche erst mehrere Tage später als die ersten, aber die Serben blieben, so scheint es wenigstens, so gut wie durchweg in der Verteidigung. Bei Belgrad selbst verliefen die Dinge so, daß die wenigen Truppen, die in der ersten Nacht (6./7. Oktober) hinübergesetzt wurden, sich nur mit Mühe den Tag über am Flußrande behaupteten, und erst die Verstärkungen, die in der zweiten und dritten Nacht anlangten, die Entscheidung zu unseren Gunsten ermöglichten. Man gewann am 9. Oktober so viel Raum, daß eine Brücke geschlagen werden konnte.

Damit aber kam man erst an die eigentliche Verteidigungsstellung des Feindes. An verschiedenen Stellen wurde eingebrochen, natürlich nicht ohne schwere Opfer. Blicken wir auf den unzerbrechlichen Widerstand, den die Oesterreicher unter ähnlichen Bedingungen den Italienern leisten, so kann man es wohl verstehen, daß die Serben sich getraut haben, Aehnliches leisten zu wollen. Aber es dürfte ein Unterschied sein zwischen italienischen und deutschen Angriffen, und eben lese ich im Militär-Wochenblatt (Nr. 188) einen Artikel über „Die Artillerie des italienischen Feldheeres", der zu dem Schluß kommt, daß die schwere Artillerie, die bei uns zu so außerordentlicher Kraft an Zahl und Wirkung entwickelt worden ist, bei den Italienern nicht mehr als 20 Batterien (80 Geschütze) beim Ausbruch des Krieges stark gewesen sei; während des Krieges seien Maßnahmen getroffen, diesen geringen Bestand zu erhöhen, und seien auch eine Anzahl Haubitzen älterer Art oder von Creusot neu bezogen in Tätigkeit getreten; aber bei neuen Geschützen pflegten Kinderkrankheiten nicht auszubleiben, und die Bedienung der Riesengeschütze ist so überaus schwierig und kompliziert, daß es lange währen muß, bis die Italiener sie mit Erfolg verwenden können.

Die Ueberlegenheit unserer Artillerie also, und wo diese nicht in Wirksamkeit treten konnte, das unwiderstehliche Draufgehen unserer Infanterie haben die serbischen Linie durchbrochen und die ganze Front zum Zurückgehen gezwungen. Von der anderen Seite dringen die Bulgaren nicht weniger ungestüm vor. Verzweifelt steht der Vierverband da und weiß nicht, wie er helfen soll. Man hat die Neutralität und den Protest Griechenlands mißachtet und ist in Saloniki gelandet, aber die gelandeten Truppen sind zu schwach, und man fürchtet sogar, die Griechen könnten

ihnen, wenn es schlecht geht, den Rückzug abschneiden. Auch Montenegro, sei es aus Furcht, sei es aus politischen Gründen, hält sich zurück. So dürfen wir dem Augenblick entgegensehen, wo sich Serbien entweder den Bedingungen Oesterreichs unterwirft oder völlig zerschmettert wird.

Die Kriegsereignisse im November.

27. November 1915.

Langsam, aber festen Trittes schreiten Deutschland und seine Verbündeten von Erfolg zu Erfolg, und in demselben Tempo verzeichnen unsere Gegner, wo sie auch immer ansetzen, Mißerfolg auf Mißerfolg. Wir haben Galizien zurückgewonnen, Polen, einen großen Teil Wolhyniens, Litauens und Kurlands in unserer Hand; wir haben Serbien vollkommen niedergekämpft, und es fragt sich nur noch, ob die Trümmer der serbischen Armee überhaupt noch fähig sind sich zu retten und welchen Weg sie einschlagen. Unsere Gegner haben in immer wiederholten Angriffen im Westen durchzubrechen versucht und sind unter furchtbaren Verlusten immer von neuem dabei gescheitert. An der Süd-Ostgrenze Galiziens, am Styr, haben die Russen ihre ganze Kraft zusammengenommen zu einer neuen Offensive, haben einen kurzen Erfolg erzielt und sind endlich zurückgeschlagen worden. An der österreichisch-italienischen Grenze stürmen die Italiener immer von neuem an gegen die festen Linien der Oesterreicher und werden immer von neuem mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Zu Wasser und zu Lande haben die Engländer, verbunden mit den Franzosen, seit dem März immer von neuem versucht, die Dardanellenpforte zu sprengen, und haben immer wieder zurückweichen müssen. Wo und wie können sie überhaupt noch auf einen Erfolg hoffen? Der Gedanke, der sie offenbar noch am meisten beschäftigt, ist, die Trümmer der serbischen Armee aufzunehmen und von Saloniki aus einen neuen Feldzug gegen uns zu führen. Verspricht ein solcher Feldzug auch keinen positiven Erfolg, so sieht man es doch als einen Vorteil an, daß wir dadurch gezwungen sind, den Kreis, auf dem gekämpft wird, noch um dieses Stück zu erweitern. Denn je größer der Kreis, um so dünner wird er besetzt, und desto eher glauben sie mit ihrer numerischen Ueberlegenheit einen Fleck

finden zu können, wo sie durchbrechen können. Bringen sie ihre Truppen von Gallipoli dahin, so könnten sie ja auch eine ganz stattliche Armee in Mazedonien zusammenstellen. Auch dann aber ist diese Strategie höchst gefährlich. Die deutsch-österreichisch-bulgarischen Truppen werden den englisch-französischen erheblich überlegen sein. Zugleich aber stößt sich die militärische Erwägung mit der politischen.

Wahrlich, hier wird auch der verbissenste Gegner unserer vielgescholtenen Diplomatie ihr die Anerkennung nicht versagen. Erst kam es darauf an, den Ausgleich zwischen der Türkei und Bulgarien zu Stande zu bringen, und bei den verbündeten Türken durchzusetzen, daß sie bis an die Tore Adrianopels den Bulgaren einige, zwar nicht große, aber doch recht wichtige Landstriche opferten. Von dem bulgarisch-türkischen Abkommen galt es, die Dinge weiter zu führen bis zum positiven Kriegsbündnis gegen Serbien und damit gegen den Vierverband. Hier mußte die Armee erst der Diplomatie die Wege ebnen; unsere militärischen Erfolge mußten den Bulgaren die Zuversicht geben, daß wir die Stärkeren seien und der endliche Erfolg nicht den anderen, sondern uns zufallen werde. Trotzdem werden die politischen Abmachungen, deren Besonderheiten man noch nicht kennt, nicht ganz einfach gewesen sein; man wird z. B. nicht bloß den Fall der völligen Vernichtung Serbiens, sondern auch die Möglichkeit, daß Serbien rechtzeitig sich unterwerfe und Separatfrieden anbiete, dabei im Auge gehabt haben müssen. Fast noch schwieriger als Bulgarien war Griechenland. Die beiden Völker haben von lange her ziemlich starke Reibungspunkte, und die Griechen standen im Beginn des Krieges in einer Art von Begeisterung auf der Seite des Vierverbandes. Waren doch Rußland, Frankreich und England die Schutzmächte, die einst das Königreich Griechenland geschaffen haben. Da sind uns nun nicht bloß unsere militärischen Erfolge, sondern auch die Italiener zu Hilfe gekommen. Die Italiener trachten nach der Vorherrschaft nicht nur im adriatischen, sondern auch im ganzen östlichen Mittelmeer, wollen an der albanischen Küste herrschen und haben seit dem Türkenkriege eine Anzahl griechischer Inseln, den Dodekanes mit Rhodus, im Aegäischen Meer besetzt. Die nationale Zukunft des Griechentums wäre für alle Zeit unterbunden, wenn die Italiener mit diesen Bestrebungen Erfolg hätten. Selbst ein großes Stück von Kleinasien, wie es

die Verbündeten den Griechen in Aussicht gestellt hatten, würde sie der Superiorität Italiens, das, wenn die Verbündeten siegten, doch noch viel mehr erlangt haben würde, nicht entzogen haben. Zwar der populärste griechische Staatsmann, Venizelos, hatte die Absicht, das Anerbieten der Verbündeten anzunehmen, aber die öffentliche Meinung war doch so unsicher geworden, daß es dem weitblickenden König gelang, das Steuer herumzuwerfen; er durfte es wagen, so zu handeln, da die militärische Einsicht des Offizierkorps und besonders des Chefs des Generalstabes Dusmanis, erkannte, wie groß bereits das militärische Uebergewicht der Zentralmächte sei. Nun aber kommt die dramatische Steigerung: während die deutsche Diplomatie in aller Stille ihre Fäden spann, war die Diplomatie des Vierverbandes wie mit Blindheit geschlagen und ließ sich vollständig überraschen. Man sollte es kaum für möglich halten, aber es scheint wirklich, daß weder die Serben noch ihre Verbündeten etwas davon gemerkt haben, daß sich an der Save und Donau eine große österreichisch-deutsche Armee versammelte, um in Serbien einzubrechen, und daß gleichzeitig die Bulgaren mobil machten, um von der anderen Seite einzufallen. Haben die Verbündeten wirklich nichts gemerkt, oder haben sie sich nicht einigen können, was sie gegen die heraufziehende Gefahr tun sollten? Man beschloß, den Serben militärische Hilfe über griechisches Gebiet zu bringen, aber es war erst am 2. Oktober, als die ersten Truppen in Saloniki landeten, während schon vier Tage später, am 6. Oktober, der Uebergang der Unsrigen über die Save und Donau begann. So schnell waren die Truppen nicht von Saloniki an die Donau zu bringen, und die Serben blieben sich selbst überlassen. In diesem Augenblick dürften die Verbündeten noch geglaubt haben, daß die Sache nicht so sehr gefährlich sei, indem nämlich, wie sie hofften, die Griechen auf ihre Seite treten und sie dann in der Lage sein würden, selbst wenn die Serben anfänglich zurückwichen, ihnen doch bald mit mehreren hunderttausend Mann zu Hilfe zu kommen, ihnen zunächst den bulgarischen Seitenangriff vom Leibe zu halten und dann den Krieg mit guten Chancen weiter zu führen. Alles das wurde umgeworfen, als die Griechen versagten. Jetzt entbehrte man nicht nur der positiven Hilfe der griechischen Armee, sondern hatte in Saloniki nicht einmal eine gesicherte Basis. Dazu hatte man sich moralisch mit dem Neutralitätsbruch gegen Griechenland belastet und selber die Nichtigkeit aller jener Deklamationen

dargetan, mit denen man die Welt erfüllt hatte wegen des Einmarsches der Deutschen in Belgien. Mit völliger Gleichgültigkeit gegen das Schicksal des Serbenvolkes fuhr man nichtsdestoweniger fort, dieses mit Hilfsversprechungen hinzuhalten und es so dem völligen Verderben auszuliefern. Wenn man wenigstens stark genug gewesen wäre, um den Serben einen geordneten Rückzug an der Eisenbahn entlang auf Saloniki zu ermöglichen! Wohl gingen die Franzosen zu diesem Zwecke vor, aber die Bulgaren waren schneller, legten sich zwischen die Serben und die Franzosen, drangen quer durch Serbien bis nah an die Grenze Albaniens und zwangen so die Serben zu dem Rückzug in westlicher Richtung in die unwirtlichen Berge Montenegros und Albaniens.

Was werden die Verbündeten jetzt tun? England und die Welt zerbrach sich den Kopf, weshalb Lord Kitchener am 4. November plötzlich von London abreiste. Ging er nach Aegypten? Ging er etwa nach Indien, weil dort ein Aufstand ausgebrochen war? Ich denke mir, es war nichts als eines jener Auskunftsmittel vollendeter Ratlosigkeit. Was sollte man bei dem unaufhaltsamen Vormarsch der Unsrigen, der zugleich die Serben zermalmte und uns die direkte Verbindung mit Konstantinopel gab, tun? Sollte man die Unternehmung auf Gallipoli angesichts der dort zu erwartenden schweren Artillerie und des reichen Munitionsvorrats fortsetzen oder aufgeben? Wohin dann mit den Truppen? Nach Saloniki? Nach Aegypten? Zur Unterstützung der Italiener in Venetien? Nach Frankreich für einen neuen Durchbruchsversuch? Wie sollte man sich zu Griechenland verhalten? Sollte man Gewalt anwenden? In welcher Art? Hatte das Unternehmen von Saloniki noch einen Sinn, wenn Griechenland auf keine Weise zu gewinnen war? Oder selbst mit ihm, nachdem die Serben bereits vernichtet waren? Oder konnte man den Serben auf irgendeine andere Art helfen? Man darf sich vorstellen, wie alle diese Fragen im englischen Ministerrat in gedrückter Stimmung diskutiert worden sind, und man sich endlich nicht anders zu helfen gewußt hat, als daß man sich sagte, es müsse an Ort und Stelle entschieden werden, und den Kriegsminister Kitchener mit unbeschränkter Vollmacht zu entscheiden hinsandte. So gewann man etwas Zeit, und die anderen Minister hatten die Verantwortung auf einen Mann, dessen Entschlossenheit die öffentliche Meinung anerkannte, abgeladen.

Lord Kitchener ist gekommen, zwischen den Dardanellen, Athen, Saloniki hin- und hergefahren, aber irgendein großer Entschluß ist bisher nicht zutage getreten.

Was wird aus dem Prestige Englands im ganzen Orient, von Aegypten bis nach Indien, wenn man sowohl von Gallipoli wie von Saloniki ruhmlos abzieht?

Wie immer, wenn in den Dingen selbst große Schwierigkeiten liegen, zeitigen sie auch noch Differenzen zwischen denen, die entscheiden sollen. Als der Krieg begann, haben wir ja in mancher Beziehung unsere Gegner unterschätzt (so wie diese in noch viel höherem Maße ihrerseits uns). Ich selber habe im besonderen nicht erwartet, daß die demokratische französische Regierung so viel Konstanz zeigen würde, wie sie es tatsächlich getan hat. Ich nahm an, daß die Oberbefehlshaber, wenn sie keine Erfolge erzielten, sehr schnell wechseln und in den strategischen Plänen wenig Voraussicht und Stetigkeit zu sehen sein werde. Bis jetzt kann man den Franzosen für die Art, wie sie sich der bestehenden Regierung und den führenden Persönlichkeiten untergeordnet haben, die Anerkennung nicht versagen. Auch zwischen den verbündeten Mächten scheinen die Differenzen über die einzuschlagenden Wege noch keine sehr wesentliche Rolle gespielt zu haben; die Natur der Dinge hat sie zusammengehalten, wenn schon hier und da Unzufriedenheit mit der Leistung des anderen zum Ausdruck gekommen ist. Jetzt aber, wo das Problem, was zu tun ist, wirklich schwierig wird, scheint die Einigkeit in die Brüche gehen zu wollen. An die Stelle des Ministeriums Viviani ist ein Ministerium Briand getreten — keine Aenderung der Politik, ein bloßer Personenwechsel, aber das eben ist charakteristisch. Es zeigt die Nervosität, die wechselt nur um zu wechseln. Gleichzeitig hat man vier respektable, aber uralte Herren, darunter Freycinet, der schon 1870 eine Art Kriegsminister war, ins Kabinett genommen, um seine Autorität zu stärken. In London hat man umgekehrt den entscheidenden Ministerrat von 22 Personen auf fünf reduziert. Man erkennt auch schon, wie die feste Direktion verloren gegangen ist. Lord Kitchener hat offenbar versucht, durch die brutalsten Drohungen die Griechen zur Unterwerfung zu bringen; schon wurde angekündigt, daß die Mächte über das neutrale Griechenland die Blockade verhängen würden. Dann aber erschien der französische Minister Denys Cochin,

ein alter Philhellene, in Athen und versuchte es mit Freundschaftsbeteuerungen und Schmeicheleien. Die Blockadedrohung wurde zurückgenommen. In Frankreich aber erhebt sich mit Energie eine Opposition gegen die Fortsetzung des Orient-Unternehmens überhaupt. Die Senatskommission für die auswärtige Politik unter Führung des alten Ministerstürzers Clemenceau, hat ihren offenen Widerspruch angekündigt. Wird man auf jede weitere Initiative verzichten und einfach abwarten, was wir unsererseits weiter unternehmen? Es heißt, alle Handelsschiffe in England und Frankreich seien von den Regierungen requiriert — sollen sie Verstärkungen nach Mazedonien bringen oder die dortigen Truppen von da abholen? Oder ist etwas an dem, daß die Russen eine neue große Armee in Beßarabien und Odessa unter dem Oberbefehl Kuropatkins bilden? Wollen sie durch Rumänien gegen Bulgarien marschieren oder eine Landung im größten Stil unternehmen? Das zweite dürfte schwer ausführbar sein; das erste hängt von der Politik Rumäniens ab. Ueber diese ließe sich viel sagen, das Beste aber ist: warten wir ab.

Die italienische „Idea Nationale" schrieb jüngst (12. November): „Die Legende von der wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands und seiner ungenügenden Munitionsversorgung wegen des Mangels an Kupfer und anderen Rohstoffen, von der militärischen Schwächung Deutschlands wegen des fortschreitenden Verbrauchs seiner Menschenreserven — diese Legende, die vor sechs Monaten die Spalten der Vierverbandszeitungen erfüllte, wird heute von niemandem mehr geglaubt." Sollte das wirklich wahr sein? Sollte man in England bereits auf die krasse Aushungerungsidee verzichtet haben? Dann ist schwer zu sagen, worauf der Vierverband überhaupt noch Siegeshoffnungen setzen will. Die „Idea Nationale" freilich meint, die Generalstäbe müßten zusammentreten und „endlich einen umfassenden und organischen Plan zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes aufstellen." Das ist wohlgesprochen! Umfassend muß der Plan sein und zugleich organisch! Hat man ihn erst gefunden, so braucht man ihn bloß noch auszuführen. Bis die vier Generalstäbe sich darüber geeinigt haben, sehen wir in dem Aushungerungsplan immer noch die eigentliche leitende Idee unserer Gegner. Daß sie damit nichts ausrichten werden, wissen wir, aber das ist erst der fernere Gesichtspunkt; von der tatsächlichen Aussicht zu unterscheiden ist

der Glaube, daß man uns auf diesem Wege niederzwingen könne, und es scheint fast, als ob die Amerikaner hier einen wirksamen Eingriff vorbereiteten.

Präsident Wilson hat an die englische Regierung eine Note gerichtet, in der sie in strengen Worten auf ihre Verletzungen des Seerechts hinweist. In Deutschland wird man im allgemeinen wenig geneigt sein, zu glauben, daß diesen Worten eine Tat folgen könnte. Aber der Staatssekretär Dernburg, der doch die Verhältnisse und Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten sehr gut kennt, hat im Berliner Tageblatt (12. November) einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem er in höchst eindrucksvoller Weise entwickelt, daß und warum es dem Präsidenten mit seinem Vorgehen voller Ernst sei. Hat nun Herr Dernburg Recht, daß der Präsident die ihm gegen England zur Verfügung stehenden Machtmittel, die ja so zahlreich wie stark sind, wirklich in Anwendung zu bringen gedenkt, wenn England ihm, der im Namen aller Neutralen spricht, nicht nachgibt, so sind damit die deutschen Häfen praktisch der amerikanischen Baumwolle und dem amerikanischen Getreide geöffnet, und auch sonst ist der Handel von Holland und Skandinavien eines großen Teils der Fesseln ledig, in die ihn die englische Seegewalt jetzt geschlagen hat. Sollte dann nicht der Glaube an die Aushungerung bei den Engländern bald genug dahinschwinden? Die Sache ist von einer unabsehbaren Tragweite, sowohl für den Krieg sowie für den zukünftigen Frieden, der ja das große Problem der „Freiheit der Meere" zu lösen haben wird. Ich will keinem vorzeitigen Optimismus das Wort reden, aber wer den Dernburgschen Artikel liest, wird sich der Kraft seiner Argumentation schwer entziehen können.

Die Rede des Reichskanzlers und der Reichstag. Wirkung im Ausland. Zeichen der Erschlaffung bei unseren Feinden. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands. Die Kriegslage Ende Dezember.

31. Dezember 1915.

Die neue Tagung des Reichstages hat dem Herrn Reichskanzler die Gelegenheit geboten, den Stand des Krieges unter dem politischen Gesichtspunkt zu beleuchten. Die Aufgabe war insofern nicht einfach, als es galt, die volle Größe unseres

Sieges, die absolute Zuversicht in den Fortgang und den unerschöpflichen Reichtum unserer Mittel kraftvoll vorzutragen und gleichzeitig unsere ehrliche Bereitschaft zu einem verständigen Frieden nicht bloß auszusprechen, sondern auch glaublich zu machen. Sowohl die öffentliche Meinung in Deutschland wie die Stimmungen im gegnerischen Lager wie bei den Neutralen waren dabei zu berücksichtigen. Für Deutschland hat die Rede ihren Zweck in der denkbar vollkommensten Weise erreicht. Die einzelnen Ausdrücke und Wendungen atmeten eine solche Entschiedenheit und waren so geschickt gewählt, daß unser Volk in seiner Gesamtheit sich in seiner Zuversicht gestärkt fühlte, und wegen des zukünftigen Friedens sowohl diejenigen, die da glauben, daß der größte Patriotismus sich in den größten Forderungen zeige, wie diejenigen, die daran festhalten, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe, ihre Meinung herauslesen zu können meinten. Der günstige Eindruck der Rede des leitenden Staatsmannes wurde verstärkt durch die so talentvollen wie verständigen Reden der beiden Sozialdemokraten Scheidemann und Landsberg. Daß die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien sich mit einer an sich unanfechtbaren gemeinsamen Erklärung begnügte, nahm sich, wie ich nicht verhehlen will, etwas matt aus. Es eröffnet eine wunderliche Perspektive in die Zukunft, daß nur die Regierung und die Sozialdemokraten dem Lande etwas zu sagen haben, während die bürgerlichen Parteien ihren guten Willen nur schweigend zu betätigen vermögen. Wie dem auch sei, zunächst herrscht nach dem Wort von der Freude über den bekehrten Sünder allenthalben in den über Parteisucht erhabenen Kreisen die innerste Befriedigung über die Haltung der Majorität der sozialdemokratischen Fraktion und über die klugen und tapferen Reden ihrer beiden Wortführer. Das Aergernis, das daneben die Minorität gegeben hat, indem etwa ein Dutzend gegen die Bewilligung der neuen Kriegskredite gestimmt, ein anderer Teil sich enthalten hat, wird ihnen selbst und der Fraktion mehr schaden, als dem Deutschen Reich und seiner Kriegsführung. Ergibt sich daraus schließlich eine Spaltung der Partei, so kann uns auch das ja nur recht sein, und die Neubildung der Parteien, der wir hoffentlich entgegengehen, nur fördern.

Nun aber zu der Wirkung dieser Reichstagsverhandlungen und insbesondere der Rede des Herrn Reichskanzlers auf das Ausland. Aeußerlich der absolute Mißerfolg: Hohn über unsere Siegeszuver-

sicht, Hohn über die Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen. Sie sind nichts als ein Zeichen der Schwäche, das deutliche Merkmal, daß es mit unseren Kräften zu Ende geht. Daß wir augenblicklich gewisse militärische Erfolge erlangt haben, ist ja nicht zu leugnen; aber eben darum möchten wir, so argumentiert man, jetzt zum Frieden kommen, weil wir weitere Erfolge nicht zu erwarten haben, im Gegenteil voraussehen, daß es von jetzt an bergab gehen wird. Frieden wünscht man, wenn man meint, auf dem Gipfel angelangt zu sein; insofern war die Bethmannsche Rede diplomatisch kein übler Zug, aber da man ihn durchschaut, muß er wirkungslos bleiben, und von Frieden darf gar keine Rede sein. Mit unerschütterlicher Entschlossenheit, hieß es, beharren wir auf dem Vorsatz, Deutschland niederzukämpfen, und seinen Machtwillen für absehbare Zeit zu brechen.

Die Taktik, in allem, was in Deutschland geschieht, namentlich aber, wo man das Wort Frieden hört oder wittert, Zeichen unserer Schwäche zu sehen, hat schon vor längerer Zeit eingesetzt. Als es hieß, Fürst Bülow sei in die Schweiz gereist, oder ein Staatssekretär habe im Haag eine Verwandte besucht, erkannte der „Temps" sofort die deutschen Friedensboten. Auch ein Interview, das ich einem amerikanischen Journalisten gewährt hatte, erklärte der „Temps" für ein solches Schwächezeichen, obgleich er freilich am Tage vorher darin ein Zeugnis der deutschen Anmaßung erkannt hatte. Schließlich mußte ihm sogar unser Feldzug nach Serbien als Beweis unserer Schwäche dienen, denn wir hätten uns diesem Nebenkriegsschauplatz nur zugewandt, weil wir gesehen hätten, auf den Hauptkriegsschauplätzen nichts mehr ausrichten zu können.

Dem Franzosen darf man das alles so übel nicht nehmen; er muß alle Künste arbeiten lassen, um den sinkenden Mut seiner Volksgenossen wieder aufzufrischen. Weniger erbaulich ist schon, daß sich deutsche Zeitungen gefunden haben, die in aller Biederkeit dem Franzosen glaubten, er sehe wirklich in allen jenen Erscheinungen und Ereignissen Zeugnisse unserer Schwäche. Wer es darauf anlegt, kann ja schließlich aus jeder Blume Gift oder Honig saugen: selbst die Tatsache, daß 91% der Verwundeten in unseren Lazaretten wieder an die Front zurückkehren, hat eine französische Zeitung dahin zu deuten verstanden, daß wir bereits so männerarm seien, daß man 91% der Verwundeten wieder habe an die Front schicken müssen.

Ist denn nun aber damit die Sache zu Ende? Was ist denn der wirkliche Eindruck gewesen, den die Reden des Herrn Reichskanzlers bei unseren Feinden gemacht haben? Alles jenes Gerede von den Zeugnissen der deutschen Schwäche ist doch offensichtlich bloße Maske. So viel Diplomatie haben ja auch die Zeitungen und schlimmstenfalls die Zensur, nicht direkt in den Druck zu geben, was sie meinen und wollen. Sehen wir, ob nicht auf indirektem Wege herauszubringen ist, wie es in Wahrheit drüben steht, und da glaube ich dieses feststellen zu können: man spürt in den eigenen Reihen eine gewisse Friedenssehnsucht und fürchtet, daß diese durch die deutsche Kundgebung verstärkt werden könnte. Beweis: alles Gemäßigte in ihr ist geflissentlich unterdrückt worden; unabsehbare Annexionsabsichten im Osten und Westen sollten proklamiert worden sein. Das heißt mit anderen Worten: nur durch Vorspiegelung solcher Absichten in Deutschland ist der jenseitige Kriegswille noch aufrecht zu erhalten; dieselbe deutsche Mäßigung, die angeblich aus der Schwäche entspringen sollte, gilt in Wahrheit als eine Gefahr, die man nicht aufkommen lassen darf. „Heimtückisch" nennt deshalb der „Figaro" das Angebot des Kanzlers, und sehr naiv hat das schon einige Wochen vorher ein kriegseifriges italienisches Blatt, die „Idea nationale", entwickelt, indem sie schrieb: „Wie vor drei Monaten, während und nach der großen Offensive in Polen, so wiederholt Deutschland auch jetzt, während die österreichisch-deutschen Heere Serbien erobern und sich mit den bulgarischen Heeren auf dem Wege nach Konstantinopel vereinigen, seine Friedensbemühungen. Sein Zweck ist dabei vor allem ein möglichst starker psychologischer Druck auf die öffentliche Meinung der Feinde. Das Spiel ist höchst einfach, wenn nicht einfältig. Zunächst redet die Presse so geräuschvoll wie möglich von der Friedenssehnsucht der Feinde Deutschlands. Dann wird von allen möglichen Annäherungs- und Vermittlungsversuchen gesprochen, und schließlich begibt sich Bülow, der bekannteste deutsche Diplomat, nach Luzern, umhüllt sich mit tiefem Geheimnis und hat geheimnisvolle Unterredungen mit irgendwelchen dienerischen oder verräterischen Russen, Engländern, Franzosen und Italienern. Das Ergebnis ist, daß der Gedanke an einen möglichen Frieden sich automatisch zu verbreiten anfängt. Und da es in allen Ländern der Welt Unwissende und Gesinnungslose gibt, die mehr als an die Interessen ihres Volkes an die eigenen privaten Interessen denken,

die durch den Krieg geschädigt werden, so kommen die pazifistischen Strömungen in Rußland, England, Frankreich und Italien, die bis dahin nicht bestanden oder sich so viel wie möglich versteckten, an die Oberfläche. Die Großinteressenten, die an dem Getriebe der deutschen finanziellen Organisation beteiligt sind, sorgen dafür, daß diese Strömungen festere Formen annehmen und fortwährend an Kraft wachsen. Inzwischen tritt das voraussehbare Ereignis ein: die Ankunft der Deutschen in Konstantinopel. Der entmutigende Rückschlag, den diese Nachricht auf die öffentliche Meinung in den Ländern des Vierverbandes ausüben kann, wird den schon vorbereiteten Friedensströmungen weitere Nahrung geben. Dann wäre es möglich, daß eine der Regierungen des Vierverbandes nicht mehr widerstehen könnte und nachgäbe. Damit würde Deutschland seine Sache gewonnen haben. Es würde großmütig sein, aber doch gesiegt haben. Es würde den Krieg gerade in dem Augenblick gewonnen haben, in dem das über allen Einzelanstrengungen und Einzelfehlern stehende unvermeidliche Gesetz des Krieges die notwendige Niederlage Deutschlands in Aussicht stellte. Dieses Spiel ist durchsichtig, aber deshalb doch nicht ungefährlich."

Mit voller Befriedigung dürfen wir also feststellen: Herr v. Bethmann Hollweg hat gerade den Ton angeschlagen, der in den Ohren unserer Feinde der allerwiderwärtigste ist, indem er ohne irgendwelche Verpflichtungen zu schaffen, doch in unverkennbarer Weise begrenzte und gemäßigte Ziele in Aussicht nahm. Hätte er etwa noch weiter gehen sollen und positive Friedensbedingungen formulieren, wie es die Sozialdemokraten verlangten? Das wäre ein schwerer diplomatischer Fehler gewesen. Zunächst muß einmal auch drüben von autorativer Seite, so wie es der deutsche Reichskanzler getan hat, erklärt werden, daß man prinzipiell zu einem vernünftigen Frieden bereit sei. Erst dann kann die Frage aufgeworfen werden, wer das erste Wort sprechen soll. Im allgemeinen hat das die unterlegene Partei zu tun, aber ein unbedingtes Prinzip ist das natürlich nicht; es lassen sich ganz wohl Umstände denken, wo der Sieger es in seinem Interesse findet, das erste Wort zu sprechen, aber es ist völlig unnütz, darüber jetzt zu diskutieren, ehe nicht die erste und wichtigste Bedingung erfüllt ist, daß man nämlich drüben einsieht, die Aussichten auf eine Verbesserung der Lage seien so gering geworden, daß man beginnt,

sie gegen etwa mögliche Friedensbedingungen abzuwägen; als Beispiel, wie man eine solche Wendung einleitet, ein Beispiel, das einer gewissen Komik nicht entbehrt, sei folgende Aeußerung des „New Statesman" angeführt. Er fragt, wofür die Verbündeten kämpfen und stellt fest, daß endgiltig anerkannt und abgemacht die folgenden Kriegsziele seien:

1. Die vollständige Wiederherstellung Belgiens und seine Entschädigung.
2. Die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich.
3. Die Bildung eines geeinigten Polens unter Losreißung der polnischen Gebietsteile Deutschlands und Oesterreichs innerhalb des russischen Reiches.
4. Die endgültige Austreibung der Türken aus Europa.
5. Die Rückgabe Istriens und des Trentino an Italien.
6. Die dauernde Ausschließung Deutschlands von der Beherrschung irgendeines Gebietes im fernen Osten.
7. Die Schaffung eines größeren Serbiens, das mindestens Bosnien und die Herzegowina mit umfassen müßte.
8. Die gänzliche und endgültige Zerstörung des preußischen Militarismus.

Das also sind nach dem „New Statesman" die anerkannten Ziele unserer Gegner; er selber aber fügt hinzu: „Für unseren Teil können wir keinem der von uns aufgeführten Gegenstände überwältigende Bedeutung beilegen — mit Ausnahme des ersten und des letzten; und wir messen dem ersten hauptsächlich deshalb Wichtigkeit bei, weil er ein äußeres Zeichen für den letzten Gegenstand ist."

Das „Berliner Tageblatt" hat in den letzten Wochen von einem Herrn, der sich Dr. Vorst nennt, und offenbar ein Bürger deutscher Nationalität in einem fremden Staate ist, eine Reihe von Berichten aus Frankreich und England gebracht, die durchaus bestätigen, daß die allgemeine Stimmung hier wie dort für entschlossene Fortführung des Krieges ist. Die Berichte tragen das Gepräge der Wahrheit an der Stirn und verdienten in einer besonderen Ausgabe zu erscheinen. Diese Beobachtungen liegen aber nunmehr doch schon einige Monate zurück, und jetzt, glaube ich, lassen sich Symptome feststellen, die mit mehr Recht als unsere theoretischen Friedensanbietungen als Zeichen des Nachlassens der Kraft und des Kriegswillens im feindlichen Lager gedeutet werden können. Ich habe

zunächst den Wechsel in den Kommandostellen im Auge. Nachdem erst der Großfürst Nicolai durch den General Rußki ersetzt worden ist, ist auch dieser jetzt wieder beseitigt worden, und nicht anders ist die in die Form einer Beförderung eingekleidete Ersetzung des Generals Joffre und des Generals French aufzufassen. Man könnte das ja auch so verstehen, daß man weniger fähige durch hervorragend tüchtige Persönlichkeiten ersetzen und mit jüngeren, unverbrauchten Kräften erst recht eine energische Kriegsführung einzuleiten beabsichtigte, aber erstens waren Joffre und French — worüber unten noch einige Worte — und allem Anscheine nach auch Rußki keineswegs minderwertige Führer und zweitens, was soll denn Größeres und Energischeres gemacht werden, als es die bisherigen Oberbefehlshaber getan haben? Die wahrscheinlichste Deutung ist doch wohl die, daß die bisherigen Feldherren erklärt haben, mehr als bisher seien sie zu leisten nicht im Stande; sie werden deshalb ihren Rücktritt angeboten haben, und ihre Nachfolger Castelnau und Haig haben den Ruf der Entschlossenheit, aber darum bleibt der Rücktritt der beiden ersteren hervorragenden Generale doch ein Symptom der einsetzenden Schwäche. Noch deutlicher aber ist der totale Mißerfolg der französischen Anleihe: nach Abzug der bloßen Konversionen nicht mehr als 3876 Millionen Mark! Ist der französische Wohlstand bereits erschöpft? Schwerlich. Ganz wie bei uns ist Geld genug vorhanden, aber der französische Bürger hat kein Vertrauen mehr in seinen Staat. Trotz des pomphaften Namens der „Siegesanleihe" glaubt der Geschäftsmann, der Bauer und Rentier nicht mehr an den Sieg, sonst hätte die nach französischen Begriffen unerhört hohe Verzinsung von 5¾% ihn sicherlich gelockt, seine Kassenscheine dem Staate zur Verfügung zu stellen. Ich will nicht sagen, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch, den die Gegner immer bei uns erwarteten und prophezeihten, drüben bereits eingesetzt habe; rein wirtschaftlich dürfte man sogar in Rußland und Italien noch immer Mittel genug zur Verfügung haben, aber die Zuversicht zu dem guten Ausgang sinkt weiter und weiter, und so hat sich denn auch die „Times" bereits (20. Dez.) zu einem Artikel durchgewunden, der ziemlich unverblümt die positiven Kriegsziele des Vierbundes fallen läßt, Elsaß-Lothringen gar nicht mehr erwähnt und sich damit zufrieden geben möchte, wenn wir die eroberten Gebiete räumten und entschädigten. Groteske Verkennung der Sachlage — für die „Ti-

mes" aber doch schon so etwas wie Vorbereitung zu einem Bußgang.

Es sind gewiß nicht bloß unsere militärischen Erfolge, sondern vor Allem die aufdämmernde Erkenntnis, daß der Aushungerungsplan sich als wirkungslos erweist, was die Engländer so nachdenklich stimmt. In wie wunderbarer Weise die deutsche Wissenschaft und die deutsche Technik, die deutsche Industrie und die deutsche Organisation zusammengewirkt haben, uns von den auswärtigen Zufuhren unabhändig zu machen, ist vielfach dargelegt worden. Man darf sogar behaupten, daß der anscheinend so große Vorteil der Verbündeten, daß sie über den offenen Weltmarkt verfügen, wirtschaftlich direkt zu einem Nachteil für sie ausgeschlagen ist. Die Gegner der allgemeinen Wehrpflicht in England pflegen sich darauf zu berufen, daß die freiwillige Werbung bereits Alles, was an Männern verfügbar sei, den Fahnen zugeführt habe; schreite man fort bis zu einer allgemeinen Konskription, so würden die Arbeiter für die Herstellung der Munition und der sonstigen Heeresbedürfnisse fehlen. Man müßte doch eigentlich umgekehrt argumentieren: England ist in der Lage, jeden Mann an die Front zu schicken, da es, wenn es nur seine angesammelten Reichtümer dazu verwenden will, alle seine Bedürfnisse in Amerika arbeiten lassen und von dort beziehen kann. Wie bringt es Deutschland fertig, daß es seine gesamte wehrpflichtige Mannschaft in der Front hat und dennoch Munition wie alle anderen Bedürfnisse reichlich beschafft? Die Antwort ist einfach, daß wir nicht nur in der direkten Kriegführung, sondern überhaupt unsere Kräfte in viel höherem Maße anspannen als unsere Gegner. Einen Teil der fehlenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in den Bergwerken haben wir durch Kriegsgefangene ersetzen können; im Gewerbe aber und in den Fabriken werden Ueberstunden gemacht und die Alten und Invaliden, die Jugendlichen, namentlich aber die Frauen führen die Arbeiten der Männer aus, die jetzt im Schützengraben liegen. In England, hört man, daß Arbeiter, erfreut über den hohen Verdienst, es bei drei Tagen Arbeit in der Woche genug sein lassen. In Deutschland arbeitet so wie jeder Kopf auch jede Hand. Hätten auch wir wie die Engländer und Franzosen den bequemen Ausweg zur Verfügung, in den Vereinigten Staaten zu bestellen, was wir brauchen, so hätten auch wir uns schwerlich bis zu diesem Grade der Anstrengung aufgeschwungen. Nun genießen wir den Lohn

unserer Mühe. Da im Lande stramm gearbeitet wird, wird auch gut verdient, und diesen Verdienst wieder leihen Arbeiter und Fabrikanten, Landwirte und Soldaten dem Staate, so daß er weiter arbeiten lassen kann. Einmal freilich muß das alles bezahlt werden; darin ist kein Unterschied zwischen uns und den Engländern, aber der Unterschied ist, daß wir es an unsere eigenen Mitbürger bezahlen, die Engländer aber an das Ausland. Für England sind also diese Zahlungen ein wirkliches allmähliches Verarmen; für Deutschland bedeuten sie zwar auf der einen Seite hohe zukünftige Steuern, auf der anderen aber zahllose Leute im Besitz von Anleihescheinen, für die sie ihre Zinsen beziehen. Deutschlands Wohlstand im ganzen verringert sich also nur wenig, denn was jetzt verbraucht wird, ist zum sehr großen Teil Arbeit, die sonst überhaupt nicht geleistet worden wäre, oder aber Arbeit, die sonst auf andere Weise, zum Teil in Luxusarbeiten und Luxusgegenständen, verbraucht worden wäre, die nun infolge der allgemeinen Einschränkung gespart werden. So ist in der Tat die Absperrung vom Weltmarkt für uns nicht nur ausgeglichen, sondern sogar zu einem positiven Gewinn geworden.

* * *

Der Krieg ist auf allen Fronten im Laufe des Dezember zu einem Stillstand gekommen; auf der West-, Süd- und Ostfront halten die Unsrigen sich schon lange auf der Verteidigung und auch der große Sieg in Serbien ist nicht über die griechische Grenze hinaus verfolgt worden. Notwendig spielen hier militärische und politische Motive durcheinander. Wird schließlich doch noch ein großer Kampf auf dem neutralen Boden um Saloniki entbrennen? Sollten die Griechen sich das wirklich gefallen lassen? Daß sie sich der Landung der Verbündeten in Saloniki und dem Durchmarsch nach Serbien angesichts der Seegewalt der Verbündeten nicht widersetzt haben, war ja verständlich und natürlich. Etwas ganz anderes ist es aber doch, wenn nun der wirkliche Krieg mit allen seinen Greueln sich auf das neutrale Gebiet verpflanzen und endlich eine große Handelsstadt, wie Saloniki, den Bomben zum Opfer fallen sollte.

Die gar nicht abreißende Kette der Mißerfolge ruft bei den Verbündeten naturgemäß mehr und mehr die Kritik auf den Plan. Sie hatten doch, wie sie sich bei Beginn des Krieges ausrechneten,

die ungeheure Ueberlegenheit und waren des Sieges vollständig sicher — welche unerhörten Fehler müssen gemacht worden sein, daß der Sieg dennoch nicht nur ausgeblieben ist, sondern Niederlage sich an Niederlage gereiht hat? Noch immer mit einer gewissen Zurückhaltung in der Form, aber dennoch sachlich unverhohlen, drängen sich jetzt in der französischen, namentlich aber in der englischen Presse die Vorwürfe gegen die leitenden Männer herauf. Man jammert über das ungenügende Zusammenwirken der verbündeten Heere; man klagt, daß man sich zu dem an sich Richtigen immer erst zu spät entschlossen habe. Man schilt ganz besonders über das so ungeheuer verlustvolle, vergebliche Unternehmen auf Konstantinopel, über den gegen alle Regeln der Kriegskunst unternommenen Vorstoß auf Bagdad, endlich und vor allem, daß man den Serben nicht rechtzeitig zu Hilfe gekommen ist. Hätte man die Truppen, so heißt es, die man bei Gallipoli vergeblich ansetzte, zur Verstärkung der Stöße gegen die deutsche Front, in der Champagne oder in Artois verwandt, so wäre man durchgebrochen, hätte die deutsche Armee aufgerollt und hätte den Sieg gewonnen. Auch die großen Durchbruchsversuche selber werden getadelt: aus politischen Gründen seien sie verfrüht worden, ehe die militärischen Vorbereitungen völlig reif gewesen seien. Gehen wir diese Vorwürfe einmal der Reihe nach durch. Da die Niederlagen da sind, ist die Kritik billig. Wer aber in der Kriegsgeschichte bewandert ist, wird sehr vorsichtig urteilen.

Daß die Verbündeten tatsächlich falsch operiert haben, ist am augenfälligsten in bezug auf Serbien. Es scheint nachträglich kaum begreiflich, daß gegenüber dem Doppelangriff auf Serbien die verbündeten Kräfte erst in Saloniki ansetzten, als der Siegeszug Mackensens und der Bulgaren bereits in vollem Gange und die rechtzeitige Ankunft der Hilfe von vornherein ausgeschlossen war. Aber die subjektive Schuld der führenden Staatsmänner und Generale braucht deshalb so groß nicht zu sein; eine Koalition von vier oder fünf verschiedenen Mächten zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, ist immer ungemein schwer; auch 1813 haben die Verbündeten Napoleon doch nur dadurch besiegen können, daß sie endlich eine große Ueberlegenheit gegen ihn zusammenbrachten. Alle Balkanaufgaben sind ungemein verwickelt. Politisches und Militärisches, und nicht bloß Serbien, sondern auch Griechenland, Rumänien und die Türkei mußten berücksichtigt werden. Auf der

anderen Seite hatten aber Rußland, Frankreich und Italien jedes seinen eigenen Standpunkt. Wir müssen einen einheitlichen Oberbefehl schaffen, heißt es jetzt in der Presse — aber wie soll das möglich sein? Jede militärische Handlung hat auch eine politische Seite und kein Staat verzichtet darauf, hier seine Interessen zu wahren. Am wenigsten fällt es den Italienern ein, sich unter englischen oder französischen Oberbefehl zu stellen, und nicht einmal auf dem westlichen Kriegsschauplatz existiert ein gemeinsamer Oberbefehl. Eine Koalition kann nur mit Verabredungen von Fall zu Fall geleitet werden, und wenn ich die Dinge etwa mit dem Siebenjährigen Kriege oder den napoleonischen Kriegen vergleiche, so bin ich geneigt, zu sagen, daß die Harmonie in der Leistung der Verbündeten im Allgemeinen noch immer respektabel genug ist. Der Feldzug in Serbien freilich ist durch Mangel an Voraussicht und schneller Entschlossenheit so schmählich verloren gegangen, aber die Aufgabe war auch hier gerade die allerschwerste, so daß ich viel mehr die deutsche Diplomatie wegen ihres gelungenen Erfolges loben als die gegnerische wegen ihres Mißerfolges tadeln möchte.

Die letzte große Offensive im Westen am 25. und 26. September wird ihrer strategischen Anlage nach jeder militärischen Kritik standhalten. Der Unterschied zwischen diesem Durchbruchsversuch und den früheren Versuchen war die Doppeltheit. Unsere Stellung bildet ja etwa bei Noyon einen Winkel. Indem nun der Angriff unter Zusammenziehung aller nur verfügbaren Kräfte an Artillerie und Infanterie und sogar unter Bereitstellung von Kavallerie zum Nachhauen auf beiden Seiten des Winkels zugleich ansetzte, war alles, was Strategie für die Erzielung des taktischen Sieges zu leisten vermag, vorgesehen und aufs denkbar beste vorgesorgt. Fast fünf Viertel Millionen Mann standen zum Sturm bereit, den 5000 Geschütze vorbereiteten; brach man auch nur an der einen Stelle durch, so war auch die andere gewonnen, da man ihr in den Rücken kommen konnte. Der Doppelangriff aber mußte Zweifel bringen in die Verwendung der deutschen Reserven und beanspruchte sie in höherem Maße, als es ein lokal verlängerter Angriff getan hätte. Indem die deutsche Kritik dem General Joffre für seine Führung die Anerkennung nicht vorenthalten hat, hat sie nur um so mehr dem Ruhm unserer eigenen Braven gedient, an deren granitnem Willen alle feindliche Kunst und Kraft zerschellt ist.

Selbst die angeblich kopflosen Unternehmungen auf Gallipoli und in Mesopotamien dürfen nicht schon deshalb verurteilt werden, weil sie mit einer Niederlage geendet haben. Jede große, kriegerische Unternehmung muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sie mißlingt und das gerade macht den weltgeschichtlichen Strategen, daß er die Kühnheit hat, das Schicksal herauszufordern. Es ist nicht richtig, sich die Kriegskunst wie ein Schachspiel vorzustellen, bei dem die weit vorausschauende Berechnung entscheidet. Denn im Kriege sind immer schlechthin unberechenbare Elemente im Spiel, und wer nicht die Charakterkraft hat, es auf Glück und Unglück hin zu wagen, kann niemals ein erfolgreicher General sein. Gneisenau hat einmal Clausewitz gegenüber Blüchers Feldherrntum direkt damit begründet, daß er ein bei Pharao und Würfeln geübter Spieler gewesen sei. Geht das Spiel verloren, so muß es der Feldherr freilich tragen, daß die weise öffentliche Meinung und die superkluge Kritik ihn als einen Toren hinstellt. Wie gewaltig stünde Herr Winston Churchill da, wenn die englische Flotte und das Landungsheer Konstantinopel genommen hätten! Die Russen hätten durch die Meerengen ihr Getreide heraus und Geschütze und Munition hineingebracht. Die Situation auf dem ganzen südöstlichen Kriegsschauplatze wäre verändert worden. Das russische Wirtschaftsleben wäre nicht in eine so große Unordnung gekommen und die Widerstandskraft der russischen Heere gegenüber unserer großen Offensive hätte sich wesentlich verstärken lassen. Rumänien wäre auf die andere Seite getreten und Bulgarien hätte zum wenigsten stillgesessen. Es dürfte auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Türken nur mit der alleräußersten, die höchste Bewunderung verdienenden Anspannung sich gegen die immer erneuten Anstürme der Engländer haben behaupten können. Einmal war es ja so weit, daß Churchill öffentlich verkündigen konnte (15. Juni): „Hamiltons Heer und die Dardanellenflotte sind nur noch wenige Meilen von einem Siege entfernt, wie ihn dieser Krieg noch nicht gesehen hat. Ich spreche von diesem Sieg im Sinne einer bevorstehenden gewaltigen Tatsache, die den Krieg sehr abkürzen wird." Heute höhnt England und die Welt über dieses Wort, und man hält Herrn Churchill vor, daß er selber dieses ganze Unternehmen als ein Hazardspiel bezeichnet habe: mit den Lebensinteressen seines eigenen Volkes dürfe man nicht Hazard spielen; es sei der militärische Dilettantismus, der so spreche und so große Unter-

nehmungen nicht fachmäßig derartig vorbereite, daß der Erfolg gesichert sei. Nach welchem Maßstab aber sollte Herr Churchill die Widerstandskraft der Türken und die Geschicklichkeit der deutschen Führung abmessen? Hatte er Grund in Rechnung zu stellen, daß aus diesen Wogen deutsche Unterseeboote auftauchen würden? Konnte er voraussetzen, daß die Russen die Korps, mit denen sie Konstantinopel von Norden angreifen sollten, gegen Linsingen in Polen gebrauchen würden? Kein Zweifel, daß er die Verhältnisse nicht richtig berechnet hat. Der Ausgang lehrt es — aber auch nur der Ausgang. Wer will sich vermessen, zu behaupten, daß er das vorher gewußt habe? Deshalb hat sich auch Admiral Fisher zwar gehütet, dem Plan des Marineministers ausdrücklich zuzustimmen und ihn gutzuheißen, aber er hat auch nicht widersprochen, sondern dem die Verantwortung überlassen, der die Verantwortung tragen wollte. Das war Herr Churchill. Hätten die Engländer Konstantinopel genommen, so hätte man ihn ein Genie geheißen, jetzt heißt man ihn einen Abenteurer.

Ueber das Unternehmen der Engländer in Mesopotamien, vom persischen Meerbusen herauf, am Tigris entlang, auf Bagdad weiß man ja nichts Näheres, aber es wird prinzipiell nicht anders zu beurteilen sein, als das Unternehmen von Gallipoli. Bis ganz nah ans Ziel hat's geführt und dann ist's zusammengebrochen. An Tatkraft fehlt es unsern Gegnern wahrlich nicht. Die Fehler, die sie gemacht haben, sind weniger ihre Fehler, als unsere und unserer Verbündeten Tugenden. Wenn also Männer, wie French und Churchill oder auch Joffre oder Rußki jetzt abgegangen sind, so ist ganz gewiß nicht anzunehmen, daß man Nachfolger für sie gefunden hat oder finden wird, die mehr leisten können. Was im Besonderen die etwaige Wiederholung der Durchbruchsversuche im Westen betrifft, so möchte ich auf die durch die Zeitungen gegangene Aeußerung Joffres hinweisen, daß das Nehmen der ersten Linie der Deutschen 150 000 Mann, der zweiten ebenfalls 150 000 Mann, der dritten 100 000 Mann kosten werde, und daß man dann noch vor der Rückeroberung Belgiens stehen werde. Wie ganz anders lautete Joffres Aufruf, als er die Seinigen wirklich zum Sturm führen wollte! Da erzählte er ihnen, wie stark sie seien, wie schwach die Deutschen, und daß nur mutiges Draufgehen mit der Artillerie-Wirkung nötig sei, um den endgültigen Sieg heimzubringen. Ich möchte glauben, daß man

Truppen, denen man von vornherein sagt, wie fürchterlich ihre Verluste sein werden, und wie ihrer immer eine Linie nach der anderen wartet, überhaupt nicht mehr zum Sturm zu bringen vermag. Nicht bloß Zahl und Geschütze, sondern auch die Kriegspsychologie spielt ihre Rolle und muß in Betracht gezogen werden.

Aus England liegen noch drei Nachrichten vor, die, wenn sie sich bewahrheiten oder zu Tatsachen werden sollten, von unabsehbarer Tragweite sein würden: die indischen Truppen sollen aus Frankreich forttransportiert worden sein, der Kanal von Suez soll gesperrt werden, die englische Regierung beabsichtigt, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

Die indischen Truppen haben Frankreich verlassen, aber wohin sind sie gebracht worden? Auf jedem anderen Kriegsschauplatz würden oder könnten sie wenigstens muhamedanischen Truppen begegnen. Diese Gegnerschaft würde aber ihre Zuverlässigkeit, soweit sie sich zum Islam bekennen, auf eine Probe stellen, die die Engländer lieber vermeiden. Vor Gallipoli sollen indische Truppen direkt versagt haben; wenn man sie also in Frankreich, vielleicht des Klimas wegen, nicht verwenden kann, so heißt das nicht viel weniger, als daß sie überhaupt eigentlich nicht mehr zu verwenden sind. Sollte hier vielleicht der letzte Anstoß für die Zuflucht zu der allgemeinen Wehrpflicht zu suchen sein?

Die Sperrung des Kanals von Suez wäre eine so ungeheure Tatsache, daß ich sie überhaupt noch nicht zu glauben vermag. Als Grund könnte man sich kaum etwas anderes vorstellen, als die Bedürfnisse der Verteidigung. Man muß unterscheiden zwischen der Verteidigung Aegyptens und der Verteidigung des Kanals. Um Aegypten zu erobern, müßten die Türken mit einer sehr erheblichen Armee kommen, da die Engländer mit der Flotte ziemlich schnell erhebliche Truppenmengen mit allen Bedürfnissen dorthin schaffen können. Wollen die Türken aber nur den Kanal zerstören, so, daß er für längere Zeit unbrauchbar ist, so braucht nur eine kleine Abteilung mit den nötigen Sprengstoffen die 24 Meilen lange Wasserstraße für kurze Zeit an irgend einer Stelle zu erreichen. Um das zu verhindern, müssen die Engländer ziemlich weit östlich des Kanals ihre Stellung nehmen, hätten also bei einer Schlacht den Kanal im Rücken, und das wäre im Fall eines Rückzuges gefährlich. Sollten sie um dieser Gefahr willen feste Brücken über den Kanal bauen? Das ist doch wohl höchst unwahrscheinlich. Pontonbrücken, die, wenn

alles vorbereitet ist, in ganz kurzer Zeit einzufahren sind, leisten schließlich dieselben Dienste. Wenn die Engländer freiwillig den Kanal sperrten und ihrer Schiffahrt die ungeheure, kaum erträgliche Last der Fahrt um das Kap auferlegten, so könnten sie den Kanal auch im letzten Augenblick zerstört dem Gegner überlassen und sich zur Schlacht auf der Westseite aufstellen. Die Benutzung des Kanals ist ja das wesentlichste Kampfobjekt; ich kann es mir also nicht vorstellen, daß die Engländer dieses Objekt freiwillig von vornherein aufopfern, so groß auch ihre Besorgnis vor einem Angriff auf Aegypten jetzt sein mag. Vielleicht ist die Nachricht nur herausgewachsen aus der Tatsache, daß einige Schiffsgesellschaften aus Furcht vor den Unterseebooten und wegen der exorbitanten Preise oder des völligen Mangels an Kohlen am Kanal die Fahrt durch das Mittelmeer eingestellt haben und den Umweg um das Kap vorziehen.

So wichtig schon diese Tatsache wäre, noch viel ernster ist der Entschluß der englischen Regierung, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, und deutet auf die äußerste Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen. Man sage nicht, daß der Entschluß im 17. Monat des Krieges zu spät komme. Die Rekruten allein machen es ja nicht; es gehören auch die Offiziere, das Ausbildungspersonal und die Ausrüstung dazu, und die Werbung hat bisher noch immer so viel Mannschaften geliefert, wie sie in Soldaten umzuwandeln praktisch möglich war. Nachdem nun die freiwillige Rekrutierung sich so ziemlich erschöpft hat, will man jetzt ganz konsequent zur Konskription, zunächst der Unverheirateten, schreiten. An die Stelle des moralischen Drucks, den man bisher in steigendem Maße angewandt hat, tritt der gesetzliche Zwang, was für manchen jungen Mann schon eher eine Erleichterung als eine Erschwerung bedeutet. Praktisch ist also die Wendung nicht so eingreifend, wie man wohl beim ersten Anblick meinen möchte, prinzipiell und ideell aber von der allergrößten Tragweite. Die englische Verfassung und Verwaltung, ja die ganze englische Denkweise wird davon in ihren Fundamenten betroffen und muß zum großen Teil umgebaut oder umgewandelt werden. Hiervon einmal später. In diesem Augenblick wollte ich nur klarmachen, daß ein so energischer Kriegswille sich auch in dieser Entscheidung kundgibt, doch die Wirkung auch die entgegengesetzte sein könnte. Es sind im Volke weite Schichten, namentlich im kleinen Bürgertum und in der höheren

Arbeiterschaft, dazu die Iren, die der Wehrpflicht auf das entschiedenste widerstreben und bereit sein werden, die Friedenspartei zu verstärken, wenn sie damit die Hoffnung gewinnen, dem Schützengraben zu entgehen. Wie stark diese Opposition tatsächlich ist, vermag niemand zu sagen, werden die leitenden Männer selbst mit Spannung erwarten.

Mit stolzer Zuversicht darf Deutschland auch dieser Entwicklung entgegensehen. Wir fühlen uns nicht nur militärisch, politisch und wirtschaftlich vollkommen gesichert, sondern wissen auch, daß, wenn wir die Möglichkeit oder vorgeblichen Möglichkeiten eines Umschlages nach der einen oder weiterer Erfolge für uns nach der anderen Seite gegeneinander abwägen, die Wage weit, sehr weit zu unseren Gunsten steht.

Die preußische Thronrede.

30. Januar 1916.

Wer im letzten Menschenalter an der Gegenwart Gefallen fand und freudig und zuversichtlich von Deutschlands Zukunft redete, dem wurde oft genug so etwas von oben herab das Wort entgegengehalten: „Sie Optimist.“ Der Optimismus, der da glaubte, daß der große Weltbrand vermieden werden könne, hat ja auch Unrecht behalten; der Optimismus aber, der nicht glauben wollte an die sozialdemokratische Gefahr, an die Revolution und den allgemeinen Umsturz, hat in einem Grade Recht behalten, daß seine Prediger selber schier darüber erstaunen. Die zur stärksten Partei im Reichstag angewachsene Sozialdemokratie ist an dem Tage der Mobilmachung zu einer nationalen staatstreuen Partei geworden wie jede andere, und wenn bei der Abstimmung über die letzte Reichsanleihe ein nicht ganz kleiner Teil von ihr unsicher geworden und abgebröckelt ist, so ist das nichts Verwunderliches und kaum etwas Schädliches. Bei allen Völkern und zu allen Zeiten wird es immer eine gewisse Menge von Leuten geben, die ein positives Verhältnis zum Staate nicht zu finden vermögen und in der Opposition als solcher leben. Das für unsere Zukunft Entscheidende ist, daß, wenn nicht die ganze, doch ein sehr erhebliche Teil der bisherigen Sozialdemokratie sich auf den Boden der bestehenden Staatsordnung zu stellen entschlossen hat, und

der Regierung wie den anderen Parteien damit die Aufgabe gestellt ist, diese Entwickelung nach Möglichkeit zu befördern und unser gesamtes Parteiwesen gemäß einer solchen Fundamentalabwandlung neu zu orientieren.

Das kann nur geschehen, indem man an irgendeinem wesentlichen Punkt den Forderungen, die die sozialdemokratische Partei an den Staat stellt, ein gut Stück entgegenkommt, und diesen Punkt hat die öffentliche Meinung auch sofort richtig erfaßt in der Forderung einer Reform des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhaus. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß eine Partei, die weit über ein Viertel aller Vertreter in den Reichstag sendet, im Abgeordnetenhaus nur durch zehn Mitglieder repräsentiert wird, weil das Wahlrecht die großen Massen von einer wirksamen Beteiligung nahezu ausschließt. Schon vor acht Jahren, als noch der Fürst Bülow Reichskanzler war, ist deshalb in einer Thronrede verkündigt worden, es sei eine der wichtigsten Aufgaben, daß das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause eine organische Fortentwicklung erfahre. Diese Aufgabe hat damals nicht erfüllt werden können, weil die bisher maßgebenden Parteien sich über die Reform nicht zu einigen vermochten: auch ohne den Krieg hätte die Aufgabe von neuem angegriffen werden müssen. Nachdem nun aber in der Glut des Krieges die alten Parteigegensätze mit ihren Verhärtungen weich geworden oder weggeschmolzen sind, ist die unmittelbare Durchführung der Reform eine Selbstverständlichkeit, und in sehr schönen Worten hat die Thronrede das zum Ausdruck gebracht, indem sie verkündete: „In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß. Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch kameradschaftliche Treue bis in den Tod, schirmt Staat und Volk. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes im Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften."

Es gibt Leute, denen diese Ankündigung nicht genug war, sondern, die sofort eine Vorlage und Durchführung des Gesetzes noch während des Krieges verlangten. Es bedarf keiner Begründung, daß die Regierung sich nicht darauf eingelassen, sondern sich mit

dieser Ankündigung, die ja an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt, begnügt hat. Die Linke hat sich dabei beruhigt; die Rechte aber leider nicht. Die konservative Partei hat durch den Mund des Herrn von Heydebrand im Abgeordnetenhause und des Herrn von Richthofen im Herrenhause in der allerschärfsten Form ihre Opposition gegen die zu erwartende Vorlage angekündigt und das bestehende Wahlrecht, das Bismarck einst für das elendeste aller Wahlsysteme erklärte, umgekehrt als ein „geradezu", oder nach verbessertem Stenogramm „fast ideales Wahlsystem" proklamiert.

Es ist die Schicksalsstunde der konservativen Partei, die sich damit ankündigt. Eine konservative Partei, die im konstitutionellen Staat kräftig und fruchtbar wirken will, muß an irgendeiner Stelle einen festen Halt in den Massen haben. Unsere konservative Partei ist wesentlich aristokratisch-agrarisch mit einem Einschlag von Kirchlichkeit. Den Halt in den Massen hatte sie zum wesentlichen Teil indirekt: es war die patriotische Empfindung, die sich bei der Demokratie und besonders bei der Sozialdemokratie abgestoßen fühlte und nun ihre Unterkunft, sei es bei den Nationalliberalen, sei es bei den Konservativen fand. Die Gesinnung, die bei den Kriegervereinen gepflegt wird, kam ihnen zugute. Das fällt in Zukunft fort. Die Sozialdemokraten haben sich in ihrer Masse als ebenso tapfere und zuverlässige Verteidiger des Vaterlandes bewährt wie die Anhänger irgendeiner anderen Partei. Man darf das nicht so fassen, daß den Sozialdemokraten für ihre Haltung im Kriege nunmehr eine Belohnung zukomme; sie haben vom Standpunkte des Staats nichts als ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, und dafür gibt es wohl Anerkennung, aber keine Belohnung. Die Anerkennung darf aber nicht versagt werden, und das bedeutet in diesem Fall die Abstellung eines nicht mehr begründeten Mißtrauens. Als im Jahre 1848 der bisher absolute König von Preußen halb freiwillig, halb gezwungen sich entschloß, eine Volksvertretung an seine Seite zu rufen, wurde zunächst die Nationalversammlung und 1849 die zweite Kammer nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht gewählt. Da die Regierung sich mit diesen beiden Körperschaften nicht hatte einigen können, ließ sie eine dritte Versammlung nach dem Dreiklassen-Wahlrecht wählen, das der rheinischen Städteordnung von 1845 entnommen war, die es wieder aus-

der badischen Städteordnung von 1831 entlehnt hatte. Das Staatsministerium begründete diese Neugestaltung des Wahlrechts in einem Bericht an den König (v. 29. Mai 1849), mit den „Erfahrungen", die man mit den beiden nach allgemeinem, gleichen, geheimen Wahlrecht gewählte Vertretungen gemacht habe. Das geheime Wahlrecht verhülle den „Wahlakt mit einem Schleier, unter welchem alle die Bestrebungen, die das Licht zu scheuen haben, sich verbergen können"; die Gleichheit des Stimmrechts aber habe sich als „ein Keim großer Gefahren erwiesen." Von der Klassenwahl heißt es, sie solle „den Fleiß, den Besitz und die Intelligenz" zur Geltung bringen. Daß sie dieses Ziel tatsächlich nicht erreiche, wird zugegeben, aber sie solle auch kein Definitivum darstellen; nur vorläufig habe man sich an die Steuerleistung gehalten, als Anbahnung für eine weitere Entwicklung.

Ist die zukünftige Umgestaltung der Drei-Klassen-Wahl also schon in der Geburtsstunde beabsichtigt gewesen und ist nunmehr der Grund für die damalige Schöpfung fortgefallen, so ist die Neugestaltung nicht mehr zu umgehen, und die konservative Partei sollte daran mitarbeiten, statt sich zu widersetzen. Eine wahrhaft weitblickende Führung der konservativen Partei müßte jetzt, wie es einst die englischen Konservativen unter Disraeli getan haben, suchen durch populäre Maßnahmen breitere Schichten in ihr Lager hinüber zu führen. Leicht ist eine solche Aufgabe gewiß nicht, aber doch nicht ganz unmöglich, während der Weg, den die Partei nunmehr einzuschlagen entschlossen zu sein scheint, ganz offenbar zu einer Katastrophe führen muß. Man will durch starres Festhalten an den Vorteilen, die das Drei-Klassen-Wahlrecht mit öffentlicher Abstimmung den konservativ gerichteten Schichten gewährt, die Machtstellung der Partei zu erhalten suchen. Das ist völlig unmöglich. Das Drei-Klassen-Wahlrecht hat als ein Mittelding zwischen dem alten Ständetum und dem modernen Staatsbürgergedanken eine gewisse Berechtigung gehabt. Heute aber hat es sich überlebt. Diese Ueberzeugung ist auch in weite Volksschichten, die bisher konservativ gewählt haben, eingedrungen, und die Regierung kann von der Erklärung in der Thronrede nicht wieder los Die konservativen Führer mögen sich sagen, daß die Regierung doch schon 1908 die Reform vorgeschlagen und es dennoch gelungen ist, sie ins Unbestimmte hinauszuschieben. Aber eben darum ist es diesmal unmöglich, ebenso zu operieren. Die

Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit des herrschenden Wahlsystems ist so allgemein, daß der leitende Staatsmann unter den mancherlei bevorstehenden Schwierigkeiten gerade diese Kampfesansage der Konservativen am allerwenigsten schwer nehmen wird. Eine Auflösung mit der Parole der Wahlreform gegen die jetzige konservative Partei würde diese unzweifelhaft auseinandersprengen. Sollte jemand doch noch daran zweifeln, so braucht er nur die Rede des Ministers des Innern, Herrn von Löbell, nachzulesen. Die Rede wurde im Abgeordnetenhause kalt aufgenommen, weil sie schlecht vorgetragen war. Herr von Löbell ist kein Redner, aber er ist ein politischer Kopf, und der Inhalt der Rede ist so klar und entschieden wie nur möglich. Wenn die Konservativen bisher vielleicht geglaubt haben, an Herrn von Löbell im Staatsministerium einen überzeugten Vertreter ihrer Anschauungen zu besitzen, so ist es um so mehr ein Beweis, wie hoffnungslos es um diese Anschauungen steht, daß auch Herr von Löbell sieht, was die Zeit verlangt; nicht nur in der Frage der Wahlreform, sondern auch in der Frage der Gewerkvereine und in dem Verzicht auf die bisherige Polenpolitik hat er sich unumwunden zu den fortgeschrittenen Anschauungen bekannt. Zwischen Herrn von Heydebrand und Herrn von Löbell ist ein Zusammengehen nicht mehr möglich, und die Konservativen müssen sich entschließen, dem Wege des einen oder des anderen zu folgen. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, daß sie sich besinnen und durch Unterstützung der Regierung bei ihrem guten Vorhaben dem Geiste der deutschen Einigkeit in diesem Kriege ein unvergängliches Denkmal setzen und sich selbst als Partei eine Zukunft sichern.

Die Kriegsereignisse im Januar.

30. Januar 1916.

Die Kriegsereignisse dieses Monats sind leicht zu übersehen und zu verstehen; das Problem liegt in der Frage: weshalb die Franzosen und Engländer die Stellung von Saloniki festhalten. Sie haben sie Anfang Oktober eingenommen in der Hoffnung, von dort aus den Serben Hilfe zu bringen. Nachdem sie mit dieser Absicht zu spät gekommen, Serbien und Montenegro vernichtet sind, — was wollen sie dort noch? Eine Zeitlang mag man

sich noch mit dem Gedanken getragen haben, die Trümmer der serbischen Armee aufzunehmen, in Griechenland einen Umschwung herbeizuführen und dann wieder offensiv zu werden. Zur Unterstützung dieses Planes haben die Russen um Weihnachten die große Offensive gegen die Oesterreicher von Beßarabien aus unternommen. Wenn sie hier durchdrangen, so zogen sie vermutlich die deutsche Armee, die Serbien unterworfen hatte, auf sich selbst nach Galizien und in die Bukowina, gaben den Verbündeten auf dem Balkan Luft und rissen vielleicht sogar Rumänien mit fort. Auch dieser Plan ist trotz der gewaltigsten Anstrengungen und Opfer gescheitert.

Nichtsdestoweniger hat ein großes englisch-französisches Heer offenbar die Absicht, in der Stellung vor Saloniki zu bleiben, und verschanzt und befestigt sich darin täglich mehr. Für eine Offensive nach irgendeiner Richtung in die Balkanhalbinsel hinein reichen die Kräfte nicht aus. Angenommen, man käme ein Stück vorwärts, so wäre doch die Gefahr gar zu groß, im Inneren irgendwo von überlegenen Kräften gepackt zu werden. In England wie in Frankreich sind denn auch Stimmen laut geworden, die ganze Expedition als nunmehr zwecklos aufzugeben, und die Armee nach Frankreich zu transportieren. Hätte man bei dem letzten großen Anfall auf die deutsche Linie, Ende September, noch 200 000 Mann mehr einsetzen können, so wäre man durchgedrungen. Aber diese 200 000 Mann und mehr standen damals auf Gallipoli oder waren auf dem Wege nach Saloniki. In Frankreich haben sie gefehlt; im Orient haben sie nichts genützt; wird man es in Zukunft nicht besser machen? Derartige Betrachtungen jenseitiger Militärkritiker scheinen gar nicht so unlogisch. Die Entscheidung fällt immer auf dem Hauptkriegsschauplatz; man soll deshalb keine Kräfte auf den Nebenkriegsschauplätzen verzetteln. Im Herbst war der Balkankrieg noch so wichtig und der Wunsch Rußlands so dringend, daß man trotzdem die englisch-französische Unternehmung verstehen kann. Wenn man aber auch heute noch daran festhält, so wird das kaum anders zu erklären sein, als daß man auf die Erzwingung einer Entscheidung in Frankreich verzichtet hat. Schon in unserem vorigen Heft habe ich auf bemerkenswerte Symptome aufmerksam gemacht, die auf diesen Verzicht hindeuteten. Vielleicht wiegt man sich noch in Hoffnungen, daß die Russen doch noch einmal imstande sein

würden, eine große Offensive zu unternehmen; sonst aber findet man sich darein, definitiv in die Defensive geworfen zu sein, und rechnet nur noch damit, durch den Aushungerungskrieg Deutschland so weit zu bringen, daß es sich, wenn nicht unterwerfen, doch zu unvorteilhaften Friedensbedingungen verstehen müßte. Diesem herabgesetzten Kriegsziel dienen ebensowohl die verzweifelten Anstrengungen Englands, die Absperrung Deutschlands mehr und mehr zu verschärfen, wie das Salonikiunternehmen und alles, was damit zusammenhängt.

Wenn die Saloniki-Armee auch nicht Positives leistet, so dient sie doch, das durch die Niederlage auf Gallipoli so schwer getroffene Prestige der Westmächte im Orient einigermaßen aufrecht zu erhalten. Von Saloniki können auch nötigenfalls ziemlich schnell Truppen an den Suezkanal gelangen. An Saloniki selbst aber hat man einen Besitz, der beim Friedensschluß als Faustpfand verwertet werden kann. Den Gegnern irgendwelche Gebiete von Bedeutung abzunehmen, ist man nicht imstande gewesen; da hält man sich an Neutrale, besonders an das so grimmig gehaßte Griechenland. Die Inseln vor den Dardanellen und an der Küste Kleinasiens, Korfu und Saloniki sind alles sehr wertvolle Plätze. Wenn sie auch nicht Besitz Deutschlands oder Oesterreichs waren, dürfte man rechnen, so sind diese Mächte doch vielleicht bereit, etwas dafür zu geben, daß wir sie wieder räumen — vorausgesetzt, daß man mittlerweile nicht auf andere Weise zur Räumung, wenigstens Salonikis, veranlaßt worden ist.

Wenn England und Frankreich über das Saloniki-Unternehmen anfänglich verschiedener Auffassung huldigten, so mögen sie jetzt aus den dargelegten Gründen zu einer ziemlich übereinstimmenden Auffassung gelangt sein. Um so bitterer aber ist der Zwiespalt zwischen Rußland und den Westmächten auf der einen und Italien auf der anderen Seite. Die drei Mächte sind aufs schwerste enttäuscht durch die geringen Leistungen der Italiener. An ihrer eigenen Grenze haben sie gegen die Oesterreicher nichts ausgerichtet und für die Rettung der Serben und Montenegriner haben sie keinen Finger gerührt. Ein unbefangenes Urteil kann das den Italienern nicht so übelnehmen. Sie leben in der steten Furcht, daß an irgendeiner Stelle der langen österreichisch-italienischen Grenze plötzlich ein großes feindliches Heer herausbrechen und das ihrige im Rücken fassen und aufrollen werde. So haben sie sich schlechthin

geweigert, für Saloniki ein Hilfskorps zu stellen und auch in Albanien nur einige Küstenplätze besetzt. Hätte man im Lager der Verbündeten geahnt, welch gewaltigen Angriff die Oesterreicher auf Montenegro vorbereiteten, so hätte man doch wohl etwas mehr für diesen Verbündeten getan. Aber man verließ sich darauf, daß der Lowcen im Winter schlechthin uneinnehmbar sei. Daß die Oesterreicher ihn dennoch, noch dazu mitten im Werke von einem Schneesturm überfallen, erstiegen haben, ist ja in der Tat eine fast übermenschliche Leistung. Die Strafe für die Vernachlässigung drüben, der Lohn für die Tatkraft und Tapferkeit hüben, ist nicht ausgeblieben. Die Tragweite der Unterwerfung des kleinen Landes dürfte erheblich weiter reichen, als die Bedeutung der materiellen Streitkräfte, die es aufzubieten vermochte. „Mit Kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf", sagte die Zeitungsfrau zu mir mit Berliner Humor, als sie mir das Blatt mit der Nachricht, daß König Nikita um Frieden gebeten habe, verkaufte.

Wie es gekommen ist, daß König Nikita sich dieser Friedensverhandlung wieder entzogen hat, ist ja nicht völlig aufgeklärt, läßt sich aber doch einigermaßen vermuten. Als der kluge alte Herr erkannte, das alles verloren sei, gab er seiner Tochter und seinem Schwiegersohn, dem König von Italien, die Nachricht, daß er sich den Oesterreichern unterwerfen wolle, und diese haben, wenn auch nicht zugestimmt, doch wenigstens nicht widersprochen. Sie hielten sich also an den naheliegenden Gedanken, daß durch einen Friedensschluß im letzten Augenblick noch die Dynastie gerettet und ein leidlicher Friede für Montenegro selbst erlangt werden könne. Das war richtig vom Standpunkt der Dynastie, der dynastischen Verwandtschaft und vielleicht auch Italiens; ganz und gar nicht aber vom Standpunkt der großen Koalition. Wenn König Nikita in Montenegro geblieben wäre und die Oesterreicher ihm auf sehr gemäßigte Bedingungen hin Frieden gewährt hätten, so hätte das allenthalben in der Koalition den Gedanken geweckt, daß die Sache zu Ende gehe und daß, wer sich zuerst melde, am besten fahren würde. Der englische und französische Gesandte in Rom bestürmten also den König und die Regierung, ihren Einfluß geltend zu machen, damit Nikita den Kampf bis zum Aeußersten fortsetze und zum wenigsten keinen formellen Frieden schließe. Unter dem Vorwande, daß seine Mannschaften den Ge-

horsam versagten, solle der König sich der eingegangenen Verpflichtung wieder entziehen. Vielleicht hat man ihm auch gedroht, sein von einer französischen Bank verwaltetes Privatvermögen zu konfiszieren. Nikita hat nachgegeben, hat mit seiner Familie das Land verlassen, seine Zuflucht aber nicht, wie es das natürlichste gewesen wäre, bei seinem Schwiegersohn gesucht, sondern hat seinen Stab weiter gesetzt und ist nach Frankreich gegangen, wo man ihm, nicht in der Nähe des Zentrums der politischen Entscheidungen, sondern in Lyon einen Wohnsitz angeboten hat. In dem verzweifelten Hin und Her der Entschlüsse, in der zornigen Verteidigung der auseinanderstrebenden Interessen Montenegros, der Dynastie, Italiens, der Koalition wird sich eine solche Mißstimmung herausgearbeitet haben, daß das Nebeneinanderleben der Verwandten unmöglich wurde. Es wird nicht viel anders gewesen sein, als daß sich Nikita und Viktor Emanuel gegenseitig des Verrats, des Wankelmuts, des Egoismus, der Kurzsichtigkeit beschuldigt haben. Wiederum: das italienische Volk hätte die verbannte Königsfamilie, das lebendige Zeugnis seiner verfehlten Politik gewiß nicht gern in seiner Mitte weilen sehen. Was König Nikita nun noch ferner beschließe, der König von Italien und die italienische Regierung können für seine Beschlüsse nicht in dem Maße mit verantwortlich gemacht werden, wie wenn er in Rom lebte.

Nach der montenegrinischen Verfassung geht die Regierungsgewalt, wenn der König außer Landes ist, an das Ministerium über. Die verbliebenen Minister haben zunächst die Militärkonvention, die die völlige Entwaffnung und Unterwerfung Montenegros feststellt, unterzeichnet. Sollten sie bereit sein, wie es scheint, auch den Frieden abzuschließen, so hat Oesterreich gewiß keinen Grund das abzulehnen.

Bismarcks Erbe.

Januar 1916.

In der neuesten Nummer des „Kunstwart", jetzt „Deutscher Wille" (Januar-Heft 1916), bespricht der Redakteur Wilhelm Stapel in sehr freundlichem Ton mein Buch „Bismarcks Erbe", und gibt dazu eine Ergänzung, die ich wörtlich reproduzieren möchte. Er schreibt:

„Was uns als Staats- und Volksbürger angeht, sind Delbrücks Gedanken über die Zukunft des Bismarckschen Erbes. Heben wir das Wesentliche seines Gedankenganges in großen Zügen heraus.

„Erstens. Unser Volk muß irgendwie Kolonisation treiben. „Jedes wahrhaft große Volk ist ein Kolonisationsvolk." (S. 172.) Und zwar aus nationalen und politischen Gründen. „Das Wirtschaftliche ist zwar immer die Grundlage des Daseins, aber nicht sein Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. So ist auch der letzte Zweck der Kolonialpolitik nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Nationalen und Politischen zu suchen." (S. 191.) National und politisch am wertvollsten ist die Bauernkolonisation. „Die sicherste aller Kolonisationen ist die Bauernkolonie, die ein so kompaktes Volkstum schafft, daß es nicht entnationalisiert werden kann, und die Kolonie sich fühlt, als ob sie ein Stück des Mutterlandes selbst wäre." (S. 192.)

„Zweitens. Eine solche Kolonisation wäre für uns nur in Europa denkbar. Sie ist aber aus zwei Gründen nicht zu verwirklichen. Einmal: „Eine Gegend, wo wir sie (die Ansiedler, welche wir überhaupt zur Verfügung haben könnten) hätten hinsenden können, um sich mit einem bildsamen Volk niederer Kulturstufe zu vermischen und dieses zum Deutschtum emporzuziehen, wie im Mittelalter unsre östlichen Nachbarn, gibt es heute nicht mehr." (S. 196.) Und zum andern: „An eine solche Bauernkolonisation können wir heute nicht denken, aus dem einfachen Grunde, weil wir keine überzähligen Bauern mehr haben. Unsre ganze überseeische Auswanderung ist schon seit Mitte der neunziger Jahre auf 20- bis 30 000 Seelen im Jahr gesunken, während wir gleichzeitig an eine Million ausländischer Arbeiter: Russen, Polen, Ruthenen, Slowaken, Italiener, Skandinavier, in Deutschland beschäftigen." (S. 192/3.)

„Drittens. Wir müssen also eine andre Art der Kolonisation pflegen, eine solche, für die wir genügend Menschen haben. Was für Menschen haben wir im Ueberfluß? „Die Oberschicht, die Tausende mittleren und höheren Bildungsstandes, die unser reiches Schulwesen unausgesetzt produziert und für die wir im Vaterlande keine genügende Verwendung haben. Die Männer um die dreißig, die in der Blüte ihrer Kraft stehen und sich alle Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet haben zur Erfüllung eines größeren Wir-

kungskreises, sitzen ja bei uns häufig müßig oder halb müßig herum und warten auf eine Anstellung mit kärglichem Gehalt. Diese müssen wir als Techniker, Kaufleute, Pflanzer, Aerzte, Aufseher, Offiziere und Beamte ausschicken, damit sie die großen Massen der niederen Rassen regieren, wie die Engländer Indien." (S. 193.) An anderer Stelle zählt Delbrück die Menschen, welche Kolonisationsträger sein sollen und nach deren Art wir unsre Kolonisation einrichten müssen, so auf: „Wir haben Rußland deutsche Aerzte, Apotheker, Lehrer, Ingenieure, Chemiker, Techniker, Brauer, theoretisch gebildete Landwirte, Kaufleute, Vorarbeiter, höhere Handwerker usw. geliefert, die nun ins Elend geraten, ihres Berufes verlustig, nach dem Kriege in die Heimat zurückströmen. Auch in England waren ganze Kolonien von Deutschen des höheren und kleineren Mittelstandes, und nicht viel weniger in Frankreich. Wo soll ihnen allen eine neue Stätte an Stelle der zerstörten errichtet werden?" (S. 195.) Fände man für solche Menschen ein Kolonialland, so brächte uns das die Lösung der schwersten aller sozialen Fragen, die Schaffung einer befriedigenden Tätigkeit für die aufsteigenden Söhne des Volkes". (S. 203.)

Viertens. „Die erste und wichtigste aller nationalen Forderungen, die wir bei dem zukünftigen Friedensschluß zu erheben haben, wird die eines sehr großen Kolonialreiches sein müssen, eines deutschen Indien." (S. 202.) Delbrück bezeichnet dieses Reich als „ein überseeisches Deutschland" (S. 196) und sucht es in Zentralafrika (S. 205), aber nicht dort allein, sondern auch in der Türkei. Deutsche Bauernansiedlungen würden sich die Türken verbitten, „deutsche Lehrmeister aber und deutsches Kapital, um ein neutürkisches Staatswesen zu gründen und das älteste Kulturland vom wirtschaftlichen Tode zu erwecken, das ergäbe eine Gemeinsamkeit des Wirkens und der Interessen, die durch keine politische Intrigen wieder zerrissen werden könnten." (S. 207.) „Von der Nord- und Ostsee bis zum Persischen und Roten Meer wird sich zwar kein deutsches Herrschaftsgebiet, aber ein Arbeitsgebiet für den deutschen Geist, das deutsche Organisationstalent und die deutsche Wirtschaftskraft erstrecken." (S. 209.)

Wir sehen, Delbrück kommt zu dem Gedanken eines „deutschen Indiens", sozusagen „faute de mieux". Bauernkolonisation im Anschluß an den geschlossenen Volkskörper wäre auch ihm höchst

erstrebenswert, aber er meint, dazu seien keine realen Grundlagen gegeben, es lasse sich also mit einer solchen Zielvorstellung keine Realpolitik treiben. Ist dem aber wirklich so? Gibt es kein geeignetes Siedlungsland für uns in Europa? Und gibt es keine deutschen Bauern zum Ansiedeln?

Was das Land betrifft, so müssen wir bedenken, daß Delbrück sein Buch im April 1915, also vor dem großen Zug nach Ostland schrieb. Im Novemberheft seiner „Preußischen Jahrbücher" schreibt er bereits: „Freilich, daß der Deutsche Kaiser, wenn er alte deutsche Städte, wie Mitau und Riga, einmal befreit und zu seinen Händen genommen, sie so wenig wieder herausgeben kann, wie 1871 Straßburg, darüber dürfte Einmütigkeit herrschen." (S. 168.) Eine weitere Erörterung dieses Gedankens wäre ohne Eingehen auf „bestimmte Kriegsziele" nicht möglich, wenden wir uns also der Frage zu, ob wir genug deutsche Bauern „beschaffen" können.

Es kommen in Betracht Bauern aus der deutschen Diaspora und Bauern vom alten reichsdeutschen und österreichischen Heimatboden. Aus den deutschen Bauernansiedlungen in Rußland, die ja vor dem Kriege kräftig blühten und aus sich selbst weitere Siedelungen hervortrieben, werden wir eine große Menge von Rückwanderern zu erwarten haben. Und findet sich nur Unterkommen in oder nahe der Heimat, so wird auch mancher Landwirt aus Kanada und dem übrigen Amerika zurückkehren — für eine solche Stimmung sind viele Anzeichen da. Ein instinktives Gefühl in unserm Volk, sich zu einem gewaltigen, festen Block zusammenzuschließen, scheint mir wirksam zu sein. Geschichtliche Erscheinungen wie das Erwachen und Sich-Erraffen des amerikanischen Deutschtums sind nichts Zufälliges. Aber man mag darüber denken wie man will, auch wenn wir dergleichen aus der Rechnung lassen, müssen wir eine starke Rückwanderung von Landwirten, besonders aus Rußland, in feste Rechnung setzen.

Dann aber: auch aus Deutschland selbst können genügend Bauern zur Besiedelung menschenarmer Gebiete kommen. Die Auswandererstatistik, die Delbrück anführt, täuscht, ebenso die Erwägung, daß wir immer mehr fremdvölkische Einwanderer an uns ziehen. Um richtig zu urteilen, müssen wir die Tatsachen in Betracht ziehen, daß in Deutschland immerfort eine starke Binnenwanderung vom Land in die Stadt erfolgt. Statt in statistischen Zahlen, die ohne Anschauung leicht zu Trugschlüssen führen, will

ich aus der schlichten Anschauung reden, welche die Dörfer meiner Heimat darbieten. Wo bleiben denn die Söhne der Bauern? Ein Teil bleibt auf dem Lande, teils durch Uebernahme der Höfe, teils durch „Einheiraten" in Höfe, die keine männlichen Erben haben. Und der Rest? Daraus werden Volks- und Mittelschullehrer, Gerichtssekretäre und Richter, Aerzte, Techniker, Kaufleute, Handwerker usw. Von hier aus geht das Geschiebe in die Stadt. Nicht unser reiches Schulwesen allein bringt den mittleren und höheren Bildungsstand hervor, wie Delbrück es ausdrückt, sondern unsre Bauern helfen dabei mit. In der überschüssigen Zahl unsrer Intelligenz steckt zum großen Teil die deutsche Bauernkraft, die in der Landwirtschaft keine Betätigung mehr fand. Die Bauernsöhne werden freilich keine landwirtschaftlichen Arbeiter, keine Bergarbeiter, Kanalarbeiter usw., denn der bäuerliche Vater will wie jeder tüchtige Vater nicht, daß seine Söhne eine soziale Stellung einnehmen, die in seinen Augen niedriger ist als seine eigene. Je nach seinem Vermögen läßt er sie dies oder jenes „lernen". Ist das Gedränge und der Kampf ums Dasein in den Schichten der Intelligenz übermäßig geworden, so stellen sich zwei Folgen ein. Erstens eine Auswanderung, die aber von der Auswanderungsstatistik gar nicht erfaßt werden kann, da sie nicht unter den üblichen Begriff fällt. Als der Krieg ausbrach, merkten wir mit Erstaunen, wieviel Zehntausende von Deutschen in England, Frankreich, Belgien, Italien wohnten und durch ihre erfolgreiche Arbeit — Deutschland „unbeliebt" machen halfen. Die waren natürlich nicht mit den Auswandererschiffen aus Hamburg und Bremen hinausgefahren, waren vielleicht zunächst nur einmal „zeitweilig" ins Ausland gegangen, aber man darf sie nicht übersehen, wenn man von Auswanderung spricht. Zweitens, kommt der Bauer zu der Anschauung, daß seine Kinder auch in den „städtischen" Berufen sich nur „durchschlagen" müssen, dann beschränkt er lieber seine Kinderzahl.

Die Frage stellt sich danach so: Sollen wir die übertriebene Produktion von Intelligenz in der Heimat fortsetzen und für sie, soweit sie nicht allmählich durch Geburtenrückgang ins „natürliche" Gleichgewicht gebracht wird, ein „deutsches Indien" schaffen, dafür aber auf die größtmögliche Kräftigung und Festigung des ursprünglichen Volkskörpers verzichten? Oder sollen wir jene übertriebene Produktion, die für Delbrück die Ursache

der schwersten sozialen Fragen ist, dadurch beseitigen, daß wir bäuerliches Siedelungsland erwerben, so daß die Bauernsöhne nicht in die Stadt gehen müssen, sondern Aussicht haben, selbst geachtete Hofbesitzer zu werden, womit sie zugleich der Kraft des Gesamtvolkes einen unschätzbaren Dienst erweisen?

Man wende nicht ein, die Bauernsöhne würden keine Lust haben, Ansiedler zu werden. Es hat bei den Siedelungen in Deutschland und Oesterreich bisher immer mehr an Land als an Leuten gefehlt. Bedenken wir: gerade durch den Krieg hat sich unserm Volk der Horizont geweitet, es hat gesehen, wie große fruchtbare Länderstrecken schlecht oder gar nicht bebaut daliegen, und, nach zahllosen Aeußerungen, Lust bekommen, den ungepflegten Acker unter den eigenen Pflug zu nehmen und an die Stelle elender Hütten gute deutsche Bauernhäuser zu setzen. Hat der Staat nur billiges Land, so daß die Bauernsöhne für dasselbe Geld, für das sie Beamte oder Kaufleute werden, einen Hof erwerben können — wahrlich, es bedürfte nur einer Reklame, die halb so groß wäre als die Reklame für Zigaretten, Kinos, Schundlektüre usw., um in wenigen Jahren einen ausreichenden Strom deutscher Ansiedler hervorzulocken. Damit würde sich der Volkskörper selbst recken und dehnen, statt daß er zahllose Deutsche in irgendein fernes Indien verspritzt. Wir glauben, wenn eine Bauernsiedelung gelänge, so würde darüber hinaus immer noch eine genügend starke Bildungsschicht da sein und neu heranwachsen, die in Asien und Afrika andern Völkern und Rassen Führerdienste leisten kann. Es handelt sich ja keineswegs um ein Entweder-Oder. Wer die Notwendigkeit der Bauernkolonisation vertritt, schließt damit die andere Art der Kolonisation, die Delbrück wünscht, nicht aus. Erst beides zusammen, darüber kann kein Zweifel sein, ergäbe das Bild gesunder Vollkraft eines Weltvolkes."

Soweit Stapel. Es ist kein Satz in diesen Ausführungen, den ich nicht von Herzen unterschriebe und gern annähme oder als meinen eigenen Gedanken anerkennte. Es fragt sich also, weshalb ich in meinem Buch diese Lücke gelassen und hier und da Wendungen gebraucht habe, die in direktem Widerspruch zu Stapels vortrefflichen Ausführungen zu stehen scheinen. Stapel selbst weist schon darauf hin, daß das Buch im März und April geschrieben ist, als unsere Offensive vor Warschau zum Stehen gekommen war, die Russen fast ganz Galizien inne hatten, die Serben drohend

an der österreichischen Grenze standen und die vierte Großmacht, Italien, im Begriff war, die Waffen gegen uns zu erheben. Es wäre also nicht so unnatürlich, wenn ich damals die Erwerbung von deutschem Siedlungsland im Osten nicht ins Auge faßte. Aber diese Erklärung ist doch nicht die richtige. Die Befreiung der deutschen Ostseeprovinzen vom Joche der Moskowiter ist schon vor etwa 20 Jahren in diesen Jahrbüchern von mir in einer politischen Träumerei als ein ideales Zukunftsbild hingestellt worden. Trotzdem habe ich in „Bismarcks Erbe" jede Andeutung darauf nicht nur unterlassen, sondern indirekt einen solchen Erwerb sogar ausgeschlossen, indem ich sagte, daß es für eine bäuerliche Kolonisation für uns Gebiete nicht mehr gäbe. Der Grund ist, daß ich ein Buch schreiben wollte über die Ziele, die sich aus der Fortführung des Bismarckschen Erbes der inneren Logik und den inneren Trieben unseres Volkes gemäß ergeben mußten, aber nicht ein Buch über Kriegsziele. Hätte ich etwa eine bäuerliche Kolonisation in Kurland in dieses Buch aufgenommen, so hätte das ja geheißen, daß eine solche Politik, also Eroberungspolitik, Krieg gegen Rußland auf der naturgemäßen Linie unserer Entwicklung gelegen, der Keim zu dem jetzigen Kriege in der Bismarckschen Reichsgründung zu finden sei. Wir wissen alle, daß dem nicht so war. Der Krieg ist uns aufgezwungen worden, und was uns jetzt im Rückschlag gegen den russischen Angriff, als Preis des Sieges etwa winkt, das ist ein ganz anderes Thema, worüber selbst noch in diesem Augenblick zu reden weder angängig noch ratsam ist. Was ich in „Bismarcks Erbe" entwickeln wollte und mir allein als Aufgabe setzen konnte, war die Darlegung der Bedürfnisse und Möglichkeiten, die sich dem deutschen Volke auf dem Wege des Friedens auftaten und mit den Mitteln der Politik erreichbar waren. Ist hier und da einmal in dem Buch eine Wendung gebraucht worden, was uns der künftige Frieden bringen solle, so handelt es sich doch immer nur um Ziele, die als friedliche in Aussicht zu nehmen waren und durch den erfolgreichen Krieg nur schneller und in höherem Grade uns zufallen zu müssen schienen.

Amerika zwischen Deutschland und England. Die Resolution der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

26. Februar 1916.

Mehr als die kriegerischen Ereignisse hat in diesem Monat eine politische Frage die Gemüter beschäftigt und die Aufmerksamkeit aller Diplomaten in Anspruch genommen; das ist die Beziehung Deutschlands zu den Vereinigten Staaten. Von Beginn des Krieges an hat die öffentliche Meinung in Amerika ganz überwiegend gegen uns Partei genommen. Man wünschte nicht nur unsere Niederlage, sondern glaubte sie auch mit Sicherheit voraussehen zu müssen, da es unmöglich sei, daß 150 Millionen sich auf die Dauer gegen 750 Millionen behaupteten. Alle unsere Siege und Erfolge haben die Amerikaner in dieser Auffassung wohl etwas stutzig gemacht, aber noch keineswegs wirklich bekehrt, und man darf es als sicher ansehen, daß Präsident Wilson diese Auffassung der Mehrzahl seiner Landsleute teilt. Durch die einseitige Lieferung von Munition und Kriegsmaterial an unsere Gegner haben die Amerikaner dieser ihrer Gesinnung, mit der das Geschäftsinteresse zusammenfiel, einen nur gar zu greifbaren Ausdruck gegeben. Aber nicht genug damit; der Zufall der technischen Entwicklung hat ein neues völkerrechtliches Problem aufgeworfen, das den Amerikanern eine weitere Gelegenheit bot, uns ihr Uebelwollen zu bezeigen. Die ohnehin sehr schwierigen und kaum fixierbaren Regeln des Seekriegsrechts geben keine Antwort auf die Frage der Anwendung der neuen Tauchboote im Handelskriege. Ein Kriegsschiff alter Art, das ein Handelsschiff revidieren oder kapern will, kann sich ihm ohne weiteres nähern und es ohne wesentliche Gefahr für sich selbst bezwingen; ein Tauchboot ist zwar ausgerüstet mit der furchtbaren Offensiv-Waffe des Torpedos, aber selber defensiv so schwach, daß ein feindliches Handelsschiff, wenn es nur mit ganz leichten Geschützen ausgerüstet ist, oder sogar mit einem einfachen Rammstoß es überwältigen und vernichten kann. Das hätte nichts zu bedeuten, wenn und solange an dem alten Recht festgehalten wird, daß Handelsschiffe sich gegen Kriegsschiffe nicht verteidigen dürfen. Die Engländer haben umgekehrt ihre Handelsschiffe angewiesen, sich zu bewaffnen, sich nicht bloß zu verteidigen, sondern ihrerseits, wo sie können, die Tauchboote anzugreifen.

Die natürliche Konsequenz des Kriegsrechts wäre, daß die neue Waffe rücksichtslos angewandt, jedes feindliche Handelsschiff, dessen es habhaft werden kann, soweit es nicht als unbewaffnet zu erkennen ist, ungewarnt torpediert und vernichtet. Das führt aber nicht nur zu einer Härte, die man selbst gegen den Feind lieber vermeiden möchte, sondern es gefährdet auch die Neutralen. Denn auf feindlichen Handelsschiffen befinden sich oft auch neutrale Güter oder Personen, und ferner ist es nicht zu verhindern, daß Schiffe falsche Flaggen aufziehen. Wollten nun etwa deutsche Tauchboote grundsätzlich alle Schiffe mit amerikanischer oder norwegischer Flagge als neutral und ungefährlich ansehen, so würden bald alle englischen und französischen Schiffe, solange sie auf der hohen See sind, nur noch unter Aufhissen der amerikanischen oder norwegischen Flagge fahren. Will man erst an Bord gehen und untersuchen, ob sie die Flagge auch mit Recht führen, so riskiert man, an ein versteckt bewaffnetes englisches Schiff zu kommen und ist verloren. So ist dem Kapitän Weddigen mit seinem Boot der Untergang bereitet worden; so war es auch mit dem Baralong, wo die Engländer schließlich noch, nachdem sie die Deutschen mit der amerikanischen Flagge gelockt hatten, die ganze Besatzung ermordeten.

Das Tauchboot ist aber nicht die einzige Stelle, wo das alte Seekriegsrecht brüchig geworden ist.

Die Pariser Konvention von 1856 schreibt vor, daß eine Blockade effektiv sein müsse. Angesichts der Torpedo- und Tauchboote ist das nicht mehr durchführbar. Die englische Flotte hätte, um Hamburg und Bremen zu blockieren, dauernd bei Helgoland kreuzen müssen; sie hält sich aber klüglicherweise bei den Shetland-Inseln. Die englische Regierung hat ferner durch eine einfache Verordnung das alte Seerecht außer Kraft gesetzt, blockiert tatsächlich die neutralen Länder Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden nicht weniger als Deutschland und läßt in jenen neutralen Staaten an Waren nur so viel zu, wie die Bevölkerung selbst verbraucht, damit nicht der Ueberschuß an Deutschland weitergegeben werden kann. Ferner sind eine Reihe von Waren, Baumwolle, Nahrungsmittel, Erze, Kautschuk, entgegen dem bestehenden Völkerrecht für absolute Kontrebande erklärt worden. Die neutralen Seeuferstaaten haben sich, wie auch die Schweiz, weitgehende Kontrollen und eigens geschaffene große Handelsorganisationen gefallen

lassen müssen, um unseren Feinden zu helfen, Deutschland vom Weltverkehr abzuschnüren. Das natürliche Recht, daß zwei Neutrale, wie etwa Amerika und Dänemark, ungestört durch den Krieg miteinander Handel treiben dürfen, wie sie wollen, ist durch die englische Seemacht außer Kraft gesetzt.

Daß die kleinen Staaten sich, um nicht wirtschaftlich abgewürgt zu werden, der Macht gebeugt haben, wird ihnen kaum zum Vorwurf gereichen. Einen gewissen Widerstand hat allein Schweden geleistet.

Ein Staat aber existiert doch noch auf der Erde, dessen Macht eine andere Stellungnahme erlaubt: die Vereinigten Staaten. Sie wären in der Lage gewesen, die beiden durch den Fortschritt der Technik neu aufgeworfenen Probleme des Völkerrechts zugleich auf eine sehr einfache Weise zu lösen, indem sie sie beide verkoppelten: sie konnten Deutschland vorschlagen, abzusehen von der Ausübung des Tauchbootkrieges gegen Handelsschiffe, indem sie England gleichzeitig verpflichteten, dem Handel der Neutralen untereinander keine Schwierigkeiten zu machen und sich überhaupt nach den Vorschriften der Londoner Deklaration von 1909 zu verhalten. Deutschland hat die Vereinigten Staaten direkt auf diesen Weg hingewiesen (Note vom 16. Februar 1915), und Amerika hat auch tatsächlich am 22. Februar 1915 einen derartigen Vorschlag gemacht, nicht so, daß der Tauchbootkrieg gegen Handelsschiffe prinzipiell verboten sein sollte, aber so, daß er sich an die alten Formen des Seekrieges halten müsse, was ihn praktisch kaum noch durchführbar erscheinen läßt. Deutschland hat den Vorschlag dann angenommen, England aber wies ihn zurück und Amerika hat nichts weiteres getan, diese Lösung von England zu erzwingen.

Hätten die Vereinigten Staaten die starken Pressionsmittel, die sie in der Hand hatten, Einstellung der Kriegslieferungen, Sperrung des Geldmarktes usw. wirklich eingesetzt, das Leben ihrer reisenden Bürger und den freien Verkehr zu sichern, so hätten sie wahrscheinlich Erfolg gehabt, da den Engländern bei ihrem neuen Blockade- und Kontrebandenrecht gar nicht wohl zumute ist. Nur die Heißsporne, wie es ja auch bei uns deren gibt, die jedes Völkerrecht im Kriege für ein Angstschild erklären, hinter dem sich Weichlinge und Schwachköpfe verstecken, verteidigen das neue Seerecht als ein englisches Naturrecht. Die liberale

Presse aber kann ihre Vergangenheit doch nicht so ganz verleugnen und versteckt sich hinter der Fiktion, daß dieses neue Recht nur eine englische Repressalie gegen den deutschen Tauchbootkrieg sei. Zwar ist es zeitlich umgekehrt gewesen; aber man beruft sich darauf, daß der Tauchbootkrieg bereits angekündigt gewesen sei, als England seine Verordnungen erließ. Damit aber hat man eine Position genommen, aus der man leicht herausmanövriert werden konnte.

Ehe nun die Verhandlungen sich weiter entwickelten, geschah das Unglück mit der Lusitania, wo über 1000 Personen, darunter etwa 100 Amerikaner ertranken, und jetzt wechselte Präsident Wilson seinen Standpunkt. Er erklärte, daß die beiden Fragen der Tauchboote und der nicht effektiven Blockade und der Kontrebande nichts miteinander zu tun hätten, und daß die Regelung der ersteren, weil sie nicht bloß Waren, sondern Menschenleben betreffe, voraufgehen müsse.

Deutschland ist darauf hin den Vereinigten Staaten sehr weit entgegengekommen und hat den Tauchbootkrieg wesentlich eingeschränkt; Präsident Wilson hat wiederum seinerseits an England am 24. Juli 1915 eine recht scharfe Note erlassen. Wenn auch nicht in anerkanntem Kausalzusammenhang, doch zeitlich zusammentreffend schienen die beiden amerikanischen Aktionen in bezug auf Deutschland und in bezug auf England parallel zu gehen. Wilson lud bereits in einer feierlichen Note vom 23. Juli 1915 die Deutsche Regierung ein, mit ihm an der „Freiheit der Meere" zusammenzuarbeiten. „Die Regierung der Vereinigten Staaten", sagte er, „wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite sie auch immer verletzt werden möge, ohne Kompromiß, um jeden Preis". Diese hoffnungsreichen Verhandlungen aber kamen ins Stocken und drehten sich im Kreise, weil immer neue Zwischenfälle im Tauchbootkrieg, die Torpedierung der Arabic, Hesperian, Ancona, Persia neue Fragen aufwarfen. Die englische und die anglophile amerikanische Presse verhöhnten den Präsidenten Wilson, daß er sich von den Deutschen an der Nase herumführen lasse, und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten unter Führung von Roosevelt wütete über seine Schwächlichkeit, sodaß dieser, aufs höchste gereizt, endlich die Forderung stellte, daß Deutschland die Torpedierung der Lusitania direkt für ungesetzlich erkläre, eine Forderung, die Deutschland als gegen

seine Interessen und seine Ehre verstoßend zurückwies. Gleichzeitig aber erbeutete Deutschland auf einem gekaperten Schiff „Woodfield" eine geheime englische Instruktion, aus der hervorging, daß England nicht nur seine Handelsschiffe systematisch bewaffnete, sondern sie auch anwies, auf jedes Tauchboot, das sich ihnen nähere, zu feuern, sobald der Kapitän die Ueberzeugung gewonnen habe, daß es die Absicht habe, anzugreifen, auch wenn es eine Angriffshandlung noch nicht vollführt habe. Damit ist also die Möglichkeit, daß ein Tauchboot ein feindliches Schiff zunächst bloß anhält und ihm erlaubt, die Mannschaft in Rettungsboote zu bringen, ehe es versenkt ist, fast ausgeschlossen. Ein deutsches Tauchboot muß jetzt bei jedem englischen Schiff, dem es begegnet, präsumieren, daß es bewaffnet ist, und daß es von ihm beschossen wird, auch wenn es sich nur nähert, um es zu revidieren. Auch ein Schiff unter neutraler Flagge aber steht unter dem Verdacht, in Wahrheit ein verkapptes englisches Schiff zu sein. Damit ist die Gefahr, daß auch neutrale Personen und Güter bei diesem Kriege zu Schaden kommen, außerordentlich gesteigert, und Deutschland kann, abgesehen von einer Vorschrift an seine Kapitäne, die möglichste Vorsicht walten zu lassen, kaum etwas tun, um die Gefahr zu verringern. Es bleibt nur übrig, daß die Neutralen sich selber schützen. Aber es gehört guter Wille und Tatkraft dazu. Die Neutralen müßten z. B. unter sich eine Vereinigung schließen, daß sie ihre Handelsschiffe stets zu Gruppen versammelt, von einem Kriegsschiff geleitet, durch die gefährdete Zone führen. Dann würden die deutschen Tauchboote wissen, daß es sich wirklich nur um neutrale Schiffe handelt. Oder aber vielleicht, die Neutralen können eine Vereinigung schließen, wonach sie allen ihren Schiffen einen gleichmäßigen, auffälligen Anstrich geben, kein nicht wirklich neutrales Schiff mit solchem Anstrich aus ihren Häfen lassen und eine Anzahl Kriegsschiffe auf der See halten, die alle Schiffe mit diesem Anstrich revidieren, ob sie den Anstrich mit Recht haben, Kontravenienten abschleppen und die Mannschaften für die Kriegsdauer internieren. Aber zu dergleichen Organisationen gehört ein guter Wille, von dem vorläufig noch nichts zu spüren ist. Wohl hat von Amerika verlautet, daß es bewaffneten Handelsschiffen den Verkehr in seinen Häfen nur nach den für Kriegsschiffen geltenden Vorschriften gestatten werde; aber so ärgerlich das für England wäre, Entscheidendes würde dadurch nicht

erreicht werden, denn immer bleibt die Gefahr, daß aus englischen Häfen bewaffnete Schiffe unter neutraler Flagge auslaufen und deutschen Tauchbooten, die der neutralen Flagge trauen, Verderben bringen. Nach neuester Meldung hat Herr Lansing auch geäußert, daß er jene Maßregel nicht ergreifen werde.

Es ist Sache der Neutralen, zu sehen, wie sie nun dem Flaggenmißbrauch steuern und dadurch die Gefahr, die ihnen selber daraus erwächst, beheben. Die deutsche Reichsregierung darf sich dadurch in der Energie der Kriegführung nicht lähmen lassen und hat in einer allen Neutralen zugestellten Denkschrift erklärt, daß sie in einer gegebenen Frist bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe behandeln lassen werde.

Ergreifen nun die Neutralen nicht schleunigst Maßregeln etwa in der oben skizzierten Art zu ihrem Schutz, so ist es klar, daß auch bei dem besten Willen der Führer der deutschen Unterseeboote doch wieder Konflikte aufflammen können. Sogar die Möglichkeit des Krieges ist aufgetaucht. Daran möchte ich nun doch nicht glauben. Noch weniger freilich möchte ich denen recht geben, die da glauben, daß es nicht viel bedeuten würde, wenn auch noch Amerika sich unseren Feinden zugesellte. Hat doch Kanada mit seinen noch nicht 9 Millionen Einwohnern den Engländern eine sehr bedeutende Hilfsarmee, man spricht von 250 000 Mann, gestellt; die Vereinigten Staaten mit ihren 110 Millionen würden also selbst an Landtruppen etwas Erhebliches in die Wagschale werfen können. Während bisher nur einzelne Munitionsfabriken für die Verbündeten gearbeitet haben, würde wie in Deutschland ein erheblicher Teil der ganzen Industrie sich auf Munitions- und Waffenfabrikation einstellen. Bei der Vorzüglichkeit der amerikanischen Werkzeugfabriken wäre das sehr schnell durchführbar. Ganz besonders aber ist die Finanzkraft Amerikas in Betracht zu ziehen. Sie hat zwar auch schon bisher den Verbündeten gedient, aber doch nur in mäßigem Umfang: die Anleihe, die man ihnen bewilligt hat, betrug nur die Hälfte von dem, was begehrt worden war. Je länger der Krieg dauert, desto mehr nimmt er den Charakter des Finanzkrieges an; die silbernen Kugeln, mit denen England den Krieg gewinnen wollte, gehen zu Ende, und in Rußland und Italien ist der Boden des Beutels bereits erreicht. Stellte Amerika seine unermeßlichen Gelder zur Verfügung, so würden alle unsere Gegner mit neuem Mut

an die Arbeit gehen, und selbst die anderen bisher noch neutral gebliebenen Mächte ungünstig beeinflußt werden. Der moralische Eindruck der Teilnahme Amerikas gegen uns würde sich allenthalben, in Rumänien, in Griechenland und anderswo auf das schädlichste geltend machen. Aber ich führe das Alles nur an, um zu zeigen, daß es nicht geraten ist, über die Möglichkeit des Krieges mit Amerika so leicht zu sprechen, wie es zuweilen geschieht. In Wirklichkeit glaube ich nicht an die Gefahr eines amerikanischen Krieges. Der Konflikts-Gegenstand ist dazu nicht groß genug. Der Präsident allein ist nach der amerikanischen Verfassung nicht befugt, eine Kriegserklärung zu erlassen, und die Elemente in den Vereinigten Staaten, die entweder deutschfreundlich, oder wenigstens englandfreundlich oder aber prinzipiell pazifistisch gesinnt sind, sind so stark, daß sich im Kongreß ganz gewiß nicht so leicht eine Majorität für eine Kriegserklärung an Deutschland zusammenbringen lassen wird. Es mag sein, daß im Osten, besonders in New-York, eine Partei existiert, die den Krieg mit Freuden begrüßen würde, aber der ganze Westen ist nach allen Nachrichten durchaus dagegen, und selbst der Vertreter New-Yorks im Senat, O'Gorman, hat sich jüngst sehr scharf gegen England ausgesprochen.

Ich will nicht leugnen, daß es schließlich sehr schwer ist, die Größe einer Kriegsgefahr richtig einzuschätzen. Unberechenbare Zwischenfälle, daß etwa wieder eine größere Anzahl amerikanischer Bürger das Leben verlieren, können plötzlich die Leidenschaft zu solcher Hitze steigern, daß alle vernünftigen Erwägungen überflutet werden und die Völker, ehe sie sich recht besonnen haben, in den Kriegsstrudel hineingerissen sind. Viele Amerikaner, die nicht direkt unsere Gegner sind, sehen doch mit einem gewissen abergläubischen Bangen vor dem deutschen „Militarismus" auf die Möglichkeit des deutschen Sieges, möchten zum wenigsten diesen verhindern und das Spiel mit einem Remis zu Ende bringen. Eine gewisse taktische Vorsicht ist also in diesem Streit immerhin ratsam. Vor allem aber lasse man die andere Möglichkeit, daß Amerika in die englische Blockade-Politik ein Loch machen könnte, nicht aus dem Auge. Wäre Präsident Wilson uns nicht im innersten Herzen so unfreundlich gesinnt, so hätte er längst seiner so tapferen Note vom 24. Juli 1915 weitere Maßnahmen folgen lassen, und in Deutschland glaubt man deshalb meistens überhaupt

nicht an seine Aufrichtigkeit und seinen guten Willen. Mit diesem Mißtrauen schießt man aber an dem eigentlichen entscheidenden Punkt vorbei. Trotz seines Mißwollens gegen uns hat Präsident Wilson ein sehr starkes amerikanisches und persönliches Interesse, das, was in diesem Falle für uns vorteilhaft wäre, zu tun. Während nämlich gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten an den Kriegslieferungen für die Entente ein schweres Geld verdienen, werden andere Kreise durch die Unterbindung des Handels mit Deutschland geschädigt, im besonderen die Baumwollpflanzer. Wilsons Politik wird nicht zum wenigsten bestimmt durch seinen Wunsch, bei der Neuwahl in diesem Herbst sich auf dem Präsidentensitz zu behaupten. Nichts wäre ihm dazu dienlicher, als wenn er erst Deutschland und dann England zur Nachgibigkeit gegen die amerikanischen Wünsche brächte. Die Interessenten an den Kriegslieferungen sitzen wesentlich im Norden, der, republikanisch gesinnt, der Wiederwahl Wilsons auf alle Fälle widerstrebt. Die Baumwoll-Interessenten aber sitzen im Süden, wo die Partei Wilsons herrscht, die Demokraten. Diese zu befriedigen, hat er also ein ganz besonderes Interesse. Zu einem Kriege gegen England darf er es allerdings nicht treiben; denn dann würde die Baumwolle erst vollends unverkäuflich werden. Aber er hat ja auch ohne an das Aeußerste zu denken, Machtmittel genug gegen England und seine Alliierten in den Händen. Es ist also doch nicht so ausgeschlossen, und die englischen Minister haben ihre Besorgnis deshalb schon deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß Wilson, wenn er nur vorher mit uns ins Reine kommen kann, in der Blockade- und Konterbanden-Frage ein sehr ernstes Wort mit den Engländern sprechen wird.

Diese Möglichkeit besteht selbst dann, wenn man annimmt, daß viele Amerikaner sich schmunzelnd sagen: je länger der Krieg dauert, desto mehr verdienen wir und desto mehr Chancen haben wir, das südamerikanische Handelsgebiet, das bisher die Deutschen, vielleicht sogar das, was die Engländer innehatten, unsererseits zu besetzen und auch zukünftig zu behaupten. Denn solchen Rechnungen stehen immer gegenüber die Schädigungen, die auch weite Kreise des amerikanischen Wirtschaftslebens treffen, und namentlich das amerikanische Selbstbewußtsein, das sich in der ungeheuren Weltkrisis nicht ausschalten und als bloßes Objekt behandeln lassen will.

Was ist nun für uns vorteilhafter? Was bietet uns bessere Chancen? Ein rücksichtsloser Tauchbootkrieg oder eine durch den Einspruch der Neutralen zu erwirkende Lockerung der Blockade, die uns etwa die Einfuhr von Baumwolle, Petroleum, Fetten, Kautschuk u. dergl. direkt oder indirekt ermöglichte? Entscheidend ist das eine so wenig wie das andere. Mögen die Engländer ihre Blockade so sehr verschärfen wie sie wollen und die neutralen Seeuferstaaten pressen wie sie wollen, sie schaffen uns doch nichts weiter als Unbequemlichkeiten. Wir sind uns völlig sicher, daß wir mit solchen Mitteln nicht niederzuzwingen sind und auf alle Fälle durchhalten werden. Wichtig aber ist, wann der Zeitpunkt eintritt, wo nicht nur wir das wissen, sondern auch die Engländer es einsehen. Die Aushungerung ist ja ihre letzte und einzig noch bestehende Hoffnung. Sollte der Fall eintreten, daß die Amerikaner sie zwingen, auch nur teilweise zum alten Völkerrecht zurückzukehren, d. h. uns praktisch die Zufuhr von Nahrungsmitteln usw., sei es auch nur im Umweg über Holland oder Skandinavien, freizugeben, so muß die Einsicht, daß der Krieg für sie verloren ist, schnell genug Raum gewinnen. Wir werden ihnen diese Einsicht ja auch ohnehin mit der Zeit beibringen; aber es ist doch ein großer Unterschied auch für uns und unsere wirtschaftliche Zukunft, ob diese Einsicht auch nur einige Monate früher oder später kommt. Die Amerikaner werden den Krieg auf keinen Fall entscheiden, aber sehr viel hängt von ihnen ab, ob der Krieg ziemlich bald oder erst nach langer Zeit zu Ende geht.

Können wir nun nicht mit größerer Sicherheit den Krieg auf dem Wege des rücksichtslosen Tauchbootkrieges zu Ende bringen? Es ist sehr schwer zu sagen, auch für die Marineoffiziere, welche Wirkung wir auf diesem Wege erzielen können. Nach englischen Berichten haben wir ja ein neues Tauchboot von den Dimensionen eines kleinen Kreuzers konstruiert, dessen Leistungen unberechenbar sind. Der Hauptpunkt ist die Verringerung des Schiffsraumes, der nötig ist, Großbritannien mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Man weiß, wie groß die Verlegenheit in diesem Punkt schon jetzt ist. Die ganze deutsche Handelsflotte ist aus dem Weltverkehr verschwunden, ein sehr großer Teil der englischen wie es heißt 40% — wird von den Militärtransporten in Anspruch genommen, ein gewisser Teil — angeblich 7% oder sogar 11% — ist auch schon durch den Krieg zerstört. Wenig mehr als

die Hälfte der Friedensflotte steht überhaupt noch zur Verfügung. Gelingt es uns, in dem Zerstörungswerk noch ein gutes Stück vor uns zu bringen, so scheint es, muß nicht bloß England, sondern auch seinen Verbündeten der Atem ausgehen. Schon jetzt ist England nicht mehr in der Lage, dem verbündeten Italien die nötigen Kohlen zu liefern.

Trotzdem ist der Erfolg keineswegs sicher und auf jeden Fall recht weit ausstehend. Die englische Flotte ist sehr groß, und durch Organisation läßt sich der vorhandene Raum besser ausnutzen; man kann das Aus- und Einladen beschleunigen, man baut neue Schiffe und kauft in der ganzen Welt alte zusammen. Zu dem allem immer die Gefahr des Konflikts mit Amerika, das, auch ohne uns den Krieg zu erklären, an der großen deutschen Handelsflotte, die jetzt müßig in seinen Häfen liegt, ein sehr wertvolles Pfandobjekt in der Hand hat. Eben kommt die Nachricht, daß die portugiesische Regierung die im Hafen von Lissabon geborgenen deutschen Schiffe kurzweg mit Beschlag belegt hat. Bald genug werden sie den Engländern dienen.

Man sieht, die Entscheidung, die unsere Regierung zu treffen hat, ist überaus schwierig. Sie hat zwei Wege vor sich, die einander ausschließen. Geht man darauf aus, die Neutralen unter Führung von Amerika dahinzubringen, daß sie sich die rechtswidrige Absperrung durch England nicht länger gefallen lassen, so bedeutete das im Falle des Gelingens, daß wir den Krieg gewonnen haben — aber wird Amerika so weit gehen? Seine eigenen Interessen scheinen es zu verlangen, aber entgegen steht die intensive Abneigung, die es gegen uns hegt. Tun wir das Umgekehrte und suchen England durch einen rücksichtslosen Tauchbootskrieg zu bezwingen, so ist abermals die Frage, bis zu welchem Grade der Feindseligkeit sich dann Amerika gegen uns fortreißen läßt. Was man auch tut, immer stößt man auf einen fremden Willen, dessen Entschluß und Kraft sich nicht berechnen läßt.

In der öffentlichen Meinung stellt man sich die Sache sehr viel einfacher vor. Da glaubt man nichts zu sehen als den bekannten Unterschied zwischen schneidig und flau. So ist es den Staatsmännern ergangen, wenn sie eine schwierige Situation mit Klugheit zu bemeistern suchten, so lange es Weltgeschichte gibt. Von dem „feigen Perikles“ an, den der tapfere Kleon „biß“, bis zu Bismarck, der mit seiner ewigen Kompromißsucht immer

den letzten Entscheidungen aus dem Wege zu gehen suchte, der in der parlamentarischen Sicherung der Armee sich mit einem Septennat zufrieden gab, der sich die lex Huene gefallen ließ, der aus dem Kulturkampf nach Canossa ging, in der Karolinenfrage selbst vor Spanien zurückwich und den proletarischen Hunger mit sozialpolitischen Gesetzen zu stillen suchte. Diesmal hat sich der Marine-Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung" mit großem Erfolg der Aufgabe unterzogen, dem deutschen Volke zu zeigen, wo das Heil des mutigen Entschlusses liegt. Er beweist in gleichem Atem, daß England verhungern müsse, wenn wir ihm noch eine Anzahl Handelsschiffe versenken, und daß England in wenigen Wochen, wenn es sich nur anstrenge, so viel Zufuhr hineinbringen könne, daß Gefahr sei, wir kämen mit unserem Tauchbootkrieg zu spät. Er hat sich nicht gescheut, etwa an den Satz zu appellieren: „Deutscherseits dürfte man kaum ein Interesse haben Großbritannien über die Schwierigkeiten und Gefahren hinwegzuhelfen", wogegen denn freilich nichts anzuwenden ist — es sei denn, daß man fragt: und gegen solche Hundsfötter, die Großbritannien in seinen Schwierigkeiten und Gefahren zu helfen wünschen, hältst du es für nötig und hältst dich nicht zu gut, zu polemisieren? Derselbe Herr aber, der solche Sätze aus der Feder bringt, hat auch die Entdeckung gemacht, daß England die größte Furcht habe, daß Deutschland mit Amerika in Krieg geraten möchte, weil Deutschland mit seinen Tauchbooten dann sofort England mit samt Amerika kleinkriegen würde. In der „Täglichen Rundschau" ist ein ganzer Artikel von Paul Rohrbach daran gesetzt (19. Febr.), die holde Illusion von dieser Art englischer Furchtsamkeit quellenmäßig zu widerlegen. Mit allem Raffinement arbeitet die englische Presse vielmehr daran, Amerika nach Möglichkeit in den Konflikt mit uns hineinzutreiben. Mit derartigen Mitteln sucht man jede besonnene Ueberlegung moralisch tot zu schlagen, und erreicht es tatsächlich, in dieser schweren Zeit weite Kreise unseres Volks mit tiefem Mißtrauen gegen die Regierung zu erfüllen. Diese unverantwortliche Stimmungsmache hat zu einem Zwischenfall geführt, der schließlich beigelegt worden ist, und den man am liebsten der Vergessenheit übergeben möchte, den eine Monatsschrift aber doch nicht ganz mit Stillschweigen übergehen kann, um so weniger, als ein sehr wichtiger, staatsrechtlicher Gesichtspunkt dabei in der öffentlichen Diskussion gar nicht zum Ausdruck gebracht worden ist.

Auch die Budget-Kommission des Preußischen Hauses der Abgeordneten hat es als ihre Aufgabe angesehen, die auswärtige Politik des Reichskanzlers zu diskutieren, im besonderen die Frage des Tauchbootkrieges und unseres Verhältnisses zu Amerika, und es sind dabei von einigen Abgeordneten äußerst scharfe, kritische Bemerkungen gefallen; man ersuchte den Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Eigenschaft als preußischer Minister in der Kommission zu erscheinen, welchem Wunsch dieser zwar nachkam, Darlegungen aber ablehnte, und schließlich faßte die Kommission eine Resolution, die sie durch den Präsidenten des Hauses dem Herrn Reichskanzler zustellen ließ, und trotz des Widerspruchs des Regierungsvertreters der Oeffentlichkeit übergab. Die Resolution besagte nichts anderes, als was der Herr Reichskanzler in einem Interview dem Amerikaner v. Wiegand erklärte, daß nämlich Deutschland gegenüber der englischen Beiseitesetzung des Seekriegsrechts seinerseits auf den Tauchbootkrieg nicht verzichten könne. Dem Herrn Reichskanzler hätte es frei gestanden, diese Kundgebung als einen freundlich gemeinten Vertrauensbeweis in Empfang zu nehmen und zu begrüßen, und damit wäre die Sache dann begraben gewesen. Leider aber war das ganz unmöglich, denn mit Windeseile hatte sich bereits verbreitet, daß jene Resolution keineswegs aus einer Stimmung der Einigkeit und des Vertrauens hervorgewachsen war, und in weiten Kreisen des Volks wurde sie auch ganz anders, nämlich als ein direktes Mißtrauens-Votum aufgefaßt. Mögen einzelne der Abgeordneten sich an den Wortlaut haltend das nicht so gemeint und deshalb aus gutem Herzen dafür gestimmt haben. Das entgegengesetzte Ziel war jedenfalls auch im Spiel, und es wäre des leitenden Staatsmannes doch wohl wenig würdig gewesen, so zu tun, als ob er das nicht wisse. Vor allem aber machen wir uns klar, was der Vorgang staatsrechtlich bedeutet.

Dies ist der Punkt, wo das, was bisher in den Zeitungen gesagt worden ist, wesentlich ergänzt werden muß. Man hat sich ganz allgemein an den Satz gehalten, daß die Einzel-Landtage von der Behandlung der Reichspolitik deshalb nicht ausgeschlossen seien, weil die Reichspolitik im Bundesrat gemacht werde und den Einzel-Landtagen das Recht zustehe, die Instruktion der einzelnen Stimmen im Bundesrat zu diskutieren und zu kritisieren, denn die Minister der Einzelstaaten sind ihren Landtagen für

Alles, auch für die Abstimmungen im Bundesrat verantwortlich. Dieses Recht ist unbestreitbar und unbestritten. Freilich verlangt der Geist der deutschen Reichsverfassung, daß es mit einer gewissen Zurückhaltung geübt werde, da die Reichsangelegenheiten doch in erster Linie dem Reichstage unterstehen, und sich eine heillose Verwirrung ergeben müßte, wenn alle Einzel-Landtage auch immer mitreden wollten. Die Hauptsache aber ist, daß im vorliegenden Fall die ganze Argumentation überhaupt nicht zutrifft, weil die auswärtige Politik dem Bundesrat entzogen ist und allein dem Kaiser und dem Reichskanzler zusteht. Die Kompetenz des Bundesrats in der auswärtigen Politik beschränkt sich darauf, daß ein Ausschuß besteht, der Mitteilungen des Reichskanzlers entgegenzunehmen hat. Ferner muß der Bundesrat wie der Reichstag den Verträgen zustimmen. Damit aber ist es aus. Nach Art. 11 der Reichsverfassung ist es der Kaiser, der „das Reich völkerrechtlich zu vertreten" hat, und es ist ja auch ganz unmöglich, die nationale Einheit würde aufhören und die Führung der Politik würde lahmgelegt sein, wenn es anders wäre. Nur dem Kaiser und neben ihm, soweit es die Verfassung vorschreibt, dem Reichstag ist der Reichskanzler für seine Politik verantwortlich. Der Bundesrat hat dabei nicht mitzureden und folglich auch nicht die partikularen Landtage, denen die Reichspolitik als solche zum Heile Deutschlands entzogen und nur mittelbar, soweit eben auch der Bundesrat mit ihr befaßt wird, zugänglich ist.

Freilich gibt es noch einen preußischen Minister des Auswärtigen; das ist der Herr Reichskanzler selbst. Herr v. Jagow führt die auswärtigen Angelegenheiten als der dem Kanzler unterstellte Staatssekretär und ist in Preußen Minister ohne Portefeuille. Der preußische Minister des Auswärtigen ist seiner Zeit nur erhalten worden, um der Beziehungen Preußens zu den anderen deutschen Staaten willen. Von einer Kompetenz des preußischen Landtages in der deutschen auswärtigen Politik kann um so weniger die Rede sein, als Preußen nicht einmal in jener Kommission des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten vertreten ist.

Der völlige Widersinn einer Behandlung der auswärtigen Politik in einem Landtage tritt hervor, wenn man sich klarmacht, daß eine parlamentarische Behandlung einer Frage doch nur da stattfinden kann, wo auch die Regierung in der Lage ist, Auf-

klärung geben zu können. Der Reichskanzler kann aber nicht in den Einzel-Landtagen erscheinen und deshalb sich auch nicht etwa durch einen Kommissar vertreten lassen. Handelt es sich um Reichsfragen, bei denen der Bundesrat zu beschließen hat, z. B. den Getreidezoll, so kann das auch in Einzel-Landtagen besprochen werden, weil es Minister gibt, die sich an der Diskussion beteiligen können. Einen auswärtigen Minister, der das könnte, gibt es in Preußen nicht. Auch wenn der Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident ist (was ja nicht zu allen Zeiten der Fall war) kann er doch nicht als solcher Reichsangelegenheiten behandeln. Die Personal-Union zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten gibt dem preußischen Landtag nicht das Recht, diesen in seiner nichtpreußischen Eigenschaft bezüglich der Führung seiner Geschäfte vor sein Forum zu ziehen.

Hat nun schon das Haus der Abgeordneten keinerlei Kompetenz, über auswärtige Fragen mitzureden, so noch viel weniger irgend eine beliebige seiner Kommissionen. Ein ganz unerhörter Vorgang ist es aber, daß eine Kommission beansprucht, durch den Präsidenten des Hauses mit dem Herrn Reichskanzler in direkte Beziehung treten zu wollen. Eine Kommission ist schlechterdings nur ein Organ des hohen Hauses selbst.

Den Herren Abgeordneten, die den rechtswidrigen Beschluß gefaßt haben, ist ja nun auch hinterher bei ihrer Usurpation bange geworden, und sie haben sich dahinter versteckt, daß sie ja nur dem Herrn Reichskanzler als gute Patrioten ihre Zustimmung hätten ausdrücken wollen, was ihnen doch niemand verübeln dürfe. Das ist zwar bloß die bekannte Damenentschuldigung „ich habe es nicht so gemeint" — aber selbst wenn man das sachlich auch hätte akzeptieren wollen — formell hätte sich immer die üble Konsequenz ergeben, daß ein Präzendenzfall geschaffen war: nimmt der Reichskanzler von einer Landtags-Kommission ein Vertrauens-Votum an, was soll er machen, wenn sie das nächste Mal für gut befindet, ihm ein Mißtrauens-Votum kundzugeben? Die Politik ist nicht so harmlos, wie der nationalliberale Abgeordnete Bacmeister, der meinte, alle Welt redete doch jetzt über Amerika und den Tauchboot-Krieg — warum nicht auch die Budget-Kommission des Hauses der Abgeordneten?

Der Leiter des ganzen Vorstoßes ist, wie verlautet hat, der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, gewesen. Da

kann man den Verdacht schwer loswerden, daß neben der patriotischen Sorge, der man gern etwas Ueberschäumen über die Schranken des strengen Staatsrechtes zugestehen möchte, doch auch gewisse parteitaktische Erwägungen und Hintergedanken mitgespielt haben, und muß sich um so mehr freuen, daß der Herr Reichskanzler den Herren Abgeordneten nichts geschenkt, sondern sie zu sich eingeladen und ihnen seinen Standpunkt klar und deutlich, wie anzunehmen, auseinandergesetzt hat. Man erinnert sich, daß schon vor einigen Jahren der Herr Reichskanzler Herrn v. Heydebrand im Reichstag in sehr scharfen Worten bemerklich machte, daß im deutschen Reiche niemand in Anspruch nehmen dürfe, patriotischer sein zu wollen als der verantwortliche Leiter der deutschen Politik selber.

Die Kriegsereignisse im Februar.

26. Februar 1916.

Die Spannung in diesem Monat war von etwas anderer Art, als in den voraufgehenden. Früher sah man, auf diese oder jene Aktion und erwartete täglich, ob ein Fortschritt gemeldet werde, wie groß er sei, ob etwa ein Stillstand eingetreten. Dann und wann wurde man auch überrascht dadurch, daß plötzlich ein neuer Kriegsschauplatz sich auftat an einer Stelle, wo man bisher kaum hingeschaut. In diesem Februar war es uns, wie wenn am Horizont mehrere schwere Gewitter zugleich stehen, die Blitze am Himmel hin und her fahren und man erwartungsvoll hinschaut und hinhorcht, wo der Wetterstrahl endlich einschlagen wird. Stand ein großer Angriff auf Saloniki bevor? Haben die Oesterreicher bei ihrem Vorrücken in Albanien auf den Widerstand einer bloßen Besatzungstruppe oder mit einer großen italienischen Armee zu rechnen? Bereiteten wir eine große Offensive im Westen vor? oder im Osten?

Auch bei unseren Gegnern waren die Pläne nicht zu erkennen. Wie groß ist ihre Armee bei Saloniki? Und zu welchem Zweck halten sie überhaupt diesen Punkt? Um ihr Prestige im Orient zu wahren? Oder um eine große Offensive in der Richtung auf Sofia zur Unterbrechung der Bahn von Belgrad nach Konstantinopel zu unternehmen? Haben sie wirklich eine große

Armee bei Saloniki und verzichten deshalb auf jede weitere Offensive in Frankreich? In ihren Blättern ist gerade umgekehrt viel von der bevorstehenden großen Frühjahrs-Offensive die Rede. Andere aber setzen ihre ganze Hoffnung darauf, daß die Russen im Laufe des Winters ihre Armee wieder hergestellt haben und die große Dampfwalze suchen werden, noch einmal in Bewegung zu setzen. Da ist dann noch der Kriegsschauplatz in Italien; da ist die Frage, ob die Italiener sich doch noch entschließen werden, größere Kräfte über das Meer zu senden. Da ist der Kriegsschauplatz am Kaukasus.

Bei uns vertraut man, daß der Große Generalstab in verständnisvoller Harmonie mit den Bundesgenossen aber in aller Stille den Punkt herausfindet, wo unsere Kräfte am besten eingesetzt werden. Bei unseren Gegnern werden trotz aller Zensur die Pläne in halber Oeffentlichkeit und oft genug mit böser Kritik erörtert. Jeder beschuldigt den anderen, daß er zu wenig leiste. In Frankreich rechnet man aus, daß schon 700 000 Franzosen getötet seien, aber erst 130 000 Engländer. „Unsere Leute", heißt es, „sind in den Schützengräben; alle unsere Läden sind geschlossen, aber ihr verdient an uns Geld, um es uns zu Wucherzinsen auszuleihen. Eure Fabrikanten und Finanzleute häufen Vermögen auf, Eure Arbeiter bleiben in ihren Wohnungen bei Weib und Kind und verdienen gute Löhne, während die unsrigen für 1½ Penny für Euch zu fechten haben. Wenn es tatsächlich nötig ist, die Industrie im Gange zu halten, um Geld zu schaffen, dann wollen auch wir unsere Fabriken in Lyon, St. Etienne und Rouen wieder eröffnen und unsere Arbeiter zu Hause behalten". Ganz ebenso klagen die Italiener, sie müßten für die Tonne Kohlen 160 Shilling bezahlen, weil britische Kaufleute und Reeder Geld verdienen müssen, damit der Krieg fortgesetzt werde. Die italienische Presse klagt die Russen an, daß mit ihrem Rückzug aus den Karpathen alles Unheil begonnen habe, und hier recht eigentlich der Grund für den Untergang Serbiens zu suchen sei. Umgekehrt sind alle anderen Bundesgenossen einig, die Italiener anzuklagen, daß sie zu wenig geleistet hätten, und ein italienisches Blatt schrieb schon „die Mißachtung Italiens nimmt beleidigende Formen an". Köstlich kam die innere Zerfahrenheit der Koalition zum Ausdruck in der Reise des französischen Ministerpräsidenten Briand nach Rom und den Kommentaren, die die Presse dazu

gab. Weshalb ist Herr Briand hingereist? Man habe erkannt, hieß es, daß, um den Krieg zu gewinnen, die Verbündeten Einheitlichkeit bringen müßten in ihr politisches wie in ihr militärisches Handeln; diese Einheitlichkeit herzustellen, habe sich der französische Ministerpräsident selber nach Rom aufgemacht. Das ist die Höhe der Weisheit, die man nach anderthalb Jahren Kriegführung glücklich erklommen hat. Jetzt ist man dahinter gekommen, daß zur Kriegführung einheitliches Handeln gehört. Hat man das bis dahin wirklich noch nicht gewußt? Die Einheitlichkeit sollte geschaffen werden durch einen permamenten Kriegsrat in Paris, aber wie soll dieser Kriegsrat entscheiden? Soll er etwa den Italienern befehlen dürfen, daß sie 200 000 Mann nach Saloniki zu schicken haben, oder den Engländern die Weisung geben, daß sie viel zu große Streitkräfte zur Verteidigung Aegyptens aufgehäuft hätten, und daß diese besser in Flandern zu verwerten wären? Im vorigen Sommer wurde einmal in einer französisch-schweizerischen Zeitung ausgerechnet, daß die Franzosen im Durchschnitt ihre Linien mit 2,3 Mann auf den Meter besetzt hätten, die Engländer aber mit 15,2 Mann, so daß diese immer nach ganz kurzer Frist von dem schweren Schützengrabendienst abgelöst werden könnten, die Franzosen aber nicht. Soll der Kriegsrat in Paris nun anordnen, eine wie lange Front jede der Mächte zu besetzen hat? Soll die Majorität diese Beschlüsse zu fassen haben? Sollen auch Serbien und Japan zum Kriegsrat gehören, oder nur die vier europäischen Großmächte?

Der wahre Grund für die Reise Herrn Briands nach Rom wird wohl sein, daß man bei dem immer gehässiger und aufgeregter werdenden Zank nach irgend einem Beruhigungsmittel suchte, irgend einem symbolischen Akt, der, da nun einmal eine wirkliche Einheitlichkeit nicht zu erzielen war, wenigstens einen Schein von Einheitlichkeit und Intimität erzeugte.

Das erste bedeutendere kriegerische Ereignis in diesem Monat war die Einnahme von Erzerum durch die Russen. Die ersten russischen Nachrichten waren so gefaßt, daß man glauben konnte, es sei dort auch eine türkische Armee gefangen genommen, und dann wäre es wirklich ein sehr bedeutendes Ereignis gewesen. Bald aber stellte sich heraus, daß die türkische Armee sich noch rechtzeitig herausgezogen und nur die Stadt in die Hände der Russen geraten ist. Hier kann man wirklich die mangelnde Ein-

heitlichkeit in den Handlungen der Alliierten mit Händen greifen. Hätten die Russen Erzerum vor einem Jahr genommen, eben als die Engländer und Franzosen sich anschickten, die Dardanellen zu forcieren, so hätte die Einnahme der Stadt eine ganz andere taktische wie moralische Bedeutung gewonnen. Jetzt, wo die Türken die Armee von Gallipoli seit vielen Wochen frei zur Verfügung haben, wird es ihnen nicht schwer sein, den Russen irgendwo in dem Gebirgslande wieder einen genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Erzerum ist wenig mehr als 100 Kilometer Luftlinie von der russisch-türkischen Grenze und 120 Kilometer von der nächsten russischen Bahnstation entfernt. Es war also für die Russen nicht so schwer, hier einen starken Angriff zu massieren. Je weiter sie ins Land hineinkommen, desto mehr haben sie mit denselben Schwierigkeiten in der Truppenbewegung zu kämpfen wie auch die Türken, und wir dürfen zuversichtlich erwarten, daß der Krieg dann hier wieder ins Gleichgewicht kommt. Auf jeden Fall würde es eine recht lange Zeit in Anspruch nehmen, ehe vom armenischen Hochland aus eine Einwirkung, sei es auf Syrien, sei es auf Mesopotamien, geschweige auf Konstantinopel ausgeübt werden kann.

Mit ruhiger Festigkeit, Schritt für Schritt haben die Oesterreicher nach der Bezwingung Montenegros ihren Vormarsch durch die albanischen Berge fortgesetzt und sind vor Durazzo angelangt. Es hat fast den Anschein, als ob die Italiener überhaupt nicht gewillt seien, diesen Punkt ernsthaft zu verteidigen, sondern sich schon anschicken, die Stadt zu räumen. Wenn man erwägt, wie schwierig für eine moderne Armee mit ihren großen Bedürfnissen an Munition und Verpflegung ein wegeloses Bergland ist, so muß man die Leistung der Oesterreicher wahrhaft bewundern, nicht weniger erstaunen aber über die Schwäche der Italiener, denen der Besitz von Durazzo fast nicht weniger am Herzen liegt als etwa Trient. Man sollte meinen, daß die italienische Kriegs- und Handelsflotte doch ohne besondere Schwierigkeit und in kurzer Frist ein oder sogar einige Armeekorps von Brindisi mit allem Zubehör müsse herüberschaffen können. Freilich sind solche Transporte den Angriffen österreichischer Tauchboote ausgesetzt. Aber sollte diese Gefahr so schlechthin ausschlaggebend sein? Die Engländer und Franzosen haben doch große Armeen nach Gallipoli und Saloniki gebracht. Am letzten Ende wird wohl der General

Cadorna in solcher Furcht um seine Venezianisch-Lombardische Front sein, daß er schlechterdings keine größere Truppenzahl abgeben will.

Sind alle diese Aktionen verschwindend gegen das, was jetzt im Westen in Gang gebracht worden ist? An den verschiedenen Stellen, von Ypern in Flandern bis nach Altkirch im Elsaß, haben wir siegreiche Vorstöße gemacht, die zunächst nur Verbesserungen in der Front, Gewinn von überragenden Stellungen im Gelände bezweckten. Die früheren großen Angriffe der Verbündeten gegen unsere Stellungen haben gelehrt, daß es bei genügend starker Artillerie-Vorbereitung möglich ist, eine noch so gute Feldstellung in der ersten Linie endlich zu nehmen. Aber die Kraft des Angriffs erschöpft sich, und schließlich ist der Gewinn die Opfer nicht wert. Das war namentlich das Ergebnis des letzten großen Doppelangriffs, der am 25. September einsetzte. Wie aber, wenn nun unmittelbar hinter der anzugreifenden Stellung eine Festung liegt wie Verdun? Festungen können den ganz schweren Kalibern heute weniger widerstehen als Feldstellungen, weil man in den Feldstellungen die Aufstellung der Geschütze verstecken und auch wechseln kann. Ein Fort oder ein Festungswall aber, der erst im Bereich des schweren Geschützes der Feinde ist, ist sehr bald erledigt. Bei Verdun ist zu beachten, daß die Festung an einem ausspringenden Winkel der langen französischen Schützengrabenstellung sich befindet. Faßt der Angreifer diesen Winkel also in genügender Breite und drückt ihn ein, so wird die französische Gesamtfront darum noch nicht eingebeult, sondern eher begradet. Bei den früheren Angriffen der Franzosen auf die deutsche Front geschah es ihnen, daß sie, indem sie vordrangen, sich selber in eine Art Sack hineinarbeiteten und von den beiden Flanken gefaßt werden konnten. Dieser Gefahr ist der Angreifer eines ausspringenden Winkels nicht ausgesetzt. Soeben kommt die Nachricht, daß ein Fort von Verdun bereits erstürmt sei.

Die Kriegsereignisse im März. Der Rücktritt des Admirals von Tirpitz. Monarchie und Parlamentarismus im Kriege.

25. März 1916.

Als wir das vorige Heft abschlossen, hatte gerade der große Angriff auf Verdun eingesetzt. Als Hauptmotiv, weshalb unsere Offensive sich gerade diese Stelle ausgesucht hatte, erschien mir, daß sie in der französischen Front einen Schulterpunkt, den ausspringenden Winkel bildet, den man beim Angriff umfaßt. Kommt also der Angriff vorwärts, so gerät nicht nur der Verteidiger, mehr und mehr eingeengt, in eine besonders üble Lage, sondern der Angreifer behält auch dauernd den Vorteil, nicht selber beim weiteren Vordringen umfaßt zu werden, wie sich das naturgemäß ergibt, wenn man in eine gerade Linie oder gar in einen einspringenden Winkel hinein vorstoßen will. Diesem Vorteil des Angriffs auf den ausspringenden Winkel steht der Nachteil gegenüber, daß auch nach durchgeführtem und gelungenem Angriff die Linie des Feindes noch nicht gesprengt zu sein braucht, sondern sich, wenn richtige Vorbereitungen getroffen sind, ohne wesentlichen strategischen Nachteil einige Meilen zurückverlegen läßt.

Ein französischer Militärkritiker, der Senator Humbert, hat als entscheidendes Moment annehmen wollen die Eisenbahnverbindungen, über die Deutschland gerade an dieser Stelle verfüge; drei Linien führten direkt in die deutsche Front von Norden und Osten und seien durch Ergänzungsbauten noch vervielfältigt worden. Durch diese Vorbereitungen hätten es die Deutschen ermöglicht, daß aus den Geschützgießereien und Munitionsfabriken daheim die Kanonen und Granaten direkt bis in die Feuerstellung gefahren werden können, der Geschützkampf sich also unabsehbar und unerschöpflich fortsetzen könne. Eine englische Zeitschrift, die „Nation", hat das wieder so ausgemalt, daß die Taktik der Deutschen darin bestehe, sich immer weiter in die französische Front einzuhämmern, bis die Erschöpfung der Franzosen in diesem schrecklichen, nervenzerrüttenden Kampf so schlimm werde, daß die Verteidigung zusammenbreche. „Dies ist — sagt die „Nation" — eine durchaus mögliche Taktik, und die Frage der Verteidigung von Verdun muß sich darum drehen, ob unser

Verbündeter die Stellung der Verluste wert hält, die ihre Festhaltung bringen muß, und er imstande ist, das fortwährende Einhämmern auf seine Truppen und die damit verbundenen Verluste zu tragen." Diese schon am 11. März vorgetragene Erklärung der „Nation" scheint durch den Fortgang der Dinge bestätigt zu werden. Als man sah, daß nach den ersten überraschenden Erfolgen des Angriffs er nur noch in kleinen Schritten vorgetragen wurde, da atmete man bei unseren Gegnern bereits auf, als ob die Deutschen ihr großes Ziel verfehlt hätten. Wenn aber die „Nation" recht hat, so ist das Ziel der deutschen Heeresleitung gar nicht der gewaltsame Durchbruch und die Eroberung von Verdun, sondern die Eroberung, wenn sie schließlich eintreten sollte, wäre sozusagen nur eine Nebenerscheinung innerhalb des eigentlichen Hauptereignisses, nämlich der Zermürbung und der Besiegung eines wesentlichen Teils der feindlichen Streitmacht. Die Einnahme von Verdun wäre, wie oben dargelegt, noch keineswegs gleichbedeutend mit einer Durchbrechung der französischen Front. Die immer größer werdenden Verluste der französischen Streitmacht aber und schließlich der moralische Zusammenbruch kämen dem Gewinn einer großen Feldschlacht gleich. Früher konnte man sich eine Schlacht nur vorstellen als einen zur höchsten Gewaltsamkeit gesteigerten Zusammenprall der gesammelten Streitkräfte, der sich notwendig in einer kurzen Frist entladen und erledigen mußte; die „Schlacht bei Verdun", wie die Zeitungen hüben und drüben jetzt schon mit Recht sagen, bietet nun ein ganz anderes Bild. In welcher Form sie einmal enden wird, sehen wir heute noch nicht. Aber das sehen wir bereits mit voller Bestimmtheit und erkennen es täglich mehr, daß die Ueberlegenheit auf unserer Seite ist. Der große prinzipielle Vorteil des Angreifers, daß er den Punkt oder die Punkte des Angriffs wählt und hier seine Kräfte konzentriert, während der Verteidiger, unsicher, wo er den Schlag zu erwarten hat, seine Kräfte ziemlich gleichmäßig verteilen muß, macht sich auch hier geltend. Die eigentümliche Eigenschaft des modernen Artilleriekampfes, daß es vor allem darauf ankommt, die Batterien so aufzustellen, daß sie vom Feinde nicht entdeckt werden können, kann vom Angreifer, der über den äußeren, größeren Ring verfügt, viel besser ausgenutzt werden, als vom Verteidiger. Aus demselben Grunde ist auch die Munitionszufuhr für den Angreifer leichter als für den Verteidiger. Mögen die

von dem Verteidiger aufgeführten Befestigungen noch so stark sein, den modernen Riesengeschützen können sie nicht widerstehen, um so weniger, als sie bekannt oder leicht erkennbar sind. So muß der Verlust des Verteidigers bei dieser Kampfhandlung immer sehr viel größer sein, als der des Angreifers, falls dieser so vorsichtig ist, seine Infanterie immer erst dann einzusetzen, wenn ein Stück der feindlichen Stellung völlig zermürbt und der Erfolg so gut wie sicher ist. Der Kampf um Verdun ist eine strategische Handlung, auf die man das Wort anwenden kann: „Der Weg ist das Ziel."

Daß Verdun als ein Schulterpunkt, ein ausspringender Winkel einem Angriff besonders ausgesetzt sei, haben natürlich auch die Franzosen gewußt, diese Stellung deshalb so stark wie irgend möglich gemacht und sie auch ins Vorgelände nach Möglichkeit und unter Kämpfen ausgedehnt; sie haben auch wohl den Gedanken gehabt, von hier aus eine Offensive unternehmen zu können. Daß wir nun doch gerade diesen besonders stark befestigten Punkt für unseren Angriff ausgewählt haben, steigert nicht nur die Wichtigkeit der Entscheidung, sondern beraubt die Franzosen eines wesentliches Teiles ihrer Operationsfreiheit. Was wäre es groß, wenn sie schließlich eine befestigte Kleinstadt wie Verdun aufgegeben hätten, als sie bemerkten, mit welchen gewaltigen Zurüstungen wir den Angriff einleiteten? Aber eben die Größe der eigenen Verteidigungsmaßnahmen, die Anlage so vieler Befestigungslinien hintereinander, schloß das aus. Ein solches Eingeständnis der Schwäche wäre gar zu deprimierend gewesen. Sie haben den Kampf angenommen, und nun müssen sie ihn durchfechten, und je länger er dauert, je größer wird der Unterschied des Verlustes hüben und drüben. Die deutsche Heeresverwaltung hat keinen Grund durch besondere Krafanstrengungen oder Opfer die Entscheidung zu beschleunigen. Sie könnte, wenn sie wollte, ihre Operationen von einem Tage zum andern auch anderswohin legen. Die Franzosen aber sind jetzt so sehr an den Punkt Verdun gefesselt, daß ihnen schwerlich die Kraft zu anderweitiger Initiative geblieben ist.

Sie erwarten Hilfe von ihren Verbündeten. Da sind ja die Engländer. Es gibt mit den Kolonien, die ja auch ihr gutes Teil leisten, 60 Millionen Engländer gegen 40 Millionen Franzosen. Von jenen 60 Millionen sind 130 000 Männer gefallen. Von den 40 Millionen Franzosen 800 000. Jetzt scheint wirklich

die Reihe an den Engländern zu sein. Aber bis heute verlautet noch nichts von einer englischen Entlastungs-Offensive in Flandern. Eine solche Offensive will vorbereitet sein, und es ist ja auch schon immer von der großen Frühjahrsoffensive gesprochen worden. Aber vielleicht geht es wie mit der Hilfsexpedition für die Serben. Als sie endlich in Saloniki anlangte und begann sich zu entwickeln, da waren Serbien und die serbische Armee bereits vernichtet. Oder sollten die Engländer die Zuversicht zu einem Angriff auf die deutschen Schützengräben überhaupt verloren haben?

Etwas williger als die Engländer haben sich die Italiener und Russen gezeigt. Aber nach einem kurzen verlustreichen Anlauf sind die Italiener wieder zusammengesunken, und die Angriffe der Russen sind zwar sehr heftig, lassen aber irgend einen strategischen Gedanken zur Zeit wenigstens noch nicht erkennen. Da wir als sicher annehmen dürfen, daß seit vier Wochen der Hilferuf der Franzosen immer dringender, immer verzweifelnder ins russische Hauptquartier kommt, so wird es sich mit dieser Offensive ebenso verhalten, wie mit jener Offensive im August 1914: aus politischen Gründen ist sie strategisch unreif zur Welt gekommen. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz muß jetzt in den allernächsten Tagen die sogenannte fünfte russische Jahreszeit beginnen, die Zeit zwischen Winter und Frühjahr, vier bis sechs Wochen, wo das Tauwetter die Wege so unpassierbar macht, daß jeder Verkehr aufhört. Angenommen, die Russen erföchten hier und da taktische Vorteile, nehmen wir sogar an, große taktische Vorteile, so würde das doch keine erhebliche strategische Folgen haben können, weil die Unwegsamkeit die Ausnutzung unmöglich macht. Erst Ende April oder Mai pflegt diese Periode überwunden zu sein. Ist es also denkbar, daß die Russen aus militärischen Motiven den jetzigen Angriff unternommen haben? Ein Angriff aber, der nicht militärisch, sondern bloß politisch begründet ist, pflegt von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt zu sein. Die Russen treiben ihre Leute in das deutsche Feuer und bringen ein gewaltiges Blutopfer, nur um den Franzosen ihren guten Willen zu beweisen. Der General von Falkenhayn aber kann im Westen operieren, in der ruhigen Zuversicht, für eine Reihe von Wochen jeder Sorge wegen des Ostens überhoben zu sein. Sollte der Kriegsrat, den die Verbündeten jetzt in Paris abgehalten haben, gegen dieses Auseinanderfallen ihrer Operationen ein Heilmittel aus-

findig gemacht haben? Der „Temps" (v. 18. März) berichtet in geheimnisvoller Weise von einem Plan, bei dem auch die Serben und alle Flotten mitwirken sollen. Wir wollen nicht über sie spotten, es sind keineswegs unbedeutende Leute, die drüben die Führung haben, aber wo die Natur der Dinge der Einheit so sehr widerstrebt, ist auch kein Genie imstande, sie künstlich zu schaffen, und das fortwährende Mitreden der öffentlichen Meinung, der Parteien, der Presse, der Parlamente macht vollends ein wirklich konzentrisches Zusammenwirken unmöglich. Immer wieder kommt die deutsche Heeresleitung den Gegnern zuvor und weiß sie mit ihren Angriffen, so lange und vorsichtig sie vorbereitet werden, zu überraschen. Welche Kaltblütigkeit gehörte dazu, den Feldzug nach Serbien und die Entlastung für Konstantinopel nicht eher in Angriff zu nehmen, ehe nicht die Russen in Polen erledigt und genügend zurückgeworfen waren! Politisch wie militärisch von weit her angelegt, brach dann der Balkanfeldzug so plötzlich los, daß die Verbündeten mit ihrer Gegenaktion zu spät kamen. Mögen sie nunmehr die Armee aus Saloniki zurückführen, oder die Italiener mit einigen Armeekorps in Frankreich erscheinen, oder die Engländer sich zur Offensive aufraffen, — auch von dieser Periode des Krieges wird es vermutlich am Ende heißen: die Deutschen kamen wieder rechtzeitig, und ihre Gegner kamen wieder zu spät.

Eben kommt nun auch das glänzende Ergebnis der vierten Kriegsanleihe mit über 10½ Milliarden Mark heraus und wird die letzte Illusion unserer Gegner über unsere wirtschaftliche Erschöpfung, wenn auch nicht in den Massen und in der Presse, doch in den intimeren Beratungen der führenden Politiker endgültig zerstören.

Vielleicht trösten sie sich mit den Erfolgen der Russen in Armenien und Persien; von Ispahan, wo die Russen jetzt angekommen sein sollen, sind nur noch 200 Kilometer bis zum Persischen Meerbusen. Vielleicht gibt es aber auch in England Leute, denen das Erscheinen der Russen am Persischen Meerbusen mehr Sorge bereiten würde als der Erfolg der teuren Verbündeten Befriedigung.

Jetzt kommt der neue, ganz große Kriegs- und Wirtschaftsrat in Paris — wirklich Kriegsrat? Oder sollten die Besprechungen,

wenigstens die unter vier Augen, nicht auch in das Gegenteil hinüberschweifen? Dahin abirren? Dabei endigen?

* * *

Der Großadmiral v. Tirpitz wird in der deutschen Geschichte fortleben als der Schöpfer der deutschen Flotte. Zwar gab es ja auch schon unter Kaiser Wilhelm dem Alten einige deutsche Kriegsschiffe, und ihre Zahl war von 1889—97 erheblich vermehrt worden. Diese Vermehrung war aber noch nicht eigentlich vom Willen des deutschen Volkes getragen. Sie war mehr, man möchte sagen, parlamentarisch erlistet, besonders indem der Reichskanzler v. Caprivi die Stimmen der Polen ebenso wie für die große Heeresvorlage zu gewinnen wußte. Die Mehrzahl der national oder sprachlich deutschen Abgeordneten hat damals gegen die Vorlagen gestimmt. Die Polen haben uns gerettet. Als der Admiral v. Tirpitz nun Staatssekretär der Marine wurde (1897), trat er in sein Amt mit zwei großen neuen Ideen: erstens die Flotte nicht auf die jährlichen Einzel- und Neubewilligungen des Reichstags zu stellen, sondern durch ein Flottengesetz eine breite, dauernde Basis zu schaffen, und zweitens, um das durchzusetzen, durch eine systematische Bearbeitung die öffentliche Meinung aufzuklären und für seinen Plan zu gewinnen. Er war aber, und dieses zeigt den wahrhaft bedeutenden Mann, einsichtig genug, um zu wissen, daß die nötige Durchknetung der öffentlichen Meinung nicht erreichbar sei vom Standpunkt der Parteipolitik. Erinnern wir uns, daß damals eben der unglückliche Versuch gemacht worden war, durch straffes Polizeiregiment das aufgegebene Sozialistengesetz zu ersetzen. Statt die Sozialisten zu bändigen, wurden durch diese Methode der Politik nur immer weitere Kreise aus den führenden intelligenten Schichten der Bevölkerung gereizt, verstimmt und zur Opposition getrieben. Es wäre völlig unmöglich gewesen, so lange dieser Kurs blieb, den namentlich der Minister v. Köller vertrat, der aber auch nach seinem Abgang noch nicht gleich aufgegeben wurde, jene freudige Stimmung in der Nation zu erzeugen, mit der die Flottenbewegung schließlich zum Siege geführt worden ist. Admiral v. Tirpitz hat sich hiermit ein Verdienst erworben, das neben der Schaffung einer Flotte selbst stets der besonderen Erwähnung wert sein wird und ihn als

einen Mann erkennen läßt, dessen Blick weit über sein Ressort hinausreichte, — ein Stück vom wirklichen Staatsmann.

Weshalb er nun mitten im Kriege den Abschied genommen, ist teils nicht genügend geklärt, teils wird es unangebracht sein, das, was man darüber weiß, hier allseitig zu erörtern. Nur so viel sei bemerkt, um einem weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten, daß Herr v. Tirpitz als Chef des Reichs-Marineamts nicht gleichzeitig das Oberkommando der Flotte innehatte. Ganz wie die Führung der Armee in den Händen des obersten Kriegsherrn selbst liegt, der sich von dem Chef des Großen Generalstabs beraten läßt, so steht dem Kaiser für die Führung der Flotte der Chef des Admiralstabes, der Admiral von Holtzendorff, zur Seite. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ist mit der Führung der Flotte so wenig betraut wie der Kriegsminister mit der Führung der Armee. Das ist die formale Seite der Sache, die natürlich nicht ausschließt, daß eine so starke Persönlichkeit von so tief begründeter Autorität wie Herr v. Tirpitz sich nach allen Seiten über die Grenzen des Ressorts hinaus geltend macht. Was da nun vorgegangen ist, wollen wir nicht erörtern; nur so viel sei bemerkt, daß diese Verabschiedung einen Vergleich mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, soll man sagen, nicht zu scheuen hat, soll man sagen, nach beiden Seiten nahelegt, derjenigen, in der die öffentliche Meinung jenes Ereignis von 1890 noch heute zu sehen liebt, wie derjenigen, in der es dem politisch Denkenden schon damals erschienen und der historischen Forschung allmählich deutlich und deutlicher geworden ist. Als damals Fürst Bismarck abging, habe ich die wundervollen Worte zitiert, in denen Ranke die Trennung des heiligen Bonifacius von König Pipin schildert. Wen es interessiert, der möge sie jetzt nachlesen und sich selbst sagen, welche Worte davon passen und welche nicht.

* * *

Noch gerade, ehe die Zensur die immer gereizter werdenden Auseinandersetzungen über den Tauchbootkrieg generell abschnitt, haben wir unsere Auffassung dieses überaus komplizierten technischen, wirtschaftlichen, politischen und völkerrechtlichen Problems im vorigen Heft dargelegt, hätten aber auch, selbst wenn die Diskussion noch frei wäre, diesen Darlegungen nichts hinzuzufügen. Nur unserer Freude geben wir noch Ausdruck, daß, so

weit das Auge des Außenstehenden in diese so vielseitige Frage einzudringen und sie zu übersehen vermag, die höchste entscheidende Stelle auch hier den richtigen Weg und die richtige Entscheidung gefunden und ihre Kraft und Klugheit von neuem bewährt hat. Daß weite Volkskreise das nicht begreifen und sich in eine ärgerliche Stimmung des Mißtrauens und des Besserwissens hineinreden, ist freilich wahr und bedauerlich genug, aber das liegt in der Natur der Dinge und muß als ganz unvermeidliches Uebel ertragen werden. Auch 1870, obgleich der Krieg nur 7 Monate dauerte, war es ja nicht anders, und noch heute ist der Nachhall der Stimmung, daß Moltke weich geworden sei und an einer „Ebbe im Wollen", wofür der Soldatenwitz eine derbere Bezeichnung hatte, gelitten habe, nicht ausgestorben. Neu ist freilich oder, wenn man will, auch nicht ganz neu, daß man jetzt mit Massenpetitionen und parlamentarischen Einwirkungen auf die politisch-strategischen Entscheidungen Einwirkungen auszuüben versucht.

Den ersten Versuch dieser Art machte die Budget-Kommission des Preußischen Abgeordnetenhauses. Gegen meine Darlegung, die sich völlig deckte mit einer Untersuchung, die der Jurist Laband im „Tag" veröffentlichte, hat die Deutsche Tageszeitung (7. März) zwei Einwendungen erhoben. Einmal bemängelt sie, daß ich die verfassungsmäßige Zustimmung des Bundesrats zu Kriegserklärungen nicht erwähnt habe. Ich antworte, daß ich das nicht getan habe, weil mir der Zusammenhang zwischen dieser Befugnis des Bundesrats und der Befugnis einer Kommission des Preußischen Landtages, auswärtige Angelegenheiten generell zu behandeln, nicht eng genug schien, um eine Erörterung zu lohnen. Des ferneren zitiert die „Deutsche Tageszeitung" mehrere Aeußerungen des Fürsten Bismarck nach seiner Entlassung, aber auch schon aus den Jahren 1887 und 1889, in denen festgestellt wird, daß der Preußische Landtag auch für auswärtige Angelegenheiten seine Kompetenz nicht verloren habe. Sieht man diese Aeußerungen des Fürsten näher an, so sind sie doch keineswegs so eindeutig, wie die „Deutsche Tageszeitung" sie erscheinen lassen möchte, sondern mit Absicht etwas verklausuliert gehalten. Vor allem aber kommt in Betracht, daß selbst ein völlig klarer und eindeutiger Ausspruch des Fürsten Bismarck über Auslegung der Verfassung staatsrechtlich nicht als unbedingt bindend angesehen

werden darf, weil Bismarck, wie jeder praktische Staatsmann, sehr geneigt war, das Staatsrecht je nach dem Bedürfnis der augenblicklichen praktischen Politik auszulegen, und dadurch auch mit sich selbst in Widerspruch geraten ist. Das bekannteste Beispiel ist seine Erklärung über die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten. Bei der Beratung der Verfassung hatte der Abgeordnete Simon die Anfrage gestellt (16. April 1867), ob die Bestimmung auch die außeramtliche Honorierung ausschlösse. Bismarck verneinte das; das hat aber nicht verhindert, daß im Jahre 1885 gegen alle Abgeordnete, die solche außeramtliche Honorierung erhielten, Anklage erhoben wurde, und die offiziöse Presse erklärte in Uebereinstimmung mit vielen Gerichten, daß die Erklärung eines Ministers, auch des bei der Verfassung maßgebenden Ministers für die Auslegung keine Bedeutung beanspruchen dürfe. Vielleicht geht dieser Satz in seiner Allgemeinheit zu weit; für die Frage der Kompetenz des Reichstages und der Landtage aber Aussprüche Bismarcks aus seinen letzten Jahren als maßgebend anzusehen, muß man um so vorsichtiger sein, als wir ja jetzt wissen, mit was für grundstürzenden Gedanken er sich damals trug. Ich will das hier nicht wiederholen und verweise auf meine Besprechung von Marcks' „Bismarck" in eben diesem Heft.

Anders als mit dem Landtag steht es nun mit dem Reichstag. Nicht weniger als vier Fraktionen haben sich veranlaßt gesehen, zur Frage des Tauchbootkrieges Anträge einzubringen.

Die Konservativen wollen erklären: „Angesichts des Versuches Englands, unser Volk durch Absperrung und Aushungerung niederzuringen und der dadurch erfolgten Ausdehnung des Krieges über die bewaffnete Macht hinaus auf die gesamte Bevölkerung ist die rücksichtslose Anwendung aller unserer militärischen Machtmittel gegen England geboten, um es auch unsererseits in seiner Ernährung und seiner Volkskraft zu bekämpfen. In dem neuerdings bekannt gegebenen Entschlusse der Reichsleitung über die Führung des Unterseebootkrieges ist eine für diese Zwecke geeignete Maßregel nur zu erblicken, wenn deren praktisch wirksame Durchführung, der Eigenart der Waffe entsprechend, gesichert ist".

Die Mehrheit der Nationalliberalen: „In Erwägung, daß England nicht nur gegen die bewaffnete Macht des Deutschen Reiches Krieg führt, sondern gleichzeitig unter brutaler Verletzung des Völkerrechts und Vergewaltigung der Neutralen die rücksichts-

loseſten Maßnahmen getroffen hat, um die Verſorgung Deutſchlands mit Lebensmitteln und Rohſtoffen zu verhindern und das deutſche Volk durch Hunger niederzuzwingen, in fernerer Erwägung, daß umgekehrt Deutſchland in der Lage iſt, durch eine uneingeſchränkte und rückſichtsloſe Führung des U-Boot-Krieges die engliſche Frachtraumnot ſo zu vergrößern, daß die ausreichende Verſorgung des engliſchen Volkes mit Nahrungsmitteln und Rohſtoffen außerordentlich erſchwert, vielleicht ſogar unmöglich gemacht und dadurch ein ſchnelleres, für Deutſchland ſiegreiches Ende des Krieges herbeigeführt werden kann, den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, keine Abmachungen mit anderen Mächten einzugehen, die uns in dem uneingeſchränkten Gebrauch der U-Boot-Waffe zu behindern geeignet ſein könnten; ſodann dahin zu wirken, daß deutſcherſeits von der Unterſeebootwaffe in der Kriegszone auch im Handelskriege, abgeſehen von den lediglich der Perſonenbeförderung dienenden Paſſagierdampfern, derjenige Gebrauch gemacht wird, der ſich aus der techniſchen Eigentümlichkeit der Waffe ergibt".

Das Zentrum beantragt:

„Nachdem das Unterſeeboot ſich als eine wirkſame Waffe gegen Englands Kriegführung erwieſen hat, ſpricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung der Unterſeebootwaffe im Völkerrechte noch nicht geklärt iſt, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauche dieſer Waffe gewahrt wird."

Die Sozialdemokratie beantragt:

„Der Reichstag ſpricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boot-Waffe alles vermieden wird, was die berechtigten Intereſſen der neutralen Staaten ſchädigen und eine unnötige Verſchärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnten.

„Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverſehrtheit des Reiches, ſeine politiſche Unabhängigkeit und wirtſchaftliche Entwicklungsfreiheit ſicherſtellt."

Vergleicht man dieſe vier Anträge miteinander, ſo fällt zunächſt auf, wie klug und vorſichtig der Antrag des Zentrums abgefaßt iſt. Man hat den Eindruck, als ob dieſer Antrag von vornherein keinen anderen Zweck habe, als den anderen die Spitze

abzubiegen; wären diese nicht eingebracht worden, so hätte vielleicht das Zentrum auch geschwiegen. Geschicklichkeit in der parlamentarischen Taktik hat die Leitung des Zentrums ja schon oft bewährt.

Was aber haben die Konservativen und Nationalliberalen mit ihren Anträgen bezweckt? Sie glauben, daß die Reichsleitung, d. h. der Kaiser mit dem Reichskanzler und mit seinen militärischen Beratern sich auf einem Irrweg befindet. Dergleichen zu glauben, ist ihr gutes Recht. Unmöglich aber können sie glauben, daß die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, nicht nach allen Seiten vorher wohlerwogen worden seien; unmöglich können sie auch glauben, daß solche Beschlüsse gemäß Reichstagsresolutionen modifiziert werden können. Unsere Stärke und unsere Ueberlegenheit in diesem Kriege beruht auf der weit vorausschauenden, einheitlichen Leitung. Ueber nichts wird im feindlichen Lager mehr geklagt, als über das mangelhafte Zusammengreifen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, über die nicht genügend in Harmonie gebrachten verschiedenen politischen und strategischen Ideen und Pläne. Auch bei uns gibt es natürlich verschiedene Ansichten, aber sie werden ausgeglichen, und im Handeln erscheint die Einheit. Nie mehr als jetzt genießen wir den Segen der starken monarchischen Regierung. Jetzt kommen Konservative und Nationalliberale und versuchen durch Anträge, die naturgemäß sich in einer öffentlichen Diskussion hätten entladen müssen, der Leitung des Krieges und der Politik Direktiven aufzunötigen. Es ist richtig, daß das politische Moment in dieser Frage den Reichstag bis zu einem gewissen Grade zum Mitreden berechtigt. Ebenso klar aber ist, daß es sich um eine militärische Frage handelt, und daß jedes Mitsprechen des Reichstags hier einen Eingriff in die Kommandogewalt bedeutet, der mit absoluter Entschiedenheit zurückgewiesen und abgeschnitten werden muß. Es ist das Wesen unserer staatlichen Kraft, das hier an der Wurzel getroffen wird. Selbst angenommen, die Besserwisser hätten sachlich in diesem Falle recht, so wäre der grundsätzliche Schade, die Kommandogewalt unter parlamentarischen Einfluß zu stellen, doch so unermeßlich, daß schon aus diesem Grunde das Vorgehen der Parteien als ein unpatriotisches zurückgewiesen werden muß. Als die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses ihren eigentümlichen Beschluß faßte, wurde noch behauptet, der Beschluß solle eine Vertrauens-Kundgebung für die Regierung bedeuten.

Schon damals wurde diese Auslegung mit Skepsis aufgenommen; jetzt hat die „Kreuz-Zeitung" ganz offen zugegeben, daß die Anträge im Reichstag aus Mangel an Vertrauen entsprungen seien. Wie konnte die Leidenschaft Konservative und Nationalliberale so sehr verblenden! Wenn je, so haben wir hier wieder einen Vorgang, der uns für alle Zukunft warnen muß, den Einfluß des Reichstages in unserem Verfassungsleben noch stärker werden zu lassen. Die „Deutsche Tageszeitung" moquiert sich darüber, daß jetzt das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung", die doch sonst nicht als Stützen der Monarchie gegolten hätten, als Verteidiger der Kommandogewalt aufträten. Soviel ich gesehen habe, haben jene Zeitungen bereits vorgebaut und von Anfang an erklärt, daß sie zwar prinzipiell für Ausdehnung der parlamentarischen Befugnisse seien, in der Kriegführung jedoch einen solchen Einfluß nicht für nützlich halten könnten. Wenn solche Einsicht wenigstens für diesen Augenblick und an dieser Stelle auf der Linken herrscht, erscheint das Verhalten der Rechten um so bedauerlicher. Die „Preußischen Jahrbücher" können sich darauf berufen, daß sie von je der Ausdehnung des parlamentarischen Einflusses entgegengetreten sind, und ich persönlich habe der Bekämpfung der Vorstellung, als ob im parlamentarischen System die Freiheit besser gesichert sei als im konstitutionellen, eine eigene Schrift (Regierung und Volkswille) gewidmet. Ich gestehe, daß nach dem 4. August und besonders nachdem sich gezeigt hat, wie der demokratische Parlamentarismus in Frankreich seiner Aufgabe doch mit einer gewissen überraschenden Tüchtigkeit gerecht wird, ich von meiner Geringschätzung von Volksvertretungen etwas zurückgekommen war. Aber das Verhalten jener beiden Parteien in der Tauchbootfrage auf der einen Seite und der Antrag der Sozialdemokraten bezüglich der Friedensbedingungen auf der anderen Seite, der unsere Position bei den zukünftigen Friedensverhandlungen beeinträchtigen wird, haben mich doch ganz zu meinem früheren Standpunkt zurückgeführt.

Anzuerkennen ist ja, daß nach dem ersten wilden Anlauf eine gewisse Besonnenheit in den Fraktionen wieder Platz gegriffen hat, und sie auf die öffentliche Verhandlung ihrer Anträge Verzicht geleistet haben. Es ist das freilich kein Verdienst besserer Einsicht, sondern eine Folge jener Balancierung der Parteien untereinander, die überhaupt das parlamentarische Wesen erst erträglich macht:

wenn die Rechte ihre Weisheit über den Tauchbootkrieg vortragen wollte, so konnte sie nicht verhindern, daß die Sozialdemokraten ihre Vorstellungen vom Frieden auskramten. Da haben denn beide im Interesse des Vaterlandes auf das Wort verzichtet. Aber der einmal angerichtete Schaden, die Erschütterung des Vertrauens, ist so leicht nicht wieder gut zu machen, oder sagen wir lieber, möge es den Herren v. Heydebrand und Bassermann beschieden sein, des weiteren ihre Fraktionen im Reichstag so zu führen, daß die Einmütigkeit zwischen Volk und Regierung, auf der unsere Siegeszuversicht beruht, nicht wieder gestört werde.

April 1916.

Otto von Bismarck. Ein Lebensbild von Erich Marcks. Stuttgart und Berlin 1915. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. 256 S.

Erich Marcks. Vom Erbe Bismarcks. Eine Kriegsrede. Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig. 54 S.

Bald nach Bismarcks Tode wurde Erich Marcks berufen, eine auf breitester urkundlicher und archivalischer Grundlage aufgebaute Biographie des Nationalhelden zu schreiben. Im Jahre 1909 erschien der erste bis zum Jahre 1848 reichende Band, der in eindringender Forschung, psychologischer Vertiefung und feinstilisierter Darstellung die Erwartungen voll befriedigte. Im Jubiläumsjahr 1915 erschien statt des zweiten Bandes der Biographie „ein Lebensbild", von 256 Seiten, und bald auch eine Anzahl von Reden, in denen die Beziehungen der Gegenwart zu Bismarck in dieser oder jener Richtung ausgebaut und ausgedeutet werden.

Jede einzelne dieser Schriften gibt uns von neuem Zeugnis nicht nur von dem historiographischen Talent des Verfassers, sondern auch von seinem kräftigen Streben, sich von der bloßen Tradition oder der Heiligen-Legende, in der naturgemäß zunächst die Erinnerung an den Schöpfer des Nationalstaates lebt, sich zur reinen historischen Objektivität durchzuringen, ohne deshalb, wie es sich gebührt, der Dankbarkeit, der Pietät, dem Enthusiasmus für seinen Helden irgend etwas zu vergeben.

Prachtvoll und tiefsinnig erscheint das Bild, das von Bismarck nach dem ersten großen Erfolg 1866 entworfen wird. „Sein

Aussehen wandelte sich: die Spannungen von 1866 haben sich dem Antlitze eingeprägt und es zerrissen, der Diplomat des vorausgegangenen Jahrzehnts ist breiter geworden, auch das Gesicht. Das Gewaltige überwiegt, aber es bedeutete nicht einfach Gesundheit und Befriedigung. Er haderte mit König und Welt und litt die Schmerzen großen Menschentums, das immer an Leiden reich ist. Wer diese Riesenkräfte, die in dem Genius unablässig wirken, gären und sich stoßen, nicht sieht oder sie kleinlich mißversteht, der verkennt unrettbar sein Innerstes und damit den Quell seiner Wirkungen. Denn aus diesem schmerzensvollen Reichtum ging auch die Kraft seiner Taten hervor."

Auf diesen Ton ist, möchte man sagen, das ganze Lebensbild gestimmt, und unter diesem Gesichtspunkt findet es den Uebergang von der Legende zur Historie. Vortrefflich ist die Genesis des Kulturkampfs dargelegt: aber unbefangen hinzugefügt, „als er ihn aufnahm, geschah es freilich in der Seele des großen Realisten mit Ueberschätzung der Geisteskräfte, die hinter dem Staate und der Nation standen und mit Unterschätzung der kirchlichen". Und über die Art der Kampfesführung ist gesagt: Bismarck habe sie von sich abgewälzt und seinen Verbündeten, den Liberalen und den Juristen zugeschoben; tatsächlich aber habe er sie mit gewollt und mit veranlaßt. „Daran ist nichts zu verschleiern: es ist die Wahrheit, und es ist nicht nur historisch etwas Begreifliches, sondern — man vergißt das zu leicht — historisch Großes." „Er hat seinen Irrtum berichtigt und mag er auch hierbei geistige Dinge nach seiner Art allzu opportunistisch-staatsmännisch angefaßt haben, er hat in jedem Falle sein Reich mit neuen Klammern gestärkt."

Ganz ähnlich ist von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie gesagt. „Die verfolgte Partei ging aus ihrer ‚Heroenzeit' gekräftigt hervor, und der Kampf zwischen Polizei und Gericht hier und den anarchistischen Sozialisten dort nahm um die Mitte des Jahrzehntes gelegentlich fast russische Formen an. Der große Kämpfer stieß hier wie im Kirchenkampfe, an die Grenzen seiner Wirkungsmacht."

Ueber Bismarcks nationales System und seine Parteienpolitik heißt es: „er war kein bequemer und kein lediglich heilsamer Erzieher der Parteien und der Parlamente. Wann wäre das seinesgleichen je gewesen? So große Menschen lasten auf den

allgemeinen Institutionen und mögen immer zugleich Wertvolles zermalmen. Er übertrug seine Kampfesweise vom Felde der Auswärtigen Macht auf das Innere; er wandte wohl auch die Mittel der Diplomatie und des Krieges darauf an; wie er die Publizistik, wie er auch Federn wie die von Moritz Busch dafür verwertete, wäre ein Kapitel für sich; er spielte auch auf der öffentlichen Meinung mit erdrückender Ueberlegenheit, und Zorn und Schärfe fehlten dabei auch so wenig, wie die Kampfesmittel der List..... Deutschland mußte erst ganz in die Welt der greifbaren Wirklichkeit, der staatlichen und wirtschaftlichen Macht hineintauchen; es mußte erst diese Entwicklung vollenden, die der Westen Europas längst durchlaufen hatte. Dabei ist Wertvolles verloren gegangen: an geistigen Kräften der früheren und reineren Vergangenheit, der ersten Generation des Jahrhunderts, an Idealismus auch der Verfassungsbestrebungen, der rein politischen der zweiten. Der Zukunft konnte vor diesem Uebergewicht der Wirtschaft und der Gesellschaft die Gefahr der Verdumpfung entstehen; sie ist nicht ausgeblieben."

So anerkennenswert der Freimut ist, der sich in diesen und ähnlichen Sätzen ausspricht, allenthalben und vollständig bis zur Wahrheit durchzudringen, reicht Marcks' Kraft doch noch nicht aus. Hier und da liegt das wohl daran, daß er mit seinen Studien für die späteren Jahre doch noch nicht tief genug in die Materie eingedrungen ist. Z. B. wenn er die Frankensteinsche Klausel, die doch nur eine staatsrechtliche Bedeutung hatte, wohl erwähnt, die lex Huene aber, die den eigentlichen Tiefpunkt der Unterwerfung Bismarcks unter das Zentrum und zugleich die allerschwerste Schädigung des deutschen Reiches bedeutete, mit Stillschweigen übergeht. Oder, wenn er berichtet (S. 241), daß Bismarck auch nach seinem Rücktritt den Kampf gegen die Polen gepredigt habe, während er gerade umgekehrt immer wieder dafür eingetreten ist, daß man darauf ausgehen solle, die Masse der Polen, die Bauern und die Arbeiter zu gewinnen. Von dem Kartell der Parteien vom Jahre 1887 berichtet Marcks, daß es in den beiden letzten Jahren, also nach dem Regierungswechsel kraftlos geworden sei. In Wirklichkeit zerbrach es bereits im ersten Jahr, im Herbst 1887 infolge, sei es der Disziplinlosigkeit, sei es der ungeschickten Führung der nationalliberalen Partei, die sich mit den Konservativen und der Regierung über die Erhöhung der

Getreidezölle nicht zu einigen verstand. In der auswärtigen Politik finde ich eine ganze Reihe von Stellen, die mir anfechtbar erscheinen. Ob Bismarck „ohne Napoleons Drohwort sicher im Jahre 1866 ganz Deutschland geeint hätte", ist doch in hohem Grade zweifelhaft; Marcks fügt dem auch schon selber hinzu, daß er diese Konzession nicht so ungern gemacht hat. Daß Preußen Belgien aus, „moralischen Gründen" nicht wohl an Frankreich überlassen konnte, scheint mir zum wenigsten sehr unbismarckisch gedacht. Daß es im Frühjahr 1870 zwischen Oesterreich und Frankreich zu keiner Einigung kam, weil jenes diesem die Gefahr und den Vortritt überlassen wollte, ist sicher unrichtig; es lag nicht an Oesterreich, sondern an Napoleon, daß der Pakt nicht zustande kam. Daß in den 99 Tagen zwischen dem Kanzler und der Kaiserin Viktoria ein Kampf über die Richtung der auswärtigen Politik stattgefunden und der Kanzler gegen eine Hingabe an England habe Widerstand leisten müssen, steht nicht im Einklang mit der Rede, die er noch mehr als ein halbes Jahr später (26. Jan. 1889) im Reichstag hielt, in der er erklärte, „ich betrachte England als den alten traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben — wenn ich sage „Bundesgenosse", so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun mindestens 150 Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten". Wahrhaft harmlos ist es aber, wenn beim russischen Rückversicherungsvertrag die Frage aufgeworfen wird, ob der Kaiser Franz Joseph „sogleich" davon unterrichtet worden sei. Das erinnert fast an jene Historiker, die meinten, der Kaiser Franz Joseph habe wohl Kenntnis von dem Vertrage erhalten, aber nicht die österreichische Regierung — vermutlich verpflichtete man den Kaiser, seinen Ministern nichts davon zu verraten. Erich Marcks müßte über die Geschichte dieser Zeit doch genügend informiert sein, um zu wissen, daß es gerade die Besorgnis war, Bismarck selber möge das Geheimnis einmal herauslassen und dadurch unser Verhältnis zu Oesterreich zerstören, weshalb Caprivi den Rückversicherungsvertrag nicht erneuert hat.

Diese und ähnliche Dinge zeigen, daß Marcks bei allem guten Willen sich doch noch nicht genug aus der Legende herausgearbeitet hat. Ich glaube darin einige Schritte weitergekommen

zu sein, und wenn Marcks mir deshalb in der oben verzeichneten Rede vorwirft, ich sei „im Grunde erfüllt von stiller Gegnerschaft besonders gegen den späteren Bismarck", so fällt mir jenes Wort ein „on est toujours le réactionnaire de quelqu'un". Wer weiß, ob nicht mancher orthodoxe Bismarck-Verehrer auch bei Marcks bereits Spuren von „stiller Gegnerschaft" entdeckt hat, und mir vielleicht sogar den Vorzug einräumt, daß meine „Gegnerschaft" wenigstens nicht „still", sondern offen und deutlich sei. Sollte einmal eine solche Stimme laut werden, so protestieren vielleicht Marcks und ich gemeinschaftlich, daß das Streben nach reiner Wahrheit auch in der nationalen Geschichte und bei nationalen Heldengestalten als „innere Gegnerschaft" gedeutet werde.

Ob das nun einmal geschehen wird oder nicht, ich bekenne, daß bei allem Freimut, der das Buch von Marcks auszeichnet, mir doch durch gar zu sanfte Wendungen manches Eckige und dadurch auch Großartige in Bismarcks Kämpfen bei ihm zu sehr abgeschliffen erscheint und die Kritik auf halbem Wege stecken geblieben ist. Manchem möchte das vielleicht als ein verständiger Mittelweg erscheinen. Man könnte das gelten lassen, wenn es sich darum handelte, Dinge, die noch nicht genügend geklärt erscheinen, auch als solche hinzustellen und sich eines Urteils zu enthalten. Darum aber handelt es sich hier nicht. Marcks kritischer Blick ist zu scharf, um nicht die Dinge erkennen zu können, wie sie wirklich gewesen sind; aber seine Schultern sind nicht stark genug, sein Gemüt ist zu zart, um die volle Tragik der Ereignisse vor sich selbst zur Anschauung zu bringen. So sucht er mit Bildern und Blumen das gar zu Schmerzliche zu umkleiden, verdunkelt aber damit auch die Größe seines Helden. In abstracto erkennt er selber sehr scharf und fein diese Sachlage; in concreto aber weicht er, nicht immer, aber doch oft genug, vor der Ausgestaltung zurück. Nehmen wir als das Hauptstück dieser Art, die Dinge in ein gewisses unbestimmtes Zwielicht zu stellen, die Entlassung.

Marcks fragt: war die Schöpferkraft des Reichskanzlers erloschen? Die Frage ist natürlich fundamental. Sie wird flüchtig bejaht („das ist wohl wahr, daß er seit einigen Jahren neue Wege nicht mehr einzuschlagen geneigt war"), dann aber fallen gelassen. Von der Stagnation auf dem Gebiet der Finanz- und Kommunalgesetzgebung erfahren wir nichts. Wir hören von dem Plan der Verdyschen Armeereform, der vollen Durchführung der allge-

meinen Wehrpflicht; daß diese aber ohne die zweijährige Dienstzeit unmöglich war und diese wieder für Bismarck unmöglich war, bleibt unausgesprochen.

Wir erfahren, wie der Kanzler sich der von dem Kaiser (und auch, was nicht erwähnt wird, von dem ganzen Reichstag einstimmig) geforderten Fortführung der Sozialreform im Arbeiterschutz widersetzte. „Für eine Weile" — meint der Autor — hätten der Kaiser und der Kanzler trotzdem doch noch zusammengehen können, und der Kanzler habe für seinen Widerspruch gegen die Politik des Kaisers „sachlichen Grund" gehabt. Welchen „sachlichen", was doch wohl heißen soll „berechtigten" Grund, das erfahren wir nicht. Nun kommen die Kampfespläne. Der Kanzler bemüht sich, den Kaiser dafür zu gewinnen, „*und damit zugleich die Regierung zurückzugewinnen für sich*". Wir hören von dem Staatsstreichplan in allen seinen Einzelheiten: „er muß seinem Herrscher damals den Kampf gewiesen haben, *also auch Wege, die man gehen könnte*", und diese Wege werden uns auf Grund der eigenen Aeußerungen Bismarcks beschrieben.

Das scheint deutlich genug. Wäre an dieser Stelle hinzugefügt, wie es der Zusammenhang verlangt, daß ja auch im Bundesratsbeschluß vom Jahre 1884, in der Eliminierung des Sozialistengesetzes, in der Vorbereitung der Verdyschen Militärvorlage mit dreijähriger Dienstzeit positive Handlungen vorlagen, die den Kampf einleiteten, daß ferner, wie jeder Kundige damals sehen konnte und wir heute rückblickend apodiktisch sagen können, keine Aussicht war, durch Auflösungen des Reichstags die oppositionelle Majorität zu brechen, so scheint es nicht wohl angängig, den Staatsstreich wieder auf bloße Möglichkeiten und in „Zeiten des Kampfes und des Grolles gegen eine ungebärdige Mehrheit" gesprochene Worte zu reduzieren. Aber, heißt es, Bismarck sah außer Staatsstreich und Sturz noch einen dritten Weg: „er berief (am 12. März) Windthorst und verhandelte mit ihm, wie er mit ihm über die früheren Reichstage seit 1878 verhandelt hatte." Der Unterschied ist nur, daß gegen „früher" die Verhältnisse sich ganz wesentlich gewandelt hatten, und daß jetzt das Bündnis mit dem Zentrum nur um den Preis der vollen Unterwerfung zu haben gewesen wäre. Aber, fragt man: warum hat denn Caprivi auf der von Bismarck geschaffenen Basis weiter-

wirtschaften können, ohne Staatsstreich und ohne einer rein klerikal-konservativen Koalition zu verfallen? Weshalb hätte Bismarck das nicht gekonnt? Deshalb, weil Caprivi ein positives Verhältnis zur deutschfreisinnigen Partei ermöglichte und sie schließlich vermöge der Konzession der zweijährigen Dienstzeit auseinanderzusprengen verstand, was beides für Bismarck unausführbar war.

Im übrigen aber: ganz richtig! so stand es: entweder Staatsstreich oder Bildung einer klerikal-konservativen Majorität, wenn anders Windthorst nämlich und die Konservativen sich dafür hergaben, und man ein bloßes Fortvegetieren ohne Produktivkraft als ausgeschlossen ansieht. Ein Bismarck-Biograph, sollte man meinen, müßte an dieser Stelle Gottes Gnade sowohl für das Deutsche Reich wie für seine Helden preisen, daß alle diese Möglichkeiten nicht eingetreten sind, sondern der Kaiser den erlösenden Entschluß in der Entlassung gefunden hat. Das aber bringt Marcks nicht übers Herz. Er kann sich nicht losmachen von der Empfindung des „Unglücks" (S. 220), und bleibt dabei, den Unterschied des Alters zwischen dem Kanzler und dem neuen Herrscher, dessen Temperament und Wunsch, selbst zu regieren, für das „Unglück" verantwortlich zu machen.

Das ist der Unterschied zwischen seiner und meiner Auffassung: er sieht nichts als „Unglück", wo ich Tragik sehe.

Vielleicht ist es aber ganz gut, daß beide Auffassungen nebeneinander bestehen. Wem die meinige zu hart dünkt, der flüchte sich in das mildere Helldunkel von Marcks, und wem die weiche Luft, die ihn hier umfängt, nicht genügend klaren Durchblick gewährt, der findet ihn vielleicht bei mir, und im Uebrigen gibt es ja auch noch andere in kleinerem oder größerem Maßstab ausgeführte Bismarck-Bilder, nicht zu vergessen im Besonderen den kraftvoll, wenn auch in späteren Partien nur skizzenhaft angelegten „Bismarck" von Max Lenz.

In noch höherem Maße als das „Lebensbild" zeigt die Rede „Vom Erbe Bismarcks" das eigentümlich Flimmernde der Marckschen Darstellung. Ganz ähnlich wie ich es getan habe, weist auch er auf, wie wir gleichzeitig auf der Bahn Bismarcks wandeln und doch über ihn hinausgekommen sind; wie er selber diesen Krieg nicht gewollt haben würde, und wie es dennoch wieder sein Krieg ist. „Er wünschte an einem Punkt halt zu machen:

die Welt ging weiter." „Der Wagen aber ist weiter gerollt, als er gewollt hat." In bezug auf das Kriegsziel betont der Redner, „Mäßigung würde er üben, er wie er stets dachte und wie er stets handelte." „Er würde vor der Schnellfertigkeit des politischen Dilettantismus warnen und würde Bescheidung fordern." Daß er darum nicht matt und kraftlos handeln würde, braucht uns nicht erst versichert zu werden. Man würde gern eine Andeutung haben, wie sich Marcks nun diese Vereinigung von Kraft und Mäßigung unter den heutigen Verhältnissen praktisch vorstellt. Da aber versagt er. Er wettert im Namen Bismarcks gegen die „Kultur-Neurastheniker", die „Weisen, Zarten und Matten", und versichert uns, „sein Bedürfnis nach ausländischem Wohlwollen sei für heute und auf lange Zukunft verzweifelt gering". Völlig einverstanden; aber warum das? Braucht man dazu den Schatten Bismarcks zu beschwören? Man hat das Gefühl, daß das, was der Redner eigentlich sagen will, doch nicht herausgekommen ist — vielleicht aus Besorgnis vor der Zensur. Jedenfalls werden die eigentlichen Probleme, die uns jetzt alle in der Tiefe beschäftigen, durch Zornreden gegen die „Kultur-Neurastheniker" nicht gefördert, sondern umgangen und verschleiert.

Eine Richtigstellung.

29. April 1916.

Die Deutsche Tageszeitung sucht mich in den Augen ihrer Leser zu diskreditieren, indem sie immer von neuem die Behauptung vorträgt, „mein Ziel" sei ein unausgefochtener Krieg. Ich habe ihr darauf diese Richtigstellung geschickt:

„Die Deutsche Tageszeitung schreibt von mir, ‚mein Ziel' sei ein unausgefochtener Krieg. Das ist eine völlige Verkennung; ich habe seinerzeit geschrieben, daß ein militärisch unausgefochtener Krieg für uns schon politisch ein großer Sieg sei, in dem Sinne, wie jeder Verteidigungskrieg, in dem der Verteidiger sich behauptet, für ihn schon einen Sieg darstellt. So sieht alle Welt den Hubertsburger Frieden als einen Sieg Friedrichs des Großen an. Niemals aber habe ich gewünscht oder gewollt, daß wir uns mit einem derartigen Sieg, etwa der Herstellung des Status quo ante, begnügen sollten. Ich habe zwar ein anderes, aber ein keineswegs geringeres Kriegsziel, als es der Deutschen Tages-

zeitung vorschwebt (vergleiche oben, Seite 195 ff). Der Unterschied zwischen der Deutschen Tageszeitung und mir wird schließlich darin liegen, daß jene den gefährlichsten Feind der Zukunft Deutschlands in England sieht, und ich ihn in Rußland sehe. England ist in meinen Augen eine Macht, die nach diesem Kriege durch die Natur der Dinge zum Niedergang bestimmt ist. Rußland ist eine Macht, die durch ihren inneren Zusammenhalt und ihre ungeheure Volksvermehrung den eigentlichen und dauernden Gefahrpunkt für die Zukunft des Deutschtums darstellt. Ob das richtig ist, und was für politische Konsequenzen sich daraus ergeben, darüber kann man streiten; aber um mit einem Gegner sachlich zu streiten, muß man ihn erst einmal richtig verstehen."

Die Deutsche Tageszeitung will sich mit dieser Klarstellung nicht zufrieden geben, sondern führt gegen mich an, daß ich Ende September 1914 geschrieben habe, „unser Ziel muß sein die Erhaltung des politischen Gleichgewichts auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichts auf der See". Meine Idee, unsern Kriegsgewinn im Osten zu suchen, sei mir erst nachträglich gekommen.

Selbst wenn das richtig wäre, so wäre ja damit die Behauptung, mein Ziel sei ein unausgefochtener Krieg, immerhin schon genügend widerlegt; die Deutsche Tageszeitung hätte, da ihr mein jetziges Kriegsziel bekannt ist, höchstens behaupten dürfen, daß ehedem, im Anfang des Krieges, mein Ziel nichts als der Status quo ante gewesen sei. Auch das wäre noch wieder eine grobe Unwahrheit, da ja in demselben Satz steht, daß ich die Eroberung des Gleichgewichts zur See anstrebe, was vielleicht kein genügendes Kriegsziel, aber immerhin ganz gewiß kein Status quo ante wäre. Das ist alles so einleuchtend, daß auch die Deutsche Tageszeitung ihre Behauptung so weit einschränkt, ich hätte den unausgefochtenen Krieg „gewissermaßen" als Ziel hingestellt. Einmal auf dem Wege der Besserung begriffen, geht die Deutsche Tageszeitung dann sogar zu dem — in ihren Augen — Lobe über, ich verfolgte im Osten „napoleonische Pläne", um schließlich voller Schreck, daß sie mir etwas Gutes nachgesagt habe, wieder damit zu enden, es sei ihr nicht erklärlich, weshalb ich meine Zuschrift an sie gerichtet habe, was in den Lesern offenbar wieder die Meinung erwecken soll, ich hätte nichts widerlegt, und der unausgefochtene Krieg sei dennoch mein Ziel.

Die Deutsche Tageszeitung war ehedem ein agrar-demagogisches Blatt und ist heute ein national-demagogisches Blatt. Da ein freies politisches Leben notwendig auch die Demagogie erzeugt, so will ich mich über diese Methode der Polemik nicht weiter beschweren, sondern tröste mich mit der Vorstellung, daß vielleicht auch unter den Lesern der Deutschen Tageszeitung einige sind, die es selber herausgefunden haben, daß die „Eroberung des Gleichgewichts zur See" und „napoleonische Pläne" im Osten etwas anderes sind als ein „unausgefochtener Krieg". Ueber einen Punkt aber möchte ich noch ein Wort hinzufügen, da die Deutsche Tageszeitung hier einem auch sonst verbreiteten Mißverständnis zum Opfer gefallen ist. Das ist die Gleichsetzung des Begriffs der „Erhaltung des Gleichgewichts" mit der „Erhaltung des Status quo". Unter „europäischem Gleichgewicht" versteht man weder, daß alle Mächte gleich stark sind, noch daß der Zustand, wie er gerade in einem bestimmten Moment ist, erhalten bleiben soll, sondern der Ausdruck bedeutet nur, daß nicht eine Macht stärker ist oder stärker zu werden droht als alle anderen zusammen, und daß sich die verschiedenen Mächte gegenseitig als unabhängig und gleichberechtigt anerkennen. Der Gegensatz gegen das „Gleichgewicht" ist also die napoleonische Politik oder die Politik Ludwig XIV. oder zur See die englische Politik der beiden letzten Jahrhunderte. Vom Jahr 1815 bis 1866 bestand ein europäisches (d. h. kontinentales) Gleichgewicht, obgleich Frankreich bei weitem stärker war als jede andere Landmacht. Durch die Ereignisse von 1866 und 1870 trat Deutschland an die erste Stelle; trotzdem wurde das Gleichgewicht keineswegs aufgehoben, sondern das Gewicht wurde nur anders verteilt. Der Irrtum der Deutschen Tageszeitung besteht also darin, daß sie nur die Extreme kennt: hier Status quo, dort napoleonische Eroberung, und mir deshalb bald das eine und bald das andere unterlegt. Die Wahrheit aber ist, daß, wenn ich im September 1914 von der Erhaltung des Gleichgewichts auf dem Lande gesprochen habe, damit Grenzveränderungen und Neugestaltungen, wie etwa ein selbständiges Polen, keineswegs ausgeschlossen waren oder ausgeschlossen sein sollten, sondern was ich ablehnte, war nur der Gedanke, mit dem unsere Feinde noch heute die Kriegswut gegen uns zu schüren und die Neutralen mißtrauisch zu machen suchen, daß Deutschland eine Art von Welt-Hegemonie erstrebe. Konkrete

Kriegsziele aufzustellen, fühlte ich mich damals noch nicht bemüßigt, und tue es auch in diesem Augenblick nicht. Ueber die Frage „England oder Rußland" aber sei eine Untersuchung angeschlossen.

Die Zukunft Englands.

Alle Vorstellungen über den zukünftigen Frieden sind unzertrennbar verknüpft mit der Vorstellung, welche wir uns von der zukünftigen inneren Entwicklung der Gegner bilden. Die Kriegführung selbst wird durch derartige Erwägungen nicht bestimmt: ihr Leitmotiv ist kein anderes, als jeden der Feinde immer von neuem da zu treffen, wo es ihm am empfindlichsten ist, wo man seine Kraft am meisten schwächt, wodurch man hoffen darf, seinen Kriegswillen endlich zu brechen. Es könnte auch sein, daß man sich nicht vorsetzt, alle Gegner gleichmäßig niederzuringen, sondern vielleicht einen von ihnen so vollständig außer Spiel zu setzen, daß auch die anderen, obgleich selber noch unbezwungen, sich zum Frieden bereit finden. Kommt es aber zum Frieden, so tritt eine ganz andere Erwägung ein. Man darf nicht fragen: wen habe ich am meisten geschlagen? Oder wer verdient die größte Strafe? Oder wem gilt mein größter Haß? Sondern die Frage darf einzig und allein lauten: wer ist für unsere Zukunft der gefährlichste? Gegen wen also muß Deutschland am meisten Vorsorge treffen, damit es nicht einem neuen Ueberfall ausgesetzt ist? Hier die richtige Voraussicht zu bewähren, ist eine der wichtigsten Erfordernisse der Staatskunst.

Das Rückgrat des Widerstandes, den unsere Feinde uns heute noch leisten, bietet unzweifelhaft England. Könnten wir England besiegen, so hätten wir Rußland und Frankreich mitbesiegt. Aber es wäre falsch, daraus sogleich zu schließen, daß England auch unser größter Zukunftsfeind sein würde. Es könnte vielmehr auch gerade das Umgekehrte stattfinden; daß nämlich die englische Macht nach dem Kriege von innen heraus zersetzt wird. Ob das zu erwarten ist oder nicht, bedarf daher schon jetzt einer eingehenden Ueberlegung.

England befand sich im Sommer 1914 in einer überaus schweren inneren Krisis. Die Iren, obgleich sie fast alle die englische Sprache angenommen haben, und obgleich ihnen England

nicht nur das alte Joch abgenommen, sondern sie auch zu voller Gleichberechtigung zugelassen und ihnen viele soziale Wohltaten erwiesen hat, fühlten sich dennoch als eine Einheit, die auf ein Sonderdasein Anspruch hat, und verlangten für ihre Insel eine Selbstregierung, die den Staatsverband zwar nicht aufhob, aber ihn doch ziemlich locker machte. Die regierende liberale Partei wollte diese Forderung bewilligen. Der Widerstand, den das Oberhaus hätte leisten können, war gebrochen, indem man die gesetzgebende Gewalt dieses Körpers überhaupt auf ein bloßes suspensives Veto beschränkt hatte. Da widersetzte sich die protestantische irische Grafschaft Ulster, die sich nicht unter die Herrschaft einer irisch-katholischen Parlamentsmajorität stellen wollte. Ulster drohte mit bewaffnetem Widerstand; die konservative Partei stärkte ihm den Rücken, und als die Regierung drohte, das Schwert der Obrigkeit anzuwenden und Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, da versagte die Armee. Das Offizierkorps kündigte in unzweideutiger Weise an, daß es keinen Gehorsam leisten werde.

Solange die parlamentarische Regierung in England besteht, seit der Revolution vom Jahr 1688, ist das niemals geschehen. Der jetzt ausgebrochene Zwiespalt zwischen dem Offizierkorps und dem parlamentarischen Regiment ist aber nichts zufälliges, sondern das natürliche Ergebnis der Verfassungs-Entwicklung. Das alte englische Parlament und das Offizierkorps waren Genossen: sie waren beide Vertreter derselben sozialen Schicht, derselben regierenden Aristokraten. Es gab nie einen Grund, weshalb das Offizierkorps nicht dasselbe wollen sollte, wie das Parlament, mochten die Whigs oder die Tories darin die Majorität haben, denn die beiden regierenden Parteien waren beide Aristokraten, eine wie die andere. Durch die wiederholten Reformen des Wahlrechts seit 1832 ist das anders geworden. Aus einer Aristokratie hat sich England in eine Demokratie umgewandelt. Nur die konservative Partei hat den altenglischen Zug bewahrt, die liberale Partei aber hat ihn abgestreift. Wenn also die Liberalen am Ruder sind, ist die Regierung des Gehorsams des Offizierkorps nicht mehr sicher. Das direkte persönliche Verhältnis zum König als Kriegsherrn, das in Deutschland den unbedingten Gehorsam sichert, gibt es bei der englischen Armee nicht. Die Krisis, die die von der konservativen Partei unterstützte Meuterei des Offizierkorps ankündigte, war so schwer, daß der Entschluß zum Kriege

im August 1914 ganz gewiß dadurch beeinflußt, zum wenigsten dadurch erleichtert worden ist. Denn die liberalen Minister stellten sich vor, daß, wenn England, wie sie als sicher annahmen, siege und sogar ohne gar so schwere Opfer siege, auch ihre Herrschaft im Innern dadurch wiederhergestellt und gefestigt werden würde. Nun hat England nicht nur nicht gesiegt, sondern die schwersten Niederlagen erlitten. Kommt der Friede, so tauchen nicht nur die alten Fragen und Konflikte wieder auf, sondern der Krieg hat noch dazu neue und fast noch schwerere Probleme aufgeworfen. Die Iren haben zwar nach dem Rate ihres parlamentarischen Führers John Redmond sich während des Krieges nicht direkt illoyal aufgeführt, aber sich doch stark abseits gehalten und laut erklärt, daß dieser Krieg nicht Irlands Krieg sei, und das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht der Unverheirateten hat man auf Irland überhaupt nicht auszudehnen gewagt. Kommen nach dem Kriege die Konservativen zur Regierung, so haben sie im Parlament eine irische Obstruktion zu erwarten. Erlangen die Liberalen von neuem die Majorität, so stehen sie von neuem vor der Frage, wie sie den irischen Partikularismus befriedigen wollen und den Widerstand, den die mit der Armee verbündeten Konservativen dagegen leisten werden, zu brechen gedenken. Der englische Patriotismus, so sehr er sich in diesem Kriege bewährt hat, kann doch über die Krise nicht hinweghelfen, da eben die Iren diesen englischen Patriotismus nicht haben und von ihren Forderungen nicht abstehen werden, die Konservativen aber es gerade als ihre patriotische Pflicht ansehen, Home rule um jeden Preis zu verhindern.

Zu der irischen Frage tritt die den englischen Gesellschaftsbau in der Tiefe erschütternde allgemeine Wehrpflicht. Selbst jetzt in der Not des Krieges ist sie nicht durchsetzbar. Nach dem Kriege wird der Kampf weitergehen und die alten Parteien auflösen. Nicht nur ein großer Teil der Liberalen mit den Iren ist gegen die allgemeine Wehrpflicht, weil sie den staatlichen Zwang nicht wollen, sondern auch ein Teil der Konservativen ist gegen die Neuerung, die nach ihrer Meinung den preußischen Militarismus, den man doch gerade bekämpfen will, auch über England verhängen würde. Es ist die englische Volksseele, die sich gegen die Reform auflehnt. Diese Volksseele ist seit Jahrhunderten kirchlich diszipliniert; zu dieser kirchlichen Disziplin auch noch

militärische auf sich zu nehmen, dagegen sträubt sie sich. Man darf vielleicht sagen: jedes Volk hat, um sich zusammenzuhalten, irgendeine Art der Disziplinierung nötig; das englische hat die kirchliche, wir haben die militärische. Beide Völker haben sich an diese Methode gewöhnt, sehen sie als etwas ihnen Eigentümliches an, lieben sie und sind stolz darauf. Hier liegt einer der wesentlichsten Gegensätze zwischen dem englischen und dem deutschen Volkstum. Wie würden wir es empfinden, wenn man uns die englische Kirchlichkeit auferlegen wollte? Ein wahrhaft tobender Widerstand würde sich dagegen erheben; nicht anders empfinden die Engländer, wenn man ihnen mit der allgemeinen Wehrpflicht kommt, für die sie charakteristischerweise nicht einmal ein passendes Wort haben. Sie können sie nicht anders als mit dem Ausdruck „Zwangsdienst" (compulsory service) bezeichnen.

Man könnte einwenden: weshalb soll die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England so schwierig sein, da doch die freiwillige Werbung den bei weitem größten Teil der Waffenfähigen den Fahnen bereits zugeführt hat? Das Gesetz würde ja nur einen gewissen Rest nachholen. Dieser Einwand trifft nicht das Wesen der Sache. Der Unterschied zwischen Zwangspflicht und Freiwilligkeit bleibt bestehen, auch wenn so gut wie alle freiwillig kommen. Jede allgemeine Wehrpflicht muß gewisse Ausnahmen zulassen für diejenigen Männer, deren bürgerliche Dienste auch im Kriege unentbehrlich sind. Auch bei uns spielen die Reklamationen ja eine ziemlich erhebliche Rolle; aber wir vertrauen darauf, daß wir eine Verwaltung haben, die zugleich streng und unparteiisch genug ist, um diese Reklamationen rein sachlich zu behandeln und sie nicht über Gebühr anwachsen zu lassen. In England ist zunächst gemäß dem viel mehr als bei uns auf Industrie und Handel, Export und Import angewiesenen Wirtschaftskörper die Zahl der Unabkömmlichen sehr viel größer als bei uns. England muß nicht nur seinen eigenen Krieg finanzieren, sondern auch zum Teil den der Bundesgenossen, und kann es nur, wenn es seinen Industrie-Export aufrecht erhält, der zusammenbrechen würde, wenn man ihm die Arbeitskräfte nähme. Kohlenbergbau, Munitionsherstellung, Schiffsbau verlangen ebenfalls ihre Leute. Wir können für viele Arbeiten die Kriegsgefangenen, eine ganze Million, verwenden; England muß dafür

eigene Leute zurückhalten. Da aber verfügt der Staat nicht über die genügend sachkundigen geeigneten Behörden, über die Reklamationen zu entscheiden. Man hat eigene Kommissionen dafür eingesetzt, aber deren Entscheidungen werden nicht anerkannt; sie gelten für willkürlich und ungerecht, bald zu lax, bald zu streng. Die Verheirateten verlangen, daß erst einmal alle Unverheirateten an die Reihe kommen. Dieser Widerstand wird verstärkt durch die zahlreichen Sekten, die den Krieg grundsätzlich verwerfen. Solange man bei der Freiwilligkeit bleibt, ist man aller dieser Schwierigkeiten und Fragen überhoben. Im Frieden werden diese Fragen und Schwierigkeiten nicht etwa verschwinden, sondern noch viel stärker auftreten, und sehr viele, die jetzt in der Not des Krieges für die Wehrpflicht eintreten oder sogar freiwillig zur Fahne geschworen haben, werden nachher große Bedenken tragen, die Last des elenden Kommißdienstes auf dem Exerzierplatz auf sich zu nehmen.

Aber nicht nur psychologisch, sondern auch politisch ist die allgemeine Wehrpflicht für England eine kaum durchführbare Aufgabe. Mit seinem geworbenen Heer hat England sein Weltreich zusammengebracht, behauptet und erweitert. Vor dem Kriege ließ Lord Esher, der Freund Eduards VII., eine Broschüre, „Die maritime und militärische Lage der britischen Inseln", erscheinen, in der es hieß: „Das englische Volk ist kriegerisch und angriffslustig; es hat seit Jahrhunderten dauernd gefochten. Bis vor kurzem war schwer nur ein einziges Jahr zu finden, in dem England nicht irgendwo Krieg geführt hat". Solche Kriege mit einem Volksheer zu führen, wäre unmöglich. Ganz ebenso sprach sich im Jahre 1911 General Jan Hamilton aus*), England müßte neben dem Volksheer zu Hause das große geworbene Kolonialheer halten; mit der Flotte zusammen gibt das nicht nur eine ganz unerträgliche Last, sondern die beiden Heere beschränken und schaden sich auch gegenseitig. Das Volksheer würde an Offizieren und Unteroffizieren in Anspruch nehmen, was man für das Kolonialheer nötig hat, und das Kolonialheer wiederum würde dem Volksheer diejenigen Kräfte entziehen, die ihm als Rahmen für die militärische Erziehung und für den militärischen Geist unentbehrlich sind.

*) Vergl. meinen Aufsatz „Das deutsche militärische System, verglichen mit dem französischen, englischen und russischen". In „Deutschland und der Weltkrieg" (Verlag B. G. Teubner)

Was endlich würde Irland zur Wehrpflicht sagen? Und wie soll man es mit den englischen Untertanen in den Kolonien in Amerika, Afrika, Australien und Asien halten? Die Wehrpflicht auch ihrerseits auf sich zu nehmen, werden die Kolonien sich weigern, und wollte man jeden Auswanderer davon befreien, so würde das ganze Massen von Widerstrebenden aus dem Lande treiben. Wer sich bei uns durch Auswanderung der Wehrpflicht entziehen will, kann es nur, indem er gleichzeitig das Vaterland aufgibt. Der Engländer würde auch in Kanada, Australien, Südafrika Engländer bleiben — sozusagen ein bloßer Wohnungswechsel und er ist der Kaserne entgangen. Ist eine solche Lastenverteilung haltbar? Wie will man sich aus allen diesen Widersprüchen herauswinden?

Jedes Volk ist ein Kind seiner Geschichte, seiner Vergangenheit, und kann sich von ihr so wenig losreißen, wie ein Mann sich von seiner Jugend losreißen kann. England ist groß geworden mit Selbstverwaltung, Parlamentarismus, geworbener Streitmacht zu Lande und zu Wasser; mit diesen Kräften und nach dieser Methode hat es sein Weltreich aufgebaut. Die allgemeine Wehrpflicht würde das alles auseinanderdrücken.

Durch die Frage des Frauenstimmrechts waren die Parteien schon vor dem Kriege gespalten, und auch diese Frage wird wiederkommen und ihr Teil dazu beitragen, die alten Parteiverbände aufzulösen. Neben den Frauen gibt es auch noch einige Millionen Männer, die bisher ohne Stimmrecht waren.

Auch in Deutschland sehen wir großen Parteikämpfen entgegen, aber wir brauchen sie nicht zu scheuen. Die monarchische Regierung steht unerschütterlich fest, und Parteikämpfe, die nicht zur Zerrüttung des Staates führen, sind nicht nur nicht schädlich, sondern sogar gesund. Man lese recht sorgsam in den „Preuß Jahrb." (Maiheft 1916) den Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Dr. Lensch, ehedem Redakteur der Leipziger Volkszeitung. In England wird es sich nicht um Parteikämpfe handeln, sondern um die Auflösung des ganzen überlieferten Regierungssystem.

England ist nicht bloß England, sondern ist der Mittel- und Schwerpunkt eines auf alle Kontinente ausgedehnten Weltreichs. Kein Zweifel, daß dieser Krieg der Konstruktion dieses Weltreichs ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Die großen Kolonien, Kanada, Australien, Neu-Seeland, Süd-Afrika sind so gut wie

selbständig und unterstehen kaum noch einer Zwangsgewalt des Mutterlandes. Selbst die Buren-Republiken hat England, nachdem es sie eben erst in einem schweren, blutigen Kriege bezwungen, mit einer völlig freien Verfassung ausgestaltet. Diese Großmut hat sich wunderbar bewährt. Alle die Tochterländer und sogar die Burenländer kämpfen aus freien Stücken für das Hauptland. Aber sie laden sich damit Lasten auf, die nach dem Kriege sich höchst fühlbar geltend machen und zu der Frage drängen werden, ob die Interessen denn wirklich so unbedingt identisch sind, daß man die Leitung der internationalen Politik wie bisher einfach der Majorität des Londoner Parlaments anvertrauen kann. Nicht nur die Kanadier und Australier haben für England gekämpft, sondern auch zahlreiche indische Regimenter. Schon lange fordern auch die Inder Berücksichtigung ihrer Interessen und Selbstregierung. Zu ihren Forderungen gehört freie Auswanderung nach Südafrika und Australien. Die Kolonien widersetzen sich dieser Forderung. Dieselbe Forderung erhebt auch Japan für seine Untertanen und ihnen noch mehr widersetzen sich die englischen Kolonien. Aus Furcht vor Japan ist Australien geneigt, sich aufs engste an London anzuschmiegen — wenn nun aber London aus Rücksichten der europäischen Politik Gründe hat, Japan willfährig zu sein? Oder um den Indern guten Willen zu zeigen, ihnen Rechte in Südafrika gewähren will? Die Herrschaft Englands in den ferneren Weltteilen beruht nicht zum wenigsten auf den in früheren Geschlechtern erfochtenen Siegen und dem daraus erwachsenen Prestige. Durch den Mißerfolg dieses Krieges, im besonderen durch die Niederlage an den Dardanellen und in Mesopotamien und fast nicht weniger durch das Vordringen der befreundeten Russen in Persien ist das englische Prestige allenthalben in Asien und Afrika erschüttert. Der Knotenpunkt des Weltreichs ist Aegypten mit dem Suezkanal. Geht, wie wir hoffen dürfen, die Türkei als ein in sich gefestigter, zukunftsreicher Staat aus dieser Weltkrisis hervor, versieht dieser Staat sich mit Eisenbahnen, die die entfernten Provinzen untereinander verbinden und erlauben, die ganze Militärmacht einmal mit Schnelligkeit in Palästina und am Sinai zu konzentrieren, so ist auch die Herrschaft Englands über Aegypten, die es bisher mit 6000 europäischen Soldaten aufrechtzuerhalten vermochte, in den Augen der Fellachen wie der ganzen mohammedanischen Welt

keine uneinnehmbare Festung mehr. Ist der Suez-Kanal einmal verloren, so sind alle Bande, die die Einzelteile des Weltreichs verbinden, gelockert. Sollte es sich wie bisher zusammenhalten lassen, wenn nun die Zentralregierung in London selbst ins Schwanken gerät? Wenn die irische Frage, die Wehrpflichtsfrage, die Wahlrechtsfrage, die Finanz- und Wirtschaftsfragen das alte Parteiwesen zersplittern und keine gesammelte Kraft mehr vorhanden ist, dem Staatsschiff einen festen Kurs zu geben?

Auch die Technik scheint sich gegen England zu wenden. England ging in den Krieg noch hinein mit der Vorstellung, daß es selber hinter den blauen Wellen völlig gesichert sei und mit seiner überlegenen Seemacht in kürzerer oder längerer Frist jeden Gegner, insbesondere Deutschland durch Abschnürung vom Welthandel auf die Knie zwingen könne. Durch den Krieg über der Erde und unter dem Wasser haben sich die Verhältnisse gewandelt, und der Luftkrieg ebenso wie der Tauchbootkrieg stehen offenbar erst in ihren Anfängen. In englischen Zeitungen malt man bereits aus, was werden solle, wenn Deutschland im Besitz einiger hundert großer Unterseeboote in der Lage sei, seinerseits England zu blockieren, umgekehrt aber durch große Handelstauchboote, die bis nach Amerika hinübergehen, die unentbehrlichsten Rohstoffe, trotz einer englischen Blockade hinüberzuschaffen. Die Deutsche Regierung hat der amerikanischen angeboten, mit England ein Abkommen zu vermitteln, wonach Deutschland auf den Tauchbootkrieg verzichten wolle, wenn England sich seinerseits verpflichtet, die alten Bestimmungen des Völkerrechts zu wahren, die uns den freien Verkehr mit den neutralen Staaten ermöglichten. England hat ein solches Abkommen abgelehnt. Vielleicht, daß es in den Friedensverhandlungen darauf zurückkommt. Wie Deutschland sich dann dazu zu stellen hat, wird zu erwägen sein. Allem Anschein nach eröffnet sich hier ein Ausblick, wie das bisher so unfaßbar scheinende Problem der Freiheit der Meere einmal gelöst werden könnte. Daß auf dem Wege der völkerrechtlichen Verträge nicht viel zu machen ist, hat uns die Praxis jetzt nur gar zu sehr bewiesen: vor der Gewalt des Krieges halten solche Fesseln nicht stand. Anders aber ist es, wenn Gewalt durch Gewalt gefesselt wird. Steht England vor der Wahl, entweder die Meerfahrt frei zu geben oder selber von ihr abgeschnürt zu werden, so ist die Freiheit der Meere kein unerreichbares Ideal mehr. Dann

heißt es: entweder alle dürfen fahren oder niemand. Ist aber England noch das alte meerbeherrschende Albion, wenn es auch den anderen Völkern die freie Fahrt zugestehen muß? Mit seiner Blockade hat es seit 200 Jahren die Welt tyrannisiert und zum nicht geringen Teile beherrscht. Wo bleibt seine Weltherrschaft, wenn ihm diese Waffe entwunden ist?

Als der Krieg ausbrach, versicherte der englische Minister des Auswärtigen dem scheidenden deutschen Botschafter: es sei nicht der Wunsch Englands, Deutschland zu zerschmettern; Herr Grey sah hinter dem Siege der Entente das aufsteigende Rußland und wünschte ein genügend gedemütigtes und geschwächtes Deutschland als Bundesgenossen gegen die russische Gefahr zu bewahren. Im Lauf des Krieges aber hat die öffentliche Meinung mit immer gesteigerter Leidenschaft die völlige Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel gepredigt. Wenn man recht erwägt, was wir klargelegt haben, so ist doch wohl nicht nur blinder Haß und verblendete Leidenschaft, die ein solches Ziel aufgestellt haben, sondern eine Art von Verzweiflung. „Der Krieg war zuerst eine Frage der Ehre", schrieb jüngst die „Morning Post", „und jetzt ist es ein Kampf um die Existenz geworden. Wenn wir Deutschland nicht schlagen, schlägt es uns".

Der vorstehende Artikel wurde schon in der Monatsmitte geschrieben; seitdem sind bereits eine Reihe von Ereignissen eingetreten, die als Bestätigung meiner Auffassung angesehen werden dürfen. Die Niederlage der Engländer in Mesopotamien ist durch die Kapitulation von Kut el Amara zur Katastrophe gesteigert worden. Die Unruhen in Irland haben die ganze Leidenschaft dieses Gegensatzes an den Tag gebracht. Ein mit höchster Anstrengung unternommener Versuch, in der Wehrpflichtsfrage die Parteien zu einem Kompromiß zu bringen, ist, obgleich man zum letzten verzweifelten Mittel einer Geheimsitzung des Parlaments griff, gescheitert.

Der Konflikt mit Amerika.

Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Anschauung haben wir im letzten und vorletzten Heft dargelegt, daß die Frage des Tauchbootkrieges keineswegs eine Frage der größeren oder

geringeren Entschlossenheit sei, sondern ein überaus kompliziertes Problem, das nach allen Seiten durchdacht und erwogen werden muß. Aller Gewinn, den uns die Reduzierung der englischen Handelsflotte durch schonungslose Torpedierung bringen werde, könne doch leicht wieder aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt werden durch die Konflikte, in die uns diese Art der Kriegführung mit den Neutralen stürzen könnte. Im besonderen habe ich dargelegt, wie außerordentlich gefährlich ein etwaiges Eintreten Amerikas gegen uns werden müsse, und welchem Irrtum sich diejenigen hingeben, die da glauben, daß man diese Feindschaft leicht nehmen könnte. So richtig der Satz ist, daß im Kriege die schärfsten Mittel die mildesten sind, weil sie den Krieg abkürzen, so ist darum doch noch nicht jedes scharfe Mittel ohne weitere Ueberlegung empfehlenswert, nämlich dann nicht, wenn die Gefahr vorliegt, daß es neue Feindschaften erweckt, die den Krieg verlängern, statt ihn zu verkürzen. Im besonderen wies ich darauf hin, daß die Natur des Tauchbootkrieges die Gefahr unberechenbarer Zwischenfälle mit sich bringe, die die Leidenschaften so aufstachelten, daß eine Explosion nicht mehr zu vermeiden sei. In Amerika gibt es freilich auch starke Gegenströmungen; aber die gab es in Italien auch, und sie haben schließlich doch nicht verhindern können, daß die nationale Leidenschaft sich zu dem törichtsten aller Kriege hat hinreißen lassen.

Unsere öffentliche Meinung war solchen Warnungen gegenüber wie blind und taub. Selbst Männer, denen man sonst politisches Verantwortungsgefühl ganz gewiß nicht absprechen kann, nahmen es sich nicht übel, im Volke Vorstellungen über den Tauchbootkrieg, die Möglichkeit seines Erfolges und die Gründe dafür und dagegen zu verbreiten, die den offenkundigsten Tatsachen Hohn sprachen, und suchten mit demagogischen Mitteln der verwerflichsten Art einen Druck auf die Regierung auszuüben. Alle die unsinnigen Verdächtigungen, mit denen unsere großen Heerführer von 1870, leider unter Führung des Fürsten Bismarck selber, verfolgt wurden, weil sie das militärisch verfehlte Bombardement von Paris ablehnten, schienen wieder aufzuleben.

Der unberechenbare Zwischenfall, den ich fürchtete, ist ja tatsächlich eingetreten. Entgegen den bestimmtesten Weisungen und entgegen unseren Versprechungen scheint, wie man nach den vorliegenden Beweisen annehmen muß, — es sei denn, daß noch

neue, durchschlagende Gegenbeweise gebracht werden können — der französische Passagierdampfer „Sussex" von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden zu sein, und wenn auch das Schiff selbst nicht sofort untergegangen und das Unglück nicht so groß geworden ist wie bei der „Lusitania", so sind doch eine Anzahl Passagiere dabei ums Leben gekommen oder schwer verletzt worden. Der Kapitän des Tauchbootes hat gemeldet, er habe geglaubt, ein feindliches Kriegsschiff vor sich zu haben, und auf Grund dieser Meldung war man in Deutschland lange der Ueberzeugung, daß wir in der Tat mit dem Unfall der „Sussex" nichts zu tun hätten. Nichts beweist mehr, daß Deutschland und im besonderen unsere Marineleitung darin gutgläubig war, als daß gerade die Daten, die wir selber bekannt gegeben haben, in den Augen der Amerikaner den Beweis vervollständigten, daß tatsächlich die „Sussex" von uns torpediert worden ist.

So übel dieser Zwischenfall war, so hätten die Amerikaner bei gutem Willen dennoch darüber hinwegkommen können; der Krieg ist reich an solchen unglücklichen Zwischenfällen. Vor einigen Monaten haben sich englische Kriegsschiffe an der norwegischen Küste untereinander beschossen, und nur gar zu häufig geschieht es im Landkriege, daß die Artillerie sich täuscht und die eigene Infanterie beschießt. Aber in Amerika ist die Stimmung gegenüber Deutschland nicht derartig, um uns diese Irrtumsmöglichkeiten zugute zu halten. Noch jüngst ist in einer Adresse von 500 amerikanischen Notabeln, darunter nicht weniger als 32 Bischöfe, der unglaubliche Satz aufgestellt worden, daß die Zukunft der menschlichen Zivilisation davon abhänge, daß Deutschland in diesem Kriege besiegt würde. Von den Herren, die als Präsidentschaftskandidaten in Aussicht genommen sind, sind zwei, Herr Roosevelt und Herr Root, direkt für den Krieg gegen Deutschland, Herr Hughes hält sich vorsichtig zurück. Herr Wilson aber ist uns nicht nur unfreundlich gesinnt, sondern sieht sein Interesse darin, uns scharf entgegenzutreten, und womöglich einen greifbaren Erfolg aufzuweisen, weil ein solcher seiner Kandidatur die Segel schwellen würde.

Die Note, die Herr Wilson an die deutsche Regierung gerichtet hat, ist voll der schroffsten Ausdrücke, und die feierliche Art, in der er sie vor den beiden vereinigten Häusern des Kongresses mitgeteilt und verkündet hat, läßt keinen Rückzug zu.

In herzbeklemmender Spannung warten alle unsere Feinde auf die Explosion; es ist ihre letzte und einzige Hoffnung, uns zwar nicht durch die Gewalt der Waffen, aber doch endlich durch den Mangel an Rohstoffen und den Hunger niederzuzwingen. Die Torheit, die die Deutsche Tageszeitung eine Zeitlang ihren Lesern zu bieten wagte, daß man in England einen Krieg zwischen Deutschland und Amerika nicht wünsche, sondern fürchte, getraut sie sich selber schon nicht mehr zu wiederholen. Was unsere Feinde wünschen und wir deshalb nicht wünschen können, ist deutlich genug. Die deutsche Regierung ist in einer ungewöhnlich schwierigen Lage. Sie hat mit ihren letzten Anordnungen über den Tauchbootkrieg einen Mittelweg einzuhalten gesucht, der, wie es schien, die Rücksicht auf die Humanität und die Neutralen und die Kriegsnotwendigkeit, vorhandene Waffen auszunutzen, miteinander ausglich. Theoretisch war das durchaus richtig gedacht, aber die Erfahrung hat uns nunmehr gelehrt, daß die Schwierigkeiten des Tauchbootkrieges, wobei auch das psychologische Moment in Betracht kommt, zu groß sind, um durch ein noch so gut gedachtes Regulativ überwunden zu werden. Das Unglück mit der „Sussex" ist einmal geschehen. Sucht unsere Regierung nun aber durch Nachgiebigkeit die größere Gefahr, das größere Uebel zu vermeiden, so erhebt sich dahinter die Frage, ob Präsident Wilson auch wirklich gewillt ist, sich durch Nachgiebigkeit befriedigen zu lassen. Es mag vielleicht nur ein Verdacht sein, aber schon ein bloßer Verdacht ist unter solchen Umständen äußerst drückend, daß, wenn eine Forderung befriedigt ist, dahinter eine neue auftauchen könnte. Zum Vertragen gehört immer, daß nicht nur auf der einen Seite, sondern auf beiden Seiten der wirklich gute Wille vorhanden ist. Gibt die amerikanische Regierung uns in dieser Richtung genügende Bürgschaft, so ist der Weg der deutschen Politik klar vorgezeichnet. Die öffentliche Meinung mag das im ersten Augenblick nicht zu würdigen wissen, aber darüber müssen wir hinwegkommen. Auch hier muß das Wort des Herrn Reichskanzlers gelten, daß wir die Sentimentalität los seien. Von nichts anderem darf jetzt das Reich wie jeder Einzelne seine Stellungnahme bestimmen lassen, als von einer klugen Abwägung, welche Mittel es uns ermöglichen, die Hoffnung unserer Feinde auf die Hilfe Amerikas definitiv zuschanden zu machen. Mehr als die Kanone hat in diesem Augenblick die Diplomatie das

Wort. Eben ist der große Erfolg der Türken in Kut el Amara gemeldet worden, aber die amerikanische Verwicklung ist doch noch weit wichtiger. Gelingt es, diese jetzt aus der Welt zu schaffen, so sind wir berechtigt, einem freudigen Optimismus in unserm Herzen Raum zu geben.

Der Krieg im April.

29. April 1916.

Nach einer Kriegführung von ein und einhalb Jahren kamen unsere Gegner auf den Gedanken, sich einmal zusammenzutun und zu beraten, wie sie den Krieg führen sollten. Mit großem Apparat und vielen schönen Zeitungsartikeln ist die Konferenz vor fünf Wochen in Paris zusammengetreten. Was mag dabei herausgekommen sein? Meistens liegen die Dinge im Kriege so, daß jeder der Kriegführenden eine Reihe von Möglichkeiten vor sich sieht, aus denen er eine auswählt und zu seinem Kriegsplan ausbaut; die Aufgabe des Gegners aber ist es, durch sorgsame Beobachtung und Kombination der verschiedenen Anzeichen das zu erraten und herauszufinden. Unsere Gegner aber sind bereits so weit herunter, daß man seine Phantasie anstrengen muß, nicht um aus den verschiedenen Möglichkeiten eine als die wahrscheinlichste herauszusuchen, sondern um überhaupt eine Möglichkeit zu finden. Einen guten Helfer pflegen dabei nicht nur die Indiskretionen der feindlichen Presse, sondern namentlich auch die neutrale Presse und ihre militärischen Mitarbeiter abzugeben. Aber auch diese Hilfe versagt so gut wie vollständig. Man hat negativ erfahren, daß die Italiener sich weigern, irgendeine Hilfe, sei es nach dem Balkan, sei es nach Frankreich, zu gewähren. Positiv aber hieß es, man habe sich darüber geeinigt, daß die gesamte Aufstellung aller verbündeten Heere eine einzige Front bilde. Das würde also heißen, daß zu einer bestimmten Zeit alle feindlichen Heere in Rußland und in Kleinasien, in Mesopotamien und in Mazedonien, in Italien und in Frankreich gleichmäßig zum Angriff übergehen; der gleichmäßige Angriff aber müßte bestimmt sein, den Hauptangriff, der an einer von den vielen Stellen stattfinden muß, zu maskieren und zu verhindern, daß der Verteidiger durch Truppenverschiebungen auch dem Hauptangriff zu begegnen vermag. Ein auf allen Fronten

zugleich gleichmäßig starker Angriff würde offenbar von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben. Erstaunlich genug arbeitet die italienische Presse fortwährend daran, den Verbündeten klar zu machen, daß dieser entscheidende Hauptangriff an der Isonzofront unternommen werden müsse. Ja die Italiener gehen, sagen wir in ihrer Naivität, sagen wir Anmaßung, noch weiter, und verlangen, daß auch die Hauptaktion der verbündeten Flotten ins Adriatische Meer verlegt werde. Denn Italien, sagen sie, habe so viel für die Koalition geleistet, daß diese auch für seine Zwecke etwas zu tun verpflichtet sei; der Hauptzweck Italiens aber sei die Herrschaft auf der Adria, und dazu gehöre die Zerstörung der österreichischen Flotte. Vermutlich werden die Engländer und Franzosen sich ebensowenig bereit finden, wie die Italiener bereit sind, eine Armee nach Frankreich zu senden. Sie haben sich ja nicht einmal, so zornig die alliierte Presse darauf bestanden hat, die Kriegserklärung gegen Deutschland entreißen lassen.

Ist nun die Offensive in Frankreich so hoffnungslos wie in Rußland und in Rußland so hoffnungslos wie in Italien, so scheint es nicht ganz ausgeschlossen, daß unsere Feinde doch noch einmal auf ihre alte Idee „Konstantinopel", wo sie dem Erfolge schon einmal so nahe zu sein glaubten, zurückkommen. Die einzige Stelle, wo sie in den letzten Monaten Gewinn gehabt haben, ist in Klein-Asien gewesen, wo sie erst Erzerum genommen haben, dann Bitlis und jetzt Trapezunt. Noch immer steht eine französisch-englische Armee in Saloniki, und man will die auf Korfu reorganisierten Kräfte der serbischen Armee jetzt auch dorthin bringen. Man könnte sich also vorstellen, daß man einen doppelten Landangriff auf Konstantinopel in Aussicht nimmt: von Klein-Asien aus durch die Russen, und von Saloniki aus. Existiert ein solcher Plan, so ist er jedenfalls so weitaussehend, daß wir noch manchen Schlag an anderer Stelle führen könnten, ehe wir genötigt sein würden, zu positiven Gegenzügen zu schreiten. Griechenland widersetzt sich mit der äußersten Entschlossenheit dem Transport der Serben durch sein Gebiet, und der Marsch einer großen russischen Armee von Trapezunt bis Konstantinopel bietet unermeßliche Schwierigkeiten. Trapezunt ist nur 130 Kilometer von der russischen Grenze entfernt, wo die Russen eine Eisenbahnbasis hatten; trotzdem hat ihr Vormarsch dahin Monate ge-

dauert; von Trapezunt bis Konstantinopel sind aber noch 900 Kilometer Luftlinie durch ein Land ohne Eisenbahnen.

Bei Verdun haben die Franzosen nunmehr 38 verschiedene Divisionen eingesetzt und zwei neu aufgefüllte, im Ganzen also wenigstens 600 000 Mann. Berenger in der „Action" hat jüngst berechnet, daß die 29 in Frankreich aufgebotenen Jahrgänge 4 Millionen Soldaten ergeben hätten; das sind 10 bis 11 Prozent der Seelenzahl. An Toten, Gefangenen und nicht mehr dienstfähigen Verwundeten werden von diesen 4 Millionen zum mindesten 1½ Millionen in Abgang zu bringen sein; reichlich eine Million ist auf Garnisonen, Etappen, Depots und zeitweilige Kranke abzurechnen, so daß die tatsächliche Stärke der Franzosen in der Front schon erheblich unter 1½ Millionen sein muß. Es ist also nicht viel weniger als die Hälfte der aktiven französischen Feldarmee, die bei Verdun engagiert ist und mehr und mehr zermürbt wird. Ob Verdun selbst früher oder später fällt, ist dabei etwas Sekundäres. Immer wieder habe ich mir die Welt-Kriegsgeschichte durch den Kopf gehen lassen, um ein Gegenstück zu diesem Vorgang, zu dieser Art der Krieg- und Schlachtenführung zu finden, aber ich habe keines entdeckt. Nur ein kleiner Zug ist mir eingefallen, den ich hier einflechten möchte. In ehrlicher Bewunderung für den tapferen Widerstand, den die Franzosen bisher bei Verdun leisteten, holte ich mir mein Bellum Gallicum heraus und las, aufgezeichnet von der Feder des Gegners, die heroische Verteidigung von Avaricum (Bourges), das endlich doch der überlegenen Kraft und Kunst der Römer unterliegen mußte. Man darf wirklich nicht sagen, daß die heutigen Franzosen eine degenerierte Rasse seien; sie schlagen sich würdig ihrer tapferen Vorfahren. Aber jene Verteidigung von Avaricum war überhaupt nur unternommen worden gegen den Wunsch und Rat des Feldherrn, des Vercingetorix. Nun haben Schweizer Zeitungen berichtet, daß auch die Verteidigung von Verdun gegen den Rat des Kriegsministers Gallieni unternommen worden sei; dies sei der wahre Grund seines Rücktritts gewesen. Als die ungeheuren Zurüstungen der Deutschen für den Angriff gemeldet wurden, sei er für die freiwillige Räumung des Platzes eingetreten und sogar Joffre habe ihm zugestimmt; der Ministerpräsident Briand aber habe ein solches Zurückweichen für moralisch unmöglich erklärt und die Annahme des Kampfes durchgesetzt.

Der Ausgang des Kampfes muß lehren, ob die Analogie zu Avaricum auch in diesem Punkt einmal angebracht erscheint.

Deutschland fühlt sich so stark, daß es jetzt mitten im Kriege hat wagen dürfen, den ältesten Jahrgang der Landsturmmänner zu entlassen. Auf der Gegenseite hilft man sich mangels positiver Ideen mit Demonstrationen; erst ist der französische und dann der englische Ministerpräsident nach Rom gereist, um die Bundesfreundschaft zu markieren und den Enthusiasmus anzufeuern; jetzt sind einige Tausend russische Soldaten in Frankreich gelandet zu demselben Zweck. Ein Kriegführender, der keinen positiven Plan und keine positive Aussicht auf den Sieg mehr hat, pflegt sich, zunächst in der Stille seines Herzens, mit Gedanken über den Frieden zu beschäftigen. Wir lesen jetzt in der Ententepresse so viele Betrachtungen darüber, ob und wie man nach dem Friedensschluß den wirtschaftlichen Krieg gegen Deutschland fortsetzen könne. Schon tritt in Paris eine Konferenz zusammen, um über dieses Thema zu beraten. Sollte es sich wirklich nur um eine Ergänzung des zu erwartenden Schlachtensieges handeln? Eher ist es wohl die umgekehrte Auslegung erlaubt: daß man Deutschland militärisch niederzuwerfen nicht imstande ist, hat man sich bereits eingestanden, und der zukünftige Wirtschaftskrieg soll ein Trostmittel bilden und einen Ersatz dafür geben, wenn man sich der bitteren Notwendigkeit unterwirft und Deutschland den Frieden bewilligt, den es verlangt.

Die Beilegung des Konflikts mit Amerika, die öffentliche Meinung und die Parteien. Präsident Wilsons Friedens-Vermittlung.

28. Mai 1916.

Erstaunlich schnell hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland in die Nachgiebigkeit, die wir in der Tauchbootfrage bewiesen haben, gefunden. Sobald der Entschluß der Regierung einmal heraus war, gewann die Empfindung, daß die verantwortlichen Stellen doch wohl ihre guten Gründe gehabt haben würden, die Oberhand, und manch einer, der vorher getobt hatte, gab jetzt zu, daß es doch wohl so am besten sei. Wir wollen auf die Gründe hinüber und herüber nicht noch einmal zurückkommen,

ein innerpolitisches Moment jedoch in dieser ganzen Episode zwingt noch zu einem Verweilen.

Es war ja nicht bloß die öffentliche Meinung, wie sie sich in der Presse, Resolutionen, im gesellschaftlichen Verkehr äußert, die die rücksichtslose Anwendung von Tauchbooten gegen Handelsschiffe verlangte, sondern es waren vor allem auch maßgebende Parteien im Reichstag, mit ihren Führern an der Spitze, die sich dafür einsetzten. Von den Nationalliberalen hat sich klugerweise wenigstens eine Minorität zurückgehalten, die Majorität aber mit Herrn Bassermann wetteiferte mit den Konservativen, unter Führung Herrn von Heydebrands, durch parlamentarischen Druck die Regierung in den Konflikt mit Amerika hineinzutreiben. Ja sogar das preußische Abgeordnetenhaus wollte nicht zurückbleiben und setzte sich in seiner patriotischen Aufwallung über die klarsten Verfassungsbestimmungen hinweg, um seinen Einfluß geltend zu machen, und der Führer der Freikonservativen, Freiherr von Zedlitz, ließ noch unmittelbar vor der Entscheidung im „Tag" einen Artikel erscheinen, die Regierung zu der falschen Entscheidung zu drängen. Als den Herren dann in den geheimen Sitzungen genügende sachliche Aufklärungen gegeben wurden, wurden sie stiller. Solange man über Wesen und Wert des Deutschen Verfassungssystems Betrachtungen anstellt, wird man immer auf diese Erscheinung zurückkommen müssen. Ganz neu ist sie ja nicht. Die Parteiführer haben schon öfter in der auswärtigen Politik mitsprechen wollen. Man erinnere sich, wie Herr Bassermann im Marokko-Konflikt den Satz aufstellte: man hätte statt der Absendung des „Panther" nach Agadir, lieber bei Metz zwei Armeekorps mobil machen sollen, oder wie Herr Heydebrand im Reichstag einmal den Kanzler mit Patriotismus übertrumpfen wollte und von diesem zu Boden geworfen wurde. Die direkte Einmischung in die Kriegführung ist nun doch wohl die höchste und wohl hoffentlich die letzte Steigerung dieses mißverstandenen Parlamentarismus. Wohin würde Deutschland kommen, wenn Parteien und Parteiführer dieser Art bei uns regierten! Der Reichstag ist ein unentbehrliches und unendlich segensreiches Element in unserer Verfassung; er gibt keinem Parlament in der Welt etwas nach in seiner patriotischen Gesinnung und übertrifft sie allesamt durch die Freiheit von jenem Gebrechen, das sie sonst alle mehr und weniger entstellt, der Korruption; er leistet auch in den Ein-

zelheiten der Gesetzgebung höchst anerkennenswerte, praktische Arbeit, aber die politische Führung der Nation hat er nicht und dürfen die Herren nicht haben, dafür reicht der Partei-Gesichtspunkt, der sie alle beherrscht, nicht aus.

Herr Bassermann hat einst das Verdienst gehabt, als die nationalliberale Partei in ein reaktionäres Fahrwasser hinübergeleitet werden sollte, sich fast als Einziger der Strömung mit Kraft entgegengestellt zu haben, und es war drauf und dran, daß er dafür zur Strafe als „Mannheimer Demokrat" in Acht und Bann getan wurde. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade er jetzt die richtige Orientierung so völlig verloren hat. Eben hat er eine kleine, man möchte sagen Anerkennungsbroschüre für den Admiral Tirpitz geschrieben, die seinem guten Herzen Ehre macht, aber bei der der Leser doch sagt, wenn ein Mann von der Stellung eines Parteiführers entweder nicht mehr sagen will oder nicht mehr sagen kann, er doch besser nicht geschrieben hätte. Was da über die Verdienste des Admirals gesagt ist, ist nichts anderes, als was auch jeder Marinejournalist sagt. Die innerpolitischen Gesichtspunkte aber, an denen Tirpitz' historische Stellung erst voll in die Erscheinung tritt, fehlen derart, daß man kaum noch glauben kann, der Verfasser habe mit Absicht davon abgesehen und zweifelt, ob sie ihm überhaupt klar sind. Unter Herrn Bassermanns Führung hat denn auch der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei getagt und, zwar keineswegs einmütig, wie in den Zeitungen berichtet wurde, aber doch mit sehr großer Mehrheit eine Resolution beschlossen, die noch einmal ein Zeugnis dafür ablegt, wie wenig diese Partei heute zu einer führenden Stellung im deutschen Volke berufen ist. Man kann es nicht scharf genug zurückweisen, daß hier wieder eine Partei in Anspruch nimmt, eine technische militärisch-politische Frage, nämlich was das „geeignetste Mittel ist", den Feind zu besiegen, entscheiden zu wollen. Auf welche Bahnen wir mit einem derartigen Parlamentarismus gelangen würden, erhellt, wenn man hört, daß die Stimmung, in der man diese Resolution beschloß, wie schon mehrfach in diesem Kriege, erzeugt wurde durch Gerüchte, die sich nachher als ein Mißverständnis herausstellten. Natürlich führt die Resolution schließlich den „Willen des Volkes" für die Bestrebungen des imperialistischen Radikalismus ins Gefecht — Wille des Volkes? Jedermann weiß heute, daß im deutschen Volke zwar wirklich

der einheitliche Wille lebt, diesen Krieg siegreich zu Ende zu führen; daß aber über das konkrete Kriegsziel die Meinungen nicht nur der Parteien, sondern selbst unter den sonstigen Gesinnungsgenossen aufs stärkste auseinandergehen, und es ist höchst fraglich, ob die Majorität der nationalliberalen Partei im Reichstag oder im Zentralvorstand auch mit der Mehrheit des deutschen Volkes übereinstimmt. Unter solchen Umständen von einem „Willen des Volkes" zu sprechen, ist nichts als das bekannte demagogische Kunststück, sich selbst mit dem „Volke" zu identifizieren, das, so oft es auch angewandt ist, darum doch nicht ehrlicher wird. Sollte die Regierung es etwa für angezeigt halten, den Reichstag aufzulösen, so würden manche Herren von der Rechten und von den Nationalliberalen wohl recht erstaunt sein, was für ein „Volkswille" da zu Tage kommen würde.

Ich bin von Anfang an für die Nachgiebigkeit in der Tauchbootfrage gewesen, einerseits, weil ich Erwartungen, die man in diese Waffe im Handelskriege setzte (was den gegenwärtigen Krieg betrifft), für sehr übertrieben hielt, andererseits im Hinblick auf die Störung unseres Verhältnisses zu Amerika und den Neutralen überhaupt. Gewiß hätte ein scharfer Tauchbootkrieg gegen ihren Handel den Engländern große Unbequemlichkeiten bereitet, aber schließlich doch wohl kaum so viel, wie die Engländer uns durch die Blockade bereiten, und so wenig sie uns auf diesem Wege auf die Knie zwingen können, so wenig hätten wir es mit der Tauchboot-Blockade vermocht. Umgekehrt, ist die Rücksicht auf die Neutralen von der allerhöchsten Bedeutung. Man erinnere sich, wie sehr Bismarck in den Kriegen von 1866 und 1870 immer von dem Gedanken an die Neutralen in Anspruch genommen wurde. Ich möchte die Behauptung wagen, so weit solche Vergleiche überhaupt zulässig sind, daß Bismarck, wie die Dinge liegen, im Hinblick auf Amerika den Handelskrieg mit Tauchbooten niemals zugelassen hätte. Es ist aber nicht sowohl die Besorgnis vor einem amerikanischen Krieg, weshalb ich den Tauchbooteiferern nicht zuzustimmen vermochte, als vielmehr der Hinblick auf die weitere Einwirkung der Vereinigten Staaten. Es schien mir im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß diese sich das alles überlieferte Völkerrecht außer Kraft setzende englische Blockadesystem länger gefallen lassen würden, sobald nur erst der Konflikt mit Deutschland aus dem Wege geräumt war. Präsident Wilson hat

auf unsere Nachgiebigkeitsnote mit Grobheiten quittiert und noch weitere gehässige Reden gegen uns folgen lassen. In Deutschland hat man darin vielfach nichts als den Ausdruck einer feindseligen Gesinnung gesehen. Diese feindselige Gesinnung ist sicherlich vorhanden, aber jene Ausfälle gegen uns waren doch auch von politischer Berechnung diktiert. Gleich bei Bekanntwerden der Wilsonschen Antwort habe ich im „Tag" ausgeführt, daß ihr unfreundlicher Ton aufgefaßt werden könne als Deckung, weil Herr Wilson jetzt notgedrungen gegen England vorgehen müsse und nicht den Anschein aufkommen lassen wolle, als ob es aus Freundschaft für uns oder unter deutschem Druck geschehe.

Wirklich ist ja nun auch die erste amerikanische Beschwerde über die Behandlung, die die Engländer der überseeischen Post zu Teil werden lassen, abgegangen. Die Konsequenzen aber auf dieser Bahn sind unabsehbar. Uns militärisch niederzuringen hat der Vierverband weniger Aussicht als je. Seine letzte und einzige Hoffnung ist die Aushungerung durch die Blockade. Auch diese Hoffnung ist in sich nichtig. Mag in unserer Organisation auch dieses oder jenes vergriffen worden sein, im ganzen hat das staatliche Verteilungssystem doch so funktioniert, daß wir sicher durchkommen und jetzt um so mehr, als der militärische Erfolg auch Rumänien dahin gebracht hat, sich zu öffnen und uns selbst eine glänzende Ernte in Aussicht steht.

Die feindliche Presse tröstet sich damit, daß der Rücktritt des Staatssekretärs Delbrück das Zeichen unseres wirtschaftlichen Bankerotts sei. Muß sie sich schließlich überzeugen, daß auch dieses angebliche Symptom trügt (es handelt sich in der Tat nicht um einen politischen Vorgang, sondern nur um eine nur zu sehr bedauerliche schwere Erkrankung), und schlägt dann die amerikanische Intervention eine Bresche in die Blokademauer, so ist es mit den Siegeshoffnungen des Vierverbandes definitiv zu Ende.

Sollte aber der Deutschenfeind Wilson wirklich geneigt sein, uns zum Siege zu verhelfen? Das ist ausgeschlossen. Man sieht: das Aufwerfen der Blockadefrage führt sofort weiter; eben, indem ich diese Zeilen niederschreibe, kommt bereits die Nachricht, daß Präsident Wilson geneigt sei, den Frieden zu vermitteln.

Der deutsche Reichskanzler hat bereits zu wiederholten Malen und auch in der letzten Tauchbootnote an Amerika offen aus-

gesprochen, daß Deutschland jederzeit bereit sei sich auf Friedensverhandlungen auf passender Grundlage einzulassen. Die Antwort, die darauf aus den feindlichen Lagern erfolgte, war eine doppelte. Zunächst einmal die unbedingte Ablehnung: es sei gar kein Wunder, daß Deutschland jetzt, wo es gewisse militärische Siege errungen habe und zugleich fühle, daß es mit seinen Kräften zu Ende geht, den Frieden wünsche; der Vierverband aber könne und werde keinen anderen Frieden schließen, als nach der völligen Niederkämpfung und Unterwerfung Deutschlands. Die andere Antwort, zunächst aus dem Munde des englischen Premiers, Herrn Asquith, und jetzt aufgenommen von dem Minister des Auswärtigen, Herrn Grey, lautete zwar auch noch höchst feindselig und unversöhnlich, brachte aber doch, wie es bei den Diplomaten üblich ist, einige Untertöne hinein, die eine andere Auslegung ahnen ließen. Im besonderen war es die Wendung, die bisher immer proklamierte Vernichtung des preußischen Militarismus bedeute nicht anderes, als daß man nicht wolle, daß Preußen eine Hegemonie über ganz Europa ausübe. Nun ließe sich darauf erwidern, wenn es weiter nichts ist — eine solche Hegemonie haben wir niemals beabsichtigt oder auch nur gewünscht; ist schon der preußische Militarismus ein Phantom, so ist die preußische Hegemonie erstrecht ein bloßes Gebilde Eurer Angst. Macht Euch frei von Eure Gespensterfurcht und äußert Euch über Eure positiven Bedingungen. Seht Euch aber vorher die Kriegskarte an und macht Euch klar, daß wir die Sieger sind.

Das ungefähr ist auch der Sinn der Aussprache mit dem amerikanischen Journalisten Herrn von Wiegand, in der der Herr Reichskanzler den Herren Asquith und Grey geantwortet hat. Werden unsere Gegner nun auf diese Einladung eingehen? Herr Poincaré und Herr Briand haben bereits mit Fanfarenstößen verkündigt, daß sie an der alten Parole des vollständigen Sieges festhalten. Aber Herr Poincaré und Herr Briand sind nicht in dem Sinne Frankreich, wie Asquith und Grey England sind. Kommt es zum Friedensschluß, so sind jene Herren in demselben Sinne erledigt, wie es 1871 Gambetta war, der auch solange den Krieg bis aufs Äußerste predigte, bis er die Regierung zum Zwecke des Friedensschlusses an Herrn Thiers abzugeben sich genötigt sah. Asquith und Grey aber sind wenigstens prinzipiell keineswegs verhindert, den Frieden zu schließen, ebenso wie sie

den Krieg gemacht haben. Zwar hat Herr Grey sich erlaubt, sofort mit wütenden Schimpfreden den Verdacht, als ob er ein Friedensfreund sei, abzuwehren — aber der Grund, weshalb er sich vor den Bundesgenossen mit solchem Gebaren decken muß, liegt auf der Hand. Wir können trotzdem ruhig die Frage stellen: Wie werden diese Herren ein Vermittlungsangebot des Präsidenten Wilson, wenn es wirklich kommen sollte, aufnehmen, und wie sollen wir es unsererseits aufnehmen?

Es ist klar, daß für Deutschland eine amerikanische, oder besser ausgedrückt, eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson etwas sehr Widerwärtiges hat. Ein Vermittler, der kein wahrhaft Neutraler ist, sondern offensichtlich in allen seinen Sympathien der einen Seite der beiden Kämpfenden zuneigt, ist für die andere Seite eigentlich unannehmbar. Zwar hat Herr Wilson jetzt verkündet, daß die Amerikaner kein angelsächsisches Volk seien, sondern eine Verschmelzung aus allen verschiedenen europäischen Volksarten, aber so bemerkenswert diese Aeußerung auch in symptomatischer Beziehung ist, so kann sie doch nicht aufheben, daß Herr Wilson durch direkt beleidigende Wendungen in seinen Reden eine Atmosphäre zwischen uns geschaffen hat, in der eine vertrauensvolle Annäherung nicht mehr möglich ist. Trotzdem braucht Deutschland sich nicht unbedingt spröde zu verhalten; gerade daß Präsident Wilson sich bisher so unfreundlich benommen hat, daß ihm darin zu tun fast nichts mehr übrig bleibt, ist jetzt unsere Stärke. Was will er uns anhaben, wenn er mit Vorschlägen herauskommt, die wir glatt ablehnen? Er könnte uns nur noch mit Krieg bedrohen; aber Krieg führen, um Europa Frieden zu geben — das würde er weder bei der öffentlichen Meinung in Amerika, noch bei dem Kongreß jemals durchsetzen. Ganz anders beim Vierverband. Der ist vollständig in der Hand der Vereinigten Staaten und ist schlechterdings gezwungen, die Bedingungen anzunehmen, die diese für billig erachten und beschließen ihm vorzuschreiben. Amerika braucht gar nicht so weit zu gehen, die Munitionszufuhr und die finanzielle Unterstützung abzuschneiden, sondern braucht nur auf der Einhaltung der alten Völkerrechtsregeln über die Blockade zu bestehen, um England zu bezwingen. Wie also die Herren Asquith und Grey sich äußern werden, ist gar nicht so sehr wichtig; es genügt, daß sie sich einmal in so weit friedlichen Tönen verlautbart haben, daß Herr

Wilson seine Vermittlung verkündigen konnte. Greift Wilson jetzt zu, so hat er sie fest.

Die amerikanische Vermittlung bedeutet also im Grunde, daß wir die Friedensbedingungen nicht mit unseren Gegnern, sondern mit dem Präsidenten Wilson zusammen feststellen; was da festgestellt ist, dem sind die andern nachher gezwungen, sich zu unterwerfen. Mag nun Herr Wilson noch so sehr wünschen, die Sache Frankreichs und Englands zu führen, so sind wir doch ihm gegenüber nicht ohne brauchbare Waffen. Die erste ist, daß wir die Frage aufwerfen, ob wir uns überhaupt auf irgendeine Verhandlung einlassen sollen, ehe nicht die englische Blockade sich wieder in die Regeln des Völkerrechts geschickt hat. So gut wie der Präsident Wilson den Satz aufstellte: erst müsse die Tauchbootfrage erledigt sein, ehe er an die Blockadefrage herantreten könne, so gut können wir auch den Satz aufstellen: erst muß das Völkerrechtswidrige in dem Verhalten Englands abgestellt sein, ehe wir uns in Verhandlungen mit ihm einlassen können. Des weiteren kommt uns zunutze, daß Herr Wilson an dem schließlichen Erfolg ein sehr großes persönliches Interesse hat; ja es liegt ihm nicht nur an dem Erfolg, sondern auch sehr viel an dem schnellen Erfolg. Denn die amerikanischen Wahlen, die ihm seine Präsidentschaft verlängern sollen, stehen vor der Tür. Deutschland aber ist weder militärisch noch wirtschaftlich zu einem baldigen Abschluß gedrängt. Gewiß wünschen auch wir von Herzen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, und jeder Monat längerer Kriegführung erschwert unsere wirtschaftliche Wiederherstellung nach dem Kriege. Aber diese Motive sind nicht stark genug, daß wir ihrethalben irgendwelche wesentliche Forderungen beim Friedensschluß aufzugeben hätten. Unsere diplomatische Lage beim Eintritt in etwaige Friedensverhandlungen ist daher so günstig wie möglich, und macht Deutschland der in Amerika so überaus starken pazifistischen Ideologie eine Konzession (was bei der jetzigen Machtstellung des Reiches ohne Bedenken gewagt werden kann), so haben wir diplomatisch vollends die Oberhand. So viel angenehmer es für uns wäre, direkt mit unseren Gegnern zu verhandeln, so würde doch auch eine amerikanische Vermittlung nicht ohne gewisse Vorteile sein, und die englische und französische Presse hat daher die Andeutung, daß eine solche Vermittlung kommen könnte, recht unwirsch aufge-

nommen. Die Noten, die Herr Wilson an England und Frankreich erläßt, werden vermutlich auf einen ganz anderen Ton gestimmt und sehr viel freundlicher gehalten sein, als er sie an uns gerichtet hatte — aber eben darum! Sobald wir uns einmal den Grund klar gemacht haben, brauchen wir uns dadurch nicht mehr irritieren zu lassen. Warten wir ab, ob dieses Samenkorn auf fruchtbares Land gefallen ist, und ob sich etwas entwickelt und betrachten mittlerweile den Fortgang der Kriegsereignisse. Zunächst aber noch einige Worte über

England und Irland.

Der irische Aufstand gehört zu den Erscheinungen der Weltgeschichte, die völlig irrational, doch gar nicht selten und oft sehr wirksam sind. Wie konnten die Irländer glauben, gerade in jetziger Zeit, wo England eine ganz ungeheure Armee nicht nur auf den Beinen, sondern sogar im Lande hatte, einen bewaffneten Aufstand wagen zu können? Verschwörer bewegen sich in Illusionen, und aus der kriegsgerichtlichen Untersuchung haben wir bereits erfahren, welcher Art die Illusionen waren, von denen die Irländer sich in den Revolutionsrausch haben versetzen lassen: sie glaubten, die deutschen Tauchboote würden die englische Armee abhalten von England nach Irland herüber zu kommen; eine deutsche Armee aber sei unterwegs und könne jeden Tag landen, oder, wie schon sehr viele erfahren haben wollten, sei schon gelandet. Die englische Regierung ist ja, sage man, so liberal, sage man, so schwach, daß die beiden Parteien in Irland, die national-irische und ihr Ableger, die revolutionäre Sinn-Fein-Richtung, ebenso wie die angelsächsische Ulster-Partei sich offen militärisch organisieren durften. Die Sinn-Feiner waren also kampfbereit. Immerhin hätte man ja warten können, bis man die Deutschen wirklich sah, aber da hieß es, die Regierung beabsichtigt, die Bevölkerung oder vielleicht nur die irisch-katholische Bevölkerung zu entwaffnen, und um dieser Entwaffnung zuvor zu kommen, beschloß man, auf der Stelle loszuschlagen. Ohne besondere Schwierigkeit haben die englischen Truppen in einem Kampf von wenigen Tagen die Freiheitskämpfer überwältigt. Aber damit ist das Leiden des englischen Staatskörpers nicht operiert.

Eine niedergeschlagene Revolution pflegt sonst die siegreiche Regierungsautorität zu stärken; hier ist das keineswegs der Fall. Zunächst ist heftiger Kampf in der englischen Presse und in der öffentlichen Meinung, ob man die Bewegung mit äußerster Strenge unterdrücken oder die Verführten durch Entgegenkommen versöhnen solle. Gefängnisstrafen wirken nicht, denn Jedermann weiß, daß eine Amnestie ihnen sehr bald ein Ende machen wird. Abschrecken kann nur die Todesstrafe; die Todesstrafe aber macht Märtyrer, würde das ganze irische Volk in die Opposition bringen und bis nach Amerika hin höchst schädlich auf die öffentliche Meinung wirken. Ist das das freiheitliche englische Regiment, das seine Untertanen nur mit Massenhinrichtungen in Ordnung zu halten vermag? Dazu aber — wer hat denn mit der Revolution in Irland angefangen? Waren es nicht die Konservativen in Ulster, die den bewaffneten Widerstand gegen Homerule ankündigten? Und stand nicht an der Spitze dieser Verschwörung Herr Carson, der für das nächste konservative Kabinett als Justizminister in Aussicht genommen war? Ja, haben diese Verschwörer nicht sogar das englische Offizierkorps dahingebracht, der legalen Regierung den Gehorsam aufzukündigen? Mit welchem moralischen Recht verhängen diese Leute die Todesstrafe über Rebellen von der anderen Seite?

Man rät also zu Milde und Ausgleich, und unter den Iren ist ja auch eine große Partei mit John Redmond an der Spitze, die zum Ausgleich bereit ist. Aber zu diesem Ausgleich gehört ein Parlament in Dublin für ganz Irland, dem sich bisher die protestantischen Ulstermänner unter Führung von Herrn Carson unter keinen Umständen und unter keinen Bedingungen unterwerfen wollten. Herr Redmond möchte ihnen vielleicht nachgeben, aber er kann es nicht, denn sofort würde die große Masse der Iren ihn im Stich lassen und zu den Sinn-Feiners, den jetzigen Rebellen, übergehen. Weshalb sollen die Iren, die nun einmal keine Engländer sind und keine Engländer sein wollen, sich dem englischen Regiment unterwerfen, da sie doch sehen, daß England nicht mehr die Macht hat, sie gegen ihren Willen zu halten? Zum Frieden könnte man also nur kommen, wenn, durch die Revolution erschreckt, die Ulstermänner und die konservative Partei nachgeben und ein autonomes Irland zugestehen und konstituieren. Das englische Parlament hat es nicht wagen dürfen,

die allgemeine Wehrpflicht auf Irland auszudehnen, und kann es jetzt nicht wagen, die Strenge des Gesetzes gegen die irischen Rebellen anzuwenden. Herr Asquith hat seinem Kollegen und Rivalen Herrn Lloyd George die Aufgabe übertragen, die irische Frage zu lösen. Herr Lloyd George soll sehr blaß und in sich gesunken dagesessen haben, als Herr Asquith diesen Beschluß dem Parlament mitteilte.

Der irische Separatismus und die allgemeine Wehrpflicht sind die beiden Ideen, die mit dem historischen englischen Staat unverträglich sind und ihn zerstören werden. Die allgemeine Wehrpflicht ist zwar mit 250 gegen 35 Stimmen angenommen worden, aber nur, indem sich die Majorität der eigentlichen Regierungspartei, die Liberalen, der Abstimmung enthielt: der Kampf darum ist noch nicht zu Ende.

Das Parlament hat jetzt 4100 Millionen jährliche neue Steuern bewilligt, dazu 1720 Millionen Kriegsgewinnsteuer, zusammen fast 6 Milliarden. Die freiwillige Werbung hat so viel Rekruten ergeben, daß es der allgemeinen Wehrpflicht schon nahe kommt. Wennschon der moralische Wert der Steuerbewilligung stark beeinträchtigt wird durch die Tatsache, daß die Engländer sich in diesem Kriege schamlos bereichern durch die Wucherpreise, die sie ihren Verbündeten für Kriegslieferungen, Kohlen und Schiffsfrachten abnehmen, so bleibt die Leistung dieses Staatswesens doch enorm und erzwingt Anerkennung — aber so groß die Leistung ist, sie genügt nicht. Der moderne Staat verlangt immer noch viel mehr, namentlich mehr Straffheit des Staatsorganismus selbst, und das ist es eben, was sich mit dem eigentlich englischen Staatswesen und dem historisch gebildeten englischen Volksgeist nicht verträgt.

Die Kriegsereignisse im Mai.

Am 25. Februar begann die Schlacht von Verdun; ein volles Vierteljahr, bald schwächer, bald stärker, bald etwas nachlassend und dann wieder zur ungeheuersten, Orkane und Erdbeben übertönenden Gewalt anschwellend, tobt sie fort. Nicht bloß verteidigungsweise, sondern mit stürmischen, von Tausenden von Geschützen vorbereiteten Gegenstößen und Massenangriffen wehren

sich die Franzosen. Immer von Zeit zu Zeit, wenn das Feuer einmal nachläßt oder ein französischer Gegenangriff einen gewissen Erfolg gehabt hat, verkündet die feindliche Presse, die deutsche Offensive sei nunmehr erschöpft, und das große deutsche Unternehmen sei mißlungen und aufgegeben. Gleich darauf aber muß sie melden, daß der Kampf wieder eingesetzt hat, und hier und da gesteht sie denn auch ein, daß das langsame Fortschreiten des deutschen Angriffs sich mit der strategischen Grundidee des Generals von Falkenhayn ganz wohl vertrage. Die französische Infanterie sei ja gewiß besser als die deutsche, versicherten einige französische Zeitungen, aber die deutsche Artillerie habe eine unzweifelhafte Ueberlegenheit. Das ist das entscheidende Zugeständnis. Die schwere deutsche Artillerie war von Anbeginn des Krieges an der feindlichen überlegen und hat überdies vor Verdun den entscheidenden taktischen Vorteil des äußeren Kreises, der Umfassung. Nun mögen sich die Franzosen wehren wie sie wollen; ihre Einbuße muß immer erheblich größer sein, als die unsrige. Dauert es länger, so wird der Unterschied immer größer. Nur indem die Franzosen immer neue Truppenteile hineinschieben, vermögen sie den Kampf fortzusetzen; schon vor vier Wochen berechnete ich, daß bereits annähernd die Hälfte der französischen Fronttruppen bei Verdun eingesetzt worden sei; jetzt sollen schon nicht weniger als 57 Divisionen beobachtet worden sein. Sind diese Divisionen vollzählig, so wäre das schon mehr als die Hälfte. Vermutlich sind die zu Schlacke ausgebrannten Divisionen von Verdun fortgezogen und haben an anderen Stellen der Front die Besatzung oder die Reserven ersetzt, die an ihrer Stelle nach Verdun gegangen sind. Tritt auch auf deutscher Seite ein Wechsel der Truppen ein, so doch nicht entfernt in dem Maße, wie auf der französischen. Mit äußerster Kraftanspannung haben die frischen französischen Truppen in diesen letzten Tagen den Versuch gemacht, Fort Douaumont und Dorf Douaumont zurück zu erobern; schon hatten sie einen gewissen Vorteil im Gelände erreicht, aber schließlich sind sie dennoch zurückgewiesen worden. Hätten sie Douaumont genommen, so wäre es nicht nur ein großer moralischer Erfolg gewesen, sondern hätte durch den Einblick, den diese Höhe in die deutschen Stellungen gewährt, auch praktisch einen gewissen Gewinn bedeutet. Ihre ganze Kraft haben sie deshalb für diesen Sturm eingesetzt; daß er schließlich dennoch mißlungen ist und

sie gleichzeitig auf dem anderen Maasufer in dem Dorf Cumieres mit den anschließenden Höhen eine wichtige Stellung verloren haben, kann nicht ohne große Nachwirkung auf die Fortsetzung der Verteidigung bleiben. Für uns gilt aber nach wie vor das Wort: „der Weg ist das Ziel."

Während wir bei Verdun allmählich die Kampfkraft der französischen Armee aufzehren, haben die Oesterreicher zu einer gewaltigen Offensive gegen die Italiener angesetzt. Als Italien sich zum Kriege gegen Oesterreich entschloß, gab es als sein Motiv über die Befreiung der von Italienern bewohnten Grenzstriche hinaus an, daß seine strategische Grenze gegen Oesterreich zu ungünstig sei; wie ein Zahn dringe Tirol spitzig in die natürliche Umgrenzung Oberitaliens ein. Italien verlangte deshalb auch Deutsch-Tirol bis zum Brenner. Wiederum als die Franzosen aufs dringendste baten, Italien möge einige 100 000 Mann zur Verstärkung an die französische Westfront schicken, lehnte Cadorna das ebenso wie jede größere Balkanexpedition ab, weil er seine ganze Macht gebrauche, nicht nur für die eigene Offensive, sondern auch um sich gegen einen österreichischen Gegenstoß zu sichern. Er hat strategisch nicht schlecht gesehen. Aber auch dieses theoretisch richtige Sehen hat ihm nichts geholfen. Seit Monaten haben die italienischen Blätter darauf hingewiesen, daß die Oesterreicher ihre Armee aus Serbien zurückzögen und sie zu einem Angriff auf Venetien sammelten. Aber wegen der ausspringenden Position Süd-Tirols ist diese Front außerordentlich lang, und es ist den Italienern offenbar nicht gelungen, auszuspionieren, an welcher Stelle der feindliche Angriff sich vorbereitete. Er hätte ja auch am Isonzo ansetzen können oder sogar auf der Westseite von Tirol mit der Richtung auf Mailand. Die Oesterreicher haben denjenigen Punkt gewählt, der für die Italiener strategisch der empfindlichste ist, die Süd-Ostecke von Tirol, von wo aus jedes Vordringen den Halbkreis der italienischen Aufstellung in Flanke und Rücken bedroht. Die Brennerbahn hat es ermöglicht, hier große Massen an Infanterie wie an Artillerie zu versammeln. Wie die Italiener behaupten, sind die 20 Divisionen, die bisher die Verteidigung gegen sie geführt haben, auf 38 vermehrt worden. Ist das richtig, (andere Berechnungen lauten allerdings anders und zählen 30 Divisionen verstärkt auf 36), so würde also jetzt eine Masse von ungefähr neun Armeekorps, das ist die Stärke

der preußischen Armee bei Königgrätz, zu einem Angriff angesetzt sein, der vom ersten Augenblick an siegreich geblieben ist und von Tag zu Tag erfolgreicher fortschreitet, indem er mit dem rechten Flügel an die Berge angelehnt, nicht wohl umgangen werden kann, mit dem linken Flügel den Halbkreis der italienischen Aufstellung weiter und weiter anfrißt und zum schleunigen Rückzug veranlaßt. Nicht bloß die italienischen Feldbefestigungen, sondern auch die italienischen Panzerforts der alten Grenzbefestigung erliegen der vortrefflichen Artillerie der Oesterreicher.

Jetzt wartet man, in Rom wie in Paris wie in London, auf's ängstlichste, daß die russische Entlastungs-Offensive einsetzen möge. Sollte die Desorganisation schon so weit fortgeschritten sein, daß sie dazu nicht mehr fähig sind? Der scharfblickende Militärkritiker des „Berner Bund" hat schon die Vermutung ausgesprochen, daß die Russen, die jetzt einen erheblichen Teil ihrer Kräfte in Armenien und Persien eingesetzt haben, vielleicht auf diesem Schauplatz die für sie günstige Entscheidung zu suchen beabsichtigen. Wenn dem wirklich so wäre, so müßten es doch wohl hauptsächlich politische Motive sein, die dabei den Ausschlag geben. Denn die Heere, die dort fern in Asien operieren, sind im Verhältnis zu den Massen, die in Europa in Betracht kommen, nicht so groß, um den Russen eine Offensive durchaus unmöglich zu machen. Immerhin ist es richtig, daß die Russen es offenbar darauf anlegen, sich in Asien für die Verluste in Europa eine Kompensation zu suchen, und die Engländer trösten sich für die Kapitulation von Kut el Amara mit der Vorstellung, daß die Russen nun bald den Türken in Mesopotamien in den Rücken kommen und ihnen die Verbindung mit Konstantinopel abschneiden würden. Nicht auf Konstantinopel, sondern auf Bagdad würde also die konzentrische Offensive gehen, der sich dann vielleicht auch noch die Engländer von Aegypten aus anschließen würden. Aber das ist Alles so weit aussehend, daß man es noch als bloße Phantasiegebilde zu betrachten berechtigt ist.

Schluß des I. Bandes.

Druck von J. S. Preuß, Kgl. Hofbuchdruckerei, Berlin, S. 14, Dresdener Str. 43.

Krieg und Politik

II. Teil

1916–1917

von

Hans Delbrück

1919

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt.

	Seite
Die Seeschlacht am Skagerrak	1
Censur, Kriegsziele, innerer Kampf	5
Die Kriegsereignisse im Juni 1916	13
Keine Gefühlspolitik	16
Der Krieg im Juli 1916	25
Der Krieg im August 1916	29
Der Hauptfeind. Lloyd George und Bethmann Hollweg	33
Der Krieg im September 1916	38
Realpolitischer Pazifismus	46
Bismarcks Friedensschlüsse (Joh. Haller), Besprechung	57
Lord Grey. — Der „unabhängige Ausschuß". — Nötige Neuorientierung. — England oder Rußland	60
Die Kriegsereignisse im Oktober 1916	70
Die Welt-Friedens-Liga. — Das Königreich Polen. — Die Zivildienstpflicht. — Der Regierungswechsel in Oesterreich	75
Der Krieg im November 1916	92
Das deutsche Friedensangebot. — Die amerikanische Vermittlung	94
Der Krieg im Dezember 1916	104
Der diplomatische Winterfeldzug. — Die Wilsonsche Friedensnote	107
Das Beispiel Napoleons	122
Die Psychologie großer Heerführer. Der Krieg und die Gedanken der Philosophen und Dichter vom ewigen Frieden. (Prof. Th. Ziehen), Besprechung	141
Der Tauchbootkrieg und Amerika	142
Professor Haller über den Fürsten Bismarck, Besprechung	146
Vom Deutschtum, Besprechung	155
Der Krieg im Februar—März 1917	163
Die russische Revolution	168
Die preußische Wahlreform	178
Die auswärtige Politik und die Alldeutschen	186
Der Fortgang der russischen Revolution	195
Der Krieg im April 1917	201
Die Neuorientierung	203

Seite

Versöhnungsfriede. Machtfriede. Deutscher Friede 217
Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen 228
Politik und Moral (E. Franz), Besprechung 238
Der Krieg im Mai und Juni 1917 240
Die Friedensaussichten und Rußland. — Der Zwischenfall Grimm-Hoffmann. — Japan 246
Innere Politik 252
Der Kanzlerwechsel. — Die Friedensresolution. Lloyd Georges Antwort 253
Der Ministerwechsel in Preußen und im Reich 274
Kriegs- und Friedensparteien in der Welt. Reichskanzler und Reichstag. — Die Papstnote 282
Wider den Kleinglauben 296
Die Vaterlandspartei 303
Die Beantwortung der Papstnote und die weiteren politischen Kundgebungen 308
Die Kriegsereignisse des Sommers 1917 311
Die allgemeine Abrüstung 315
Die innere Krisis und die auswärtige Politik 333
Die zukünftige militärisch-politische Bedeutung Belgiens 342
Das Ministerium Hertling - Payer - Friedberg. Lloyd George. Clemenceau 346
Der Krieg von Juli bis November 1917 354
Ueber Wesen und Aufgabe der Presse (Ernst Posse), Besprechung . 362
Zwei Reden: Prinz Max von Baden. Staatssekretär Solf . . 363
Die zweite russische Revolution. — Brest-Litowsk 368

Vorwort.

Ganz wie bei der ersten Sammlung dieser Kriegsaufsätze, die bis zum Mai 1916 reicht, darf ich es auch in dieser Fortsetzung wagen, alles, was ich über Krieg und Politik in dieser Zeit in den Preußischen Jahrbüchern geschrieben habe, vollständig und ohne jede nachträgliche Retusche den Lesern vorzulegen. Die Irrtümer, in die ich verfallen bin, die Hoffnungen, mit denen ich gescheitert bin, springen in die Augen, aber ich denke, sie gereichen mir nicht zur Unehre. Was darüber weiteres zu sagen ist, bringt der Schlußaufsatz des dritten Teiles.

Die ursprüngliche Absicht, die Sammlung mit dem zweiten Bande abzuschließen, ließ sich nicht ausführen; es folgt noch ein dritter Band, der bereits im Druck ist und bis zur Revolution und zur Beendigung des Krieges reicht. Dadurch, daß diese Teilung erst nachträglich beschlossen wurde, hat sie an einer nicht sehr geschickten Stelle vorgenommen werden müssen, was ich freundlichst zu entschuldigen bitte.

1. August 1919. Delbrück.

Kalendarium.

1916.

Juni. 31. Mai/1. Juni. Seeschlacht am Skagerrak. (S. 1 ff.)
1. Oestlich der Maas Caillettewald (zwischen Fort Douaumont und Vaux) von deutschen Truppen gestürmt.
2. Panzerfeste Vaux wieder genommen.
Brussilow-Offensive gegen die Oesterreicher beginnt. (S. 13 ff. und 16.)
5. Lord Kitchener geht mit dem Kriegsschiff „Hampshire" unter. (S. 15 und 28.)
6. In Wolhynien werden die österreich.-ungarischen Stellungen bei Olyka durchbrochen; die Oesterreicher bis über Luzk (Styr) zurückgeworfen.

16./30. Linsingen gebietet von Kowel her dem russischen Vordringen Halt und geht zum Angriff über.

17. Die Russen besetzen Czernowitz.

23. Oestlich der Maas stürmen deutsche Regimenter die Panzerfeste Thiaumont und dringen in das Dorf Fleury ein.

25./26. Oesterreichisch-ungarische Front in Italien zwischen Brenta und Etsch verkürzt.

Juli. 1. Beginn der Sommeschlacht. (S. 26 und 39.)

9. U-Deutschland trifft in Baltimore ein.

23. Rücktritt Szasanows; Stürmer auswärtiger Minister.

August. 3. Roger Casement hingerichtet.

5. VI. Isonzoschlacht.

8. Die Oesterreicher räumen Görz.
Heftige Kämpfe am Stochod (Wolhynien).

27. Rumänien schließt sich den Alliierten an. (S. 40.)

1916.

August. 28. Italiens Kriegserklärung an Deutschland.
29. Falkenhayn tritt zurück; Hindenburg Generalstabschef; Ludendorff Generalquartiermeister.

September.
1./4. In Wolhynien und Nordostgalizien werden russische Anstürme zur Gewinnung der Linie Kowel-Lemberg zurückgewiesen.
3. Fortgang der Sommeschlacht. (S. 26, 39, 70 ff., 92.)
6. Brückenkopf Tutrakan erstürmt. (S. 43.)
10. Silistria fällt. (S. 43.)
14./19. VII. Isonzoschlacht.
15. Entscheidender Sieg Mackensens in der Dobrudscha.
16. Die Dauerschlacht an der Somme nimmt ihren Fortgang.
16./27. Russische Massenstürme gegen die Front in Wolhynien und Galizien zum Durchbruch südwestlich Luzk werden siegreich abgeschlagen.
26./29. Sieg Falkenhayns bei Hermannstadt (Siebenbürgen). (S. 45 und 74.)
28. Reichstagsrede Bethmann Hollwegs. (S. 37.)

Oktober. 1. Großkampftag der Sommeschlacht.
2./3. Russische Massen-Angriffe westlich Luzk brechen zusammen.
7. Erneuter Durchbruchversuch zwischen Somme und Ancre.
7./9. Nach dem Siege bei Kronstadt dringt Falkenhayn über vier Pässe in die Walachei ein. (S. 74.)
9. Beginn der VIII. Isonzoschlacht.
13. Großkampftag der Sommeschlacht.
15./16. Südlich der Bahn Lemberg-Brody und an der Narajowka (Zlota-Lipa) werden Russenstürme siegreich abgewehrt.
17. Nördlich der Somme erneuter Durchbruchversuch.
Die Türken am Suez geschlagen. (S. 163.)
19./20. Schlacht am Trajanswall (Linie Constanza-Czernavoda); fluchtartiger Rückzug des rumänisch-russischen Heeres. (S. 73/74.)

1916.

Oktober. 23. Massenangriffe der Engländer und Franzosen nördlich der Somme.
Constanza genommen. (S. 74.)
24. Douaumont von den Deutschen geräumt. (S. 72/73.)
25. Czernavoda genommen. (S. 74.)
31. Panzerfeste Vaux geräumt.

November.
1./7. IX. Isonzoschlacht.
5. Großkampftag an der Somme.
Proklamation des Königreichs Polen in Warschau und Lublin. (S. 75 und 81 ff.)
9. Rede Bethmanns im Hauptausschuß über die Schuldfrage und Liga der Völker. (S. 75.)
Kriegszielrede Asquiths. (S. 79.)
10. Wilson wiedergewählt. Hughes unterliegt.
14. Sommeschlacht dauert fort.
18. Monastir (Mazedonien) wird geräumt.
Durch die Schlacht bei Targu Jiul erkämpft sich die Armee Falkenhayn den Austritt in die Walachei. (S. 93.)
21. Kaiser Franz Josef stirbt 86 Jahre alt. (S. 90 f.)
23. Stürmer durch Trepow ersetzt. (S. 100.)
24./25. Donauübergang der Armee Mackensen bei Sistowa. Verbindung mit Falkenhayn hergestellt. (S. 94.)

Dezember.
1. Abflauen der Sommeschlacht.
2. Annahme des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes durch den Reichstag. (S. 90.)
2./3. Am Argesul wird die rumänische Armee geschlagen. (S. 105 f.)
5. Asquith und Grey zum Rücktritt gezwungen.
6. Lloyd George Premierminister. (S. 100.)
Bukarest, Ploesti, Campina, Sinaia genommen. (S. 106.)
12. Deutsches Friedensangebot. (S. 95 ff.)
21. Kaiser Wilhelm bezeichnet den Durchbruch an der Somme als gescheitert.
Wilsons Vermittlung. (S. 101 f.)

1916.

Dezember.

24./28. In fünftägiger Schlacht wird die russisch-rumänische Armee durch die vereinigten beiden deutschen Heere aus ihrer befestigten Stellung bei Rimnicu-Sarat (Donauknie — Knie der siebenbürgischen Alpen) geworfen. (S. 106. 107.)

1917.

Januar. 5. Braila, der östliche Brückenkopf der russischen Serethstellung in Rumänien fällt.
Ablehnung des Friedensangebots der Mittelmächte durch den Vierverband. (S. 117 ff. und Teil III, S. 190.)

6. Deutsch-amerikanisches Bankett in Berlin. Teil III, (S. 190.)

8. Focsani, westlicher Brückenkopf der Serethstellung fällt.

9. Verschärfter U-Bootkrieg wird im Großen Hauptquartier beschlossen.

12. Ablehnung der Vermittlung Wilsons seitens der Verbandsmächte. (S. 107 ff.)
Besondere Antwortnote Belgiens. (S. 111 f.)
Aufruf an das deutsche Volk. (S. 113 f.)

23. Wilsons Friedensbotschaft an den Senat („Frieden ohne Sieg"). S. 118 ff.)

28. Wilson vermittelt weiter und bittet um genauere deutsche Bedingungen.

Februar. 1. Verkündigung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges. (S. 142 ff.)

3. Wilson bricht die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. (S. 142.)

4. Beginn des Hindenburg-Rückzugs. (S. 166 f.)

5. Wilson fordert die Neutralen auf, gleichfalls die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. (S. 143 f.)

22. Rücknahme der Truppen beiderseits der Ancre auf einer Strecke von 20 km.

27. Kut el Amara von englischen Truppen besetzt.

März. 11. Bagdad von den Engländern besetzt. (S. 163.)

11./15. Hindenburg-Rückzug: unbemerkt vom Feinde werden auch die südlich anschließenden Abschnitte der deutschen Front bis zur Oise zurückverlegt. (S. 166 f.)

1917.

März. 14. Ausbruch der Revolution in Petersburg. Zar Nikolaus II. dankt ab. (S. 168 ff.)
17. Engländer und Franzosen besetzen die von den Deutschen aufgegebenen Stellungen zwischen Arras und Oise.
20. Sturz des Ministeriums Briand; Ribot Ministerpräsident. (S. 177.)

April. 2. Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland.
7. Osterbotschaft des Kaisers (Preußische Wahlreform). (S. 182 ff.)
9./13. Durchbruchsschlacht bei Arras. (S. 201 ff. und 242.)
16. Sechste deutsche Kriegsanleihe (13 Milliarden). (S. 182 f.)
16./30. Französische Durchbruchsversuche in der Champagne. (S. 202/03 und 243.)
19. Hindenburgs Schreiben zu den Arbeitsniederlegungen in der Rüstungsindustrie wegen Kürzung der Brotration.
23. Die Arrasschlacht entbrennt von neuem.
28. Dritter Durchbruchsversuch bei Arras.

Mai. Die Flandernschlacht tobt weiter. (S. 240 ff.)
3. Vierter englischer Durchbruchsversuch an der Arrasfront.
5./6. Französischer Sturmangriff an der Aisne (Chemin des Dames).
8. Offensive Sarrails in Mazedonien (Cernabogen). (S. 240 und 242.)
14. X. Isonzoschlacht. (S. 240 und 242.)

Juni. 7. Erneute englische Offensive in Flandern (Wytschaetebogen). (S. 242.)
10. Italienische Offensive an der Tiroler Grenze (Hochebene der Sieben Gemeinden) und im Suganatal. (S. 243.)
12. Absetzung König Konstantins durch die Entente. (S. 244 f.)
19./27. Der Zwischenfall Grimm-Hoffmann. Bundesrat Hoffmann nimmt seine Entlassung aus dem Schweizer Bundesrat. (S. 249 f.)
Ende Juni Beginn der II. Brussilowoffensive.

1917.

Juli. 1./15. Erfolge der russischen Offensive in Ostgalizien.
9. Kronrat im Reichskanzlerpalais.
11. Wahlreformerlaß des Königs von Preußen.
14. Rücktritt v. Bethmann-Hollwegs.
Michaelis Reichskanzler. (S. 253 ff.)
19. Gegenoffensive der Mittelmächte in Ostgalizien. (S. 311.)
20. Friedensresolution des Reichstags. (S. 254.)
Rede des Reichskanzlers Michaelis.
24. Tarnopol (Sereth) genommen.
26. Colomea (Pruth) genommen.
28. Die Russen weichen in Ostgalizien über die Grenze zurück.
30. Die Verbündeten erreichen Sniatyn (Pruth) ca. 40 km von Czernowitz.
31. Die Flandernschlacht tobt weiter: Zwischen Nordschoote und Warneton (beiderseits Ypern) setzen Engländer und Franzosen ungeheure Massen vergeblich gegen die deutsche Front an.

August. 1. Papstnote (Friedensvorschlag) an die Kriegführenden.
3. Czernowitz genommen. Der größte Teil Galiziens und der Bukowina befreit.
5. Ministerwechsel in Preußen und im Reich. Partielle Parlamentarisierung. v. Kühlmann Staatssekretär des Auswärtigen.
5./22. Die Flandernschlacht geht weiter; schließlich werden die Engländer in ihre alten Stellungen und darüber hinaus zurückgeworfen.
14. Chinas Kriegserklärung an Deutschland.
18. Beginn der XI. Isonzoschlacht.
19./20. Die Franzosen greifen auf beiden Maasufern (Verdun) in 23 km Breite mit stark überlegenen Kräften an. Ihr Angriff scheitert schließlich nach geringen örtlichen Ergebnissen.
23. Beginn des Suchomlinowprozesses.
25. Der Siebenerausschuß zur Beratung der Papstnote.
26. Im englischen Unterhause stellt Asquith an den deutschen Reichskanzler die Anfrage wegen Belgien. (S. 291.)
31. Wilsons Antwort auf die Papstnote. (S. 309 f.)

1917.

September. Die Flandernschlacht dauert fort, ebenso die Kämpfe um Verdun.

1. Uebergang über die Düna erzwungen. (S. 311.)
2. Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. (S. 303 ff.)
3. Riga genommen. (S. 311.)
19. Deutsche Antwort auf die Papstnote. (S. 308 f.)
20./21. Großkampftage der Flandernschlacht endigen mit englischem Mißerfolg.
30. Ende der XI. Isonzoschlacht.

Oktober. Die Flandernschlacht zur Gewinnung der deutschen U-Bootbasis tobt auch im Oktober weiter, ohne daß das Ziel erreicht würde.

9. In Rußland Koalitionsministerium Kerenski.
18. Siebente deutsche Kriegsanleihe ($12\frac{1}{2}$ Milliarden).
23. Großer erfolgreicher Angriff der Franzosen auf den Chemin des Dames.
24. XII. Isonzoschlacht. Durchbruch der italienischen Stellung bei Flitsch-Tolmein. (S. 356 ff.)
25. Die deutschen Truppen werden hinter den Oise-Aisne-Kanal zurückgezogen.
26. Reichskanzler Michaelis reicht seinen Abschied ein. (S. 335 ff. und 346.)
27. Cividale genommen.
28. Görz genommen.
29. Udine genommen.
31. Die Italiener werden am Tagliamento vernichtend geschlagen. (60 000 Italiener strecken die Waffen.)

November. Die Flandernschlacht dauert mit unverminderter Kraft den ganzen November hindurch an.

1. Reichskanzler Michaelis tritt zurück. Graf Hertling Reichskanzler. (S. 346 ff.)
4. Am mittleren Tagliamento erzwingen sich die Verbündeten den Uebergang.
6./7. Beschluß eines gemeinsamen obersten Kriegsrats für die gesamte Westfront.

1917.

November.

6. Die Italiener geben die Tagliamentolinie auf; infolgedessen müssen sie auch an der Dolomitenfront weichen.
7. Cadorna durch General Diaz ersetzt.
7./8. Livenza erreicht und überschritten.
Sturz der Regierung Kerenski. II. russische Revolution. Lenin-Trotzki.
9./14. Die Verbündeten erreichen die Piave; Belluno (obere Piave), Feltre, Primolano, Asiago genommen.
9. Dr. Friedberg, Führer der Nationalliberalen, Vizepräsident des preußischen Staatministeriums. (S. 347.)
11. v. Payer, Führer der Freisinnigen Volkspartei, Vizekanzler. (S. 347.)
12. Kerenski und Kornilow von den Bolschewiki geschlagen. Rede Lloyd Georges in Paris. (S. 361.)
13. Ministerium Painlevé tritt zurück.
17. Ministerium Clemenceau. (S. 352.)
19. Lloyd Georges strategische Bußrede (Italien). (S. 352.)
26. Entwurf zur preußischen Wahlreform veröffentlicht.
28. Russisches Waffenstillstandsangebot an die Mittelmächte. (S. 371.)
30. Lord Lansdownes Brief über Englands Friedensziele. (S. 378.)

Dezember. Anfang des Monats geht die Flandernschlacht zu Ende.
1./5. Der am 30. November einsetzende Gegenangriff gegen englische Anstürme bei Cambrai schreitet für die Deutschen günstig fort. Die feindliche Linie wird auf 10 km Breite 4 km zurückgedrückt.
4. Angriff des Generals Conrad v. Hötzendorf in den Sieben Gemeinden beginnt.
5. Beginn der Beratungen der Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhaus.
7. Kriegserklärung Wilsons an Oesterreich-Ungarn. (S. 378.)
8. Jerusalem von den Engländern besetzt.
14. Rede des Prinzen Max in der I. badischen Kammer. (S. 363 ff.)
15. Waffenstillstand an der Ostfront. (S. 371.)

1917.

Dezember.

18. Oesterreichisch-ungarische Truppen stürmen zwischen Brenta und Piave den Monte Asolone.
21. Rede des Staatssekretärs Solf in der deutschen Kolonialgesellschaft. (S. 363 ff.)
Aufhebung der parlamentarischen Unverletzlichkeit Caillaux' durch die Deputiertenkammer zur Strafverfolgung wegen Landesverrats.
22. Eröffnung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. (S. 371 ff.)
23. Col del Rosso (zwischen Brenta und Asiago) wird gestürmt.
25. Unterbrechung der Verhandlungen in Brest bis 5. Januar.

1918.

Januar. 2. Joffe beantragt Verlegung der Friedensverhandlungen in Brest nach Stockholm. (S. 374.)
4. Die Mittelmächte verhandeln mit einer Delegation der Ukraine. (S. 377.)

Die Seeschlacht am Skagerrak.

22. Juni 1916.

Das Unerwartete ist geschehen, in der Nordsee hat eine Seeschlacht stattgefunden. Das Unerhörte ist wirklich geworden, die Deutschen haben in dieser Seeschlacht gesiegt. Nicht viel weniger als zwei Jahre haben die großen Flotten in den Häfen einander gegenübergelegen, ohne zu schlagen: Beweis genug, daß, so paradox es klingen mag, beide Parteien eigentlich die Schlacht nicht nötig hatten. Freilich die Engländer hätten das letzte Ziel dieses Krieges erreicht, wenn es ihnen gelänge, die deutsche Flotte in einer großen Schlacht zu vernichten. Aber da von vornherein anzunehmen war, daß die Deutschen sich dazu nicht hergeben würden, und es sich auch nicht angängig zeigte, sie nach Herrn Churchills Rezept in ihren Häfen auszugraben, so hat die englische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie die Nordsee an ihren beiden Zugängen verschlossen hält und Deutschland damit vom Weltverkehr abschneidet. Die deutsche Flotte wiederum hat ihren Zweck erfüllt, wenn sie die englische an diesen Punkten festhält. Erstens hält sie damit die Ostseehäfen frei. Zweitens aber, wäre die große englische Flotte gleich im Beginn des Krieges in der Lage gewesen, an den Dardanellen zu erscheinen und ohne Rücksicht auf Verluste anzugreifen, so hätte sie höchstwahrscheinlich Konstantinopel und die Meerengen gewonnen und die Verbindung mit Rußland hergestellt. Die Kriegslage wäre damit für Deutschland recht übel geworden. Durch ihr bloßes Dasein hat die Flotte dem Landheer einen unschätzbaren Dienst erzeigt. Aber bei dem bloßen gegenseitigen Festhalten ist es nun doch nicht verblieben. Diese strategische Berechnung des passiven Verdienstes hat etwas gar zu äußerliches, mechanisches. Mir ist erzählt worden, vor einigen Monaten habe ein gefangener englischer Offizier oder Arzt geäußert, ein Marinemann dürfe sich in England kaum

auf der Straße sehen lassen; das englische Volk erwartete Taten und die Marine selber brannte darauf. Fast noch mehr aber brannte darauf die deutsche. Nicht auf eine Entscheidungsschlacht konnte ein deutscher Admiral ausgehen wollen; dazu waren die Kräfte zu ungleich, aber Deutschland gleicht einer belagerten Festung, und eine belagerte Festung verteidigt sich nicht bloß passiv, sondern auch aktiv durch Ausfälle. Ort und Gelegenheit müssen erspäht werden, wo man dem Feinde im Kampf einen viel größeren Verlust zufügen kann, als man ihn selber erleidet. Der Admiral Jellicoe hat offiziös mitteilen lassen, auch er sei auf eine Schlacht ausgegangen. Wenn das wahr sein sollte, so hat er es, wie wir sehen werden, recht ungeschickt angefangen. Wahrscheinlich aber hat er nur nicht zugestehen wollen, daß er sich von den Deutschen hat überfallen lassen; denn dies ist das erste strategische Verdienst des Admirals Scheer, der seine Kräfte zusammenhielt und die Engländer in den Kampf verwickelte, ehe sie ihre Kräfte in demselben Verhältnis beisammen hatten. Ganz allmählich hat sich die Schlacht entwickelt: erst die kleinen Kreuzer, dann die Schlachtkreuzer, dann die Linienschiffe. Etwa um 6 Uhr abends scheint das eigentliche Gefecht begonnen zu haben, und erst gegen 10 Uhr, also als es schon stark dunkelte, ist das Gros der englischen Linienschiffe in die Kampfhandlung eingetreten, als die deutschen Linienschiffe schon längere Zeit an der Arbeit waren und die englischen Kreuzer Verlust über Verlust erlitten hatten.

Die Engländer haben von deutschen Luftschiffen erzählt, die der Flotte geholfen hätten; das ist von deutscher Seite für eine Fabel erklärt worden. Die Deutschen hatten die Ueberlegenheit in ihrer Artillerie und zwar sowohl in ihrer Treffsicherheit wie in ihrer Wirkung. Der moderne Seekampf spielt sich ja auf eine unglaubliche Entfernung ab: auf 13 km, nicht viel weniger als zwei Meilen Distanz, ist das Gefecht geführt worden. Die Schiffe scheuen sich, auch wenn sie könnten, näher heranzugehen, da die Torpedos (nach einer Mitteilung in der bei E. S. Mittler & Sohn erschienenen Broschüre „Die Deutsche Kriegsflotte", Seite 19) bis zu 10 000 Meter weit schießen. Es gehört also ein ebenso fehlerlos konstruiertes Geschütz, wie eine ausgebildete Technik dazu, um auf solche Entfernung Treffer zu erzielen. Trifft aber eine deutsche Brisang-Granate, so ist die Wirkung vernichtend; man hat mir erzählt, es sei möglich, daß ein solcher Schuß ein ganzes

Schiff zerstöre, weil die Munition, die ja von den Kammern zu den Geschützen allenthalben unterwegs ist, durch die Hitze von einem Stück zum anderen zur Explosion gebracht wird, so daß der Brand endlich die Pulverkammer selbst erreicht. Umgekehrt hat jemand, der die heimgekehrten deutschen Schiffe gesehen hat und etwas davon versteht, erzählt, die englische Munition habe nicht entfernt die Wirkung gehabt, wie sie die deutsche erreiche. Auch die englischen sogenannten Drahtgeschütze sollen ihre Treffsicherheit viel schneller verlieren als die deutschen Krupp-Geschütze.

Als das Gros der englischen Linienschiffe in die Kampfhandlung eingetreten war, wäre es für den englischen Admiral, der ja nunmehr über eine sehr große Ueberlegenheit gebot, das Gegebene gewesen, die Schlacht mit aller Macht fortzusetzen. Er hat das zunächst in der Nacht nicht getan, vermutlich, weil die Nacht die Schutzherrin der Torpedo-Angriffe ist, deren Gefahren Admiral Jellicoe seine kostbaren Schiffe wohl nicht zu sehr auszusetzen gesonnen war. Aber auch am nächsten Morgen, als noch ein ganzes Geschwader von englischen Linienschiffen heranfuhr und ihm Verstärkung bot, hat Jellicoe nicht nur nicht versucht, die Schlacht wieder aufzunehmen, den Feind aufzusuchen oder zu verfolgen, sondern er hat nicht einmal seinen Mannschaften die Genugtuung gewährt, den Kampfplatz — so weit dieser Ausdruck für eine Seeschlacht zulässig ist — zu behaupten, sondern ist in den heimischen Hafen zurückgekehrt. Sollte er sich bloß so vor den deutschen Unterseebooten gefürchtet haben, die freilich in der Schlacht nicht verwendbar sind aber jetzt vielleicht herannahten? Aber die englische Flotte war ja von einer Wolke von Torpedobooten umgeben. Es gibt doch wohl für den englischen Rückzug keine andere Erklärung, als daß der Verlust so vieler Schiffe und die Beschädigung der anderen das englische Oberkommando moralisch so erschüttert hat, daß es einen großen strategischen Entschluß nicht mehr zu fassen vermochte.

Für den deutschen Admiral war der Kampfzweck in dem Augenblick erreicht, als die Größe des feindlichen Verlustes evident geworden und die feindliche Uebermacht so angewachsen war, daß man einen weiteren Erfolg nicht erhoffen konnte. Wenn es das erste strategische Verdienst des deutschen Admirals war, mit seinem Gros eher zur Stelle gewesen zu sein, als der Engländer, so war es das zweite, daß er nicht darauf ausging, aus dem Ausfalls-

gefecht eine Entscheidungsschlacht machen zu wollen, sondern so viel an ihm lag, das Gefecht im richtigen Augenblick abbrach und das Ausklingen den Torpedobooten übertrug.

Der halbe Wert einer Kriegsmacht beruht auf ihrem Glauben an sich selbst. Nur weil sie bei Granson und Murten über Karl den Kühnen gesiegt hatten, siegten einst die Schweizer noch ein halbes Jahrhundert in jeder Schlacht, in die sie hineingingen. Mit welchem Selbstvertrauen werden die sieggewohnten englischen Seeleute sich auf diese Schlacht gefreut haben! Die Times hat gemeint, der ungünstige Ausgang sei wohl der gar zu großen Zuversicht der englischen Seemänner zuzuschreiben. Vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Jetzt hat der englische Stolz eine brennende Wunde davongetragen. Von unendlichem Wert, weit höher als das materielle Ergebnis ist dieser Sieg für die Marine Deutschlands. Wie mißmutig, selbst wenn Deutschland den Krieg einmal siegreich beendigt, wären doch unsere Seeleute, trotz vieler tapferer Einzeltaten, nach Hause zurückgekehrt, ohne sich in einer wirklichen Schlacht mit den Engländern gemessen zu haben. Etwa das Doppelte an Schiffen haben die Engländer zum wenigsten verloren (117 000 Tonnen gegen 60 000) und weit mehr als das Doppelte, wohl das Dreifache an Mannschaften, weil wir von drei verlorenen Schiffen wenigstens die Mannschaft noch haben retten können. Mögen die Engländer sich damit trösten, daß die strategische Situation in der Nordsee nicht verändert sei, und daß die deutschen Handelsschiffe sich nach wie vor in ihren Häfen bergen müssen. Der starre Schreck, daß die englische Admiralität über eine Seeschlacht zunächst nichts zu berichten wußte, als die Verlustliste (worüber wir nicht zu streng mit ihr rechten wollen) wird dem englischen Volke lange unvergessen bleiben. Nun gar von einer Sperrung der Osthäfen wird überhaupt nicht mehr die Rede sein. Das deutsche Volk aber wird sich seine Seegeltung nun nimmermehr wieder anzweifeln lassen, und die deutsche Marine steht jetzt ebenbürtig neben der deutschen Armee.

Censur, Kriegsziele, innerer Kampf.

23. Juni 1916.

Wer möchte heute ein gutes Wort für die Censur einlegen? Der Reichstag, die Presse, die öffentliche Meinung haben sie einmütig verdammt. Ich für meine Person kann mich melden als auch einer, der mehrfach seinen Aerger mit ihr gehabt hat. Zuweilen auf Veranlassung anderer. Nicht bloß der Patriotismus, sondern auch das patriotische Denunziantentum blüht ja heute in Deutschland und treibt der Zensur in die Fangarme, was sie aus eigenem Trieb noch nicht angekrallt hat. Trotz alledem. Es könnte nichts Verkehrteres geschehen, als die Freigabe einer unbeschränkten Diskussion der Kriegsziele, d. h. der Friedensbedingungen. Daß man die strategischen Ziele der obersten Heeresleitung nicht öffentlich diskutieren darf, weil man damit dem Feinde Fingerzeige geben würde, bestreitet niemand. Aber ist es mit den politischen Kriegszielen anders? Für den Augenblick würde es noch ziemlich gleichgültig sein, wie sich die öffentliche Meinung einmal den Frieden vorstellt; sobald aber nur von fern die Friedensverhandlungen auftauchen, wird es genau wie in der Strategie von der höchsten Wichtigkeit, daß unsere Gegner nicht wissen, auf welche Punkte wir das entscheidende Gewicht legen, was für uns nur Kompensation ist, wo wir uns etwas abhandeln lassen würden, wo wir etwa einen Keil zwischen sie treiben und sie trennen könnten. Manche halten heute eine Landerwerbung für uns für höchst begehrenswert, die andere nicht nur nicht wünschen, sondern sogar für schädlich und verderblich halten. Soll das dem Feinde verraten werden? Wenn aber die eine Partei das eine auseinandersetzt, ist es unvermeidlich, daß auch die andere zu Worte kommt und ihre Gegengründe bringt. Wie unendlich schwierig und kompliziert werden einmal diese Friedensverhandlungen sein! In welche Wirbel aber würde man sie erst bringen, wenn die verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung sie fortwährend umspülten! Prof. Eduard Meyer hat in einer Zuschrift an die „Tägliche Rundschau" die Hoffnung ausgesprochen, daß durch eine offene Aussprache eine „Klärung der Ansichten" ermöglicht und die Einigkeit unseres Volkes gesteigert werde. Welche Harmlosigkeit! Gibt es nicht Leute, die meinen, daß es den anderen keineswegs an der Einsicht, sondern

an der Kraft des Willens fehle, und die sie deshalb Flaumacher titulieren — und wenn sie das nun öffentlich und mit aller Kraft ihres Willens tun, so soll das „aufklärend" wirken und die „Einigkeit" fördern? Gibt es nicht Leute, die den Patriotismus messen an der Zahl der Quadratmeilen, die zur Annexion vorgeschlagen werden? Gibt es nicht andere, die nationale Gesinnung für nationale Beschränktheit halten? Wieder andere, die behaupten, daß das letzte Motiv gewisser Patrioten in einem Parteiinteresse wurzele? Mag sein, daß die öffentliche Diskussion auch Aufklärungen bringt, aber ebenso gewiß bringt sie auch Unruhe, Leidenschaften, Zwiespalt. Für das politische Leben im Frieden ist das unvermeidlich und sogar bei aller Unerfreulichkeit gesund. Im Kriege aber muß es unterdrückt werden, und wenn jemand gute Gedanken zu haben glaubt, die bei den Kriegszielen — d. h. Friedensverhandlungen — nützlich zu verwerten sind, so möge er sie an die Stelle bringen, die in der Lage sind, sie zu verwerten, aber nicht in die Oeffentlichkeit, wo sie auch der Feind erfährt.

Man sagt vielleicht: scheiden wir diejenigen aus, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß das Wesen des Staates die Macht ist, und suchen eine Verständigung zwischen denen, die wenigstens in diesem Grundprinzip einig sind. Das ließe sich hören, ist aber nicht ausführbar, weil, sobald die Diskussion einmal eröffnet wird, auch jene anderen nicht mehr ausgeschlossen werden können, und die Abwägung der Kriegsziele (soweit sie nicht in gemütlichem Möglichst-viel-fordern bestehen) nicht trennbar ist von der Abwägung der beiderseitigen, vorhandenen oder noch vorhandenen Kräfte, der militärischen wie der wirtschaftlichen. Nur große Unbedachtsamkeit kann raten, das nach allen Seiten öffentlich zu diskutieren.

Die Kreuzzeitung (14. Juni) hat gemeint, der zukünftige Friede bedürfe einer geistigen Vorbereitung, wie sie die Diplomatie aus sich heraus gar nicht schaffen könne; selbst Bismarck habe zwar die Verfassung von 1866 in wenigen Stunden Lothar Bucher in die Feder diktiert, aber zwei Generationen hätten den Boden vorher geistig durchackert gehabt. Ob Bismarck diese geistige Vorarbeit wirklich gerade für das Verfassungswerk so viel genützt hat? Aber gleichviel, der Gedanke, unseren Diplomaten zu helfen, mit Ideen und Informationen, ist gut — aber wozu muß das

in der Oeffentlichkeit geschehen, die auch dem Feinde zugänglich ist, und wo die Leidenschaften eine größere Rolle spielen als die Argumente?

Die Zurückdrückung in die privaten Denkschriften soll die Leidenschaften nur noch mehr reizen und Verbitterung erzeugen. In einzelnen Fällen — ja, aber wirklich nur in einzelnen Fällen, keineswegs allgemein: Oeffentlichkeit heißt Massenbewegung, und setzen wir die Massen in diesen Fragen in Bewegung, so würde das Leidenschaften und Verbitterung in unabsehbaren Gewalten hervorrufen.

Heer und Volk müssen wissen, wofür sie kämpfen und wofür sie dulden und leiden, heißt es weiter. Recht so. Aber es wäre eine klägliche Unterschätzung unseres Heeres und Volkes, wenn man unter solchem Wissen die konkreten Kriegsziele versteht. Wir kämpfen für die Verteidigung, für die Größe und für die Zukunft Deutschlands, nicht für dieses oder jenes Kriegsziel. Sollte der etwa mit weniger Hingebung kämpfen, der erfährt, daß dasjenige Kriegsziel, das ihm als das beste vorschwebt, von der leitenden Stelle nicht ins Auge gefaßt wird? Die Kämpfer sind ja unter sich von verschiedener Auffassung. Damit der Geist nicht leide, soll diese Verschiedenheit, solange der Kampf dauert, nicht ans Licht gezerrt, nicht „geklärt", sondern mit gutem Willen beiderseits, und wo der nicht hinreicht, mit der Gewalt der Obrigkeit, nämlich mit der Zensur, unterdrückt werden.

Die Zensur ist unzweifelhaft eine Einrichtung, die mit dem Wesen eines freien Volkes unvereinbar ist. So groß die moralischen Uebel sind, die sich an eine freie Presse anhängen, die schädlichen Folgen einer obrigkeitlich regulierten Presse sind doch noch viel größer. Aber das gilt nur für den Frieden. Im Kriege sind, die Zensur mag noch so drückend wirken und im einzelnen noch soviel Schnitzer machen, die Schäden einer schrankenlosen Presse schlechthin unerträglich. Die radikalste und freieste aller Demokratien, die die Welt je gesehen hat, war das klassische Athen. Hier wurden nicht einmal Abgeordnete gewählt, sondern das Volk entschied immer selbst, und ein Bürger galt so sehr gleich dem andern, daß der große Rat (die Boule) einfach durch das Los aus denjenigen Bürgern zusammengesetzt wurde, die sich dazu meldeten. Nichtsdestoweniger, berichtet uns Thucydides, suspendierte Perikles, solange der Feind in Attika stand, die Volks-

versammlungen, damit keine Torheiten beschlossen würden. Im Kriege regiert eben der Krieg.

Wenn wir nun aber doch zu dieser Regierung und diesem Reichskanzler kein Vertrauen haben? Das ist es, worum es sich handelt, und es ist sehr übel, aber es muß ertragen werden. Es ist ein Mißtrauen, das aus sehr natürlichen Gründen entspringt und Herrn v. Bethman Hollweg nur zur Ehre gereicht.

Zunächst ist Politik eine überaus schwierige Sache, die immer nur von einer Minderzahl richtig gefaßt und gewürdigt werden kann, besonders dann, wenn es sich in großen Krisen um eine Politik der Mäßigung handelt. Schneidiges Draufgehen findet natürlich immer leicht Beifall. Die staatsmännische Größe aber hat sich von je am größten in der Mäßigung gezeigt und dabei oft genug den Widerstand und die Mißbilligung der eigenen Anhänger gefunden. Das hat Bismarck seine ganze Laufbahn hindurch erfahren, und gilt sogar streckenweise von dem Staatsmann, der ganz besonders als der Typus der Zügellosigkeit gilt, von Napoleon. Seinen ersten großen Erfolg gewann der junge Bonaparte 1796, als er nach seinen ersten Siegen zum großen Mißvergnügen der eigenen Regierung, der unentwegten Jakobiner, ein Abkommen mit dem König von Sardinien schloß und diesen dadurch von den Oesterreichern trennte. Wiederum, als er die Oesterreicher ganz besiegt hatte, nahm er ihnen doch nicht bloß Provinzen ab, sondern verschaffte ihnen eine höchst wertvolle Erwerbung (Venetien). Sein Ehrgeiz war, ein großes französisches Kolonialreich zu gründen; neben Aegypten hatte er dazu Westindien und Louisiana in Aussicht genommen. Die Welt sähe heute anders aus, wenn es ihm gelungen wäre, das gewaltige Mississippigebiet zu einem französisch sprechenden Lande zu machen. Als aber der Krieg mit England wieder ausbrach (1803), sah er, daß er es nicht halten könne und verkaufte es unter dem Widerspruch seines Bruders Joseph und Talleyrands an die Vereinigten Staaten. Im alten Athen war der Vertreter des schneidigen Uebertriotentums Kleon; nur als solcher darf er historisch aufgefaßt und dargestellt werden, nicht in dem Zerrbild, in dem Aristophanes ihn verhöhnt hat.

Es ist also ganz selbstverständlich, daß ein Staatsmann wie Herr v. Bethmann Hollweg, von dem man annimmt, daß er eine

gemäßigte Politik verfolge, eine wütende Gegnerschaft findet, gerade in Kreisen, die sich als leidenschaftliche Patrioten fühlen.

Es kommt aber noch etwas hinzu. Die herrliche Einmütigkeit unseres Volkes in der Kriegstat selbst hat auch die bisher außerhalb der positiven Staatsarbeit und Staatsidee stehende, ein Drittel der Wählerschaft repräsentierende, sozialdemokratische Partei auf den Boden der aktiven Politik hinübergeführt. Wie sich das weiter entwickeln, ob eine Spaltung eintreten wird oder ein Rückschlag, mag noch dahinstehen. Wer die prachtvollen Schriften von Fendrich, Lensch, Hänisch gelesen hat, kann nicht zweifeln, daß hier eine große neue Entwicklung angebahnt ist. Jedenfalls ist das Verhältnis der Regierung zu dieser Partei und dadurch zu allen Parteien von Grund aus verändert. Hand wird nur von Hand gewaschen; die Regierung kann nicht anders als in Zukunft auch mit den Sozialdemokraten paktieren, wozu ja auch schon vor dem Kriege erhebliche Ansätze vorhanden waren. Damit fühlen sich die anderen Parteien in ihrem Besitzstand an Macht und Einfluß bedroht. Als deutsche Patrioten müssen wir von einer unsagbaren inneren Befriedigung erfüllt sein, daß eine so tüchtige und breite Gesellschaftsschicht wie die industrielle Arbeiterschaft zu erheblichem Teil für das nationale Ideal gewonnen worden ist. Ein konservativer Agrarier aber oder ein nationalliberaler Großindustrieller sieht dadurch seine Ideen ebenso bedroht wie seinen Wahlkreis. Selbst das Zentrum hat wohl Sorge, daß jetzt ein Teil seiner Wähler an eine nationale Arbeiterpartei übergehen könnte. Auch materielle Interessen kommen stark ins Spiel, da es sich darum handelt, wie einmal die schweren Steuerlasten der Zukunft umzulegen und zu verteilen sein werden. Parteien bleiben eben Parteien und sehen trotz nationaler Gesinnung des Einzelnen die Dinge unter dem Parteigesichtspunkt. Die Parteitaktik verführt nicht bloß, sondern erzwingt geradezu Stellungnahme gegen den Staatsmann, der seinerseits von der höheren Warte alle Parteien zusammenzufassen und ihnen gerecht zu werden suchen muß, und nun fließen die beiden Quellbäche der Opposition zusammen: Schwächlichkeit heißt die Angriffsparole, Schwächlichkeit auf allen Seiten, gegenüber der Begehrlichkeit der Massen im Inneren und im Auftreten nach außen!

Einen Staatsmann der Schwächlichkeit anzuklagen und anscheinend auch zu überführen, ist ein Kinderspiel. Was läßt sich

aus unvollständigen Akten nicht alles beweisen! In Lausanne ist bekanntlich ein Buch erschienen „J'accuse" von „einem Deutschen", in dem nachgewiesen wird (S. 116), daß Herr v. Bethmann den von ihm „längst vorbereiteten und gewollten Krieg im Sommer 1914 absichtlich herbeigeführt" habe, weil er den Moment zum Losschlagen für besonders günstig hielt. Das Buch ist bei den Neutralen massenhaft verbreitet worden und hat uns unermeßlich geschadet. In jedem norwegischen Bauernhause soll eine Uebersetzung davon zu finden sein*). Umgekehrt erscheinen jetzt in den überpatriotischen Zeitungen fortwährend Angriffe und Sticheleien auf den Reichskanzler, weil er nicht drei Tage früher die Mobilmachung veranlaßt habe. Herr v. Bethmann hat sich in seiner Rede vom 5. Juni auf sein Gewissen berufen; spöttisch hat ihm die „Tägliche Rundschau" (6. Juni) darauf erwidert, ob es nicht für einen Staatsmann unter allen Umständen das Richtigere sei, lieber den Schein einer Schuld als die Gewißheit eines wirklichen starken Nachteils zu wählen. Ganz recht — aber damit könnte man auch beweisen, daß Deutschland nicht drei Tage, sondern vier Wochen früher hätte mobilmachen müssen, da die Russen ja längst in Vorbereitungen begriffen waren. Hätten wir aber auch nur drei Tage früher mobil gemacht, d. h. ehe der absolute Beweis der russischen Kriegsabsicht vorlag und auch der Friedlichste in Deutschland sah, daß wir einem Verteidigungskrieg führten, hätten wir ohne dieses „gute Gewissen" die Einigkeit des deutschen Aufschwungs, die Reichstagssitzung vom 4. August, den Sturm der Mobilmachung gehabt? Und hätten wir ohne diesen Aufschwung siegen können? Ewige Dankbarkeit schuldet das deutsche Volk dem Kaiser und dem Kanzler, daß sie aus „Gewissensbedenken", bis zum letzten, dem allerletzten Augenblick die Erhaltung des Friedens gesucht haben — unsere Ueberpatrioten sehen nur das Aeußerliche, den Vorteil in Raum und Zeit, den man preisgegeben habe — und der Fehler, der unverzeihliche Fehler ist fertig.

*) Für den kritisch geschulten Blick sind die Sophismen und Verschiebungen in „J'accuse" meist leicht zu durchschauen. Wer Punkt für Punkt mit dokumentarischen Beweisen widerlegt zu haben wünscht, sei auf die vortreffliche Broschüre: Anti-J'accuse. Eine deutsche Antwort von Kurt Grelling (Zürich, Orelli-Füßli) verwiesen. Zusatz. Um so bemerkenswerter, als sich jetzt herausgestellt hat, daß es der Sohn ist, der den eigenen Vater so schlagend widerlegt hat.

„Es ließe sich fragen, nach demselben Artikel der „Tägl. Rundschau", ob bei der Ueberzeugung, daß Frankreich und Rußland ohne die Hoffnung auf England den Krieg nie gewagt hätten, noch Raum für eine begründete deutsche Hoffnung auf England bleiben konnte, als sie ihn gewagt hatten." Ganz gewiß, muß die Antwort lauten, mußte diese deutsche Hoffnung bleiben, wenn auch nur eine sehr schwache; aber auch die allerschwächste Hoffnung mußte man suchen auszunutzen; es gab ja auch eine gar nicht ganz schwache Friedenspartei in England und die englische Politik hat, als die großen deutschen Angebote wegen der Sicherstellung Frankreichs kamen, allem Anschein nach wirklich einen Augenblick geschwankt. In Petersburg ist man ja bis zum 30. Juli auch noch nicht absolut sicher gewesen, ob England kommen würde. Unverantwortlich wäre es für den deutschen Staatsmann gewesen, nicht alles zu versuchen, um hier im letzten Augenblick noch einzuhaken. Hat man freilich die für die deutschen Trommelpatrioten selbstverständliche, für den Historiker und Politiker aber noch keineswegs bewiesene Vorstellung, daß Herr Grey mit allen seinen Vorschlägen nur in listiger Weise für die russische Mobilmachung habe Zeit gewinnen wollen, so ist die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie dargetan.

Prof. Eduard Meyer in der schon zitierten Zuschrift macht Herrn v. Bethmann den Vorwurf, daß er den Bericht des englischen Botschafters Goschen über die letzte Unterhaltung zwischen den beiden Herren unwidersprochen habe durchs Land gehen lassen; dadurch sei „schweres Mißtrauen gegen das Verhalten und die Tendenzen der Regierung" erzeugt worden. Ich denke vom deutschen Volke besser als Prof. Meyer und nehme an, daß soweit es nicht von Leidenschaft verblendet ist, es sich gesagt hat, daß dieser Bericht des Gegners etwas sehr Einseitiges sei. Was wäre denn dabei herausgekommen, wenn Herr v. Bethmann nun dies oder jenes abgestritten oder anders ausgelegt und über Herrn Goschen erzählt hätte, was diesem „Menschliches" passiert sei? Kann Herr Prof. Meyer uns versichern, daß er dann nur der Aussage des deutschen Reichskanzlers vertraut haben würde? Nein, Herr v. Bethmann hat nicht nur vornehm, sondern auch klug gehandelt, daß er zu dem Goschenschen Vorwurf geschwiegen und sich nicht auf eine Zänkerei über Empfindungen und Gesten eingelassen hat.

Fanatismus und Parteisucht sind nicht belehrbar. Diese ganze Art der Beweise für die Bethmannsche Schwächlichkeit erinnert mich an einen Scherz, den ich mir vor mehr als dreißig Jahren einmal erlaubt habe. Max Duncker hatte von Perikles beweisen wollen, daß er ein Schwächling gewesen sei. Darauf bewies ich, immer mit ganz denselben Worten und Wendungen, immer nur Preußen statt Athen einsetzend, daß Friedrich der Große und zwar in seinem gewaltigsten Feldzug, 1757, sich als ein strategischer Stümper und Schwächling erwiesen habe, und der Beweis glückte mir so gut, daß viele Leute den Spaß nicht merkten und Herr v. Stumm den Kultusminister später noch einmal im Herrenhause angriff, daß er einen solchen Beurteiler Friedrichs des Großen zum Professor gemacht habe.

Der Reichskanzler ist gegenüber diesen Angriffen aus dem Lager der alten bürgerlichen Parteien in einer schwierigen Lage. So sind die Sozialdemokraten nicht und so ist sein Verhältnis zu ihnen nicht, daß er mit ihnen regieren könnte; er kann die Anlehnung an die Rechtsparteien, so sehr sie ihn bekämpfen, doch nicht entbehren. Meisterhaft hat er in seiner großen Reichstagsrede vom 5. Juni die Aufgabe, zu kämpfen und zugleich zu schonen gelöst, indem er eine anonyme Broschüre als Angriffspunkt wählte, die feindliche Stellung von hier aus kurz und klein schoß, alle die Bosheiten und Verleumdungen, mit denen man ihn zu unterwühlen suchte, widerlegte und auflöste und doch die volle Kriegserklärung an die eigentlichen Gegner vermied.

Der Kampf geht natürlich darum doch weiter. Er hat ja seine letzten Ursachen nicht in irgend welchen Zufälligkeiten, nicht in der Individualität des Herrn v. Bethmann Hollweg, sondern in natürlichen und politischen Verhältnissen. Alle Parteien werden durch diesen Prozeß desorganisiert. Wie die Sozialdemokraten den internationalen Klassenkampf aufgegeben haben, so setzen sich die Konservativen in immer stärkeren Widerspruch mit ihrem Prinzip der Monarchie. Mit Bewußtsein und Absicht untergraben sie das Vertrauen, daß der vom Kaiser gesetzte Reichskanzler das Reich mit dem rechten Willen zum rechten Ziele führe. Ganz gewiß schließt der monarchische Gedanke die Kritik nicht aus und am wenigsten die Kritik, die aus ehrlicher nationaler Sorge entspringt, aber diese Kritik muß ihre Grenze haben in der grundsätzlichen Zuversicht, daß an der höchsten Stelle nicht nur die

vollständigste Uebersicht gegeben ist, sondern auch ein in den heiligen Ueberlieferungen begründeter und auf das beste Ziel gerichteter Wille lebe. In der Kreuz-Zeitung vom 31. Mai war der französische Parlamentarismus nicht übel verspottet, nächstens werde der Präsident zur Abstimmung bringen, ob die Armee einen neuen Angriff auf die Höhe 304 machen solle; in derselben Nummer aber wurde die Rede des Herrn v. Graefe im Deutschen Reichstag in Schutz genommen, die doch auch auf nichts anderes herauskam, als der Regierung über die beste Art der Kriegführung Ratschläge aufdringen zu wollen, und diese Versuche werden immer von Neuem wieder aufgenommen, nicht etwa bloß mit sachlichen Argumenten, sondern unter der gehässigsten, versteckten Verhöhnung des leitenden Staatsmannes, wie z. B. in der „Deutschen Tageszeitung" vom 16. Juni, wo Herr Salandra in Worten und Wendungen abgekanzelt wird, die deutlich fühlen lassen, daß ein Anderer dabei gemeint ist.

Die Folgen werden ja nicht ausbleiben. Schon haben sich die Konservativen des Herrenhauses gegen die Steuerbewilligungs-Taktik der Konservativen des Abgeordnetenhauses aufgelehnt, und es ist keine Frage, daß bei den Wählern das Vertrauen zu der Politik des Herrn Reichskanzlers viel stärker ist, als es sich in den Parlamenten und in der Presse zeigt, und, nach allen Nachrichten, die mir zugehen, bei demjenigen Teil des Volkes, der heute in den Schützengräben liegt, erst recht.

Die Kriegsereignisse im Juni.

Der Optimismus, mit dem ich die letzte Monatsbetrachtung schließen konnte, hat, nachdem der Seekrieg am Skagerrak noch einen besonders schönen Auftrieb ergeben, doch wieder eine Trübung erfahren.

Der Zweifel, ob die russische Armee noch von Offensivkraft erfüllt sei, hat sich als unbegründet erwiesen. Nachdem in der zweiten Hälfte des März ihr Versuch, die Hindenburgsche Armee in Litauen zu durchbrechen, unter ungeheuren Verlusten völlig gescheitert war, ist ein erneuter Versuch, der am 2. Juni gegen die Oesterreicher einsetzte, zunächst gelungen.

Das Eigentümliche dieses Russenangriffs ist die ungeheure Ausdehnung; auf einer Front von nicht weniger als 300—350

Kilometer ist gleichzeitig unter starker Artillerievorbereitung zum Sturm angesetzt worden. Als man vom Bewegungs- zum Stellungskrieg übergegangen war und die Franzosen zum erstenmal den Versuch eines Durchbruchs machten, geschah es auf die Weise, daß auf einer kurzen Strecke von wenigen Kilometern eine gewaltige Artillerie sozusagen ein Loch in die deutsche Stellung schoß und die Franzosen in diese Bresche einzudringen versuchten. Sie kamen auch hinein; die lange Artillerievorbereitung aber hatte die deutschen Reserven zur Stelle gebracht, die die Franzosen nun von beiden Flanken packten und wieder hinauswarfen. Jeder neue Durchbruchsversuch ist immer breiter angelegt worden; der deutsche Angriff bei Tarnow—Gorlice war etwa 25 Kilometer breit; der letzte englisch-französische Angriff war ein doppelter, auf die beiden Schenkel der deutschen Winkelstellung zugleich; endlich nunmehr der russische Angriff hat die ganze Front südlich der Pripetsümpfe, ja sogar an einer Stelle noch nördlich davon zugleich angepackt. Als Grund hat General Brussilow einem Interviewer angegeben, daß er dadurch das Bereitstellen der Reserven für die besonders bedrohten Punkte habe verhindern wollen. Das ist ihm auch gelungen und er hat einen erheblichen Erfolg damit erzielt, aber um welchen Preis? Es ist klar, daß diese Methode, eine befestigte Stellung von so ungeheurer Länge anzugreifen, auch wenn sie anfangs vom Glück begünstigt ist, ungeheure Opfer erfordert. Sie mußte um so mehr Opfer erfordern, wenn man erfährt, daß die Russen nicht in lockeren Linien, sondern in tiefen, dichten Massen gestürmt haben. Es ist die einzige Form, in der sie überhaupt stürmen können, da bei ihrem großen Mangel an Offizieren unter der geringen militärischen Ausbildung der Massen eine feinere Taktik für sie nicht erreichbar ist. Wo sie abgeschlagen werden, gehen die Angriffskolonnen nahezu vollständig zugrunde; so ist es ihnen bei der Märzoffensive in Litauen geschehen, wo sie nur an einer einzigen Stelle vorübergehend einen Erfolg hatten, während die deutschen Verluste der übrigen Front minimal waren. Aber die russischen Massen — das ist ja eben das Wesen des Russentums — sind so gewaltig, daß sie es noch einmal versuchen konnten, die Oesterreicher ein tüchtiges Stück zurückzudrücken, und ziemlich viele Gefangene gemacht haben. Dann aber ist es gegangen wie bei den Durchbruchsversuchen der Franzosen und Engländer an der Westfront: die Kraft des Angriffs hat sich erschöpft, und

wir warten ab, ob eine neue Front für den Stellungskrieg hergestellt wird, wo dann die strategische Lage nicht wesentlich anders wäre als vorher, oder ob gar die herbeigeeilten deutschen Hilfskorps den anfänglichen russischen Sieg in eine russische Niederlage verwandeln werden.

Fast noch gespannter als auf diese Entwicklung aber sind wir auf eine andere. Was tun die Engländer? Sie haben angeblich eine gewaltige Armee in Frankreich; die Franzosen verbluten sich vor Verdun. Die Engländer haben sich nicht gerührt. Die Italiener werden von den Oesterreichern geschlagen; die Engländer sitzen still. Die große Kriegskonferenz in Paris sollte festgestellt haben, daß alle Verbündeten zusammen eine einzige Front bildeten. Danach hätte man annehmen müssen, daß die Engländer von dem bevorstehenden Angriff der Russen unterrichtet waren, so daß sie bereit standen, spätestens 8—10 Tage, nachdem dieser Angriff eingesetzt und die deutsche Reserven auf sich gezogen hatte, ebenfalls die große Offensive zu beginnen. Schon sind mehr als drei Wochen vergangen, die russische Flut ebbt schon wieder zurück und noch haben die Engländer sich nicht gerührt. Es ist ja möglich, daß sie nachkommen, es ist aber auch wohl nicht ganz undenkbar, daß sie überhaupt nicht mehr angreifen wollen. Sie hoffen, uns durch den Hunger so weit zu bringen, daß wir Belgien, und weiteres wollen sie jetzt nichts mehr, wieder herausgeben. Wozu also das ohnehin so gut wie aussichtslose Blutvergießen einer großen Offensive? Für die Russen liegen die Dinge etwas anders. Die Engländer werden wenig geneigt sein, den Krieg noch fortzusetzen, wenn es sich etwa nur noch darum handeln sollte, ob die Polen wieder unter die russische Herrschaft zurückzuführen sind oder nicht. Wollen die Russen das, so müssen sie zunächst einmal Polen wieder zurückerobern. Sollte es etwa der Zweck der geheimnisvollen Reise gewesen sein, auf der Kitchener den Tod gefunden hat, den Russen diesen Gedanken zu entwickeln? Vielleicht ist diese ganze Betrachtung gegenstandslos, wenn wir morgen die Nachricht erhalten, daß die englische Offensive eingesetzt habe. Kommt diese Offensive aber wirklich nicht, so scheint meine Vermutung der englischen Denkweise und der Auffassung der Lage, wie sie die regierenden Kreise heute in England haben, ganz gut zu entsprechen.

Keine Gefühlspolitik.

29. Juli 1916.

Friedensaussichten? Darf man dieses Wort überhaupt in den Mund nehmen? Der „Spectator", ein Blatt, das in Beziehungen zur englischen Regierung steht, hat eben erst wieder einen Artikel veröffentlicht, in dem die völlige Niederwerfung Deutschlands gepredigt wird: Wir haben nicht nur Elsaß-Lothringen abzutreten, sondern auch Schleswig-Holstein, die polnischen Teile von Preußen, Helgoland und die Kolonien und eine Kriegsentschädigung zu zahlen, bei der der Einwand der Zahlungsunfähigkeit nicht anerkannt wird; überdies haben wir unsere Kriegsflotte auszuliefern. Pall Mall Gazette hat dies Programm sehr einsichtig dahin ergänzt, daß auch die deutsche Handelsflotte auszuliefern sei, Tonne für Tonne bis die Verluste der englischen Handelsflotte in diesem Kriege voll ersetzt sind. Auf solche Aeußerungen ist ja vielleicht nicht so viel zu geben. Auch bei uns werden ja immer Stimmen laut, die meinen, man solle nur recht viel fordern, auch ohne es im letzten Grund zu wollen; das stärke der Regierung den Rücken und verhindere etwaige Nachgiebigkeit bei den Friedensverhandlungen. Man mag das zugeben, muß dann aber hinzufügen, daß gar zu starke Uebertreibungen auch wieder die Wirkung haben, den Kriegswillen des Feindes zu stärken und seine Entschlossenheit bis zum äußersten zu kämpfen, anzufeuern. Von Friedensaussichten kann erst dann gesprochen werden, wenn auf beiden Seiten die Forderungen so weit gedämpft sind, daß eine Verhandlung möglich erscheint, und das geschieht natürlich nicht, solange auf beiden Seiten, oder auch nur auf einer Seite die Hoffnung besteht, in der Fortsetzung des Krieges noch sehr große Vorteile zu erringen oder gar den Gegner völlig niederzuwerfen. Seit dem 2. Juni haben unsere Gegner zu einem solchen Versuch eingesetzt. Sollten die Erfolge, die die Russen über die Oesterreicher erzielt haben, soweit führen, daß schließlich auch Rumänien auf ihre Seite tritt, so gehen wir noch schweren Kämpfen entgegen. Werden aber die Russen zum Stehen gebracht, zeigt sich, daß das russische Wesen im Innern bereits zu sehr zerrüttet ist, um die Offensive noch einmal aufzunehmen, bleibt Rumänien infolgedessen neutral, und erweist sich die englisch-französische Offensive an der Somme als definitiv gescheitert, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß der

psychologische Moment, in dem man von Frieden sprechen darf, bei unseren Gegnern bemerkbar wird. Schon in der Geheimsitzung der französischen Kammer soll die Kriegsmüdigkeit sehr stark zutage getreten sein, und man hat die Deputierten mit dem Hinweise auf die bevorstehende Offensive beruhigen müssen. Man nennt diesen Krieg einen Ermattungskrieg, der gewisse Analogien zur Kriegführung Ludwigs XIV., Prinz Eugens und Friedrichs des Großen zeigt. Auch damals pflegten die Kriege in der Weise zu Ende zu gehen, daß die Staatsmänner und Feldherren sich sagten: einen Feldzug, was damals bedeutete ein Jahr, wollen wir es nun noch versuchen, und wenn wir dann nichts erreicht haben, mögen die Friedensverhandlungen beginnen. So etwa wird man auch den jetzt auf allen Fronten angesetzten Angriff unserer Gegner einzuschätzen haben.

So fern wir also prinzipiell noch von jeder Friedensaussicht sind, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß ein ziemlich plötzlicher Wandel eintritt und irgend ein Angebot an uns herantritt, und auch die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson taucht schon wieder auf. Ich habe früher an dieser Stelle ausgeführt, daß und weshalb uns diese Vermittlung nicht so ungünstig und unannehmbar sein würde, wie sie auf den ersten Blick scheinen möchte. Eben deshalb wollen unsere Gegner nichts davon wissen; um so bemerkenswerter ist eine Meldung, die die so sehr kriegerische „Morning Post" darüber aus Washington bringt. (Frankf. Ztg. vom 23. Juni).

„Innerpolitische Erwägungen machen es nötig, daß der Präsident den Anspruch darauf machen kann, als Instrument des Friedens zu gelten, und infolgedessen läßt man wiederum halbamtlich durchblicken, daß der Präsident die erste Gelegenheit ergreifen werde, um seine Dienste als Vermittler zwischen den Kriegführenden anzubieten. Selbst wenn diese Verhandlungen lediglich präliminarischer Natur sein würden, so wären sie doch von größtem Einfluß, wenn sie vor den Präsidentenwahlen im November erfolgen könnten. Die stärkste Stütze, die der Präsident in den Vereinigten Staaten hat, fließt daraus, daß es ihm möglich war, die Vereinigten Staaten davor zu bewahren, daß sie in den europäischen Krieg hineingezogen worden sind, und ebenso, daß er Amerika vor Feindseligkeiten mit Mexiko bewahrt hat. Wenn ihm diese Politik bis zu den Wahlen weiter gelingt,

und wenn er sogar einen Kanal zwischen den Kriegführenden eröffnen kann, durch den die Erwägung der Friedensbedingungen fließen könnte, so wäre seine Wiederwahl praktisch gesichert. Die Gelegenheit hierzu wird, wie man annimmt, sich ihm bieten können, da die große Offensive der Alliierten Deutschland von der Unmöglichkeit eines Sieges überzeugen muß, und so mag es dem Präsidenten vielleicht möglich sein, seine freundlichen Dienste anzubieten. Die amerikanischen Botschafter in Europa haben die Instruktion erhalten, die Lage genau zu verfolgen und dem Präsidenten das erste Anzeichen dafür mitzuteilen, daß einer der Kriegführenden die Frage der Friedensdiskussion in Erwägung zu ziehen gewillt ist. Man sagt, daß diese Berichte von den Friedensvermittlungsabsichten des Präsidenten lediglich einer der Versuchsballons sind, die seit zwei Monaten periodisch aufgelassen werden. Aber daß der Präsident als Friedensvermittler auftreten will, ergibt sich aus politischen und anderen Betrachtungen von selbst. Allerdings steht zu erwarten, daß derartige Anerbietungen von Deutschland kommen müssen und daß weder London, noch Paris, noch Petersburg dafür zu haben sein werden, Anregungen nach Deutschland gelangen zu lassen."

Ueber den Schlußsatz wollen wir uns nicht weiter aufregen: auch über die etwaigen deutschen Bedingungen ist es noch nicht an der Zeit zu sprechen. Eine prinzipielle Voraussetzung aber darf man nicht unterlassen sich schon jetzt klar zu machen. Das ist die Frage, auf welche Weise wir bei den Verhandlungen unter unsere Gegner Zwietracht säen können. An einen Separatfrieden mit dieser oder jener der Großmächte vermag ich nicht recht zu glauben, aber auch ohne eine solche völlige Sprengung der Entente wäre es schon von höchstem Wert, ihren Zusammenhalt einigermaßen zu lockern, und das geschieht, indem man sie nicht gleichmäßig, sondern verschieden behandelt, den Einen bevorzugt, den Anderen benachteiligt, und dadurch in dem Benachteiligten den Argwohn erweckt, daß er von den Anderen verraten werden soll. Da ist denn von höchster Wichtigkeit sich klar zu machen, mit wem man den Ausgleich suchen soll. Der Haß des deutschen Volkes ist in erster Linie, ja man möchte sagen, ausschließlich auf England gerichtet, aber es wäre, nach dem spöttischen Ausdruck des Fürsten Bismarck, Gefühlspolitik, deshalb von vornherein auch bei den Friedensverhandlungen die Spitze gegen England zu kehren.

Nicht die angenehme Empfindung seine Rache zu befriedigen, sondern nur eine kühle, sorgsame Erwägung der Interessen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes muß den Kompaß für unsere Politik abgeben. Das deutsche Interesse aber verlangt, das wir denjenigen bevorzugen, der nach menschlicher Voraussicht in Zukunft der Schwächere, denjenigen benachteiligen, der der Stärkere sein wird. Nicht auf den Grad der feindlichen Gesinnung gegen uns kommt es an; nicht auf den Willen uns zu schaden, sondern auf die Macht es auszuführen. In diesem Sinn habe ich bereits in unserem Maiheft „Die Zukunft Englands" besprochen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß aus einer Reihe von verschiedenen Gründen die Macht Englands als im Niedergang befindlich angesehen werden muß. Seine Bosheit mag noch so groß sein, sie tut uns nichts, wenn sie ohnmächtig ist. Ich habe diesen Gedanken dann auch in zwei Nummern des „Tag" (13. Juli „Unnötige Sorge" — 21. Juli „Divide) ausgeführt, in dem ersten, um zu zeigen, daß Deutschland mit seiner Kolonialpolitik keineswegs so abhängig von England ist, wie es vielfach ausgegeben wird.

Diese Artikel haben in der Presse hier und da Beifall, aber auch viel Widerspruch gefunden, einen Widerspruch, der aber häufig nur darauf beruhte, daß der Gegner den grundlegenden Artikel mit der eingehenden Motivierung in den Preußischen Jahrbüchern überhaupt nicht gelesen hatte, so daß ich auf diese Einwände nicht weiter einzugehen habe. Auch wer imstande ist, die Auffassung von dem Niedergang Englands als einen Ausdruck englandfreundlicher Gesinnung anzusehen, hat auf Widerlegung keinen Anspruch.

Ein Moment ist aber dabei zutage getreten, das noch einer besonderen Würdigung bedarf. Welchen Einfluß wird zukünftig das Tauchboot auf die Seeherrschaft haben? Viele Seeleute und heißblütige Patrioten vertreten ja die Auffassung, daß wir schon jetzt so gute und so viele Tauchboote hätten, um binnen kurzem die Engländer zum Frieden zwingen zu können. Es ist in der Hauptsache eine Zahlenfrage. Haben wir genug Boote, um den Erfolg so schnell und so sicher zu erreichen, daß die Nachteile, die dadurch, wegen der Störung des Verhältnisses zu den Neutralen bewirkt würden, nicht in Betracht kommen? Das ist wieder eine wirtschaftliche und politische Frage, über die die Marine als

solche ein fachmännisches Urteil nicht mehr in Anspruch nehmen darf. Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" behauptete zwar, kraft ihres Berufes falle auch diese Seite der Frage unter das berufsmäßige Urteil der höheren Marineoffiziere, und die politische Leitung müsse sich daher diesem Urteil unterordnen. Bei aller Anerkennung für das wirklich fachmäßige Urteil unserer Seeleute müssen wir eine solche Kompetenzerweiterung doch als irreführend und gefährlich zurückweisen und bleiben bei der Auffassung, daß die Zahl der wirklich in jeder Beziehung brauchbaren Tauchboote noch erheblich zu klein ist, um die erhoffte Wirkung mit der unentbehrlichen Schnelligkeit herbeizuführen. Aber wie dem auch sei, binnen nicht vielen Jahren werden wir ja unzweifelhaft die Zahl unserer Tauchboote so vermehrt haben, daß wir England tatsächlich auf dieselbe Weise wirksam blockieren können, wie die Engländer uns. Damit sind dann die Bedingungen des Seekrieges von Grund aus verändert. Sind aber die Bedingungen des Seekrieges so sehr zu unseren Gunsten verändert, so ist es weiter klar, daß bei den zukünftigen Friedensverhandlungen diese Erwägung für die Leitung der deutschen Politik von der allergrößten Bedeutung ist.

Was läßt sich dagegen einwenden? Man sagt, die Technik ist eine zu unsichere Grundlage, um auf ihr ein politisches System zu errichten. Ist eine Erfindung auch noch so wirksam, so kann sie doch über Nacht durch eine andere Erfindung außer Kraft gesetzt werden. Diesen Satz mag man prinzipiell zugeben, aber es kommt darauf an, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, daß eine Erfindung wie das Tauchboot ihre Wirksamkeit wieder verliert. Ich selber habe schon im „Tag" darauf hingewiesen, daß die Engländer einen Kanaltunnel bauen könnten. Dieser würde sie in der Tat gegen die Blockade weniger empfindlich machen, hat aber sonst sehr große Bedenken, besonders weil der Ausgang des Tunnels in die Hand des Gegners fallen kann. Auch eine große Flotte von Handelstauchbooten kann offenbar für die Engländer eine Blockade wohl mindern, sie aber nicht unwirksam machen. Graf Reventlow verweist die Engländer darauf, daß sie ja ihre Nahrung genügend auf eigenem Boden erzeugen könnten, zeigt aber damit nur, daß ihm selber die wirtschaftliche Kenntnis, die er unseren höheren Marineoffizieren zuschreibt, noch fehlt. Was die deutsche Landwirtschaft leisten kann, kann darum noch

nicht die englische, weil das Manko der Produktion bei uns wenige Prozente, drüben im Durchschnitt vielleicht Dreiviertel des Bedarfes beträgt. Dem Redakteur gerade eines agrarischen Blattes hätte eine solche Entgleisung am wenigsten passieren dürfen. Graf Reventlow schreibt (14. Juli): „Was die Aushungerungsfrage betrifft, so ist noch keineswegs sicher, daß in späteren Jahrzehnten Großbritannien ebenso abhängig von überseeischer Nahrungszufuhr sein werde, wie jetzt. Seit Monaten zeigt sich wachsend die Erkenntnis auf britischer Seite, daß man den heimischen Boden weit mehr zur Ernährung der Bevölkerung wieder heranziehen müsse. Eine Unmöglichkeit liegt hier sicherlich nicht vor." In Wahrheit liegen die Dinge so, daß (nach einer Berechnung der Royal Commission on Agriculture) schon im Jahre 1897 durch die heimische Produktion nur gedeckt wurde von

Weizen, dem Hauptnahrungsmittel der Engländer	25%
Gerste	60—70%
Hafer	80%
Fleisch	70%
Wolle	30%
Butter, Margarine, Käse	45%

Diese Verhältnisse haben sich in den letzten zwanzig Jahren in den meisten Gegenständen noch erheblich verschlechtert. Nach Statesmans Yearbook entfiel auf den Kopf der britischen Bevölkerung an Einfuhr im Jahr

	1898	1913	
Weizen und Mehl	236,65	285,11	engl. Pfund
Fleisch, Rind und Hammel	18,17	43,85	„ „
Schinken und Speck	19,79	13,56	„ „
Kartoffeln	18,59	22,74	„ „

In Hafer und Gerste zeigt die Produktions-Statistik von 1900 bis 1914 keine Steigerung; also auch hier muß infolge des gesteigerten Bedarfs eine größere Quote durch die Zufuhr aus dem Auslande gedeckt werden. Nur bei Molkereiprodukten dürfte infolge des Aufschwunges der irischen Landwirtschaft die Einfuhrquote unverändert geblieben sein. (Ich verdanke diese genauen Angaben einer freundlichen Unterstützung meines Kollegen Herkner). Da mag sich der englische Landwirt anstrengen, so

sehr er will; die Massen, die Graf Reventlow ihm zumutet, kann er nicht schaffen, und wenn gar Graf Reventlow prophezeien sollte, daß es den Engländern auch noch gelingen werde, die nötige Baumwolle, das Petroleum, den Reis, Zucker und Tee im eigenen Lande zu produzieren, so bin ich skeptisch genug, ihm das nicht zu glauben, und sehe meine Prophezeiung, daß Deutschland im Lauf von einigen Jahren viel mehr Tauchboote haben wird als es heute besitzt, als viel wahrscheinlicher an. Freilich ist mit dem Grafen Reventlow über die Erfüllung der Prophezeiungen schwer zu streiten. Er spottet noch jetzt über diejenigen, die vor 20 Jahren bei der Erfindung des Tauchbootes dessen große Bedeutung prophezeit haben, und findet, der jetzige Krieg habe das nicht bestätigt; gleichzeitig predigt er aber ziemlich tagtäglich, daß wir mit unseren Tauchbooten England auf die Knie zwingen könnten, wenn wir nur den Entschluß dazu faßten. Die Wahrheit ist, was eigentlich auch dem Grafen Reventlow bekannt sein müßte, daß die entscheidenden Hilfserfindungen und Verbesserungen des Tauchboots erst kurz vor dem Kriege oder während des Krieges selbst gemacht worden sind, und daraus ergibt sich, daß die Prophezeiung über die zukünftige Bedeutung des Tauchbootes zwar eingetroffen, die eigentliche Konjunktur für seine Verwendung aber doch noch nicht da oder wenigstens noch nicht auf der Höhe ist. Es fehlt uns noch am Entscheidenden, an der genügenden Zahl der Boote.

Am besten hat sich zu der Frage Admiral Dick geäußert (im „Tag" vom 27. Juli). Er verweist neben der Wiederbelebung der englischen Landwirtschaft, auf die Anlegung von großen Vorratshäusern zur Sicherung der Ernährung und für die nötigsten Vorräte der Rohmaterialien. Wenn man aber überlegt, um welche Massen es sich handelt, so wird man zu dem Schluß kommen, daß diese Hilfe doch nur eine recht begrenzte sein kann. Am meisten leuchtet ein, daß sich England torpedosichere und armierte Handelsschiffe bauen werde und endlich Kriegsschiffe, die geeignet sind, die Handelsschiffe zu begleiten und sie gegen unsere Tauchboote zu schützen. Eine neue Schiffsart ist für diesen letzteren Zweck, wie mir scheint, nicht einmal nötig; die heutigen Torpedoboote sind schon fähig, die Aufgabe des Schutzes zu erfüllen. Das hindert aber nicht, daß, wie bekannt, gerade Marineleute der Ueberzeugung sind, wir seien schon mit den vorhandenen

Tauchbooten imstande England niederzukämpfen. Die Convohierung ist wohl eine Hülfe, aber auch nur eine beschränkte. Der Satz wird auch für die Zukunft eine gewisse Wahrheit behalten. Vielleicht werden auch noch andere Hilfsmittel gefunden, und wenn jedes auch nur etwas hilft, so können alle zusammen doch geeignet erscheinen, den Gedanken einer völligen Abschnürung Englands von der Außenwelt als eine Illusion darzutun.

Ist aber damit meine Behauptung widerlegt? Besteht denn etwa die Blockade, die heute England über uns verhängt hat, in einer völligen Abschnürung? Bedeutet nicht schon die Möglichkeit einer zukünftigen Blockade Englands durch unsere Tauchboote in demselben Maße wie England uns heute blockiert, eine völlige Umwälzung in dem Begriffe der Seeherrschaft? Selbstverständlich wird der Wert und die Bedeutung der Hochseeflotte, worüber ich ja schon im vorigen Heft gesprochen habe, damit nicht aufgehoben, vielleicht kaum modifiziert. Aber das ist ein Problem, das uns in diesem Augenblick nichts angeht. Entscheidend ist allein, ob wir das Tauchboot in seiner neuesten Entwicklung als ein so wesentliches Moment in der Verbesserung unserer Lage, in dem Streit um die Seegeltung ansehen dürfen, daß wir sie bei Gestaltung unserer Friedensziele als eine „reale Garantie", die besser ist als jede völkerrechtliche Bestimmung im Friedensvertrage in Betracht zu ziehen haben.

Als ich zu Beginn des Krieges als das eigentliche und wesentliche Kriegsziel für uns die Freiheit der Meere hingestellt hatte, bin ich öfter von neutralen Ausländern darüber interpelliert worden, was ich mir darunter vorstelle. Ich konnte nicht verhehlen, daß völkerrechtliche Zusicherungen doch nur eine recht minderwertige Bürgschaft bieten würden, und daß die Hauptsache sei die Entwicklung einer deutschen Seemacht, stark genug, der englischen Anmaßung eine Grenze zu setzen; das Prinzip des Gleichgewichts, das die Engländer immer nur auf den europäischen Kontinent angewandt wissen wollten, müsse auch auf das Meer ausgedehnt werden. Auf dem Meer liegen nun freilich die Verhältnisse etwas anders, weil man da keine Grenzen abstecken kann. Aber das Tauchboot, sowohl das Kriegsboot wie das Handelsboot, schaffen neue Bedingungen. Freilich nicht in dem Sinne, als ob sie uns direkt die Freiheit von der englischen Blockade schufen. Aber indirekt können sie uns allerdings diese Freiheit verbürgen.

Wenn erst die Frage so steht: sobald ihr uns blockiert, blockieren wir euch ganz in demselben Maße, so ist die Bedingung geschaffen für eine Abmachung, wonach die Blockierung überhaupt wegfällt.

Das Tauchboot ist ja nicht die einzige Erscheinung, die die Zukunft Englands bedroht. Nicht weniger wichtig ist die Erschütterung, der das gesamte parlamentarische System durch verschiedene Kräfte, besonders aber durch die irische Frage ausgesetzt ist. Deutschland, das durch seine ungeheure sozialdemokratische Partei vor dem Kriege in seiner inneren Stabilität ganz besonders bedroht schien, verspürt trotz gewisser wirtschaftlicher Nöte keinerlei Unsicherheit. Sehr merkwürdige Berichte aber kommen in dieser Beziehung aus Rußland. Auch die Russen haben seit einigen Jahren ihre Duma, wie Deutschland seinen Reichstag; aber die Duma ist nicht entfernt das, was der Reichstag an politischer Kraft für Deutschland ist, weil die Duma keine wirkliche Macht hinter sich hat. Die Kräfte, die in Rußland der Regierung widerstreben, sind zwar sehr groß, aber sie sind schlechthin revolutionär, nicht wie ehedem die deutsche Sozialdemokratie bloß mit Worten, sondern wirklich revolutionär, und deshalb konstitutionell nicht verwertbar. Das Wahlrecht zur Duma ist deshalb sehr beschränkt. Da sind nun die Liberalen, die gerne zur Macht kommen möchten und doch nicht die Massen hinter sich haben, auf die Idee verfallen, die Selbstverwaltungskörper politisch zu organisieren. Die Städte sowohl wie die Landschaften, die Semstwos, haben in Rußland in beschränktem Sinn eine ähnliche Verwaltungstätigkeit, wie bei uns die Gemeinden, Kreise und Provinzen. Diese Korporationen nun wollen sich zu einer großen Vereinigung zusammenschließen mit selbständigen Rechten, auch finanzieller Natur und unabhängig von der Regierungsaufsicht. Das wäre also eine Duma neben der Duma, aber eine solche, die nicht nur redet und Gesetze beschließt, sondern auch verwaltet und regiert, also auch der Regierung in geschlossener Masse sich widersetzen kann. Das Unternehmen erinnert an die Armee der konföderierten Gemeinden in der französischen Revolution. Wird dieser Plan durchgesetzt, so ist die Autokratie des Zaren aufgehoben und das alte Rußland beiseite geschoben. Die reaktionäre Partei, das aristokratisch-bureaukratische Rußland hat die Gefahr erkannt und allem Anschein nach ist Stürmer der Mann, der berufen ist, sie zu bekämpfen

und zu unterdrücken. Er hat die Duma nach Hause geschickt und alle Kongresse und Vereinigungen von Semstwos und sonstigen Korporationen verboten. Wiederum erhebt sich die Frage, wie wird dieser tiefgehende innere Zwist Rußlands auf die Fortsetzung des Krieges und auf den zukünftigen Friedensschluß zurückwirken? Steht die plötzliche Entlassung Sasonows damit schon im Zusammenhang? Kann Rußland siegen, wenn es alle liberalen Kräfte im Volke gleichzeitig niederpreßt? Kann Rußland das alte heilige Rußland bleiben, wenn es mit Hilfe des Liberalismus siegt? Es mag für heute genügen diese Frage aufgeworfen zu haben.

Der Krieg im Juli.

Neben den täglichen Berichten der obersten Heeresleitung werden von den höchsten Kommandostellen von Zeit zu Zeit etwas ausführlichere Darstellungen über diesen oder jenen Abschnitt des Krieges veröffentlicht, die nicht nur tiefere Einblicke in den Zusammenhang gewähren, sondern auch vermöge der ruhigen, alles Pathos verschmähenden, objektiven Darstellung einen so großen Eindruck machen, daß man sie als kleine Kunstwerke bezeichnen darf. Ein Meisterstück dieser Art ist die vom Armee-Oberkommando 3, Generaloberst von Einem, kürzlich in einem Heft von 95 Seiten herausgegebene „Champagne-Herbstschlacht". Das Büchlein ist geschrieben vom Hauptmann im Generalstabe von Santen und ich stehe nicht an, diese Darstellung in eine Reihe zu stellen mit allem Schönsten, was die Kriegsgeschichte von Xenophon und Cäsar an bis auf unsere Tage hervorgebracht hat. Auch das hohe Pathos hat ja in der Darstellung kriegerischer Ergebnisse gewiß seine Berechtigung, aber die reine Sachlichkeit, die nur hier und da einmal der Bravheit der Soldaten ein lobendes oder schmückendes Beiwort spendet, und auch dem Feinde volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, wirkt doch immer noch großartiger und erschütternder. Es ist eine alte Wahrheit: wer den Feind schlecht macht, ihn als minderwertig, oder gar als feige schildert, der hebt damit nicht die eigene Leistung, sondern setzt sie herab. Nichts gereicht Cäsar mehr zur Ehre, als daß wir aus seiner Schilderung erfahren, wie tapfer sich die Gallier geschlagen haben, und was für eine großartige Persönlichkeit Vercin-

getorix war. Aus Santens Darstellung lernen wir verstehen, wie die Franzosen trotz aller Mißerfolge an General Joffre als Oberstkommandierenden festhalten. Wir erfahren, mit welcher Intelligenz, welcher Umsicht, welcher Sorgfalt der General Joffre die Offensive vorbereitet hat: die ungeheure Artillerie, das Einschießen, die Anordnung der Sturmkolonnen in verschiedenen Wellen, die Verteilung der Aufgaben beim Sturm, beim Eindringen, beim Nachstürmen, das Aufräumen, die Bergung der Beute, das Bereitstellen der Kavallerie. Ja wirklich, denkt man schließlich, der Franzose mußte glauben, diesmal werde er durchdringen — und Alles dennoch gescheitert an dem deutschen Widerstand, einem Widerstand der kleinen Minderzahl gegen eine gewaltige, vielleicht zehnfache Ueberlegenheit. Fast von Mitleid wird man ergriffen für die Franzosen, die mit diesem Heroismus, diesem Talent, dieser Führung, die auch nach dem ersten Mißerfolg nicht nachließ, sondern immer wieder von neuem ansetzte, dennoch nichts ausrichteten. So ungeheuerlich die Verluste waren, sie waren vergeblich.

Die Erinnerung an diese Schlacht vom 25. September bis 6. Oktober 1915 mag uns überleiten zu der Betrachtung der Gegenwart, denn sie zwingt uns die Frage auf die Lippen: worauf gründet sich die Hoffnung der Alliierten, daß sie diesmal mit dem Angriff, der am 1. Juli eingesetzt hat, durchdringen wird? Neben zahllosen kleineren Attacken kann man drei Hauptversuche feststellen, in denen unsere Gegner es bisher unternommen haben, unsere Westfront zu sprengen. Im Februar 1915 in der Champagne, im Mai 1915 in Artois (Lorettoschlacht) und im September in Artois und in der Champagne zugleich, wovon uns Santen die Champagne-Ereignisse geschildert hat. Dieser letzte Angriff war dadurch für uns so besonders gefährlich, weil er ein doppelter war, gegen beide Schenkel unserer Aufstellung zugleich. Dadurch wurden wir verhindert, alle Reserven an dem einen Punkt zu sammeln, und wenn auch nur an einer der beiden Stellen die Gegner durchdrangen, so war der andere Teil der deutschen Front im Rücken genommen. Der diesmalige Angriff findet nur an einer Stelle statt, südlich von jenem großen Mai-Angriff. Wir werden es ohne weiteres glauben, wie es die englische und französische Presse berichtet, daß er wiederum aufs allersorgsamste mit Wegebauten, Artillerie, Bereitstellung der Reserven vorbereitet ist. Auf jeden

Fall aber ist der Angriff bei weitem nicht so umfassend, und deshalb auch nicht so gefährlich, wie der andere im September. Nach der Santenschen Darstellung ist jener Angriff zwar an den meisten Stellen schon beim ersten Anlauf zusammengebrochen, an einigen Punkten aber, wo es der französischen Artillerie gelungen war, die deutschen Verteidiger ganz zu vernichten, doch durchgedrungen, aber nur, um dann, trotz des nur noch geringen deutschen Widerstandes durch die Größe der eigenen Verluste moralisch erschüttert, zum Halt gezwungen zu sein. Mittlerweile erholten sich die Deutschen, brachten Reserven heran, und alle neuen Versuche und Anstrengungen waren vergeblich. Wir fragen noch einmal: was in aller Welt gibt den Engländern und Franzosen die Hoffnung, daß sie diesmal einen besseren Erfolg haben werden? Ganz wie bei den früheren Durchbruchsschlachten hat der erste Anlauf einen gewissen geringen Erfolg durch Einnahme von einigen Dörfern, einige Gefangene und Geschütze gebracht. Es haben noch weitere, überaus heftige Stürme angesetzt, die Schlacht dauert jetzt volle vier Wochen — erreicht ist nichts.

Bei dem ersten Angriff war das merkwürdige, daß die Engländer gar nichts erzielten, die Franzosen immerhin ein Stück vorwärts kamen und einen Keil in unsere Schlachtlinie trieben, der bis dicht vor die Festung Peronne gelangt ist. Sollten die Franzosen taktisch so viel geschickter oder mutiger sein, als die Engländer? Die englische Presse hat dafür die Erklärung gegeben, daß die deutsche Heeresleitung sich ausschließlich auf einen englischen Angriff vorbereitet und hier alle Verteidigungsmittel gesammelt hatte; von den Franzosen habe man gemeint, daß ihre Kräfte durch die Kämpfe von Verdun schon zu sehr aufgezehrt seien, als daß man ihnen an anderer Stelle noch eine größere Offensive zutrauen könne. Wenn diese Argumentation richtig sein sollte, — und sie ist ja nicht irrationell —, so gereicht es den Deutschen nur umsomehr zur Ehre, daß sie selbst an einer Stelle, wo sie gar keinen Angriff erwarteten, an Gelände nichts als ein paar Dörfer verloren und dann den Feind gleich zum Stehen gebracht haben. Bei den Engländern aber muß man fragen, haben sie wirklich das Aeußerste eingesetzt, um den Sieg endlich an ihre Fahne zu heften?

Nachdem die große Konferenz in Paris getagt (27. März), und den Grundsatz der einheitlichen Front aufgestellt hatte, nach-

dem die Russen und Italiener wieder zum Angriff angesetzt hatten und die Bedrängnis der Franzosen bei Verdun größer und größer wurde, die Engländer aber das ganze Frühjahr und den Juni verstreichen ließen, ohne sich zu regen, konnte man bereits zu dem Verdacht kommen, daß sie überhaupt nicht mehr schlagen wollten und alles von ihrer Blockade erwarteten, die sie ja unter Aufhebung fast der letzten Rechte des Völkerrechts mehr und mehr verschärften. Lord Kitchener trat jene geheimnisvolle Reise nach Petersburg an, auf der er umgekommen ist, und deren Zweck noch heute im Dunklen liegt. Die Vermutung erhob sich, daß es seine Absicht gewesen sei, eben den Russen plausibel zu machen, daß die Engländer sich im Landkrieg auf die Verteidigung beschränken würden. Die Vermutung scheint widerlegt, da die Engländer ja mittlerweile angegriffen haben. Sehr merkwürdig aber ist, daß nach dem ersten Anlauf der amtliche englische Bericht ziemlich klar sagte, daß der Angriff damit beendigt sei, und auch in der englischen Presse sind nachträglich ähnliche Versionen über den Zweck der Kitchenerschen Reise, wie eben vorgetragen, erörtert worden. Sollte man etwa in den leitenden englischen Kreisen hierüber verschiedener Meinung sein und hin- und herschwanken? Vergleicht man den Angriff der Engländer auf 30 Kilometer Front mit dem Angriff der Russen unter Brussilow auf 300 Kilometer Front, so sieht man sofort, daß jener bei aller Intensität im einzelnen, doch als Ganzes keineswegs als Aufgebot der allerhöchsten Energie erscheint. Die Russen haben ihre Erfolge erreicht dadurch, daß sie vermöge der ungeheuer breiten Front des Angriffs die gegnerischen Truppen gebunden und deren Reserven verteilt, und dadurch alle zum Erfolge mitgewirkt haben, auch wo sie nicht durchgedrungen sind. Diese Methode erfordert, wie das Ergebnis gelehrt hat, ganz unermeßliche Opfer. Mögen sich die Engländer nun gesagt haben, daß die Verluste der Russen in keinem Verhältnis stehen zu der Geringfügigkeit des Erfolges, und daß die Methode des Angriffs auf der ganzen Front deshalb verwerflich sei, oder mögen sie sich gesagt haben, daß sie einfach nicht gewillt seien, so große Opfer zu bringen, auf jeden Fall steht ihre Leistung sowohl hinter der der Russen wie der Franzosen erheblich zurück. Man hat an einem Tage die Angriffsmasse auf 200 000 Mann berechnet, und berechnet jetzt, daß die Engländer schon über 150 000

Mann verloren hätten. Das scheint gewaltig, aber wenn man vergleicht, daß sie behaupten, im ganzen über 3 Millionen zu verfügen, und weiter vergleicht, daß die Franzosen allein bei Verdun 350 000 Mann eingebüßt haben und jetzt wieder an der Somme 60 000, so ist der englische Einsatz und das englische Opfer doch noch immer nicht das äußerst Denkbare.

Man hat vielfach den Gedanken ausgesprochen, daß dieser Krieg wieder zu den Formen der Ermattungs-Strategie zurückgekehrt sei, wie im Zeitalter Friedrichs des Großen. Es sei noch dahingestellt, wie weit das prinzipiell zutrifft, aber einige Erscheinungen sind jedenfalls da, die Analogien bieten. Die Ermattungs-Strategie kannte nicht die Entscheidungsschlacht, die mehr oder weniger direkt zum Frieden führt. Auch der gewaltigste Sieg, wie z. B. Leuthen oder auf der andern Seite Kunersdorf, hatte doch immer nur eine relative Bedeutung. Ja, der Begriff der Schlacht konnte abgeschwächt werden bis zur bloßen Ehren-Schlacht, der eine positive strategische Bedeutung gar nicht mehr innewohnt. Nicht viel mehr als eine solche Ehren-Schlacht war z. B. der Sieg des Prinzen Heinrich in der letzten Schlacht des Siebenjährigen Krieges in der Schlacht bei Freiberg. Sollte etwa der Angriff der Engländer an der Somme auch so etwas wie eine Ehrenschlacht sein? Den höchsten Einsatz der vollen Kraft zeigt sie nicht; das ist klar, aber die Wut der Verbündeten über das Stulsitzen der Engländer, während sie sich verbluteten, die Vorwürfe wegen dieser Haltung mögen so stark und so unerträglich geworden sein, dazu die Meinungen unter den führenden Männern im englischen Kabinett wie im englischen Hauptquartier so geteilt, daß man endlich eben jenen halben Entschluß des Angriffs wohl mit bedeutenden, aber nicht mit allen Kräften gefaßt hat; das würde auch erklären, warum nichts davon verlautet hat, daß an Stelle Lord Kitcheners eine andere hervorragende Persönlichkeit nach Petersburg gegangen sei. Aber wie auch immer: halbe Entschlüsse pflegen sich im Kriege schwer zu rächen.

Der Krieg im August.

23. August 1916.

Vier Wochen unausgesetzter blutigster Kämpfe auf allen Fronten und die strategische Lage unverändert — oder will man

eine Veränderung feststellen, so ist sie zu unseren Gunsten. Denn haben die Gegner diesen oder jenen lokalen Gewinn zu verzeichnen, haben sie im besonderen in Galizien und am Isonzo geographisch einige Schritte vorwärts gemacht, so wird das reichlich aufgewogen durch die Tatsache, daß sie als Angreifer einen positiven Zweck verfolgt und ihn nicht erreicht, wir als Verteidiger schon durch die Behauptung unserer Position unseren Zweck erreicht haben. Im Besonderen die Einnahme von Görz durch die Italiener bedeutet nur die Eroberung einer Vorstellung, aus der die Oesterreicher in die Hauptverteidigungsstellung zurückgegangen sind; ganz so wie in Galizien der General von Bothmer wegen der drohenden Umgehung auf beiden Flanken aus der Stellung vor der Strypa in die stärkere eigentliche Stellung hinter dem Fluß zurückgegangen ist. Der beste englische Militär-Kritiker, Oberst Repington, hat im Grunde nicht anders geurteilt. Er schrieb in der Times, die Verbündeten hätten noch drei Monate gute Jahreszeit vor sich; in dieser Zeit würden sie unsere Kräfte so weit zurückgedrückt haben, daß sie im Frühjahr 1917 den Angriff von günstigeren Stellungen aus fortsetzen könnten. Diese Worte bedeuten nichts anderes, als daß das Scheitern der großen Offensive zugegeben ist. „Günstigere Stellungen" als jetzt können die Verbündeten nicht wohl gewinnen; denn der Gang der strategischen Operationen hat es ja mit sich gebracht, daß unsere Front im Westen einen Winkel bildet, und das ist dem Gegner günstig. Darum ist es auch eine bloße Verschleierung, daß um günstigere Stellungen gekämpft werde. Der wahre Zweck einer so opfervollen Offensive, wie sie die Weststaaten unternommen haben, kann nicht auf bloßen Geländegewinn gerichtet sein, sondern muß darauf ausgehen, uns eine entscheidende Niederlage beizubringen, unsere Front zu durchbrechen, sie dann aufzurollen und einen großen Teil unserer Truppenmacht zu vernichten. Was darunter bleibt, ist Mißerfolg, und Oberst Repington ist einsichtig genug, das zu wissen, hat also nur eine Redewendung gesucht, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Solche Mittel aber verfangen immer nur auf kurze Zeit, und je stärker sie genommen werden, auf desto kürzere Zeit. Der Minister Lloyd George hat verkündet, die Nuß sei jetzt geknackt, binnen Kurzem werde man den Kern herausholen und Deutschland einen Frieden auferlegen, wie er den ungeheueren Opfern entspreche, die das englische Volk auf

sich genommen. Diese Nuß möchte sich auch für englische Backzähne noch als zu hart erweisen.

Als das eigentliche Wesen der diesjährigen Offensive wurde von der alliierten Presse die „einheitliche Front" verkündigt. Ein Stück solcher Einheitlichkeit ist zu Tage gekommen in der einheitlichen Ausrüstung. Die Engländer und Franzosen haben dafür gesorgt, daß die Russen mit den Massen schwerer Geschütze versehen worden sind, an denen es ihnen 1915 noch so sehr fehlte, und nicht nur die Geschütze und die Munition, sondern auch die Offiziere und die Ingenieure, die der sehr schwierigen Bedienung dieser Instrumente und Kolosse kundig sind, sind von den Franzosen gestellt worden, und die Japaner haben wohl stark damit ausgeholfen. Auch die Italiener, die im Jahre 1915 in der schweren Artillerie noch sehr schwach waren und hauptsächlich deshalb mit ihren ersten Angriffen scheiterten, sind jetzt genügend damit ausgestattet worden. Die ganze Welt hat ja geholfen mit Geschützgießen und Granatendrehen. Die alte Kombination, daß die russischen Massen von fremder Intelligenz und Technik geführt und geformt werden, ist also wieder in Kraft getreten. Um so merkwürdiger, daß in dem wichtigen Punkt der zeitlichen Einheit des Angriffs der Kriegsplan versagt hat. Volle vier Wochen später als die Russen hat erst der Angriff an der Somme eingesetzt, und die Offensive von Saloniki aus fehlt noch immer oder steht jetzt gerade bevor. Oberst Repington hat dafür eine Erklärung zu geben versucht. Er schreibt, die Erfolge der Oesterreicher gegen die Italiener (15. Mai bis 25. Juni) hätten den General Brussilow veranlaßt, früher loszuschlagen, als verabredet gewesen sei und die Westmächte bereit gestanden hätten. Sehr wahrscheinlich klingt das nicht. Wie soll der General Brussilow ohne höheren Befehl einen so eigenmächtigen Beschluß gefaßt haben? War die Not der Italiener infolge der Initiative der Oesterreicher wirklich so groß, daß eine Entlastung unbedingt notwendig war, so war es doch gewiß besser, daß sie im Osten und Westen zugleich einsetzte, selbst wenn an den Vorbereitungen im Westen noch einiges fehlte. Unter allen Umständen liegt hier eine Unstimmigkeit vor, und das bringt immer wieder auf den Gedanken, daß die oberste Führung in England zwiespältig ist. Die ungeheure Zähigkeit, mit der jetzt schon 8 Wochen lang der Angriff fortgesetzt wird, scheint ja dagegen zu sprechen. Aber sie könnte sich auch so erklären,

daß, nachdem einmal die Schlacht-Partei den Angriff durchgesetzt hat, sie auch immer wieder die Fortsetzung durchsetzt, während der Widerspruch der Aushungerungs-Partei die Beschränkung des Angriffs auf die schmale Front durchgesetzt hat, und auch jetzt den Grundsatz verficht, daß nicht sowohl eine große taktische und strategische Entscheidung, als ein bloßer Geländegewinn beabsichtigt werde. Das würde mit der eingangs zitierten Aeußerung Repingtons stimmen.

Denkbar erscheint es auch, daß die englischen Generale sich die Art ihres Angriffs noch nach einer anderen Methode zurechtlegen, wie ich das in einer englischen Zeitschrift angedeutet gefunden habe. Es hat sich herausgestellt, daß die überlegene Zahl in der Tiefe nicht wirksam wird, weil die Verluste gegenüber den modernen Verteidigungsmitteln zu groß sind. Auch die Anwendung in der Breite, nach der Art des Generals Brussilow, bringt zu große Verluste. Man könnte die Zahl also durch die Zeit nutzbar machen. Der Stärkere, der fortwährend ablösen und neue Truppenteile ins Gefecht schicken kann, dauert den Schwächeren aus. Der Fehler dieser Rechnung ist aber schließlich derselbe wie bei der Brussilowschen Methode: die Verluste des fortgesetzten Angriffs nutzen die Ueberlegenheit so weit ab, bis sie unwirksam wird und der Angriff erlahmt. Da erscheint der Brussilowsche Angriff (wie ihn die Verbündeten ja auch annähernd in der Doppelschlacht im vorigen September versucht haben) immer noch als der aussichtsreichere. Die Engländer aber sind auf ihren Modus gekommen, weil er nicht von vornherein Alles auf eine Karte setzte, sondern dem Gedanken Raum läßt, daß man ja in jedem Augenblick abbrechen könne. Von Neuem erscheint dieser Angriff also als eine strategische Halbheit.

Es wird Einem schwer, von einem kriegerischen Akt, der in seiner Zähigkeit und seinen Verlusten eine so ungeheuere Energie zeigt, das Wort Halbheit zu gebrauchen. Aber die im Verhältnis zur Stärke der englischen Armee schmale Front (nicht mehr als 20 Kilometer) und die Verspätung sind zwei Momente, die durch noch so große Zähigkeit in der Fortführung nicht aufgehoben werden. Die Halbheit lag in der Anlage, für die eine ganz andere Stelle die Verantwortung tragen mag, als die Leitung des Kampfes selbst, deren Energie wir auch als Gegner die volle Anerkennung zollen müssen. Worte aber versagen vor dem

Heldenmut der deutschen Soldaten, die jeder Ueberlegenheit, wie groß sie auch sei, welche Form sie auch annehme, in welcher Gestalt sie andringe, immer wieder den unzerbrechlichen Widerstand entgegensetzen.

Der Hauptfeind.
Lloyd George und Bethmann Hollweg.

Der tiefe Gegensatz im deutschen Volke, der sich schon bald nach dem Ausbruch des Krieges bemerklich machte und im Sommer 1915 in den entgegengesetzten Eingaben an den Reichskanzler über die Kriegsziele kundgab, dann zeitweilig etwas zurücktrat und immer wieder von neuem ausbrach, zeigt sich gegenwärtig in der Form einer Diskussion, wer von unseren Gegnern als der schlimmste, als der Hauptfeind anzusehen sei. Der Volksinstinkt antwortet „England", und der Abgeordnete Bassermann und andere reisen im Lande umher, um in immer wiederholten Reden es den Massen „einzuhämmern", daß wir alle unsere Kraft zusammennehmen müßten, um England niederzukämpfen. Dagegen ist nun gewiß, soweit es die Stärkung des Kriegswillens betrifft, nichts einzuwenden, und wenn sich in München ein eigener Verein für die „rasche Niederkämpfung Englands" gebildet hat, so erinnert das freilich bedenklich an die alten Sanges-, Turn- und Schützenbrüder, die das einige Deutschland erkämpfen wollten; immerhin, auch diese haben ja einst das Ihre zur Schaffung der nationalen Gesinnung, ohne die das Reich nicht hätte erbaut werden können, beigetragen. Aber die Sache hat auch ihre bedenklichen Seiten, nicht bloß wegen des offenbaren Versuchs, auf die Kommandogewalt einen Druck auszuüben, sondern auch, weil dabei immer eine Verwechslung unterläuft, die man den Massen nicht übelnehmen kann, die aber doch einem Parteiführer wie dem Abgeordneten Bassermann nicht passieren dürfte. Es ist nicht schwer, nachzuweisen, daß England der eigentliche Träger des fortgesetzten Krieges, und daß das englische Volk von einer Gehässigkeit gegen uns erfüllt ist, die alles Maß übersteigt und jede Aussicht auf eine „Verständigung" oder gar Aussöhnung ausschließt. Nicht ganz so klar ist schon, ob wirklich England als der eigentliche Anstifter des Krieges anzusehen ist.

Die neueste Untersuchung darüber, die Neubearbeitung in der zweiten Auflage des Werkes „Deutschland und der Weltkrieg" (B. G. Teubner) von Prof. Oncken drückt sich zum wenigsten zweifelhaft darüber aus, und selbst Graf Reventlow hat seine These, „England hat seit Jahren die Welt organisiert und in Bewegung gesetzt, um den Vernichtungskrieg gegen ein friedliches Volk zu führen", nicht aufrecht erhalten, sondern sie nachträglich durch den Zusatz „Krieg — oder deutsches Nachgeben" eingeschränkt oder vielmehr aufgehoben, da „Krieg oder Nachgeben" ja schließlich der Inhalt jeder Politik ist, und alles darauf ankommt, was und worin nachgegeben werden soll. Aber wie dem auch sei, mag man den Ursprung des Krieges mehr bei Rußland oder mehr bei England suchen, mag man dieses oder jenes Volk als den unversöhnlichsten unserer Feinde ansehen, solche Vorstellungen dürfen durchaus keinen Einfluß weder auf die Führung des Krieges noch auf den künftigen Friedensschluß haben. Es ist durchaus möglich, daß der eine Feind der böseste ist und daß der entscheidende Schlag dennoch gegen einen anderen geführt werden muß, einfach weil dieser leichter zu treffen ist, und auch jener nachgeben muß, wenn dieser geworfen ist. Nichts unlogischer und deshalb unsinniger als der Satz, „entweder England besiegen oder selbst besiegt den Krieg aufgeben". Es ist durchaus denkbar, daß wir den Krieg völlig gewinnen, ohne gerade England besiegt zu haben. Die Stelle zu finden, wo wir den Krieg am besten gewinnen, ist Sache der Obersten Heeresleitung. Noch weniger aber hat die „Unversöhnlichkeit" und der „ewige Haß" mit dem künftigen Friedensschluß zu tun. Die Naivität, die England durch Nachgiebigkeit zu „gewinnen" sucht, ist um keinen Deut größer als die, die Rußland auf diesem Wege zu versöhnen meint. Ganz ebensosehr ist die Vorstellung auszuscheiden, als ob die Kulturgemeinschaft, die uns mit dem Westen verbindet, einen Ausgleich ermögliche oder auch nur erleichtere. So hoch die romanisch-germanische Kultureinheit zu schätzen ist in ihrer Wechselwirkung und in ihrer Unzerstörbarkeit, so hat sie doch auf die auswärtige Politik keinen unmittelbaren Einfluß, und darf keinen haben. Wir haben uns 1813 mit den Russen gegen die Franzosen verbunden und heute sind die Westmächte gegen uns mit den Russen verbunden. Ich kann den Herren von der Gegenseite, die eine Bevorzugung Englands beim Friedensschluß aus Kultur-

rücksichten abweisen und verdammen, in diesem Punkt nur beipflichten. Ebensosehr aber ist der Gesichtspunkt des größeren Hasses zu verwerfen, um nach ihm die Politik zu orientieren. Der Herr Reichskanzler hat einmal gesagt, die Sentimentalität seien wir los. Ich fürchte, das ist ein schwerer Irrtum. Die Politik des Hasses, wie sie u. a. Graf Reventlow predigt und wie sie tatsächlich weite Volksschichten erfüllt, ist nichts anderes als Sentimentalität, darum freilich auch bei den Deutschen so leicht zu predigen und so wirksam. Was in Wirklichkeit untersucht werden müßte, wenn man von Kriegszielen spricht, wovon sich aber in all' den Reden, Resolutionen und Leitartikeln, die sich gegen England richten, kaum je eine Andeutung findet, das ist die Frage, wer von unseren Gegnern nicht in dem Kriege, sondern nach dem Kriege der gefährlichere bleiben wird. Das ist England unzweifelhaft nicht. England hat mit der irischen Frage, mit der Beibehaltung der Wehrpflicht, mit der Neubildung des völlig verbrauchten parlamentarischen Zwei-Parteien-Systems, im Verhältnis zu seinen Kolonien, im Verhältnis zu Indien, im Verhältnis zu Japan so ungeheure, so unlösbare Schwierigkeiten vor sich, daß seine Kraft nach außen an allen Ecken und Enden gelähmt sein wird. Vor allem aber ist für seine Seeherrschaft, die heute noch so machtvoll dasteht, das Menetekel bereits an die Wand geschrieben. Die Fortschritte der Tauchboottechnik und die vorauszusehende ungeheure Vermehrung dieser Waffe, dazu die Handelstauchschiffe werden alle Bedingungen, unter denen der Seekrieg heute noch steht, umstürzen. Der Einwand, den man gemacht hat, daß neue Erfindungen die Wirksamkeit der Tauchboote wieder aufheben können, zeigt fast am drastischsten die Schwäche der Position des Inselstaats. Was ist eine Großmacht, deren ganze Zukunft auf der Hoffnung auf eine neue Erfindung beruht? Besonders wenn die Hoffnung so gering ist, wie hier? Man kehre nicht etwa den Satz um und sage: also Deutschlands Stellung beruht darauf, daß keine neue Erfindung gemacht wird! Gewiß, wenn die neue Bombe erfunden wird, die man 100 Meilen weit werfen kann und eine Armee tötet, so ist derjenige Staat, der sie nicht hat, verloren. Aber auf diese Gefahr hin kann man immer noch ohne Besorgnis leben. Vor der Zukunft der Tauchboote aber kann England schon heute nicht ruhig leben.

Die wilde Wut, mit der die englische Presse nicht bloß

die Besiegung, sondern auch die völlige Zerschmetterung und Auflösung Deutschlands fordert, entspringt nicht bloß dem aufgepeitschten Haß, sondern auch der Furcht vor der Zukunft, wenn irgendein Deutschland bestehen bleibt. „Wir können es uns nicht leisten", schrieb der sonst gemäßigte „New Statesman" (26. 8.), „Deutschland ungestraft und in seinen unerhörten Wünschen ungehindert zu lassen, damit es sich zu einem neuen Kriege nach 10 Jahren unter günstigeren Bedingungen rüsten kann." Als jüngst das Mitglied des Unterhauses, Kapitän Bathurst in der Times die Frage der Ernährung Englands in einem zukünftigen Kriege anschnitt und eine Belebung des englischen Ackerbaus nach Bismarckschem Muster empfahl, hat ihm die „Westminister Gazette" erwidert (25. 8.), daß es sich um $^4/_5$ des Bedarfs handle, die doch wohl keinerlei Agrarreform hereinzubringen vermöge, und dann leise angedeutet, was ja auch der Minister Grey schon einmal getan hat, daß sich über den Grundsatz der Freiheit der Meere doch wohl reden lasse. So ist es in der Tat. Nicht mehr Deutschland, sondern England ist es, das in Zukunft das größte Interesse an der freien Schiffahrt haben wird. Das Wort David Urquharts: „Unsere insulare Lage läßt uns nur die Wahl zwischen Allmacht und Ohnmacht. Britannia wird die Königin des Meeres sein oder vom Meere verschlungen werden" — dieses Wort wird in Erfüllung gehen. Eine ganz inhaltlose Phantasie ist es deshalb, wenn der „Unabhängige Ausschuß" (Prof. Schäfer) verkündigt, „Belgien kann nur deutsches oder englisches Bollwerk sein". Es gibt noch manche andere weltpolitische Kombinationen, wo Belgien weder das eine, noch das andere zu sein braucht. Nein, wir haben die wahre militärische, die hier zugleich die politische Einsicht ist, ganz wo anders als bei diesem „Unabhängigen Ausschuß" zu suchen. Sie liegt in den Worten des Feldmarschalls Hindenburg, deren Kenntnis wir dem sozialdemokratischen Berichterstatter Düwell verdanken: „Die Engländer hassen wir" — „die Gefahr der Zukunft für Deutschland liegt im Osten." Ich darf sagen, daß ich aufgeatmet habe, als ich diese Worte aus diesem Munde las, und wie sehr sie den Herzpunkt der Frage getroffen haben, läßt sich erkennen in dem Satz, mit dem die „Deutsche Tageszeitung" sich vor ihm zu retten sucht: „vom militärischen Standpunkt" sei es klar, „daß eine der Grundvoraussetzungen für die Beseitigung der Gefahr im Osten besteht, daß

Englands Kraft gebrochen werde". Ob dem wirklich so ist, überlasse ich getrost dem Feldmarschall Hindenburg. Vermag er Rußland matt zu setzen, ohne vorher „Englands Kraft gebrochen" zu haben, so wird der deutsche Patriot damit trotz des „militärischen Standpunktes" der „Deutschen Tageszeitung" zufrieden sein.

* * *

Seitdem ist das Interview des englischen Ministers Lloyd George und die Rede des Herrn Reichskanzlers im Reichstage erfolgt. Lloyd George hat die Herausforderung Deutschlands zum Vernichtungskampf noch dadurch unterstrichen, daß er jede Friedensvermittelung von Neutralen aufs entschiedenste verbeten hat — was Herr Wilson und die Amerikaner in nähere Ueberlegung zu ziehen haben werden. Herr von Bethmann Hollweg aber hat den deutschen Standpunkt von neuem mit dem ganzen Takt und der Feinheit des Geistes gekennzeichnet, die ihm eigentümlich sind und von der Kompliziertheit unserer Lage gefordert werden. Je genauer man die Rede liest, desto inhaltreicher scheint sie, auch dadurch, daß man sich klar macht, was nicht gesagt ist. Indem der Herr Reichskanzler von neuem hervorhebt, daß dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei, und die Eroberungsgier unserer Gegner geißelt, lehnt er von neuem die Eroberungsgedanken, die uns von unseren Gegnern untergelegt werden, ab, ohne jedoch die patriotischen Heißsporne bei uns, die nun einmal ohne solche Vorstellungen den Krieg nicht mit voller Hingabe glauben führen zu können, gar zu sehr zu verletzen. Vorzüglich ist die Wendung, in der Herrn Briand vorgehalten wird, daß sich sein Ideal des friedlich beieinander wohnenden Europa, für das Frankreich angeblich kämpfe, nicht wohl vertrage mit dem dauernden Wirtschaftskrieg, der Deutschland noch nach dem Frieden angekündigt werde.

Die unerhörten Unterstellungen mit der weite Kreise in mißleitetem und mißverstandenem Patriotismus das Vertrauen zu der Regierung des Kaisers in der Anwendung der Kriegsmittel untergraben, sind mit voller Energie und in einer populär-draftischen Form zurückgewiesen. Wenn der Reichskanzler selber sagt, daß der Staatsmann, der nicht jedes Mittel, das zur Abkürzung des Krieges diene, anwende, verdiene gehängt zu werden, so werden wir ja wohl vertrauen können, daß tatsächlich alle solche Mittel,

die nach der wohlerwogenen Ueberzeugung der verantwortlichen Stellen dem Kriegszwecke dienen können, zur Anwendung kommen. Daß weite Kreise das nicht glauben wollen, ist bedauerlich, aber nicht zu ändern, und man muß sich damit trösten, daß es zu allen Zeiten und bei allen Völkern und in allen Kriegen patriotische Toren und kurzsichtige Demagogen gegeben hat. Endlich das schöne Wort „Freie Bahn für alle Tüchtigen" hat zwar in Preußen prinzipiell seit 1807 Geltung, praktisch aber gab es doch immer noch allerhand Hindernisse, und für die unermeßliche Arbeit, die uns nach dem Frieden bevorsteht, wird, freilich neben manchem Anderem, auch dieser Satz Wegweiser sein. Mehr zu verlangen und schon während des Krieges gesetzgeberische Arbeit zu fordern, ist unberechtigt und praktisch unausführbar. Gesetzgeberische Arbeit gibt es nicht ohne Parteikampf. Wir wollen aber jetzt keinen Parteikampf und dürfen ihn nicht wollen.

Der Krieg im September.

30. September 1916.

Ich habe im letzten Heft den Unterschied zwischen der Angriffsmethode der Russen auf der einen, der Engländer und Franzosen auf der anderen Seite dahin zu bestimmen gesucht, daß jene ihre Ueberzahl durch die Breite der Angriffsfront, diese sie durch die Ausdehnung des Angriffs nach der Zeit, durch die nicht aussetzende Wiederholung zur Geltung zu bringen suchten. Der General Kuropatkin — zweifellos trotz seines Mißerfolges in der Mandschurei ein sehr bedeutender Militär — hat den Unterschied einem Interviewer gegenüber so ausgedrückt: Die Russen suchten durch Einsetzen von Menschen, die Westler durch Einsetzen von Munition zu siegen. Das scheint etwas ganz anderes, ist aber, wenn man näher zusieht, dasselbe. Hätten die Westler ihre Menschenmassen in derselben Weise opfern wollen, wie die Russen, so hätten sie eben in sehr viel breiterer Front angreifen müssen, und hätten die Russen solche Artillerie- und Munitionsmassen zur Verfügung, wie die Westler, so hätten sie an Menschen sehr erheblich gespart. Die vielgerühmte Einheitlichkeit der Front leidet also an einer prinzipiellen Diskrepanz. General Kuropatkin hat ganz recht mit seiner Forderung: jetzt

ihr eure Menschen so ein wie wir (d. h. greift in solcher Breite an) und gebt uns so viel Munition wie ihr verwendet, so — nun, wir brauchen den Satz nicht zu vollenden, denn die Bedingungen sind hüben wie drüben nicht erreichbar. Bei den Voraussetzungen, wie sie nun einmal gegeben sind, haben die Russen es erreicht, einen gewissen Landgewinn zu machen, und die Westler haben uns größere Menschenverluste zugefügt: strategisch, für die Entscheidung des Krieges ist hüben so wenig erreicht wie drüben.

Die englisch-französische Presse vergleicht ihren Angriff an der Somme zwar mit unserem Angriff auf Verdun, freut sich, nachrechnen zu können, daß ihr Geländegewinn größer sei als der von uns erreichte und entnimmt daraus Hoffnungen für den Fortgang. Es handelt sich aber um grundverschiedene strategische Aktionen. Bei uns war der Ort Verdun etwas Sekundäres; auch ein Durchbrechen und Aufrollen der französischen Front war nicht in Frage. Gewiß wäre es für uns von Wert gewesen, namentlich wegen der moralischen Wirkung, wenn wir schließlich Verdun gewonnen hätten, aber das Wesentliche lag für uns in der Zermürbung der französischen Armee durch den Kampf selbst — wie ich es von einem hohen Offizier habe ausdrücken hören: je schwerer die Franzosen uns den Kampf machen, desto besser ist es, d. h. die Verlängerung des Gefechtes unter den für uns günstigen Bedingungen ist uns vorteilhaft. Wir umfaßten die französische Stellung; wir konnten ihre Anmarschwege allenthalben unter Feuer nehmen; die Franzosen mußten, wenn sie Verdun nicht verlieren wollten, fortgesetzt Gegenangriffe machen: unter diesen Bedingungen mußten ihre Verluste immer sehr viel größer sein als die unsrigen. Umgekehrt ist es an der Somme. Die Stellung als solche hat für uns keinen Wert; für die Franzosen wäre es sehr deprimierend gewesen, Verdun einmal räumen zu müssen, für uns sind nicht nur die Dörfer, die wir verloren haben, wertlos, sondern selbst wenn wir Peronne und Bapaume preisgeben sollten, so hätte das nichts zu bedeuten. Wir sind also, wenn wir Gräben verloren hätten, nicht gezwungen, sie mit opfervollen Gegenangriffen zurückzugewinnen, und während unser Vordringen bei Verdun die Franzosen mehr und mehr einengte, führt das Vorwärtskommen der Alliierten an der Somme sie nur immer tiefer in eine ungünstige, von beiden Seiten umfaßte Sack-Stellung hinein. Sind auch vermöge der drüben angehäuften,

von massenhaften Fliegern systematisch geleiteten Artillerie unsere Mannschaftsverluste in diesem monatelangen Ringen schmerzlich genug, so sind doch die Verluste unserer Gegner, wie wir aus den englischen Verlustlisten mit Sicherheit feststellen können, unverhältnismäßig viel größer. Wenn trotzdem die Angriffe immer wiederholt werden, so entspringt das der Berechnung, daß, wenn man auch selber nichts ausrichte, doch viele Truppen dadurch gebunden würden und auf diese Weise den Alliierten auf der anderen Front, im Osten oder im Westen, in Italien oder bei Saloniki vielleicht der Enderfolg ermöglicht werde, und die größeren Verluste nimmt man in Kauf, da man ja immer noch die Ueberzahl behält.

Um diesen allseitigen Angriff fortsetzen zu können, ist es nötig, den Russen einen dauernden Zustrom an Munition zu erhalten, und dessen Hauptader droht durch das Zufrieren des Hafens von Archangel unterbunden zu werden. Dem zu entgehen ist die Pression auf die skandinavischen Staaten angesetzt, damit sie die Munitions-Durchfuhr erlauben. Zugleich soll auch der Warenhandel mit uns, der völkerrechtlich erlaubt ist, abgeschnürt werden. Ebenso verfährt man mit Holland. Es ist abzuwarten, wie weit diese Staaten sich das gefallen lassen werden.

Trotz der großen Verluste und geringen Erfolge war den ganzen August hindurch die öffentliche Meinung in den Verbandsstaaten voller Zuversicht in den Sieg; zu einem wahren Jubelsturm aber erhob sie sich, als auch Rumänien auf ihre Seite trat. 600 000 oder gar 800 000 Mann sollte dieser Staat hineinwerfen können: das mußte die ohnehin günstig stehende Wage zum Sinken bringen!

Drei Wege ließen sich denken, auf denen die rumänische Armee es übernehmen konnte, die Entscheidung zu erzwingen. Sie konnte sich in ihrer ganzen Masse dem linken Flügel der großen russischen Offensive anschließen und in größerem oder kleinerem Bogen die österreichisch-deutsche Südflanke umfassend zu packen suchen. Das hätte unsere ganze östliche Aufstellung mit der Aufrollung bedroht.

Die Rumänen konnten zweitens westlich von Bukarest, etwa da, wo es 1877 die Russen getan haben, bei Sistowa über die Donau gehen und auf Sofia marschieren, mehrere Stichbahnen (Nikopolis, Corabia), die hier an die Donau führen,

hätten das erleichtert und sind vielleicht ehedem schon mit diesem strategischen Hintergedanken gebaut worden. Wenn dann gleichzeitig Sarrail von Saloniki aus ebenfalls in der Richtung auf Sofia eine kraftvolle Offensive unternahm, so konnten unter dem Doppeldruck die Bulgaren zerquetscht werden, wie im vorigen Jahr die Serben. Dann war die Verbindung zwischen den Zentralmächten und der Türkei unterbrochen, Konstantinopel konnte vom Lande aus angegriffen und überwältigt werden.

Die Einnahme von Konstantinopel wäre für die Entente in mehr als einer Beziehung von entscheidendem Wert. Die Oeffnung der Dardanellen gäbe dem russischen Getreide den Ausweg zur Ernährung der Westvölker und der Artillerie und Munition der Westvölker die Zufahrt zur russischen Front. Deshalb wurde in der westlichen Presse mit Vorliebe der dritte Plan erörtert, daß eine vereinigte russisch-rumänische Armee den direkten Weg über die untere Donau, durch die Dobrudscha einschlage. 1877 haben die Russen diesen Weg nicht genommen, sondern haben viel weiter westlich die Donau überschritten, weil sie das Festungsviereck Silistria, Rustschuck, Schumla, Varna fürchteten und zu umgehen wünschten, und auch diesmal war der Weg nicht ungefährlich, weil man dabei die bulgarische Armee in der Flanke stehen ließ. Aber man stellte sich vor, daß diese durch die Armee Sarrail genügend festgehalten werde, und die möglichst schnelle Oeffnung der Meerengen schien von allen Zwecken der wichtigste.

Von diesen drei großzügigen Möglichkeiten ist nun keine zur Ausführung gekommen, und man kann die Gründe so ungefähr erraten. Den Rumänen lag vor allem daran, zunächst einmal den ihnen in Aussicht gestellten Siegespreis, Siebenbürgen in Besitz zu nehmen. Ein Teil ihrer Armee rückte also hier und in das südliche Ungarn ein. Des Weiteren faßte man wohl den dritten Plan, die Offensive durch die Dobrudscha ins Auge, sandte aber auch hierhin nur einen Teil der verfügbaren Truppen und schickte den Rest dem linken Flügel der Russen an den Grenzen von Ungarn und der Bukowina zu Hülfe, offenbar, weil der General Brussilow gemeldet hatte, daß er ohne eine solche Unterstützung nicht weiterkommen könne.

Die rumänische Macht war also von vornherein zersplittert, aber sie ist auch viel kleiner, als ihre Freunde von der Entente sich einbildeten. Rumänien hat zwar 7½ Millionen Einwohner,

aber es ist nicht entfernt möglich, diese in dem Maße ins Feld zu führen, wie etwa die Bulgaren. Der rumänische Staat ist, wie an anderer Stelle in diesem Heft eingehender dargelegt, ein Bojarenstaat, der eine stumpfe bäuerliche Masse regiert. Von einer opferfreudigen, ehrgeizigen, nationalen Gesinnung, wie er das bulgarische Bauerntum durchdringt, ist in den rumänischen Massen nichts zu spüren. Die stehende Friedensarmee ist sehr stark, 105 000 Mann, im Verhältnis zur Bevölkerung erheblich mehr als im Deutschen Reich; mobilisiert mag diese Armee auf das Dreifache anschwellen; sie aber dann noch weiter durch Landwehr und Landsturm zu ergänzen, dürfte schwer fallen. Auch Deutschland hat im Jahre 1870 nicht viel über 3½% seiner Bevölkerung ins Feld gestellt. Wohl war im Geheimen die Mobilmachung in Rumänien ziemlich weit gefördert worden, aber eine solche stille Mobilmachung hat ihre Grenzen. Ziehen wir die Besatzungs- und Ersatztruppen ab, so wird das Königreich in den ersten Tagen und Wochen schwerlich viel mehr als 200 000 Mann in der Front gehabt haben und diese, wie wir gesehen haben, auf drei getrennte Kriegsschauplätze verteilt. Die, wie es heißt, 60 000 Mann, die den Russen zu Hilfe kamen, richteten nichts aus, vielleicht, wie ein französischer Kritiker schrieb, weil heute die schwere Artillerie entscheidet und die Rumänen davon nicht viel haben; die Truppen, die in Ungarn einfielen, nahmen die Grenzorte ein und blieben dann ängstlich stehen. In der Dobrudscha aber geschah etwas völlig Unerwartetes.

Die Zentralmächte sind, nach der Mitteilung des Grafen Tisza zwar durch den Moment der rumänischen Kriegserklärung überrascht worden, haben sie aber tatsächlich erwartet und damit gerechnet. Sie haben also auch den Gegenzug von weit her überlegt und vorbereitet und sich gesagt, daß es am vorteilhaftesten sei, sofort die Offensive zu ergreifen, erstens weil es immer gut ist, die Initiative zu haben und zweitens, weil anzunehmen war, daß im Augenblick des Kriegsausbruchs Rumäniens Mobilmachung gewiß noch nicht ganz vollständig sein werde. Es fragte sich also, wo die Offensive anzusetzen sei. Rumänien ist gegen Ungarn durch Gebirge gedeckt, im Süden gegen Bulgarien durch die breite Donau, mit Ausnahme des letzten Stücks, wo die Dobrudscha, südlich des Donauwinkels keine natürliche Grenze hat, sondern einem Einrücken in breiter Front offen steht. Hier also

stand eine bulgarisch-deutsch-türkische Armee unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Mackensen bereit. Wie aber deckte man den gefährlichen Punkt weiter oberhalb, von Sistowa bis Corabia, wo die Rumänen übergehen und auf Sofia marschieren konnten? Man wird gerechnet haben, daß unter allen Umständen einige Zeit vergehen müsse, ehe die Rumänen sich so weit gesammelt hätten, um den gefährlichen Strom-Uebergang zu wagen, und daß, sobald man erst in der Dobrudscha gesiegt habe, den Hafen von Constanza, die Seeverbindung mit Rußland und die Eisenbahn von da nach Bukarest (Donau-Uebergang Tschernavoda) bedrohe, den Rumänen jeder Gedanke an einen Donau-Uebergang im Westen vergehen werde. Die kühne Strategie, die die Truppen auf einem entscheidenden Punkt konzentriert, hat sich wieder einmal bewährt. Da anscheinend von rumänisch-russischer Seite überhaupt nicht ein Donau-Uebergang bei Sistowa, sondern ein Vormarsch durch die Dobrudscha vorbereitet und zu diesem Zweck schon ziemlich viel Truppen hier versammelt waren, so wurde die Niederlage nur um so größer. Ein ganzes Armeekorps wurde sofort in Tutrakan gefangen genommen, die Festung Silistria ohne Widerstand geräumt und der Druck auf die Bahnlinie von Constanza-Tschernavoda wurde so stark, daß die Truppen, die schon in Siebenbürgen eingefallen waren, schleunigst wieder zurückgeholt werden mußten.

Auch wenn der Erfolg der Mackensenschen Armee nicht bis zum Gewinn der Bahnlinie führen, sondern mit dem Uebergang in einen Positionskrieg abschließen sollte, so wäre doch etwas höchst Wesentliches erreicht, nicht bloß durch die Schwächung der rumänischen Armee, sondern auch durch die vorteilhafte Verkürzung der Verteidigungslinie. Der große Plan der Verbündeten, durch den Gewinn Konstantinopels unsere Einkreisung zu vollenden und den Ring auch in dem Sinne zu schließen, daß er durch den Austausch von Lebensmitteln und Munition allenthalben gleich stark gemacht werden könne, ist, wie wir unsererseits hoffen dürfen, endgültig gescheitert, selbst in den Augen der Verbündeten aber in seiner Verwirklichung aufs Unabsehbare hinausgeschoben. Schon dieser Aufschub aber wäre von durchschlagender Bedeutung, besonders auch deshalb, weil die Nachrichten sich mehren, daß es mit der Lebensmittelversorgung Englands sehr trübe bestellt ist. Die schlechte Ernte in den Vereinigten

Staaten und in Kanada läßt sich, wegen des ungenügenden Schiffsraumes, aus Argentinien und Australien nicht ausreichend ergänzen, und England schreit nach dem russischen Getreide.

Sehr merkwürdig ist die geringe Leistung der Armee Sarrail. Seit ¾ Jahren steht bei Saloniki eine gewaltige Armee, von der manchmal behauptet wird, sie sei 400 000 oder gar 500 000 Mann stark, und sie leistet nicht nur nichts, sondern macht kaum Anstalten dazu. Hätte eine solche Masse, an irgend einem Punkte in der Westfront eingesetzt, sich nicht viel mehr geltend machen können? Der Grund, weshalb man überhaupt bei Saloniki die große Heeresmacht versammelt und dort dauernd eingelagert hat, war offenbar von je die Rücksicht auf Rumänien. Nur wenn man hier die Bulgaren fesselte, konnte man hoffen, die Rumänen in das Ententelager hinüberzuziehen. Das ist ja nun auch wirklich gelungen. Aber damit scheint auch die Leistung vorläufig erschöpft, obgleich auch noch die Italiener und Portugiesen Verstärkungen gesandt haben. Es ist nicht zu erkennen, wie weit es die Besorgnis vor der Haltung Griechenlands ist, die den sonst sehr tatkräftigen Sarrail so fesselt, oder die innere Schwäche seiner bunt zusammengesetzten Truppenmasse und die Stärke der von den Bulgaren eingenommenen und wohl vorbereiteten Verteidigungsstellung.

Wie die neuesten Nachrichten lauten, will die Venizelos-Partei jetzt endlich mit Gewalt den Widerstand König Konstantins brechen und die Griechen auf die Seite der Entente führen. Es scheint aber keineswegs ausgeschlossen, daß doch noch wieder Knüppel dazwischen geworfen werden. Zwar, daß Rußland, das die serbischen Königsmörder in Schutz genommen, um des monarchischen Prinzips willen König Konstantin schirmen sollte, ist wohl gerade nicht zu erwarten. Wohl aber ist zu bezweifeln, ob die Verbündeten unter sich und mit Herrn Venizelos über die Bedingungen des Beitritts so leicht einig werden. Will Venizelos sich bei seinen Landsleuten behaupten, so muß er ihnen etwas bringen, und zwar nicht nur etwas, sondern recht viel. Das kreuzt sich aber mit den Interessen der Italiener, die allenthalben den Griechen entgegengetreten und ihnen schlechterdings nichts gönnen wollen. Rußland wiederum, wenn es die Verletzung des monarchischen Prinzips auch kalt lassen sollte, wird doch in Erwägung ziehen, ob die Errichtung einer griechischen

Republik nicht für seinen zukünftigen Einfluß in Athen schädlich werden würde. Diese innere Uneinigkeit seiner Gegner wird es gewesen sein, die dem König Konstantin seinen langen Kampf gegen die ihn umklammernde Uebermacht ermöglichte, und ihm auch, wenn er jetzt ganz unterliegen sollte, immer noch eine Zukunft bietet.

Nachtrag. Soeben kommt die Nachricht von dem Siege des Generals von Falkenhayn bei Hermannstadt. Der Sieg wird im Zusammenhange stehen mit dem Siege des Feldmarschalls von Mackensen in der Dobrudscha, insofern dieser rumänische Truppen aus Siebenbürgen abgezogen hat. Aber dieser Zusammenhang führt noch weiter. Die große und eigentümlich verwinkelte Front, die durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg herbeigeführt worden ist, hat uns aus dem Positionskrieg wieder in die Möglichkeit des Bewegungskrieges hinübergeführt, und das strategisch-operative Moment, das schon fast geschwunden war, zu neuem Leben erweckt. In diesem Augenblick kommt die Bedeutung des Gebirges in der Strategie in Betracht. In älterer Zeit galt die Regel, daß ein Gebirge nicht unmittelbar verteidigt wird, weil es unmöglich ist, alle Pässe gleichmäßig zu schützen; der Feind aber, wenn er mit Uebermacht einen der Pässe angreift, überwältigt und durchdringt, die Besatzung aller anderen Pässe im Rücken fassen kann; man benutzt deshalb das Gebirge am besten, indem man den Feind durch die Pässe hindurchläßt, ihn aber in dem Augenblick an der einen oder anderen Stelle angreift, wo er noch in der Entwicklung begriffen ist und die ungünstige enge Rückzugsstraße unmittelbar hinter sich hat. Bei der Verteidigung der Karpathen 1914/15 haben die Oesterreicher nicht so gehandelt, weil die große numerische Stärke der modernen Heere ihnen ermöglichte, alle Pässe gleichzeitig zu verteidigen. Auch jetzt haben die Oesterreicher ganz gewiß nicht die Rumänen absichtlich ins Land hineingelassen, sondern haben dem überraschenden Angriff zunächst nachgeben müssen. Als die Rumänen nun aber einmal das Gebirge überschritten hatten, sich dann aber, geängstigt durch die Ereignisse in der Dobrudscha, nicht vorwärts trauten, sondern an der ganzen langen Grenze entlang in Gruppen stehen blieben, da war es unserer entschlossenen Führung möglich, nach der guten alten Operationsmethode den großen Schlag zu führen, dessen weitere Folgen noch unabsehbar sind.

Realpolitischer Pazifismus.

Oktober 1916.

Dieser Krieg wird, wenn wir nicht noch Niederlagen erleiden, die wir vernünftigerweise als ausgeschlossen ansehen dürfen, mit einem großen Machtzuwachs für Deutschland endigen. Selbst wenn wir an keiner Stelle eine Gebietsveränderung annehmen als etwa die Herstellung eines unabhängigen Polenreichs, so wäre dieses Ergebnis für Deutschland gewiß keine reine Freude; dieses Polen würde uns mancherlei Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bringen, und würde bei der diplomatischen Behandlung viel Kunst erfordern. Immerhin wäre doch die Zurückverlegung der russischen Grenze und die Abtrennung des industriereichen, dichtbevölkerten Landes von Rußland für uns ein sehr großer Vorteil. Nicht weniger wichtig aber ist die Wandlung im Wesen des Seekrieges, die der Krieg ganz unabhängig davon, wie einmal die Friedensbedingungen lauten werden, heraufgeführt hat. Es kommt die Zeit und ist schon nahe, wo, wie ich in diesen Jahrbüchern mehrfach dargelegt habe, England an der Freiheit der Meere ein größeres Interesse haben wird, als wir. Ueberhaupt ist die Zukunft Englands, sein parlamentarisches System im Innern wie seine Weltstellung nach außen, an vielen Stellen von den allerschwersten Gefahren bedroht (vgl. Bd. 1, S. 243. Preuß. Jahrb. Bd. 164, S. 378. Bd. 165, S. 339. Bd. 166, S. 163), und die Wut, mit der man immer wieder ankündigt, uns bis zur Vernichtung niederkämpfen zu wollen, entspringt nicht nur dem Haß, sondern auch der verzweifelten Sorge um die eigene Existenz. Die Erhaltung und Fortbildung einer militärisch leistungsfähigen Türkei drückt auf den Lebensnerv des englischen Weltreichs, den Suezkanal. Ganz klar ist es weiter, daß es den Franzosen sehr viel schwerer sein wird, den Verlust an Blut und Gut, den der Krieg gebracht hat, im Frieden zu ersetzen, als uns. Ihr Blutverlust, absolut vielleicht ebenso groß wie der unsere, ist für ihre schwächere Bevölkerungszahl nicht viel weniger als doppelt so groß, die Bevölkerungsvermehrung hatte schon vor dem Kriege aufgehört, und die wirtschaftliche Zerstörung in den vom Kriege betroffenen Departements ist fürchterlich, während Deutschland nur in Ostpreußen und im Elsaß einen direkten Schaden erlitten hat. Gerade diese großen Vorteile Deutschlands, die bei einem günstigen Frie-

densschluß noch erheblich größer sein werden, erschweren bei unseren Gegnern das Aufkommen des Friedensgedankens. Das zu verstehen, muß man sich erinnern, daß es im Leben nicht nur darauf ankommt, wie die Dinge sind, sondern auch welche Vorstellung die Menschen von den Dingen haben. Bei unseren Gegnern herrscht aber, ganz wie bei uns, die Vorstellung, daß sie einen Verteidigungskrieg führten; sie glauben, daß Deutschland, um eine Weltherrschaft zu errichten, den Krieg vom Zaune gebrochen habe; darum müsse der Krieg solange fortgeführt werden, bis Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt sei „seinen verbrecherischen Versuch zu erneuern". Sonst seien alle Opfer vergeblich gebracht, alles Blut umsonst geflossen. Das ist der Sinn des uns so verrückt klingenden Wortes von der Zerstörung des deutschen Militarismus. Wir mögen nun noch so sehr versichern und bei unserer Versicherung noch so gutgläubig sein, daß uns nichts ferner liegt, als der Ehrgeiz einer Weltherrschaft, daß wir ein durchaus friedliches Volk seien, und nichts fordern als was uns einigermaßen gegen neue Ueberfälle sichere — die Völker glauben uns nicht, und dieser Unglaube ist es, welcher den Krieg ins Endlose zu verlängern droht. Gäbe es ein Mittel, den Gegnern, namentlich den westlichen Gegnern eine bessere und richtigere Meinung von unserem Charakter und unseren Bestrebungen beizubringen, so wären wir unzweifelhaft dem Frieden sofort sehr viel näher. Ein solches Mittel aber gibt es nicht. Es bleibt nichts übrig, als dem deutschen Schwert zu vertrauen und weiter zu kämpfen bis die Gegner einsehen, daß sie, um es bescheiden auszudrücken, uns als Großmacht bestehen lassen müssen und es der Zukunft überlassen, ob wir nicht doch bessere Brüder sind als sie heute meinen und nicht nur selbst leben, sondern auch Andere leben lassen wollen.

Erkennen wir also an, daß es unmöglich ist, den scharfen Zahn des Mißtrauens gegen unsere Herrschsucht mit der Wurzel auszureißen, so fragt es sich doch, ob nicht wenigstens eine gewisse Abstumpfung zu bewirken und dadurch der Hauptarbeit, die der Soldat zu vollziehen hat, eine gewisse Erleichterung und Abkürzung zu schaffen wäre.

Deutschland steht in dem Ruf, vor dem Kriege den Bestrebungen, die Streitigkeiten zwischen den Staaten auf dem Wege der Schiedsgerichte aus der Welt zu schaffen, wenig Wohlwollen ge-

zeigt zu haben. Nicht mit Recht. Deutschland hat mit einzelnen Staaten Schiedsverträge, z. B. mit England seit 1904. Es hat schon oft Streitigkeiten von einschneidender Bedeutung durch das Haager Schiedsgericht entscheiden lassen, z. B. den Venezuela- und den Casablancastreit, und hat in eine Reihe von wichtigen Verträgen, z. B. in den Marokko-Vertrag mit Frankreich, die unbedingte Schiedsklausel eingefügt. Gerade Deutschland hat ferner auch einen internationalen Gerichtshof betrieben für Prisen-Sachen, Wechselrecht, Scheckrecht. Was es ablehnte, war die Vorstellung, daß durch einen allgemeinen Weltschiedsgerichthof der ewige Friede hergestellt werden könne, und die deutsche Wissenschaft war mit der deutschen Staatsleitung darin einig, in diesen Bestrebungen eine Utopie zu erblicken, die leicht mehr schaden als nützen könne. Auch ich selber habe in einem Aufsatz „Zukunftskrieg und Zukunftsfriede" (1899, wieder abgedruckt in meinen „Erinnerungen") diesen Standpunkt vertreten und habe mich bis heute von dem Gegenteil nicht überzeugen können. Führende Pazifisten selber haben zugestanden, daß es einen utopischen Pazifismus gäbe, und wollen diesen von einem wissenschaftlichen Pazifismus unterscheiden. Leider aber ist, wie Professor Natorp bemerkt hat, der selber diesen Bestrebungen sehr zuneigt, schlechterdings nicht herauszubringen, welches der wissenschaftliche Pazifismus ist und welches der utopische. Rein theoretisch scheint die Sache wirklich hoffnungslos, praktisch aber glaube ich zu sehen, daß dieser Krieg zwei Erscheinungen hervorbringt, die die Voraussetzungen, mit denen man ehedem zu arbeiten hatte, wesentlich verändern und doch vielleicht ein gewisses Arbeitsfeld für den Pazifismus liefern. Auch der sozialdemokratische Zukunftsstaat ist ja von Anfang an als Utopie erkannt worden und ist noch heute eine Utopie; das hat aber das deutsche Reich nicht verhindert, eine äußerst wirksame und schließlich von der Sozialdemokratie anerkannte reale Sozialpolitik zu machen.

Ein Haupteinwand gegen den Pazifismus ist, daß den völkerrechtlichen Schiedsgerichtsurteilen die Exekutive fehle. Wo ist die Macht, die einen böswilligen Staat zwingt, sich dem Urteil des Schiedsgerichts zu unterwerfen? Man hat vorgeschlagen, den erforderlichen Druck durch einen allgemeinen Handels- und Verkehrsboykott, dem auch der Stärkste nicht lange widerstehen könne, zu bewerkstelligen. Wenn eine allgemeine Völkervereinigung be-

schließt, einem gewissen Staat weder Einfuhr noch Ausfuhr zu gewähren, noch auch nur die Post zukommen zu lassen, so wird er schon klein werden. Der Boykott ist aber nur wirksam, wenn alle oder so gut wie alle sich daran beteiligen. Da aber jeder Boykott den Boykottierenden selber schädigt, unter Umständen sogar sehr schwer schädigt — war zu erwarten, daß alle Völker sich um einer Sache willen, die sie in den meisten Fällen gar nichts anging, sich solche Opfer auferlegen ließen? Früher war das gewiß nicht zu erwarten; aber die Furchtbarkeit dieses Krieges ist offenbar im Begriff, in allen Völkern eine sehr starke Stimmung zu erzeugen, „das darf und soll nicht noch einmal geschehen". Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Stimmung — wenn nicht für immer, so doch für sehr lange Zeit — die Völker in dem Grade beherrschen wird, daß man aus ihr eine gewisse Exekutive gegen Friedensbrecher vermöge des Boykotts ableiten kann. Oder ist diese Exekutive vielleicht sogar schon zu stark, so daß man nach Kautelen suchen muß, daß sie nicht gemißbraucht werde?

Ein anderer Einwand gegen die völkerrechtlichen Schiedsgerichte ist, daß sie sozusagen die Weltgeschichte stillegen würden. Der politische Zustand, der gerade im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses besteht, würde für alle Zeit stabilisiert bleiben. Die heutige Gebietsverteilung und Staatenbildung, die doch auch nur eine durch Kriege, Eroberungen und Annexionen geschaffene ist, würde ohne inneren Grund als unveränderlich festgestellt. Es kann aber junge, aufstrebende Völker geben, die den bestehenden Rechtszustand als schlechthin unerträglich empfinden und in sich die Kraft und den Beruf fühlen, sich mit Gewalt eine andere oder bessere nationale Stellung zu erkämpfen. Prinzipiell wird sich dagegen kaum etwas sagen lassen. Praktisch aber werden wir annehmen dürfen, daß dieser Krieg in Europa Verhältnisse und Grenzen schafft, die auf sehr lange Zeit hinaus der Konservierung wert sind und verdienen, unter einen Rechtsschutz gestellt zu werden. Besonders vom deutschen Standpunkt aus, und je mehr, je mehr man hofft, daß dieser Krieg mit guten Ergebnissen für uns endigen wird, wird kein Widerspruch dagegen zu erheben sein, daß diese Ergebnisse völkerrechtlich befestigt werden. Im Gegenteil, wir können uns nur freuen, wenn die Anderen uns mit solchen Wünschen entgegenkommen. Diese aber können

es ihrerseits tun, weil sie an vielen Punkten mit uns darin einig sein werden, daß der Krieg bessere und gesündere Verhältnisse schafft, die in höherem Grade wert sind erhalten zu werden als die Zustände vor dem Kriege. Da ist zunächst die Wiederherstellung Polens, die man in England, Frankreich und Italien nicht umhin kann, gutzuheißen, und die auch die nicht zu unterschätzende Nebenwirkung haben wird, daß Deutschland seine Nationalitätenpolitik im Innern ändern muß. Tieferblickende Patrioten haben ja schon längst in Deutschland von dieser Politik, die so aufreizend auf ganz Europa gewirkt hat, abgeraten und den Satz verfochten, daß ein starker Nationalstaat zufällig eingesprengte Stücke eines fremden Volkstums nicht unterdrücken, sondern mit möglichst weitherziger Toleranz behandeln müsse. Daß des weiteren die auch in England vielfach beklagten Bestimmungen des Bukarester Friedens zu Gunsten der Bulgaren rückgängig gemacht werden, kommt ebenfalls einer gesunden Ausgestaltung des Nationalitätsprinzips zugute. Auch die beiden Nationalitäten in Belgien werden zu ihrem Recht kommen. Ueber Anderes, was auf derselben Linie liegt, ist es heute noch nicht opportun zu sprechen, aber das darf man wohl noch hinzufügen, daß die zu erwartende Freiheit der Meere Allen, also auch den Russen zu Gute kommen wird und ihnen einen gewissen Ersatz dafür bieten mag, daß sie die Gewalt über die Dardanellen fahren lassen müssen.

Ein dritter Einwand ist, daß es im internationalen Schiedsgericht keine wirkliche Unparteilichkeit gäbe; die Schiedsrichter werden immer, zum wenigsten unbewußt, durch Interessen oder Freundschaften und Feindschaften ihrer eigenen Staaten beeinflußt sein. Im besonderen würde Deutschland, das nun einmal die unbeliebteste aller Mächte ist, darunter zu leiden haben. Dieser Einwand ist sehr ernst zu nehmen. Er läßt sich ja dadurch sehr herabmindern, daß man bei der Zusammensetzung des Schiedsgerichts in jedem Falle den Parteien einen großen Einfluß gewährt. Das Schiedsgericht muß so zusammengesetzt sein, daß ihm von beiden Seiten Vertrauen entgegengebracht werden kann. Auch möchte ich raten, daß Deutschland darauf bestehe, daß in Anerkennung seiner wahrhaften Neutralität in diesem Kriege auch der Papst für diese Fragen als Souverän anerkannt und als Schiedsrichter genannt werden kann. Trotzdem leugne ich nicht, daß Deutschland die Erfahrung machen könnte, bei den Schieds-

gerichten schlechter abzuschneiden als andere Staaten. Die Besorgnis vor einem derartigen Nachteil muß abgewogen werden gegen den politischen Nachteil, den Deutschland davon haben würde, wenn es sich bei den zukünftigen Friedensverhandlungen weiter gegen den Schiedsgerichtsgedanken ablehnend verhalten sollte. Ich stehe nicht an, es als meine persönliche Meinung auszusprechen, daß der politische Vorteil, den wir durch Annahme des Schiedsgerichtsgedankens erlangen würden, jenen Nachteil weit überwiegen würde, gebe aber zu, daß man darüber verschiedener Ansicht sein kann.

Man hört häufig darüber klagen, daß Deutschland deshalb in der Welt so schlecht angeschrieben sei, weil unsere Vertreter nicht verstünden, die auswärtige Presse richtig zu behandeln und zu beeinflussen. Mag sein, daß darin manches verfehlt worden ist. Aber jedenfalls ist dies nicht das einzige, sondern es ist ein ganzer Komplex von Motiven, der zusammenwirkt, um uns bei den anderen Völkern eine schlechte Stellung zu geben und uns einen bösen Ruf zu machen; unsere Leser mögen sich z. B. an den interessanten Aufsatz eines Industriellen, Herrn Felix Stahl, erinnern (Bd. 159, S. 297, 1915), der feststellte, wie gewisse sachliche Eigentümlichkeiten des deutschen Gewerbfleißes die auf den ersten Blick kaum verständliche Begleiterscheinung hätten, uns draußen unbeliebt zu machen. Zu dem Komplex von Motiven, die hier zusammenwirken, gehört nun unzweifelhaft auch unsere ablehnende Haltung gegenüber den pazifistischen Bestrebungen. Ich behaupte und halte daran fest, daß wir das mit gutem Grund getan haben; aber das ändert natürlich nichts daran, daß weite Kreise der öffentlichen Meinung dahinter bösartige, aggressive Motive gewittert und uns deshalb scheel angesehen haben. Nun soll man zwar gewiß einer törichten öffentlichen Meinung zuliebe nichts tun, was man selber als verkehrt erkennt, man soll aber auch vom Standpunkt des Realpolitikers aus, der mit nüchternem Sinn die Machtverhältnisse abwägt, nicht unterschätzen, was die öffentliche Meinung in all ihrer Torheit für eine Macht ist. Ich glaube, daß, wenn wir nach den Fehlern suchen, die wir gemacht haben, hier noch viel mehr zu tadeln ist, als bei der ungenügenden Beeinflussung der ausländischen Presse. Welch' einen unsäglichen Schaden hat es uns getan, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten so überwiegend gegen uns

Partei genommen hat! Mit Mannschaften, Geld, Munition und Fliegern haben die Amerikaner unsere Gegner unterstützt und die völkerrechtswidrige Unterbindung des neutralen Handels durch die Engländer geduldet, trotz des Schadens, den sie selber dabei erlitten. Noch beim Friedensschluß werden wir von dieser Gesinnung manche Probe zu kosten bekommen. Man darf daher das taktische Moment, das in einer freundlicheren Behandlung des in Amerika so überaus mächtigen, ja beinahe herrschenden, mit religiösen Momenten verschmolzenen Pazifismus liegt, wenn auch nicht über-, so doch auch ganz gewiß nicht unterschätzen.

Niemals darf das Schiedsgerichtsverfahren natürlich dazu gemißbraucht werden, daß eine der beiden Parteien dadurch Spielraum zu Rüstungen gewinnt.

Daß der jetzige Weltkrieg durch derartige völkerrechtliche Abmachungen hätte vermieden werden können, ist natürlich eine Vorstellung des utopischen Pazifismus. Betrachten wir seine Genesis: der Krieg ist entsprungen aus dem Begehren Rußlands nach Konstantinopel und den Dardanellen. Um früher oder später einmal dieses alte Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen, schützte und nährte Rußland die Aspirationen der Serben auf Gründung eines Großserbiens, das die Auflösung Oesterreich-Ungarns bedeutete. Die Agitation, die die Serben zu diesem Zweck in den österreich-ungarischen Südprovinzen unterhielten, führte zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Oesterreich wäre verloren gewesen, hätte sich selbst aufgegeben, wenn es sich keine volle Genugtuung für diese Untat verschaffte. Diese Genugtuung konnte nur in der vollen und endgültigen Unterdrückung jener großserbischen Agitation bestehen, wie sie Oesterreich in seinem Ultimatum an Serbien gefordert und formuliert hat. Oesterreich versprach dabei die Integrität und Souveränität Serbiens nicht anzutasten, und Deutschland erklärte sich bereit, die Garantie für dieses Versprechen zu übernehmen. So gemäßigt diese Haltung Oesterreichs war, Rußland sah voraus, daß auch bei Wahrung seiner Integrität und Souveränität Serbien durch die Annahme der österreichischen Bedingungen zu sehr gedemütigt sein würde, als daß die herrschende, durch den Mord kompromittierte russophile Partei sich hätte am Ruder erhalten können; daß ihm also die Stütze, die es an Serbien gegen Oesterreich zu besitzen glaubte, zu entgleiten drohe und damit der Eroberungszug gegen Konstantinopel,

den es im Sinn hatte, unausführbar werden könnte. Sich dem nicht auszusetzen, beschloß es, den Krieg, der erst für etwas später geplant war, sofort aufzunehmen und zerriß die noch schwebenden Verhandlungen durch seine Mobilmachung (Nacht vom 30. zum 31. Juli). Die Warnung, die nicht bloß Deutschland, sondern auch der englische Botschafter Buchanan ausgesprochen hatte, daß die Mobilmachung den Krieg bedeuten werde, konnte nichts fruchten, da man eben den Krieg wollte.*) Frankreich schloß sich ihm an, weil es Deutschland fürchtete und weil es die Gelegenheit gekommen glaubte, seine Revanchegedanken zu befriedigen und Elsaß-Lothringen zurückzuerobern, in welchem Sinne es sich schon lange an Rußland vertraglich gebunden hatte, und England schloß sich ebenfalls an, weil es die Gelegenheit günstig glaubte, das aufstrebende Deutschland einigermaßen zu dämpfen, und vor allem Deutschland nicht durch den Sieg zum Herrn von Europa werden

*) Daß Rußland nicht bloß gewußt, sondern auch gewollt hat, daß seine Mobilmachung den Krieg entzünde, ist nicht bloß eine Vermutung, sondern läßt sich direkt beweisen. An demselben Tage, an dem die Total-Mobilmachung befohlen wurde (31. Juli), formulierte Sassonow die russische Forderung für die Verhandlungen mit Oesterreich so: „Si l'Autriche consent à arrêter la marche de ses troupes sur le territoire serbe, et si reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'interêt européen, elle admet que les grandes puissances examinent les satisfactions que la Serbie pourrait accorder au gouvernement austro-hongrois sans porter atteinte à ses droits souverains et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante" Das heißt also: selbst wenn Oesterreich die russischen Forderungen voll befriedigte, wenn es den begonnenen Vormarsch in Serbien einstellte, wenn es nach dem Urteil der vier Mächte (also österreich-feindlicher Majorität) die serbische Genugtuung so feststellen ließ, daß Integrität und Unabhängigkeit Serbiens gewahrt blieb, wenn also gar kein Streitpunkt mehr war — selbst dann wollte Rußland nicht seine Mobilmachung einstellen oder etwa bloß auf die an Oesterreich grenzenden Gebiete beschränken oder sie pari passu mit Oesterreich rückgängig machen, sondern sich nur verpflichten, „eine abwartende Haltung einzunehmen". Bergsträßer „Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch" S. 96 nennt die Note „cynisch" — vom moralischen Standpunkt gewiß mit Recht, politisch aber war sie nur konsequent. Sassonow fürchtete, und fürchtete, wie wir heute wissen, mit Recht, daß Oesterreich, nachdem es sich durch den Einmarsch in Serbien eine praktisch sehr wirksame Genugtuung verschafft, für das übrige nachgeben und so der Friede erhalten bleiben könne, und verhinderte das durch die Aufrechterhaltung der vollen Mobilmachung, von der er wußte, daß sie den Krieg bedeute. Ueber jeden Zweifel erhoben wird dieser Gedankengang dadurch, daß der Schlußsatz ursprünglich lautete „la Russie s'engage à cesser ses préparations" und verändert wurde in „la Russie s'engage à conserver son attitude expectante".

lassen wollte. Da Rußland die Stellungnahme der beiden Großmächte kannte und seiner Ueberlegenheit völlig sicher zu sein glaubte, weshalb sollte es Oesterreich etwas zugestehen und seinen Einfluß in Serbien fahren lassen?

Angenommen nun, Oesterreich hätte es mit seiner Ehre vereinbar gefunden, seinen Konflikt mit Serbien einem Schiedsgericht zu unterbreiten, — wäre der Krieg dann vermieden worden? Auszuscheiden ist zunächst der Vorschlag des Ministers Grey, daß die vier Mächte England, Frankreich, Italien und Deutschland die Vermittlung übernehmen sollten. Wenn es auch damals für die Oeffentlichkeit noch nicht so deutlich war, so gibt es doch heute über die Gesinnung Italiens gegen Oesterreich keinen Zweifel mehr: von den vermittelnden vier Mächten wären also drei von vornherein gegen Oesterreich gewesen. Nehmen wir aber an, man hätte sich über ein besser gesinntes Schiedsgericht geeinigt, so hätte auch dieses Oesterreich eine wirklich ausreichende Genugtuung nicht gewährt und gar nicht gewähren können. Denn welche Bedingungen das Schiedsgericht auch immer den Serben auferlegte, die Unterdrückung der groß-serbischen Agitation, auf die alles ankam, hätte es nicht erreicht, weil diese sich überhaupt nicht aus einzelnen Bedingungen ergeben konnte, sondern nur aus der Tatsache, daß die Serben ihre Ohnmacht Oesterreich gegenüber erkannten, welche Tatsache schon durch die Tatsache des Schiedsgerichts selbst ausgeschlossen wurde; weil ferner der Hauptpunkt des österreichischen Ultimatums, der Punkt, an welchem der Krieg ausgebrochen ist, eine rücksichtslos bis ins letzte hineinleuchtende gerichtliche Untersuchung des Verbrechens an dem Thronfolger und deshalb Führung der Untersuchung unter österreichischer Kontrolle schon durch die längeren Verhandlungen, die das Schiedsgericht gebraucht hätte, unwirksam geworden wäre, damit aber wiederum der Nachweis der Mitschuld der russophilen Partei in Serbien sich verflüchtigt hätte, und so der Zweck Oesterreichs, das Fortregieren dieser Partei in Serbien moralisch unmöglich zu machen, verfehlt worden wäre. So hätte also das Schiedsgericht dahin geführt, daß dem Habsburger Staat nur eine Scheingenugtuung zuteil geworden wäre, daß er aus dem Ereignis aufs schwerste geschädigt und erschüttert hervorgegangen und Rußland den Krieg, den es im Busen trug und der ihm die ersehnte Oberherrschaft über den Balkan eintragen sollte, mit um so

größerer Sicherheit, sagen wir zwei Jahre später, hätte beginnen können.

Man kann dagegen einwenden, daß doch schon ein zweijähriger Aufschub ein großer Gewinn gewesen wäre, da man nicht wissen kann, ob nicht irgend ein Zwischenfall in dieser Zeit den Krieg überhaupt verhindert hätte, z. B. ein Ausgleich zwischen Deutschland und England. Manche glauben ja, daß panslavistische Politiker eben deshalb das Attentat auf den Erzherzog Thronfolger angestiftet hätten, weil sie den Krieg zu entzünden wünschten, ehe der gefürchtete deutsch-englische Ausgleich zustande gekommen sei. Wie dem auch sei, kann man von einer Großmacht verlangen und erwarten, daß sie eine so ungeheure Schädigung, wie sie Oesterreich durch ein Schiedsverfahren erlitten haben würde, freiwillig auf sich nähme, um einen Krieg, dessen Unvermeidlichkeit sie vor Augen sieht, noch für eine kurze Zeit hinauszuschieben? Oder ist es etwa nicht wahr, daß Rußland nach Konstantinopel strebte? Ist es nicht wahr, daß Rußland Oesterreich eben deshalb zu zertrümmern strebte, weil es sich ihm bei seinem Begehren nach Konstantinopel in den Weg stellte? Ist es nicht wahr, daß eben deshalb jene tobende Wut gegen Deutschland zum Ausbruch kam, weil wir den Türken halfen sich zu regenerieren, europäisieren, sich dadurch militärisch zu kräftigen und sich fähig zu machen, ihren Besitzstand und ihre Hauptstadt zu verteidigen? Wagt es jemand, sei es in Deutschland, sei es bei unseren westlichen Gegnern, zu behaupten, daß Rußland auf sein Begehren nach den Dardanellen verzichtet haben würde, wenn Oesterreich sich mit Serbien in ein Schiedsgericht eingelassen hätte? Sollte es jemand wagen, so würden die Russen selber ihm widersprechen und ihn widerlegen, und wer noch darüber dokumentarische Belege wünscht, den verweise ich auf die von Paul Rohrbach herausgegebene Broschürensammlung „Die Russische Gefahr", namentlich auf das Heft „Das Endziel Rußlands" von Axel Schmidt (J. Engelhorns Nachf. Stuttgart), wo er sie finden wird. Hier sitzt der Dämon, den die Pazifisten zu bannen glauben, indem sie die Augen vor ihm verschließen. Rußland *wollte* den Krieg, weil es Konstantinopel wollte. Deshalb wollte es keine Demütigung Serbiens, weil es sich diesen Bundesgenossen gegen Oesterreich zu erhalten wünschte. Deshalb zerriß es alle Verhandlungen durch seine Mobilmachung. Frankreich *wollte* die Gelegenheit

benutzen für seine Revanche. England wollte die Einschränkung Deutschlands. Oesterreich wollte den Krieg nicht, aber es wollte, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin eine so starke Demütigung Serbiens, daß dadurch die groß-serbische Agitation zum Absterben gebracht würde, und Deutschland wollte den Krieg ebenso wenig, aber es wollte, um unabsehbaren Zukunftsgefahren zu entgehen, Oesterreich wie die Türkei in ihrem Besitzstand erhalten und sie in ihrer inneren Kräftigung unterstützen.

Waren schon diese Gegensätze nicht durch pazifistische Organisationen zu zügeln, hätten sich etwa Italien und Rumänien von ihren Kriegserklärungen an Oesterreich abhalten lassen, wenn dieses ein internationales Schiedsgericht angerufen hätte? Zwischen diesen Staaten und Oesterreich gab es überhaupt keine Streitpunkte, die durch irgendein Verfahren hätten beigelegt werden können, sondern es gab nichts als den „heiligen" oder unheiligen Egoismus, der vermeinte, eine gute Gelegenheit zu haben, den Nachbar niederzuschlagen, ihn zu berauben und das eigene Machtgebiet zu vergrößern. Ja, dieser Nachbar war sogar ein Bundesgenosse, den man sich verpflichtet hatte zu unterstützen. Statt dessen griff man ihn an. Hätte Oesterreich einen Vorteil davon gehabt, wenn es statt seines Bundesvertrages einen Schiedsgerichtsvertrag hätte vorzeigen können?

So klar es ist, daß es unmöglich gewesen wäre, diesen Krieg durch irgendwelche internationale Organisation zu vermeiden, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß nicht für die Zukunft eine internationale Organisation einen gewissen Nutzen schaffen könne. 1914 wäre die Organisation nutzlos und wenn überhaupt wirksam, für Deutschland und Oesterreich schädlich gewesen, weil sie der groß-serbischen Organisation und damit den russischen Kriegsabsichten Schutz und Deckung gewährt hätte. Wenn nun aber dieser Krieg so ausgeht, wie wir es wünschen und erwarten, so liegen die Dinge erheblich anders. Freilich glaube ich, daß die Bedrohung Deutschlands und seiner Bundesgenossen durch den Vierverband noch lange anhalten wird. Aber die Tatsache, daß wir dem Ueberfall nicht nur standgehalten, sondern, wie wir uns am Eingang klargemacht, mit verstärkter Macht aus dem Kampf hervorgegangen sind, wird auf sehr lange Zeit beruhigend wirken. Die großserbische, von Rußland genährte Agitation, um derentwillen der Krieg schließlich ausgebrochen ist,

wird, wie auch immer die Balkanverhältnisse geordnet seien, erledigt sein. Andere Fragen, wo ein Schiedsgericht Lebensinteressen unserer Seite gefährden könnte, vermag mein Auge nicht zu entdecken; überdies wollen ja auch die Pazifisten für solche Fälle eine Ausnahmeklausel zulassen. Wünschen die Anderen, wie sie es ja fortwährend aussprechen, den Zustand, wie er dereinst aus dem Frieden hervorgehen wird, durch eine internationale Organisation zu befestigen, so sehe ich nicht, was Deutschland für Gründe hätte, ihr zu widersprechen. Daß kleine, sogenannte Raubstaaten das Schiedsgericht böswillig benutzen könnten, um sich hinter ihm zu verstecken, und Streitigkeiten, die sonst leicht zu erledigen wären, hinauszuziehen, ist gewiß richtig, trifft aber nicht Deutschland allein, sondern alle Großmächte gleichmäßig. Die prinzipiellen Fehler jedes überstaatlichen Organismus, der Eingriff in die staatliche Souveränität, die ungenügend verbürgte Unparteilichkeit, die ungenügende Exekutive des Urteils bleiben bestehen, schließen aber praktische Abmachungen von relativer Haltbarkeit nicht aus. Auch der Souveränitätsbegriff des Staates und der Souveränitätsbegriff der Kirche sind theoretisch und prinzipiell unvereinbar und unausgleichbar. Praktisch ist man aber doch immer wieder von Generation zu Generation zu irgendwelchen Vereinbarungen gelangt. Versuchen wir es auch einmal mit dem Pazifismus. Er ist absurd, aber credo quia absurdum, hat Tertullian gesagt, und welche Weltmacht ist dieses Wort geworden!

Johannes Haller, Bismarcks Friedensschlüsse. Aus „Weltkultur und Weltpolitik". Deutsche und Oesterreichische Schriftenfolge, herausgegeben von Ernst Jäckh-Berlin und vom Institut für Kulturforschung in Wien". Deutsche Folge 10. Preis 2 M. 120 Seiten. F. Bruckmann, A.-G., München.

Oktober 1916.

Die Schrift von Professor Haller ist glänzend geschrieben und bringt auch wertvolles neues Material; im einzelnen möchte ich aber mancherlei einwenden. Haller beginnt: „Frieden schließen ist schwerer als Krieg führen". „Napoleon, der größte Sieger auf dem Schlachtfeld, den die neuere Geschichte kennt, verstand nicht Frieden zu schließen. So oft er ihn diktieren konnte,

ebenso oft wurde der Friedensschluß der Auftakt zu einem neuen Krieg. Das ist mit ein Grund dafür, daß alle seine kriegerischen Erfolge schließlich doch zu seinem Sturze führten". Die Tatsachen sind richtig, aber ist dabei jener Ausspruch Napoleons genügend berücksichtigt: „J'ai un maître, qui n' a pas d'entrailles, c'est la nature des choses"? Fast noch mehr anfechtbar dürfte die Verdammung des Wiener Kongresses sein, weil die Ordnung, die er geschaffen, nicht von Dauer gewesen sei. Sie verstieß in der Tat in vieler Hinsicht gegen die Natur der Dinge und der Kongreß genießt deshalb ein sehr übles Andenken. Aber waren die Staatsmänner daran schuld? Oder war es der Widerstreit entgegengesetzter Interessen, die auf keinerlei Weise harmonisch auszugleichen waren? Und wenn ein Bismarck oder sogar eine ganze Anzahl Bismarcks 1815 in Wien versammelt gewesen wären, hätten sie etwas wesentlich anderes und besseres zustande bringen können, als die Alexander, Metternich, Hardenberg, Castlereagh, Talleyrand? Das soll natürlich nicht heißen, daß nun jeder Friedensschluß sozusagen nichts ist als das mechanische Ausrechnen der am Kriegsschluß festgestellten Machtverhältnisse. Es ist nicht anders als beim Kriege selbst: Die Kunst der Führenden kann viel, aber alle Kunst der Führenden hat ihre Grenze an dem beiderseitigen Kräfteverhältnis, und nicht nur der Staatsmann Napoleon, sondern auch der Feldherr Napoleon ist schließlich unterlegen. Und ist etwa Bismarck der Beschuldigung, daß die Feder des Diplomaten verdorben, was das Schwert des Soldaten erworben, entgangen? Friedensschlüsse, mit denen die öffentliche Meinung zufrieden gewesen, hat es, wie Manche behaupten, überhaupt noch nicht gegeben.

Der Friede von Nikolsburg war unzweifelhaft ein viel größeres politisches Kunstwerk, eine unendlich viel schwierigere Aufgabe, als 1870 der Friede von Versailles. 1866 kam es darauf an, daß Preußen sich in Voraussicht der künftigen Dinge Oesterreich gegenüber freiwillig mäßigte, und das ist in der Politik von je das Schwerste gewesen und wird auch immer das Schwerste bleiben. Sehr schön und sehr richtig schreibt Haller, daß es nicht bloß die Besorgnis vor dem Eingreifen Frankreichs gewesen sei, was Bismarck 1866 zur Mäßigung stimmte, sondern auch schon die mit bewundernswertem Scharfblick ins Auge gefaßte Aussicht auf unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland. Die berühmten

Erzählungen Bismarcks von seinem Konflikt mit König Wilhelm will Haller nicht gelten lassen und hält sie für sehr übertrieben, wie er überhaupt allen Erzählungen und Aussagen Bismarcks gegenüber höchst skeptisch ist. Im allgemeinen mit Recht, aber in diesem Falle wird doch die Erzählung Bismarcks durch diejenige Kaiser Friedrichs vollauf bestätigt.

Bei den Verhandlungen von Versailles kommt Haller zu dem Ergebnis, daß, wenn Bismarck fest geblieben wäre, er auch Belfort hätte haben können. Mag sein; man kann aber vielleicht mit noch mehr Recht das Umgekehrte behaupten, daß, wenn Thiers fest geblieben wäre, er Metz hätte behaupten können. Es ist gar keine Frage, daß Bismarck sich persönlich am liebsten mit der Sprachgrenze begnügt haben würde, und zu seinem, nicht einmal erfreuten Erstaunen ließ Thiers von Anfang an merken, daß er Metz preisgäbe. Hätte er das nicht getan, so wäre man wahrscheinlich auf die Idee des Großherzogs von Baden (die keineswegs, wie Haller meint, nur flüchtig berührt worden ist), zurückgekommen, Metz bei Frankreich zu lassen und dafür Luxemburg in das Deutsche Reich eintreten zu lassen. Die drohende Intervention der Neutralen, besonders Englands, hat bei dem Friedensergebnis keine Rolle gespielt. Zwar war Bismarck, wie Haller wieder mit Recht bemerkt, während seiner ganzen politischen Laufbahn in bezug auf feindliche Koalitionen argwöhnischer als nötig und hat die Stimmung in England und die Mahnung der englischen Minister zur Mäßigung gewiß nicht unberücksichtigt gelassen, praktisch aber hatte das keine Wirkung, da er, wie gesagt, selber am liebsten weder Metz noch Belfort genommen hätte und diese Festungen nur aus Rücksicht auf den König und die Militärs forderte. Er brachte die Frage auf die Weise zur Entscheidung, daß er zur Wahl stellte, ob die Franzosen lieber Belfort preisgeben oder den Einzug in Paris dulden wollten, auf den der König und die Militärs ebenfalls großen Wert legten. Natürlich wählte Thiers Belfort und hat dann seinerseits den diplomatischen Meisterstreich gemacht, daß der Aufenthalt der Deutschen in Paris nicht länger als bis zur Ratifikation des Friedens durch die Nationalversammlung in Bordeaux dauern solle. Gerade damit setzte er nun durch, daß die Versammlung den Frieden ohne jedes Zaudern aufs schleunigste approbierte; wir mußten wieder aus Paris heraus, als wir kaum

einmarschiert waren. Vortrefflich hat über den Verzicht auf Belfort jüngst Rich. Sternfeld (Tag v. 24. März) gehandelt.

Lord Grey. — Der „unabhängige Ausschuß". — Nötige Neuorientierungen. — England oder Rußland.

28. Oktober 1916.

Der erste Bogen dieses Hefts mit dem Artikel über realpolitischen Pazifismus war bereits umbrochen, als der englische Minister Grey die Rede hielt, die als wesentlichen Punkt des zukünftigen Friedens das Weltschiedsgericht hinstellte. In der Form, in der Herr Grey seinen Hörern dieses Schiedsgericht vorstellte, erscheint es als ein Produkt des utopischen Pazifismus, und die englische konservative Presse hat den Gedanken sofort mit Hohn zurückgewiesen. Wer aber mit uns darin übereinstimmt, daß, wennschon nicht früher, doch nach diesem Kriege die Zeit gekommen sein wird und die Verhältnisse sich so gestaltet haben werden, daß aus dem utopischen Pazifismus sich doch ein gewisses Stück Realpolitik herausholen läßt, der wird in der Tatsache, daß hüben und drüben diese Gedanken jetzt gleichzeitig erörtert werden, eine erfreuliche Verstärkung solcher Bestrebungen sehen.

Beschäftigen wir uns aber zunächst mit der Greyschen Rede als Ganzem. Als die Alliierten mit ihrer großen Somme-Offensive einsetzten, glaubte ich aus verschiedenen Zeichen zu bemerken, daß der Angriff einem nicht unbedingt entschlossenen einheitlichen Willen entsprungen wäre, sondern in der englischen Regierung eine Partei existierte, die ihn am liebsten vermieden und sich ganz auf den Aushungerungsplan beschränkt hätte. Ob diese Vermutung von anfang an unrichtig gewesen ist oder ob im Verlauf der Dinge die Schlacht-Partei die Oberhand gewonnen und den Kampf mehr und mehr bis zum äußersten Einsatz aller Kräfte weiter gesteigert hat, läßt sich nicht entscheiden. Ich erinnere aber an jenen Zweifel, weil die Greysche Rede von neuem dieselbe Frage aufwirft. Erst vor einigen Wochen hat ein anderer englischer Minister, Lloyd George, mit bis zur Rohheit gesteigerten Ausmalungen verkündigt, daß England nicht eher ruhen werde, als bis es Deutschland niedergestreckt habe. Jetzt kommt Herr Grey,

polemisiert natürlich nicht direkt gegen den Kollegen, stimmt aber seine Rede auf den gerade entgegengesetzten Ton. Er wiederholt zunächst mit Entrüstung die alte Anklage, daß Deutschland den Krieg heraufbeschworen, und kommt dann auf dieselbe Formel, die auch wir anwenden, daß die Alliierten Sicherheit haben müßten gegen Wiederholung solcher Ueberfälle, findet aber diese Bürgschaft nicht in der Niederschmetterung Deutschlands, sondern in dem Aufruf zu einem allgemeinen Friedensbunde.

Man könnte meinen, daß diese Wendung sich sehr einfach erklärt durch den Gang, den die Kriegsereignisse mittlerweile genommen haben. Als Lloyd George verkündigte, daß England Deutschland niederboxen würde, lebte man in England unter dem Eindruck, daß die fortschreitenden Erfolge an der Somme die Vorbereitung zu einem völligen Durchbruch und damit zur Bewältigung der deutschen Westarmee seien. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg verbürgte, wie man meinte, auch im Osten den Sieg. Jetzt haben sich diese Hoffnungen als Illusionen erwiesen: kein Wunder, daß auch die Sprache der englischen Minister sich geändert hat. Aber der Zusammenhang liegt doch offenbar noch etwas tiefer. Die sehr einflußreiche Wochenschrift „Nation" hat schon seit ziemlich langer Zeit ganz ähnliche Töne angeschlagen wie jetzt der Minister Grey, und das „Berliner Tageblatt" (Nr. 549) bringt sogar die Aussage einer hervorragenden holländischen Persönlichkeit, daß die Greysche Rede stellenweise wörtlich mit den Artikeln der „Nation" übereinstimme. Man schließt daraus, daß die „Nation" schon lange in geistigem Zusammenhang mit Grey stehe, daß also mit anderen Worten die friedliche Richtung, vertreten durch Grey, im englischen Ministerium immer vorhanden gewesen ist, sich, solange man in der Hoffnung eines vollständigen Sieges schwelgte, zurückhalten mußte und sich nunmehr hervorgewagt hat. Ist das richtig, so darf man schließen, daß, wenn die Sommeschlacht ohne Ergebnis endlich zu Ende kommt und unsere Siege in Rumänien größer und größer werden, die Richtung hinter Grey allmählich immer kühner ihr Haupt erheben wird.

Was will nun Lord Grey? Beide Parteien, sagt er, behaupten, der angegriffene Teil zu sein, und verlangen deshalb eine Gewähr gegen die Wiederholung. Berufen wir also einen neutralen Gerichtshof und lassen entscheiden, wer in Wahrheit

der Angreifer gewesen; danach müssen die Friedensbedingungen eingerichtet werden. Das klingt sehr doktrinär, aber Deutschland hat keinen Grund von vornherein nein zu sagen. Eine schiedsrichterliche Entscheidung, wer Schuld an dem Kriege hat, ist freilich unmöglich. Wer sollte einen solchen Richterspruch fällen? Die Gelehrten, die die historische Objektivität zum höchsten Gesetz ihres Denkens und ihrer Weltanschauung gemacht haben, sind sich jetzt noch nicht einmal über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges einig. Die prinzipielle Schuldfrage müßte also von vornherein als gerichtlich unlösbar ausgeschieden werden; von der Schuldfrage zu trennen ist aber die Feststellung gewisser positiver Tatsachen z. B. wann und unter welchen Umständen die russische Totalmobilmachung befohlen worden ist, die den allgemeinen Krieg entfesselt hat. Gerade von dieser Frage hat Herr Grey vorgeschlagen, daß sie einem unparteiischen Gerichtshof unterbreitet werden solle. Welchen Grund hätten wir, uns solchem zu widersetzen?

Nun gehe man aber auf diesem Wege noch um einige Schritte weiter, so ergibt sich bald ein ganz anderer Ausblick. Ist man erst beim Verhandeln, so wird man sehr bald auch noch ganz etwas Anderes verhandeln, als über Dinge, die in der Vergangenheit liegen. Sollte Herr Grey das nicht auch gesehen haben? Und wenn er es gesehen hat, sollte er es nicht auch gewollt haben? Jetzt erst erkennen wir den ungeheuren Zwiespalt zwischen dieser Rede und der Rede von Lloyd George, der verkündigte, daß es die Katastrophe Englands und der Triumph Deutschlands sein werde, wenn jetzt eine neutrale Friedensvermittlung einsetze.

Heuchelt Lord Grey, wenn er eine unparteiische Untersuchung über die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, fordert? Oder fühlt er sich wirklich unschuldig? Oder ist er sich bereits klar über den Ursprung und die Bedeutung der russischen Mobilmachung und will, daß auch die öffentliche Meinung in England das erkenne, indem er gleichzeitig schwört, daß die Entente unauflöslich sei? Die öffentliche Meinung in Deutschland sieht nach wie vor England und seinen Auswärtigen Minister als den eigentlichen Anstifter des Krieges an. Die unbefangenere Forschung neigt sich immer mehr der Ansicht zu, daß Herr Grey ehrlich ist, wenn er sagt, daß er den Krieg nicht gewollt habe, daß er aber dennoch schuldig ist, insofern er nicht Alles, was in seiner

Macht stand, ihn zu verhindern, getan hat. Es ist völlig wahr, daß er in Petersburg vor dem Kriege gewarnt und vom Kriege abgeraten hat, aber er hat gleichzeitig die Russen merken und wissen lassen, daß wenn sie seinem Rat nicht folgten, England dennoch an ihrer Seite am Kriege teilnehmen würde. Damit gab er die Entscheidung in die Hand der Russen. Deutschland hat es anders gemacht: es erklärte in Wien, daß wenn man dem deutschen Rate nicht folge, man auch nicht auf Deutschlands Hilfe rechnen könne. Hätte Grey eine Note desselben Inhalts rechtzeitig nach Petersburg geschickt, so wäre der Krieg vielleicht vermieden worden. Ob Grey die rettende Tat unterlassen hat, bloß weil er die Lage nicht richtig beurteilte, oder weil er sich im innersten Herzen sagte, daß er zwar nicht zum Kriege treiben wolle, daß aber, wenn der Krieg ohne sein Zutun ausbreche, das England ganz genehm sein könne, wird die Nachwelt vielleicht einmal erfahren, wenn ganz intime Aeußerungen zutage kommen, und es mag auch sein, daß es niemals bekannt wird. Immerhin ist zwischen einem zum Kriege treiben und einen Krieg nicht verhindern ein Unterschied, den wir nicht unterdrücken und vergessen dürfen. Eine rechtzeitige Revision der Vorstellungen über den Leiter der auswärtigen Politik in England würde ich deshalb nicht für unnützlich halten.

Man spricht jetzt sowieso so viel von Neu-Orientierungen. Die nötigste und erfreulichste aller Neu-Orientierungen wäre ein liberalerer und humanerer Geist in unserem Beamtentum. In unseren Einrichtungen aber sehe ich, abgesehen von der Zusammensetzung des preußischen Abgeordneten- und Herrenhauses und gewissen Gewohnheiten. in den staatlichen Anstellungen nicht, daß so sehr viel zu ändern ist; jedenfalls scheint mir die öffentliche Meinung vielfach der Neu-Orientierung mehr zu bedürfen als die öffentlichen Institutionen. Auf manchen Gebieten ist es ja auch schon geschehen.

Die von den Idealisten von je behauptete, von angeblichen Realpolitikern verhöhnte Mauserungsfähigkeit der Sozialdemokratie wird auch von den verbissensten Scharfmachern nicht mehr bestritten.

Daß die Polen nicht die natürlichen Feinde, sondern trotz aller Gegensätzlichkeit die natürlichen Bundesgenossen des Deutschtums seien — ein Gedanke, der lange Jahre wie ein Verrat

am deutschen Volke behandelt wurde — ist im Begriffe sich durchzusetzen. Der Abgeordnete Naumann hat in seiner glänzenden Reichstagsrede am 12. Oktober die fundamentale Verschiedenheit zwischen den Russen und den Westslawen sehr zur Zeit und in vortrefflichen Ausführungen dargelegt.

Mehrfach hat Präsident Wilson in unmißverständlicher Weise angekündigt, daß er einmal in diesem Kriege den Frieden zu vermitteln beabsichtige. Ob es noch dazu kommt, mag dahin gestellt sein. Die öffentliche Meinung in Deutschland in anbetracht der feindseligen Gesinnung Amerikas gegen uns bäumte sich dagegen auf. Jetzt muß sie sich aus dem Munde eines englischen Ministers belehren lassen, daß eine solche Vermittelung für Deutschland ein Triumph, für England eine Katastrophe sein werde. Werden wir uns noch weiter mit Enthusiasmus gegen diesen unseren Triumph verwahren?

Die Gebildeten, hat man in Deutschland früher immer und immer wieder gelehrt, müssen in der Politik die Führung haben, und man suchte eine Form des Wahlrechts, die ihnen diese Führung verbürge. Hat dieser Krieg wirklich gezeigt, das die Masse der Gebildeten an politischen Instinkt der Volksmasse überlegen sei? Wo sitzen denn die Unruhstifter, die es mit ihrem patriotischen Gewissen vereinbar halten, mitten im Kriege das Volk gegen die Regierung aufzuregen und das Vertrauen zur Reichsleitung zu untergraben? Nichts charakteristischer für diese Art der politischen Bildung, als die soeben veröffentlichte Resolution des „unabhängigen Ausschusses", über dessen Sitzung die „Germania" ein so merkwürdiges Protokoll veröffentlicht hat. Nachdem monatelang das Volk aufgewühlt und eine unselige Verbitterung erzeugt worden ist durch die Verbreitung der Anklage, daß die Regierung den Krieg verlängere weil sie aus irgendwelchen ungenügenden Motiven die vorhandenen Waffen nicht rücksichtslos anwende, so ist nunmehr auch der „unabhängige Ausschuß" zu der Einsicht gekommen, — und das wollen wir gern und dankbar anerkennen —, daß es nicht wohlgetan sei, die Kriegsleitung durch Volksbewegungen beeinflussen zu wollen, kann sich aber doch nicht versagen, durch die Wortfassung seines Beschlusses in versteckter Weise das Mißtrauen weiter zu unterhalten und zu nähren. Der patriotische, gebildete Philister, wie er leibt und lebt: nicht einsichtig genug um in den Zusammenhang der Dinge einzudringen und ihn zu

verstehen, zu selbstbewußt um einfach zu folgen, zu brav, um tatsächlich zu rebellieren. So unterwirft man sich, sich seines eigenen Widerspruchs halb bewußt mit mürrischer Miene. Denn es sind doch wohl meist Herren gewesen, die mit dem „Unabhängigen Ausschuß" in recht naher Fühlung stehen, die nunmehr erklärt haben, sich der Autorität unterwerfen zu wollen und damit zugestehn, daß sie für ihre, mit so viel Leidenschaft und unverbürgten Zahlen verbreitete Auffassung nicht genügende tatsächliche Grundlagen gehabt haben. Wären die Grundlagen und die Beweise für die Verkehrtheit unserer Seekriegsführung wirklich so überwältigend gewesen, daß man sich als Patriot im Gewissen gezwungen sah, dagegen Sturm zu laufen, so scheint mir, hätte derselbe Patriotismus es erfordert, weiter zu stürmen. Wenn man nun aber einmal sich von der einen Autorität emanzipieren wollte, um sich der anderen zu unterwerfen, so hätte man sich auch den Bodensatz des Mißtrauens gleich ganz ausfegen sollen. Das würde sich besser gemacht haben, als die Resolution, die in undurchführbarer Scheidung gleichzeitig Vertrauen predigt und Mißtrauen zeigt. Der deutsche Reichskanzler dürfte aber hoch und sicher genug stehen, um eine solche Opposition ertragen zu können.

Natürlich proklamiert der Unabhängige Ausschuß von Neuem unter Berufung auf das „ausgesprochene Empfinden des deutschen Volkes" England als den „rücksichtslosesten und gefährlichsten Feind". Ich habe bereits in früheren Heften ausgeführt, was gegen diese Auffassung zu sagen ist, und will das heute nach der anderen Seite, nämlich Rußland gegenüber, ergänzen, indem ich dabei einen Artikel von Prof. Hötzsch in der Kreuzzeitung (Nr. 545) zu Grunde lege, der in einer musterhaft sachlichen, dennoch oder vielmehr gerade deshalb nicht schwer zu widerlegenden Weise den sogenannten russenfreundlichen Standpunkt entwickelt.

Hötzsch geht aus von dem Ministerwechsel in Japan, wo der General Terautschi den alten Grafen Okuma ersetzt hat. Er stellt fest, daß Terautschi an dem jüngsten russisch-japanischen Vertrage mitgearbeitet habe, sieht ein dauerndes Zusammenhalten von Rußland und Japan voraus und glaubt, daß der neue Minister von der englischen und amerikanischen Presse wenig freundlich begrüßt worden sei. Er schließt daraus weiter, daß

England und Amerika künftig zusammenhalten müßten und würden, um sich nicht von Japan ganz aus dem so wichtigen China verdrängen zu lassen. Rußland aber habe sich mit Japan verständigt auf der Grundlage, daß Rußland die Küstenländer Chinas an Japan überlasse und sich selbst an dem Inneren schadlos halte.

Diese ganze Aufstellung ist in allen ihren Teilen anfechtbar. Terautschi ist durchaus kein Vertreter einer russenfreundlichen Politik. Man unterscheidet in Japan eine See- und eine Kontinental-Partei. Jene will die Expansion über die Inseln, die Philippinen, die holländischen Besitzungen, den Schutz der japanischen Ansiedler in Kalifornien. Diese will vor allem die Herrschaft über China, die sich keineswegs so glatt mit Rußland teilen läßt. Ganz im Gegensatz zu Hötzsch behandelt deshalb die „Rjetsch" das Ministerium Terautschi mit dem allergrößten Mißtrauen. Mehrere Mitglieder des Kabinetts Terautschi hätten eine politische Orientierung, die „jede Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit Japans mit Rußland ausschließe", heißt es hier wörtlich. Diese Partei sei freilich auch gegen das „einseitige englisch-japanische Bündnis" und neige direkt zu den europäischen Zentralmächten.

Wie dem nun auch sei, der Schluß, der von Hötzsch, wie auch sonst, gezogen wird, daß, um nicht aus China hinausmanövriert zu werden, England und die Vereinigten Staaten dauernd aufeinander angewiesen sein würden, ist viel zu weitgehend. Daß hier ein gemeinschaftliches Interesse vorliegt, ist allerdings richtig, aber es gibt andere Interessen und Momente, die jedem von den beiden Staaten eine andere Orientierung geben können. Amerika hat beschlossen, eine gewaltige Kriegsflotte zu bauen. Weshalb? Die Vermutung liegt nahe, daß es Japans wegen geschieht, und daß gerade jetzt der Beschluß gefaßt worden ist, weil Japan, von der Gunst der Verhältnisse getragen, im höchsten Maße anspruchsvoll auftritt und sich die Benachteiligung der Gelben in Kalifornien nicht länger gefallen lassen will, der Panamakanal aber, der alle Seeoperationen der Vereinigten Staaten so sehr erleichtert haben würde, definitiv als verunglückt angesehen wird. Mag sein, daß dies der nächste Zusammenhang ist. Sicher aber ist, daß wenn die große amerikanische Flotte erst existiert, sie ebensosehr ein Gegenstand der britischen Eifersucht sein wird wie die deutsche. Ist es wahr, daß der unerhörte Aufschwung des deutschen Wirt-

schaftslebens und der Bau der deutschen Kriegsflotte die Feindschaft gegen uns erzeugt haben, so liegen die Verhältnisse zwischen England und den Vereinigten Staaten jetzt oder sehr bald ganz ebenso. Im Lauf des 19. Jahrhunderts hat es zwischen ihnen sehr oft recht ernsthafte Reibungen gegeben. Dergleichen kann wiederkommen. Es gibt hier so viele mögliche Kombinationen, daß ich auch nur einigermaßen sichere Rückschlüsse auf die europäischen Gestaltungen daraus nicht ableiten möchte. Es ist möglich, daß, wie Hötzsch meint, Deutschland in Ostasien und der Südsee künftig keine Politik mehr zu treiben, sondern nur noch wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen in der Lage sein wird; aber daß das notwendig im Gegensatz zu England und Amerika geschehen müsse, ist ganz gewiß nicht richtig. Eher möchte man sogar das Gegenteil annehmen. Am wahrscheinlichsten ist wohl, daß es mancherlei schnell wechselnde Kombinationen geben wird, und eine Interessenharmonie zwischen Deutschland und Rußland aus diesen Verhältnissen abzuleiten, ist unzulässig.

Gehen wir lieber gleich ein auf den entscheidenden Punkt: unser Verhältnis zur Türkei und zur Frage der Dardanellen. Hötzsch meint, der Krieg habe offenbart, daß nicht Rußland, sondern England heute der Todfeind der Türkei sei. Auch an dieser Stelle ist öfter klargelegt worden, daß der Aufbau einer militärisch leistungsfähigen Türkei in der Tat für Englands Herrschaft in Aegypten und damit für sein Welt-Imperium eine sehr bedrohliche Tatsache ist. Aber wäre das Heilmittel, die Türkei zu teilen und Rußland an das Mittelländische Meer kommen zu lassen und Suez den Geschützen des Zaren auszusetzen, etwa eine Rettung? Wie auch England sich aus diesem Dilemma herausfinde, für uns, die wir uns unter allen Umständen den Weg über Konstantinopel nach Vorderasien frei erhalten müssen, ist die nächste Frage, ob hierüber zwischen uns und Rußland ein Ausgleich möglich ist. Hötzsch versucht diese Möglichkeit darzulegen. Er sagt: „Es ist nicht einzusehen, was Deutschland dagegen haben soll, daß Rußland unter Zustimmung der Türkei die Sicherheit der Durchfahrt seiner Produkte durch die Meerengen garantiert werde, warum nicht auch die Türkei eine Brücke für den Handelsverkehr Rußlands werden soll.“ In Friedenszeiten kann Rußland schon heute sein Getreide durch die Dardanellen transportieren mit derselben Sicherheit, mit der die deutschen Schiffe

durch den Aermelkanal fahren können, und wenn die Russen diese Durchfahrt noch besonders garantiert haben möchten, so wird niemand etwas dagegen einzuwenden haben. Man kann noch weiter gehen und sagen, die Türkei würde sich vermutlich bereit finden, den Russen auch die Durchfahrt von Kriegsschiffen zu gestatten in der Form, daß immer nur ein Schiff sich in der Durchfahrt befinden dürfe, so daß das zweite erst in den Bosporus einfahren darf, nachdem das erste die Dardanellen passiert hat, und umgekehrt. Würden sich aber die Russen damit begnügen? Das ist es ja gerade, daß sie verlangen, auch wenn die Türkei im Kriege sei, die Meerengen benutzen zu können. Wie aber soll die Türkei das machen, ohne ihre Hauptstadt zu gefährden? Kommt Krieg, mit welcher Macht auch immer, so kommt die Minensperre zum Schutze Konstantinopels, und die Minensperre schließt die Meerengen auch für neutrale Handelsschiffe. Sollte ein Mann wie Professor Hötzsch sich das nicht klar gemacht haben? Es scheint, er selber fühlt sich in diesem Punkt nicht ganz sicher, denn er rechnet auf die Zeit, wo Rußland sich so weit zum Industriestaat entwickelt haben werde, daß der Massentransport des Getreides durch die Dardanellen von selber aufhöre. Ich möchte dagegen einwenden nicht nur, daß wir nicht wissen können, in welchem Zustand Europa einmal sein wird, wenn Rußland wirklich sich zu einem vorwiegenden Industriestaat entwickelt haben sollte, sondern auch, daß ein Industriestaat eines gesicherten Seeverkehrs nicht weniger bedarf als ein Agrarstaat. Sollte Professor Hötzsch mir darin widersprechen wollen? Weiter haben russische Schriftsteller, z. B. die beiden Trubetzkois es offen ausgesprochen, daß es Rußland keineswegs genüge, selber die Meerengen frei benutzen zu können, sondern, daß es auch in der Lage sein müßte, sie gegen fremde Mächte zu schließen. Das Schwarze Meer soll ein festgeschlossenes russisches Binnenmeer sein; man will es nicht riskieren, fremde Kriegsschiffe vor Odessa erscheinen zu sehen. Sollte einem Mann wie Professor Hötzsch das unbekannt geblieben sein?

Hötzsch nimmt an, daß das mystisch-kirchliche Motiv, das die Russen ehedem mit dem romantischen Triebe nach Konstantinopel erfüllte, im Absterben begriffen sei. Ich wage es, dem den Satz entgegen zu stellen, daß weder das kirchlich-mystische, noch das wirtschaftliche noch das politische Machtmotiv für die

Eroberung Konstantinopels in Rußland jemals erlöschen werden, so lange Rußland eine Großmacht ist. Nichts, schlechterdings nichts wird es abhalten, diesen Plan einmal auszuführen, wenn seiner Macht nicht dauernd eine Macht sich entgegenstellt, die es daran verhindert. Wir mögen uns anstellen wie wir wollen, um diesen Streitpunkt zwischen uns und Rußland kommen wir nicht herum. Das bedeutet aber nicht, daß wir etwa in ewigem Kampf mit Rußland stehen müssen. Mag das Begehren der Russen nach Konstantinopel noch so heiß sein, ein unbedingtes Lebensbedürfnis ist es nicht, und wenn in Europa Frieden herrscht, ist es überhaupt kein Bedürfnis. Wenn Rußland also sieht, daß die Türkei gestützt auf starke Bundesgenossen willens und fähig ist, ihre Hauptstadt vor der Umarmung des Bären mit starker Hand zu bewahren, so wird Rußland sich in die Lage schicken, und auch wir können dann wieder auf einem friedlich-freundschaftlichen Fuße mit ihm verkehren. Anders aber nicht. Zwischen Rußland und uns existiert in Konstantinopel ein Interessengegensatz, in dem nichts als die Macht unsere Stellung wahren kann, und wer diesen Interessengegensatz vor sich und dem deutschen Volke zu verschleiern sucht, der gefährdet die deutsche Zukunft.

Deutschland hat Interessengegensätze mit England; Deutschland hat Interessengegensätze mit Rußland: welcher Feind ist der bösere? Ich verwerfe diese ganze Fragestellung. Alle Großmächte haben stets mit allen Großmächten gewisse Reibungspunkte und gewisse Anschmiegungen. Nichts ist falscher als Feindschaften und Freundschaften für alle Zeiten festlegen zu wollen. Oft wechseln die Bündnisse im Umsehen. Auch heute kämpfen Soldaten Schulter an Schulter, die sich vor wenigen Jahren als Feinde gegenüberstanden, und so war es immer. Der 13jährige spanische Erbfolgekrieg wurde durchgekämpft, um die dynastische Verbindung zwischen Frankreich und Spanien zu verhindern. Wenige Jahre nach dem Frieden von Utrecht war Frankreich im Bunde mit England. Als ewige Feinde galten einst die Häuser Habsburg und Bourbon; im Siebenjährigen Kriege verbündeten sie sich. Friedrich der Große konnte es sich nicht anders vorstellen, als daß Oesterreich der ewige Todfeind Preußens sei. Vier Jahre nach seinem Tode vertrugen sie sich und zwei Jahre darauf waren sie Bundesgenossen. Auch heute ist es falsch, sich orientieren zu wollen nach der Vorstellung, welche von den Großmächten

dauernd unser Feind bleiben müsse. Die richtige Orientierung kann allein geleitet werden von der Frage: wer von unseren Feinden wird in der nächsten Generation der mächtigste bleiben? Denn der Mächtigste, das ist der gefährlichste; mit den minder Mächtigen werden wir, auch wenn ein starker Interessengegensatz existiert, schon fertig werden. Ich habe in diesen Jahrbüchern eingehend dargelegt, weshalb ich glaube, daß Englands Macht, so imponierend sie sich auch in diesem Kriege entwickelt hat, doch nach dem Kriege zum Niedergang verdammt sein wird. Ich habe nicht gefunden, daß von irgend einer Seite irgend etwas Stichhaltiges dagegen vorgebracht worden ist. Wie steht es mit Rußland? Ist Professor Hötzsch der Meinung, daß Rußland wirtschaftlich zusammenbrechen werde oder daß innere Bewegungen es in Anarchie stürzen, oder sonst wie lähmen werden? Ist dem so und ist umgekehrt für die innere Gesundheit des englischen Staates und seine Weltbeziehungen nichts zu befürchten, so bin auch ich bereit, mich den Befürwortern eines Ausgleichs mit Rußland zuzugesellen. Vorläufig aber hege ich solche Hoffnungen nicht. Die Wiederherstellung der russischen Armee nach der Niederlage von 1915, die Durchführung des Alkoholverbots, der Bau der Murman-Bahn mitten im Kriege sind so gewaltige Leistungen, daß mir auch in Zukunft Rußland als unser stärkster und bedrohlichster Feind erscheint. Wer es anders sieht, möge es begründen. Professor Hötzsch verdient die Anerkennung, daß er wenigstens nicht mit Sentimentalitäten arbeitet und nicht wie der „Unabhängige Ausschuß" das „Empfinden des deutschen Volks" ins Feld führt, wo er Politik treiben soll. So allein ist eine fruchtbare Diskussion möglich.

Die Kriegsereignisse im Oktober.

28. Oktober 1916.

Als die Somme-Schlacht begonnen hatte und die Verbündeten den Deutschen Gräben, Dörfer und Stellungen entrissen, konnte zwar die feindliche Presse nicht ganz unterdrücken, daß diese Gebiete minimal und mit einem ungeheuren Preise bezahlt seien, tröstete sich aber damit, daß es nur der erste Schritt sei, der so viel koste. Man stellte sich vor, daß, wenn nur die erste

Stellung überwältigt sei, man sozusagen ins Freie kommen würde. Die Deutschen hätten mehr als ein Jahr darauf verwandt, ihre Stellungen mit allen Mitteln der Technik so auszubauen, daß sie ihnen undurchdringlich erschienen seien. Wohl würden dahinter noch andere Stellungen liegen oder während des Kampfes ausgebaut werden, aber unmöglich könnten diese ebenso stark und kunstvoll sein, wie die vorderste; mit jedem Schritt vorwärts also würde die Arbeit leichter werden.

Zunächst ging nun die Ueberwältigung der vordersten deutschen Stellung viel schwerer und langsamer als die Verbündeten sich vorgestellt hatten. Die Deutschen gewannen also Zeit für den Ausbau der Befestigungen weiter rückwärts. Die Schlacht dauert ja jetzt schon vier Monate. Aber die ganze Rechnung litt auch an einem prinzipiellen Fehler. Daß die vorderste Stellung die bestausgebaute war, mag richtig gewesen sein. Dafür hatten aber auch die Gegner bei ihrem ersten Angriff den Vorteil der Ueberraschung; Ueberraschung nicht bloß in dem Sinne von Stunden, sondern vor allem in dem Sinne, daß die Angreifer an dem von ihnen gewählten Punkt in einer wochenlangen Arbeit eine ungeheure Uebermacht an Artillerie in Stellung gebracht, eine große Ueberzahl an Fliegern mit dem Gelände vertraut gemacht und Anmarschstraßen für die Heranführung immer neuer Infanterie-Reserven und immer neuer Munition gebaut hatten. So war es für die deutsche Heeresleitung gar nichts Unerwartetes, daß der feindliche Angriff trotz der bestausgebauten deutschen Stellung zunächst gewisse Erfolge erzielte. Das ist ja immer der Vorteil des Angreifers, daß er den Kampfplatz auswählt und hier mit Ueberlegenheit aufzutreten vermag. Die Rechnung aber, daß nun durch Einbruch in die erste Stellung eine erleichterte Fortsetzung gewährleistet sei, war falsch, weil mittlerweile jener Vorteil der Ueberraschung allmählich verloren ging und die Deutschen Zeit gewannen, durch Heranführung aller Art Verstärkungen, besonders auch an schwerer Artillerie und Fliegern, das worin vielleicht die zweite Stellung an Festigkeit hinter der ersten zurückblieb, auszugleichen. Die Rechnung der Verbündeten von dem allmählich leichter werdenden Kampf wäre nur richtig gewesen, wenn die ganze Aktion sich im Laufe von einer Anzahl von Tagen abspielte, aber nicht sich durch vier Monate hinzog. Es ist erstaunlich genug, daß die Verbündeten diesen

Kampf mit seinen grauenhaften Verlusten doch auch in diesem vierten Monat noch immer wieder in höchster Entschlossenheit aufgenommen haben und man kann nicht wissen, ob er nur jetzt zu Ende ist. Selbst wenn General Haig und General Joffre im Herzen keine Hoffnung mehr haben, durchzudringen, so macht es doch die Rücksicht auf die anderen Kriegsschauplätze, namentlich auf den rumänischen, fast unmöglich, den Kampf einfach abzuschließen. Denn so bald sich das bemerkbar macht, könnten ja die deutschen Reserven von dieser Stelle nach Rumänien abziehen, und dort, wo der Bewegungskrieg die Gelegenheit dazu gibt, mit ihrer Hilfe die Entscheidung erzielen.

Nichtsdestoweniger gibt es ein Symptom, daß die Sommeschlacht, nachdem die beiden großen Oktoberstürme wieder vergeblich gewesen sind, jetzt ihrem Ende zuneige. Der Angreifer hat den Vorteil, den Angriffspunkt wählen zu können. Die ungeheure numerische Ueberlegenheit der Gegner hat uns gezwungen, auf den meisten Kriegsschauplätzen den Vorteilen der Initiative und Offensive, die sonst im deutschen Heer vielleicht höher geschätzt werden, als irgend wo anders, zu entsagen. Die Sommeschlacht zog magnetisch unsere Reserven an diese Stelle. Wie, wenn nun die Verbündeten es plötzlich an einer anderen Stelle mit einer Ueberraschung versuchten? Man kann sich beinahe wundern, daß dies in den vier Monaten nicht schon geschehen ist. Offenbar deshalb nicht, weil man die Kräfte nicht zersplittern wollte, um an der Somme endlich den großen und entscheidenden Erfolg davon zu tragen. Jetzt endlich ist es doch geschehen, und man hat dazu das alte Schlachtfeld von Verdun erwählt, wo ja ohnehin Kampfmittel aufgespeichert waren und man leicht und schnell die Verstärkungen hineinschieben konnte. Der Schlag ist geglückt. Die den schönen Umblick gewährende Höhe mit dem Fort und Dorf Douaumont sind wieder in den Händen der Franzosen. Strategisch hat zwar die Sache nicht mehr zu bedeuten, als etwa der Gewinn von Combles in der Sommefront. Man kann nicht etwa sagen, wie sehr haben die Deutschen einst gejubelt, daß sie Douaumont genommen hatten; nun ist der Verlust ebenso groß wie damals der Gewinn. Denn damals war die Eroberung von Douaumont die Einleitung zu einer großen Zermürbungsschlacht, heute ist es nichts als ein vorteilhafter Punkt wie andere auch. Daß die Gegner ihren Durchbruchsgedanken

nun etwa von der Somme hierher verlegen, ist ausgeschlossen. Es ist strategisch gesprochen, nichts als ein lokaler Gewinn. Moralisch hat dieser Gewinn freilich für die Franzosen eine größere Bedeutung, eben wegen des Namens Douaumont, und mit aus diesem Grunde mag dieser Angriffspunkt von Joffre gewählt worden sein. Für uns aber liegt die Hauptbedeutung dieser Diversion darin, daß es eben eine Diversion ist, im richtigen alten Sinne der Friderizianischen Strategie, wo man eine Diversion machte, wenn man keine Schlacht schlagen wollte. Es handelt sich ja um Dinge, über die man nichts mit voller Gewißheit behaupten darf, und ich mag mich täuschen, aber mein Eindruck ist, daß Douaumont das Ende der Sommeschlacht bedeutet. Da er doch nicht mehr siegen kann, kann es ja für Joffre gar keinen vorteilhafteren Abschluß geben, als daß er den Franzosen hier einen Gewinn präsentiert, der ihnen die Empfindung gibt, daß sie nicht völlig gescheitert sind. Die Kanonade freilich wird an der Somme aus der schon erwähnten Rücksicht auf Rumänien gewiß noch weiter gehen.

Aehnlich wie an der Somme ist auch die große Offensive der Russen unter Brussilow zum Stillstand gekommen. Auch hier noch im fünften Monat immer erneute krampfhafte Versuche mit fürchterlichen Verlusten, ohne schon seit vielen Wochen irgend einen Fortschritt zu erzielen.

Umsomehr ist die gespannte Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Rumänien gerichtet. Nachdem der Feldmarschall Mackensen im ersten Anlauf die Rumänen in der Dobrudscha geschlagen, Festungen genommen und viele Gefangene gemacht hatte, kam der Angriff, indem die Rumänen Truppen aus Siebenbürgen heranholten und russische Verstärkungen heranzogen, zum Stehen. Es schien, daß sich auch hier ein Stellungskrieg entwickeln werde. Das rumänisch-russische Heer hatte eine Stellung von ungewöhnlicher Stärke eingenommen: der rechte Flügel angelehnt an die Donau und gestützt auf die Befestigungen von Cernavoda, der linke ebenso angelehnt ans Schwarze Meer und gestützt auf die Festung Constanza. Die ganze Linie nur 50 Kilometer lang und schon im Frieden ausgebaut. Hinter sich parallel die Eisenbahn Constanza—Cernavoda, die in Constanza die Verbindung mit den russischen Häfen, in Cernavoda die Verbindung mit Bukarest ermöglichte. Auf die denkbar leichteste Weise konnte

jeder Punkt in dieser Stellung in jedem Augenblick mit etwa jeder Art von Verstärkungen versehen werden. Man kann es dem Kommandierenden, so zu sagen, nicht verdenken, daß er sich, als aus Siebenbürgen ungünstige Nachrichten kamen, noch eine Division entziehen ließ. Was konnte ihm in einer solchen Stellung geschehen?

Aber die Stellung allein macht es nicht, es kommt darauf an, von was für Leuten sie verteidigt und von was für Leuten sie angegriffen wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dem Feldmarschall Mackensen nicht entfernt die Mittel zur Verfügung standen, mit denen die Verbündeten unsere Stellung an der Somme angegriffen haben, weder die Ueberzahl an Artillerie, noch an Fliegern, noch an Truppen, noch die Gunst der Anmarschwege. Trotzdem hat er im dreitägigem Kampf die rumänisch-russische Stellung zermürbt und erstürmt, und den Feind so vollständig über den Haufen geworfen, daß er nicht einmal gewagt hat, Constanza und Cernavoda zu verteidigen. In voller Flucht geht der Rückzug nach Norden, um hinter den Donaumündungen Schutz zu finden.

Gleichzeitig dringen die Truppen des Generals von Falkenhayn, nachdem sie die Rumänen erst bei Hermannstadt, dann bei Kronstadt geschlagen, über vier Pässe gleichzeitig in der Richtung von Norden nach Süden in die Walachei ein. Nicht nur der positive, taktische und strategische Erfolg der beiden angreifenden Armeen, sondern fast noch mehr die in diesen Aktionen zutage getretenen Ueberlegenheit der Führung wie der moralischen Kraft der Truppe geben uns die Sicherheit, daß der Siegeszug hier noch nicht abgeschlossen ist, sondern noch weitere Triumphe bevorstehen. Wir dürfen annehmen, daß man im rumänischen Hauptquartier bereits ängstlich erwägt, ob man die starke Festung Bukarest verteidigen oder, um die Besatzung nicht schließlich zu opfern, lieber wie Constanza und Cernavoda freiwillig räumen solle.

Die Welt-Friedens-Liga. — Das Königreich Polen. Die Zivil-Dienstpflicht. Der Regierungswechsel in Oesterreich-Ungarn.

26. November 1916.

Zwei politische Taten von unabsehbarer Tragweite hat uns dieser Monat gebracht: die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland bereit sei, sich nach diesem Kriege einer allgemeinen Friedensliga anzuschließen und die Proklamation eines unabhängigen Königreichs Polen. Daß und weshalb Deutschland heute in viel höherem Maße als ehedem in der Lage ist, dem Pazifismus ein Stück entgegen zu kommen, habe ich bereits im vorigen Heft dargelegt. So wie die Pazifisten selber ihre Bestrebungen begründet haben, konnten sie von praktischen Staatsmännern nicht akzeptiert werden, und wo es geschehen ist, lag auch sicherlich keine ernsthafte Absicht zugrunde, sondern eine mehr oder weniger bewußte Heuchelei mit dem Zweck, die Stimmung friedensbedürftiger Volksmassen einzufangen. Der politische Hauptverkünder dieses Pazifismus war ja kein anderer Staat als Rußland; eben jenes Rußland, das gleichzeitig aller Welt kundtat, daß es die Hauptstadt eines Nachbarstaates zu erobern gedenke, aus keinem anderen Grunde, als weil ihm das für seine eigene Machtpolitik nützlich sei und ohne Rücksicht darauf, daß diese Erwerbung nicht einmal ein isolierter Akt bleiben konnte, sondern notwendig den Umsturz des europäischen Gleichgewichts und eine allgemeine Erschütterung aller europäischen Verhältnisse auslösen mußte. Erst nunmehr, nachdem dieser Krieg, wie zu hoffen, den Russen solches Begehren gründlich ausgetrieben und vermöge geordneter Verhältnisse auf dem Balkan und einer militärisch leistungsfähigen Türkei Zustände heraufführt, die die sichere Gewähr einer langen Dauer in sich tragen, ist es möglich und durchführbar, durch einen großen völkerrechtlichen Bund wirkliche Friedenssicherheit zu schaffen. Der Pazifismus, der die leitende Idee hergeben soll, ist ja das denkbar konservativste Prinzip. Die Grenzen und Machtverhältnisse der Völker, so wie sie die geschichtliche Entwicklung bis zu diesem Augenblick geschaffen, sollen als rechtsbeständig anerkannt werden und durch das Zusammenwirken aller Mächte aufrecht erhalten bleiben. Es ist ja nicht das erstemal, daß die Völker Europas sich zu einem solchen Bund vereinen.

In der Heiligen Allianz, die auf Anregung auch wieder des Zaren die Monarchen im Jahre 1815 nach dem zweiten Pariser Frieden beschlossen, haben wir einen unzweifelhaften Vorläufer. Auch damals sehnten sich nach 23jährigen Kämpfen und Leiden die erschöpften Völker nach einer dauernden Ruhe, und es ist tatsächlich gelungen, auf eine Reihe von Jahren die Verhältnisse so, wie der große Friedens-Kongreß in Wien sie festgestellt hatte, und damit den Frieden zu erhalten. Tauchten Schwierigkeiten auf, so traten die Monarchen persönlich zu einem neuen Kongreß zusammen, das erste Mal in Aachen 1818, und suchten in wechselseitiger Verständigung die Differenzen beizulegen. Hat aber diese Friedensorganisation die Völker befriedigt? Man weiß, wie wenig das der Fall war; wenig Erscheinungen in der Geschichte genießen ein so unfreundliches Andenken wie die Heilige Allianz. Der Grund ist sehr einfach: dieser Bund (oder richtiger gesprochen, das Zusammenhalten der Mächte, auf das man diesen Namen übertrug) schützte allerdings die bestehenden Zustände, so wie sie der Friedenskongreß festgesetzt, aber eben diese Zustände befriedigten nicht. Mit den Festsetzungen äußerer Grenzen sind ja unvermeidlich auch immer Bestimmungen über innere Zustände getroffen. Indem der Wiener Kongreß das Vereinigte Königreich der Niederlande schuf, band er die Belgier an die Holländer; indem er den Deutschen Bund schuf, verhinderte er die Bildung eines deutschen Nationalstaates; indem er den Kirchenstaat, die kleinen italienischen Fürstentümer und die Herrschaft Oesterreichs in Ober-Italien herstellte, schloß er einen italienischen Nationalstaat aus; indem er den Zaren zum König von Polen machte, unterwarf er die Polen den Russen. Die Heilige Allianz also, indem sie das in Wien geschaffene Recht schützte, setzte sich in Widerspruch zu den Wünschen der Völker, war nunmehr gezwungen, diese Wünsche zu unterdrücken und zog sich umsomehr den Haß der Völker zu, so daß sie in ihrem Gedächtnis fortlebt, nicht sowohl als die Hüterin des Rechts, sondern als die Unterdrückerin der Freiheit. Wird etwa die große zukünftige Friedensliga der Völker einen ähnlichen Charakter annehmen? Wir dürfen hoffen, daß dem nicht so sein wird. Wir dürfen hoffen, daß der zukünftige Frieden in viel höherem Grade die Bedürfnisse der Völker befriedigen wird, als es einst der Wiener Kongreß getan hat. Das freilich dürfen wir nicht erwarten, daß nun die Bedürfnisse aller Völker,

groß und klein, in ihrem vollen Umfang befriedigt werden, so daß sie der allgemeinen Glückseligkeit entgegengehen. Im Gegenteil, die meisten Staaten sehen schon so großen Schwierigkeiten im Inneren entgegen, daß davon auch auf das Auswärtige bedenkliche Rückwirkungen ausgehen können; vor allem aber sind die Verhältnisse der Völker, namentlich im Osten so mit einander verhäkelt und stehen ihre Interessen in so starkem Gegensatz zu einander, daß unmöglich alle Seiten zugleich ihre Genugtuung finden können. Die zukünftige Friedensliga wird also keine leichte Aufgabe haben, die Zustände, die der Frieden schaffen soll, auf die Dauer zu gewährleisten; Deutschland aber konnte vom Standpunkt ganz nüchterner Realpolitik, ohne jede utopische Illusion gar nichts Besseres tun, als zu erklären, daß es durchaus bereit sei, das neue System anzunehmen und sich sogar an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Rede des Reichskanzlers hat auf unsere Gegner um so stärker gewirkt, als ihnen diese Wendung offenbar ganz unerwartet gekommen ist. Die feindliche Presse hat mit nichts, als mit übellaunigen, inhaltlosen Phrasen geantwortet und von den feindlichen Staatsmännern hat überhaupt noch keiner eine Antwort gefunden. Vorläufig ist das Negative das wichtigste: daß dem immer und immer wiederholten Vorwurf, Deutschland wolle überhaupt keinen dauernden Frieden, jetzt der Boden entzogen ist. Wer weiß, können wir hinzufügen, ob wir nicht noch einmal den Spieß umkehren: unsere Gegner haben nach der Friedensliga gerufen in der Hoffnung, daß sie Deutschland überwinden würden und die Liga ihnen dann helfe, es dauernd niederzuhalten. Wenn nun aber die Friedensbedingungen so ausfallen, daß umgekehrt wir es sind, die das größte Interesse daran haben, sie nach Möglichkeit zu sichern und zu befestigen? Dann haben sich die Herren in ihrer eigenen Falle gefangen. Dann werden wir es sein, die im Bunde mit allen Welt-Friedens-Vereinigungen auf möglichst wirksamen Bedingungen für Schiedsgerichtsbarkeit und gemeinsamer Exekutive bestehen. Sollten sich die anderen dann widersetzen, so haben wir ein Possenspiel: immer diejenigen sind für das Welt-Schiedsgericht, die glauben, daß es ihnen vorteilhaft ist. Die Russen waren vor 1914 dafür, weil sie glaubten, unter dieser Deckung mit der serbischen oder sonstigen panslavistischen Agitation Oesterreich-Ungarn so unterwühlen zu können, daß es endlich auseinanderfiele und mit leichtem

Stoß zu überwältigen wäre. Jetzt, wenn der Friede sie auf ihre eigenen Grenzen zurückdrängt, werden sie sich sträuben, sich dort festhalten zu lassen und den konservativen Bund kaum noch so günstig ansehen wie bisher.

Der Ausgang könnte aber auch ein etwas besserer sein. Unausgesetzt arbeitet die ganze feindliche Presse und sucht den Kriegswillen ihrer Völker zu stärken mit der Behauptung, daß Deutschland den großen Krieg entfesselt habe, um die Welthegemonie zu erobern; weil es mit solchen bösen Absichten umgegangen sei, habe es sich den früheren Welt-Friedens-Bestrebungen versagt. Wir entrüsten uns über einen solchen Unsinn oder lachen darüber, aber bei dem zukünftigen Frieden könnte er — Unsinn über Unsinn, die Welt ist wunderlich — vielleicht nützlich werden. In allen Völkern gibt es eine gemäßigte Partei, die einem gemäßigten Frieden zustrebt, und eine Kriegspartei, die nicht aufhören will, ehe nicht die Feinde alle auf die Knie gezwungen sind. Der zukünftige Friede wird daher nicht nur den Gegnern, sondern auch den Chauvinisten im eigenen Lande abgerungen werden müssen. Da wird es dann den Gemäßigten, besonders in England, ein willkommenes Hilfsmittel sein, daß sie behaupten: indem Deutschland sich dem Welt-Friedensbunde angeschlossen habe, habe es seinem Weltherrschaftsgelüst entsagt und das Hauptkriegsziel Englands sei damit erreicht. Norman Angell hat sich bereits ausführlich in diesem Sinne in der „Nation" geäußert. „Wir wollen keine wilde Rache kühlen," sondern wie Grey es ausgedrückt hat: „der Verband und wir sind entschlossen, daß der Krieg nicht aufhören soll, bis wir sicher sein können, daß die Generation, die nach uns kommt, einer so furchtbaren Prüfung nicht wieder unterworfen werden wird." Wir hoffen, uns, fährt Angell fort, soweit Deutschland in Betracht kommt, dadurch zu sichern, daß wir ihm beweisen, daß jeder künftige Angriff auf überwältigende Kräfte stoßen wird. Diese Gewähr wird Amerika bieten. Indem der ganze Friedensbund die Verpflichtung eingeht, gegen den Friedensbrecher zusammenzuhalten, ist eine solche Uebermacht geschaffen, daß der zukünftige Krieg unmöglich wird. Wozu also den Krieg noch weiter fortsetzen, da mit der Unterwerfung Deutschlands unter den Friedensbund, welchem Bunde vermöge des Beitritts der Vereinigten Staaten die genügende Macht beiwohnt, der Zweck erreicht ist?

Was sollen wir dagegen haben, wenn wir, nachdem unser Zweck erreicht ist, die Gegner sich über die Bescheidung, die wir ihnen auferlegen werden, mit solchen Vorstellungen trösten? Geht nur Deutschland tatsächlich genügend gestärkt hervor, so mögen wir es den anderen gönnen, daß sie rufen: wir haben gesiegt, denn Deutschland hat sich gezwungen gesehen, seine Wolfsnatur abzulegen und sich dem neuen zukünftigen Friedens-Völkerrecht zu unterwerfen.

An demselben 9. November, an dem der deutsche Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstages seine Kundgebung erließ, hielt auch der leitende englische Staatsmann Herr Asquith eine Rede, die man als eine Parallele zu derjenigen Herrn von Bethmann Hollwegs bezeichnen kann, welche Parallelität um so bemerkenswerter ist, als noch keiner der beiden Staatsmänner wußte, was der andere sagen würde; statt des Gleichklangs also jeder von ihnen darauf gefaßt sein mußte, von der anderen Seite eine höhnische Dissonanz vernehmen zu müssen. Trotz aller Ausfälle gegen Deutschland, womit der englische Staatsmann seine Rede dekorierte, hat er sich aber doch dem Inhalt nach so geäußert, daß eine gemäßigte Auslegung zum wenigsten als möglich erscheint. Er hat zunächst von neuem verkündet, daß die Entente treu zusammenhalte und jeder sich auch für die Kriegsziele des anderen einsetze. Von allen Kriegszielen hat er aber doch nur zwei als unerläßlich bezeichnet: die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens. In sehr merkwürdiger Weise sagt er von Belgien, es wäre von der deutschen Propaganda insinuiert worden, daß Deutschland zu seiner Räumung bereit sei, fuhr dann aber nicht etwa fort, das sei wahr oder nicht wahr, oder hängte dieses oder jenes Aber daran, sondern brach einfach ab. Soll das heißen, daß, sobald sich jene Insinuation als richtig herausstellt, England befriedigt sei? Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat sich das Verdienst erworben, als Friedensformel aufzustellen: was deutsch war, soll deutsch bleiben; was französisch war, soll französisch bleiben; was belgisch war, soll belgisch bleiben. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede vom 9. November die Wendung gebracht, er habe niemals gesagt, daß wir Belgien annektieren wollen; Herr Scheidemann hat darauf wieder erklärt, wenn die englische Regierung nunmehr noch Zweifel habe über das, was Deutschland mit Belgien wolle, so möge sie doch

anfragen. In der Tat konnte in diesem Augenblick ein besseres Wort nicht gesagt werden. Herr von Bethmann Hollweg konnte sich als verantwortlicher Staatsmann nicht wohl deutlicher ausdrücken, als er es getan hat. Deutschland ist im Besitz von Belgien, und die Gegner sind offensichtlich außerstande, es ihm mit militärischer Gewalt wieder zu entreißen. Der Ausspruch des Reichskanzlers sagt mit aller Deutlichkeit, daß wir bereit sind, uns auf Verhandlungen über die Räumung und ihre Bedingungen einzulassen. Man weiß auch in England, daß in Deutschland ein sehr großer Teil der öffentlichen Meinung, ob die Majorität oder die Minorität, mag zweifelhaft sein, aber jedenfalls sehr erhebliche Teile sowohl auf der Rechten wie auf der Linken von einer direkten oder indirekten Annexion nichts wissen wollen. In den Zeitungen mag es etwas anders aussehen, aber zwischen dem was in den Zeitungen steht und den wahren Wünschen und Vorstellungen des Volkes ist, wie so oft so auch jetzt ein erheblicher Unterschied (vergleiche den vorausgehenden Artikel).*) Wenn also Herr Asquith im Gegensatz zu seinem Kollegen Lloyd George geneigt ist oder sich gezwungen sieht, auf die Idee der völligen Niederkämpfung Deutschlands zu verzichten und in ehrlicher Weise einen Frieden auf Grund der Wiederherstellung Belgiens anstrebt, weshalb fragt er dann nicht, sei es direkt, sei es durch einen Vermittler an, wie die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers zu verstehen sei? Ob die Auslegung Scheidemanns richtig ist oder nicht?

Aehnlich steht es mit der zweiten Bedingung Herrn Asquiths, mit der Wiederherstellung Serbiens. Er behauptet, er habe noch nie gehört, daß diese von irgend jemand auf der österreichisch-deutschen Seite angeboten worden sei. Man kann Herrn Asquith nur raten, sich auch auf diesem Punkt etwas mehr umzuhören. Allerdings ist das in erster Linie ein Interesse und eine Frage Oesterreich-Ungarns, aber es ist in Deutschland bekannt genug, daß in Ungarn wie auch in Oesterreich die Annexion Serbiens vielfach nicht gewünscht wird. Auch Herr Asquith wird mit dem wiederherzustellenden Serbien nicht das Serbien mit seinen Eroberungen von 1913 verstehen, das heißt das Serbien, das sich erhebliche Gebiete, die von Bulgaren und Albanesen bewohnt sind, angegliedert hatte. Es kann sich nur

*) Friedensmöglichkeiten und öffentliche Meinung. Preuß. Jahrb. Bd. 166, S. 500.

um das alte oder vielleicht um das älteste Königreich Serbien, so wie es bis 1878 umgrenzt war, handeln, und auch hier wird Herr Asquith nicht wie bei Belgien jede Grenzberichtigung ausschließen wollen. Unter dieser Voraussetzung aber wissen wir nicht, ob die österreichisch-ungarische Regierung einer Wiederherstellung von vornherein ablehnend gegenüberstehe. Haben die Serben erst ihre wilde Idee, durch Zerstörung der Großmacht Oesterreich-Ungarn zur Aufrichtung eines großserbischen oder jugoslavischen Staates zu gelangen, notgedrungen aufgegeben, und befreien sie sich von der durch den Mord befleckten Dynastie, so mögen sie nicht im Widerspruch zu Oesterreich-Ungarn, sondern im Anschluß an diesen großen Nachbarn sich ihres nationalen Daseins ungestört erfreuen. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß, etwa in Gestalt eines Zollvereins, würde vielleicht die Garantien, die Oesterreich gegen eine Rückkehr der panslavistischen Propaganda verlangen muß, in genügendem Maße geben.

Ist es aber wirklich Herrn Asquiths Meinung gewesen, daß man auf diesen Grundlagen zu einem Frieden gelangen könne? Oder lag der Accent seiner Rede auf der Einleitung, die die Solidarität mit den Verbündeten hervorhebt? Die Antwort wird wohl nicht allein in der Frage nach der Ehrlichkeit des englischen Staatsmannes zu suchen sein, sondern in viel höherem Maße in den Berichten von den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Herr Lloyd George sprach seinen Fluch über eine jede Friedensvermittlung aus zu einer Zeit, wo England in einer Art Siegestaumel lebte, wo man täglich den definitiven Durchbruch an der Somme und die Ueberflutung Ungarns durch die russisch-rumänische Armee erwartete. Die Reden der Herren Grey und Asquith entspringen vielleicht weniger dem Gegensatz gegen Herrn Lloyd George als der veränderten Auffassung von der Kriegslage und ihren Aussichten.

Von noch viel größerer Tragweite als die Weltfriedensliga ist die Wiedererrichtung des Königreichs Polen, die mit jener das Gemeinsame hat, unsere Gegner äußerst unangenehm getroffen zu haben. Warum setzt ihr den Krieg noch fort, da doch Deutschland jetzt das Weltschiedsgericht annehmen will? heißt es hier. Wollt ihr den Krieg etwa fortsetzen, um die Polen den Russen wieder zu unterwerfen? heißt es dort. Man weiß keinen anderen Ausweg, als daß man versucht, die Tat der Zentralmächte zu

überbieten. Gewiß wollen auch wir, heißt es in England, Frankreich und Italien, Polen wieder herstellen, aber es soll das ganze Polen sein: auch die österreichischen und deutschen Teile müssen wieder dazu kommen. Recht schön; aber werden die Russen, die es doch zumeist angeht, mit diesem Programm einverstanden sein? Freilich hat schon der Großfürst Nikolaus zu Beginn des Krieges den Polen dergleichen verheißen, aber das war keine Unabhängigkeit, sondern er versprach eine gewisse Autonomie unter russischem Zepter, und sofort erhob sich schon dagegen in Rußland selber der Widerspruch. Ganz Polen zu einem Staate vereinigt und mit der Autonomie ausgestattet, heißt nichts anderes, als entweder eine bloße Scheinautonomie, die den Polen nicht zusagt, oder wahrscheinlicher der Uebergang zu einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit. Sollen wir aber dafür unser Blut vergossen haben, sagen die Russen, damit wir unseren polnischen Besitz abtreten an einen anderen Staat, der uns unzweifelhaft immer feindlich sein wird? Denn man bedenke, daß es zwischen Polen und Rußland weite und breite Länder und Gebiete gibt, wo Polen und Russen gemischt sind, wo die Oberschicht polnisch und die Unterschicht weißrussisch, rotrussisch oder kleinrussisch ist, und ebensolch ein Streitgebiet ist Litauen. Das selbständige Polen also, das die Westmächte herstellen möchten, ist ein Polen, das Rußland unter keinen Umständen zulassen kann. Geradezu als eine geniale politische Tat Herrn von Bethmann Hollwegs im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn erscheint die Schöpfung des neuen Königreichs, wenn man nachprüft, in welche wahrhaft verzweifelte Verlegenheit sie unsere Gegner gebracht hat. Die Selbständigkeit Polens ist auf keine Weise wieder rückgängig zu machen. Es ist den Russen schlechterdings unmöglich, selbst wenn sie ihre Dampfwalze zum drittenmal heizen und sie bis an die Oder bringen sollten, Polen wieder zu einem bloßen Weichsel-Gouvernement zu machen. Das könnten und würden die eigenen Verbündeten nicht zulassen. Käme es wieder unter die Krone des Zaren, für Rußland wäre es auf jeden Fall verloren. Das gemeinsame Kriegsziel, von dem die feindlichen Staatsmänner im Osten und Westen noch immer sprechen, ist tatsächlich durch diesen Schachzug der deutschen Politik zerstört. Auf die Vorstellung der drei Botschafter der Westmächte, daß Rußland durch Konzessionen die Polen auf seine Seite ziehen solle, hat der

Ministerpräsident Stürmer ihnen trocken erwidert, das gehöre zum Ressort des Ministers des Innern, d. h. es gehe die lieben Bundesgenossen nichts an, und von einem selbständigen Polen dürfe nicht die Rede sein. Daß Stürmer eben durch Trepoff ersetzt ist, kann an diesen Verhältnissen nichts ändern.

Es ist richtig, daß die Liberalen in Rußland in panslavistischer Ideologie auch von der Vorstellung eines selbständigen polnischen Reiches im engsten Bunde mit Rußland geträumt haben. Aber die Altrussen und die russischen Realpolitiker haben sofort erkannt, daß das eine bloße Träumerei ist, und wir dürfen daran festhalten, daß es ein wirklich selbständiges Polen nur im Anschluß an die Zentralmächte geben kann. Die Folgen werden bald genug zutage treten. Vor einigen Wochen flüsterte man in ganz Europa von einem russischen Separatfrieden. Als nun die polnische Proklamation kam, hieß es: mit diesem Schlag gegen das russische Selbstgefühl ist die Möglichkeit des Separatfriedens dahin. Vielleicht aber kommt noch jemand und kehrt den Satz um: wofür kämpfen die Russen noch? An Konstantinopel ist nicht mehr zu denken; Polen haben sie verloren, selbst wenn sie wirklich das Kriegsglück noch zu ihren Gunsten wenden könnten. Also weshalb?

So gewaltig der Schlag ist, den wir mit der Polenproklamation geführt haben, so ist damit das polnische Problem freilich noch nicht gelöst. Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, daß das Polentum unter allen Umständen ein sehr stachliger Gegenstand bleibt, und wir die Frage gewiß nicht aufgeworfen hätten, wenn uns die Russen nicht dazu gezwungen hätten. Nachdem das aber einmal geschehen war, blieb keine andere Lösung als die jetzt getroffene übrig, aus dem einfachen Grunde, weil jede andere rettungslos das gesamte Polentum in die Arme des Panslavismus getrieben hätte.

Der polnischen Nation ist es durch den Gang der historischen Entwicklung nicht beschieden gewesen, ihr Volkstum in einem geographisch geschlossenen Gebiet abgerundet zu entwickeln. Gegen vier Millionen Polen wohnen in Preußen, verteilt auf vier preußische Provinzen und vermischt mit acht Millionen Deutschen. Keine Möglichkeit, diese Polen etwa aus dem deutschen Gebiet reinlich auszulösen, ja auch nur einen wesentlichen Teil davon geographisch als rein polnisch auszusondern. Wenn westliche Staats-

männer verlangen, daß die polnischen Gebietsteile Preußens dem neuen Königreich zugeschlagen werden sollten, so könnten wir darauf herzhaft antworten: jawohl, sehr gern — es gibt nämlich keine rein polnischen Gebiete in Preußen; selbst der allerpolnischste Kreis, den wir haben, das ist Adelnau in Posen an der schlesischen Grenze, hat immer noch 10 Prozent Deutsche, und selbst die Kreise, wo die Deutschen nicht wenigstens ein Viertel ausmachen, sind nicht zahlreich. Die in der Majorität polnischen Kreise erstrecken sich so tief ins deutsche Gebiet hinein, daß sie geographisch nicht ausscheidbar sind. Es ergibt sich daraus, daß die Grenze zwischen Preußen und Polen, wie sie sich historisch gebildet hat, nicht mehr umzuformen ist. Ziehen wir die 1¼ Millionen Polen in Oberschlesien ab, die sich seit fünf Jahrhunderten nicht mehr als Polen gefühlt haben, die halbe Million protestantischer Masuren in Ostpreußen und einige 100 000 im inneren Deutschland bis nach Westfalen, so bleiben etwa 1¾ Millionen Polen in Posen und Westpreußen, denen es einigermaßen schwer werden mag, die sich aber dareinfinden müssen, daß sie dem polnischen Nationalstaat nicht angehören können, und deren Ideal sich darauf beschränken muß, innerhalb des Deutschen Reiches ihre Nationalität zu wahren und die ihnen eigentümliche Kultur zu pflegen. Das glatte Aufgehen des Volkstums in den Nationalstaat ist ja auch dem deutschen Volke nicht beschieden. Etwa ein Viertel des Deutschtums lebt außerhalb des Deutschen Reiches, hat sich mit dieser Schickung abzufinden und darf sich damit trösten, daß das in mancher Beziehung dem Reichtum und der Mannigfaltigkeit unseres nationalen Daseins zugute kommt. Wie sehr hat man die habsburgische Dynastie lange Zeit beunruhigt mit dem Gedanken, daß ihre deutschen Untertanen Neigung haben könnten, zum Deutschen Reiche abzufallen! Systematisch riet deshalb der Erzherzog Albrecht, in Böhmen das Tschechentum zu pflegen. Wir wissen heute nur zu sehr, wie falsch diese Vorstellung, wie verderblich dieser Rat war. Sich nach dem Muster der Deutschösterreicher richtend, müssen auch die preußischen Polen es als ihre Aufgabe ergreifen, Polen außerhalb des polnischen Reiches zu bleiben, und wir haben einen guten Bürgen dafür, daß diese Gesinnung sich schließlich durchsetzen wird. Dieser Bürge ist der Russe. Schon im Jahre 1867 hat Bismarck zu Bluntschli gesagt, die Polen müßten sich ganz

wie die Ungarn, um Schutz vor Rußland zu finden, an Deutschland anschließen, und Aehnliches hat er 1887 zu Crispi gesagt. Tut sich eine irredentistische Richtung unter den preußischen Polen auf, die den Anschluß an das Königreich erstreben möchte, so wird sie von dort ganz gewiß keine Ermunterung erfahren, sondern im Gegenteil: es wird ihr bedeutet werden, daß das der Weg sei, Polen wieder an Rußland auszuliefern. Denn ohne russische Hilfe wäre die Losreißung der preußischen Ostprovinzen von Deutschland nicht möglich, und die russische Hilfe bedeutet die russische Herrschaft. Auch unter den Deutschösterreichern hat es ja zeitweilig eine Richtung gegeben, die „Hoch Hohenzollern!" rief, aber sie ist von den Reichsdeutschen immer mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen worden und an ihrer inneren sachlichen Unmöglichkeit eingegangen. Nicht anders wird auch der Gang der Dinge sich in unseren Ostmarken vollziehen. Das aktive Ideal des polnischen Nationalismus wird sich nicht nach Westen richten, sondern nach Osten auf die Gebiete, wo die Polen schon heute die soziale Herrenschicht bilden und die höhere Kultur repräsentieren. Dieser Drang der Polen nach Osten ist mit solcher Sicherheit vorauszusehen, daß die Garantien, die wir bei der Errichtung des neuen Staates zu fordern haben, viel weniger in der Richtung zu suchen sind, daß sie uns selbst gegen eine polnische Irredenta schützen, als vielmehr dahin, daß die Polen uns nicht in Konflikte mit Rußland verwickeln können, die mit unseren eigenen nationalen Bedürfnissen nichts zu tun haben. Hier liegt sogar eine recht große Gefahr.

Die ganz Vorsichtigen glauben vorauszusehen, daß die Stadt Danzig mit dem neugewonnenen Hinterlande zwar einen gewaltigen Aufschwung nehmen, aber in demselben Maße sich durch den polnischen Zuzug polonisieren werde; wiederum, nachdem die Stadt erst polonisiert sei, werde der natürliche Drang jedes Staates nach dem Meer in dem Königreich Polen den Wunsch nach der Erwerbung der Weichselmündung erwecken. Scheint gut gedacht und ist doch leicht zu widerlegen. Eine große Stadt hat eine außerordentliche Assimilationskraft und saugt den jährlichen Zuzug so schnell auf, daß sie dadurch nicht entnationalisiert werden kann. Wien besteht dem Blute nach zu einem sehr großen Teil aus Tschechen und anderen Fremdstämmigen, und ist dennoch eine rein deutsche Stadt. Ferner: der Drang der Staaten nach

dem Meer entspringt einem wirtschaftlichen Bedürfnis; diesem wirtschaftlichen Bedürfnis des neuen Königreichs Polen wird aber auf andere Weise, z. B. durch Eintritt in den Deutschen Zollverein (ohne Freizügigkeit), Genüge geschehen, so daß auch in dieser Beziehung nichts zu besorgen ist.

Fürst Bismarck hat zu wiederholten Malen, wenn man von einem russischen Kriege sprach, gesagt, es könne doch nicht die Sache Deutschlands sein, Rußland zu bekriegen, um die Polen zu befreien. Diese Wahrheit besteht noch heute zu Recht. Nicht um die Polen zu befreien, haben wir diesen Krieg geführt, sondern wir führen ihn, um uns selbst und Europa von der Moskowiterherrschaft zu bewahren, und um uns nach Möglichkeit in Zukunft gegen die Wiederholung des russischen Angriffs zu sichern, lösen wir Polen von Rußland los und rufen ein selbständiges Königreich ins Leben, von dem wir sicher sind, daß die Natur der Dinge und der Selbsterhaltungstrieb ihm dauernde Bundesgenossenschaft und Freundschaft mit uns zur Pflicht macht. Allein durch Verträge, durch Beteuerungen oder irgendwie geartete reale Garantien ist ein dauerndes Zusammengehen des recht starken, neuen Polen mit den Zentralmächten nicht zu gewährleisten, sondern nur durch das klar erkannte polnische Interesse selbst. Die Aufgabe ist also, die Einsicht in dieses natürliche Interesse möglichst zu vertiefen und zu verbreiten und daraufhin auch in den Massen eine bundesbrüderliche Stimmung zu schaffen.

Das gegebene Organ für die Erfüllung dieser Aufgabe wären die deutschen Volksvertretungen gewesen. Wie sind sie ihr gerecht geworden? Die zukünftige deutsche Geschichtsschreibung, wie sie für alle Zeiten jubeln wird bei der Darstellung der Reichstagssitzung vom 4. August 1914, wird ihr Haupt zu verhüllen suchen, wenn sie an dies polnische Kapitel kommt. Der Reichstag mußte nach Hause geschickt werden, ehe die Proklamation verkündet wurde, weil so wenig Gutes von ihm zu erwarten war. Das hat aber das preußische Abgeordnetenhaus nicht verhindert, dem neugeborenen deutschen Bundesgenossen den Spruch der bösen Fee in die Wiege zu legen. Wie war es möglich, daß so erfahrene Parlamentarier wie Herr von Heydebrand, Herr von Zedlitz und Herr Friedberg nicht vorausgesehen haben, daß eine öffentliche Sitzung auf Grund der von ihnen eingebrachten Resolution nicht anders als mit einem Skandal endigen könne? Und daß dieser

Skandal auch für unsere Kriegführung und ihre Zwecke von höchst schädlicher Wirkung sein muß? Man sagt, die Deutschen in den Ostmarken wären in Sorge und hätten einer Beruhigung bedurft. Erstens leugne ich nach meiner, doch recht genauen Kenntnis der ostmärkischen Verhältnisse, daß eine solche Sorge so allgemein bei den ostmärkischen Deutschen existiere. Denn ein sehr großer, wahrscheinlich der überwiegende Teil der Deutschen in jenen Provinzen hat von der sogenannten Ostmarkenpolitik nie etwas wissen wollen und sie eher für schädlich als für nützlich gehalten. Dieses Urteil hatten nicht nur Liberale, sondern auch recht viel Konservative; aber wie dem auch sei — welche Interessen sind denn jetzt wichtiger? Die Sorgen einiger Hunderttausend Deutscher in Polen und Westpreußen oder die Zwecke der Obersten Heeresleitung? Auch das preußische Staatsministerium ist nicht ohne Schuld. Mag im allgemeinen der Grundsatz richtig sein, daß während des Krieges die Gesetzgebung, die den Parteikampf entzündet, ruhen soll, so gibt es doch unter den sogenannten Polengesetzen einige, über die gar keine Meinungsverschiedenheit mehr existiert, die heute eingebracht, morgen angenommen werden können, z. B. das unselige Enteignungsgesetz, das keinerlei praktische Wirkung gehabt und nur moralischen Schaden angerichtet hat. Es ist ja richtig, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien den Polen aufs bestimmteste in Aussicht gestellt und versprochen haben, die ostmärkischen Ausnahmegesetze nach dem Frieden einer wohlwollenden Neuprüfung zu unterziehen. Aber Versprechungen sind in den Augen der Massen bloße Vertröstungen. Ein wirklicher legislatorischer Akt hätte eine ganz andere Wirkung gehabt. Es ist ja möglich, sogar wahrscheinlich, daß die Erklärung des Redners der Polenfraktion darum nicht viel weniger kalt und zurückhaltend gelautet hätte. Aber man weiß ja, daß die Fraktion im Abgeordnetenhause besonders ungünstig zusammengesetzt ist, und es kommt jetzt darauf an, wenn nicht in ihr, so doch an den Wählermassen hinter ihr einen Umschwung der Stimmung herbeizuführen und zwar nicht erst nach dem Krieg, sondern während des Krieges, denn der Krieg wartet nicht.

Die Zeit muß es bessern. Man mag sich damit trösten, nachdem nun 30 Jahre lang Deutsche und Polen zu einer falschen Stimmung gegen einander erzogen, in sie hineingehetzt und hin-

eingepeitscht worden sind, es sehr schwer war, den Umschwung so schnell herbeizuführen. Ich erinnere mich ja noch sehr deutlich, wie schwer und langsam sich einst der Abbau des Kulturkampfes vollzogen hat. Man hatte sich in einen konfessionellen Argwohn hineingelebt (auch ich habe zu den Mitschuldigen gehört), der zum Frieden nicht kommen konnte, weil er den Frieden nicht wollte. Schritt für Schritt ist man dann doch erst zu einem modus vivendi, wie Bismarck es ausdrückte, und dann zu wirklicher Verträglichkeit gelangt. So widerwärtig die Sitzung im Abgeordnetenhause verlaufen ist, so sind doch schon einige polnische Preßstimmen da, die Besserung in Aussicht stellen. Der Lissaer Kraj schreibt: „Die polnische Fraktion hätte vor allem die Bildung eines selbständigen und unabhängigen Staates aufs herzlichste begrüßen sollen mit dem Hinweis darauf, daß in diesem Augenblick dies für unser Volk, ohne Rücksicht auf die Antragsteller, die wichtigste Tatsache ist." Des weiteren wird der Vorwurf, daß der polnische Fraktionsredner die ihm gereichte Versöhnungshand zurückgewiesen habe, als unzutreffend bezeichnet; „wir nehmen an, daß die polnische Fraktion eine solche Absicht der Regierung gegenüber nicht gehabt hat." Die sehr verbreitete Graudenzer Gazeta Grudziadzka meint, daß die polnischen Abgeordneten in eine ihnen absichtlich von den Hakatisten gelegte Falle gegangen seien. „Der Antrag der alldeutsch hakatistischen Politiker hat die Interessen des deutschen Volkes in hohem Maße geschädigt, das Verhalten der polnischen Fraktion hat diejenigen des polnischen Volkes keineswegs gefördert." „Wie es scheint, haben die Polen von dem heutigen preußischen Landtag gar nichts zu erwarten, von unserer gegenwärtigen Landtagsfraktion aber gleichfalls nicht viel." Man sieht, wie groß das Mißtrauen noch immer ist, selbst da, wo offensichtlich ein guter Wille zugrundeliegt. Denn auch der gegenwärtige Landtag hat ja bereits deutlich genug kundgetan, daß er die alte Ostmarkenpolitik einer Revision unterziehen wolle. Kommt die Revision erst in Gang, so wird man auch endlich die Augen dafür öffnen, daß Fürst Bismarck, zwar zeitweilig höchst leidenschaftlich gegen das Polentum, doch den eigentlichen Ostmarkenkampf, so wie er geführt worden ist, nicht gewollt hat. Liest man seine intime Aeußerung zu Herrn von Kardorff über das erste Gesetz, vergegenwärtigt man sich, daß er noch nach seinem Abgang wiederholt von der

ostmärkischen Bauernkolonisation abgeraten, erinnert man sich, daß er sogar von den preußischen Prinzen verlangt hat, daß sie polnisch lernen sollten (er hat nicht nur nach seinem eigenen Zeugnis mit dem Kaiser Friedrich, sondern auch mit dem Erzieher Dr. Hintzpeter darüber gesprochen), nimmt man dazu seine Aeußerungen zu Bluntschli und Crispi, so muß man zugeben, daß man sich mit mehr Recht für als gegen die neue Politik auf ihn berufen kann. Damit das neue Königreich für uns ein vollwertiger Bundesgenosse werde, ist es unumgänglich, daß wir das Vertrauen der preußischen Polen gewinnen. Sie müssen die Sicherheit haben, daß sie auch in unserem Staatsverbande Polen bleiben dürfen. Man darf sie nicht als „Preußen polnischer Zunge" bezeichnen; mit Recht erklären sie diesen Ausdruck für beleidigend. Sie haben einen Anspruch, nicht nur in ihrer Sprache, sondern auch in ihrem ganzen nationalen Wesen anerkannt zu werden, politisch Preußen und dadurch auch Staatsbürger des Deutschen Reiches, national Polen. Was würden die Oesterreicher sagen, wenn man ihnen den Namen „Deutsche" aberkennen und sie nur als „deutschsprechende Oesterreicher" bezeichnen wollte? Jeder, der hilft diese Gesinnung der gegenseitigen loyalen Anerkennung der natürlichen Rechte und Pflichten aufzubauen, hilft dem Feldmarschall Hindenburg und führt unseren Soldaten Hilfstruppen zu.

* * *

Unsere patriotischen Nörgler arbeiten mit nichts lieber, als mit dem Vorwurf der mangelnden Energie der Regierung; aus bloßer Entschlußlosigkeit sollen sogar die vorhandenen Kriegsmittel, die den Krieg abkürzen könnten, nicht richtig zur Anwendung kommen. Beiläufig bemerkt: in England geht es gerade so zu. Auch dort muß die Regierung Vorwürfe genug hören, daß sie ihr wichtigstes Kriegsmittel, die Flotte, ja gar nicht verwende, sondern einfach still liegen lasse. Warum macht man nicht wenigstens einen Angriff auf Helgoland? heißt es; oder noch besser, warum sucht man nicht die deutsche Schlachtflotte auf, zwingt sie, sich zu stellen und vernichtet sie? Ganz so schneidig und ganz so weise wie etwa bei uns Graf Reventlow und die Deutsche Tageszeitung. Die ganz besonders mißtrauischen Engländer argwöhnen sogar, daß ihre Flugzeuge es unterließen, Essen zu bombardieren, weil Herr Asquith Krupp-Aktien besitze. Zu solchem

Scharfblick hat man es nun wohl in Deutschland noch nicht gebracht, aber das Besserwissen ist doch so entwickelt, daß man die produktive Kraft und den Schwung in den beiden politischen Taten des Reichskanzlers in diesem Monat kaum bemerkt hat. Wenigstens angesichts des dritten, innerpolitischen Ereignisses, des Gesetzes über die Dienstpflicht aller Männer vom 17.—60. Jahre kann man die grimmige Entschlossenheit des Ineinanderwirkens von Politik und Heeresleitung nicht verkennen. Auch im feindlichen Auslande sieht man sie und möchte die Sache so drehen, daß Deutschland wieder einmal ein Doppelspiel treibe: einerseits erkläre es sich bereit zu Friedensverhandlungen und steigere doch seine Rüstungen ins Ungeheuerliche. Würden etwa die Gegner auf die Friedensanerbietungen eingehen, wenn wir ihnen nicht durch die Stärke unserer Rüstung bewiesen, daß sie keinerlei Hoffnung haben dürfen, uns niederzuringen? Wir begrüßen das neue Gesetz gerade deshalb mit doppelter Freude, weil es doppeldeutig ist, weil es entweder unsere Feinde bewegen mag, uns einen ehrenvollen Frieden anzubieten oder weil es uns den Sieg verbürgt, wenn sie das nicht tun.

* * *

Die Habsburgische Dynastie hat das merkwürdige Schicksal gehabt, daß sehr oft der regierende Herr aus diesem Leben abberufen wurde, während der Staat in einen großen Krieg verwickelt war. Kaiser Mathias und Kaiser Ferdinand II. starben während des 30jährigen Krieges. Kaiser Leopold I. und Joseph I. starben während des Spanischen Erbfolgekrieges; Joseph II. starb während eines Türkenkrieges und nunmehr ist der ehrwürdige Kaiser Franz Joseph ins Grab gesunken, noch mit dem Blick auf den sicheren Sieg, aber doch noch mitten in dem Tosen des Kriegslärms. Wie oft haben die Unheilspropheten in den letzten Jahrzehnten geweissagt, daß der Tod dieses Herrschers einmal die Auflösung der Monarchie bedeuten würde. Nicht nur vollzieht sich jetzt der Regierungswechsel ohne jede Erschütterung, sondern auch die Zukunftsaussichten des Doppelstaates sind gesicherter als je. Dieser Staat ist gegründet auf die Dynastie, ihre Ehebündnisse und Erbfälle, und nichts scheint persönlicher und zufälliger zu sein. Aber in Wahrheit hat eine innere Notwendigkeit diese verschiedenen Länder und Landschaften zusammengefügt, die so

stark ist, daß sie ehedem wie auch jetzt alle Krisen und inneren Spannungen überdauert. Zehn Nationalitäten und sieben verschiedene Religionen zählt man im Habsburger Reich. Kann das zusammenhalten? Erst recht. Gerade weil die Wirrnis der Gegensätze hier an der mittleren Donau so überaus groß ist, so ist das Bedürfnis eines zusammenhaltenden Großstaats um so stärker, weil sonst der unausgesetzte Nachbar- und Bürgerkrieg jedes Leben ertöten und unmöglich machen, schließlich aber der Moskowiter alle miteinander verschlingen würde. Die politische Aufgabe, ein so kunstvolles Gebilde zu regieren, ist unermeßlich schwer, und verlangt ebensoviel Zähigkeit wie Nachgiebigkeit. Welche Wechselfälle hat der Herrscher, der mit 18 Jahren den Thron bestieg, in seiner 68jährigen Regierung durchgemacht! Wie oft hat er sich, man kann sagen, völlig umdenken müssen, und hat dennoch seine Persönlichkeit behauptet! Die ersten zehn Jahre (1849—1859) regierte er als absoluter Monarch mit katholisch-klerikaler Grundlage; der Erzbischof von Wien war einer seiner Hauptberater. Er hatte damals eine ganze Reihe höchst bedeutender, man kann fast sagen, genialer Minister: Schwarzenberg, Bruck, Bach, Graf Thun. Man regierte das ganze Reich einheitlich deutsch und hatte die allergrößten Ideen: Festhalten der Vorherrschaft sowohl in Italien wie auch in Deutschland, Annexion der Walachei, maßgebenden Einfluß im Orient. Diese Ueberspannung führte zum Zusammenbruch; die Niederlagen 1859 und 1866 zwangen auch zu völligem Wechsel des Systems im Innern. Das Konkordat mußte fallen gelassen werden; man ging über nicht nur zu konstitutionellen Zugeständnissen, sondern mußte in Ungarn im Anschluß an die alte Verfassung die Monarchie unter die Kontrolle eines rein parlamentarischen Systems stellen. Unendliche Schwierigkeiten sind aus dieser Lockerung des festen Staatsgefüges erwachsen und haben oft bei den besten Oesterreichern einen mürrischen Pessimismus erzeugt. Aber ein Großstaat, den die Jahrhunderte geschaffen, hat eine unendliche Lebenskraft, und allen Zweiflern gegenüber hat der Krieg gezeigt, welch einen Zusammenhalt die Dynastie in diesem Völkermosaik geschaffen hat. Daß in allen Niederlagen und Krisen sich der Staat doch aufrecht erhalten und endlich auch zu sieghafter Erneuerung wieder emporgestiegen ist, wird für alle Zeiten mit dem Namen Kaiser Franz Josephs verbunden sein.

Der Krieg im November.

26. November 1916.

Am 12. November schrieb die englische Wochenschrift „Observer": „Praktisch genommen, hat das, was die Geschichte die Schlacht an der Somme nennen wird, aufgehört. Wie die Schlachten an der Aisne und bei Ypern klang sie aus auf Grund einer allmählichen, aber tiefgehenden Wandlung in den Bedingungen. Unmerklich war eine ganz veränderte Lage geschaffen worden. Der Feind hat besser als je gekämpft — so bewunderungswürdig gekämpft mit Mut und Verstand, daß wir wirklich hoffen, daß es fernerhin kein oberflächliches Getratsch über die vermeintliche Demoralisierung und den gebrochenen Mut des Feindes geben wird. Es wird für den Verband nicht nur keinen Durchbruch, noch irgend etwas derartiges dieses Jahr im Westen geben, sondern zwischen jetzt und Weihnachten wird auch keine ausgedehnte Zurücknahme der deutschen Linien zwischen Arras und Noyon stattfinden". Das ist alles gewiß sehr zutreffend, mit Ausnahme der Wendung, daß eine tiefgehende Wandlung in den Bedingungen des Kampfes stattgefunden habe. Worin sollte diese Wandlung bestanden haben? Was geschehen ist, ist einfach, wie ich es schon im vorigen Heft bezeichnet habe, daß die Verbündeten sich einbildeten, wenn sie erst die vorderste Stellung der Deutschen durchbrochen hätten, sei das schwerste Stück Arbeit getan und das weitere würde leicht werden, weil die hinteren Linien der Deutschen naturgemäß nicht so gut ausgebaut seien, wie die vorderen. Auch den Irrtum in dieser Berechnung habe ich bereits im vorigen Heft aufgezeigt. Einwenden könnte man aber, daß auch noch im November einige gewaltige Stürme stattgefunden haben und daß die ungeheure Kanonade noch immer fortdauert. Wir dürfen aber dem „Observer" glauben, daß der eigentliche Zweck der Fortsetzung dieses Kampfes nicht mehr der Durchbruch ist, sondern nur eine Hilfsaktion für den Kampf der Bundesgenossen in Rumänien. „Wir müssen hier den Deutschen die Hände festhalten", schrieb schon, als die letzten Kämpfe begannen, eine englische Zeitung, damit die Oesterreicher mittlerweile in Siebenbürgen geschlagen werden können.

Es ist anders gekommen. Trotz der Sommeschlacht haben wir so viel Truppen freimachen oder aufbringen können, daß die Rumänen nicht nur aus Siebenbürgen wieder hinausgeworfen,

sondern auch eine große Offensive gegen die Walachei angesetzt werden konnte. In der Richtung von Norden nach Süden hat der General von Falkenhayn unter unabläßigen Kämpfen das Gebirge auf fünf Pässen zugleich überschritten. Die alte Regel, die sich schon bei dem Angriff des Königs Xerxes auf die Thermopylen bewährt hat, daß ein Gebirge nicht zu verteidigen ist, weil jede einzelne noch so feste Stellung umgangen werden kann, hat sich auch hier wieder bewährt. Ohne die Schlacht bei Tarnow—Gorlice würden wohl auch die Russen im Sommer 1915 schließlich die Karpathen überwältigt haben, denn wie Friedrich der Große schrieb: wo eine Ziege durch kann, kommt auch der Soldat durch. Auf das sorgsamste haben schon im Frieden die Rumänen alle ihre Pässe mit Verteidigungswerken ausgebaut, aber über die Felskämme hinweg, im Wintersturm, über Schnee und Eis, wie es der General von Falkenhayn in dem prachtvollen Dank an seine Truppen ausgedrückt hat, haben die Deutschen mit den Oesterreicher-Ungarn die Paßbefestigungen umgangen und an einer Stelle, dem Szurdukpaß endlich die feindliche Stellung völlig durchbrochen, gelangten also damit den Verteidigern der anderen Pässe in die Flanke und in den Rücken. Durch wiederholte Angriffe ihrerseits haben die Rumänen den Durchbruch zu flankieren gesucht, sind aber immer wieder abgewiesen wrden und jetzt ist der Rückzug aus allen Pässen und die Verfolgung in vollem Gange. Auch hier wird wieder die alte Regel zur Geltung kommen, daß, wenn eine Gebirgsstellung erst an einer Stelle durchbrochen worden ist und nun geräumt werden muß, es für die zurückgehenden Verteidiger sehr schwer ist, sich zusammenzufinden und gemeinsam eine Abwehrschlacht zu schlagen. Um so zuversichtlicher dürfen wir dem Fortgang des Feldzuges in Rumänien entgegensehen als nun die Operation der Armee Falkenhayn mit derjenigen des Generals Mackensen kombiniert worden ist. Nachdem der Feldmarschall Mackensen die Schlacht am Trajanswall gewonnen, Constanza und Czernawoda genommen, schien er die Verfolgung nach Norden bis an das Donaudelta fortsetzen zu wollen. Allmählich verstummten aber die Nachrichten über diese Verfolgung, und man konnte sich darauf gefaßt machen, daß wieder eine der großen Hindenburgischen Umgruppierungen mit Hilfe der Eisenbahnen im Werk sei. Jetzt ist das Geheimnis enthüllt. Mackensen hat vor der Linie Constanza—Czernawoda

nur eine Verteidigung zurückgelassen und ist mit seiner Armee über die Donau gegangen. Er hat die Donau aber nicht überschritten von der Dobrudscha aus, nicht bei Silistria oder Rustschuck, gegenüber von Bukarest, sondern weit ab westlich auf der Strecke zwischen Widdin und Sistowa, so daß seine Truppen unmittelbar mit denjenigen Falkenhayns zusammenwirken können. Weiter ostwärts wäre er zu isoliert gewesen. Widdin ist aber nur einige Märsche entfernt von dem Eisernen Tor, wo der äußerste rechte Flügel der Falkenhaynschen Armee an der Donau entlang in die Walachei eindringt und den abgeschnittenen Verteidigern dieses Passes jetzt den Rest zu geben beschäftigt ist.

Gespannt darf man jetzt sein, ob die Rumänen ihre Hauptstadt zu verteidigen gewillt sind auf die Gefahr hin, daß die große Armee, die eine solche Verteidigung benötigt, mit der Stadt zusammen in die Hand des Feindes fällt, oder ob sie, um die Truppen zu retten, Bukarest freiwillig preisgeben werden.

Das deutsche Friedensangebot. — Die amerikanische Vermittlung.

29. Dezember 1916.

So gewaltig die Fülle der Ereignisse in diesen zweieinhalb Jahren dahin geströmt ist, so sind der großen Wendepunkte, nach denen man sich die Zeit in Abschnitte zerlegen könnte, doch nicht so sehr viele. Mancher wird bei den bedeutendsten Entscheidungen doch zuweilen stocken, wenn er sagen will, ob sie ins Jahr 1914 oder ins 1915 zu setzen sind, oder ob, was 1915 war, erst 1916 geschehen ist. Als die stärksten Einschnitte haben wohl im Gedächtnis gehaftet das Stocken der deutschen Offensive an der Marne (6. September 1914) und der Sieg bei Tarnow—Gorlice (2.—5. Mai 1915), worauf im Laufe des Sommers die Befreiung von Galizien und die Besitznahme von ganz Polen und Kurland folgte, ungefähr bis zu der Linie, die wir noch heute innehaben. Daran anschließend dann im Spätherbst und Winter die Ueberwältigung Serbiens. Im Jahre 1916 der Kampf bei Verdun und die Sommeschlacht. Endlich jetzt die Ueberwältigung Rumäniens. Dazwischen liegen die großen politischen Ereignisse, der Eintritt der Türkei (Oktober 1914), dann Italiens

(Mai 1915), dann Bulgariens (Herbst 1915) endlich Rumäniens in den Krieg. Als einen nicht weniger bedeutsamen Abschnitt in der ungeheuren Kampfhandlung muß man jetzt das Friedensangebot einschätzen, das der Deutsche Kaiser mit seinen Verbündeten am 12. Dezember dem Feinde hat übermitteln lassen. Es ist ja bloß Diplomatie, und die diplomatischen Handlungen machen meist nicht solchen Eindruck auf die Menschen wie die Feldschlacht. Vor den Blicken des Politikers und des Historikers aber sind sie oft noch viel wichtiger. Denn die Politik ist das Herrschende und Maßgebende; die Kriegführung ist nur eins ihrer Mittel. Die Friedrich und Napoleon waren in erster Linie Staatsmänner und erst in zweiter Linie Feldherren. Nichts ist charakteristischer, als daß der junge Leutnant Bonaparte, als der französische Revolutionskrieg ausbrach, keineswegs sofort zu den Fahnen geeilt ist, sondern sich mehr als ein Jahr in allerhand politischen Abenteuern herumgetrieben hat und erst zum Schwert griff, als er mit diesen Bestrebungen gescheitert war. Soviel stärker war in ihm der politische Antrieb als der militärische. Ganz ähnlich kann man von Friedrich bemerken, daß seine erste politische Idee, die Erwerbung Schlesiens schon ganz auf der Höhe seines Genius ist, seine erste Schlacht, Mollwitz, aber keineswegs.

Welch eine in der Weltgeschichte unerhörte Erscheinung, daß mitten im Siegeslaufe der Sieger den Frieden anbietet! Das ist doch Sache der Unterlegenen, hörte man einwenden. Nur weil Deutschland fühlt, daß es mit seinen Kräften zu Ende geht und daß es einer unausbleiblichen Katastrophe entgegentreibt, tönte es aus der feindlichen Presse, will es sich jetzt zum Frieden bequemen. Aber schon in der feindlichen Presse war man sich nicht so ganz einig, daß wirklich in dem Friedensangebot ein Zeichen der Schwäche zu erblicken sei, und man widerlegte sich selbst, indem man das Angebot für eine Falle, eine heimtückische Kriegslist erklärte: Fallen und Kriegslisten sind wohl noch keine Schwächezeichen. Vollends aber die neutrale Presse wies so gut wie einmütig die Vorstellung ab, daß es sich um eine Schwächeanwandlung handele, und riet unsern Gegnern, das Anerbieten doch recht sorgsam in Betracht zu ziehen.

Daß ein Sieger den Frieden anbietet, ist nun nicht so schlechthin einzigartig in der Geschichte, sondern man kann gewisse Beispiele dafür anführen, aber freilich diese Analogien sind irre-

leitend und man läßt sie besser beiseite, damit nicht falsche Nebenvorstellungen erweckt werden.

Die Frage ist: gibt die militärische Situation uns Aussicht, bei dem Frieden, den zu erlangen das Friedensangebot bestimmt ist, alles das zu gewinnen, was Deutschland heute nötig hat? Hierüber werden heute die Ansichten auseinandergehen; ich für meine Person beantworte sie mit ja. Die Leser kennen meine Auffassung von dem zu erstrebenden Frieden, wie ich sie nicht erst heute, sondern schon im September 1914, als die französische Regierung aus Paris geflohen war und die öffentliche Meinung in Deutschland unseren demnächstigen Einzug in die feindliche Hauptstadt erwartete, kundgetan habe. Es ist jetzt nicht angezeigt, auf Einzelheiten einzugehen, aber einige Grundsätze möchte ich aufstellen, die sich heute die besonnene öffentliche Meinung in Deutschland zur Richtschnur nehmen sollte.

Wir müssen nicht nur einen Frieden anstreben, sondern einen Frieden anstreben, der Dauer verspricht.

Ein solcher Friede ist unmöglich, wenn wir Bedingungen aufstellen, die bei den anderen Völkern den Verdacht erwecken, daß wir eine Welthegemonie anstreben. Für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen die Völker bis zum Aeußersten, und selbst, wenn es gelingt, sie durch militärische Erfolge zur Unterwerfung zu bringen, selbst in dem Grade, wie es Napoleon gelungen ist, so benutzen sie die erste Gelegenheit, um wieder loszubrechen. Unsere eigene Erhebung im Jahre 1813 ist der schlagendste und schönste Beleg dafür. So unbestreitbar es ist, daß unsere Sicherheit nur auf unserer Macht beruhen kann, so muß diese Macht die anderen Mächte neben sich gelten lassen. Sonst ist kein dauernder Friede möglich. Man gelangt dann auf die Bahn der Napoleonischen Politik, die am letzten Ende ins Verderben führt.

Erst in dem Augenblick, wo wir uns zu diesem Grundsatz bekennen, wird auch den anderen Völkern unser Friedensangebot verständlich. Bisher haben nicht nur unsere Feinde, sondern der überwiegende Teil der neutralen Welt in der Vorstellung gelebt, daß wir es gewesen seien, die diesen Kriegssturm entfesselt hätten, um eine Art Weltherrschaft zu gewinnen. Wäre das richtig, so wäre allerdings unser Friedensangebot nur so zu erklären, daß wir eingesehen hätten, daß wir unser Ziel nicht erreichen könnten, also aus Schwäche. Erst indem wir auf das Bestimmteste erklären,

daß unsere Forderungen im Frieden sich streng auf das beschränken, was die Sicherheit Deutschlands unbedingt erfordert und daß diese Erfordernisse der Freiheit und Ehre anderer Völker keinen Eintrag tun, können wir eine Atmosphäre schaffen, in der heute nicht nur Friedensverhandlungen möglich sind, sondern aus denen auch ein dauernder Frieden hervorgehen kann.

Diesen notwendigen doppelten Zweck erreichen wir am besten, man kann sagen, erreichen wir allein, wenn wir unser Kriegsziel im Osten suchen. So gewaltig England und Frankreich in diesem Kriege gekämpft haben, für die Zukunft droht uns von diesen beiden Rivalen, wie ich schon im ersten Bande (S. 243) eingehend dargelegt habe, keine wesentliche Gefahr. Selbst wenn man diese Gefahr aber höher einschätzen wollte, als ich es tue, so ist es doch auf jeden Fall taktisch klug, sie nicht direkt, sondern indirekt abzuschwächen, indem wir uns nach Möglichkeit gegen Rußland sichern. So günstig unsere militärische Lage ist, so wird uns die Fortsetzung des Krieges doch schwerlich so weit bringen, daß wir den Frieden einfach diktieren können. Das hat nicht einmal 1871 Bismarck gekonnt, sondern er hat bei den Verhandlungen zwar viel durchgesetzt, aber auch manches nachgegeben. Wenn wir also jetzt in Verhandlungen eintreten sollten, so ist es ratsam, unsere Forderungen nicht gleichmäßig auf unsere Gegner zu verteilen, sondern die Last möglichst nur auf eine Seite zu legen. Sehen dann die Anderen, wie glimpflich sie davon kommen, und erklären sich ihrerseits bereit abzuschließen, so ist auch der Belastete nicht länger imstande sich zu wehren.

Ob nun der Osten oder der Westen der anzugreifende Teil sein muß, ergibt sich aus den Verhältnissen. Werfen wir uns auf den Westen, so stoßen wir auf kaum zu überwindende Hindernisse, politischer wie moralischer Natur, und der etwaige Gewinn würde für immer ein sehr unsicherer Besitz bleiben. Im Osten sind die Verhältnisse umgekehrt ungewöhnlich günstig, und wir haben uns in dieser Richtung bereits festgelegt durch die Proklamation des Königreichs Polen. Einem unabhängigen Polen zu widersprechen ist für die Westmächte von vornherein unmöglich. Die Schwierigkeit liegt allein in der Festsetzung der östlichen Grenze, die wir möglichst weit hinausrücken müssen, und in der Forderung, von der wir unter keinen Umständen ablassen dürfen, daß Rußland auch Litauen und Kurland abtreten muß. Für

Litauen können wir denselben Grund angeben wie für Polen, daß es sich um die Befreiung eines selbständigen Volksstammes handelt, aber auch für die Erwerbung von Kurland können wir das Nationalitätenprinzip ins Feld führen. Die eingesessene Bevölkerung ist freilich in ihrer großen Masse lettisch, aber die Russen haben sie bei der Räumung des Landes zum sehr großen Teil ausgetrieben und mitgenommen. Im Innern Rußlands aber wohnen in einer Reihe von Ansiedelungen seit 150 Jahren gegen zwei Millionen Seelen deutsche Bauern, die die Russen jetzt in der barbarischsten Weise von Hof und Haus verjagt haben und die sie als Fremdlinge nicht länger in ihrem Lande dulden wollen. Auf irgend eine Weise muß für diese Unglücklichen gesorgt werden. Das Natürlichste ist, daß Rußland sie an Deutschland überweist und, da sie ein Recht auf eine Heimstätte haben, auch an Deutschland ein Stück Land abtritt, wo sie wieder angesiedelt werden können. In vorzüglicher Weise eignet sich hierzu Kurland, das, wenn man ein Stück des nördlichen Litauen hinzunimmt, sich sehr gut an Ostpreußen anschließt und auf seinem fruchtbaren, bisher sehr wenig ausgenutzten Boden, die beste Gelegenheit für eine bäuerliche Ansiedlung und für deutsches Neuland bietet. Die öffentliche Meinung in Deutschland sollte sich geschlossen und einmütig hinter die Regierung stellen, um diese Forderung, koste es was es wolle, durchzusetzen. Was es sonst auch für wünschenswerte Ziele geben mag, hiergegen müssen sie alle zurückstehen.

Sehr große Schwierigkeiten wird uns natürlich immer der neue Staat Polen bereiten, und wenn die Westmächte und vielleicht Rußland selbst uns diese Neuschöpfung ohne langes Sträuben zugestehen, so geschieht es wohl mit dem Hintergedanken, daß wir wenig Freude daran erleben werden. Im Winter 1887/88 hat Bismarck zu dem Botschafter Prinzen Reuß gesagt: „Und was wollen wir denn machen, wenn wir Rußland besiegt haben? Etwa Polen wiederherstellen? Dann können wir ja 20 Jahre später wieder ein Bündnis zwischen den drei Kaiserreichen zum Zweck einer neuen und vierten Teilung Polens abschließen. Aber dies Vergnügen lohnt doch eigentlich nicht einen großen und schweren Krieg". Das klingt abschreckend, aber um dieselbe Zeit, 1887, hat der deutsche Staatsmann zu Crispi gesagt, daß ein selbständiges Polen gegen Rußland einen Wall bilden würde. Wie läßt sich dieser Widerspruch vereinen? Es ist nicht so schwer.

Der Ausspruch zu dem Prinzen Reuß ist nichts als der höchst gesteigerte Ausdruck für die Abneigung gegen einen Krieg mit Rußland: was in aller Welt hatten wir für einen Grund, einen Krieg mit Rußland zu wünschen oder anzufangen? Wiederum der Ausspruch zu Crispi ist die zu Ende gedachte Möglichkeit, daß es trotz unseres Widerstrebens dennoch einmal zu einem Kriege mit Rußland kommen könne. Für diesen Fall hat auch Bismarck als das natürliche Ergebnis die Errichtung eines selbständigen Polens angesehen. Diese Schöpfung wird Sorgen bringen, aber das darf uns nicht abschrecken, diese Politik dennoch entschlossen weiter zu verfolgen. Auch Ungarn hat Oesterreich und mittelbar uns oft Sorge und Aerger bereitet, aber wir müssen es hinnehmen, da es doch immer besser ist, daß es sich an uns anlehnt, als daß es unter die moskowitische Herrschaft fällt. Wenn es mit Polen vielleicht noch schwieriger gehen wird, so liegt die Schuld daran zu einem nicht geringen Teil bei uns selber. Dreißig Jahre lang haben wir Deutschen und Polen gepredigt, daß wir natürliche Feinde seien; ja dieser Aberglaube war so eingewurzelt, daß jetzt zu Beginn des Krieges nicht selten in Deutschland der Ruf ertönte, es sei ein Krieg des Germanentums gegen das Slawentum. Dabei besteht die volle Hälfte der Untertanen des Kaisers von Oesterreich aus Slawen. Die deutsche Aufgabe ist es vielmehr, das katholische Slawentum an sich zu ziehen und es gegen die Russisch-Orthodoxen zu schützen. Es wird aber geraume Zeit dauern, ehe alle die geschichtswidrigen Fabeleien von der unüberwindlichen Polen- und Deutschenfeindschaft, mit denen man einmal die Köpfe erfüllt hat und die auch noch in den jüngsten Auslassungen des Fürsten Bülow über die Ostmarkenpolitik herumspuken, überwunden und ausgetrieben sind. Es ist klar, daß wir zu dem neuen Königreich Polen niemals in ein wirklich bundesbrüderliches Verhältnis kommen können, wenn wir nicht auch die Herzen des preußischen Polen zu gewinnen verstehen. Man kann eine so zu sagen auf die Ewigkeit berechnete Bundesgenossenschaft, wie wir sie jetzt mit den Polen abschließen, niemals bloß auf politische Interessen und Argumente aufbauen, obgleich diese natürlich immer die Grundlage abgeben müssen, sondern muß die Bundesgenossenschaft auch von freundschaftlichen Gefühlen getragen wissen. Wir haben in der Vergangenheit Stoff genug dafür. Kein geringerer als Max Lehmann hat das einmal in

der Göttinger Akademie nachgewiesen.*) Ich selber habe jetzt die schönsten und wirksamsten deutschen Polenlieder aus der Zeit unserer Polenromantik in einem Heftchen zusammenstellen lassen und mit einer historischen Einleitung versehen, worin ich nachweise, wie viel alte Bande uns mit den Polen verbinden.**) Wer jetzt den Bestrebungen der Obersten Heeresleitung zur Aufstellung einer polnischen Armee nachhelfen will, der sorge für Verbreitung dieser Stimmung, denn bei den Deutschen muß es anfangen, wenn zwischen den Polen und uns ein wirkliches Vertrauen geschaffen werden soll. Freilich Lieder und Reden sind ohnmächtig, wenn die Politik nicht die richtigen Bahnen einschlägt, und hier zu handeln, ist zunächst am preußischen Staatsministerium.

Alle politischen Fragen aber, selbst diese so unendlich wichtige polnische treten jetzt zurück gegen die eine entscheidende: wird es zu Friedensverhandlungen kommen?

Als die Verbündeten ihr Friedensangebot erließen, haben sie wohlbedacht den Augenblick des glänzend fortschreitenden Sieges in Rumänien gewählt. Aber das Geschick hat es gewollt, daß unmittelbar vorher andere Ereignisse eingetreten waren, die dem Erfolge des Angebots so ungünstig sein mußten wie der Fall von Bukarest günstig. In Petersburg wurde der leitende Minister Stürmer durch Trepow ersetzt und in London wurden Asquith und Grey zum Rücktritt gezwungen und Lloyd George trat an die Spitze des Kabinetts. Bald genug wurde bekannt, daß die abgegangenen Minister beseitigt waren, weil man sie im Verdacht hatte, einem Friedensschluß geneigt zu sein; die letzte Rede von Asquith hatte das ja auch deutlich genug gezeigt. Trepow und Lloyd George ergriffen die Zügel der Regierung, um alle Kräfte ihrer Länder zur äußersten Anspannung und zur Fortführung des Krieges aufzurufen. Was nun? Alle Welt erwartete, daß das deutsche Angebot schroff und selbstbewußt abgelehnt werde. Es ist ja nur eine deutsche Perfidie, hieß es; man will uns zu Friedensverhandlungen verlocken, um unsere Energie zu lähmen und um uns untereinander zu spalten, während Deutschland selbst

*) Max Lehmann, Historische Aufsätze. 1911. S. 83 ff.

**) Deutsche Polenlieder von Graf Platen, Grillparzer, Lenau, Graf Auersperg, Uhland, Holtei, Chamisso, Herwegh und Anderen. Mit einer Einleitung von Hans Delbrück. Verlag Georg Stilke, Berlin. Preis 75 Pf.

mit dem Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst seine Kräfte immer höher steigert. Der Argwohn ist unberechtigt; Deutschland will wirklich einen ehrlichen, gemäßigten, dauernden Frieden. Aber selbst, wenn er nun einmal da ist, darf man um eines solchen Argwohns willen das Angebot glatt ablehnen? Die fremden Minister, besonders Herr Lloyd George, suchten sich zunächst auf die Weise zu helfen, daß sie Deutschland von neuem mit wütenden Schmähungen anfielen; die Berechnung war wohl dabei, daß, wenn wir es nunmehr ablehnten, uns mit solchen Schimpfern in eine weitere Unterhaltung einzulassen, man hätte sagen können: ihr seht, Deutschland hat sein Angebot gar nicht ernsthaft gemeint. Wirklich gab es auch in Deutschland eifrige Patrioten, die in die Falle hineintapsten und erklärten, nun könne von Verhandlungen nicht mehr die Rede sein. Die öffentliche Meinung war aber dieses Mal doch einsichtiger; sie fand bei näherer Prüfung heraus, daß Herr Lloyd George die Tür doch nicht so ganz hinter sich zugemacht habe. Alle die Wendungen, die er gebraucht hatte, um die ihm, dem eben zum Krieg-Durchhalten berufenen Minister, so peinlichen Friedens-Verhandlung womöglich abzuschneiden und doch nicht als der Schuldige dabei zu erscheinen, erwiesen sich als doppeldeutig. Restitution? Gewiß; Deutschland müssen die genommenen Kolonien restituiert werden. Reparation? Gewiß; Deutschland muß für die Schäden, die es durch die völkerrechtswidrige Blockade, die völkerrechtswidrige Beraubung seiner Untertanen im feindlichen Machtbereich, den Bruch der Kongo- und Niger-Acte erlitten hat, entschädigt werden. Auch Griechenland und andere Neutrale dürften Entschädigungen anzumelden haben. Garantien? Gewiß; Deutschland braucht Garantien, daß man nicht einmal wieder von allen Seiten über uns herfällt, und hat auch bereits den richtigen Weg für die Erlangung solcher Garantien angegeben, indem es sich bereit erklärt hat, einem Weltfriedensbunde beizutreten, der vermöge der Teilnahme Amerikas doch mehr als eine papierene Abmachung sein dürfte.

Während nun die Vierverbands-Diplomaten noch erwogen und korrespondierten, wie sie sich aus der Verlegenheit ziehen sollten, erschien der Präsident Wilson auf dem Plan und erklärte, die Deutsche Regierung und ihre Verbündeten seien ihm nur zuvorgekommen; auch Amerika habe ein Interesse daran, ein

ideales, wie ein politisches, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht werde, und er rate, daß die Gegner sich ihre Friedensbedingungen gegenseitig mitteilen. Herr Wilson verwahrt sich dagegen, daß er eine Mediation ankündige, tatsächlich ist aber sein Vorgehen wenig davon verschieden. Seit langem habe ich in diesen Jahrbüchern auf diese einmal zu erwartende Vermittlung hingewiesen und dabei ausgeführt, daß sie uns zwar unsympathisch, keineswegs aber schädlich ist (vgl. im ersten Bande S. 264). Herr Lloyd George selber hat ja erst vor einigen Monaten verkündigt, eine Friedensvermittelung sei Deutschlands Triumph und Englands Katastrophe. Das ist nun freilich eine starke Uebertreibung. Immerhin aber ist die Verlegenheit, in die die feindlichen Regierungen schon durch unser Friedensangebot gesetzt waren, dadurch zu einer Art Verzweiflung gesteigert. Nun gar, da wir sofort Herrn Wilson geantwortet haben, wir seien bereit und willig, uns an irgend einem neutralen Ort mit den Gegnern zu einer Aussprache zusammenzufinden. Was für Bedingungen sollen die Gegner nun angeben, ohne gegenseitig aneinander zu Verrätern zu werden? Kann England sagen, daß es kämpfen werde, bis es für Rußland Konstantinopel und für Italien die Herrschaft über die Adria erobert habe? Kann es auch nur sagen, daß es für Rußland Polen zurückzuerobern denke? Kann es den Franzosen noch Elsaß-Lothringen versprechen? Wenn es aber das nicht tut, werden die Anderen dann noch kämpfen wollen? Sollen die Franzosen schließlich dafür kämpfen, daß die Engländer Calais behalten können?

Wenn man nun aber entweder ein glattes „Nein" ausspricht oder irgendeine Formel findet, die indirekt die weiteren Verhandlungen abwürgt, so sind durch diesen Zwischenfall doch die Bedingungen der Fortführung des Krieges gründlich und sehr zum Schaden unserer Gegner verändert. Bisher hatten sie die vorwaltende Meinung der Neutralen auf ihrer Seite; sie werden sie von jetzt an gegen sie haben. Bisher hat Amerika sie in einem Grade unterstützt, daß ohne diese Unterstützung der Krieg längst hätte beendigt werden müssen; jetzt ist der Präsident Wilson persönlich dafür engagiert, daß die gute Tat, zu der er sich entschlossen, nicht unfruchtbar verdorre, und er hat hundert Machtmittel zur Verfügung, seinem Willen, der zugleich sein Ehrgeiz ist, Nachdruck zu verschaffen. Die Pazifisten

der ganzen Welt stehen ein für die Ehrlichkeit des Deutschen Angebots; der niederländische Anti-Oorlog Raad beschwört in einem sehr ausdrucksvollen Aufruf die Regierungen der kriegführenden Länder, daß jetzt ein ernster Versuch gemacht werde, eine Uebereinstimmung zu erzielen, die zu einem gerechten und dauernden Frieden in einem freien Europa führen könne. Der Pazifismus, der hier zu Worte kommt, ist aber nicht bloß bei neutralen Völkern, sondern auch in England, Frankreich, Italien selbst von einem sehr erheblichen Einfluß. Das neugebildete Ministerium von Lloyd George beruht auf einer parlamentarisch sehr unsicheren Grundlage. Lloyd George selber ist radikaler Demokrat mit stark sozialistischem Einschlag; das Gros seiner Gefolgschaft besteht aus Konservativen, die in allen ihren Idealen und Interessen auf's schwerste bedroht sind, wenn Lloyd George seine Ideen über die nationale Organisation zum Zweck der Fortsetzung des Krieges durchführt. Die Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern heben den Begriff des Privateigentums schon beinahe auf; die Bergwerke, die Eisenbahnen, die Handelsflotte sollen in staatliche Verwaltung genommen werden. Die Herren Asquith und Grey sind zwar Patrioten genug, um Lloyd George öffentlich ihrer Unterstützung zu versichern, haben jedoch ihre politischen Vorstellungen sicherlich nicht völlig vergessen und fallen lassen und sie haben immer noch eine große Gefolgschaft. Von den Arbeitern weiß man noch nicht recht, wie sie sich stellen werden, und auch die Iren sind eine sehr unsichere Gefolgschaft, da sie an Lloyd Georges Seite ihren Todfeind Carson erblicken.

Was wird also der Verband unserer Feinde unter Führung des Herrn Lloyd George dem Deutschen Reichskanzler und dem Präsidenten Wilson antworten? Wir sind in der Lage, auch einem „Nein" getrosten Herzens entgegen sehen zu können, aber wenn unsere Feinde sich bereit erklären, mit uns in Friedensverhandlungen einzutreten, so werden sie sich überzeugen, daß es ein loyales und ehrliches Angebot war, das wir gemacht haben.

Die Erklärung des Deutschen Reichskanzlers, daß das Reich bereit sei, einem Weltfriedensbunde beizutreten, die der Vorstellung, daß in Deutschland der Militarismus herrsche, die Wurzel abschneidet; die Proklamation des Königreichs Polen, die bezeugt, daß Deutschland für unterdrückte Nationen eintritt; und endlich jetzt das Friedensangebot, das in allem Stolz eines unaufhalt-

samen siegreichen Vormarsches die ehrenwerte Gesinnung des Maßhaltens bezeugt, das sind drei Taten, die man in ihrem inneren Zusammenhang ansehen muß, um eine Staatskunst zu erblicken, die man der Deutschen Strategie ebenbürtig an die Seite stellen darf.

Der Krieg im Dezember.

29. Dezember 1916.

Als ich das vorige Heft abschloß, hatte Falkenhayn von Norden soeben die Siebenbürgischen Pässe und Mackensen von Süden die Donau überschritten, und man war gespannt, ob die Rumänen es wagen würden, ihre Hauptstadt zu verteidigen oder sie freiwillig zu räumen sich entschlössen. In bezug auf den Uebergang über das Siebenbürgische Grenzgebirge ist noch nachzutragen, daß so scharf auch der Angriff an den vier oder fünf verschiedenen Pässen gleichzeitig war, es doch nicht einem Zufall überlassen geblieben ist, wo wir endlich durchbrechen würden, sondern daß von vornherein einer dieser Pässe und zwar der westlichste, eben der Szurdukpaß, als die eigentliche Durchbruchsstelle geplant war. Auf das sorgsamste waren hier alle Vorbereitungen getroffen, um auf dem an sich nicht sehr bequemen Uebergang die genügende Uebermacht ansetzen und so schnell durchdringen und vorwärts dringen zu können, daß man sicher war, den taktischen Gewinn sofort auszunutzen, die Rumänen weiter und weiter zu treiben und wesentliche Teile der Besatzungen der anderen Pässe dann im Rücken zu fassen und abzufangen. Die Rumänen haben ja den Feldzug strategisch so ungeschickt angefangen wie nur denkbar, indem sie ihre Armee auf verschiedene Aufgaben zersplitterten, gleichzeitig allenthalben auf ihrer unendlich langen ungarischen Grenze vorgingen und sich auch in der Dobrudscha bereit stellten. Der Grund ist vermutlich ebenso wohl Mangel an Einsicht wie gegenseitiges Anlügen mit den Russen. Diese werden ihnen eine erhebliche Armee in Aussicht gestellt haben zum direkten Vorgehen aus der Dobrudscha auf Konstantinopel, während die Rumänen sich stark machten für einen gewaltigen Angriff auf die Oesterreicher in der Bukowina. Das eine wurde so wenig geleistet wie das andere, und so entstand eine

Aufstellung, die allenthalben gleichmäßig schwach war und der operativen Ueberlegenheit der Hindenburgschen Strategie den schönsten Spielraum gab. Erinnern wir uns, wie die Siebenbürgische Grenze von uns preisgegeben wurde, während Mackensen seine Schläge in der Dobrudscha führte. Dann aber kam das Meisterstück: daß Mackensen nicht von der Dobrudscha aus, sondern weit oberhalb, bei Sistowa die Donau überschritt und die Offensive fortsetzte, in dem Augenblick, wo die mittlerweile angesammelten deutschen Kräfte unter Falkenhayn ihrerseits den Einbruch in die Walachei erstritten. Wie klug diese Strategie durchdacht war, zeigte sich sofort. So schlecht die Rumänen ihren Feldzug begonnen hatten, so ganz verlassen vom Geiste der Strategie sind sie dennoch nicht, und vielleicht ist ihnen der französische General Berthelot zu Hilfe gekommen. Sie taten das Beste, was sie nach dem Verlust ihrer Grenzpässe tun konnten: verstärkt und ermutigt durch die Ankunft einiger russischer Divisionen sammelten sie sich in einer guten Stellung unmittelbar vor ihrer Hauptstadt an dem Flusse Argesul und versuchten, während sie sich im Norden gegen Falkenhayn defensiv verhielten, gestützt auf Bukarest, eine kräftige Offensive gegen Mackensen. Wirklich gelang es ihnen, für einen Augenblick Vorteile zu gewinnen, vermutlich doch vermöge großer numerischer Ueberlegenheit. Das Einzelne war aus den Berichten nicht mit Sicherheit zu erkennen. Einmal hieß es, daß die Russen auf dem äußersten rechten Flügel Mackensens, also nahe der Donau Geschütze genommen hätten. Dann aber wieder, daß sie zwischen Mackensen und Falkenhayn durchgebrochen seien und diesen Flügel Mackensens in Bedrängnis gebracht hätten; sie sollen ihn nicht nur flankiert, sondern sogar schon völlig umgangen gehabt haben. Während sich die deutschen in dieser bösen Lage mit äußerster Zähigkeit behaupteten, kam die Befreiung, indem die vorrückenden Rumänen endlich auf eine bayrische Division aus der Armee Falkenhayns stießen, oder aber, indem eine türkische Division, die vermutlich weiter oben die Donau überschritten hatte, den Deutschen zu Hilfe kam, indem sie die Rumänen ihrerseits flankierte. Wie es auch im einzelnen verlaufen ist, das Ergebnis war, daß die so gut angelegte rumänisch-russische Offensive, die man einigermaßen mit dem Vorbrechen Joffres aus Paris am 6. September 1914 vergleichen kann, endlich doch scheiterte und,

indem Falkenhayn mittlerweile den Defensivflügel im Norden über den Haufen warf, mit einer absoluten Niederlage endete. Bukarest wurde ohne weitere Verteidigung geräumt. Hätte die verbündete Armee unter deutscher Führung einen solchen Sieg erfechten können, wenn Hindenburg sie nicht so dirigiert hätte, daß im letzten Augenblick Falkenhayn und Mackensen taktisch zusammenwirken konnten? Wäre Mackensen von der Dobrudscha aus, oder schon bei Rustschuk über die Donau gegangen, so wäre das unmöglich gewesen, und die Rumänen hätten aller Wahrscheinlichkeit nach mit ihrer russischen Verstärkung die innere Linie benutzend das eine oder das andere der in ihr Land einfallenden Heere überwältigt. Das alte Gesetz der Strategie, daß sie die Vereinigung der höchsten Kühnheit mit der äußersten Vorsicht postuliert, hat sich auch hier wieder in Hindenburgs Führung wunderbar bewährt.

Rastlos ist nach dem Siege am Argesul und der Einnahme von Bukarest die Verfolgung der geschlagenen Russo-Rumänen weitergegangen. Bald konnte man berechnen, daß die Rumänen seit Beginn des Krieges die Hälfte ihrer Armee und ihres Kriegsmaterials verloren hätten; ihre Erntevorräte und die für uns so wichtigen Petroleumfelder, die im letzten Augenblick zu zerstören dem englischen Militärbevollmächtigten nur teilweise gelang, fielen in unsere Hände. Wo die geschlagene Armee sich in vorbereitete Stellungen zu setzen suchte, wurde sie von neuem überwältigt. Endlich kam man an jene schmalste Stelle des Königreichs Rumänien, die auf der einen Seite begrenzt ist durch das Donauknie mit seinem Sumpfgelände, auf der anderen Seite von dem Knie der Siebenbürgischen Alpen. Es ist ungefähr die alte Grenze zwischen den Fürstentümern Walachei und Moldau. Seit Wochen, vielleicht seit Monaten, darf man annehmen, ist hier mit höchster Anstrengung an der Anlage einer befestigten Stellung gearbeitet worden. Hier konnten die zurückflutenden Trümmer der rumänischen Armee sich wieder sammeln und setzen, und endlich kam auch eine große russische Armee, man wird sie schwerlich auf weniger als sechs Armeekorps schätzen dürfen, um sie aufzunehmen. Kein Zweifel, daß sie gehofft haben, in dieser so außerordentlich günstigen Stellung unserem Vordringen Halt zu gebieten und auch hier den Operationskrieg in einen Stellungskrieg auslaufen zu lassen oder wenigstens eine Pause zum

Verschnaufen zu gewinnen. Aber der deutsche Angriff kannte kein Halten. In einer fünftägigen Schlacht ist auch diese Stellung durch die vereinigten beiden Heere unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Mackensen durchbrochen worden, und diese Siegesbotschaft von der Weihnachtsschlacht wird, wie wir hoffen dürfen, auch einigermaßen anfeuernd auf die langsam sich erwärmende Friedensstimmung bei unseren Feinden ihre Wirkung üben.

Der diplomatische Winterfeldzug. — Die Wilson'sche Friedens-Rede.

28. Januar 1917.

Ich kann die Betrachtung dieses Monats mit einem klassischen Zitat beginnen. Friedrich der Große schreibt in seinen Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg, ehe er im Spanischen Erbfolgekrieg zur Schlacht bei Malplaquet (1709) kommt: „Die Franzosen, durch den schlechten Erfolg ihrer Waffen und durch den Verlust von drei großen Feldschlachten entmutigt, machten im Haag Friedensanträge; aber noch waren die Geister zu sehr in Gärung und die Hoffnungen und Ansprüche auf beiden Seiten zu überspannt, als daß man sich hätte verständigen können. Wenn die Menschen der Vernunft zugänglich wären, würden sie wohl so lange, so hartnäckige und so beschwerliche Kriege führen, um früher oder später doch auf Friedensbedingungen zurückzukommen, die ihnen nur in den Augenblicken der Leidenschaft oder wenn das Glück sie gerade begünstigt, unerträglich erscheinen?" Darf man sagen, daß diese Sätze sich auch auf den heutigen Zustand Europas anwenden lassen? Ich füge gleich ein zweites klassisches Zitat hinzu. Kurz, ehe die Hugenotten von Richelieu endgültig niedergeworfen wurden, unter Umständen, wo sie hätten glücklich sein müssen, einigermaßen ungestört ihrer Religion leben zu dürfen, sollen sie einen Plan entworfen haben, Frankreich in eine große Bundesrepublik nach der Art der Niederlande zu verwandeln (1621). Ranke bemerkt dazu in der französischen Geschichte: „Es gibt Zustände, in denen das Gefühl der Gefahr, in der man schwebt, durch abenteuerliche Entwürfe gleichsam betäubt wird. Wie die Menschen gesinnt

waren und die Verhältnisse lagen, war nichts als Unheil zu erwarten." Es scheint mir nicht zu gewagt, auch diese Sätze anzuwenden auf die Art, wie unsere Feinde erst unser Friedensangebot und dann auch die Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson abgelehnt haben. Der Widerspruch zwischen den Forderungen, die hier aufgestellt werden, und der militärischen Lage ist so ungeheuerlich, daß man dieses ganze Auftreten wohl als Handeln in einer Art von Betäubung bezeichnen kann. Zwar, daß die Mächte es ablehnen, Deutschland als Sieger anzuerkennen, ist nur konsequent; denn da sie behaupten, daß wir in den Krieg gezogen seien, um eine deutsche Welthegemonie zu erobern und wir dieses Ziel nicht erreicht haben, so haben unsere Feinde sogar das Recht, sich von diesem Standpunkt aus selber als Sieger zu betrachten, und wir unsererseits könnten lächelnd zustimmen und ihnen diese Selbstbefriedigung gönnen. Das Abenteuerliche aber beginnt da, wo der Feind die Folgerung zieht, daß Deutschland und seinen Verbündeten die Wiederholung ihrer Angriffspolitik unmöglich gemacht werden müsse. Solange dieser Grundsatz nur in den allgemeinen Begriffen „Restitution", „Reparation", „Garantien", „Nationalitätsprinzip" zum Ausdruck kam, ließ sich von deutscher Seite noch darüber debattieren, denn auf alle diese vier Begriffe hätten, wie ich schon im vorigen Heft gezeigt habe, auch wir uns berufen, sie den Gegnern wieder in den Mund stopfen und Gegenrechnungen aufstellen können. Aber nachdem schon die gesucht beleidigende Form dieser Antwort jeder direkten Verhandlung die Wege abgeschnitten, haben in der Note an den Präsidenten Wilson (10. Januar) die Verbandsmächte derartige konkrete Forderungen mit den allgemeinen Prinzipien verbunden, daß auch der Weg der Vermittelung verrammelt wurde. Dieser Uebergang in's Konkrete aber hat nun nicht bloß durch die Wildheit seiner Forderungen unsere Entrüstung, sondern auch durch die Offenbarung der inneren Widersprüche in dem Auftreten der großen Koalition unser Gelächter hervorgerufen. Wie können diese Staaten es wagen, von dem Schutz und der Selbständigkeit der kleinen Nationalitäten zu sprechen? Dieses Rußland, von dem fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus unterworfenen Fremdvölkern besteht? Dieses England, das mit seinen sechzig Millionen eigenen Volkstums (eingeschlossen die Kolonien) den vierten Teil der ganzen Menschheit

und der ganzen Erdoberfläche unter seine Herrschaft gebracht hat? Das das von den verschiedensten Völkern umrandete Mittelmeer durch Gibraltar, Malta, Aegypten, Zypern in sein Joch spannt? Dieses Italien, das an Oesterreich den Krieg erklärt hat, weil es sich nicht mit der ihm freiwillig zugestandenen Grenze seiner Nationalität begnügen, sondern große, von Deutschen, Slawen und Griechen bewohnte Gebiet zu erobern trachtete? Aber lassen wir diese Widersprüche auf sich beruhen und sehen uns ihre Forderungen unter dem rein politischen Gesichtspunkt an, so scheint eine fast verzweifelte, so zu sagen, unmögliche, diplomatische Aufgabe nicht ohne Geschick gelöst. Die Zentralmächte halten den Frieden angeboten mit der allgemeinen Formel, daß es „ein gerechter" und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede sein solle. Sie hatten weiter vorgeschlagen, daß man zu einer mündlichen Verhandlung zusammentreten solle, um sich die konkreten Vorschläge gegenseitig mitzuteilen. Die Verbandsmächte haben sich klargemacht, daß ein Zusammentreten und gegenseitiges Mitteilen zu Verhandlungen, Verhandlungen zu gegenseitigen Konzessionen, zum Frieden führen würden. Da sie den Frieden nicht wollen, suchten sie der Verhandlung zu entgehen, mußten aber doch wieder aus Rücksicht auf die Neutralen und auf die Friedenssehnsucht der eigenen Völker, die Schuld für das Scheitern auf die Zentralmächte zu schieben suchen. Das ging nur in der Art, daß man behauptete, die beiderseitigen Forderungen müßten vor dem Eintritt in die Verhandlungen bekannt gegeben werden — ein Grundsatz, den nur derjenige aufstellen kann, der den Frieden tatsächlich nicht will. Denn wie soll man zu einer Einigung kommen, wenn beide Parteien vor dem Eintreten in die Verhandlungen ihre Forderungen öffentlich bekannt geben, d. h. also sich auf ihnen festlegen, wodurch man es sich selbst aufs äußerste erschwert, Stücke davon wieder preiszugeben, wie es das Ergebnis jeder Verhandlung ist? Es dürfte keinen Friedensschluß in der Weltgeschichte geben, der nicht auf die Weise zustande gekommen ist, daß man von beiden Seiten den prinzipiellen Friedenswillen kundgegeben und dann in mündlichen Verhandlungen herausgetastet hat, was dem Gegner als zugestehbar, was als nicht zugestehbar erscheint, was also erreichbar, und was unerreichbar ist. Durch die Forderung vorgängiger Publikation unserer konkreten Bedingungen schnitten die Ver-

bandsmächte die Friedensverhandlungen ab, waren aber nun ihrerseits genötigt, Bedingungen zu nennen, und das brachte sie in die Verlegenheit, einerseits sich zu den ungeheuerlichsten Forderungen zu versteigen, um in den eigenen Völkern und in den Neutralen den Schein zu erwecken, als ob ihnen noch ein glänzender Sieg bevorstehe, andererseits Forderungen gemeinschaftlich zu vertreten, die entweder bei diesem oder jenem Volke doch sehr ungern gesehen werden, und mit den vorher verkündigten allgemeinen großen Prinzipien, namentlich dem der Nationalität in direktem Widerspruch stehen. Durch sorgsam ausgeklügelte, zweideutige Fassungen hat man über diese Widersprüche hinwegzukommen gesucht. Aber die Widersprüche sind dadurch nicht aufgehoben, sondern sogar hier und da noch verstärkt worden. Wenn verlangt wird, „die Rückgabe der früher durch Gewalt gegen den Wunsch der Bevölkerung den Alliierten entrissenen Provinzen" so verstehen die Franzosen darunter die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Da aber gleichzeitig von „Land- und Seegrenzen", die „gegen ungerechte Angriffe gesichert werden" sollen, gesprochen wird, so haben sich auch schon Franzosen gefunden, die daraus die Abtretung des ganzen linken Rheinufers deduziert haben. Umgekehrt könnte man wieder aus dem Nationalitätsprinzip deduzieren, daß nicht ganz Elsaß-Lothringen, sondern nur der französisch sprechende Teil, also bloß Metz zurückgegeben werden solle. Ganz ebenso sind die Ansprüche der Italiener ins Unsichere gestellt: nach dem Nationalitätsprinzip haben sie noch nicht einmal ganz das zu verlangen, was ihnen Oesterreich 1915 freiwillig zugestehen wollte; nach dem Prinzip der sicheren Land- und Seegrenzen können sie ihre Ansprüche so weit ausdehnen, wie sie Lust haben. Für die heikle Frage „Polen" hat man die Wendung gefunden, daß man statt einer gemeinschaftlichen Forderung des gesamten Verbandes der Note den Satz eingefügt hat „die Absichten des Zaren gegenüber Polen wurden durch seine Proklamation an seine Armeen ausgesprochen". England, Frankreich und Italien werden also außerhalb gelassen und machen sich nicht stark für diese „Absichten des Zaren". Um mit dem Schutz kleiner Völker prunken zu können, wird von der Befreiung der Slawen, Rumänen und Tschecho-Slowaken von der Fremdherrschaft gesprochen: („the liberation of the Italians, as also of the Slavs, Rumanes and Czecho-Slovaks from foreign

domination".) Der Verfasser der Note scheint sich nicht ganz klar darüber gewesen zu sein, was die „Slawen", die er befreien will, eigentlich für ein Volk sind. Vielleicht hat ihm etwas von Slowenen vorgeschwebt, und da ihm dieses Volk nicht ganz klar war, hat er „Slawen" dafür eingesetzt, ohne weiter darüber nachzudenken, daß auch die Tschecho-Slowaken, Polen und Russen zu den Slawen gehören. Nicht weniger spaßhaft erscheint es, daß er die Tschechen von einer Fremdherrschaft befreien will in dem Augenblick, wo ein Tscheche österreichischer Premierminister ist. Vor zwei Menschenaltern vereinigten sich Engländer, Franzosen und Italiener, um die braven Türken gegen die Raubgelüste der moskowitischen Barbaren zu verteidigen; heute erklären sie, daß das osmanische Reich mit der westlichen Zivilisation nicht vereinbar sei und aus Europa entfernt werden müsse. Aber auch dieser Satz ist nur ein Kompromiß und eine Verschleierung, denn die Russen verlangen nicht bloß, daß die Türken aus Europa entfernt werden, sondern daß ihnen selber die Herrschaft über den Bosporus und die Dardanellen zugesprochen werde. Diesen Anspruch aber als allgemeine Forderung der Entente zu proklamieren, hat man der öffentlichen Meinung gegenüber in England doch wieder nicht gewagt.

Ein ganz besonderes Unglück hat die Entente mit dem Genossen Belgien gehabt. Der gemeinsamen Antwort an den Präsidenten Wilson war eine besondere Antwort Belgiens beigefügt, die nach der Veröffentlichung schloß mit den Worten: „Belgien könnte nur einen Frieden annehmen, welcher ihm seine vollständige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zurückgibt, welcher ihm die Integrität seines Gebietes und seiner afrikanischen Kolonie verbürgt und ihm gleichzeitig gerechte Reparation und sichere Garantien für die Zukunft verschafft." Einige Tage darauf wurde amtlich berichtigt; der Schlußsatz müsse heißen: „Belgien könnte nur einen Frieden annehmen, der ihm gleichzeitig gerechte Entschädigung und Sicherheiten, sowie Garantien für die Zukunft böte." Die spezielle Erwähnung der afrikanischen Kolonie ist also weggefallen. Die Wirrung soll dadurch entstanden sein, daß durch ein Versehen der Kanzlei ein früherer Entwurf statt der definitiven Fassung in den Druck gegeben worden ist. Dieses Kanzleiversehen hat uns nun aber mit genügender Deutlichkeit enthüllt, daß Belgien bereit ist, durch Aufopferung

seiner Kongokolonie den Frieden zu erkaufen, und diese Enthüllung werden wir ohne Bedenken auf das gesamte Noten-Werk übertragen dürfen. Mit anderen Worten: diese Note ist zwar ein großer, sagen wir heroischer Entschluß, trotz allen Leiden der Völker den Krieg fortzusetzen, gleichzeitig aber ein großer Bluff: sie sollte vor den eigenen Völkern, wie vor den Neutralen den Schein erwecken, als ob man des glänzenden Endsieges völlig sicher sei, während die Staatsmänner sich selber schon klar sind, daß sie auf einen solchen Sieg keine Aussicht mehr haben. Sollten irgend welche Kriegsmaßregeln Deutschlands noch Amerika auf die Seite der Entente führen — und darauf hin arbeitet offensichtlich Herr Balfour, der neue englische Außenminister — so würde das ja eine ganz neue Lage schaffen und die Hoffnungen unserer Feinde würden einen starken Auftrieb erhalten. Aber die Möglichkeiten, die hier auftauchen, stehen auf einem ganz anderen Blatt. Das deutsche Friedensangebot für sich betrachtet, wenn es auch nicht sofort zum Frieden geführt hat, ist doch zu einem glänzenden diplomatischen Siege geworden. Es hat unsere Feinde in die äußerste Verlegenheit versetzt; mit Aufgebot aller ihrer diplomatischen Geschicklichkeit haben sie doch nur eine Antwort zustande gebracht, die ihre eigene innere Schwäche, die inneren Widersprüche ihrer Stellung, den angeblichen Verteidigungskrieg, der in Wirklichkeit ein Eroberungskrieg ist, und wieder die gegensätzlichen Interessen innerhalb dieser verschiedenen Eroberungsabsichten offenbar gemacht hat. Es kann nicht fehlen, daß die Folgen dieser Enthüllung, wenn sie auch vorläufig noch durch die zuversichtlichen Worte und die Vermessenheit der aufgestellten Forderung verdeckt sind, mit der Zeit hervortreten. Es gibt doch auch in Rußland denkende Leute, denen es nicht entgeht, daß die Entente vermieden hat, sich als Ganzes für die russischen Ziele in Polen und an den Dardanellen einzusetzen. Ganz ebenso wenig können die Franzosen und Italiener durch die vagen Ausdrücke, mit denen ihre Bestrebungen bedacht sind, befriedigt sein, während umgekehrt sehr vielen Engländern alle diese Ziele schon als viel zu unbestimmt und als viel zu weitgehend erscheinen. Wiederum bei allen Völkern unseres Bundes ohne Ausnahme haben die brutalen Drohungen gewirkt, wie eine neue Kriegserklärung: Wie können die Türken an Frieden denken, wenn ihnen ihre Hauptstadt entrissen werden soll? Wie die

Bulgaren, wenn Serbien wieder hergestellt werden soll? Wie die Oesterreicher und Ungarn, wenn große Gebiete mitten aus ihren Staatskörpern herausgeschnitten werden sollen? Wie die Deutschen, wenn ihnen, die Belgien und Nordfrankreich inne haben, zugemutet wird, daß sie Elsaß-Lothringen herausgeben sollen? Hätte das Friedensangebot uns Friedensverhandlungen gebracht, so würde ich das sehr willkommen geheißen haben, da ich glaube, daß wir bei der jetzigen Kriegslage alles für Deutschland Notwendige hätten erreichen können. Aber auch die kräftige Anfeuerung des Kriegswillens auf unserer Seite, sowie die Unsicherheit und Zerfahrenheit, die wir bei unseren Feinden bewirkt haben, dürfen wir wahrhaft willkommen heißen.

In deutschen Zeitungen ist wohl der Gedanke aufgetaucht, man solle es ebenso machen, wie unsere Feinde und durch Aufstellung großartiger Forderungen die Gegner und Neutralen verblüffen, die Zuversicht des eigenen Volkes stärken. Ist diese Methode unseren Gegnern wirklich gut bekommen? Im Gegenteil, und wenn sie mit ihrem Bluff wirklich etwas bewirkt hätten, so bedarf unser Volk, um das Seinige zu leisten, solcher Mittelchen nicht, und mit Freuden darf man feststellen, daß unserer Regierung nichts ferner liegt, und daß sie nach wie vor ihr Programm der höchsten militärischen Kraftleistung verbunden mit politischer Mäßigung, so wie das Friedensangebot sie offenbarte, festhält.

Die Proklamation des Kaisers an Heer und Marine (5. Januar) schließt mit den Worten: „Unsere Feinde haben die von Mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen.“. Es bleibt also bei dem Grundsatz der Verständigung.

In der Antwort auf die Ablehnung des Friedensangebots (11. Januar) lautet der Schluß, daß unser und unserer Bundesgenossen Kampf weitergeführt werden solle, „bis ein Frieden erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.“

In dem Aufruf an das deutsche Volk (12. Januar) wird als Ziel hingestellt: „Der volle Sieg über alle feindliche Macht-

gier und Vernichtungswut", also nicht der Sieg um der Herrschaft oder um des Ehrgeizes willen, sondern der Sieg in der Verteidigung gegen feindliche Machtgier und Vernichtungswut, ein Kampf um Erhaltung und Sicherung, nicht um Eroberung.

Eine negative Ergänzung haben alle diese Kundgebungen erfahren durch die Antwort des Kaisers auf ein Telegramm des „Unabhängigen Ausschusses" (Professor Schäfer). Diese Vereinigung hat sich die Freiheit genommen, in der Form einer Huldigungs-Adresse dem Kaiser ihr politisches Programm zu entwickeln und dabei auch „die Mehrung der deutschen Macht in Ost und West" verlangt. Die Antwort von dem Geheimen Kabinettsrat lautete: „daß Seine Majestät für den Huldigungsgruß und das Gelöbnis treuer Gefolgschaft sehr danken lasse": die politischen Ratschläge und Wünsche sind also kühl freundlich abgelehnt.

Der entscheidende Punkt, wo sich unsere Mäßigung praktisch zeigen muß, bleibt natürlich Belgien. Es wäre wohl am besten, jetzt nicht darüber zu sprechen, aber dann müßte von beiden Seiten darüber geschwiegen werden. Wenn aber von der anderen Seite fortwährend die öffentliche Meinung in dem Sinne bearbeitet wird, daß die Herrschaft über Belgien für unsere Zukunft etwas Unerläßliches sei, so dürfen auch diejenigen, die diese Vorstellung für einen großen verderblichen Irrtum halten, nicht schweigen. Freilich die Zahl derjenigen, die Belgien wirklich annektieren oder in irgendeiner Form dem Deutschen Reiche eingliedern wollen, ist unzweifelhaft sehr zurückgegangen. Recht verbreitet aber ist immer noch die Vorstellung, daß Belgien zwar innerlich unabhängig bleiben, politisch, wirtschaftlich und militärisch aber dem Deutschen Reich untergeordnet werden müsse. Das Politische darf man dabei ausscheiden, insofern man darunter versteht, daß der betreffende Staat keine eigenen diplomatischen Vertreter haben dürfte. Bleibt der Staat sonst selbständig, so kann er auch immer eine selbständige Politik machen, da dazu keine öffentlich beglaubigten Vertreter nötig sind, sondern, worauf Bismarck wiederholentlich hingewiesen hat, männliche oder weibliche Agenten in irgendwelcher Verkleidung vollkommen genügen. Vertragsmäßiges Verbot einer selbständigen Politik ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Bei einer wirtschaftlichen Angliederung fragt es sich, ob Deutschland einen Vorteil davon haben würde. Antwerpen bedarf mehr des deutschen Hinterlandes, als Deutschland des Hafens Antwerpen. Eine völlige

Illusion wäre es zu glauben, daß eine wirtschaftliche Vereinigung eine Annäherung der Gemüter hervorbringe. Die Erfahrungen mit dem deutschen Zollverein von 1834—1866 haben gezeigt, daß diese Vereinigung, obgleich sie allen Teilen den größten Nutzen brachte, doch die Gemüter eher entfremdet als befreundet hat, da alle Teile immer von dem Vorurteil erfüllt blieben, daß die Zölle schließlich doch nach dem Interesse eines anderen aufgebaut seien, und fortwährende ärgerliche Zerereien darüber hin und her gingen. Es bleibt also das Militärische, und man stellt sich vor, daß Belgien durch eine Militärkonvention an das Deutsche Reich angeknüpft werden könne. Die belgische Armee würde nach deutschem Muster erzogen, vielleicht mit deutschen kommandierenden Generalen auf den denkbar besten Stand der Ausbildung gebracht werden. Wer aber bürgt uns dafür, daß diese von uns selbst so vortrefflich ausgebildete Armee, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, auch wirklich auf unsere Seite tritt? Selbst wenn die Konvention bestimmen sollte, daß Belgien nicht bloß im Verteidigungskriege, sondern unbedingt in jeglichem Kriege dem Deutschen Reiche Gefolgschaft leisten müßte, so würde sich Belgien, wenn es nicht will, durch eine solche Konvention so wenig binden lassen, wie Preußen im Jahre 1813 an Napoleon, und auch deutsche kommandierende Generale würden die Belgier so wenig halten, wie Marschall Macdonald den General York halten konnte. Auch einzelne deutsche Garnisonen in Belgien würden daran nichts ändern, denn Belgien hat gegen acht Millionen Einwohner, würde also binnen wenigen Tagen Hunderttausende unter die Waffen bringen können und jede deutsche Garnison, vielleicht sogar von Deutschen besetzte Festungen, ehe ihnen von Deutschland Hilfe kommen kann, überwältigen. Denkt man etwa die ganze belgische Armee schon im Frieden in deutsche Garnisonen zu verlegen und Belgien selbst mit deutschen Truppen zu besetzen, so wäre auch das höchst gefährlich und praktisch gar nicht durchführbar. Die deutschen Städte würden sich für die belgischen Garnisonen bedanken, die deutschen Soldaten in Belgien aber könnten nachts nicht sicher über die Straße gehen, wenn Deutschland nicht gleichzeitig auch die Polizei und die Justiz in Belgien in die Hand nimmt. Belgien dauernd von deutschen Truppen besetzt, würde bedeuten, daß es dauernd unter Kriegsrecht zu leben verdammt sei — eine schlechthin unmögliche Aussicht. Man kann das Kriegsrecht wohl für einige Jahre festhalten, aber

man kann es nicht verewigen. Belgische Polizei und belgische Richter aber würden deutsche Offiziere und Soldaten gegen Ueberfälle und Nachstellungen nicht schützen.

Eine Militärkonvention kann man nur mit einem Staate schließen, der durch seine eigene Gesinnung und durch sein eigenes Interesse mit uns verbunden ist und dauernd mit uns verbunden zu bleiben wünscht, wie wir das von dem zukünftigen Polen erwarten. Durch Konventionen und Verträge aber einen Staat dauernd zu binden, ist unmöglich. Die einzige Form, in der Belgien militärisch mit Deutschland wirklich dauernd verbunden werden könnte, ist die Einstellung der Belgier in die deutsche Armee selbst, d. h. die Aufnahme Belgiens in das Deutsche Reich. Will man das? Es ist nicht nötig, lange darüber zu reden, da es in Deutschland kaum noch jemand gibt, der das fordert, und wenn es noch jemand gibt, so müßte man ihm erwidern: er sei wie einstmals die Trojaner, die das hölzerne Pferd, in dessen Bauch die Feinde steckten, eigenhändig in die Stadt zogen.

Ich habe diese Ueberlegung ziemlich wörtlich schon vor drei Wochen in der „Deutschen Korrespondenz" veröffentlicht und sie ist von vielen Zeitungen abgedruckt worden. Ich fügte hinzu, daß wenn jemand, wie etwa Herr Bassermann oder Graf Reventlow, die so eifrig für die Angliederung Belgiens eintreten, einen brauchbaren Modus für eine Militärkonvention anzugeben vermöchten, ich gern bereit sei, in eine weitere Diskussion einzutreten. Graf Reventlow hat sich dahinter zurückgezogen, daß er „diese Frage ruhig den Praktikern des Deutschen Generalstabes überlasse". Sehr richtig, so weit es die technische Seite der Militärkonvention betrifft; auch das Kriegsministerium würde dazugezogen werden müssen. Ein Politiker wie Graf Reventlow aber sollte sich schon klargemacht haben, daß die Grundlage einer Militärkonvention ein Bündnis ist und daß ein Bündnis nicht ein militärischer, sondern ein politischer Akt ist. Ist es ferner etwa eine militärtechnische Frage, ob die Polizei und die Gerichte belgisch oder deutsch sind? Ob sie in bürgerlicher oder militärischer Hand sind? Ist es eine bloß militärische Frage, ob eine uns verbündete Armee zuverlässig ist oder zum Abfall neigt? Ich darf die Antwort des Grafen Reventlow als das Eingeständnis ansehen, daß ihm bisher eine Antwort auf meine Frage nicht eingefallen ist, und dasselbe gilt von den verschiedenen Antworten, die sonst noch gekommen sind und die darauf

hinauslaufen, es gäbe wohl Lösungen, aber man könne sie noch nicht sagen, oder man wisse zwar keine Lösung, aber es müsse doch unter allen Umständen eine gefunden werden.

Auch Professor Hoetzsch in der Kreuzzeitung zieht sich hinter derartige Ausflüchte zurück oder verschanzt sich hinter Analogien, die, sobald man näher an sie herantritt, zusammenfallen. Er meint, was in Polen möglich sein solle, müsse auch in Belgien möglich sein, — wobei nur die Kleinigkeit vergessen ist, daß die Polen durch den furchtbaren Feind im Osten in ihrem eigenen Interesse gezwungen sind, die Anlehnung an Deutschland zu suchen; oder er vergleicht gar das zukünftige Abhängigkeitsverhältnis Belgiens mit dem Abhängigkeitsverhältnis Aegyptens von England, — wobei man nur fragen kann, ob er wirklich Flamen und Wallonen auf eine Stufe mit den Fellachen stellen will, oder ob ihm überhaupt noch nicht aufgegangen ist, daß die Frage, um die es sich handelt, die Frage der Zuverlässigkeit einer belgischen Armee in deutschem Dienst ist.

Etwas Positives hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung vorgebracht mit dem Satz: „Ein belgisches Heer darf es überhaupt nicht mehr geben, höchstens ein flandrisches, ein wallonisches." Das läßt sich hören, aber was unsere Frage betrifft, so würde daraus nur folgen, daß im Kriegsfalle nicht das belgische, aber das flandrische und das wallonische Heer zum Feinde übergehen könnten, und daß je besser wir sie vermöge unserer Militärkonvention ausbilden, wir dem Feinde um so tüchtigere Bundesgenossen zuführen.

Auf einen anderen Boden hat die Frage der Abgeordnete Freiherr von Zedlitz geschoben in einem Artikel im Roten Tag (18. Januar). Er stellt fest, daß in der Frage der flandrischen Küste die Ansichten der Marine geteilt seien. Graf Reventlow ist zwar außer sich geraten über diese Enthüllung; aber auch mir sind Marineoffiziere genug bekannt, die den marine-strategischen Wert der flandrischen Küste nicht für so sehr wesentlich halten. Was aber die belgische Frage im allgemeinen betrifft, so hat Herr von Zedlitz aus meinen Ausführungen etwas herausgelesen, was ich nicht gemeint habe. Ich habe gesagt, daß es einen Mittelweg zwischen Annexion und der Freigabe nicht gäbe, oder daß bisher wenigstens niemand einen solchen zu zeichnen vermocht habe. Aber ich habe nicht gesagt, daß deshalb nichts als die Herstellung des Status quo ante übrig bleibe. Die einfache Herstellung des Zu-

standes vor dem Kriege ist sogar durch die Verhältnisse selber bereits überholt und ausgeschlossen. Die Verwaltungstrennung zwischen Flandern und Wallonien, die das deutsche Gouvernement durchgeführt hat, ist nicht wieder rückgängig zu machen und muß die allerstärksten Nachwirkungen ausüben. Mag auch unmittelbar nachdem wir Belgien geräumt haben, eine gewisse Reaktion des belgischen Einheitsgedankens gegen die Selbständigkeitsäußerungen der Flamen einsetzen, mag sogar, was gewiß sehr unwahrscheinlich ist, die flamische Universität Gent wieder aufgehoben werden, eine derartige Bewegung einmal entfesselt, hat doch eine sehr bedeutende eigene Lebenskraft, wird sich unter allen Umständen weiter geltend machen und wirkt in der Richtung, daß Belgien keine bloße Dependenz des englisch-französischen Bündnisses werden kann. Mag der Haß der Flamen gegen Deutschland auch nicht minder groß sein, als der Haß der Wallonen, so wird es doch immer eine wertvolle und erfreuliche Frucht dieses Krieges bleiben, daß er dazu geführt hat, diesen germanischen Stamm in seinem Selbstgefühl zu beleben und ihn vor der Verwälschung zu bewahren. Mit diesem Ergebnis können wir uns im Westen begnügen und müssen uns begnügen, wenn der Friedensschluß nicht der Keim zu einer unabsehbaren Kette von neuen Kriegen werden soll. Den Macht-Zuwachs, den wir suchen müssen und der uns sichern soll, dürfen wir allein im Osten erstreben. Die Garantien, die uns Belgien zu geben hat, dürfen von den Belgiern nicht als Lasten oder als Servituten, wie man gesagt hat, empfunden werden, sondern müssen aus ihrem eigenen Interesse an der dauernden Erhaltung des Friedens entspringen.

* * *

So weit hatte ich geschrieben, als die Rede des Präsidenten Wilson im Amerikanischen Senat, die durch die Ueberreichung bei allen Mächten zu einer Note geworden ist, bekannt gemacht wurde. Vorausgeschickt sei, daß die Uebersetzungen sehr voneinander abweichen; die beiden, die ich verglichen habe, waren beide gleich schlecht. In dem ideologischen Pazifismus, den Präsident Wilson uns systematisch vorträgt, erkennt man — und ich will nicht leugnen, daß es in mir eine gewisse Sympathie erweckt hat — den alten Professor. Trotzdem darf ich davon absehen, auf diese Seite des bedeutsamen Schriftstückes einzugehen, da ich mich ja eben erst in dem Aufsatz „Realpolitischer Pazifismus" ausführlich zu diesem

Thema geäußert habe. Bei allem theoretischen Vorbehalt habe ich mich schließlich doch dahin entschieden, daß man praktisch auf die pazifistischen Ideen eingehen könne, und der Herr Reichskanzler hat sich schon am 9. November im Namen des Deutschen Reichs ebenso erklärt. Wie weit diese politische Methode führen kann und wird, wird die Zukunft lehren. Die Abrüstung, die in Aussicht genommen wird, können wir an uns herantreten lassen, da sie unsere Gegner ja in ihrem Wesen viel schärfer anpackt als uns. Die beiden Weltreiche England und Rußland würden dadurch aufgelöst werden, da Flotte und Heere den Reifen bilden, der sie zusammenhält. Auch Japan müßte Korea fahren lassen, wie England Indien, wenn es kein Heer mehr hat. Die allgemeine Abrüstung ist also vorläufig eine Utopie. Sehen wir nun aber die Wilsonsche Rede in ihrer Beziehung auf die augenblickliche politische Lage an, so ist es geradezu erstaunlich, wie sehr sie sachlich mit der deutschen Auffassung übereinstimmt. Deutschland will nach wie vor einen Frieden durch „Verständigung"; der Krieg wird nur fortgesetzt, wie der Kaiser proklamiert hat, um den Feind zu der Verständigung, die er noch nicht will, zu zwingen. Präsident Wilson sagt: es müsse ein Frieden ohne Sieg werden; das klingt ganz anders und namentlich für Deutsche, die bereits von dem Bewußtsein des Sieges erfüllt sind, mißtönend. Sachlich aber bedeutet es dasselbe wie Verständigung, und Präsident Wilson konnte sich, da er zwischen den Parteien steht, gar nicht anders ausdrücken. Die anderen wollen ja keineswegs eine Verständigung, sondern eine Vernichtung. Präsident Wilson ist so höflich, diesen Gegensatz nicht ausdrücklich zu betonen. Auch die Entente hat ihre Zerstückelungs- und Niederkämpfungsgedanken doch nötig gehalten zu verbrämen durch die Floskel, daß sie die „Ausrottung und das Verschwinden der germanischen Völker" nicht beabsichtige (the extermination and the political disappearence of the German peoples.) Wir Deutschen empfinden in dieser herablassenden Schonung die blutige Beleidigung und in der Mehrzahl „der deutschen Völker" noch den besonderen Stich der Anzweiflung unserer nationalen Einheit. Für den Präsidenten Wilson aber mag die Redewendung als Deckung gedient haben, damit er die Miene annehmen könne, als ob er beiden Parteien gleichmäßig entgegenkomme. In Wirklichkeit ist sein Programm die denkbar schärfste Abweisung der Kriegsziele unserer Gegner und auch die wenigen

konkreten Vorschläge, die der Präsident macht, lassen sich ohne Schwierigkeiten mit dem deutschen Standpunkt vereinigen.

Er verlangt ein geeinigtes, selbständiges Polen; für den Fall aber, daß ihm dies als unausführbar dargetan werde, hat er sofort den zweiten Modus bereit, daß denjenigen Polen, die unter fremder Herrschaft leben, Freiheit ihrer sozialen Entwicklung und ihrer Religion gewährleistet werde. Das ist nichts als das Programm, daß auch unsere Regierung sich jetzt vorgesetzt hat, zur Ausführung zu bringen.

Der Präsident verlangt, daß jedes **große Volk** (also nicht auch alle kleineren Nationen, wie Serben oder Polen) einen direkten Zugang zur See habe. Das klingt wie eine Konzession an Rußland; sofort aber wird zugefügt, daß das auch durch Neutralisierung der Wegerechte erreicht werden könne („neutralisation of direct rights of way under the general guarantee which will assure the peace itself.") Das ist also kaum etwas anderes als das, was die Türkei längst bereit ist, den Russen zuzugestehen und womit diese sich schlechterdings nicht haben zufrieden geben wollen.

Was kann uns schließlich erfreulicher sein, als daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Freiheit der Meere, die wir von Anfang an als unser Hauptkriegsziel angesehen haben, auch als seine Forderung proklamiert?

Freilich fällt uns dabei ein, daß Präsident Wilson schon am 23. Juli 1915 über die Freiheit der Meere verkündete: „Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite sie auch immer verletzt werden möge, ohne Kompromiß, um jeden Preis" — schlechterdings nichts aber in diesem Sinne getan hat, auch dann nicht, als die deutsche Regierung den Tauchbootkrieg gemäß dem Wilsonschen Verlangen am 4. Mai 1916 einschränkte unter der Voraussetzung, daß die amerikanische Regierung „nunmehr die alsbaldige Beobachtung der völkerrechtlichen Normen verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren." Weshalb ist Präsident Wilson nur gegen uns, aber nicht gegen unsere Feinde als Hüter des überlieferten Völkerrechts aufgetreten?

Läßt der Wortlaut auch hier oder da eine für uns ungünstige Auslegung zu, so ist damit noch nicht gesagt, daß eine solche mögliche Auslegung auch die wirkliche sei, und der Präsident mag sich

absichtlich unbestimmt ausgedrückt haben, um beiden Seiten Aussichten zu erwecken.

Man kann es also verstehen, wenn neutrale Stimmen in der Wilsonschen Rede nichts als eine Hilfsaktion für Deutschland erblicken, so das dänische „Vort Land"; freilich mit der wunderlichen Voraussetzung, daß wir aus eigener Kraft nicht einmal den status quo ante mehr würden durchsetzen können, und daß uns Wilson diesen nun verschaffen wolle. Das ebenfalls dänische „Christliche Tageblatt" kommt zu demselben Ergebnis mit der Begründung, daß ein Frieden ohne Sieg den status quo ante bedeute, daß mit diesem aber die Mittelmächte als Sieger anerkannt seien, die Wilsonsche Formel also tatsächlich mit der deutschen gleichbedeutend sei.

Auf weitere Einzelheiten ist es zunächst nicht nötig einzugehen, da eine positive Verhandlung auf dieser Grundlage doch noch nicht in Aussicht steht und täglich neue Umstände eintreten können.*)

Aber möge der Krieg auch noch solange fortdauern, schließlich wird man doch auf diese Wilsonsche Rede zurückkommen müssen und sich namentlich der schönen und tiefsinnigen Sätze erinnern, in denen der Präsident darlegt, daß ein Friede nach diesem Kriege, der dem Besiegten Demütigungen und unerträgliche Opfer auferlege, kein dauernder sei, sondern auf Flugsand ruhen würde. Ganz von dieser Gesinnung ist auch das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember eingegeben gewesen.

* * *

Indem ich die Korrektur des Vorstehenden lese, bringt die „Deutsche Tageszeitung" (28. 1.) einen Artikel, in dem Graf Reventlow die Idee der belgischen Militärkonvention definitiv fallen läßt und aufgibt. Er schlägt statt dessen vor, daß Belgien (Flandern und Wallonien) überhaupt keine Armee und keine militärischen Einrichtungen behalte. Das ist ein Gedanke, den auch ich lange gehegt und schon vor anderthalb Jahren einmal einer hohen militärischen Instanz in einer Denkschrift unterbreitet habe. Wenn Graf Reventlow sich weiter vorstellt, daß Belgien von deutschen Truppen besetzt bleibe, so hat er dabei offenbar nicht überlegt, daß das nur unter Kriegsrecht möglich ist. Soldaten können unter einer

*) Mit dieser Andeutung meinte ich die Erklärung des rücksichtslosen Ubootkrieges, von der ich eben erfahren hatte, daß sie bevorstehe. Wie diese Nachricht auf meine Freunde und mich wirkte, ist unten (unter dem 26 Okt. 1918) erzählt.

feindlichgesinnten Bevölkerung nicht leben, wenn sie nicht unbedingt, eingeschlossen ihre Angehörigen, gegen Beschädigungen und Beleidigungen geschützt sind. Selbst Graf Reventlow aber wird, wenn er sich die Frage erst gestellt hat, kaum bei der Forderung bleiben, daß die Flamen und Wallonen auf unabsehbare Zeit unter Kriegsrecht stehen sollen. Belgien würde also, wenn man seine Selbständigkeit nicht aufheben will, ganz ohne Truppen bleiben, und so hatte ich mir die Sache auch gedacht. Würde das eine Lösung sein, die den Annexionisten genügte? Schwerlich. Aber auch nicht einmal dieser Modus des Kompromisses scheint mir bei weiterer Ueberlegung erreichbar, soweit es sich nämlich um die Friedensbedingungen handelt. Eine vertragsmäßige Vorschrift, keine Armee zu halten oder die militärische Macht zu beschränken, wie es Napoleon 1807 mit Preußen unternahm, hat immer etwas sehr Mißliches, es tritt der Ehre eines unabhängigen Staatswesens zu nahe und gibt Anlaß zu Konflikten. Anders wäre es, wenn die Belgier selber in ihrem eigenen Interesse die Idee aufnehmen und anbieten und sie mit den allgemeinen pazifistischen Ideen verschmelzen, die jetzt von allen Seiten zur Erwägung gestellt worden sind. Darüber werden einmal weitere Erwägungen anzustellen sein, für heute wiederhole ich die erfreuliche Feststellung, daß die Diskussion dahin geführt hat, daß auch Graf Reventlow die Idee einer Militärkonvention als unausführbar anerkannt hat.

Das Beispiel Napoleons.

Februar 1917.

Die Zähigkeit, mit der die Engländer den Krieg gegen uns fortführen und zugleich die ganze Koalition zusammenhalten, entspringt aus mancherlei Wurzeln: dem eingeborenen Nationalcharakter, der aufgepeitschten Leidenschaft, dem Haß, dem Stolz, dem ehrgeizigen Herrscherwillen, und diesem und manchem mehr kann man schließlich hinzufügen: der Erinnerung an den siegreichen Kampf vor hundert Jahren gegen Napoleon. Die Anrufung dieses Beispiels übt auf jeden Engländer eine überwältigende, unentrinnbare Wirkung aus. Auf dem Ruhm und dem Erfolg dieses Kampfes beruht der englische Nationalstolz und die englische Weltherrschaft, wie sie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer weiter entwickelt und ausgedehnt hat. Von Beginn des Krieges an und schon lange vorher ist dem englischen Volke gepredigt

worden, daß der deutsche Kaiser heute von demselben Ehrgeiz beseelt sei, wie einst der furchtbare Korse; daß seine Weltherrschaftsgelüste England und mit ihm zugleich alle anderen Völker in ihrer Unabhängigkeit bedrohten und daß England daher wie die Väter bis zum äußersten kämpfen müsse, um sich selbst und die Welt vor der Tyrannei zu erretten. Wie durch keine Niederlagen und keinen Abfall der Bundesgenossen gebeugt, England den Kampf einst unablässig fortsetzte bis zum vollständigen Endsieg unter Fesselung des großen Gegners auf St. Helena, so will man auch diesen Kampf nicht mit irgendeinem vorzeitigen Kompromißfrieden, sondern nur mit der vollständigen Zerschmetterung des Deutschen Reiches beendigen. Die Vorstellung, daß man nicht bloß für national-englische Zwecke, sondern für die Menschheit und ihre Ideale kämpfe, schmiedet die nüchternen Geschäftspolitiker mit aufgeklärten Kosmopoliten zu einem festen Kriegswillen zusammen. Wie William Pitt seine Landsleute 1805 anfeuerte mit dem Wort, daß England, nachdem es sich selbst gerettet habe durch seine Tapferkeit, auch die anderen Völker retten möge durch sein Beispiel, so ruft sie heute Lloyd George auf mit dem Beispiel der Vorfahren und dem Hinweis, wie alle anderen Völker in England ihren Vorkämpfer erblicken.

Es genügt nicht, daß wir, sei es mit Zorn, sei es mit Lachen, diesen Vergleich als völlig unbegründet und sinnlos ablehnen, daß wir versichern, daß weder Kaiser Wilhelm, noch die deutsche Regierung, noch in seiner ungeheuren Mehrheit das deutsche Volk, noch auch nur das Offizierkorps von Welteroberungsgelüsten erfüllt sei oder auch nur Anwandlungen davon gehabt habe — alles das wird uns nicht geglaubt, und als der deutsche Kaiser den Frieden vorschlug, erwiderte Lloyd George, daß es auch dem ehedem von England niedergekämpften Despoten bei der Ausführung seiner nichtswürdigen Pläne zuweilen zweckmäßig erschienen sei, in der Maske des Friedensengels zu erscheinen; „er tat es, wenn er für einige Zeit sich seine Eroberungen zu assimilieren oder wenn er seine Truppen für Neueroberungen zu reorganisieren wünschte oder wenn seine Untertanen Zeichen der Ermüdung und Teilnahmlosigkeit gaben. Der Appell wurde stets im Namen der Menschlichkeit unternommen; er verlangte ein Ende des Blutvergießens, über das er sich entsetzt stellte, während er doch selbst der Hauptverantwortliche war. Unsere Vorfahren wurden einmal überlistet.

und sie selbst und Europa hatten es bitter zu bereuen. Er benutzte die gewonnene Zeit, um seine Truppen für einen tödlicheren Angriff auf die Freiheit Europas als je zuvor zu reorganisieren."

Wir wollen es uns nicht verdrießen lassen, diese historische Parallele einmal bis in ihre Einzelheiten zu verfolgen, um von der Aehnlichkeiten, die vorhanden sind, oder in den Augen der Engländer wenigstens vorhanden zu sein scheinen, hinabzusteigen zu den tieferen Gründen und Zusammenhängen, wo die völlige Richtigkeit dieser historischen Analogie klar zutage tritt.

Wir müssen damit beginnen, zunächst einmal das Bild Napoleons von gewissen legendarischen Uebermalungen und Uebertreibungen zu säubern, die die klare historische Erkenntnis noch immer hier und da verdunkeln. Der Napoleon der Legende ist eine Eroberungsbestie, die, erfüllt von unermeßlicher Machtgier einen universalen Despotismus aufzurichten trachtet und zu diesem Zweck willkürlich einen Krieg nach dem andern entfesselt, die unterworfenen Gebiete mit seinem Reiche vereinigt oder ihnen Könige aus seiner Familie setzt, nachdem er die angestammten Dynastien mit der Gewalt der Waffen oder durch Hinterlist ihrer Herrschaft beraubt hat. Dieses Bild hat auch Lloyd George vorgeschwebt und seinen Zuhörern; auch sehr viele Deutsche stellen sich Napoleon in diesem Lichte vor, und bis vor 30, 40 Jahren war es auch in der deutschen historischen Wissenschaft allgemein anerkannt, bis Leopold Ranke in seinem „Hardenberg" dagegen auftrat und in immer erneuter Nachprüfung allmählich eine tiefere und wahrere Auffassung dafür eingesetzt worden ist, die zwar die Grundzüge des Charakters bestehen läßt, die Motive in seinen politischen Handlungen aber objektiver faßt.

Napoleon selber hat immer behauptet, daß er nicht der Angreifer, sondern der Angegriffene gewesen sei, und daß eben England und sein Gold es vermocht hätten, die Festlandmächte in den immer wiederholten Kampf mit ihm hineinzutreiben, in dem sie doch immer wieder unterlagen und so zur Vergrößerung seiner Macht beitrugen. Mit einem gewissen Erstaunen hat die Forschung sich allmählich überzeugt, daß an dieser Behauptung des wilden Korsen zwar nur ein Stückchen, aber doch wirklich ein Stückchen Wahrheit ist.

Als der General Bonaparte die Oesterreicher zum ersten Male besiegt hatte (1796/97), gewährte er ihnen einen Frieden (Campo-

formio), der zwar Frankreich das linke Rheinufer und die Vorherrschaft in Italien, aber doch auch Oesterreich durch die Zuweisung von Venetien eine sehr wertvolle Erwerbung und Abrundung brachte. Da überdies in der Zwischenzeit durch die Teilung Polens Oesterreich, Rußland und Preußen größere Gebietserwerbungen gemacht hatten, so kann man nicht sagen, daß das europäische Gleichgewicht schon völlig umgestürzt gewesen sei, und als der Krieg wieder ausbrach, und es nach den französischen Siegen von Marengo und Hohenlinden von neuem zu einem Frieden kam (Lunéville 1801), da blieb es in der Hauptsache bei den Bedingungen jenes ersten Friedens. Auch England, das sich das erste Mal noch versagt und mit Erfolg die Erneuerung des Krieges betrieben hatte, bequemte sich dieses Mal, dem Frieden beizutreten. Das ist der Friede von Amiens vom 27. März 1802, und es ist sozusagen das Zentral-Problem der Napoleonischen Epoche, weshalb dieser Friede keinen Bestand gehabt hat. Die Antwort ist, daß nicht Napoleon, sondern England diesen Frieden gebrochen und den neuen Krieg begonnen hat, der dann mit unausweichlicher Notwendigkeit alle die weiteren Kriege bis zum Jahre 1812 und bis zum Sturze Napoleons zur Folge gehabt hat. Napoleon hatte im Jahre 1803 das dringende Interesse und ebenso den dringenden Wunsch, den Frieden weiter zu erhalten und war ziemlich überrascht, als er bemerken mußte, daß man unmittelbar vor einem neuen Kriege stand. Noch sechs Tage vorher hatte er eine Expedition nach Indien absegeln lassen und eine zweite nach Louisiana lag bereit; man mußte jene ablenken nach Isle le France und hielt diese zurück, um sie nicht den Engländern direkt in den Rachen zu schicken (11. März 1803). Napoleon selber hatte den Frieden erhalten wollen; das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Daß er vom Dämon des Welteroberers besessen gewesen sei, ist falsch. Aber England begann allerdings die neue Kriegsepoche, weil es in dem aus der Revolution neu geborenen Frankreich und seinem Herrscher, dem Ersten Konsul, einen gewaltigen Ehrgeiz wahrnahm und eine politische und wirtschaftliche Machtentwicklung, die, wenn man ihr Zeit ließ, weiter zu reifen, für die englische Welt-, Handels- und Seeherrschaft sehr gefährlich werden mußten. Die englische Offensive von 1803 ist also ein Präventivkrieg. Seit Jahrhunderten waren Frankreich und England Rivalen in der Seeherrschaft und in der Kolonialpolitik. In den Revolutions-

kriegen hatte Frankreich zwar zu Lande gesiegt, zur See aber hatte England seine Uebermacht nur noch verstärkt und sein Kolonialreich mehr und mehr ausgedehnt. Nachdem Frankreich auf dem Kontinent eine so gewaltige Macht errungen, wollte es auch sofort die alte See- und Kolonialpolitik der Bourbonischen Könige wieder aufnehmen. Schon die Expedition Napoleons nach Aegypten (1798) ist als ein großer neuer Anlauf in der französischen Kolonialpolitik anzusehen, und sofort nach dem Frieden von Amiens ging Napoleon an den Neubau einer Flotte, sandte eine Armee nach St. Domingo, erwarb Louisiana am Mississippi von Spanien, plante neben den Engländern ein französisches Reich in Indien und erwog die Teilung der Türkei. Hätten die Engländer dieses Streben einige Jahre lang ruhig mit angesehen, so hätten sie es bei einem neuen Kampf, der bei den indischen Plänen der Franzosen unvermeidlich war, mit einer überwältigenden Uebermacht zu tun gehabt. Frankreich hätte die wirtschaftlichen Wunden, die ihm die Revolution geschlagen, mittlerweile ausgeheilt, seine Industrie und seine Handelsflotte erneuert gehabt und neben seiner Landmacht eine Seemacht aufgebaut, und es hatte mit den neuen Erwerbungen, ganz abgesehen von den Klientelstaaten, 35 Millionen, England ohne das rebellische Irland nur 8—9 Millionen Einwohner. Wie hätte England da bestehen können?

Als der General Bonaparte Oesterreich zum ersten Male besiegt hatte (1796/97) und bei Leoben, 20 Meilen vor Wien stand, da bot er seinem Gegner, dem Erzherzog Karl, den Frieden an. „Die tapferen Soldaten, schrieb er dem österreichischen Feldherrn, führen Krieg und wünschen Frieden. Dauert nicht dieser Krieg schon sechs Jahre, haben wir nicht genug Menschen getötet, genug Uebel der Welt zugefügt?" In dieser etwas bombastischen Rhetorik, über die sich Napoleon selber bei seinen Freunden mokierte, geht es noch ein Stück weiter; lassen wir aber diesen Flitter beiseite und sehen auf die politische Situation, so erkennen wir, daß das Friedensangebot selber durchaus ehrlich war. Das was Frankreich und er auf dem Kontinent wollten und erstrebten, war erreicht; die Fortführung des Krieges hatte für sie keinen Zweck mehr, und so entschloß sich der französische Feldherr als Sieger den Frieden anzubieten, den er dann auch dadurch erreichte, daß er Oesterreich nicht bloß Abtretungen auferlegte (Belgien und Mailand), sondern ihm an Venetien einen Ersatz gewährte. Es ist also durchaus falsch,

in diesem Friedensanerbieten von 1797 eine bloße Heuchelei zu erblicken mit dem Hintergedanken, die Kräfte zu einem neuen Sprunge zu sammeln. Napoleon hatte vielmehr schon damals die Grundgedanken, die nachher zum Frieden von Amiens führten und für eine kurze Zeitspanne der Welt eine Ruhepause gegeben haben, bis England diesen Frieden wieder zerriß.

Wenn es also nicht Napoleon, sondern England gewesen ist, das im Vorausnehmen der Zukunftsgefahr 1803 den Frieden gebrochen und die neue Kriegsepoche eröffnet hat, in die allmählich eine Kontinentalmacht nach der anderen hineingezogen wurde: weshalb hatte es dann überhaupt den Frieden von Amiens geschlossen? Aus bloßer Kriegsmüdigkeit? Um dem Blutvergießen, das nun schon 10 Jahre gedauert hatte, endlich ein Ende zu machen? Die öffentliche Meinung hatte allerdings den Frieden ganz wie in Frankreich ersehnt und mit Jubel begrüßt. Wenn sie nun schon nach einem Jahr wieder umschlug und Wiederaufnahme des Krieges verlangte und schließlich durchsetzte, so war es doch nicht bloß, weil sie sich eines besseren besonnen hatte, nicht bloß, weil die Handelswelt mit Neid auf die Neubelebung des französischen Handels blickte, sondern auch sehr wesentlich die Rückwirkung der Politik und des Verhaltens des Gegners, und hier ist es, wo der große tragische Irrtum in der Laufbahn des französischen Imperators zu suchen ist. Lange Zeit, teilweise bis zum Jahre 1806, zweifelten die Völker, ob die auf dem Lande immer mehr um sich greifenden Franzosen oder mit ihrer See-Tyrannei die Engländer die allgemeine Freiheit mehr bedrohten. Napoleon selber ist es gewesen, der sie auf die Seite der Engländer gedrängt hat.

Ich sagte oben, daß der Friedensschluß von Lunéville das europäische Gleichgewicht noch nicht vollständig zerstört gehabt habe, da bei allem Machtzuwachs für Frankreich doch auch die anderen Großmächte sich wesentlich ausgedehnt hatten. Aber es ist nicht zu vergessen, daß doch auch schon vor der Revolution Frankreich die stärkste aller Mächte gewesen war und immer nur durch eine Koalition mehrerer anderer Staaten hatte in Schranken gehalten werden können. Durch seine Siege und Friedensschlüsse war nun Frankreich nicht nur selbst in noch höherem Grade gewachsen als die anderen, sondern hatte auch alle die kleinen und Mittelmächte an seinen Grenzen in seine Klientel gezogen, und Napoleon fuhr fort, auch nach dem Friedensschluß diese Hegemonie rücksichtslos geltend

zu machen und auszubauen. Holland war in seiner Abhängigkeit; das Deutsche Reich wurde unter seiner Leitung völlig umgestaltet, indem die geistlichen Fürstentümer und zahllose Kleinherrschaften eingezogen wurden; in der Schweiz übte der französische Vermittler eine Obergewalt aus; mit den italienischen Kleinstaaten verfuhr er nach Belieben und vereinigte Piemont und Genua mit Frankreich. Einiges lag schon vor dem Frieden von Amiens oder hatte in diesem Frieden eine gewisse rechtliche Grundlage. Die rücksichtslose Ausnützung aller Möglichkeiten und Gelegenheiten aber reizte die öffentliche Meinung nicht nur in England, sondern auch sonst in Europa zu immer stärkerem Widerspruch. Es ist kein Zweifel, das, was Napoleon damals wollte, ganz ehrlich wollte, war nichts als eine große See-, Handels- und Friedenspolitik, und mit dieser hätte er wohl die Engländer, aber auch nur diese gegen sich aufgebracht. Sein hochmütiger Despotismus auf dem Kontinent aber provozierte auch die anderen Großmächte.

Man hat gesagt, er hätte nicht wohl anders handeln können, da allenthalben, wo er eine Stelle freiließ, sich sofort seine Gegner eingenistet haben würden. Das ist richtig, aber doch nicht durchschlagend. Wenn Frankreich seine Macht, wo es nur immer ging, so weit wie irgend möglich ausdehnte, so stärkte es sich dadurch allerdings für einen etwa aufkommenden Krieg, aber es reizte alle anderen Mächte durch diese Erweiterung seiner Machtsphäre auch so sehr, daß dadurch der neue Krieg unvermeidlich wurde. Die Frage ist also, ob Napoleon durch eine gewisse freiwillige Beschränkung den neuen Kontinentalkrieg hätte vermeiden und so für die koloniale und wirtschaftliche Ausdehnung, die eigentlich sein Ziel war, einen freien Raum im Frieden hätte gewinnen können. Es ist nicht richtig, daß die größte Macht auch immer die höchste Sicherheit bietet. Man kann zum wenigsten die Frage aufwerfen, ob Napoleon nicht durch Selbstbescheidung auf dem Kontinent Frankreich eine größere nationale Zukunft gesichert hätte als durch alle seine Siege, die endlich doch nur den Rückschlag in der Vereinigung aller anderen Völker herbeiführten, gegen die er sich nicht zu behaupten vermochte und zugrunde ging. Wer will sagen, daß eine andere Politik als die seine unmöglich gewesen sein würde? Wenn an Stelle des Generals Bonaparte der General Bernadotte Herrscher der Franzosen geworden wäre, oder wenn Napoleon selbst die auswärtige Politik ganz in die Hand Talleyrands gegeben hätte, so würde

doch wohl vieles anders geworden sein. Wenn es auch gewiß falsch ist, Napoleon als eine bloße Eroberungsbestie zu charakterisieren, so ist es doch ebenso falsch, seinen unbezähmbaren Stolz und seine Despotennatur aus den Momenten, die den Fortgang bestimmten, ausschalten zu wollen. Daß es tatsächlich, wenn nicht seine Maßlosigkeit, so aber doch sein Mangel an Mäßigung gewesen ist, der die Welt in die neue Kriegsperiode hineingetrieben hat, läßt sich mit aller Bestimmtheit nachweisen.

Was England verlangte, war, daß Frankreich ihm Malta überlasse, seinerseits seine Truppen aus Holland und aus der Schweiz zurückziehe und dem König von Sardinien für das von Frankreich annektierte Piemont in Italien eine Entschädigung gewähre; dafür wollte es die von Frankreich abhängige italienische Republik und den von Frankreich in Toskana eingesetzten König anerkennen. Napoleons Bruder und Talleyrand waren für die Annahme dieser Bedingungen, die Frankreich auf dem Kontinent eingeschränkt, ihm aber die Fortsetzung seiner See- und Kolonialpolitik noch bis auf weiteres ermöglicht hätten. Napoleon lehnte das Ultimatum ab, namentlich um Maltas willen, das die Engländer vertragswidrig besetzt hielten, weil er es für sein Prestige und für den Ruhm Frankreichs für unerträglich hielt, den Engländern einen solchen Vertragsbruch durchgehen zu lassen. Lieber verzichtete er auf ein so wichtiges Stück seiner Kolonialpolitik wie Louisiana, das er nun an die Vereinigten Staaten für 60 Millionen Franken verkaufte.

Wie kamen die Engländer dazu, jene Forderungen zu stellen, die immerhin Frankreich ein starkes Zurückweichen zumuteten? Hierüber hat eine erst im vorigen Jahre erschienene Monographie von Otto Brandt volle Klarheit geschaffen.*) Es war Rußland, das sich auf die englische Seite stellte und die englische Politik ermutigte, den neuen Waffengang zu wagen. Weil es keinen Verbündeten auf dem Kontinent mehr hatte, hatte sich England zum

*) England und die Napoleonische Weltpolitik 1800–1803. Von Otto Brandt. 2. Aufl. Carl Winter in Heidelberg. 282 S. Der Verf. hat den historischen Wert seiner Untersuchung dadurch etwas geschädigt, daß er im Eifer des Gefechtes zu einem Ankläger Englands und Verteidiger Napoleons geworden ist. Er führt den Umschwung bei Kaiser Alexander auf den Einfluß seiner Umgebung zurück, die leidenschaftlich anglophil gewesen sei, betont aber nicht genügend dabei, daß es an Napoleon lag, wenn diese Russen den Anschluß lieber bei England als bei ihm suchten.

Frieden von Amiens bereit finden lassen. Nicht nur, weil ihm klar wurde, welche Zukunftsgefahren dieser Friede barg, nicht nur, weil Napoleon in Italien, Schweiz, Deutschland und Holland direkt oder indirekt immer weiter um sich griff, sondern vor allem, weil es Aussicht auf eine neue europäische Koalition gegen Frankreich erlangte, deshalb wagte es England, Malta vertragswidrig besetzt zu halten und jenes Ultimatum zu stellen, das zum Bruche führte. Die Schwenkung Rußlands also bedeutete auch die Schwenkung Englands. Kaiser Alexander hatte, als er nach der Ermordung seines Vaters den Thron bestiegen, zunächst eine friedliche, zurückhaltende und dem neuen Herrn in Frankreich wohlgesinnte Politik treiben wollen. Aber der russische Hof und die russische Diplomatie wurde sich bald einig darin, daß der französische Ehrgeiz unerträglich sei. Napoleon glaubte, daß die Türkei im Begriff sei, auseinanderzufallen und ließ in Petersburg anklopfen wegen einer Teilung. Rußland wollte davon nichts wissen, und der Vorschlag Napoleons war um so auffallender, als er eben erst im Frieden von Amiens die Integrität der Türkei garantiert hatte. Napoleons Protektorat über die Schweiz erregte bei den Russen das stärkste Mißfallen. Rußland verlangte die Entschädigung des Königs von Sardinien; Napoleon verweigerte sie. Der Kanzler Woronzow schrieb an den russischen Gesandten Markow in Paris (22. 4. 1803), auf Versprechungen der französischen Regierung könne man nichts geben, da sie von einem Tage zum anderen Sprache, Projekte und Haltung wechsele. Dieser Gesandte Markow aber denunzierte in jedem seiner Berichte die Maßlosigkeit der französischen Ansprüche. Der Zar selbst glaubte schon im Januar 1803 in dem Ersten Konsul einen der schlimmsten Tyrannen zu erkennen, die die Weltgeschichte hervorgebracht habe.

Napoleon hat lange Zeit tatsächlich nichts geahnt von dem Gewitter, das sich über ihm zusammenzog. Er seinerseits wollte keinen Krieg, glaubte seine Ziele auf diplomatischem Wege erreichen zu können und wähnte sogar, durch Drohungen die Engländer einschüchtern und gefügig machen zu können. Diese Drohungen, leidenschaftlich und übermütig wie sie waren, bewirkten das gerade Gegenteil von dem, was sie sollten: statt sich einschüchtern zu lassen, wurden die Engländer gereizt und erblickten in den stolzen Worten nicht den Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, sondern die Ankündigung erneuter Kriegsabsichten. Hätte diese Absicht wirk-

lich vorgelegen, so ist es richtig, daß sie nicht bloß England bedrohte, sondern daß ihr Endzweck auf eine Art französischer Welthegemonie ausgehen mußte, die die Freiheit aller Völker beängstigt und die Grundlagen der europäischen Kultur angetastet hätte. Dagegen erhob sich England und ging mit einem großen Entschluß, die Regierung nicht sowohl führend, als getragen und geschoben von der öffentlichen Meinung, dem Kampf entgegen. „Wir ziehen in den Krieg für Malta", sagte ein Redner im Unterhaus, nein nicht für Malta allein, sondern für Aegypten! Nicht für Aegypten allein, sondern für Indien! Nicht für Indien allein, sondern für den sicheren Bestand des britischen Imperiums! Für die Sache der Gerechtigkeit, des Guten, des Glaubens und der Freiheit der zivilisierten Welt!"

Das ist der historische Tatbestand, auf den Lloyd George angespielt hat mit dem Hinweis, daß die Engländer schon einmal einen großen Despoten niedergekämpft hätten, von dem sie sich einmal hätten überlisten und zu einem Frieden überreden lassen. „Sie selbst und Europa hatten es bitter zu bereuen. Er benutzte die gewonnene Zeit, um seine Truppen für einen tödlicheren Angriff auf die Freiheit Europas als je zu reorganisieren." Der historische Fehler in dieser Vorstellung ist, daß Napoleon den Frieden von Amiens nur geschlossen habe mit dem heimtückischen Hintergedanken, einen neuen, stärkeren Angriff vorzubereiten. Wir haben gesehen, daß es nicht so gewesen ist; daß Napoleon den Frieden wohl geschlossen hat in dem Gedanken, weiter eine große aktive Politik zu treiben, namentlich für Frankreich große Kolonialbesitzungen zu erwerben, aber nicht mit der Absicht, es deshalb zu einem neuen Kriege, sei es mit England, sei es mit irgendeiner anderen Macht, zu treiben. Ist dieser Unterschied historisch auch sehr bedeutsam, so fällt er politisch doch gerade nicht sehr ins Gewicht, da die Ziele des französischen Ehrgeizes in der Tat so groß waren und das Verfahren des Ersten Konsuls allenthalben so rücksichtslos und gewaltsam, daß der Argwohn der Engländer nur der von der Natur gegebenen Entwicklung vorauseilte. Wir brauchen also an den historischen Voraussetzungen Lloyd Georges nicht so gar viel zu kritisieren, um nun zu seiner historischen Analogie zu gelangen, der Behauptung, daß der Kampf, den England heute gegen Deutschland führe, unter denselben Sternen stehe, wie einst der Kampf gegen den Korsen.

Richtig ist in dieser Vergleichung, daß Deutschland unter Wilhelm II., ganz wie Frankreich unter Napoleon zu einem Konkurrenten Englands auf der See geworden ist und werden wollte, daß es nach Seemacht, Seegeltung, Exportindustrie, überseeischem Handel, Kolonien strebt; daß dadurch die englische ausschließliche Weltseeherrschaft bedroht ist und daß in englischen Handelskreisen darüber Unruhe und auch hier und da Neid geweckt sind. Ist es aber auch richtig, daß hinter diesen Bestrebungen Weltherrschaftsgelüste lauern, oder daß diese Bestrebungen in solcher Art und in solchen Dimensionen gehegt und getrieben wurden, daß sie durch ihre eigene innere Konsequenz notwendig zu einer deutschen Welthegemonie hätten führen müssen? Da wir Napoleon zugebilligt haben, daß er solche Bestrebungen nicht mit Bewußtsein gehegt habe, so werden wir uns den Beweis, daß Kaiser Wilhelm II. solchen Ideen noch viel ferner steht, ersparen können. Für Deutsche ist er überflüssig, und Ausländer, die sich in einen solchen Argwohn einmal hineingelebt haben, sind nicht zu überzeugen. Bei diesen Leuten gilt ja selbst das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" als ein Beweis, daß das deutsche Volk über alle anderen Völker herrschen wolle. Wir sind aber in der Lage, mit einer sehr viel einfacheren, sachlichen Beweisführung das ganze Hirngespinnst der deutschen Welthegemonie zur Auflösung zu bringen. Wir können dabei zugeben, daß es in Deutschland Kreise gibt, die sich wirklich in solchen Weltherrschaftsträumen gewiegt haben. Aus den Kreisen, die als alldeutsch bezeichnet werden, sind wiederholt Aeußerungen bekannt geworden, in denen das unverhohlen ausgedrückt ist, und in England und Frankreich existiert eine ganze Literatur, die mit solchen alldeutschen Zitaten die Völker der Erde gegen Deutschland aufgeregt und aufgehetzt hat. Z. B., daß in den Alldeutschen Blättern (Jahrgang 1913, Seite 227) mit Begeisterung eine Schrift angezeigt war, die in dem Satz gipfelt: „Deutschlands Weltherrschaft ist das einzige Ziel, das uns vorschwebt, alles andere ist uns gleichgültig." Oder Seite 284: „Die Hauptsache für Eroberer ist der ausgesprochene Wille zur Herrschaft und zur politischen und völkischen Vernichtung der Ueberwundenen," und von dem deutschen Volke sprechend, „eine hochgesinnte Führerrasse, die sich berufen fühlt, die Weltherrschaft zu erringen." Jahrgang 1912, Seite 398, wird über eine alldeutsche Versammlung in Hamburg berichtet, wo erklärt worden ist: „Der Verzicht auf das Streben nach Weltherrschaft für

das Deutsche Reich müsse vom alldeutschen Standpunkt aus unbedingt abgelehnt werden." Aehnliche Aeußerungen, die während des Krieges gefallen sind, dürfen wohl nicht so ernsthaft genommen werden, sondern sind mit der Kriegspsychose zu erklären, wie gewisse Petitionen, die nicht nur unerhörte Eroberungen, sondern auch die Austreibung der führenden, besitzenden Schichten aus den eroberten Gebieten empfahlen. In England und Frankreich sind ja über das zukünftige Schicksal des deutschen Volkes und der Hohenzollernschen Dynastie noch viel wildere Phantasien zum besten gegeben worden. Wir schlagen die alldeutschen Träumereien, die ja immer nur in sehr kleinen Kreisen geherrscht haben, zugleich mit jener Anklage der Gegner von unserem napoleonischen Machtstreben und korsischen Heimtücke nieder, indem wir ganz einfach vergleichen, welche Machtmittel einst Napoleon und welche heute dem Kaiser Wilhelm im Verhältnis zu den Gegnern zur Verfügung stehen. Ergibt sich, daß Napoleon der vergleichsweise unendlich viel Stärkere war und endlich doch erlegen ist, so erfolgt daraus, daß die Freiheit der heutigen Welt von Deutschland überhaupt nicht bedroht sein kann.

Zur Zeit des Friedens von Amiens zählte die französische Republik etwa 35 Millionen Seelen, nicht gerechnet die Klientelstaaten; England, eingeschlossen die Iren, zählte nicht mehr als 13—14 Millionen, Preußen 10 Millionen. 1812, als Napoleon auf der Höhe seiner Macht war, ganz Italien, der Rheinbund und Polen ihm gehorchten, gebot er im ganzen über 73½ Millionen Menschen; die anderen vier Großmächte, als sie sich 1813 gegen ihn vereinigten, Rußland, Oesterreich, England und Preußen hatten zusammen ungefähr dieselbe Zahl, höchstens, da die Schätzungen über Rußland schwanken, einige Millionen mehr. Trotz des Verlustes seiner Armee in Rußland im Winter 1812 war daher Napoleon imstande, bei Beginn des Herbstfeldzuges 1813 den Verbündeten in Deutschland ein Heer gegenüber zu stellen, das ihnen nahezu gewachsen war, 450 000 gegen 512 000 Mann. Dieser Unterschied ist so gering, daß man ihn durch die einheitliche Führung des genialen Strategen gegenüber der zersplitterten und vielfach uneinigen Führung auf Seiten der Verbündeten wohl als ausgeglichen ansehen kann und noch nachträglich die Frage stellen muß, durch welche Mittel es eigentlich gelungen ist, den französischen Kaiser zu überwinden. Diesem Manne an der Spitze dieses Staatswesens und

solcher Heere konnte man in der Tat zutrauen, daß er auf die Erkämpfung einer Weltherrschaft ausginge.

Vergleichen wir hiermit die Kräfte, die sich heute gegenüberstehen, so sehen wir, daß das Deutsche Reich über 67 Millionen, mit seinen drei Verbündeten über 140 Millionen Seelen verfügt, während die Gegner noch vor dem Beitritt Italiens 275 Millionen Weiße, mit Italien und Rumänien 318 Millionen Weiße vereinigen, also weit über das Doppelte, wozu noch über 500 Millionen farbige Untertanen kommen, die ja auch sehr erheblich zur Verstärkung der gegnerischen Kriegsmacht beigetragen haben. Man rechnet, daß die Franzosen allein 500 000 Schwarze auf dem Westkriegsschauplatz verwandt haben; die Engländer und Franzosen zusammen auf allen Kriegsschauplätzen also sicherlich mehr als eine Million.

Die ungeheure Uebermacht unserer Gegner ist es ja gewesen, die uns zu unserem eigenen schmerzlichen Bedauern, damit sie nicht alle zugleich in demselben Augenblick über uns herfielen, zwang, den Durchmarsch durch Belgien zu fordern. Die Friedens-Armee in Rußland allein war größer als die von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien zusammengenommen. Frankreich mit seiner so viel kleineren Bevölkerungszahl hatte sich militärisch so viel mehr angespannt, daß es auch allein der deutschen Armee nahezu gewachsen war.

Ist es auch nur wahr, daß Deutschland, wennschon viel schwächer als die Entente, doch durch unerhörte Rüstungen schon im Frieden sich das Uebergewicht gesichert habe? Diese Behauptung wird widerlegt durch die einfache Zusammenstellung, daß in die deutsche Armee und Marine im Jahre 1894 283 200, im Jahre 1912 308 000 Rekruten eingestellt wurden, und die Kopfzahl der Armee 1894 bis 1911 nur von 584 500 auf 626 000 gesteigert worden ist. Diese Steigerung binnen 18 Jahren ist so geringfügig, daß sie noch nicht einmal der Zunahme der Bevölkerung entspricht. Erst im allerletzten Augenblick, 1913, als die ungeheure Heeresverstärkung Rußlands gemeldet wurde, hat man sich entschlossen, den Grundgedanken der Caprivischen Heeresreform, wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei zweijähriger Dienstzeit, freilich immer noch nicht vollständig, aber doch annähernd durchzuführen.*)

*) Die genauen Tabellen in meinem Beitrag zu dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg" (B. G. Teubner) 2 Aufl., S. 187.

Das ungeheure Zahlenübergewicht, verbunden mit der Möglichkeit der völligen Absperrung der Zentralmächte vom Welthandel sind es ja, die unseren Gegnern von Anbeginn und trotz aller ihrer Niederlagen noch heute die kaum zu erschütternde Zuversicht in ihren endlichen Sieg geben. Hat es einen gesunden Sinn, einem so viel Schwächeren zuzutrauen, daß er bloß vermöge seiner größeren Tüchtigkeit und strafferen Organisation nicht bloß erwartete, sich gegen die Uebermacht behaupten zu können, nicht bloß erwartete, sie besiegen zu können, sondern erwartete sie so zu besiegen, daß er eine Herrschaft über ihnen aufrichten werde? Ist es nicht ein wahrer Widersinn, gleichzeitig zu predigen, daß man vermöge der Uebermacht des Sieges sicher sei und daß der Gegner sich stark genug fühle, der ganzen Welt den Fuß auf den Nacken zu setzen? Suche man in Kaiser Wilhelm und im deutschen Volk eine Maßlosigkeit des Ehrgeizes, die keinerlei Grenzen kennt, so wird einem solchen Ehrgeiz doch ein Maß gesetzt durch die Machtmittel, über die er verfügt. Wo sind die Machtmittel, die einem napoleonischen Ehrgeiz, selbst wenn er vorhanden wäre, hätten dienen können? Aber nicht nur die Zahlen und Maße des Weltstreits sind heute ganz andere als damals. Von den 73½ Millionen Seelen, über die Napoleon im Jahre 1812 im ganzen verfügte, lebten weit über die Hälfte im französischen Kaiserreich, der Rest in kleinen Vasallenstaaten, die in unbedingter Abhängigkeit standen. Der Bund der Zentralmächte heute ist ein Bund von vier völlig selbständigen und unabhängigen Staaten, die durch keinerlei Ueberordnung, nur durch ein freies Uebereinkommen und eigenes Interesse dem Deutschen Reiche verbunden sind. Das Deutsche Reich ist in diesem Bunde wohl das stärkste Mitglied, aber nicht das befehlende. Sollten Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien geneigt sein, für eine deutsche Weltherrschaft zu kämpfen, die sie selber zu Vasallen machen würde? Wenn einst die Italiener, die Rheinbundfürsten und die Polen Napoleons Fahnen folgten, so taten sie es, weil Selbständigkeit ihnen überhaupt noch nicht beschieden war, aber eine Großmacht wie Oesterreich-Ungarn und selbst die Türkei und Bulgarien sind von einem Selbständigkeitsdrang erfüllt und leben in einem Selbstbewußtsein, das jede Unterordnung ausschließt und Bündnisse nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung kennt. In dem Augenblick, wo der deutsche Kaiser nur im entferntesten eine Hegemonie in Anspruch nehmen wollte, würden sie abfallen. Dann würde das

Deutsche Reich mit seinen 67 Millionen allein bleiben. Die weißen Untertanen des Königs von England sind schon allein fast ebenso viele und der Zar gebietet über weit mehr als das Doppelte. Die übrige Welt von Schweden bis zu den Vereinigten Staaten würde wohl auch nicht müßig zusehen — und da wagt Herr Lloyd George und die ganze feindliche Presse uns heute das Streben nach Weltherrschaft unterzulegen? Auf dieser Grundlage wagt man Kaiser Wilhelm mit Napoleon in Parallele zu stellen?

Habe ich aber nicht selber zugestanden, daß in Deutschland selbst die Weltherrschaft gefordert und gepredigt worden ist? Und daß in Deutschland über die Behandlung der Unterworfenen Grundsätze aufgestellt worden sind, die weit hinausgehen über alles, was napoleonischer Despotismus je verbrochen hat? Das war gewiß sehr schuldhaft und hat dem guten Ruf des Deutschen Volkes in der Welt ungemein geschadet. Aber sind Forderungen einiger Phantasten und Heißsporne ein Beweis für die Ziele der deutschen Politik? Der Alldeutsche Verband selber hat seine Entgleisungen so sehr bereut, daß er sogar versucht hat, sie abzuleugnen (Alldeutsche Blätter 20. Jan. 1916). Aber wie wenig oder wie viel Bedeutung man diesen Deklamationen auch beimessen will, das Entscheidende ist doch wohl der Nachweis der sachlichen Unausführbarkeit, der das Alldeutsche Treiben ebenso adabsurdum führt, wie Herrn Lloyd George und seine Preßgefolgschaft.

Kommen wir an dieser Stelle auch noch einmal auf das deutsche Friedensangebot zurück. Wer Wilhelm II. überhaupt mit Napoleon zu vergleichen vermag, für den ist es natürlich billig, in der Art, wie Herr Lloyd George es getan hat, das Friedensangebot unseres Kaisers mit jenem Schreiben des Generals Bonaparte an den Erzherzog Karl oder späteren ähnlichen Kundgebungen, wie dem Brief, den er Weihnachten 1799, eben Erster Konsul geworden, an den König von England und an den Kaiser von Oesterreich richtete, oder dem Schreiben, das er im Jahre 1808 gemeinsam mit dem Zaren Alexander an den König von England erließ, zu vergleichen. Wegen der Schreiben von 1799 und 1808 mag man zweifelhaft sein, ob sie nicht als bloße für die öffentliche Meinung berechnete Schachzüge aufzufassen sind. Sie haben auch keinen Erfolg gehabt. Jenes Schreiben an den Erzherzog Karl aber hat wirklich zum Frieden geführt und ist ein unabweisbares Beispiel, daß es auch für den Sieger klug und wohlgetan sein kann, die Initiative

für die Beendigung eines Krieges zu ergreifen. Unterliegt es nun schon bei Napoleon keinem Zweifel, daß sein Anerbieten nicht nur klug, sondern auch ehrlich war, so war es das unsrige erst recht, und so dürfen wir die von Lloyd George gezogene Parallele getrost annehmen und können nur bedauern, daß unsere Gegner sich nicht so bereitwillig gefunden haben, darauf einzugehen, wie einstmals Erzherzog Karl und Kaiser Franz. Der Unterschied in den beiden Erscheinungen tritt erst aus dem Fortgang der Dinge hervor: daß Frankreich und Napoleon aus dem Frieden mit einem Machtkomplex hervorgingen, der ihnen die ungeheuerlichsten Pläne zu fassen erlaubte und von einer Gesinnung erfüllt waren, die sich selber keine Mäßigung aufzuerlegen verstand, während Deutschland, selbst wenn es wahr wäre, daß es von einem ähnlichen schrankenlosen Ehrgeiz erfüllt ist, jedenfalls trotz seiner gewaltigen inneren Stärke nicht über die Macht verfügt, der Welt seinen Willen aufzuerlegen. Napoleon glaubte sich und seine Zukunft zu sichern durch eine immer weiter gesteigerte Macht. Deutschland hat sich bereit erklärt, einem Welt-Friedensbunde beizutreten, der den Fortbestand der geschaffenen internationalen Rechtsverhältnisse gewährleisten soll.

Als Deutschland sein Friedensangebot erlassen hatte und dabei von neuem betonte, daß seine Kriegsziele nicht aggressiver Natur seien, erklärte der „Manchester Guardian" (13. 12.), daß „in diesem Falle der klügste Mann nicht erklären könne, wozu der Krieg überhaupt begonnen wurde". Daß wir einen Verteidigungskrieg führen, oder daß wir auch nur des Glaubens sind, einen Verteidigungskrieg zu führen, dieser Gedanke existiert für den „Manchester Guardian" gar nicht. Wäre aber Deutschland der Angreifer, so konnte sein Ziel kein anderes sein, als die Weltherrschaft. So eng hängt die Frage des Kriegsschuldigen mit der Anklage des hohenzollernschen Napoleonismus zusammen.

So unfaßlich uns diese Verblendung erscheint, so darf man doch nicht verhehlen, daß der deutschen Presse dabei eine gewisse Mitschuld beizumessen ist, insofern sie den Angriffsgedanken in diesem Kriege in höherem Maße bei England gesucht hat, als er dort wirklich vorhanden war. So gewiß es ist, daß die englische Einkreisungspolitik in ihrer natürlichen, praktischen Konsequenz mit Notwendigkeit zu diesem Kriege führen mußte, so ist zwischen einer solchen praktischen Konsequenz und einem bewußten Wollen doch immer noch ein großer Unterschied. Die Engländer waren sich bewußt, daß

weder das Volk im ganzen, noch der Leiter der auswärtigen Politik den Krieg direkt angestrebt hatten, und der letztere konnte beweisen, daß er sich in der Krisis selbst so viel Mühe gegeben hatte, den Krieg zu verhindern, wie es ihm möglich schien, ohne den Zusammenhalt der Entente zu gefährden, die er um keinen Preis fahren lassen wollte. Unsere Beschuldigung, sie hätten den Krieg bewußt gewollt, lehnten die Engländer also mit Entrüstung ab; daß der wahre Angreifer aber, das panslawistische Rußland, durch die Rückenstärkung der Entente zur Tat getrieben worden ist, wurde auch von deutscher Seite meist nur ganz beiläufig gestreift, kam den Engländern gar nicht recht zum Bewußtsein, und so blieb für sie kaum eine andere Lösung übrig, als daß Deutschland der Angreifer sei.*) Die 40 Jahre, die wir Frieden gehalten haben, sollen wir benutzt haben, uns zu rüsten, um endlich mit dem Ziel einer napoleonischen Welt-Despotie loszubrechen; der Kaiser, der mit 29 Jahren auf den Thron kam, hat mit unerhörter Verschlagenheit seinen Ehrgeiz ein Vierteljahrhundert gezügelt, um, als er schon auf die 60 ging, seine wahre Natur zu enthüllen. Da ist es nur konsequent, daß nun jeder Frieden verworfen wird, ehe nicht dies „größte Verbrechen der Weltgeschichte gesühnt" ist und die Wiederholung unmöglich gemacht wird. Auch die preußischen Patrioten von 1813 verwarfen ja jeden Frieden, der Frankreich die Rheingrenze gelassen hätte, und schließlich jeden Frieden mit Napoleon selbst, weil sie voraussahen, daß

*) Als Professor Valentin in diesen Jahrbüchern den Grafen Reventlow beschuldigte, er habe geschrieben: „England hat seit Jahren die Welt organisiert und in Bewegung gesetzt, um den Krieg gegen ein friedliebendes Volk zu führen", wurde von verschiedenen Seiten gegen dieses Zitat protestiert, da Reventlow tatsächlich nur geschrieben habe: „Britische Herrschsucht und Handelseifersucht sind die Triebfedern gewesen, welche die Welt organisiert usw.", und das sei doch etwas wesentlich anderes. Es ist in der Tat etwas anderes, und die Unkorrektheit des Zitates war tadelnswert. Aber es ist zu beachten, daß nur andere Kritiker, nicht Graf Reventlow selbst gegen diesen Fehler in dem Zitat Protest einlegten, und es war nur zu sehr begründet, daß er das nicht getan hat, denn zwar nicht in seinem Buch, wie Valentin behauptet hatte, aber in der Deutschen Tageszeitung (20. Dezember 1916) hat Graf Reventlow wörtlich geschrieben: „England hat den Krieg organisiert und in Bewegung gesetzt, um Deutschland ein für alle Male als Rivalen auszuschalten" Valentin hatte also nur einen Formfehler gemacht, die Meinung des Autors aber vollkommen richtig wiedergegeben. Ich will aber nicht unterlassen hinzuzufügen, daß die „Deutsche Tageszeitung" selber die Uebertreibung ihres Auslands-Redakteurs korrigiert hat, indem sie (19. Dezember) einen Aufsatz von Prof. Oncken über die Entstehung des Weltkrieges veröffentlichte, der die Schuld Englands genau in den Grenzen hält, wie ich es oben getan habe.

ein solcher Friede nur ein Waffenstillstand sein würde. Wir wollen einen dauernden Frieden und keinen bloßen Versuchsfrieden, so schallt es einstimmig aus den Organen der englischen Presse. „Deutschland", schreibt die „Morning Post" (22. 12.), „kämpft für die Eroberung der Welt. Es hat sich vorgenommen, Europa zu besiegen. Wenn England sich wie die Vereinigten Staaten abseits gehalten hätte, so hätte Deutschland vermutlich heute sein erstes Ziel erreicht, hätte Rußland zum Frieden gezwungen und Frankreich in die Stellung eines Vasallen gedrängt. Dann würde Deutschland seinen zweiten Schlag vorbereitet haben. Es hätte auf ein isoliertes England losgeschlagen, das nicht darauf vorbereitet war, den gegen England mobilgemachten Flotten ganz Europas entgegenzutreten. Deutschland war zweifellos im Recht bei der Annahme, daß es solchenfalls siegreich gewesen sein würde. Nach Besiegung ganz Europas wären die Vereinigten Staaten übrig geblieben. Glaubt Präsident Wilson, daß die Monroe-Doktrin und die amerikanische Flotte genügt hätten, um das reiche, große und fast unbeschützte Gebiet Nord- und Südamerikas zu verteidigen?"

Wir wollen auch diesen Gedanken zu Ende denken und uns vorstellen, daß Deutschland, wie die „Morning Post" sagt, Rußland besiegt und Frankreich zum Vasallen gemacht hätte. Würde es dann die vereinigten Flotten von ganz Europa gegen England haben führen können? Es ist doch wohl keine Frage, daß sowohl das geschlagene Rußland wie das geknechtete Frankreich sich sofort von neuem erhoben und in Europa noch manche Hilfe gefunden haben würden, während Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zum wenigsten nicht mit Deutschland, vielleicht sogar gegen uns gegangen wären. Preußen war doch im Jahre 1813 von Napoleon in viel höherem Maße geknechtet, als wir Frankreich jemals knechten könnten; es hatte die volle Hälfte seines Gebietes abtreten müssen und die Franzosen hielten auch im Frieden seine hauptsächlichsten Festungen besetzt. Trotzdem hat es sich von neuem erhoben, sobald eine Aussicht auf Erfolg winkte. Glaubt man, daß die Völker Europas heute von einem geringeren Freiheitsgefühl erfüllt sind als vor 100 Jahren?

Während deutsche Zeitungen sich bemühen, zu beweisen, in welcher nicht bloß gefährdeten, sondern verzweifelten Lage Deutschland sein würde, wenn ihm dieser Krieg nicht im Westen wie im Osten erweiterte und verstärkte Grenzen bringe, wird die gesamte

Ententepresse nicht müde auszumalen, wie furchtbar Deutschland bleibe, selbst wenn die alten Grenzen allenthalben wiederhergestellt würden, ja sogar wenn Deutschland noch etwa Elsaß-Lothringen zurückgebe. Denn da der Krieg den deutschen Boden kaum berührt, die deutsche Handels- und Kriegsflotte unbeschädigt, die Autorität der militaristischen Regierung ungebrochen sei, so werde Deutschland die wirtschaftlichen Schäden sehr viel schneller ausheilen als die anderen Völker und mit neuen, verstärkten Rüstungen das diesmal mit Mühe abgeschlagene Unternehmen der Unterjochung der Nachbarn wieder aufnehmen. Oesterreich-Ungarn, die Balkanstaaten, die Türkei seien mit ihm zu einem so festen Block zusammengeschmiedet, daß Berlin darüber nach Gutdünken verfügen könne. Daß Deutschland sich verpflichtet hat, die Verhältnisse, wie sie der Frieden feststellen wird, unter den Schutz einer Welt-Friedensliga zu stellen, wird als wertlos ausgegeben.

Was mit Gründen und Worten gegen solche Vorstellungen ausgerichtet werden kann, habe ich aufzubieten gesucht. Deutschlands Aufgabe ist es, jetzt durch die Gewalt der Waffen die Gegner zu zwingen, daß sie sich unserem Willen beugen müssen, und dabei wollen wir uns auch gern an das Vorbild des großen korsischen Kriegsfürsten halten, der das Schwert so gewaltig zu führen verstand. In der Ausnutzung des Sieges aber soll sich der Unterschied zeigen. Die napoleonischen Siege erzeugten die Figur des Grenadiers Chauvin, der dann einer ganzen Geistesrichtung den Namen gegeben hat. Unser Volk lehnt diese Gesinnung ab und fühlt, daß seiner Seele der richtige Ausdruck gegeben worden ist in den Proklamationen, die sein Kaiser erließ, nachdem die Feinde das Friedensanerbieten so übermütig abgelehnt hatten, in denen aber unbeirrt nach wie vor die „Gleichberechtigung der Völker" „in gegenseitiger Achtung" und die „Verständigung" als Grundlage des zukünftigen Friedens angesagt werden.

Die Psychologie großer Heerführer. Der Krieg und die Gedanken der Philosophen und Dichter vom ewigen Frieden. Zwei Vorträge aus der Kriegszeit von Professor Theodor Ziehen. 94 Seiten. Verlag von Johann Ambrosius Barth. Leipzig 1916.

Ueber die Eigenschaften eines großen Feldherrn ist schon viel geschrieben worden; hier nimmt einmal der Psychologe das Wort. Mit umfassender Belesenheit in der historischen und militärischen Literatur zeichnet der Verfasser ein zutreffend und interessant durchgeführtes Bild. Er verwirft die Einreihung der Strategie als „Kriegskunst" in die „Künste"; Kunst und Wissenschaft sei eine Einteilung, die nicht erschöpfend sei. Feldherren sind nichts weniger als künstlerisch-phantastische, sondern überwiegend nüchterne Menschen. Die großen strategischen und taktischen Gedanken sind einfach. Die Anlage des Feldherrn aber in dem Gleichgewicht von Verstandes-, Gemüts- und Willenskräften ist sehr kompliziert. Daher rührt es, daß die Begabung des Feldherrn fast niemals erblich ist. Denn nur solche seelischen Anlagen pflegen erblich zu sein, die relativ einheitlich sind; dazu gehört z. B. das musikalische Gehör und daher die Häufigkeit talentvoller Musikerfamilien.

Aus Clausewitz zitiert der Verfasser, daß in modernen Kriegen die List kaum noch eine Rolle spielt. Gilt das heute noch? Schon die Art des Verbergens der Artillerie und hundert andere Dinge auf dem Gebiete der Taktik erzeugen fortwährend neue Kriegslisten. Aber wie man in vielem anderen ganz unerwartet auf Formen und Grundsätze zurückgekommen ist, die vor 1914 für veraltet galten, so arbeitet die Strategie auch mit Aushilfen, die man ohne Scheu als Kriegslisten bezeichnen darf. Der wichtigste Schlachtensieg, den wir in diesem Kriege erfochten haben, dürfte vielleicht der Sieg von Tarnow-Gorlice gewesen sein. Er ist gewonnen worden wesentlich durch Ueberraschung; die Russen ahnten nicht, daß gerade an dieser Stelle ein Angriff mit überlegenen Kräften (sechs Korps gegen zwei) bevorstand, als am Morgen des 2. Mai 1915 plötzlich ein alles niederschmetterndes Artilleriefeuer einsetzte. Systematisch hatte man darauf hingearbeitet, sie in dieser Täuschung zu erhalten: die Wege, auf denen die Truppen heranfuhren, waren so gelegt, daß der Eindruck erweckt wurde, als ob teils an der Ostsee, teils an den Vogesen etwas Besonderes bevorstehe. Das darf man doch wohl als Kriegslist bezeichnen.

Der zweite Vortrag behandelt das Problem des Pazifismus in einem Sinne, dem ich nur zum Teil beipflichten kann. Auf jeden Fall aber bleibt die Untersuchung sehr wertvoll durch die Gegenüberstellung der verschiedenen Ansichten der Philosophen und besonders durch die verständnisvolle Analyse der Kantschen Schrift „Zum ewigen Frieden", hinter deren erstaunlichen Plattheiten der Verfasser doch einen tieferen Sinn auffindet.

Der Tauchbootkrieg und Amerika.

24. Februar 1917.

Als wir das letzte Heft abschlossen, beschäftigte man sich in der Presse aller Länder mit der Frage, ob die große Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat zu einer Friedensvermittlung führen würde, und ob eine auf diese Botschaft begründete Vermittelung für die Zentralmächte oder für die Ententemächte günstiger sei. War die deutsche Presse unzufrieden und beschuldigte den Präsidenten Wilson der Parteinahme für unsere Feinde, so war es die feindliche Presse noch viel mehr und tobte geradezu gegen den Präsidenten, weil er Deutschland den Frieden zu vermitteln trachte in einem Augenblick, wo dieses militärisch im Vorteil sei, während die Ententemächte entscheidende Erfolge noch in der nächsten Zukunft zu erwarten hätten. Aber alle diese Betrachtungen sind gegenstandslos geworden, seitdem Deutschland am 1. Februar mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg eingesetzt und Präsident Wilson daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen hat.

Wie sich in der Tauchbootfrage zwei Ansichten gegenüberstehen, die eine, die behauptet, daß Deutschland dadurch gerettet worden sei, daß es die Waffe erst jetzt, nachdem die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen, in Anwendung gebracht, die andere, die behauptet, daß durch die verspätete Anwendung Großes versäumt worden sei, so stehen sich auch in den Vorstellungen über den Präsidenten Wilson und seine Politik zwei grundverschiedene Auffassungen gegenüber. Die Einen sehen in dem Präsidenten einen einfachen Gesinnungsgenossen der Entente, der erfüllt von dem Gedanken der großen angelsächsischen Gemeinschaft, mit einer gewissen Hinterlist dieser zum Siege über uns zu verhelfen suche; die Anderen erinnern an die großen Interessengegensätze und steten Streitigkeiten zwischen

England und den Vereinigten Staaten und sehen in dem Präsidenten einen klug und kühl rechnenden amerikanischen Politiker, der mit einer stark doktrinären Anlage sich die Auffassung gebildet hat, daß dem amerikanischen Interesse und zugleich dem persönlichen Ruhm seines Präsidenten am besten gedient sei, wenn er ungefähr auf der Basis des Status quo ante der Welt den Frieden vermittle und sie zugleich zu einer neuen Epoche der Weltgeschichte auf der Grundlage der internationalen Völkerverständigung hinüberführe. Auch die letztere Auffassung scheint für uns ja immer noch sehr ungünstig, ließe sich praktisch aber zum Erträglichen wenden, da ja ein Status quo ante mit Modifikationen sehr dehnbar ist, sich durch eine Kriegsentschädigung ergänzen ließe und Deutschland bei den Verhandlungen am längeren Hebelarm sitzen würde. Der Gegensatz, ob Präsident Wilson einfach unser Feind ist, oder ob er seinem Wunsche nach ein Vermittler sein möchte, bleibt also nach wie vor von der größten Bedeutung, und deshalb ist auch die Frage, ob Amerika sich doch noch entschließen wird, uns den Krieg zu erklären, wichtiger als alles Andere. Ich unterscheide also scharf zwischen Amerika als Kriegsteilnehmer und Amerika als Nicht—mehr—Vermittler. Auch als Kriegsteilnehmer wird ja Amerika nicht zu unterschätzen sein, nicht sowohl wegen direkter kriegerischer Taten, von denen auch die Ententegenossen gerade nicht viel erwarten, als wegen der finanziellen und moralischen Unterstützung, die Amerika unseren Feinden gewähren und die den Krieg verlängern würde. Noch viel wichtiger ist aber das definitive Ausscheiden Amerikas als Vermittler.

Weshalb ist Präsident Wilson eigentlich in so ungeheuren Zorn über unseren Tauchbootkrieg geraten? Es ist wahr, er hatte sich durch seine Erklärung vom 18. April 1916 darauf festgelegt, daß er den rücksichtslosen Tauchbootkrieg mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantworten werde. Aber die Verhältnisse hatten sich doch in manchen Beziehungen geändert und wir werden gleich sehen, daß sich eine Möglichkeit geboten hätte, sich jener Festlegung vom vorigen Jahr zu entziehen; von Mexiko hat der Präsident sich viel mehr gefallen lassen als wir ihm jetzt angetan haben. Den letzten Grund seines Zorns sowie seiner Absage also sehe ich darin, daß wir ihm seinen so schön ausgeklügelten Plan der Friedensvermittelung durch unser Dreinfahren zerrissen haben. Das scheint mir bewiesen zu werden durch den wunderlichen Feldzug

des Präsidenten bei den anderen Neutralen, der ihm eine so böse Niederlage eingetragen hat. Er ersuchte die anderen Neutralen, gleichfalls die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen, und erfuhr eine einstimmige, hier und da sogar sehr scharfe Ablehnung. Wie konnte Präsident Wilson sich so sehr über die Stimmung bei den anderen Staaten täuschen? Eine solche Niederlage zieht man sich nicht zu, wenn man nicht durch Vorurteil oder Leidenschaft irgendwie verblendet ist. Sein Doktrinarismus und sein Wunsch werden zusammengewirkt haben. Doktrinarismus erzeugte in ihm die Vorstellung, daß über Deutschlands Unrecht bei seinem Tauchbootkrieg gar kein Zweifel herrschen könne und daß deshalb alle anderen Staaten nicht anders denken könnten als er, und sein Wunsch erzeugte in ihm die Illusion, daß wenn alle neutralen Staaten gleich ihm vorgehen würden, Deutschland sich beugen und zurücktreten werde, und die durch die Botschaft an den Senat so schön eingeleitete Friedensvermittelung dann ihren Fortgang nehmen könne. Alle diese Vorstellungen sind nun zu Wasser geworden und Herr Wilson ist in großer Verlegenheit. Daß er sich nur sehr ungern zum Kriege entschließen würde, ist klar. Das verletzte Interesse der Vereinigten Staaten ist nicht groß genug, um sich deshalb in einen Krieg zu stürzen. Im Rücken, bei Japan führt der Krieg sogar große Gefahren herauf. Das amerikanische Volk würde dem Präsidenten ja folgen, wenn er es tut, aber doch nur sehr widerstrebend. Aber wie furchtbar ist es, überhaupt Krieg führen zu sollen, wenn man eigentlich Friedensvermittler sein möchte! Hätte der Präsident, statt sofort die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und hinterher die Neutralen zu dem gleichen Schritte aufzufordern, umgekehrt zunächst einmal die anderen Neutralen um ihre Meinung gefragt und erfahren, daß diese das Verhalten Deutschlands keineswegs so unbedingt verdammten, so hätte er sein Ziel der Welt-Friedensvermittlung wahrscheinlich erreicht. Deutschland hat sich bereits am 12. Dezember zu Friedensverhandlungen bereit erklärt; Deutschland hat auch in der Tauchboot-Note selber kundgegeben, daß es Belgien wieder herstellen wolle, also über die wichtigste der Friedensbedingungen Klärung geschaffen; was fehlte, war der gute Wille der Anderen. Die Mittel, sie nachgiebig zu machen, hätten dem Präsidenten Wilson wohl zur Verfügung gestanden, aber er scheute sich, sie anzuwenden. Jetzt kam der deutsche Tauchbootkrieg — also der Druck, der dem

Präsidenten Wilson zu seiner Vermittlung fehlte, war da. Weshalb hat er sich dieses Mittels nicht bedient? Er hätte sich ja bloß hinter die anderen Neutralen zurückzuziehen brauchen, um sich wegen seiner Erklärung vom 18. April 1916 das Weitere vorzubehalten, und seine Entscheidung hinzuziehen. Dann hätte die Entente begriffen, daß es jetzt Zeit sei nachzugeben und sich zu Verhandlungen bereit zu erklären. Hat der Präsident Wilson diese Möglichkeit wirklich nicht gesehen, oder ist ihm diese Lösung für Deutschland so günstig erschienen, so daß er sie nicht hat sehen wollen? Die meisten werden geneigt sein, anzunehmen, daß eben wieder nichts als die längst bekannte feindliche Gesinnung gegen Deutschland vorliege und daß er den Konflikt gewollt hat. Ich möchte doch daran zweifeln. So gewiß es ist, daß der Präsident uns unfreundlich gesinnt ist, so gewiß es ist, daß die eigentliche Liebe der Amerikaner zwar keineswegs den Engländern, aber den Franzosen gehört, so ist doch der Wunsch, den Weltschiedsrichter zu spielen, in dem Präsidenten so stark, daß ich es wenigstens für möglich halte, daß sein Abbrechen der diplomatischen Beziehungen mehr ein Akt der Leidenschaft und der Verblendung als der politischen Berechnung gewesen ist. Für die Entente wäre es überaus peinlich, wenn es dem Präsidenten gelänge, sich aus der Verlegenheit, in die er nunmehr geraten ist, wieder herauszuwickeln und die Vermittlerrolle jetzt, wo wir durch den Tauchbootkrieg vollends die Ueberlegenheit gewonnen haben, wieder aufzunehmen. Irgendein sensationeller Zwischenfall aber, wie die Versenkung eines Passagierdampfers mit Amerikanern mag der Entwicklung die Richtung nach der anderen Seite geben und Amerika gegen seinen eigentlichen Wunsch in den Krieg hineintreiben.

* * *

Der Krieg hat eine wunderbare Abwandlung erfahren, las ich in einer englischen Zeitung, eine Abwandlung, die man vor 1914 für unmöglich gehalten haben würde: England sucht die Entscheidung zu Lande, Deutschland sucht die Entscheidung zur See. Die Abwandlung ist da, aber ist noch viel mehr als eine bloße Abwandlung dieses Krieges: es ist eine Umformung der Natur, in so weit sie die Grundlage der Weltgeschichte ist. England hat in militärischem und politischem Sinne aufgehört, eine Insel zu sein. Man hat ehedem bei uns davon gesprochen und spricht

heute in England davon, daß die Technik durch die Technik überwunden werden könne und eine neue Erfindung die Wirkung der Tauchboote wieder aufheben werde. Wer will es wissen? Man hat ja auch schon Romane geschrieben über den zukünftigen Tunnel, der England mit Amerika verbinden werde; solange aber die neue Technik, die die Erfindung der Tauchboote wieder aufheben soll, noch nicht da ist, dürfen wir zuversichtlich den Satz aufstellen: was auch der Ausgang des Krieges sei, die Seeherrschaft Englands ist gebrochen; das eine große Ziel dieses Krieges, die Freiheit der Meere, ist im negativen Sinne heute bereits erreicht. Denn, daß das Meer nicht bloß einer Partei, sondern allen Völkern gleichmäßig verschlossen ist, ist nur die Kehrseite des anderen positiven Satzes, daß das Meer allen Völkern gleichmäßig geöffnet werden muß. Der zukünftige Friedensvertrag hat die Freiheit der Meere nicht mehr zu beschließen, sondern nur noch festzustellen.

Professor Haller über den Fürsten Bülow.

Johannes Haller. Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow. Süddeutsche Monatshefte, Januar 1917.

Fürst von Bülow, Deutsche Politik. 2 Auflage. Verlag von Reimar Hobbing Berlin 1916.

12. Februar 1917.

Professor Johannes Haller in Tübingen hat in der Form einer Besprechung der Neu-Auflage des Buches des Fürsten Bülow den Gang der deutschen Politik in den letzten 20 Jahren einen Aufsatz gewidmet, der so bedeutend ist in der Kraft des Gedankens und in der Klarheit der Durchführung, daß ich ihm meinerseits wieder eine Besprechung widmen möchte, um ihm in vielem Einzelnen zuzustimmen, schließlich aber doch in entscheidenden Punkten zu widersprechen.

Haller geht davon aus, daß die deutsche Politik unter dem fünften Kanzler im wesentlichen nichts sei als die Fortsetzung der Politik des vierten Kanzlers, daß also die Katastrophe von 1914 betrachtet werden müsse als das Schlußergebnis der von dem Fürsten Bülow begründeten und eingeleiteten deutschen Weltpolitik. „Der Weltkrieg ist die Frucht der Einkreisungspolitik, und die Einkreisung die Antwort auf die Weltpolitik des Fürsten Bülow.“ Daß Deutsch-

land von der Bismarckschen „saturierten" Kontinentalpolitik übergehen mußte zur Weltpolitik, ist natürlich auch für Haller eine Selbstverständlichkeit. Aber er glaubt einen Fehler zu entdecken in der Disposition. Wir haben gleichzeitig eingeleitet die durch das Unternehmen der Bagdadeisenbahn gekennzeichnete Orientpolitik, die uns in einen unlösbaren Interessenkonflikt brachte mit Rußland; wir haben die Kriegsflotte gebaut, die uns einbrachte die Eifersucht und Feindschaft Englands; wir haben in der Marokkopolitik gekreuzt die Bahnen Frankreichs. Wir sind also unseren gefährlichen Gegnern allen Dreien zugleich in den Weg getreten, und das konnte nicht anders enden, als daß die Drei eines Tages zusammentraten und sich gegen uns verbündeten. Das Richtige wäre gewesen, meint Haller, nicht alles zugleich, sondern eines nach dem anderen zu tun, und es ist der Flottenbau, den wir nach seiner Meinung hätten zurückstellen müssen. Der Kardinalfehler war, daß, als uns Chamberlain um die Wende des Jahrhunderts das englische Bündnis anbot, wir das ablehnten. Wir hätten es nicht nur annehmen müssen, sondern, meint Haller, wir hätten sogar an die Seite Englands treten müssen, in der Weise, wie es Japan getan hat; wir hätten mehr oder weniger im Dienste Englands, zunächst einmal Rußland und mit ihm Frankreich niederschlagen müssen und dann hinterher erst die eigentliche Weltpolitik aufnehmen, die Kriegsflotte bauen und auch mit England abrechnen. Wenn Fürst Bülow das englische Bündnis in seinem Buche ablehne, weil es uns genötigt haben würde, von dem Flottenbau abzusehen, so fragt Haller: ist denn die Flotte Selbstzweck? Ist die Politik der Flotte wegen, oder die Flotte der Politik wegen da? Ueberdies habe sich der strategische Grundgedanke, auf dem unsere Flotte aufgebaut sei, der Risiko-Gedanke, im gegenwärtigen Kriege als Irrtum herausgestellt, denn es habe sich gezeigt, daß nur eine Flotte, die den Gegner anzugreifen und zu schlagen vermag, nicht eine solche, die er aus Furcht vor zu hohen Verlusten nicht anzugreifen wagt, unsere Handelsinteressen wirksam schützen kann. Damit tritt Haller also dem Vize-Admiral Galster bei, der schon im Jahre 1907 in der grandiosen Broschüre „Welche Seekriegs-Rüstung braucht Deutschland?" den Satz aufstellte: daß das Risiko-Prinzip der Schlachtflotten unzutreffend sei, daß das eigentliche Objekt unserer Seekriegs-Führung die englische Handelsflotte sein müsse und daß wir deshalb vor allem Unterseeboote bauen müßten.

Nächst einem Bündnis mit England gegen Rußland um etwa 1900, meint Haller, habe Deutschland die Gelegenheit gehabt, sich eine „unangreifbare" Stellung auf dem Kontinent zu verschaffen, im Jahre 1905 als Rußland sich im Mandschurischen Kriege seine schwere Niederlage zu Lande und zu Wasser geholt hatte. Was hätte es damals, als seine materiellen Kriegsmittel so gut wie verbraucht waren, gegen Deutschland ausrichten können? Wir hätten also in diesem Augenblick den Mut zu einem Angriffskriege finden und Frankreich zertrümmern müssen. Wie einleuchtend das klingt! So einleuchtend, daß es wahrhaft gefährlich ist, sich in den heutigen Nöten einer derartigen Phantasie hinzugeben. Um so notwendiger, sich in einer nüchternen Betrachtung klar zu machen, daß es sich doch nur um eine Phantasie handelt, und, wie wir auch gleich hinzufügen wollen, auch in den Augen Hallers eigentlich nur eine Phantasie ist, ein heuristisches Prinzip, wie es in der Gelehrtensprache heißt, eine Art Hilfsvorstellung, die geeignet und wertvoll ist, sich den Gang der deutschen Politik kritisch klar zu machen, die aber keineswegs ein abschließendes Urteil darstellen soll. Haller selbst ist viel zu klar und zu klug, um seiner Betrachtung nicht selber diese Schranke zu setzen. Sehr schön sagte er: „Wenn es auch richtig sein mag, daß die wirklichen Folgen eines nur in Gedanken angenommenen Entschlusses immer ungewiß bleiben, weil man nie wissen kann, was nachher alles geschehen wäre, so weiß man doch eines mit Bestimmtheit: was nicht geschehen wäre. Das bedeutet in diesem Falle, daß dem Deutschen Reiche der gegenwärtige Krieg erspart geblieben wäre, wenn es sich im Jahre 1905 entschlossen hätte, den letzten günstigen Augenblick zu benutzen, um zu verhindern, daß die drei stärksten Großmächte Europas sich zu seiner Vernichtung verbänden. Ob es nun wirklich ein Fehler war, oder am Ende doch weise Vorsicht, ob es nicht für Deutschlands Glück und Zukunft besser ist, daß es mit größeren Kräften den schwereren Krieg führen und einmal in derselben Weise wie das Preußen des Großen Königs gegen Uebermacht um sein Dasein kämpfen muß, darüber wird das Schicksal entscheiden, indem es den deutschen Waffen den Sieg verleiht, auf den wir hoffen. Unsere Betrachtung hat nichts weiter erstrebt, als die Vergangenheit zu verstehen."

Warum sind nun aber jene Vorstellungen, daß Deutschland, sei es im Jahre 1900 hätte ein Bündnis mit England gegen Ruß-

land schließen, sei es im Jahre 1905 Frankreich zu Boden schlagen sollen, wirklich nichts als aufklärende Hypothesen und keineswegs reale Möglichkeiten? Da scheint es mir angezeigt, Hallers Betrachtungen zu ergänzen.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß in den Jahren, wo Haller das englische Bündnis empfiehlt, der Burenkrieg tobte und im deutschen Volk viel mehr Neigung war, mit wem es auch sei, gegen die Engländer zu gehen als sich mit ihnen zu verbünden. Ich bin nun gewiß der Letzte der da meint, daß die große Politik nach den Leidenschaften oder den Instinkten der öffentlichen Meinung eingestellt werden müsse, aber ebenso wenig kann man heute Kabinettskriege führen und den Volkswillen einfach beiseite setzen. Ich glaube aber, man sagt kaum zu viel, wenn man behauptet, daß der grimmige, leidenschaftliche Haß, der das deutsche Volk zur Zeit des Burenkrieges gegen die Engländer erfüllte, kaum geringer war, als er heute im Weltkriege ist. Ich habe die Burenbegeisterung nie mitgemacht und die Ausbrüche des Hasses, namentlich gegen Chamberlain, als unmotiviert und unpolitisch verurteilt, aber ein deutsch-englisches Bündnis in jener Zeit ist eine Utopie. Wenn daher Haller weiter schließt: die Ablehnung des Bündnisses von unserer Seite trieb England, da es isoliert nicht länger bleiben konnte, notwendig auf die Seite Rußlands, so ist das richtig, aber es war unvermeidlich.

Es fragt sich also, ob wir die Gelegenheit des mandschurischen Krieges 1905 hätten benutzen sollen, um Frankreich niederzuschlagen. Haller macht dem Fürsten Bülow schwere Vorwürfe, daß er die russische Politik und die russische Gefahr so ganz und gar verkannt habe. Er habe nicht gesehen, daß, seitdem Deutschland sich die Aufgabe gesetzt, die Türkei zu erhalten und selbständig zu verjüngen, es in einen unausgleichbaren Interessenkonflikt mit Rußland geraten sei. Ein gutes Verhältnis zu Rußland, wie wir es noch immer anstrebten, sei unmöglich gewesen, da wir Rußland nichts zu bieten hatten; statt der Gefahr, die uns daraus erwuchs, fest in die Augen zu blicken, hätte man mit allerhand Diensten Rußlands Wohlwollen zu erlangen gesucht, welche Bestrebungen natürlich völlig unfruchtbar geblieben seien. „Ungern denken wir heute daran", schreibt Haller, „daß gegen die Gegner des Zarismus die Kräfte der deutschen Polizei zur Verfügung der Russischen Regierungsorgane standen." Berliner Bankhäuser retteten den finan-

ziellen Kredit des Zarenreichs; die Besuche Kaiser Wilhelms in den finnischen Schären stellten seinen moralischen Kredit wieder her. Was war der Ertrag? In Algesiras stellte sich die russische Diplomatie auf die Seite unserer Gegner, und die Zeichen der russischen Feindseligkeiten steigerten sich von Jahr zu Jahr. Wenn Haller meint, daß Fürst Bismarck schon darin klarer gesehen und gegen Ende seiner Tätigkeit ein Bündnis mit England gegen Rußland angestrebt habe, das nur daran gescheitert sei, weil die Engländer sich versagten, so ist das wohl zu viel gesagt.*) Aber, daß Fürst Bülow die russische Gefahr unterschätzt hat, ist vollkommen richtig. Haller hat sogar den Hauptbeweis für diese Tatsache nicht einmal herangezogen. Das ist die Bülowsche Polen-Politik. Der Krieg hat uns gelehrt, daß, wer der Feind der Russen ist, der natürliche Bundesgenosse der Polen sein muß, und weiter, daß diese Bundesgenossenschaft nicht nur ein vorübergehendes politisches Bündnis, sondern eine dauernde Gemeinschaft darstellen muß. Wer den Krieg mit Rußland kommen sah, der mußte auch von weither suchen, ein gutes Verhältnis, eine günstige Stimmung zwischen Deutschen und Polen herzustellen. Das war der Grund, daß Caprivi die im Jahre 1886 von Bismarck, übrigens auch nur aus vorübergehenden taktischen Gründen inszenierte Polenpolitik wieder fallen lassen wollte, und weshalb ja auch Herr von Bethmann Hollweg als Kanzler einsichtig, aber leider bei weitem nicht durchgreifend genug von dem hakatistischen Kurse wieder abbog. Wenn die Alldeutschen sich heute rühmen, daß sie diesen Krieg von je vorausgesehen, so ist ihre Polenfeindschaft der Beweis, daß diese Voraussicht nichts war, als der Ausfluß eines ungebärdigen Temperaments und ganz und gar nichts mit politischer Klugheit zu tun hatte. Wenn aber Fürst Bülow die hakatistische Politik nicht nur fortsetzte, sondern durch das ungeheuerliche Enteignungsgesetz sogar noch steigerte, so kann das auf keine andere Weise erklärt

*) Zusatz. Seitdem Hamann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", den Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. Nov. 1887 veröffentlicht hat, kann ich die obige kritische Einschränkung nicht mehr aufrecht erhalten. Bismarck hat in der Tat damals ein Bündnis mit England gegen Rußland angestrebt, und es ist daran gescheitert, daß England sich versagt hat. Vgl. die Besprechung des Hamannschen Buches von Rassow, Prß. Jahrb. Bd. 175, S. 118. v. Kienitz, Prß. Jahrb. Bd. 175, S. 65, mit dessen Grundauffassung ich nicht übereinstimme, gebraucht deshalb wohl nicht mit Unrecht den Ausdruck „Alles hoffnungslose Tappen der späteren Bismarckschen Politik".

werden, als daß er eben die russische Krisis nicht erwartet und die russische Gefahr unterschätzt hat. Freilich gibt das Kapitel über die Ostmarkenpolitik, das er auch in der neuen Auflage bringt, überdies den Beweis, daß er sich mit dem ganzen polnischen Problem nur sehr obenhin beschäftigt hat. Die historische Darstellung ist voller Fehler; er spricht z. B. von einem Aufstand der preußischen Polen im Jahre 1830, der überhaupt nicht stattgefunden hat, und verschiedene Stellen stehen sogar untereinander in Widerspruch. Daß das polnische Problem vor allem ein europäisches ist, und daß die Frage, ob die 4 Millionen Untertanen des Königs von Preußen sich um 50 000 oder 100 000 vermindern lassen, gar keine Rolle spielt gegenüber der der internationalen Bedeutung der polnischen Nationalität als Ganzem, das mag für Mitglieder des deutschen Ostmarkenvereins nicht in Betracht kommen, ein deutscher Reichskanzler aber hätte das nicht übersehen dürfen, und Fürst Bülow hätte es auch gar nicht übersehen können, wenn er eben nicht für die russische Gefahr blind gewesen wäre.

Nicht ganz mit Unrecht behandelt Haller deshalb die Sätze, in denen Fürst Bülow noch 1914 die Friedensaussichten pries und das Ende der Einkreisungspolitik verkündete, und die er noch jetzt wiederholen zu dürfen glaubt, mit einer gewissen Ironie: der Krieg habe sie doch wohl widerlegt.

Nehmen wir nun aber an, schon der vierte Kanzler habe scharfblickend das drohende russische Ungewitter vorausgesehen, und er habe, wie Haller will, die Periode der russischen Schwäche benutzen wollen, um Frankreich niederzuschlagen und kampfunfähig zu machen, — was wäre dabei für Deutschland herausgekommen? Die einzige Schwierigkeit, meint Haller, sei gewesen, den casus belli zu finden; dieser aber sei ja in dem Marokko-Zwist gegeben gewesen. Wir hätten also Frankreich zerschmettert; England hätte es nicht retten können und wir wären die Herren des europäischen Kontinents geworden. Wirklich? Mir scheint, in dieser Rechnung stecken drei große Fehler.

Erstens hätte der Angriffskrieg um Marokkos willen die deutsche Nation innerlich nicht geeinigt, sondern für alle Zeit unheilbar zerrissen. Denn nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch sonst sehr große Teile, wahrscheinlich die große Mehrheit des Volkes, hätte diesen Krieg nicht nur nicht gebilligt, ihm nicht nur widerstrebt, sich vielleicht sogar tätlich widersetzt, sondern auch nach dem Siege einem derartig aggressiven Staatswesen seine Seele versagt.

Kann ein Mann wie Haller seine Augen vor dem ethischen Unterschied jenes von ihm geforderten Krieges und des heutigen Krieges verschließen? Ist der erhabenste und wertvollste Sinn unseres heutigen Ringens für ihn ein leerer Schall? Sieht er nicht, daß sein Vorschlag keine Volkspolitik ist, sondern aus der Rumpelkammer der alten Kabinettspolitik stammt? Daß er wie ein Sektierer den Enthusiasmus seiner Sekte für den Glauben des Volkes genommen hat?

Wäre aber zweitens unser Sieg in diesem nicht von einem einmütigen Willen getragenen Kriege wirklich so sicher gewesen? Es ist richtig, daß Rußland damals sehr schwach war; aber auch unsere Rüstung war noch lange nicht auf der Höhe wie 1914 und wir besaßen noch nicht ein einziges Unterseeboot. Oesterreich-Ungarn wäre weder verpflichtet gewesen, noch hätte es eine Veranlassung gehabt, uns bei einem Angriffskrieg Beistand zu leisten. Rußland, wenn schon sehr geschwächt, hätte doch wohl nicht so ganz still gesessen, zum wenigsten nicht, wie Haller annimmt, uns durch Offenhaltung seiner Grenzen vor den Folgen der englischen Blockade geschützt.

Aber ich will alle diese Möglichkeiten nicht weiter ausmalen, ich will annehmen, wir hätten den Krieg siegreich durchgeführt, wir hätten uns Belgien und die ganze Ostgrenze Frankreichs irgendwie angegliedert und als natürliche Konsequenz davon auch Holland in unser System eingefügt. Hätten wir dann jene „unangreifbare" Stellung auf dem Kontinent gehabt, die uns als Basis für die Auseinandersetzung mit England dienen sollte? Hier steckt der dritte und eigentliche Kardinalfehler, der sich durch die ganze Hallersche Untersuchung zieht, der Irrtum, der heute so weite Kreise unseres Volkes gefangen genommen hat und ihre Gedanken auf falsche Ziele einstellt. Die unangreifbaren Stellungen, die wir durch den Präventivkrieg gewinnen sollten, und für die Haller und seine Freunde so schwärmen, existieren nicht, weder im Westen noch im Osten, sind die reine Phantasmagorie. Welche wunderliche Illusion spricht aus dem Hallerschen Satz: „Dauernder Friede kann zwischen uns und unseren westlichen Nachbarn nur herrschen, wenn die gemeinsame Grenze eine Gestalt erhält, die ihnen jede Aussicht auf Erfolg bei einem Angriff auf uns nimmt, uns dagegen die Möglichkeit schafft, Frankreich unsere militärische Ueberlegenheit fühlen zu lassen!" Wo sollte diese Grenze wohl liegen?

Uns allein anzugreifen, war Frankreich auch schon vor 1914 zu schwach, uns aber gestützt auf eine große Koalition anzugreifen, würden nicht einmal Holland oder Dänemark zu schwach sein. Sogar der Fürst der Schwarzen Berge glaubte sich, vielleicht gehoben durch den neu angenommenen Königstitel, mächtig genug, um dem habsburgischen Kaiser den Krieg zu erklären.

Hier berührt sich meine Kritik Hallers mit dem Aufsatz in diesem Heft „Das Beispiel Napoleons". Es ist der Grundirrtum in der Politik, in dem Leben und im Schicksal Napoleons, dem auch Haller verfallen ist, und vor dem die deutsche Politik zu warnen ich mir schon lange, sowohl vor dem Kriege, wie während des Krieges zur Aufgabe gemacht habe. Auch Napoleon bildete sich ja ein, daß je weiter er seine Machtsphäre auf dem Kontinent ausdehne, er um so besser den Kampf gegen England würde führen können. Aus diesem Grunde knechtete er Preußen und setzte seinen Schwager in Neapel und seinen Bruder in Spanien als König ein. Aber was er dadurch an Macht gewann, wurde weit überwogen durch die Kräfte, die er dadurch auf der Gegenseite ins Leben rief und England zuführte. Es ist völlig wahr, daß Macht sichert, aber es ist ebenso wahr, daß Macht auch überspannt werden kann. Nehmen wir an, Frankreich hätte 1905 Grenzgebiete mit nicht weniger als 7 Millionen Einwohnern an uns abtreten müssen, so wäre es doch immer noch ein Volk von 30 Millionen geblieben. Sie würden sich gehütet haben, den deutschen Koloß von neuem anzugreifen, sagt man. Haben die 5 Millionen Preußen sich im Jahre 1813 gehütet, den napoleonischen Koloß von neuem anzugreifen? Nichts ist sicherer als daß, statt des Vierbundes, der jetzt mit uns zusammen seine politische und nationale Selbständigkeit vor der Machtgier der Ententegenossen verteidigt, ein großer europäischer Bund sich gebildet haben würde, um die Machtgier Deutschlands niederzukämpfen, und anstatt in „unangreifbaren" Stellungen zu stehen, Deutschland im Gegenteil von allen Seiten angegriffen, nicht nur ohne Freunde, sondern sogar ohne die volle Herzensteilnahme des eigenen Volkes diesen Daseinskampf hätte ausfechten müssen. So wie Napoleon den Krieg 1814 und 1815 endgültig verloren hat, nicht, weil die Kräfte Frankreichs völlig verbraucht gewesen wären, sondern weil seine Bundesgenossen von ihm abfielen und das französische Volk sich ihm schließlich versagte und nicht weiter für ihn kämpfen wollte, so würde auch das Deutsche Reich

diesen Krieg am letzten Ende in ganz ähnlicher Weise verloren haben. Wahrlich, hier muß ich für die Politik des Fürsten Bülow eintreten und ihn verteidigen. Nicht dankbar genug können wir dem Kaiser und ihm sein, daß er im Jahre 1905 der Versuchung der günstigen Konjunktur widerstanden und dem Angriffskriege entsagt hat. Nur dadurch ist der Dynastie Hohenzollern in jener inneren Einheit mit der Volksseele geblieben, die die einzig zuverlässige und dauernde Trägerin der Monarchie ist.

Ist es aber nun nicht richtig, daß, wie Haller behauptet, die deutsche Politik, die gleichzeitig Weltpolitik sein sollte und doch den Frieden zu erhalten wünschte, im August 1914 völlig zusammengebrochen ist? Hat er nicht damit recht, daß unser gleichzeitiges Verfolgen von drei Zielen, im Orient, im Flottenbau, in Afrika, in der Anlage falsch war und notwendig zu dem Zusammenschluß der drei gekränkten Großmächte und damit zum Weltkrieg führen mußte? Daß nicht dieser oder jener Fehler im einzelnen den Zusammenbruch verschuldet, sondern die ganze Rechnung falsch angesetzt war?

Nein, Haller hat mit dieser Behauptung vollkommen unrecht. Recht hat er damit, daß nicht dieser oder jener diplomatischer Schachzug, dieser oder jener Fehler, der möglicherweise begangen worden ist, den Knoten geschürzt hat, sondern, daß die Entscheidung gesucht werden muß bei dem Ansatz der Rechnung selber, das heißt aber bei der Frage, ob Deutschland bei dem Stilleben der saturierten Kontinental-Politik beharren, oder sich auf den Kampfplatz der Weltpolitik hinauswagen sollte, auf jede Gefahr, auch auf die Gefahr dieses Krieges hin. Mag sein, daß in unserer Flottenpolitik, politisch wie organisatorisch, Fehler gemacht worden sind, die sich hätten vermeiden lassen — es ist jetzt nicht Zeit, darüber in eine Diskussion einzutreten — die Vorstellung, daß wir die Flottenpolitik hätten vertagen können oder sollen, um erst mit den Gegnern auf dem Kontinent abzurechnen, ist nichts als ein lieblicher Traum. Auch wenn wir die Flotte nicht gebaut hätten, hätten es die Engländer nach ihren seit Jahrhunderten festgehaltenen und bewährten Prinzipien nimmermehr geduldet, daß wir uns auf dem Kontinent aggressiv eine Herrschaft erkämpft hätten, die uns hier, wie Haller meint, unangreifbar gemacht hätte. Wollten wir eine Kolonialpolitik, sei es in Afrika, sei es in Asien, treiben, wollten wir es unternehmen, die Türkei vor der Aufteilung zu bewahren und ihr

an unserer Hand den Eintritt in den Kreis der europäischen Zivilisation ermöglichen, so mußten wir auch eine Flotte bauen und Seegeltung gewinnen. Wir haben es ehrlich versucht, unser Ziel der Gleichberechtigung unter den großen Nationen der Erde auf friedlichem Wege zu erreichen, und unsere Macht so weit und in dem Sinne ausgebaut, daß wir hoffen durften, die anderen würden sich scheuen sie anzugreifen und uns freiwillig einen gebührenden Anteil an der Herrschaft auf der Erdkugel einzuräumen. Immer von neuem hat es schon Fürst Bülow und in noch höherem Grade Herr v. Bethmann Hollweg verstanden, Mittelwege zu finden und Vereinbarungen zu treffen, die deutlich zeigten, daß das Deutsche Reich keinen Konflikt wolle, sondern Verständigung. Die anderen sind es gewesen, die es nicht gewollt haben. Die anderen sind es gewesen, die neben ihren Riesenreichen Deutschland nicht aufkommen lassen wollten. Deshalb haben sie uns angegriffen. Das ist der Grund des Weltkrieges geworden und kein anderer, und ewige Dankbarkeit schuldet das deutsche Volk den Staatsmännern, die es so geleitet haben, daß der Krieg so gekommen ist, wie wir ihn heute erleben, und nicht so, wie gewisse Heißsporne, die ihn, sei es im Jahre 1900, sei es 1905, sei es 1909, hätten entzündet sehen mögen und dabei verkennen, daß für den einzelnen, wie für das Volk, die schwerere Prüfung die bessere ist, wenn es die reinere ist.

Vom Deutschtum.

März 1917.

Deutsche Renaissance. Betrachtungen über unsere künftige Bildung von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Burdach. Deutsche Abende im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Vierter Vortrag. 102 Seiten. Berlin 1916. Ernst Siegfried Mittler und Sohn.

Humanismus und Nationalismus in unserem Bildungswesen. Vortrag gehalten in der Versammlung der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin und der Provinz Brandenburg am 28. November 1916 von Ernst Troeltsch. 42 Seiten. Berlin 1917. Weidmannsche Buchhandlung.

Der Weltkrieg wird zu einer durchgreifenden Umformung des Verhältnisses der europäischen Nationen zu einander führen. Auf der einen Seite wird man eine Liga der Kulturvölker gründen, die sich bemühen soll, zukünftige Kriege zu vermeiden. Das würde

also eine großzügig gedachte Annäherung der Völker aneinander bedeuten; aber wie die Idee gestaltet werden soll und welche Wirkung sie haben wird, steht dahin. Umgekehrt ist es sicher, daß eine tiefe bittere Entfremdung unter den Völkern sie auf unabsehbare Zeit so gegeneinanderstellen wird, daß sie die innere Berührung scheuen und sich ganz auf ihre eigene Natur, den eingeborenen Nationalcharakter zurückziehen werden. Nehmen sie etwas voneinander an, wie z. B. jetzt die Engländer von uns die allgemeine Wehrpflicht, so geschieht es höchst widerwillig. Die freudige gegenseitige Wechselwirkung, wie etwa einstmals die Aufnahme der deutschen Ideen der Reformation in England oder Rousseaus Predigt von der Natur und ihrer Erhabenheit in Deutschland, ist durch den gegenseitigen nationalen Haß von vornherein ausgeschlossen. Wenn wir auch weiterhin Englisch und Französisch lernen werden und Shakespeare wie ein Nationalklassiker auf den deutschen Bühnen weiter gespielt werden wird, so wird doch die Parole des reinen Deutschtums unser öffentliches Leben und namentlich die Erziehung leiten und beherrschen. Was ist aber reines Deutschtum? Ranke hat sich einmal dahin ausgesprochen: was deutsch sei, vermöge überhaupt niemand zu sagen. So weit möchte ich nun doch nicht gehen; die Charakteristik des Deutschtums läßt sich nicht mit ein paar Haupt- und Eigenschaftsworten festlegen und eine Diskussion darüber möchte vielfach sich in bloßem Wortstreit bewegen, aber Männer von genügendem Wissen wären doch wohl imstande, viel darüber zu sagen, und wenn dann andere kommen und dies und jenes darin bestreiten, so mag doch über gewisse Grundsätze auch eine Art von Einmütigkeit schließlich herausgebildet werden.

Jedenfalls hat sich von allen Seiten schon vor Beginn des Krieges und seitdem erst recht der Ruf erhoben, daß das Wissen vom Deutschtum und der Unterricht im Deutschen den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens und der Erziehung bilden müßte. Auch die beiden oben genannten ausgezeichneten Gelehrten Troeltsch, der Philosoph, und Burdach, der Germanist, stimmen damit und darin überein: „Ein nordisch-deutscher Humanismus anstatt des antikisch-südländischen", sagt Troeltsch. Im Anschluß an Untersuchungen von Richard Benz spricht er von dem „gotischen Menschen", den wir studieren, wieder aufnehmen und fortbilden müßten. Das Wesentliche des gotischen Menschen soll die Unendlichkeit und Tiefe der Phantasie, die unmittelbare Umsetzung der Phantasie in das sie (?)

ausdrückende Bild, ohne die Zwischeneinschiebung eines Maßstabes körperlich illusionärer Korrektheit, die Zusammenhaltung des ganzen Geistes im Gesamtfluß seiner in sich zusammenhängenden Betätigungen, die Abneigung gegen klassische feste Typenbildung und gegen die Differenzierung stehender Formen, die Wahrnehmung durch Gehör und Ausdrückung durch Phantasie im Gegensatz gegen den griechischen Augenmenschen und sein Bedürfnis rational durchsichtiger Gestaltung, in letzter Linie ein Irrationalismus, der den Lebensgehalt aus unbegrenzbaren überrationalen Typen und Bewegtheiten herausholt, ihn dabei aufs stärkste individualisiert und ihn doch in einer göttlichen Lebenseinheit begründet weiß."

Man mag diese Charakterisierung der Gotik gelten lassen, obgleich ich sagen muß, daß mir jener alte Satz Hegels besser gefällt: „es ist das Hinausstreben über die Endlichkeit, die Stärke der Grundlagen und die Vergeistigung der in die Höhe strebenden Teile, das mystische Dunkel und die überirdische Klarheit." Was Troeltsch nach Benz von der Gotik sagt, ließe sich zum großen Teil ebensogut vom Barock sagen: es ist immer wieder die ewige Polarität zwischen Objektivität und Subjektivität, Norm und Phantasie, Logik und Mystik. Dabei aber ist zu bemerken, daß nicht etwa die Gleichung Norm=Renaissance, Phantasie=Gotik aufgestellt werden darf. Die Renaissance beginnt ganz umgekehrt mit der Erhebung eines phantasievollen, schwärmerischen Platonismus gegen den verknöcherten Aristotelismus der Scholastik. Scholastik und Mystik gehören beide zum Mittelalter, die eine Geistesrichtung so gut wie die andere. Aber bleiben wir bei der Gotik und meinethalben auch dem „gotischen Menschen", was haben sie mit dem spezifischen Deutschtum zu tun? Die Gotik ist entstanden in Nordfrankreich, wo das Romanische einen gewissen, nicht unerheblichen Einschlag des Germanischen hat, und dann ist sie verpflanzt worden nach Deutschland und hat hier ganz besonders schöne und großartige Ausbildung und Auswirkung erfahren. Ob und wie sehr gerade germanischer Geist in ihr wirksam ist, ist schwer auszumachen; eines ist aber ganz gewiß sicher: der Mutterboden des Gotischen ist die Kirche, und sie ist eines Geistes mit dem Geiste der Mystik. Die Einheit von Gotik und Mystik ist schlechthin unverkennbar und in der Mystik mag man zwar, wenn man will, eine gewisse Verwandtschaft mit germanischem Geist entdecken und besonders schöne Blüten auf deutschem Boden nachweisen, ihrem Ursprung aber nach ist sie Religion und in

unserem Fall christliche Religion und geht in ihren Wurzeln zurück auf uraltes christliches Denken und Empfinden. Der hohe Ausdruck des spezifisch deutschen Mittelalters ist nicht die Gotik, sondern das Nibelungenlied. Wie konnte das ein Mann wie Troeltsch übersehen? Er spricht von der Sehnsucht, die heute erwacht sei nach der „Kontinuität mit dem alten Deutschland vor der Entpolitisierung und der Zersetzung". Welche Zeit ist denn das? Die Zersetzung des alten Reichs beginnt, wenn nicht schon früher, mit dem Bürgerkrieg zwischen Philipp dem Staufen und Otto dem Welfen und ist um die Mitte des 13. Jahrhundert bereits so weit gediehen, daß man bis zum Jahre 1806 nur noch von einem Auf- und Abwogen, aber nicht von einer dauernd fortschreitenden Zersetzung sprechen kann. Gerade um diese Zeit, unter der Regierung Friedrichs II., gelangte die Gotik erst nach Deutschland und beginnt jene phantastische Vielgestaltung des deutschen Lebens, die nunmehr mit dem Ausdruck des „gotischen Menschen" bezeichnet werden soll.

Worauf soll sich nun also unsere Sehnsucht richten? Auf die Sachsen, Salier, Friedrich Barbarossa und das Nibelungenlied oder auf die Zeit des deutschen Ritterordens, der deutschen Reichsstädte und des Ausbaues der gotischen Dome? Es sind zwei ganz verschiedene Epochen. Unsere Sehnsucht, d. h. das innige Nach- und Neuerleben unserer Vergangenheit als eines Teiles von uns selbst, richtet sich selbstverständlich auf die eine Epoche so gut wie auf die andere, auf das Nibelungenlied wie auf den Kölner Dom, auf die Otto und Friedrich wie auf die Marienburg und die Hansa. Damit ist aber die Vorstellung von einem spezifisch-gotischen Menschen, den wir suchen sollen, aufgehoben.

Der Grundfehler dieser ganzen Betrachtung ist die unzulängliche Erfassung des Begriffes „Deutsch". „Deutsch" ist nicht gleichbedeutend mit Germanisch; zum Germanischen gehört auch das Niederländisch-Flämische, das Angelsächsische und schließlich auch das Nordgermanische, Skandinavische. Das Deutschtum ist nicht das Germanische selbst, sondern eine Tochter des Germanentums, eine neue historische Erscheinung, ein neuer Begriff, der seit dem 10. Jahrhundert, ich möchte sagen, seit dem 10. August 955, seit der Schlacht auf dem Lechfelde, der ersten gemeinsamen großen Waffentat der im Deutschen Reich vereinigten Stämme, sich allmählich gebildet hat, nicht bloß aus der germanischen Hauptwurzel, sondern in der Verschmelzung mit zahllosen anderen Elementen,

in fortgesetzter organischer Neubildung. Es ist das Verdienst der obengenannten Burdachschen Schrift, dieses Erwachsen des Deutschtums und seine fortwährende Bereicherung durch die verschiedenartigsten Einflüsse zu schildern mit der vollen Wucht des seinen Stoff beherrschenden Gelehrten. Das Deutschtum bildete sich, indem dieses Volk für fast ein Jahrtausend zweisprachig wurde und die Sprache der Kirche und der Gebildeten, das Lateinische, die germanischen Dialekte durchdrang. Nicht bloß der Wortschatz, sondern auch die Wortbildung und die Syntax sind aufs Stärkste vom Lateinischen und Romanischen beeinflußt, und mit dem Studium der lateinischen Sprache ist auch eine unendliche Fülle von Stoffen aller Art, Typen, Motiven, Bildern, Erzählungen eingedrungen; selbst Märchen und Sprichwörter, die ein urdeutsches Gepräge zu tragen scheinen, waren ursprünglich Uebersetzungen. Die ganze Literatur der Minnesänger geht auf romanische Vorbilder zurück, ist vielfach direkte Uebersetzung. Die beiden herrschenden Stände, die Geistlichkeit und die Ritterschaft, trugen einen internationalen Charakter. Spezifisch deutsch ist das städtische Bürgertum, natürlich nicht weil die Deutschen für diesen Zweig des gesellschaftlichen Lebens eine besondere Veranlagung hätten, sondern weil die Zersetzung des Staates neben den anderen Ständen auch die selbständigen Städte erstehen ließ. Sollen wir nun den spezifisch-deutschen „gotischen Menschen" allein in den freien Reichsstädten suchen, die, wie wir uns nicht verhehlen wollen, neben mancherlei Tugenden und Leistungen, doch einen unverkennbar philiströsen, oft kleinlichen Zug tragen und hinter den großen italienischen Kommunen Venedig, Genua, Florenz an Glanz und Geschichte weit zurückstehen? Auch die „Pfeffersäcke", wie die Ritter sie höhnisch nannten, gehören zum Deutschtum, und aus den Städten ist die moderne Bildung mit der Buchdruckerkunst gekommen, aber in der deutschen Kulturgeschichte wie im Deutschtum haben wir Umfassenderes und auch Größeres.

Man hat sich wohl vorgestellt, daß das Germanentum die Möglichkeit gehabt habe, sich ganz aus sich selbst fortzuentwickeln, und daß ihm das Christentum, worauf dann alle weiteren romanischen und sonstigen fremden Einflüsse folgten, nur mit Gewalt, gegen jedes innere Bedürfnis, mit dem Schwert aufgezwungen worden sei. Diese Vorstellung ist nichts als ein frommer Wahn, der vor den historischen Tatsachen nicht bestehen kann. Einzig und allein dem kleinen Sachsenstamm, zwischen Rhein und Elbe, ist das

Christentum mit der Gewalt des Schwertes aufgenötigt worden; die Franken, die Alemannen, die Bayern, die Angelsachsen und schließlich auch die Skandinavier haben es freiwillig unter Führung ihrer eigenen Fürsten und Könige angenommen. Auf dem angelsächsischen Boden unter Alfred dem Großen ist dann auch der Versuch gemacht worden, eine zwar christliche, aber doch im übrigen wesentlich germanische Literatur hervorzubringen. Der hoffnungsreich begonnene Versuch hat nicht weit geführt; die angelsächsische Literatur war doch bei weitem nicht breit und tief genug fundamentiert, um selbständig fortzuleben, ist bald wieder in Dürftigkeit verfallen, und das ganze Angelsachsentum ist durch die normannische Eroberung ins Romanentum hineingezogen und untergetaucht worden, um dann aus dieser Verbindung als Engländertum neu hervorzugehen. Ist auch das deutsche Volk von einer romanischen Gewalt militärisch nie dauernd unterjocht worden, so ist es doch von romanischen Ideen immer von neuem überflutet worden. Nicht nur die Kultur im allgemeinen, sondern auch die deutsche im besonderen beruht auf der steten Wechselwirkung des Germanischen und Romanischen.

Das spezifisch-deutsche Form-Prinzip, das im Germanentum wurzeln soll, mag man anerkennen, wenn man will, aber es ist jedenfalls bei weitem nicht fruchtbar und tragfähig genug, die ganze Fülle und den unendlichen Reichtum des tausendjährigen deutschen Kulturlebens tragen.

Vergleicht man einen gotischen Dom mit einem italienischen Renaissance-Bau und fügt hinzu, daß die Epoche, die jenen Bau hervorbrachte, von dieser anderen Erscheinung abgelöst und überwältigt wurde, so entsteht der Eindruck eines vollkommenen Bruchs. Dieser und jener Geist scheinen völlig unverträglich miteinander. Die Renaissance, wie man ihren Begriff auch fasse und wie man sie eingrenze, erscheint als eine Macht, die aus Italien gekommen das deutsche Mittelalter getötet und verschlungen hat. Ueberlegt man aber, ein wie außerordentlich mächtiges Element auch in der Struktur des Mittelalters die Tradition und die Sprache des Altertums war, so erkennt man, daß die Renaissance als Wiederaufnahme antiker Formen und Ideen nichts als die sehr verstärkte Erneuerung von Kräften ist, deren Wirksamkeit nie aufgehört hatte. Der Kontrast, der gerade auf dem Gebiete der Architektur so stark in die Augen springt, ist auf anderen Gebieten des geistigen Lebens ge-

ringer, hier und da auch so gering, daß er verschwindet. Wie weit ist die Malerei mittelalterlich, wo beginnt die Renaissance? Burdach nennt Dante neben Rienzi und Petrarca als Vater der Renaissance; andere sehen in Dante eine recht eigentlich mittelalterliche Erscheinung.

Die Renaissance im allgemeinen wie ihre Aufnahme in Deutschland ist also eine Erscheinung und ein Vorgang, der nicht anders zu bewerten ist als die zahlreichen anderen großen Einwirkungen, die von außen kommend sich auf den verschiedenen Stufen der Entwickelung dem jeweiligen deutschen Wesen vermählt und es zu immer neuen verschiedenartigen Blüten weitergebildet haben. Die neue Meinung, daß ein Bruch mit einem ursprünglichen eingeborenen deutschen Wesen vollzogen worden sei, ist ein großer historischer Irrtum. Dieses von allem Fremden a priori zu unterscheidende deutsche Wesen existiert gar nicht. Wir können die Renaissance so wenig aus dem deutschen Wesen ausscheiden wie das Christentum, das Rittertum, die Kreuzzüge, die Gotik, das römische Recht, Descartes, den französischen Klassizismus, Shakespeare, das parlamentarische Wesen, die Tirailleur-Taktik. Alles das ist uns gerade so von außen gebracht worden wie das Studium der lateinischen und griechischen Literatur und der erhaltenen antiken Bau- und Bildwerke, und es ist so sehr in uns übergegangen, daß es ein Teil unseres Selbst geworden ist, so sehr ein Teil, daß wir unser Selbst zerstören würden, wenn wir diese Elemente daraus entfernen wollten. Umgekehrt, wenn alle diese Elemente zum deutschen Wesen gehören, das deutsche Wesen mitbilden, so ist es auch notwendig, daß wir auf sie zurückgehen, wenn wir das deutsche Wesen studieren und uns durch Kenntnis unserer Geschichte zum Bewußtsein unseres Selbst bringen wollen. Es ist freilich falsch, das „klassiche Altertum" zu studieren und sich vorzustellen, als einen für alle Zeit und auch für uns gültigen Kanon des Ideal-Menschlichen mit dem Endzweck, diesem Muster nachzueifern und sich ihm anzuähneln. Mag die Renaissance oder mag Wilhelm v. Humboldt solche Vorstellungen gehegt haben — das waren immer nur Ideologien. Wir haben Lateinisch und Griechisch zu lernen und das Altertum auch sachlich zu studieren, weil hier die Wurzeln unserer eigenen Bildung liegen und man bis zu diesen Wurzeln hinabsteigen muß, wenn man unser eigenes Wesen verstehen will.

Mit großer Beredtsamkeit schildert Troeltsch, wie zukünftig

das Deutsche und die deutsche Geschichte auf der Schule behandelt werden müssen. „Verbindet man die deutsche Geschichte als Geschichte des deutschen Staates, der deutschen Gesellschaft, der deutschen Organisationsgedanken mit der Geschichte der deutschen Literatur, als der Aeußerung eines spezifisch-deutschen Stil- und Formgedankens, nimmt man dazu weiter die Anschauung und die Geschichte der deutschen bildenden Kunst, des Baus der Städte und Schlösser, erläutert man die deutschen Siedlungsformen und die deutschen Stammescharaktere, dann kann man sehr wohl ein eindrucksvolles Bild deutschen Geistes und Wesens hervorrufen und es in unserer unmittelbaren Umgebung zu unseren staatsbürgerlichen Institutionen und historischen Erlebnissen veranschaulichen." Alles recht schön und gut; im allgemeinen scheint mir das auch in den verschiedenen Universitätsvorlesungen schon geleistet worden zu sein. Wieviel davon aber gehört auf die Schule? Die allgemeine Bildung wie die staatsbürgerliche Bildung ist doch auf der Schule nicht erschöpft und wird mit ihr nicht abgeschlossen. Wir werden um des Himmels willen nicht unser gesamtes Leben von der Schule aufsaugen lassen wollen, sondern einen breiten Strom von Lernen wie von Betätigung daneben und nach ihr fluten lassen müssen. Auf der Schule bleibt immer die Hauptsache der unvergleichliche und unersetzbare Wert der lateinischen Grammatik und ihrer Uebungen für Logik, Aufmerksamkeit und Gedächtnis, und die Grundlage aller richtigen pädagogischen Auffassung ist die Einsicht, daß nichts eine bessere Bildung gibt, als das Studium des Lateinischen und Griechischen, indem es gleichzeitig die ausgezeichnete formale Geistesschule durch die Grammatik gewährt und das historische Verständnis für das Wesen unserer Bildung in ihren tiefsten Zusammenhängen aufschließt. Neben anderen scheint mir diese Wahrheit immer besonders gut von Paul Cauer begründet worden zu sein. Sich auch des germanischen Urelements in unserem Wesen mit rationaler Einsicht wie mit der Empfindung des Gemütes zu bemächtigen, ist natürlich sehr viel leichter, kann ohne die eigentliche schwere Schularbeit zum Teil geradezu spielend erreicht werden und hat dadurch auch noch den großen Vorteil, daß diese Werte der Jugend nicht verekelt werden, wie das der Schulbetrieb mit seinen Lasten, Mühen und Kontrollen nun einmal für die Hauptschulfächer gar so leicht mit sich bringt.

Der Krieg im Februar—März.

23. März 1917.

Im Jahre 1915 und noch stärker 1916 wurde in der Verbandspresse unausgesetzt die Frage und die Forderung der „einheitlichen Front" erörtert, und es ist kein Zweifel, daß z. B. das Dardanellen-Unternehmen wesentlich daran gescheitert ist, daß dieses Prinzip vernachlässigt wurde. Die Expedition war an See- wie an Landkräften so schwach ausgestattet, weil Admiral Jellicoe seine Schiffe in der Nordsee zusammenhielt und Kitchener die Entscheidung an der Westfront suchte. Eines der wesentlichsten Elemente unserer Ueberlegenheit ist sicherlich, daß unsere Oberste Kriegsleitung die einheitliche Front immer im Auge gehabt und durchgeführt hat. Das erstreckt sich auch auf den Zusammenhang des See- und Landkrieges. Man erinnere sich, daß gegen die Mitte Januar unsere Offensive in Rumänien, bis dahin so stürmisch, zum Stehen kam, daß nicht einmal Galacz ernstlich angegriffen wurde und daß, als der verschärfte Tauchbootkrieg einsetzte, das eingeleitet wurde durch eine Erklärung des Feldmarschalls Hindenburg, daß für alle möglichen Rückschläge die Reserven bereitstünden. Es gab ja auch außer den Vereinigten Staaten noch Neutrale, die sich möglicherweise zu aktivem Widerstand hätten gereizt fühlen können. Die Vorsicht hat sich glänzend bewährt: die bereitgestellten Reserven haben von vornherein jeden Gedanken aktiver Feindseligkeit, wo sie auch immer hätte auftauchen können, erstickt.

An einer Stelle freilich sind die natürlichen Verhältnisse unseren Gegnern so günstig, daß sie trotz aller Vorkehrungen wesentliche Vorteile erlangt haben. Sowohl bei Suez, wie in Mesopotamien haben die Engländer eine so große Ueberlegenheit aufstellen können, daß sie die Türken geworfen haben. Am Suezkanal kam ihnen zu Hilfe, daß es ihren Agenten gelang, die Araber in Mekka zum Abfall vom Sultan zu bewegen. Die Türken mußten nach dieser Seite detachieren und wurden nunmehr nahe am Suezkanal geschlagen. (17. Oktober 1916.) Noch bedeutender ist aber in Mesopotamien die Einnahme von Bagdad einzuschätzen. Die Engländer konnten von Indien her, den Tigris hinauf, eine starke Armee heranführen und verpflegen, und ließen sich, nachdem sie das erste Mal bei Kut el Amara hatten kapitulieren müssen, dieses Mal Zeit, durch den Bau einer Eisenbahn ganz breit und sicher

zu basieren. Umgekehrt hätten die Türken eine größere Armee nach Bagdad wohl marschieren lassen können, konnten sie aber dort nicht verpflegen, weil die Bagdadbahn an manchen Stellen noch immer nicht ganz fertig ausgebaut ist. Hier konnte also auch das Prinzip der einheitlichen Front nichts helfen, umgekehrt haben die Gegner insofern eine einheitliche Front gehabt, als die Russen durch Persien ebenfalls in der Richtung nach Bagdad vordrangen. Diese Einheitlichkeit war aber innerlich brüchig: sobald die Nachricht kam, daß die Engländer Bagdad genommen, zeigte sich bei den Russen eine starke Uebellaunigkeit, weil sie den guten Freunden die Beute nicht gönnten, die sie viel lieber selbst erhascht hätten.

Ist der Grundsatz, daß alle Kriegshandlungen in einem Feldzuge eine Einheit bilden, eine von je anerkannte strategische Wahrheit, die zur praktischen Anwendung zu bringen die Aufgabe und zwar die unendlich schwere Aufgabe der strategischen Kunst ist, so haben wir in den Bewegungen, die sich in diesen Wochen an der Nord-Westfront vollziehen, eine durch und durch neuartige Erscheinung. So viel uns dieser Krieg auch schon Neues gebracht hat, so ließen sich dazu doch immer gewisse historische Analogien finden; namentlich die fridericianische Strategie mit ihren unangreifbaren Stellungen, ihrer immer stärker werdenden Artillerie, ihren Feldbefestigungen, ihren seltenen taktischen Entscheidungen und infolgedessen langem Hinziehen bietet unverkennbare Aehnlichkeiten mit dem heutigen Stellungs- und Ermattungskrieg. Nunmehr ist aber etwas geschehen, wo die Parallele zu fehlen scheint. Es ist unser freiwilliger Rückzug aus der Front, die wir fast 2½ Jahre lang mit der äußersten Standhaftigkeit verteidigt haben. Ein freiwilliger Rückzug, um eine bessere Stellung zu finden oder um sich besser verpflegen zu können oder um besser zuschlagen zu können, ist ja etwas sehr häufiges in der Kriegsgeschichte und auch vom Feldmarschall Hindenburg in diesem Kriege schon mehrfach auf dem östlichen Kriegsschauplatz zur Anwendung gebracht worden. Das Neue an dem Rückzug, wie wir ihn sich heute vor uns abspielen sehen, ist die ganz eigentümliche Schädigung, die dem Feinde dadurch indirekt zugefügt wird.

Seit dem Frühjahr 1915 sind von hüben und drüben immer neue Methoden in Anwendung gebracht worden, wie man eine ausgebaute Front, nachdem Umgehungen und Flankierungen sich nicht

mehr ausführen lassen, durchbrechen könne. Zuerst versuchten es die Franzosen mit einem einfachen gut vorbereiteten Durchbruch an einer Stelle; dann versuchte man es mit einem Angriff auf einer sehr breiten Front, 30—40 Kilometer; dann versuchte man es mit einem großen Doppelangriff auf die beiden Schenkel unserer Winkelstellung zugleich; dann versuchte es der General Brussilow mit einem gewaltsamen Anstürmen auf einer noch viel breiteren Front, 300 Kilometer; endlich versuchten es die Engländer und Franzosen in der Sommeschlacht durch die zeitliche Ausdehnung, die unausgesetzte Erneuerung des Angriffs 5 Monate hindurch, indem sie hofften, durch ihre große numerische Ueberlegenheit endlich unsere Kräfte aufzuzehren und unsere Linie zum Zerreißen zu bringen. Es scheint sicher, daß sie auch in diesem Frühjahr eine abermalige Aufnahme ihrer Offensive vorbereitet haben, ob mit einer neuen strategischen Idee oder nur in der Hoffnung auf die Wirkung neuer technischer Mittel wie z. B. neuer Gasgranaten, steht dahin. Was sie aber auch beabsichtigt haben mögen, der Plan ist vorläufig umgeworfen und zerstört.

Ein Angriff auf eine gut ausgebaute moderne Stellung bedarf höchst langwieriger Vorbereitungen. Die feindlichen Gräben und versteckten Artilleriestellungen müssen durch Spionage und Flieger festgestellt, dementsprechend muß die eigene Artillerie aufgebaut und eingeschossen werden; es müssen nicht nur zahlreiche Wege, sondern auch Dampf- und Trambahnen gebaut werden, um die Artillerie und die ungeheuren Massen der Munition heranzuschaffen; es müssen höchst umfangreiche, gut gesicherte Unterstände für die Reservemassen errichtet werden, die unmittelbar hinter der Front bereit stehen müssen, um erst den Sturm auszuführen und dann unausgesetzt nachzudringen; es müssen zahllose Beobachtungsstellen für die Artillerie und die Truppenführung ausfindig gemacht und aufgerichtet werden und bis in die kleinen Einheiten hinein muß wieder alles seitwärts und rückwärts durch ein dichtes Netz von Telephondrähten miteinander in Verbindung gebracht werden. Immer wieder ist es bei den bisherigen großen Offensiven so gegangen, daß selbst wenn sehr erhebliche Erfolge errungen, die deutsche Linie eigentlich schon so gut wie durchstoßen, Truppenteile überrannt und in nicht geringer Zahl gefangen genommen waren, dennoch der Angriff endlich erstarrte, und der entscheidende, strategische Erfolg versagt blieb, weil man die Reserven und im besonderen die schwere Artillerie

und ihre ungefüge Munition nicht schnell und massenhaft genug weiter nach vorn bringen konnte.

Das Wesen und die Kraft der modernen Durchbruchstaktik beruht also auf der technischen Vorbereitung, und hier hat nun die neue Methode der Hindenburgschen Gegentaktik eingesetzt. Wenn es uns auch gelungen ist, alle früheren Durchbruchsversuche zu vereiteln, so war es doch nicht zu vermeiden, daß wir auch in der Verteidigung herbe Verluste erlitten, nicht bloß durch das fürchterliche vorbereitende Feuer der massenhaften feindlichen Artillerie, sondern auch beim Eindringen der Sturmkolonnen, die unvermeidlich oft ganze Truppenteile mit Ueberlegenheit einschlossen und gefangen nahmen, und selbst, wenn der Verlust der Angreifer gewiß das Doppelte und Dreifache des unsrigen betrug, indem ihre dichten Sturmkolonnen in das Vernichtungsfeuer unserer Artillerie und unserer Maschinengewehre gerieten, so ist doch nicht außer Acht zu lassen, daß die numerische Ueberlegenheit der vereinigten Engländer und Franzosen sehr groß ist, daß sie also auch einen sehr großen Verlust ertragen können, um relativ nicht nur nicht zu verlieren, sondern sogar noch zu gewinnen. Der Geländegewinn und Verlust hüben und drüben war ja immer so gering, daß er im Vergleich zu dem Menschenverlust gar nicht in Betracht kommt. Die neue Devensiv-Technik beruht nun darauf, daß sie das Gelände freiwillig preisgibt, dadurch die eigenen Verluste fast vollständig vermeidet, nichtsdestoweniger dem Feinde, der sich ins Unbekannte vortastet, erhebliche Verluste beibringt, seine ganzen großen Angriffsvorbereitungen, wie wir sie eben geschildert haben, vergeblich gemacht sein läßt und ihn zwingt, kostspielige Wochen und Monate aufzuwenden, um eine neue Angriffsstellung vorzubereiten. Diesen neuen Angriff vorzubereiten ist um so schwieriger, als das preisgegebene Gelände ihm nur als Wüste in die Hände fällt. Schon seine eigenen Granaten haben in den bisherigen Kriegsläuften dafür gesorgt, das bisher ebene Land in ein Kraterfeld zu verwandeln wie eine Mondlandschaft. Unsere nunmehr gesprengten Unterstände und Schützengräben haben diese Verwüstung vollendet. Die Chausseen sind aufgewühlt, die Brücken sind zerstört, die Bäume sind gefällt, die Häuser sind verbrannt, die Brunnen sind zugeschüttet. Es kostet Arbeit, sich auf diesem Gebiet mit Truppenmassen auch nur vorwärts zu bewegen. Hier und da hat die feindliche Presse versucht, unter Aufzählung aller Städte und Dörfer, die auf diese Weise befreit und

zurückgewonnen sind, aus unserem Zurückweichen einen militärischen Erfolg der Verbündeten zu konstruieren, aber dieser Triumphruf hat nicht lange vorgehalten. Die kühleren Kritiker haben bald berechnet, daß es doch sehr lange dauern würde, ehe man auf diese Weise das französische und belgische Gebiet würde befreit haben können und daß die Deutschen vermutlich im Begriffe seien, in eine Stellung zurückzugehen, die sie mittlerweile in aller Ruhe noch viel stärker ausgebaut haben dürften als die Stellungen, die geräumt wurden und zu deren Ueberwältigung schon so ungeheure Vorbereitungen für notwendig gehalten worden waren. Aber nicht nur das; man zerbricht sich auch in der feindlichen Presse den Kopf, ob denn mit dem Zurückgehen in eine zweite ausgebaute Stellung, dem Zeitgewinn, der Zernichtung aller bisherigen Vorbereitungen, den vorteilhaften Gefechtsbedingungen während des Rückzuges der strategische Inhalt des großen Manövers erschöpft sei. Denn Hindenburg ist doch viel zuzutrauen. Der Rückzug hat nicht auf der ganzen deutschen Front stattgefunden, sondern nur auf der dem Angriff hauptsächlich ausgesetzten, weit nach Frankreich hinein vorgebogenen Strecke. Die deutsche Front ist also begradet worden und dadurch auch eine große Ersparnis an Truppen erreicht worden. Wie, wenn diese gesparten Divisionen an irgendeiner Stelle, sei es im Osten, sei es im Westen, sei es gegen Italien plötzlich zu einer überwältigenden Offensive eingesetzt würden? Oder wenn es aus dem eben geräumten Gelände selber, ehe die Verbündeten sich recht darauf eingerichtet, ein unwiderstehlicher Gegenstoß erfolgte? Wenn das Ganze nicht ein bloßer Wechsel der Stellung im Positionskriege, sondern der Uebergang vom Positionskrieg zum Bewegungskrieg wäre? Ganz systematisch suchen die englischen und französischen Militärschriftsteller alle die Möglichkeiten durchzuprüfen, die das Verhalten der Deutschen zu bergen scheint, und es wird als ein besonderes Symptom der Genialität des Hindenburgschen Strategems anzusehen sein, daß unsere Gegner in solche Verwirrung gesetzt und ratlos geworden sind, was sie sich dabei denken sollen und was sie nunmehr zu erwarten haben.

Die russische Revolution.

Als sich im Jahre 1905 die Russen zum ersten Mal in einer Massenbewegung gegen die Autokratie erhoben, da war in West-Europa eine weit verbreitete Vorstellung, daß es sich um eine Parallele zu der großen französischen Revolution handele. Ich habe diese Vorstellung von Anfang an bekämpft, da die Bewegung hüben und drüben ganz verschiedenen Ursachen entsprungen sei. Der Kampf gegen den Despotismus, der hier und dort der gleiche ist, ist doch nicht viel mehr als eine Aehnlichkeit der Form. Die französische Revolution erwuchs aus demokratisch-nationalen Ideen, man bekämpfte die privilegierte, herrschende Stellung des Adels und der Kirche und verlangte eine bessere Ordnung der Verwaltung und der Finanzen, die die Regierung gegenüber dem Partikularismus der Landschaften und den Privilegien des Adels und des Klerus nicht durchzusetzen wagte. Man verlangte auch die freie geistige Bewegung der modernen, von der Philosophie, von Voltaire, Rousseau repräsentierten Bildung, die das aufs engste mit der katholischen Kirche verknüpfte Königtum nicht gewähren konnte. Das endliche Ergebnis der französischen Revolution ist ein scharf zentralisierter nationaler Staat und eine ebenso einheitliche demokratische Gesellschaft unter völliger Emanzipation von der Kirche geworden.

In Rußland sind die Gegensätze ganz andere. Die ständischen Gegenstände sind so weit abgeschwächt, daß Talente aus jeder Gesellschaftsschicht zu den entscheidenden Stellen, bis zu den Ministerposten gelangen können und gelangt sind. Das Steuersystem ist rationell und nirgends von diesem oder jenem Standesprivilegium durchlöchert. Die in Rußland herrschende Kirche geniert die höheren Klassen wenig und befriedigt die Bauern. Während die französische Revolution die provinzialen Selbständigkeiten bekämpfte und erwürgte, wird umgekehrt in Rußland von weiten Gebieten eine größere Selbständigkeit bis zur vollständigen Autonomie gefordert.

Der russische Staat ist ein streng zentralisierter Beamtenstaat und die Leistungen dieses Beamtentums sind objektiv nicht so schlecht, wie sie meistens dargestellt werden. Man darf sich da nicht an die Einzelheiten halten, die uns oft in grotesken Erzählungen vorgeführt werden. Man denke, was auch bei uns alles verfehlt und versäumt wird, wie auch bei uns mit Unrecht oder mit Recht kritisiert und

räsonniert wird. Betrachtet man die russischen Verhältnisse im großen, so kann man den administrativen Ergebnissen die Anerkennung nicht versagen. Der französische ancien régime krankte an einem unheilbaren Defizit; die russischen Finanzen waren vor dem Kriege in Ordnung, der Kredit unerschüttert. Die russische Volkswirtschaft ist, mit West-Europa verglichen, noch sehr unentwickelt; der Verkehr hat die ungeheuren Dimensionen und die Hemmungen des Klimas, im Winter den Schnee, im Frühjahr den Sumpf zu überwinden. Jetzt während des Krieges gleicht Rußland, wie man gesagt hat, einem Hause, dessen Türen und Fenster vernagelt sind, und das mit der Außenwelt nur durch den Schornstein (Archangel) und die Kanalisation (Wladiwostok) in Verbindung steht: Da ist es doch nichts Kleines, daß die russische Front noch immer steht, verpflegt ist, immer wieder aufgefüllt ist und noch im Sommer 1916 die gewaltige Brussilowsche Offensive anzusetzen vermochte. Dieser Staat, der nicht viel weniger als ein Drittel seiner Einnahme aus dem Branntweinmonopol bezog, hat es fertig gebracht, beim Ausbruch des Krieges ein glattes Verbot des Alkoholgenusses auszusprechen, und so viel amüsante Geschichten von Umgehungen auch erzählt werden, auch durchzuführen. Eine Duma und eine, nach den Proben, die uns die Auszüge bringen, auch im Kriege ziemlich freie Presse, schienen geeignet, durch ihre Kritik das Beamten-Regiment dauernd zu kontrollieren.

Es hat alles nicht genügt; der Zarismus ist zusammengebrochen. Wie das gekommen ist, darüber gibt es zwei Lesarten, zwischen denen es heute noch nicht möglich ist, mit Sicherheit zu entscheiden. Nach der einen ist es die englische Diplomatie gewesen, die die Revolution angezettelt und den Zaren gestürzt hat, weil dieser einen Separatfrieden anstrebte. Daß der Zar tatsächlich den Frieden wünschte, darf als sicher gelten, da er gegen alle Anfeindungen Protopopoff als Minister des Inneren hielt, der Hauptvertreter dieser politischen Richtung war. Auch darf als ausgemacht gelten, daß der englische Gesandte Buchanan und der Chef der englischen Spezialkommission Milner sich vergeblich alle Mühe gegeben haben, Protopopoff und seine Freunde zu stürzen und durch Miljukoff und seine kriegsfreundlichen Genossen in der Duma zu ersetzen. War nun aber eine Revolution wirklich das geeignete Mittel, um Rußland bei der Entente festzuhalten und ihm neue Kriegsenergie einzuflößen? Das ist jetzt die Frage, auf die alles ankommt, die wir unten weiter er-

örtern, hier aber vorwegnehmen wollen, daß die Antwort zum mindesten höchst zweifelhaft ausfallen muß. Wenn die Engländer also wirklich den Sturz des Zaren gewollt haben, so wäre das nur als eine Art Verzweiflungsakt aufzufassen: sie hätten dann gerechnet, daß der Zar sie jetzt unter allen Umständen im Stich lassen und Frieden machen werde; daß die Revolution aber immerhin Chancen biete für die Fortsetzung des Krieges und daß man es deshalb nicht unterlassen dürfe, diese Chance auszunützen.

Die andere Lesart klingt viel wahrscheinlicher. Danach haben weder die Engländer, noch die liberal-konservativen Führer der Duma die Revolution gewollt, sondern sie haben nur einen gewissen Druck auf den Zaren ausüben wollen, damit er seinen Friedensplänen entsage und aus ihren Reihen ein parlamentarisches Ministerium bilde. Man wird fragen: weshalb hat der Zar nicht noch im letzten Augenblick nachgegeben und das Ministerium „des allgemeinen Vertrauens", das von ihm verlangt wurde, berufen? Hätte er damit nicht die Revolution beschworen? Nikolaus und seine Berater, Protopopoff, Stürmer, Pitirim und wer vom Hofe zu dieser Gruppe gehörte, werden sich gesagt haben, daß, wenn die Revolution komme, auch diese Leute sie nicht würden bändigen können; daß man aber umgekehrt durch Berufung Miljukows und der englandfreundlichen Kriegspartei die Chance aus der Hand gebe, einen baldigen Frieden zu schließen; erlange man aber den Frieden, so werde man auch wieder stark genug sein, die Anarchie zu bändigen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Rechnung war, wie wir gleich sehen werden, gar nicht so falsch und hat wohl nur deshalb versagt, weil die Revolution zu schnell kam, schneller, als man erwartete und jenen Plan ausführen konnte.

Die Revolution brach aus als eine einfache Hungerrevolte, die obsiegte, weil die Truppen der Garnison Petersburg zu ihr übergingen. Die Engländer und die liberale Duma haben sie nicht gemacht, aber sie haben sich an die Spitze gestellt, als sie sahen, daß sie nicht mehr zu halten war. Sie haben, wie die Times gesagt hat, die Taktik der Cowboys verfolgt, die, wenn ihre Herde durchgeht, noch schneller reiten als diese rennt, und sich an die Spitze setzen, um ihr die Richtung zu geben, und diese Taktik dürfte auch wirklich den Fortgang der Dinge bestimmt haben. Auch heute wissen wir ja noch nicht sicher, wie weit die Armee an der Front und im Innern, die Verwaltungsbehörden und die Provinzen

sich der Revolution angeschlossen haben. Sehr erhebliche Teile und, wie es heißt, auch der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch haben sich ihr unterworfen. Würden sie das getan haben, wenn nicht der von der Duma gebildete Wohlfahrtsausschuß und das Ministerium aus Männern gebildet worden wäre, wie der Fürst Lwow, der Dumapräsident Rodsiankow, Miljukoff, die an sich keineswegs Revolutionäre sind, denen auch ein konservativer Russe noch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen kann? Die Duma-Majorität hatte auch von vornherein eine reale Macht hinter sich, insofern die zu großen Verbänden zusammengeschlossenen Selbstverwaltungskörper, sowohl die Städte wie die Landschaften, die Semstwos, zu ihr hielten. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die den japanischen Krieg verloren hat und auch den jetzigen Krieg nicht zu gewinnen verstand, war so groß, daß auch die konservativen, vom adligen Grundbesitz beherrschten Semstwos, je länger je mehr zur Opposition übergegangen sind. Noch in den letzten Wochen hat die Regierung den Versuch gemacht, diesen Block zu spalten, indem sie das Interesse der agrarischen Produzenten, d. h. der Semstwos, gegen die Konsumenten, d. h. der Städte, ausspielte. Aber wenn es auch in der Duma darüber zu gereizten Debatten gekommen ist, die Leidenschaft der politischen Opposition, der Haß gegen das nichtswürdige Polizeiregiment, gegen das auch die Duma ohnmächtig war, hat Städter und Landschaften schließlich doch zusammengehalten, und wenn man die Revolution auch nicht eigentlich gewollt und sie noch viel weniger gemacht hat, so hat man sich ihr doch angeschlossen.

Wer sind denn nun in Rußland eigentlich die Revolutionäre? Bei uns hat die Sozialdemokratie wohl in ihrem Ursprung wirklich gewisse revolutionäre Tendenzen, man möchte sagen, einen gewissen revolutionären Schwung gehabt, diesen aber, je mehr sie wuchs, destomehr abgestreift und schließlich, schon lange vor dem Kriege, nur als Redeblüte weiter geführt. In Rußland ist die entsprechende soziale Schicht, die industrielle Arbeiterschaft, numerisch sehr viel schwächer, als in einem der westeuropäischen Völker, aber dafür hat die große Masse des russischen Volkes, die Bauernschaft, einen ganz anderen Charakter. Während in dem romanisch-germanischen Europa der Bauer der entschiedenste Individualist ist, der nichts höher schätzt als sein persönliches Eigentum, ist der russische Bauer agrarischer Kommunist. Beim Ausbruch der ersten russischen Revolution erklärte im November 1905 der Bauernbund: „Dem aus der Landnot ent-

springenden Elend des Volkes kann nur dann ein Ende gemacht werden, wenn aller Grund und Boden in den gemeinsamen Besitz des Volkes übergeht unter der Bedingung, daß nur dem die Nutznießung von Land zustehe, der es selbst mit seiner Familie oder genossenschaftsweise bebaut." Diese kommunistischen Ideen fließen um so leichter mit den modernen sozialdemokratischen Ideen der städtischen Arbeiter zusammen, als die städtischen Arbeiter nicht nur aus der Bauernschaft hervorgehen, sondern häufig ganz oder zeitweise in diese zurückkehren. Erst der weitblickende energische Minister Stolypin hat begonnen, diesen Agrarkommunismus systematisch dadurch zu bekämpfen, daß er im großen Umfang unter Aufteilung von Domänen und Krongütern bäuerliches Privateigentum schuf. In der Masse der Bauernschaft aber steckt noch immer der kommunistische Gedanke, und das war der Grund, weshalb der Versuch, die Duma auf die Wahlen der getreuen Muschiks zu begründen, 1907 mißglückte. Der Muschik hat durch die jahrhundertelange Erziehung Gehorsam genug im Leibe, um ohne Schwierigkeit regiert zu werden, solange er eben regiert wird; wird er selbst zum Regieren gerufen, d. h. soll er wählen, so wählt er ganz und gar nicht gehorsame Diener des Zaren, sondern Leute, die verlangen, daß der gesamte Großgrundbesitz aufgelöst und der Bauernschaft übergeben werde.

Aus dieser Bauernschaft stammt die Masse der Soldaten; sie ist russisch, patriotisch, treu und gehorsam, solange die Bande der Disziplin nicht gelockert sind. Die Revolution hat gezeigt, daß sie es heute sind. Auch im Offizierkorps, namentlich im Garde-Offizierkorps, haben sich von je revolutionäre Strömungen gezeigt, die für unsere westlichen Begriffe nicht gleich verständlich sind und erklärt werden müssen durch die Unerträglichkeit des despotischen Druckes in diesem Staats- und Heerwesen, wofür es keine Linderung, woraus es kein Entrinnen gibt, so daß der bessere Mensch sich endlich mit Gewalt dagegen aufbäumt. Aber ob diese Offiziers-Fronde jetzt bei der Revolution eine Rolle gespielt hat, steht dahin. Das alte Offizierkorps ist größtenteils tot, verwundet oder gefangen. In der ganzen unteren Schicht hat ein neues Offizierkorps aus jungen Leuten gebildet werden müssen, die von revolutionären Ideen erfüllt waren.

Die Revolution ist also ausgebrochen als Hungerrevolte, getragen von den eigentümlichen sozialistischen, städtisch-bäuerlichen Elementen des russischen Volkes, geführt im letzten Augenblick von

der liberalen konservativen Duma-Majorität im Bunde mit jenen Sozial-Revolutionären, als deren Führer gelten Tschaidse, ein moderner Sozialdemokrat, und Kerenski, der Führer der Trudowiki, wie es fälschlich übersetzt zu werden pflegt, der Arbeitspartei, richtiger Partei der Mühseligen, der kleinen Leute, einer spezifisch-russischen Erscheinung, für die uns die Analogie fehlt.

Wie wird nun die neue Regierung den Krieg führen? Die französische Revolution hat einst dem ganzen Europa siegreich widerstanden, weil sie die Entschlossenheit hatte, einen neuen militärischen Grundsatz von unermeßlicher Tragweite zu proklamieren, die allgemeine Wehrpflicht, die levée en masse. Die alten Staaten, auch Preußen, waren nie über eine mehr oder weniger ausgedehnte, willkürliche Einstellung aus den untersten Volksschichten hinausgegangen. Die allgemeine Wehrpflicht in einem Volke von 25 Millionen gab dem Konvent die erdrückende numerische Ueberlegenheit über die schwachen feindlichen Soldheere. Wo sind in Rußland Kräfte geistiger oder materieller Natur, die von der Autokratie nicht angewandt, von der neuen Regierung nunmehr losgelassen werden können? Hier versagt die Analogie mit der französischen Revolution vollständig. Ja noch mehr; hier kehrt sie sich um. Die allgemeine Wehrpflicht existiert und ist bereits ausgeschöpft; was Rußland fehlt, ist eine so zuverlässige, geordnete Verwaltung, daß die aufgebotenen Volkskräfte voll in Wirkung treten könnten. Hat die Autokratie diese nicht schaffen können, so kann es die Revolution sicherlich noch weniger. Mit all seiner wilden Energie, mit einem so ausgezeichneten Kriegsminister wie Carnot, mit Nachhilfe der Guillotine hat es der Konvent doch nicht gekonnt. Die numerische Uebermacht der Franzosen war so groß, daß sie schon 1793 alles vor sich hätten niederwalzen können, aber die Unordnung in der Verwaltung war ebenfalls so groß, daß die Uebermacht nur gerade hinreichte, um die Niederlage abzuwenden. Erst ganz allmählich hat der Krieg dann selbst die wirklich brauchbare Armee gebildet, die 1794 und dann von 1796 ab die definitiven Siege erfocht. Der Hauptgrund der Hungersnot in Petersburg, die die Revolution zum Ausbruch gebracht hat, ist zweifellos in den unüberwindbaren Verkehrsschwierigkeiten, in den völlig verzweifelten Zuständen auf den Eisenbahnen, dem Mangel an Lokomotiven, dem verfahrenen Wagenpark zu suchen. Sicher, daß korrupte oder nachlässige Beamte eine gewisse Schuld daran tragen; sicher aber auch, daß der Hauptgrund in der unend-

lichen Schwierigkeit der Aufgabe selber liegt. Selbst bei uns hat es doch manchmal starke Reibungen gegeben. Eine revolutionäre Regierung mag sonst Wohltaten bringen, welche sie will, aber eine bringt sie sicher nicht, das ist die Ordnung, und wenn sie sie in diesem Fall bringen sollte, so bringt sie im günstigsten Fall eine sehr mäßige Besserung. In Wirklichkeit wird sich sogar sehr wahrscheinlich eine Verschlechterung ergeben. Die neue Kriegsenergie, mit der die Revolution das russische Staatswesen erfüllen soll, ist also ein Phantom; auf diesem Sumpfboden kann der sonst so fruchtbare Regen der Freiheit nur neue Lachen bilden, aber keine Ernten hervorrufen; neue Kräfte, die herangezogen werden könnten, sind nicht vorhanden, und wenn die Truppen an der Front demnächst unfähig werden sollten zu fechten, weil ihnen die Lebensmittel fehlen, da die Volksmenge die Proviantzüge irgendwo unterwegs aufgehalten und geplündert hat, so wäre das nur natürlich.

So stünden die Dinge selbst dann, wenn in der neuen Regierung ein einmütiger, entschlossener Wille vorhanden wäre, den Krieg bis zum Siege durchzuführen. Dieser Wille ist aber gar nicht einmal vorhanden. Freilich haben beim Ausbruch des Krieges eine Anzahl der demokratischen und sozialdemokratischen Führer, Plechanow, Burzew, Axelrod, Fürst Kropotkin, sich mit Begeisterung für den Kampf gegen Deutschland und für die russischen Eroberungsziele erklärt. Aber die Menge, die in den Tagen des 13.—15. März die Revolution gemacht hatte, war nicht nur nicht für den Krieg, sondern direkt für den Frieden. Paradox genug! Der Zar, der den Frieden wollte, ist gestürzt von einer Menge, die ebenfalls den Frieden will! Wie konnte ein solcher Widersinn Wirklichkeit werden? Es geschah, weil der stille Friedenswunsch des Zaren die sozialistisch-revolutionäre Menge nicht befriedigen konnte, ihm aber umgekehrt die Unterstützung der nationalistischen Kreise, die die Fortsetzung des Krieges wollen, entzog. Wird nun der moskowitische Sozialismus oder der moskowitische Imperialismus in der neuen Regierung die Oberhand behalten? Schon sind Kundgebungen erfolgt, daß das neue Rußland auf seine Herrschaft über die Fremdvölker verzichten und sich auf sein eigenes nationales Gebiet beschränken soll.

Die zarische Autokratie hat bisher Rußland nicht nur beherrscht, sondern auch zusammengehalten. Die neue Regierung ist dazu nicht mehr fähig, sowohl ihrer Idee, wie auch ihren Machtmitteln nach. Sie will sich stützen auf die freie Zustimmung der

Regierten und von diesen ist es vielfach sehr fraglich, ob sie diesem Staate überhaupt länger angehören wollen. Finnland wird sich sehr bald als selbständiges Staatswesen mit seiner alten, durch die moskowitische Gewalt gebrochenen Verfassung wieder herstellen. Die Tataren, die Kaukasier, die dreizehn Millionen Mohammedaner, werden sich auch bald genug regen. Was die Letten und Esthen tun werden, ist nicht abzusehen. Unabsehbar aber wäre, wenn wirklich, wie so vielfach behauptet wird, die 30 Millionen Ukrainer (Kleinrussen, Ruthenen) so viel Selbständigkeitsdrang haben sollten, daß sie sich als eigene Nationalität konstituieren. In der ersten und zweiten Duma bildeten die Ukrainer einen Klub von etwa 60 Mitgliedern, und die Besorgnis vor ihrem Separatismus war ein Hauptmotiv für den Staatsstreich, der der zweiten Duma ein Ende bereitete und das Wahlrecht in der Art änderte, daß es für die Bauern nahezu illusorisch wurde (1907). Da die Ukrainer ganz vorwiegend aus Bauern bestehen, so sind sie in der heutigen Duma als nationale Gruppe nicht mehr vertreten.

Wie die völkischen Gegensätze, so hat der Zarismus auch die sozialen niederzuhalten vermocht, vor allem die agrarkommunistischen Ideen der Bauern, die man gleichzeitig bändigte, indem man ihnen das Wahlrecht nahm und sie einigermaßen befriedigte, indem man ihnen durch die großartigen Stolypinschen Kolonisationen Luft machte, aber der agrarische wie der industrielle Sozialismus ist nichts destoweniger da und notwendig werden diese Gegensätze zu der bestehenden Gesellschaftsordnung jetzt wieder hervorbrechen. Die Duma, aus der die provisorische Regierung hervorgegangen ist, ist keine wirkliche Volksvertretung, sondern eine künstlich zurechtgestutzte Vertretung von Klassen, auf die die Regierung sich glaubte verlassen zu können. Die neue definitive Staatsgewalt soll einmal hervorgehen aus allgemeinen gleichen Wahlen, wie es jetzt heißt, auch mit Einschluß der Frauen. Kommen diese Wahlen zustande, so werden von den heute Regierenden nicht viele übrig bleiben. Sucht die provisorische Regierung sie hinauszuschieben, um sich selber am Ruder zu halten, so werden die Massen, die die Revolution gemacht haben, sich das schwerlich gefallen lassen, um so weniger, wenn diese Regierung sich so wenig fähig erweisen wird, den Städten Brot und Feuerung zu verschaffen, wie die vorige. In der deutschen Presse werden die heute Regierenden als Girondisten bezeichnet. Das ist nicht ganz zutreffend; die Girondisten standen viel weiter links

und waren ihrer Idee nach Republikaner. Die provisorische Regierung besteht neben der eigentlichen Linken unter Tscheidse und Kerenski aus dem Block, der etwa mit der Linie von den Freikonservativen bis zu den Freisinnigen in Preußen zu vergleichen ist. Wäre die Armee noch fest in der Hand der Generalität, so könnte man sich vorstellen, daß diese mit dem Block zusammen den Krieg weiter führte, und die ganze Revolution wäre dann nicht mehr als ein bloßer Personenwechsel. Dergleichen ist auch wohl beabsichtigt gewesen, als man einen Großfürsten zum Regenten bestellte. Aber das hat sich sofort als unausführbar erwiesen. Die Massen sind einmal losgelassen und lassen sich nicht mehr zurückdrängen. Zu Zehntausenden kehren jetzt auch die politischen Gefangenen aus Sibirien und aus den Gefängnissen zurück und werden nicht nur mit verdoppeltem Ingrimm ihre politischen Ideen wieder aufnehmen, sondern auch Rache fordern für die fürchterlichen an ihnen begangenen Gewalttaten. Auf der anderen Seite sollte das alte heilige Rußland wirklich schon so ganz tot sein? Sollte der Bund der echt russischen Leute nie wieder etwas von sich hören lassen? Sollte die Verkündung der „Abschaffung aller aus sozialen, religiösen und nationalen Gründen bedingten Einschränkungen", die also auch die Juden emanzipiert, wirklich den Beifall des gesamten Popentums und der argwöhnischen Masse finden? Sollten die Großgrundbesitzer sich ohne Widerstand darein zu finden gedenken, daß die neue konstituierende Versammlung ihnen ihren Besitz zu entziehen droht? Die Furcht vor der Gegenrevolution ist bereits so groß, daß man alle Großfürsten aus den Kommandos entfernt und den Zaren und die Zarin gefangen gesetzt hat. Kann eine Regierung aber Bestand haben, die ihre Funktion antritt mit der Erklärung, daß nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Soldaten das Streikrecht zustehe, und daß die Disziplin zwar streng aufrecht zu erhalten, aber auf den aktiven Dienst zu beschränken sei? Sollte der russische Soldat nicht sofort begreifen, daß eine neue Zeit begonnen hat, so hat die neue Regierung Fürsorge getroffen, ihn darauf hinzuweisen, indem sie befohlen hat, daß der Vorgesetzte den gemeinen Mann nicht mehr mit Du, sondern mit Sie anzureden habe, und daß die ehrerbietigen Formen, mit der Vorgesetzte bisher angeredet wurden, durch die einfache Form „Herr Major" oder „Herr Oberst" zu ersetzen sind. Auf der einen Seite steht die Gefahr, daß die Armee sich auflöst, auf der anderen, daß sie die Gegenrevolution macht.

Der französische Konvent hat einst Ludwig XVI enthauptet und das Schreckensregiment aufgerichtet, nicht nach seinem eigenen Willen, sondern gezwungen von einer Nebenregierung, die gestützt auf die Armee und die hauptstädtische Masse, sich im Pariser Rathaus organisiert hatte. In diesem Punkt scheint es, als ob die Parallele der beiden Revolutionen zutreffe. Neben der in ihrer Majorität bürgerlich-liberalen provisorischen Regierung hat sich in Petersburg ein „Ausschuß von Arbeitern und Soldaten" gebildet — welche von den beiden Organisationen wird sich schließlich als die stärkere erweisen? Die Antwort auf diese Frage wird für die Weltgeschichte einmal wichtiger sein als die Kriegserklärung Amerikas oder die Erfolge des Tauchbootkrieges.

Ob wohl der Sturz des Ministeriums Briand in Frankreich schon mit der russischen Revolution zusammenhängt? Jedenfalls wird man vermuten dürfen, daß die französische Kammer diesen Wechsel jetzt nicht herbeigeführt haben würde, wenn sie geglaubt hätte, daß die russische Bewegung geeignet sei, neue Siegeshoffnungen zu erwecken. In England hat man sich einen Augenblick wirklich solchen Hoffnungen hingegeben, wenigstens solche Miene angenommen. In Frankreich weiß man besser, was Revolution für die Kriegführung bedeutet, und das neue Ministerium Ribot ist nun in der Lage, sich der neuen Situation etwas leichter und geschmeidiger anpassen zu können, als der zu sehr festgelegte Briand. Den unmittelbaren Anlaß zu seinem Sturz gab der Rücktritt des Kriegsministers Liautey, und das war mehr als ein Personenwechsel. Es war der Zwiespalt zwischen der Kammer und der Armee. Die Deputierten wollten es nicht länger ertragen, daß sie, die doch die wahre Souveränität Frankreichs repräsentieren, von den Generalen, die nach ihrem eigenen Kopf handelten, beiseite gesetzt würden. Jetzt hat Frankreich wieder einen Zivilisten als Kriegsminister und damit obersten Kriegsleiter, den Professor der Mathematik Painlevé, der z. Zt. seinen wissenschaftlichen Studien auch in Göttingen obgelegen hat. Ob dieser Triumph des bürgerlichen Parlamentarismus auch einen militärischen bedeuten wird, werden wir abwarten.

Die preußische Wahlreform.

April 1917.

Zu den Fundamental-Bestimmungen des modernen Repräsentativ-Staats gehört die Wahlordnung, aber sie ist keineswegs alles. Das zweite napoleonische Kaiserreich war aufgebaut auf das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht; nichtsdestoweniger war die Regierung weder eine parlamentarische, noch eine konstitutionelle, sondern eine persönlich-napoleonische. Die Kammer war nicht viel mehr als eine Dekoration. Die kaiserliche Regierung erreichte durch den administrativen Einfluß bei Unterbindung der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts, daß dauernd eine fast ausschließlich gouvernementale Kammer gewählt und die Opposition nahezu ausgeschaltet wurde; zeitweilig ist sie bis auf fünf Mitglieder reduziert gewesen. Erst unmittelbar vor dem Zusammenbruch, im Jahre 1869 und 1870 hat die Kammer eine wirkliche Bedeutung erlangt und zwar dadurch, daß die gouvernementale Majorität sich dazu aufschwang, der Regierung die Armeereserven zu verweigern, gleichzeitig aber gemeinsam mit der Opposition Frankreich in den Krieg mit uns hineintrieb, den Napoleon selber gern vermieden hätte. Der erste Großstaat in Europa, der das demokratische Wahlrecht unter gleichzeitiger Gewährung einer freien Presse und eines sehr wenig beschränkten Vereins- und Versammlungsrechts einführte, so daß das Wahlrecht auch praktisch wirksam werden und das Parteileben sich parlamentarisch frei entfalten konnte, war das Deutsche Reich. Die Frage ist heute, ob auch der Partikularstaat Preußen zu diesem Wahlrecht übergehen soll.

Man hat gegen das demokratische, wie wir kurzweg das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht nennen wollen, eingewandt, daß es die natürliche Ungleichheit der Menschen sowohl in den Leistungen, wie in der Begabung außer Acht lasse. Das sind Gesichtspunkte, die mit dem Wahlrecht gar nichts zu tun haben. Wollte man das Wahlrecht nach der vorausgesetzten politischen Intelligenz abstufen, so gibt es erstens dafür keinen Maßstab, da die politische Intelligenz weder mit dem Vermögen noch mit der allgemeinen Bildung, noch gar mit irgendeinem Examen irgendetwas zu tun hat (das lehrt uns heute nur zu deutlich der Tag), noch nach diesem Gesichtspunkt überhaupt jemals eine größere Menge zum Wählen berufen werden dürfte. Das zeigt eine einfache Probe.

Vor 30 Jahren war es nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt allgemein anerkannt, daß der politische Sinn in einem ganz außergewöhnlich hohen Maße in dem Fürsten Bismarck verkörpert sei. Wäre es der Zweck des Wählens, die politische Intelligenz zu Worte kommen zu lassen, so hätte man den Fürsten Bismarck allein wählen lassen müssen. Es ist aber nie irgendjemand eingefallen, diesem Manne, weil er doch nun einmal der politisch Klügste sei, auch die Repräsentation des deutschen Volkes anzuvertrauen.

Ebensowenig wie die Intelligenz gibt die Leistung einen in Betracht kommenden Maßstab. Was für ein Wahlrecht hätten nach 1870 Bismarck und Moltke haben müssen, wenn man es ihnen nach ihrer Leistung für das Deutsche Reich hätte zumessen wollen? Wenn der Reichskanzler und sein Kutscher das gleiche Wahlrecht haben, so weiß jedermann, daß das mit der Leistung nichts zu tun hat. Gibt man aber jedem Millionär oder jedem Gutsbesitzer ein besonderes Wahlrecht, so ist das nicht nur eine falsche Einschätzung, sondern geradezu eine Verhöhnung jeder wahren Leistung und zwar ebensowohl derjenigen, die darüber steht, wie wiederum etwa derjenigen eines Bismarck oder Moltke, die auf die eines wohlhabenden Mannes reduziert wird, indem man ihnen dessen Wahlrecht gibt, als derjenigen, die wirklich etwas für den Staat geleistet haben, ohne dieses Wahlrechts der Wohlhabenden teilhaftig zu sein. Welche Leistung irgendeines Zivilisten läßt sich heute mit der eines Feldgrauen in der Sommeschlacht vergleichen? Und nun gar die äußerlichste und ethisch indifferenteste aller Leistungen für den Staat, die Steuerleistung?

Niemals in der Weltgeschichte hat das Wahlrecht irgendetwas mit Leistung und Gegenleistung zu tun gehabt. Das Klassenwahlrecht des Königs Servius Tullius im alten Rom ist eine Fabel. Die römische Republik beruhte auf einer von den Göttern geheiligten Obrigkeit auf der einen und dem allgemeinen, gleichen Stimmrecht auf der anderen Seite.*)

Das ganze 19. Jahrhundert seit der großen französischen Revolution ist freilich erfüllt von Kämpfen um das Wahlrecht, nicht weniger in England, Frankreich oder Belgien als in Italien, Deutschland oder Rußland, soweit ich sehe in allen Staaten ohne

*) Vgl. meinen Aufsatz Preuß. Jahrb. Band 131, S. 37 (1903).

Ausnahme. Wenn dabei aber die Prinzipien von Leistung und Gegenleistung oder von Einsicht und Bildung angerufen worden sind, so sind das bloße Ideologien zur Umkleidung des Kampfes um die Macht, entweder zwischen den verschiedenen Ständen oder Bevölkerungsklassen im Volke selbst, oder wo selbständige Regierungen vorhanden sind, um die Frage, welche Stände oder Klassen sie ausschließlich oder vorwiegend an der Macht teilnehmen lassen, sich auf sie stützen, sich mit ihnen verbunden fühlen sollen. Hier und hier allein liegt die Bedeutung des Wahlrechts und ist der Maßstab zu suchen, ob ein Wahlrecht als gut oder schlecht, dem Staatscharakter und der Zeit entsprechend oder als widersprechend anzusehen ist. Der Gedanke der modernen Volksvertretungen knüpft allenthalben an an die alten ständischen Einrichtungen, d. h. die Teilung der Gewalt zwischen dem Landesherrn und dem Landadel, den städtischen Patriziaten und auch der Kirche. Als Stein 1807 in Preußen den Gedanken einer Volksvertretung neben dem Königtum faßte, dachte er an nichts anderes als an etwas modernisierte Stände; nicht der Volksmasse, sondern allein den Gutsbesitzern wollte er das Wahlrecht geben und in der Adelskammer nur den altadligen Familien, nicht jedem neu Geadelten, noch viel weniger etwa Bürgerlichen, auch wenn sie Rittergutsbesitzer waren. Erheblich liberaler dachte Hardenberg; er wollte eine Monarchie, umgeben von demokratischen Institutionen, die reine Demokratie müßte noch bis zum Jahre 2440 (eine aus einem politischen Roman stammende Zahl) verschoben werden. Die Bewegung von 1848 brachte schon damals in Preußen das allgemeine Stimmrecht, aber nur für einen Augenblick; im Mai 1849 wurde es wieder abgeschafft und durch eine königliche Verordnung das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, wie ausdrücklich hinzugefügt wurde, nur als etwas vorläufiges, bis man ein besseres System gefunden habe.*) Diese vorläufige Regelung hat nun zwei volle Menschenalter vorgehalten. Sie war nicht irrationell, insofern man sie auffassen kann als ein Mittelding zwischen der ständischen Verfassung, wie sie Stein und Hardenberg beabsichtigt und Friedrich Wilhelm III. sie 1815 versprochen hatte, und einer modernen Volksvertretung, wie sie die Demokraten forderten. Ihre tiefere Begründung mag man darin finden, daß der Staat damals Veranlassung hatte, sich auf

*) Den Wortlaut der Verordnung und die Begründung Bd. I S. 190. Preuß. Jahrb. Bd. 163, S. 374 (1916).

die höheren und mittleren Stände, die Besitzenden, zu stützen, während die breiten Massen ihm teils indifferent, teils sogar feindlich gegenüber standen. Preußen war ja noch kein nationaler Staat, sondern ein durch mancherlei Zufälligkeiten historisch gebildetes Partikularwesen, das zusammengehalten wurde durch die Dynastie, die Armee und das Beamtentum. Auch als Preußen sich nun zum Deutschen Reich mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht erweiterte und sogar als dieses Reich eine großartige Sozialpolitik zum Vorteil der breiten Massen unternahm, hat sich dennoch nicht sofort eine positive Beziehung zwischen den breiten Massen und dem Staate hergestellt. Zwar Weiterblickende haben schon längst vor dem Kriege vorausgesehen, und in diesen „Jahrbüchern" ist es immer wieder von neuem vorausgesagt worden, daß der Moment kommen werde und heranrücke, wo die Sozialdemokratie sich mit dem Staate aussöhnen werde. Aber in den Regierungskreisen wie bei den bürgerlichen Parteien war die Vorstellung, daß die Arbeitermassen natürliche Gegner des Staates seien, so fest eingewurzelt, daß man sie, die nun im Reichstag schon eine so große Stellung gewonnen, wenigstens vom Landtag nach Möglichkeit fern zu halten suchte. Der Krieg hat diese Voraussetzung nicht nur umgeworfen, sondern uns sogar eine Erklärung für die anscheinend prinzipiell bestehende Feindschaft zwischen Staat und Arbeiterschaft gebracht, die die höchste Beachtung verdient. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Lensch ist es, der mit eindringendem, historisch-politischem Sinn den Zusammenhang aufgedeckt hat. Die Arbeiterschaft, hat er ausgeführt, war bis in die Werdezeit des Deutschen Reiches hinein entweder unklar revolutionär oder patriarchalisch gehorsam ohne wesentliche innere Teilnahme am öffentlichen Leben. Durch den Gedanken des Klassenkampfes und die leidenschaftliche Propaganda für diesen Gedanken ist die Arbeiterschaft zum politischen Leben erweckt und erzogen worden. Der Klassenkampf aber ist ein internationaler Gedanke und steht in direktem Gegensatz zu dem nationalen Gedanken, der alle Klassen zur Volkseinheit zusammenfaßt. Die Sozialdemokratie, wenn sie die Arbeiter für sich gewinnen wollte, konnte es nicht anders, als indem sie an ihren Klasseninstinkt appellierte und geriet damit in jene widernatürliche anscheinende Todfeindschaft zum nationalen Staat, die widerum naturgemäß alle jene Gesetze und Bestrebungen erzeugte, ihren Einfluß im politischen Leben möglichst zu beschränken. So erweiterte der Kampf

die Kluft nur noch mehr, bis der Krieg sie nicht nur geschlossen, sondern auch die eigentlich für den Klassenkampf und im Klassenkampf geschaffene gewaltige Organisation der Partei wie der Gewerkschaften direkt in den Dienst des Reiches gestellt hat. Die gigantischen Leistungen des deutschen Staatsorganismus wären ohne diese Hilfe nicht möglich gewesen.

Denn die Massen sind es, die heute den Staat tragen: „Was können der Regierung die Gebildeten oder die Zahler direkter Steuern helfen, wenn sie die Wucht der Massen gegen sich hat?" schrieb ich in diesen Jahrbüchern schon im Jahre 1893 (Bd. 72, S. 381). Hätte uns Bismarck nicht im Jahre 1867 den Reichstag mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht gegeben, und wäre es nicht gelungen, dieses Stimmrecht allen Anfechtungen gegenüber zu erhalten, so hätten wir auch diesen Weltkrieg nicht gewinnen, uns nicht einmal in ihm behaupten können. Daß sich in Preußen daneben das Dreiklassenwahlrecht noch immer behaupten konnte, hat viel Schaden getan, hier und da auch Vorteile gebracht, ist aber jetzt auf keinen Fall länger haltbar. Die Osterbotschaft des Kaisers stellt nur fest, was sich ohnehin schon zur allgemeinen Ueberzeugung verdichtet hatte und gibt uns die Sicherheit, daß die Reform auch tatsächlich kommen wird.

Indem die kaiserliche Botschaft die Reform sicherstellt, schiebt sie sie doch bis zum Frieden hinaus, und das scheint mir in mancher Beziehung unratsam.

Zunächst ist es klar, daß unmittelbar nach dem Friedensschluß die Parlamente eine kaum übersehbare Masse legislatorischer Arbeit finanzieller und wirtschaftlicher Natur zu bewältigen haben werden. Man kann sich kaum vorstellen, daß sie daneben noch ein so tiefgreifendes, von den heftigsten Parteikämpfen umbrandetes Gesetz werden in den Hafen bringen können. Die reaktionären Mächte, die doch nicht nur in beiden Häusern des Landtages, sondern auch in der Regierung sehr stark sind, würden alles aufbieten, um die Reform so zu gestalten, daß sie für die Linke unannehmbar wird oder ganz in die Brüche geht, während umgekehrt nichts die Radikalen verhindert, die allerextremsten Forderungen bis zum Frauenwahlrecht in den Kampf zu werfen. Käme die Reform aber trotz der kaiserlichen Botschaft nicht zustande und würde abermals wie 1909 auf die lange Bank geschoben, so würde das einen gar nicht gutzumachenden moralischen Schaden anrichten.

Wäre es aber auf der anderen Seite erträglich, jetzt mitten im Kriege den Parteikampf zu entfesseln, den wir so mühsam durch den von allen Seiten proklamierten Burgfrieden bisher aufrecht erhalten haben?

Wenn man es richtig anfängt, scheint man mir den Kampf doch in so engen Schranken halten zu können, daß die sofortige Inangriffnahme des Werkes als das kleinere Uebel anzusehen ist.

Wird die Arbeit erst nach dem Frieden beginnen, so ist nicht zu vermeiden, daß die Reform sofort in ihrer ganzen Breite systematisch behandelt wird; nicht bloß das eigentliche Wahlrecht zum Abgeordnetenhause, sondern auch die Einteilung der Wahlkreise und die Neugestaltung des Herrenhauses müssen ins Auge gefaßt werden. Macht man aber die Reform jetzt, so kann das Herrenhaus ganz außer Betracht bleiben, und die Regierung befriedigt die öffentliche Meinung, indem sie zunächst einmal 100 bis 150 neue Mitglieder beruft unter dem Gesichtspunkt, die einseitig agrarisch-ostelbische Zusammensetzung, an der das hohe Haus heut krankt, durch Mitglieder aus allen anderen Berufsständen angemessen zu ergänzen (vgl. meinen Aufsatz über das Herrenhaus Preuß. Jahrb. 149, S. 103, 1912). Die überaus schwierige und zu den allerbissigsten Parteikämpfen veranlassende Neuverteilung der Wahlkreise zum Abgeordnetenhaus kann kein Vernünftiger jetzt mitten im Kriege verlangen; sie scheidet ohne weiteres Gezänk vorläufig aus. Es bleibt allein das neue Wahlrecht, an dem schon feststeht, daß es geheim und direkt sein wird. Ob es auch gleich sein soll, hat die Osterbotschaft offen gelassen. Ich für meine Person halte es aus den eingangs dargelegten Gründen prinzipiell für richtig, auch das gleiche Wahlrecht jetzt zuzugestehen. Der moralische Eindruck, den man durch die Reform erzielen will, würde dadurch die höchste Kraft erhalten. Dagegen spricht, daß die gesellschaftlichen Schichten, die ihren politischen Einfluß bisher auf das Klassenwahlrecht begründet haben, durch den Radikalismus der Reform sozusagen zur Verzweiflung getrieben würden; nicht nur die Konservativen, sondern auch die Freikonservativen und viele Nationalliberale würden der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen Widerstand entgegensetzen, und das Zentrum ist selber an der Lösung zwar wenig interessiert, da es seine Wahlkreise auf alle Fälle sicher in der Hand hat, wünscht aber wegen der Schul- und Kirchenfragen die Konservativen im Abgeordnetenhause nicht gar zu sehr zu schwächen.

Um also jetzt während des Krieges den Kampf bis aufs Messer zu vermeiden, scheint es angezeigt, statt des gleichen Wahlrechts vorläufig noch irgendeine Mittelstufe, etwa ein Pluralwahlrecht, zu schaffen. Auch in England hat es sich als segensreich erwiesen, daß man die Erweiterung des Wahlrechts stufenweise vollzogen hat. 1832 hat man damit begonnen und erst jetzt steht man davor, zum allgemeinen, gleichen Stimmrecht überzugehen. Nicht weniger als $2^1/_2$ Millionen Männer, die bisher des Wahlrechts darbten, treten damit neu in den Kreis der Regierenden, das ist fast ein Drittel der bisher Berechtigten (8 Millionen). Auch in Italien ist man schrittweise vorgegangen und hat auch heute noch nicht das allgemeine Stimmrecht. Wie das neue System in Preußen im einzelnen konstruiert wird, ist nicht so sehr wichtig, vorausgesetzt, daß die Bevorzugung des Besitzes dabei in solchen Grenzen bleibt, daß auch die Linke sich damit einigermaßen abfinden kann. Ohne besseren Vorschlägen vorgreifen zu wollen, denke ich etwa, daß neben einer Stimme für ein gewisses Einkommen und einen gewissen Landbesitz, eine zweite Stimme gewährt werden könnte jedem, der irgendein öffentliches Ehrenamt bekleidet oder zehn Jahre lang bekleidet hat, und eine dritte jedem, der drei Kinder über 15 Jahre hat oder gehabt hat. Man kann auch statt der einen Stimme für höheres Einkommen deren zwei geben, wenn die erste schon bei einem Einkommen von, sagen wir, 1600 Mark gewährt wird, so daß also auch der höhere Arbeiterstand daran teilnimmt. Es läßt sich auch noch manches andere denken und vorschlagen.

Ruft die Regierung die Parteiführer zusammen, so ist es sicher, daß zwischen den Freikonservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen, den Freisinnigen und den Polen auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage schnell eine Vereinbarung geschlossen und ohne viel Kampf durch das Abgeordnetenhaus gebracht werden kann. Vermutlich würde sich auch noch ein Teil der Konservativen anschließen und die Reform wäre gemacht, ohne besondere Gefahren und ohne daß die Parteileidenschaften besonders erregt würden. Auch die Sozialdemokraten wären froh, statt der bloßen Versprechung eine handfeste Tatsache für sich buchen zu können und würden sich ihre weiteren Forderungen für später vorbehalten.

Nach dem Frieden steht es ganz anders und sind solche Vereinbarungen nicht mehr möglich. An Stelle des Burgfriedens, der heute förderlich wirkt, wird nach dem Frieden der natürliche Trieb

der Parteien, das eigene Interesse bis zum Aeußersten zu verteidigen, der Regierung die Führung aus der Hand reißen. Die Radikalen, die jetzt ein gemäßigtes Pluralwahlrecht als annehmbare Abschlagszahlung willkommen heißen würden, würden bei den späteren Verhandlungen nicht nur das gleiche, sondern auch das Frauenwahlrecht in die Debatte werfen, und die Frage der Wahlkreise würde das Zentrum, das bei der Ordnung des Stimmrechts mit den Gemäßigten und der Linken gehen kann, von dieser Seite losreißen und zu der Rechten hinübertreiben. Alles ist dann ins Ungewisse gestellt.

Das Ergebnis unserer Untersuchung ist also, daß die Wahlreform nicht verschoben, sondern sofort, noch während des Krieges gemacht werden muß. Die kaiserliche Osterbotschaft steht dem nicht entgegen. Zwar ist darin ausdrücklich auf die Unzuträglichkeit hingewiesen, die sich daraus ergeben würde, wenn man den Parteikampf noch während des Krieges entfesselte, die Wendungen sind aber doch so vorsichtig und geschickt gewählt, daß der hier vorgeschlagene Modus nicht ausgeschlossen erscheint. Im besonderen kommt in Betracht, daß gewünscht wird, auch den heimkehrenden Feldgrauen eine Mitwirkungsmöglichkeit zu gewähren. Wie ist das zu verstehen? Soll das jetzige Abgeordnetenhaus aufgelöst und erst noch einmal nach dem Klassenwahlrecht gewählt werden? Das ist völlig ausgeschlossen. Es würde ja geradezu wie eine Verhöhnung wirken, wenn der heimkehrende Held, der durch die Unterbrechung seiner Berufstätigkeit wirtschaftlich ruiniert worden ist, in der dritten, der Kriegslieferant, vielleicht Kriegswucherer, in der ersten Klasse wählen sollte. Nach Klassen darf überhaupt nicht mehr gewählt werden. Die Forderung der Beteiligung der heimkehrenden Krieger kann also nur auf die Weise erfüllt werden, daß die Klassen *sofort* abgeschafft, die weiteren Fragen aber, die Wahlkreise und die Reform des Herrenhauses dem nächsten, schon nach dem neuen Wahlsystem gewählten Hause überlassen werden. Da in der Osterbotschaft ferner nicht gesagt ist, daß das Werk „*nach* dem Frieden", sondern „*beim* glücklichen Ende des Krieges" in Angriff genommen werden solle, so ist es möglich, in die Verhandlungen schon in dem Augenblick einzutreten, wo der Friede in greifbare Nähe gerückt erscheint, d. h. heute.

Die auswärtige Politik und die Alldeutschen.

21. April 1917.

Sich zu der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches in das richtige Verhältnis zu setzen, ist heute nicht leicht. Die Grundrichtung und die Durchführung im Großen ist unzweifelhaft richtig und verdient die höchste Anerkennung und Unterstützung. Im einzelnen aber werden immer von neuem Fehler gemacht, die schwer verstimmen und die unseren Chauvinisten mit Anlässe zu verwirrender Kritik geben. Die Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson war geschickt in der Form, verkannte aber offensichtlich sowohl das psychologische Moment in dem ehrgeizigen Leiter der amerikanischen Politik, wie die Grundtendenz dieser Politik selber. Ueber die Instruktion an den deutschen Gesandten in Mexiko herrscht nur eine Stimme der Verurteilung; sie hätte nicht nur nicht herauskommen, sondern sie hätte nicht geschrieben werden dürfen. Heute nachdem nun der Tauchbootkrieg unser Verhältnis zur Transozeanischen Welt definitiv zerrissen hat, ist der wichtigste Gegenstand der Diplomatie das Verhältnis zu dem neuen revolutionären Rußland. Vollkommen richtig hat man erkannt, daß dieses revolutionäre Rußland Friedens-Chancen bietet, die von entscheidender Bedeutung werden können. Ganz gewiß war es auch richtig, es die Welt und die Russen wissen zu lassen, daß man in Berlin für diese neue Daseinsbedingung Verständnis habe. Aber die Art und Weise, wie man diese Auffassung in dem Artikel der Allgemeinen Norddeutschen Zeitung vom 14. April kundgab, war, gelinde ausgedrückt, zweckwidrig. Graf Reventlow hat in der Deutschen Tageszeitung (16. April) die volle Schale seines Spottes über diese offiziöse Journalistenleistung ausgegossen und ich muß leider sagen, mit Recht. Gewiß sollten wir den Russen zu erkennen geben, daß wir, wenn wir schon mit dem Zaren einen ehrenvollen Frieden zu schließen bereit waren, wir es mit dem jetzigen Rußland noch besser können, aber wir sollen diesem Feinde nicht nachlaufen und uns entschuldigen, weil wir so frei gewesen sind, die russischen Truppen am Stochod noch einmal zu schlagen. Das ist nicht nur unwürdig, sondern das hindert auch den Erfolg. Wenn Graf Reventlow bei seinem Artikel einfließen läßt, daß vielleicht Herr Scheidemann, Herr Theodor Wolf und ich der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Anerkennung spenden würden, so ist das leider das einzige in dem Artikel, dem ich widersprechen muß.

Nichtsdestoweniger, die Front, in der wir zu kämpfen haben, bleibt dieselbe. Deutschland kann den Weltkrieg nur dann erfolgreich beenden und eine heilbringende nationale Zukunft gewinnen, wenn es gleichzeitig den Chauvinismus in seinem eigenen Innern bekämpft und niederhält. Das ist ungemein schwer, da der patriotische Aufschwung und die kriegerische Anspannung in unklaren und leidenschaftlichen Gemütern, wie sie in der großen Masse einmal vorherrschen, naturgemäß zu Extremen treibt und man solche Extreme für die Fortführung des Kampfes gar nicht entbehren kann. Man fühlt sich zugleich verbunden und muß sich doch bekriegen. Ob es möglich gewesen wäre, zu verhindern, daß auch Amerika und China gegen uns Partei ergriffen, darüber ist es jetzt nicht Zeit zu diskutieren. Wir haben der Tatsache, daß sich sozusagen die Welt gegen uns verbunden hat, ins Auge zu sehen und dürfen uns auch nicht verhehlen, daß, wenn wir zu den letzten Gründen dieses Weltbündnisses vorzudringen suchen, wir immer wieder auf das Motiv der Furcht vor einer deutschen Welthegemonie stoßen. Es wäre eine sehr leichtfertige Selbsttäuschung, diese Furcht als einen bloßen heuchlerischen Vorwand abzutun. Freilich ist er ein bloßer Aberglaube, eine Gespensterfurcht: aber hat man bewiesen, daß die Gespensterfurcht bloß Heuchelei sei, wenn man darauf hinweist, daß es Gespenster gar nicht gibt? Die Furcht vor dem deutschen Despotismus ist eine der massivsten Tatsachen, mit denen wir zu rechnen, eine der stärksten feindlichen Potenzen, gegen die wir zu kämpfen haben.

In Deutschland heißt dieser Kampf Bekämpfung der Alldeutschen. Der Alldeutsche Verband selber wurde ja vor dem Kriege als eine Art Sekte angesehen, die weder für die öffentliche Meinung, noch für die deutsche Politik etwas zu bedeuten habe. Schon damals war es ein großer Irrtum, denn die Schriften dieses Verbandes, wozu dann noch manche andere kamen von Leuten, die, wenn sie ihm auch nicht angehörten, doch derselben Gesinnung waren, haben in der ganzen Welt unseren Gegnern den Stoff geliefert, um jenen uns so schädlichen und gefährlichen Aberglauben von den deutschen Weltherrschaftsgelüsten zu erzeugen, gegen den wir heute zu kämpfen haben. Nichts erscheint uns unsinniger, als daß sogar Amerikaner glauben, Deutschland könne einmal ihre Freiheit bedrohen. Noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges mit Amerika aber ist eine Broschüre erschienen von Otto Baumgarten „Das Echo der all-

deutschen Bewegung in Amerika", in der aus der amerikanischen Literatur nachgewiesen wird, wie diese Vorstellung sich gebildet hat und drüben propagiert worden ist. Das Material haben die überspannten alldeutschen Schriften in Deutschland geliefert, und so hat dieser Verband ein gut Teil dazu beigetragen, uns in diesen neuen Krieg zu verwickeln. Aus den Kreisen des Verbandes ist der talentvollste und einflußreichste Vorkämpfer einer deutschen Napoleons-Politik, Graf Reventlow, hervorgegangen. Während des Krieges selbst hat nunmehr der Alldeutsche Verband, von der Kriegsstimmung begünstigt und getragen, sich zu einer immer umfassenderen und stärkeren Organisation entwickelt. Einige Tatsachen mögen uns diese Entwicklung und sein Vorgehen beleuchten.

Im Dezember 1916 hat der Verband es für angemessen gehalten, seine am 5. Mai 1915 an den Herrn Reichskanzler gerichtete Kriegszieleingabe als sein konsequent durchgefochtenes Programm zu veröffentlichen. Sie deckt sich in der Hauptsache mit der Kriegszieleingabe der Wirtschaftsverbände, deren Veröffentlichung dan unmittelbar danach ebenfalls in den Alldeutschen Blättern erfolgte. Zwischen den beiden Veröffentlichungen liegt das deutsche Friedensangebot! In den kritischen Tagen nach diesem Angebot hat die Funkspruchstelle in Lyon nicht verabsäumt, unermüdlich die alldeutschen Kriegsziele weiterzugeben, und das hat drüben genau in demselben Sinne gewirkt, wie bei uns die „Kriegsziele" der Entente gewirkt haben: solchen Zumutungen gegenüber raffen die Völker alle ihre Kräfte zusammen bis zum Aeußersten.

Aus der Kriegszieleingabe des Alldeutschen Verbandes sei der folgende Passus wiedergegeben:

> „Zur Sicherung der Zukunft ist es unerläßlich, daß mindestens eine Flanke dauernd frei gemacht werde. Da im Osten immer ein großes russisches Volk sitzen, immer ein Asien mit Hunderten von Millionen Mongolen vorgelagert bleiben wird, kann die dauernde Freimachung einer Flanke nicht nach Osten, sondern nur nach W e s t e n gesucht werden. Es bedarf dazu nicht einer Vernichtung dort sitzender Gegner, sondern es genügt eine Grenzgestaltung, von der aus man sie militärisch besser als bisher in der Hand hat.
>
> „Eine solche Grenzgestaltung wird erreicht, wenn: zur Sicherung England gegenüber Belgien in der Hand behalten

und die nordfranzösische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme gewonnen wird;

„zur Sicherung Frankreich gegenüber entsprechendes Hinterland der nordfranzösischen Küste und die Festungslinie Verdun—Belfort in unsere Hand gelangen." (Alldeutsche Blätter 9. Dezember 1916, S. 478.)

Zur Erläuterung dessen sei aus der Programmschrift „Die Sicherheiten der deutschen Zukunft" von dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes von Vietinghoff-Scheel (1915) die entsprechende noch etwas deutlichere Stelle zitiert:

„Es genügt, die Grenze nach einer Flanke hin so zu gestalten, daß man von ihr aus den Gegnern, die an ihr sitzen, sollten sie jemals wieder einen Einfall wagen, in kürzerem und von weniger Hindernissen als heute erschwerten Sprunge nicht nur an die Kehle, sondern bis ans Herz gelangen könnte. Es genügt also mit anderen Worten, die Grenze nach einer Flanke hin so zu gestalten, daß wir von ihr aus die von dieser Flanke her möglichen Gegner (alle natürlich!) militärisch in der Hand haben."

Alle an der Westfront möglichen Gegnern sind Frankreich, Holland, England, Belgien. Es ist wahr, daß Deutschland diese Mächte sämtlich militärisch „in der Hand haben" würde, wenn es sich am Kanal behauptete; es würde das die deutsche Herrschaft über Europa bedeuten, oder richtiger gesagt, sie voraussetzen. Wenn also der Alldeutsche Verband der Veröffentlichung seiner Kriegsziele hinzufügt:

„Daß sie mit einem Streben nach Weltherrschaft oder auch nur nach europäischer Vorherrschaft nicht das Geringste zu tun haben, wird auch der grundsätzliche Gegner nicht verkennen können",

so ist das eine offenbare Verhöhnung der Oeffentlichkeit.

Dies ist also das, was neben anderen Dingen die Alldeutschen wollen. Nur einige Belege ihrer Kampfmethoden. In der Nummer vom 20. Januar 1917 schreiben die Alldeutschen Blätter über das Kaiserliche Handschreiben an den Kanzler vom 31. Oktober 1916 bezüglich des Friedensangebotes:

„Wir können es im Interesse der nächstbeteiligten Person in jeder Hinsicht und nach allen Richtungen hin nur auf das

tiefste bedauern, daß dieses Schreiben zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht worden ist. — Darüber hinaus jedoch halten wir es für geradezu unerhört, daß hier im Widerspruch zur Verfassung und im offenen Gegensatz zur besten Ueberlieferung dem verfassungsgemäß nicht verantwortlichen Träger der Krone die volle politische Verantwortung für eine Tat zugeschoben wird, die sich mittlerweile als Fehlschlag erwiesen hat. Das heißt, nicht mehr die Krone decken, sondern sie zur Entlastung der eigenen Persönlichkeit in einer Weise preisgeben, gegen welches Bülows Haltung im Novembersturme von 1908 zum Urbild preußisch-deutscher Beamtentreue wird!"

In derselben Nummer enthält ein Artikel „Das Reich in Gefahr?" folgende Stelle:

„.... Ein Kanzler, dem kurz vor dem Kriege der Reichstag fast einstimmig das Vertrauen gekündigt und dem heute nicht ein Zehntel des Volkes auch nur mit einem Bruchteil der Zuversicht folgt, die es den militärischen Führern willig und gern bekundet. Der in der Diplomatie, wie in der inneren Politik Fehler auf Fehler gehäuft, dem schlechthin jede politische Handlung zum Mißerfolg ausschlägt, der tatenlos die Hochstimmung der Augusttage von 1914 bis auf den letzten Rest verfliegen ließ, und der allein die Schuld daran trägt, wenn unter der vorerst noch bergenden Decke des Burgfriedens der alte Hader in doppelter und dreifacher Erbitterung lauert. Wir wollen Herrn von Bethmann Hollweg nicht mit einer ins einzelne gehenden Aufzählung seiner politischen Fehlgriffe und Mißgriffe kommen, — wir stellen für heute, um die Lage ganz klar zu machen, nur fest, wer zurzeit hinter dem fünften Kanzler des Deutschen Reiches steht, und wer — von seinem Gewissen geleitet — gegen seine Politik anzukämpfen sich verpflichtet fühlt.

Alle diese Kräfte und Kreise, welche ihrer Ueberlieferung getreu in der Konfliktzeit dem Könige von Preußen und seinem Ministerpräsidenten eine Stütze in der Lösung der deutschen Frage waren, welche dann später mit beiden vereint das junge Reich aus der Taufe hoben, die abermals später in jeder auftauchenden nationalen Frage treu und unbeirrt hinter

Thron und Regierung standen [alles das ist historisch anfechtbar und teilweise direkt falsch], die in Wehrmacht und Wirtschaftspolitik Vorkämpfer und Träger unserer Stärke wurden, für die Königs- und Vaterlandstreue nicht eine Frage politischer Zweckmäßigkeit, sondern schlechthin oberster Glaubenssatz sind, — alle diese in Wahrheit staatserhaltenden und -fördernden Kreise stehen heute im denkbar schärfsten Gegensatz zum Kanzler und dem von ihm vertretenen politischen System. Und wiederum: alle diejenigen Kräfte, welche noch bis vor kurzem jede nationale Notwendigkeit, einschließlich einer starken Throngewalt, auf das Entschiedenste abgelehnt und auf das Rücksichtsloseste bekämpft haben, — sie bilden heute die einzige, die einzigste und nicht einmal zuverlässige Gefolgschaft des Herrn von Bethmann Hollweg!

Es gibt ein altes, noch immer als wahr erwiesenes Wort, demzufolge die Staaten nur durch jene Kräfte erhalten werden, durch welche sie einst geschaffen worden sind. Welches vernichtende Urteil ergibt sich daraus für die Politik des fünften Kanzlers, welche schlimmen Aussichten eröffnet es gleichzeitig aber auch für das Reich und die Gesamtheit seiner staatlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen!"

Am Geburtstage des Kaisers veröffentlichten die Alldeutschen Blätter eine „Kundgebung des Alldeutschen Verbandes" deren erster Punkt folgendermaßen beginnt:

„Der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes weiß sich mit dem gesamten deutschen Volke einig in dem bedingungslosen Vertrauen zu der obersten Heeresleitung, deren militärische Leistungen er mit dankbarer Bewunderung begleitet. Im Gegensatz hierzu muß der Geschäftsführende Ausschuß bekennen, daß er der politischen Leitung des Reiches nicht nur kein Vertrauen entgegenbringen kann, sondern überzeugt ist, daß das Vaterland mit seinen wesentlichen Einrichtungen unheilbar schwer geschädigt werden muß, wenn die Reichsgeschäfte ihren jetzigen Leitern überlassen bleiben. Die fortgesetzten Fehlgriffe und Mißerfolge der deutschen auswärtigen Politik vor dem Kriege, das Verhalten der verantwortlichen Reichsleiter bei Ausbruch des Krieges und ihre Gesamtpolitik während des Daseinskampfes des deut-

schen Volkes — all diese der Geschichte angehörenden Tatsachen führen uns zu der Erkenntnis, daß ungeachtet aller Opfer an Blut und Gut, und allen militärischen Erfolgen zum Trotz, der Krieg für unser Volk politisch verloren gehen muß, wenn die für die bisherige Politik Verantwortlichen länger im Amte belassen werden."

Inzwischen geht die öffentlich und geheim mit der äußersten Energie und Skrupellosigkeit betriebene Werbung für den Alldeutschen Verband unermüdlich weiter; die Alldeutschen Blätter veröffentlichen oft aus einzelnen Städten vorbildliche Werbeerfolge, die eine Vervielfachung der Kopfzahl in den Ortsgruppen seit Kriegsausbruch bedeuten. Eine Gesamtziffer liegt nicht vor: es läßt sich aber erschließen, daß das Wachstum des Verbandes ein ungeheures ist. Unter dem 10. Februar 1917 ruft nun der Verband seine Mitglieder von neuem auf:

„Nun wollen wir auf der ganzen Linie einen großen einheitlichen Schlag führen. Wir rufen jedes Mitglied auf, es sich zur Pflicht zu machen, innerhalb dreier Tage mit diesem (beigefügten) Werberuf (Vordruck zur Beitrittserklärung liegt ihm bei) mündlich oder schriftlich an einen geeigneten Bekannten heranzutreten und an seine Gewinnung alle Kraft zu setzen.

Wir sind eines reichen Ergebnisses sicher und gewiß, sofern jedes Mitglied an die Werbung auch nur etwas Mühe wendet.

Diesen geringen Müheaufwand müssen wir aber auch ernstlich von jedem Mitglied fordern. Es darf kein einziger beiseite stehen; in lückenloser Geschlossenheit trete der gesamte Verband zu diesem Werbestoß an.

Um der deutschen Sache willen, die dringend und immer dringlicher nach Zusammenschluß aller deutschen Kräfte ruft, setze jeder seine Ehre daran, dem Werbestoß zu vollem Gelingen zu verhelfen.

Zu jedem alten Mitkämpfer ein neuer Mitstreiter, — das sei die Losung!

Im Auftrage der Hauptleitung:
v. Vietinghoff-Scheel, Hauptgeschäftsführer.

(Alldeutsche Blätter 10. Februar 1917.)

Der beigefügte Aufruf ist so vorsichtig abgefaßt, daß er jeden unbefangenen Patrioten bestechen kann. Er enthält u. a. folgende Sätze:

„Es ist unwahr, daß der Alldeutsche Verband Kriegshetzerei getrieben, Chauvinismus geübt oder gepredigt hätte ..... Es ist ferner unwahr, daß der Alldeutsche Verband im Kriege, geleitet von „Eroberungsgier" und „Annexionswut" „maßlose Kriegsziele" aufgestellt hätte. Wir erklären, wohl vertraut mit ihnen, daß sie, fern von jeder Eroberungssucht, nichts erstreben als Gewinnung der Notwendigkeiten, die zur Sicherung der deutschen Zukunft erforderlich sind .... Wir Unterzeichnete gehören sehr verschiedenen partei- und wirtschaftlichen Gruppen an; was uns im Alldeutschen Verbande zusammenführte und zusammenhält, ist das Höchste, was es für jeden Deutschen geben muß, der deutsche Nationalgedanke. In diesem sich mit uns zu vereinen im Alldeutschen Verbande bitten und rufen wir jeden Deutschen."

Die Unterzeichner sind gegen siebzig angesehene Vorstandsmitglieder des Verbandes, in denen aber die vor der Oeffentlichkeit als besonders scharfmacherisch bekannte Namen fehlen; weder Claß, noch Dietrich Schäfer, noch Vietinghoff-Scheel stehen mit darunter.

Bald darauf wurde bekannt, daß ein Kapital von nicht weniger als zwei Millionen Mark von Männern, die in der Mehrzahl dem Verbande angehören, zusammengebracht und die „Deutsche Zeitung" von ihnen erworben worden sei.

Eine neue starke Kraftquelle ist ihm damit erschlossen worden, die der Beeinflussung der öffentlichen Meinung dienen wird, einem Zweck, für den auch bisher schon enorme Summen aufgewendet worden waren. Man wird aus diesen Zeugnissen entnehmen, mit welcher zum Aeußersten entschlossenen Energie und Kraft der Alldeutsche Verband seine Ziele verfolgt, und daß diese Ziele jede Friedensmöglichkeit abschneiden und mit einer gesunden Entwicklung Deutschlands unvereinbar sind. Wenn die russische Revolution uns jetzt günstige Friedens-Chancen bietet, so sucht die Alldeutsche Agitation es dahin zu bringen, daß zugunsten ihrer Kriegsziele der Bogen überspannt wird. Man verlasse sich nicht darauf, daß wir eine unabhängige und selbständige Regierung haben, die gestützt auf die Friedenssehnsucht des Volkes einen verständigen Frieden

abschließen wird, ohne sich um die wilde Agitation der Alldeutschen zu kümmern, oder wie gar andere argumentieren, daß eine solche Agitation sogar nützlich sei, weil man sich bei den Verhandlungen mit dem Feinde darauf stützen könne. Diese Erwägung wäre zutreffend, wenn die Forderungen, die erhoben werden, und die Kräfte, die dahinter stehen, nicht gar zu mächtig wären. Sie wird aber falsch, wenn diese Forderungen so übertrieben sind, daß schon der Eintritt in die Friedensverhandlungen dadurch sehr erschwert wird, und wenn die Kräfte, die diese Forderungen vertreten, so überaus stark sind, daß auch eine starke und selbständige Regierung sich ihnen nicht zu entziehen vermag. So liegen die Dinge aber bei uns tatsächlich, denn die Kreise, die die alldeutschen Forderungen vertreten und in denen die Propaganda betrieben wird, sind wesentlich solche Kreise, auf die die Regierung sich bei ihrer ganzen inneren Politik notwendig mit stützen muß.

Die Antwort auf die sinnlosen Treibereien dieser patriotischen Demagogen sind die sinnlosen Bewegungen in den Massen, die glauben, durch Streiks und Straßendemonstrationen mehr Lebensmittel herbeischaffen oder gar den Frieden fördern zu können. Es kann für Patrioten, die sich durch das Toben der Leidenschaft die Einsicht nicht haben trüben lassen, keine wichtigere Aufgabe geben, als hier zu dämpfen und dort zu mäßigen.

So bedauerlich die Spaltung sein mag, die dieser Streit in die von Patriotismus erfüllten Kreise unseres Volkes bringt, es würde verhängnisvoll sein, wenn man der patriotischen Verirrung, weil sie patriotisch ist, nicht mit aller Energie entgegentreten wollte.

In der Kritik der einzelnen Akte unserer auswärtigen Politik herrsche volle Freiheit. Die Kritik aber, wie die Alldeutschen sie treiben, ist demagogischer Natur, untergräbt die Autorität, vergiftet das Vertrauen und sucht das deutsche Volk auf Ziele einzustellen, die letzten Endes unser eigenes Verderben und die Auflösung der Kulturwelt in nie endenden Kriegen bedeuten würden. Die Bekämpfung der alldeutschen Agitation ist daher eine vaterländische Pflicht.

Der Fortgang der russischen Revolution.

Mit starken Schritten ist in diesen Wochen die russische Revolution vorangegangen. Alle Versuche, die Zukunft an die gegebenen historischen Wesenheiten des russischen Staates, die zarische Autokratie mit ihrem geistlichen Charakter und ihrem zentralisierten Beamtentum anzuknüpfen, sind abgeschnitten worden. Die Staatsform, die das neue Rußland anzunehmen sich anschickt, ist eine radikale, föderalistische Republik mit stark sozialistischem Einschlag. Noch hat diese Idee die Regierung nicht völlig in der Hand, aber sie hat bereits die unzweifelhafte Ueberlegenheit. Von der Duma mit ihrer bürgerlich-konservativen Majorität hört man kaum noch etwas; es scheint, als ob sie gar nicht mehr tage. Die von der Duma eingesetzte Regierung unter dem Präsidenten Lwoff behauptet sich noch, aber nur dadurch, daß sie sich dem rein revolutionären Rat der Arbeiter und Soldaten, der sich im tauriſchen Palast, dem Gebäude der Duma, installiert hat, unterwirft. Wenn das Beamtentum, die Generalität und die Armee sich der Regierung der Duma so schnell und ohne Widerstand angeschlossen haben, so waren sie sicher der Meinung, daß dies der einzige Weg sei, Rußland vor dem sofortigen Sturze in den Abgrund der Anarchie zu bewahren. Das ist ja auch gelungen — wielange aber werden die beiden Regierungen, die sich heute in die Herrschaft über Rußland teilen, nebeneinander bestehen können? Die Punkte, wo sie einander unausgleichbar gegenüberstehen und wo notwendig der eine oder andere Teil weichen muß, wenn sie zur Entscheidung zu kommen haben, waren ja von Anfang an deutlich zu erkennen, und erst dann wird das Wesen der Revolution völlig hervortreten. Wenn es zuweilen scheint, als ob die positiven Ergebnisse des ungeheuren Völkerringens dieser Jahre in gar keinem Verhältnis zu der Größe des Krieges stehen würden, so ist jedenfalls die Umwälzung in Rußland ein Ergebnis von so unermeßlicher Tragweite, daß man die Parallele mit der Größe des Krieges nicht zu scheuen braucht.

Da springt zunächst in die Augen das sozialistische Moment, eingeschlossen das agrar-kommunistische. Hier steckt die eigentliche Kraft der Revolution: die Verbrüderung der sozialistischen Arbeiterschaft der Industriestädte und der eigentlichen Masse des russischen Volks, den Bauern, die die Aufteilung des gesamten Großgrund-

besitzes fordern. Aber so wenig diese Ideen dem Fürsten Lwoff und seinen Ministerkollegen zusagen mögen, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß der Konflikt darüber sich noch hinzieht. Mit Konzessionen an die Industriearbeiter und Nichtbeachtung der bäuerlichen Gewalttaten auf dem Lande mag es eine ganze Zeitlang hingehen, ohne daß das russische Staatswesen darüber zusammenbricht.

So ungeheuer diese Probleme für die Zukunft sein mögen, für den Augenblick ist doch noch viel wichtiger die Idee des russischen Föderalismus. In feierlicher Weise hat die neue Regierung verkündet, und sie kann gar nicht anders, daß die Gewaltherrschaft über die Fremdstämmigen aufhören solle und jede einzelne der bisher in Rußland vereinigten Völkerschaften nach demokratischen Prinzipien über sich selbst zu bestimmen habe. Das ist die Auflösung des russischen Reiches. Nicht weniger als 143 Völkerschaften hat man bisher in diesem Reiche gezählt. Sollen wir glauben, daß die zarische Regierung ihnen so viel Liebe zum Russentum eingebläut hat, daß sie alle dauernd mit ihm verbunden zu sein wünschen? Das Russentum im engsten Sinne, das Groß-Russentum umfaßt noch nicht die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft. Zweifelhaft ist, wie stark man den Separatismus der Klein-Russen (Ukrainer) einzuschätzen hat, ob diese, die immerhin durch Sprache und Kirche den Groß-Russen nahestehen, sich mit einer gewissen Autonomie und Duldung ihres Dialekts als eigener Schrift- und Amtssprache begnügen oder der Vollselbständigkeit zustreben werden. Geschähe das, so wäre Rußland, auf Moskowien beschränkt, zwar immer noch sehr volkreich, aber doch als Großmacht aufgehoben. Der Pazifismus, den die Demokratie heute nur in der Theorie predigt, würde praktisch werden (so lange es dauert). Aber selbst wenn die Ukrainer bei Rußland bleiben, so bedeutet die mehr oder weniger weitgehende Verselbständigung aller anderen nicht russischen Völkerschaften doch schon einen ganz anderen russischen Staat, als ihn die internationale Politik bisher gekannt und in Rechnung gesetzt hat. Sehen wir zunächst noch ab von den mohammedanischen Stämmen, den Kaukasiern, den Turkmenen, und richten den Blick nur auf die Ostseeländer: was ist Rußland, wenn Finnland, Estland und Livland selbständige Republiken bilden? Selbst dann, wenn diese Republiken noch Mitglieder einer in Petersburg oder Moskau domizilierten Zentralrepublik bleiben sollten? Es ist doch kein Zweifel, daß die Republiken der Finnen, der Esten und der

Letten sich weigern würden, in dem Heerwesen des Gesamtstaates unterzutauchen, und nicht darauf verzichten würden, sich eine eigene nationale Miliz, vielleicht sogar ein eigenes stehendes Heer zu halten. Diese Selbständigkeit würde sich auch auf die auswärtige Politik erstrecken. Sollten die Finnen, Esten und Letten wünschen, am Kaukasus, in Turkestan oder in der Mandschurei, am Schwarzen Meer oder am Stillen Ozean zu kämpfen?

Sollen wir uns nun etwa darauf verlassen und sagen: dieses neue Rußland wird ja ein so friedliches Lamm wie China werden; gegen ein solches Land brauchen wir keine Sicherheiten mehr? Das wäre doch ein sehr unvorsichtiger Schluß. Denn wer verbürgt uns, daß es wirklich so kommt und bleibt, wie ich es soeben ausgemalt habe? Sollte das alte, böse Rußland, das alte, heilige Rußland wirklich schon so ganz tot sein? Könnte es nicht eines Tages plötzlich wieder auferstehen und seine alte Bärennatur erneuern?

Es ist völlig unmöglich, auch nur mit einiger Sicherheit vorauszusehen, was für Zustände in Rußland in einigen Monaten oder gar in Jahren herrschen, wer dort regieren, welche Politik dort gemacht werden wird. Das eine aber ist sicher, daß die radikale Demokratie, vertreten im Arbeiter- und Soldatenrat, die heute dort den Ton angibt, jetzt zu einem Frieden zu kommen sucht. Weshalb sollte sie den Krieg auch fortsetzen, wenn ihr ideales Ziel nicht eine russische oder panslawistische Weltherrschaft, sondern eine Föderation freier Völkerschaften ist? Vorläufig freilich ist noch Herr Miljukow Minister des Auswärtigen, der Konstantinopel erobern will, auch unter den sozialdemokratischen Führern sind nicht wenige Anhänger der neoslawistischen Gewaltpolitik und die Engländer und Amerikaner werden nicht müßig sein und verfügen über volle Geldbeutel. Die Kriegspartei, gestützt auf die Duma und die Generalität, ist also immer noch sehr stark, als Partei sogar sicher stärker als die sozialdemokratische Friedenspartei. Diese aber hat sozusagen die Natur der Dinge für sich; die Natur der Dinge aber ist, daß die republikanische Freiheit in Rußland den Krieg nicht braucht und durch den Sieg sogar gefährdet würde. Die republikanische Regierung, so weit sie wirklich an die Republik glaubt und die Republik will, kann also kaum etwas anderes als den Frieden wollen. Von der anderen Seite wird ihnen freilich gepredigt, daß die Demokratie erst recht verpflichtet sei, Deutsch-

land niederzukämpfen, da der deutsche Militarismus sonst auch der russischen Freiheit bald ein Ende bereiten werde. Aber nicht nur ist diese Bedrohung der russischen Freiheit durch Deutschland ein bloßes Phantom, sondern es steht ihr auch die sehr reale Gefahr gegenüber, daß der russische General, der erst über Deutschland gesiegt hätte, auch der russischen Freiheit sehr schnell ein Ende machen würde. Hat die russische Republik überhaupt irgendwelche Aussicht, so hat sie sie offenbar nur, wenn sie dem Volke jetzt den Frieden bringt. Ueber die Bedingungen hier zu reden, würde nicht ratsam sein. Auch die Rückwirkungen, die die neuen Zustände in Rußland notwendig auf unser Verhältnis zu Polen ausüben müssen, ist es nicht ratsam öffentlich zu erörtern. Ich möchte nur daran erinnern, daß ich von je den Standpunkt vertreten habe, daß nicht sowohl ein staats- oder völkerrechtlicher Vertrag, als die Logik des eigenen nationalen Interesses die Polen auf unsere Seite führen und an ihr festhalten müsse.

Wie aber sollen wir überhaupt zu einem Frieden mit Rußland, von dem ich annehme, daß er zugleich der allgemeine Friede sein werde, kommen? Die Zeitungen sind fortwährend voll von Andeutungen, daß über Kopenhagen oder Stockholm sozialdemokratische Führer der verschiedenen Länder über den Frieden miteinander in Fühlung getreten seien oder treten sollten. Ich weiß nicht, was daran ist, wohl aber kann ich darauf hinweisen, daß es in der Weltgeschichte Analogien für Friedensschlüsse, die in dieser Art vermittelt worden sind, schon gibt. Ich denke z. B. an den Frieden von Basel 1795. Nicht die preußische Regierung und der französische Konvent haben diese Verhandlungen begonnen, sondern die Führer der preußischen Armee Möllendorf und Kalkreuth auf der einen Seite und Vertreter der gemäßigten Richtung in der französischen Regierung auf der anderen haben zunächst auf eigene Hand Verhandlungen angeknüpft, die dann, nachdem man sich der beiderseitigen Intentionen versichert hatte, von den Regierungen aufgenommen, fortgeführt und zum Abschluß gebracht worden sind.

Daß wirklich von den Sozialdemokraten heute auf Grund ihrer internationalen Beziehungen etwas gesponnen wird, scheint bestätigt zu werden durch die Leidenschaft, mit der Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" Tag für Tag den Friedensgedanken bekämpft. Wir seien auf dem Wege zum Siege, argumentiert er, und dieser Weg müsse bis zum Ende durchgemessen werden. Bei den

glänzenden progressiven Erfolgen des Tauchbootkrieges erwartet er, daß wir binnen einer kurzen Reihe von Monaten England wirtschaftlich soweit heruntergebracht haben werden, daß es unsere Friedensbedingungen annehmen müsse. Ueber diese Auffassung läßt sich reden. Wenn es richtig ist, wie niemand zweifelt, daß unsere Landfronten unzerbrechlich und undurchdringlich sind, und daß wenige Monate dazu gehören, England auf die Knie zu drücken, so wäre es unstaatsmännisch, um die Leiden des Krieges etwas abzukürzen, einen Frieden zu schließen, der unseren Bedürfnissen nicht genügt. Aber es steckt, ganz abgesehen von der Frage, was eigentlich unsere wahren Bedürfnisse im Frieden sind, in der Beweisführung ein Fehler, den man aufdecken muß, damit die Irreführung sich in der öffentlichen Meinung nicht festsetze. Wie groß die Vorräte, über die England verfügt, heute noch sind, weiß man nicht, aber es scheint, daß sie noch ziemlich erheblich seien, da trotz aller Erfolge unserer Tauchboote die Preise seit dem 1. Februar nur mäßig gestiegen sind. Nach einer Zusammenstellung des „Economist" vom 7. April kostete Getreide und Mehl (in Indexzahlen) vor dem Kriege 500, im Januar 1917 1310, im März 1346½. Andere Nahrungsmittel vor dem Krieg 300, im Januar 561, im März 610½. Mineralien vor dem Kriege 400, im Januar 825½, im März 834½. Der Weizenpreis ist auf 90 Shilling für den Quarter gestiegen, und das ist sehr hoch, immerhin aber doch ein Preis, der schon zur Zeit des Krimkrieges einmal gezahlt worden ist, und 1815 wurde sogar bei der Festsetzung der Getreidezölle als Grundsatz aufgestellt, daß der Preis nicht unter 80 Shilling heruntergehen dürfe, wenn die englische Landwirtschaft dabei bestehen solle. Es ist also nicht gerade wahrscheinlich, daß schon in den nächsten Monaten die Nahrungsmittelnot in England hoch genug steigt, um direkt zum Frieden zu führen. Im August kommt die neue Ernte und hilft wieder für drei bis vier Monate weiter. Mittlerweile ist die große amerikanische Tonnage der Binnenseen in den Ozean gebracht, vielleicht ein Teil der deutschen konfiszierten Schiffe repariert und die amerikanischen Werften, die mit Aufgebot aller Kräfte arbeiten, fangen an, neue Schiffe zu liefern. Die „Times" und andere englische Zeitungen mahnen freilich dringend zur Sparsamkeit, da man bei der bisherigen Rate des Konsums mit dem Weizen nicht bis zur Ernte durchhalten werde, aber auf solche Artikel ist nicht unbedingt zu bauen, da sie einerseits geschrieben sind, um

zu warnen und zu mahnen, andererseits selbst von schweren Entbehrungen bis zur Unterwerfung unter den feindlichen Willen immer noch sehr weit ist. Das wissen wir ja von uns selber. Wie oft hat die feindliche Presse schon triumphierend verkündigt, daß die Deutschen sich schon mit einem Nahrungsmittel behelfen müßten, das sonst nur als Viehfutter verwendet wurde, den Wruken! Aber die Gegner haben sich sehr getäuscht, wenn sie glaubten, uns damit auf die Kniee zwingen zu können. Von England aber ist zu bemerken, daß es noch nicht einmal die Rationierung der Lebensmittel hat, die freilich bei dem mangelhaften englischen Beamtentum auch sehr schwer durchzuführen sein würde. Da im Kriege nichts gefährlicher ist, als sich in Illusionen über die Schwäche des Feindes einzuwiegen, so war es Pflicht, den Berechnungen der „Deutschen Tageszeitung" gegenüber diese Gegenrechnungen nicht zu verschweigen. Uebrigens hat die ganze Erwägung einen akademischen Charakter. Denn selbst, wenn es gelänge, jetzt zu den Friedensverhandlungen zu kommen, die unsere Fanatiker so leidenschaftlich ablehnen, so muß doch immer einige Zeit vergehen, ehe sie Erfolg haben. Sie würden also den Versuch, die Engländer vor ihrer nächsten Ernte durch den Hunger zu bezwingen, gar nicht stören. Nach Beginn der Ernte aber, also Ende Juli, ist ohnehin auf längere Zeit noch keine Aussicht auf Erfolg. Wohl gemerkt, das gilt nur für die Nahrungsfrage in England. Der Tauchbootkrieg hat aber auch noch andere, nicht weniger wichtige wirtschaftliche Folgen, über die wir in diesem Augenblick keine Berechnungen anstellen wollen. So günstig man hier die sich eröffnenden Aussichten auch ansehen mag, so unbedingt sicher sind sie doch nicht, daß wir, wenn uns auf die Winke, die von Wien wie von Berlin gekommen sind, die Russen jetzt wirklich annehmbare Angebote machen sollten, sie in so übermütiger Zuversicht, wie es die „Deutsche Tageszeitung" tut, ablehnen dürfen. Nach wie vor muß das „zum Kampfe entschlossen, zum Frieden bereit" als unsere Parole gelten. Ich bin ganz zuversichtlich, daß Deutschland nicht nur einer gedeihlichen, sondern einer großen Zukunft entgegengeht, wenn es gelingt, auf Grundlage der militärischen Situation, so wie sie heute ist, einen Frieden abzuschließen.

Der Krieg im April.

21. April 1917.

Zum fünften Mal haben die Franzosen und Engländer mit dem Beginne dieses Monats angesetzt, um in gewaltigem Ansturm die Westfront, die wir im September 1914 aufgebaut haben, zu durchbrechen. Was ist der strategische Grundgedanke dieses neuen Versuchs? Worauf gründet sich die Hoffnung, daß er dieses Mal besser gelingen werde als 1915 und 1916? Nach dem was in englischen Zeitungen durchgesickert ist, ist man nicht unbedingt einig und entschlossen gewesen, jetzt diesen neuen Versuch zu machen. Man hat davon gesprochen, daß es besser sei, einen Moment abzuwarten, wo Deutschland schwächer und die Alliierten noch stärker seien als heute und das würde im Jahre 1918 eintreffen. Als unser Tauchbootkrieg einsetzte, wurde der englischen Regierung vorgeworfen, daß sie prinzipiell falsch disponiert habe. Statt die Armee in Frankreich zu verstärken, hätte man die Arbeiter verwenden sollen, den Acker zu bestellen und Schiffe zu bauen. Wenn man sich nun trotzdem über den Angriff auf die Westfront geeinigt hat, so mag da mehreres zusammengewirkt haben. Zunächst ist es wohl von vornherein zweifelhaft, ob man mit einfachem Ausharren das ganze Jahr 1917 hindurch die Verbündeten würde bei der Fahne gehalten haben. Dann ist die Sorge um den Schiffbau verringert worden dadurch, daß die Amerikaner sich dessen mit großem Eifer angenommen haben. Endlich aber sind es die Friedensbestrebungen, die mit der russischen Revolution emporgetrieben worden sind, die ein langes Hinhalten unmöglich gemacht haben. Entstand der Eindruck, daß es mit der Offensivkraft der Engländer und Franzosen zu Ende sei, so war es klar, daß die russische Friedenspartei die Oberhand behalten werde.

Auf jeden Fall ist die große Offensive den ganzen Winter hindurch mit aller Anstrengung vorbereitet worden. Nach dem Scheitern des ersten Durchbruchsversuchs in der Champagne im März 1915 soll ja, wenn ich mich recht erinnere, der General Joffre gesagt haben, man werde diese Versuche mit immer größeren Mitteln, immer mehr Artillerie, Munition und Mannschaften, immer wieder erneuern, bis es endlich einmal gelinge. Das Eigentümliche des letzten Versuches, der Somme-Schlacht, war, daß der Ansturm auf einer relativ schmalen Front gemacht wurde. Diesmal scheint man

von vornherein einen sehr breiten Angriff in Aussicht genommen zu haben. Der ursprüngliche Plan ist durch den freiwilligen Rückzug der Deutschen in die Siegfriedstellung, der am 4. Februar begann, gestört worden. Der jetzige Angriff hat sich rechts und links von derjenigen Strecke entwickelt, auf der die Deutschen ihre Stellung zurückgebogen haben. In der Mitte, bei St. Quentin ist zwar ebenfalls Artilleriekampf, aber kein eigentlicher Angriff. Man darf annehmen, daß die Zeit immer noch nicht ausgereicht hat, um die künstlich geschaffene Wüste vor unserer Stellung zu überwinden. Wären wir in unserer alten Stellung geblieben, so hätte der Angriff der Gegner vermutlich auf einer noch viel breiteren Front angesetzt, als es jetzt geschehen ist. Da ein Angriff auf einer breiten Front nicht so intensiv vorbereitet werden kann, wie auf einer schmalen, so steht man abermals vor der Frage, inwiefern die alliierten Feldherren geglaubt haben, daß sie mit dieser Methode Erfolg haben würden. General Brussiloff ist ja im Sommer 1916 mit breiter Front schließlich ganz ebenso gescheitert wie die Westler an der Somme mit ihrer schmalen. Es mag sein, daß sie ihre Hoffnung nicht bloß auf die starke Vermehrung der sehr schweren, weit schießenden Artillerie, sondern auch auf die Gasbomben und die Panzerautomobile, die sogenannten Tanks gesetzt haben, die in großer Masse in dieser Schlacht aufgetreten sind und besonders geeignet erscheinen, einen Angriff in breiter Front zu unterstützen. Die Tanks sind imstande, selbst über sehr grobe Geländehindernisse, wie Gräben und Bauernhäuser, hinwegzugehen; ihr Panzer ist stark genug, den Granaten der Feldartillerie zu trotzen, und die Infanterie kann ihnen erst recht nichts anhaben. Gelingt es einem solchen Tank, sich quer über einen Schützengraben zu legen, so bestreicht er ihn nach beiden Seiten mit seinen Maschinengewehren und lähmt die Verteidigung so sehr, daß der Infanteriesturm in der Front leichtes Spiel hat. Nur sehr starke Geländehindernisse und die schwere Artillerie können gegen die Offensive der Tanks Schutz gewähren.

Aber so gefährlich die neue Waffe sein mag, und so groß der Heroismus der immer neu anstürmenden Franzosen, ganz wie bei allen früheren Durchbruchsschlachten, hat sich der Angriff doch sehr bald erschöpft. Die Engländer, die zunächst auf eine schmale Front von nur 20 Kilometer ansetzten, haben hier durch eine Art von Ueberrumpelung einen Anfangserfolg erzielt: auch die Franzosen haben bei ihrem Angriff in der Champagne ziemlich

viele Gefangene gemacht. Das ist bei den früheren Schlachten schon ganz ähnlich gewesen, aber bei den vielen Hunderttausenden, die auf beiden Seiten ringen, fallen solche Verluste schließlich doch nicht ins Gewicht. Das Entscheidende ist allein, ob die deutsche Verteidigungsstellung durchbrochen wird oder nicht. Unsere stolze Zuversicht auf den deutschen Heldenmut wird uns diesmal so wenig trügen, wie früher.

Die Neuorientierung.

Mai 1917.

Die öffentliche Meinung, die Regierung und auch die Parteien bis tief in die Konservativen hinein sind darüber einig, daß dieser Krieg nicht nur für die Welt und nicht nur für die äußere Stellung Deutschlands, sondern auch für unser inneres Leben und Dasein eine wesentliche Umformung nach sich ziehen muß. Ueber den wichtigsten Punkt, das preußische Wahlrecht, habe ich mich bereits in unserem vorigen Heft ausgesprochen. Ich halte es nach wie vor für das richtigste, daß die Reform sofort, noch während des Krieges in Angriff genommen werde, weil sie sich dann in einer gemäßigten Art ohne viel Kämpfe vollziehen läßt, und wenn auch gemäßigt, doch auch, eben wegen der Schnelligkeit der Durchführung die Radikalen befriedigen kann. Eine Tatsache gibt immer eine ganz andere Genugtuung als ein bloßes Versprechen. Sollte die Regierung zu einem solchen Vorgehen sich nicht entschließen, so wird die Reform nach dem Frieden nur unter sehr heftigen Kämpfen durchgeführt werden können, und der Ausgang wird, wie er auch immer sei, etwas Unbefriedigendes haben. Entweder die Radikalen werden ihre Forderungen im wesentlichen durchsetzen, und das würde mir sowohl sachlich nicht gut dünken, als es auch die sehr breiten und wichtigen konservativ gesinnten Schichten unseres Volkes tief verstimmen würde. Oder aber der Radikalismus der Linken bringt es dahin, daß die Reform mit Hilfe der Konservativen gemacht wird, so wird sie so wenig bieten, daß die liberalen Elemente sich als betrogen vorkommen, und man an die traurige Reaktionsperiode vor hundert Jahren nach den Freiheitskriegen erinnert wird.

Auch im Reich bedarf das Wahlrecht einer gewissen Reform, aber nur insofern als für die Wahlkreise, die einen besonders starken Bevölkerungszuwachs gehabt haben, neue Mandate geschaffen werden müssen. Ein Wähler in Lippe-Schaumburg, wo es 10707 Berechtigte gibt, hat jetzt das 31fache Wahlrecht eines Wählers in Teltow-Charlottenburg, deren 339000 existieren. Zwölf Wahlkreise haben über 100000 Wähler, während die Durchschnittszahl 36377 ist. Man hat nun den Vorschlag gemacht, die ganz großen Wahlkreise nicht einfach zu teilen, sondern sie bestehen zu lassen, ihnen aber eine größere Zahl von Vertretern zu geben und diese nach dem Proporz-System wählen zu lassen. Dieses System wird empfohlen, weil es auch den Minoritäten eine Vertretung gebe und dadurch den Volkswillen besser zum Ausdruck bringe, als durch die einfache Majoritätswahl. Das ist nun freilich ein großer Irrtum, und zwar deshalb, weil es einen staatsrechtlichen „Volkswillen" gar nicht gibt, weil dieser ganze Begriff eine bloße Fiktion ist. Es gibt nur den Willen von Einzelnen und aus allen diesen Einzelwillen auf dem Wege der Abstimmung einen Gesamtwillen zu komponieren, ist eine logische und praktische Unmöglichkeit. Insofern ein „Volkswille" sich überhaupt in Abstimmungen manifestiert, ist er ein bloß negativer: das Volk weiß nur, was es *nicht* will, aber nicht, was es *will*.*) Die historische Erfahrung lehrt, wie ich in meiner gedruckten Vorlesung „Regierung und Volkswille" (1913) dargelegt habe, daß nicht einmal ein so gut wie einstimmiges Votum die Sicherheit eines „Volkswillens" gibt, geschweige denn eine bloße Majorität. Der Wille eines Volkes äußert sich in seinen Taten und in seinen Opfern, Abstimmungen aber sind Produkte der Mächte, die in der Lage sind, ihren Einfluß geltend zu machen, die Masse der Einzelnen zu belehren oder zu verführen, sie zu vergewaltigen oder zu bestechen, sie aufzuklären oder zu belügen, sie zu begeistern oder zu beschmeicheln (wobei selbstverständlich beide Parteien ihrerseits immer nur die edleren unter diesen Methoden verwenden, die weniger anständigen aber dem Gegner überlassen). Die Entscheidung gibt schließlich, wer das Geld hat, eine Wahlorganisation zu schaffen, die die immer sehr zahlreichen Gleichgültigen an die Urne schleppt. Es ist deshalb auch gar nicht so sehr

*) Das ist sehr schön nachgewiesen von Otto Friedländer „Zur inneren Entwicklung der österreichischen Staatsverfassung"; Zeitschrift für Politik Band X, Heft 1, 1916.

wichtig, ob es gerade die Majorität ist, die regiert; weshalb sollte die Majorität besser oder klüger sein als die Minorität? Das Majoritäts-Prinzip ist ein bloßer Notbehelf und war unseren Vorfahren auch lange Zeit ganz unbekannt. Was der moderne Staat gebraucht, das ist, daß er von der inneren Zustimmung und dem guten Willen möglichst vieler seiner Bürger getragen werde, und zu diesem Zweck werden, da es eine andere Methode nicht gibt, repräsentative Körperschaften gewählt. Daß das System der Majoritäts-Wahlen den Mangel hat, die Minoritäten alle auszuschalten, liegt auf der Hand. Die Proporz-Systeme aber, die man erfunden hat, und sie sind zahllos, haben allesamt den Fehler, daß sie dem „Volke" vollends die Entscheidung aus der Hand nehmen und sie den Wahl-Organisationen zuschieben. Denn der Einzelne hat zwar beim Proporz die Möglichkeit, statt sich bloß zwischen zwei Kandidaten zu entscheiden, auch seine persönliche Lieblingsmeinung zum Ausdruck zu bringen, aber eben das wird ihm zur Falle. Denn nun hängt die Entscheidung ab von der Geschicklichkeit der Führer, auf ihrer Liste so viel „Lieblingsmeinungen" und Interessen zu kombinieren, daß ihr Zettel gewinnt. Die Abstinenzler, die Impfgegner, die Pazifisten, die Monisten, die Antisemiten, die Anhänger der Einheitsschule, die Hausbesitzer und die Hundebesitzer und das ganze Heer der entgegengesetzten Interessen von den Agrariern bis zu den Festbesoldeten haben gute Tage. Bei einer allgemeinen Abstimmung gleicht sich das einigermaßen aus und die größeren politischen Gegensätze und Ideen geben den Ausschlag; der Proporz treibt dazu an, das Allgemeinwohl beiseite zu setzen und Sonderinteressen nachzujagen. Das zu verhindern ist man wieder in manchen der Proporz-Wahlordnungen so weit gegangen, die Freiheit der Wähler kurzerhand aufzuheben und ihnen nur zu gestatten, daß sie sich für diese oder jene Partei entscheiden, deren Führer dann die Mandate verteilen. Das ist zwar sehr undemokratisch, die reine Ironie auf den Begriff der demokratischen Freiheit, aber politisch noch gar nicht so schlecht. Denn die Parteien sind zwar nicht das Volk, aber sie verstehen einigermaßen zu regieren, und da sie das große Wort führen, so können sie dem Volke weismachen, daß sie selber das Volk seien. So ist die Legende in die Welt gesetzt worden und wird allgemein geglaubt, daß die Völker, die von Parteien regiert werden, sich selber regieren, und man hat die schöne Gegenüberstellung von „Obrigkeitsstaat" und „Volksstaat"

erfunden. Man wird den Parteien gerecht, wenn man sie auffaßt als freie, sich selbst ergänzende Genossenschaften, die ein großes Interesse daran haben, talentvolle Leute anzuziehen und an die Spitze zu bringen. Das „Volk" ist bei ihnen nur insofern von Einfluß, als sie sich in acht nehmen müssen, gar zu viele Leute zu verstimmen und etwa in das Lager der rivalisierenden Partei zu treiben. Je mehr man also den Einfluß der organisierten Parteien verstärkt, desto mehr schaltet man das „Volk" aus. Ein Proportionalwahl-System für das ganze Volk würde ich daher auf das entschiedenste widerraten. Da ja aber auch die Mängel des Majoritäts-Systems zutage liegen, so gibt es vielleicht einen annehmbaren Ausgleich, die ganz großen Wahlkreise, d. h. diejenigen, denen man jetzt wenigstens drei Abgeordnete geben muß (es sind elf), nach irgendeinem Proporz wählen zu lassen. Das hat noch den besonderen Vorteil, daß damit kein Präzedenzfall geschaffen ist, wonach man mit der Zeit den Proporz allgemein einführen müßte, und zugleich dem Verlangen nach allgemeiner Neuverteilung der Wahlkreise ein Riegel vorgeschoben wird.

Neben der Reform des Wahlrechts wird nun im Reich eine Verfassungsreform betrieben ganz anderer Natur. In Preußen handelt es sich um eine Machtverschiebung zwischen den in der Volksvertretung zu Worte kommenden verschiedenen Gesellschaftsschichten. Im Reich handelt es sich um Verfassungsbestimmungen, die dem Reichstag in seinem Verhältnis zur Regierung eine verbesserte Stellung geben sollen. Der Reichstag hat eine eigene Kommission eingesetzt, solche Bestimmungen zu entwerfen. Was bisher vorgeschlagen und auch meist (noch nicht alles) angenommen worden ist, ist nicht gerade tiefgreifend, aber doch immerhin bedeutsam, und von konservativer Seite wird ein leidenschaftlicher Widerspruch erhoben, weil diese Veränderungen die Ueberführung des deutschen konstitutionellen Systems in das parlamentarische System bezweckten, zum wenigstens den Anfang dazu bildeten, weshalb sie, die Konservativen, verpflichtet seien, solcher Zerstörung unseres historisch gebildeten Verfassungslebens einen unbedingten Widerstand entgegen zu setzen. Welche innere Berechtigung hat überhaupt der Ruf nach einer grundstürzenden Reform, da doch unser Staatswesen sich in diesem Kriege glänzend bewährt hat? Wodurch sind wir denn der unermeßlichen numerischen Ueberlegenheit unserer Gegner gewachsen geblieben, wenn nicht eben

durch die tüchtigere und bessere Struktur unseres Staatswesens? An Patriotismus, Tapferkeit und Intelligenz fehlt es den Franzosen und Engländern doch auch wahrlich nicht — warum können sie nichts gegen uns ausrichten? Es ist der deutsch-preußische Staat, der der stärkere ist. Wir haben um so weniger Anlaß an ihm etwas zu ändern, als wir ja sehen, daß namentlich die Engländer sich gar nicht anders zu helfen wissen, als daß sie ihrerseits unsere Institutionen eine nach der anderen nachahmen.

Diese Betrachtungen würden ohne weiteres durchschlagen, wenn es sich wirklich um grundstürzende Aenderungen handeln sollte, und wir können weitergehen und hinzufügen: solche grundstürzenden Aenderungen, nämlich die Ueberführung des monarchisch-konstitutionellen Staates in das parlamentarische Parteiregiment werden tatsächlich von der Sozialdemokratie und der freisinnigen Volkspartei angestrebt. Diesen Bestrebungen gegenüber müssen wir auf die Seite der Konservativen treten und sie mit unbedingter Entschiedenheit ablehnen. Etwas anderes aber ist es, ob die positiven Vorschläge, die die Verfassungskommission des Reichstags bisher zutage gefördert hat, einen so radikalen Umschwung wirklich bedeuten. Vielleicht handelt es sich nur um Verbesserung im einzelnen bei Erhaltung des Systems im ganzen. Das ist zu untersuchen.

Die Kommission schlägt vor, daß ein Staatsgerichtshof geschaffen werde, vor dem der Reichstag einen Reichskanzler wegen Verletzung seiner Amtspflicht belangen könne.

Eine solche Einrichtung hat offenbar nur eine symbolische Bedeutung. Käme es je so weit, daß eine Majorität im Reichstag den Reichskanzler strafrechtlich in Anspruch zu nehmen versuchte, so ist das nicht anders denkbar als im Verlauf eines Verfassungskonflikts allerschwerster Art. Eine Reichstagsmajorität, die sich stark genug fühlt, das Richtschwert über den Kanzler zu zücken, fühlt sich auch stark genug, den Kampf um die Gewalt mit dem Kaiser und den Bundesfürsten aufzunehmen. Ob bei einem derartigen Widerstreit ein Staatsgerichtshof existiert oder nicht, wird von sehr geringer Bedeutung sein; die Frage lautet also in Wirklichkeit nur: ist es zweckmäßig und hat es einen verständigen Sinn, heute mit der Schaffung des Gerichtshofes eine Demonstration zu machen, die eine Machtmehrung für den Reichstag bedeuten würde?

Praktisch eingreifender ist der Vorschlag, den Mitgliedern des Bundesrats die Mitgliedschaft im Reichstag zu gestatten, die die

Verfassung ihnen jetzt versagt. Die Bestimmung ist wohl ihrer Zeit getroffen worden, weil die Mitglieder des Bundesrats nicht nach ihrer persönlichen Ueberzeugung abstimmen, sondern gemäß der Instruktion, die sie von ihrer Regierung erhalten. Es könnte also vorkommen, daß ein Mann, der Mitglied beider Körperschaften ist, in der einen anders abstimmt als in der anderen. Dieser theoretischen Schwierigkeit steht aber praktisch ein großer Gewinn gegenüber. Es wäre nach verschiedenen Seiten von hohem Wert, wenn Mitglieder des Reichstags in die höheren Stellen der Reichsregierung eintreten könnten. Es unterliegt ja keinem Zweifel und ist schon oft beklagt worden, daß hervorragende Persönlichkeiten sich nicht gern bereit finden lassen, ein Mandat zum Reichstag anzunehmen oder nach kurzer Zeit wieder ausscheiden. Das intellektuelle Niveau des Reichstags ist seit seiner Begründung sehr stark herabgegangen; man hat sogar davon gesprochen, daß der Reichstag einen subalternen Anstrich bekommen habe. Das wäre an sich noch kein Unglück. Man könnte sich vorstellen, daß die großen, fruchtbaren Gedanken, wie es ja bisher fast immer gewesen ist, von der Regierung ausgehen und dann im Reichstag durch die fleißige Mitarbeit aller Parteien und Interessengruppen im einzelnen und kleinen aufs sorgsamste durchgearbeitet und auspoliert werden. Der Reichstag ist ja nicht Selbstzweck, sondern der Zweck ist eine gute Gesetzgebung, eine aufmerksame Kritik und Kontrolle aller Einzelhandlungen der Regierung und überhaupt eine öffentliche Aussprache. Man kann sich vorstellen, daß das erreicht wird, auch ohne daß gerade die erlesensten Geister der Nation sich in jener Körperschaft zusammenfinden. Auch außer dem Reichstag gibt es ja noch in der Presse und in der Literatur Stellen, wo fruchtbare Gedanken an den Markt gebracht und zur Diskussion gestellt werden können. Die Stelle, wo etwas fehlt, ist auf dem entgegengesetzten Ende zu suchen. Unser Staatswesen beruht auf dem aus der Monarchie herausgewachsenen und in ihr gipfelnden Beamtentum. Dies Beamtentum ist vortrefflich, aber die Erziehung, in der es seinen eigenen Nachwuchs heranbildet, hat oft, wie jede strenge Erziehung, etwas Beengendes und erzeugt gar zu leicht ein schematisches, in den Traditionen verknöchertes Denken. Die Folge ist, daß es bei uns immer so erstaunlich schwer ist, für die leitenden Stellen im Staat geeignete Persönlichkeiten zu finden. Was für mittelmäßige Geister erscheinen vor meinem Auge unter den Mi-

nisten, die ich seit den 70er Jahren kennen gelernt habe! Meine gedruckte Vorlesung „Regierung und Volkswille" ist im wesentlichen dem Nachweis gewidmet, welche entscheidenden Vorzüge unsere Staatsordnung vor dem parlamentarisch regierten Ländern besitze. In dem unten folgenden Aufsatz von Dr. Ernst Wolff*) ist des weiteren einleuchtend dargelegt, daß auch der föderative Charakter des Reiches mit einer parlamentarischen Regierung sich nicht verträgt. Das ganze Deutsche Reich müßte umgebaut werden, wenn wir dieses System auch nur anstreben wollten. Einen Vorzug aber muß man den parlamentarisch regierten Staaten zugestehen, der von der allergrößten Bedeutung ist: das ist der größere Reichtum an Persönlichkeiten, die sich befähigt zeigen, die leitenden Staatsstellen einzunehmen. Für jedes Ministerium gibt es in England, Frankreich oder Italien immer gleich mehrere Männer, alle von einem gewissen Talent und einer gewissen originalen Kraft, zwischen denen man die Auswahl hat, während in Preußen-Deutschland, wenn irgendein hoher Posten zu besetzen ist, man mit der Diogeneslaterne herumgehen und suchen muß. Die beste Aushilfe haben bisher noch die großen Kommunen und andere Selbstverwaltungskörper geboten. Als Stein seinerzeit die Städteordnung schuf, war es seine Vorstellung, daß die Städte wesentlich von Bürgern im Ehrenamt verwaltet werden sollten. Diese Absicht ist, worauf namentlich Schmoller immer hingewiesen hat, nicht eigentlich in Erfüllung gegangen. Die Bürger im Ehrenamt haben zwar auch an der Gemeindeverwaltung einen nicht unwesentlichen Anteil, das Schwergewicht liegt aber doch bei den von den Stadtverordneten gewählten, besoldeten Beamten, den Bürgermeistern, Stadträten und Beigeordneten. Dieses städtische hohe Beamtentum hat im Laufe der Zeit einen besonderen Geist entwickelt, der sich vom Staatsbeamtentum merklich unterscheidet, so daß beide miteinander konkurrieren und beide einander ergänzen. Nichts hat sich vorteilhafter erwiesen, als wenn bei uns ein Bürgermeister Minister oder ein Staatssekretär Bürgermeister wurde. Auch sonst ist ja immer keineswegs daran festgehalten worden, daß die Minister aus dem Beamtenkörper ihres Ressorts emporgestiegen sein müssen, und es ist schon mancher Außenseiter an eine leitende Stelle gekommen. Aber es genügt alles noch nicht. Auch die Parlamente müssen eine Pflanzschule für leitende Stellen in der Regierung werden.

*) Preuß. Jahrb. Juniheft 1917.

Man hüte sich, ein solches Vorgehen gleich zu setzen mit dem, was man das parlamentarische Regierungssystem nennt. In diesem werden die Mitglieder nicht nur grundsätzlich aus den Mitgliedern des Parlaments genommen, sondern sie werden vor allem durch die Parlamentsmajorität für ihren Posten, zwar nicht formell ernannt, aber doch sachlich bestimmt. Das ist eine Methode, die allerdings Persönlichkeiten anlocken und erziehen kann, wie die Erfahrung lehrt, aber sachlich ein sehr mangelhaftes Regierungssystem ergibt. Wenn nichts anderes, so hat, wie immer wieder betont werden muß, das der Krieg jetzt erwiesen, und mit einer Art von Verzweiflung stellen die Engländer fest, daß der Krieg sie gezwungen habe, ihr altes Staats- und Verwaltungssystem fallen zu lassen und es von Grund auf nach preußischem Muster aufzubauen. Sollen wir nun etwa unsererseits zum englischen System übergehen? Ganz gewiß nicht. Aber wir müssen in der Personenfrage weitherziger werden und gewisse starre, einseitige Traditionen fallen lassen. Das gilt nicht nur von den Funktionen der Minister und Staatssekretäre, sondern gilt, wie in dem nachfolgenden Aufsatz des Oberverwaltungsgerichtsrats Dr. Lindenau*) einleuchtend dargelegt ist, auch von unserem Verwaltungsorganismus im ganzen. Wir wollen, wie Meinecke es ausgedrückt hat, nicht bloß von Junkern und Korpsstudenten und solchen, die sich ihnen angeglichen haben, regiert werden. Das ist aber nicht eine Sache der Gesetzgebung, sondern eine praktische Aufgabe der Regierungskunst. Die Gesetzgebung kommt dabei nur insoweit in Betracht, als sie die Hindernisse, die dem Einrücken von Söhnen aller Volksschichten in die Spitzen der Verwaltung noch im Wege liegen, beiseite zu schaffen hat. Eines dieser Hindernisse ist die Vorschrift, daß Mitglieder des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesrats sein dürfen. Die inneren Schwierigkeiten, die sich aus der gleichzeitigen Beteiligung an Bundesrat und Reichstag ergeben, sind freilich so groß, daß niemand auf die Dauer die beiden Funktionen wird vereinigen können. Aber schon wenn es für eine gewisse Uebergangszeit möglich ist, kann damit der Zweck, den Bundesrat in engere Beziehung zum Reichstag zu bringen und aus den Reichstagsmitgliedern Anwärter auf Ministerposten zu gewinnen, erreicht werden. Das strikte verfassungsrechtliche Verbot muß also fallen. Nicht weniger wichtig aber wäre es, und ich würde dringend

*) Preuß. Jahrb. Juniheft 1917.

raten das zu tun, wenn auch die Bestimmung fiele, daß Mitglieder des Reichstages oder des Abgeordnetenhauses, die ein Staatsamt annehmen oder befördert werden, ihr Mandat verlieren (Artikel 21 der R.-V.). Die Bestimmung ist einst getroffen worden, um zu verhindern, daß Abgeordnete auf diese Weise durch die Regierung so zu sagen bestochen werden könnten. Heute hat sie, man könnte sagen, die umgekehrte Wirkung, daß es Männern, die das Vertrauen im Volke genießen, erschwert wird, an der Regierung teilzunehmen. Das Ganze ist keine systematische Reform, sondern eine praktische Verbesserung in der Regierungs-Maschinerie an dem wichtigen Punkt der Personenauswahl für den höheren Staatsdienst.

Tiefer einzugreifen in den Organismus unseres politischen Daseins scheint die Bestimmung, daß die Ernennung der Offiziere der Armee und Marine, die bisher der Kaiser allein vollzogen hat, künftig von einem Minister, der dafür dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich ist, gegengezeichnet werden soll. Hier scheint eine wesentliche Minderung der monarchischen Gewalt zugunsten des Reichstags vorzuliegen. Die Verfügung über die bewaffnete Macht ist recht eigentlich nicht nur das Zeichen, sondern auch der Inhalt der Souveränität. Die Verfassung und die Staatsrechtslehrer drücken das so aus, daß dem Kaiser die Kommandogewalt zustehe, und mit Eifersucht hat man bisher immer darauf gehalten, daß die Kommandogewalt allein beim Kaiser sei und der Reichstag da nichts dreinzureden habe. Es handelt sich aber um etwas anderes, als um die Kommandogewalt, wie sie auch etwa dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusteht. Es handelt sich um ein Verhältnis, das mit keinem Wort in der Reichsverfassung erwähnt oder auch nur berührt ist, und dennoch als grundlegend für unser ganzes Staatswesen angesehen werden muß. Es kann nur historisch gefaßt werden. Wie wäre es auch möglich, daß sich das Wesen eines Staates aus den Formen und Paragraphen der Gesetze vollständig ablesen ließe und sich in ihnen erschöpfte? Diese staatsrechtlichen Formen und Formeln erhalten ihren vollen lebendigen Sinn erst im Zusammenhange mit der Geschichte. Mag das Staatsrecht nur die Kommandogewalt kennen — der „Kriegsherr", der nicht in der Verfassung steht, ist der Begriff, den man erfaßt haben muß, um wirklich das deutsche Staatswesen zu verstehen, und ich glaube selber etwas dazu beigetragen zu haben, das historische Verständnis für diesen Begriff zu fördern.

Das Offizierkorps Friedrich des Großen war so gut wie ein ausschließlich adliges. Im Jahre 1883 veröffentlichte der damalige Major, spätere Generalfeldmarschall von der Goltz eine Schrift, in der er diesen adligen Charakter damit erklären wollte, daß damals der Adel den gebildeten Teil der Nation fast ausschließlich dargestellt habe. Ich wandte mich gegen diese Auffassung in einem Aufsatz in diesen Jahrbüchern (Band 52; wieder abgedruckt unter dem Titel „Der preußische Offizierstand" in meinen „Historischen und politischen Aufsätzen"), in dem ich ausführte, daß nicht die Bildung, sondern vielmehr der alte ritterliche Vasallitätsbegriff das Wesen des Friederizianischen Offizierkorps bestimmt habe. Preußen war kein nationaler Staat, sondern nichts als ein durch mancherlei Zufälle zusammengebrachter Territorialbesitz der Hohenzollernschen Dynastie. Die Armee konnte daher auch nicht zusammengehalten werden durch einen nationalen oder vaterländischen Gedanken, sondern nur durch eine persönliche Treuverpflichtung verbunden mit dem kriegerischen Ehrbegriff. Vom Mittelalter her, ja man kann zurückgehen bis auf die Gefolgschaften, die die urgermanischen Fürsten umgaben, lebte dieser Geist noch in dem Adel des ganzen romanisch-germanischen Europa, der ja die Fortsetzung des Ritterstandes bildet. Aus diesem Geiste heraus sind die Offizierkorps des 18. Jahrhunderts geschaffen worden und er lebt in ihnen noch heute, in keinem aber stärker als in dem preußisch-deutschen. Seit der Scharnhorstschen Heeresreform ist auch der Bürgerstand in steigendem Maße in das Offizierkorps eingetreten, aber das Verhältnis zum Kriegsherrn, der Geist der Gefolgschaftstreue ist derselbe geblieben. Der Sozialdemokrat Franz Mehring hat mir auf diese Darlegung entgegengehalten, daß ich also bewiesen hätte, daß nur das Offizierkorps und nicht die Masse der Mannschaften in der persönlichen Treuverpflichtung zum Kaiser stehe. Er hat mir das sogar als einen besonderen Beweis historischer Ehrlichkeit anrechnen wollen. Die Antwort darauf ist, daß ja das Offizierkorps nicht neben der Armee steht, sondern in ihr, und daß es sie nicht bloß führt, sondern auch erzieht und mit seinem Geiste erfüllt. Ist der Geist des Offizierkorps der Geist der germanischen Gefolgschaft, der Geist der Treue und des Gehorsams Rüdigers, Dietrichs und der Burgunden im Nibelungenliede, so darf man diesen Ruhm und diese Eigenschaft auch dem Heer im Ganzen zusprechen. Die Eigenschaft, um die es sich handelt, ist wohl eine hervorragende,

aber keine ausschließliche Eigenschaft des Offizierkorps, und man darf sagen, je höher sich die Armee entwickelt hat, desto mehr hat auch die Mannschaft davon in sich aufgenommen. Unter Friedrich dem Großen war ja tatsächlich ein sehr großer Teil der Mannschaften moralisch höchst minderwertig, oft zum Dienst Gepreßte, Ueberläufer und sogar untergesteckte Gefangene. Die Offiziere hielten sie zusammen und führten sie zum Siege durch die Macht der Disziplin. Die Macht der Disziplin allein aber wäre nicht imstande, auch nur im entferntesten die Leistungen unserer heutigen Feldgrauen zu erzwingen; diese ist allein möglich geworden auf dem seit den Tagen der Freiheitskriege zu immer größerer Stärke herangewachsenen Gedanken der Vaterlandsverteidigung, der Offiziere und Mannschaften in gleichem Maße erfüllt.

Diesen Tatbestand muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Bedeutung der vorgeschlagenen Reform richtig einschätzen will. Man hat wohl gesagt, die geforderte Gegenzeichnung des Ministers bei den Offiziersernennungen habe überhaupt keine praktische Bedeutung, da ja doch der Minister selber vom Kaiser oder König ernannt sei und der Reichstag, wenn er über irgendeine Personalfrage habe reden wollen, auch jetzt schon Gelegenheiten genug dazu habe finden können. Praktisch ist das nicht unrichtig; prinzipiell aber darf man nicht ableugnen, daß die vorgeschlagene neue Bestimmung dem Reichstag eine neue Befugnis bietet und für den Kaiser im Verhältnis zu seinem Offizierkorps eine gewisse, ideelle Beschränkung bedeutet. Dem ist aber entgegen zu halten, daß keineswegs jede Beschränkung auch eine tatsächliche Schwächung bedeutet; sie kann sogar das gerade Gegenteil bedeuten. Die Einführung der konstitutionellen Verfassung bedeutete einst große Beschränkung des bis dahin absoluten Königtums. Niemand aber kann bezweifeln, daß das Ergebnis nicht eine Schwächung der Monarchie, sondern eine gewaltige Machtsteigerung gewesen ist. Ist es richtig, daß der Geist des persönlichen Dienstes, der ursprünglich dem Offizierkorps eignete, sich jetzt über die Truppe in ihrer Gesamtheit ausgedehnt hat, so ist es, so zu sagen, eine logische Folgerung, daß nun auch die Volksvertretung als Repräsentant der Masse ihrerseits in eine nähere Beziehung zu dem Offizierkorps tritt. Vor dem Kriege hätte das noch einige Bedenken erregen können, da ja allem Anschein nach die monarchische Gesinnung im deutschen Volke im Rückgang begriffen war: die Wählerzahl der sozial-

demokratischen Partei, die prinzipiell dem Republikanismus huldigte, war auf ein volles Drittel der Abstimmenden angeschwollen. Das festeste Bollwerk gegen die Gefahren, die hieraus erwachsen konnten, war die Gefolgschaftstreue des Offizierkorps. Ich will nun gestehen, daß ich meinerseits den Republikanismus der Sozialdemokratie nie als eine wirkliche Gefahr angesehen habe. Ich erinnere mich aus meiner Jugend noch zu sehr der Tatsache, daß auch der Liberalismus einst zwar nur in der Theorie, aber doch in der Theorie republikanischen Ideen huldigte. Bei der Sozialdemokratie war dieser Republikanismus offen und sehr viel ernster, aber schließlich doch nur ideologischer Natur. Der Krieg hat auch in diesem Punkt eine Wandlung gebracht, oder zum wenigsten angebahnt. Eine Reihe von sozialdemokratischen Führern haben das bereits offen ausgesprochen und der Abgeordnete Hänisch hat darüber in der Deutschen Politik (Heft 20) in sehr unbefangener und instruktiver Weise berichtet. Es ist ja ein ganz natürlicher Vorgang: wird von der einen Seite eine Neuorientierung in Aussicht gestellt, so antwortet die andere mit dem Verzicht auf die Ideen eines gewaltsamen Umsturzes, oder wie der Abgeordnete von Vollmar es schon ehedem ausgedrückt hat: „dem guten Willen die offene Hand." Gelingt es durch ein derartiges Entgegenkommen, die republikanischen Tendenzen tatsächlich zu entkräften, so ist die Analogie zu der einstigen Einführung der konstitutionellen Verfassung nicht abzuleugnen: die Monarchie verliert nicht nur nicht durch die Nachgiebigkeit, sondern gewinnt. Es wäre das nur eine neue Seite des Verhältnisses, für das man so glücklich den Ausdruck des hohenzollernschen Volkskönigtums geprägt hat. Die Hohenzollern waren ursprünglich auch nichts als eine Dynastie wie andere Dynastien auch. Sind sie jetzt ein Volkskönigtum geworden, und beruht ihre Größe auf der Innigkeit der Einheit, so muß dabei auch eine gewisse Wechselseitigkeit obwalten; mit anderen Worten, jedes der großen Gebiete des öffentlichen Lebens, auf dem es sachlich angeht, muß auch mit der Volksvertretung in Beziehung stehen. Das ist ja auch mit dem Offizierkorps schon heute der Fall; die Stellen und Gehalte müssen vom Reichstag bewilligt werden. Die Frage ist nur, wo und wie praktisch die Grenzen zu setzen sind. Die Kommandogewalt als solche bleibt unberührt, auch das Ernennungsrecht als solches bleibt unberührt. Die persönliche Beziehung des Offizierkorps zum Kriegsherrn bleibt un-

verändert. Die Verschiebung, die stattfindet, vollzieht sich zunächst nur zwischen dem Chef des Militärkabinetts und dem Kriegsminister, und das ist bedeutsam, weil der Kriegsminister im Reichstag zur Rede gestellt werden kann und der Chef des Militärkabinetts nicht. Grundstürzend aber ist diese Verschiebung nicht, und man darf dem nicht etwa entgegentreten mit dem Satz, daß es sich eben nur um einen Anfang handle, und daß, wenn man nicht gleich im Anfange kräftig widerstehe, das Ende schließlich doch das Parlamentsheer sein würde. Mit derartiger Konsequenzfurcht kann man jede Reform unterbinden und hat man von je die wertvollsten Fortschritte zu bekämpfen gesucht. Mit dieser Verwarnung vor den weiteren Schritten sind schon Stein und Scharnhorst bekämpft worden. Das ist dieselbe Methode, mit der man die Einkommensteuer als Vermögenskonfiskation und die Erbschaftssteuer als Kommunismus verdächtigt hat — denn wenn man drei Prozent nehme, könne man ja ebensogut hundert Prozent nehmen. Wo wären wir geblieben, wenn wir uns in der preußischen Geschichte von diesem Grundsatz hätten leiten lassen, der von allen konservativen Grundsätzen der leerste und schlechteste ist?

Bleibt man auf dem Boden der nüchternen Wirklichkeit, so erscheint bei all diesen Reformvorschlägen immer wieder das gleiche. Daß es sich nämlich weder um die Einführung eines parlamentarischen Regiments, noch überhaupt um eine Verrückung der Grundlagen des Verfassungslebens handelt, sondern um gewisse teils mehr ideelle, teils mehr praktische Verstärkungen in der Stellung und in den Funktionen des Reichstages, die man vornehmen oder unterlassen kann, ohne daß gerade das Heil des Deutschen Reiches daran gebunden wäre. Es ist schließlich der Geist der Ostelbenschaft, der auch an dieser Stelle nach Verkörperung strebt. Wesentlicher Schade kann an keiner Stelle dadurch erwachsen, wahrscheinlich sogar mancher praktische Nutzen. Der einzige wesentliche Einwand gegen die Neuordnung ist, daß das Offizierkorps selbst sie sicher nicht gern sieht, sondern alles so lassen möchte, wie es ist, und auf die Empfindungen des Offizierkorps haben wir gewiß allen Grund, Rücksicht zu nehmen. Man kann sich aber nicht nur darauf berufen, daß es sich bloß um Wiederholung eines Zustandes handelt, der bis zum Jahre 1861 bestanden hat, sondern daß auch ein praktischer Schade nicht zu besorgen ist, wohl aber politische Gründe höchst gewichtiger Art für die Nachgiebigkeit sprechen. Die meisten Be-

schlüsse der Verfassungskommission sind mit allen Stimmen gegen die vier Stimmen der Konservativen gefaßt worden. In der Natur einer konstitutionellen Verfassung liegt es, daß die Regierung einer so überwältigenden Majorität gegenüber Entgegenkommen beweist, es sei denn, daß offenbare und durchschlagende Gründe des Staatswohles es verbieten. Solche Gründe sind nicht vorhanden.

Will man Reformen von so maßvollem Charakter ausschließen, so hätte man das Wort von der Neuorientierung überhaupt niemals aussprechen dürfen. Daß die Konservativen dagegen ankämpfen, ist trotzdem nicht unnatürlich und vielleicht sogar nützlich, da ein Vorgehen ganz ohne Widerspruch die Begehrlichkeit nach mehr gar zu sehr hätte reizen können. Wenn sie dabei den Kunstgriff anwenden, die Regierung anzuklagen, daß sie sich von den Sozialdemokraten beeinflussen lasse und deren Druck nachgebe, so darf man ihnen das nicht verübeln; es gehört zur Parteitaktik, wenn schon unbefangenerer Blick nicht verkennen kann, daß die deutsche Politik nichts ist, als die folgerichtige Auswirkung des hohen kaiserlichen Worts „ich kenne keine Parteien mehr". Leider aber muß man weitergehen und daran erinnern, daß eine Verfassung nicht bloß auf den geschriebenen Paragraphen beruht, sondern auch auf der Gesinnung, die dahinter im Volke lebt. Dieselben Konservativen aber, die mit solchem Eifer für die Erhaltung der monarchischen Rechte in der Verfassung fechten, sind es, die heute der wüstesten Demagogie, die das Vertrauen zur Monarchie im Volke zu untergraben bemüht ist, offensichtlichen Vorschub leisten. In welcher Partei und in welcher Presse findet man die alldeutschen Verdächtigungen und Schlagworte immer von neuem? Wer nährt den Argwohn, daß nicht umsichtige Ueberlegung, wenn sie auch im einzelnen Falle irren mag, sondern mattherzige Gesinnung, wie das höhnische Wort lautet, „eine natürliche, nicht zu Siegeswillen und Sieg befähigte Anlage" die deutsche Politik bestimme? Wer bemüht sich, eine Kluft zu reißen, einen Keil einzutreiben zwischen die oberste Leitung der Politik und der Armee? Wer bemüht sich, das nie hoch genug zu schätzende Verdienst, unser Volk als eine nationale Einheit in den Krieg geführt zu haben, indem man nicht eher losschlug, ehe der Verteidigungscharakter des Kampfes vor aller Augen lag, in den Vorwurf zu verkehren, daß man zu spät losgeschlagen habe, sei es nun um drei Tage oder drei Jahre, oder neun Jahre? Wer bemüht sich, den Glauben

unseres Volkes zu vergiften mit der Ausstreuung, daß all die ungeheuren Opfer hätten vermieden werden können, wenn wir an der Spitze einen anderen Staatsmann gehabt hätten? Wer ist der größere Schädiger der Monarchie, die Partei, deren Presse und Wortführer solche Vorstellungen verbreiten, oder die Parteien, die dem Reichstag an einigen Stellen eine etwas erweiterte und freiere Betätigung geben wollen?

Daß diese Reformen notwendig weitere tiefergreifende Umwälzungen im Gefolge haben müßten, ist ein bloßer Aberglaube. Mag der Herr Kriegsminister die neue Funktion, die ihm zugewiesen werden soll, als ein „Danaergeschenk" ablehnen; von seinem persönlichen Standpunkt aus hat er damit nicht Unrecht. Aber darauf kommt es nicht an. Das Entscheidende ist allein, ob die vorgeschlagenen Reformen dem Geiste und dem Bedürfnis der Zeit entsprechen und als organische, wohldurchdachte Fortbildungen unseres Verfassungslebens anzusehen sind. Ich stehe nicht an, diese Frage zu bejahen.

Versöhnungs-Friede. Macht-Friede. Deutscher Friede.

2. Juni 1917.

Kriegsziele — was versteht man eigentlich unter Kriegszielen? Das Kriegsziel der Entente war, die Türkei zu teilen, Oesterreich-Ungarn aufzulösen und das Deutsche Reich seiner Großmachtstellung zu entkleiden. Das deutsche Kriegsziel ist, uns und unsere Bundesgenossen vor diesem Schicksal zu bewahren und uns eine entwicklungsfähige nationale Zukunft zu sichern. Kräftiger Sinn wird über diese Grenze hinausgehen um einer stolzeren und höheren nationalen Zukunft willen, aber was in diesem Sinne als Forderung aufgestellt wird, ist kein Kriegsziel mehr, sondern es sind bloße Wünsche. Denn ein Kriegsziel ist das, was unbedingt erreicht werden muß, das Weitere aber hängt von der Kriegslage, vom Siege und der Größe des Sieges ab, und zur Kriegslage gehören nicht bloß die Verhältnisse eines bestimmten Augenblicks, sondern auch die Chancen, die eine Fortführung des Krieges uns und unseren Gegnern bieten würde. Könnte man sich darüber

einigen, in dieser Art das Kriegsziel und die Friedenswünsche zu unterscheiden, so würde die Diskussion gewiß in viel gemäßigterer Tonart als jetzt geschieht, geführt werden. Auch diejenigen, die ihre Kriegsziele als unbedingte Notwendigkeit hinstellen, ohne deren Erfüllung Deutschlands Zukunft ruiniert sei, pflegen doch hinzuzufügen, daß ihre Forderungen nur aufgestellt seien unter der Voraussetzung, daß die militärische Lage die Durchführung ermögliche. Das ist also dasselbe, was auch ich sage, daß es sich gar nicht um Kriegsziele, sondern um Friedenswünsche handelt. Sind es aber bloß Wünsche, so braucht man sich bei der Diskussion nicht zu erhitzen, und zeigt erst die Entente, daß auch sie zum Frieden bereit ist, und man kann, da unsere Bereitschaft ja bereits erklärt ist, in die Verhandlungen eintreten, so werden die Ansichten freilich auch dann noch sehr auseinandergehen, aber die Debatte ist doch wesentlich vereinfacht, da die Hauptvoraussetzung nicht mehr im Dunkeln liegt.

Scheint so die heutige Friedensziel-Diskussion unfruchtbar und überflüssig, so bezieht sich das doch nur auf die konkreten Forderungen, die hier oder da aufgestellt sind, während allerdings über gewisse Grundprinzipien des zukünftigen Friedens auch jetzt schon diskutiert werden kann und diskutiert werden muß. Es stehen sich drei Anschauungen gegenüber.

Die radikale Linke hofft diesen Frieden in einen dauernden Weltfrieden überleiten zu können auf dem Wege einer überstaatlichen Organisation und strebt daher einen Versöhnungs-Frieden an, einen Frieden, der allerseits auf Annexionen oder Entschädigungen verzichtet und die Racheempfindungen in den Völkern nach Möglichkeit dämpft. Gewisse Gebietsveränderungen sollen nicht von vornherein dabei ausgeschlossen sein, aber sie sollen den Wünschen der Völker und deren Selbständigkeitsgefühl nicht widersprechen.

Daß man bei einem Friedensschluß die Bedingungen möglichst milde gestalten solle, um die Aussöhnung zu erleichtern, ist ein Gedanke, der gewiß nicht von vornherein abzuweisen ist. Man kann sich dafür auf keine geringere Autorität als die des Fürsten Bismarck berufen; nicht etwa bloß wegen des Friedens von Nikolsburg, sondern auch wegen des Friedens mit Frankreich. Denn Bismarck hat nicht nur, um die Franzosen zu schonen, ihnen Belfort gelassen, sondern hätte auch am liebsten auf Metz verzichtet und die reine

Sprachgrenze vorgezogen; besonders aber hat er nachher in der Friedenszeit, um die Franzosen zu versöhnen und sie von uns abzulenken, alles getan, um ihre Kolonialpolitik zu begünstigen. Seiner und seiner Nachfolger Protektion verdanken die Franzosen das ungeheure Kolonialreich, das sie sich im letzten Menschenalter, von Tunis angefangen, erworben haben; um so großartiger, wenn man es vergleicht mit den unbedeutenden Stückchen, die Deutschland in derselben Zeit heimzubringen vermochte. Der Erfolg scheint gegen diese Politik zu sprechen, denn sie hat es den Franzosen ermöglicht, in diesem Kriege ihre Heere durch mehrere hunderttausend Mann, vielleicht um eine halbe Million, sehr gefährliche schwarze, braune und gelbe Soldaten zu verstärken. Hätten wir aber nun umgekehrt von 1871 an die französische Kolonialpolitik nicht begünstigt, sondern unsere Politik dauernd auf Niederhaltung und Schädigung Frankreichs eingestellt, — wäre dann der Friede 44 Jahre erhalten geblieben? Es ist eine peinliche Fragestellung, aber ich weiß nicht, wie man ihr entgehen kann. Es ist einmal der tragische Charakter in dem Verhältnis der Staaten zueinander: stellt man sich freundlich zu dem Rivalen und läßt ihm etwas zukommen, so stärkt man ihn für den zukünftigen Konflikt; hat man nichts als die Feindseligkeit im Auge, so würde man von einem Krieg in den anderen stürzen und die Welt entweder in Anarchie zugrunde gehen oder in einer völkerverschlingenden Weltherrschaft endigen. Der Haß, den der heutige Weltkrieg zwischen den Völkern aufgeregt hat, ist noch unendlich viel tiefer und böser als der Haß, den die napoleonischen Kriege oder der Krieg von 1870 hinterließen. Noch als wir mit Amerika in Frieden waren, schrieb die „New-York Tribune": „Die deutschen Abscheulichkeiten in diesem Kriege haben erreicht, daß sie zwischen den Deutschen und der übrigen gesitteten Menschheit einen Abgrund gegraben haben. Millionen von Männern werden ihr Leben lang den Deutschen gegenüber von einem Gefühl beseelt sein, wie die meisten Menschen es vor einer Schlange haben. Heute wachsen auf der ganzen Welt Millionen junger Leute heran, für welche der Deutsche kein menschliches Wesen ist, sondern eine wilde Bestie, ein Tier voller Abscheulichkeiten, Brutalitäten, Bestialitäten, das seinen Charakter in das Antlitz der Erde geschrieben hat, dessen Seele in Löwen, Reims und in der „Lusitania" zum Ausdruck kommt. Glaubt irgendjemand, daß das Ende des Krieges diese Ueberzeugung bei dem neu heran-

wachsenden Menschengeschlecht auslöschen wird?"*) Bei solchen Gesinnungen ist es eine reine Utopie sich vorzustellen, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen die Versöhnung unter den Völkern bedeuten würde. Auch wenn wir 1870 den Franzosen Elsaß-Lothringen nicht abgenommen hätten, würden wir deshalb ihrer Revanche keineswegs entgangen sein; unsere Milde wäre ihnen als Schwäche erschienen und der Krieg, der der grande nation das verlorene Prestige in der Welt wieder verschaffen sollte, wäre nur um so eher ausgebrochen.

Was ist daraus für die Gegenwart zu lernen? Mir scheint, daß wir den Gedanken eines Versöhnungsfriedens vollkommen ausschalten müssen. Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: es ist gar kein Platz für einen solchen Gedanken. 1871 hatten wir Frankreich so vollständig besiegt, daß wir den Frieden fast nach unserem Gefallen diktieren konnten; vier ganze Armeen waren völlig vernichtet, alle westlichen Festungen und die Hauptstadt in unserer Hand. Eine Einmischung der Neutralen war nicht ausgeschlossen, aber doch noch nicht drohend; von der deutschen Bevölkerung standen aber noch nicht $3^1/_2$ Prozent, noch nicht der dritte Teil der waffenfähigen Männer im Felde. Daß wir diesmal beim Friedensschluß auch nur annähernd in dieser Ueberlegenheit dastehen werden, ist nicht anzunehmen. Man vergesse nie, wie groß das tatsächliche materielle Uebergewicht unserer vereinigten Gegner ist. Das einzige natürlich Richtige ist daher, daß wir das, was die militärische Lage bietet, auch voll ausnützen.

Ist der „Versöhnungsfriede" auch eine Utopie, so sind die Bemühungen der vereinigten internationalen Sozialdemokratie in Stockholm, ihn zustande zu bringen, doch keineswegs verwerflich. Es mag doch sein, daß durch diese Konferenz zunächst auf die russische und dann auch auf die verbündeten Regierungen ein Druck ausgeübt wird, die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen. Wir

---

*) Gegen einen solchen Wahnwitz sind Worte ohnmächtig. Nichtdestoweniger will ich verweisen auf das soeben erschienene Buch von Björn Björnson, Vom deutschen Wesen, Impressionen eines Stammverwandten 1914 bis 1917. Mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann (Oesterheld & Co. Verlag, Berlin), das die Anklagen gegen das Deutschtum in sehr ruhigem Ton derart widerlegt, daß es auf einigermaßen unbefangene Gemüter auch unter unsren Feinden Eindruck machen muß, und zugleich uns selbst einen Spiegel vorhält, aus dem wir manches Nützliche lernen können.

unsererseits haben uns ja längst dazu bereit erklärt. Wir müssen es daher als einen Akt großer politischer Klugheit anerkennen, daß das Auswärtige Amt den Sozialdemokraten aller Schattierungen vorurteilslos Pässe nach Stockholm ausgestellt hat. Wie richtig das war, wird durch nichts besser bewiesen, als dadurch, daß die französische Regierung jetzt die Pässe versagt hat. Es wird doch weithin nicht nur den Neutralen, sondern auch in den Ententeländern zu denken geben, daß die angebliche deutsche Autokratie sich liberaler gezeigt hat, als die französische Demokratie, und dem französischen Ministerium kann seine Strenge noch teuer zu stehen kommen.

Der Vorstellung des Versöhnungsfriedens steht nun die andere gegenüber, die ich als die des reinen Machtfriedens bezeichnen möchte. Man geht aus von der Vorstellung, daß Deutschland sich vor allem vor der Wiederholung des großen Ueberfalles von 1914 zu hüten und zu decken habe, und das geschehe am besten durch neue Gebietserwerbungen, sei es in der Form von Annexionen, sei es in der Form von indirekten Angliederungen, die entweder materiellen Machtzuwachs oder wertvolle strategische Stellungen verschaffen.

Auch in dieser Vorstellung steckt ein wesentlicher Wahrheitskern; ohne Macht gibt es keine Sicherheit. Daß aber die Macht allein und allein die Macht Sicherheit gewähre, ist eine Utopie von nicht größerem politischem oder moralischem Wert als die Utopie von der allgemeinen Völkerversöhnung und Völkerverbrüderung. Es ist die fundamentale Täuschung, an der der große Napoleon zugrunde gegangen ist. Auch er glaubte sich zu sichern, indem er sich nach jedem Siege Abtretungen machen ließ und strategische Positionen, wie den dreifachen Festungsgürtel: die Elblinie mit Torgau, Wittenberg und Magdeburg, die Oderlinie mit Glogau, Küstrin und Stettin und die Weichsellinie mit Danzig, Thorn und Modlin festhielt. Das Ergebnis war, daß die geknechteten Staaten sich endlich trotz aller Fesseln doch wieder erhoben, sich alle gegen ihn vereinigten und sein Reich zerstörten. Eine so große Ueberlegenheit, daß sie gegen jede politische Kombination Sicherheit gewähre, kann es im modernen Staatensystem nicht geben. Wenn es jemals eine absolute Ueberlegenheit in neuerer Zeit gegeben hat, so war es die Ueberlegenheit Englands zur See. Sehr richtig hat aber Paul Leutwein einmal darauf hingewiesen, daß es einen Moment

gegeben habe, wo Frankreich, Deutschland und Rußland drauf und dran waren, sich gegen England zu vereinigen. Kam diese Vereinigung zustande, so war es nicht nur mit der Superiorität, sondern auch mit der Sicherheit Englands vorbei. Selbst wenn die ausschweifendsten Phantasten unserer Alldeutschen und des „Unabhängigen Ausschusses" über Gebietserwerbungen in Ost und West in Erfüllung gingen, so wären wir damit gegen den baldigen Wiederausbruch des Weltkrieges keineswegs gesichert, z. B. dann nicht, wenn zwischen uns und Oesterreich-Ungarn ein Zwiespalt entstünde. Die Völker lassen sich unter keinen Umständen eine unbedingte Uebermacht eines Staates in ihrem Kreise gefallen. Napoleon I. hat ganz mit Recht gesagt, daß nicht er die immer neuen Kriege begonnen habe, sondern daß die anderen Völker sich immer von neuem gegen ihn erhoben hätten, und wie milde war seine Herrschaft im Vergleich zu dem, was unsere Alldeutschen und „Unabhängigen" in der Behandlung der zu Unterwerfenden oder Anzugliedernden gefordert haben! Auch gegen uns würden die unterdrückten Völker immer von neuem die Waffen ergreifen. Es nützt gar nichts, wenn unsere „Unabhängigen" versichern, daß sie keineswegs Eroberungspolitik empfehlen, sondern nur für die Sicherheit Deutschlands sorgen wollten. Mommsens Römische Geschichte ist bekanntlich auf dem Gedanken aufgebaut, daß die Römer keineswegs bewußte Welteroberer gewesen seien, sondern daß sie Schritt für Schritt von Defensiv- und Sicherheitsabsichten getrieben die Länder rings herum besetzt und in ihre Gewalt gebracht hätten. Das klingt paradox und ist doch richtig. Die unbedingte Sicherheit wird eben nur gewährt durch die Herrschaft; die Politiker, die heute bei uns nur aus Gründen der Sicherheit Belgien und Nordfrankreich in die deutsche Hand bringen wollen, geben damit einen Rat, der sachlich mit Eroberung identisch ist, und weil er das ist, auch in seinen Konsequenzen zu immer neuen Konflikten und endlich zur Weltherrschaft oder zur Niederlage Deutschlands führen muß. Wer diese Weltherrschaft will, möge es offen aussprechen oder, wenn er sich aus Diplomatie scheut, das zu tun, sich gefallen lassen, daß wir, die wir die Weltherrschaft nicht wollen, sondern sie als den Gipfel alles Unheils ansehen, diese Bestrebungen immer wieder ans Licht ziehen und das deutsche Volk warnen, sich auf solchen Irrweg locken zu lassen. Die wahre Sicherheit unserer Zukunft, die wir anstreben müssen, kann niemals in der bloßen Machtver-

mehrung bestehen, sondern muß immer beruhen auf einer Verbindung von Macht und Politik.

Der „Unabhängige Ausschuß" nimmt die Miene an, als ob die von ihm empfohlene Politik, für die er mit allerhand Kunstgriffen auch die Autorität des Generalfeldmarschalls Hindenburg einzuspannen sucht, eine besonders schneidige sei. In Wirklichkeit ist sie das Gegenteil und entspringt wie so häufig äußerlich schneidiges Auftreten einer inneren Unsicherheit. Unsere ganze Politik soll eingestellt werden auf die Versicherung dagegen, daß unsere Kinder und Enkel eine so furchtbare Prüfung, wie wir sie heute bestehen, noch einmal durchzumachen haben. Gewiß möchten wir Alle unsere Nachfahren vor einem solchen Schicksal bewahren; aber ist das das Letzte und Höchste aller Prinzipien? Gibt es nicht noch etwas Höheres als Sicherheit und Ruhe? Die Macht des Deutschen Reiches ist ja bereits heute so groß, daß alle Völker ringsum von gleicher Furcht erfüllt sind. Der belgische Minister Vandervelde glaubte beweisen zu können, daß Deutschland beim Frieden von Frankreich das Becken von Briey, einen Hafen am Kanal und 15 Milliarden Kriegsentschädigung, von Belgien den Verzicht auf eine eigene Armee, deutsche Garnisonen in Namur, Lüttich und Antwerpen, die Aufsicht über die Eisenbahnen und Handelsverträge fordern werde. Unter diesen Bedingungen, schreibt Pichon im „Petit Journal", werde König Albert auf den Trümmern seines Landes regieren und Frankreich seinen völligen Untergang erleben dürfen; erreiche Deutschland seine Ziele, fügt er hinzu, so sei das der größte Sieg, den die Weltgeschichte kenne; er würde Deutschland die Herrschaft über Länder und Meere geben, wie kein Eroberer sie je erreicht habe. Auch ein Frieden ohne Entschädigungen würde zwar ein geringerer Triumph sein, aber genügen, damit Tirpitzs und Hindenburgs Erben neue Siege vorbereiten und sich einstweilen darüber freuen könnten, ihre Gegner besiegt und getäuscht zu haben. Selbst ein besiegtes Deutschland, schreibt Verneuil im „Matin", werde eine ständige Bedrohung der Welt, im besonderen Frankreichs darstellen. Ohne Rückgabe der „geographisch zu Frankreich gehörenden Gebiete" blieben dessen Grenzen einem neuen Angriff offen und ohne Kriegsentschädigung sei seine Finanzlage sehr kritisch und seine Industrie beinahe ruiniert. Die Furcht der Engländer ist dieselbe; sie ist wesentlich bestimmt durch die Vorstellung, wie es um die Sicherheit des Inselreichs bestellt sein werde, wenn Deutsch-

land sich erst einmal eine ganz große Tauchbootflotte gebaut haben werde. Der Italiener Malagodi malt sich aus, daß ganz Europa ein riesiges Deutschland sein werde; das Deutsche Reich umgeben von einer Plejade von Vasallenstaaten, die lateinischen Völker im Niedergang, „wie es sich die deutschen Professorengenerale und Generalprofessoren erträumen".

Diese Furcht vor uns wird erhöht durch die Betrachtung, daß Deutschland schneller als jedes andere Land seine Kriegsschäden ausheilen werde, da sein eigenes Gebiet durch den Krieg kaum berührt und die erzwungene Sparsamkeit ihm ermöglicht habe, alle seine Anleihen im Inlande unterzubringen. Auf diesen Ton ist nicht nur die gesamte feindliche Presse gestimmt, sondern es ist auch wirklich die Auffassung, die die leitenden feindlichen Staatsmänner, einschließlich der Amerikaner erfüllt. Dieselbe Angst um die Zukunft beherrscht ja nun auch unsere Alldeutschen und Unabhängigen. Immer wieder versichern sie uns mit ganz ähnlichen Worten wie die Vandervelde, Pichon, Verneuil, Malagodi, daß das deutsche Volk verloren sei, wenn es nicht jetzt die von ihnen angestrebten Kriegsziele erkämpfe. Weder hüben noch drüben erscheint mir das als ein besonderes Zeichen von Mut und Glauben an die nationale Zukunft. *Eine wahrhaft große und mutige Auffassung von der Aufgabe des Deutschen Reiches* verlangt über den bloßen Machtgrundsatz hinaus (ohne diesen zu unterschätzen), die Gestaltung und Förderung des Deutschtums, die Aufpflanzung des Paniers des deutschen Gedankens in der Welt und unter den Weltvölkern. Nicht einen Versöhnungsfrieden müssen wir anstreben, auch nicht einen reinen Machtfrieden, sondern einen *deutschen Frieden*, den Frieden der nationalen Zukunft.

Die engbrüstige Auffassung, daß Deutschland sich in die Austerschalen einer möglichst gesicherten Kontinentalstellung zurückziehen möge, ist umsomehr zu verwerfen, als wir jetzt mit Sicherheit annehmen dürfen, daß die Bedrohung von Osten her definitiv geschwunden ist. Was auch aus Rußland werde, auf unabsehbare Zeit ist es für uns keine Gefahr mehr. Nur die Autokratie war imstande, diesen aus den disparatesten Elementen zurechtgeschmiedeten Koloß zusammenzuhalten und zu jener Dampfwalze zu formen, die uns zermalmen sollte. Weder eine Föderativ-Republik, noch eine Diktatur, noch ein restaurierter Zarismus kann Rußland wieder zu einer solchen Kriegsmacht aufbauen, wie sie 1914 tatsächlich

bestanden hat. Ich denke das in dem Artikel „Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen" (folgt unten S. 228) genügend bewiesen zu haben. Soll nun Deutschland die Freiheit, die es dadurch gewinnt, daß es diesen Bedränger zur inneren Auflösung gebracht hat, benutzen, den Westen zu unterjochen? Es wäre das Verkehrteste, was es tun könnte, selbst wenn ein augenblicklicher Erfolg möglich sein sollte. Denn immer wäre es der Beginn jener Napoleonischen Politik, die am letzten Ende ins Verderben führt. Nicht einmal jene Vorstellung der Sicherung könnte uns dabei leiten, da wir ja, nachdem die russische Gefahr ausgeschaltet ist und wir die Ostflanke frei oder so gut wie frei haben, nicht mehr von Westen ernstlich bedroht werden können. Der westlichen Mächte allein werden wir uns immer ohne Schwierigkeit erwehren können. Wer heute noch predigt, daß wir um unserer Sicherheit willen Belgien in der Hand behalten müßten, ist so vorurteilsvoll oder so ängstlichen Gemütes, daß man große Ziele mit ihm kaum noch erörtern kann, oder er heuchelt.

Wo liegt das große Ziel, das wir uns setzen, oder sagen wir besser, der hohe Wunsch, dessen Erfüllung wir erstreben müssen, wenn der endgültige Sieg uns erst beschieden ist? Er kann nirgends anders liegen, als über See. Je größer unser Sieg, desto größer muß unser Kolonialreich werden. Angenommen wir brächten, sei es durch unsere Landsiege, sei es durch den Tauchbootkrieg, England so weit herunter, daß es trotz der Hilfe Amerikas auf die Fortsetzung des Krieges verzichtete und uns eine direkte oder indirekte Herrschaft über Belgien zugestehen wollte, so würden wir dennoch sagen müssen: nicht Belgien, sondern Afrika; nicht das Kohlenbecken von Charleroi, sondern Nigeria; nicht Zeebrügge, sondern die Azoren, Madeira und die Kapverdischen Inseln. Nicht Antwerpen, sondern Lagos, Zanzibar und Uganda, und Gibraltar für Spanien. Nicht Wirtschaftsvorteile durch erzwungene Handelsverträge, sondern Kriegsentschädigung in bar oder Rohstoffen.

Daß Deutschland Belgien gewinne, daran hat keiner unserer Bundesgenossen ein Interesse; Oesterreich-Ungarn sogar eher das entgegengesetzte Interesse, da es nicht wünschen kann, daß das Deutsche Reich, wenn schon sein Bundesgenosse, zu einer europäischen Hegemonie gelange. Dagegen daran, daß Deutschland ein großes Kolonialreich in Afrika gewinne, daran hat von unseren Bundesgenossen die Türkei ein sehr starkes direktes Interesse und

Oesterreich-Ungarn wenigstens ein indirektes, insofern die wirtschaftlichen Vorteile, der Bezug von Rohstoffen, die ein Kolonialreich gewährt, auch ihm zugute kommen werden.

Wird unser Sieg groß genug, so können wir hoffen, das ganze mittlere Afrika mit unserem alten Süd-West in unserer Hand zu vereinigen: Senegambien, Sierra Leone, die Goldküste, Dahome, das volkreiche Nigeria mit dem Hafen Lagos, Kamerun, die üppigen Inseln San Thomé und Principe, den französischen und den belgischen Kongo, das zukunftsreiche Angola mit seinen vorzüglichen Häfen, das Erzgebiet Katanga, Nord-Rhodesia, Nyassa-Land, Mozambique mit der Delagoa-Bai, Madagaskar, Deutsch-Ostafrika, Zanzibar, Uganda; dazu auf den Azoren den großen ausgebauten Hafen Ponta Delgado, eine der wichtigsten und besuchtesten Kohlenstationen, und Horta, eine der wichtigsten Zentralen der transatlantischen Telegraphenkabel. „Im Atlantischen Ozean gibt es nur sehr wenige Punkte von so bevorzugter verkehrsgeographischer Lage, geopolitischer Bedeutung und militärisch-marinestrategischer Kraft wie die Azoren, sobald sie im Besitz einer flottenstarken Großmacht sein werden", schreibt Hans Meyer in der „Deutschen Politik" (Heft 20). Heute gehören sie Portugal, das mit uns im Kriege ist. Portugal gehören auch heute noch die Kapverdischen Inseln mit dem Hafenplatz Porto Grande, ebenfalls eine der meist angelaufenen Kohlenstationen des östlichen Atlantischen Ozeans.

Alle diese Gebiete zusammen haben gegen 100 Millionen Einwohner und bieten, zu einem Besitz vereinigt, in ihren verschiedenen Eigenschaften sich gegenseitig ergänzend, geradezu unermeßliche Aussichten. Sie sind reich an Naturschätzen, reich an Ansiedlungs- und Erwerbsmöglichkeiten, reich an arbeitsfähigen, wie auch an kriegsbrauchbaren Männern. Nichtsdestoweniger ist die Forderung nicht unbillig und verstößt nicht gegen den Grundsatz des Gleichgewichts, da Deutschland damit ja nur ein Kolonialreich erwerben würde, wie es England und Rußland, Frankreich und Amerika längst besitzen.

Ist es wahr, daß wir uns eines solchen Besitzes nicht erfreuen dürften, daß wir dort doch nur „zur Miete wohnen würden", wenn wir nicht dauernd England durch den Besitz der flandrischen Küste drohend im Schach hielten?

Es kann keinen hohleren Aberglauben geben. Selbst angenommen, die Tauchboote machten nicht schon in diesem Kriege der

See-Hegemonie Englands definitiv ein Ende, angenommen also England bliebe uns zur See dauernd überlegen — jenes mittelafrikanische Deutschland würde auch dann in sich stark genug sein, jeden Angriff von außen abzuwehren. Hat sich nicht unser Ostafrika mit seinen minimalen Kräften jetzt schon fast drei Jahre selbständig behauptet? Wir würden aber unser afrikanisches Reich so ausstatten mit Waffen und Fabriken und Anlagen, daß es sich gegen eine Welt würde behaupten können. Durch die Handelstauchboote würde es mit der Heimat selbst dann in Verbindung bleiben, wenn die Engländer die offene See wieder vollständig beherrschten. Einige dort stationierte Kriegstauchboote würden sogar die Inseln und ihre Häfen vor den englischen Kriegsschiffen sichern.

Werden uns die Engländer ein solches Kolonialreich gönnen? Nie. Aber vor die Wahl gestellt, ob sie uns diese Kolonien überlassen wollen oder die direkte oder indirekte Herrschaft über Belgien dulden sollen, werden sie uns immer noch lieber und leichter das Kolonialreich lassen. Ganz ebenso wird nicht nur Frankreich, sondern auch der neue Bundesgenosse Amerika denken. Wer sich vorstellt, daß wir stark genug seien, die Herrschaft über Belgien und Nordfrankreich zu behaupten, dem muß die Erwerbung eines solchen Kolonialreichs wie ein Spiel erscheinen. Mir erscheint es nun nicht so, aber immerhin, falls der Tauchbootkrieg hält, was er verspricht, nicht unerreichbar, gegebenenfalls indem wir auf anderen Gebieten Kompensationen gewähren. Preßt der Tauchbootkrieg England nicht einmal so weit herunter, daß es uns vier oder fünf Landgebiete in Afrika abtritt, so ist von vornherein nicht daran zu denken, daß es uns die Herrschaft über die flandrische Küste einräumen sollte. Sollen wir nun aber etwa beides anstreben, das Kolonialreich und die Herrschaft über Belgien zugleich?

Dann würden wir in den Fehler Napoleons I. verfallen. Auch dieser strebte, wie ich oben S. 122 ff. eingehend dargelegt habe, eigentlich für Frankreich ein großes Kolonialreich an. Indem er aber gleichzeitig die französischen Grenzen in Europa ausdehnte, verlor er schließlich beides. Was uns auch Belgien für Vorteile bieten möge, sie sind immer belastet mit der Hypothek der widerwilligen undeutschen Bevölkerung, und es sind acht Millionen. Wir wissen aber, was uns die $1^1/_2$ Millionen Elsaß-Lothringer, die doch sogar Deutsche waren, für Schwierigkeiten gemacht haben. Was uns auch die Kriegslage erlauben möchte

von Belgien zu behalten, es ist immer besser, dafür sei es ein weiteres Stück Kolonialland oder Kriegsentschädigung zu nehmen.

Wer Belgien und das große Kolonialreich zugleich will, würde napoleonische Politik treiben; wer Belgien allein will ohne das Kolonialreich, würde des Blickes für unsere nationale Zukunft ermangeln. Wer das deutsche Kolonialreich will, vertritt eine Politik, die deutsch ist und zugleich eine Basis abgeben würde, für den Welt-Friedensbund, der zwar schwerlich den ewigen Frieden, aber doch eine nützliche Verstärkung der Friedenskräfte in der Welt bringen würde.

Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen.

2. Juni 1917.

Das Leben der Völker, die Geschichte, ist von einem furchtbaren, unerbittlichen Ernst. Allenthalben sinnen die Menschenfreunde nach und zermartern sich das Hirn, wie es anzufangen wäre, daß den künftigen Generationen die Wiederkehr der unaussprechlichen Leiden, die die Menschheit heute durchmacht, erspart werde. Aber nicht nur alles Sinnen und Grübeln scheint unfruchtbar zu bleiben, sondern der Krieg selbst zeigt auch in all seinen Schrecken, daß, wie in den vergangenen Jahrtausenden der Fortschritt der Menschheit sich auf dem Wege des Kampfes, die Bildung der neuen und Zerstörung der überlebten Staaten sich im Kriege vollzogen hat, so auch heute es die blutige Saat des Krieges ist, die die fruchtbarste Ernte bringt. Unter allen Erscheinungen der heutigen Menschheit die böseste, gefährlichste, mörderischste war die russische Autokratie. Das eigene, wie zahlreiche andere unterjochte Völker hielt sie in ehernen Banden und bedrohte die ganze europäische Kulturwelt mit ihrer zukünftigen Universalherrschaft; man brauche nur Geduld zu haben, lehrte General Kuropatkin, so würde die russische Volksmenge so angewachsen sein, daß sie durch ihr bloßes Gewicht mühelos jeden Widerstand erdrücken und ihr Herrschaftsgebiet nach Belieben werde ausdehnen können. Die Despotie im Innern und Machtgier nach außen bedingten sich gegenseitig: irgendein hohes Ziel muß jede Regierung einem strebenden Volke bieten, und da

die Freiheit mit allen ihren edlen Antrieben nicht gewährt werden durfte, so blieb nichts übrig, als die Gemüter immer von neuem mit dem Stolz der Macht und der Herrschaft zu erfüllen. Gestützt auf die Masse des russischen Volkstums, eine nationale Kirche, eine ungeheure Armee, schien diese Despotie unerschütterlich, und wenn sie sich in der Duma eine Volksvertretung an die Seite stellte, so war das doch nicht viel mehr, als eine Dekoration; ein wirklich freies politisches Leben konnte sich auf dem Boden dieser Versammlung, deren Wahlrecht die Massen des Volkes künstlich ausschloß, nicht entwickeln. Wer hat Rußland und die Welt von diesem Ungeheuer befreit? Kann man sich vorstellen, daß das russische Volk, sei es durch Fortentwicklung der Duma, sei es auf dem Wege der Gewalt, durch Revolution, die Autokratie gestürzt hätte? Es ist völlig ausgeschlossen. Die Einheit von Volk, Kirche und Staat und die ungeheure, streng disziplinierte Armee, das Ganze getragen von einem starken russischen Patriotismus, bildeten einen Block, an dem alle Versuche der Besserung vergeblich sich abmühten und alle Unternehmungen der Gewalt eben dadurch ihre Ohnmacht bezeugten, daß sie selber nichts als Anarchismus oder Nihilismus zu predigen oder zu verheißen vermochten. Der Krieg ist es gewesen, der Rußland erlöst hat, und nur der Krieg konnte es sein. Indem die deutschen Siege die russischen Heere zerschmetterten, zersetzten sie auch den inneren Zusammenhalt des russischen Staatswesens, das Vertrauen in die autokratische Regierungsform. Einige unbedeutende Bewegungen in der für das russische Volksleben so wenig bedeutenden Hauptstadt Petersburg genügten, um die Armee von dem Zaren zu trennen. Erst die hauptstädtische Garnison, dann die Armee in der Front, endlich auch die Truppen im Kaukasus, Turkestan und Sibirien fielen ab und erklärten sich bereit, einer provisorischen Regierung zu gehorchen, die Rußland in die Form einer föderativen, demokratischen Republik überleiten soll. Eine ungeheure Last ist damit dank den deutschen Waffen von der Menschheit genommen, und auch Deutschland selbst ist damit von seinem gefährlichsten Feinde befreit.

Die „Kölnische Zeitung" hat jüngst (Nr. 485; 492) einen viel beachteten Artikel „Ziele und Wege der Weltpolitik" gebracht, der manchen guten Gedanken enthält, aber in der Voraussetzung insofern einen Fehler begeht, als er zwischen dem ehemaligen und zukünftigen Rußland nicht genügend unterscheidet, denn obzwar wir nicht

wissen, was das zukünftige Rußland sein wird, so wissen wir das Eine ganz sicher, daß es das alte nicht mehr ist und nie mehr wieder sein kann.

Nehmen wir an, daß es gelingt, eine einigermaßen stabile demokratische Republik zu schaffen, so ist es doch unmöglich, daß diese Republik militärisch auch nur entfernt eine solche Offensivkraft entwickle, wie bisher der Zarismus. Zwar lebte die russische Eroberungsgier keineswegs bloß in der Regierung, in dieser, besonders im Zaren sogar am allerwenigsten, sondern sie war die Eigentümlichkeit des ganzen russischen Volkes, der sogenannten „Gesellschaft" und auch insbesondere des landhungrigen russischen Bauerntums. Daß man einen kleinen Ackerbesitz durch intensivere Behandlung zu größerem Ertrage bringen kann, ist dem russischen Bauern ein noch unbekannter Begriff; er ist einerseits dazu zu ungebildet und andererseits direkt dagegen verschlossen durch das System des bäuerlichen Kommunismus, den Mir. Die Grundvoraussetzung jeder agrarischen Kultur ist das Privateigentum, was die Stolypinschen Reformen zu schaffen begonnen, aber noch nicht sehr weit gefördert haben. Was die verbesserte Wirtschaft auf dem Lande nicht zu ernähren vermag, das fließt bei den Westvölkern ab in die großen Industriestädte. Die Zahl der Industriezentren ist in Rußland im Verhältnis der Bauernschaft sehr gering. Wie soll also bei der schnell wachsenden Bevölkerungszahl der Nachwuchs in Rußland ernährt werden? Der russische Bauer, der weder besser wirtschaften, noch Industriearbeiter werden kann, kennt nichts anderes als den Begehr nach Land, sei es durch Konfiskation des Großgrundbesitzes, sei es durch Eroberung. Kein Zweifel also, daß der Expansionstrieb des alten Rußland auch in dem neuen fortleben wird.

Aber er ist bei weitem nicht mehr so gefährlich, weil er, wenn schon vorhanden, zur Ohnmacht verurteilt ist.

Zunächst ist es möglich, daß große Teile, namentlich die Ostseegebiete, und vielleicht sogar die Ukraine, möglicherweise auch Sibirien sich von dem Hauptkörper trennen, und dann existiert eine russische Großmacht überhaupt nicht mehr. Aber angenommen, das geschehe nicht und Rußland lebte fort in der Form einer gewaltigen Föderativ-Republik, so ist eine solche Republik doch keineswegs in der Lage, Politik zu machen, nach Art etwa der französischen Republik oder der Vereinigten Staaten. Denn diese beiden Republiken

werden getragen von einem sehr starken Einheitsgefühl aller Bürger; in der russischen Republik aber existiert eine solche Einheit nicht, und bei jedem größeren politischen Ziel, was die Republik sich setzt, werden immer erhebliche Teile widerstreben und erklären, daß sie entweder dabei nicht interessiert seien oder sogar das entgegengesetzte Interesse hätten. Was liegt Livland, Turkestan oder Sibirien an Konstantinopel? Was liegt der Ukraine am Amur oder der Murmanküste?

Angenommen, auch dieser innere Zwiespalt würde überwunden, wo sollen für eine große Politik die Mittel herkommen? Zwar ist anzunehmen, daß Rußland sich erleichtert, indem es Bankerott macht und die Zinszahlung streicht. Das dürfte zunächst nicht ohne böse Rückwirkung auf die Bündnisfähigkeit bleiben, aber auch rein wirtschaftlich verliert Rußland damit eine unentbehrliche Quelle. Schon der Zarismus konnte nicht leben ohne den europäischen Kredit. Seine Zukunft beruhte auf der Durchführung der Stolypinschen Agrarreform und der Schaffung des bäuerlichen Privateigentums. In dieser Beziehung bedeutet die Revolution einen Rückschritt. Die große Mehrheit der Bauernschaft vertritt nach wie vor den Agrar-Kommunismus, und das ist eine so wenig leistungsfähige Wirtschaftsform, daß sie unmöglich die Lasten einer modernen Heeresrüstung zu tragen vermag. Es ist ja denkbar, wie es Idealisten annehmen, daß sich aus dem Mir eine Zukunftsform sozialer genossenschaftlicher Agrarverfassung entwickelt, aber wenn dem wirklich so sein sollte, so ist es jedenfalls noch in weitem Felde, und auf absehbare Zeit müssen wir, wenn die demokratische, d. h. wesentlich bäuerische Republik sich behauptet, damit rechnen, daß Rußland wirtschaftlich rückständig, kreditlos und deshalb auch politisch von geringer Macht sein wird.

Anders wird das Bild, wenn wir annehmen, daß die demokratische Republik in Anarchie zugrunde gehen und wieder ein autoritatives Regiment aufgerichtet wird. Man könnte sich vorstellen, daß die jetzt depossedierten Klassen, der Großgrundbesitz, die Bourgeoisie, das Kapital, die Reste des alten Offizier- und Beamtentums, auch die Kirche, alle gestützt auf den leidenschaftlichen Patriotismus, der sich durch die Auflösung des Russischen Machtstaates gekränkt fühlt, zusammentreten und einen Diktator auf den Schild erheben, der, sei es allein, sei es mit Hilfe einer Duma, auf Grund

energisch beeinflußter Wahlen, die Ordnung wieder herstellt. Auch ein solcher Diktator, auch wenn es ein Napoleon an Genie wäre, würde doch nicht entfernt die Macht des alten Zarentums errichten können. Es möchte ja sein, daß in ihrer blassen Furcht vor Deutschland die Engländer und Amerikaner das nötige Geld geben, um den Staat und die Armee wieder aufzubauen. Aber die revolutionären Kräfte, die nun einmal entbunden worden sind, werden sich nie wieder ganz unterdrücken lassen. Die Fremdvölker, einmal zur Autonomie zugelassen, lassen sich nicht wieder unter das Joch der Großrussen beugen, und die Bauernschaft läßt ihr Ideal einer gleichmäßigen Verteilung alles Grundbesitzes nicht wieder fahren. Um ein Napoleon zu werden, muß man erst einmal ein siegreicher General sein. Die französische Republik in all ihrer inneren Zerfahrenheit bot dem General Bonaparte die Mittel dazu. Die neue russische Republik würde gerade deshalb eines Diktators bedürfen, weil ihr die Fähigkeit zum Siegen fehlt. Man kann die Diktatur nicht am verkehrten Ende anfangen. So wenig wie man den Bau einer Kirche bei dem Dach anfangen kann, so wenig kann man einen Cäsarismus schaffen ohne den Unterbau großer Taten. Es ist möglich, daß die russische Revolution in einer Diktatur endigt, aber diese Diktatur wäre keine napoleonische, sondern ein zerbrechlicher Notbau, wie sie etwa in den Mittel- und Südamerikanischen Republiken errichtet werden, wenn die Zustände ganz unerträglich geworden sind.

Was auch immer aus Rußland werde: wir haben es nicht mehr zu fürchten. Dieser Erfolg unserer todesmutigen Feldgrauen ist uns, noch ehe die Friedensverhandlungen begonnen haben, gesichert. Wenn ich in den ersten Jahren des Krieges die Auffassung vertreten habe, die Gefahr für die deutsche Zukunft liege im Osten, so hat sich mir dieses Bild jetzt stark gewandelt. Die Gefahr im Osten, die früher Rußland hieß, ist jetzt sehr zurückgetreten. Mag der Geist des Moskowitertums so bösartig bleiben, wie er von jeher gewesen ist, mag der russische Staat auch immerhin noch eine wesentliche Potenz darstellen, und die starke Volksvermehrung eine dauernde Quelle der Kraft für ihn bleiben: die Krallen sind ihm beschnitten, und die Revolution war eine Befreiung für uns wie für die Russen selber. An die Stelle der russischen Gefahr ist mittlerweile etwas anderes getreten, zwar noch keine Gefahr, aber doch eine neue Verwicklung, die uns noch große

Schwierigkeiten bereiten wird. Die Umwälzung in Rußland hat unser Verhältnis zu den Polen wesentlich verändert.

Solange der Zarismus bestand, durfte und mußte die deutsche Politik damit rechnen, daß die Polen unsere natürlichen Bundesgenossen seien, und es war der schwerste Fehler, den wir überhaupt gemacht haben, dies nicht viel früher erkannt und demgemäß gehandelt zu haben.

Unsere falsche Ostmarkenpolitik hat nicht nur im Innern dem Deutschtum nichts genutzt, sondern auch bei dem Gesamtpolentum ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegen alles Deutsche, selbst gegen deutsche Wohltaten geschaffen. Wiederum als wir endlich am 5. November 1916 die Unabhängigkeit Polens proklamierten, kamen wir mit der Durchführung dieser Idee nicht weiter. Ich will nicht sagen, daß das auf Fehler zurückzuführen sei, die hätten vermieden werden können. In der Sache selber, sowohl in unserem Verhältnis zu den Polen wie auch namentlich in dem notwendigen Zusammenwirken mit Oesterreich-Ungarn, das naturgemäß seine eigenen Gesichtspunkte hat, liegen unendliche Schwierigkeiten. Immer aber konnte man sich darauf verlassen, daß schließlich die Parallelität der Interessen sich durchsetzen werde: die Polen wollten doch vor allem nicht wieder unter die moskowitische Herrschaft kommen und sind erfüllt davon, daß sie zum westlichen Kulturkreis gehören. Zerrereien mochte es genug geben, aber schließlich doch ein Zusammenarbeiten, so wie die Oesterreicher und Ungarn sich vielfach untereinander gezankt haben und sich auch ferner zanken werden und doch Schulter an Schulter fechten. Es ist richtig, daß die Proklamation des Großfürsten Nikolai im Beginn des Krieges, die den Polen die Vereinigung aller ihrer auseinandergerissenen Landesteile versprach, eine starke Wirkung auf die polnischen Gemüter ausübte. Aber das Mißtrauen in die Ehrlichkeit des russischen Versprechens war doch zu stark, und bald hatte sich ja auch gezeigt, daß die Russen etwas verschenken wollten, was sie nicht hatten.

Nun ist die russische Revolution gekommen und hat die föderative Republik proklamiert. Das ist ganz etwas anderes als das Versprechen einer polnischen Autonomie unter dem Zartum. Denn bei dem Zaren war immer zu argwöhnen, daß er das Versprechen eines Tages zurücknehmen und mit seiner ungeheuren Armee Polen von neuem knechten werde. Die russische Republik, selbst wenn die moskowitische Herrschsucht wieder aufkäme, würde dazu doch schwer-

lich stark genug sein. Man könnte sich also vorstellen, daß in Polen eine Richtung auftritt, die sich in der russischen Föderation am besten geborgen vorkäme. Das wäre für Deutschland unerträglich, wenn man annehmen dürfte, daß die russische Föderativrepublik einmal eine große Kriegsmacht aufstellte und unter dem Panier des Panslawismus oder Neoslawismus den Polen ihre nationale Einheit verspräche, so wie einst der Großfürst Nikolai. Diese Gefahr darf man aber als ausgeschlossen ansehen. Für eine solche Politik wird die Föderativrepublik niemals einheitlich und stark genug sein. Wenn die Polen also, vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen, wünschen sollten, wieder zu Rußland in seiner neuen Form zurückzukehren, so will ich das keineswegs von vornherein gutheißen, aber man könnte das überlegen. Es wäre für uns auf keinen Fall eine Frage über Tod und Leben. Die Umwandlung der geschlossenen zentralisierten Zarenregierung in eine lockere Föderativrepublik ist für uns eine solche Entlastung, daß wir uns nicht zu beunruhigen brauchten, auch wenn wir Polen wieder fahren lassen.

Ich nehme aber an, daß die Polen selber schließlich einen solchen Ausgang nicht anstreben werden. Ein engerer Anschluß, sei es an Oesterreich, sei es an Deutschland, ist für sie sehr viel vorteilhafter; kommen sie damit auch nicht zu einem einheitlichen Nationalstaat (den haben auch wir Deutschen nicht), so kommen doch die verschiedenen Nationalgebiete in eine viel engere Beziehung, als wenn der Hauptteil bei Rußland bleibt. Ueberdies gibt es zwischen Polen und Rußland erhebliche Gebiete, die die Polen in Anspruch nehmen und die die Russen ihnen unter keinen Umständen freiwillig zugestehen. Bleibt also Polen bei Rußland, so haben sie auf diese Gebiete verzichtet, ohne doch damit die Hoffnung zu gewinnen, daß Rußland helfen werde, ihnen Galizien, Posen und Danzig zu erobern.

Ein an Deutschland und Oesterreich angeschlossenes, selbständiges Reich ist also nach wie vor für die Polen die günstigere Gestaltung. Aber schon die bloße Möglichkeit, auch bei Rußland den Anschluß zu suchen, muß ihr Selbstbewußtsein gewaltig heben und verschlechtert demgemäß die Beziehungen, die sie zu uns haben. So lange das Zartum bestand, mußten die Polen zwar nicht uns irgendwelche Dankbarkeit darbringen (denn wir haben sie ja nicht ihretwegen, sondern unseretwegen befreit), aber doch des Bewußtseins leben, daß sie ohne unseren Schutz ihre Freiheit nicht bewahren

könnten. Jetzt sagen sie sich: wir können auch auf eigenen Füßen stehen und wären auch ohne eure Hilfe frei geworden. Das ist nun freilich falsch, denn auch die Russen sind ja nur durch unsere Siege frei geworden. Man kann die Leute aber nicht hindern zu glauben, daß die Revolution auch ohne die Niederlage gekommen wäre und gesiegt hätte.

Wie sich auch immer die Verhältnisse gestalten werden, wer die Krone des Königreichs Polen tragen wird, und welche Grenzen ihm der allgemeine Friede verleihen wird: dieser neue Staat wird ein Element der Unruhe bilden für die Welt und damit auch für uns. Nirgends hat er feste natürliche Grenzen. Wo die polnische Nationalität sich mit einer anderen berührt, nirgends ist sie klar von ihr geschieden, sondern liegt im Gemenge, sei es mit Deutschen, sei es mit Ukrainern, sei es mit Weißrussen, sei es mit Litauern, und jedes dieser Mischgebiete ist ein Kampfgebiet. Sogar im Herzen des Königreichs Polen selbst leben in Massen Deutsche und Juden als abgesonderte Nationalitäten. Das neue Polen, hat man nicht mit Unrecht gesagt, gibt einen neuen Balkan, einen Herd nicht nur ewiger innerer Unruhe, sondern auch schwerster internationaler Verwicklungen, da die polnischen Grenzstreitigkeiten und die großpolnischen Aspirationen stets die benachbarten Großmächte berühren und in den Streit verwickeln. Warschau wird der Zentralpunkt aller diplomatischen Intrigen Europas werden. Gut haben es dann nur jene Weisen, die uns belehren werden: man hätte solch ein Königtum überhaupt nicht schaffen sollen! Hätte es aber eine bessere Lösung gegeben, wären die Polen befriedigt worden oder hätte man sie in Ruhe halten können, wenn man Polen bei Rußland gelassen oder wenn man es zwischen Oesterreich und Deutschland geteilt oder wenn man den polnischen Ehrgeiz voll befriedigt, ihm Litauen, Weißrußland, Galizien, Posen und Danzig überwiesen hätte? Es ist unnötig, auszumalen, wie jede dieser Gestaltungen nur neue und viel gefährlichere Konflikte hätte hervorrufen müssen. Die letzte Zumutung, die Abtretung von Posen und Danzig, die Abschneidung Ostpreußens und Auslieferung von zwei Millionen Deutscher an den zukünftigen Polenstaat, brauchen wir nicht zu erörtern. Die Teilung Polens zwischen Deutschland und Oesterreich hätte uns national unerträglich belastet. Die Rückgabe Kongreßpolens an die russische Republik ließe sich, wie schon oben erörtert, erwägen, aber Ruhe und Sicherheit hätte sie noch viel weniger ge-

geben als das Königreich, wie es jetzt in Aussicht genommen ist. Der Fehler liegt eben nicht in der Unfähigkeit der Staatsmänner oder der Bosheit der Polen, sondern darin, daß dies Land nun einmal so gestaltet ist, wie es ist.

Wie nun auch immer das am 5. November 1916 im Prinzip proklamierte Polen praktisch aufgebaut werde, damit auch nur leidliche Verhältnisse zwischen ihm und uns sich bilden, müssen wir unsererseits eine Vorbedingung schaffen. Das ist ein befriedigendes Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten in unseren eigenen gemischten Provinzen. Der Haß, der weite Schichten des polnischen Volkes gegen alles Deutsche erfüllt, ist ja, wie ich des öfteren an dieser Stelle und auch in meiner Vorrede zu den „Deutschen Polenliedern" dargelegt habe, keineswegs etwas uraltes, sondern wennschon mit einigen Vorläufern wesentlich erst ein Produkt des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts. Auch die russische Regierung hat sich angelegen sein lassen, diesen Haß nach Möglichkeit zu schüren; so sehr die polnische Presse sonst unterdrückt war, jede Gehässigkeit und Aufhetzung gegen das Deutschtum war ihr erlaubt, um vom Russenhaß abzulenken, und die unselige preußische Ostmarkenpolitik gab den Stoff dazu. Das üble Erbe dieser Politik ist noch heute, daß die öffentliche Meinung sich einbildet, diese Politik habe etwas geleistet zum Schutze des Deutschtums (während eher das Gegenteil der Fall ist) und namentlich, daß fast das ganze Beamtentum in den Ostmarken in diesem Geist erzogen, sich jedem verständigen Ausgleich in den Weg stellt. Die Polen sind von dem äußersten Mißtrauen erfüllt, daß trotz der von den höchsten Stellen erfolgten Zusicherungen der alte hakatistische Kurs nach dem Frieden wieder aufgenommen werden würde. Sie behaupten, daß die dortigen Beamten ganz unverholen damit drohen, und der Deutsche Ostmarkenverein hat ja auch gegen den Abbau der Kampfgesetze direkten Protest erhoben. In welchem Geiste in der Provinz Posen noch heute regiert wird, bezeugt eine Broschüre des Provinzial-Schulrats Bock in Posen „Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen"**), die das Festhalten an dem rein deutschen Schulsystem auch für die polnischen Kinder verteidigt. Herr Bock glaubt mit anderen Pädagogen feststellen zu können, daß die „Stütze, die die Sprache des Elternhauses dem

*) Verlag Georg Stilke, 75 Pf.
**) Berlin 1917. Druck Deutscher Verlag.

polnischen Religionsunterricht gewährt, nicht stark genug ist, daß sich Religion und Sittlichkeit daran in kräftigen Trieben emporranken können." (S. 31.) Der Religionsunterricht müsse deshalb in derselben Sprache erteilt werden, in der das Kind seine sonstige Bildung erwerbe, „gleichviel ob das die Sprache seiner Mutter ist oder nicht". (S. 30.) Unterricht in zwei Sprachen sei schultechnisch unmöglich. Die deutsche Schule müsse die Stätte sein, in der den polnischen Kindern „das Verständnis aller Lehrstoffe erschlossen und durch sie ihr Gemüts- und Willensleben stetig und nachhaltig beeinflußt wird." (S. 13.) „Der Mensch, was er wirklich weiß und versteht, das weiß und versteht er nur in einer Sprache, nämlich in der, in der er selbst denkt." (S. 11.)

Der Erfolg der deutschen Schule in den Ostmarken muß und soll also nach dieser Pädagogik sein, daß der polnische Nachwuchs die Denkfähigkeit in der polnischen Sprache verliert, nur in der deutschen Sprache zu denken vermag und auch in seinem Gemüts- und Willensleben unter diesen Einfluß gebracht wird. Das gilt von religiösen Begriffen und Stoffen wie von allen anderen. Wenn Mutter und Kind also miteinander beten, so verstehen sie sich dabei doch nicht wirklich; die Familie spricht und denkt polnisch (und das will ihr Herr Bock, wie er ausdrücklich und menschenfreundlich versichert, keineswegs verbieten), das Kind aber ist nicht nur in allen höheren religiösen und sonstigen Begriffen, sondern auch in seiner Gemüts- und Willensrichtung deutsch.

Daß die gesamte ostmärkische Lehrerkraft diese pädagogischen Ansichten teile, ist nicht anzunehmen. Zwar hat eine Posener Lehrer-Vereinigung sich ausdrücklich auf die Seite ihres Schulrats gestellt; aus dortigen Lehrerkreisen aber wird mir geschrieben, daß es doch nur die Furcht vor ungünstiger Versetzung oder sonstiger Maßregelung sei, die viele Lehrer verhindere, offen mit ihrer Opposition gegen das Bocksche System hervorzutreten; die Polen sähen in dieser Methode eine Verdummung ihrer Jugend und die Deutschen sagten, ihre Kinder müßten dabei geistig zurückbleiben. Die Erfolge, die bei den Schulinspektionen festgestellt würden, seien nur äußerlicher Art und führten irre.

Wie weit das zutrifft, vermag ich meinerseits nicht zu beurteilen; ich kann nur anführen, daß ein vor wenigen Jahren verstorbener hoher Beamter mir einmal erzählt hat, er habe einer solchen Revision einer polnischen Schule einmal beigewohnt, die

glänzend verlaufen sei, und nachher zu seinem Vorgesetzten gesagt: „Exzellenz, niemals in meinem Leben habe ich mich so geschämt, ein Preuße zu sein, wie heute."

So viel ist klar, daß, solange die preußische Regierung in ihren doppelsprachigen Landesteilen die Schule nach solchen pädagogischen Grundsätzen, wie sie hier vorgetragen sind, verwaltet, die Verbitterung, die das Polentum gegen uns erfüllt, nicht schwinden kann. Kein Volk, das etwas auf sich hält, kann sich damit abfinden, daß die öffentliche Schule die Jugend ihrer Nationalität entfremdet. In Wirklichkeit steht es ja freilich nicht so schlimm, wie Herr Bock das ausmalt; man kann sogar im Gegenteil feststellen, daß der scharfe nationale Druck das Polentum in unseren Ostmarken moralisch ungeheuer gestärkt, daß die Familie und ihr Zusammenhalt sich stärker erwiesen hat als die Schule, daß trotz der Bockschen Theorie die Polen in beiden Sprachen denken lernen und daß die Doppelsprachigkeit, die wir der polnischen Jugend aufgezwungen haben, ihr die geistige Ueberlegenheit gibt, mit der sie die Deutschen aus dem Lande drängt. Aber da das ganz und gar gegen unseren Wunsch ist, so wissen uns die Polen dafür auch keinen Dank. Sie halten sich allein an die feindselige Absicht und nicht an den Erfolg. Daß die Absicht aber die Entnationalisierung und Germanisierung ist, darüber hat Herr Bock sich zwar nicht in der vorgenannten Broschüre, aber schon vorher, im Jahre 1913, an anderer Stelle deutlich genug ausgesprochen („Die deutsche Ostmark", herausgeg. v. d. Ostmarkenverein, Lissa i. P., S. 514). Hier wird der Schule die Aufgabe gestellt, im Geiste der mittelalterlichen Kolonisation zu arbeiten und „die Jugend der polnisch redenden Bevölkerung nicht nur sprachlich, sondern auch national zu gewinnen".

So lange die preußische Regierung den Polen nicht verbürgt, daß diese Bestrebungen endgültig abgetan sind, kann die deutsche Reichsleitung nicht erwarten, daß die Polen, sei es in Posen sei es in Warschau, ihr Vertrauen entgegenbringen.

Politik und Moral. Ueber die Grundlagen politischer Ethik von Erich Franz. — Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. 1917.

Die grauenhafte Blutarbeit des Krieges, die unsagbaren Schmerzen und Leiden, die die Völker zu tragen haben, regen in

nachdenklichen Gemütern immer wieder die Frage auf, wie dieser Völkermord sich mit den Lehren des Christentums vertrage, Lehren, in denen die kämpfenden Völker nun fast zwei Jahrtausende erzogen sind und zu denen sie sich, eben indem sie in den Krieg ziehen, immer von neuem feierlich bekennen. Krieg und Christentum, allgemeiner gesprochen Politik und Moral, wie verhalten sie sich zueinander? Seit Jahrhunderten hat man immer von neuem versucht, eine Antwort auf diese Frage zu finden und immer von neuem ist man an sie herangetreten, weil die Antwort nicht zu genügen schien. Auch während des Krieges hat sich eine ganze Reihe von Denkern, die auch zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift gehören, mit diesem Problem beschäftigt, Ernst Troeltsch, Heinrich Scholz, Otto Baumgarten, Adolf Wach*), und jetzt ist in der oben genannten Schrift Erich Franz, der im Jahre 1912 (Märzheft) den tiefbohrenden Aufsatz „Religion und Metaphysik" beigesteuert hat, ihnen gefolgt. Wie schwierig es ist, zu einer klaren begrifflichen Auflösung des ethischen Problems zu gelangen, zeigt sich schon darin, daß diese fünf Persönlichkeiten, die sich geistig sonst sehr nahe stehen, doch auf diesem Gebiet stark auseinandergehen. Franz's Schrift ist zum Teil direkt auf eine Polemik gegen Baumgarten aufgebaut. Sein Standpunkt und sein Verdienst ist, daß er von dem tragischen Dualismus zwischen Politik und Moral, zu dem man sich sonst in unserem Lager so vielfach bekennt, sich wieder hinüberarbeitet zu einer höheren Einheit der beiden ethischen Erscheinungen und die schon verloren gegebene Moral in der Politik zurückgewinnt. In Anlehnung an einen Gedanken Kants kommt der Pazifismus zu seinem Recht, und der Krieg kommt auch zu seinem Recht. Der tragische Konflikt wird anerkannt, aber er wird an einen anderen Ort verlegt. Er liegt nicht in einem prinzipiellen Widerspiel von Politik und Moral, sondern er entsteht nur in einzelnen konkreten Fällen, wie er auf allen Gebieten der Ethik immer wieder zu finden ist. Ich halte diese Schrift für einen ganz ungemein wertvollen Beitrag zur begrifflichen Klärung der Grundprobleme der Ethik.

*) Ernst Troeltsch, Politische Ethik und Christentum. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1904. — Heinrich Scholz, Politik und Moral. Perthes, Gotha 1915. — Otto Baumgarten, Politik und Moral. Mohr, Tübingen 1916 — Adolf Wach, Staatsmoral und Politik, 51 S. Verlag von S. Hirzel in Leipzig 1917.

Der Krieg im Mai und Juni.

30. Juni 1917.

Ungeheure Schlachten sind im Mai und Juni an vier Fronten wieder geschlagen worden und doch ist vom Standpunkt der charakterisierenden strategischen Betrachtung, die ich hier zu geben pflege, nicht viel darüber zu sagen. Denn es haben sich keine Neuerscheinungen gezeigt. Es sind vergrößerte Wiederholungen von schon einmal Erlebtem. Die Engländer und Franzosen haben ihre im April begonnenen Angriffe fortgesetzt oder wieder aufgenommen, die Italiener haben zum zehnten Mal mit höchster Wucht die Front der Oesterreicher am Isonzo zu durchbrechen versucht und der General Sarail hat auf die Bulgaren und Deutschen in Mazedonien einen starken Anfall gemacht — aber das Ergebnis ist immer wieder dasselbe: hier und da ein momentaner, örtlicher Erfolg und schließliches Erlahmen. Die Fronten der Mittelmächte sind auf allen Kriegsschauplätzen fest und unerschütterlich geblieben. Der Unterschied gegen die früheren Schlachten an denselben Stellen ist nur, daß die alten Kriegsmittel im Angriff wie in der Verteidigung immer weiter gesteigert, immer höher potenziert erscheinen. Zwar ist in der militärischen Kritik beider Lager viel die Rede gewesen, von der Anwendung ganz neuer Methoden, und vom Standpunkt des Taktikers und des Technikers ist auch gewiß viel Neues geleistet, angewandt und geschaffen worden. Aber das Neue war doch nicht in diesen Monaten zum ersten Mal da. Im Wesen aller Technik liegt es, daß ihre Entwicklung eine allmähliche ist. Eine neue Erfindung, eine neue Methode pflegt in ihrer ersten Wirkung nur klein zu sein und wird erst bedeutend in ihrer allmählichen Steigerung. Liegt dann die große Wirkung vor Augen, so schaut man zurück und fragt und stellt fest, wo und wann eigentlich die große Erfindung zuerst gemacht worden ist. Vergleicht man also die Formen und Methoden, in denen sich der Stellungskampf im Herbst 1914 und Frühjahr 1915 vollzogen hat, mit den Formen und Methoden, in denen er sich in diesen letzten drei Monaten abgespielt hat, so erscheint, möchte man sagen: eine ganz andere Welt. Statt einfacher, nicht einmal sehr tiefer Schützengräben und statt Batteriestellungen, die sich durch zufällige Geländeerscheinungen, Bäume, Hügel, Häuser zu decken oder zu verbergen suchten, haben wir tiefeingesenkte Kunstbauten, an denen

monatelang mit allen Mitteln der Technik gearbeitet worden ist, und nicht eine Linie, sondern viele Linien, in ganze Systeme zusammengefaßt, hintereinander. Vor der Hauptstellung liegen Vorfeldstellungen, hinter der Hauptstellung liegen Reservestellungen. Man sollte meinen, dadurch sei die Defensive immer gebundener, immer starrer geworden — im Gegenteil: die Defensive ist aus ihrer Gebundenheit gelöst und wird offensiv geführt, so daß der Stellungskrieg sich wieder dem Bewegungskrieg genähert hat. Das Hauptmittel der Verteidigung ist der Gegenstoß geworden. Die Kunst der Verteidigungsführung ist, den Gegner einen möglichst großen Einsatz von Menschen und Munition verschwenden zu lassen, um ihm bei möglichst geringem eigenen Verlust eine Vorfeld-Stellung zuzugestehen, ihn dann aber ehe er Zeit hatte, sich hier genügend einzudecken, wieder hinauszuwerfen und ihm abermals große Verluste zuzufügen, oder aber, wenn das nicht gelingt oder von vornherein nicht beabsichtigt ist, ihn die Festsetzung in der neu gewonnenen Position wiederum mit den schwersten Einbußen bezahlen zu lassen. Der Angriff andererseits, der anfänglich eine mehr oder weniger breite Front erst einfach mit seiner Artillerie mürbe zu machen und dann zu erstürmen suchte, hat jetzt auch die umgekehrte Methode entwickelt: ohne oder mit sehr geringer Artillerievorbereitung durch Ueberfall an günstigen Punkten mit sehr großer Ueberlegenheit in die feindliche Stellung einzudringen, nachzudrängen und von dort aus ein größeres Stück der Front aufzurollen oder gar im Rücken zu fassen; man möchte sagen: statt der Zerschmetterung der feindlichen Rüstung ein spitzer Dolchstoß an einer sorgsam ausgespähten Nahtstelle. Dazu nun alle die neuausgebildeten Techniken der Minenwerfer, des Gasblasens, der Gasbomben, der Sprengungen von unten und der Fliegerbomben von oben, endlich der Tanks, die an die uralten Sichelwagen erinnern, ähnlich furchtbar wie diese und schließlich ebenso wenig bewährt wie diese.*) All diese Erscheinungen werden uns in den Kriegsberichten zwar vorgeführt, lassen sich aber doch noch nicht definitiv kriegsgeschichtlich einordnen, da ein Hauptmoment für ihre Beurteilung, das Stärke- und Verlustverhältnis, noch unbekannt ist und bleiben muß. Erst an den Verlusten aber hat man den sicheren Maßstab für die Wirkung.

*) Diese von den leitenden Militärs lange vertretene Auffassung ist nachher durch die Praxis nur zu sehr widerlegt worden.

Ebenso ist die eigentliche strategische Kernfrage noch unbeantwortbar: weshalb sind alle diese Schlachten geschlagen worden? Was war der letzte Grund, weshalb die feindlichen Feldherren sich zu solchen ungeheuren Blutopfern entschlossen haben? Haben sie wirklich gehofft und erwartet, daß sie unsere Front, sei es in Frankreich, sei es am Isonzo, sei es in Mazedonien durchbrechen und einen großen Schlachtensieg gewinnen würden, so ist die Antwort freilich sehr einfach. Die alte Regel der Strategie lautet ja auch, daß der Angriff seiner Natur nach der Verteidigung überlegen sei. Denn die Verteidigung ist zwar die stärkere Kampfesform, aber mit dem bloß negativen Zweck; der Angriff hat den positiven Zweck. Setzt der Angreifer seine Stöße nur mit genügender Nachhaltigkeit fort, so ist anzunehmen, daß er endlich irgendwo und irgendwie auch durchdringen wird, und dann hat er gewonnen; während der Verteidiger, auch wenn er noch so viele Angriffe abschlägt, doch immer noch nicht positiv gewonnen hat. In der reinen Verteidigung gewonnene Schlachten sind daher unendlich selten in der Weltgeschichte. Die großen Defensivschlachten, die gewonnen worden sind (Marathon, Austerlitz, Belle-Alliance), sind gewonnen als Defensiv-Offensivschlachten, indem der Verteidiger im gegebenen Augenblick selber zum Angriff überging. Ich möchte es noch dahingestellt sein lassen, ob die Kriegsgeschichte einmal unsere wiederholten Siege im Stellungskrieg als reine Siege der Defensive betrachten, oder aber wegen des taktisch offensiven Moments, das ich oben geschildert habe, sie als Defensiv-Offensive bezeichnen wird. Ich glaube aber, das erstere ist das Richtige und das ist dann um so merkwürdiger, als vor dem Kriege in der in Deutschland gepflegten Theorie der Strategie die Ueberlegenheit der Offensive immer mit ganz besonderer Vorliebe verkündet und gelehrt wurde.

Es ist nun aber sehr leicht möglich, daß es nicht das einfache Schlachtprinzip gewesen ist, das die Entente zu diesen Frühjahrsoffensiven getrieben hat, sondern, daß die verschiedenartigsten Motive hineingespielt haben. Darauf weist schon hin, daß die Offensiven nicht gleichzeitig eingesetzt haben. Die Engländer begannen am 9. April in Artois; die Franzosen am 16. April 100 Kilometer davon entfernt, in der Champagne; Sarail in Mazedonien am 4. Mai, Cadorna am Isonzo am 16. Mai. Dann stießen die Engländer noch einmal vor am 7. Juni in Flandern

und die Italiener am 10. Juni an der Tiroler Grenze im Suganatal. Es ist in der gesamten Entente-Presse immer wieder von der einheitlichen Front geredet worden; weshalb sind diese Angriffe nicht einheitlich angesetzt worden? Jetzt, nachdem sie alle ohne Ausnahme gescheitert sind, wird zwar noch täglich von weiteren Kämpfen berichtet, aber die feindliche Presse versicht jetzt den Gedanken, den Krieg in dieser Art nur hinzuziehen und zu warten bis zum Herbst 1917 oder bis zum Frühjahr 1918, um dann mit der großen erhofften Unterstützung der Amerikaner die Ueberlegenheit zu gewinnen, die den Sieg entscheiden soll, falls nicht Deutschland, ausgehungert und der Rohstoffe entblößt, schon vorher zusammenbricht. Wenn dem so ist, weshalb hat man nicht lieber das Blut gespart und die Probe, die so wenig Aussicht auf Erfolg bot, in diesem Frühjahr unterlassen? Wie war es überhaupt nur möglich, noch auf Erfolg zu hoffen, nachdem der Fortfall der russischen Offensivkraft den Mittelmächten eine so unschätzbare Erleichterung gebracht hatte? War es 1916 nicht gegangen, als noch die Russen dabei waren, wie sollte es jetzt gehen, da die Deutschen und die Oesterreicher sich aus ihrer Ostfront fast nach Gutdünken verstärken konnten?

Eine Vermutung ist, daß die Verbündeten selber wirtschaftlich so erschöpft sind, daß sie den Krieg bis zur Ankunft der Amerikaner nicht mehr aushalten können und deshalb den verzweifelten Versuch machen mußten, mit Aufbietung der äußersten Gewalt schon jetzt die Entscheidung zu erzwingen. Das scheint aber doch nicht zutreffend zu sein, da sonst, nachdem der große Versuch fehlgeschlagen ist, Friedensneigung sich hätte bemerkbar machen müssen. Davon ist aber wenig zu spüren.

Die andere Vermutung weist auf Rußland. Die große Aufgabe der Verbündeten ist ja jetzt, nachdem die revolutionäre russische Regierung sich deutlich für Beendigung des Krieges ausgesprochen hat und die Kampfkraft der russischen Armee fragwürdig geworden ist, die Russen trotzdem so lange wie möglich festzuhalten, so daß sie doch noch große deutsche und österreichische Kräfte binden. Zu diesem Zweck muß an der Westfront gekämpft werden. Sind die Erfolge auch nur mäßig und die eigenen Verluste sehr groß, so ist es doch immer besser als wenn gar nichts geschähe. Mit richtiger Presse-Aufmachung läßt sich den Russen vorspiegeln, daß

die Erfolge erheblich seien, daß die Reste der deutschen Kräfte nunmehr aufgezehrt würden und, daß binnen kurzer Zeit unser Zusammenbruch erfolgen werde. Eine Zeitlang halten solche Luftspiegelungen vor, die Menge zu täuschen, und noch wichtiger ist natürlich, daß die Kämpfe an der Westfront uns verhindern, einen Gewaltstoß im Osten z. B. auf Petersburg zu machen und dadurch Rußland definitiv niederzuzwingen und auszuschalten. Ein englischer Militärkritiker, der den Mißerfolg der Frühjahrsoffensive als solcher zugab, hat doch seinen Trost darin gefunden, daß uns die Initiative entrissen worden sei und wir in die reine Defensive gedrängt worden wären.

Einen Erfolg — wenn man es einen Erfolg nennen darf — haben die Verbündeten erlangt, indem sie König Konstantin von Griechenland gezwungen haben, das Land zu verlassen und die Krone an seinen zweiten Sohn abzugeben, der nunmehr Venizelos zum Ministerpräsidenten machen soll und Griechenland der Entente als neuen Bundesgenossen zuführen. Die Frage ist eigentlich weniger, wie die Entente das zustande gebracht, als weshalb es so lange gedauert hat, bis sie zu diesem Ergebnis gelangt ist. Hat der Zar, solange er regierte, die schützende Hand über dem griechischen König gehalten? Oder ist es Italien gewesen, das sich der Aufnahme Griechenlands in die Entente widersetzte, um es als Feind behandeln und besser ausplündern zu können? Oder hat es so lange gedauert, bis die Hungerblockade fürchterlich genug wurde, um die Griechen zur Unterwerfung zu zwingen? So sehr groß wird der Vorteil, den die Entente von diesem erzwungenen neuen Genossen zieht, nicht sein. Die bisherigen Anhänger des Königs werden nicht über Nacht Freunde der Entente geworden sein und Herr Venizelos wird seinen Protektoren in den Ohren liegen, daß sie ihm nun auch etwas zuwenden müßten, damit er sich vor seinem Volke behaupten könne. Die Italiener wollen aber den Griechen nicht nur nichts zuwenden, sondern ihnen sogar möglichst viel nehmen. Sie haben Janina, das schon zu Griechenland gehörte, besetzt und ein unter ihrem Protektorat stehendes Albanien proklamiert. Weigern sich nun die Griechen, für eine solche Kameradschaft zu kämpfen, so werden die Italiener vermutlich antworten: um so besser, und dann bleiben die Verhältnisse ungefähr so, wie sie unter König Konstantin gewesen sind. Bringt man mit Versprechungen auf Kosten der Türken und Bulgaren ein Abkommen

zustande, so werden die griechischen Truppen doch schwerlich viel kampflustiger sein als heute die Russen.

Als das wesentlichste Offensivmittel auf unserer Seite werden wir jetzt die Tauchboote anzusehen haben. Der marine-technische Erfolg ist glänzend und übertrifft alle Erwartungen; — über die die wirtschaftlichen Folgen der großen Versenkungen läßt sich heute doch noch kein sicheres Urteil abgeben. Die Vorstellung, daß die Amerikaner den Engländern ihre große Flotte auf ihren Binnenseen zur Hilfe schicken könnten, hat sich als unrichtig erwiesen, da die Kanäle nicht groß genug sind, um die für die Ozeanfahrt brauchbaren Schiffe durchzulassen. Umgekehrt ist die Erwartung, daß die neutrale Schiffahrt sich aus den Sperrgebieten fortan fernhalten werde, nicht in Erfüllung gegangen. Die Verluste an Menschenleben sind bei den Torpedierungen, falls die genügenden Vorkehrungen getroffen sind, so gering, daß die Seeleute sich nicht abschrecken lassen, und die wirtschaftlichen Verluste werden auf die Kriegskosten geschlagen. Die Preise der Lebensmittel sind in England zum Teil sehr hoch, und es wird, ganz wie bei uns, stark über Wucher geklagt, zum Teil aber auch, namentlich für Fleisch und Reis, auffallend niedrig. Die Kohlenausfuhr ist erheblich zurückgegangen. Von 11698000 Tonnen im ersten Quartal 1915 auf 94170000 Tonnen im ersten Quartal 1917; aber es scheint, daß Frankreich und Italien doch noch immer einigermaßen mit den ihnen gelieferten Kohlen auskommen.*)

Bei dieser Sachlage arbeitet die gesamte westliche Presse mit höchster Kraft, um ihre Völker in der Vorstellung festzuhalten, daß man ausharren könne und müsse, bis die amerikanische Hilfe anlange und den Sieg bringe. Es wurde bekanntgegeben, daß Canada, das doch nur $7\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner hat, im ganzen 519000 Mann (Alles eingeschlossen) nach Europa gesandt habe; die Vereinigten Staaten mit ihren mehr als 100 Millionen müßten also Millionen-Heere senden können. Wir unsererseits dürfen billig bezweifeln, sowohl daß Amerika solche Heere aufstellen kann, wie noch viel mehr, selbst wenn es das könnte und wollte, daß es sie über den Ozean herüberschaffen könnte. Nichtsdestoweniger darf die Hilfe Amerikas nicht unterschätzt werden; sind es auch keine Truppenmassen, die wir zu erwarten haben, so ist es doch sicher,

*) Vgl. unten unterm 23. Nov. 1918.

daß die Fabrikation von Waffen, Munition und allem Kriegsmaterial, die schon vorher für die Entente im Betrieb war, noch sehr bedeutend gesteigert worden ist, und fast noch mehr fallen gewisse technische Unterstützungen ins Gewicht. Z. B. ist anzunehmen, daß die so überaus wichtige Fliegerwaffe durch zahlreiche und gut eingeübte amerikanische Flieger verstärkt werden wird. Schließlich soll auch die moralische Unterstützung, die das Bewußtsein einer so großen Reservekraft den Westvölkern gewährt, nicht unterschätzt werden. Wenn Graf Reventlow s. Zt. dem Deutschen Volke immer wieder verkündete, daß unsere Feinde die amerikanische Bundesgenossenschaft nicht nur nicht wünschten, sogar fürchteten, weil sie dadurch nicht verstärkt, sondern geschwächt würden, so haben die Tatsachen seiner politischen Urteilskraft recht übel mitgespielt.

Unsere Entlastung im Osten ist aber so groß, daß sie Alles wieder ins Gleichgewicht bringt.

Die Friedensaussichten und Rußland. Der Zwischenfall Grimm-Hoffmann. Japan.

30. Juni 1917.

Die provisorische Regierung in Petersburg hat kundgegeben, daß sie einen Frieden auf der Basis des Status quo ante, ohne Annexionen und ohne Entschädigungen anstrebe; sie hat ihre Bundesgenossen aufgefordert, zusammenzutreten und die ehedem vertragsmäßig festgesetzten Kriegsziele in diesem Sinne einer Revision zu unterziehen. Alle drei Westmächte haben darauf höchst übellaunig geantwortet. England hat den Sultan jetzt als Oberherrn von Aegypten ausgeschaltet; es hat den Wunsch, unsere afrikanischen Kolonien zu behalten und sich dadurch zum Herrn des ganzen schwarzen Kontinents zu machen; die französischen, portugiesischen und sonstigen Besitzungen würden nur noch Enklaven in diesem Imperium sein; die Bahn von Alexandria bis zum Kap würde ihm auch eine starke innere Einheit geben. Die Loslösung Arabiens von der Türkei würde Mekka mit den heiligen Stätten unter englisches Protektorat stellen, auch Mesopotamien und Bagdad wünschen die Engländer zu behalten, und so würde bald eine Bahnlinie Alexandria—Kalkutta den Indischen Ozean nördlich umkreisen wie die Linie Alexandria—Kap im Westen. Es ist kein Wunder, daß die Engländer von der Friedensbasis des Status quo ante nichts wissen

wollen. Auch die Franzosen bilden sich noch immer ein, daß nicht wir Nordfrankreich, sondern, daß sie Elsaß-Lothringen erobert hätten, und möchten die Formel keiner Annexionen dahin interpretieren, daß Elsaß Lothringen für sie keine Annexion, sondern eine Zurücknahme sei. Selbst die Italiener sind ganz rabiat bei der Vorstellung, daß die alten Grenzen wieder hergestellt werden könnten und sie, die doch nur um der Eroberung willen sich in diesen Krieg gestürzt haben, alles Blut vergebens vergossen hätten.

Die Russen scheinen es ja nun in der Hand zu haben, die Alliierten zur Annahme ihrer Formel zu zwingen. Zwar haben sie erklärt, daß sie sich keineswegs von ihnen zu trennen beabsichtigten und sich nach wie vor durch den Londoner Vertrag, keinen Separatfrieden zu schließen, gebunden fühlten, aber eine Erklärung, daß die inneren Zustände mit absoluter Notwendigkeit den Frieden forderten, müßte doch einen sehr großen Eindruck machen. Weshalb die russische Regierung sich doch noch immer nicht zu einem energischen Schritt in dieser Richtung entschlossen hat, läßt sich wohl einigermaßen erraten. Die westliche Presse hat deutlich zu verstehen gegeben, daß wenn Rußland sich zu einem Frieden mit Deutschland herablassen sollte, es dennoch keinen Frieden haben werde, denn die Alliierten würden ihm dann sofort die Japaner auf den Nacken setzen, und sie würden in einen neuen schweren Krieg um Ostsibirien einzutreten haben. Es wird hinzukommen, daß noch immer sehr erhebliche englisch-amerikanische Subsidien nach Petersburg fließen. Da die Steuern vielfach nicht mehr eingehen, auf die Anleihen höchstens zwangsweise eingezahlt wird, der Papierrubel aber so entwertet ist, daß auch die Notenpresse nicht weit helfen kann, so sind jene Subsidien ein unentbehrliches Lebensbrot. Endlich und vielleicht entscheidend ist der politische Gedanke, daß, wenn man den Separatfrieden nicht bloß androhe, sondern wirklich schließe, das den endgültigen Sieg Deutschlands bedeuten würde; daß Deutschland aber, wenn es erst die Westmächte niedergeworfen habe, auch Herr über Rußland sein werde. Diese Gleichgewichtserwägung ist so durchschlagend, daß selbst der Arbeiter- und Soldatenrat, so gern er den allgemeinen Frieden sähe, doch den Separatfrieden mit überwältigender Majorität abgewiesen hat.

Auch die demokratische Gemeinbürgschaft spielt dabei eine Rolle. Die russischen Revolutionäre bilden sich ein, daß, wenn der deutsche Kaiser siege, er den Zaren wieder auf den Thron setzen könne.

Als ob Deutschland ein Interesse daran hätte, Rußland wieder stark zu machen! Die Vorstellung, daß die Monarchen sich gegenseitig zu stützen hätten, ist durch den Zaren selbst, als er für die serbischen Fürstenmörder Partei ergriff, gründlich genug zerstört worden. Rußland kann nach unserer Vorstellung eine für Deutschland gefährliche Offensivkraft immer nur unter einer despotischen Regierung entwickeln. Wir haben also den Russen nicht nur jetzt zu ihrer Freiheit verholfen, sondern auch keinen herzlicheren Wunsch, als daß ihnen unter ihr weiter zu leben beschieden sei. Daß Demokratien unoffensiv seien, ist ja auch die demokratische Lehre, und es kann uns nur recht sein, wenn es wahr wird. Wenn die Russen sich das nicht selber sagen, so werden sie darüber von den sozialdemokratischen Deutschen in Stockholm belehrt werden. Aber die Irrlehre von der deutschen Autokratie, so wie sie uns sonst in der Welt schädigt, steht auch hier einer vernunftgemäßen Politik im Wege und hemmt die natürliche Entwicklung.

Kann es einen wunderlicheren Schwebe-Zustand geben? Die Macht, in deren Hand es gegeben ist, jetzt der Welt wieder Frieden zu verleihen, dieselbe Macht, die die Welt in diesen Krieg gestürzt hat, und die heute, nachdem ihr der Krieg die Befreiung gebracht, nichts sehnlicher wünscht, als den Frieden, diese Macht ist dennoch nicht imstande, ihren eigenen Wunsch in Erfüllung zu bringen. Der Krieg an der Ostfront hat aufgehört und doch nicht aufgehört. Immer wieder wird an dieser oder jener Stelle geschossen oder gar gekämpft, während weiter auf- oder abwärts die Schützengräben miteinander in friedlichem Verkehr stehen. Offizielle Friedensverhandlungen finden nicht statt, aber auf neutralem Boden, in Stockholm treffen sich die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie aus den verschiedensten Ländern, um in gegenseitiger Aussprache nach Verständigungsmöglichkeiten zu suchen, Mißverständnisse aufzuklären, hindernden Argwohn zu zerstreuen. Aber man kommt nicht vorwärts. Denn die Entente, gestärkt durch den Beitritt Amerikas, will von ihrer Siegeshoffnung nicht lassen. Immer wieder wird den Völkern verkündigt, wie es der Abgeordnete Lensch vortrefflich formuliert hat, und ich es dem Sinn nach schon im September 1914 ausgesprochen habe: „wenn England den Krieg nicht gewinnt, hat es ihn verloren; wenn Deutschland den Krieg nicht verliert, hat es ihn gewonnen.“ Der Stockholmer Friede, schreibt Albert Mühlund im Rappell, „wäre der

deutsche, der Hohenzollernfriede; die Folge wäre die Wiederaufnahme der militärischen Offensive in einigen Jahren, und der Plan der Errichtung einer Gesellschaft der Nationen fände ein sang- und klangloses Ende." „Wilson hat wahr gesprochen," schreibt der „Temps", „wir müssen siegen oder uns unterwerfen. Entweder das kaiserliche Deutschland und den preußischen Militarismus besiegen, um allen Nationen sichere Bürgschaften für die Zukunft zu verschaffen, oder uns der Rasse unterwerfen, für die Gewalt vor Recht geht. Einen Mittelweg gibt es nicht. Bleibt Deutschland im Kampfe gegen die ihm verfeindete Welt unbesiegt, so zwingt es uns auf allen Gebieten sein unbarmherziges Gebot auf. Kein Friede außer dem, den der Sieg bringt, wäre ein Friede, denn er ließe im Herzen Europas das kaiserliche Deutschland mit seinem scharfen Schwert weiterbestehen. Die Verbandsmächte müssen sich sagen, daß die Leiden, die sie durch den Krieg erdulden, den die Germanen ihnen aufgezwungen haben, nichts sind im Vergleich zu den Demütigungen und den Opfern, die ihnen ein fauler Friede auferlegen würde."

Diese Stimmungen muß man sich klar machen, um den Zwischenfall Grimm — Hoffmann zu verstehen. Der Schweizer Nationalrat Grimm, ein pazifistischer Sozialdemokrat und notorischer, gehässiger Feind Deutschlands, hatte sich nach Petersburg begeben, um mit seinen dortigen Gesinnungsgenossen in Fühlung zu treten und den Frieden anzubahnen. Er erkannte, daß Rußland durch die Revolution kampfunfähig geworden sei und daß ein völliger Zusammenbruch drohe. Durch den schweizerischen Gesandten meldete er diese seine Beobachtungen nach Bern und bat den dortigen Direktor der auswärtigen Angelegenheiten Hoffmann um eine Mitteilung, auf welcher Basis Deutschland sich zu einem Frieden bereit finden lassen werde. Hoffmann gab ihm natürlich diese Auskunft, so wie er glaubte, die deutsche Politik auffassen zu müssen. Er umriß, wie sich Deutschland zu Rußland stellen würde und verwies wegen der Friedensbedingungen im Westen auf die offiziösen Kundgebungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Dieses Telegramm wurde von irgendeinem englischen Agenten abgefangen und entziffert, und 14 Tage darauf, wie es scheint, gleichzeitig in der „Times" und in Stockholm in dem Blatte des Sozialdemokraten Branting veröffentlicht.

Man hat es sich offenbar längere Zeit überlegt, was man mit

diesem Telegramm anfangen sollte. Der Inhalt enthielt nichts wesentlich Neues. Daß Deutschland auf sehr gemäßigte Bedingungen jetzt einen Frieden zu schließen bereit sei, war ja allgemein bekannt; wenn es hier von einem besonders gut informierten Manne bestätigt wurde, um so besser. Aber wie wir gesehen haben: man ist ja drüben noch nicht so weit, einen für beide Seiten ehrenvollen Frieden zu wollen; man hofft noch immer auf den Sieg. Schon wenn Präsident Wilson zuweilen zu erkennen gab, daß er den Frieden zu vermitteln gedenke, wurde er jedes Mal von der Ententepresse aufs wütendste angefahren. Man beschloß nun, der Schweiz das Friedensvermitteln gründlich zu verleiden und bediente sich dazu einer sehr geschickten Kriegslist. Indem man die Depesche veröffentlichte, fügte man sofort hinzu, nicht daß man diese Friedensvermittlung nicht wolle, sondern, daß Hoffmann und Grimm deutsche Agenten seien, die im Auftrage der deutschen Regierung einen Separatfrieden mit Rußland hätten vermitteln wollen. Jedes Wort war grob gelogen: weder handelte es sich um einen Separatfrieden, sondern es war, namentlich in der Hoffmannschen Depesche ausdrücklich und von nichts anderem als von dem allgemeinen Frieden die Rede, noch waren Grimm oder Hoffmann im allerentferntesten im Verdacht, deutsche Agenten zu sein. Trotzdem gelang das Kunststück. Hätte die Schweiz den Mut gehabt, die einfache Wahrheit auszusprechen und sich darauf zu berufen, daß nach der ausdrücklichen Haager Bestimmung eine Friedensvermittlung niemals als ein unfreundlicher Akt aufgefaßt werden dürfe, so wäre der Angriff abgeschlagen gewesen. Aber die Schweiz knickte vor dem englischen Drohwort zusammen; Hoffmann legte sein Amt nieder und die Schweizer Presse erklärte einmütig, es sei nicht anders möglich, da er einen Fehler gemacht habe, und so vorzüglich er sonst sei, die Konsequenz seines Fehlers tragen müsse. Worin soll der Fehler Hoffmanns bestanden haben? Ich habe mich vergeblich danach umgesehen und nachgefragt, aber die Schweizer Presse hat immer nur von „dem Fehler" gesprochen, ohne ihn zu bezeichnen. Sie hätte sonst gestehen müssen, daß der Fehler in nichts anderem bestand, als daß Hoffmann den Zorn der Westmächte erregt hat, weil er im Interesse seines Landes den Weltfrieden zu fördern unternahm. Das soll ein Neutraler sich heute nicht herausnehmen dürfen, und die Schweiz ist mit ihrer Ernährung von der Entente kaum weniger abhängig als

Griechenland. Wiederum zeigt sich, wie bedeutungsvoll der Eintritt Amerikas in den Krieg ist. Auch auf die nördlichen Neutralen scheint Amerika durch Absperrung der Zufuhr einen Druck ausüben zu wollen, der sie zwingt, ihre bisherige neutrale Haltung aufzugeben.

Es sind noch manche Erscheinungen da, in die es wohl der Mühe lohnte, sich zu vertiefen. Die unerfreulichen parlamentarischen Zustände in Oesterreich und die wunderbar verzwickte Lage in Ostasien, wo Japan die Geschicke der Welt in der Hand zu haben scheint. Durch seinen Eintritt in die Entente ist Amerika auch der Bundesgenosse Japans geworden. Sollte man es glauben? Japan und die Vereinigten Staaten Bundesgenossen! Wer betrügt da den anderen? Kommen wir einmal zum Frieden in Europa, so glaube ich, daß dieser Friede eine sehr lange Dauer verspricht; wie auch die Einzelheiten ausfallen mögen; die Völker werden doch zu der Erkenntnis kommen, und an ihr festhalten, daß sie nebeneinander bestehen und sich gegenseitig tragen müssen. Auch die Neubildungen in Osteuropa werden wohl viel Unruhe, aber doch nicht so leicht eine neue Störung des Weltfriedens hervorrufen. Aber wie sich die heutigen Bundesgenossen England, Amerika, Rußland und Japan über China im besonderen und Ostasien im allgemeinen vertragen sollen, das ist nicht abzusehen. Japan ist durch die Gunst des Augenblicks getragen, zu einer Höhe emporgestiegen, der doch seine innere Kraft kaum entspricht, aber es ist entschlossen, seinen Vorteil wahrzunehmen und sein Ehrgeiz ist grenzenlos. Uns kann es recht sein. Wir warten ab, was für neue Kombinationen sich dort vorbereiten. Die augenblickliche Konstellation ist uns freilich höchst schädlich, aber sie ist auch so unnatürlich, daß sie jeden Augenblick an dieser oder jener Stelle auseinanderbrechen kann. Harren wir nur aus. Auch die Meldung des Schweizers Grimm, daß für Rußland „ein Friedensschluß in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit" sei, verdient ja um so mehr Vertrauen, als sie von einem Feinde kam. Als die Engländer beschlossen, die abgefangene Depesche Hoffmanns zu veröffentlichen, haben sie schwerlich bedacht, daß nun auch jene Meldung Grimms ans Tageslicht kommen werde.

Innere Politik.

1. Juli 1917.

Ich bin zwar nie ein Verehrer, aber immer ein Verteidiger des allgemeinen, gleichen Stimmrechts gewesen, und habe die Gründe noch in unserem Maiheft wieder dargelegt. Aus taktischen Gründen habe ich mich für ein Pluralwahl-System als Uebergangsmaßregel erklärt. Aber ich habe mich überzeugt, daß das heute nicht mehr genügt. Das Rad der Geschichte rast voran und reißt uns mit sich fort. Ich halte es jetzt für eine unausweichliche Notwendigkeit, daß die preußische Wahlreform nicht nur sofort, sondern daß ganze Arbeit gemacht wird. Wir müssen selber einsehen, was notwendig ist, unbekümmert darum, wer uns, sei es zustimmt, sei es widerspricht. Ich habe mich mit einigen Gesinnungsgenossen geeinigt, in diesem Sinne folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der Kaiserlichen Osterbotschaft, zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe, in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen mußten, ob überhaupt die Osterbotschaft nach Abschluß des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen werde.

Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unverweilt eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt, und daß die Regierung auch sonst dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient."

Professor Hans Delbrück. Oberbürgermeister Dominicus. Professor Emil Fischer, Wirkl. Geh.-Rat. Ad. von Harnack, Wirkl. Geh.-Rat. Professor Friedrich Meinecke. Professor Walter Nernst. Dr. Paul Rohrbach. Dr. Friedrich Thimme. Professor Ernst Troeltsch.

* * *

Ich komme soeben von dem Begräbnis Gustav Schmollers, des Unvergeßlichen. Einer der Redner an seinem Sarge hob hervor, wie merkwürdig es doch sei, daß der geborene Schwabe sich so in das preußische Wesen hineingedacht habe, und beim Nachhausegehen stellten wir fest, daß auch die beiden anderen großen Propheten des preußischen Staates, Hegel und Treitschke, der eine Schwabe, der andere ein Sachse gewesen seien. Geht nun ein Stück des preußischen Wesens wirklich dahin, indem wir das Dreiklassen-Wahlrecht durch das gleiche Stimmrecht ersetzen? Sagen wir getrosten Mutes ja, aber fügen wir hinzu: ja, in demselben Sinne, wie ein Stück des Friderizianischen Staates dahinging, als Stein und Scharnhorst das neue Preußen aufbauten.

Der Kanzlerwechsel. — Die Friedensresolution. Lloyd Georges Antwort.

28. Juli 1917.

Als letzter von den Staatsmännern, die am Steuer standen, als der Weltkrieg hereinbrach, hat nun auch Herr von Bethmann Hollweg seinen Posten geräumt. Er ist gewichen unter dem Ansturm, wenn auch keineswegs einfach dem Ansturm von Mächten, die ihm bereits in der Friedenszeit unfreundlich gesinnt waren, die im Beginn des Krieges sich mehr oder weniger zurückhielten und endlich mit immer steigender Leidenschaft auf ihn eindrangen und seine Entfernung forderten. Was sie ihm vorwarfen, waren nicht bloß einzelne Fehler, sondern die Gesamthaltung, in der sie die rechte Entschlossenheit und Großzügigkeit vermißten. Er war ihnen zu gemäßigt; er suchte zu vermitteln, wo er reckenhaft hätte voranschreiten sollen. Man kann die Vorwürfe, die gegen die Bethmannsche Politik erhoben wurden, nicht besser wiedergeben, als es geschehen ist in der Anklage, die Professor Eduard Meyer im Namen des „Unabhängigen Ausschusses" gegen ihn erhoben hat. „Wir klagen," ruft Herr Meyer aus, „Herrn von Bethmann Hollweg an, daß er alles getan hat, um die Stimmung im Volk und die Aussicht auf einen glücklichen Ausgang des Krieges zu lähmen; daß er durch Parteinahme die Bestrebungen, die auf die Zerstörung des deutschen Staates hinarbeiten, gefördert hat..... In der äußeren Politik zeigte er ständig eine schlaffe Nachgiebigkeit. Er glaubte bis zuletzt, unsere

offenen und heimlichen Gegner durch Konzessionen, durch Betteln um ihre Gunst gewinnen zu können; er suchte ihre Wünsche, mochten sie auch noch so maßlos sein, sorglos zu erfüllen, während er für die gerechten Wünsche des deutschen Volkes kein Wort hatte. Durch die Art, wie er wieder und wieder um Frieden gebeten hat .... hat er lediglich den Anschein erweckt, als sei die Kraft des deutschen Volkes erschöpft, und hat so, statt den ersehnten Frieden zu beschleunigen, nur die Entschlußkraft und die Siegeshoffnungen unserer Feinde gesteigert.... Den Vertretern eines faulen Friedens, der unser ganzes Dasein, unsere wirtschaftliche und politische Existenz als selbständige Nation preisgibt, und unsere Zukunft einem unheilbarem Siechtum überantwortet, bot er die Umgestaltung unseres gesamten Staatswesens, und war bereit, die kraftvolle und schöpferische Stellung der Krone, zu deren Vertreter er bestellt war, zum Opfer zu bringen..... So sägte er den Ast ab, auf dem wir sitzen." Noch sei es Zeit, sagt Professor Meyer, einzuschreiten, aber es sei der letzte Augenblick, werde auch dieser verpaßt, so sei unser Schicksal für immer besiegelt.

Unter solchen Vorwürfen hat Herr von Bethmann Hollweg sein Amt niederlegen müssen, und gleichzeitig wurde im Reichstag eine Resolution eingebracht, die, so zu sagen, alles das, was die Verzweiflung und den Abscheu des „Unabhängigen Ausschusses" erregt hat, zusammenfaßte und verkörperte. Eben die Parteien, die nach dieser Auffassung unser „wohl bewährtes Staatswesen umstürzen wollen", sprechen den Wunsch aus nach einem Frieden, der jede gewaltsame Gebietsveränderung ablehnt und Deutschland nach Eduard Meyer und seinen Freunden „einem unheilbaren Siechtum überantworten würde". Sobald die Resolution bekannt wurde, ertönten denn auch aus diesem Lager Proteste und Warnungen. Mit runden Worten wurde die Resolution für Landesverrat erklärt, und der Großadmiral von Tirpitz setzte in Telegrammen an die Führer der Nationalliberalen Partei und des Zentrums seine Autorität ein, um die Annahme des verhängnisvollen Antrages noch im letzten Augenblick zu verhindern.

Wer in der Politik einen rationellen Zusammenhang sucht, hätte schließen müssen, daß, nachdem Herr von Bethmann Hollweg glücklich entfernt war, sein Nachfolger, Herr Michaelis die Resolution mit Entrüstung zurückweisen und der Reichstag als Vertreter des deutschen Volkes, das um seine Zukunft besorgt ist, sie mit über-

wältigender Majorität ablehnen werde. Herr Michaelis hat die Resolution nicht nur nicht abgelehnt, sondern hat mit runden Worten erklärt, daß die Ziele, die er sich stecke, sich im Rahmen dieser Resolution erreichen ließen, und darauf hat der Reichstag sie mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Aber nicht nur das, sondern auch die Parteien, die mit nein stimmten, haben sachlich ihr Einverständnis kundgegeben. Die Nationalliberalen brachten eine Gegenresolution ein, die ebenfalls die Eroberungen ablehnte, und dafür die dauernde Versöhnung der Völker forderte; ja sogar die Konservativen, bei denen sonst der alldeutsche Patriotismus besonders aufzuschäumen pflegte, ließen eine Erklärung abgeben, „zu Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde unter uneingeschränktem Verzicht auf Forderungen zwangsweiser Gebietserwerbungen und Entschädigungen sie anbieten." Daß sie daneben in vielen hinzugefügten tapferen Worten ihre alten Forderungen von Entschädigungen und Sicherungen für Deutschland aufrechterhalten, steht zwar im Widerspruch mit dem angeführten Satz, hebt ihn aber nicht auf. Denn wenn man erst auf der Basis des Status quo ante in Verhandlungen einzutreten sich bereit erklärt und sich mit dem Gegner an den Verhandlungstisch gesetzt hat, ist man nicht mehr in der Lage, eine andere Verhandlungsbasis zu fordern. Man darf also sagen, daß wenn auch in verschiedener Form, doch schließlich der gesamte Deutsche Reichstag einmütig und in Uebereinstimmung mit dem neu eingetretenen leitenden Staatsmann sich für eine Friedensverhandlung auf der Basis des Status quo ante und ohne Kriegsentschädigung ausgesprochen habe. Die leisen Vorbehalte, die hier und da gemacht sind, z. B. wenn der Reichskanzler selbst seiner Annahme der Resolution zugefügt hat, „wie ich sie auffasse", können eine praktische Bedeutung nicht beanspruchen. Nachdem der Satz einmal festgelegt ist, „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker; mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar" — nachdem dieser Satz einmal ausgesprochen ist, und der Reichskanzler hinzugefügt hat, daß er im Rahmen dieser Resolution seine Ziele erreichen wolle, ist es ausgeschlossen, daß, wann und wie die Friedensverhandlungen auch immer beginnen sollten, Deutschland weitergehende Forderungen erhebe. Die Gegner würden uns dann mit lächelnden oder erstaunten

oder entrüsteten Gesichtern die Resolution und die Zustimmung des Reichskanzlers entgegenhalten. Wenn einige alldeutsche Blätter den Zusatz des Reichskanzlers, „die Resolution, wie ich sie auffasse", als Deckung benutzt haben, um ihren Rückzug zu maskieren, so ist ein solcher Seitensprung im journalistischen Wortgefecht nicht so übel, für internationale Verhandlungen aber gewährt er keine Deckung, und die zukünftige Friedensbasis steht, was Deutschland betrifft, nunmehr fest. Daß sich auch auf dieser Basis noch tausend Fragen von Schiebungen, Konzessionen und Kompensationen erheben und erörtern lassen, versteht sich von selbst und wir wollen noch davon reden, macht aber für das Grundgesetz keinen Unterschied.

Wenn nun dem Allen so ist, wenn nicht nur die Majorität des Reichstages, sondern dem Sinn und der Sache nach der gesamte Reichstag sich auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt hat, und wenn der neue Reichskanzler auch noch einmal ausdrücklich sich zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bekannt hat, wenn weiter Personalveränderungen in der gleichen Tendenz bevorstehen, wenn also mit einem Wort alles das jetzt geschieht, was man von Herrn Bethmann Hollweg gefürchtet oder ihm zum Vorwurf gemacht hat — weshalb mußte Herr von Bethmann Hollweg dann von seinem Posten zurücktreten? Schwerlich wird unter den vielen Millionen Zeitungslesern, die am Freitag Morgen die Rede des neuen Reichskanzlers lasen, auch nur einer gewesen sein, der nicht zur getreuen Ehehälfte, oder mit wem er sonst in der Frühe die Gedanken austauscht, gesagt hat, „diese Rede hätte Bethmann Hollweg auch halten können" oder, wenn er sarkastisch veranlagt ist, „sollte Michaelis die Rede gehalten haben, die die Geheimräte für Bethmann ausgearbeitet hatten?" Wenn überhaupt ein Unterschied ist in der Politik der beiden Reichskanzler, so kann es nur der sein, daß der neue Herr, nicht gebunden durch eine politische Vergangenheit, den eingeschlagenen Weg mit noch etwas größerer Entschiedenheit verfolgen wird, als sein Vorgänger. Zurück kann er nicht mehr. Will er nicht in bloßer Passivität verharren, und als Schwächling erscheinen, so muß er vorwärts, muß vorwärts mit den Bestrebungen und den Zielen, wegen derer Herr von Bethmann tausendmal verflucht und endlich auch gestürzt worden ist. Sind die Leute hirnverbrannt gewesen, die gegen Herrn von Bethmann Sturm liefen und nicht sahen, daß wer nach ihm kommen würde, ganz von demselben Teufel, aber von einem siebenmal

ärgeren besessen sein würde? Ein stärkeres Beispiel, wie weit der Fanatismus auch sonst ganz klaren Verstand verblenden kann, wird die Weltgeschichte nicht leicht aufweisen. Haben die Herren, die gegen Herrn von Bethmann tobten, wirklich geglaubt, ihn durch einen Mann ihrer Richtung ersetzen zu können? Hatten sie keine Ahnung von der Volksstimmung und von unseren Bundesgenossen? Weshalb haben denn, als es zur Entscheidung kam, auch die Konservativen und die Nationalliberalen die alte annexionistische Fahne zusammengerollt und in die Tasche gesteckt? Weshalb ist, nachdem die Entscheidung gefallen war, die ganze annexionistische Presse so still geworden? Herr Prof. Eduard Meyer spricht in jener Erklärung von der „sittlichen Pflicht, welche jetzt zu reden gebiete und Schweigen zum Verbrechen mache". In dieser und jener Zeitung ein gewisses Murren, sonst verlegenes Schweigen oder gar ein freundliches Grinsen, daß man mit der Rede des neuen Kanzlers doch eigentlich ganz einverstanden sein könne, wenn man sie nur richtig auslege. Was vor drei Tagen noch Landesverrat war, ist heute die anerkannte deutsche Politik, und um dem ganzen Vorgang das Siegel aufzudrücken, hat der Kaiser selbst die Führer aller Parteien, auch derjenigen, die beschuldigt wurden, „den Staat umstürzen zu wollen", im Garten des Reichsamts des Innern empfangen und sich mit jedem Einzelnen freundlich unterhalten. Die gesellschaftliche Exklusivität, die bisher auch in unserem Partei- und politischen Leben herrschte, ist gebrochen; die so sehr gefürchtete Demokratisierung hat auch diese Provinz des nationalen Daseins ergriffen und überschwemmt. Der Anstoß, der den Stein schließlich ins Rollen brachte, ist ja von diesen „Jahrbüchern" ausgegangen, von der in dem vorigen Heft (s. oben S. 252) veröffentlichten Erklärung für die sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen (zu den Unterschriften sind noch hinzuzufügen der Botschafter a. D. Graf Monts und Professor Max Lehmann, deren Zustimmung für den Druck einige Stunden zu spät einlief), und die auswärtige Politik, die nunmehr Deutschlands Programm geworden ist, ist die Politik, die von Anbeginn des Krieges an in diesen „Jahrbüchern" gefordert und verteidigt worden ist: Vereinigung von höchster militärischer Kraftentfaltung mit politischer Mäßigung.

Es wird auch angebracht sein, jetzt den Wortlaut der Adresse hier zu veröffentlichen, die im Sommer 1915 an den Reichskanzler gerichtet wurde, um den falschen Bestrebungen eines irregeleiteten

Patriotismus entgegenzutreten. Da damals die öffentliche Diskussion der Kriegsziele noch unratsam erschien, habe ich nur im allgemeinen die Idee und die Namen der Unterzeichner bekanntgegeben (Bd. 1, S. 143/44). Zwischen dieser Adresse und der Antrittsrede des Reichskanzlers Michaelis besteht gewiß kein anderer Zusammenhang als der der Natur der Dinge. Dieser aber ist so stark, daß manchmal sogar der Wortlaut gewisse Anklänge zeigt. Ich lasse diese Sätze in dem nachfolgenden Abdruck sperren.

„Deutschland", lautete die Adresse, „ist in den Krieg nicht mit der Absicht auf Eroberung gegangen, sondern zur Erhaltung seines von der feindlichen Koalition bedrohten Daseins, seiner nationalen Einheit und seiner fortschreitenden Entwicklung. Nur was diesen Zielen dient, darf Deutschland auch bei einem Friedensschluß verfolgen. Eingaben, welche Euer Exzellenz zugegangen sind, verstoßen gegen diese Ziele. Wir halten es daher für unsere Pflicht, diesen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und offen auszusprechen, daß wir in ihrer Verwirklichung einen folgenschweren politischen Fehler und nicht eine Stärkung, sondern eine verhängnisvolle Schwächung des Deutschen Reiches sehen würden.

„In rein sachlicher Erwägung bekennen wir uns zu dem Grundsatz, daß die Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist. Das Deutsche Reich ist hervorgegangen aus dem Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Zusammengehörigkeit. Es hat nationalfremde Elemente nur langsam und noch unvollkommen mit sich verschmolzen, und wir wollen uns weder durch Ereignisse, noch durch Personen, noch durch leicht erzeugbare Stimmungen dazu drängen lassen, die leitenden Grundlinien der Reichsschöpfung aufzugeben und zu verändern und den Charakter des Nationalstaates zu zerstören.

„Es ist ganz selbstverständlich, daß die von uns nach Maßgabe unserer Friedensbedingungen zu räumenden Gebiete nicht zu einem Bollwerk für unsere Gegner werden dürfen, daß kein Rivale Deutschlands sich dort festsetzen darf. Die Möglichkeit darf nicht bestehen, daß feindselige Gefühle der Bewohner sich in feindselige Handlungen umsetzen, die den Frieden und die Sicherheit unserer Grenzen bedrohen könnten. Solchen Gefahren kann vorgebeugt werden, und wir vertrauen darauf, daß es gelingen wird, geeignete und wirksame

Mittel auszuwählen und zu verwirklichen. Dazu vermögen wir aber wiederum solche Mittel nicht zu rechnen, die uns auf Umwegen schließlich doch zur Annexion hinleiten würden.

„Wir alle sind, mit dem ganzen Volke, fest überzeugt, daß dieser Krieg mit einem vollen Siege Deutschlands enden wird. Nach so bewundernswürdigen Heldentaten, nach so unendlichen Opfern und Mühen, nach so viel still und mit Seelengröße ertragenem Leid wird das deutsche Volk einen Siegespreis beanspruchen dürfen, der — soweit das überhaupt möglich ist — dem, was es hingegeben hat, entspricht. Der höchste Siegespreis wird immer in der stolz errungenen Gewißheit bestehen, daß Deutschland auch eine Welt von Feinden nicht zu fürchten braucht, und in dem beispiellosen Kraftbeweis, den unser Volk den andern Völkern der Erde und den kommenden Generationen gegeben hat. Das deutsche Volk kann aber nur einen Frieden schließen, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und der ungehemmten Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmungsgeistes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen gibt. Wir hegen das Vertrauen, daß es Euer Exzellenz mit den verfassungsmäßig berufenen Instanzen gelingen wird, unbeirrt, zu gegebener Zeit, auf der Höhe unserer militärischen Erfolge einen solchen Frieden zu schaffen."

In dieser Adresse ist wohlbedacht nur die „Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker abgewiesen, in erster Linie also Belgiens. Die Frage der östlichen Völker aber, der Litauer, Letten und Esten ist offengelassen. Für mich hat das wahre Ziel Deutschlands immer in der Befreiung und Angliederung der Ostsee-Provinzen und einem großen, mittelafrikanischen Kolonialreich gelegen. Es fragt sich, ob auch diese Wünsche nunmehr durch die Friedens-Resolution des Reichstags abgeschnitten worden sind.

Nach meiner Auffassung ist das nicht der Fall. Die belgische Frage, wie überhaupt die Frage einer Hinausschiebung unserer westlichen Grenze, ist allerdings erledigt. Durch die Befreiung der Flamen haben wir hier eine neue Tatsache geschaffen, die durch ihr eigenes Schwergewicht fortwirken wird und uns genügen kann und muß, als Garantie, daß aus Belgien nicht ein Bollwerk unserem

Feinde wird. Bezüglich der Ostsee-Provinzen ist ebenfalls durch die Umwandlung Rußlands in eine föderative Republik ein ganz neues Verhältnis geschaffen. Werden Kurland und Livland autonom, so sind sie zwar nicht deutsch, aber das dortige Deutschtum hat doch wieder eine Lebensmöglichkeit gewonnen, und das ist politisch wie national für Deutschland nichts Geringes. Schließlich ist ja auch durch die Reichstags-Resolution nicht ausgeschlossen, daß wir uns mit Rußland dahin verständigen, daß dieses die deutschen Bauern, die ihnen im Innern lästig sind, an uns abgibt und ihnen für den eingezogenen Besitz in Kurland eine Entschädigung gewährt.

Was endlich die Kolonien betrifft, so hat nach der Formel des Status quo ante die Entente nicht bloß die sämtlichen deutschen Kolonien zurückzugeben, sondern England hat auch seine Eroberungen in Mesopotamien und Palästina zu räumen, auf sein Protektorat über Arabien zu verzichten und die Souveränität des Sultans in Aegypten wieder anzuerkennen. Nicht weniger ist auch die Souveränität Persiens wieder herzustellen. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Programm tatsächlich durchgeführt werden kann. Ich will die einzelnen Punkte, die ja leicht erkennbar sind, nicht nennen, sondern nur feststellen, daß auf diesem Gebiet ohne Kompensationen nicht auszukommen sein wird. Die Art und Höhe dieser Kompensationen wird aber nicht nur von Wirtschaftsstatistikern berechnet werden, sondern auch immer unter dem Einfluß der Kriegslage stehen. Mit anderen Worten, die Größe des Kolonialreichs, mit dem Deutschland aus diesem Kriege hervorgehen wird, wird ganz wie ich es schon im vorigen Heft festgestellt habe, von den Erfolgen des Tauchbootkrieges gegen England abhängen. Wie groß diese Erfolge sind, mit anderen Worten, wie lange Zeit vergehen wird, bis sie sich geltend machen, steht dahin, und eine öffentliche Erörterung dieser Frage, so wichtig sie ist, ist nicht angängig. Nur so viel muß man sich klar machen, daß, wenn schließlich bei den Friedensverhandlungen um die koloniale Zukunft Deutschlands gekämpft wird, es nicht die Resolution des Reichstags zu sein braucht, die der Erreichung eines guten Ergebnisses im Wege steht.

Der Haupteinwand, der, abgesehen von der sachlichen Differenz über die Kriegsziele, gegen die Friedens-Resolution erhoben worden ist, ist, daß sie ein neues Friedens-Angebot darstelle, daß aber unsere bisherigen Friedens-Angebote immer von unseren Feinden als

Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden seien, es mit dieser nicht besser gehen werde, man also damit keinen Nutzen, sondern nur Schaden stifte.

Ich gebe zu, daß in dieser Argumentation etwas Richtiges ist. Die feindliche Presse hat auch schon ganz vorwiegend diesen Ton angeschlagen. Ob die Resolution nicht noch etwas anders hätte gefaßt sein können, will ich dahingestellt sein lassen; man hätte vielleicht besser konkret den Grundsatz der Integrität und Souveränität Belgiens anerkannt. Aber die Resolution ist einmal da, so wie sie ist, und man muß sich mit ihr abfinden in dem Gedanken, daß früher oder später eine ähnliche Kundgebung auf keinen Fall zu umgehen war. Wenn sie uns in diesem Augenblick schadet, so liegt der Fehler nicht sowohl darin, daß sie jetzt, als daß sie so spät gekommen ist. Erinnern wir uns, daß im Frühjahr 1915 sechs große wirtschaftliche Verbände eine Eingabe an den Reichskanzler richteten, der sich unter Führung der Professoren Seeberg, Schumacher und Schäfer eine Petition von mehr als 1000 Intellektuellen anschloß, in denen verlangt wurde, daß Deutschland die Oberherrschaft über Belgien behalte, sich von Frankreich das ganze nordöstliche Grenzgebiet von der Somme bis nach Belfort abtreten lasse und in diesen Gebieten den gesamten mittleren und größeren Besitz expropriiere und in deutsche Hand überführe. Ebenso wurde die Annexion eines großen Teiles von Polen unter Vertreibung der mittleren und größeren Besitzer verlangt. Im Reichstag wurde der Annexionismus nicht nur von den Konservativen und den Nationalliberalen getragen, sondern umfaßte auch viele Mitglieder des Zentrums und reichte bis in die Reihen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten. Der Vorsitzende der Zentrumspartei sprach das unbedachtsame Wort, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse. Manche forderten die flandrische Küste, andere die Maaslinie mit Lüttich und Namur. Noch jüngst sind Schriften von hoch angesehenen Gelehrten erschienen, die nach völkerrechtlichen Konstruktionen suchten, mit denen Belgien dauernd an Deutschland gefesselt werden könne. Es ist jetzt nicht mehr nötig, die Unausführbarkeit und Unratlichkeit solcher Bestrebungen nachzuweisen. Sie sind durch die Friedensresolution und die Zustimmung, die der Reichskanzler ihr erteilt hat, endgültig erledigt und begraben. Weiter blickende Politiker hätten aber bereits im August 1914 erkennen können und müssen, daß es so

kommen werde. Wie ganz anders stünde Deutschland da, wenn es von Anfang an etwas wie die jetzt angenommene Friedensresolution als sein Kriegsziel aufgestellt und festgehalten hätte! Was damals politische Einsicht war, macht heute, durch den Fortgang des Krieges erzwungen, den Eindruck der Schwäche. Ist das ein Vorwurf, so scheint er in erster Linie Herrn von Bethmann Hollweg treffen zu müssen, denn seine Aufgabe als leitender Staatsmann wäre es gewesen, von weit her das Erreichbare wie das Nützliche zu erkennen und die deutsche Politik auf dieses Ziel einzustellen. Aber seien wir gerecht und verlangen nicht zu viel. Der heutige Krieg ist ein Volkskrieg, der nicht ohne die leidenschaftliche Teilnahme und Hingabe der gesamten Masse geführt und gewonnen werden kann. Indem man die Kraft des Volkes in Anspruch nimmt, muß man aber auch die Instinkte, Vorstellungen und Wünsche der Massen mitwirken lassen, und das Volk ist nach Hegels Ausspruch derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will. Das deutsche Volk wollte gewiß keine Weltherrschaft; das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg; aber sich von vornherein damit abzufinden, daß auch nach den größten Opfern und Siegen die Grenzen des Reiches unverändert bleiben oder höchstens im Osten eine weitere Ausbuchtung stattfinden sollte, das wäre ihm schwer begreiflich erschienen. Nun erst die Armee, der zugemutet wurde, die blutig erkämpften Maasübergänge, Lüttich und Namur wieder preiszugeben, und die Marine, die aus dem nassen Dreieck heraus wollte! Ich selber habe ja in diesen „Jahrbüchern" derartige Gedanken der freiwilligen Mäßigung ausgesprochen im September 1914, als die französische Regierung aus Paris geflohen war, man in Deutschland den baldigen Einzug in die französische Hauptstadt erwartete und den Frieden in London zu schließen vermeinte. Aber was für Schmähbriefe habe ich doch damals erhalten und wieviel verzweifelte Ergüsse von guten Freunden, die meinen Widerspruch gegen „napoleonische Politik" für Kleinmut hielten! Die Aufgabe des Reichskanzlers war, alle Kräfte des deutschen Volkes für die Durchführung des Krieges zusammenzuhalten. Hätte Herr von Bethmann Hollweg schon 1914 gesagt, was Herr Michaelis jetzt gesagt hat, „Deutschland wird auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durch-

gesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine Zeit unerhörter Tatkraft und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist..... Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden" — hätte Herr von Bethmann Hollweg seit dem August 1914 so gesprochen, er hätte sich gewiß als ein sehr weitblickender Politiker gezeigt, aber er hätte sich als Reichskanzler vielleicht schwer behaupten können. Es blieb ihm nichts übrig, als zwischen seiner politischen Einsicht und den Forderungen und Bedürfnissen der ganz unpolitisch empfindenden Potenzen, ohne die der Krieg nun einmal nicht geführt werden konnte, fortdauernd zu vermitteln, Auswege und Ausdrücke zu suchen, die zeigten, daß er sich einen Frieden dachte, der den umwohnenden Nationen ihr Lebensrecht nicht verkümmerte, und den patriotischen Heißspornen doch die Möglichkeit ließe, ihren phantastischen Träumen weiter nachzuleben. Er sagte ausdrücklich, daß Belgien für uns ein Faustpfand sei, d. h. daß wir es nicht zu behalten gedächten, und sprach dann doch wieder von realen Garantien, die auszulegen waren als eine tatsächliche deutsche Oberherrschaft. Wären wir zum Frieden gekommen, wenn wir von Anfang an ganz unzweideutig erklärt hätten, daß wir Belgien weder in seiner Souveränität noch Integrität anzutasten gedächten? Es wäre sehr drückend, wenn wir diese Frage einfach mit ja zu beantworten hätten, wenn so viel vergossenes Blut durch eine rechtzeitige Erklärung dieser Art hätte gespart werden können. Aber sicher ist doch nur, daß durch eine solche Erklärung die Friedenspartei in England allerdings sehr gestärkt worden wäre, ob das uns aber zu einem wirklichen Frieden geführt haben würde, bleibt doch sehr fraglich. Denn die englische Kriegspartei will ja keineswegs bloß Deutschland abwehren, Belgien schützen, Frankreich in seiner Großmachtstellung erhalten, sondern sie will die deutsche Großmachtstellung brechen, sie wenigstens so weit reduzieren, daß Deutschland für die englische Weltherrschaft ungefährlich wird. Ob nun diese Tendenz, ob jene bei einem deutschen Mäßigkeitsprogramm die Oberhand behalten hätte, wer will es wissen? Die tobende Wut, mit der noch jüngst der stille Vermittlungsversuch der Schweizer Grimm-Hoffmann von der Entente zurückgewiesen ist, obgleich man

doch schon deutlich sah, wie gemäßigt Deutschland gestimmt sei, läßt ja keinen Zweifel, daß die Kriegsziele unserer Feinde nicht nur von ihrer Presse, sondern auch bei den leitenden Staatsmännern noch sehr weit über den Status quo ante hinausgehen.

Wäre es also sachlich auch besser gewesen, wenn wir schon längst vordem in so unzweideutiger Weise, wie es jetzt geschehen ist, unsere Kriegsziele festgelegt hätten, so müssen wir doch zufrieden sein, daß es jetzt endlich geschehen ist und darauf vertrauen, daß auch der Eindruck des Zurückweichens nicht lange vorhält. Der Sieg, der den Gegenbeweis erbringt, ist ja schon da, und nichts kann eine schönere Harmonie bilden, als der Zusammenklang eines Friedensangebots und einer Siegesbotschaft. Die Vorstellung, daß Deutschland bei einem Frieden, wie er in der Resolution und in der Rede des Herrn Reichskanzlers umschrieben ist, einer verzweifelten Zukunft entgegengehe, ist ein Aberglaube, der in diesen „Jahrbüchern" ja in all seinen Einzelheiten immer von neuem aufgelöst und zurückgewiesen worden ist. Unsere Feinde haben ja auch die ganz entgegengesetzte Vorstellung: sie sehen bei einem derartigen Frieden ein Deutschland vor sich von solcher Kraft und Furchtbarkeit, daß sie eben deshalb glauben, den Krieg noch fortsetzen zu müssen, um uns zu zerschmettern. Was sie treibt, ist keineswegs bloß Uebermut und Eroberungssucht, sondern ebensosehr ein Gefühl der Verzweiflung. Wie werden wir uns eines zukünftigen Deutschlands, rechnen sie immer wieder, erwehren können, da doch eine so gewaltige Koalition wie die jetzige schwerlich wieder zusammengebracht werden kann?

Sehr merkwürdig ist die Antwort, die der leitende englische Staatsmann Herr Lloyd George auf die große Aktion im deutschen Reichstag erteilt hat. Er hat ganz und gar nicht in den Ton der Ententepresse eingestimmt, die erkennen wollte, daß es mit den Kräften Deutschlands zu Ende gehe, sondern er hat im Gegenteil aus der Rede des Herrn Reichskanzlers herauslesen wollen, daß Deutschland sich nach wie vor, wenn ihm das Kriegsglück günstig sei, Eroberungen vorbehalte. Er hat sich dabei hinter den Satz der Michaelis'schen Rede gesteckt, daß die Grenzen des Deutschen Reiches sichergestellt werden müßten. Wie sich die Chauvinisten aller Länder immer gegenseitig in die Hände arbeiten, so haben ja auch gewisse alldeutsche Blätter in Deutschland ähnliche Aussichten eröffnet. Gutgläubigkeit kann man einer solchen Interpretation nicht zu-

sprechen, denn sie ist nur möglich, wenn man den anderen Satz, daß der Reichskanzler sein Ziel „im Rahmen der Resolution" zu erreichen gedenke, die nun einmal „erzwungene Gebietserwerbungen ausschließt", ganz außer Betracht läßt. Herr Lloyd George ist deshalb auch so klug gewesen, die Resolution in seiner Rede überhaupt nicht zu erwähnen. Was müssen wir daraus schließen? Zu Entstellungen greift man, wenn die Wahrheit unangenehm ist. Herrn Lloyd George ist also unangenehm, daß Deutschland sich auf der Basis des Status quo ante zum Frieden bereit erklärt hat; es kann ihm nur deshalb unangenehm sein, weil er fürchtet, daß diese Erklärung in England selber Gegenliebe finden würde. Wäre dem nicht so, so hätte der englische Minister sicherlich einen ganz anderen Ton angeschlagen. Er hätte dann gesagt: Deutschland bietet uns zwar jetzt einen Frieden auf dem Status quo ante; es fällt uns aber gar nicht ein, darauf einzugehen: wir haben ganz andere Forderungen, wie wir ja in der Note vom Januar d. J. aller Welt kundgetan haben. Aber nicht nur hat Herr Lloyd George nicht so geredet, sondern er hat auch in einer kurz vorhergegangenen Ansprache nicht einmal Elsaß-Lothringen mehr erwähnt, und die Entscheidungen über die deutschen Kolonien dem Friedenskongreß vorbehalten.

Was sich hieraus für die deutsche Politik für Konsequenzen ergeben, ist klar. Wir müssen unentwegt fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn, den Krieg mit ganzer Kraft wie bisher fortführen und die Versuche der feindlichen Staatsmänner und der feindlichen Presse, ihren Völkern vorzuspiegeln, daß Deutschland nach wie vor auf Eroberungen ausgehe, immer von neuem mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Unterstützung, die unsere alldeutsche Presse dem englischen Minister bei seiner Umdeutung der Kanzlerrede leiht, gibt nur um so mehr Gelegenheit, die Wahrheit eindrucksvoll herauszuarbeiten und zu wiederholen. Es darf keinerlei Zweideutigkeit bestehen bleiben. Man darf sich auch nicht beirren lassen, daß, wenn die alldeutschen Ziele nunmehr mit Entschiedenheit von der Regierung zurückgewiesen werden, dadurch eine gewisse Spaltung in unser Volk komme. Für die Kriegführung freilich war und ist die Einheit notwendig. Im Augenblick aber, wo man sich dem Frieden nähert, ist die Spaltung nicht nur notwendig, sondern sie ist sogar nützlich. Daß die Konservativen im Reichstag nicht ganz den Mut ihrer Meinung gehabt und sich zu jener Klausel

herbeigelassen haben, wir seien zu Verhandlungen bereit, wenn die Gegner erklärten, auf ihre Eroberungsabsichten verzichten zu wollen, kann ich nur bedauern, denn der Eindruck, daß Deutschland jetzt zurückweiche, der ohnehin nicht ganz zu vermeiden war, konnte dadurch nur verstärkt werden. Es wäre viel besser gewesen, die konservative Partei hätte sich vorbehaltlos als so annexionistisch gezeigt, wie sie es in Wahrheit ist, und dem neuen Kanzler wegen seiner Zustimmung zu der Mehrheitsresolution von vornherein Fehde angesagt. Indem sie das vermieden hat, und ihre Presse nun gar den Interpretationskünsten des Herrn Lloyd George zujubelt, bringt sie die deutsche Politik in den Schein der Zweideutigkeit, die den Eintritt in Friedensverhandlungen fast unmöglich macht. Was wäre das für eine Politik, die solche Erklärungen vor aller Welt abgibt, wie es der Reichskanzler Michaelis getan hat, und sich dann doch scheut, das Tischtuch zwischen sich und den notorischen, leidenschaftlichen Gegnern zu zerschneiden? In diesem Punkt müßten eigentlich die Alldeutschen selber mit uns übereinstimmen. Ließ es sich auch rechtfertigen, daß bisher, um der inneren Einheit willen, ein gewisses Halbdunkel über den Kriegszielen lag, so ist die Zeit für das Lavieren jetzt vorbei. Haben die Alldeutschen Herrn von Bethmann Hollweg angegriffen wegen seiner Schaukelpolitik, so müßten sie wahrlich weniger Charakter haben, als ich ihnen zutraue, wenn sie jetzt Arm in Arm mit seinem Nachfolger selber lavieren wollten. Indem Herr Michaelis der Mehrheitsresolution zugestimmt hat, hat er sich nicht nur sachlich mit ihr einverstanden erklärt, sondern auch kundgegeben, daß er den Augenblick für ein solches Vorgehen für gekommen hält. Von Stund an kann man nur vorwärts kommen, wenn die Geister sich scheiden. Die Annexionisten machen sich am besten für das Vaterland verdient, wenn sie es offen aussprechen, daß sie die Politik des Reichskanzlers Michaelis mißbilligen, daß sie Opposition seien, und daß sie einen anderen leitenden Staatsmann wünschen. Dann weiß das deutsche Volk und weiß die Welt, woran wir sind. Dann kann sich zeigen, ob wir auf dem Wege der Mehrheitsresolution zu einem Frieden kommen können oder nicht, und unsere Feinde können sich klar machen, daß, wenn wir nicht zum Frieden kommen, eine andere Partei in Deutschland lebt, begierig, die Zügel zu ergreifen und den Kampf bis aufs Messer fortzusetzen. Ein verschleimtes Programm kann uns weder zum Frieden führen, noch in Deutsch-

land eine Stimmung erzeugen, wie sie zur Fortsetzung des Kampfes notwendig ist.

An diesem Punkt kehren wir nun noch einmal zu dem Staatsmann zurück, der acht Jahre lang an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden und dann in einer fast über Nacht hereinbrechenden Katastrophe gestürzt worden ist. Wie es bei dieser plötzlichen Entwicklung im einzelnen zugegangen ist, ist bekannt, wird aber nicht öffentlich besprochen. Aeußerlich wurde die Wendung herbeigeführt, indem die beiden Parteien, die bisher Herrn von Bethmann Hollweg unterstützt hatten, das Zentrum und die nationalliberale Partei, sich von ihm abwandten. Zunächst machte diese plötzliche Wendung den Eindruck einer hysterischen Aufwallung, bis dann von Mund zu Mund die Aufklärung über den Ursprung des Stimmungsumschlags unter den Parlamentariern weitergegeben wurde. Daß es nicht das Begehren nach einer großen sachlichen Wendung der inneren oder äußeren Politik war, was Herrn von Bethmann Hollweg aus seiner Stellung verdrängt hat, daß es also im besonderen nicht die alldeutsch-konservativen Ideen und Bestrebungen gewesen sind, die ihn übermocht haben, wird aus unserer voraufgehenden Darlegung zur Genüge hervorgegangen sein. Es war also ein bloßer Personenwechsel. Herr Michaelis ist der Fortsetzer der Bethmann Hollwegschen Politik, weil eine andere Politik heute in Deutschland nicht möglich ist. Aber auch ein Personenwechsel ist in der Politik von der höchsten Bedeutung, und ich will ausdrücklich feststellen, daß mir auch sehr gute Freunde und Verehrer Herrn von Bethmanns in diesen Wochen begegnet sind, die die Auffassung vertraten, es sei besser, daß er jetzt gehe; sowohl der Ausgleich im Innern wie die zukünftigen Friedensverhandlungen würden durch sein Ausscheiden erleichtert werden, — also das gerade entgegengesetzte Motiv wie das der Alldeutschen und der Konservativen. Vereinigen sich erst so die gegnerischen Tendenzen zu demselben Wunsch, so kann ein Staatsmann sich nur schwer behaupten. Der Nachfolger aber hat den Gewinn davon. Welch eine Wohltat ist es z. B. für Herrn Michaelis, daß sein Vorgänger bereits das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgesetzt hat. Daß er sich nunmehr auf diesen Boden stellen mußte, war selbstverständlich und wurde hingenommen; welchen Widerspruch aber hätte er von Anfang an gefunden, wenn er selber seine Amtstätigkeit mit dieser Verkündung hätte beginnen müssen!

* * *

Ist der Parteikampf in Deutschland noch gehässiger und ungerechter als bei anderen Völkern? Manchmal möchte man es wirklich glauben. Bei näherer Ueberlegung aber wird diese Empfindung umgekehrt zu erklären sein. Was drüben, besonders bei den Franzosen und den Amerikanern an Bosheit dem politischen Gegner gegenüber produziert wird, geht doch noch weit hinaus über das, was wir in Deutschland darin leisten. Aber wir sind feinfühliger, wir sind noch nicht so abgehärtet gegen diese Roheiten, und empfinden deshalb das gehässige Gebaben schon als besonders schmerzlich, wo der Franzose oder Amerikaner ganz gleichgültig bleiben würde. Seien wir also zufrieden, daß, wenn von einem großen Teil der deutschen Presse Herr von Bethmann Hollweg bei seinem Rücktritt recht niederträchtig behandelt worden ist, es doch auch noch weite Kreise in unserem Volke gibt, die dieses Verhalten als unwürdig empfunden haben und Herrn Michaelis Dank dafür wissen, daß er sein Auftreten im Reichstag mit einer Verwahrung gegen eine derartige Verfolgung seines Amtsvorgängers eingeleitet hat. Bis ihre Verdienste allgemein anerkannt werden, müssen Staatsmänner oft sehr lange warten. Wenn wir heute den Weltkrieg siegreich bestehen, so ist die Grundlage dazu von Bismarck gelegt worden. Das weiß jedermann. Caprivi aber hat für den heutigen Sieg die Vorbedingungen geschaffen, indem er gegen den heftigsten Widerstand von rechts und links die große Erweiterung der Wehrpflicht mit der zweijährigen Dienstpflicht durchsetzte und Helgoland erwarb. Wie selten aber wird heute in der Oeffentlichkeit dieser Verdienste gedacht!

Für die Gehässigkeit, mit der jetzt Herr von Bethmann Hollweg angegriffen worden ist, kann ich ein eigenes kleines Erlebnis anführen, das mir zugleich als Anhalt für einige sachliche Betrachtungen zur Bethmannschen Politik dienen mag. Der „Rote Tag" (Verlag Scherl) hatte (11. Juli) einen überaus heftigen Angriff gegen den Reichskanzler von Eugen Zimmermann gebracht. Nach den wohlbewährten Grundsätzen dieser Zeitung sollen hier in Artikeln, die immer mit dem Namen des Autors gezeichnet sind, die entgegengesetzten Anschauungen zum Ausdruck gebracht werden. Im Vertrauen auf diesen Grundsatz sandte ich, nachdem Herr von Bethmann mittlerweile zurückgetreten war, eine „Verteidigung" ein und erhielt sie nach fünf Tagen unter einem durchsichtigen Vorwand zurück. Vor der Feindschaft gegen Herrn von Bethmann Hollweg

(die übrigens in diesem Verlage erst ganz jungen Datums ist) mußten die Grundsätze, die die Zeitung sonst immer in sehr anerkennenswerter Weise hochgehalten hat, schweigen. Da aber die Vorwürfe, die Herr Eugen Zimmermann gegen den bisherigen Reichskanzler erhoben hat, auch sonst vielfach auftreten, so mag das Wesentliche jenes Artikels nunmehr hier wiedergegeben werden. Bei einem zurücktretenden Staatsmann sind die Anhänger seiner Politik naturgemäß zunächst in der Defensive. Die positive Würdigung muß für später vorbehalten bleiben.

Nehmen wir also die hauptsächlichsten Anklagepunkte durch in der Reihenfolge, wie sie Herr Zimmermann aufgestellt hat.

Herr von Bethmann Hollweg, sagt Herr Zimmermann, hatte die deutsche Politik auf eine friedliche Verständigung mit England orientiert und das hat versagt. Kein Zweifel. Glaubt aber jemand im Ernst, daß irgendein Diplomat oder irgendeine Diplomatie der Welt uns den Angriff Englands hätte ersparen können? Wohl verstanden, nachdem der Weltkonflikt einmal ausgebrochen war. Es ist ja nicht unbekannt, daß unsere Verständigung mit England in der Tat sehr nahe war und daß eine nicht ganz unwahrscheinliche Vermutung existiert, daß gerade, weil die europäische Kriegspartei diesen Ausgang fürchtete, die Panslavisten den Mord von Serajewo angestiftet haben, um den Abschluß zu verhindern und die allgemeine Krisis hervorzurufen. Der Reichskanzler hat aber, behauptet Herr Zimmermann weiter, noch zu einer Zeit an keinen Krieg geglaubt, wo schon „jeder leidlich gut geschulte Politiker" ihn als unvermeidlich ansah. Von welchem Augenblick an war denn der Krieg unvermeidlich? Durfte ein Staatsmann, der nur einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl in sich hatte, aufhören für den Frieden zu arbeiten, solange auch nur die entfernteste Möglichkeit vorlag, ihn doch noch, wenigstens für dieses Mal, zu erhalten? Hat nicht sogar Edward Grey den Ausruf getan, daß, wenn man nur diesmal über die Krisis hinwegkomme, der Friede erhalten bleiben könne? Statt Herrn von Bethmann Hollweg dankbar zu sein, daß er dem deutschen Volke das gute Gewissen gegeben hat, daß sein leitender Staatsmann bis zum letzten Augenblick für den Frieden gearbeitet hat, hat Herr Zimmermann sich nicht gescheut, einem so vornehm denkenden Mann gegenüber zu insinnieren: „Es gibt ja auch im gewöhnlichen Leben Menschen,

die in der Wahrnehmung eigener Interessen äußerst erfolgreich sind, während sie für fremde Rechnung versagen und umgekehrt."

Herr Zimmermann macht dem Reichskanzler den Vorwurf, daß er nicht verstanden habe, Rußland und Frankreich die Initiative des Krieges zuzuschieben. Gewiß wäre das sehr viel vorteilhafter für uns gewesen; aber wie war das zu machen? Nach der Auffassung des Großen Generalstabes gab es für uns keine andere Rettung, als daß wir zuschlugen, in Belgien einrückten und Frankreich angriffen, ehe die russischen Massen an unseren Grenzen standen. So gut wie wir, wußten das auch die Franzosen. Durch welches diplomatische Kunststück hätten wir sie wohl verlocken können, uns ihrerseits vorzeitig den Krieg zu erklären? Unser Kriegsgrund war die russische Mobilmachung. Hätten wir etwa wegen der russischen Mobilmachung den Franzosen den Krieg erklären können und den Russen nicht? Wer die Dinge mit einiger Objektivität betrachtet, erkennt, daß die verhängnisvolle Verknüpfung, daß wir, die wir einen Verteidigungskrieg führten, doch den Krieg erklärten, und so den Schein des Angriffs auf uns nahmen, daß diese verhängnisvolle Verknüpfung, sage ich, aus unserer schwer bedrängten militärischen Lage entsprang, aus der Notwendigkeit, dem Heranwälzen der russischen Sturmflut zuvorzukommen, und nicht aus irgendeinem diplomatischen Versehen.

Herr Zimmermann bringt es fertig, dem Reichskanzler einen Vorwurf daraus zu machen, daß er dem englischen Botschafter gestanden habe, seine ganze Politik gegenüber England sei zusammengebrochen wie ein Kartenhaus; das sei eine vernichtende Selbstkritik. Ueber diese Unterredung und die persönliche Haltung der beiden Staatsmänner dabei haben wir bekanntlich bisher nur den Bericht der einen Seite, des Herrn Goschen. Aber selbst diesen Bericht als objektive Grundlage genommen, wird, wer unbefangen urteilt, sagen, daß Herrn von Bethmanns Ausruf ein leidenschaftlicher Ausdruck war für die Ehrlichkeit, mit der der leitende deutsche Staatsmann England gegenüber gehandelt hat, und wie schwer ihn die Enttäuschung über den Zusammenbruch getroffen hat. Sie besagen durchaus nichts anderes, als wenn er gesagt hätte: „ich war es, der den Frieden wollte, Ihr aber wolltet den Krieg." Ist etwa damit, daß die Verständigungspolitik mit England erfolglos geblieben ist, bewiesen, daß sie falsch war? Wenn wir behaupten, daß Deutschland diesen Krieg nicht gewollt und keinerlei Offensiv-

gedanken gegen England gehegt hat, so können wir nichts Besseres tun, als uns immer von neuem gerade auf Aeußerungen dieser Art zu berufen. Die Fehler, die in unserer Politik gegenüber England gemacht worden sind, liegen an einer ganz anderen Stelle.

Herr Zimmermann klagt den Reichskanzler an, daß er nicht verstanden habe, zu verhindern, daß sich Italien und Rumänien auf die Seite unserer Gegner stellten. Es gibt noch andere Politiker, die das glauben; andere aber sind der Meinung, daß hier alle Diplomatie von vornherein verlorene Liebesmüh gewesen sei. Den Nachweis, daß Italien den Krieg unter allen Umständen wollte, scheint mir Dr. Daniels in den „Preußischen Jahrbüchern" (Juni 1915, S. 545 ff.) einwandfrei erbracht zu haben, und daß ein Gegenbeweis erbracht werden könnte, ist gewiß sehr unwahrscheinlich.

Daß das Bündnisangebot an Mexiko mit den Landversprechungen ein großer Fehler war, muß anerkannt werden. Wie weit der Reichskanzler persönlich damit belastet werden kann, steht dahin. Ob aber die Kritiker nicht ebenso unzufrieden sein würden, wenn das Anerbieten unterblieben wäre, steht ebenfalls dahin; vermutlich hieß es dann, „nicht einmal diese Chance ist ausgenutzt worden!" Nicht dahingestellt sein lassen kann ich aber, daß Herr Zimmermann mit einem unbekannten geheimnisvollen Brief des Reichskanzlers an den Präsidenten Wilson operiert, um ihn zu attackieren. Wie dürftig muß es mit dem beglaubigten, tatsächlichen Anklagematerial stehen, wenn der Ankläger so zu bloß Legendarischem seine Zuflucht nehmen muß! Das tut Herr Zimmermann aber in seinem Artikel dreimal, einmal sogar unter dem unbefangenen Zufügen, daß er selber an die Zuverlässigkeit der Quelle nicht recht glaube.

Herr Zimmermann behauptet, wir wären mit dem Zaren und dem Ministerpräsidenten Stürmer zu einem Separatfrieden gekommen, wenn wir nicht im entscheidenden Augenblick die Unabhängigkeit Polens proklamiert hätten. Ich stelle dieser Behauptung die andere Behauptung entgegen, daß England und die russische Kriegspartei den Separatfrieden niemals zugelassen, sondern den Zaren gestürzt haben würden, ganz gleich, ob wir das unabhängige Polen proklamierten oder nicht. Natürlich verwirft Herr Zimmermann die Polenpolitik des Reichskanzlers vollständig. Ich frage: in welcher Lage wären wir heute, wenn wir das unabhängige Polen nicht proklamiert hätten, und die Polen nun ihre Unabhängigkeit allein von der russischen Revolution erwarteten?

Wer sich die Frage nicht selbst beantworten kann, dem empfehle ich die vortreffliche Darlegung in der „Deutschen Politik" (Nr. 28) von W. v. Massow darüber nachzulesen. Das polnische Problem ist so verzwickt, daß man ruhig sagen kann: es gibt überhaupt keine Lösung, die richtig wäre — ein wahrer Tummel- und Paradeplatz für die unverantwortlichen Politiker.

Herr Zimmermann macht in der inneren Politik Herrn von Bethmann einen schweren Vorwurf daraus, daß er seine Ansichten wesentlich gewandelt habe. Ich gehöre zu denjenigen, die ihm diese Wandlung zum höchsten Verdienst anrechnen und gerade darin erkennen, daß er die Zeichen der Zeit verstanden hat, und wenn Herr Zimmermann und andere uns vorwerfen, daß wir „bewährte Staatseinrichtungen" beseitigen wollen, weil es so der Wunsch unserer Feinde sei, so ist eine solche Insinuation nicht nur unberechtigt, sondern auch unpatriotisch, weil sie Deutschland vor seinen Feinden erniedrigt. Von einer Demokratisierung Deutschlands, wie unsere Feinde sie sich wünschen und die sie als Vorbedingung eines Friedens verkünden, ist gar nicht die Rede, sondern von einer Abwandlung, die auf der geraden Linie der Entwicklung liegt, die Preußen seit dem Jahre 1807 eingeschlagen hat und in der wieder einen tüchtigen Ruck vorwärts zu tun, die allerhöchste Zeit war.

Den Gipfel dieser die Gebote des Patriotismus aus den Augen setzenden Politik Herrn Zimmermanns erreicht aber ein Satz: „glaubt denn der Reichskanzler wirklich, daß sich ein fremder Staatsmann, der noch etwas auf sich hält — und das tun sie Alle — sich mit ihm an einen Tisch setzt, nachdem er Verträge für Fetzen Papier erklärt hat? Das ist nicht zu verlangen; denn sie müssen sich doch sagen, was sie an jenem Tisch etwa vereinbarten, wäre für ihn auch nichts anderes." Zunächst ist es eine tatsächliche Entstellung, daß der Reichskanzler den Ausdruck „Fetzen Papier" so gebraucht habe, als ob er völkerrechtliche Verträge generell als Fetzen Papier auffasse. Der Reichskanzler hat den Ausdruck gebraucht von dem belgischen Neutralitätsvertrag, dessen Rechtsgültigkeit durchaus zweifelhaft ist, und über dessen Wert gerade englische Staatsmänner Palmerston, Gladstone, Salisbury sich wiederholt sehr skeptisch ausgesprochen haben. Ja, es ist sogar festgestellt worden, daß der vielgescholtene Ausdruck im Munde des Herrn Reichskanzlers gar nicht original war, sondern längst vor ihm in England, wie in Belgien selbst, sogar inbezug auf eben diesen

Vertrag gebraucht worden ist. Schon im Jahre 1855 nannte ihn der belgische Minister Lebeau ein Stück Papier und 1911 in einer öffentlichen Versammlung in London Lord Ellenborough „a sheet of paper". Kann ein deutscher Journalist die Gehässigkeit weiter treiben, als daß er der feindlichen Diplomatie unterlegt, daß sie sich ehrenhalber weigern müsse, mit dem deutschen Reichskanzler an einem Tisch zu sitzen?

Es gibt Züge in der Bethmannschen Politik, mit denen auch ich nicht einverstanden war. Auch die Führung der Armee und Marine war selbstverständlich nicht fehlerlos. Oeffentlich darüber zu reden ist noch nicht an der Zeit, wenn schon aufmerksame Leser der „Preußischen Jahrbücher" über nicht Weniges dieser Art ziemlich klar sein dürften. Meist liegen die politischen Fehler in der ganz entgegengesetzten Richtung, als da, wo die öffentliche Meinung, wie sie etwa auch Herr Eugen Zimmermann repräsentiert, sie zu suchen pflegt.

Das entscheidende Verdienst aber, das Herr von Bethmann Hollweg sich erworben hat, liegt schon heute vor aller Augen. Die Versöhnung der Parteien im August 1914 und die Einigkeit, in der unser Volk trotz geringer Abbröckelungen jetzt die drei Jahre hindurch den Krieg geführt hat, ist sein Werk. Vorbereitet war dieses Werk durch jene Sozialpolitik des Reichsamts des Innern, die diesem Amt bei den Reaktionärs den Namen „sozialdemokratischen" eintrug, durch die Unbefangenheit, mit der der persönliche Verkehr in den politischen Besprechungen mit den Führern dieser Partei gepflegt wurde und das sachliche Eingehen auf ihre Wünsche, wo es angängig war. Dann kam der entscheidende Zug, daß Deutschland, allen Versuchungen zu einem verfrühten Angriff trotzend, diesen Krieg als einen Verteidigungskrieg führt. Das ist Herrn von Bethmann Hollwegs Tat und dadurch ist er zu einer Art Neuschöpfer der deutschen Nationaleinheit geworden. Die großartige Haltung jenes vollen Drittels des deutschen Volkes, das bis dahin dem nationalen Gedanken Feindschaft erklärt hatte, bleibt die Tat dieser Leute selber; sie hätten diese Tat aber nicht tun können, wenn ihnen der leitende Staatsmann nicht dazu die moralische und psychologische Möglichkeit geschaffen hätte. Erst auf dieser Voraussetzung, dieser Einheit, bauen sich die Heldentaten unserer Truppen und ihrer Feldherrn auf, und nicht nur das äußere Schicksal, sondern auch die innere Struktur

unseres Volks-Daseins wird durch diese Abwandlung für alle Zukunft bestimmt werden. In demselben Geiste ergänzt wurde die Versöhnung der Parteien durch das erfolgreiche Bemühen des Reichskanzlers, den ganzen Krieg hindurch die entgegenstehenden und entgegenstrebenden wirtschaftlichen Interessen in der Nation so weit im Gleichgewicht zu halten, daß trotz vielfältigen Murrens doch eine wesentliche Störung des inneren Friedens nicht eingetreten ist. Gibt es heute nur zu viele Deutsche, die eine patriotische Genugtuung im Tadeln finden, so ist es um so nötiger, sich in seiner Zuversicht zu stärken, indem man sich klar macht, was nicht nur in der Strategie, sondern auch in der Staatskunst Großes und Gutes geleistet worden ist.

Der Ministerwechsel in Preußen und im Reich.

25. August 1917.

Als ich die letzte Betrachtung an dieser Stelle abschloß, war der Kanzlerwechsel erfolgt, die anderen Personalveränderungen aber noch nicht. In zwei Richtungen konnten sich diese Veränderungen bewegen: entweder Fortsetzung der Bethmannschen Politik, d. h. möglichstes Zusammenhalten aller Parteien und Richtungen für die Weiterführung des nationalen Kampfes, oder Anpassung der Regierung an die um die Friedensresolution zusammengeschlossene Reichstags-Majorität, so daß die Minorität die Funktion einer regulären parlamentarischen Opposition übernommen hätte. Herr Dr. Michaelis, so wie er in seiner Rede zur Friedensresolution sich strikt an die Bethmannsche Tradition gehalten, hat auch bei dem Wechsel in den hohen Beamtenposten jeden System- oder auch nur Schein eines Systemwechsels, im Vergleich zu seinem Vorgänger oder dem, was von diesem zu erwarten war, vermieden. Sind Herr v. Trott zu Solz, Herr v. Loebell und Herr v. Schorlemer als Konservative ausgeschieden, so sind Herr v. Eisenhardt-Rothe und Herr v. Waldow dafür in das Staatsministerium eingetreten und ganz gewiß nicht weniger konservativ. An Stelle von Herrn v. Loebell hat sein bisheriger Unterstaatssekretär, Herr Drews, das Ministerium des Innern übernommen und wird nun die Wahlreform in Preußen durchführen, aber man wird annehmen dürfen, daß, nachdem einmal die Entscheidung für das gleiche Wahlrecht

gefallen war, auch Herr v. Loebell bereit gewesen sein würde, sich auf diesen Boden zu stellen, um in loyaler Weise an der neuen Aufgabe mitzuarbeiten. Wie Herr Drews im Ministerium des Innern, so war auch Herr Schmidt, der neue Kultusminister, in diesem Ministerium einer der hervorragendsten Mitarbeiter des bisherigen Chefs. Herr Hergt, früher vortragender Rat im Finanzministerium und zuletzt Regierungspräsident, wurde Finanzminister. Der bisherige Hauptmitarbeiter Herrn v. Bethmanns in der Reichspolitik, nicht nur des Innern, sondern auch in Hauptfragen des Auswärtigen, Herr Helfferich, ist auch bei dem neuen Reichskanzler in dieser Stellung geblieben.

Etwas anders gestaltet sich das Bild da, wo parlamentarische Parteiführer berufen worden sind. An die Spitze des preußischen Justizministeriums ist der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Herr Spahn, an die Spitze des Reichsjustizamts einer der Führer der Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause, Herr v. Krause, in das Reichsschatzamt als Direktor einer der Führer der Nationalliberalen im Reichstage wie im Abgeordnetenhause, Dr. Schiffer, getreten. Herr Dr. Müller, ein Sozialdemokrat, Direktor einer Konsumgenossenschaft, wurde Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt, also erster Mitarbeiter des Ministers v. Waldow, der, als mecklenburgischer Fideikommißbesitzer und in seiner Eigenschaft als Oberpräsident von Posen schärfster Vertreter der hakatistischen Politik, die äußerste Rechte innerhalb des Staatsministeriums repräsentieren dürfte. Unter dem parlamentarischen Gesichtspunkt dürften schließlich auch die beiden Staatssekretäre zu betrachten sein, die künftig das Reichsamt des Innern unter sich teilen sollen, Wallraf, bisher Oberbürgermeister von Köln, und Schwander, bisher Oberbürgermeister von Straßburg, denn jener gilt für einen Zentrumsmann, dieser für einen Liberalen.

Wie werden sich nun diese Parlamentarier oder Parteimänner untereinander und mit den Kollegen, die als Beamte nur auf den Staat, nicht auf eine Partei und deren Gedeihen zu blicken gewohnt waren, vertragen? Man erkennt die ganze Tragweite dieser Frage am besten an der Besetzung des Justizministeriums. Der bisherige Inhaber, Herr Beseler, war als preußischer Richter emporgestiegen, hatte nie etwas anderes sein wollen und im Auge gehabt, als das preußische Richtertum, und war jetzt bei dem großen Wechsel

nur deshalb in den Strudel gekommen, weil er 76 Jahre alt ist und man den Platz für einen Parlamentarier freimachen wollte. Der neue Herr ist freilich auch Richter, aber so zu sagen nur im Nebenamt; das Schwergewicht seiner öffentlichen Stellung ist immer sein Einfluß als Zentrumsführer gewesen. Die Hauptfunktion des preußischen Justizministeriums ist die Erziehung des juristischen Nachwuchses, die Ernennung der Richter und Staatsanwälte, die Zusammensetzung der höheren Instanzen. Der Idee nach soll diese kontinuierliche Neuschöpfung des Richterstandes von aller Parteirücksicht frei sein. Ich will nicht behaupten, daß das bisher immer erreicht worden ist. Besonders in der Nord- und Ostmark hat die Justiz sich zeitweilig gewiß nicht ganz tadelfrei gehalten. Aber immerhin, die Idee, daß die Justiz mit dem Parteiwesen nichts zu tun haben dürfte, war unbestritten: nunmehr ist mit Bewußtsein und Absicht dem Führer einer Partei die Fortbildung des Richtertums zugewiesen worden. Dieser Parteiführer war, um es zu wiederholen, selber zugleich Richter; man mag auch vielleicht sagen, in unserem Richtertum war trotz aller idealen Prinzipien doch tatsächlich eine gewisse Einseitigkeit, die nunmehr durch den neuen Chef ihre Korrektur erfahren wird; praktisch wird der Unterschied so groß nicht sein — ideell aber ist er fundamental. Der alte Staat beruhte auf einem sich selbst immer neu aufbauenden Beamtentum — jetzt ist an die Spitze, zunächst dieses einen, wichtigen Ressorts, der Justiz, ein Parteimann gestellt, der nun, so lange er die Gewalt hat, gar nicht anders kann, als danach streben, sein Ministerium und alles was ihm zur Pflege übergeben ist, mit seinem Geiste, das ist eben dem Geiste seiner Partei, zu erfüllen. Dieses Regierungssystem nennt man Parlamentarismus. Ist so die preußische Justiz der stärksten unter den bürgerlichen Parteien des Reichstages übergeben, so ist gleichzeitig das Reichsjustizamt dem Führer einer ganz anders denkenden Partei, einem Nationalliberalen, anvertraut. Das Reichsjustizamt hat keine Verwaltung und hat wenig Beamte anzustellen; es bearbeitet und begutachtet die Gesetze. An der Spitze dieses Amtes stand bisher Herr Lisco, vorher Präsident des Kammergerichts, also ganz derselben Herkunft wie der Justizminister Beseler. Aber während dieser bei seinem hohen Alter sozusagen naturgemäß abtrat, ist Herr Lisco noch in voller Kraft und von anerkannt hervorragender Tüchtigkeit; der Beamte mit dem Zuge des Gelehrten; der Fachmann getauft mit dem Wasser der

universalen Bildung. Im natürlichen Laufe der Dinge wäre er nicht mit Herrn Beseler zusammen abgetreten, sondern dessen Nachfolger geworden. Aber der Parlamentarismus! Bekam das Zentrum ein Amt, so mußten auch die Nationalliberalen eins haben; entsprechend der geringeren Stärke ihrer Fraktion ein kleineres, aber immerhin auch eines. Herr Lisco also reichte seinen Abschied ein und an seine Stelle trat ein Mann, der gewiß als solcher gut ausgewählt und als angesehener Rechtsanwalt fachmäßig qualifiziert, doch nicht aus der Erwägung der bestmöglichen Verwaltung der Funktionen des Reichsjustizamts, sondern der parlamentarischen Taktik ausgesucht worden ist. Halten sich derart in der Justiz der Zentrumsmann und der Nationalliberale die Wage, so ist es ähnlich in dem zu teilenden Reichsamt des Innern: die Ergänzung des großen Beamtenapparats des Reiches ist jetzt in der Hand des Vertrauensmannes der Partei des Zentrums.

Werden wir auf diesem Wege fortfahren? Wird mit der Zeit ein Ministerium nach dem anderen mit einem Parlamentarier besetzt werden, sei es, indem wie jetzt alle Parteien zugleich vertreten sind, sei es, indem einige sich zu einer Majorität zusammenschließen und die anderen draußen bleiben und Opposition machen? Mit anderen Worten: sind wir im Uebergang zum vollen Parlamentarismus? Ganz gewiß nicht. Es wäre ein unabsehbares Unheil, wenn dem so wäre, aber es ist zu unserem Glück völlig ausgeschlossen. Ich gehe sonst heute in vielen Punkten mit den entschiedenen Linken zusammen; in der Frage der Parlamentsherrschaft aber muß ich ihr widersprechen und bekenne mich als Konservativen.

Was kommt und kommen mußte, das ist für Preußen das allgemeine, gleiche Wahlrecht, wie es das Reich bereits besitzt. Jenes Mittelding zwischen der alten ständischen Verfassung und dem gleichen Staatsbürgerrecht, die Dreiklassenwahl hat fast zwei Menschenalter nicht so übel funktioniert. Jetzt aber ist diese Uebergangszeit abgelaufen und die Osterbotschaft mit ihrer Ergänzung vom 11. Juli 1917 vollendet, was als Edikt vom 9. Oktober 1807 in Memel begann. Bleiben aber wird und soll jener Dualismus von Monarchie und Volksvertretung, der unsere Unterscheidung und unseren Vorzug vor den reinen sogenannten Demokratien der westlichen Völker bildet. Die bevorstehende Demokratisierung der

preußischen Volksvertretung wird ihre starke Rückwirkung auch auf die Zusammensetzung und den Geist des Beamtentums und schließlich auch des Offizierkorps ausüben. Der Dünkel, die Neigung zur Härte und zur Gewaltsamkeit, die falsche Schneidigkeit, die sich in unserem Beamtentum so oft unliebsam bemerklich machten, werden eine heilsame Dämpfung erleiden. Aber zu dauernder Parlaments- d. h. Parteiherrschaft soll und wird die Abwandlung nicht führen. Sie darf es um so weniger, als damit keineswegs, wie so vielfach geglaubt wird, dem demokratischen Zuge unserer Zeit entsprochen, sondern ihm direkt entgegengehandelt werden würde. Daß die großen Demokratien des Westens wirkliche und echte Demokratien seien, ist zwar eine Vorstellung, die noch vielfach gehegt, aber von Tieferblickenden längst als ein Irrtum erkannt ist. Diese angeblichen Demokratien werden in Wahrheit von Gruppen von berufsmäßigen Politikern, Kapitalisten, Zeitungsbesitzern und Journalisten regiert. Der Einfluß des Volkes ist, wie ich das in meinem Buche „Regierung und Volkswille" dargelegt habe, sehr gering, und in Deutschland würden wir, wenn wir ebenfalls zum System des Parlamentarismus übergingen, den Einfluß, den das Volk bisher auf die Regierung ausgeübt hat, nicht vergrößern, sondern verringern. Den Parlamentariern und Journalisten mag mit diesem System gedient sein, aber die Parlamentarier und Journalisten sind nicht das Volk; sie sind ein sehr wesentlicher und beachtlicher Teil des Volkes, aber sie sind nicht das Volk selber. Das deutsche Volk in eine noch engere Beziehung zur Regierung zu bringen als bisher, ist sicherlich eine Aufgabe unserer Zeit, aber der richtige Weg dazu ist nicht die systematische Ernennung von Parteiführern zu Ministern, sondern die systematische Ueberwindung des Geistes der Bürokratie durch den Geist eines freien Staatsbürgertums, wozu wir auf bestem Wege sind. Auch die westlichen Demokratien haben angefangen, sich von ihrem heutigen Parlamentarismus aus fortzuentwickeln, gerade weil der Parlamentarismus sich als unvollkommener Ausdruck des Volkswillens, so wie man diesen Begriff aufzufassen pflegt, erwiesen hat. Wie wir den Artikel der Verfassung abschaffen werden, der den Parlamentariern als solchen den Weg zum Ministerium versperrt, so werden die Engländer die Bestimmung abschaffen, die von jedem Minister verlangt, daß er im Parlament sitze. Schon hat die englische Regierung 5, 6 Mitglieder, die ihren

Aufstieg nicht der parlamentarischen Karriere verdanken, Geddes, der erste Lord der Admiralität und früher hoher Eisenbahnbeamter, Fischer, der ausgezeichnete Historiker und Unterrichtsminister und andere. Im gewissen Sinne gehört hierher auch General Smuts, der Staatsmann und Soldat, der eine einflußreiche, beratende Stellung im englischen Kriegskabinett erhalten hat. So hat also die Heimat des Parlamentarismus in der Stunde der Not die Besten aus den freien Berufen geholt und zwar deshalb, weil sie auch Männer des Volksvertrauens waren. Der selbstbewußte Parlamentarier wirft hier ein: das Volk hat kein Recht, anderen Männern zu vertrauen, als Leuten, die im Parlament sind. Ich möchte dem Parlamentarier widerraten, über diese Frage ein Referendum abhalten zu lassen.

Man hat gesagt, was wir jetzt erlebt haben, sei überhaupt nichts Neues, da es ja schon öfter vorgekommen, daß ein Minister nicht aus dem Beamtentum emporgestiegen, sondern als Parlamentarier oder sonstiger Außenseiter auf seinen Posten berufen worden sei. Das ist richtig und ist unserem Beamtentum manchmal gut bekommen, hat auch manchmal weniger gut eingeschlagen. Diesmal ist aber doch etwas anderes geschehen. Wenn früher ein Außenseiter zum Minister gemacht wurde, so geschah es um seiner persönlichen Qualitäten willen, aber nicht um einer Partei eine Gefälligkeit zu erweisen oder ihr innerhalb der Regierung eine Stellung zu geben. Auch die Berufung von Miquel zum Finanzminister geschah ihrer Zeit keineswegs, um die Nationalliberalen an die Regierung zu knüpfen, sondern, man kann wohl beinah sagen, trotz dieser seiner Parteizugehörigkeit, weil er ein Finanzmann war und man von ihm erwartete, daß er die unter Bismarck so arg verfahrene Steuerverfassung in Preußen reformieren könne. Kann aber jemand behaupten, daß Herr Spahn wegen seiner hervorragenden Eigenschaften als Jurist an die Spitze des Justizministeriums gestellt worden sei? Es ist diesmal wirklich ein Stück Parlamentarismus, was wir inszeniert haben. Zwar bei weitem die meisten der neuen Männer sind, ganz wie wir das früher gewohnt waren, berufen als hervorragende Beamte und Fachmänner, einige aber sind berufen als Parlamentarier mit dem Zweck, den Parteien einen direkten Anteil an der Regierung zu geben. Führten wir dieses Prinzip durch und besetzten alle Spitzen der Behörden, schließlich auch das Ministerium des Krieges und der

Marine mit parlamentarischen Parteimännern, so wäre das der Ruin unseres Beamtentums und schließlich auch des Offizierkorps. Die Vorstellung, daß das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhause auch die Parlamentarisierung, das heißt die Auslieferung der hohen Beamtenstellen an die Parlamentarier bedeute, ist nicht nur unberechtigt, sondern das Ergebnis wird im Gegenteil die Befestigung eben jenes monarchisch-konstitutionellen oder dualistischen Regierungssystems sein, das uns groß gemacht hat und in diesem Kriege seine Ueberlegenheit über die parlamentarischen Staaten so glänzend bewährt.

Was ist also von der partiellen Parlamentarisierung zu halten, die jetzt Tatsache geworden ist? Sie ist nicht der Beginn eines Systemwechsels, sondern ein sich naturgemäß aufdrängendes Auskunftsmittel in einer schwierigen Situation. Ich würde es sogar, wie schon angedeutet, für richtig gehalten haben, man wäre darin noch ein Stück weitergegangen, hätte der Neubildung den Charakter eines Ministeriums, sage man der Linken, sage man der Resolutionsmehrheit, gegeben und die Opposition draußen gelassen. Ich habe sogar erwartet, daß es geschehen werde, weil damit eine deutliche Abweichung von dem bisherigen Kurse bezeichnet und ein starker Eindruck erzielt worden wäre, während jetzt nach einer gewissen Zeit des Wartens und der Spannung eine müde Empfindung „es ist alles beim Alten geblieben" Platz greifen wird. Aber es mag ja eine Zeitlang auch so gehen. Die Voraussetzung ist, daß es sich nicht um die Annahme eines neuen Verfassungssystems handelt, sondern um einen durch den Krieg verursachten Ausnahmezustand, ähnlich wie in England für die Kriegsdauer das System der Parteiregierung abgeschafft und ein Konzentrationsministerium gebildet worden ist. Nach dem Kriege werden in England wie anderswo vielleicht die Parteien andere sein, als sie vor dem Kriege waren, aber das System der in der Regierung abwechselnden Parteien wird wieder in Kraft gesetzt werden. Vielleicht wird es dadurch modifiziert werden, daß England schon vor dem Kriege und während des Krieges noch mehr, sehr Vieles von der Methode unserer Beamtenregierung angenommen hat, aber die Grundzüge der abwechselnd regierenden Parteien werden doch bleiben. So werden auch wir unsererseits vermöge der Nachwirkungen des jetzigen Regiments und vermöge der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts eine gewisse Annäherung an das englische Wesen emp-

finden, aber doch in der Grundlage das dualistische System wieder aufleben lassen. Der heutige Zustand kann unter allen Umständen nur eine Ausnahme-Schöpfung, ein Provisorium sein. Der Chef des Kriegsernährungsamts ist ein konservativer Großgrundbesitzer, der das Vertrauen der Produzenten, sein Unterstaatssekretär ein Sozialdemokrat, der das Vertrauen der Konsumenten der Nahrungsmittel genießt. Das ist gut für die Durchführung unserer Kriegswirtschaft; später aber werden wir wieder Parteien haben, die sich bekämpfen, und da werden auch diese beiden Herren, die jetzt Hand in Hand gehen, wieder in entgegengesetzten Lagern stehen. Im preußischen Staatsministerium kann heute nichts beschlossen oder besprochen werden, ohne daß der Chef einer der parlamentarischen Fraktionen daran teilnimmt. Wie lange werden die anderen Fraktionen es sich gefallen lassen, daß sie nicht auch daran beteiligt sind? Wo ist die Grenze dessen, was der Fraktionschef von dem, was er als Minister erfahren hat, den Parlamentskollegen mitteilen darf? Oder sollen diese von jetzt an, wie in den parlamentarischen Staaten, überhaupt nicht mehr mitreden, sondern dem Führer, solange sie ihn als solchen anerkennen, blind und ohne Anspruch auf Aufklärung gehorchen? Die „Resolutionsmehrheit" zeigt eine starke Neigung weiter zusammenzuhalten und die Regierung unter Druck zu nehmen. Welche Rolle wird der preußische Justizminister in den „interfraktionellen" Besprechungen und Abmachungen spielen? Ich vermute, Herr Spahn wird sich selber sehr bald die Frage vorlegen, ob er als Minister Parlamentarier bleiben und in Fraktionssitzungen gehen soll. Legt er aber sein Abgeordnetenmandat nieder, nun so ist eben die Probe gemacht und sie hat versagt.

Als System aufgefaßt scheint der neue Zustand voll innerer Widersprüche. Nach welcher Richtung man ihn durchdenke, er führt zu Unmöglichkeiten. Praktisch aber mag er doch eine Zeitlang vorhalten und ganz gut wirken. Fast die wichtigste aller Neuernennungen ist noch gar nicht erwähnt: das ist Herr v. Kühlmann als Staatssekretär des Auswärtigen. Welche Richtung er in seiner Politik befolgen wird, oder anders ausgedrückt, in welcher Absicht der Herr Reichskanzler ihn an seine Seite berufen hat, möchte ich abmessen an der wahrhaft tobenden Wut, mit der die „Deutsche Tageszeitung" seine Ernennung begrüßt hat und den boshaften Sticheleien, mit denen sie seitdem alle seine Aeußerungen

begleitet. Parlamentarisch sind wir nicht geworden, und die größte Fraktion des Reichstags hat sich mit dem Unterstaatssekretariat im Ernährungsamt begnügen müssen. Trotzdem ist auch die Linke mit der Neuordnung nicht unzufrieden: die große Konzession, die ihr geworden ist, liegt eben in der Besetzung des Auswärtigen Amtes. Wenn uns, so läßt sich etwa die Stellungnahme des „Vorwärts" zusammenfassen, Herr Drews in Preußen die Wahlreform und Herr v. Kühlmann den Frieden bringt, so wollen wir vorläufig zufrieden sein. Die Motive, die mich bestimmen, sind von denen des „Vorwärts" sehr verschieden; in den Ergebnissen aber muß ich ihm heute häufig genug zustimmen. Zu dem vielen Erstaunlichen und Bewundernswerten, das diese Zeit hervorbringt, gehört auch, daß die Partei, die ehedem ihr Wesen im intransigenten Fanatismus suchte, heute ein Muster kluger, realpolitischer Besonnenheit darstellt. Der blinde Fanatismus hat sich in ein anderes Glied unseres Volkskörpers gezogen. Ob aber die positiven Maßnahmen, die jetzt in der auswärtigen Politik unternommen oder unterlassen werden, mit jener prinzipiellen Tendenz, die in der Ernennung Herrn von Kühlmanns zu liegen schien, übereinstimmen, das bleibt noch zu untersuchen.

Kriegs- und Friedensparteien in der Welt. Reichskanzler und Reichstag. — Die Papstnote.

25. August 1917.

Wer das letzte Kriegsmotiv unserer Gegner, soweit sie nicht einfach von dieser oder jener Leidenschaft getrieben sind, kennen lernen will, der verschaffe sich die Uebersetzung der Schrift von Professor J. W. Headlam „England oder Deutschland? Der Konfliktsgrund." (Zürich, Orell Füßli, 1917. 119 S.) Headlam, ehedem Professor der Geschichte an der Universität Cambridge, hat auch die diplomatische Vorgeschichte des Krieges in immer soweit objektiver Art behandelt, daß einer unserer Mitarbeiter sich in den „Preußischen Jahrbüchern" (Glaukos, Band 166, S. 328) mit ihm sachlich auseinandersetzen konnte. Das jetzt vorliegende Buch aber will tiefer graben und über die diplomatische Verwickelung hinaus zu den letzten Kriegsgründen aufsteigen. Es ist ziemlich

alles falsch, einseitig und gehässig, aber doch für uns insofern lehrreich, als man sieht, wie ein Engländer, der selber gemäßigt sein möchte und sich auf diese seine Mäßigung etwas zugute tut, der aber vor allem politisch zu denken bestrebt ist, sich die Dinge vorstellt und dabei nicht zur Friedens-, sondern zur Kriegspartei gehört. Headlam verwirft ausdrücklich „die moderne Gewohnheit, die tollen und übertriebenen Ausdrücke obskurer Individuen und Zeitungen oder die lärmenden Stimmen der Führer extremer Parteien, deren es in jedem Lande gibt, über die Grenze zu bringen, und ihnen dadurch eine Bedeutung zu geben, die ihnen daheim kein Mensch verleiht.“ Er sieht in der Feindschaft des deutschen Volkes gegen England nichts moralisch Verwerfliches; sie entstamme keineswegs niederer Eifersucht oder Handelskonkurrenz, sondern die Deutschen erstreben nach Headlam die Zerstörung des britischen Reiches und den Uebergang der englischen Seeherrschaft an Deutschland in dem natürlichen Ehrgeiz eines Volkes, das mit der Sehnsucht nach großen Taten in die Welt hinausblickt, von dem Wunsch beseelt, seinen Anteil an dem Erbe der früheren Weltherrschaften zu erhalten, Deutschland und seinen Herrscher in die Reihen derjenigen eintreten zu sehen, deren Namen auf ewig in der Geschichte verzeichnet sind. England habe sein Weltreich durch Kriege gewonnen und müsse es daher ganz naturgemäß jetzt im Kriege verteidigen. Was Headlam sonst noch von dem Ehrgeiz und den Zielen Deutschlands erzählt, von unserem Verlangen, „so mächtig zu werden, daß wir ungestraft die gesamte öffentliche Meinung Europas herausfordern könnten“, und dergl., wollen wir auf sich beruhen lassen, und halten uns nur an das, was er gegen einen Friedensschluß und für die Fortsetzung des Krieges anführt. Daß es sich nicht mehr um die Bekämpfung von Deutschlands Weltherrschaftsplänen handle, gibt Headlam zu; diese Pläne, meint er, seien bereits gescheitert und unsere Hoffnung zur Enttäuschung verurteilt. Aber damit sei die Sache nicht erledigt. „Angenommen, der Friede würde jetzt geschlossen — ein Friedensvertrag vor dem ausgefochtenen Krieg, mit einem territorial noch unberührten Deutschland und seinen noch nicht aufgeriebenen Armeen, hätte zu einem Schluß geführt —, was würde die Folge sein? In der Erkenntnis, daß sie die ihnen zugeschriebenen Ziele nicht erreicht haben, würden die Deutschen beharrlich leugnen, daß sie bei Ausbruch des Krieges überhaupt irgendwelche Ziele gehabt hätten.

In alle Ewigkeit würden sie in Deutschland an der Behauptung festhalten, daß dieser Krieg in Wirklichkeit für sie ein Verteidigungskrieg gewesen sei, zu welchen sie durch eine feindliche Koalition gezwungen wurden, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck gebildet hätte, das Deutsche Reich zu zerstören und seine Macht zu vernichten. In diesem Kriege hätten sie sich vor einer Koalition befunden, größer als die Koalition, die Napoleon zu Fall brachte. Im Kampf gegen Rußland, Frankreich und England im Verein mit Italien, Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien — so werden sie sich rühmen, und mit Recht — sei ihr Gebiet unversehrt geblieben; Deutschland sei unerobert geblieben und habe also bewiesen, daß es nicht erobert werden könne." „Deutschland hätte also der größten Koalition, die je zustande kam, mit Erfolg widerstanden. Die Deutschen würden infolgedessen das Bewußtsein haben, daß sie im Falle eines neuen Krieges verhältnismäßig viel stärker als früher, ihre Feinde dagegen geschwächter als sie in den Kampf treten würden. Denn man gebe sich keiner Täuschung hin: wenn die gegenwärtige Koalition nicht mit einem vollständigen und absoluten Sieg schließt, wird sie nie wieder zustande kommen. Gesetzt, die Deutschen evakuieren Belgien und Frankreich, nicht, weil sie daraus vertrieben wurden, sondern auf Grund von Verhandlungen und vielleicht auch unter Rückerstattung von einzelnen deutschen Kolonien, glaubt jemand, daß Belgien und Frankreich bei einer neuen Gelegenheit imstande wären, Deutschland zu trotzen und ihm Widerstand zu leisten? Sie würden es nicht mehr können, denn sie hängen von Englands Hilfe ab. In der Geschichte aber würde deutlich geschrieben stehen, daß England, obwohl es gewaltige Kräfte, größere als man je von ihm erwartet hätte, aufgeboten hatte, unterlegen wäre. Belgien wäre dann genau so wie früher der Gefahr einer Invasion durch deutsche Armeen ausgesetzt, und die Erfahrung, die es durchgemacht hat, würde es davon abschrecken, sich einer neuen ähnlichen Gefahr auszusetzen. Würde dann Holland, mit Belgiens Beispiel vor Augen, es je ernstlich wagen, Deutschlands Forderungen zu widerstehen? Würde die Schweiz, würde Dänemark zu widerstehen wagen? Würde jetzt durch Verhandlungen der Friede geschlossen, bevor Deutschland besiegt ist — die einzelnen Friedensbedingungen sind Nebensache —, so hätte Deutschland auf dem europäischen Kontinent sowohl wie in seinem eigenen Lande das Wichtigste gewonnen." „Die deutsch-

österreichische Allianz würde fortbestehen; aber glaubt jemand, daß auch die Allianz zwischen England und Frankreich, zwischen Italien und Rußland in Ewigkeit unter der Form eines militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeitens fortgesetzt werden könnte? Ein jäh durch Friedensschluß abgebrochener Krieg wäre ein Sieg Deutschlands. Es würde ein ebenso vollständiger Sieg für Deutschland sein, wie der zweite punische Krieg für Rom; Deutschland könnte dann seine Position in Europa befestigen, und, wie jetzt schon viele deutsche Publizisten vorhersagen, sich für den nächsten Krieg vorbereiten, einen Krieg, der gegen England gerichtet wäre, bei welchem dieses aber nicht mehr auf die Hilfe seiner Alliierten zählen könnte. Dieser nächste Krieg wäre von solcher Art, daß Holland und Belgien, auch wenn sie ihre vollständige Unabhängigkeit und Selbständigkeit besäßen, beim ersten Ueberfall von den deutschen Armeen zermalmt würden; der Angriff gegen England würde dann nicht mehr von der Mündung der Weser und der Elbe, sondern vom Rhein und von der Schelde ausgehen."

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß Headlam in den angeführten Sätzen tatsächlich die Anschauungen der englischen Kriegspartei und der sie im Kabinett vertretenden Politiker zutreffend wiedergibt. Wir haben ja das deutliche Gegenstück dazu in unserem eigenen Lande. Auch wir werden ja hier immer wieder belehrt, daß Deutschland gebrochen, verloren und vernichtet sei, wenn es seine Gegner nicht vollständig niederkämpfe, und sich durch gewaltige Gebietserwerbungen in dieser oder jener Form eine unangreifbare Position verschaffe. Beide Lehrmeinungen ähneln sich nicht bloß, sondern widerlegen sich gerade durch ihre Gleichheit gegenseitig. Wäre es wahr, was unsere Alldeutschen und Unabhängigen tagtäglich verkünden über die Schwäche, in die Deutschland bei einem Verständigungsfrieden verfallen würde, so könnten ja Herr Headlam und Lloyd George morgen den Frieden abschließen und sich in Ruhe schlafen legen. Ist es wahr, was Headlam sich bei einem Verständigungsfrieden über die Zukunft Europas ausmalt, nun so ist die Resolutionsmehrheit im Deutschen Reichstag nicht nur gerechtfertigt, sondern erscheint schon beinahe chauvinistisch.

Ich denke, es waltet hüben wie drüben ein gut Stück Uebertreibung ob. Hüben wie drüben aber gibt es auch Leute, die diese Uebertreibung begreifen, die einsehen, daß die Idee, den Gegner zu zerbrechen, nicht nur nicht ausführbar, sondern auch überflüssig

ist, weil diesseits wie jenseits auch Staatsmänner existieren, die Verständnis für die Lebensbedingungen nicht nur des eigenen Staates, sondern auch der Gegner haben und auf Grund dieser Einsicht nicht nur einen augenblicklichen Verständigungsfrieden, sondern auch einen dauernden Friedenszustand anstreben.

Die Kriegspartei in England rechnet, daß sie mit Hilfe der ungeheuren finanziellen und moralischen Verstärkung, die Amerika dem Verbande zugeführt hat, diesen noch ein halbes oder noch ein ganzes, wenn es nötig ist, sogar noch zwei Jahre zusammenhalten, und Deutschland mit der materiellen Ueberlegenheit ausdauern könne. Schickt Amerika auch keine großen Armeen, so schickt es doch zahlreiche Flieger, die auch militärisch dem Verbande endlich das Uebergewicht verschaffen sollen. Nur noch ein letztes Aushalten, eine letzte Anstrengung, und Deutschland liegt am Boden, oder wenn Deutschland es noch tragen sollte, so werden doch seine Bundesgenossen versagen, und es durch ihren Abfall zur Unterwerfung zwingen. Diesen Erwägungen steht aber die andere gegenüber, daß es doch recht zweifelhaft ist, wie lange Frankreich und Italien, und namentlich, wie lange Rußland es noch aushält, und daß der Tauchbootkrieg zwar langsam, aber doch mit konstantem, steigenden Druck, das englische Wirtschaftsleben schädigt und unterbindet, so daß die großen Massen immer ungeduldiger werden und die Beendigung des Krieges fordern, dessen Zweck sie nicht einsehen. Es sind aber nicht bloß die Massen, die unter dem Kriege leiden, und sein Ende herbeisehnen, weil sich ihre Lebenshaltung mehr und mehr verschlechtert, sondern es ist auch der Besitz, der sich durch den Fortgang des Krieges bedroht fühlt. Die Steuerlasten, die der Krieg schon gebracht hat, und noch weiter in Aussicht stellt, sind so ungeheuer, daß der Eigentumsbegriff selber ins Wanken zu kommen scheint. Die alte Prophezeiung, daß die Einkommensteuer, einmal eingeführt, immer gesteigert, endlich zur Vermögenskonfiskation führen werde, scheint jetzt in England in Erfüllung zu gehen. Die Staatseinkommensteuer ist schon bis zu dem Satz von 40 % gestiegen; dazu kommen die Kommunal- und Kirchensteuern, und schließlich die ungeheure Erbschaftssteuer. Verdienen auch viele Leute am Kriege, so wird dieser Verdienst doch durch die Kriegsgewinnsteuer wieder gewaltig beschnitten. Schon hat ein Gewerkschaftskongreß eine Resolution beschlossen, in der es heißt: „Für jeden Grund, der für industrielle Dienstpflicht

spricht, gibt es zehn, die für die Konskription des Reichtums und des Vermögens sprechen. Diese sollte der Konskription des menschlichen Lebens vorangegangen sein." Die staatssozialistischen Einrichtungen und Eingriffe dehnen sich immer weiter aus; das ganze altenglische Wesen mit seiner Wertschätzung der persönlichen Freiheit geht zugrunde. Was hilft es, den preußischen Militarismus und Bürokratismus zu überwinden, wenn man ihn, um das zu können, bei sich selber einführen muß? Nicht bloß in den Arbeiterschichten, die den Ruin ihres Gewerkschaftswesens beklagen, sondern auch in den konservativen und liberalen Bürger- und Landbesitzerkreisen, denen an der Erhaltung ihrer altenglischen Lebensführung, ihres Besitzes und ihrer sozialen Stellung gelegen ist, macht sich eine starke Friedenssehnsucht bemerkbar, man möchte sagen, eine Bereitschaft zur Verständigung auf Grund der Solidarität der konservativen Interessen und des Privateigentums, als der Grundlage aller Kultur.

Die Entente leidet an einer großen moralischen Schwäche. Der englische Krieg kann vor dem englischen Volke nur gerechtfertigt werden als ein Krieg zur Verteidigung von Englands Ehre und Sicherheit. Um des Zusammenhalts der Entente willen aber hat die englische Regierung Eroberungsziele der Bundesgenossen gegenzeichnen müssen, die vor den englischen Massen nicht bestehen können. Diese Verwundbarkeit wird aber erst offenbar werden, wenn die feindlichen Völker Klarheit über die deutsche Politik haben. Wer sich dieses Verhältnis bis ins Letzte deutlich macht, kann nicht daran zweifeln, daß das ganze materielle Uebergewicht der Entente ihr nichts helfen würde und Deutschland den Krieg gewinnen muß, falls die englische Regierung versuchen sollte, den Krieg zu verlängern um der Eroberungsziele der Bundesgenossen willen, nachdem ein ehrenvoller Friede diplomatisch erreichbar scheint. Die Frage ist: Finden die zum Frieden zielenden Tendenzen in Englands politischem Leben Vertreter, die stark genug sind und den guten Willen haben, den Weg zum Frieden frei zu machen?

Ich will hier daran erinnern, daß, als Lloyd George im Dezember 1916 den Führer der Liberalen Asquith aus dem Kabinett verdrängte, weil er ihn im Verdacht der Friedensneigung hatte, die Partei der englischen Knockoutgesinnung nur einen halben Sieg errang: denn Lord Northcliffe hatte auch die Entfernung Balfours und Robert Cecils befohlen; gleichzeitig wurde im Man-

chester Guardian und im Labour Leader mit großem Nachdruck das Gerücht verzeichnet, daß Grey, Lansdowne, Balfour, Mackenna, Runciman einen Frieden durch Unterhandlungen begünstigten.

Wie sind nun diese Männer heute gesinnt, die damals in dem Rufe standen, gern die Geistesverfassung der Feinde prüfen zu wollen, ob die Gegensätze nicht schon soweit geschwunden seien, daß diplomatische Verhandlungen sie überbrücken könnten?

Sicher ist dieses Eine: Lloyd George hat wieder Angst vor dem Frieden. Er muß beachtenswerte Männer sich unangenehm bemerkbar machen sehen, Männer, die der Ueberzeugung sind, daß auf Erden für die Engländer und die Deutschen nebeneinander genug Raum sein müsse. Darum denunziert Lloyd George immer wieder aufs neue Kaiser Wilhelm als den neuen Napoleon, den England nicht loslassen dürfe, bis es ihn niedergekämpft habe. Es ist klar, daß er um seine Existenz kämpft, wenn er für den vierten Kriegswinter kämpft. Denn würde z. B. heute der Friede geschlossen, den er im Winter 1916 durch seine Boxer-Rede und den Sturz Asquiths verhindert hat, dann müßte ein furchtbares Strafgericht über ihn und seinen Bevollmächtigten in Amerika, Lord Northcliffe, hereinbrechen. Mit Lloyd George und einer von seinem Geist erfüllten Regierung kann Deutschland niemals Frieden schließen. Ueber Asquiths Haltung sprechen wir später; wir notieren uns aber für jetzt, daß ein ausgesprochen friedensfreundliches liberales Blatt erklärt, gern die Konservativen Lord Lansdowne und Balfour in ausschlaggebender Stellung sehen zu wollen. Lansdowne kenne Europa, und die gemäßigten Konservativen seien viel vernünftiger in ihren Friedensbedingungen, als die abtrünnigen Liberalen. Auch wird in diesem Zusammenhang der frühere Botschafter Lascelles genannt.

Wir hören jetzt auffallend oft in der englischen Oeffentlichkeit das Argument: Das Ziel der Vernichtung Deutschlands ist unerreichbar — die Schule des Leidens, die das deutsche Volk in diesen drei Jahren durchgemacht hat, ist hart genug gewesen, um das Gelüst nach einer Welt-Hegemonie (das bei uns vorauszusetzen ganz England einig ist) doch nicht so leicht wieder aufkommen zu lassen usw. usw. Wir dürfen also annehmen, daß es heute in England einflußreiche Politiker gibt, die, wenn Deutschland heute seine Bereitschaft zu einem Frieden unzweideutig macht, der die Alldeutschen hier, wie Lord Northcliffe dort als besiegt erweist,

aber unsere berechtigten Ansprüche zufriedenstellt (und diese lassen sich zufrieden stellen, ohne die Rechte und die Würde anderer Völker zu verletzen), daß man dann auf dieser Basis verhandeln kann. Ob man sich schließlich über die Bedingungen einigen würde, steht ja immer noch dahin; so leicht, wie Herr Erzberger gemeint haben soll, würde es gewiß nicht gehen. Aber es ist doch immer von Wert, festzustellen, daß es neben den intransigenten Richtungen und Staatsmännern auch Andere gibt, die bei aller Kraft des nationalen Selbstbewußtseins nicht vergessen haben, daß die christlichen Völker eine große Kulturgemeinschaft bilden und Humanität und Recht Begriffe sind, die jeder Patriot voll würdigen muß, wenn er seinen Staat nicht ins Verderben führen will.

Wenn ich mich nun darin nicht irre, und in England wirklich eine von einflußreichen Staatsmännern und breiten Volksschichten getragene Tendenz vorhanden ist, die einen Frieden der Zufriedenstellung (peace of contentment) auf dem Wege der Verhandlungen erstrebt, so fragt sich, ob von deutscher Seite etwas geschehen kann, um jener Tendenz in England zur Herrschaft zu verhelfen und dadurch die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Ein solches Beginnen ist immer sehr gefährlich. Es kann den gerade entgegengesetzten Erfolg haben, weil es den Schein erweckt, daß wir mit unseren Kräften zu Ende seien und den Feind in den Glauben versetzen, daß er, statt eines Kompromißfriedens mit einer kleinen weiteren Anstrengung den vollständigen Sieg haben könne. Schon jetzt ist ja in Deutschland die Meinung weit verbreitet, daß unsere bisherigen Friedensanerbietungen nichts als diesen Erfolg gehabt hätten. Wie aber soll man zum Frieden kommen, wenn keiner von beiden Gegnern merken lassen darf, daß er zum Frieden geneigt ist? Professor Headlam stützt sich in seiner oben genannten Schrift wesentlich auf die Petition der sechs Wirtschaftsverbände (1915) und die daran anschließende Petition der 1341 Notabeln, die er als die „Petition der Professoren" bezeichnet und beide im Wortlaut abdruckt. Ganz wieder auszulöschen sind ja dergleichen Aeußerungen der Volksstimmung nicht und werden immer wieder benutzt, um die Feindseligkeit aufzupeitschen, so wie wir unsererseits unseren Gegnern ihre Antwort auf unser Friedensangebot im Januar 1917 nie vergessen werden. Wenn nun Deutschland damit angefangen hat, von einem Frieden unter Bedingungen zu sprechen, über die sich verhandeln ließe, so war das nicht ein Zeichen der Schwäche,

sondern einfach die Folge davon, daß Deutschland nach der Kriegslage glauben durfte, die ihm nötigen Forderungen durchsetzen zu können. Wir führen einen Verteidigungskrieg und haben unsere Gegner so zurückgeworfen, daß sie nicht mehr hoffen dürfen, uns niederzuzwingen.

In diesem Sinne nahm auch der Reichstag seine Friedensresolution an, und der neue Reichskanzler stimmte ihr zu. Dann aber geschah das Merkwürdige, daß gestützt auf einige ganz belanglose Floskeln in der Rede des Kanzlers die alldeutsche-annexionistische Presse behauptete, der Kanzler habe der Resolution keineswegs zugestimmt, und aus dieser Nichtzustimmung dann bald deduzierte, er stünde nicht nur auf einem anderen, sondern auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Der Reichskanzler aber ließ das geschehen. Er ließ es sich gefallen, daß, während er selber der Welt mitgeteilt hatte, daß er seine Kriegsziele im Rahmen der Resolution zu erreichen hoffe, die Gegner unausgesetzt verkündeten, daß er das Gegenteil wolle. Die Resolution sagt deutlich und bestimmt, daß „Deutschland erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen" ablehne. Daß auch innerhalb dieses Rahmens noch Kompensations- und Verhandlungsmöglichkeiten verschiedener Art liegen, ist klar und von mir im letzten Heft (s. oben S. 256 u. 259 ff.) ausführlich dargelegt. Es war also etwas Selbstverständliches und deshalb etwas Ueberflüssiges, daß der Reichskanzler seiner Zustimmung zu der Resolution den Zwischensatz „so wie ich sie auffasse" hinzufügte. Gänzlich unberechtigt war es deshalb, aus diesem Zusatz die Behauptung abzuleiten, der Reichskanzler wolle eine Politik, die nicht mehr im Rahmen der Resolution liegen würde. Es mag richtig sein, daß innerhalb der Mehrheit verschiedene Ansichten existieren über das, was sich innerhalb der Resolution noch machen läßt. Nicht richtig aber ist es, daß die Mehrheit über die in der Resolution gesteckten Grenzen selber nicht einig sei, daß deshalb keine Mehrheit existiere, die Resolution also überhaupt keine Bindung bedeute. Auch innerhalb eines Dogmas bestehen bekanntlich oft verschiedene Auslegungen, aber das Dogma selber bleibt darum bestehen, und seine Grenzen sind unverrückbar. Die Friedensresolution des Reichstags ist ganz gewiß kein Dogma, aber sie stellt Grundsätze auf, die gewisse Grenzen setzen, und wer sich zu jenen Grundsätzen bekennt, hat damit auch diese Grenzen anerkannt. Dem Herrn Reichskanzler ist von einer großen und ein-

flußreichen Presse das Gegenteil untergelegt worden — und er hat es sich gefallen lassen. Wenn die Resolution ausspricht, daß Deutschland weder erzwungene Gebietserwerbungen, noch politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen wolle, so ist damit für jede ehrliche Auslegung gesagt, daß wir die Integrität und die Souveränität des Königreichs Belgien wieder herstellen wollen. Aber die Völker und feindliche Politiker sind argwöhnisch. In der Sitzung des englischen Unterhauses stellte Herr Asquith die Anfrage, ob Deutschland bereit sei, Belgien nicht nur zu räumen und ihm Reparation zu machen, sondern ihm auch, nicht den Schein der Freiheit, vielmehr die volle, ungehemmte und absolute Unabhängigkeit wieder herzustellen. Daran knüpfte sich nach dem Manchester Guardian vom 27. 7. folgende Szene: Der Abgeordnete Snowden rief Asquith zu: „Warum stellt man nicht die Frage an Deutschland?" Mit erhobener Stimme und mit steigendem Nachdruck erwiderte Mr. Asquith, dies sei gerade das, was er jetzt tue, „ich frage jetzt Deutschland", wiederholte er unter Beifall, „ich möchte die Antwort des deutschen Reichskanzlers auf diese Frage kennen. Ich richte sie jetzt an ihn, so weit ich dazu in der Lage bin, es zu tun."

Die Daily News nannte die Asquithsche Frage den Prüfstein des Friedens; der Korrespondent des Allgemeenen Handelsblads telegraphierte aus London, nie hätte Asquith mit größerer Autorität gesprochen.

Herr Dr. Michaelis hat bis zum heutigen Tage eine Antwort nicht erteilt. Haben die Leute recht oder haben sie nicht recht, die behaupten, daß er tatsächlich nicht auf dem Boden der Friedensresolution stehe? Der Hauptausschuß des Reichstages ist zusammengetreten und es hat sich ein Vorgang abgespielt, der in der Geschichte aller Parlamente der Welt keinen Präzedenzfall aufweisen möchte. Kurz zusammengefaßt darf man den Verlauf etwa so wiedergeben: Der Herr Reichskanzler hat auf eine Provokation aus dem Kreise der Abgeordneten erklärt, daß er nicht auf dem Boden der Resolution stehe, und nachdem einen Tag lang gereizte oder versöhnliche Auseinandersetzungen stattgefunden, ist den Abgeordneten und der Welt mitgeteilt worden, daß der Herr Reichskanzler doch auf dem Boden der Resolution stehe und mit seinen Worten nur habe sagen wollen, daß innerhalb der Resolution noch verschiedene Möglichkeiten existierten, und daß er sich für die zu-

künftigen Friedensverhandlungen nicht die Hände binden dürfe, sondern Bewegungsfreiheit behalten müsse. Auf Grund dieser neuen Erklärung haben sich dann die Reichsboten für befriedigt erklärt, und man hat um so eher geglaubt, diesen Frieden schließen zu dürfen, als der Reichskanzler gleichzeitig in zwei durchschlagenden Punkten zu erkennen gegeben hat, wie sehr er wünscht und bestrebt ist, mit dem Reichstag im Einvernehmen zu bleiben und mit ihm zusammen zu arbeiten.

Ueber die erste dieser Arbeiten, die Verfassung von Elsaß-Lothringen, ist es zurzeit noch verboten zu schreiben, soviel aber wird man sagen dürfen, daß nicht nur für die inneren Verhältnisse Deutschlands und Elsaß-Lothringens, sondern auch für die internationale Politik eine möglichst schnelle Lösung dieser Frage von großer Bedeutung sein würde.

Die zweite Aufgabe, an der der Reichskanzler mit dem Reichstag zusammenarbeiten will, ist die Beantwortung der Note, in der der Papst die Friedensvermittlung angeboten hat. Aus den Kriegslagern beider Parteien ist man nicht nur mit gleicher Wut, sondern auch mit den gleichen Argumenten über diese Note hergefallen. Diese Vermittlung ist eine österreichisch-deutsche Intrigue, ertönte es aus dem Ententelager; sie ist englisches Fabrikat, ertönte es aus dem Lager unserer Alldeutschen und „Unabhängigen".

Welche Stellung Deutschland zu dieser Vermittlung einzunehmen hat, wenn es die Konsequenzen seiner bisherigen Politik zieht, ist klar. Wir haben uns zu einem Verständigungsfrieden bereit erklärt; wir haben unseren Sozialdemokraten aller Richtungen erlaubt, nach Stockholm zu fahren, um dort mit ihren Genossen, nicht nur aus den neutralen, sondern auch den feindlichen Ländern über die Friedensfrage zu konferieren, Aufklärungen zu geben und auf diese Weise den Frieden vorzubereiten. Endlich hat der Reichstag seine Friedensresolution angenommen. Die Vermittlungsaktion des Papstes kann uns also im Prinzip nur willkommen sein, und wenn auch die einzelnen positiven Vorschläge etwas verschwommen sind, so liegt das in der Natur der Sache, und wenn man erst zu Verhandlungen kommt, wird man auch zur Klarheit kommen. Die Beantwortung der Papstnote bedarf daher kaum einer diplomatischen Kunst. Der Herr Reichskanzler aber hat erklärt, er wünsche, daß ein Sonderausschuß von sieben Mitgliedern des Reichstages und sieben Mitgliedern des Bundes-

rates gebildet werde, der ihm bei der Beantwortung der Papstnote und vielleicht noch bei weiteren Aktionen zur Seite stehe. Das ist eine ganz neue Methode der Parlamentarisierung und ein Vorgang von der größten Tragweite. Kann eine Politik überhaupt mit Erfolg geführt werden, deren einzelne Schritte unter die Kontrolle einer parlamentarischen Kommission gestellt sind? Ein parlamentarischer Minister ist der Minister, der das Vertrauen einer Parlamentsmajorität genießt, derart daß diese Majorität ihm die Führung der Geschäfte überläßt. Wenn aber ein solcher Minister jeden einzelnen seiner Schritte unter die Kontrolle der Volksvertreter stellen muß, so ist das nicht der Ausdruck des Vertrauens, sondern des Mißtrauens. Mag man zugestehen, daß bei unserem dualistischen Regierungssystem die neue Methode als eine Konsequenz angesehen werden kann, die ausnahmsweise angenommen werden darf. Aber der leitende Staatsmann muß dann auch in dieser Kommission der unbedingt leitende Geist mit überragender Autorität sein, und auch so bleibt die Prozedur immer höchst gefährlich. Das Parlament darf nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat werden. Ein leitender Minister, der wahrhaft das Vertrauen des Parlaments besitzt, bedarf solcher Mitarbeit in der diplomatischen Aktion nicht, sondern muß sie sogar ablehnen. Kein englischer Minister würde sie sich gefallen lassen.

Das aber führt uns auf den entscheidenden Punkt. Weshalb hat es Herr Dr. Michaelis für nötig gefunden, sich diesen Reichstags-Ausschuß an die Seite zu setzen? Nun sagen wir es rund heraus: weil er eben das Vertrauen des Reichstages nicht genießt. Wie wäre es bei den Vorgängen, die sich in den letzten vier Wochen abgespielt haben, auch möglich? Hätte Herr Dr. Michaelis es nicht Woche für Woche stillschweigend geduldet, daß ihm die Presse der Minorität seine Zustimmung zu der Resolution der Majorität weginterpretierte und ins Gegenteil verkehrte, so brauchte er sich jetzt nicht diesen Wohlfahrtsausschuß beizuordnen. Ist sich denn der Reichstag heute darüber klar, was der Herr Reichskanzler eigentlich will und welche Politik er verfolgt? Das deutsche Volk und die Welt ist sich jedenfalls darüber nicht klar, und nach den letzten Vorgängen weniger als je. Sucht die alldeutsch-annexionistische Presse nicht nach wie vor sich an Herrn Michaelis heranzudrängen, um ihn als den ihrigen zu proklamieren? Wehrt der Herr Reichskanzler sich gegen diese Freundlichkeiten? Kein Zweifel, es gibt Zeiten, wo der Staatsmann lavieren und seine Ziele im

Dunkeln oder im Halbdunkeln lassen muß. In diesem Sinne hat Herr von Bethmann Hollweg drei Jahre lang die deutsche Politik geleitet, und wenn ich auch Anderes für richtiger gehalten haben würde, so ließen sich doch für jenes Lavieren gute Gründe anführen. Heute mag ich meinerseits Gründe für das weitere Einhalten des Bethmannschen Kurses nicht zu erkennen. Im Gegenteil, diese Politik der Freundschaft mit allen Parteien, des Schiebens und der Zweideutigkeiten ist heute die gefährlichste, die es gibt; sie ist weder eine Kriegs-, noch eine Friedenspolitik. Sie bewirkt nichts als Verstimmungen im Inland wie im Ausland. Man könnte sie verstehen, wenn es wirklich eine Kriegspolitik wäre, die dem Volke und dem Reichstag etwas von Friedensneigung vorgaukelte, um es zu beruhigen, und es bei der Fahne festzuhalten. Aber das ist ganz gewiß der Sinn und die Absicht des Herrn Reichskanzlers Michaelis nicht. Er hält selbstverständlich die Fahne hoch, solange es Krieg ist, aber er sucht den Frieden. Er sucht ihn aber nicht auf dem einzigen Wege, auf dem er zu finden ist. Will er aber eine Friedenspolitik, so darf er den Konflikt mit der Partei der Kriegsverlängerung nicht scheuen, weil ohne diesen Konflikt nicht nur der Friede, sondern nicht einmal die Vorbedingungen zum Frieden zu schaffen sind. Es handelt sich nicht bloß um die Regierungen, sondern dieser Krieg ist ein Volkskrieg, und es handelt sich deshalb auch um die Völker und ihre Stimmungen. Auf diese Stimmungen muß gewirkt werden. Sehr richtig hat ein Engländer gesagt: „man muß nicht nur die feindlichen Streitkräfte, sondern auch die Psychologie der Feinde bearbeiten.“ Man wirkt aber nicht auf die Völker mit Hinterhältigkeiten, Zweideutigkeiten und Erklärungen, die von einem Tag zum andern das Gegenteil besagen. Die große Gelegenheit war da bei dem Kanzlerwechsel. Sie ist verpaßt worden, als, anstatt einer großen und freudigen Zustimmung zu der Friedensresolution mit der Begründung, daß der neue Reichsleiter diese Gesinnung von je gehabt habe, jene Zustimmung erfolgte, an der man allmählich herausfand, daß sie Hintertürchen habe. Die zweite Gelegenheit war jene vor der ganzen Welt gestellte Anfrage von Asquith. Nicht nur ganz England, sondern die Welt horchte auf, als Asquith jene Frage stellte — der deutsche Reichskanzler blieb stumm. Die dritte Gelegenheit war die Sitzung des Hauptausschusses, die jene unselige Wirrnis zutage brachte, die das Vertrauen zur Geschicklichkeit des Reichskanzlers vernichtete.

Der Hauptausschuß beruhigte sich dabei, da ja der schließliche Erfolg war, daß der Herr Reichskanzler sich nunmehr ganz in die Hand der Abgeordneten gegeben hat. Die nächste Gelegenheit wird nun die Beantwortung der Papstnote bieten. Möge sie so ausfallen, daß sie all das Mißtrauen, das die Vorgänge der letzten Wochen der deutschen Politik aufgeladen haben, wieder auslösche.

Man wirft der Friedensresolution vor, sie habe im Ausland nur als Symptom der Schwäche gewirkt und keinerlei Nutzen geschaffen. Wie sollte sie auch, da man sich im Ausland vorstellt, daß der Reichstag machtlos sei, und die Zustimmung des Kanzlers zweideutig erschien? Daß die Resolution bei einer anderen Haltung des Kanzlers auch eine andere Wirkung hätte ausüben können, wär ja deutlich daran zu erkennen, daß Herr Lloyd George in seiner ersten Antwortnote sich gar nicht traute, sie zu erwähnen. Erst als man den Kommentar gefunden hatte, daß sie nicht ehrlich sei, konnte man sie den Engländern vorsetzen. Wird jetzt eine zustimmende Antwort auf die Papstnote, würde eine klare und unzweideutige Erklärung über Belgien uns dem Frieden näher bringen? Es kann nur dann geschehen, wenn es gleichzeitig gelingt, für unsere Erklärungen Vertrauen zu erwecken. Der Weg zum Frieden geht heute über die Stimmungen der Völker. Das englische Volk als Ganzes für den Frieden zu gewinnen, ist heute sicher noch unmöglich; auch nur die Majorität zu gewinnen, ist unwahrscheinlich, aber bei der Struktur des englischen Staates und Heeres wirkt schon eine starke Minorität, die für den Frieden ist, ganz anders auf die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges als etwa bei uns.

Sobald in den Völkern, die bisher in tödlicher Angst vor der deutschen Welthegemonie gelebt haben, die Meinung Raum gewinnt, daß der Geist, der in Deutschland herrscht, eine solche Welthegemonie gar nicht anstrebt, sondern eine dauernde und gerechte Ordnung der Dinge ehrlich will, beginnen sich die Pforten des Friedens für alle, die sich mit Ehren geschlagen haben, zu öffnen. Dazu gehört ein Kanzler, der die Friedensresolution so auffaßt, wie sie gemeint ist und durch seine Person und seine Erklärungen die Gewähr bietet, daß er dem Wunsch und dem Willen unseres arbeitenden und kämpfenden Volkes, wie er in jener Resolution zum Ausdruck gekommen ist, entsprechend zu handeln gewillt und befähigt ist.

Wider den Kleinglauben.

26. September 1917.

Deutschland wird die furchtbare Probe des Weltkrieges siegreich bestehen. In diesem Glauben ist das deutsche Volk heute so einig wie einst am 4. August 1914, als seine Vertretung im Sturm der Begeisterung einstimmig den von der Uebermacht uns hingeworfenen Fehdehandschuh aufnahm. Das Siegesbewußtsein ist ungebrochen, aber die Freudigkeit, in der ein Siegesbewußtsein zu atmen pflegt, ist getrübt; sie ist getrübt nicht durch die schweren Opfer und Leiden, die der Kampf über uns Alle verhängt hat, sondern durch die Uneinigkeit, mit ihren gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen, wie der siegreich durchgefochtene Krieg nun zu Ende zu bringen ist und welcher Art Friedensschluß wir nun anzustreben haben. Wie sehr haben sich jene getäuscht, die da glaubten, daß die Freigabe der Diskussion der Kriegsziele „Klärung" und Verständigung erzielen werde! Ein tiefer Riß geht durch unser Volk, ein Riß, der sich keineswegs deckt mit den alten Parteigegensätzen. Zwar steht auf der einen Seite im Reichstag jetzt eine Majorität, beruhend auf dem Zusammenschluß der Sozialdemokratie, der Freisinnigen und des Zentrums, aber die drei Fraktionen sind nicht ganz geschlossen, nicht einmal im Reichstag und noch viel weniger im Lande. Bei der Abstimmung über die Friedensresolution im Reichstag haben sich Mitglieder der Stimme enthalten und sogar dagegen gestimmt; im Lande aber haben nicht ganz wenige angesehene Freisinnige und Zentrumsanhänger sich an der Agitation gegen die Resolution mit Eifer beteiligt. Umgekehrt hat im Reichstag nicht nur ein Teil der Deutschen Fraktion (alte Freikonservative) und sogar ein Mitglied des alldeutschen Verbandes für die Resolution gestimmt, sondern es unterliegt auch keinem Zweifel, daß sie bis tief in die Reihen der Konservativen hinein im Lande sehr zahlreiche Anhänger hat. Nach außen macht sich das nicht so bemerkbar, da eine öffentliche Agitation für die Resolution im Auslande einen falschen Eindruck erwecken würde, und man sie daher lieber vermeidet. Aber ich habe selber Stimmen genug gehört, um bezeugen zu können, daß die konservativen Kreise vielleicht noch weniger geschlossen für die planmäßige Kriegsverlängerung gestimmt sind, als etwa die Freisinnigen und das Zentrum für den Versuch der Beendigung.

Die Behauptung, daß die Resolution nichts als „Verzicht" bedeute, ist ja leicht als eine agitatorische Uebertreibung zu erkennen: sie läßt für einen recht günstigen Frieden Spielraum genug. Auch die Kriegspartei hat ja allmählich viele Löcher zurückgesteckt und besteht längst nicht mehr auf den überspannten Forderungen, mit denen man im Sommer 1915 die Welt erschreckte. Sie ist insofern ihren Gegnern, die von vornherein in der glücklich durchgeführten Verteidigung gegen die unermeßliche Ueberlegenheit die sicherste Gewähr für die Zukunft Deutschlands erblickten, ein großes Stück entgegengekommen. Aber der Streit ist darum nur noch gehässiger geworden; vielleicht auch deshalb, weil es nicht selten alte Gesinnungsgenossen sind, die sich jetzt als Gegner gegenüberstehen.

Wie kommt es, ist mir selber zuweilen entgegengehalten worden, daß du dich von deinen alten Gesinnungsgenossen getrennt hast und jetzt mit Sozialdemokraten, Deutschfreisinnigen und Zentrum zusammengehst, welche Parteien du, eine immer mehr als die andere, so viele Jahre vom Grunde des Herzens aus bekämpft hast? Darauf ist zunächst zu erwidern, daß ich mich keineswegs von meinen alten Gesinnungsgenossen in ihrer Gesamtheit getrennt habe, sondern daß die große Mehrzahl, wenigstens derjenigen, mit denen ich persönlich verkehre, die Wendung mitgemacht haben. Der Vorwurf des Zusammengehens mit alten Gegnern ist aber in den Augen eines historisch denkenden Menschen überhaupt kein Vorwurf: im Gegenteil, die großen Wendungen im Leben der Völker, die fruchtbaren Fortschöpfungen beruhen sehr häufig auf solchen Kombinationen bisheriger Gegner. Es sind die Kleingläubigen, die den Boden unter den Füßen zu verlieren glauben, wenn sie sich nicht mehr in den alten Formen bewegen und von den überlieferten Verbindungen freimachen sollen. Der Vorwurf, der hier erhoben wird, ist ja derselbe, der gegen Bismarck von einer Reihe seiner alten Freunde gerichtet wurde, als er sich nach 1866 mit den Liberalen aussöhnte. Es müßte schon ein sehr hart gesottener Reaktionär sein, der heute noch bestreiten wollte, daß die persönliche Größe Bismarcks und die segensreiche Gestaltung des Deutschen Reiches nicht zum wenigsten auf jenem Ausgleich beruht. Bismarcks nächster Freund Blankenburg aber hat in der Wut über den vermeintlichen Verrat Bismarcks an dem wahren alten Preußentum und der konservativen Partei seinen ganzen Briefwechsel mit Bismarck verbrannt. Aber er hat Unrecht behalten. Unter dem

Schutz dieser erlauchten historischen Analogie werden auch die „Preußischen Jahrbücher" den Vorwurf, jetzt mit den ehemaligen Reichsfeinden Arm in Arm zu gehen, gelassen ertragen dürfen, um einfach zu fragen, aus welchen Umständen und Kräften diese sonderbare Verbindung erwachsen ist — sonderbar in jedem einzelnen Gliede, denn auch das Zentrum, der Freisinn und die Sozialdemokratie sind ja bisher untereinander nicht gerade Busenfreunde gewesen.

Das Leben bringt es mit sich, daß man aus sehr verschiedenen Motiven zu demselben Ergebnis und praktischem Tun kommen kann. Die große Frage, an der sich heute die Geister scheiden, und um die sie sich neu zu gruppieren bestrebt sind, ist die Frage, ob Deutschland einen reinen Machtfrieden anzustreben hat und fortkämpfen soll und muß, bis es diesen schließlich erreicht hat; oder ob das erstrebenswerte Ziel der Verständigungsfriede ist. Die Formel, die namentlich zu Beginn des Krieges sehr volkstümlich war, lautete: die Friedensbedingungen müßten derart sein, daß unsere Kinder und Enkel vor der Wiederholung der Leiden, die wir jetzt durchzumachen haben, geschützt sind; daß keine der feindlichen Mächte, die jetzt von allen Seiten über uns hergefallen, es wagen kann, sich wieder an uns zu vergreifen. So wohltuend das klang, so war es doch sehr unpolitisch gedacht. Einen Zustand, der in der europäischen Staatengesellschaft Sicherheit gegen jedweden Angriff gewährt, gibt es nicht. Immer von neuem habe ich in den „Preußischen Jahrbüchern" darauf hingewiesen, daß das eine Utopie sei und darf daran erinnern, daß unter anderen auch der verstorbene Präsident des Herrenhauses von Wedel und der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Schwerin sich sehr energisch ganz in diesem Sinne ausgesprochen haben. Selbst alle Forderungen der Alldeutschen als durchgeführt gedacht, würden sie uns nicht die Gewähr geben, daß sich nicht die sämtlichen anderen Völker eines Tages gegen uns verbünden; ganz im Gegenteil, die Völker würden sich von unserer Uebermacht bedroht fühlen, und da nun einmal das Gefühl der Selbständigkeit das höchste Gut, die Lebensluft aller Völker ist, so würde die Erfüllung jener Forderungen sehr schnell die Wiederaufnahme des Krieges im Gefolge haben, und statt eines dauernden Friedens zu genießen, würden wir aus einem Kriege in den anderen stürzen müssen und würden dabei Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei nicht mehr an unserer Seite

haben. Sich den dauernden Frieden zu sichern, gibt es kein anderes Mittel als den Universalstaat nach Art des alten römischen, die völlige Zerbrechung jeder nationalen Selbständigkeit. Die bloße Ueberlegenheit eines einzelnen Staates gebietet nicht Ruhe, sondern reizt zum Widerstand. Jeder Tag zeigt uns den unschätzbaren Wert, den wir mit der Besitznahme Belgiens und Nordfrankreichs im August 1914 gewonnen haben, und über die Bedeutung der flandrischen Küste für den Tauchbootkrieg bringen wir in Heft 170, S. 117, der „Preußischen Jahrbücher" einen eigenen Artikel aus der Feder des Admirals Dr. Galster, der einst mit dem Admiral v. Schleinitz die Bedeutung der Tauchboote verfocht, als die maßgebenden Stellen der Marine noch sehr skeptisch von ihnen sprachen. Für die Strategie der Hochseeflotte will Admiral Galster der flandrischen Küste keine besondere Bedeutung beimessen, für die Tauchboote aber ist der Wert nach seiner Darlegung zwar nicht unersetzlich, aber doch so groß, daß man versteht, wie England alles daran setzt, uns aus dieser Stellung wieder zu entfernen. Kein Zweifel, daß es uns ein schönes Kolonialreich dafür gewähren würde, wenn es uns damit an dieser Küste wieder los wird. Wollten wir im Frieden die flandrische Küste behalten, so wäre das für England etwa so viel, wie die dauernde Besetzung von Thorn, Danzig, Glogau, Küstrin, Stettin, Magdeburg durch die Franzosen nach dem Frieden von Tilsit. Napoleon glaubte uns damit niederzuhalten; das Risiko einer Erhebung sollte uns zu groß sein: im Gegenteil, wir verdoppelten unsere Kraft und ganz Europa leistete uns Beistand.

Nicht anders würde es uns gehen, wenn wir Belgien behalten wollten. Man kann schon jetzt die Punkte bezeichnen, wo, wenn wir das täten, der Weltkrieg wieder einsetzen würde. Da ist die eigentümliche geographische Figur Belgiens, das im Osten und Westen von holländischem Gebiet wie mit zwei Fangarmen umfaßt wird, im Osten durch Limburg mit Maastricht, im Westen durch das Gebiet der Scheldemündung, das Antwerpen vom Meer abschneidet. Belgien grenzt infolge dieser Umfassung auf der einen Seite nur mit einer unnatürlich schmalen Front an Deutschland, auf der andern mit einer ebenso unnatürlich schmalen Front ans Meer. Ein Kleinstaat wie Belgien duldet die Unzuträglichkeiten, die aus solcher Umklammerung entspringen; für das militärisch und wirtschaftlich vereinigte Deutsch-Belgien wäre sie völlig unerträglich und würde sofort zu den stärksten Reibungen mit Holland führen. Daß Holland

gar nicht anders könnte, als ebenfalls in eine so oder so gestaltete Vereinigung mit dem Deutschen Reich einzutreten, sobald Belgien es tut, ist ja oft genug ausgesprochen worden und lehrt ein Blick auf die Karte. Die Holländer aber sind viel zu selbstbewußt und lieben die Selbständigkeit ihres Vaterlandes viel zu sehr, um sich solcher Zumutung zu unterwerfen. Der Konflikt, in den sofort Europa und die Welt eintreten würde, um die weitere Machtausdehnung Deutschlands zu verhindern, wäre da.

Ein anderer, noch näher liegender und ebenso sicherer Reibungspunkt ist Belgien selbst. Unmöglich kann man erwarten, daß die acht Millionen Belgier, seien es Wallonen, seien es Flamen, sich widerspruchslos unsere Herrschaft gefallen lassen würden. Unsere Annexionisten haben ja jetzt nicht mehr ganz den Mut ihrer Meinung, verwerfen die eigentliche Annexion und reden von einer bloßen militärischen Oberhoheit bei kultureller und wirtschaftlicher Freiheit für Wallonen wie Flamen. Natürlich wäre diese Halbheit gerade das allerschlimmste. Auch Napoleon ließ uns ja 1807 bis 1813 die eigene Regierung und besetzte bloß unsere Festungen, beschränkte unsere Armee und verlangte keine Kriegskontribution, die nicht unerschwinglich gewesen wäre, wenn wir uns hätten entschließen wollen, die Armee ganz abzuschaffen. Die halbe Freiheit aber, die uns gelassen wurde, gab uns die Möglichkeit, die Erwerbung der ganzen wieder anzustreben und vorzubereiten und so genau würde es in Belgien gehen. Die offensichtliche Vorbereitung eines Freiheitskampfes würde uns zwingen, die Belgier ganz zu unterwerfen und das Signal zum neuen Weltkonflikt wäre gegeben.

Eine deutsche Herrschaft Belgien, sei es eine direkte, sei es eine indirekte, ist aber nicht nur ein politischer Ungedanke, ein ewiger Kriegszustand, sondern es ist vor allem auch der Ausdruck einer kleinen Gesinnung, einer ungenügenden Einschätzung der Zukunft des deutschen Volkes, der Kleingläubigkeit.

Die große nationale Zukunft, nach der wir streben und die wir in diesem Kriege verteidigen, ist ganz und gar nicht gleichbedeutend mit der Sicherheit vor etwaigen zukünftigen Kriegen. Ganz gewiß wollen wir solche Kriege nicht und hoffen, daß die Menschheit Mittel finden wird, sich die Wiederholung der heutigen Leiden zu ersparen, aber unseren Maßstab für die Einschätzung der zukünftigen Friedensbedingungen entnehmen wir nicht diesem Ruhebedürfnis,

sondern den Aussichten auf eine gedeihliche nationale Entwicklung, der Vorstellung, daß die Welt nicht einmal zwischen Angelsachsen, Russen und Mongolen aufgeteilt werde, sondern das Deutschtum nicht weniger groß, selbständig und eigenartig neben jenen und den vielen kleineren Nationalitäten sich behaupte. Hier und hier allein ist die wahre und letzte Gesinnungsprobe. Der Satz „wir wollen so mächtig werden, daß uns niemand mehr anzugreifen wagt", ist im letzten Grunde der Ausdruck derselben Gesinnung, die einst das klassische Wort prägte: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Es ist die Politik des patriotischen Philisters. Wir wollen mehr als Ruhe und Sicherheit, wir wollen nationalen Spielraum, den Platz an der Sonne.

Für diesen Zweck ist Belgien nicht nur wertlos, sondern eine nationale Last, der Besitz der flandrischen Küste zwar militärisch wertvoll, aber in seinen Konsequenzen keine Förderung, sondern eine Hemmung der nationalen Entwicklung. Wer die Weltkräfte und die Kräfte Deutschlands richtig einschätzt, weiß, daß wir auch ohne dieses Hilfsmittel dem großen Ziel nachstreben und es erreichen können. Wer sagt, daß er Belgien wolle, um eben dadurch nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Wachsen des Deutschen Reiches und des Deutschtums zu verbürgen, verfehlt über dem Mittel den Zweck. Ohne Seegeltung, sagt man uns, gibt es auch kein Kolonialreich. Ganz richtig. Nicht richtig aber ist es, daß die Seegeltung auch die flandrische Küste verlange. Die flandrische Küste wäre notwendig, wenn wir nicht bloß die Seegeltung, sondern auch die Seeherrschaft anstrebten. Selbst unsere Heißsporne aber versichern, daß sie ein solches Bestreben ablehnten. Was wir erstreben, ist tatsächlich nichts als eine Seegeltung, die allerdings über unsere Seemacht hinausgeht, sich des Gedankens einer Seeherrschaft wie die heutige englische aber entschlägt. Dieses Ziel ist uns nicht nur erreichbar ohne die flandrische Küste, sondern auch jetzt schon sicher. Es ist, wie man immer wiederholen muß, das Tauchboot, das uns diese Zukunftssicherheit gewährt. Alle Phantasie und Erfindungsgabe unserer Gegner hat bisher noch nicht einmal theoretisch ein Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Tauchboote gefunden. Selbst angenommen, es würde ein solches Mittel gefunden, und die Entscheidung würde wieder ausschließlich in die Hochseeflotte verlegt, so ersieht man aus den Darlegungen des Admiral Galster, daß, wenn in dem einen Fall der Besitz der

flandrischen Küste des Guten zu viel wäre, er in dem anderen wieder zu wenig bedeutet, um sich mit der fürchterlichen Last der acht Millionen rebellischer Untertanen zu beladen. Welcherlei Möglichkeiten man sich auch vorstellt, Belgien nützt uns wenig oder gar nichts und schadet uns viel. Wir können es — die Zukunft wird es lehren — auch ohne Belgien; mit Belgien aber können wir es nicht, weil der Besitz von Belgien uns die Feindschaft der ganzen Welt auf den Hals ziehen und uns von der Geltendmachung unserer Kräfte, sei es in Afrika, sei es im Orient, sei es im Baltikum abdrängen würde. Wer den wahren Glauben in die deutsche Kraft hat, kann auf Belgien verzichten, und wer die richtige Einsicht in die Weltverhältnisse hat, muß auf Belgien verzichten. Der Erwerb von Belgien würde, vielleicht von der patriotischen Intelligenz des deutschen Volkes mit Jubel begrüßt, dem Deutschen Reiche so wenig zum Heile gereichen, wie einst das hölzerne Pferd der Stadt Troja.

Hier ist der Punkt, wo von entgegengesetzten Enden her die Reichsregierung, die überlegteren Konservativen und die „Preußischen Jahrbücher" mit der Reichstagsmajorität zu einer gemeinsamen Politik zusammengetroffen sind. Das Zentrum, die Deutsch-Freisinnigen und die Sozialdemokraten haben in ihrer Weltanschauung einen stärkeren kosmopolitischen Zug als die Konservativen und Nationalliberalen, — gerade diesen Zug brauchen wir heute. Mit der Kurzsichtigkeit, die nun einmal allen Parteien, die nach Rankes Ausdruck immer bloß fühlen und nicht denken, eigentümlich ist, hat die Rechte sich auf den reinen Machtfrieden verbissen; die Linke, um sie kurzweg so zu bezeichnen, zeigt die Nachgiebigkeit, die wir jetzt gebrauchen um Raum zu gewinnen: das bekannte Zurückweichen, um besser springen zu können. Sie kann das, da tatsächlich auch in diesem zukünftigen besseren Springen nichts Feindseliges gegenüber den anderen Nationen im Schilde geführt wird. Denn sind diese erst sicher, daß Deutschland nur begehrt, neben und nicht über ihnen zu stehen, so werden sie auch bereit sein, unsere Macht zu respektieren und uns jenen kolonialen Raum und jene wirtschaftliche Betätigung zu gewähren, die wir als eine der gleichberechtigten großen Nationen beanspruchen. Sollte die Anklage sich bewahrheiten — wofür aber bis jetzt kein Anlaß vorliegt —, daß ein Teil der Reichstagsmajorität einen Frieden um jeden Preis anstrebe, daß die wirklichen und

nicht bloß die vermeintlichen Bedürfnisse unserer nationalen Zukunft von dieser Majorität nicht genügend gewertet und vertreten würden, so würde es ganz gewiß nicht schwer sein, eine andere Majorität zusammenzubringen. Das ist ja der Nachteil, aber auch der große Vorteil unseres reichen Parteilebens, daß von Fall zu Fall und ganz nach den wechselnden Bedürfnissen Verbindungen sowohl unter den Parteien, wie zwischen den Parteien und der Regierung geschlossen, gelöst und neu geschlossen werden können.

Die Deutsche Vaterlandspartei.

Die Opposition gegen die Friedensresolution des Reichstags hat neben den schon bestehenden Organisationen dieser Richtung, dem Alldeutschen-Verbande, dem Unabhängigen Ausschuß und anderen eine neue, im großen Stil aufgezogene Organisation, die deutsche Vaterlandspartei, ins Leben gerufen, und Männer ersten Ranges, wie der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und der Großadmiral v. Tirpitz haben sich an die Spitze gestellt und in öffentlicher Versammlung das Wort ergriffen. Es ist eine wirkliche Volkspartei, eine Volksbewegung, mit der wir es da zu tun haben; aber, mit allem Respekt vor den führenden Männern sei es auch gleich hinzugefügt, auch darin, daß man nicht weiß, was man will. Viel Patriotismus, noch mehr Enthusiasmus, aber keinen klaren Gedanken. Das ganze Programm ist ein fortlaufender Widerspruch gegen sich selbst.

Man will Partei sein und ist es auch; gleichzeitig aber will man über allen Parteien stehen.

Man erklärt, Einheit und Frieden im Volke anzustreben, gleichzeitig aber sät man Zwietracht, indem man anders Denkende beschuldigt, weniger vaterländisch gesinnt zu sein, was sich dann in der gesinnungstüchtigen Presse zu „Verbrechern" und „Landesverrätern" steigert.

Man fordert die Verschiebung der inneren Reformen bis nach dem Frieden, weil sie zu innerem Zwist Veranlassung gäben, und beweist eben mit dem Hinweis auf den inneren Zwist, daß es zweifelhaft ist, ob bis nach dem Frieden verschoben, die Reform auch wirklich kommen würde. Schon im Jahre 1908 ist in feierlichster Weise vom Throne herab die Reform des preußischen Wahl-

rechts versprochen worden; die konservativen Mächte haben es nicht nur durchgesetzt, daß dieses Versprechen nicht erfüllt werden konnte, sondern sie haben auch erklärt, daß mit dem Versuch das Versprechen bereits tatsächlich erfüllt worden sei und deshalb keine bindende Kraft mehr habe. Das Deutsche Reich ist, um den Weltkampf glücklich durchzukämpfen, darauf angewiesen, daß auch die großen Massen, die zwar keineswegs allenthalben, aber doch teilweise am meisten leiden müssen, unerschüttert durchhalten. Die Führer dieser Massen haben im Reichstag ihre patriotische Pflicht in bewundernswerter Weise erfüllt. Aber die Massen beginnen hier und da schwankend zu werden; schon hat sich ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion von ihr abgesondert. Um die Herrschaft über die Massen zu behaupten, ist es unerläßlich, daß die patriotische Sozialdemokratie einen handgreiflichen Beweis dafür bringe, daß sie von jetzt an, da sie sich gleich treu und gleich tapfer wie alle anderen Schichten im Staate erwiesen hat, auch als gleich berechtigt anerkannt werde. Dies ist der Grund, weshalb einsichtige Konservative zusammen mit der Regierung darin schlüssig geworden sind, das gleiche Wahlrecht in Preußen schon jetzt während des Krieges einzuführen. Ohne ein derartiges Zugeständnis ist der Krieg für uns nicht zu gewinnen. Die deutsche Vaterlandspartei schwört, daß sie den Sieg, den vollen Sieg wolle, statt aber die Regierung bei ihrer klugen inneren Politik zu unterstützen, und ihr die unerläßlichen Mittel zu gewähren, macht sie Opposition und schafft Unfrieden und Mißtrauen, indem sie die Verschiebung der Reform bis nach dem Kriege verlangt, wo sie im besten Falle verkrüppelt werden würde.

Die deutsche Vaterlandspartei verlangt die Oberherrschaft über Belgien, um die deutsche Zukunft zu sichern; ich habe in dem voraufgehenden Artikel dargelegt, daß auch hier das Mittel dem Zweck widerspricht und die Herrschaft über Belgien Deutschland nicht stärken, sondern im letzten Ende schwächen und seiner großen Zukunft berauben würde. Der Großadmiral v. Tirpitz ist sogar so unvorsichtig gewesen, darauf hinzuweisen, daß Belgien immer der Brückenkopf Englands auf dem Kontinent gewesen sei. Er hat nicht bedacht, daß Deutschland und Europa den Engländern zwei Jahrhunderte lang einen beinahe schwärmerischen Dank dafür gewußt haben, daß sie uns durch die belgischen Schlachten geholfen haben, die französische Herrschaft abzuwehren. Mit Vergnügen

werden nun die Engländer darauf hinweisen, daß man jetzt in Deutschland selber die Analogie dieser Kämpfe mit den heutigen anerkenne. Wie falsch in Wahrheit der Vergleich der heutigen deutschen Politik mit der napoleonischen ist, habe ich ja in einem eigenen Aufsatz (oben, S. 122 ff.) nachgewiesen. Richtig ist, wenn Herr von Tirpitz weiter von dem gemeinsamen Interesse des Kontinents gegenüber Englands spricht, aber leider ist auch diese Analogie nicht richtig verwertet worden. Auch zu Napoleons Zeit existierte dieses gemeinsame Kontinentalinteresse, und nicht nur Napoleon selber wies immer wieder darauf hin, sondern es gab auch in Preußen eine Partei, bis zum Jahr 1806 und sogar noch darüber hinaus — der bekannteste Vertreter ist der Oberst von Massenbach —, die den Anschluß an Frankreich und den Gegensatz gegen England predigte. War diese Massenbachsche Politik etwa richtig? Der Haß gegen England mag noch so stark sein, aber er darf sich doch nicht vermessen, die Weltgeschichte auf den Kopf zu stellen.

Ein Argument, das in der feindlichen Presse besonders gern gegen einen Friedensschluß mit Deutschland angeführt wird, ist, daß Deutschland wirtschaftlich aus dem Kriege viel besser und stärker hervorgehen werde als seine Gegner; in ganz kurzer Zeit werde es seine Kriegsschäden ausgeheilt haben und dann von neuem der übrigen Welt weit überlegen sein. Hieran ist so viel richtig, daß ja Deutschland bisher in der Tat, besonders verglichen mit Frankreich, den Krieg mit sehr geringen direkten Schädigungen bestanden hat, und daß wir vermöge unserer erzwungenen Sparsamkeit, die es wieder ermöglichte, alle Kriegsanleihen im Lande selbst aufzunehmen, auch die ungeheure Steuerlast, die uns erwartet, mit verhältnismäßiger Leichtigkeit werden tragen können. Die vielen Milliarden, die für die Verzinsung der Reichsschuld aufzubringen sind, gehen ja der Volkswirtschaft nicht verloren, sondern wandern nur von einer Tasche in die andere; die deutschen Staatsbürger bringen sie auf, und sie werden nach einem anderen Schlüssel an die deutschen Staatsbürger wieder verteilt. Das wird uns zwar beschweren, kann uns aber nicht erdrücken. Die deutsche Technik und Betriebsamkeit, die in Industrie und Landwirtschaft dem deutschen Wohlstand schon vor dem Kriege einen so gewaltigen Auftrieb gegeben hatten, werden nach dem Kriege mit verdoppelter Kraft einsetzen, um alle wirtschaftlichen Verluste wieder

einzubringen. Auch England wird ja durch ungeheure Steuern, durch die Verschuldung an Amerika und durch den schnellen Verschleiß seines wirtschaftlichen Lebenselements, der Handelsflotte, sehr geschwächt aus dem Kriege hervorgehen. Ein großes Manko aber bleibt für uns und wird nicht so leicht und so bald zu ersetzen sein: das ist die völlige Zerstörung des deutschen Außenhandels mit allen seinen Beziehungen, die unsere Feinde, und namentlich die Engländer mit raffinierter Systematik während des Krieges durchgeführt und erreicht haben. Den dauernden Wirtschaftskrieg, wie ihn unsere Feinde auf der Pariser Konferenz ins Auge gefaßt haben, fürchte ich nicht; die natürlichen Bedürfnisse des Handels sind zu stark, um sich von solchen politischen Tendenzen erdrücken zu lassen. Wohl aber wird die englisch-amerikanische Konkurrenz, gestützt auf den aufgeregten Nationalhaß, bei der Wiederanknüpfung der zerrissenen Fäden des Welthandels Deutschland abzusperren wissen. Der wichtigste Gegenzug gegen diese Schädigung ist, wie Herr Emil Zimmermann in den „Preußischen Jahrbüchern" mehrfach ausgeführt und jetzt in einer besonderen Schrift „Das mittelafrikanische deutsche Kaiserreich"*) dargelegt hat, die Schaffung eines deutschen Kolonialreichs und zwar eines sehr viel größeren als wir es vor dem Kriege besessen haben. Wenn die deutsche Vaterlandspartei sich mit aller Kraft für dieses Ziel eingesetzt hätte, so müßte man ihr das zum wahren Verdienst anrechnen. Aber wie an allen anderen Punkten, so ist sie auch hier wieder auf dem falschen Wege. Sie sieht die „Verkümmerung unserer Weltstellung", aber wenn man die etwas verschwommene Ausdrucksweise des Programms unter Zuziehung der gehaltenen Reden richtig auslegt, so wird das Gegenmittel gesucht einerseits in der moralischen Bedeutung unseres Sieges, dem Prestige-Verlust des Angelsachsentums bei seiner Niederlage, anderseits in der Kriegsentschädigung, die man unseren Gegnern abzuzwingen hofft. Ob Deutschland am Schluß eine Kriegsentschädigung, sei es in bar, sei es in Rohstoffen, durchsetzen kann, hängt von der Kriegslage ab und von den Aussichten, die die eine und die andere Partei beim Friedensschluß noch zu haben vermeint. Wie die Dinge heute liegen, ist sie noch nicht in Aussicht, und die Reichstagsresolution verwirft sie

*) Verlag der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, Berlin SW. 11. Preis 1,20 M.

mit Recht. Es wäre aber nicht undenkbar, daß die englische Regierung unvorsichtig genug ist, den Krieg so lange fortzusetzen, bis unsere Tauchboote seine Flotte so weit heruntergebracht haben, daß sie den Frieden um jeden Preis annehmen müsse. Das würde eintreten, wenn wir eine unzweideutige Erklärung über Belgien abgäben, und England dennoch z. B. um Elsaß-Lothringens willen den Krieg fortsetzte. Dann könnten wir auch die Kriegsentschädigung unter diesem oder jenem Titel durchsetzen und unsere wirtschaftliche Last dadurch erleichtern. Die nächste Etappe zu den Friedensverhandlungen dürfte also sein, daß man herausfühlt, England sei bereit die Franzosen wissen zu lassen, daß sie ihrem Herzenswunsch, „Elsaß-Lothringen" entsagen müssen. Sollte etwa das Wort „Desannexion" einmal die Brücke dazu bieten? Ein „selbständiger Bundesstaat" Elsaß-Lothringen ist doch nicht mehr „annektiert"? Jedenfalls gibt es für uns, darin ist das deutsche Volk einmütig, keinen Frieden, ehe nicht die Franzosen auf die Reichslande verzichtet haben. Aber von da bis zur Zahlung einer Kriegskontribution, die das Siegel auf die vollständige Niederlage der Verbündeten drücken würde, ist noch ein weiter Weg, und Deutschland würde zu erwägen haben, ob es diesen Weg gehen soll, ob es um der Kriegskontribution willen den Krieg fortsetzen oder lieber die wirtschaftlichen Lasten der Kriegskosten auf sich nehmen solle. Wer sich nicht absichtlich verblendet, kann über die Antwort nicht im Zweifel sein. Die deutsche Vaterlandspartei weiß auch hier offenbar wieder nicht, was sie will. Der Krieg kostet uns monatlich rund drei Milliarden Mark. Sollen wir, wenn wir es so weit gebracht haben, daß man uns den Frieden auf der Basis des Status quo ante anbietet, das Blutvergießen noch ein Jahr fortsetzen mit der Aussicht, uns am Ende dieses Jahres die 36 Milliarden, die wir mittlerweile ausgegeben haben, wiedererstatten zu lassen? Ja, ist auch nur ein einziger Monat weiteren Kämpfens das Geld wert? Wagt die deutsche Vaterlandspartei diese Frage mit ja zu beantworten?

Die Beantwortung der Papstnote und die weiteren politischen Kundgebungen.

29. September 1917.

Während die Deutsche Vaterlandspartei mit unleugbarem Erfolg ihre Agitation für die Verlängerung des Krieges auf ein unbestimmt phantastisches Ziel hin betreibt, setzt der Herr Reichskanzler unbeirrt die Politik der Diagonale fort, so wie er sie von seinem Vorgänger übernommen hat. Die Beantwortung der päpstlichen Note zeigt für jeden, der es sehen will, deutlich genug, wohin wir steuern. Die Friedensresolution des Reichstags ist ausdrücklich aufgenommen und die Idee, die Gemeinschaft aller Kulturvölker zukünftig in Friedensorganisationen auszuwirken, wie sie auch Herr von Bethmann Hollweg schon proklamiert hatte, ist mit Entschiedenheit aufgenommen und weitergeführt. Der Staatssekretär von Kühlmann hat sich wiederholt in geistreicher Formulierung zu den Vorstellungen, die dem Kulturmenschen am Herzen liegen und über das starre Gesetz der staatlichen Macht hinausführen, vor den Reichsboten bekannt. Alles ist doch aber etwas im allgemeinen gehalten und dadurch ein Schleier darüber gelegt, der es zwar ermöglicht hat, alle Parteien in der Zustimmung zu dem Wortlaut der Note zu vereinigen, der aber eben deshalb auch arg wöhnischer oder böswilliger Auslegung immer noch einen gewissen Spielraum läßt. Im besonderen betrifft das Belgien. So klar es ist, daß die Reichstagsresolution jede direkte oder indirekte Herrschaft Deutschlands über Belgien ausschließt, so ist es doch immer noch ein Unterschied, ob ein derartiger Verzicht nur prinzipiell oder ob er namentlich ausgesprochen wird. Für die Diplomatie und für die diplomatischen Verhandlungen mag dieser Unterschied nicht ins Gewicht fallen, für die Empfindung der Völker aber ist er sehr bedeutsam, und hier liegt die große Differenz, welche Politik für Deutschland heute die ratsamste sei. Indem der Herr Reichskanzler, wie er es in seiner Rede im Hauptausschuß unter Berufung auf die diplomatische Erfahrung als die einzig mögliche Politik hingestellt hat, über unserem letzten Ziel ein leises Dunkel liegen läßt, behält er für die zukünftigen diplomatischen Beziehungen eine Waffe in der Hand. Belgien bleibt, solange nicht das letzte Wort darüber ausgesprochen ist, für uns das Faustpfand, als welches Herr von Bethmann Hollweg es ja schon immer charakterisiert

hat. Auch von dem Standpunkt, der das entscheidende Gewicht auf die Erwerbung eines möglichst großen Kolonialreiches legt, wird man dieses diplomatische Moment nicht unterschätzen. Was dem gegenüber steht, ist die Erwägung, daß dieser Krieg ein Volkskrieg ist und auch der Friede nicht bloß von Regierung zu Regierung, sondern auch von Volk zu Volk vorbereitet und einmal geschlossen werden muß. Es ist aber gar keine Frage, daß nicht bloß für die Belgier selbst, sondern auch für die Engländer die belgische Frage die schlechthin entscheidende ist. Nicht um Belgiens willen, sondern um seiner eigenen Sicherheit willen, die ihm ohne die volle Wiederherstellung Belgiens sachlich wie moralisch vernichtet erscheint, kämpft das englische Volk einmütig um Belgien. „Englands große liberale Partei, hat der Manchester Guardian verkündet, hat die Ueberzeugung, daß mit Ausnahme von Belgien kein ernstes Hindernis für den Frieden besteht." (Nach „Politiken", Kopenhagen.) Es ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß, sobald wir die gewünschte Erklärung über Belgien abgegeben haben, der einmütige Kriegswille im englischen Volk nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, daß uns das den Frieden bringen würde; wohl aber kann man sagen, daß ohne die Erklärung über Belgien der Friede weder jetzt noch später zu haben sein wird. „Daily News" (18. 9.) schreibt: „Wenn es wahr ist, daß die deutsche Regierung sich wirklich entschlossen hat, alle Versuche zur Beherrschung Belgiens aufzugeben, dann ist der erste Schritt zum Frieden getan. Es ist ein recht langer Schritt. .... Die endgültige und volle Verleugnung des Alldeutschseins ist die erste Bedingung des Friedens." Der „Manchester Guardian" meldet soeben, daß die Anfrage Englands bei uns, von der so viel die Rede war, darin bestanden habe, daß man sich bei der Kurie erkundigte, ob in der deutschen Antwortsnote Belgien genannt sein werde, um danach die englische Antwortsnote einrichten zu können. Wie man diese indirekte Anfrage auch auslegen möge, man erkennt immer wieder, daß wir hier den Angelpunkt der Friedensfrage zu suchen haben.

Selbst die Wilson-Note, wenn man aus der Fülle der Injurien und der Faseleien über die deutsche Verfassung den realen Kern herausschälte, ließ erkennen, daß der Präsident einen Frieden auf der Basis des status quo ante vorschlage. (It is manifest, that no part of this programm can be succesfully carried out, unless

the restitution of the status quo ante furnishes a firm and satisfactory basis for it). Daß man das in Deutschland nicht gleich erkannt hat, war nicht nur Folge der Entrüstung über den rüpelhaften Ton, sondern auch der falschen Uebersetzungen, die in den deutschen Zeitungen erschienen, die zum Teil, z. B. im Lokal-Anzeiger, den Sinn direkt ins Gegenteil verkehrten.

Ob nun der Weg, den bei dieser Sachlage der Herr Reichskanzler eingeschlagen hat, nämlich den Verzicht auf Belgien nur unter der Blume auszusprechen, bei dieser Sachlage der vorteilhaftere ist, oder ob die öffentliche Erklärung uns besser fördern würde, wird schließlich von der Gesamtlage, also in erster Linie von der Entwicklung der Dinge in Rußland abhängen, und wer will russische Dinge berechnen? Immer wieder hört man aus dem Munde sowohl der Russen selbst wie von ihren Bundesgenossen, daß der Staat in völliger Auflösung sei. Trotzdem halten die Truppen immer noch stand. Ob der Rechtsanwalt Kerenski oder der General Kornilow in dem Streit um die Macht die Oberhand behalten würde, wußten auch die besten Kenner Rußlands nicht vorauszusagen; namentlich die Franzosen glaubten an den Sieg des Generals, und haben das so offen ausgesprochen, daß sie sich vor Kerenski, der schließlich doch gesiegt hat, kompromittiert haben. Aber der Dauer seines Regiments traut auch wieder niemand; nach seiner jüngsten Rede auch er selber nicht. Es ist also sehr wohl denkbar, daß die von der russischen Ohnmacht ausgehende Entmutigung schließlich so stark wirkt, daß sie den Engländern in absehbarer Frist den Frieden aufnötigt, und in diesem Fall könnte die vorsichtige Zurückhaltung der deutschen Politik gerechtfertigt sein und sich lohnen. Sollte aber das amerikanisch-englische Geld die Russen doch noch lange kampffähig erhalten, so können wir es auch noch einmal zu bedauern haben, daß die Anfrage des Herrn Asquith nicht so öffentlich beantwortet ist wie sie gestellt war.

Die Politik ist eine schwere Kunst. Auch Friedrich, Napoleon und Bismarck ist es geschehen, daß sie mit ihren Zügen das Gegenteil von dem erreichten, was sie beabsichtigten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß heute nicht nur die deutsche Regierung zu einer Verständigung bereit ist, sondern daß auch in England eine sehr starke Richtung unter Führung von Lansdowne, Asquith und Balfour entgegenzukommen wünscht. Aber statt sich zu nähern,

schreckt man sich gegenseitig zurück. Herr Asquith, enttäuscht und zornig, daß seine Anfrage unbeantwortet geblieben ist, hat eine neue Rede gehalten, in der er nicht nur das ganze Register von Forderungen wieder aufstellt, daß Deutschland und Oesterreich als zerschmettert vorausgesetzen würde, sondern sogar unser Eingehen auf die so begehrten Friedens- und Abrüstungsorganisationen als salbungsvolle Redensarten abtut. Nicht ein einziges anerkennendes Wörtchen mehr für unsere, doch zum wenigsten nicht unfreundlich gehaltene und im Tone vornehme Note. Darauf quittiert der Herr Reichskanzler mit der Erklärung, daß wir uns für die Friedensverhandlungen freie Hand vorbehielten, auch in bezug auf Belgien. Die ganze große Koalition, der schon voller Besorgnis war, daß sie von den Engländern im Stiche gelassen werden könne, wie die Historie dergleichen von diesem Volke schon ehedem berichtet hat, atmet wieder auf und das Fechten geht weiter.

Die Kriegsereignisse des Sommers.

Seit mehreren Monaten habe ich die besonderen Betrachtungen über die Kriegsereignisse ausgesetzt, da neue charakteristische Züge, wie ich sie herauszuarbeiten suche, nicht mehr hervorgetreten sind: vielleicht auch ein Symptom, das darauf hinweist, daß wir uns dem Ende des Krieges nähern. Wir haben noch immer große und zum Teil sehr verlustreiche Kämpfe, aber es sind doch in ihrem Wesen taktisch wie strategisch nur Wiederholungen früherer Erscheinungen. Das gilt nicht nur von den immer wiederholten Durchbruchsversuchen im Westen und am Isonzo, sondern, wenn man es recht überlegt, auch von der Vertreibung der Russen aus Galizien und der Bukowina und sogar von dem Uebergang über die Düna und der Einnahme von Riga. Eine wissenschaftliche Vertiefung unserer Einsicht in die kriegerischen Zusammenhänge wird erst möglich sein, wenn einmal weiteres Material, als es jetzt die Rücksicht auf das Nachrichtenwesen der Gegner erlaubt, zugänglich gemacht sein wird. Es sind noch nicht einmal so sehr die persönlichen Verhältnisse, die die Strategie in einem so hohen Maße bestimmen und die erst recht lange Zeit nach den Ereignissen der Oeffentlichkeit sichtbar werden, als die Zahlen, die Stärken und Verlustverhältnisse, die uns jetzt von beiden Seiten aufs sorg-

samste versteckt werden und erst nach dem Friedensschluß ans Tageslicht treten können. Ich habe mir früher eine Kriegsgeschichte ohne wenigstens schätzungsweise zugrunde gelegte Zahlen überhaupt nicht vorstellen können. Was ohne diese beiden Elemente, die Zahlen und das Persönliche, an Verständnis hat gewonnen werden können, ist wohl durch die Militärschriftsteller in Zeitungen und Zeitschriften erreicht. Und einer der besten unter ihnen, der Mitarbeiter des „Berner Bund", Hermann Stegemann, hat auch bereits eine bis zur Marneschlacht reichende zusammenhängende Darstellung von hohem Wert gegeben.*) Stegemann, von Haus aus Schriftsteller und Poet, Verfasser mehrerer Romane, hat sich auf eine ausgezeichnete Weise in das kriegsgeschichtliche Verständnis und in die militärische Kritik hineingearbeitet. Geboren in Koblenz und mit seinem Herzen auf deutscher Seite stehend, hat er doch, da er in der Schweiz lebt, und als militärischer Mitarbeiter des „Berner Bund" arbeitet, einen sehr objektiven Standpunkt gewonnen und durchgeführt. Er liest sich vortrefflich, obgleich auch dieser künstlerisch empfindende Schriftsteller sich nicht freigehalten hat von dem Fehler der Militärschriftsteller, viel zu viel Ortsnamen, die der Leser unmöglich alle auf der Karte aufsuchen kann, in die Darstellung aufzunehmen. Als ein Beispiel, wie weit wir von der Einsicht in die letzten Zusammenhänge noch entfernt sind, sei angeführt, daß Stegemann es unentschieden läßt (Seite 209), ob der Entschluß der Obersten deutschen Heeresleitung, den allgemeinen Rückzug anzuordnen, am 7. oder 8. September 1914 gefaßt worden sei. Nach einer mir gewordenen Mitteilung ist dieser Entschluß sogar erst am 9., frühestens in der Nacht vom 8. zum 9. gefaßt worden, und der Zweifel in diesem Punkt ist natürlich von der höchsten Bedeutung, da die Motive des Entschlusses aus der Situation entspringen und bei einem anderen Datum in einem anderen Lichte erscheinen müssen. So wertvoll Stegemanns Geschichte des Krieges ist, sie behandelt doch erst einen kurzen und den am leichtesten zu behandelnden Abschnitt. Schon erheblich tiefer in das Wesen dieses Krieges in seiner Totalität führt ein die meisterhafte kleine Schrift des derzeitigen Chefs des stellvertretenden Generalstabes Generalleutnant Dr. von Freytag-Loringhoven „Folgerungen aus dem

*) Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges. Erster Band. Mit 5 farbigen Kriegskarten. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt 1917.

Weltkriege". *) Beiläufig finden wir hier die erste wenigstens relative Zahlenangabe, nämlich, daß zu Beginn des Krieges, da wir einen Teil unserer Kräfte gegen die Russen und zum Küstenschutz zurücklassen mußten, die vereinigten Franzosen, Engländer und Belgier eine Ueberlegenheit von dreiviertel Millionen Mann gehabt haben. Wo wären wir geblieben, wenn uns nicht einst Caprivi von der Tradition der dreijährigen Dienstzeit losgerissen und die Vermehrung der Rekruten und dadurch der Reserven gewonnen hätte?

General von Freytag behandelt in einer Reihe von knapp gehaltenen Einzelkapiteln die politische und weltwirtschaftliche Lage der Mittelmächte, die Psyche des Volks- und Massenkrieges, den Einfluß der Technik, die Führung, die Armee der Zukunft, die uns auch weiter kriegsbereit halten muß. Die treffenden Analogien fließen dem reich belesenen Autor nur so zu. Ich hebe hervor, daß er als besonders fruchtbaren Vergleich mit dem heutigen Weltkriege den nordamerikanischen Bürgerkrieg 1860/65 wegen seiner Verbindung des wirtschaftlichen mit dem militärischen heranzieht. Er scheut sich nicht, uns darauf aufmerksam zu machen, welche Bedeutung die numerische Ueberlegenheit immer für den Kriegsausgang hat, und zitiert ein Gespräch zwischen Napoleon und Moreau, wobei jener gesagt haben soll: schließlich bleibe der Sieg doch den stärksten Bataillonen. Moreau habe erwidert: „Ist nicht häufig die ziffernmäßige Ueberlegenheit reichlich ausgeglichen worden durch die Tapferkeit, die Erfahrung, die Disziplin und vor allem durch das Talent des Führers?" Hierauf habe Bonaparte entgegnet: „In einer Schlacht wohl, in einem ganzen Kriege jedoch selten." Die Siege nützten die Armeen ab, langsam, aber ebenso sicher wie die Niederlagen.

Wir gedenken ja, trotz aller Ueberlegenheit unserer Feinde den Krieg siegreich zu Ende zu führen und haben nur die Konzession machen müssen, daß wir uns allmählich mehr und mehr auf die Verteidigung haben zurückdrängen und beschränken lassen. Zu großen Offensiven gehört, wenn nicht die Uebermacht, doch wenigstens eine nicht gar zu weit zurückbleibende Stärke. Nichtsdestoweniger haben wir ja noch eben die prachtvollen Stöße in der

*) Folgerungen aus dem Weltkriege von Frhn. v. Freytag-Loringhoven, Generalleutnant Dr. h. c. der Universität Berlin, Kgl. Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Berlin 1917.

Bukowina und auf Riga gemacht, und es mag uns ja auch noch mehr Derartiges beschert werden. Vor dem Kriege, führt General von Freytag aus, sei bei uns der Wert der Offensive etwas einseitig überschätzt worden, und zwar merkwürdigerweise, obschon Moltke wiederholt auf die großen Vorteile der Defensive hingewiesen habe. Jetzt haben wir diese Vorteile wieder richtig zu schätzen gelernt und General von Freytag zitiert mit Genugtuung den Satz von Clausewitz: „Eine Verteidigung, die man auf erobertem Boden einrichtet, hat einen viel mehr herausfordernden Charakter als eine im eigenen Lande; es wird ihr gewissermaßen das offensive Prinzip eingeimpft." Zu dem Stellungskrieg im Westen, führt unser Autor aus, daß er nicht notwendigerweise eine Folge der hochentwickelten Technik unserer Zeit, sondern in erster Linie eine solche des Unvermögens unserer Gegner war, die deutschen Fronten in Ost und West zu durchbrechen. Denn an ihnen, als den Uebermächtigen, sei es gewesen, indem sie uns zurückwarfen, dem Kriege den Stempel des Bewegungskrieges aufzudrücken.

Als eine besonders schöne Beobachtung in diesem für seinen geringen Umfang so überreichen Buche möchte ich noch hervorheben: „Die Waffenwirkung hat im Weltkriege, so widersinnig das erscheinen mag, auf infanteristischem Gebiet gewissermaßen eine rückläufige Bewegung gezeigt. Die Gegner, obzwar mit weittragenden Gewehren ausgerüstet, rückten im Kriege so nah, daß sie zur blanken Waffe griffen, und die Handgranaten einer weit zurückliegenden Zeit in verbesserter Form wieder auflebten." Derartige rückläufige Bewegungen hat, wie ich hinzufügen möchte, die Kriegsgeschichte schon früher zuweilen gezeigt, z. B. bei der Umbildung der mittelalterlichen Ritterschaft in die moderne Kavallerie, die sich vollzog vermöge der am allerwenigsten reitermäßigen Waffe, nämlich der Feuerwaffe, der Pistole, und der Aufhebung der wertvollsten Eigenschaft des berittenen Kriegers, der Schnelligkeit. Nicht im Ansturm, sondern ganz langsam, in geschlossenen tiefen Massen sollten diese Pistolenreiter an den Feind gebracht werden.

Ich möchte aber diesen Begriff der rückläufigen Bewegung nicht nur bestätigen, sondern sogar ihn noch über die Darlegung unseres Autors hinaus erweitern. Er selber nimmt ihn auch noch an einer anderen Stelle auf, wo er darauf hinweist (S. 65), daß trotz aller Wandlungen im letzten Menschenalter doch auch manches

Gleichartige mit der Zeit Moltkes, Napoleons, ja selbst noch Friedrichs des Großen hervorgetreten sei. Ich möchte statt „selbst Friedrichs des Großen" sagen: „am allermeisten Friedrichs des Großen". Die stärkste Abwandlung, die sich unter Friedrich selbst vollzog, war die ungeheure Vermehrung der Artillerie, mit der die Oesterreicher ihm vorangegangen waren. Bei Mollwitz hatte er 19 Geschütze, bei Torgau 276. Monatelang lagen die Armeen in festen Stellungen einander gegenüber und man benutzte den Spaten, um die Stellungen noch zu verstärken. Friedrich ist der Feldherr, der, durch die Verhältnisse auf die Ermattungsstrategie angewiesen, mit höchster Energie innerhalb dieses Rahmens immer wieder dem Schlachtpol zustrebte. Ganz dasselbe haben auch wir getan und tun wir noch heute. Als sich zeigte, daß ganz große Entscheidungen nicht zu erzielen waren, empfahl Friedrich statt der großen Schlachten Unternehmungen gegen Detachements; ein Detachement von 20000 Mann sei leichter zu vernichten, als eine Armee von 80000 zu schlagen. Man darf es wohl damit vergleichen, wenn unser Feldmarschall heute statt sich auf die reine Defensive zu beschränken, jene Stöße im Nordosten und im Südosten geführt hat, deren positiver militärischer Erfolg sich ausweitet in den neuen Schwung der Zuversicht, mit dem er die deutsche Volksseele durchströmt und erhoben hat.

Der Feldmarschall feiert jetzt seinen 70. Geburtstag; es sei die Gabe, mit der ich ihm huldige, indem ich ihn feiere als den Strategen, der die überlieferte Kunst ausübte, indem er sie gleichzeitig in der Tiefe verwandelte. Wie oft erscheint das schöpferisch Neue in der Weltgeschichte, indem es lang Vergangenes wieder ans Licht zieht und neu belebt. Luther wurde Luther, indem er Lehren Augustins wieder aufnahm; Hindenburg wird man seine Stelle in der Kriegsgeschichte einst anweisen, indem man in ihm den Erneuerer der Strategie Friedrichs des Großen erblickt.

Die allgemeine Abrüstung.

Vor fast einem Jahr (Novemberheft 1916) habe ich in einem Aufsatz „Realpolitischer Pazifismus" nachzuweisen gesucht, daß es zwar ein Irrtum sei zu glauben, die pazifistischen Ideen hätten den Weltkrieg verhindern können, daß auch die prinzipiellen Einwendungen gegen den pazifistischen Gedankengang durchaus zu rechte

bestünden, daß aber neue Verhältnisse sich jetzt bildeten und die Ergebnisse und Folgen des Weltkrieges selber es ermöglichen würden, den Gedanken des Weltschiedsgerichts praktisch werden zu lassen. Gleich darauf erklärte der Reichskanzler im Reichstag in der Tat, daß Deutschland den Gedanken des Weltschiedsgerichts anzunehmen bereit sei.

Der Gedanke des Schiedsgerichts führt schnell weiter zu dem Gedanken einer Beschränkung der Rüstungen. Es existiert ja bereits eine ganze Literatur darüber, aber sie ist so dürftig und inhaltlos, daß man sie in den Kreisen der Politiker, wie in der Wissenschaft bisher wenig beachtet, sie meistenteils mit einigen ironischen Wendungen abgetan hat. Soll man es nun wirklich glauben, daß eine derartig gering geschätzte und nur von recht unbedeutenden Geistern vertretene Vorstellung jetzt zur beherrschenden Idee der Epoche erhoben werden könne? Können Forderungen, die bisher von ernsthaften Denkern geradezu als Albernheiten abgetan wurden, unversehens zu Wahrheiten werden, denen man sich willig oder widerwillig beugen muß?

Von vornherein ablehnen darf man eine solche Möglichkeit nicht. Schauen wir auf den Sozialismus. Die Phantasten und Narren haben mit ihm angefangen. Kommunismus und Gütergemeinschaft sind Utopien. Aber unter der Anregung dieser Utopien haben praktische Staatsmänner jene ganzen Systeme der Gesetzgebung geschaffen, die wir als Sozialpolitik bezeichnen. Ich bekenne mich zu der Ketzerei, daß ein wissenschaftlicher Sozialismus auch heute noch nicht existiert und daß der viel gerühmte Karl Marx ganz und gar kein wirklicher Denker, sondern vom Standpunkt der Wissenschaft ein bloßer Sophist und Begriffsjongleur war. Einige Brosamen vom Tische Hegels sind das einzig wirklich Nahrhafte auf seiner so voll und lecker besetzt erscheinenden Tafel. Aber er ist eine weltgeschichtliche Persönlichkeit, weil er ein gewaltiger Demagoge war. Nicht sein dickleibiges, unfertiges Werk, unfertig, weil es wegen seiner inneren Widersprüche niemals fertig werden konnte, nicht dieses scheinwissenschaftliche Werk, das „Kapital", macht seine Größe, sondern das kommunistische Manifest von 1847 und die Formel des Klassenkampfes. Denn dieses Wort und dieser Begriff sind es, auf denen die sozialdemokratischen Parteien sich aufgebaut haben. Für die praktische Sozialpolitik hat die Marxistische Sozialdemokratie nicht nur nichts geleistet, sondern sie

hat sich ihr mit äußerster Leidenschaftlichkeit widersetzt und nur im Kampfe mit ihr hat sie von Bismarck geschaffen und durchgefochten werden können. Erst ganz allmählich, indem sie ihren Marxistischen Charakter mehr und mehr abstreifte, hat die sozialdemokratische Partei sich zu praktischer, parlamentarischer Arbeit und positiver Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterklasse bekehrt. Wo nicht die sozialdemokratische Partei, sondern Sozialdemokraten Bedeutendes geschaffen haben, das ist also namentlich in den Gewerkvereinen, ist dieses Werk nicht erwachsen aus dem Keim, den Marx gelegt hat, sondern es sind Gedanken aus dem entgegengesetzten Lager, die mit praktischer Einsicht von den Marx-Jüngern aufgenommen und mit den Gedanken des Klassenkampfes amalgamiert worden sind.

Ich erinnere an diese Zusammenhänge, um darzutun, daß eine geistige Bewegung darum noch nicht als abgetan betrachtet werden darf, weil man sie als innerlich unmöglich, als absurd nachgewiesen hat. Kommt es uns auch komisch vor, daß Frau Bertha von Suttner einmal in der Weltgeschichte eine Figur bilden soll und in einer Reihe mit Karl Marx genannt werden wird, so ist die pazifistische Bewegung seit den Reden des Staatssekretärs v. Kühlmann und besonders des Grafen Czernin auf einem Punkt angelangt, wo man ganz ernstlich und unbefangen an die Prüfung der Frage herantreten muß, ob sich aus ihr und was sich aus ihr etwa Positives entwickeln läßt.

Man wird am besten ausgehen von dem Zusammenbruch des Zarismus, denn dieser war es, der ganz abgesehen von allen prinzipiellen Gründen, den Abrüstungsgedanken von vornherein als Utopie erscheinen ließ. Auch wenn der Zarismus fortbestand, war es nicht unmöglich, der Schiedsgerichtsidee gewisse reale Möglichkeiten abzugewinnen. Unausführbar aber war die Abrüstung. Denn der Zarismus hatte in sich einen Eroberungstrieb, der alle seine Nachbarn, insbesondere die Türkei, Oesterreich-Ungarn und uns unausgesetzt bedrohte und uns bei der seiner ungeheuren Masse innewohnenden Macht zwang, nicht nur auf der Hut zu sein, sondern auch unsere Ausrüstung immer weiter zu verstärken. Dieser dem Zarismus innewohnende Eroberungsdrang ist nicht nur durch die Geschichte und Aeußerungen von führenden Russen, wie General Kuropatkin, bezeugt, sondern war auch offensichtlich ein Ausfluß

der inneren Struktur, der Verfassung dieses Reiches. Die Autokratie ist eine Staatsform, die dem Volke eine innere Befriedigung nicht geben kann. Um sich selber zu behaupten, muß sie den Sinn der Masse nach außen ablenken. Kann man dem nationalen Freiheitsbedürfnis nicht genug tun, so muß man wenigstens dem nationalen Stolz, dem nationalen Ehrgeiz etwas bieten. Der Tätigkeitsdrang, der in jedem Volke lebt, erscheint als Machthunger, der gestillt werden muß. Wir wissen ja jetzt, daß der Zar persönlich den Krieg nicht gewünscht hat. Durch welche Mittel hat man ihn bewogen, doch der Gesamtmobilmachung, von der er wie seine Berater wußten, daß sie den Krieg bedeute, zuzustimmen? Keine Frage, daß es nichts anderes gewesen ist als der Hinweis auf die Folgen im Innern, der den Zaren zur Unterwerfung gebracht hat. Man hat ihm gesagt, daß selbst ein Kompromiß, wie ihn Deutschland in dem Oesterreich-Serbischen Konflikt betrieb, immer die Stellung Rußlands auf dem Balkan wesentlich schwächen, die Stellung Oesterreichs aber stärken werde; daß die öffentliche Meinung das als eine Demütigung Rußlands empfinden und diese Mißstimmung bei der weit verbreiteten revolutionären Gesinnung der zarischen Herrschaft gefährlich werden könne. Die Ereignisse dieses Frühjahrs haben gezeigt, daß diese Warnungen ihren guten Grund hatten. Die Russen wollten den herrschgewaltigen Zaren nur, wenn er auch in der Welt herrschgewaltig dasteht. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Zarismus keinen kriegerischen Erfolg mehr verbürge, hat das russische Volk den Zaren abgesetzt, und Rußland ist heute eine Republik. Hätte Nikolaus II. in den Julitagen seinen Willen durchgesetzt, die Mobilmachung verhindert und damit den Krieg vermieden, so wäre er seinem Schicksal vermutlich nur um so schneller verfallen, und hätte einen Wohnsitz in Sibirien nicht anders als heute. Hat ihn sein Volk im März 1917 gestürzt wegen angeblicher Unfähigkeit, so würde es ihn im Jahre 1914 oder 1915 gestürzt haben wegen angeblicher Feigheit. Man kann es nicht genug betonen: die auswärtige Politik des autokratischen Rußland war eine Funktion der inneren Politik. Sie war nicht bloß eroberungssüchtig und kriegerisch, sondern sie mußte es auch sein. Wie in aller Welt konnte also, solange der Zarismus bestand, Europa abrüsten?

Jetzt ist Rußland eine Republik. Wird diese Republik weniger ausgreifend sein als die Autokratie? Soeben ist eine neue Schrift

von Paul Rohrbach*) erschienen „Russische Selbsterzeugnisse", in der nachgewiesen wird, daß der russische Eroberungstrieb keineswegs in der russischen Regierung, sondern in der russischen Volksseele seinen Sitz habe. Diese in Jahrhunderte langer Entwicklung gebildete Volksseele ist von einer unersättlichen Ländergier erfüllt und hat in diesem Kriege die grauenhafte Vernichtung von vielen Millionen Fremdstämmigen auf dem Gewissen, die mit vollem Bewußtsein bei dem Rückzug der russischen Heere ausgetrieben, ins Elend und in den Tod gejagt wurden, um bei der Rückerwerbung dieser Gebiete Raum zu haben für die unausgesetzt wachsende groß-russische Bauernschaft. In der ganzen Weltgeschichte gibt es kein Ereignis, das dieses an Gräßlichkeit in der Idee wie in der Ausführung überträfe.

Stünde es so, daß der russische Staat nur seine Regierungsform geändert hat, daß an Stelle des Zaren ein Präsident oder ein Parlament oder Diktator die Macht ausübt, so müßte die Welt den Ideen der Abrüstung von vornherein entsagen. Aber so steht es nicht. Es darf mit voller Sicherheit angenommen werden, daß die russische Republik, wie sie sich auch entwickele, nicht entfernt die militärische Kraft wird aufbieten können, mit der das Zarentum bisher Mitteleuropa bedroht hat. Selbst wenn Rußland nach längeren oder kürzeren revolutionären Zuckungen wieder zu irgendeiner Form der Monarchie, sei es einer Diktatur, sei es einer Restauration des Zarismus zurückkehren sollte, die alte Dampfwalze hätten wir doch nicht mehr zu fürchten. Die ungeheure Umwälzung hat im russischen Reich Kräfte ausgelöst, die sich nie wieder ganz unterdrücken und dem russischen Staatsgedanken im alten Sinne werden einfügen lassen. Eine Autorität, die einmal zertrümmert worden ist, läßt sich nicht wieder herstellen — es sei denn auf dem Wege überwältigender Erfolge: so wie einst der General Bonaparte die monarchische Gewalt in Frankreich wieder herstellte. Auf napoleonische Siege aber hat Rußland keine Aussicht und deshalb auch auf keinen Napoleon. Herr Kerenski mag ein sehr bedeutender Mann sein, aber wenn er nicht siegen kann, kann er auch nicht herrschen, und wenn er nicht herrschen kann, kann er auch nicht siegen. Die großrussische Volksseele mag noch

*) Russische Selbstzeugnisse der Feindschaft von Paul Rohrbach. — Die russische Gefahr Heft 4. Preis 1.50. Verlag von J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart 1914.

so landhungrig sein; um ihren Hunger zu stillen, fehlen ihr die Krallen und Zähne, die sich der Beute bemächtigen können. Es sind die revolutionären, die sozialistischen Kräfte, die jetzt entbunden worden sind, und es sind nicht weniger auch die zentrifugalen, die den russischen Machtstaat niederhalten werden. Polen und Finnland sind bereits losgelöst; das Baltikum wird folgen; auch die Ukraine wird sich zum wenigsten autonom machen; vom Kaukasus, von Turkestan, von Sibirien droht ähnliches. Diese autonomen Staatsglieder beanspruchen auch eigene Armeen. Wie soll es möglich sein, daß eine neue russische Zentralgewalt gleichzeitig den Gegensatz zwischen den kommunistischen Bauern und den Industriellen des regierenden Großrussentums, der Zentral-Regierung und der ihrer Selbständigkeit frohen Stämme alle wieder zu einer geschlossenen militärischen Einheit zusammenfaßt? Man plant eine Föderation wie die Vereinigten Staaten in Amerika, aber diese haben ein einheitliches Volkstum und eine Bauernschaft mit Privateigentum. In Rußland gibt es 143 Nationalitäten und über 100 Millionen kommunistische Bauern. Selbst wenn, wie Viele es sich in Deutschland vorstellen, das neue Polen sich einmal von den Zentralmächten losreißen und wieder zu Rußland hinüberschwenken sollte, selbst wenn die Ukraine sich mit den Großrussen vertragen und die Ostseevölker sich mitziehen lassen sollten — was alles im höchsten Grade unwahrscheinlich ist —, so wäre doch die alte Russenmacht bei weitem noch nicht wieder hergestellt. Was auch die Geschicke des europäischen Ostens sein werden: vom Standpunkt der Abrüstungsfrage dürfen wir die Behauptung aufstellen, daß Rußland für Deutschland auf sehr lange Zeit hinaus keine direkte Gefahr mehr ist. Das heißt nicht, daß Rußland überhaupt nicht mehr mitzähle. Käme einmal eine neue große Koalition gegen Deutschland zusammen, so würde Rußland dabei gewiß nicht fehlen, und immerhin noch ein großes Gewicht in die Wagschale werfen. Der Großrussen allein sind 80 Millionen, 12 Millionen mehr als Deutschland heute Einwohner hat, und die Volksmasse wächst schneller als die unsrige. Aber die lebendige Kraft dieser Masse wird doch immer nur eine begrenzte sein und kann uns nicht mehr bedrohen.

Frankreich beweist in diesem Kriege eine Leistungsfähigkeit und Zähigkeit, wie sie wohl kaum jemand vorher von diesem zerfahrenen Staatswesen und diesem stagnierenden Volkstum erwartet

hat. Wenn wir mit unserer Anerkennung über diese Tapferkeit nicht zurückhalten, so dürfen wir doch hinzufügen, daß die Tugend hier so zu sagen eine Geburt der Verzweiflung ist. Die Franzosen wissen, daß, wenn sie diesen Krieg nicht gewinnen, sie damit die Hoffnung auf eine nationale Zukunft verloren haben. Das Volk, das sich ehemals als „la grande nation“ bezeichnete, sinkt zu einer Macht zweiten Ranges herab. Es sinkt selbst dann zu einer Macht zweiten Ranges herab, wenn es seine Grenzen ohne jede Einbuße behauptet. Denn es ist in diesen Krieg eingetreten mit dem festen Entschluß, ihn nicht zu endigen ohne Elsaß-Lothringen zurückerobert zu haben. Fast die ganze Welt hat sich vereinigt, ihm in diesem Kampfe zu helfen. Es ist klar, daß eine solche Weltkoalition zu seiner Hilfe sich niemals wieder bilden wird, und daß die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Grenzen vor 1870 mit dem Friedensschluß endgültig vernichtet sein wird. Von dieser Hoffnung, von der Aussicht auf diesen Weltkrieg, von der Vorbereitung auf die große heroische Tat hat Frankreich 44 Jahre moralisch gelebt. Ist das alles vergeblich gewesen, so ist die Lebenskraft dieses Volkes verzehrt und sein Licht erloschen. Man wird einen Trost darin finden, sich zu sagen, daß Frankreich sich gegen den Ueberfall glücklich verteidigt, daß es seine Grenzen bewahrt und daß es Deutschland verhindert habe, die Weltherrschaft zu erobern. Aber derartige Fiktionen sind doch nicht stark und dauerhaft genug, um die Seele eines Volkes dauernd zu ernähren und kräftig zu erhalten. Nicht lange wird es währen, so werden die Klügeren und Wahrhaftigeren auftreten und aussprechen, daß Deutschland Frankreich weder angegriffen noch die Weltherrschaft erstrebt habe. Die Tatsache, daß es die russische Mobilmachung gewesen ist, die den Krieg entzündet hat, und daß die französische Diplomatie am 1. August 1914 ihr Volk betrog, indem sie ihm die russische Mobilmachung unterschlug und nur mitteilte, daß Deutschland plötzlich mobil gemacht und den Krieg erklärt habe, läßt sich auf die Dauer nicht verhehlen. Wird auch die volle Wahrheit bei der Volksmasse niemals durchdringen, so wird doch das Umsichfressen des Zweifels nicht aufzuhalten sein und in dem Zweifel an der Vergangenheit steigert sich die Hoffnungslosigkeit für die Zukunft. Man hatte auf sich selbst vertraut, man hatte auf Rußland vertraut, man hatte auf England vertraut. Es ist keine Stelle, wo dieses Vertrauen nicht grimmig enttäuscht

worden wäre. Was ist's mit Rußland? Man kann diesen alten Freund und Protektor nur noch bemitleiden. Rußland geht selber aus der großen Krisis zerschlagen und aufgelöst hervor. Was ist's mit England? Es hat Frankreich im Stich gelassen. Wer wird es noch wagen, den Franzosen wieder ein Bündnis mit England zu empfehlen? Schon geht ein Geraune, die Engländer würden Calais, wo sie sich so schön festgesetzt haben, auch nach dem Frieden nicht wieder räumen. Ich glaube nicht recht daran; aber schon die bloße Erwägung solcher Möglichkeiten enthält eine Demütigung des französischen Nationalstolzes, wie sie empfindlicher kaum gedacht werden kann. Werden die Franzosen, so von ihren Bundesgenossen im Stich gelassen oder gar gemißhandelt, den Geist der Revanche an Deutschland lebendig erhalten können? Werden sie die Opfer der Kriegsrüstung, die die Revanche anfordert und die noch so unendlich weit über das was noch vor 1914 geleistet wurde, hinausgehen würden, bringen wollen? Wenn irgendein Volk in der kommenden Friedenszeit für die Lehren des Pazifismus empfänglich sein sollte, so dürften es die Franzosen sein.

Das englische Volk hat in drei Jahrhunderten unausgesetzter Kriege den vierten Teil der festen Erdoberfläche und den vierten Teil der Menschheit unter seine Herrschaft gebracht. Mit einer bewundernswerten Regierungskunst wird das über alle fünf Erdteile ausgebreitete Reich zusammengehalten. Weiße, braune, schwarze und gelbe Menschen, Engländer, Franzosen und Holländer sind in dieser Herrschaft vereinigt und fechten in diesem Weltkriege gemeinsam für die Herrin. Die Voraussetzung dieser Einheit ist die englische Seeherrschaft. Heute steht England vor der Frage, ob es mit uns den Verständigungsfrieden abschließen soll, bei dem Deutschland mit seiner Land- und Seemacht ungebrochen aus dem Kriege hervorgeht, oder den Krieg fortsetzen soll in der Hoffnung, uns im Laufe des Jahres 1918 mit Hilfe der Amerikaner niederzuringen. Das Eine ist für die Engländer beinah so widerwärtig wie das Andere. Die in Deutschland so vielfach angerufene angelsächsische Gemeinschaft ist eine bloße Halbwahrheit, deren andere Hälfte den angelsächsischen Zwiespalt darstellt, denn volksmäßig wie politisch besteht zwischen den Vereinigten Staaten und England ein tiefer Gegensatz. Dieser Gegensatz wird heute überbrückt durch die gemeinsame Furcht vor Deutschland, aber dadurch, daß er überbrückt ist, ist er nicht aus der Welt geschafft. Glaubt man

etwa, daß England es gleichgültig mit ansieht, wenn der Schwerpunkt des internationalen Geldhandels von London nach New York verlegt wird? Glaubt man, daß England dabei ruhig bleiben kann, wenn seine Handelsflotte in diesem Kriege allmählich verzehrt wird und an den Ersatzschiffen, die die Amerikaner bauen, sich eine amerikanische Reederei emporrankt? Ist es ein Zeichen der angelsächsischen Gemeinschaft, daß der Präsident Wilson kurzerhand die in Amerika für England auf Stapel gelegten Schiffe beschlagnahmt hat? Ist es für das Prestige Englands gleichgültig, ob es diesen Krieg mit eigenen Kräften besteht oder nur durch das Beispringen der Vereinigten Staaten gerettet wird? Selbst Amerikas Hilfe aber wird nicht ausreichen, um Deutschland wirklich niederzuringen, und der Verständigungsfriede wird schließlich kommen, wenn nicht jetzt, dann vielleicht übers Jahr. Welche Zukunft bedeutet er für das englische Weltreich?

Auch die Leistung Englands hat alle Erwartung übertroffen. Daß die Flotte uns blockieren und absperren wird, hat man ja erwartet und das hat sie auch getan, nicht weniger und auch nicht mehr. Daß aber erst die freiwillige Werbung und dann die allgemeine Wehrpflicht und dazu die Aufgebote der Kolonien eine so riesige Landarmee stellen würden, das ist über alle Erwartung hinausgegangen. Um das aber zu können, hat England sich innerlich revolutionieren müssen. Die allgemeine Wehrpflicht und das ganze System staatlicher Organisationen und Eingriffe, um diese Armee zu unterhalten, stehen in schreiendem Widerspruch zu aller englischen Ueberlieferung, englischem Denken und Fühlen. Die allgemeine Wehrpflicht ist ja schließlich auch nur angenommen worden, indem der größte Teil des Unterhauses sich der Abstimmung enthielt. Noch sind Irland und die Kolonien nicht hineinbezogen, und dieser Unterschied spaltet das Reich auf eine Weise, daß der Riß allmählich immer tiefer werden muß. Niemand weiß, was aus Rußland wird, aber mit England steht es, obgleich dort die äußere Ordnung noch nicht wesentlich gestört worden ist, nicht viel besser. Das allgemeine gleiche Stimmrecht, das Frauenstimmrecht, Irland, die Autonomie der großen Kolonien und ihre divergierenden Interessen, der Zerfall des Parteiregiments und der Parteien, das sind alles Fragen und Erscheinungen, die sich miteinander verflechten und die Zukunft unberechenbar erscheinen lassen. Dazu die Vorstellung, daß die deutschen Tauchboote in zehn Jahren

zehnmal so stark sein werden als sie heute sind. Wie glücklich würden sich die Engländer schätzen, wenn der Pazifismus ihnen die Möglichkeit böte, sich vor äußeren Gefahren zu bewahren, ihr ungeheures Reich zusammenzuhalten und die inneren Probleme ungestört von außen allmählich zu lösen!*)

Wenn der Erfahrungssatz der Weltgeschichte auch für die Zukunft gelten und auch auf Deutschland Anwendung finden sollte, daß der Macht nur durch die Macht Schranken gesetzt werden, so müssen wir annehmen, daß die große Koalition zur Einkreisung Deutschlands defensiv auch nach diesem Kriege fortbestehen wird. Denn welche einzelne Macht könnte Deutschland Schranken setzen? Weil die große europäische Koalition nicht stark genug war, Deutschland niederzuringen, ist ihr auch noch Amerika beigetreten und die Koalition wird dennoch ihren Zweck nicht erreichen. Was auch die Friedensbedingungen für Einzelbestimmungen enthalten mögen: das Deutsche Reich wird nach dem Kriege unendlich viel größer und stärker bestehen als vorher, weil der Krieg uns, wenn nichts anderes, die nationale Einheit gebracht hat. Ein volles Drittel unseres Volkes stand vor 1914 bewußt außerhalb der nationalen Ideale. Gewisse Bruchteile haben sich auch jetzt schon der Pflicht, zu ihrem Volke zu stehen, wieder entzogen. Aber eine Gefahr bilden sie nicht mehr. Wie anders wird Deutschland dastehen als seine Feinde! Rußland ist in der Revolution, Frankreich ist in der Hoffnungslosigkeit, England ist beschäftigt mit den schwersten inneren Problemen — Deutschland allein ist weder von der Stagnation bedroht, noch vom Umsturz; die organische Fortentwicklung seiner Verfassung wird ihm frommen; die Kämpfe, in denen es sich bewegen wird, werden es nicht verderben, die Lasten, die es auf sich zu nehmen haben wird, werden es nicht erdrücken. Wer wird ihm etwas anhaben können?

Von allen Mächten der Welt ist heute Deutschland diejenige, die in ihrer inneren Solidität und ihrem äußeren Machtaufbau am wenigsten Veranlassung hat, sich nach dem Pazifismus zu sehnen und eben deshalb sich auch der geringsten Gefahr aussetzt, wenn es sich mit ihm einläßt. Nehmen wir an, es habe eine gleichmäßige Herabsetzung der Rüstungen stattgefunden und wir kämen zu der Ueberzeugung, daß eine neue Kriegsgefahr heraufzieht,

*) Vgl. hierzu Artikel „Die Zukunft Englands" Bd. I, S. 243.

— das Deutsche Reich würde sich ganz gewiß nicht weniger schnell in Verteidigungszustand setzen können als irgendein anderer Staat. Unsere Staatsmänner haben ganz recht gehabt zu erklären, daß Deutschland bereit sei, den Abrüstungsgedanken anzunehmen. Wir können keinen Schaden dabei leiden. Vor 1914 war das ganz anders. Der ungeheuren Uebermacht, die uns bedrohte, konnten wir auf keine andere Weise begegnen, als daß wir in dem Moment, wo Rußland zum Sturme ansetzte, bereits zuschlugen. Nur die vollkommene Bereitschaft und die höchste Schnelligkeit konnte uns retten. Von einer derartigen Ueberfallsgefahr werden wir in Zukunft nicht mehr bedroht sein. Unsere strategische Lage ist damit von Grund auf verändert. Sie ist keineswegs gefahrlos geworden. Es könnten sich Koalitionen bilden, die ebenso gefährlich, oder noch gefährlicher sind als die von 1914, aber es ist nicht anzunehmen, daß eine solche Gefahr plötzlich eintreten könnte. Die offensive Riesenkoalition, unwahrscheinlich wie sie ist (wenn wir nicht etwa alldeutsche Politik machen), die uns ernstlich bedrohen würde, könnte sich immer nur allmählich bilden, und wir würden immer die Zeit behalten, uns gegen sie zu wappnen.

Wenn nun auch wir uns zur Abrüstung bereit erklären — können es auch die anderen? Im besonderen kann es England? Die Weltstellung und, man kann sagen, der Nationalcharakter des englischen Volkes beruht auf seiner Seeherrschaft und auf der Herrschaft über mehr als 300 Millionen Indier. Die Abrüstung bedroht beides. Im fernen Asien wohnt ein Volk, das von unermeßlichem Ehrgeiz erfüllt, in nichts weniger lebt, als in Idealen des Friedens. Japan begehrt die Oberherrschaft über 400 Millionen Chinesen; Japan begehrt die Herrschaft in Sibirien bis zum Baikalsee; Japan begehrt, sich an die Stelle Englands zu setzen in Indien. Japan verlangt die freie Einwanderung für die gelbe Rasse in Australien. Kann England Japan gegenüber entwaffnen? Wenn aber England gegen Japan gerüstet bleibt, dann ist es auch gegen uns gerüstet. Kann die Welt erwarten, daß wir abrüsten, während England gerüstet bleibt? Aber das ist nur eine Betrachtung und keine Sorge, oder besser ausgedrückt, nicht unsere Sorge, sondern diejenige Englands. Bringt England es dahin, daß auch Japan abrüstet, oder entschließt es sich trotz Japan abzurüsten — wohlan, dann sind auch wir bereit, uns dieser Abrüstung in gleichem Maße und in gleichem Tempo anzuschließen.

Es waren zwei Gründe, weshalb die Pazifisten vor 1914 die Abrüstung begehrten. Der eine lautete: das gegenseitige Wettrüsten der Völker führt zum allgemeinen wirtschaftlichen Ruin und zum Bankerott. Diese Argumentation widersprach den Tatsachen in solchem Grade, daß man sie geradezu als albern bezeichnen konnte. Die Zeit von 1870 bis 1914 war nicht die Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges, sondern eines unerhörten Aufschwunges, einer Anhäufung von Wohlstand, einer Entwicklung von ökonomischen Kräften, wie sie die Welt nie erlebt hat. Daß die Steuerlasten, die die Kriegsrüstungen verlangten, geringfügig waren, wird man bald genug von allen Seiten seufzend bestätigt hören. Wenn die Pazifisten vor 1914 als halb lächerliche Erscheinungen angesehen wurden, so war es nicht zum wenigsten, weil sie mit ihrem Lamentieren über den wirtschaftlichen Niedergang so offenbar die Tatsachen auf den Kopf stellten.

Der zweite Grund, den die Pazifisten ins Feld führten, war, daß die großen Rüstungen naturgemäß endlich auch zu ihrer Anwendung führen müßten. Diese Argumentation ist wenigstens nicht irrationell, aber darum noch keineswegs richtig. Es ist sogar das Gegenteil richtig. Der Grund dieses Weltkrieges ist, daß es drei Mächte gab, die ihn wollten und beabsichtigten: Serbien, das ein Groß-Serbien schaffen und damit Oesterreich aufzulösen beabsichtigte; Rußland, das Konstantinopel und die Dardanellen begehrte; Frankreich, das seine Revanche nehmen und Elsaß-Lothringen zurückerobern wollte.*) Um dieser politischen Zwecke willen machten Rußland und Frankreich ihre ungeheuren Rüstungen und Rußland schlug endlich los, weil es glaubte, nicht nur von Frankreich, sondern auch von England unterstützt des Sieges sicher zu sein. Dieser Glaube entsprang der unzulänglichen Kriegsrüstung

*) Als vierter Grund wird vielfach angesehen der Neid, mit dem die Engländer auf die unerhörten wirtschaftlichen Fortschritte der Deutschen geblickt hätten. Diese Stimmung war sicherlich in manchen englischen Kreisen vorhanden, aber der Generalkonsul Kiliani hat in der hier (Bd. I, S. 150) besprochenen Schrift einleuchtend nachgewiesen, daß die Wirtschaftskonkurrenz als Kriegsgrund nicht in Betracht kommen könne. Eine soeben erschienene Schrift von Anton Hofrichter „Kriegs- und Handelsrivalität" (Berlin, Buchhandlung „Vorwärts" 104 S.) hat das Thema von neuem aufgenommen und kommt auf breiter statistischer Grundlage zu demselben Ergebnis. Sehr gut ist namentlich in dieser Schrift ausgeführt, daß England mit den Vereinigten Staaten in einem fast noch stärkeren Konkurrenz-Verhältnis stehe als mit uns und dennoch gut Freund mit ihnen sei.

Oesterreich Ungarns. Man erinnert sich, wie der ungarische Reichstag mit Hilfe der Obstruktion jede Heeresverstärkung verhinderte, so daß Oesterreich Ungarn trotz wirtschaftlicher Blüte nur über eine sehr lückenhafte Kriegsverfassung verfügte. Hätten die Russen nicht auf diese Schwäche Oesterreichs gerechnet, so hätten sie sich am Ende doch noch besonnen, den Krieg zu entfesseln. Nicht also weil zu viel, sondern weil an einer Stelle zu wenig gerüstet worden ist, deshalb haben wir die schreckliche Prüfung dieses Weltkrieges zu bestehen. Das muß ich mit aller Bestimmtheit aussprechen, und darf es um so mehr aussprechen, als ich trotzdem unter den veränderten Umständen dem Gedanken der Abrüstung etwas abzugewinnen suche.

Ich bin für die Abrüstung, weil erstens, wenn sie nicht kommt, die wirtschaftlichen Lasten jetzt in der Tat sehr groß werden müssen. Die Kosten selber werden jährlich sehr viel größer sein als vor 1914 und die Volkswirtschaft ist ohnehin mit der Verzinsung der Kriegsschulden schon fast überbürdet. Ich bin zweitens für die Abrüstung, weil ich hoffe und glaube, daß der Krieg am Schluß Verhältnisse schaffen wird, die auf lange hinaus sich friedlich erhalten lassen und erhaltenswert sind. Ich bin drittens für die Abrüstung, weil Deutschland bei gleichmäßiger Einschränkung aller Staaten zu Lande und zu Wasser weniger bedroht ist als andere und deshalb der Welt die Wohltat nicht versagen darf.

Wie ist aber eine Abrüstung denkbar, angenommen, daß wirklich alle Staaten, eingeschlossen Japan, sich dazu bereit erklären? Schon vor dem Kriege sind wir ja einem Hauptpunkt der Abrüstung einmal faktisch nahegetreten, nämlich als der Staatssekretär v. Tirpitz sich für ein Abkommen mit England erklärte, das ein Verhältnis von 10 zu 16 in der Zahl der Großkampfschiffe festsetzen sollte. Sofort zeigten sich die Schwierigkeiten eines solchen Abkommens. Waren auch die Schiffe der englischen Kolonien eingeschlossen? Konnten nicht die Engländer Schiffe für irgendwelche neutrale Staaten auf Stapel legen, die sie im Kriegsfalle mit Beschlag belegten? Fast wichtiger als die Großkampfschiffe sind heute die Tauchboote. Sollen wir uns im Abrüstungsvertrag die Zahl unserer Tauchboote vorschreiben lassen? Und wenn wir es tun, ist nicht die Größe und Qualität der Tauchboote ebenso wichtig wie die Zahl? Nun gar die Flugzeuge: kann irgendein Volk sich

vorschreiben lassen, wieviel Flugzeuge es besitzen darf? Wieviel Männer es in der Flugtechnik ausbilden darf?

Gibt es überhaupt einen Weg des gleichmäßigen Abrüstens, so scheint mir der einzige der zu sein, daß die Staaten sich auf eine bestimmte Zahl von Jahren verpflichten, nicht mehr als einen bestimmten Prozentsatz ihres Budgets auf Kriegsrüstungen zu verwenden. Da erhebt sich die Frage, sind die Budgets miteinander vergleichbar? Müssen in Deutschland die Budgets der Einzelstaaten und des Reiches zusammenaddiert werden? In Preußen aber stecken darin alle Eisenbahneinnahmen. Gehören zum englischen Budget auch alle die kolonialen? Auch das indische? Ferner, was sind Kriegsrüstungen? War der Ostseekanal ein Stück der deutschen Kriegsrüstung? Welche Vorratsbeschaffungen an Rohmaterial in Deutschland, an Lebensmitteln in England gehören zur Kriegsrüstung?

Schlechthin unüberwindlich scheinen mir diese Schwierigkeiten nicht; ich könnte mir vorstellen, daß man im Haag oder in Bern ein internationales Büro einrichtet, daß die Budgets aller Staaten umrechnet, so daß sie vergleichbar werden und der Prozentsatz für Kriegsrüstungen festgestellt werden kann. Alle Finanzminister müßten verpflichtet sein, diesem Büro die nötigen Auskünfte zu geben. In jedem Parlament gibt es eine Opposition, die diese Auskünfte und Berechnungen kontrollieren würde. Zwingend dürften natürlich die Beschlüsse eines solchen, vielleicht nicht ganz unparteiischen Büros nicht sein; seine letzte Entscheidung muß jeder Staat selber treffen, und ich möchte es nicht für ausgeschlossen halten, daß ein derartiges Vorgehen schließlich so viel Zank und Reibereien mit sich bringt, daß der Argwohn dadurch gesteigert und der Friede mehr geschädigt als gefördert wird. Aber wenn man das Abkommen zunächst auf fünf oder zehn Jahre beschränkt, so scheint es mir doch eines Versuches wert. Was sich daraus dann weiter entwickelt, ob es verlängert wird oder ob ein ganz anderer Modus der Vereinbarung gefunden oder das Ganze wieder aufgegeben wird, kann man abwarten. Für die ersten Jahre würde es zum wenigsten keine Gefahr bringen.

Damit entgehen wir auch der zweiten Frage, ob die Abrüstung zu einem Dauerfrieden führen und ob der ewige Friede überhaupt ein erstrebenswertes Gut sei. Blicken wir zurück auf

die Geschicke der Menschheit, so erkennen wir, daß in allen diesen Jahrtausenden der Krieg einer der stärksten Faktoren, nicht nur in der Staatenbildung, sondern auch in den Hervorbringungen der Kultur gewesen ist. Auf den Siegen von Marathon und Salamis beruhte die Größe Athens, das Perikleische Zeitalter, Aeschylus, Sophokles und Euripides, Herodot und Thucydides, Phidias und Sokrates. Auf den Siegen Alexanders beruhte die Hellenisierung des Orients und auf den Siegen Roms die Schaffung des einheitlichen lateinisch-griechischen Kulturkreises, der die universale Predigt des Christentums ermöglichte. Auf den Sachsenkriegen Karls des Großen beruht das Deutsche Reich. Auf den Kämpfen, die sich an den Namen der Jungfrau von Orleans knüpfen, beruht der französische Nationalstaat. Auf dreihundertjährigen Kolonialkriegen beruht das heutige englische Weltreich. Aus dem Kampf gegen Napoleon ist das deutsche Nationalgefühl und mit ihm das heutige Deutsche Reich erwachsen. Die „Preußischen Jahrbücher" (Bd. 170, S. 190) bringen die auf persönlicher Lebenserfahrung beruhenden Aufzeichnungen eines Dänen, Karl Larsen, der interessant genug sich als Sohn eines heute so ganz unkriegerischen Staatswesens in die Bedeutung des Krieges als Kulturfaktor hineingedacht hat. Man ist bisher der Meinung gewesen, daß diese Bewertung des Krieges wesentlich nur von deutschen Geistern gepflegt worden sei. Joachim Kühn hat sich das Verdienst erworben, in der „Deutschen Korrespondenz" (Nr. 45, 4. Oktober) eine Reihe von Aeußerungen von französischen Gelehrten zusammenzustellen, die ganz dasselbe sagen.

Der Senator Pierre Baudin schrieb noch vor kurzem: „Der Krieg ist für die Kulturvölker ein unvergleichliches Reagensmittel, das unter dem Firnis einer verwickelten Erziehung und unter den vielfältigen Schichtungen der gesellschaftlichen Organismen die ursprünglichen Kräfte des Instinkts hervorruft und die Regungen oder Bewegungen seiner Animalität entfesselt." Aehnlich urteilte der kürzlich gefallene Major Driant in der Einleitung zu einer völkerrechtlichen Abhandlung über den Krieg 1870/71: „Trotz der Mängel und Ungerechtigkeiten des Krieges sage ich, daß der Krieg für die Völker und die Gesellschaft notwendig ist: ich sage, daß ein langer Friede die Nationen verweichlicht, daß er sie in der Suche nach dem größtmöglichen Wohlbehagen verkümmert und der auflösenden Macht des Goldes ausliefert. Das sehen wir nur zu sehr! Und so wünsche ich meinem Vaterlande einen schönen,

edlen Krieg, in dem die Tugenden der Ahnen, Todesmut, Opfersinn und Verachtung des Geldes wieder aufblühen können."

Joseph de Maistre in seiner „Considération sur la France" schreibt: „Man möchte sagen, daß der Krieg der Dünger der Pflanze ist, die man Genie nennt." Victor Cousin, Jules Lerminier, Pierre-Joseph Proudhon haben den gleichen Standpunkt eingenommen. Von lebenden Schriftstellern hat ihn Deroulèdes Freund, Jérome Auboeuf, vertreten, der in demselben Jahre 1891, in dem sich Frankreich mit Rußland gegen uns zusammenschloß, die Lehre aufstellte, daß der Krieg nicht allein eine Notwendigkeit ist, die sich aus dem eigentlichen Wesen der menschlichen Gesellschaft ergibt, sondern daß er eine der unerläßlichen Vorbedingungen jedes menschlichen Fortschritts ist, also ein Ding, zu dem wir moralisch verpflichtet sind, wenn uns nicht die materielle Lage dazu nötigt.

Als Kulturschöpfer hat auch Paul Bourget den Krieg gefeiert; in seinem „Juniusbrief" vom 7. September 1913 philosophiert er: „Für Leute, die auch nur etwas Beobachtungssinn haben, ist der erzieherische Wert des Krieges niemals zweifelhaft gewesen. Die ganze Geschichte beweist, daß sich Epochen starker Geisteskultur erst dann bei den Völkern einstellen, wenn diese die schmerzliche, doch fruchtbare Schule blutiger Opfer durchgemacht haben. Ohne auf Rom oder Griechenland zurückzugreifen, finden wir dieses Gesetz bei uns in der Restaurationszeit bestätigt. Unter Ludwig XIII. und Ludwig XIV. machen wir die gleiche Erfahrung. Eine Generation, die sich zu schlagen verstanden hat, vererbt eben ihren Nachkommen die herrlichen Vorzüge, die aus der Gewohnheit entspringen, seine Energie zusammenzufassen und dem Tode ins Auge zu sehen. Kunst und Literatur schöpfen aus solcher Zucht jenen Ernst und jene Spannkraft zugleich, jenen Wirklichkeitssinn und jene Entschiedenheit, die militärische Eigenschaft par excellence, die auf das Gebiet der Ideen überpflanzt die wirklichen Schöpfer und die wirklichen Meisterwerke hervorbringt. Wehe den geschichtslosen Völkern, die das feigste Sprichwort glücklich preist und denen der heroische Schauer der Gefahr nur allzulange erspart blieb!" Jean Richepin: „Ich glaube, daß der Krieg der Ursprung von Allem ist. Ich halte dafür, daß die Menschheit einem Pfluge gleicht, der verrostet, wenn er stillsteht, und der in der Sonne aufleuchtet, wenn er Furchen zieht. Ich denke, daß die Menschheit,

bliebe sie ewig im Frieden, einem faulenden Gewässer ähnlich werden würde. Und ich denke, daß es gut ist, wenn die Menschheit ihrem Blut von Zeit zu Zeit etwas Eisen zuführt, und endlich denke ich, daß die beste Art, in der sie sich dieser Kur unterziehen kann, in Säbelhieben besteht!" Anatole France: „Soll ich es aussprechen, daß ich, je mehr ich darüber nachdenke, desto weniger das Ende des Krieges herbeizuwünschen wage? Ich hätte Furcht, daß diese große schreckliche Macht bei ihrem Verschwinden die Tugenden mit sich reißen würde, die sie hervorgebracht hat und auf denen unser Gesellschaftsgebäude noch heute beruht."

Wenn nun das Alles als richtig anerkannt wird, sollen wir deshalb dem Bestreben, den Krieg aus dem Leben der Menschheit auszuschalten, entsagen? Die Antwort ist, daß das eine falsche Fragestellung ist. Welche Folgen auch immer, heilsame oder unheilsame, der Krieg für die Menschheit habe, diese philosophische Betrachtung ist etwas ganz anderes als das Bestreben, den Krieg unter den heutigen Völkerverhältnissen wesentlich einzuschränken oder ihn ganz zu vermeiden. Ich darf damit anknüpfen an das, was ich bereits in meinem ersten Beitrag zu dieser Frage „Zukunftskrieg und Zukunftsfrieden" im Jahre 1899 geschrieben habe (abgedruckt in meinen „Erinnerungen"). Der Krieg ist nicht anders anzusehen als das religiöse Martyrium. Es hat keine grausigere und zugleich keine edlere Erscheinung in der Geschichte der Menschheit gegeben, als jenes freiwillige Erleiden eines qualvollen Todes um der Ueberzeugung willen. Sollen wir aber darum die Scheiterhaufen wieder anzünden, um neue Beispiele solcher Standhaftigkeit zu erleben? Der Weltkrieg zeigt, wie sehr sich Jene geirrt haben, die da glaubten, daß der Heroismus in unserem Geschlechte ausgestorben sei. Wenn uns Gott dieses Schicksal auferlegt, so ist es Aufgabe der Menschheit, sich so zu halten, daß sie von neuem Heldentum erweist. Die Menschheit wäre ein jammervolles Dasein, wenn sie der Helden entbehren wollte. Aber das entbindet sie nicht von der Aufgabe, das menschliche Leiden, wo es sich zeigt, zu bekämpfen. Darum gilt nach wie vor das alte Wort: seien wir bereit für den Krieg, aber streben wir nach dem Frieden, und das Streben nach dem Frieden verlangt heute die rückhaltlose und ehrliche Bereitschaft einzutreten in die Verhandlungen über die Abrüstung.

Deutschland ist von allen Staaten der unvergleichlich mäch-

tigste. Eben darum hat es vor allen Staaten die höchste Pflicht, nicht bloß nationale, sondern auch Menschheitsziele zu verfolgen. „Eine Nation", hat jüngst der Abgeordnete Haußmann in einer Reichstagsrede sehr schön gesagt,*) „die mit einer so ungeheuren Kraftentfaltung die Menschheit überrascht wie wir, die kann die Welt nur mit der Größe dieser Macht aussöhnen, wenn sie deutliche Zeichen gibt, daß hinter dieser Macht ein Weltgewissen steht."

Man hat uns weismachen wollen, wir dienten dem Frieden und der Menschheit, wenn wir die Regierungsform des Parlamentarismus annähmen; eine Torheit: wie könnten wir dem Fortschritt dienen, wenn wir unsere Verfassung vertauschen wollten mit einer Regierungsform, die wohl gewisse Vorzüge hat, aber an Leistung und Moralität weit unter der unsrigen steht? Der wahre Fortschritt liegt in einer ganz anderen Richtung. Ich kehre zurück zu meinem Vergleich mit dem Ursprung und der Geschichte der Sozialpolitik. Von der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ist sie einst ausgegangen und hat den Siegeszug über den Erdball angetreten, in dem sie noch heute begriffen ist. Kaiser Wilhelm I. sagte in dieser Botschaft, die Aufgabe sei eine schwierige, „aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht." Keinen Augenblick hat er sich durch den Vorwurf, daß seine Regierung damit sozialdemokratisch geworden sei, irre machen lassen. Heute pocht das neue große Problem des Völkerfriedens an die Tür. Ich denke, auch Kaiser Wilhelm II. wird heute den Vorwurf der nationalen Heißsporne, daß er Pazifist geworden sei, nicht zu scheuen brauchen, indem er als gewaltigster Kriegsherr, nachdem die rechte Zeit dafür gekommen ist, sich dieser Aufgabe widmet. Auch er kann sich darauf berufen, „es ist eine der schwierigsten, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

*) Sie ist abgedruckt in der „Deutschen Politik" Nr. 42.

Die innere Krisis und die auswärtige Politik.

26. September 1917.

Noch wichtiger als die Bestimmungen der Verfassung und das formelle Staatsrecht sind für das innere Leben einer Nation die tatsächlichen Machtverhältnisse. Immer von neuem habe ich darauf hingewiesen, daß es nicht bloß die Bismarcksche Staatskunst ist, der wir in Deutschland das Gleichgewicht zwischen der monarchischen Regierung und dem Reichstag verdanken, sondern vor allem der Tatsache, daß der Reichstag nie eine geschlossene Majorität gehabt hat und gemäß der historischen Entwicklung des deutschen Volkes nicht haben kann. Wir sind geteilt in Protestanten und Katholiken; in Gebiete mit Großgrundbesitz, in Gebiete mit Mittelbesitz und in Gebiete mit Kleingrundbesitz. Wir haben Reste des Feudalismus und eine modernste großindustrielle Arbeiterschaft. Wir haben eine reiche Seeküste und reines Binnenland. Wir sind kein Einheitsstaat, sondern ein Föderativstaat. Alle diese historischen und natürlichen Potenzen geben uns ein überaus reiches Individualleben und eine fast einzig in der Welt dastehende Vielgestaltigkeit der Parteien. Diese Vielheit der Parteien ist die Schwäche der Parteiführer und die Kraft der Regierung. Wie auch immer die Verfassungsbestimmungen lauten oder zukünftig lauten werden: eine selbständige Regierung außerhalb der Parteien ist in Deutschland möglich, weil keine Partei stark genug ist, selber zu regieren, und sie ist notwendig, weil ohne einen solchen Mittelpunkt die Vielheit der Parteien dem deutschen Staatswesen die Festigkeit, dem Kurse des Staatsschiffes die Sicherheit nehmen würde. Seit dem Jahre 1867 beruht die Regierung in Deutschland darauf, daß sie zwar keine Gesetze machen und keinen Staatshaushalt aufstellen kann ohne die Zustimmung der Reichstagsmajorität; daß diese Majorität aber niemals eine geschlossene war, sondern von Fall zu Fall anders zusammengesetzt wurde. In der letzten Zeit vor dem Kriege machte die Regierung gleichzeitig drei große Gesetze mit drei verschiedenen Majoritäten.

Dieses System der selbständigen Beamtenregierung, die zwar in steter Fühlung mit der Volksvertretung, aber doch nicht abhängig von ihr ist, hat sich nun nach der Meinung Vieler überlebt. Die Männer in der Regierung, meint man, hätten so viel Fehler gemacht, daß man das nur mit dem Mangel des Systems

erklären könne. Blamage über Blamage. In Amerika, in Mexiko, in Norwegen und in Schweden, in der Zensur und in der Volksversorgung, und zuletzt und am allermeisten im Reichstag selber, wo der Reichskanzler um eines untergeordneten Zwecks willen jene ganz unbedeutende Unordnung in der Marine zu einer großen Aktion aufbauschte, ohne zu bedenken, welchen unermeßlichen moralischen Schaden er uns damit bei unseren Feinden zufügte. Wie leuchtete die Siegeshoffnung wieder bei ihnen auf, als sie hörten, daß so etwas wie die russische Revolution in Deutschland im Anzuge sei! Dieser Hoffnungsstrahl ist ja nun schnell genug wieder erloschen und ein dauernder Schade dürfte wohl kaum entstanden sein. Die Taten der Marine im Rigaischen Meerbusen haben die Vorstellung von der Zerrüttung ihrer Disziplin schnell, vollständig und glänzend widerlegt. Aber der Fehler des Reichskanzlers und des Staatssekretärs der Marine wird dadurch nur wenig gemildert, und alle Welt ist einig, daß ein Personenwechsel unvermeidlich ist. Aber würden wir besser fahren, wenn wir zum System des Parlamentarismus und der Parteiregierung übergingen? Da ist zunächst zu bemerken, daß die Klagen über die Unfähigkeit der Regierung bei unseren Gegnern genau dieselben sind wie bei uns. Man kann aus den englischen Zeitungen ganz denselben Jammer oft mit denselben Worten über den Mangel an Umsicht, Tatkraft und Erfolg bei den leitenden Männern zusammenstellen, wie wir das bei uns hören. Des weiteren aber hat man in England für den Krieg das alte System der Parteiregierung aufgegeben, und es ist sehr fraglich, ob es nach dem Kriege wieder aufgebaut werden kann. England ist auf dem besten Wege sich eine Beamtenregierung zu schaffen, ähnlich wie wir sie haben. Ich glaube kaum, daß das gelingen wird, aber zunächst haben wir doch den Versuch. Merkwürdige Kreuz-Verschiebung: in England sucht man die Rettung, indem man sich vom Parlamentarismus befreit; in Deutschland will man die Rettung, indem man den Parlamentarismus einführt.

Sollten wir uns etwa auf halbem Wege begegnen, so wie Frankreich und das alte Europa vor hundert Jahren? Das alte Europa, insbesondere auch Preußen nahm durch Stein und Hardenberg wesentliche Momente der französischen Revolution in sich auf und bildete sich auf diesem Wege fort, ohne den alten Staatscharakter zu verleugnen oder aufzugeben. Die französische Revolution kehrte ihrerseits nach dem wilden Aufschäumen in den

Jahren der Umwälzung zu gesellschaftlichen und politischen Formen zurück, die es früher gehabt und sie ihm mit dem alten Europa gemeinsam waren. Als 1815 die große Kriegsepoche abgeschlossen wurde, waren sich die Staaten beinahe wieder so ähnlich geworden, wie sie vor 1789 gewesen waren. Alle waren, wenn schon in verschiedener Stärke, von denselben Kräften beherrscht und von denselben Gegensätzen erfüllt.

Aber kehren wir zurück zur deutschen Krisis. Wenn der Reichskanzler Herr Dr. Michaelis sich nach der allgemeinen Meinung so wenig bewährt hat, so lag das nicht nur an ihm, sondern daran, daß er vor eine ganz neue, sehr schwierige Situation gestellt wurde, die er nicht zu meistern vermochte. Eben indem er zur Kanzlerschaft berufen wurde, bildete sich, was wir seit 1867 nicht gehabt haben, im Reichstag eine geschlossene Majorität. Diese Majorität ist zwar sehr heterogen zusammengesetzt und schließt sich zusammen nur für zwei ganz bestimmte Aufgaben: diese Aufgaben aber sind die Alles beherrschenden, der zu schließende Friede und die preußische Wahlreform. Beide Objekte hängen eng miteinander zusammen; die Spaltung, die darüber durch unser Volk geht, deckt sich keineswegs mit den alten Parteiunterschieden, aber sie ist da und sie ist sehr tiefgehend. Alle Rufe zur Einigkeit, die von wohlmeinenden Patrioten ausgegeben werden, prallen ab an der harten Tatsache, daß diese Einigkeit in den wichtigsten und entscheidensten Fragen nun einmal nicht vorhanden ist. Am allerunglückseligsten ist der Versuch, diese Einigkeit herzustellen durch die Gründung einer neuen Partei. Partei ist doch gerade das Gegenteil von Einigkeit. Partei bedeutet, daß auch eine Gegenpartei existiert; nun gar eine Partei, die sich „Deutsche Vaterlandspartei" nennt, ist von vornherein eine blutige Beleidigung aller derjenigen Staatsbürger, die das Heil des Vaterlandes ebenso sehr auf dem Herzen tragen, es aber auf einem anderen Wege suchen, als es gerade diese Herren tun. Nichts konnte die Einigkeit, die uns für die Fortführung des Krieges so bitter not tut, tiefer schädigen, das öffentliche Leben in Deutschland mehr in Wirrsal bringen und vergiften, als es die Gründung dieser Partei getan hat. Daß sich ihr eigenes Programm in lauter inneren Widersprüchen bewegt, habe ich im vorigen Heft nachgewiesen. Kein Zweifel, sie hat sehr erhebliche und beachtliche Teile des Volkes hinter sich, aber nicht entfernt das ganze Volk, und vor allem,

sie hat gegen sich die große, geschlossene Majorität der Vertretung des Volkes im Reichstag.

Nun gibt es Leute, die behaupten, daß dieser Reichstag, der am 12. Januar 1912 gewählt worden ist, das deutsche Volk gar nicht mehr repräsentiere und daß bei Neuwahlen eine ganz andere Majorität herauskommen würde. Das ist weder zu beweisen, noch zu widerlegen, und namentlich kann niemand wissen, was für eine Majorität diese neue sein würde. Manche glauben eine alldeutsche; andere glauben, daß die Gruppe Haase oder gar die Anhänger Liebknechts einen sehr großen Zuwachs erhalten, die Konservativen aber so gut wie verschwinden würden. Tatsache ist, daß (nach einer Berechnung im „Vortrupp" vom 1. September) als sachliche Anhänger der Reichstagsresolution 290 Abgeordnete mit fast 10 Millionen Wählern hinter sich zu betrachten sind, als Gegner 62 Abgeordnete mit 1327317 Wählern hinter sich.*) Kann ein Mensch, der nicht ganz von der Leidenschaft verblendet ist, glauben, daß diese Majorität bei einer Neuwahl in die Majorität verwandelt werden könnte?

Das Verhältnis wird dadurch etwas verschoben, daß die Minorität die Masse ihrer Anhänger in Schichten hat, die sich ganz besonders bemerkbar machen, und die durch ihre soziale Stellung einflußreich sind. Aber selbst hierin ist ein gewisser Schein geschaffen worden, der der Wirklichkeit nicht entspricht. Es ist ja ganz natürlich, daß eine Richtung, die die patriotische Trommel rührt, eher bemerkt wirkt als eine Richtung, die, wenn schon nicht weniger patriotisch, doch aus guten Gründen das Trommelschlagen unterlassen muß. Nehmen wir als Beispiel die Universitäten. Man hat eine Erklärung herumgeschickt, die allmählich von 1300 Hochschullehrern aller Art unterzeichnet worden sein soll. Das scheint viel, ist aber tatsächlich ziemlich wenig, denn es ist noch nicht ein Viertel der Gesamtzahl und sofort sind von Berlin und Heidelberg Gegenkundgebungen erfolgt. Die Berliner Kundgebung

*) Direkt für die Resolution haben gestimmt 212 Abgeordnete; diesen sind in der obigen Berechnung noch zugezählt die Stimmen derjenigen, die dagegen gestimmt haben, weil ihnen die Resolution nicht weit genug ging (Unabhängige Sozialdemokraten) oder die sich aus demselben Grunde enthalten haben (Polen) und schließlich die Nationalliberalen, die aus taktischen Gründen eine eigene Resolution, aber ähnlichen Inhalts einbrachten. Die Nationalliberalen haben sich ja auch seitdem tatsächlich der Majorität angeschlossen.

ist an den Reichskanzler gerichtet und ist von 49 ordentlichen und außerordentlichen Professoren unterschrieben; das ist ebenfalls ein Viertel der Gesamtzahl und das bedeutet, da die Anhänger jener Partei sich viel leichter zu einer Unterschrift bewegen lassen als diese, die entschiedene Mehrzahl. Die Erklärung, an den Reichskanzler gerichtet, lautet: „Wir unterzeichneten Professoren an der Universität Berlin halten es, um entgegengesetzten Bestrebungen nicht allein das Wort zu lassen, für unsere patriotische Pflicht, Euer Exzellenz zu erklären, daß uns die Kaiserliche Friedensbotschaft vom 12. Dezember 1916 und die jetzt auf die päpstliche Note vom Deutschen Reich und seinen Bundesgenossen erteilten Antworten eine geeignete Verhandlungsgrundlage zu geben scheinen, um einen die Sicherheit, die Ehre und eine große nationale Zukunft Deutschlands gewährleistenden Frieden zu erreichen."

Die Heidelberger Erklärung ist von 32 Mitgliedern des Lehrkörpers unterzeichnet und erklärt, daß sie „in Gründung und Propaganda der deutschen Vaterlandspartei eine Gefahr erblicke", denn sie zerreiße unsere Einheit. „Aber Einheitlichkeit der inneren Front bleibt eine unentbehrliche Voraussetzung des Erfolges. Wir kennen keine Vaterlandspartei, sondern nur ein allen Parteien gemeinsames Vaterland."

Man darf annehmen, daß es an anderen deutschen Universitäten nicht viel anders steht, und wenn die Universitäten so gesinnt sind, so darf man daraus einen Schluß auf die gebildeten Schichten Deutschlands überhaupt machen.

Wer diese Zahlen und Tatsachen unbefangen abwägt, muß zugestehen, daß nicht nur die sehr große Majorität des Reichstages, sondern auch wahrscheinlich eine noch viel größere Majorität des Volkes einen Frieden der Verständigung wünscht und anstrebt. Die Reichstagsresolution mag in mancher Beziehung angreifbar sein, aber sie ist, wie ich glaube in den „Preußischen Jahrbüchern" eingehend nachgewiesen zu haben, auf alle Fälle elastisch genug, um für Deutschland zu erreichen, was ihm für seine nationale Zukunft und Entwicklung unentbehrlich ist, wahrscheinlich auch noch Einiges darüber hinaus, Werte, die, wennschon nicht unentbehrlich, doch wünschenswert sind. Im besonderen ist immer im Auge zu behalten, auf welche Herzenswünsche die Engländer bei der Annahme der Formel des status quo ante verzichten müßten. So groß aber die Mehrheit für einen derartigen Verständigungsfrieden

sein mag, es bleibt eine nicht unerhebliche Minorität, die mehr verlangt. Will man den Verständigungsfrieden, so darf man den Kampf mit dieser Richtung, die man kurzweg als die alldeutsche bezeichnet, nicht scheuen. Der Fehler des Herrn Reichskanzlers ist, daß er diesen Kampf gescheut, daß er ihn zu vermeiden können geglaubt hat. Er hat darin die Politik seines Vorgängers, der ja drei Jahre lang sich auf der Diagonale zwischen den Parteien zu halten vermocht hat, fortgesetzt. Aber angenommen, daß Herr von Bethmann Hollweg darin richtig gehandelt hat, oder daß er wenigstens nicht anders handeln konnte, so ist das eben die neue Situation, in die wir eingetreten sind, daß diese Politik des Lavierens heute unmöglich geworden ist. Sie ist unmöglich geworden, weil wir uns jetzt dem Frieden nähern und es einen Frieden, der die Alldeutschen befriedigte, nicht geben kann: der Friede kann nur gegen sie gemacht werden. Die Politik des Lavierens ist ferner unmöglich geworden, weil sich jene geschlossene Majorität des Reichstages gebildet hat, die nicht den alldeutschen, sondern den Verständigungsfrieden will, und keine Regierung in Deutschland imstande ist, den Krieg, der ein Volkskrieg ist und sein muß, gegen die Reichstagsmajorität, die die Masse hinter sich hat, durchzuhalten. Die Aufgabe eines deutschen Reichskanzlers ist also heute, nach außen den Frieden zu schaffen und zu diesem Zweck den Kampf nach innen aufzunehmen. Daß Herr Michaelis das nicht erkannt hat, daran ist er gescheitert. Eine unendlich kostbare Zeit ist dadurch verloren gegangen, und der Zwiespalt, den Herr Dr. Michaelis vermeiden wollte, ist nun erst recht ins Volk getragen und immer bösartiger geworden. Die unselige Partei, die da behauptet, den Zwist verhindern und die nationale Einheit herstellen zu wollen, indem sie den anders Denkenden die vaterländische Gesinnung abspricht, wäre vermutlich niemals entstanden, wenn nicht die Regierung durch ihre unklaren und zweideutigen Kundgebungen den Boden dafür geschaffen; wenn sie statt dessen ihrerseits daran gearbeitet hätte, der Reichstagsresolution die richtige Auslegung zu geben, um das Volk um sie zu sammeln. Wir wollen den Krieg durchhalten bis zum siegreichen Ende. Darin sind wir alle einig. Diese Einheit ist da und es bedurfte, um sie zu schaffen, keiner „deutschen Vaterlandspartei". Was aber unter dem siegreichen Ende zu verstehen ist, darüber sind wir verschiedener Meinung, und die Führer der deutschen Vaterlandspartei haben nur

bewiesen, daß sie das deutsche Volk nicht kennen und ganz und gar keine Fühlung mit ihm haben, wenn sie geglaubt haben, daß sich das deutsche Volk einmütig um das von ihnen proklamierte Kriegsziel scharen werde. Nur auf dem umgekehrten Wege ist, zwar nicht zu einer vollen, aber doch zu einer genügenden Einheit und Einmütigkeit des Volkes zu gelangen, indem nämlich ein Reichskanzler, der sich vorher des Einverständnisses der Obersten Heeresleitung versichert hat, das Volk aufruft zum Kampf für diejenigen Kriegsziele, die wirklich der Gesinnung der überwältigenden Mehrheit in unserem Volke entsprechen.

Wenn morgen der Fürst Bülow Reichskanzler würde — er hat sich bereits deutlich genug darüber ausgesprochen, daß auch er keine andere Politik als die der Friedensresolution machen und sich zu ihr offen bekennen würde. Wenn morgen der Großadmiral von Tirpitz Reichskanzler würde — wie wollte er denn den Krieg führen? Soll ich es etwa ausmalen, was geschehen würde, wenn der Reichstag mit Dreiviertel-Majorität ihm sein Mißtrauen aussprächе und dann aufgelöst würde?

Der Haupteinwand gegen die Reichstagsresolution ist, daß sie von unseren Feinden als Symptom unseres bevorstehenden Niederbruchs aufgefaßt worden sei und deshalb kriegsverlängernd gewirkt habe. Es ist richtig, daß in den feindlichen Zeitungen vielfach dergleichen gestanden hat. Die feindlichen Staatsmänner aber haben das keineswegs gesagt, sondern haben ganz umgekehrt die Resolution und die dazu gehörenden Reden der deutschen und österreichischen Staatsmänner in ihrer Bedeutung möglichst herabzudrücken gesucht. Sie haben sie direkt als bloße Redensarten, als Heuchelei bezeichnet. Einen besseren Beweis (abgesehen von den Taten im Rigaischen Busen und am Isonzo) kann es nicht geben, daß unsere Feinde das Schwächesymptom nur vorgeschützt, in Wirklichkeit aber ganz gut verstanden haben, daß wir nur deshalb den Frieden vorschlagen, weil uns die Situation günstig ist, und weil wir unseren Zweck erreicht haben. Denn daß ein Schwacher Stärke heuchelt, kommt wohl oft in der Welt vor; daß aber ein Starker Schwäche heuchelt, das ist noch nicht dagewesen; es müßte denn sein als Kriegslist, um den anderen zu einem unvorsichtigen Angriff zu verlocken. Aber auch eine solche Kriegslist ist ganz und gar kein Zeichen der Schwäche. Umgekehrt zeigt diese Art, die deutsche Friedenswilligkeit abzulehnen, deutlich, was unsere Gegner

von ihr zu fürchten haben. Auch bei ihnen ist die Richtung, die den Verständigungsfrieden anstrebt, bereits sehr stark. Immer wieder spielen die Politiker darauf an und zetert die Northcliffpresse darüber. In dem Augenblick, wo einer der führenden Männer in London öffentlich zugeben würde, daß ein solcher Friede erreichbar ist, würde diese Richtung sofort die Oberhand erhalten, und die Friedensverhandlungen müßten beginnen.

Mir wurde ein Gespräch zur Verfügung gestellt, das jüngst ein hervorragender Neutraler mit einem Engländer in der Schweiz gehabt hat, und aus dem ich die Hauptstellen wiedergeben möchte. Der Engländer ist natürlich auch besessen von dem Gedanken, daß wir von einer Kaste von Militärs und Junkern regiert würden, die die Absicht gehabt hätten, durch einen großen Krieg die Weltherrschaft zu gewinnen. Von England schwört er, daß es keinerlei Erwerbung für sich selbst erstrebe, daß es nichts wolle, als die Freiheit Belgiens, weil auf ihr die Freiheit Englands selber beruhe. Deshalb würden und müßten die Engländer bis zum letzten Blutstropfen für die Wiederherstellung Belgiens kämpfen. Das alles können wir auf sich beruhen lassen. Beachtenswert aber erscheinen mir folgende Sätze. Der Neutrale hielt dem Engländer vor, daß die Mittelmächte doch oft genug ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen gezeigt, die Antwort der Ententestaatsmänner aber sei „immer eine so zurückweisende gewesen und im Ton so chauvinistisch herausfordernd, daß in Deutschland und in Oesterreich sich allmählich die Meinung verbreitete, je mehr die Mittelmächte ihre Bereitwilligkeit aussprächen, desto unerbittlicher und zu Verhandlungen weniger geneigt die Gegner würden." Der Engländer hat darauf erwidert, England könne nicht mit einem Staate verhandeln, der fortwährend von einem Siege, von einer militärischen Macht und von einem Siege auf Grund der Kriegskarte spräche. „Unsere Staatsmänner mögen vielleicht — wenn man ihre Reden objektiv betrachtet — übertreiben und dem deutschen Volk in betreff auf seine guten Absichten Unrecht tun, aber ich frage: kann heute ein englischer Staatsmann Töne anschlagen, die im eigenen Volk die Friedensstimmung auslösen? Kommt einmal diese Stimmung über das englische Volk, dann ist es vorüber mit der Fortsetzung des Krieges; der Engländer ist ein freier Mann, der trotz allgemeiner Wehrpflicht nur solange an der Front kämpft, als er in der richtigen Kriegsstimmung ist; er vertraut seinen Staatsmännern;

solange diese sagen, das Weiterkämpfen ist nötig, wird er weiter kämpfen; so wie er von Unterhandlungen hört, so weiß er, daß die Fortführung des Krieges nicht mehr notwendig ist und legt die Waffen nieder. Kein englischer Staatsmann wird es daher wagen, an Unterhandlungen heranzutreten, bevor nicht gesichert erscheint vor allem die Herausgabe Belgiens, dann aber auch der Bund der Völker und die Abrüstung. Die Erklärungen der deutschen Staatsmänner sagen uns klar und deutlich, daß man sich um alle die Fragen, welche heute entschieden werden müssen, herumdrücken will, sie sagen uns deutlich, daß man auf deutscher Seite die Forderungen, welche heute die ganze Welt stellt, nur dann annehmen will, wenn man nicht anders kann, wenn man also dazu gezwungen wird; daß man jede Gelegenheit benutzen wird, um die alten preußischen Machtideen zu verwirklichen. Nicht nur Leute in hervorragender Stelle Deutschlands, sondern ein großer Teil des Volkes hat energisch Belgien verlangt. Heute verlangen es noch die Alldeutschen und große Kreise der Industrie, also gerade jene, welche von der Regierung unterstützt werden. Der frühere Generalgouverneur von Belgien, Baron Bissing, hat doch sogar erklärt, Deutschland kann in Zukunft ohne den Besitz Belgiens nicht bestehen, Belgien müsse der Aufmarschraum für die deutschen Armeen gegen England bleiben. Aehnliches hören wir fortwährend."

Ich darf annehmen, daß, was dieser Engländer dem Neutralen gesagt hat, tatsächlich die Auffassung der jenseitigen Staatsmänner wiedergibt. Eben hat auch der italienische Minister Sonnino ganz dasselbe gesagt. Immer wieder hören wir von jener Seite, man könne nicht verhandeln, weil man in dem Augenblick, wo man sich dazu bereit erkläre, der Kriegswille in den Völkern zusammenbrechen würde und man sich dann allen deutschen Bedingungen würde unterwerfen müssen. Es kann kein glänzenderes Zeugnis für die Ueberlegenheit der deutschen Stellung geben. Ohne jeden Schaden können deutsche Staatsmänner erklären und haben es erklärt, daß sie zum Frieden bereit seien; der Kriegswille in unserem Volk ist nicht dadurch nicht geschwächt, sondern gestärkt. Vielleicht zu häufig haben wir unsere Bereitwilligkeit zum Frieden erklärt, aber nie mit der nötigen Klarheit. Wir würden unsere Feinde dann in eine noch größere Verlegenheit gesetzt haben. Durch alle Beteuerungen, seien es französischer, seien es anderer Minister, daß die Entente nicht eher aufhören würde, zu kämpfen, ehe nicht Elsaß-Lothringen

wieder französisch geworden sei, dürfen wir uns nicht die Augen verblenden lassen. Diese Beteuerungen müssen die feindlichen Staatsmänner in die Welt schicken und werden sie in die Welt schicken bis zu dem Tage, wo die Friedensverhandlungen tatsächlich beginnen, denn in dem Augenblick, wo sie das nicht mehr tun, erkennen die Völker, daß der Krieg kein Objekt mehr hat, und die Soldaten lehnen es ab, sich weiter töten zu lassen. Es war ein wahrer Schlager, wie man zu sagen pflegt, als Herr von Kühlmann erklärte, daß es nur noch Elsaß-Lothringen sei, um das gekämpft werde. Er hat damit den Zorn der „Deutschen Vaterlandspartei" erregt, aber eine Formel geschaffen, die uns unzweifelhaft dem Frieden ein gutes Stück näher gebracht hat. Der neue Reichskanzler, den wir erwarten, braucht auf diesem Wege nur mutig voranzuschreiten, um des Sieges im Innern, der da heißt Niederkämpfung des Chauvinismus, und des Sieges nach außen, der da heißt Friede auf der Grundlage der heutigen politisch-militärischen Gesamtlage, sicher zu sein.

Die zukünftige militärisch-politische Bedeutung Belgiens.

Ein Leser der „Preußischen Jahrbücher" am Niederrhein hat an mich einen Brief gerichtet, in dem er sagt, er habe durchaus gewürdigt, welche allgemeinen weltpolitischen Gründe für die Schaffung und Gründung eines großen Kolonialreiches und gegen die Festhaltung Belgiens und der Flandrischen Küste spreche.

„Aber gerade hier in der belgischen Frage, fährt er fort, die Sie selbst den Angelpunkt der Friedensfrage nennen, bin ich über das Hauptbedenken nicht hinausgekommen, das wie überhaupt, so auch in ihrer Zeitschrift noch gar nicht entschieden erörtert worden ist: Wie soll ein völlig unabhängiges Belgien, für das Sie eintreten, davor geschützt werden, nicht unter englisch-französischen Einfluß zu geraten, im Stillen zu einem Aufmarschgebiet gegen das wirtschaftliche Herz Deutschlands, dem rheinisch westfälischen Industriebezirk, gemacht zu werden? Ich habe hier schon Kapitalisten gesprochen, die die Wahl haben, und die ernstlich mit dem Gedanken umgehen, bei einer völligen Preisgabe Belgiens durch die Reichs-

regierung sich aus dem damit unsicher gewordenen rheinisch westfälischen Industriebezirk zurückzuziehen. Man darf nur an die gewaltige Entwicklung der Flugwaffe denken, die uns die Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach bringen wird, um solche Bedenken nicht ohne weiteres als Angstmeierei abtun zu können. Welche Verträge gibt es, durch die ein völlig selbständiges Belgien, mag es ein stehendes Heer halten oder nicht, davor bewahrt werden kann, von englischen Kaufleuten oder Agenten im Stillen überflutet zu werden, die alle militärischen Verhältnisse ausspionieren und beim Ausbruch eines zukünftigen englischen Rachekrieges ein sofortiges militärisches Zusammengehen Englands mit Belgien noch in ganz anderer Weise erleichtern, als es mit dem ebenfalls selbständigen „neutralen Belgien" vor 1914 geschah? Die Stimmung in Belgien, zum mindesten im wallonischen Teil und unter diesem Fürstenhaus, nach allen Leiden der Besetzung wird sicherlich zu England — Frankreich neigen. Auch der Einfluß der Flamen dürfte keine unbedingte Gewähr für einen erfolgreichen Widerstand gegen solche Tendenzen der belgischen Politik darstellen! Wo sind also die realen „Garantien" zu finden, von denen Bethmann Hollweg gesprochen hat? Wenn die belgische Frage als Hauptstreitpunkt der deutschen Kriegszielerörterung einen Schritt weiter kommen und ihren verbitternden Charakter im innerpolitischen Kampf verlieren soll, so muß diese Frage als Kernfrage in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt werden. Solange sie aber nur obenhin gestreift wird, können alle Argumente für ein völlig unabhängiges Belgien weder überzeugen, noch beruhigen. Hier spricht keine philisterhafte Furcht vor dem Kriege überhaupt, sondern es handelt sich um eine selbstverständliche Schutzmaßregel, deren Vernachlässigung nach den Erfahrungen von 1914 die Geschichte einem Deutschland nie verzeihen werde, das Belgien jetzt völlig in der Hand hält."

Ich glaube eigentlich die hier gestellten Fragen schon genügend erörtert zu haben, will aber gern noch einmal die Gründe für meine Auffassung kurz zusammenfassend darlegen. Auszugehen ist von dem Satz, daß nach diesem Kriege ganz wie vor ihm eine große Zahl von selbständigen, größeren und kleineren Staaten bestehen wird, von denen keiner mächtig genug ist, um es allein mit einer Koalition aller anderen aufnehmen zu können. Eine völlige Sicherung gegen eine solche Koalition gibt es also für Deutschland so wenig wie für irgendeinen anderen Staat. Es ist die Aufgabe einer

klugen Politik, uns davor zu bewahren. Angenommen, wir behielten Belgien in irgendeiner Form militärisch in der Hand, besetzten es dauernd mit einer erheblichen Truppenmacht, so wäre darum keineswegs ausgeschlossen, daß die Belgier sich eines Tages in einem gewaltigen Aufstand erheben, daß dieser Aufstand, durch die von drei Seiten zugleich einrückenden Truppen der Franzosen, Engländer und Holländer unterstützt, siegreich bleibt und uns mit schweren Verlusten aus dem Lande treibt. Das ist deshalb nicht ausgeschlossen, weil wir nur mit Friedensgarnisonen im Lande stehen würden, die nicht so schnell mit Reserven aufgefüllt werden können und also leicht mit ungeheurer Uebermacht überfallen werden könnten. Die Gefahr ist besonders groß, wenn wir, wie man ja zumeist annimmt, Belgien nur militärisch in die Hand nehmen, ihm aber im übrigen eine selbständige Verwaltung lassen würden. Man darf weiter gehen und sagen, daß ein derartiger Vorgang nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich sein würde, da weder Frankreich, noch England, noch Holland sich unsere dauernde Herrschaft in Belgien gefallen lassen können, sondern die erste Gelegenheit benutzen würden, von der ganzen Welt unterstützt, wieder loszuschlagen. Durch den Beitritt Hollands, das, wie ich im vorigen Heft nachgewiesen habe, die unausbleibliche Folge unserer Festsetzung in Belgien sein würde, würden die Engländer, da ihnen das Gebiet der Scheldemündung dann offen stehen würde, ein viel besseres Aufmarschgebiet gewinnen, als ihnen die schmale, hafenarme belgische Küste bietet. Die militärische Beherrschung Belgiens würde uns also einen recht fragwürdigen militärischen Vorteil, ganz sicher aber einen neuen Krieg eintragen.

Ein wiederhergestelltes Belgien durch irgendwelche Verträge für uns sichern zu wollen, ist aussichtslos. Der Wert solcher Verträge ist, wie die Erfahrung lehrt, zu gering. Stellen wir uns vor, daß sich aufs neue ein Bündnis England, Frankreich, Belgien gegen uns bildet, so könnten Verträge uns nicht schützen. Wir müssen unsere Sicherung durch andere Mittel suchen.

Da ist zuerst zu bedenken, daß die Weltgeschichte sich nicht wiederholt. Die Verhältnisse des Westens im Jahre 1914 waren im hohen Grade mitbestimmt durch die Verhältnisse des Ostens, durch den zu erwartenden Riesenangriff der Russen. Dadurch, daß dieser Angriff auf unabsehbare Zeit ausgeschaltet ist, ist auch der westlichen Kombination ein starker Riegel vorgeschoben. Voraus-

gesetzt, daß Deutschland selber nicht einen Angriff provoziert, was wir nicht anzunehmen brauchen, werden die Westmächte und namentlich die Belgier durch die Erfahrungen dieses Krieges belehrt, einen Angriff so leicht nicht wieder unternehmen. Daß die Sympathien der Belgier nach dem Kriege mehr den Engländern als uns zugewandt sein werden, mag man annehmen. Aber daß sie gerade sehr feurig sein werden, ist stark zu bezweifeln. Selbst wenn wir den Plan des Weltschiedsgerichts und der Abrüstung ganz außer Betracht lassen, was doch schon einen sehr großen Pessimismus voraussetzt, so ist die Gefahr eines englisch-französisch-belgischen Revanchekrieges gegen uns doch nur recht gering.

Noch weiter verringert wird diese Gefahr durch die nicht mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache, daß der Gegensatz zwischen Flandern und Wallonien, schon vor dem Kriege in stetem Wachsen, durch unsere kluge Verwaltungspraxis zu dem alles beherrschenden Moment der inneren Politik Belgiens geworden ist. Daß Belgien überhaupt keine innere Einheit bilde, sondern nur ein Kunstprodukt sei, ist allerdings eine falsche Vorstellung, die namentlich Professor Hampe historisch widerlegt hat. Aber dieser Einheit wird in Zukunft der nationale Gegensatz entgegenwirken. Ich glaube nicht daran, daß die Flamen für Deutschland etwa größere Sympathien hätten als die Wallonen; in der Abneigung gegen uns werden wohl alle Belgier ziemlich einig sein. Aber die Zwiespältigkeit des Volkes als solche wirkt notwendig auch auf seine auswärtige Politik. Ist ein solcher Parteigegensatz einmal vorhanden und die eine Partei sucht die Anlehnung auf der einen Seite, so sucht sie die andere auf der anderen, nicht aus Sympathie, sondern aus Parteiinteresse und Taktik. In dieser Zwiespältigkeit des zukünftigen Belgien liegt in der Tat für uns eine sehr starke reale Garantie, daß Belgien, mögen die Engländer und Franzosen sich noch so sehr darum bewerben, sich keineswegs glatt und vollständig dieser Kombination einfügen wird.

Sagt man, daß alle diese Momente die Gefahr zwar sehr herabmindern, aber doch nicht aufheben, so ist das zuzugestehen. Eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Ein Volk von acht Millionen, das nun einmal nicht deutsch ist und nicht deutsch sein will, kann auch einmal unser Feind werden. Das gilt nicht nur von Belgien, sondern auch von Holland, von Dänemark oder der Schweiz. Wollten wir diese Länder aber wegen zukünftiger, möglicher Feind-

schaft in unsere militärische Gewalt bringen, so würden wir uns damit nicht stärken, sondern schwächen. Die ganze Welt würde sich dann gegen uns vereinigen. Das unser kostbares, rheinisch-westfälisches Industriegebiet so ganz in der Nähe des Schauplatzes eines etwaigen neuen Krieges liegt, ist eine Tatsache und eine Sorge. Die besondere Gefährdung durch feindliche Flieger möchte ich dabei noch nicht so sehr gelten lassen, da die Flugtechnik sich vermutlich bald soweit steigern wird, daß die Angriffe fast ebenso gut aus einer etwas größeren Entfernung angesetzt werden können. Ueberdies käme ja in dieser Beziehung nicht bloß Belgien, sondern ebenso sehr Holland in Betracht, was sich ja ebensogut wie Belgien unseren Feinden einmal anschließen könnte. Wo man Nachbarn hat, hat man möglicherweise einmal Feinde. Selbst die Beherrschung Belgiens im Frieden würde, wie wir gesehen haben, unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet keineswegs schützen; die Mittel, die zu diesem Zweck vorgeschlagen sind, würden sogar die Gefahr eher noch vergrößern. Verlegen läßt sich die Industrie nicht von der Stelle, wo die Natur uns nun einmal die Kohle und das Eisen beschert hat, es sei denn, daß man aus Vorsicht gewisse Reserveanlagen weiter im inneren Deutschland vorbereite. Den wirksamsten Schutz gewährt immer eine genügende Wehrverfassung, eine stets fortschreitende Technik und eine kluge Politik.

Das Ministerium Hertling-Payer-Friedberg. Lloyd George. Clemenceau.

24. November 1917.

Als ich das letzte Heft abschloß, konnte ich schon als sicher annehmen, daß der Reichskanzler Michaelis seinen Abschied nehmen würde, wer aber sein Nachfolger werden würde, war noch ganz unsicher. Die Nachfolge ist nun übergegangen, wie man es ausdrücken darf, an ein Koalitionsministerium unter Führung des Grafen Hertling als Reichskanzler. Die Alles überragende Stellung des Reichskanzlers, wie Bismarck sie einst geschaffen, hat durch diese Neubildung eine wesentliche Einschränkung erfahren. Wir haben zwar aus guten Gründen nicht ein kollegialisches Reichsministerium erhalten, wie es früher oft verlangt worden ist: der

Reichskanzler ist als der formell allein verantwortliche leitende Staatsmann geblieben, aber ihm sind Politiker an die Seite gesetzt, die, anderer Herkunft als er selber, nicht wieder durch ihn entfernt werden können ohne seine eigene Stellung zu zerstören, ihn also in der Freiheit seiner Bewegungen einschränken. Graf Hertling ist Zentrumsmann, der Vizekanzler Herr von Payer ist der Führer der freisinnigen Volkspartei, der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Herr Dr. Friedberg ist der Führer der Nationalliberalen. Wir haben also wie in anderen Ländern ein Koalitionsministerium. In England sitzen seit langem in demselben Ministerium der Radikale Lloyd George und die Konservativen Bonar Law und Balfour. Bei uns fehlt der konservative Parlamentarier. Die konservative Richtung aber ist vertreten dadurch, daß ein erheblicher Teil der Ministerien wie der Staatssekretäre noch immer besetzt sind, nicht mit Parlamentariern, sondern mit Beamten. Der Begriff des Koalitionsministeriums muß also, so zu sagen, dahin erweitert werden, daß die Koalition nicht bloß verschiedene Parteien, sondern auch die Parteien und das Beamtentum umfaßt. Insbesondere steht an der Spitze des Kriegsministeriums nach wie vor ein General.

Die Neubildung hat alle Vorzüge und alle Nachteile, die Koalitionsregierungen überhaupt anhaften. Weshalb strebt man nicht immer und zu allen Zeiten danach, die Geschicke des Landes einer Vereinigung aller Parteien gleichzeitig zu übertragen? Wäre es nicht das Schönste, stets das gesamte Volk hinter der Regierung zu wissen? Gewiß wäre es das Schönste, aber es wäre die Schönheit des Paradieses, wo zwar kein Kampf und Streit ist, aber überhaupt nichts geschieht. Das politische Leben ruht auf der Bewegung und die Bewegung fordert Gegensätze. Es gibt keine Politik ohne Parteien. Der Kampf kann blutig und unblutig, leidenschaftlich und gehässig oder mehr sachlich und abgemildert sein. Völlig ausgeschaltet aber kann er nur in gewissen Uebergangsmomenten sein, also z. B. im Kriege, wenn alle Kräfte so sehr angespannt und auf das auswärtige Ziel gerichtet sind, daß man dabei den inneren Kampf sistieren kann und muß. So ist auch das Ministerium Hertling-Payer-Friedberg nur ein Kriegsprodukt. Was hinterher kommt, können wir abwarten. Auch die Engländer wissen heute noch nicht, wie sie ihr altes System der parlamentarischen Parteiregierung nach dem Frieden wieder aufbauen sollen.

Ihre alten Parteien sind zerstört, Neubildungen sind unvermeidlich und bereits deutlich im Anzuge, aber nicht nur neue Parteibildungen, sondern auch administrative Neuschöpfungen, ähnlich unserem Beamtentum, die nicht verfehlen werden, sich auch einmal politisch geltend zu machen. Der Staatssozialismus, der, wie der Abgeordnete Dr. Lensch in einem soeben erschienenen, glänzend geschriebenen Buche „Drei Jahre Weltrevolution"*) ausführlich dargelegt hat, England von Grund aus umschafft und das alte, individualistisch-kapitalistische England begräbt und ablöst, muß notwendig auch die Regierungsform umschaffen. Wie in seinem Wirtschaftssystem, so muß England auch in seiner Regierungsmethode, mag es wollen oder nicht, sich der unsrigen annähern, und ich für meine Person bin nach wie vor der Meinung, daß das beste Regierungssystem ein von den Parteien im Parlament kontrollierter Beamtenorganismus ist, so wie wir es vor dem Kriege hatten. Ich bleibe bei dieser Meinung, obgleich ich zugeben muß, daß dieses System jetzt einen schweren Zusammenbruch erlitten hat. Ueber die letzten Zusammenhänge dieses Zusammenbruchs kann erst nach dem Frieden öffentlich gesprochen werden. Gewiß sind sie zum Teil, aber doch nur zum Teil, in der Natur des Beamtentums selber zu suchen. Wenn man jetzt sagt: Herr Dr. Michaelis war unzweifelhaft einer unserer befähigtsten Beamten, wenn er nun als Reichskanzler so völlig versagt hat, so ist das der Beweis, daß das Beamtensystem für die Staatsleitung nicht genügt. Zugestanden. Aber es ist noch niemals behauptet worden, daß das Beamtentum als organisierte politische Intelligenz den Gipfel der staatsmännischen Weisheit darstelle. Ich selber habe aufs stärkste hervorgehoben, daß eine der größten Blamagen in der Geschichte aller Politik, die preußische Ostmarkenpolitik, wesentlich als Produkt bürokratischer Denkart aufzufassen sei, und so ist auch die Reichskanzlerschaft Michaelis ganz gewiß als Symptom der Unzulänglichkeit dieser Regierungsart zu buchen. Aber damit ist noch nicht bewiesen, daß ein anderes Regierungssystem besser sei; ist man etwa in den westlichen Staaten mit den Ergebnissen des parlamentarischen Systems zufrieden? Man heult dort geradezu vor Verzweiflung über die Unfähigkeit der Männer, die mit dieser Methode ans Regiment gelangt sind, und umgekehrt

*) Berlin, S. Fischer-Verlag, 220 S.

werden bei uns gerade auf dem radikalen Flügel Stimmen laut, die sehr unbefangen die Vorzüge des organisierten Beamtentums preisen. Der Sozialdemokrat Heilmann hat in einer Art, die mit meiner Auffassung ganz konform ist, in der „Glocke" dargelegt, daß der zukünftige Staat mit seinen gewaltigen wirtschaftlichen Organisationen unmöglich von parlamentarischen Dilettanten geleitet werden könne, und das fachmännisch gebildete Beamtentum an der Spitze der großen Wirtschaftsinstitutionen, die zukünftig einen großen Teil des Staatslebens bilden werden, für unentbehrlich erklärt. Wechselnde parlamentarische Redner können weder die Staatseisenbahnen, noch ein Elektrizitätsmonopol, noch ein Reichsgetreideamt leiten.

Wägen wir alles gegeneinander ab, so kommen wir von neuem auf die alte Weisheit, daß es das absolut gute Regierungssystem, den viel gesuchten besten Staat nicht gibt, und daß das heilsame Fortkommen in einem gewissen Wechsel gesucht werden muß. So sind jetzt, der Lage der Dinge entsprechend, nicht ein Diplomat oder ein Verwaltungsbeamter, sondern zwei parlamentarische Professoren und ein Rechtsanwalt zur Regierung für Deutschland-Preußen berufen worden. Möge ihnen Heil und Erfolg beschieden sein. Die beiden Aufgaben, für deren Durchführung sich dieses Koalitionsministerium gebildet hat, sind die preußische Wahlreform und der Friede. Beides durchzuführen, verlangt nicht nur die richtige Einsicht, sondern auch vor allem den genügenden Mut. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist notwendig geworden aus einem taktischen und einem sachlichen Grunde. Taktisch ist es notwendig, weil wir den Krieg nicht gewinnen können ohne die Hilfe der großen Massen, und um diese zu gewinnen, man ihnen auch die Gewähr geben muß, daß sie künftig in dem nationalen Staatswesen, das sie mit erkämpfen sollen, auch mit uneingeschränkter Gleichheit gehört werden. Die Hinausschiebung der Reform bis nach dem Kriege gibt diese Gewähr nicht nur nicht, sondern erregt im Gegenteil den Verdacht, daß die Reform ganz wie 1908 zu Fall gebracht oder wenigstens verstümmelt werden würde. Wer verlangt, daß um des Burgfriedens willen der Zwist über die Wahlreform jetzt vermieden werde, der fordert etwas, was uns den Krieg verlieren machen könnte. Der sachliche Grund aber, weshalb das Dreiklassenwahlrecht und jede Bevorzugung des Besitzes in den politischen Rechten abgeschafft werden muß, ist der durch den Krieg veränderte

Maßstab des Begriffes der Leistung. Wenn schon nur mit etwas Schrauben, so ließ sich doch bis 1914 einigermaßen der Satz verteidigen, daß im Besitz eine Leistungsfähigkeit liege, der man auch in der Volksvertretung Rechnung tragen müsse. Dieser Satz ist heute unerträglich geworden, denn es kann niemand geben, der für den Staat mehr geleistet hätte als wer drei Sommer und vier Winter im Schützengraben gelegen, hundertfaches Trommelfeuer durchgemacht, feindliche Stellungen erstürmt, feindliche Angriffe mit Handgranaten und blanker Waffe abgeschlagen hat. Und ein wie großer Teil des Besitzes wird am Ende des Krieges gar in den Händen von mehr oder weniger legalen Wucherern sein! Sollen diese ein höheres Wahlrecht haben als die Krieger? Nichtsdestoweniger sind die Widerstände gegen die Reform so stark, daß die ganze Energie der geschlossenen Regierung dazu gehören wird, die Reform durch die beiden Häuser des Landtages zu bringen. Wenn der Minister des Innern auch nur mit der Wimper zuckt, ist sie verloren. Die Gefahr ist um so größer, als man weiß, daß sowohl Graf Hertling als Herr Dr. Friedberg bisher dem gleichen Stimmrecht durchaus nicht besonders geneigt waren. Aber nachdem sie einmal die Notwendigkeit erkannt und zugestanden haben, wird man hoffen dürfen, daß sie auch die starke Hand zeigen werden, die ein solches Werk durchzuführen notwendig ist. Der Krieg ist es, der die Reform fordert, das ist das Wort, das der neue Präsident und der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums im Abgeordnetenhause sprechen müssen, wenn sie zeigen wollen, daß sie auf ihrem Platze die rechten Männer sind. Dann aber werden sie auch durchdringen.

Es gibt ja nicht wenige gute Patrioten, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen scheuen, weil sie in der Freisinnigen Volkspartei noch immer die unfruchtbare Nörgelei Eugen Richters und in der Sozialdemokratie die Revolution sehen. Man rechnet aus, wie viele Mandate an diese Parteien wie an die Polen fallen werden, und erschrickt. Ist es aber nicht völlig klar, daß alle diese Parteien nach dem Kriege nicht mehr sein werden, was sie ehedem waren und was sie noch vor dem Kriege waren? Hat das Zentrum, das einst so Vielen für einen gefährlicheren Reichsfeind galt als das Proletariat, nicht nur längst die Stellung einer staatserhaltenden Partei gewonnen, sondern jetzt sogar den Reichskanzler gestellt, warum sollen wir nicht gute

Aussicht haben, nachdem wir uns im Kriege mit der Sozialdemokratie auf dem nationalen Boden gefunden haben, auch nach dem Kriege mit ihr zu regieren? Ich kenne seit dem August 1914 keine interessantere politische Lektüre als die junge Sozialdemokratie, die sich ihres eigenen Wesens und ihrer Metamorphose bewußt zu werden sucht. Wie unsagbar öde sind die Agitationsschriften unserer Nationalisten, selbst die glänzende Rhetorik H. St. Chamberlains, verglichen mit den Schriften der Lensch, Hänisch, Cunow, Heine, Heilmann, Fändrich, Renner*)! Hier sind nicht bloße Worte, sondern Gedanken, nicht bloß Umformungen alter, lieber Schlagsätze, sondern Neuschöpfungen. Was ist denn heute noch unsere konservative Partei? Nichts als der Trümmerhaufen einer großen Vergangenheit. Wie oft hat man gerufen nach einer konservativen Volkspartei, nach irgendeinem Element, das nicht bloß den Grundbesitzern und einigen Gebildeten, sondern auch den Massen den konservativen Gedanken lieb machen könne. Dieses Bedürfnis, dem Konservatismus einen Tropfen demokratischen Oeles zuzusetzen, war ja schon die eigentliche Wurzel der Stöckerschen Bewegung. Jetzt soll eine wilde Uebertreibung des nationalen Machtgedankens helfen. Aber die große Zukunft Deutschlands liegt in ganz anderer Richtung. Alles wandelt sich und auch unsere Parteien müssen sich wandeln. Wie dieser Prozeß sich vollziehen wird, vermag noch niemand vorauszusehen, aber so viel ist schon klar und gewiß, daß wenn wir die Folgen der preußischen Wahlreform zu berechnen wünschen, wir nicht mehr mit dem Parteigetriebe und den Gegensätzen der Friedenszeit vor 1914 rechnen dürfen. Wenn die konservative Partei heute die Zeichen der Zeit verstände, nähme sie sich ein Beispiel an dem französischen Adel in jener Augustnacht 1789, wo er selber in der Nationalversammlung die Aufhebung der Feudalrechte beantragte. Man sage nicht etwa, daß dem französischen Adel doch diese Nachgiebigkeit schlecht bekommen sei. Schlecht bekommen ist ihm, daß er nicht in der Richtung des Entgegenkommens gegen den neuen Geist geblieben ist, sondern sich ihm widersetzt hat. Eher mag man einwenden, daß die Ueberlieferung bezüglich dieses 4. August stark legendarisch ist. Aber auch die Legenden haben ihre, wenn nicht reale, doch ideale Wahrheit, und diese ideale Wahrheit des

*) Renner ist Oesterreicher. Sein letztes Buch heißt: Marxismus, Krieg und Internationale. Stuttgart. S. H. W. Dietz. 1917.

4. August ist es, die heute unseren Konservativen den richtigen Weg weisen würde und müßte — den Weg zur konservativen Volkspartei.

* * *

Während in Deutschland eine neue Regierung gebildet worden ist mit der ausgesprochenen Richtung auf den Parlamentarismus und Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden, haben in England Lloyd George mit seiner strategischen Bußpredigt und in Frankreich Clemenceau als Haupt einer neuen Regierung abermals den Krieg bis zum äußersten proklamiert. Ist das eine neue Bestätigung der Behauptung der Alldeutschen und der Vaterlandspartei, daß je mehr wir Friedensneigung merken lassen, die Anderen nur um so eifriger zum Kriege werden? Bisher hat es doch immer geheißen, daß, wenn Deutschland erst ein parlamentarisches Regiment habe, der Friede heranrücken werde, — und nun? Sagt man etwa: dieser Parlamentarismus genügt uns noch nicht? Oder sagt man: wir wissen nicht, ob dieser Parlamentarismus von Dauer ist? Nichts von solchen Ausreden, zum wenigsten nicht von irgendeiner maßgebenden Stelle. Einige liberale Zeitungen haben wohl freundlich Beifall geklatscht, aber damit ist es aus. Die Staatsmänner sagen einfach gar nichts; man tut, als ob in Deutschland überhaupt nichts passiert sei; man läßt sich selbst von der neuen Regierung in Rußland und ihren Waffenstillstands-Anerbietungen nicht imponieren, sondern proklamiert nach wie vor den Willen zum Sieg, den Willen zum vollständigen Sieg.

Ist die Situation wirklich damit erschöpft? Ist dabei keinerlei Bluff? Keine Maske? Um diese Fragen zu beantworten, nimmt man am besten die Wendung: könnten die feindlichen Regierungen denn jetzt überhaupt anders sprechen, selbst wenn sie tatsächlich sehr ernsthaft sich mit Friedensgedanken tragen sollten? Man überlege: in dem Augenblick, wo ein englischer oder französischer Minister sagte oder auch nur andeutete, daß die Zerschmetterung Deutschlands aufgegeben und ein Verständigungsfriede angebahnt werden müsse, in dem Augenblick wäre die Fortsetzung des Krieges nicht mehr möglich. Weshalb war es denn aber möglich, daß man bei uns in Deutschland schon lange den Verständigungsfrieden proklamierte, ohne daß der Krieg aufhörte? Es ist der Unterschied zwischen dem Eroberungskrieg und dem Verteidigungskrieg. Hier ist die Wahrheit, daß

Deutschland das Land ist, welches den Verteidigungskrieg führt, mit Händen zu greifen. Deutschland konnte den Verständigungsfrieden proklamieren, die Anderen können es nicht. Das deutsche Volk ist in seiner moralischen Zuversicht durch seine Friedensangebote gestärkt worden, unsere Gegner würden dadurch geschwächt werden. Herr von Bethmann Hollweg hatte recht und hat dem deutschen Volke eine unendliche Wohltat erwiesen, als er jetzt schon vor einem Jahr dem Kaiser riet, ein Friedensangebot zu machen. Aus diesem Friedensangebot hat das deutsche Volk sich von neuem gestärkt in der Sicherheit des guten Gewissens, das ihm die Kraft zum Durchhalten gibt. Unsere Gegner können ihren Kriegswillen nur aufrecht erhalten, indem sie bramarbasieren. Die weitere Folge aus dieser psychologischen Vorbedingung ist, daß der Friede einmal nicht allmählich, sondern nur mit einer gewissen Plötzlichkeit kommen kann, und daß aus den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus, so wild sie waren, doch nichts geschlossen werden darf.

Weshalb Lloyd George die Rede überhaupt gehalten und weshalb die französische Kammer erst Ribot und dann Painlevé gestürzt und Clemenceau berufen hat, ist nicht sicher zu erkennen. Clemenceau ist jedenfalls berufen worden als der Kraftmann. Während man in Deutschland nach dem Parlamentarismus schrie, hatte man ihn in Frankreich satt. Während Graf Hertling bei uns gerühmt wurde, daß er vor definitiver Uebernahme seines Amts mit den führenden Parlamentariern Rücksprache genommen und sich ihrer Unterstützung versichert hatte, rühmten französische Zeitungen Herrn Clemenceau, daß er einmal durchgegriffen und nicht vorher allenthalben in den Fraktionszimmern des Parlaments herumgeschnuppert, und er selber spottete in seiner Zeitung über das Parlament, das der Situation nicht gewachsen sei. Keines der parlamentarischen Ministerien, klagte der Abgeordnete Benoist, habe auch nur den zehnten Teil der Kräfte des Landes auszunutzen verstanden. Ausschaltung des Parlaments, tatsächliche, wenn auch nicht formelle Diktatur von Clemenceau hier, Lloyd George dort, ist deshalb bei unseren Feinden das Gegenstück zu der Abwechselung, die wir uns geleistet haben mit der Einsetzung eines parlamentarischen Koalitionsministeriums. Ich habe die Empfindung, daß das Ministerium Hertling die beiden Diktatoren drüben überleben wird. Lloyd George hat im englischen Parlament seine Pariser Rede halb und halb zurückgenommen, und es scheint nicht unmöglich,

daß man sie ihm nur deshalb verziehen hat, weil seine Gegner die Situation noch nicht für ganz reif halten, um ihn zu stürzen. Daß aber General Haig und der Generalstabschef Robertson, deren Offensiven in Flandern er so offenbar gemißbilligt hat, neben ihm bleiben sollten, scheint fast ausgeschlossen. Entweder der Diktator oder die beiden Militärs werden binnen kurzem weichen müssen. Vielleicht alle drei. In Clemenceaus Berufung aber könnte sich die französische Kammer gefunden haben ganz in derselben Erwägung, weshalb das englische Parlament Lloyd George noch gehalten hat, nämlich um ihn sich verbrauchen zu lassen. Bei der Stimmung und dem Temperament des französischen Volkes ist es schwer, einen Frieden zu schließen, solange noch ein führender Parlamentarier existiert, der behauptet, den Krieg gewinnen zu können. Muß nun auch Clemenceau in absehbarer Frist bekennen, daß er das nicht kann, dann ist die Zeit für den Frieden reif, und dann wird sich zeigen, daß diejenigen recht hatten, die, wie der Reichskanzler Graf Hertling es jetzt formuliert hat, von je sagten, daß der Krieg nicht allein auf den Schlachtfeldern gewonnen werden könne.

Der Krieg von Juli bis November.

24. November 1917.

Ungeheure Schlachten sind in diesem Sommer und Herbst an der Westfront geliefert worden (seit dem 31. Juli fast ununterbrochen) und sind noch im Gange, auch die Italiener hatten zum elften Male (Ende August) an der Isonzofront angesetzt, ohne daß strategische Gedanken und strategische Erfolge hervorgetreten wären, die mich veranlaßt hätten, an dieser Stelle darüber zu schreiben. Auch die Einnahme von Riga und die darauffolgende Besetzung der Inseln im Rigaischen Meerbusen waren zwar Ereignisse von erheblicher Bedeutung und interessant in dem Zusammenwirken von Heer und Flotte, ich konnte mich aber an dieser Stelle mit der bloßen rühmlichen Erwähnung begnügen. Nunmehr aber hat sich in Italien wieder ein Ereignis vollzogen, das man als eine strategische Aktion eigentümlicher Art und im großen Stil bezeichnen kann. Elfmal sind die Italiener gegen die österreichische Front am Isonzo ange-

stürmt, immer vergeblich. Seit dem Mai 1915 ringen sie sich an dieser Stelle ab und haben ganz ebenso wie die Engländer und Franzosen an der Westfront nichts erlangt als einige Vorstellungen und einige Dutzend Quadratkilometer strategisch gleichgültigen Geländes. Hunderttausende und Aberhunderttausende sind vergeblich geopfert worden. In anerkennenswerter Zähigkeit präparierte Cadorna den zwölften Angriff und soll sich nach der Behauptung des französischen Ministers Clemenceau des Sieges diesmal völlig sicher gefühlt haben, als plötzlich eine deutsche Hilfsarmee mit den Oesterreichern ihrerseits zum Angriff vorging, die italienische Front, ohne auch nur erhebliche Verluste zu erleiden, durchbrach und die ganze italienische Stellung aufrollte. Wie ist das zu erklären? Absolute qualitative Ueberlegenheit der Truppen? Ueberlegenheit der Führung? Besondere strategische Verhältnisse? Neuere besondere Technik?

Es dürfte Alles zusammengewirkt haben. Auszugehen ist von der besonderen strategischen Lage, die dahin zu charakterisieren ist, daß die österreichische Verteidigungsstellung vom Adriatischen Meer bis zum Gardasee nicht bloß einen Halbkreis, sondern beinahe einen Dreiviertelkreis bildet, den die Italiener von innen heraus zu durchbrechen suchten. Immer wieder hat Cadorna, wenn die Verbündeten italienische Truppen an irgendeiner anderen Stelle verlangten, darauf hingewiesen, daß die unglückliche Geographie der italienischen Front das verbiete; die weite umfassende Stellung der Oesterreicher im Gebirge mache es diesen möglich, plötzlich an irgendeiner Stelle mit einer Offensive hervorzubrechen und einen großen Teil der italienischen Front im Rücken zu nehmen. Als die Russen im Frühjahr 1916 ziemlich erschöpft schienen, haben die Oesterreicher ja auch versucht, auf diese Weise eine große Entscheidung herbeizuführen. Von Tirol aus in der Gegend der Sieben Gemeinden (Asiago—Arsiero) stießen sie vor, und der glücklich fortschreitende Angriff schien die italienische Armee mit der Vernichtung zu bedrohen. Noch einige Märsche weiter und das Gros der italienischen Armee wäre von der Heimat abgeschnitten und rings eingeschlossen gewesen. Die Italiener wurden gerettet, indem in diesem Augenblick die große Brussilow-Offensive einsetzte und die Oesterreicher zwang, ihre Truppen nach Galizien überzuführen.

Seit vielen Wochen war in der Welt bekannt, daß eine neue Offensive mit Hilfe einer Anzahl deutscher Divisionen bevorstehe.

Die feindliche Presse beschäftigte sich eingehend damit und erwog alle verschiedenen Möglichkeiten. Nichtsdestoweniger ist es unserer Führung geglückt, Cadorna bis zum letzten Augenblick über den Einbruchspunkt im Unklaren zu halten. Wie unrichtig haben diejenigen geurteilt, die da glaubten, daß die List in der heutigen Strategie keine Rolle mehr spiele! Es ist fast ein entscheidendes Moment, daß es gelingt, den feindlichen Nachrichtendienst listig zu täuschen, insbesondere in bezug auf Truppenverschiebungen. War es nicht das Natürlichste, daß die Italiener den Angriff wiederum an der Stelle erwarteten, wo es für sie am allerempfindlichsten und das erste Mal dem Erfolg schon so nahe gewesen war? Aber die Stelle war diesmal ganz wo anders, und die Italiener fanden sie nicht heraus. Es scheint, daß Cadorna schließlich den Angriff am meisten da erwartet hat, wo er selber immer wiederholt seine Offensiven angesetzt hatte, am unteren Isonzo. Die Stelle aber, wo die deutsche Armee unter General v. Below sich in die österreichisch-ungarische eingeschoben hatte, war etwas nördlich von den alten Schlachtfeldern am Isonzo, mit dem Südpunkt etwa 6 Meilen vom Meere entfernt, 3 Meilen nördlich von Görz und sich von dort etwa 3 Meilen nordwärts erstreckend. Dieser Punkt ist strategisch nicht ganz so gefährlich für den Gegner wie jene Stelle Asiago—Arsiero, weil der Angriff das Gros der Italiener nicht so direkt im Rücken faßt. Aber bei der bogenförmigen Stellung kommt doch jeder Durchbruch einem Teil der feindlichen Front bald in den Rücken, und der Punkt von Tolmein—Flitsch hat den Vorzug, gute Eisenbahnverbindungen hinter sich zu haben, und das dürfte den Ausschlag für die Wahl dieser Angriffsstelle gegeben haben. Zwar führen die Eisenbahnen nicht direkt in die Stellung, wie das bei Tarnow-Gorlice der Fall war, aber dafür sind es nicht weniger als drei oder vier Linien, die nutzbar gemacht werden können, so daß Truppen und Material mit zwei oder drei Märschen in die Stellung gelangen können. Freilich gibt es bei Gebirgsbahnen leicht Störungen, aber schließlich ist der Aufmarsch und der Aufbau der Batterien doch tatsächlich ohne gar zu großen Aufenthalt und ohne daß die Feinde es bemerkt haben, gelungen.

Nun folgt (24. Oktober früh) der Angriff ganz in der Art, wie einst bei Tarnow—Gorlice und ganz im Gegensatz zu der Methode, die die Engländer und Franzosen gegen uns anwenden, nämlich nur eine ganz kurze Artillerievorbereitung von wenigen

Stunden und dann sofort der Sturm der Infanterie. Der Unterschied gegen Tarnow-Gorlice war die Anwendung von Gasgeschossen in unerhörtem Umfang. Bei der Plötzlichkeit und Intensität des Angriffs brach er ohne weiteres durch, ehe die Italiener ihre Reserven auch nur in Bewegung gesetzt hatten. Den ersten Tag scheint auch Cadorna nicht sicher gewesen zu sein, wo eigentlich der Hauptangriff erfolge, da die Oesterreicher auf der Hochfläche von Bainsizza südlich von Görz auch eine Bewegung machten. Während die Deutschen und die Oesterreicher nun unausgesetzt weiter vordrangen und eine Höhe nach der anderen erstürmten, kamen allmählich italienische Reservedivisionen heran. Aber unfähig, sich zwischen den Bergen zu entwickeln, wurden sie wie sie ankamen überwältigt; sie sollen sogar stellenweise geradezu in die Gefangenschaft hineinmarschiert sein. Während am zweiten Tage 10000 in Gefangenschaft fielen, waren es am vierten (27. Oktober) bereits 60000 geworden und am folgenden, als die deutschen Truppen bei Cividale in die Ebene traten, 100000. Die Gebirgsstrecke, die auf diese Weise von unseren Truppen durchschritten wurde, ist in der Luftlinie etwa 4 Meilen breit. Wie wenig das klingt, vier Meilen in fünf Tagen, und welch ungeheure Leistung bedeutet es, Berge und Schluchten in vier Meilen Breite, die Schritt für Schritt verteidigt werden, zu überwinden! Welche triumphierenden Berichte haben die englischen und französischen Generale nach Hause geschickt, wenn es ihnen gelungen war, in wochenlangem Ringen eine Meile Gelände zu gewinnen!

Mit dem Eintritt in die Ebene ging es nun erst recht vorwärts. Die deutschen Truppen bedrohten jetzt die italienischen Stellungen in den Bergen rechts und links von ihnen in der Flanke und im Rücken. Nichts blieb übrig als der schleunigste allgemeine Rückzug. Cadorna hatte sich so sicher gefühlt, daß er die große Sperrfestung Gemona, da wo die österreichische Südbahn in die Ebene tritt, desarmiert gehabt haben soll: sie wurde jetzt von den Oesterreichern ohne Schwierigkeiten genommen. Ueber die Hälfte der gesamten schweren Artillerie der Italiener und die riesigen Massen von Munition, die für die beabsichtigte zwölfte Offensive aufgehäuft waren, sind in unsere Hände gefallen. Immer neue kleinere und größere Abteilungen wurden bei dem weiteren konzentrischen Vordringen abgefangen, abgeschnitten und in die Gefangenschaft abgeführt, schließlich bis fast 300000 Mann.

Immer, wenn taktisches Zusammenwirken in Aussicht stand, setzte sich ein weiteres Stück des großen österreichischen Umfassungsbogens in Bewegung, endlich auch die Armee des Generals von Conrad in Tirol auf dem alten Kampfplatz Asiago-Arsiero. Auf dieser Stelle hatten die Italiener sich ganz besonders gegen einen Angriff vorgesehen und sie mit Panzerforts und Bergbefestigungen, wie sie glaubten, uneinnehmbar verbarrikadiert. Aber ein Fort nach dem andern ist gefallen, ein Berg nach dem andern ist erstürmt. Wo diese Kämpfe ihren Abschluß finden werden, ist heute noch nicht zu übersehen; so ungeheuer die Verluste der Italiener an Menschen wie an Material sind, so repräsentieren sie doch noch immer eine gewaltige Macht, der zugute kommt, daß die Verteidigungslinie, nachdem die Verfolgung zu einem gewissen Stillstand gekommen, jetzt so wesentlich verkürzt ist, und die Bruchstellen sehr schnell mit Reserven wieder versetzt werden können. Ob die Franzosen und Engländer wirklich wesentliche Verstärkungen geschickt haben oder noch schicken werden, oder sich auf bloße Demonstrationen beschränken, um den Italienern wieder einen moralischen Auftrieb zu geben, ist noch nicht zu erkennen.

Zu der Gunst der geographischen Situation, zu der Ueberlegenheit der Führung, die diese Gunst strategisch und technisch auszunützen verstand, soll nun noch ein moralisches Manko der italienischen Armee hinzugekommen sein, das die Leichtigkeit und die Größe des österreichisch-deutschen Sieges erklären würde. Die englische Morning Post, indem sie mit Spott allerhand Fabeln, namentlich die einer unermeßlichen numerischen Ueberlegenheit auf unserer Seite ablehnt, behauptet mit Bestimmtheit, daß viele italienische Truppenteile nicht gefochten hätten, weil sie nicht hätten fechten wollen. „Der Leninismus" habe nicht nur das russische, sondern auch das italienische Heer ergriffen und zersetzt, und natürlich sind es „deutsche Agenten" gewesen, die den italienischen Soldaten das pazifistische Gift eingeimpft haben. Ob der italienische Soldat wirklich zum Teil den Willen zum Fechten aufgegeben hat, wird man wohl erst später einmal mit Sicherheit erfahren.

Um die strategische Erscheinung dieses Feldzuges vollständig zu verstehen, wird man die Frage aufwerfen müssen, weshalb denn dieser Durchbruch glückte, Cadorna aber seine Durchbruchsversuche elfmal mißglückt sind. Die Erfahrung lehrt immer wieder, daß einem Durchbruch, wenn er gut vorbereitet ist und einigermaßen

überraschend kommt, ein Anfangserfolg fast immer beschieden ist. Das haben wir an unserer Westfront nicht ganz selten recht schmerzlich erfahren. Die Entscheidung des italienischen Feldzuges lag darin, daß wir nach dem Anfangserfolg auch die feindlichen Reserven überwältigten, und das hing damit zusammen, daß die Reserven in dem Gebirgslande nicht schnell genug auftreten und sich entwickeln konnten. Als wir dann in die Ebene hinaustraten, war der Sieg bereits so groß, daß er nicht mehr aufzuhalten war. Wenn dem nun so ist, weshalb hat Cadorna es nicht auch fertig gebracht, einmal an irgendeiner Stelle zu überraschen und mit einer so großen Ueberlegenheit aufzutreten, daß ihm der Erfolg zufallen mußte? Elfmal hat er eigensinnig immer wieder am unteren Isonzo angegriffen, den Hauptangriffspunkt wohl um ein oder zwei Meilen herunter- oder heraufgeschoben, aber schließlich doch nur und immer an dem ersten strategischen Grundgedanken festgehalten. Warum hat er z. B. nie versucht, an dem Nordpunkt des großen Bogens ins Pustertal einzudringen, wo die italienische Grenze so weit vorspringt, daß die Geschosse aus den schon im Frieden angelegten Befestigungen nicht weit von Toblach die Bahn erreichen konnten? Eine andere Stelle wäre etwa an der Südbahn entlang gewesen, wo die Italiener in nicht gar zu großer Entfernung das engmaschige Eisenbahnnetz Villach—Klagenfurt vor sich gehabt hätten. Aber obgleich auch an diesen Fronten ebenso wie an der Tiroler Front und am Gardasee gekämpft worden ist, so hat der eigentliche strategische Druck doch immer nur auf der Isonzostrecke gelegen. Die Erklärung wird in der Natur des Gebirgskrieges zu suchen sein. Clausewitz hat seinerzeit gelehrt, das Gebirge sei dem Verteidiger zwar günstig für das Einzelgefecht; es erlaube mit geringen Kräften stärkere Kräfte längere Zeit aufzuhalten; für die große Entscheidungsschlacht aber sei das Gebirge dem Verteidiger ungünstig, weil der Angreifer an irgendeiner Stelle überraschend auftreten, und der Verteidiger immer nur auf wenige enge Straßen angewiesen, seine Verstärkungen von den nicht angegriffenen Punkten nicht schnell genug heranführen könne. Danach hätte Cadorna in der Tat irgendwo eine große strategische Entscheidung suchen müssen, um dann seinen Sieg zu verfolgen. Dem ist aber entgegen zu halten, daß durch die ungeheure Vergrößerung der Heere auch die Grundsätze der Gebirgsverteidigung verändert worden sind. Ich habe das schon bei der Betrachtung der Karpathenschlacht im Jahre 1914/15

hervorgehoben. Napoleon ist seinerzeit, nachdem er die Oesterreicher in Italien besiegt hatte, im Frühjahr 1797 ohne weiteres durch diese Gebirge auf Wien vormarschiert. Cadorna wird sich gesagt haben, daß er auch nach einem erheblichen taktischen Erfolge das nicht könne; daß die Oesterreicher immer noch so viel Kräfte übrig behalten würden, um ihm im Gebirge einen zähen Widerstand entgegenzusetzen, ihn nur langsam vorkommen zu lassen und ihn endlich so in seinen rückwärtigen Verbindungen zu bedrohen, daß er werde umkehren müssen. Was nützte es ihm also, wenn er ein Stück von Tirol einnahm, oder wenn er ins Pustertal eindrang, oder wenn er selbst bis nach Villach und vielleicht nach Klagenfurt kam? Solche Erfolge hätten ihm wohl Anerkennung gebracht, aber den Krieg nicht entscheiden können. Die einzige Stelle, wo, wenn er siegte, ein großer Erfolg winkte, das war am Isonzo, wo die Einnahme von Triest und weiter vielleicht von Fiume in Aussicht stand. Das hätte den Italienern die Herrschaft über das Adriatische Meer gegeben, wie ja das ihr eigentliches Ziel ist. Bloßer Eigensinn war es also doch nicht, wenn Cadorna immer wieder am Isonzo ansetzte — aber es war eine Strategie die sich selber aufhob, denn zur Durchbrechung einer modernen Front gehört, wie wir gesehen haben, vor allem die Ueberraschung. Am Isonzo aber standen die Oesterreicher stets bereit; hier waren nicht nur ihre Stellungen ausgebaut und wurden nach jedem Angriff und jedem Geländeerfolg der Italiener um so fester ausgebaut, sondern hier waren auch immer die genügenden Reserven zur Stelle, um einen durchgreifenden Erfolg unmöglich zu machen. Der Clausewitzsche Satz, daß das Gebirge für den Angreifer, der eine große Entscheidung suche, günstig sei, war für den General von Below noch zutreffend, weil er sich für seinen Angriff ziemlich eine beliebige Stelle aussuchen durfte. Für den General Cadorna aber nicht, weil er sich an eine bestimmte Stelle gefesselt hielt. Below hätte schon viel erreicht gehabt, wenn er nur die italienische Front durchbrach und den Feind zwang, vom unteren Isonzo abzulassen und seine Reserven gegen Tolmein—Flitsch zu dirigieren. Vielleicht hat er ursprünglich gar nicht mehr beabsichtigt. Dann aber hatte er vier Meilen vor sich die Ebene, wo er hoffen durfte, seinen Sieg zur völligen Ausgestaltung zu bringen. Cadorna glaubte, daß ihm keine pflückenswerte Frucht winken könne, es sei denn am Isonzo. Ich weiß nicht, ob man ihn wegen des Festhaltens an

dieser Grundidee tadeln darf; der offenbare Fehler, der seiner Führung zur Last fällt, ist, daß er geglaubt hat, den deutschen Einbruch noch im Gebirge aufhalten zu können. Hätte er in den Bergen nur ein noch etwas hinhaltendes Gefecht geführt und seine Reserven geschlossen auf die Deutschen geworfen erst in dem Augenblick, als sie aus dem Gebirge heraustraten, so hätte er wohl eine genügende Uebermacht zur Hand gehabt, um ihren Schlag zu parieren. Aber der Entschluß, die Bergstellungen ohne weitere Verteidigung fahren zu lassen, war gewiß nicht leicht, und hier wie so oft in der Kriegsgeschichte ist die nachträgliche Kritik billig.

Auch die überaus scharfe Kritik, die der englische Premier Lloyd George jüngst in seiner Pariser Rede an der Gesamtstrategie der Verbündeten geübt und die so viel Aufsehen erregt hat, gehört im Grunde in jene Kategorie des nachträglichen Klugredens. Er legt dar, welchen unermeßlichen Gewinn die Zentralmächte aus der Verbindung mit dem Orient durch die Ueberwältigung Serbiens gezogen haben, und schilt, daß die Verbündeten den Serben nicht rechtzeitig zu Hilfe gekommen seien. Das sei aber daher gekommen, daß jeder Staat seinen eigenen Krieg geführt und sich nicht um die Nachbarn gekümmert habe. Ganz dasselbe habe sich dann bei Rumänien wiederholt. Solches Unglück hätte sich nicht ereignen können, wenn die Verbündeten von Anfang an eine strategische Zentralinstanz eingerichtet hätten. Ganz richtig und doch ganz falsch. Richtig wäre es, wenn die Zentralinstanz als ein einheitlicher Oberbefehl verstanden wird, der z. B. den Italienern hätte befehlen können, ihre Angriffe am Isonzo zu lassen und statt dessen eine große Armee nach Serbien zu schicken. Ein solcher einheitlicher Oberbefehl ist aber bei einer Koalition von Großmächten so wenig denkbar, daß Lloyd George, im englischen Parlament zur Rede gestellt, diesen Gedanken sofort hat verleugnen und die Einheitsinstanz auf eine bloße Informations- und Beratungsstelle hat reduzieren müssen. An ausgetauschten Informationen und gemeinsamen Beratungen aber hat es von Anfang an nicht gefehlt. Dem einheitlichen Oberbefehl widersetzen sich nicht bloß die verschiedenen Ansichten, sondern die verschiedenen Interessen. Was würde England gesagt haben, wenn der gemeinsame Oberbefehlshaber im Herbst 1914 befohlen hätte, von der englischen Hochseeflotte nur gerade das Notdürftigste in der Nordsee zu lassen, den Rest aber an die Dardanellen zu schicken? Die Verbündeten glauben

jetzt, daß sie dann Konstantinopel erobert und wahrscheinlich den Krieg gewonnen haben würden. Aber wenn nun derweile die deutsche Flotte die englische Heimatsflotte in der Nordsee besiegt hätte? Ein französischer Oberbefehlshaber hätte es daraufhin gewagt — kein englischer, und das wiederholt sich bei allen großen strategischen Beschlüssen. Die preußische Führung in den Freiheitskriegen ist dadurch ausgezeichnet, daß sie das spezifisch preußische Interesse immer hinter dem allgemeinen zurücksetzte und nur dadurch konnte Napoleon überwunden werden. Im Mai und Oktober 1813 ließ man Berlin ungedeckt, im Mai 1815 zog das preußische Heer Wellington zur Hilfe und ließ die Rheinprovinz ungedeckt. Dadurch behauptete man sich bei Bautzen und siegte bei Leipzig und Belle-Alliance. Aber trotz dieser Großartigkeit Gneisenaus gehörte doch fast die doppelte Ueberlegenheit dazu, um Napoleon bei Leipzig und Belle-Alliance niederzuringen, weil doch zu vollem Zusammenwirken der Kräfte noch immer sehr viel fehlte. Was auch Lloyd George mit seiner Rede beabsichtigt oder dabei gedacht haben mag, eine bessere Einheit als sie bisher war, wird er nicht erreichen, weil sie gegen die Natur der Dinge ist. Die Strategie einer Koalition kann immer nur auf einer Verabredung von Fall zu Fall beruhen, und diese ist um so schwerer, je größer die Koalition ist und je verschiedener ihre Interessen. Deshalb wirken die Zentralmächte gut zusammen und der Vierbund schlecht, und deshalb ist auch die Rechnung, daß die große Ueberzahl schließlich dennoch den Sieg erfechten müsse, ebenso falsch wie sie es im Siebenjährigen Kriege war.

Ueber Wesen und Aufgabe der Presse. Ein Beitrag zur Reform der Presse und des Preßgesetzes von Ernst Posse. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1917. 56 S.

Es gibt so viele Probleme des politisch-gesellschaftlichen Lebens, die selbst dem Theoretiker unlösbar erscheinen. Ich will da drei sehr heterogene Dinge zusammenstellen: die Frage Polen, die Frage des Trinkgeldes und die Frage der Presse. Man mag an diesen drei Problemen herumdoktorn so viel man will, ein befriedigendes Ergebnis kommt nicht heraus. Sucht man die Presse mit der Zensur

in Ordnung zu halten, so kann sie ihre Aufgabe nicht erfüllen; läßt man sie los und ledig, so wird sie zu einem Sumpf der Volksvergiftung und der Korruption. Es hat sich auch noch kein Mittelweg gefunden, der befriedigte; im besonderen hat auch der preußische Beamtenstaat und die Rechtsprechung bei uns die Presse wohl mit Erfolg in gewissen Schranken gehalten, die ihr im ganzen nicht schlecht bekommen sind, so daß das moralische Niveau der deutschen Presse wohl zweifellos höher steht, als in anderen Kulturländern. Aber befriedigend ist der Zustand keineswegs. Die Gesichtspunkte der Behandlung sind platt und äußerlich, und eine Reform ist auch auf diesem Gebiete dringend zu wünschen. Der Chefredakteur der Kölnischen Zeitung hat gewiß ein Recht, in dieser Frage gehört zu werden und hat auch in der vorliegenden Schrift m. E. den Punkt getroffen, wo die Reform einsetzen muß, nämlich in der Aufstellung des Grundsatzes, daß eine Zeitung als solche berufen ist, das öffentliche Interesse wahrzunehmen und deshalb auch den Schutz zu genießen hat, der der Wahrung eines berechtigten Interesses rechtlich zusteht.

Daraus folgt dann des weiteren, daß wenn das private Interesse des Verlegers, was ja sehr leicht geschieht, den Redakteur stört und aus seiner Bahn drängt, nicht dieser, sondern der Verleger strafrechtlich verantwortlich zu machen ist. Wie das juristisch auszugestalten sei, wagt Posse selber nicht auszuführen und ist hier noch weniger am Platze. Die ethische Grundauffassung seiner Schrift aber verdient Zustimmung und die Stellung des Verfassers könnte auch wohl einen praktischen Erfolg hoffen lassen, wenn nicht andere, noch viel wichtigere Aufgaben jetzt das öffentliche Interesse in Anspruch nähmen.

Zwei Reden:
Prinz Max von Baden. Staatssekretär Solf.

Dezember 1917.

Schon bald nach Ausbruch des Weltkrieges wurde verschiedentlich angeregt, daß der von allen Seiten grimmig aufwogende Nationalhaß gedämpft werden möge, indem Vertreter der universalen Bildung und der großen christlichen Religionsgemeinschaft die

Völker ermahnten, in aller Wut des Kampfes doch dieser Gemeinsamkeit im tiefsten Grunde nicht zu vergessen. So edel dieser Gedanke war, so war er doch unausführbar. Auch diejenigen, die mitten im Kriege niemals vergessen haben, daß nach dem Kriege wieder eine Zeit des friedlichen und freundlichen Verkehrs zwischen den Völkern eintreten und die moralische Kraft des Rechts wieder in Wirksamkeit treten müsse, sie, deren Vaterlandsliebe groß genug war, um der Verstärkung durch den Feindeshaß nicht zu bedürfen, sie konnten und durften sich doch nicht verhehlen, daß öffentliche Kundgebungen in diesem Sinne psychologisch verfehlt und deshalb schädlich sein müßten. Auch ich habe eine Anregung, die dieserhalb aus einem neutralen Lande an mich erging, abgelehnt und geantwortet, daß wir Deutschen jetzt an nichts anderes zu denken hätten als an den Sieg. Auch heute ist noch das Ziel, dem alle Kräfte gewidmet sein müssen, der Sieg. Aber immerhin ist der Sieg jetzt so weit errungen, daß ernstlich der Friede in Aussicht genommen werden kann, und damit sind auch die psychologischen Vorbedingungen gegeben für Kundgebungen der Völkergemeinschaft, die vor drei Jahren nicht vorhanden waren. Der nationale Haß hat sich während des Krieges nicht nur nicht weiter gesteigert, sondern ist sichtlich zurückgegangen. In den Schützengräben selbst ist er niemals so stark gewesen wie in der Heimat; man respektierte sich gegenseitig zu sehr, und die Stimmung der Schützengräben hat zurückgewirkt auf die Heimat. Als Symptome der nahenden Friedensstimmung glaube ich in diesem Zusammenhang auch die Reden bezeichnen zu dürfen, die der Prinz Max von Baden als Präsident der Ersten Kammer in Karlsruhe am 14. Dezember, und der Staatssekretär Solf in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft über die Zukunft Afrikas am 21. Dezember gehalten haben. (Beide Reden sind dankenswerter Weise vollständig abgedruckt in Nr. 51 und 52 der Wochenschrift „Deutsche Politik".) In tiefempfundenen Worten gedenkt Prinz Max der Tapferen an den Fronten und ruft die Heimat auf zum Mitkämpfen. „Das deutsche Volk braucht das Opfer der Besten für die gemeinsame Sache im Frieden wie im Kriege." Mit schlagenden Gründen weist er den Anspruch unserer Feinde, daß bei ihnen das „Volk sich selbst regiere", während wir unter einer Autokratie lebten, als eine selbstgefällige Illusion zurück. Gerade bei dem Ausbruch des Weltkrieges habe sich ja das französische, wie das englische und das amerikanische Volk

ihrer Obrigkeit gegenüber völlig hilflos gezeigt und seien durch die gröbsten Täuschungen in den Krieg hineingelockt und gezerrt worden. Das französische Volk, das angeblich eine größere Freiheit genießt als das deutsche, hat es nicht durchsetzen können, daß die Ermordung seines beliebtesten und angesehensten Führers Jean Jaurés durch seine politischen Gegner gerichtlich gesühnt worden ist. Immer wieder, führt Prinz Max in seiner Rede aus, müssen wir die Welt darauf hinweisen, daß sowohl die demokratischen Ideale, auf die sich unsere Gegner so viel zugute tun, wie die moralische Ueberlegenheit, mit der sie sich brüsten, mit klaren, nachweislichen Tatsachen in Widerspruch stehen. Kulturell wie moralisch können wir vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte den Wettkampf mit unseren Gegnern zuversichtlich aufnehmen. Prinz Max selber hat sich schon während des Krieges als tatkräftiger Vertreter des Humanitätsgedanken bewährt und ist in seiner Tätigkeit in der Gefangenenfürsorge auch in den feindlichen Ländern rühmlich bekannt geworden. In wunderbar schönen Worten hat er jetzt der großen Wahrheit Ausdruck gegeben, daß Macht allein Deutschland seine Stellung in der Welt nicht sichern könne. Die Welt muß fühlen, daß hinter unserer Kraft auch ein Weltgewissen steht, und daß wir nicht nur für uns selber sorgen, sondern auch von Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit erfüllt sind. Mit wildem Gebelfere sind Alldeutsche Blätter über diese Rede hergefallen und haben sich nicht gescheut, ihr Herrn Lloyd George als den echten kraftvollen Vertreter einer nationalen Politik gegenüberzustellen. Wir dürfen uns diesen Vergleich gefallen lassen, denn er erinnert an den berühmten Vergleich, den Ranke zwischen den beiden athenischen Staatsmännern Perikles und Kleon zieht. Kleon sagt er, setzte durch, daß in einem für die Beendigung des Krieges, der keinen eigentlichen Zweck mehr hatte, überaus günstigen Moment die Friedensverhandlung abgebrochen wurde; er hatte immer nur die gegenwärtige Lage vor Augen, den unmittelbaren einseitigen Gewinn; Rücksicht auf das allgemeine Beste der griechischen Welt war nicht in ihm. Diese Gesinnung hat heute auch in Deutschland ihr Haupt erhoben. Aber, wie der Abgeordnete Naumann (Hilfe Nr. 52) sehr schön gesagt hat: „Mit einem alle Welt verletzenden nationalen Partikularismus kann man weder das eigene Volk zusammenhalten, noch Bundesgenossen pflegen, noch benachbarte Kleinvölker zum freiwilligen Anschluß bewegen,

noch mit einer verfeindeten Welt wieder Frieden finden." „Das deutsche Volk kann es auf die Dauer nicht vertragen, daß ihm um des Sieges willen sein deutscher Geist ausgetrieben werden soll." Für den wahren deutschen Geist gegen seine Verfälscher zu kämpfen, ist heute die wichtigste Aufgabe aller echten Vaterlandsfreunde, und zu dem vielen Vortrefflichen, was Prinz Max gesagt hat, gehört auch das mutige Bekenntnis zu dieser Wahrheit, der Notwendigkeit dieses Kampfes. Er verwirft den trügerischen und falschen Burgfrieden, der die entgegengesetzten Weltanschauungen abdämpfen und in die Heimlichkeit verbannen wolle. Es müsse jetzt gekämpft werden; nur solle man dabei im Auge behalten: „Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche"

So verschieden das Thema ist, so ist doch der Geist, in dem die Rede des Staatssekretärs Solf über Afrika gehalten ist, derselbe wie in der Rede des Prinzen Max. Mit aller Entschiedenheit wird der nationale Anspruch des Deutschtums auf koloniale Weltgeltung aufrecht erhalten. Aber dem Anspruch auf ein der Größe Deutschlands entsprechendes Kolonialreich wird eingefügt die wohlüberlegte Rücksicht auf das Menschheitsinteresse. Es geschieht in doppelter Beziehung. Zu den Schlagworten, die die heutige Krise geboren hat, gehört auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Wir brachten im Januarheft der „Preußischen Jahrbücher" (1918) einen tiefschürfenden Aufsatz von Professor Alfred Weber, der feststellt, wie dieses Selbstbestimmungsrecht aufzufassen ist, wenn es nicht zur leeren Phrase werden oder zur Anarchie führen soll. Herr Solf wirft die Frage auf, wie es damit bei den Negern gehalten werden soll; soll man sie mit dem Prinzip der Selbstbestimmung in die Barbarei zurückstoßen, in der sie alle die Jahrtausende vegetiert haben? Das Selbstbestimmungsrecht kann bei solchen zurückgebliebenen Volksstämmen, wie es Herr Solf mit einer höchst glücklichen Wendung definiert, nur heißen, daß sie ein Selbstzweckrecht haben, d. h. daß sie nicht bloß als Herrschafts- und Ausbeutungsobjekt der Kulturvölker dienen sollen, sondern daß ihre eigene Entwicklung und Erziehung der stets übergeordneten Verwaltung vorschwebender Zweck bleiben muß. Kolonisation soll immer Mission sein. Der zweite Gesichtspunkt der Solfschen Rede ist die Wiederaufnahme der von den Engländern in so unerhört brutaler Weise zerrissenen gemein-europäischen Interessen und Bestrebungen im schwarzen Kontinent. So schwer diese Wiederaufnahme

bei dem geringen Kredit, den Völkerrechtsabmachungen heute genießen, erscheint, so muß dennoch mit aller Kraft daran gearbeitet werden, schon aus dem Grunde, damit nicht neue, höchst gefährliche Reibungsstellen zwischen den Großmächten entstehen. Die Entschiedenheit, mit der in Brest-Litowsk die Rückgabe des gesamten deutschen Kolonialgebietes als Prinzip proklamiert worden ist, findet in der Rede des Staatssekretärs des Kolonialamts die wünschenswerteste Ergänzung, indem sie aufweist, wie die nationale Eifersucht bei der Verteilung der Gebiete durch gemeinsame Bestrebungen gemildert werden kann.

Man kann die beiden Reden des Prinzen Max und des Staatssekretärs Solf ganz wohl auffassen als, wenn auch ungewollte und unbewußte, Antworten auf den Brief des Lords Lansdowne. Wie in diesem Brief das bessere alte England gegenüber der wilden Knockout-Politik von Lloyd George sich wieder geregt hat und zu Worte gekommen ist, so hat das wahre alte Deutschland, das, wie es dem größten vaterländischen Historiker vorschwebte, im nationalen Gedanken das Weltbürgertum nicht aus dem Auge verlor, in den beiden deutschen Politikern wieder mutige und eindrucksvolle Sprecher gefunden. Wir dürfen nicht aufhören, in Worten und Taten, vor Freund und Feind immer wieder zu erhärten, daß dieses Deutschland existiert, daß es das wahre Deutschland ist und höheren Idealen nachstrebt, als durch möglichste Machtsteigerung höchstmögliche Sicherheit zu erlangen. „Nicht Institutionen allein können die Freiheit eines Volkes verbürgen", sagt Prinz Max in seiner Rede, „es gibt nur eine reale Garantie: das ist der Charakter des Volkes selbst." Dies Wort gilt nicht nur von der Freiheit. Was hülfe es unserem Volke, wenn es Macht über die ganze Welt gewönne und nehme darüber Schaden an seinem Charakter? Nicht darin, ob wir schließlich Deutschland um diese oder jene Landschaft vergrößern, liegt das Problem und die Gefahr der Zukunft, sondern daß wir uns unser innerstes Wesen nicht durch Streben nach materieller Herrschaft verfälschen, den echten Freiheitsbegriff und den echten Idealismus, wie sie uns von den Vätern überliefert sind, nicht in Nachahmung der Franzosen durch das Phantom einer „großen Nation" verdrängen lassen.

Die zweite russische Revolution. — Brest-Litowsk.

5. Januar 1918.

Es ist gerade ein Jahr her, da erwartete die Welt mit höchster Spannung, was der Vierverband auf das deutsche Friedensangebot und die damit parallel gehende Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson antworten würde. Unter Toben und Schelten nicht bloß gegen uns, sondern auch gegen den amerikanischen Präsidenten, dessen Verständigungsvorschlag nichts als eine Hilfsaktion für Deutschland sei, wurden alle Friedensverhandlungen abgelehnt. Erst jetzt haben die jüngsten Kundgebungen des englischen Ministerpräsidenten volle Klarheit darüber gebracht, was man sich drüben bei dieser Ablehnung gedacht hat. Der unmittelbar darauf proklamierte rücksichtslose Tauchbootkrieg, die russische Revolution und der Uebertritt Amerikas in das Lager der Entente haben so schnell eine ganz neue Lage geschaffen, daß jener diplomatische Feldzug der angebotenen und abgelehnten Friedensverhandlungen überhaupt nicht zur Reife gekommen, sondern bloße Episode geblieben ist und nicht durch seine eigenen Konsequenzen zu voller Klarheit entwickelt werden konnte. In Deutschland fühlten wir uns sicher genug, um in der höhnischen Ablehnung unseres Angebots einen bloßen Bluff zu vermuten. Das ist es aber tatsächlich nicht gewesen. Man hat wirklich im Ententelager des völligen Endsieges sicher zu sein geglaubt. Nachdem wir 1914 Belgien und Nordfrankreich, 1915 Polen, 1916 Serbien und Rumänien erobert hatten, rechnete man für das Jahr 1917 auf einen völligen Umschwung. Die Niederlagen der Russen wurden erklärt durch ihren Mangel an Ausrüstung und Munition. Dieser Mangel war jetzt durch die ausgiebige Hilfe der Verbündeten und die Arbeit der amerikanischen Industrie ersetzt. Die Lücken des Mannschaftsbestandes waren aus der russischen Menschenmasse ergänzt; die große englische Landarmee war in zweijähriger Rüstung fertig geworden und kampfbereit; von den Deutschen und ihren Bundesgenossen nahm man an, daß sie an Menschen und Material trotz ihrer Siege und durch ihre Siege erschöpft seien. Wie konnte der Uebermacht der Entente, die jetzt erst zu ihrer vollen Entwicklung gelangt war, der Sieg entgehen? Wenn Deutschland den Frieden anbot und wenn es gleich darauf den rücksichtslosen Tauchbootkrieg erklärte, so waren das Zeichen der Schwäche und der Ver-

zweiflung, weil es sich nicht anders zu helfen wußte, und wenn der Präsident Wilson seine Vermittlung ankündigte, so war das in den Augen der Verbandspolitiker nicht die Handlung eines Neutralen, sondern eine Feindseligkeit der Entente gegenüber, bestimmt, Deutschland zu retten.

Durch den U-Boot-Krieg wurde man nun zunächst die amerikanische Vermittlung los; über die Betrachtungen der deutschen Presse, die verkündete, daß der U-Boot-Krieg in höchstens 4 bis 6 Monaten England auf die Kniee zwingen würde, lachte man, und selbst als nun die russische Revolution kam, ließ man sich die gute Laune keineswegs verderben. Die Parteien und Persönlichkeiten, die durch die Revolution in Rußland zunächst zur Herrschaft gebracht wurden, versprachen ja, dem gestürzten Zarenregiment im Kriegseifer nichts nachzugeben, es womöglich noch zu übertreffen, und als sich herausstellte, daß die Aktionskraft der russischen Armee unter den Einwirkungen des revolutionären Geistes geschwunden sei, erschien auch dieser Verlust noch immer zu ertragen. Denn auch rein passiv hielt die russische Heeresmacht noch immer einen gewaltigen Teil der Streitkräfte der Mittelmächte gebunden, und was man an aktiver Kraft im Osten verloren hatte, schien reichlich ersetzt durch den Zuwachs im Westen, den Amerika in Aussicht stellte.

So ist der Krieg das ganze Jahr 1917 hindurch weitergegangen, weil man drüben von der Zuversicht auf den Endsieg noch nicht lassen wollte. Selbst der völlige Mißerfolg und die ungeheuren Verluste der monatelang wiederholten Anstürme gegen unsere Flandernfront, unser Rückstoß bei Cambray und die zerschmetternde Niederlage der Italiener mit ihrem Verlust von 300000 Mann bloß an Gefangenen haben den Siegeswillen unserer Feinde noch nicht gebrochen. „Nur keinen vorzeitigen Frieden", wiederholte ihre Presse immer von neuem; hatte die amerikanische Hilfe sich auch 1917 noch nicht sehr bemerklich gemacht, so mußte sie doch 1918 oder doch spätestens 1919 endlich kommen und den Ausschlag geben, und alle Not und Verlegenheit, die der Tauchbootkrieg brachte und die sich nicht leugnen ließ, wurde doch immer als erträglich hingestellt im Vergleich zu der Bedrängnis, die die Blockade und die Absperrung über die Mittelmächte verhängte.

Aber wiederum sind die Russen dazwischen gekommen. Man hatte nicht damit gerechnet, daß der Schwebezustand zwischen Krieg

und Nichtstun, in den die russische Streitmacht versetzt war, für die Armee auf die Dauer unerträglich werden mußte. Wozu denn?, fragten sich die Soldaten im Schützengraben wie in den Garnisonen, wenn sie nicht einfach nach Hause liefen.

Hinter den bürgerlichen und sozialistischen Demokraten, die sich im März 1917 der Regierungsgewalt in Petersburg bemächtigt hatten, und als deren Haupt der talentvolle Rechtsanwalt Kerenski lange Zeit eine Art diktatorische Gewalt ausübte, stand eine extrem-sozialistische Gruppe, deren Führer Lenin und Trotzki (Braunstein) die Gunst des Augenblicks erkannten. Man versteht die Art Sozialismus, die diese Leute anstreben, wohl am besten, wenn man sie mit den wirren pseudo-christlich-sozialistischen Ideen Tolstois in Zusammenhang bringt. Auf jeden Fall ist es ein spezifisch russisches Produkt, das sich auf ein anderes europäisches Volk nicht übertragen, kaum sich auf diesem Boden vorstellen läßt.*) Die Grundvorstellung ist, daß jede Familie ihr Hüttchen habe und ihr Stückchen Acker bebaue und davon lebe; jeder hat den Anspruch auf eine solche Ausstattung und niemand darf mehr haben. Keine Knechte und Mägde und keine Herren. Die unentbehrlichen Fabriken in den Großstädten organisiert von Genossenschaften von Gleichberechtigten. Der Staatsgedanke, so zu sagen im Rückschlag gegen seine despotische Ueberspannung im Zarismus, ist ausgeschaltet. Volksgruppen, die sich von dem bisherigen Staat trennen und für sich leben wollen, mögen es tun. Die Staatsgewalt hat keine andere Aufgabe als die Durchführung der Aufrechterhaltung der materiellen Gleichheit. Was kann auf einem solchen Boden von Kultur oder Wirtschaftsleben gedeihen? Aber halten wir uns nicht auf mit dieser Frage, sondern stellen nur fest, daß eine solche Weltanschauung existiert und daß sie in dem Riesenreiche Rußland zur Herrschaft kommen konnte und zur Herrschaft gekommen ist, nicht aus innerer Kraft, sondern im Zusammenhang mit der äußeren Politik, weil die Maximalisten oder Bolschewiki als Antipoden des Staatsgedankens den Entschluß erzeugten, dem Kriege nunmehr unter allen Umständen und um jeden

*) Diese Vorstellung habe ich mittlerweile aufgegeben. Dr. Mette im März-Heft und Dr. Gisbert im April-Heft 1919 der Preuß Jahrb. scheinen mir nachgewiesen zu haben, daß der Bolschewismus universaler, nicht spezifisch russischer Natur und nur vermöge der Absolge der Ereignisse gerade in Rußland zum Ausbruch und zur Herrschaft gelangt ist.

Preis ein Ende zu machen. Dieser Entschluß brachte ihnen die Unterstützung der Armee und damit nach etwa dreiwöchentlichen Kämpfen den Sieg. Ende November war es soweit, daß die Regierung der Bolschewiki, obgleich der Bürgerkrieg noch immer weiter ging, Waffenstillstandsverhandlungen anbieten konnte. Als Partei haben die Bolschewiki ganz gewiß nicht die Majorität des russischen Volkes hinter sich; bei den Wahlen, die sie ausgeschrieben haben, sind sie vielfach unterlegen, aber sobald die Armee ins Spiel kommt, gibt nicht mehr der Stimmzettel den Ausschlag, sondern das Gewehr. Die große französische Revolution ist ja auch gegen den Willen der Mehrheit des französischen Volkes durchgeführt worden durch die Armee, die von den neuen Ideen erst aufgelöst wurde und sich dann auf ihre Seite stellte.

So ist die neue russische Regierung entstanden, die erst eine 10tägige Waffenruhe (5. Dezember), dann einen festen Waffenstillstand (15. Dezember) und nun Friedensverhandlungen zustande gebracht hat, denen sich anzuschließen die anderen Ententemächte eingeladen worden sind.

Merkwürdige Verkehrungen! Erst waren die westlichen Demokratien die Bundesgenossen des zarischen Despotismus; jetzt will der extremste Sozialismus im Bunde mit den beiden Kaisern der Mitte Europa und der Welt den Frieden geben.

Was kann der Rumpf der Entente noch machen, wenn Rußland neutral geworden ist? Wollen die Westmächte Rußland vergewaltigen, wie sie die kleinen Neutralen vergewaltigt haben, um uns wirtschaftlich abzusperren, oder fühlen sie sich fähig, ein Wirtschaftsgebiet wie die Mittelmächte und Rußland zusammen auszuhungern? Hoffen sie, daß die langsam ankommenden Amerikaner ausreichen werden, die deutsch-österreichisch-ungarische Gesamtmacht zu überwältigen?

Der Uebermut, mit dem die Entente vor einem Jahr unser Friedensangebot ebenso wie die Vermittelung des Präsidenten Wilson abgelehnt hat, rächt sich jetzt schwer. Denn selbst wenn der Friede, angenommen, daß er allgemein wird, ziemlich auf dieselben Bedingungen lauten würde, wie wenn er vor einem Jahr abgeschlossen wäre, so hätte dennoch dies weitere Kampfjahr die Lage ganz gewaltig zugunsten Deutschlands verschoben. Unsere politischen Hysteriker wiederholen jahraus jahrein und Monat für Monat ihre alte Behauptung, daß Deutschland zugrunde gehen müsse, wenn es

nicht aus diesem Kriege mit Machtzuwachs in Ost und West hervorgehe. Die grundstürzende Veränderung, die über die Welt durch den Zusammensturz Rußlands gekommen ist, wird ignoriert. Besteht denn eine Machtsteigerung nur im Landgewinn? Ist irgendwelcher Landgewinn auch nur entfernt zu vergleichen mit dem mittelbaren Machtgewinn, der Deutschland zugewachsen ist dadurch, daß der furchtbarste aller seiner Feinde zerschmettert am Boden liegt? Müssen wir uns aber nicht, erwidert man, dagegen sichern, daß Rußland wieder erstehen könnte? Daß ein neuer Peter der Große eine neue Dampfwalze aufbaut? Oder daß das von uns selbst wieder aufgerichtete Polen sich gegen uns wendet? Es kann gar keine verkehrtere Politik als die Konstruktion solcher Angst-Phantasien geben. Mag sein, daß in gewisser Zeit in Rußland der Machtgedanke wieder emportaucht und auch gewisse Erfolge hat. Es gibt sogar Politiker in Deutschland, die das direkt wünschen und zu befördern suchen, in der Erwartung, in diesem neuen Rußland einen Bundesgenossen gegen England zu finden. Ich halte von derartigen Zukunftskombinationen sehr wenig. Was gibt es nicht alles für Möglichkeiten? Wenn es möglich ist, daß Rußland wieder aufersteht, so ist es auch möglich, daß das englische Weltreich sich in seine Teile auflöst, daß Australien der gelben Rasse anheimfällt, Südafrika sich unter den Buren selbständig macht und das Mutterland Großbritannien und Irland in Bürgerkriegen und sozialen Umwälzungen herabsinkt. Was wird aus den Vereinigten Staaten? Was aus Japan? Was aus China? Was aus Indien? Wird ein Mittel gegen die Tauchboote erfunden oder nicht? Es ist nicht ein bloßes müßiges Spiel des Geistes, allen solchen Möglichkeiten nachzugehen, aber es ist verfehlt, diese oder jene herauszusuchen und auf ihr ein System der Politik aufzubauen. Sich eine Sicherung gegen alle Möglichkeiten, auch gegen die denkbar ungünstigsten verschaffen zu wollen, wie es die Deutsche Tageszeitung predigt, ist eine Utopie, gerade wie auf dem entgegengesetzten Pol die Utopie des ewigen Friedens. Eine richtige Politik verlangt vor allem die klare Erfassung der Gegenwart, und diese besagt, daß unsere Feinde im tiefsten Herzen von Angst erfüllt sind vor der ungeheuren Macht, mit der Deutschland aus diesem Kriege hervorgehen wird, wenn es jetzt zum Frieden kommt.

„Ueber allen Fragen zu Land und zur See", schrieb die Westminster Gazette, „steht die alles beherrschende Frage der Sicherheit,

die Frage, ob wir nach dem Frieden imstande sein werden zurückzukehren zu einem Leben im Frieden und mit aller Kraft zu arbeiten an der Wiederherstellung der Welt, oder ob wir gezwungen sein werden, unsere Kräfte der Vorbereitung eines nächsten Krieges zu widmen und den schwer drückenden Kriegsschulden eine Bewaffnung von viel größerer Schwere als vor 1914 hinzuzufügen." Nach Sicherheit verlangen nicht nur wir; nach Sicherheit verlangen auch die anderen. Wir aber dürfen stolzen Sinnes sagen: an uns wird sich nicht leicht wieder jemand heranwagen. Wer könnte uns denn was anhaben? Wenn wir nicht eine Politik machen, die übermütig die ganze Welt zu einem Bündnis gegen uns vereinigt? Jedem anderen einzelnen Großstaat, auch England eingeschlossen, falls nicht noch ein Radikalmittel gegen die Tauchboote erfunden werden sollte, sind wir unvergleichlich überlegen — vorausgesetzt, daß wir nicht einen Angriffskrieg führen, bei dem die Masse unseres Volkes die Gefolgschaft versagen würde. Unsere zukünftige Sicherung haben wir daher nicht in materieller Machtsteigerung, sondern haben sie in einer umsichtigen, verständigen Politik zu finden.

Dies sind die Hauptgesichtspunkte, die bei den Friedensverhandlungen einzuhalten sind und nach denen das, was bisher in Brest-Litowsk geschehen und erreicht ist, beurteilt werden muß. Das Deutsche Reich bedarf keines direkten Machtzuwachses, weder im Westen, noch im Osten. Es wird zutreffen, daß nach militärischen Gesichtspunkten gewisse Grenzkorrekturen als sehr wünschenswert anzusehen wären. Aber Deutschlands Macht ist im Verhältnis zu allen seinen Nachbarn so überstark, daß es auf solche Vorteile verzichten darf. Selbst wenn wir uns einmal vorstellen wollten, daß Polen mit Oesterreich vereinigt würde und dieser Triasstaat uns dann vom Bodensee bis nach Lyck umfaßte und Schlesien durch Böhmen und Polen völlig einklammerte, so gibt doch die nationale Geschlossenheit dem Deutschen Reich ein derartiges Uebergewicht, daß eine Gefahr für uns auch vom stärksten, phantastischen Pessimismus daraus nicht konstruiert werden könnte. Die Deutschen, Ungarn und Polen würden sich nie zu einem Angriffskeil gegen das Deutsche Reich zusammenschmieden lassen. Nicht Machtsteigerung und nicht Sicherung braucht unser Ziel zu sein; wir haben daran genug, sondern allein die nationale Zukunft und die nationale Entwicklung.

Es ist unverkennbar, daß dies auch die Richtlinie ist, die die

deutschen Vertreter bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingehalten haben. Auch Politiker, die auf derselben Basis stehen, haben an der Durchführung dies und jenes auszusetzen; ich gestehe, daß, wenn ich die Hemmungen, die einer absolut gradlinigen Lösung im Wege stehen, genügend in betracht ziehe, ich eine künstlerische Freude empfinde, wie fein das Spiel eingeleitet worden ist. Schon die sprachliche Form erst des Waffenstillstandsvertrages und dann der grundlegenden Friedensstipulationen zeigten, daß hier überlegene Geister am Werke seien. Wie geschickt war der Zug daß man es den Russen überließ, die grundlegenden Vorschläge zu machen! Unsere alldeutschen Kritiker fanden natürlich, daß man damit vor den Russen gedienert habe; der Zusammenhang ist, daß es darauf ankam, auf die Ententegenossen im Westen einen möglichst starken Eindruck zu machen; sie entweder zu veranlassen, sich mit an den Verhandlungstisch zu bequemen, oder vor den eigenen Völkern als Kriegsverlängerer zu erscheinen. Dieser Zweck wurde besser erreicht, wenn die Russen ihre eigenen Vorschläge an ihre Alliierten zu bringen hatten, als wenn es Vorschläge waren, von denen man sagen konnte, daß sie ihnen von uns aufgenötigt seien.

Ebenso klug war die Wendung, daß zunächst nur festgestellt wurde, daß keine gewaltsamen Annexionen stattfinden sollten und die Selbständigkeit von nationalen Volksgruppen innerhalb der bestehenden Staatswesen als innere Angelegenheit dieser Staaten zu betrachten sei. Melancholische Gemüter glaubten das schon so auslegen zu müssen, daß es eine innere Angelegenheit des Russenstaates sei, auch die Zukunft der von uns besetzten ehemals russischen Gebiete zu bestimmen. In Wirklichkeit hatte man mit gutem Bedacht den Wortlaut so gefaßt, daß über diese schwierigste der Fragen zunächst noch gar nichts Positives fixiert war.

Sehr geschickt war es weiter, von vornherein die Räumung Persiens in den Vertrag zu verweben und entscheidend die uneingeschränkte Rückforderung aller unserer Kolonien ohne Ausnahme. Hier ist das Tor, wo, wie an dieser Stelle schon öfters dargelegt, unsere koloniale Zukunft ihren Einzug halten kann. Hiervon zu handeln aber sind wir noch nicht so weit.

So wohltuend schnell sich nun auch die ersten Verhandlungen abgesponnen haben — in dem Augenblick, wo ich dies schreibe, ist die erste große Stockung eingetreten. Die Entente, die natürlich alle Minen springen läßt, den Abschluß zu verhindern, hat die Russen

vermocht, die Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm zu beantragen. Was für eine schöne Gelegenheit wäre das gewesen, hier an dem neutralen Platz die Agenten der Entente sichtbar-unsichtbar ihr Bitterwasser dem Friedenstrank beimischen zu lassen! Wollen die Westmächte ehrlich über den Frieden verhandeln, so sind sie willkommen und man wird dann einen anderen Ort als Brest-Litowsk für den allgemeinen Kongreß zu wählen haben. Solange es sich nur um Rußland und den Vierbund handelt, kann man nur an einem Platz zusammenkommen, wo Feindesdelegierte sich nicht sehen lassen dürfen.

Tiefer als diese Platz-Intrige liegt die Frage der Zwischenvölker. Sie ist so schwierig, daß alle Kritik von vornherein zur Bescheidenheit ermahnt werden muß. Wir haben, da wir ja selber nicht annektieren wollen und die Russen bereit sind, ihre Fremdvölker aus dem Reichsverband zu entlassen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt. Aber was heißt Selbstbestimmungsrecht? Die moderne Demokratie versteht darunter eine Abstimmung aller erwachsenen männlichen, vielleicht auch weiblichen Insassen des fraglichen Gebietes. Wofür die Majorität dann gestimmt hat, das nennt man Volkswillen. Erfahrungsgemäß ist es nun aber selbst in politisch hochentwickelten Nationen immer nur ein Teil der Bürger, der sich aus freien Stücken dazu aufschwingt, sich eine Meinung zu bilden und sie kund zu tun. Ist tatsächliche Einmütigkeit vorhanden, so mag man das einen Volkswillen nennen; sind aber verschiedene Meinungen im Volke, so kommt es darauf an, wer die Macht und die Möglichkeit hat, die Menge der Indolenten, die bei dem Zwiespalt den Ausschlag gibt, für sich zu gewinnen. Agitation, Organisation, sozialer Einfluß, Vergewaltigung und ganz besonders Geld spielen dabei ihre Rollen. Vermöge der organisierten Parteien gleichen sich diese Einflüsse annähernd so weit aus, daß man die Majorität, die bei der Abstimmung herauskommt, mit einiger Wahrscheinlichkeit als die wirkliche Majorität ansehen und diese dann als das „Volk", das seine Entscheidung kundgegeben, ansprechen kann. So ist es bei den Völkern, die Schulen haben und Zeitungen lesen; was bedeutet eine Volksabstimmung aber bei Völkern, wie den Litauern, Weißrussen, Polen oder Ukrainern, deren Massen aus Analphabeten bestehen und bei denen erst eine ganz verschwindende Zahl politisch denken gelernt hat? Nun verlangen die Russen, daß wir, damit die Abstimmung wahrhaft frei sei, die besetzten Gebiete

militärisch räumen. Was für Zustände aber würden in diesen Landschaften entstehen, wenn wir diesem Verlangen nachkämen, und wer würde die Gebiete abgrenzen, die Abstimmung anordnen, und die Massen beeinflussen? Derartige Volksabstimmungen sind eben in sich etwas Fiktives und deshalb Absurdes, aber wie ist dieser Absurdität zu entgehen?

Unsere Unterhändler haben vorgeschlagen, daß die von uns geschaffenen Landesvertretungen in Polen, Litauen und Kurland als Organe des Volkswillens anzusehen seien. Die Russen lehnen das ab und beschuldigen uns der Unaufrichtigkeit, weil das Volk gar nicht wirklich hinter jenen Organen stehe. Auch der objektivste Richter wäre außerstande, diesen Streit zu entscheiden, da das Objekt, über das geurteilt werden soll, nämlich ein Volk, das einen Willen hat, gar nicht existiert. Daß die heutigen Landesvertretungen in Polen, Litauen und Kurland als Volksorgane angezweifelt werden können, mag man zugeben, aber keinerlei Abstimmung, wer und wie man sie auch immer organisiere, könnte einen wirklichen Volkswillen produzieren; es würde immer nur der Reflex dieser oder jener Macht zutage kommen, der die Umstände in jenem Moment den Einfluß in die Hand spielt. Als vor vier Wochen die grauenhaften Nachrichten ankamen über die Zustände in Estland und in dem noch von den Russen besetzten Livland, wo die hungernden Soldaten brennend und mordend durch das Land ziehen, da machte ich in der „Deutschen Politik" den Vorschlag, Rußland und Deutschland sollten gemeinsam Schweden auffordern, das Land in Verwahrung zu nehmen, bis Ordnung geschaffen sei. Die gepeinigten Balten würden die Kosten unendlich gern einmal wieder ersetzt haben. Ordnung hätte sich auf diese Weise schaffen lassen, aber wenn man sich vorstellen wollte, daß durch Einfügung einer derartigen neutralen Macht die Möglichkeit einer unbeeinflußten Abstimmung geschaffen werden könne, die den Volkswillen darstelle, so wäre auch das wieder eine Täuschung, denn wer bürgt dafür, daß es nicht der einen oder anderen Partei gelingt, durch eine besonders geschickte Agitation und Aufwendung von sehr viel Geld eine vorübergehende Stimmung zu erzeugen und eine Zufallsmajorität zu schaffen?

Wenn es wirklich nicht gelingen sollte, mit den Bolschewiki eine Einigung zu finden, so hat der Vierbund die Waffe in der Hand, sich an die Fremdvölker zu wenden, und hat auch die

Absage der Bolschewiki auf der Stelle damit erwidert, daß er in Brest-Litowsk selber mit einer Delegation der Ukrainer in Verhandlung getreten ist. Es gibt Russenkenner in Deutschland, die von Anfang an gewünscht haben, daß man in dieser Weise vorgehe, und durch Anerkennung Finnlands und der Ukraine als selbständige Staaten die Regierung in Petersburg in die Enge treibe. Mir scheint, daß doch die Taktik Herrn v. Kühlmanns die richtigere gewesen ist. Hätten wir von vornherein die Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Fremdvölker gefördert, so hätte das doch notwendig den Eindruck gemacht, daß wir uns in die inneren Verhältnisse Rußlands mischten und grundsätzlich auf seinen Ruin ausgingen. Eine Verhandlung mit den Bolschewiki, die, so unstaatlich sie gesinnt sein mögen, doch die Rücksicht auf den russischen Patriotismus nicht völlig außeracht lassen dürfen, wäre dadurch so gut wie unmöglich geworden. Jetzt sind wir in der vorteilhaften Lage, daß wir mit unantastbarer Loyalität zunächst mit derjenigen Regierung, die die tatsächliche Gewalt in Rußland in Händen hatte, unter sorgfältiger Schonung ihrer inneren Schwierigkeiten verhandelt haben, und erst als sie ihrerseits durch die zweckwidrige Forderung der Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm die Fortsetzung abschnitt, auf das Anerbieten der konkurrierenden Genossen, der Fremdvölker, eingegangen sind.

Die entscheidende Schwierigkeit, falls die Russen die Verhandlungen wieder aufnehmen, bleibt die Produktion eines „Volkswillens" in den von uns besetzten Gebieten. Den Vorwurf, daß wir beabsichtigt hätten, damit ein falsches Spiel zu treiben, dürfen wir unter keinen Umständen auf uns sitzen lassen. Deutschland ist durchaus in der Lage, es auch darauf ankommen zu lassen, daß diese Gebiete die Verbindung mit uns ablehnen, als autonome Länder im russischen Reichsverbande verharren oder sich für selbständig erklären und eigene Wirtschaftskomplexe schaffen. Die Hauptsache ist, daß jede Vergewaltigung ausgeschlossen wird.

Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen, ob die Verhandlungen mit den Russen weitergehen, ob vielleicht der Weltfriede schon zur Debatte gestellt wird oder ob Alles wieder auffliegt und die Kanonen noch weiter das Wort führen müssen. Solange Lloyd George und Clemenceau am Ruder sind, ist mit den Westmächten nicht zu verhandeln und Clemenceau hat den kühnen Versuch gemacht, das Abbiegen in den Friedensweg dadurch zu ver-

rammeln, daß er demjenigen französischen Staatsmann, der in erster Linie als Friedensminister in Betracht zu kommen schien, Caillaux, einen Prozeß wegen Landesverrats an den Hals gehängt hat. Sollte er es zu einer Verurteilung bringen, so hat er viel gewonnen; sollte der Prozeß sich im Gegenteil als undurchführbar erweisen und zusammenbrechen, so kann die Kriegs- und Friedenspolitik der Welt dadurch stark beeinflußt werden. In England steht es insofern ähnlich, als auch hier die Kriegs- und Friedensrichtung sich immer deutlicher voneinander scheiden, man aber nicht erkennen kann, ob die Friedensrichtung, wie sie in dem viel besprochenen Brief des Lord Lansdowne zum Ausdruck gekommen ist, auch eine wirkliche Macht hinter sich hat. Die Entscheidung wird vielleicht weder von Paris, noch von London, sondern von Washington gegeben werden. Aber in welcher Richtung, das ist schlechterdings nicht zu sagen. Dem äußeren Anschein nach ist Präsident Wilson jetzt der schärfste aller Kriegstreiber. Er hat aus heiterem Himmel plötzlich auch noch den Krieg an Oesterreich-Ungarn erklärt und dabei an den Senat eine Botschaft gerichtet, die wieder trieft von Beschimpfungen Deutschlands. Von neuem beschuldigt er uns, daß wir, denen es doch auf allen Gebieten des Lebens so gut gegangen sei, ausgezogen seien, die friedlichen Völker zu überfallen und zu unterwerfen. Von neuem verlangt er, daß Deutschland, um im Rate der Völker mit zu sitzen, sich eine dem Volk verantwortliche Regierung schaffen müsse. Von den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow über den Ursprung des Krieges, von der Berufung eines parlamentarischen Parteiführers zum Reichskanzler, von der Umbildung des Ministeriums in Preußen, von dem Antrag der Regierung, das gleiche Wahlrecht in Preußen einzuführen, von alledem stellt Präsident Wilson sich an, nichts zu wissen. Das Merkwürdigste ist nun, daß in derselben Botschaft, deren Ton ganz und gar auf Lloyd George und Clemenceau abgestimmt ist, gleichzeitig Kriegsziele gezeigt werden, von denen die englische Presse feststellt, daß sie genau dasselbe enthalten, wie der Brief des Lord Lansdowne, und der Brief des Lord Lansdowne enthält wieder nichts anderes, als die Friedensresolution des deutschen Reichstages, die Note der deutschen Regierung an den Papst und die Vorschläge des Vierbundes in Brest-Litowsk. Ausdrücklich sagt der Präsident, die Ziele der Vereinigten Staaten hätten sich seit dem Eintritt in den Krieg nicht verändert, und seien dieselben, die er in seiner Bot-

schaft im Januar 1917 verkündigt habe. Das ist die Botschaft, auf die die englische Presse mit einem Sturm der Entrüstung antwortete, weil sie einen Frieden nach den Wünschen Deutschlands in Aussicht nehme. Sie verwirft alle Annexionen und fordert Freiheit der Meere.

Was soll man von diesen Widersprüchen denken? Daß Präsident Wilson überhaupt nicht weiß, was er will, ist ganz gewiß nicht anzunehmen. Die einfachste und natürlichste Erklärung wäre, daß die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn und die Beleidigungen gegen Deutschland bestimmt sind, den sinkenden Mut der europäischen Westmächte wieder zu beleben. Der Glaube an Amerika ist ja der letzte moralische Halt, den die Ententevölker noch haben, und da die Amerikaner nun einmal militärisch nichts Entscheidendes leisten können, so helfen sie mit großen Gesten und Worten. Dahinter aber steht nach wie vor der Wunsch nach dem Verständigungsfrieden. Wie sehr hat sich doch seinerzeit der Graf Reventlow geirrt, wo er immer von neuem verkündigte, daß die Engländer und Franzosen nichts mehr fürchteten als die amerikanische Bundesgenossenschaft; die illoyale Neutralität sei ihnen viel vorteilhafter. Erstens ist denn doch die materielle Beihilfe der Amerikaner, seit sie in den Krieg eingetreten sind, sehr wesentlich gesteigert worden, vor allem aber ist die moralische Bedeutung eines so gewaltigen Bundesgenossen für den Kriegswillen der Völker und für ihr Durchhalten nicht in Anschlag gebracht worden. So ist denn der heutige Zustand der, daß Präsident Wilson gleichzeitig den Vierverband zusammenhält und sein Kriegsziel doch zugleich auf das zu reduzieren bemüht ist, was Deutschland bereits angeboten hat. Man wende nicht etwa ein, daß der Präsident, wenn er auch ursprünglich den Verständigungsfrieden im Auge gehabt hat, heute, nachdem er sein Volk einmal zum Kriege aufgerufen, nicht dabei bleiben könne. Gerade, wenn Amerika ohne viel blutige Opfer gebracht zu haben, jetzt der Welt den Frieden in seinem Sinne vermittelte, stünde Präsident Wilson vor seinem Volke doppelt groß da. Auch die Amerikaner haben ja ganz und gar nicht den Wunsch, etwa England zu einer Weltherrschaft zu verhelfen und der Präsident könnte sich darauf berufen, daß die große Mobilmachung den Vereinigten Staaten nunmehr eine Kriegsrüstung gegeben, die sie längst als ein Bedürfnis empfunden haben, die aber in der Friedensstimmung nicht durchzusetzen war. Man be-

denke, was für eine Bedeutung es für ein Staatswesen wie diese Föderativ-Republik hat, daß die Zentralregierung nunmehr die Herrschaft über die Eisenbahnen und über die Bergwerke in die Hand genommen hat! Mit einer solchen Reform kann ein Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten sich sehen lassen.

Mit alledem will ich keine positiven Behauptungen aufgestellt, sondern nur Möglichkeiten dargelegt haben, von denen man abwarten muß, ob sie sich entwickeln. Man darf den Widerspruch in Wilsons Tun nicht überschätzen, aber auch nicht übersehen. Die Entwicklung aber hängt nicht bloß von dem Willen des Präsidenten Wilson, sondern ebenso sehr von unserer und unserer Bundesgenossen Politik und schließlich von den Weltverhältnissen ab.

J. S. Preuß, Berlin S. 14, Dresdener Straße 43.

Krieg und Politik

III. Teil

1918

von

Hans Delbrück

1919

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7

Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt.

	Seite
Die preußische Wahlreform. — Die Bedrohung der Monarchie	1
Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Reden und Gegenreden der leitenden Staatsmänner	11
Das osteuropäische Chaos. — Die mangelnde Entschlossenheit und Gradheit in der deutschen Politik. — Großadmiral v. Tirpitz	18
Polen und die Ukraine	26
Der Ententestreit über den Oberbefehl und über die Kriegsziele	34
Professor v. Below als Vorkämpfer der Vaterlandspartei	40
Der definitive Friede mit Rußland und unser Verhältnis zu den Randvölkern	45
Die erneute Kriegszielerörterung	64
Englands Schuld am Kriege. Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky	74
Der Brief des Kaisers Karl	81
Die neue Westoffensive 1918	84
Abwehr	90
Die Wahlpflicht	92
Deutschlands Stellung im Osten	99
Die Aufgaben Deutschlands im Osten und Westen. — Mitteleuropa. — Staatssekretär v. Kühlmann	103
Lesefrucht aus Thucydides	123
Die Erklärung über Belgien. Staatssekretär v. Hintze. Das Eingreifen der Amerikaner	125
Ist das „System Brentano" zusammengebrochen? (Lujo Brentano), Besprechung	135
Ehrlicher Friedenswille. Der Tauchbootkrieg und Amerika	137
Solf und Prinz Max	153
Das selbständige Polen	158

Seite

Der Fortgang der Preußischen Wahlreform 161
Die Burianſche Note. Die Verhandlungen des Hauptausſchuſſes. Die Kriſis 167
Der militäriſche Umſchlag. — Prinz Max Reichskanzler. — Die Verfaſſungskriſe. — Die Verantwortung für den Krieg mit Amerika. — Diplomatiſche Ausſichten. — General Ludendorff 181
Waffenſtillſtand. — Revolution. — Unterwerfung. — Republik . . 203
Dankſagung 225
Regiſter 229

Vorwort.

Als ich im Herbst 1917 den ersten Band dieser Sammlung, die Jahre 1914 bis Mai 1916 umfassend, erscheinen ließ, bemerkte ich in der Vorrede, daß die wesentlichsten Irrtümer, deren ich mich schuldig bekennen müsse, darin bestünden, daß ich weder mit dem Zusammenbruch des zaristischen Kriegsstaates, noch mit dem verschärften Tauchbootkrieg und der aktiven Kriegsteilnahme Amerikas gerechnet hätte; auch hätte ich das Ende des Krieges öfter schon näher zu sehen geglaubt, als es der Fall war. Wie unendlich fern lag mir der Gedanke, daß wir den Krieg schließlich noch verlieren würden und das Deutsche Reich auch innerlich darüber zugrunde gehen könnte. Nur zu deutlich erkannte ich ja den Wahnsinn jener Kriegsziele, die jede Friedensverhandlung unmöglich machten. Aber ich blieb des Glaubens, daß die Natur der Dinge schließlich aller Verblendung der Menschen zum Trotz das Vernünftige, den Verständigungsfrieden, der den alten Zustand vieler gleichberechtigter Kulturvölker nebeneinander bestehen ließ, erzwingen würde. Daß dieser Glaube sich als ein Irrglaube erwiesen hat, muß natürlich auch auf alle Einzelheiten der Betrachtung zurückstrahlen. Wer sich diesen Zusammenhang nicht klar macht, würde mich, wenn er mich nun eines Irrtums nach dem andern durch die Ereignisse überführt findet, zu strenge beurteilen. Ich wäre aber nicht ich selber, wenn ich nicht trotz aller Fehler, die ich bemerkte, des unerschütterlichen Glaubens gelebt hätte, daß Deutschland sich nicht nur behaupten werde, sondern auch noch einer großen Zukunft entgegengehe. An zwei Erscheinungen im besonderen möchte ich noch darauf aufmerksam machen, wie meine Auffassung und meine Voraussage verstört und ins Gegenteil verkehrt worden ist eben durch den von mir unmöglich gehaltenen Ausgang des Krieges.

Ich habe die Zukunft des englischen Weltreichs sehr ungünstig beurteilt, das Ergebnis ist gewesen, eine Art von angelsächsischer Weltherrschaft. Ich habe angenommen und behauptet, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland ihren revolutionären Charakter eingebüßt und sich ihrer Doktrin zum Trotz zu einer Reformpartei abgewandelt habe: das Ergebnis ist gewesen, daß wir eine sozialdemokratische Revolution gehabt haben, die das historisch gebildete Staatswesen von Grund aus zerstört und vollständig vernichtet hat.

Kann man sich schwerer irren? Schwerlich. Aber der Grund des Irrtums ist zu suchen in der militärischen Entscheidung des Krieges, nur in dieser Entscheidung. Indem England nach außen gesiegt hat, hat es auch seine inneren Schwierigkeiten zwar bei weitem nicht allgemein, aber doch so weit überwunden, daß seine Gesamt-Machtstellung auf lange hinaus gesichert erscheint. Der Zusammenhalt mit seinen großen Kolonien ist nicht aufgelöst, sondern moralisch außerordentlich verstärkt worden. Die Opposition der Iren ist zwar nicht überwunden, hat aber weniger Aussicht auf Erfolg als je. Vor allem aber ermöglicht der Ausgang des Krieges, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht im Frieden wäre mit den Formen und dem Wesen des überlieferten englischen Staates und der englischen Gesellschaft schlechthin unverträglich gewesen. Sie hätte das ganze englische Staatswesen aus den Fugen getrieben. Indem England die allgemeine Wehrpflicht wieder abschafft, hat es Aussicht, ohne gar zu große innere Erschütterungen in gesunder Weiterentwicklung fortzubestehen.

Nicht ganz so klar liegt der Fall mit der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat nicht nur die Revolution gemacht, sondern ihre Führer behaupten heute auch vielfach, sie hätten sie stets im Auge gehabt. Die Vorstellung, sie hätten sich im Innern mit der konstitutionellen monarchischen Staatsform abgefunden und diese nur allmählich umzubilden gesucht, wäre also falsch. Aber der Zusammenhang ist ganz klar. Die Sozialdemokratie hat sich während des Krieges gespalten; der Erfolg der russischen Revolution ließ in einem Teil ihrer Anhängerschaft die alte revolutionäre Idee, die sonst schon ziemlich Alle aufgegeben hatten, wieder aufleben, und diese Richtung fand Zulauf unter der naturgemäßen Einwirkung der schweren Entbehrungen und Leiden, die die lange Dauer des

Krieges über große Teile des Volkes verhängte, um so mehr als es immer deutlicher wurde, daß die Regierung unter dem Druck des alldeutschen Fanatismus nicht das Genügende tat, um zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen. General von Deimling schrieb (4. August 1919) an den Minister Erzberger: „Daß jede Verständigungspolitik gescheitert ist an der heillosen Verblendung der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstags und an der Charakterlosigkeit der Reichskanzler, das haben einsichtige Truppenführer an der Front, denen klar war, daß man gegen die ganze Welt auf die Dauer nicht siegen kann, schon während des Krieges bitter beklagt und verflucht." Wenn so einer der anerkannt tapfersten und entschlossensten Generale urteilte, so kann man sich vorstellen, wie es bei der Masse der Soldaten aussah. Die deutsche Revolution war im Grunde nicht sowohl eine Revolution, als eine ungeheure Meuterei. Die Meuterei war aber genährt und angestiftet durch jenen revolutionären Teil der Sozialdemokratie, der sich die „Unabhängigen" nennt. Das Gros der Sozialdemokratie hat sich der Revolution erst angeschlossen, als man sah, daß sie nicht mehr aufzuhalten war. Zuerst wurde eine aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gleichmäßig zusammengesetzte Regierung gebildet. Dann sind die Unabhängigen, weil sie sich schlechthin unfähig erwiesen, ein geordnetes Staatswesen zu leiten, wieder ausgeschieden worden. Nun schelten sie ihre ehemaligen Genossen, sie seien die Nutznießer der Revolution, die die Unabhängigen gemacht und die Mehrheitssozialisten nicht einmal gewollt hätten. Diese werden durch diese Beschuldigung einigermaßen in Verlegenheit gesetzt. Denn daß die Anklage nicht ganz abzuweisen ist, ist klar. Die Antwort, die sie erteilen, ist, daß Revolutionen überhaupt nicht gemacht würden, sondern entstünden, sobald sie unvermeidlich geworden seien. Das gilt aber von allen historischen Ereignissen, und eben wie bei anderen historischen Ereignissen, so müssen es auch bei Revolutionen schließlich Personen sein, die es machen, und das waren in diesem Falle wirklich nur die Unabhängigen und nicht die Mehrheitssozialisten — soweit es nicht die Soldaten und Matrosen waren, die überhaupt nicht politisch dachten, sondern eine militärische Meuterei veranstalteten, weil sie die militärische Disziplin und alles, was diese ihnen auferlegte, nicht länger tragen wollten.

Daß die Mehrheitssozialisten tatsächlich die Revolution nicht

gewollt, sondern sich nur der von den Unabhängigen geschürten Meuterei von Flotte und Heer angeschlossen haben, dafür haben ihre Führer oft genug selber Zeugnis abgelegt.

Der Vorwärts schrieb (25. März 1917), als von konservativer Seite über revolutionäre Drohungen gesprochen wurde, Drohungen habe niemand ausgesprochen und kein Mensch glaube an deren Verwirklichung, „Deutschland ist nicht Rußland, aus hundert Gründen nicht und vor allem schon nicht aus dem einen, weil es so viel kleiner ist. Rußland ist groß und die Front ist weit. Wir aber in unserem Raum stehen so zu sagen alle vor dem Feind und niemand in Deutschland denkt daran, ihm sein Werk zu erleichtern."

Scheidemann hat dann am 19. Mai 1917 im Reichstag auf die Möglichkeit einer Revolution hingewiesen, aber nur für den Fall, daß die deutsche Regierung einen von der englischen und französischen Regierung angebotenen Verständigungsfrieden ablehne.

Ganz in demselben Sinne sagte Legien in der Mitgliederversammlung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" am 7. Januar 1918 in einer Rede über die preußische Wahlreform, als die Frage aufgeworfen wurde, ob sie etwa gewaltsam erzwungen werden könnte: „wir wünschen die Katastrophe nicht. Das Deutsche Reich kann eine solche weder während des Krieges, noch nach Friedensschluß gebrauchen. Nach Friedensschluß werden alle Kräfte in unserem Lande aufs äußerste angestrengt werden müssen für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, um Ausfuhr und Zufuhr für das Deutsche Reich wieder zu sichern."

Hinterher, in diesem Sommer, schrieb Winnig: „Ich habe die Revolution nicht gewollt und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt; wir haben im Gegenteil vier Jahre lang gegen die Revolution in Wort und Schrift gekämpft; nicht weil wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären, sondern weil wir wußten, daß die Revolution unseren militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten und uns der Rachsucht und der Habgier unserer haßerfüllten Feinde ausliefern würde."

Lensch hat diesem Zeugnis in der „Glocke" noch hinzugefügt, die Partei habe „die Revolution so wenig gewollt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sogar noch mehrere Tage nach ihrem Ausbruch in Kiel gar nicht begriff, daß sie da sei."

Nach all diesen Zeugnissen bleibt nur noch die Frage, ob die Sozialdemokratie, wenn die Revolution jetzt nicht kam, sie

früher oder später, nach dem Abschluß des Friedens gemacht haben würden. Ueber diese Möglichkeit läßt sich natürlich nichts bestimmtes sagen. Die revolutionäre Doktrin war ja da. Ob aus dieser Doktrin eine Praxis geworden sein würde, würde eben so sehr von den Verhältnissen wie von den Menschen entschieden worden sein. Mir kommt es an dieser Stelle nur darauf an, darzulegen, daß meine Auffassung von der Mentalität und den Absichten der Sozialdemokratie ihrer Zeit richtig war, und daß, wenn sie durch die Ereignisse widerlegt worden ist, diese Wendung eine Folge desselben Fehlers war, der uns den Krieg hat verlieren machen. Da mein Glaube an die Zukunft Deutschlands mir den Blick auf diese Möglichkeit verwehrte, so habe ich auch die Möglichkeit der sozialdemokratischen Revolution verkannt.

Ich habe nicht um Verzeihung zu bitten wegen dieser Irrtümer, vielmehr ich rühme mich ihrer; aber ich bitte die Leser dieses Buches, sich, wo der Irrtum ihnen aufstößt, sich dieses Zusammenhanges zu erinnern.

Den 30. September 1919.

Delbrück.

Kalendarium.

1918.

Januar. 2. Joffe beantragt Verlegung der Friedensverhandlungen in Brest nach Stockholm.
4. Die Mittelmächte verhandeln mit einer Delegation der Ukraine.
5. Lloyd Georges Friedensrede. (S. 14/15.)
8. Wilsons 14 Punkte. (S. 14/15.)
9/10. Die Verhandlungen in Brest werden wieder aufgenommen. (S. 11.)
18. Trotzki beantragt Vertagung aus innerpolitischen Gründen bis zum 29. Januar; sie wird genehmigt.

Februar. 2. Erweiterung der Befugnisse des Obersten Kriegsrats in Versailles (Einheitl. Oberbefehl). (S. 35 f.)
9. Der Friede mit der Ukraine wird in Brest-Litowsk unterzeichnet.
10. Trotzki weigert sich, den Vertrag für Rußland zu unterzeichnen und erklärt seinerseits den Kriegszustand für beendigt und die Demobilisierung der russischen Armee. (S. 18 ff.)
11. Wilsons vier Punkte (Botschaft an den Kongreß). Antwort an Hertling und Czernin. (S. 22 u. 38.)
16. Der Chef des engl. Generalstabes, Sir Robertson, wird verabschiedet. (S. 36.)
18. Wiederbeginn der Feindseligkeiten an der Ostfront. (S. 21.)
19. Dünaburg genommen. Vormarsch in der Ukraine.
20. Jericho von den Engländern besetzt.
21. Oberst Repington, von Lloyd George des Landesverrats angeklagt, wird zu 100 £ verurteilt. (S. 38.)

1918.

Februar.

25. Reval genommen.
Graf Hertling stimmt Wilsons vier Punkten zu.
28. v. Tirpitz fordert von neuem die flandrische Küste. (S. 23.)
Neue Verhandlungen in Brest beginnen.

März.

1. Kiew, Hauptstadt der Ukraine besetzt.
3. Rußland unterzeichnet den Friedensvertrag zu Brest-Litowsk. (S. 45 ff.)
5. Zweiter Friedensbrief Lord Lansdownes.
7. Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Finnland in Berlin.
16. Diskussion im Hauptausschuß des Reichstags über die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. (S. 78 f.)
20. Schiffsraub der Entente an Holland. (S. 63.)
21. Beginn der großen deutschen Offensive im Westen zwischen Arras und La Fère. (S. 63 u. 84.)
23/24. Bapaume, Combles, Peronne genommen. Somme erreicht. (S. 73.)
25. Noyon erobert. (S. 73.)
27. Montidier und Albert (Ancre) erstürmt.

April.

3. Rede Czernins: Mitteilungen über Clemenceaus Anfrage wegen Verhandlungen. (S. 81.)
9. Clemenceaus Antwort: Kaiser Karls Briefe. (S. 81 ff.) Schlacht bei Armentières westlich Lille.
12. Armentières fällt.
14. Graf Czernin tritt zurück.
16. Bailleul nordwestlich Armentières genommen. (S. 73.) Burian Nachfolger Czernins.
20. VIII. deutsche Kriegsanleihe ($14\frac{1}{2}$ Milliarden).
26. Erstürmung des Kemmel.

Mai.

1. Auf der Krim Sebastopol, in Finnland die Festung Wiborg genommen.
7. Der Friede mit Rumänien in Bukarest unterzeichnet.
12/13. Kaiser Karl im deutschen Hauptquartier: Ausbau des Bündnisses.

1918.

Mai.
14. Das gleiche Wahlrecht für das Preußische Abgeordnetenhaus wird mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.
25. Reichstagspräsident Kämpf †.
27. Eine neue deutsche Offensive setzt südlich von Laon aus ein. Truppen des deutschen Kronprinzen stürmen den Chemin des Dames.
30. Soissons genommen.
31. Marne erreicht.

Juni.
8. Fehrenbach Reichstagspräsident.
11. Das gleiche Wahlrecht in vierter Lesung abgelehnt.
15. Beginn der österreichisch-ungarischen Offensive an der Brenta und Piave.
17. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow tritt zurück — Malinow Nachfolger.
24. Die Oesterreicher gehen wegen Witterungsunbillen über die Piave zurück.
Kühlmanns Rede über die allgemeine Lage. (S. 118.)
25. Kühlmann-Krise. (S. 118 ff.)
29. Ministerpräsident Wekerle gibt 80000 Mann Verluste bei der neuesten österreichischen Offensive bekannt.

Juli.
1. Nach dem Bericht des amerikanischen Kriegsministers Baker sind über 1 Million Truppen nach Frankreich verschifft. (S. 205.)
4. Das gleiche Wahlrecht wird in fünfter Lesung abgelehnt.
6. Der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Mirbach, ermordet.
9. Kühlmann tritt zurück; v. Hintze Nachfolger. (S. 130.)
12. Bestimmte Erklärung Hertlings über Belgien im Hauptausschuß. (S. 125 ff.)
16. Zar Nikolaus II. erschossen.
Deutscher Vorstoß über die Marne.
18. Französische Gegenoffensive setzt ein.
21. Lord Wimbornes Resolution über Einleitung von Friedensverhandlungen. (S. 132.)
23. Die New Yorker „Evening Post" veröffentlicht einen Brief Kaiser Karls an Ferdinand von Rumänien.
30. Generalfeldmarschall v. Eichhorn in Kiew ermordet.

1918.

August.

2. Rücktritt v. Holtzendorffs; Admiral Scheer Chef des Admiralstabes.
4. Aufgabe der deutschen vorgeschobenen Stellung am westl. Ancreufer beiderseits Albert.
9. Zwischen Ancre und Avre (nördl. und südl. der Somme) beginnen schwere feindliche Durchbruchversuche.
10. Die Schlacht dehnt sich bis zur Oise aus.
14. Kaiser Karl im deutschen Hauptquartier (Polnische Frage). (S. 159 u. 167.)
20. Erneuter Durchbruchversuch zwischen Ancre und Oise. Die deutsche Heeresleitung beginnt, die Front systematisch auf die Siegfriedstellung zurückzuziehen. Rede des Staatssekretärs Solf gegen Balfour. (S. 153 f.)
22. Rede des Prinzen Max von Baden bei der Zentenarfeier der badischen Verfassung. (S. 154 f.)
24. Die Schlacht dehnt sich nach Norden bis südöstlich Arras aus (Bapaume).
27. Ergänzungsverträge zum Brester Vertrag unterzeichnet.
29. Bapaume, Peronne, Noyon aufgegeben; neue deutsche Linie östlich davon.

September.

1. Der Kemmel geräumt. Die Schlacht dauert auf der ganzen Linie Arras—Somme—Oise fort.
4. Graf Hertling tritt im Herrenhaus für das gleiche Wahlrecht ein.
14. Friedensnote Burians. (S. 167 f.)
15. Beginn der Ententeoffensive in Mazedonien.
17/18. Ablehnung der Buriannote.
18. Beginn der englischen Offensive in Palästina. Siegfriedstellung wieder erreicht.
22/23. Durchbruch der bulgarischen Front. (S. 178.)
24. Schwere Niederlage der Türken in Palästina. (S. 181.) Reden Graf Hertlings und v. Hintzes im Hauptausschuß über die Lage. (S. 169 f.) Bedingungen der Sozialdemokratie. (S. 178.)
26. Regierungskrise. Beginn der franz.-amerik. Durchbruchsschlacht in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas.

1918.

September.

26. Bulgarien bittet um Waffenstillstand u. Frieden. (S. 179.)
28. Feindlicher Massensturm auf der ganzen Front von Flandern (Dixmuiden) bis an die Maas.
29. Die Oberste Heeresleitung fordert unverzügliche Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen.
30. Kapitulation einer großen türkischen Streitmacht in Palästina.
Erlaß des Kaisers; Rücktritt Hertlings. (S. 182.)

Oktober. 1. Bulgarien streckt die Waffen. (S. 181.)
2. Die Engländer ziehen in Damaskus ein. (S. 181.)
4. König Ferdinand von Bulgarien dankt ab. (S. 181.)
Prinz Max von Baden Reichskanzler; erstes parlamentarisches Kabinett. (S. 182.)
v. Hintze tritt zurück; Solf sein Nachfolger.
5. Waffenstillstandgesuch der Mittelmächte. (S. 193.)
7. Der Feind hat zwischen Cambrai und St. Quentin überall den Scheldekanal überschritten. (S. 181.)
9. Neue schwere Angriffe zwischen Cambrai und St. Quentin. Die alten Stellungen müssen geräumt, Cambrai aufgegeben werden.
Wilsons Antwort auf das Gesuch der Mittelmächte. (S. 193.)
Das türkische Kabinett Talaat-Enver tritt zurück. (S. 181.)
11. Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt.
12. Deutschlands Antwort an Wilson. (S. 193.)
Allgemeine Amnestie wegen politischer Verbrechen.
14. Die Deutschen beziehen zwischen Oise (nördlich Laon) und Aisne (Vouziers) neue Stellungen; Chemin des Dames und Laon sind geräumt.
In Flandern feindliche Angriffe zwischen Dixmuiden und der Lys; die deutsche Front wird zurückgedrückt.
Antwortnote Wilsons (gegen den Kaiser). (S. 193.)
18. Räumung der flandrischen Küste und Teile Nordfrankreichs (Ostende, Roubaix, Lille und Douai) vollendet.

1918.

Oktober.

20. Kundgebung der Professorenschaft der Berliner Universität. (S. 186.)
20. Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn (Auflösung Oesterreich-Ungarns). (S. 181.)
21. Deutsche Antwort an Wilson. (S. 194.)
Gründung des Staates Deutsch-Oesterreich.
23. Antwort Wilsons. (S. 194.)
24. Die Frankfurter Zeitung fordert Abdankung des Kaisers.
26. Ludendorff tritt zurück. (S. 201 f.)
27. Antwort der deutschen Regierung an Wilson.
28. Beginn der Meutereien auf der Flotte wegen des geplanten Vorstoßes an die flandrische Küste zur Entlastung der Flandernfront. (S. 210.)
Erlaß des Kaisers zum Gesetz über die Verfassungsänderungen.
Scheidemann fordert die Abdankung des Kaisers.

November.

4/6. Die revolutionäre Bewegung geht auf die ganze Marine und springt von Kiel nach Lübeck, Hamburg und Bremen über. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.
6. Des Reichskanzlers „Aufruf an das deutsche Volk." (Antwort Wilsons: 14 Punkte, Waffenstillstand zugestanden.
7. Ultimatum der sozialdemokratischen Parteileitung (Verzicht des Kaisers und des Kronprinzen bis 8. mittags).
9. Mittags 1 Uhr: Verkündung der Abdankung des Kaisers. Ebert Reichskanzler. Revolution, „Rat der Volksbeauftragten", Arbeiter- u. Soldatenräte. (S. 208 ff. u. 215 f.)
11. Im Walde von Compiègne wird der Waffenstillstand zwischen Foch und den deutschen Bevollmächtigten geschlossen.
12. Hindenburgs Erlaß an die deutsche Armee. (S. 216.)

Die preußische Wahlreform. — Die Bedrohung der Monarchie.

Januar 1918.

Als der Freiherr vom Stein im Jahre 1807 sein Reformwerk in Preußen begann, gedachte er, wie ich schon an dieser Stelle dargelegt habe (oben S. 180), den preußischen Beamten- und Militärstaat zu verjüngen, indem er ihm modernisierte Stände einfügte und sie an der Verwaltung und Gesetzgebung teilnehmen ließ. Scharfblickende Beobachter haben schon damals erkannt, daß die Idee der Reform nicht sowohl zur Wiederbelebung der Stände als zu einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen Stimmrechts führe. Unter der Spannung, die mit diesem Gegensatz aufgezogen worden ist, leben wir heute noch. Der zukünftige Geschichtsphilosoph wird sicherlich die inneren Kämpfe der europäischen Völker im 19. Jahrhundert darstellen unter dem Gesichtspunkt des Ringens zwischen der überlieferten ständischen Auffassung und dem allgemeinen Staatsbürgertum. In dem einen Volk hat sich dieser Prozeß langsamer als in dem anderen abgespielt. Als die französischen Generalstände am 5. Mai 1789 in Versailles zusammentraten, waren sie rechtlich nichts anderes als die mittelalterlichen Stände, die der König kraft seines Rechts die Wahlen zu ordnen, stark demokratisiert hatte. Obgleich die Generalstände sich nun selber als Nationalversammlung proklamierten, gingen sie dennoch nicht sofort zu einer Demokratie über, sondern schufen „Aktiv-Bürger" und „Passiv-Bürger"; die „Aktiv-Bürger" waren die, die wenigstens einen Tagelohn direkte Steuern zahlten; sie hatten das Wahlrecht, das den „Passiv-Bürgern" vorenthalten

blieb. Man wird erinnert an das Wort des jüngst verstorbenen Herrn v. Kröcher von gewissen Schichten des Volkes, die nur „Objekt" aber nicht „Subjekt" der Gesetzgebung sein sollten. Auch das passive Wahlrecht beschränkte die Nationalversammlung durch einen ziemlich hohen Zensus. Der Widerspruch, daß dieselbe Versammlung, die diese Schranken schuf, sich doch selber auf die „Souveränität des Volkes" berief, war so evident, daß schon bei den Wahlen zum Konvent (1792) die Vorbehalte fielen und das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Kraft trat. Aber als die Bourbonen 1814 zurückkehrten und eine Verfassung verliehen, „die Charte", wurden zwar nicht die Stände wieder hergestellt, aber auch nicht das gleiche Staatsbürgerrecht, sondern es wurde ein Mittelding geschaffen, wie man es ausdrücken darf, ein „Bourgeois-Wahlrecht", nämlich für alle diejenigen, die wenigstens 300 Franks direkte Steuern zahlten. Louis-Philipp setzte den Zensus nur um ein weniges, nämlich auf 200 Franks herab. Erst Napoleon III. schritt zum allgemeinen gleichen Stimmrecht, das dann erst im Jahre 1871 durch die Republik mit innerer Wahrheit erfüllt wurde, indem es unter die Kontrolle einer freien Presse und eines freien Versammlungs- und Vereinsrechts gestellt wurde.

In Preußen hat man im Jahre 1849 die Uebergangsform zwischen dem ständischen Prinzip und dem allgemeinen Staatsbürgertum im Dreiklassenwahlrecht zum Abgeordnetenhaus und einem feudal konstruierten Herrenhaus gefunden. Ein solcher Uebergang war vielleicht nicht notwendig, dürfte aber auch nicht gar zu sehr gescholten werden. Es lag eine gewisse historische Vernunft darin. Daß es sich aber nur um einen Uebergang handelte, ist heute, nachdem der Reichstag schon 1867 das gleiche Wahlrecht erhalten und die preußische Krone selber das gleiche Wahlrecht jetzt auch für das Abgeordnetenhaus beantragt hat, vollständig klar. Das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhause ist vielleicht noch aufzuhalten, aber nicht mehr zu verhindern. Sollte es wirklich jetzt noch nicht kommen, so kommt es doch sehr bald. Die Majorität des Abgeordnetenhauses sträubt sich noch, sich selber abzusetzen und sucht eine neue Uebergangsstufe, irgendeine Art Pluralwahlrecht einzuschieben. An sich wäre gegen eine solche Vermittelung nichts einzuwenden. Vor zehn oder zwanzig Jahren wäre sie sogar sehr vernünftig gewesen. Heute ist die Zeit für Abschlagszahlungen nicht mehr gegeben. Es handelt sich ganz und gar nicht um eine

Prinzipienfrage, um die Auffindung eines besten Wahlrechts oder dergl., sondern um die einfache praktische Frage, ob es opportun ist, noch einmal nach einem Mittelweg zu suchen oder nicht. Welchen Schaden und welchen Nutzen würde die eine und die andere Lösung bringen? Ein Pluralwahlrecht würde den Vorteil haben, daß die mehr oder weniger konservativ gerichteten Kreise in Preußen sich mit der Reform ohne große Schwierigkeit abfinden würden und das ganze Werk ohne Konflikte durch den Landtag gebracht werden könnte. Der entscheidende Grund, der diesen Vorteil wieder zunichte macht, der uns diesen bequemen Weg versperrt und uns zwingt, auf jede Gefahr hin, jetzt den letzten entscheidenden Schritt zu tun, ist nicht nur das einmal verpfändete königliche Wort, sondern die Notwendigkeit der Schaffung eines dauernden gesunden Verhältnisses zur Sozialdemokratie und zum Arbeiterstand überhaupt. Die segensreichste Rückwirkung, die der Krieg auf unsere inneren Verhältnisse geübt hat, ist die Tatsache, daß die große Masse der Arbeiterschaft, die den nationalen Idealen entfremdet war und sich internationalen Phantomen zugewandt hatte, den Weg zur Fahne ihres Volkstums zurückgefunden hat. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Partei sich darüber gespalten hat; daß ein erheblicher Teil, der im ersten Sturm der Kriegsbegeisterung und der Kriegsnot mitgegangen ist, sich doch noch nicht von den alten Irrtümern völlig hat lösen können und die internationale Klassenpartei wieder aufzubauen sucht. Die große Gefahr ist nun, daß, wenn auch die Mehrzahl der führenden Persönlichkeiten in der Reichstagsfraktion wie in den Organisationen auf der nationalen Seite steht, die Massen zur Minorität abschwenken und uns der Ertrag des Krieges für das innere nationale Leben auf diese Weise wieder verloren gehen könnte. Denn die Menschen ertragen es nicht, wenn ihnen, nachdem sie ihre Staatstreue in der härtesten Probe bewährt haben, die Gleichberechtigung noch immer versagt bleibt. Wollen wir, daß sie ihren Führern treu bleiben, so müssen wir diesen Führern einen handgreiflichen Beweis in die Hand geben, daß sie heute im Staate die ihnen gebührende Ehre genießen und etwas durchzusetzen vermögen. Das kann nur das gleiche Wahlrecht in Preußen sein. Ganz falsch ist es, darin etwas zu sehen, wie eine Belohnung für die Erfüllung einer Pflicht. Für einfache Pflichterfüllung gibt es keine Belohnung. Es handelt sich auch nicht um ein besseres oder schlechteres Wahlrecht. Es handelt sich

um einen entscheidenden kühnen Zug in der politischen Strategie. Es geht manchem von uns heute noch hart ein, daß „Bildung und Besitz" im Staate keine Vorrechte mehr genießen sollen und man sieht und sucht nach einem besseren Wahlrecht wie nach dem Stein der Weisen. Aber alle diese doktrinären Liebhabereien müssen verschwinden vor der einfachen Erwägung: was wird aus Deutschland, wenn die gesamte Arbeiterschaft, verstärkt durch alle die im Kriege aufgeregten Elemente, sich der „Unabhängigen Sozialdemokratie" in die Arme wirft und die national gesinnte sozialistische Partei wieder verschwindet?

Man besorge nicht, daß die oberen Klassen deshalb aus dem Abgeordnetenhause ausscheiden. Nicht nur sind sie auch nicht aus dem Reichstag verschwunden, sondern es ist sogar wahrscheinlich, daß die Reform eine rückläufige Bewegung zur Folge haben wird. So lange die Stellung der oberen Klassen sich auf rechtliche Privilegierung stützte, hatte alle Parteibildung naturgemäß einen Zug von Klassengegensatz in sich. Man fand in den Fraktionen noch immer etwas wie Nachkommenschaft der alten Stände: des Adels (bei den Konservativen), der Geistlichkeit (beim Zentrum), der Bürger (bei den Liberalen), der Bauern, das ist der ländliche Arbeiter (bei den Sozialisten). Erfolgen die Wahlen erst auf einer demokratischen Grundlage, so müssen die Konservativen suchen, eine konservative Volkspartei zu werden. Wie sich das einmal vollziehen wird, ist heute noch nicht zu erkennen, aber zu einem lebendigen politischen Dasein gehört auch eine fortwährende Neubildung der Parteien, und so zweifle ich nicht, daß auch unsere Konservativen sich noch einmal im Wasser der Demokratie gebadet verjüngen werden.

Das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhause kommt, und es kommt hoffentlich nicht zu spät. Die eigentliche Schwierigkeit der legislatorischen Aufgabe liegt in der Rekonstruktion des Herrenhauses.

Was hat das Herrenhaus überhaupt für einen Sinn? Das jetzige Herrenhaus sollte sein und ist ein Stück einer mit mancherlei Mißbildungen behafteten modernisierten Ständeverfassung. Läßt sich aus dieser Gedankenwelt überhaupt noch etwas retten, wenn die Zwischenform des Drei-Klassen-Hauses einer reinen Volksvertretung Platz macht? Viele sagen: erst recht. Das Herrenhaus muß nicht nur erhalten, sondern es muß mit möglichst starken Rechten aus-

gestattet werden, damit es dem demokratischen Volkshause die Wage halten könne. Ein schöner, aber ein utopischer Gedanke. Ein Volkshaus, das sich erst seiner Macht bewußt ist, läßt sich ein Oberhaus, das ihm Schranken setzt, nicht gefallen. Nachdem das Haus der Gemeinen in England demokratisiert worden ist, hat es die Rechte des Hauses der Lords des Inhalts entleert bis zu einem bloßen Schatten. In Preußen liegen die Dinge insofern anders, als die Vielheit unserer Parteien das Abgeordnetenhaus nie zum allein maßgebenden Faktor im Staat aufwachsen lassen kann; es wird daher auch nie die Macht haben, dem Herrenhaus seine Rechte nach Gutdünken zu beschneiden. Immer aber wird es bei einem Konflikt stärker sein als das Herrenhaus und die formelle Verstärkung der Rechte des Herrenhauses hat daher nur eine mäßige Bedeutung. Ein wirkliches Gegengewicht gegen das Abgeordnetenhaus kann auf die Weise nicht geschaffen werden, und es ist auch nicht nötig, da die selbständige Regierung als Moderator zwischen den sechs bis zehn Parteien, die jede für sich in der Minorität sind, vollauf als Gegengewicht gegen die Auswüchse der Demokratie genügt.

Wozu also überhaupt ein Herrenhaus? Es ist da als eine Reliquie des alten Ständestaats und man wünscht, es als solche weiter zu erhalten, indem man es in eine Berufsvertretung umbaut. Ich sehe kein Heil in dieser Idee. Berufsvertreter sind Interessenvertreter. Warum sollen gewisse Interessen besondere Vertreter haben und andere nicht? Warum die Grundbesitzer und Industriellen und nicht die Schriftsteller? Die Handwerker sollen hinein, aber wer ist ein Handwerker? Wer ist ein Fabrikant? Sind nicht auch die Hausierer ein ehrenwerter Stand? Oder die Gastwirte? Sollten die Hausbesitzer eine Vertretung erlangen, warum nicht auch die Mieter? Wenn die Aerzte und Künstler, warum nicht auch die Apotheker und Schauspieler? Werden die Zahnärzte zu den Aerzten kommen oder eine eigene Vertretung erhalten? Und wie ist's mit den Zahntechnikern oder den Tierärzten? Werden in dem zukünftigen Herrenhause auch Vertreter des Beamtentums sitzen? Der akademischen Beamten? Ganz allgemein oder für jede Ratsklasse gesondert? Der Subalternbeamten? Der Unterbeamten? Der Oberlehrer und der Volksschullehrer? Wo bleiben dann die Zeichenlehrer, Gesangslehrer, Turnlehrer, Vorschullehrer? Wo bleiben die Privatlehrer?

Haben wir die Berufsstände erst alle herausgefunden und klassifiziert, so fragt sich, wieviel Vertreter jedem Stande zuzubilligen sind. Die Landwirtschaft ist immerhin wichtiger und umfangreicher als die Aerzteschaft, aber um wieviel? Industrie und Handel haben die Landwirtschaft in Deutschland ökonomisch längst überflügelt, aber die Landwirtschaft ist das bodenständigere und allerunentbehrlichste Gewerbe, die Grundlage aller wirtschaftlichen Existenz — wie ist das zahlenmäßig gegeneinander abzuwägen?

Diese Ansprüche auf die Tatsache und das Maß der Vertretung sind schlechthin unausgleichbar. Der Sturm der Berufsvereinigungen wegen Beteiligung hat ja auch sofort eingesetzt. Ich gestehe, daß ich die Hoffnung hege, daß dieser allgemeine Wettlauf schließlich den ganzen Plan unter allgemeiner Heiterkeit in Rauch aufgehen lassen wird. Die vielgerühmte Berufsvertretung, obgleich auch Bismarck einst mit diesem Gedanken gespielt hat, ist nichts als eine romantische Phantasie.

Man stelle sich nur einmal vor, wie das aus Berufsständen hervorgegangene Hohe Haus, angenommen es gelänge, den Schlüssel für eine einigermaßen gerechte Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Berufsstände zu finden, funktionieren würde. Der Vertreter eines Berufs ist auch verpflichtet, sich von dessen Interessen, nicht von denen des Gemeinwohls leiten zu lassen. Da nun fast bei jedem Gesetz notwendig kleine Interessen bald dieser, bald jener Berufe geschädigt werden, so würden Gesetze überhaupt nicht mehr zustande zu bringen sein, oder nur auf Grund von höchst unsauberen Handelsgeschäften, von der Koalition der einen gegen die anderen. Das allgemeine Wahlrecht mag viele Nachteile haben, aber den einen Vorteil wenigstens hat es, daß es den grenzenlosen Egoismus der verschiedenen Berufe, Klassen und Stände einigermaßen bändigt, da die Abgeordneten, wenigstens zum großen Teil, gezwungen sind, nicht bloß auf eine, sondern auf verschiedene Berufsarten Rücksicht zu nehmen, um ihre Stimmen zu gewinnen. Von den Reichstagsabgeordneten haben sich als die allerunbrauchbarsten, welche am wenigsten geneigt sind, für das Gemeinwohl einmal ein Opfer zu bringen, immer die gezeigt, die als Vertreter bestimmter Berufe gewählt sind. Die Vertretung eines bestimmten Berufes gibt Macht und verschafft Gehör; das ist unzweifelhaft. Aber die Versuchung, die gegebene Macht zu mißbrauchen, um

der vertretenen Körperschaft Vorteile zuzuwenden und die persönliche Stellung zu befestigen und zu heben, ist doch fast unwiderstehlich. Ein Parlament aus lauter Berufsvertretern würde der Tummelplatz der wüstesten Kämpfe werden und schwerlich je zu fruchtbarer Arbeit gelangen.

Ich habe meine Einwendungen in aller Schärfe vorgebracht, will aber trotzdem der Regierung wegen ihrer Vorlage keinen Vorwurf machen, sondern sehe in ihr zwar einen Umweg, aber einen unvermeidlichen. Die Idee eines Wahlsystems auf Grund von Berufsvereinigungen ist so verbreitet und hat so viel Anhänger, daß die Durchführung einmal praktisch versucht werden müßte.

Was soll aber nun aus dem Herrenhaus werden, wenn wie ich annehme, der Gedanke der Berufsvertretung sich als verfehlt erweist?

Ich schließe mich hierin durchaus dem Gedankengange an, den Herr von Kienitz Band 171, S. 52, der „Preußischen Jahrbücher" entwickelt hat: das Herrenhaus ist als eine ständige Repräsentation überlebt, aber es kann immer noch eine sehr wohltätige Funktion in unserem politischen Leben ausüben als ein erweiterter Staatsrat. Es muß seine Bedeutung haben: nicht in den spezifischen Rechten, die ihm die Verfassung zuweist, sondern in dem moralischen Ansehen, das ihm die Persönlichkeiten verleihen, die es zusammensetzen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses, die die große Reform berät, hat beschlossen, zunächst einmal die Reform des Herrenhauses in Arbeit zu nehmen. Das hat den Eindruck der Verschleppungstaktik gemacht. Bei manchen, die dafür gestimmt haben, mag das zutreffen, aber gewiß nicht bei allen. Es gibt viele Abgeordnete, die bereit sind, für das gleiche Wahlrecht des Unterhauses zu stimmen, wenn die Reform des Herrenhauses ihnen die Gewähr bietet, daß wir damit nicht in die reine Demokratie geraten. Das läßt sich hören, aber ich glaube kaum, daß man auf dem eingeschlagenen Wege zum Ziel gelangen wird. Nicht nur Monate, sondern Jahre können vergehen, ehe man sich über den Neubau des Herrenhauses geeinigt hat. Die Reform des Abgeordnetenhauses aber erlaubt keinen Aufschub. Wie ist aus dem Dilemma herauszukommen? Sollte man wirklich binnen absehbarer Zeit zu einer Einigung gelangen, so will ich zufrieden sein, wie sie auch aussehe. Wenn man erst einige Wochen mit An-

strengung und Eifer an dem neuen Vertretungssystem gearbeitet haben wird und die Erkenntnis sich durchringt, daß es so nicht geht, muß die Regierung einen großen Entschluß fassen. Sie muß erklären, daß sie die Vorlage über die Reform des Herrenhauses als vorläufig unausführbar zurückziehe und die sofortige Erledigung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause verlange. Der Reformbedürftigkeit des Herrenhauses, die ja zugestanden ist, muß bis auf weiteres abgeholfen werden, indem die Regierung selber mit Umsicht eine große Anzahl von neuen Mitgliedern aus allen Schichten des Volkes beruft, so daß der einseitig agrarisch-feudale Charakter, der heute dem Herrenhause anhaftet, aufgehoben ist. Wenn diese Aktion vorurteilslos durchgeführt wird, kann sie einen sehr guten Eindruck machen.

Wie aber ist dann im Abgeordnetenhause die Majorität für das gleiche Wahlrecht zu gewinnen? Ich antworte darauf: Wenn die Regierung nur ernsthaft *will*, so hat sie die Majorität. Das Mandat der jetzigen Abgeordneten läuft, falls es nicht verlängert wird, im Sommer ab, und eine Neuwahl ist auch mitten im Kriege nicht unbedingt ausgeschlossen. Aber schon die bloße Androhung der Neuwahl würde aller Wahrscheinlichkeit nach genügen, den Widerstand zu brechen. Das Verhalten der Nationalliberalen, die erst die Wahlreform in Fluß gebracht haben und ihr nun den Knüppel in den Weg werfen; die allen Gesetzen parlamentarischen Lebens ins Gesicht schlagen, indem sie ihre eigenen Führer, nachdem sie um der Fraktion willen Minister geworden sind, verleugnen und angreifen, dieses zum mindesten widerspruchsvolle Verhalten hat in weiten Kreisen einen so peinlichen Eindruck gemacht, daß sie ihren eigensinnigen Widerstand schwerlich werden aufrecht halten können. Bei den Nationalliberalen aber liegt die Entscheidung.

So wenig erbaulich die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und die Generaldebatte in der Kommission für die Reformvorlage verlaufen sind, so sehe ich doch dem endlichen Ausgang, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, mit ziemlicher Zuversicht entgegen. Freilich unter einer Voraussetzung, die ich mit viel weniger Zuversicht auszusprechen vermag, nämlich, daß die Personen, die heute an der Regierung stehen, auch an der Regierung bleiben und nicht etwa durch eine Regierung ganz entgegengesetzten Geistes ersetzt werden. Was ist denn die preußische Wahlreform?

Sie ist ein Moment in dem Gesamtzusammenhang der Weltkrisis und wird am letzten Ende nicht aus sich selbst heraus, sondern durch diesen Zusammenhang bestimmt. Der alte Satz Rankes, daß die auswärtige Politik die innere regiere, wird sich auch hier einmal wieder als wahr erweisen. Der unser Volk zerreißende Gegensatz in der Friedensfrage ist stärker als alles andere und die Wahlreform bekommt ein anderes Gesicht, wenn statt des Grafen Hertling ein B. oder T. oder L. Reichskanzler werden sollte. Und wer will es leugnen, es gibt nur zu viel Zeichen, die auf Krisen und Sturm deuten.

Solange es Soldaten und Diplomaten gibt, die sich in die Ausübung des Staatswesens geteilt haben, hat es auch Gegensätze zwischen ihnen gegeben. Der Soldat sieht den militärischen Vorteil und sieht es als seine vaterländische Pflicht an, auf ihm zu bestehen. Der Diplomat fragt, ob der militärische Vorteil nicht durch politische Nachteile ins Gegenteil verkehrt wird. Man erinnere sich, wie vor einem Jahr mit Leidenschaft um die Aussichten des rücksichtslosen Tauchbootkrieges gekämpft wurde und sein eifrigster Vorkämpfer immer wieder versicherte, daß allein die hohen Marineoffiziere das entscheidende Urteil zu sprechen hätten, denn nicht nur das Marine-Technische, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen würden von ihnen am besten beurteilt. Die Lage Großbritanniens kann „*rasch* zur Katastrophe werden, wenn sich das Deutsche Reich nicht mehr von den Vereinigten Staaten beeinflussen" ließe, schrieb die Deutsche Tageszeitung am 1. Dezember 1916. Wie sehr haben die Herren sich mit dieser Rechnung von dem *raschen* Zusammenbruch Groß-Britanniens geirrt! Auch bei den Friedensverhandlungen müssen die Strategen gewiß in erster Linie gehört werden, die Entscheidung aber muß schließlich bei den Staatsmännern liegen. Es war eine wahrhaft ungeheuerliche Entgleisung, als die nationalliberale Fraktion den Beschluß faßte, daß der Friedensschluß von der Zustimmung der obersten Heeresleitung abhängig zu machen sei. Wollte man ausdrücken, daß man dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen nicht das genügende Vertrauen schenke, so mußte man fordern, daß diese Herren zurückträten und Generale ihre Plätze einnähmen. Denn wie kann ein Minister, sei es mit Bundesgenossen, sei es mit Gegnern verhandeln, wenn er nicht selber die Verantwortung trägt, sondern immer hinter sich blicken

muß, ob ihm nicht der gestrenge Präzeptor mit dem Stocke droht? Er selbst muß sich unsicher fühlen und kann mit seinen Worten den Anderen weder imponieren, noch ihr Vertrauen genießen. Ist es den Nationalliberalen, die jenen grotesken Beschluß faßten, gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es eine klägliche Halbheit war, die sie forderten, und daß sie zugleich sich selber, die doch eine politische Körperschaft sein wollten, unter Kuratel stellten?

Macht die Oberste Heeresleitung selber den Anspruch, aus dem Hintergrund die Politik des Reiches zu leiten? Die alldeutsche Presse macht fortwährend Anspielungen in diesem Sinne und trägt damit eine Beunruhigung in das Volk, die überaus verderblich wirkt, so daß man wünschen muß, die Oberste Heeresleitung ließe sich herbei, selber solchen Ausstreuungen mit aller Bestimmtheit entgegenzutreten. Auch der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini ist mit solchen Machenschaften in Verbindung gebracht worden, und sofort hat die alldeutsche Presse verlangt, daß alle Männer von ähnlichen Gesinnungen wie Herr von Valentini aus der Umgebung des Kaisers entfernt würden. Sind wir so weit mit dem monarchischen Regiment in Deutschland, daß der Kaiser nicht bloß nicht seine Minister, sondern nicht einmal mehr die Männer seines persönlichen Umgangs frei wählen darf? Ich habe die proletarische Revolution in Deutschland immer für ein bloßes Hirngespinst gehalten: ist es jetzt an dem, daß der Monarchie die Gefahr von der anderen Seite droht? Herr von Valentini ist ein Mann, der nach Herkunft und Wesen das denkbar beste Preußentum darstellt. Er war viele Jahre Landrat und Regierungspräsident in den Aemtern, wo wie in der Armee gelernt und geübt wird, was Autorität, Disziplin und Regierung heißt. Aber zum wahren Preußentum gehört mehr, gehört auch der Geist des nie rastenden Fortschritts, wie ihn uns Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau eingepflanzt haben und in diesem Geiste wirkte auch Herr von Valentini. Hoffen wir, daß sein Rücktritt nicht etwa einmal als Parallele erscheint zu dem Rücktritt Gneisenaus im Jahre 1816 oder Boyens im Jahre 1819 und getrösten uns, wenn in den Kreisen, die früher als die Träger und Verfechter des monarchischen Gedankens galten, die alldeutschen Irrlehren die Köpfe verwirren, mit jenem Bilde aus dem Hohenzollerndrama, dem Monolog des Kurfürsten, der für alle Zeit Wahrheit behalten wird:

„Seltsam! — Wenn ich der Dei von Tunis wäre,
Schlüg' ich bei so zweideutigen Vorfall Lärm:
Die Seid'ne Schnur legt' ich auf meinen Tisch,
Und vor das Tor, verrammt mit Palisaden,
Führt' ich Kanonen und Haubitzen auf.
Doch weils Hans Kottwitz aus der Priegnitz ist,
Der sich mir naht, willkürlich eigenmächtig,
So will ich mich auf märk'sche Weise fassen;
Von den drei Locken, die man silberglänzig
Auf seinem Schädel sieht, faß' ich die eine
Und führ' ihn still mit seinen zwölf Schwadronen
Nach Arnstein in sein Hauptquartier zurück."

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Reden und Gegenreden der leitenden Staatsmänner.

26. Januar 1918.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sind nicht in der Weise fortgeschritten wie anfänglich gehofft wurde. Als geradesten und einfachsten Weg zum Frieden möchte man sich vorstellen, daß Rußland auf sein Souveränitätsrecht in den von uns besetzten Gebieten verzichtet und es den beiden verbündeten Kaiserreichen überlassen hätte, dort eine neue politische Ordnung zu schaffen. Mit Recht haben unsere Bevollmächtigten eine derartige Forderung nicht gestellt. Alle Welt würde darin ein kaum verhülltes Annexionsverlangen gesehen haben; es wäre unmöglich gewesen, auf Grund einer solchen Formel auch die anderen kriegführenden Mächte zur Teilnahme an den Verhandlungen einzuladen; die Russen hätten die Verhandlungen abgebrochen und wir hätten dagestanden als die Leute, die durch ihre Eroberungsabsichten den Krieg verlängern und sich nicht scheuen, sich mit den eigenen feierlich verkündeten Grundsätzen in Widerspruch zu setzen. Man mußte also nach irgendeiner anderen Formel suchen, um die von Rußland loszutrennenden Gebiete irgendwie politisch zu gestalten, und da bot sich keine andere als das schon so viel geforderte und gepriesene

Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese Selbstbestimmung der Völker ist nun freilich eine bloße Fiktion, staatsrechtlich schlechterdings nicht zu fassen. Wer ist das Volk? Wo sind seine Grenzen? Wer ist, wenn abgestimmt werden soll, berechtigt zu stimmen? Auch die Frauen? Wer leitet die Wahl? Wer bestimmt die Stimmbezirke? Stimmt z. B. die Stadt Wilna bei den Litauern oder bei den Polen? Wer beeinflußt die Abstimmenden? Wer veranlaßt die ungeheure Masse der Gleichgültigen und Feigen an die Wahlurne zu kommen und ihr Votum abzugeben? Wer schützt das Wahlergebnis vor Fälschungen? Welche Rechte hat die Minorität? Gilt die Majorität jedes einzelnen Bezirks? Oder gilt die Majorität des ganzen Landes, so daß die Majorität des einen Teils nicht nur die Minorität, sondern auch die Majorität eines anderen Teils vergewaltigen darf? Ist die Majorität von heute, die vielleicht von irrtümlichen Voraussetzungen beeinflußt ist, auch bindend für die Majorität von morgen? Der sich so einschmeichelnde Begriff des „Volkswillens" ist wie ein Stück Zucker, das sich in diesem Meer von Fragen auflöst und verschwindet. Haben also unsere Diplomaten wie die Toren gehandelt, indem sie sich darauf einließen, mit einem solchen Begriff zu operieren? Ich will diese Frage sofort mit ja beantworten, sobald mir jemand nachweist, wie sie es hätten anders machen können. Es wird hier und noch oft gehen wie mit dem Wiener Kongreß, von dem Vater Blücher erklärte, daß auf ihm die Feder der Diplomaten verdorben, was das Schwert des Soldaten gewonnen. Wie die deutschen Diplomaten es 1815 hätten besser machen können, hat noch niemand nachzuweisen vermocht; es gibt eben Aufgaben, die ihrer Natur nach unlösbar sind, und dann kommen nachher die Weisen, die außerhalb sitzen, und erklären diejenigen für Dummköpfe, die die Lösung nicht gefunden haben.

In Brest-Litowsk wurde beschlossen, daß die Polen, Litauer und Kurländer ihre Zukunft selber bestimmen sollten, und Deutschland und Oesterreich schlugen vor, daß sich diese Selbstbestimmung in der Form zu vollziehen habe, daß die von uns geschaffenen nationalen Organe als provisorische Regierung funktionierten, die Neuordnung durchführten und sie durch eine Volksabstimmung oder durch eine auf breitester Basis gewählte Volksvertretung sanktionieren ließen. Man konnte nicht loyaler verfahren, um der demokratischen Idee des Volkswillens Genüge zu tun. Aber freilich

der Einwand lag nahe, daß schließlich damit doch den okkupierenden Mächten der herrschende Einfluß in den Zwischengebieten gegeben werde. Hierum drehte sich der Kampf, der von beiden Seiten mit bemerkenswertem Aufwand an Geist und dialektischer Kunst durchgeführt wurde.

Herr Trotzki ließ das Lichtbild der Selbstbestimmung der Völker in allen Farben spielen und verkündete mit Pathos den „demokratischen Frieden als die einzig denkbare Grundlage des Zusammenlebens und der Mitarbeit der Völker". Mit Andacht und Verehrung muß die Demokratie der ganzen Welt solchen Worten lauschen. Aber was wollte er machen, wenn Herr von Kühlmann ihm entgegenhielt, daß doch nicht bloß die Monarchen, sondern auch die Revolutionen ihr Recht aus der Macht schöpfen? Haben denn etwa die Bolschewiki die Staatsgewalt inne vermöge einer allgemeinen Volksabstimmung? Ist die Volksabstimmung das einzige Mittel, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen? Herr Trotzki mußte sich schließlich dazu bequemen zu gestehen, „wir führen ein Gerüst auf um ein Haus, von dem sich herausstellt, daß es gar nicht vorhanden ist", und einmal gab er sich die Blöße, zu argumentieren: wenn die Verbündeten behaupteten, daß in den okkupierten Ländern bereits Organe des Volkswillens vorhanden seien, so sollte man diese Völker auch an der Konferenz in Brest-Litowsk teilnehmen lassen. Herr von Kühlmann erwiderte ihm sofort, dieser Gedanke sei erwägenswert, und Graf Czernin fügte hinzu, daß damit also die fraglichen Behörden auch von Herrn Trotzki als Organe des Volkswillens anerkannt seien.

Aber was hilft die gewandteste Dialektik, wenn dem Gegner der gute Wille fehlt? Unsere Sozialdemokraten haben bekanntlich in Stockholm Verbindung mit den Bolschewiki, und diese haben ihnen verraten, daß die „Unabhängigen deutschen Sozialdemokraten" ihnen den Rat gegeben hätten, keinen Separatfrieden zu schließen, sondern die Verhandlungen hinzuziehen; das Proletariat werde derweile dafür sorgen, daß die Staaten sich zum allgemeinen Frieden bequemen müßten. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Bolschewiki-Regierung in der Tat in diesem Gedanken operiert hat. Auf der einen Seite ruht freilich ihre Macht auf der Vorstellung, daß sie Rußland den so unendlich ersehnten Frieden geben werde; auf der anderen aber besteht die Gefahr, daß, wenn dieser Friede erlangt ist, das russische Volk meinen könnte, die

Bolschewiki-Regierung sei nunmehr überflüssig geworden. Die Herren Lenin und Trotzki sind Ideologen. Sie erwarten, daß die Welt dem russischen Beispiel folgen und sich nach ihrem Muster umformen werde; erst dann ist auch dieses Staatswesen in Rußland selber wirklich gesichert. Welche Mittel hat die deutsche Diplomatie zur Verfügung, um den aus solchen Erwägungen entspringenden, geschickt diplomatisierenden Widerstand zu überwinden? Russenkenner haben getadelt, daß man viel zu sehr entgegengekommen sei; der Russe lege Höflichkeit immer als Schwäche aus, wenn man ihm aber die Faust zeige, sei er unterwürfig. Im vorliegenden Fall scheint diese Psychologie doch nicht einzuschlagen. Die energische Sprache, in der der General Hoffmann die Russen in ihre Stellung als Besiegte verwies, hat ihrer Verschleppungstaktik immer noch kein Ende bereitet und sogar im Gegenteil bei unseren Bundesgenossen sehr lebhaften Widerspruch hervorgerufen, weil solches „Säbelrasseln" die Verhandlungen störe.

Eine wesentliche Hilfe scheint uns geworden zu sein durch die fortschreitende Verselbständigung der russischen Fremdvölker. Wir haben die Souveränität Finnlands anerkannt und die Vertreter der Ukraine sind bereits auf der Friedenskonferenz in Brest erschienen und der Abschluß mit ihnen steht in Aussicht. Auch der Kaukasus hat sich selbständig erklärt, und die Türkei hätte demgemäß den hauptsächlichsten Frieden nicht mit Rußland, sondern mit dem neuen Staat zu schließen. Trotzdem ist alles noch unsicher genug. Denn niemand weiß, wer morgen in Petersburg und Kiew regieren und ob eine etwaige neue Regierung den Frieden weiter zu verschleppen oder ihn wirklich abzuschließen wünschen wird.

Auch die Westmächte waren eingeladen, sich an den in Brest begonnenen Friedensverhandlungen zu beteiligen, aber sie sind nicht darauf eingegangen. Vielleicht aber darf man sagen, daß, obgleich sie es noch vermeiden, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, sie dennoch eine Art Friedensgespräch bereits eingeleitet haben. Sowohl Präsident Wilson wie Lloyd George haben Reden gehalten, die offensichtlich nicht sowohl an ihre Zuhörer als an die leitenden Staatsmänner in Berlin und Wien gerichtet waren. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat in diesen Reden zunächst nur eine Wiederholung der früher schon öfter ausgesprochenen Bedingungen gesehen, Abtretung von Elsaß-Lothringen und dgl. Das einzig Bemerkenswerte schien die Aenderung in der Tonart,

und das war für uns und für den Frieden durchaus nicht etwa etwas Erfreuliches, wenigstens nicht bei Lloyd George. Präsident Wilson hatte seine Bedingungen ja immer schon so vorsichtig gefaßt, daß eine Verhandlungsmöglichkeit herauszuschauen schien. Wenn er nunmehr auch anfing, höflicher zu werden, so ist das eine Art Fortschritt, und die französische und italienische Presse ist ja auch ziemlich außer sich über ihn. Immerhin spricht er noch von dem Unrecht, was wir 1871 durch die Annexion Elsaß-Lothringens begangen hätten und das wieder gut gemacht werden müsse. Er hat vermutlich vergessen, daß Professor Wilson, ehe er Präsident wurde, in seinem Buche „Der Staat" (übersetzt von Thomas S. 225) geschrieben hat von dem Kriege 1870/71, „der im Interesse des deutschen Patriottismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde." Die Vorstellung, daß wir 1871 an den Franzosen ein Unrecht begangen hätten, scheint ihm also ebenso wie der „Times" erst nachträglich gekommen zu sein. Sollte er etwa daraufhin den Vorschlag machen wollen, die Elsaß-Lothringer über ihre Staatszugehörigkeit abstimmen zu lassen, so ist ihm darauf zu erwidern, daß ja das gerade der Punkt ist, in dem wir mit den Franzosen einig sind, ihn nicht zu wollen: die Franzosen wollen die Abstimmung nicht, weil sie ahnen, daß sie gegen sie ausfallen würde; die Deutschen wollen sie nicht, weil sie nicht zulassen können, daß ein Teil des Reiches selbständig darüber bestimmen könne, ob er beim Reiche bleiben will oder nicht, so wenig wie die Vereinigten Staaten es 1860 zugelassen haben, daß die Südstaaten sich eigenmächtig von ihnen trennten, oder die Engländer es heute den Iren erlauben, es zu tun.

Etwas anders als die Höflichkeit des Präsidenten Wilson ist die Höflichkeit des leitenden englischen Staatsmannes zu beurteilen. Herr Lloyd George war bisher Vertreter der Politik des Niederboxens, der Zerschmetterung nicht nur des deutschen „Militarismus", sondern des deutschen Reiches. Sollen wir es wirklich glauben, daß er diese Ziele völlig aufgegeben hat und ehrlich einen Verständigungsfrieden anstrebt? Würden die Engländer es glauben, wenn der Großadmiral Tirpitz plötzlich freundlich zu ihnen spräche und ihnen versicherte, daß die englische Seeherrschaft auf der ganzen Welt zu recht bestehe? Der Verdacht ist doch gar zu naheliegend, daß Lloyd George durch seine plötzliche Mäßigung nicht den Frieden herbeizuführen, sondern ihn zu stören bestrebt ist.

Gerade, daß er, der Boxer, sich jetzt mit den Gemäßigten in England verständigt hat, ist für uns das allerschlechteste Zeichen; viel besser, er wäre unser unversöhnlicher Feind geblieben. Dann hätten wir annehmen dürfen, daß er binnen nicht zu langer Zeit einem gemäßigten Staatsmann hätte Platz machen müssen, und der Weltfriede hätte seinen Einzug halten können.

So ungünstig es also ist, daß Herr Lloyd George die Verhandlung in der Hand hat: das Friedensgespräch, wie wir es ausdrücken dürfen, über Meere und Schützengräben hin, hat begonnen. Graf Hertling und Graf Czernin haben den Amerikanern und den Engländern geantwortet, und geantwortet ganz in dem Geiste der Politik, wie sie Deutschland von je verfolgt und mit der Friedensbotschaft vom 12. Dezember 1916 und in der Antwortnote an den Papst urkundlich niedergelegt hat.

Wo ich die Vorteile suche, die Deutschland bei dem anzustrebenden Frieden hineinzubringen hat, habe ich oft genug dargelegt. Es handelt sich nicht um ein „Verzichten" oder „Nicht-Verzichten", es handelt sich nicht um ein Weniger oder Mehr, sondern es handelt sich um die Richtung, in der wir gewinnen sollen, was zu gewinnen ist, ob wir nach „Sicherungen" suchen sollen vor einem nächsten Krieg, oder ob wir die Ausbreitung und Entwicklung unseres nationalen Daseins zum Zielpunkt nehmen. Wie man unter dem Titel eines „Sicherungs"-Friedens in eine Weltherrschaftspolitik geführt und getrieben werden kann, hat Herr Mette in einer unendlich lehrreichen historischen Analogie gezeigt („Preuß. Jahrbücher", Februarheft 1918). Die Franzosen haben nach dieser Darlegung, indem sie sich von der gemäßigten Politik des Friedens von Basel im Jahre 1795 wieder zu einer Expansionspolitik hinüberwandten, einen Kriegsruhm von unvergänglichem Glanz gewonnen, gleichzeitig aber haben sie mit dieser Gewaltpolitik den nationalen Untergang eingeleitet, dessen Verhängnis jetzt über sie hereinbricht. Der Welt und Deutschland hat der Uebermut der Franzosen schließlich zum Heil gereicht: indem wir gezwungen wurden, uns ihrer zu erwehren, sind wir einig und groß geworden. Aber mit ihrem eigenen Schicksal müßten wir, wenn sie nicht unsere Feinde wären, selber Mitleid empfinden, und uns in unserer Lage würde das Verhängnis noch viel schneller ereilen, wenn wir um der vermeinten größeren „Sicherung" willen die Unabhängigkeit unserer Nachbarn bedrohen und verletzen wollten,

weil wir im Verhältnis viel weniger mächtig, nicht bloß auf unsere Staatskraft, sondern auch auf unsere Bundesgenossen und namentlich auf den wichtigsten aller Bundesgenossen, den guten Willen des gesamten Volkes, angewiesen sind. Diese Bundesgenossen gehen uns verloren, sobald es sichtbar wird, daß wir den Boden des Verteidigungskrieges verlassen haben und in die Bahn des Eroberungskrieges eingelenkt sind. In Oesterreich-Ungarn sind Arbeiterschaft und Bürgertum, Volk und Regierung einig, mit uns in Not und Tod zusammenzustehen, so lange es die Abwehr gilt, und keinen weiteren Schwertschlag zu tun, wenn wir, sei es auch unter dem Namen von Sicherungen, über unsere europäischen Grenzen hinausgehen. Der Generalstreik in Oesterreich-Ungarn Mitte des Monats hat das nicht nur uns, sondern aller Welt offenbart.

In die einzelnen taktischen Züge der Diplomatie soll die Kritik womöglich nicht hineinreden; sonst würde ich sagen, daß ich gewünscht hätte, Graf Hertling hätte sich noch um einige Grade schärfer in Gegensatz zu den Kriegszielen der Vaterlandspartei gestellt. Daß diese sogenannte Partei gewisse nicht unerhebliche Schichten in Deutschland beherrscht, muß man zugeben; die Konservativen haben dem eigentlichen Gründer der Partei, Herrn Kapp, einen ihrer sicheren Wahlkreise in Ostpreußen, der gerade erledigt war, zugewiesen, und für einen Gegenkandidaten ist dort kein Boden. Viel bedeutsamer aber ist doch der Ausgang der Nachwahl im Wahlkreise Bautzen-Camenz. Dieser Wahlkreis ist ein alter, ganz sicherer konservativer, in neuerer Zeit antisemitisch vertretener Besitz. Jetzt ist er mit erheblicher Majorität an einen national gesinnten Sozialdemokraten übergegangen. Die immer wiederholte Behauptung der Vaterlandspartei, daß die Masse des Volkes hinter ihr und nicht hinter der Reichstagmajorität stehe, ist damit so gründlich widerlegt, daß vielleicht sogar die alldeutsche Presse nicht mehr den Mut finden wird, jene Behauptung zu wiederholen.

Dürfen wir unter diesen Umständen hoffen, daß der Friede naht? Das deutsche Volk und die deutsche Regierung mit samt ihren Bundesgenossen ist bereit. Aber sie sind schon sehr lange bereit, und wenn sich jetzt auch bei den Gegnern eine gewisse Bereitschaft bemerklich macht, so sind die Bedingungen, die sie stellen, doch noch immer der Art, daß wirkliche Verhandlung auf

dieser Basis ausgeschlossen sein muß. Wie wird die weitere Annäherung sich vollziehen? Der beste und schnellste Weg wäre: wenn Herr Wilson einigen der 14 Punkte in seiner Botschaft eine mildernde Interpretation gäbe; wenn Herr Lloyd George einem Manne Platz machte, dem man vertrauen kann, wenn schließlich der deutsche Reichskanzler das, was er über Belgien und die Räumung Frankreichs gesagt hat, noch etwas schärfer präzisierte. Ist das noch nicht zu erreichen, so ist Graf Czernins Anerbieten, daß zunächst einmal Oesterreich-Ungarn mit den Vereinigten Staaten in Besprechungen einträte, eine sehr geschickte diplomatische Wendung, die uns weiterführen kann.

Das osteuropäische Chaos. — Die mangelnde Entschlossenheit und Gradheit in der deutschen Politik. — Großadmiral v. Tirpitz.

24. Februar 1918.

Als wir das letzte Heft abschlossen, schien es bereits klar zu werden, daß die Bolschewiki-Regierung, vertreten durch Herrn Trotzki, den Frieden, über den sie in Brest-Litowsk angeblich verhandelte, gar nicht ernstlich wollte, daß aber die Ukraine ihre volle Selbständigkeit erklärend unmittelbar davor stehe, den Frieden mit uns abzuschließen. So ist es auch gekommen. Die Bolschewiki haben den Frieden mit uns verschmäht in der Vorstellung, daß ihnen bei fortwährendem Hinziehen der Verhandlungen eine Revolution in Oesterreich und Deutschland zu Hilfe kommen werde. Als das Manöver dieser Scheinverhandlungen sich endlich nicht länger durchführen ließ, fand der anschlägige Kopf des Herrn Trotzki eine diplomatische Wendung, die abermals Zeitgewinn zu versprechen schien. Er erklärte, daß Rußland seinerseits den Krieg nicht fortzuführen gedenke und seine Armee demobilisiere. Das war nicht mehr und nicht weniger als eine Ergebung auf Gnade und Ungnade in der stillen Voraussetzung, daß die Zentralmächte praktisch von der Ungnade keinen Gebrauch machen, und der Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden, wie ihn die Bolschewiki

wünschten, fortdauern werde. Dann wäre ein Verhältnis entstanden, wie es in der Geschichte der Diplomatie schon öfter vorgekommen ist, daß nämlich die eine Partei der anderen zunächst praktisch ihren Willen läßt, ihren eigenen Rechtsstandpunkt aber behauptet, so daß es der späteren Entwicklung überlassen bleibt, ob die Lösung, die der augenblicklich stärkere Teil vornimmt, sich befestigt oder wieder rückgängig gemacht wird. Ich denke dabei z. B. an den Reichstag zu Speyer 1526, wo, da die Kirchenreform von Reichs wegen nicht durchzusetzen war, jedem einzelnen Fürsten freigestellt wurde, sich so zu verhalten, wie er es vor Gott und dem Kaiser verantworten könne. Auf Grund dieser Klausel sind die evangelischen Landeskirchen gegründet worden und haben sich bis auf den heutigen Tag erhalten, da der Moment, wo die Anhänger der alten Kirche hätten sagen können, daß die neue Ordnung eine sei, die nicht verantwortet werden könne und deshalb wieder abgeschafft werden müsse, nicht gekommen ist. So könnte man sich vorstellen, daß wir die Trotzkische Erklärung akzeptiert, Rußland sich selbst überlassen, in den von uns besetzten Gebieten eine Staatsordnung geschaffen, die uns gut schien, und abgewartet hätten, ob sich jemand gefunden, der sie wieder umwarf. Die Trotzkische Erklärung wurde also in Deutschland wie in der ganzen Welt als ein großer Erfolg für uns aufgenommen. Daß der nichtabgeschlossene Friede den Bolschewiki wirklich Gelegenheit geben würde, unsere Völker zu revolutionieren, brauchten wir ja nicht zu fürchten.

Die Sache hat sich aber, freilich unter sehr beklagenswerten Umständen, noch viel günstiger gestaltet.

Die Bolschewiki-Regierung ist, wie vorauszusehen war, unfähig, den bisherigen Gesellschaftszustand Rußlands in die neue, kommunistische Idealordnung überzuführen. Ganz Rußland ist erfüllt von den Schrecknissen der Anarchie. Räuberbanden durchziehen das Land, schaffen die Gleichheit, indem sie den Besitz plündern, und morden die Widerstrebenden. Die in Zuchtlosigkeit aufgelöste Armee, zum Teil umgeformt in eine neue Revolutionsarmee, die sich die „Rote Garde" nennt, vollzieht diese Arbeit systematisch. Besonders entsetzlich sind die Zustände in Finnland und in den baltischen Provinzen, wo der nationale Gegensatz die natürliche Brutalität des Proletariats, das sich als Herr fühlt, noch steigert. Die Bolschewiki-Regierung, die schon mit Pathos verkündet hatte, daß sie die Autonomie aller Fremdvölker bis zur vollen Selb-

ständigkeit anerkenne, hat dieses Versprechen nicht gehalten. Sie ist ja ihrer Idee nach nicht national, sondern universell; sie will den Kommunismus nicht nur bei sich, sondern in der ganzen Welt einführen; zunächst also natürlich bei den bisher im russischen Reichsverbande lebenden Fremdvölkern. Ihre Rote Garde, versehen mit den Waffen und der Munition der Armee, unterstützt die in den Ostseeländern einheimischen kommunistisch-anarchistischen Elemente in ihrem Kampf gegen Besitz und Ordnung.

Derselbe Kampf tobt auch in der Ukraine. Denn die Ukraine unterscheidet sich von Großrußland nicht nur durch den Dialekt, die Rasse und Geschichte, sondern auch durch die dem Westen ähnlichere soziale Struktur. Der Bolschewismus ist ein spezifisches Produkt des Großrussentums, wo noch immer der „Mir", der Agrarkommunismus vorherrscht, während in der Ukraine das bäuerliche Privateigentum herrscht. Die Ukraine also, mit gewissen Ausnahmen namentlich der Großstädte Kiew und Charkow, wo vermöge der Industrialisierung die Großrussen die Oberhand gewonnen haben, wünscht sich des Bolschewismus zu erwehren. Die Ukraine ist so weit organisiert, daß sie den Frieden mit uns hat schließen können; die baltischen Provinzen sind es noch nicht; hier wie dort ruft man nach unserer Hilfe. Nicht nur der Jammer unserer Volksgenossen in Livland und Estland, sondern auch das direkte politische Interesse des Deutschen Reichs wie Oesterreich-Ungarns fordert, daß wir diesen Hilferuf nicht ungehört verhallen lassen. Sollen wir etwa zusehen, daß sich die Baltenländer in ihrer Verzweiflung den Engländern in die Arme werfen? Wir haben mit der Ukraine Frieden geschlossen und dürfen annehmen, daß sich schnell wieder ein geordneter Handelsverkehr zwischen diesem reichen Getreideland und uns entwickeln wird, der für das Durchhalten des Krieges im Westen von großer Bedeutung ist. Sollen wir zusehen, daß die Rote Garde die Ukraine der Bolschewiki-Regierung in Petersburg wieder unterwirft? Die Herren Lenin und Trotzki haben sich verrechnet. Indem sie sich geweigert haben, den Frieden mit uns abzuschließen, haben sie uns selber die Handhabe geboten, unsere Erfolge im Osten nicht nur zu befestigen, sondern noch zu erweitern und vor allem die vollständige Befreiung und Besetzung der baltischen Provinzen, die bisher zu unserem großen Schmerz nicht zu erreichen war, nachzuholen. Statt der Bolschewiki-Revolution in Deutschland dürfen wir hoffen, daß binnen kurzem

die Welt das Schauspiel haben wird, wie mit unserer Hilfe die russischen Fremdvölker, nachdem sie vom Moskowitertum des Zarismus befreit worden sind, nun auch vom Moskowitertum in Gestalt des Bolschewismus befreit werden. Mancher wird es bedauern, daß wir auf diese Weise zu einer Wiederaufnahme der Kriegshandlung gezwungen worden sind. Aber ich denke als Kriegshandlung wird unser Vormarsch weder gefährlich noch blutig sein, und den endlichen allgemeinen Frieden wird diese Kriegshandlung nicht aufhalten, sondern im Gegenteil, sie wird ihm nützen. Es mag sein, daß manche Kreise in Westeuropa zunächst aus dieser Wendung eine neue Hoffnung schöpfen, ein Teil unserer Streitkräfte möchte auf dem östlichen Kriegsschauplatz wieder gebunden sein. Bald aber wird man erkennen, daß eine wirkliche Hilfe dadurch nicht geboten wird. Umgekehrt aber kann man auch im Westen die Augen nicht davor verschließen, daß der Bolschewismus eine Gefahr bildet für die Zivilisation der ganzen Welt und Deutschland sich ein allgemeines Verdienst erwirbt, indem es ihm einen Damm entgegensetzt.

Die durch die phantastische Ideologie der in Rußland regierenden Männer geschaffene neue Lage bringt uns also den Gewinn, daß wir, uns die Ostflanke freimachend, gleichzeitig die Kulturwelt vor der sozialen Anarchie bewahren und mit den Waffen in der Hand für die Selbständigkeit der kleineren Nationen eintreten. Aber freilich, es hängt Alles davon ab, daß wir die Situation auch in diesem Sinne auffassen und auswerten. Nicht bloß die deutsche Kriegführung, sondern auch die deutsche Politik muß jetzt ein entscheidendes Wort sprechen, wenn nicht Unwiederbringliches verloren gehen soll. Die Welt ist noch immer voller Mißtrauen, daß trotz aller Resolutionen des deutschen Reichstages und trotz aller Noten der Regierung in Deutschland die Absicht bestehe, durch Annexionen oder irgendwelche Zwischenformen der Gebietserwerbung eine deutsche Vorherrschaft in Europa und damit in der Welt aufzurichten. Von der Stärke dieses Mißtrauens macht sich die öffentliche Meinung in Deutschland keine Vorstellung. Obgleich ich ja die auswärtige Presse einigermaßen verfolge und auch nicht selten Besuch von neutralen Ausländern gehabt habe, so hat mir doch erst ein Aufenthalt im neutralen Ausland, von dem ich soeben zurückgekehrt bin, das Verhängnisvolle dieses Mißtrauens völlig klar gemacht. Ich muß sagen, daß es Augenblicke gab, wo ich ganz erschüttert davon war. Jenes Wort des Reichs-

kanzlers Michaelis, „so wie ich sie auffasse", das so harmlos klang und dann dazu diente, die Entschließung, der er anscheinend zustimmte, in das Gegenteil zu verwandeln, hat dem Ansehen des deutschen Nationalcharakters eine Wunde geschlagen, die nicht so bald ausheilen wird. In allen unseren diplomatischen Aeußerungen findet man Zweideutigkeiten und Hintertüren. Man darf einwenden, daß die diplomatischen Aeußerungen unserer Gegner an solchen Zweideutigkeiten und Hintertüren wahrlich auch reich genug sind. Aber der Unterschied ist: jene stellen die brutalsten Forderungen und stoßen die wildesten Drohungen aus und lassen Hintertürchen, um zu erkennen zu geben, daß sie mit sich verhandeln lassen wollen: wir aber erklären unsere Friedensbereitschaft und drücken uns in den Bedingungen so aus, daß die Vertreter des Verständigungsfriedens, deren es ja im feindlichen Lager genug gibt, darauf eingehen könnten, lassen aber Hintertüren, die den Argwohn erregen, daß wir, sobald die Friedensverhandlungen beginnen sollten, nicht gebunden erscheinen würden. Die Folge ist, daß man an die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens nicht glauben will, während wir unsererseits denselben Verdacht hegen. Präsident Wilson in seiner jüngsten Botschaft und Graf Czernin in seiner Programm-Rede haben Prinzipien aufgestellt, die sich voneinander kaum noch unterscheiden. Weshalb treten sie nicht ein in tatsächliche Verhandlungen? Es ist das gegenseitige Mißtrauen, ob der Andere es auch ehrlich meint.

Was uns betrifft, so handelt es sich dabei natürlich in erster Linie um Belgien. Die deutschen Staatsmänner haben mit einer für Diplomaten genügenden Deutlichkeit erklärt, daß wir die Integrität und Souveränität Belgiens nicht anzutasten gedenken. Aber sie haben diese Erklärung doch immer wieder mit gewissen Klauseln und Bedingungen behängt, so daß die Gegner den Boden nicht zu betreten wagen. Zu gewinnen ist bei diesem Versteckspiel nichts, denn was wir bei den Friedensverhandlungen sonst für Bedingungen stellen ist ganz und gar unabhängig von dem, was wir jetzt über Belgien erklären oder nicht erklären. Die Friedensbedingungen werden ausschließlich abhängen von der militärischen Lage und den militärischen Aussichten beider Teile, und nur daß wir Belgien und Nordfrankreich tatsächlich inne haben, ist dabei entscheidend, nicht, was wir jetzt erklären über ihre Zukunft. In diesem Sinne, aber auch nur in diesem Sinne sind sie unsere

„Faustpfänder", und ob wir über deren Zukunft schon jetzt Erklärungen abgeben oder nicht, ist für die sonstigen zukünftigen Friedensbedingungen gleichgültig. Ja, man kann sogar sagen, daß es militärisch von großem Vorteil wäre, wenn wir mit einer völlig klaren und einwandfreien Erklärung über Belgien nicht länger zurückhielten. Denn jetzt sind wir in der ungünstigen Lage, daß die Diplomaten wohl wissen, daß wir von Belgien nichts wollen, die Völker aber noch im Unklaren sind, also mit der Behauptung, daß wir Belgien behalten wollten, immer noch eine gewaltige Kriegshetze betrieben werden kann und wird. Das englische und amerikanische Volk sind des Glaubens, daß sie in erster Linie für Belgien kämpfen. Läßt es sich unsere Diplomatie ernstlich angelegen sein, diesen Glauben zu zerstören, so würde das den Fortgang der Rüstungen in England und Amerika hemmen, die Opposition gegen die Fortführung des Krieges in diesen Ländern stärken, und die Diplomatie hätte damit der Obersten Heeresleitung einen recht nützlichen Dienst erwiesen. Das geschieht nun aber nicht nur nicht, sondern beinahe das Gegenteil. So leicht der Schleier ist, der noch immer über unserer Politik in bezug auf Belgien liegt, so hat er doch dem Großadmiral v. Tirpitz ermöglicht, in einer holländischen Zeitung, dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" (28. 1.) ein Interview erscheinen zu lassen, in dem er von neuem darlegt, daß Deutschland die Flandrische Küste behalten müsse. Eine offiziöse Absage wie ein Hammerschlag hätte darauf erfolgen müssen; es ist nicht geschehen. Existiert die Reichstagsmajorität noch oder existiert sie nicht? Sie existiert, darüber kann kein Zweifel sein, aber das Unglück ist, daß sie sich damit begnügt, selbst von der Ehrlichkeit der Regierung überzeugt zu sein und nichts tut, um auch die Welt davon zu überzeugen.

In der Sache selber hat das Tirpitz-Interview die günstige Folge gehabt, daß ein wesentlicher Punkt in dem belgischen Problem noch weiter geklärt worden ist. Der Großadmiral hat den Holländern klar zu machen versucht, daß sie selber ganz und gar nicht davon berührt würden, wenn wir uns an der Flandrischen Küste festsetzten; die holländischen Rechte auch bezüglich der Scheldemündung würden genau so bleiben wie sie sind. Die Holländer sind anderer Ansicht. Sofort sind der ehemalige Ministerpräsident Heemskerk in der „Hilfe" (Nr. 8) und der Historiker Japikse in der „Deutschen Politik" (Nr. 8) aufgetreten und haben dargelegt, wie

sehr Holland an der Unabhängigkeit Belgiens interessiert sei. Auch in Deutschland ist es ja, was Herr von Tirpitz sorgsam verschweigt, oft genug ausgesprochen, daß mit der Einbeziehung Belgiens in den deutschen Machtbereich auch Holland nichts übrig bleibe, als sich uns zu fügen. Da nun aber die Holländer ganz und gar nicht gewillt sind, sich ihrer nationalen Selbständigkeit zu begeben, so ist die Folge, daß die Hand, die wir in Belgien haben, die Holländer gleichzeitig hinüberschiebt ins Entente-Lager, und hier liegt die weitere Aufklärung, von der ich meine, daß das Tirpitzsche Interview sie gebracht hat. Die Verteidiger der militärischen Festsetzung in Belgien berufen sich darauf, daß wir den Engländern das Aufmarschgebiet auf dem Kontinent nicht überlassen dürfen. Nun ist bekanntlich Belgien für die Engländer kein sehr günstiges Aufmarschgebiet, weil sein Haupthafen Antwerpen durch holländisches Gebiet vom Meere abgesperrt ist, und Belgien selber nur sehr unbedeutende Häfen hat. Das Ergebnis ist also, nachdem wir von den Holländern gehört haben, wie sie über unsere Festsetzung in Belgien denken, daß der Plan des Admirals Tirpitz den Engländern das Aufmarschgebiet auf dem Kontinent nicht nimmt, sondern schafft, und wie so oft eine undurchdachte Politik, so würde also Herr von Tirpitz das Gegenteil erreichen von dem, was er beabsichtigt. Ich kann unseren Lesern nur dringend empfehlen, die Darlegungen der Herren Heemskerk und Japikse nachzulesen. Wen es interessiert, der möge auch die immer wiederholten Versuche des Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" nachlesen (z. B. jetzt Nr. 101), in denen er beweisen will, daß die Freiheit Hollands durch eine deutsche Herrschaft in Belgien nicht bedroht, sondern beschützt würde. Leider kommt es aber in dieser Frage nicht auf die Meinung des Grafen Reventlow, sondern auf die Meinung der Holländer an, und überdies ist die Beweisführung des Grafen so sinnlos, daß sie selbst für die Gläubigen der „Deutschen Tageszeitung" wenig Einleuchtendes haben dürfte.

Ich habe der Politik des Führers der Vaterlandspartei vorgeworfen, daß sie nicht genügend durchdacht sei. Das holländische Interview liefert noch einen weiteren Beweis für diesen seinen Mangel in der nötigen Voraussicht. Befragt über den Tauchbootkrieg, der der Erwartung des Erfolges in 4—6 Monaten doch nicht entsprochen hat, hat der Großadmiral gesagt, wir hätten vermutlich nicht gerechnet mit dem brutalen Raub der Engländer an der

neutralen Schiffahrt. Man muß die Ehrlichkeit dieses Geständnisses anerkennen, aber ist eine derartige Unterschätzung des Feindes bei einem führenden Politiker überhaupt noch verzeihlich?

Als der Streit über den Tauchbootkrieg geführt und der zu erwartende Eintritt Amerikas in den Krieg dagegen geltend gemacht wurde, da wurden wir belehrt, Amerika könne uns nichts anhaben; als Neutraler schädige es uns mehr als als offener Feind; die Engländer erhofften nicht, sondern fürchteten die Bundesgenossenschaft von Onkel Sam. Heute wissen wir alle, daß es allein die Vereinigten Staaten sind, die die Hoffnungen der Entente noch aufrecht erhalten. Ich erinnere mich nicht, ob der Großadmiral von Tirpitz gerade persönlich eine öffentliche Aeußerung in dieser Hinsicht getan hat; aber jedenfalls sind es seine Freunde und Vertrauensmänner gewesen, die jene falsche Lehre verkündet, jenen unglaublichen Mangel an Voraussicht gezeigt haben, und er hat sie nicht gedämpft, ihnen nicht widersprochen, und noch jüngst (Januar 1918) hat er selber dem Korrespondenten des N. Pesther Journals, als ob er mit Blindheit geschlagen wäre, erklärt, „Amerikas militärische Hilfe ist und bleibt ein Phantom".

Herr von Tirpitz hat unsere Hochseeflotte geschaffen und dafür wird das deutsche Volk ihm immer dankbar sein, aber wenn er jetzt auch als politischer Führer gefeiert wird, so ist es notwendig, auf die großen Mängel in seiner Begabung wie in seinen Leistungen hinzuweisen. In der Marine selber sind seine Grundideen über den Schiffsbau, im besonderen die einseitige Bevorzugung der Dreadnougths und sogar ihre Konstruktion stark angefochten. Auch von sehr hoher Seite sind darüber die allerbittersten Aeußerungen bekannt geworden, und gerade er, der jetzt als Vater des Tauchbootkrieges gefeiert wird, ist es gewesen, der sich viel zu lange gegen die neue Waffe gesträubt und den Bau hinausgezögert hat. In der Naumannschen „Hilfe" (Heft 6/7, S. 58, 14. Februar) wird gesagt, daß Herr von Tirpitz nicht nur vor dem Kriege, sondern sogar noch während des Krieges, solange er im Amt war, den genügenden Bau von Tauchbooten verhindert habe. „Er glaubte ja," heißt es hier wörtlich, „daß selbst mit den wenigen U-Booten, die ihm zum Trotz nun doch gebaut waren, England in wenigen Monaten auf die Kniee gezwungen werde und deshalb wollte er nicht mehr Boote bauen, weil sie im Frieden überflüssig seien und wir sonst eigene Häfen anlegen müßten, die den U-Booten dann als Friedhof

dienen würden." Diese Anklage erscheint geradezu niederschmetternd: Mangel an Voraussicht auf allen Gebieten! Mir scheint, daß der Reichstag die Pflicht hat darauf zu dringen, daß hierüber Klarheit geschaffen werde. Handelte es sich nur um einen Marineminister, der technische Fehler gemacht hat, so könnte man in Betracht großer sonstiger Verdienste den Mantel der Liebe darüber decken. Aber Herr von Tirpitz ist heute mehr als ein bloßer Marineminister a. D. Er ist der Führer einer Organisation, deren Einfluß bei den Entschlüssen über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes sehr ins Gewicht fällt. Politiker sein, heißt Voraussicht bewähren, ist ein alter Satz. Läßt sich wirklich beweisen, daß Herr von Tirpitz nicht nur hier und da, sondern allenthalben, sogar auf seinem eigenen Gebiet einen besonderen Mangel an Voraussicht gezeigt hat, so werden viele gute Patrioten, die jetzt der Fahne der Vaterlandspartei folgen, sich doch zur Vorsicht gemahnt fühlen. Wahrlich hier ist keine Zeit zu verlieren. Ob der Weg, auf den Herr von Tirpitz es zu drängen sucht, ein Irrweg ist oder nicht, darüber mag man weiter streiten; ob er aber sich selber als ein weitschauender Politiker bewährt hat, das kann nunmehr unter Beweis gestellt oder aber ein Gegenbeweis angetreten werden. Ich weiß nicht, wozu der Reichstag da ist, wenn er es nicht als seine Aufgabe ansieht, in solchen Fragen die nötige Aufklärung zu verlangen und durchzusetzen. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf.

Polen und die Ukraine.

23. Februar 1918.

Einer besonderen Betrachtung bedarf der Friede von Brest-Litowsk, weil er eine Abgrenzung zwischen der Ukraine und Polen gebracht hat, die für das gesamte polnische Problem von großer Tragweite ist.

Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß das Volk der Polen kein ethnisch geschlossenes Gebiet besitzt. Im Westen und Norden ist es gemischt mit Deutschen, im Nordosten mit Litauern, im Osten mit Weißrussen, im Südosten mit Ukrainern, und selbst das Mittelstück dieses nirgends fest umrissenen Kreises ist allenthalben durchsetzt mit Deutschen und namentlich mit Juden.

Selbst von der Hauptstadt Warschau konnte gesagt werden, sie sei keine polnische Stadt, denn die Mehrzahl der Bewohner bestehe aus Juden, Russen, Deutschen und sonstigen Fremdvölkern. Die Stadt Wilna, die die Polen als eine ihrer wichtigsten Kulturstätten ansehen und die auch in der Tat zur Hälfte von Polen bewohnt ist, liegt doch auf weißrussischem Gebiet, ist von einer weißrussischen Landbevölkerung umgeben und wird schließlich von den Litauern als ihre Hauptstadt in Anspruch genommen, obgleich nur etwa 3 Proz. der Bewohner litauisch sind. Diese wunderlichen Völkermischungen sind auf all den verschiedenen Grenzen der gleichen Ursache entsprungen. Die Ueberlegenheit der deutschen Kultur und der deutschen Kriegskraft brachte es mit sich, daß die wilden heidnischen Preußen zwischen Weichsel und Memel, denen die Polen nicht gewachsen waren, von den Deutschen pazifiziert und christianisiert wurden, und aus ähnlichen Gründen sind die ursprünglich polnischen Gebiete des Westens von Schlesien bis zu den Ausflüssen der Weichsel mehr oder weniger germanisiert worden. Ganz dieselbe Ueberlegenheit brachten die Polen wieder ihrerseits auf gegenüber ihren eigenen östlichen Nachbarn, und so sind Litauen, Weißrußland und große Stücke der Ukraine, namentlich Ost-Galizien, in ihren oberen Schichten polonisiert worden, während die unteren Schichten ihr angestammtes Volkstum bewahrt haben. Der historische Prozeß ist dadurch modifiziert, daß Polen sich im Jahre 1386 mit Litauen erst in einer Personalunion und dann in einer engeren Realunion vereinigte, ohne doch völlig zu verschmelzen. Lassen wir aber diese Einzelheiten auf sich beruhen und stellen nur fest, daß Polen niemals ein geschlossener Nationalstaat war, sondern, wie man mit Recht gesagt hat, immer ein Nationalitätenstaat gewesen ist, und nicht nur verschiedene Nationalitäten, Polen, Litauer, Weißrussen, Ukrainer, Deutsche, Juden lebten in diesem Staatswesen nebeneinander und durcheinander, sondern auch verschiedene Religionen standen nebeneinander und kreuzten sich hier und da mit den Nationalitäten, besonders der römische und der griechische Katholizismus.

Es ist erstaunlich genug und Zeugnis für eine nicht geringe staatsbildende Kraft, daß so auseinanderstrebende Elemente doch zu einem gewaltigen Staatswesen zusammengefaßt worden sind. Im 15., 16. und 17. Jahrhundert ist Polen eine Großmacht, herrschend von der Ostsee fast bis ans Schwarze Meer und einmal

nahe daran, auch die Herrschaft über Moskau zu gewinnen. Dann ist diese Großmacht, eben weil die Elemente so bröckelig waren, schnell in Verfall geraten und der ganze Staat endlich zugrunde gegangen und aufgeteilt worden.

Diesen historischen Entwicklungsgang muß man sich vor Augen halten, um die heutigen Zustände in Polen zu verstehen. Wie weit erstrecken sich und was wollen die Polen? So fragt man in Deutschland und in der Welt; aber die Fragestellung ist falsch, denn ein einheitliches Polentum und ein einigermaßen einheitlicher Wille unter den Polen existiert nicht und kann nach der Vergangenheit dieses Volkes nicht existieren. Auf der einen Seite existiert ein schimmerndes Ideal der Wiederherstellung der polnischen Großmacht vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer mit der Herrschaft des Polentums über die Masse der in dieser Umgrenzung eingeschlossenen fremden Völker und Volkssplitter. Auf der anderen Seite lebt die durch mehr als hundertjährige harte Erfahrung gewonnene realpolitische Erkenntnis, daß dieses Ideal Traum und Schaum ist, und auf die Frage, was dann, gibt es nicht eine, sondern zwei Dutzend verschiedene Antworten. Wo soll man sich anlehnen? Welche von den realen Möglichkeiten, ein so oder so beschränktes nationales Staatswesen zu schaffen, ist die beste, ist erreichbar? Man zählt unter den Polen heute nicht weniger als 26 Parteien. Ist es die Folge eines zerfahrenen Nationalcharakters? Es ist wohl mehr die Folge der eben umrissenen nationalen Geschichte. Die Einen glauben am besten zu fahren, wenn sie ihr Slawentum hervorkehren und sich an Rußland anlehnen; die Anderen sehen den Hort bei dem katholischen, vielsprachigen Oesterreich. Die Dritten würden sich am besten bei dem starken, wohlgeordneten Deutschen Reich geborgen fühlen. Diese Gegensätze werden gekreuzt durch die allen europäischen Völkern gemeinsamen sozialen und religiösen Parteiungen. Wie bei uns gibt es auch bei den Polen Aristokraten und Demokraten, Konservative, Liberale, Klerikale und Sozialdemokraten. Ein volles Siebentel im engeren Polen machen immer noch die Juden aus, und auch diese zerfallen in mehrere Parteien, die sich untereinander aufs schärfste befehden.

Wie soll sich die deutsche Politik einem solchen Volke gegenüber verhalten? In welcher Richtung soll sie ihren Einfluß aufwenden, damit sich hier ein Staatswesen gestalte, mit dem wir

eine gute Nachbarschaft halten könnten? Vor allem, welche Grenzen sollen ihm gegeben werden?

Von vorherein ist klar, daß es auf keinerlei Weise möglich ist, ein zufriedenes Polen herzustellen. Zunächst, weil es überhaupt keine zufriedenen Völker gibt; dann aber, weil die Völkermischung, in der die Polen leben, und ihre geographische Verbreitung ein auch nur einigermaßen abgerundetes Staatswesen ausschließen. Man kann also immer nur Lösungen suchen, die diese oder jene Lücke lassen, Reibungen, sei es mit Deutschland, sei es mit Oesterreich-Ungarn, sei es mit den östlichen Nachbarn vorbereiten und auf diese Weise den allgemeinen Frieden in Gefahr bringen. Aus dieser Einsicht entstand bei uns jene Stimmung, die, solange das russische Reich bestand, sehr verbreitet war, überhaupt keinen polnischen Staat zuzulassen, sondern sich lieber mit Rußland gut zu stellen und ihm Polen zu opfern. Ich habe diese Politik immer für sehr unrichtig und für sehr gefährlich gehalten, aber es ist nicht nötig, heute weiter darauf einzugehen, da ja ein russisches Reich vorläufig nicht mehr existiert, sondern nur ein osteuropäisches Chaos, von dem wir noch nicht wissen, was für politische Gebilde es einmal gebären wird.

Mehr als ein Jahr nach der Eroberung Polens verkündeten die beiden Kaisermächte, daß ein selbständiges Königreich Polen geschaffen werden solle, und forderten die Polen auf, eine Armee zu bilden. Dieses am 5. November 1916 gesetzte Pflänzchen hat sich nicht entwickelt, und die Polen und ihre Beschützer klagen sich gegenseitig an, den Mißerfolg verschuldet zu haben. Richtiger ist es, von vornherein das Wort „Schuld" zu vermeiden und rein sachlich festzustellen, weshalb es so gekommen ist. Manches kann ja heute noch nicht gesagt werden, noch mehr ist überhaupt nicht bekannt, sondern wird zukünftig einmal an den Tag gebracht werden. Man braucht aber auf solche Enthüllungen nicht zu warten, um sich jetzt schon klar zu machen, welche fast unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Sache selber lagen. Die Schaffung eines selbständigen Staates mit einer eigenen Armee warf die Frage auf, welche von den beiden Kaisermächten einmal den vorwaltenden Einfluß in dieser neuen Macht haben werde, und des weiteren, ob die neue Macht sich nicht etwa gegen ihre Befreier wenden werde. Hätte sich unter den Polen selber eine einmütige oder wenigstens stark vorwaltende Stimmung gebildet, die eine bestimmte real-

politische Lösung, welche auch den Zentralmächten genehm sein konnte, ins Auge faßte, so wäre wohl die Sache vorwärts gegangen. Aber so war es nicht und konnte es auch kaum sein. In Preußen hatte fast 30 Jahre lang der Hakatismus regiert, und von deutscher und polnischer Seite war in voller Uebereinstimmung, wenn schon in starkem Widerspruch zur Geschichte, gepredigt worden, daß die Deutschen und Polen natürliche und ewige Feinde seien. Da war kaum zu erwarten, daß die große Masse des polnischen Volkes sich mit einer plötzlichen Wendung den Deutschen an den Hals werfen werde. Einige unglückliche Zufälle, wie das grauenhafte Ereignis von Kalisch, trugen dazu bei, den Gegensatz zu vertiefen. Phantastische Reden österreichischer Abgeordneter, die von der Wiederherstellung der alten Großmacht Polens schwärmten und Danzig und Posen verlangten, konnten nicht anders als in Deutschland das alte Mißtrauen wachhalten, um so mehr als von preußisch-polnischer Seite kein Protest erfolgte. Es mag nicht so schlimm gemeint gewesen sein, so wie ja unsere Alldeutschen auch ihre tollen Forderungen verkünden mit dem Hintergedanken, daß man ja viel fordern, sich aber auch mit weniger begnügen könne, ohne zu bedenken, daß, wer zu viel fordert, auch alles verlieren kann. Die Polen glaubten um so weniger, sich in ihren Worten Schranken auflegen zu müssen, als sie ja von beiden Seiten protegiert wurden: die Zentralmächte wollten ein Königreich Polen schaffen und die Ententemächte verkündeten immer von neuem, daß Polen in seinem vollen Umfang wieder hergestellt werden müsse. Wie konnte es also den Polen fehlen? Wie aber konnten die Zentralmächte ein wirklich selbständiges Polen mit einer selbständigen Armee bilden, wenn die neue Macht unsere Feinde als ihre Freunde ansah? Die Partei der Nationaldemokraten, vielleicht von den 26 polnischen Parteien die allerstärkste, hielt fest an dem Programm, daß die Polen als ein slawisches Volk ihre Anlehnung bei dem großen Bruder im Osten suchen müßten. Aus Deutschland tönte es darauf zurück: wie sollen wir den Polen helfen, ein mächtiges Reich zu gründen: sie sind ja der zukünftige Feind?

Das relativ beste Mittel, die Interessen Deutschlands und Polens miteinander auszugleichen, wäre nach meiner Auffassung gewesen, wenn Polen wieder mit Litauen und dem in der Oberschicht mehr oder weniger polonisierten Weißrußland vereinigt worden wäre. Ein solches Reich wäre groß genug gewesen, um seine

Selbständigkeit zu behaupten und das Nationalgefühl einigermaßen zu befriedigen, und das Polentum hätte bei den Litauern und Weißrussen Aufgaben gehabt, die es nötigen, sich mit Deutschland gut zu stellen und sich darein zu finden, daß die deutsch-gemischten Bezirke bei Preußen verbleiben. Diese Lösung ist unmöglich geworden, einerseits durch die Weigerung der Litauer, sich wieder mit Polen zusammen zu schließen, andererseits durch das Mißtrauen, infolge dessen viele Deutsche überhaupt kein starkes Polen wünschten, schließlich auch und nicht zum wenigsten, weil es gegen das Interesse Oesterreich-Ungarns war.

So hat denn jetzt, scheint es, die Meinung die Oberhand behalten, daß zwar ein selbständiges Polen hergestellt, alle die gemischtsprachigen Gebiete ringsum aber von ihm getrennt bleiben oder getrennt werden sollen; sogar das Gouvernement Cholm, das ehedem zum russischen Kongreß-Polen gehörte und das von einer gemischt-polnisch-ukrainischen Bevölkerung bewohnt wird, ist im Frieden mit der Ukraine am 9. Februar dieser zugesprochen worden. Des weiteren scheint in Aussicht genommen, Weißrußland, soweit es von Moskowien getrennt wird, mit Litauen zu vereinigen. Daß diese Lösung die Polen in eine Art von Verzweiflung versetzt, ist nur natürlich, aber daß sie auch von deutschem Standpunkt ihre sehr großen Bedenken hat, ist bald zu erkennen. Der neu zu schaffende Staat Litauen ist ein sehr unsicheres Gebilde. Die Litauer haben zwar immerhin vor Letten, Esten, Slovaken, Slovenen voraus, daß sie eine historische Vergangenheit haben; sie haben schon vor ihrer Vereinigung mit Polen ein großes Reich gebildet und neben und in Polen immer eine gewisse Selbständigkeit behauptet. Aber es sind doch nur zwei Millionen Menschen mit einer überaus dünnen nationalen Oberschicht; die höheren Elemente sind zum größten Teil polnisch. In der Hauptstadt Wilna selber wohnen so gut wie gar keine Litauer; diesem Litauertum sollen an Zahl vielleicht ebenso viel oder mehr Weißrussen angegliedert werden: kann das ein wirkliches Staatswesen geben? Wenn aus dem ausschließlich oder ganz vorwiegend litauisch sprechenden Gebiet ein eigener kleiner Staat gebildet wird, so mag man sich vorstellen, daß er, ähnlich wie die Bulgaren, die ja auch vorher nichts als unterdrückte Bauern waren, die genügenden geistigen Kräfte hervorbringt, um sich selbständig zu entwickeln. Einem solchen werdenden, sozusagen im Säuglingsalter befindlichen Staat

gleich auch die Aufgabe zuzuweisen, daß er in weiten Strichen die bisher maßgebende polnische Oberschicht abstoße und die ganze Masse der völlig stammfremden Weißrussen in sich aufnehme, das scheint mir eine unmögliche Forderung und Erwartung. Es könnte den Litauern nur zum Heil gereichen, wenn das polnisch-weißrussische Gebiet nicht ihnen aufgehalst, sondern zu Polen geschlagen würde. Empfängt Polen damit eine Stärkung, so doch auch zugleich eine Aufgabe, die die realpolitisch orientierten Köpfe von der bloßen Abenteurerpolitik abzuziehen vermag.

Denn darüber täusche man sich nicht. Selbst wenn man den neuen Staat Litauen soweit wie irgend möglich ausdehnt und ihn damit an die Ukraine grenzen läßt, so daß Polen von Moskowien völlig getrennt wird, so ist der verbleibende Rumpfstaat Polen immer noch viel zu groß und stark, um sich in sein Schicksal zu finden und einmal ein politisches Träumerdasein zu führen. Die Macht des von allen Seiten eingeengten Staatswesens wäre allerdings nur mäßig, aber ein steter Herd von Konspirationen und europäisch-amerikanischen Intrigen. Auch wenn wir etwa noch weiter gingen und den neuen Staat noch mehr drückten, indem wir ihn zwängen, uns strategische Grenzberichtigungen zuzugestehen — bis zur Unschädlichkeit könnten wir ihn niemals verkleinern, solange überhaupt ein Rest von Selbständigkeit übrig bleibt, und ein Volk von 20 Millionen mit stark entwickeltem Nationalgefühl, aristokratischen zur Führung befähigten Familien, wohlhabender Bourgeoisie bleibt immer eine Macht, mit der man rechnen muß. Man muß also eine Politik suchen, die es gleichzeitig im Zaum hält und es doch nicht zur Verzweiflung treibt, sondern ihm eine gewisse Befriedigung gewährt. Aus diesem Grunde möchte ich raten, daß man zum wenigsten das polnisch-weißrussische Gebiet nicht mit Litauen, sondern mit Polen vereinige, ganz besonders aber jede Aenderung in der bestehenden preußisch-polnischen Grenze vermeide. Es ist klar — man bedarf deshalb nicht einmal eines Generalstabs-Gutachtens —, daß an gewissen Stellen leicht bessere strategische Linien gewonnen werden können als sie jetzt existieren. Aber die politischen und nationalen Nachteile einer solchen Grenzregulierung wären so groß, daß der strategische Vorteil daneben verschwindet; um so mehr als eine kriegerische Verwicklung, die uns von dieser Seite bedrohen könnte, wenn auch nicht ganz ausgeschlossen, doch sehr unwahrscheinlich ist. Um solcher Unwahr-

scheinlichkeiten willen sollte man nicht ganz sichere Schädlichkeiten einstecken.

Fürst Bismarck hat gelegentlich ein Polen in Aussicht genommen, das mit Deutschland verbunden wäre wie Ungarn mit Oesterreich. Wir wissen alle, daß das Band, das Ungarn mit Oesterreich vereinigt, kein Herzensbund ist: man will zusammen bleiben, aber man zankt sich unausgesetzt dabei. Wenn wir jetzt das neue Polen schaffen, so wäre es offenbar unpolitisch, in ihm von vornherein nur den unbequemen Zänker zu sehen. Wir müssen auch die andere Seite eines verständigen friedlichen Zusammengehens nicht aus dem Auge verlieren. Ein solches Zusammengehen müßte aber unendlich erschwert werden, wenn wir um strategischer Vorteile willen das polnische Nationalgebiet zu unseren Gunsten auch nur um das Geringste verkleinerten.

Der leidenschaftliche einstimmige Protest der österreichischen Polen hat bereits zur Folge gehabt, daß eine Revision des Friedens von Brest in bezug auf Cholm in Aussicht gestellt ist. Die Frage ist deshalb nicht so ganz einfach, weil ein großer Teil der ukrainisch sprechenden Bevölkerung dieses Gebietes sich zum Katholizismus bekennt und deshalb polnisch gesinnt ist. Noch im letzten Menschenalter haben die Russen mit der größten Gewaltsamkeit versucht, diese Ukrainer in die orthodoxe Kirche zu zwingen und damit für das Russentum zu gewinnen. Das Martyrium, was damals zahlreiche Familien auf sich genommen haben, um ihrem Glauben treu zu bleiben, hat das Land den katholischen Polen doppelt teuer gemacht. Wenn irgendwo, so wäre hier vielleicht eine Volksabstimmung das richtige Mittel, um zu entscheiden, wie weit das Land polnisch, wie weit es ukrainisch sein soll. Schont man in dieser Weise die Empfindungen der Polen, gibt ihnen das polnisch-weißrussische Gebiet und verzichtet auf die strategische Grenzberichtigung, so darf man hoffen, daß die Aussichten auf ein leidliches Nachbarverhältnis mit uns immer noch nicht ganz verschüttet sind.

Der Ententestreit über den Oberbefehl und über die Kriegsziele.

24. Februar 1918.

Nur selten in der Kriegsgeschichte geschieht es, daß die Streitmassen von hüben und drüben sozusagen geradlinig wie zwei Lokomotiven, die von der entgegengesetzten Seite auf dasselbe Geleise gesetzt sind, aufeinander prallen. Die Führung meist auf beiden, zum wenigsten aber auf der einen Seite, pflegt von inneren Unsicherheiten, Zweifeln und Zwiespältigkeiten beeinflußt und abgetrieben zu werden; politische und militärische Erwägungen kreuzen sich, die Ansichten der Generale gehen auseinander, falsche Nachrichten und Meldungen führen in die Irre und gerade alle diese Wirrnisse und Brechungen bilden für den rückschauenden Historiker den Hauptreiz der Untersuchungen und Betrachtungen, weil in ihnen die Vielgestaltigkeit des Lebens selber so bunt und ergreifend zutage tritt. Es ist nicht bloß Freude am Klatsch, wenn wir 1866 die Differenzen zwischen Moltke und Alvensleben, zwischen Moltke und Blumenthal, zwischen Moltke und Falkenstein, zwischen Moltke und Friedrich Karl mit besonderem Interesse verfolgen, denn in diesen Differenzen malen sich uns die Persönlichkeiten und erkennen wir ihre historische Wirksamkeit. Noch viel stärker als in einer einheitlichen Armee sind naturgemäß die Brechungen und Reibungen in Koalitionskriegen. Einheitlichkeit der Führung und des Willens ist die wichtigste aller Vorbedingungen des Sieges; wenn sie fehlt, kann der Mangel nur durch große numerische Ueberlegenheit ausgeglichen werden, wie etwa in den Freiheitskriegen, und oft reicht auch diese nicht einmal aus, wie im Siebenjährigen Kriege. Schon mehrfach habe ich darauf hingewiesen, wie sehr uns in dem Weltkriege naturgemäß zugute kommt nicht nur die geographisch zentrale Lage des Vierbundes, sondern daß auch die größere innere Uebereinstimmung in den Zielen und die geringere Zahl der Genossen auf unserer Seite das Zusammenwirken und die harmonische Führung erleichtert. Es ist erstaunlich genug, daß wir von unseren Gegnern zwar vielfältige Klagen über den Mangel an Einheitlichkeit und immer aufs neue die Verkündigung, daß jetzt die Einheitsfront bald erreicht sei, gehört haben, im ganzen und großen aber doch ein Zusammenwirken stattgefunden hat, dem man die Anerkennung nicht versagen darf. Was für Meinungsverschiedenheiten

und Streitigkeiten sich in den Kabinetten und in den Stäben abgespielt haben, wird die Zukunft einmal an den Tag bringen. In diesem Augenblick aber tobt vor aller Oeffentlichkeit ein Konflikt, der uns einen tieferen Einblick gewährt und unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

Das Ideal jedes eifrigen Ententegenossen ist natürlich ein einheitlicher Oberbefehl für die gesamten verbündeten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser. Das Ideal ist unerreichbar, denn wer sollte diesen Oberbefehl führen? Nicht nur die Souveränität und die Eigenliebe der einzelnen Völker stehen ihm entgegen, sondern auch ihre besonderen Interessen. Auch im Inneren jedes einzelnen Staates wird der militärische Entschluß stets beeinflußt von politischen Erwägungen; der Befehl an der Front kann also nicht getrennt werden von der politischen Leitung in der Hauptstadt. Als Zentralstelle für das Zusammenwirken aller der verschiedenen Instanzen ist ein Kriegsrat geschaffen worden mit dem Sitze in Versailles. Bisher war dieser Kriegsrat nichts als ein Gremium zum Austausch von Informationen und Ideen; die Beschlüsse blieben den einzelnen Regierungen oder ihren Höchstkommandierenden im Felde überlassen. Jetzt hat man, um dem fortwährenden Drängen nach einem einheitlichen Oberbefehl entgegenzukommen, beschlossen, die Befugnisse des Versailler Kriegsrats zu erweitern und ihm ein Stück wirklicher Kommandogewalt zu übertragen; im besonderen soll ihm die Verfügung über die in Frankreich weiter rückwärts gestaffelten Reserven, Franzosen, Engländer und Amerikaner zustehen. Besonders die Amerikaner sollen es gewesen sein, die zu größerer Vereinheitlichung gedrängt haben, und die man durch das neue Arrangement zu befriedigen gesucht hat.

Dagegen nun hat sich ein furioser Widerstand in England erhoben, zu dessen Sprecher sich der Oberst Repington gemacht hat. Repington war Kommandeur in dem vornehmsten englischen Infanterieregiment, der Fuß-Garde, mußte vor Jahren wegen einer Eheirrung ausscheiden, wurde militärischer Mitarbeiter der Times und einer der angesehensten Militärschriftsteller des Königreichs. Weil ihm die Führung des Krieges durch Lloyd George nicht genügte, ist er vor einigen Monaten aus dem Northcliffe-Konzern ausgeschieden und zu der konservativen „Morning Post" übergegangen, die den Krieg bis zum äußersten predigt. Da die Verstärkung der Kompetenz des Versailler Kriegsrats gemeint ist im

Sinne einer mehr einheitlichen, also besseren Leitung, so sollte man meinen, daß Repington damit zufrieden wäre. Aber er entdeckte unter dem Grase die Schlange. Der englische Oberbefehl war bis dahin derart geordnet, daß dem Kabinett in London der General Robertson als Chef des Generalstabes zur Seite stand, während der General Haig die englischen Streitkräfte an der Front kommandierte. Robertson und Haig scheinen gut miteinander ausgekommen zu sein. Wenn nun der Versailler Kriegsrat direkte Kommandofunktionen erhält, so ist der General Robertson mehr oder weniger ausgeschaltet und der entscheidende Einfluß geht über an die militärische Autorität des Versailler Kriegsrats, den General Foch. Voller Zorn hat Robertson erklärt, daß er sich das nicht gefallen lasse, und ist darüber verabschiedet worden. Aber es handelt sich um weit mehr, als um einen persönlichen Konflikt. Der Versailler Kriegsrat, d. h. General Foch, disponiert über die Reserven. Was ist ein Oberbefehlshaber, dem die Disposition über die Reserven genommen ist? Sehen wir näher zu, so ist jetzt tatsächlich ein Oberbefehl an der französischen Front geschaffen, nämlich des General Foch, ohne den die beiden Kommandierenden an der Front Haig und Pétain keinen entscheidenden Entschluß mehr fassen können. Um das Selbstbewußtsein des englischen Volkes zu schonen, hat man diesen Oberbefehl eingekleidet in die Kompetenzerweiterung des längst bestehenden Versailler Kriegsrats. Ob Haig und Pétain geneigt sind, sich in dieser Form dem General Foch zu unterwerfen, davon hat bisher noch nichts verlautet.

Kann bei dieser Anordnung des Oberbefehls, fragt nun Repington in der „Morning Post", etwas Gutes herauskommen? Der verschleierte Oberbefehl ist ein Oberbefehl und ist dennoch kein Oberbefehl, ruft er aus, denn in Wahrheit ist jetzt niemand da, der die Verantwortung trägt. Lloyd George, der ohnehin die Rekrutierung im Lande lange nicht scharf genug betreibt, kann weder Krieg führen, noch Frieden schließen. Der oberste Kriegsrat besteht aus den leitenden Ministern; der General Foch ist nur ihre militärische Autorität und ihr Berater; er verfügt aber nicht über die Front, sondern nur über die Reserven. Statt eines einheitlichen Befehls haben wir geschaffen die schlimmste aller Zersplitterungen. „Wen haben wir zu hängen, wenn die Sache schief geht?" Repington verlangt ein freies Zusammenwirken der nationalen Oberfeldherren und beruft sich auf die Erfolge, die einst

Marlborough auf diese Weise mit den Prinzen Eugen, Wellington mit Blücher erzielt habe. Niemandem sei es eingefallen, 1815 ein Komitee von militärischen Pfuschern in Brüssel einzurichten, die den Befehl über Wellingtons und Blüchers Reserven hätten führen sollen.

Hinter der Organisationsfrage steckt aber auch noch eine sachliche Differenz. Repington verrät, daß Lloyd George nach wie vor an der alten Idee festhalte, die zum ersten Male bei Gallipoli scheiterte und dann bei Saloniki keinen Erfolg hatte, nämlich die Entscheidung statt im Westen, im Orient zu suchen. „Daß er an solche Torheiten denken kann", heißt es in dem Artikel der „Morning Post", „während Deutschland an der Westfront 3 Millionen Mann versammelt, hinter denen eine weitere Reserve von 1½ Millionen steht, ist eines der Geheimnisse, das kein klarer Kopf begreifen kann. Wenn die Deutschen geschlagen sind, kann Lloyd George mit den Türken tun, was ihm beliebt. Wenn sie nicht geschlagen sind, werden die Türken an den Sieg der Deutschen glauben und werden sich vor uns von Damaskus nach Aleppo und dann über den Taurus nach Klein-Asien zurückziehen. Wie lange wird es dauern, bis bei einer Leistung von etwa ½ Meile unsere Breitspurbahn Aleppo erreicht, eine Entfernung von etwa 400 Meilen von Gaza? Wieviel Menschenleben und wieviel Tonnen Schiffsraum haben wir nicht bereits im Mittelmeer bei der Verfolgung unserer orientalischen Abenteuer eingebüßt? Wenn die Deutschen sich der russischen Schwarzmeer-Flotte bemächtigen und im Frühjahr durch die Donau U-Boote nach Konstantinopel bringen, was dann?"

Sollte es wirklich nur eine strategische Differenz sein, die hier zutage tritt? Repington fügt hinzu, daß auch Robertson gegen den Lloyd Georgeschen Plan sei, und daß er hoffe, Clemenceau werde ihn zu Falle bringen. Man sieht, wie sich Strategisches und Politisches miteinander verflicht. Repington und Robertson als Militärs haben nichts im Auge als den Sieg an der entscheidenden Stelle, d. h. in Frankreich. Clemenceau stimmt ihnen zu, weil das auch das politische Interesse Frankreichs ist; Lloyd George aber denkt bereits an die Bedingungen des zukünftigen Friedens, möchte die arabischen Provinzen vom türkischen Reich loslösen, sie unter englisches Protektorat stellen und setzt das strategische Prinzip hinter diesen Sondervorteil Englands zurück.

Lloyd George ist in solche Wut geraten über den Repingtonschen Angriff und seine Enthüllungen, daß er einen Landesverratsprozeß gegen den Obersten hat anstrengen und ihn in Haft nehmen lassen. Es ist auch keine Kleinigkeit, wenn der Premier-Minister sich vorwerfen lassen muß, daß er dem Lande die Lage der Armee verschleiere, daß sein Maulheldentum die Armee dahinschwinden lasse und er aus seiner eigenen Feigheit auf die Feigheit des Volkes schließe. Auch wir haben in dieser Tonart von unseren Nationalisten Einiges erlebt und lesen nun mit einem gewissen Schmunzeln, wie der Held des Niederboxens in England als Feigling und Maulheld klassiert wird. Wenn der Patriotismus zu messen wäre an der Kraft der Sprache, mit der jeder bedroht wird, der dem anderen nicht folgen will, so sind die Engländer doch noch größere Patrioten als die Deutschen. Es gibt ja aber auch andere Maßstäbe.

Eben kommt die Nachricht, daß Repington nur zu 100 £ Geldstrafe verurteilt worden ist. Erst Untersuchungshaft wegen Landesverrats und dann bloß eine Geldstrafe — das ist so gut wie eine Freisprechung. Wie wird Herrn Lloyd George das bekommen?

Wenn es richtig ist, daß namentlich auf das Drängen Amerikas die Neuordnung des Oberbefehls in Frankreich getroffen worden ist, die nun in England so heftigen Widerspruch findet, so ist das eine Divergenz zwischen den Ententegenossen, die gewiß nicht leicht zu nehmen ist. Sie ist aber nicht die einzige. Während der Versailler Kriegsrat erklärt hat, daß die Reden des Grafen Hertling und des Grafen Czernin in keiner Weise eine Annäherung an den Frieden bedeuteten, hat sich Präsident Wilson veranlaßt gesehen, abermals eine Botschaft ergehen zu lassen (11. Februar), in der er zwar die Hertlingsche Rede als vag, verwirrend und doppelsinnig ablehnt, die Czerninsche Rede aber ausdrücklich als entgegenkommend begrüßt. Diese Freundlichkeit wird sofort wieder aufgehoben durch eine Reihe von kriegswütigen Redewendungen und Aufstellung von Prinzipien und Andeutungen einer Verhandlungsmethode, in denen wir einen ehrlichen Friedenswillen noch nicht zu erkennen vermögen. Dr. Rohrbach hat in der „Deutschen Politik" (Heft 8) diese Lage so vortrefflich charakterisiert, daß ich seine Darstellung einfach hier wiedergeben möchte. „Die Stimmung der Mehrheit in Amerika", so sagt er, „wäre ganz zufrieden, wenn der Weltkrieg so beendet würde, daß dabei der Amerikaner in möglichst imposanter Figur

erschiene und auf dem Altar der demokratischen Phrase nach amerikanischem Verständnis recht dicke Weihwolken aufstiegen. Wilson ist aber klug genug, um zu sehen, daß die Dinge auch anders kommen können. Er muß auf alle Fälle einen eindrucksvollen Beleg dafür haben, daß er Deutschland die Friedenshand hingestreckt hat. Gehen wir jetzt auf die im Ton immer noch anmaßende und uns beleidigende, inhaltlich hinterhältige Rede Wilsons ein und erklären unseren Wunsch, die Friedensverhandlungen unter seinem Protektorat zu beginnen, so wird das erste, was er tut, vermutlich sein, durch weitere Vorbedingungen ein Joch aufzurichten, unter dem wir erst hindurch müssen, bevor wir uns wirklich mit an den Tisch setzen dürfen. Sitzen wir daran, dann beginnt die große Gerichtsverhandlung, in der wir Schritt für Schritt aus der Rolle des Teilnehmers in die des Angeklagten gedrängt werden und schließlich von allen Seiten umstellt werden sollen, während der lockende demokratische Ton von Wilsons Pfeife die Massen im Innern bei uns aufregen, und der Unterschied in der Behandlung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns unsere Bundesgenossen und uns auseinandersprengen soll. Gehen wir aber nicht auf die Wilsonsche Rede ein — nun, dann sind wir eben die verbrecherischen Feinde des Friedens und werden nach außen und nach innen als solche denunziert.

„Man sieht, wie die Methoden Trotzkis und Wilsons einander ähneln. Man bietet Verhandlungen an und hofft diese dazu zu benutzen, einen Frieden nicht durch ehrenhaften, die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nach außen und innen achtenden Ausgleich, sondern durch Beseitigung der angeblichen „deutschen Gefahr" zu erreichen. Trotzdem ist gar nicht gesagt, daß wir nicht fertig bringen sollten, die Wilsonsche Linie zu beschreiten und dabei doch die Schlingen, die uns gestellt werden sollen, mit demselben Erfolg zu vermeiden, wie in Brest. Wir haben genügend wirksame Waffen dazu in der Hand, und es sollte keine unlösbare Aufgabe für unsere Diplomatie sein, das von Wilson vorgeschlagene Spiel so zu spielen, daß er im entscheidenden Augenblick Farbe bekennen muß: ob er den Frieden, oder ob er die Schwäche Deutschlands will. Um ihm die Trümpfe, die er gleich für den Anfang in der Hand zu haben glaubt, vorweg zu stechen, dazu bedarf es nur genügender Klarheit über das, was wir im bevorstehenden Frieden erreichen und was wir nicht erreichen wollen, ja, was uns

selbst, wenn wir es wirklich erreichten, nur zur Gefahr ausschlagen würde."

Man täusche sich darüber nicht, es ist nicht nur die Hartnäckigkeit, die das Kommen des Friedens verhindert; auch von deutscher Seite ist noch keineswegs Alles geschehen, was dem großen Zwecke dienlich sein würde. Der Zwiespalt im Lager der Entente ist offensichtlich; warum benutzt man ihn nicht, um sie völlig auseinander zu sprengen?

Man hört wohl gegen die unverklausulierte Erklärung über Belgien einwenden, daß sie von unseren Feinden wieder als ein Zeichen unserer Schwäche ausgelegt werden würde. Aber dieser Einwand kann gegenüber dem offensichtlichen Einlenken Wilsons und namentlich bei unseren glänzenden Fortschritten in Rußland und dessen erneuter Bitte um Frieden keine Bedeutung beanspruchen. Wie Deutschland heute zur Welt und zu unseren Feinden sprechen muß, wenn es den Weg zu der Verständigung bereiten und finden wird, das hat von neuem der Prinz Max von Baden dargelegt in den großzügigen Gedanken, die er dem Direktor des Wolffschen Bureaus entwickelt hat. Wir kämpfen nicht bloß für uns, wir kämpfen, indem wir uns selber verteidigen, für die Ideale der Menschheit. Das muß immer von neuem gesagt und das muß den anderen Völkern glaubhaft gemacht werden. Der Augenblick ist von unschätzbarer Gunst; möge der Reichskanzler Graf Hertling verstehen, ihn zu benutzen! Die Gefahr des großen Streiks, die Anfang des Monats uns und Oesterreich bedrohte, ist überwunden. Der Frieden mit der Ukraine, dem wir bald den Frieden mit Rumänien werden hinzufügen können, sichert unsere Verpflegung. Der Feind im Westen ist in banger Erwartung, daß wir die Offensive ergreifen möchten. Kann es einen günstigeren Moment für uns geben, in allgemeine Friedensverhandlungen einzutreten, wenn anders unsere Versicherung, daß wir in keiner Beziehung eine Weltvorherrschaft erstreben, auf Wahrheit beruht?

Prof. v. Below als Vorkämpfer der Vaterlandspartei.

März 1918.

Professor Georg v. Below hat meinem (auch als Broschüre erschienenen) Artikel „Wider den Kleinglauben" unter dem Titel „Das gute Recht der Vaterlandspartei" eine ausführliche Antwort

zuteil werden lassen, die sachlich einer Replik nicht bedürfen würde, der ich aber doch einige Worte widmen will, weil sich an ihr direkt und indirekt mit besonderer Deutlichkeit darlegen läßt, auf wie schwachen Füßen die Vaterlandspartei gedanklich steht, und wie sehr ich Recht gehabt habe mit meiner Behauptung, daß ihr ganzes Wesen ein innerer Widerspruch sei.

Ein sehr großer Teil der Schrift ist dem Titel zum Trotz überhaupt nicht gegen mich, sondern gegen irgendwelche andere Politiker gerichtet, die wichtigsten Punkte meiner Ausführungen aber sind mit Stillschweigen übergangen.

Professor v. Below führt aus, daß im Osten maßgebender deutscher Einfluß geschaffen und z. B. in Kurland den Deutschen eine feste Stellung gesichert werden müsse. Der Leser muß meinen, daß ich etwas anderes wolle. Daß ich aber schon im September 1915 geschrieben habe, „daß der deutsche Kaiser, wenn er alte deutsche Städte wie Mitau und Riga einmal befreit und zu seinen Händen genommen, sie so wenig herausgeben kann, wie 1871 Straßburg, darüber dürfte Einmütigkeit herrschen" — das verschweigt Herr v. Below seinen Lesern.

Meinen Nachweis, daß die Reichstagsresolution vom 19. Juli durchaus den nötigen Spielraum lasse, um einen guten deutschen Frieden zu erlangen, verschweigt Herr v. Below seinen Lesern.

Ausführlich legt Below die Hohlheit des Begriffs „des Selbstbestimmungsrechts der Völker" dar. Daß das ganz und gar mein Standpunkt ist, wird seinen Lesern verschwiegen.

Einer Reihe von Reichstagsabgeordneten wird vorgehalten, daß sie früher selber annexionistische Pläne verfolgt hätten und erst jetzt, offenbar aus Mangel an Charakterfestigkeit, umgefallen seien. Daß, wenn dieser Vorwurf zutreffen sollte, er jedenfalls auf mich nicht anwendbar ist, da ich die Forderung der Mäßigung in den Kriegszielen bereits im September 1914 aufgestellt habe, wird den Lesern der Belowschen Flugschrift verschwiegen.

Below behauptet, ich traue der Vaterlandspartei zu, das Blutvergießen noch ein Jahr fortzusetzen, um 48 Milliarden Kriegsentschädigung zu erlangen. Das ist eine glatte Unwahrheit. In Wirklichkeit habe ich deutlich genug gesagt, daß ich der Vaterlandspartei eine solche Frivolität n i c h t zutraue.

Below behauptet, nach mir könnte „die Resolutionsmehrheit im deutschen Reichstage nicht nur gerechtfertigt, sondern schon

beinah chauvinistisch erscheinen." Diese Worte sind in der Tat in meiner Schrift zu finden. Below aber hat unterdrückt, daß es sich um einen Konditionalsatz handelt: wenn der Professor Headlam recht hätte, dann könnte usw. Ich gebe Professor v. Below anheim, künftig auch von dem folgenden Satze nur die zweite Hälfte als meine Meinung zu zitieren: wenn die politische Einsicht der Vaterlandspartei ebenso groß wäre wie ihr Patriotismus, so müßte das ganze deutsche Volk sich unter ihrer Fahne sammeln; oder auch umgekehrt: wenn der Patriotismus der Vaterlandspartei ebenso gering wäre wie ihre politische Einsicht, so wäre Karl Liebknecht im Vergleich zu ihr ein Patriot.

Below rühmt von der Vaterlandspartei, daß sie sich „in ihrer Kritik durchaus maßvoll gehalten" habe, würde es aber mit dieser Mäßigung durchaus verträglich finden, wenn jemand seinen Kollegen an der Freiburger Universität, den freisinnigen Reichstagsabgeordneten v. Schulze-Gävernitz, als „Verbrecher und Landesverräter" bezeichnen sollte, und die „Vaterlandspartei", vermutlich um aller Welt zu zeigen, wie „maßvoll" sie ist, zeigt diese Schrift Belows in Inseraten in den kleinsten Provinzblättern an und versendet sie in Massenauflagen.

Below feiert den Admiral Tirpitz als den „erfolgreichsten Förderer" des Tauchbootkrieges. Er wehrt sich noch immer gegen die Erkenntnis, daß gerade Admiral Tirpitz es gewesen ist, der die Tauchboote so gering geschätzt und ihren Bau so sehr hintangehalten hat, daß eben deshalb der Erfolg so weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

Below wundert sich, daß ich in der Zukunft so große Hoffnungen auf das Tauchboot setze für die Erringung der Freiheit der Meere. Er verschweigt seinen Lesern den Grund für meine Auffassung, daß es nämlich ein großer Unterschied ist, ob man so wenig Tauchboote hat, wie Deutschland 1916 oder 1917, oder so viel, wie wir später einmal sicher sein können zu besitzen.

Einen besonders breiten Raum in meiner Schrift nimmt der Nachweis ein, daß die deutsche Herrschaft in Belgien oder an der flandrischen Küste nur scheinbar für uns ein Gewinn, in Wahrheit eine Schwächung sein würde, im Besonderen deshalb, weil die Westmächte, was sie vielleicht in Belgien verlören, sofort in Holland doppelt gewinnen würden. Mit keinem Wort streift die Belowsche Gegenschrift diese, meines Erachtens nicht nur wichtige, sondern

durchschlagende, jedenfalls in dem Schriftchen „Wider den Kleinglauben" führende Erwägung.

Ich habe mein Schriftchen „Wider den Kleinglauben" genannt, weil ich nachweisen zu können glaubte, daß Deutschland bei dem Frieden, wie ich ihn mir denke, einer grandiosen Zukunft entgegengeht und alle die kleinmütigen Ausmalungen in der alldeutschen Presse von dem Elend, was uns bevorstehe, wenn ihre Kriegsziele nicht erreicht würden, auf Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruhen. Mit keinem Wort streift die Belowsche Gegenschrift auch nur diese Darlegung.

Below weiß, daß meine Mahnung zur Mäßigung sich auf bestimmte Punkte bezieht und daß ich daneben ein Programm gewaltiger Erwerbungen für das Deutschtum vertrete; er verschweigt es nicht nur seinen Lesern, sondern sucht den Anschein zu erwecken, als ob ich nichts erstrebte.

Professor v. Below ist nicht ein Beliebiger. Er ist ein angesehener Gelehrter, der sich z. B. auch in der Abweisung der Lamprechtschen Scharlatanerien erhebliche Verdienste erworben hat. Below ist nicht nur kenntnisreich, sondern auch in der gelehrten Welt bekannt als ein sehr gewandter Polemiker. Die Vaterlandspartei konnte keinen Besseren gegen mich vorschicken. Er hat ein Vierteljahr Zeit gehabt, aber schlechterdings nichts, was auch nur der Diskussion wert wäre, gegen mich vorzubringen vermocht. Ich bin so kühn, daraus zu schließen, daß meine Ausführung tatsächlich unwiderlegbar ist.

Als Ergänzung dieser meiner Verteidigung sei hinzugefügt, in welcher Art Professor v. Below gegen einen dritten Kollegen, den Kieler Professor der Theologie Baumgarten, polemisiert hat. Baumgarten hat in der auch hier schon mehrfach erwähnten Schrift „Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika" nachgewiesen, wie ungeheuer uns die steten Provokationen und Drohungen der Alldeutschen in der öffentlichen Meinung drüben, von der deutschfeindlichen Presse geschickt verwertet, geschadet haben. Professor v. Below hat auch gegen diesen überaus wuchtigen Angriff die Verteidigung übernommen; in dem soeben erschienenen Buch „Vaterlandspolitik" des Berliner Privatdozenten Dr. Martin Hobohm ist nachgewiesen, mit welchen Mitteln er auch dort gearbeitet hat (S. 59—66).

Baumgarten legt dar, wie die in Amerika bekannt gewordenen alldeutschen Tiraden wirken mußten und gewirkt haben. Below kehrt die Sache um und beschuldigt Baumgarten, er denunziere die Alldeutschen dem feindlichen Auslande.

Baumgartens Schrift handelte nicht von dem „Alldeutschen Verband", sondern ausdrücklich von der alldeutschen Bewegung im ganzen. Nicht alle alldeutschen Schriftsteller gehören dem Alldeutschen Verbande an, oder man weiß es wenigstens nicht, ob sie ihm angehören. Es ist auch gleichgültig, da der Alldeutsche Verband mit Recht sich gerühmt hat, daß die ganze Bewegung ins Werk gesetzt zu haben sein Verdienst sei. (Hobohm S. 62.) Below hat es fertig gebracht, Baumgarten wegen der Verwendung von Zitaten aus solchen Schriften nicht nur einen Vorwurf zu machen, sondern er erhebt auch gegen Baumgarten die Anklage, daß er „wider besseres Wissen" gehandelt habe, weil darunter eine Schrift ist, die in einer Rezension in den „Alldeutschen Blättern" abgelehnt worden ist und Baumgarten das gewußt habe. Diese ehrenrührige Insinuation hat Baumgarten dann als völlig unbegründet zurückweisen können.

Des Weiteren wirft Below Baumgarten „Leichtfertigkeit" vor, weil er Professor Heinrich Wolf vorgeworfen habe, daß er für die deutsche Weltherrschaft eingetreten sei. Es stellt sich aber heraus, erstens, daß an der betreffenden Stelle gar nicht von der Weltherrschaft, sondern von der Religion die Rede ist, und zweitens, daß in dem Fortgang der Kontroverse Below diesen Professor Heinrich Wolf, einen Pädagogen, mit einem Rassenforscher namens Karl Felix Wolff (mit zwei f) verwechselt hat. Verbrecher, Landesverräter, wider besseres Wissen, leichtfertig; die Adjektive, mit denen mein Schriftchen behängt wird, will ich nicht widerholen, mich auch nicht besonders darüber beschweren. Jede Gesinnung hat die ihr kongenialen Formen.

* * *

Professor v. Below hat sich gegen diese Abfertigung noch wiederholt gewehrt, und ich habe ihn auch der Unparteilichkeit halber, aber mit der inneren Genugtuung, daß er schlechterdings nichts für seine Sache oder zu seiner persönlichen Verteidigung vorzubringen vermocht habe, in den „Preußischen Jahrbüchern"

selber zu Worte kommen lassen. Wer sich dafür interessiert, findet die Polemik Preuß. Jahrb. Bd. 172, S. 279, 431; Bd. 173, S. 116; Below hat sich noch an verschiedenen anderen Stellen dazu geäußert.

Ich habe die hin- und hergehende Polemik endlich mit folgenden Worten abgeschlossen: Der Kampf gilt dem Typus, den Herr v. Below vertritt. Alle großen idealistischen Bewegungen in der Geschichte sind in Gefahr verunstaltet zu werden, indem sie in die Hände von Fanatikern geraten. Auch der deutsche Nationalgedanke ist seit langem von dieser Gefahr bedroht und sie wächst zusehends. Der Fanatismus ist unwahrhaftig; er will den Gegner nicht verstehen, sondern ihn vernichten, physisch oder moralisch. Die Mäßigung ist der Feind, sagten die Sanskulotten 1793 und sandten die edelsten französischen Patrioten auf die Guillotine. Der richtige Alldeutsche kennt nur seine Freunde auf der einen und Flaumacher, Internationalisten, Pazifisten, schlechte Patrioten, Verzichtler, Vaterlandsverräter auf der anderen Seite. Aus dieser Gesinnung heraus läßt sich auch ein Gelehrter, der es sonst gewohnt ist, kritisch zu denken und zu prüfen, dazu hinreißen, dem politischen Gegner Ansichten unterzulegen, die der Wahrheit direkt widersprechen, und den Charakter zu verdächtigen, wo er widerlegen sollte. Dieser Vergiftung unseres politischen Lebens entgegenzuarbeiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Das bitte ich unsere Leser wohl zu erwägen, wenn etwa eine Empfindung aufsteigen sollte, daß ich nicht nötig gehabt hätte, den Kampf bis auf dieses persönliche Gebiet zu verfolgen.

Der definitive Friede mit Rußland und unser Verhältnis zu den Randvölkern.

23. März 1918.

Die unter der Herrschaft des Bolschewismus rapide fortschreitende innere Auflösung Rußlands hat Deutschland gezwungen, viel weiter nach Osten auszugreifen, als noch vor wenigen Wochen beabsichtigt war. Die um Neujahr abgeschlossene erste Abkunft hatte nur einige vorgeschobene Gebiete abgetrennt, Polen, Litauen, Kurland; die ungeheuerliche Selbsttäuschung aber der bolschewistischen

Gewalthaber über die bevorstehende Revolution in Deutschland zerbrach jenes Abkommen; es erfolgte die Selbständigkeitserklärung der Ukraine, unser erneutes Vorrücken, der völlige innere Zusammenbruch und die Unterwerfung unter den zweiten Frieden, der nun auch Livland und Estland und den größten Teil von Weißrußland in unsere Gewalt brachte und unsere Truppen bis nach Kiew und Odessa und noch weit darüber hinaus geführt hat.

Dieser Friede aber, der so Gewaltiges in unsere Hand gegeben hat, hat in Deutschland keineswegs allgemeine Zustimmung gefunden. Man findet den Sieg zu groß; eine augenblickliche Konjunktur gar zu gierig ausgenutzt; Rußland werde früher oder später doch einmal wieder hochkommen und sich rächen; ein so großes Reich durch Ablösung Rigas, Revals und Finnlands von der See abschneiden zu wollen, sei eine unmögliche Zumutung; durch die Schaffung der kleinen Randstaaten, seien sie nun mit Deutschland in Personal-Union oder nicht, lade das Reich sich eine unübersehbare Verantwortung auf; die Ostseeprovinzen seien doch nur in einer dünnen Oberschicht deutsch und das Interesse dieser wenigen deutschen Barone, Kaufleute und Pastoren dürfe nicht die deutsche Politik bestimmen; eine wohlüberlegte Politik gehe nicht auf die Zerschmetterung, sondern auf künftige Freundschaft mit Rußland aus; daher sei es das allein Richtige, daß die baltischen Länder angewiesen würden, föderativ im russischen Reichsverband zu bleiben und sich mit einer kulturellen Autonomie zu begnügen. Jede andere Politik mache Rußland zum ewigen Bundesgenossen der uns feindlichen Westmächte und baue das Feld für den zukünftigen Revanchekrieg.

Es sind namentlich demokratische Blätter, die diese Gedanken vertreten. Rechte Hand linke Hand scheinen vertauscht. Während es früher wesentlich die Blätter der Rechten waren, die in Rußland den zukünftigen Freund sehen wollten, sind es jetzt Blätter der Linken, die wünschen, daß man die Russen schonen, ihnen keinen Frieden von Tilsit aufzwingen solle. Ist es die innere Affinität der Konservativen mit dem autokratischen Regiment, der Demokraten mit der Republik, die diese Stellungnahme bestimmt? Es mag wohl dergleichen mitspielen, aber so ganz glatt geht die Gleichung doch nicht auf. Hüben und drüben gibt es auch Parteigegner aus dem anderen Lager.

Der Gedankengang der Opposition wurzelt in der Vorstellung, daß das zukünftige Rußland, wenn auch reduziert und innerlich

gewandelt, doch immer noch die Großmacht sei, die das Bündnis mit den Westmächten schloß und 1914 den Krieg mit uns begann. Ob diese Vorstellung richtig ist oder nicht, davon muß unsere Ostpolitik bis in alle Einzelheiten und mittelbar unsere gesamte auswärtige Politik bestimmt werden. Wie ist hierüber zu urteilen? Es kann keine wichtigere Entscheidung geben.

Rußland besteht heute nur noch aus dem erweiterten alten Großfürstentum Moskau; der Stamm, der dieses Land bewohnt, wird Großrussen genannt, das Land aber Großrußland zu nennen gibt zu Mißverständnissen Anlaß. Wie man sich gewöhnt hat, statt Kleinrußland oder Ruthenien „Ukraine" zu sagen, so scheint es am besten, den Rumpfstaat, der von dem alten Rußland übrig geblieben ist, Moskowien zu nennen und den Namen „Rußland" aufzusparen für den Fall, daß die Ukrainer und Moskowiter sich wieder vereinigen sollten.

Rußland ist groß geworden als das zaristische Rußland, als die absolute, weltlich-geistliche Autokratie, der sich das ganze russische Volk fromm und willig zur Verfügung stellte. Diese Macht hat alle Länder und Völker an ihren Grenzen ringsherum, von Lappland bis zum Kaukasus, von der Weichsel bis an den Amur in ihren Bereich gezogen und unterworfen, und faßte immer noch Größeres ins Auge. Heute ist diese Macht zertrümmert. Ist Aussicht, daß sie wieder entsteht? Oder was für Kräfte und Aussichten sind jetzt vorhanden? Beginnen wir mit dem Wirtschaftlichen.

Die nicht unbedeutenden wirtschaftlichen Werte, die unter dem Schutz und mit Hilfe der Autokratie in Rußland erzeugt und aufgesammelt waren, sind heute zum sehr großen Teil zerstört. Die Gutshöfe sind verbrannt, die Viehherden abgeschlachtet, die Maschinen verdorben, die Fabriken zum Stillstand gebracht, die Banken ausgeraubt, das Geldwesen zerrüttet, die Eisenbahnen kaum noch fahrbar, der Wagen- und Lokomotivenpark verbraucht. Aber so groß die Verluste auch sind, alles mag mit der Zeit wiederhergestellt werden.

Die natürlichen Kräfte Moskowiens sind sehr gering. Nichts ist, wie Rohrbach in Nr. 11 der „Deutschen Politik" im einzelnen dargelegt hat, falscher als die Vorstellung, daß Rußland über große natürliche Reichtümer verfüge. Es ist möglich, daß auch Sibirien, Turkestan und der Kaukasus sich von Moskowien loslösen. Aber angenommen, daß sie es nicht tun, daß also eine Masse von 120

bis 130 Millionen Menschen beisammen bleibt, so kann diese Masse zu einer gedeihlichen wirtschaftlichen Produktion doch nur gelangen unter der Voraussetzung einer Wirtschaftsordnung, die die vorhandenen Kräfte tatsächlich arbeiten läßt, ihre Entfaltung wenigstens nicht hindert.

Den Körper der russischen Volkswirtschaft bildet der Landbau. Hätte die Monarchie sich erhalten, so ist es wohl möglich, daß auch die russische Landwirtschaft in Moskowien trotz der Ungunst des Bodens und des Klimas sich günstig fortentwickelt hätte.

Die zarische Regierung war auf dem besten Wege, durch eine großzügige Reform den überlieferten Agrarkommunismus in eine moderne Wirtschaftsordnung mit Privateigentum überzuführen. Die Revolution, getragen von den brutalen Instinkten der bäuerlichen Masse, hat nicht nur diese Reform rückgängig gemacht, sondern auch den ganzen bisherigen Großgrundbesitz in den Strudel hineingezogen. Die Gutshöfe, die sich schon der intensiveren europäischen Wirtschaftsweise angenähert hatten, sind zerstört, das ganze Land ist verteilt mit der Bestimmung, immer von Neuem verteilt zu werden, so daß es nie einen ländlichen Proletarier, aber auch nie eine gedeihliche, blühende Landwirtschaft geben kann. Auch die Ansätze zu industrieller Entwicklung, die nicht ganz unbedeutend waren, sind zurzeit zerstört, aber es mag möglich sein, falls wieder eine geordnete Regierung entsteht, sie wieder aufzubauen. Wie aber soll man zu dem Fundament aller fruchtbringenden Volkswirtschaft, zum ländlichen Privateigentum, gelangen? Die Masse der Bauern läßt sich den Begriff des gemeinsamen Eigentums nicht entreißen und die Bevölkerung besteht zu 80 % aus Bauern. Hier erkennt man, was die Zerstörung der Autokratie volkswirtschaftlich für eine Bedeutung hatte. Das preußische Königtum blieb trotz des Friedens von Tilsit 1807 stark genug, die alte Agrarverfassung zu reformieren und den freien bäuerlichen Besitz zu schaffen. Der Zarismus wollte schon vor dem Kriege dasselbe: er ist gestürzt, und was er auch für Nachfolger erhalte, nie auf Menschengedenken werden sie stark genug sein, gegen die Bauernschaft zu regieren, und die Bauernschaft will nicht die Reform, sondern das Recht, wie es überliefert ist.

Man kann dagegen einwenden, daß die zarische Agrarreform doch auch schon erhebliche Ansätze für eine moderne Bauernschaft geschaffen hatte. Aber so richtig das ist, so führt es doch nicht

weiter, da auch die individualistischen Bauern sich an dem Raube an Großgrundbesitz beteiligt haben und insofern zur Revolution gehören und nicht mit den Konservativen zusammenarbeiten können.

Besser stände es um die Zukunft dieses Staatswesens, wenn Moskowien nicht nur mit Sibirien, sondern auch mit der Ukraine sich wieder vereinigte. Denn während Moskowien arm ist an natürlichen Hilfsmitteln, bei seinem dürftigen Boden und schlechten Klima nicht einmal Ueberschuß an Getreide hat, sondern neben einigen wenigen Bergwerken im Ural nichts als seinen Holzreichtum, so hat die Ukraine die fruchtbare Schwarzerde, die Kohlen des Donezgebietes und das Schwarze Meer mit seinen Häfen. Einem Rußland, das die Ukraine einschließt, würden wenigstens die natürlichen wirtschaftlichen Grundlagen für die Bildung einer Großmacht nicht ganz fehlen, und da auch das bäuerliche Privateigentum in der Ukraine, wenn auch vielleicht nicht herrscht, so doch neben dem Agrarkommunismus besteht, so scheinen die Werkstücke für ein erneutes nationales Leben gegeben. Aber was für die Ukraine ausreichen würde, reicht nicht mit für Moskowien.

Es gibt sozialistische Idealisten, die gerade in der Rückständigkeit der moskowitischen Agrarverfassung die Wurzel der neuen Sozialordnung, des sozialistischen Zukunftsstaates sehen. In Deutschland, Frankreich und Amerika ist das bäuerliche Eigentum der stärkste Widerpart aller sozialistischen Gleichheitsbestrebungen. Von dem russischen Agrarkommunismus gesteht man zu, daß er in seiner jetzigen Form wirtschaftlich leistungsunfähig sei; aber man hofft, ihn einmal überführen zu können in die Form einer Betriebsgenossenschaft, die das soziale Gleichheitsprinzip mit den Vorteilen des raffinierten, modernen Großbetriebes vereinigt. Es kommt hinzu, daß auch die russische Industrie, künstlich geschaffen wie sie ist, in viel höherem Maße als in Westeuropa auf Großindustrie beruht, also leichter in Staatsbetrieb überzuführen ist als in Ländern, wo sie mit einem breiten Mittelstand zusammenhängt. In meinen Augen sind das Utopien. Ich sehe nicht, wo das Beamtentum herkommen soll, das die Großbetriebe leiten kann, und noch weniger wie der russische Muschik befähigt sein soll, eine mit den kunstvollsten Maschinen arbeitende, ländliche Genossenschaft zu bilden. Für ein einfaches „Artel", eine Arbeitergruppe, reicht der russische Gemeinsinn aus, aber eine moderne Wirtschaftsgenossenschaft ist ein so feiner Organismus, daß er nur in sehr hochkultivierten Völkern

existieren kann. Aber wie dem auch sei, die Politik von heute und von morgen darf jedenfalls von allen diesen sozialistischen Träumereien absehen. Was nach Generationen und Jahrhunderten möglicherweise geschieht, können wir nicht wissen. Für die Zeit, mit der wir zu rechnen haben, steht es fest, daß Rußland und erst recht Moskowien über eine sehr niedere Stufe der wirtschaftlichen Zeugungskraft sich nicht wird erheben können.

Nicht die direkte materielle Zerstörung ist das geschichtliche Werk des Bolschewismus, sondern seine politische Idee, die Idee, die soziale Gleichheit durch die Zerstörung des Besitzes herzustellen, eine Idee, die sich in ihren Wirkungen mit der Denkweise des altrussischen Mir begnügt.

Fehlen die wirtschaftlichen Grundlagen, so kann das zukünftige Rußland auch die militärische Macht, die es zur Großmacht machen würde, nicht wieder aufstellen.

Was Rußland hat, sind seine weiten Räume und die Menschenzahl. Aber Land und Menschen geben noch keine Großmacht. China hat dreimal so viel Menschen wie Rußland und ist dennoch keine Großmacht, und es steht dahin, ob es jemals eine werden wird.

Weshalb, fragt man in der Welt, soll ein Volk mit so großer Vergangenheit wie Rußland nicht auch die Niederlagen von 1915 und die innere Erschütterung von 1917 überstehen und sich verjüngen wie einst Preußen nach dem Frieden von Tilsit? Hat doch die russische Armee noch 1916 in ihren Anstürmen eine Tapferkeit bewährt, die aller Verluste spottete. Im Anfang des 17. Jahrhunderts regierten einmal die Polen in Moskau; 1812 residierte der Kaiser der Franzosen im Kreml — sollten die Kräfte, die Rußland aus solchen Krisen errettet haben, nicht wieder aufwachen?

Es ist unmöglich, weil die alten Kräfte verbraucht sind und neue nicht in Aussicht. Das alte Rußland war groß, weil in ihm nicht nur Volk und Staat, sondern Volk, Staat und Kirche als Eins empfunden wurden. Rußland war den Russen nicht nur das Vaterland, sondern auch das rechtgläubige Land, das heilige Rußland. Der religiöse Glaube, verbunden mit den auswärtigen Siegen und Erfolgen schufen einen glühenden Patriotismus.

Die Erfolge sind dahin; der Patriotismus ist enttäuscht; das Zarentum ist gefallen; die Armee ist zertrümmert; das Beamtentum ist aufgelöst; der Großgrundbesitz und mit ihm die Semstwos, die Selbstverwaltungskörper sind verschwunden; die europäisch gebildete

Oberschicht ist zermalmt; nicht weniger ist auch die Kirche auszuschalten. Die Frömmigkeit der russischen Kirche war von je eine andere, als die der katholischen oder evangelischen. Ihre Kraft lag in der Weltflucht und im Mysterium, aber ihre sittliche Arbeit an der Gemeinde, an der Einzelseele war sehr gering. Sie war ein sehr bedeutsamer Faktor im Aufbau des alten Rußland, die Mutter des Romanoff'schen Zartums, aber ein neues Rußland aufzubauen ist sie unfähig. Die Motive, mit denen sie arbeitete, sind veraltet. Es mag sein, daß sie von Neuem angerufen werden, um wieder Ordnung zu schaffen. Aber indem die Kirche wieder zur Verehrung ihrer Heiligenbilder einladet, ruft sie auch den Widerstand dagegen hervor. Auch in Frankreich suchte man in der Restauration die Geister wieder zur Unterwerfung unter die Autorität zu erziehen, indem man die Romantik des Katholizismus spielen ließ. Aber so große Talente sich in den Dienst dieser Bewegung stellten, so hingebend die wiederhergestellte Gesellschaft Jesu arbeitete, der Erfolg war der entgegengesetzte: gerade seine Verbindung mit der Kirche hat das restaurierte bourbonische Königtum schon nach 15 Jahren wieder gestürzt. Noch viel weniger als der so aktive römische Katholizismus kann die indolente russische Orthodoxie das Rückgrat des herzustellenden Staates bilden. Es gibt eine Religion, die die Völker hebt und zu großen Taten befähigt. Es gibt aber auch Religionen, die die Völker am Boden halten und ihren Geist knechten. Sollte eine Religion, in deren Mittelpunkt die Verehrung von Heiligenbildern und symbolische Fingerbewegungen stehen, imstande sein, im 20. Jahrhundert neuen Staatswesen den moralischen Halt zu geben? Sie kann es um so weniger als die Kräfte, mit denen sie zusammen arbeiten müßte, ihr gerade entgegengesetzt sind. Denn um den Bolschewismus zu überwinden, müssen die modern denkenden Menschen, etwa Miljukoff und Kerenski, an die Spitze treten. Kann man sich diese Arm in Arm mit Popen und Mönchen vorstellen? Die russische Kirche gehört ihrer Natur und Geschichte nach und steht mit ihrem Herzen auf Seite des Mir, des Agrarkommunismus. Die Elemente, auf die man für ein neues Rußland rechnen könnte, sind von vornherein uneins und unverträglich. Wie könnten sie gemeinschaftlich einen neuen Staat bilden?

Die wirtschaftlichen Kräfte müssen das Material geben, wenn ein Militärstaat aufgebaut werden soll. Eine sehr starke Autorität

kann auch aus einer schwachen Volkswirtschaft recht viel herauspressen. Peter der Große und seine Nachfolger konnten den russischen Militärstaat aufbauen, weil sie vermöge ihrer Autokratie die an sich kleinen Mittel aufs schärfste zusammenfaßten und, freilich immer am Rande des Bankerotts wandelnd, doch die Staatskasse genügend zu füllen vermochten, um die Armee zu erhalten. Hätte die Monarchie mit ihrem, wenn schon stark korrupten, aber doch leistungsfähigen Beamtenapparat sich erhalten, so hätte sich auch die russische Volkswirtschaft trotz der Ungunst des Klimas und des Bodens günstig fortentwickeln lassen. Nun mag man sich vorstellen, daß Rußland den Zaren zurückruft, oder sich einen anderen Monarchen oder einen Diktator gibt, oder eine bürgerliche demokratische oder eine sozialistische Republik wird, oder eine bolschewistische Republik bleibt — eine Großmacht kann es, so weit Menschen vorauszublicken vermögen, nicht wieder werden. Die Monarchie kann es nicht mehr dazu machen, weil sie selber nie in ihrer alten patriarchalischen Autorität wiederhergestellt werden kann, und die Republik kann es nicht schaffen, weil sie, selbst wenn es ihr gelingt, wieder eine äußere Ordnung herzustellen, befangen im Agrarkommunismus, das Land nicht genügend produktiv machen kann, um die wirtschaftliche Last eines Militärstaats zu tragen. Vermutlich würde auch der Geist dieser Republik grundsätzlich antimilitaristisch sein. Das französische und das amerikanische Volk unserer Zeit, beide aus der Revolution geboren und von Grund aus demokratisch, haben es fertiggebracht, Großmachtstellungen einzunehmen und zu behaupten, aber daraus auf Rußland einen Schluß zu machen, ist unzulässig. Frankreich und Amerika haben unermeßliche wirtschaftliche Kräfte; in Rußland sind diese Kräfte gering. Frankreich und Amerika haben eine auf gesichertes Privateigentum gegründete soziale Ordnung; in Rußland ist die soziale Ordnung für die ungeheure Mehrheit des Volkes ein rückständiger, entwicklungsunfähiger Kommunismus. Frankreich und Amerika haben sehr starke und breite Oberschichten und eine auch in der Masse gebildete Bevölkerung; die Masse der Russen sind mehr oder weniger fromme, abergläubische, jeder Selbstzucht entbehrende Analphabeten. Rußland war groß und mächtig durch die gewaltige Volksmasse, die eingespannt war in einen durchgebildeten Staats- und Heeresmechanismus. Dieser Mechanismus ist zerbrochen; die Russen selber wollen nicht seine Herstellung, und so weit sie sie wollen,

ist sie tatsächlich unmöglich. Das zukünftige Rußland, selbst den günstigsten Fall vorausgesetzt, daß alles Russisch-Orthodoxe sich wieder zu einem Staate zusammenschließt, dieses Rußland kann eine Großmacht niemals wieder werden. Was der alte Zarenstaat geleistet hat, ist keineswegs gering einzuschätzen. Er hat eine ganze Reihe sehr bedeutender Minister, wennschon meist fremder Abkunft, an die Spitze der Ressorts gebracht, und sie haben Werke geschaffen, die sich sehen lassen können, wie z. B. die sibirische Eisenbahn. Aber diese Werke haben keine innere Befriedigung geschaffen. Es war immer nur die Auswirkung des Machtgedankens, unter völliger Negation des Freiheitsgedankens, der den slawischen Völkern an sich nicht weniger eingeboren ist, als anderen. In Nowgorod und in der Ukraine existierten freiheitliche Staatsbildungen; Moskau hat sie zerquetscht, indem es diese Gebiete seiner Herrschaft unterwarf. Aber eben das reine Gewaltverhältnis, das es schuf, konnte nur vorhalten, so lange die Gewalt vorhielt. Produktive politische Kräfte, die eine innere Einheit aus den verschiedenen Völkerschaften geschaffen, eine innere Werbekraft gehabt hätten, sind nicht am Werke gewesen. Erst jetzt, wo die Tatsachen vor Augen liegen, erkennt die Welt mit Erstaunen, daß der russische Koloß wirklich nur tönerne Füße gehabt hat, daß er nur ein vorübergehendes Staatsgebilde gewesen ist. Es wird lange genug dauern, bis die jetzige Gärung sich gesetzt und irgendeine neue Ordnung sich herausgebildet hat. Es wird lange genug dauern, bis die wirtschaftlichen Werte, die jetzt zerstört worden sind, sich einigermaßen haben wieder herstellen lassen. Aber erst ein politischer Neubau könnte eine neue russische Großmacht schaffen, und einen solchen Neubau dürfen und müssen wir von unseren politischen Berechnungen ausschließen. Nicht einmal ob ein Großstaat bestehen bleibt, ist sicher; es ist auch möglich, daß selbst Moskowien noch weiter in eine Reihe von kleineren und kleinsten Staatswesen zersplittert. Aber selbst ein Großstaat auf diesem Trümmerfelde wird immer ein schwacher Staat bleiben, mag er wieder einen Zaren, mag er einen Präsidenten an seiner Spitze haben.

Die Vorstellung, daß wir Rußland schonen sollten, daß wir ihm keinen Frieden von Tilsit auferlegen dürften, um nicht seine Rache hervorzurufen, ist also falsch. Rache haben wir von dieser Seite nicht zu fürchten, weil ihr die Macht fehlen wird. Ich möchte mir die Formel, die Dr. Rohrbach gebraucht, daß es im russischen

Nationalcharakter liege, sich der Kraft sklavisch zu unterwerfen und dann auch keinen Rachegefühlen mehr nachzuhängen, nicht aneignen, mich wenigstens nicht darauf verlassen. Haben die Franzosen ihren Revanchegedanken vierzig Jahre lang still im Herzen getragen, trauen wir auch Engländern und Deutschen Aehnliches zu, so scheint es mir bei den Russen psychologisch nicht von vornherein ausgeschlossen. Ausgeschlossen aber ist, daß der russische Staat, der fähig wäre, den Revanchegedanken auszuführen, jemals wiedererstehe.

Ich habe sagen hören: selbst ein Kleinstaat wie Serbien hat sich dagegen aufgebäumt, daß ihm kein Zugang zum Meere geöffnet wurde: wie kann ein 100 Millionen-Staat wie Rußland sich von der Ostsee abschließen lassen? Der Vergleich trifft nicht zu. Serbien geriet nicht in den politischen Konflikt mit Oesterreich, weil es des Zugangs zum Meere bedurft hätte, sondern es war in politischer Feindschaft mit Oesterreich und erstrebte den Zugang zum Meere, um Oesterreich besser bekämpfen zu können, während Oesterreich ihm eben aus demselben Grunde nur um so schroffer versagte. Sollte ein zukünftiges Rußland wieder Großmacht-Politik treiben wollen, so ist es richtig, daß es dann auch die Ostsee-Häfen zurückzuerobern trachten würde. Ein friedliches Rußland aber — sei es nun friedlich aus innerer Schwäche, wegen innerer Wirren oder unter der Direktive der erwarteten allgemeinen Friedens-Liga der Völker —, ein solches Rußland bedarf keineswegs der Herrschaft in den Ostsee-Häfen. Für den friedlichen Handelsverkehr werden sie ihm ja nicht verschlossen sein; das eigene Interesse der Häfen verlangt, daß sie sich mit ihrem Hinterland gut stehen und es pfleglich behandeln. Ist erst der russische Eroberungsdrang als solcher ausgeschaltet, so ist aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ein Motiv, das zur Rückeroberung dieser Häfen treiben müßte, nicht zu entnehmen.

Die Sorge, die uns künftig von Osten droht, ist ganz anderer Natur. Nicht der Wiederaufbau der Dampfwalze, nicht die zu große Stärke, sondern die zu große Schwäche der staatlichen Gebilde auf dem Boden des alten Rußland stellt uns vor Aufgaben, die unser Nachdenken erfordern und unsere Kräfte in Anspruch nehmen werden. Nicht das verjüngte, sondern das aufgelöste Rußland ist das Zukunftsbild, das wir anzuschauen haben. Wäre es da nicht viel bequemer und unserem Volke zuträglicher, wenn wir uns fernhielten von jeder Einmischung, von jeder Berührung, und

Ost-Europa von den Aaland-Inseln bis zur Ukraine sich selber überließen? Aber diese Fragestellung ist falsch. Wir haben gar keine Wahl. Es handelt sich nicht um Wollen, sondern um Müssen. Es ist nicht unsere Politik, es ist unser Schicksal, das wir in Betracht zu ziehen haben, über das wir uns klar werden müssen. Wie es unser Schicksal im letzten Menschenalter war, die Weltkultur vor der Unterjochung durch den Panslawismus zu schützen, so ist es von jetzt ab unsere Aufgabe, die Weltkultur zu schützen vor dem Bolschewismus. Zarismus und Bolschewismus sind Kinder desselben Geistes, eines Geistes, dem die romanisch-germanischen Völker widersprechen. Existiert deshalb auch nicht die Gefahr der Ansteckung? Wer will es wissen? Wir wissen es ebenso wenig, wie wir wissen, wie sich das Russentum selber mit dem Bolschewismus auseinandersetzen wird. Wir wissen auch nicht, ob uns hieraus noch einmal Aufgaben entstehen werden, die über die Aufstellung eines Pest-Kordons hinausgehen, und es ist überflüssig sich in Möglichkeiten zu ergehen. Halten wir uns an die Aufgaben, die uns der Lauf der Dinge bereits zur unmittelbaren Lösung aufgedrängt hat.

Es hat sich herausgestellt, daß die Fremdvölker jenseits unseres Schützengrabens, Livland, Estland, Finnland, nicht imstande waren, sich aus eigenen Kräften des Bolschewismus zu erwehren. Allenthalben gibt es Elemente, die nur gar zu gern die Auflösung der Ordnung und des Rechts benutzen, um sich des Eigentums der Besitzenden zu bemächtigen, oder es, wo sie das nicht vermögen, zu zerstören. Die bürgerlichen Elemente in den Ostseeländern waren um so weniger in der Lage, sich ihrer zu erwehren, als Hungersnot in den Städten die Leidenschaften im Proletariat aufpeitschte, und die aufgelöste russische Armee den einheimischen Anarchismus verstärkte. Jetzt haben wir Livland und Estland besetzt und sind im Begriff, auch Finnland zu Hilfe zu kommen, wo der Kampf besonders schwer ist, weil die bolschewikische Regierung in Petersburg ihre Parteifreunde mit Mannschaften und Waffen unterstützt. Wie soll nun die Zukunft dieser Länder gestaltet werden? Unnötig noch zu beweisen, daß wir sie nicht sich selbst, d. h. der Vernichtung überlassen dürfen.

Das Einfachste scheint zu sein, hier nach den Nationalitäten eine Reihe kleiner selbständiger Staaten: Finnland, Estland, Livland, Litauen zu konstruieren; sie würden Rußland vorgelagert

sein wie Belgien und Holland dem Deutschen Reich. Aber die Verhältnisse sind verschieden. Bei Finnland könnte man es sich vorstellen, daß es, nachdem der Bolschewismus mit unserer Hilfe niedergeschlagen und eine feste Grenze gegen Moskowien gefunden worden ist, einen selbständigen Kleinstaat mit genügender innerer Stabilität bildet. Bei Estland und Livland aber ist das ausgeschlossen. Moskowien mag noch so klein und schwach werden, im Vergleich zu den Ostsee-Provinzen bleibt es doch immer groß und stark. Liegt auch keine wirtschaftliche Notwendigkeit vor, die die Wiedervereinigung forderte, so doch starke politische Versuchungen: ein Zar würde aus Prestige-Gründen, eine sozialistische Republik um der Propaganda willen die Hände nach dieser Landschaft ausstrecken.

Mag der Zarismus, mag der Bolschewismus in Moskowien regieren, die Baltischen Länder würden von dieser Seite immer einem Drucke ausgesetzt sein, dem sie aus eigener Kraft nicht zu widerstehen vermöchten. Daher in Deutschland jene Schule, die von vornherein die Trennung dieser Landschaften von Rußland für unausführbar erklärt. Könnte man eine geordnete russische Föderativ-Republik in Aussicht nehmen, die in liberaler Weise angegliederten Fremdstämmen Autonomie gewährt, so ließe sich über die Wiedervereinigung der jetzt getrennten Landschaften mit Rußland reden. Es wäre für uns das Angenehmste und Bequemste. Aber eben solche geordnete russische Föderativ-Republik steht — darüber haben uns die Ereignisse jetzt die Augen geöffnet — nicht in Aussicht; Wiedervereinigung mit Rußland bedeutet für das Baltikum den nationalen Tod, entweder die Erwürgung durch einen wiedererstandenen Zarismus, oder die Zerfleischung durch das Räubertum der Bolschewiki. Am wahrscheinlichsten abwechselnd das Eine und das Andere.

In ihrer Verzweiflung sind einige baltische Politiker auf den Gedanken verfallen, sich unter englischen Schutz stellen zu wollen. Aber wie soll England sie schützen? England ist ja in dieser Gegend viel zu schwach, und wie könnte es Deutschland jemals zulassen, daß es hier eine wirklich starke Stellung aufbaute? Man hat daran gedacht, auch Schweden hineinzuziehen und alle diese Länder zu einer Föderation zu vereinigen. Schweden hat sich aber nicht einmal getraut, Finnland unter seine Fittiche zu nehmen. Jede aktive schwedische Politik wird unterbunden durch die Doktrinen

und die Macht der schwedischen Sozialdemokratie, die das Land vor allen auswärtigen Verwicklungen bewahren wollen.

Es bleibt nur der Anschluß an Deutschland. Eine starke Partei ist dafür, aber es gibt auch Gegner. Da sind zunächst die Proletarier, denen der russische Bolschewismus in die Augen sticht. Eben um sie niederzuhalten, wird ja der Anschluß erstrebt. Sie sind aber nicht die einzigen Gegner. Livland und Estland sind bewohnt von den Letten und Esten mit einer starken deutschen Oberschicht. Ehedem strebten diese Letten und Esten danach, auch Deutsche zu werden; sozialer Aufstieg bedeutete für diese Ureinwohner Eintritt ins Deutschtum, und die Deutschen haben das leider oft nicht gefördert, sondern eher hintangehalten und sich in Rassen- und Standesdünkel isoliert. Heute sind jene Stämme, so klein sie sind, von einem gewissen Streben nach einer eigenen Nationalbildung erfüllt, und die russische Regierung hat, um das Deutschtum zu bekämpfen, Jahrzehnte hindurch das Ihrige getan, um den Zwiespalt zu schüren. Die Letten und Esten wehren sich heute gegen die Aufsaugung durch das Deutschtum und haben deshalb auch Bedenken gegen den Anschluß an das Deutsche Reich. Die Zeitung „Postimes" druckte am 25. 12. 17 a. St. einen Brief des Estenführers Tönnisson ab, in dem vor dem Anschluß an Deutschland gewarnt wird, weil dieses, wie seine Dänen- und Polenpolitik gezeigt habe, die kleinen Nationalitäten unterdrücke, und wir können ja nicht leugnen, daß der Hakatismus bei uns noch keineswegs völlig ausgespielt hat. So wenig ich zweifle, daß das deutsche Volk sich von dieser bösen Verirrung wieder zu einer idealeren Auffassung des Rechts der Nationalitäten zurückfinden wird, so ist es doch nur zu natürlich, daß der Argwohn der kleinen Nachbarvölker nicht so leicht zum Schweigen zu bringen ist.

Das Gegengewicht gegen den nationalen Argwohn bildet die Furcht der lettischen und estnischen Bauern vor dem Bolschewismus. Der lettische und estnische Bauer will von der Idee, daß Grund und Boden Allen gemeinsam gehöre, nichts wissen; er hängt an seinem Besitz und ist ein brauchbarer tüchtiger Wirt. Diese Bauernschaft, also die Masse der Bevölkerung, ist deshalb geneigt, sich für den Anschluß an Deutschland zu entscheiden, sobald man ihr die Bürgschaft gibt, daß wir ihr nicht den deutschen Schulmeister mit der Methode des Hakatismus auf den Hals schicken.

Der Reichskanzler Graf Hertling hat bei unserem Einrücken

erklärt, daß wir nicht beabsichtigen, uns in Livland und Estland festzusetzen. Wie aber soll es werden, wenn die Bewohnerschaft dieser Länder in unzweifelhafter Weise kundtut, daß sie unseres Schutzes nicht entbehren könne und wolle und deshalb selber begehre, daß wir im Lande bleiben? So gewiß es ist, daß wir diese Absicht noch nicht hatten, als der Herr Reichskanzler jene Erklärung im Reichstag gab, so ist doch klar, daß wir nicht wieder herausgehen können, bis eine gesicherte Ordnung — gesichert im Innern und gesichert gegen Moskowien — geschaffen ist, und das kann recht lange dauern.

Was wird Rußland und was wird Europa dazu sagen? Unsere Voraussetzung ist ja, daß Rußland noch lange so ohnmächtig bleiben wird, wie es heute ist, und selbst wenn es sich wieder heben sollte, so wird es den Kampf gegen uns nicht so leicht wieder aufzunehmen wagen. Verfolgt Deutschland freilich eine Politik, die die ganze Welt, Oesterreich-Ungarn und Polen eingeschlossen, in einem Bunde gegen uns zusammenschließt, so wird auch Rußland in diesem Bunde nicht fehlen. Treibt Deutschland aber, wie wir doch hoffen und erwarten dürfen, eine Politik, die unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und Polen aufrecht erhält und die übrige Welt nicht provoziert, so haben wir auch ein wieder erstarkendes Rußland, das doch auch bestenfalls nur eine Mittelmacht sein würde, nicht zu fürchten. Bleiben gar die Zustände in Rußland chaotisch, so haben wir für unsere Stellung am Peipussee nicht nur nichts zu befürchten, sondern die Welt wird uns dankbar sein, daß wir hier die Wacht halten.

Der schwierigste Punkt ist das Mißtrauen Europas, das in unserem Erscheinen am Finnischen Meerbusen nicht den Schutz und die Rettung dieser Landschaften, sondern den Eroberungszug sieht. Das Mißtrauen gegen unsere Weltherrschaftsgelüste, das schwerste aller Friedenshindernisse, wird daraus von neuem Nahrung ziehen und gesteigert werden. Das ist um so natürlicher, als ja in Deutschland nicht Wenige ebenfalls jede Schutzherrschaft über die östlichen Randvölker ablehnen als eine Expansionspolitik, die uns in prinzipwidriger und gefährlicher Weise über den nationalen Staat, wie er 1870 gegründet worden ist und unserem Wesen entspricht, hinausführe. Ich selber habe ja die Befreiung dieser ältesten deutschen Koloniallande vom moskowitischen Joch von je als ein politisches Idealbild vor Augen gehabt, gleichzeitig aber

nicht nur direkte, sondern auch indirekte Annexionen verworfen und davor gewarnt.

Man kann den Gegensatz, der zwischen diesem Grundsatz und jenem Ziel zu klaffen scheint, in der Weise ausgleichen, daß man die baltischen Provinzen ebenso wie Litauen und Polen sich zwar als frei von Rußland, aber völlig selbständig vorstellt. So habe ich es mir auch zeitweilig gedacht. Ich hielt die Selbständigkeit ohne staatsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reich für genügend, weil die Furcht vor dem Zarismus ohnehin diese Völker zu einer Anlehnung an Deutschland bewegen werde. Diese politische Konstruktion schien um so eher ausführbar, wenn es gelang, die Uebergangszeit zu benutzen, um mehrere hunderttausend deutsche Bauern, deren Existenz in Rußland vernichtet worden ist, in den Baltischen Provinzen anzusiedeln und mit ihnen das deutsche Element zu verstärken. Aber der Fortgang der Dinge scheint über solche Möglichkeiten jetzt bereits hinausgeführt zu haben. Es sind nicht bloß die Deutschen, sondern es sind ebenso sehr Letten und Esten, die einen engeren Anschluß an das Deutsche Reich für notwendig halten und verlangen. Zwei Motive wirken in merkwürdiger Weise dabei zusammen. Erstens, wie schon ausgeführt, die Erkenntnis der ungeheuren Gefahr, mit der der Bolschewismus die russischen Nachbarländer bedroht. Das Entsetzliche, was sich hier in den letzten Wochen abgespielt hat, fordert einen unbedingt zuverlässigen Schutz. Selbst in Polen sind, wie ich höre, jetzt weite Kreise zu der Erkenntnis gelangt, daß ihnen nichts Böseres geschehen könnte, als wenn morgen die Truppen der Zentralmächte das Land verließen. Hierzu kommt nun aber zweitens die Vorstellung der Esten und Letten, daß, wenn diese Landschaften sich einen eigenen Herzog kürten, dieser naturgemäß von dem einheimischen Adel umgeben sein und in dessen Sinne regieren werde. Der deutsche Kaiser mit dem deutschen Reichstag dahinter gebe eine Bürgschaft gegen etwaige Anwandlungen von Feudalismus. Gerade die Esten und Letten sind es, die deshalb als die soziale Unterschicht die Selbständigkeit nicht wollen, sondern sich den deutschen Kaiser als ihren Herrn wünschen. Auch die Republik hat wohl ihre Anhänger; aber das sind eben diejenigen, die entweder selber zum Bolschewismus neigen oder doch keine Sicherheit gegen ihn zu versprechen vermögen. So ist mit einer gewissen Naturnotwendigkeit der Gedanke der Personalunion mit dem Deutschen Reich ans Licht getreten. Ich will nicht sagen,

daß nicht schließlich doch noch eine andere Form gewählt werden könnte, z. B. Personalunion mit einem deutschen Kleinstaat oder ein ganz selbständiges Fürstentum oder eine Regentschaft. Aber nachdem jetzt schon der Kurländische Landesrat — Deutsche und Letten in vollständiger Uebereinstimmung miteinander — einmütig beschlossen hat, den deutschen Kaiser um Annahme der Herzogswürde zu bitten, scheint es dabei bleiben zu müssen. Nichts anderes streben auch Livland und Estland an, und das Ergebnis wäre ein Großherzogtum Großlivland in Personalunion mit dem Deutschen Reich. Ein Ergebnis, das wie eine Annexion aussieht, und dennoch mit Annexionismus nichts zu tun hat. Annexionismus ist der Exponent des Machtstrebens, sei es der Macht zum Zwecke der Herrschaft, sei es der Macht zum Zwecke der Sicherheit. Großlivland als Annex des Deutschen Reiches hat aber mit dem Machtprinzip nichts zu tun; es ist ein Ereignis, entsprungen dem Interesse des kleinen Teils, nicht des größeren. Man kann sehr zweifeln, ob die so weit ausholende Peipussee-grenze für das Deutsche Reich eine Machtmehrung oder Machtminderung bedeutet, und es ist deshalb verständlich, daß in militärischen Kreisen die Meinungen geteilt waren, ob es rätlich sei, über Riga hinauszugehen. Was uns schließlich dazu gezwungen hat, war das Gebot der Ehre, das es unmöglich machte, den Hilferuf, der an unser Ohr schlug, länger zu überhören. Haben wir doch sogar den Ukrainern, von denen wir freilich wirtschaftliche Zubuße erwarten, unsere Hilfe nicht versagt, um so weniger den Ländern an der Ostsee, die selbst, soweit sie undeutsch sind, doch ganz und gar dem deutschen Kulturkreis nach Religion, Bildung und Geschichte angehören. Eine solche Tat trägt ihren Segen in sich selbst. Bringt Großlivland uns auch keinen Machtzuwachs, bringt es uns Aufgaben und Schwierigkeiten aller Art, so kann es doch nicht anders sein, als daß das Deutschtum, der deutsche Gedanke in der Welt, um das Wort Rohrbachs aufzunehmen, dadurch einen mächtigen Zuwachs erhalte. Mögen die Letten und Esten ihr nationales Wesen in voller Freiheit entfalten, es kann doch seinem Werte nach nichts anderes sein, als ein eigentümlicher Zweig an dem großen germanischen Kulturbaum, aus dessen Wurzeln auch diese Sprößlinge ihre Kraft saugen.

Gegen die Verbindung Großlivlands mit dem Deutschen Reich vermittelst der Personalunion mag man einwenden, daß sie entweder zu locker oder zu eng sei. Zu eng, weil sie Deutschland die

ganze Verantwortung für die Politik und das Gedeihen dieser so exzentrisch gelagerten Landschaften auflädet, die Teilnahme Großlivlands aber an dem Tragen der Lasten offen läßt und die Kompetenz des Reichstags ausschaltet. Es ist deshalb schon gesagt worden, daß, wenn wir uns einmal der Einbeziehung dieses Landes in unseren Bereich nicht entziehen könnten, die Aufnahme in den Reichsverband selbst oder sogar die Einverleibung in Preußen vorzuziehen sei. Das Deutsche Reich ist ja ohnehin ein sehr kompliziertes Gebilde; indem nun noch ein solches Glied angefügt wird, das ganz außerhalb des Rahmens der Reichsverfassung steht, müssen sich eine Fülle von unangenehmen Reibungen und Streitigkeiten ergeben. Alles ganz wahr, aber unvermeidlich. Ehe Großlivland mit dem Deutschen Reich vereinigt werden könnte, ist zum wenigsten eine sehr lange Uebergangszeit nötig. Ob der deutsche Kaiser selber oder eine andere deutsche Fürstlichkeit mit der Herzogswürde bekleidet oder sogar eine selbständige Republik geschaffen wird, macht für die Verantwortung, die das Deutsche Reich für das Land übernimmt, keinen Unterschied. Schützen müssen wir es auf alle Fälle. Mag man es drehen und wenden wie man will, die Angliederung lockerer oder enger machen, immer laden wir uns damit eine Aufgabe auf voller Verantwortung und voller Schwierigkeiten. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß möglichst einfache Rechtsformen die Schwierigkeiten verringerten, denn die Schwierigkeit liegt in der Sache selber, der geographischen Lage und der so merkwürdig aus drei ganz verschiedenen Rassen komponierten Bevölkerung. Die beste Rechtsform wird immer die sein, die sich diesen verwickelten Verhältnissen am besten anpaßt. Auch das englische Weltreich ist ein unendlich komplizierter Organismus mit den allerverschiedensten Verfassungsformen, und gerade diese Anpassung an die Bedürfnisse jeder einzelnen Kolonie und jedes einzelnen Landes weißer, schwarzer oder brauner Hautfarbe, englischer oder holländischer Nationalität hat sich bewährt, während umgekehrt die Einfachheit, mit der der russische Despotismus in seinem Weltreich alles über einen Kamm schor, schließlich den Widerspruch hervorgerufen hat, durch den das Reich auseinandergesprengt worden ist. Wir werden uns also darin finden müssen, für Großlivland neue Verfassungsformen zu finden, und dem einfachen Begriff des deutschen Reichsbürgers einen Ausbau anzufügen für die Bewohner dieses Schutzstaates.

So weit Großlivland. Aber Großlivland bildet noch nicht einmal das schwierigste Kapitel. Zwischen Großlivland und Polen wohnen noch zwei Millionen Litauer, die geographisch Großlivland von Deutschland trennen und den Anspruch auf ein selbständiges Staatswesen erheben. Die Litauische Frage führt hinüber zu Polen und das polnische Problem läßt sich nicht trennen von der Frage der Ukraine. Ich habe dem, was ich darüber bereits gesagt habe, nur hinzuzufügen, daß die Dinge sich bisher tatsächlich in der Richtung entwickelt haben, wie ich sie dort als wünschenswert bezeichnet habe. Der russophilen Partei unter den Polen ist die Einsicht aufgedämmert, daß sie eine Phantasiepolitik betrieben habe. Die Vorstellung, daß es Polen ja nicht fehlgehen könne, weil beide Parteien, die Entente und die Zentralmächte, ihnen wohlgesinnt seien und ihnen Versprechungen machten, und man es deshalb auch mit beiden halten dürfe, hat zu dem Ergebnis geführt, daß man sich zwischen zwei Stühle niedergesetzt hat. Der Friede von Brest hat Bescheidenheit gelehrt, und der Bolschewismus hat schließlich die Augen darüber geöffnet, was die Völker vom Russentum und seinen Idealen zu erwarten haben. In Deutschland ist zwar die Stimmung, die in Polen den natürlichen Feind sehen will, noch keineswegs geschwunden, aber es hat doch eine beiderseitige Annäherung stattgefunden. Im Auftrage der realpolitisch gesinnten Polen in Warschau ist Graf Ronickier in Berlin erschienen und hat mit führenden Reichstagsabgeordneten eine Vereinbarung getroffen, die die Gegensätze in billiger Weise ausgleicht. Freilich ist die Gefahr, daß die Fanatiker von hüben und drüben solche verständige Bestrebung wieder stören und zerreißen, keineswegs ausgeschlossen.

In welche staats- oder völkerrechtlichen Beziehungen die ehemaligen russischen Randländer Finnland, Großlivland, Litauen, Polen, Ukraine zu Deutschland oder Oesterreich-Ungarn treten werden, eine Machtsteigerung wird sich für das Deutsche Reich wie für Oesterreich-Ungarn kaum ergeben. Trotzdem sind die Machtverhältnisse Osteuropas von Grund aus umgestaltet. Nicht die mehr oder weniger fragwürdige Angliederung der neuen Gebiete, sondern das Verschwinden der Weltmacht Rußland ist das Entscheidende. Soll einmal die Welt zwischen Russentum und Angelsachsentum aufgeteilt werden? - - so habe ich früher wohl gefragt, wenn ich begründen wollte, daß Deutschland sich nicht auf eine

saturierte Kontinentalpolitik beschränken, sondern Weltpolitik betreiben müsse. Die Fragestellung lautet jetzt anders; sie hat sich vereinfacht; die Zukunftsaussichten des Russentums sind zusammengebrochen. Das Bild, daß Konstantinopel, Kleinasien, Persien, Afghanistan in absehbarer Zeit russisch sein würden und dann vielleicht ein großer Kampf um Indien und China entbrennen, hat sich verflüchtigt. Dafür ist Japan im Aufsteigen, Amerika ist im Begriff, sich in eine Militärmacht zu verwandeln, und England hat Landkräfte entwickelt, wie sie niemand vorher erwartet hätte. Hinter all diesen Machtverschiebungen aber steht als ganz neuer Gedanke die Völker-Liga, das allgemeine Weltschiedsgericht, das die im Augenblick gerade bestehenden politischen Verhältnisse mit dem Heiligenschein des Rechts umkleiden und ihnen durch die allgemeine Bürgschaft Dauer verleihen würde. Ich würde mich gern noch etwas weiter darüber verbreiten, wie der Zusammenbruch Rußlands mit der ganzen Fülle der hieraus erwachsenden neuen Probleme zurückwirkt sowohl auf die Frage des Friedens im Westen, wie auf die Frage der Völker-Liga, die allenthalben das Recht hüten soll. Aber während ich hieran schreibe, kommen die Nachrichten, die von neuem alles in Frage stellen, was man bisher seinen Wünschen und Bestrebungen als Voraussetzung zugrunde legen mußte: der ungeheure Schiffsraub der Entente an den Neutralen, der alles, was man uns dort von der Herrschaft des Rechts unter den Völkern so ehrbar und pathetisch gepredigt hat, als hohle Phrase erscheinen läßt, [die Hoffnung auf die Wirkung unseres Tauchbootkrieges aber wieder auf viele Monate hinausschiebt]*): gleichzeitig aber die Nachricht, daß unsere so lange schon angekündigte große Offensive im Westen begonnen hat. Wer weiß, wohin sie uns tragen mag, und wie wir die Welt dann ansehen! An den Grundsätzen, die ich von Anbeginn des Krieges an hier vertreten habe, kann dadurch freilich nichts geändert werden, und der Zwiespalt über das westliche Kriegsziel bleibt. Aber es ist jetzt nicht der Augenblick und die Stimmung darüber zu streiten.

*) Dieser Satz wurde von der Zensur beanstandet; das Blatt mußte aus dem schon fertigen Heft herausgerissen werden und wurde dann nach vier Wochen mit dem nächsten Heft nachgeliefert, wo der beanstandete Satz ersetzt war durch die Fassung: „die Deutschland aber, wie es in der offiziösen Warnung, die am 12. April an Schweden ergangen ist, heißt, „infolge ihrer kriegsverlängernden Wirkung" eine „ungeheuer schwere Schädigung" zufügte.

Die erneute Kriegsziel-Erörterung.

26. April 1918.

Kriegführung und Politik gehören aufs engste zusammen und beeinflussen sich unausgesetzt gegenseitig. Das Einsetzen der deutschen Offensive im Westen und ihr siegreiches Vordringen hat sofort die Diskussion der Kriegsziele wieder in Gang gebracht, und eine Bewegung entfacht, den Reichstag zu veranlassen, daß er seine Resolution vom 19. Juli, in der er den Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung proklamierte, in aller Form widerrufe. Grundsätzlich wie formell ist das ohne jeden Zweifel zulässig. Ein Angebot, das von der anderen Seite nicht angenommen worden ist, hat damit seine verbindliche Kraft verloren. Es kann sich nur darum handeln, ob ein Beschluß in dem gewünschten Sinne politisch ratsam ist oder nicht.

Für die Rücknahme könnte sprechen, daß die Friedensresolution des Reichstages ganz ebenso wie das Friedensangebot des Kaisers vom 12. Dezember 1916 ihren Zweck erfüllt haben. Als man jene Akte erließ, hatte man ja nur in sehr geringem Maße die Hoffnung, daß sie wirklich zum Frieden führen würden. Heute wissen wir mit Bestimmtheit, daß das von vornherein ausgeschlossen war; aus dem einfachen Grunde, weil unsere Gegner noch glaubten, des endlichen Sieges vollkommen sicher zu sein, und deshalb von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollten. Der Bericht, den General Haig vor einigen Wochen seiner Regierung über den Feldzug von 1917 erstattet hat, hat uns darüber aufgeklärt. Haig setzt darin auseinander, daß man in den voraufgehenden Jahren noch nicht habe siegen können, weil die große englische Armee noch nicht zur Stelle und die russische mit viel zu wenig Artillerie und Munition ausgestattet war. Als man 1914 in den Krieg eintrat, hatten die Russen auf je 1000 Soldaten berechnet nur etwas über halb so viele Geschütze wie die Deutschen. Im Frühjahr 1917, sagt Haig, seien nur durch die Hilfe der Alliierten die Russen so reichlich versehen worden, daß sie es mit den Deutschen hätten aufnehmen können, und wenn nun der Angriff von allen Seiten zugleich ansetzte, so hätten die Mittelmächte erdrückt werden müssen. Da kam im März 1917 die russische Revolution und hemmte den Angriff im Osten. Trotzdem ließ die Entente ihre Hoffnungen noch nicht fahren. Die bürgerlich-revolutionäre Regierung in Ruß-

land versprach ja den Krieg fortzusetzen und ihn sogar mit neuer revolutionärer Kraft zu erfüllen. Voll Selbstbewußtsein lehnte man die deutschen Friedensangebote ab und wollte in ihnen nichts als ein Selbstbekenntnis der Schwäche erblicken. Daraus folgt freilich noch nicht, wie man so häufig sagen hört, daß die Friedensanerbietungen kriegsverlängernd gewirkt hätten. Dazu war gar kein Raum; der Entschluß, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, stand bei den Entente-Regierungen vollkommen fest. Daß der eben erklärte verschärfte U-bootkrieg nicht so bald wirken würde, wie man sich in Deutschland hier und da einbildete, war den Engländern von vornherein klar, und nun kam noch die Kriegserklärung Amerikas. Das deutsche Friedensanerbieten konnte also weder nach der einen noch anderen Richtung auf die jenseitigen Machthaber irgendeine Wirkung ausüben, und wie weit es etwa auf die Stimmung in den Massen eine gewisse Wirkung oder doch Nachwirkung gehabt hat, mag dahingestellt bleiben.

Eine um so größere und wohltätigere Folge aber wirkte es in Deutschland aus. Das deutsche Volk ist in diesen Krieg eingetreten mit dem guten Gewissen, daß es einen Verteidigungskrieg führe, und hat ihn in diesem Glauben durchgeführt bis zu diesem Tage. Das Friedensangebot des Kaisers und die Friedensresolution des Reichstags haben ihm immer von neuem Gewißheit gegeben, daß die Fortsetzung des entsetzlichen Blutvergießens, die Auferlegung all der schweren Leiden und Entbehrungen nicht uns zur Last falle, denn immer wieder haben wir die Hand zum Frieden ausgestreckt und immer vergeblich. Wir dürfen sagen: der herrliche Kampfesmut, die unerschütterliche Fechtbereitschaft des bewaffneten Volkes im Schützengraben ist eine Frucht der klugen Politik, die den Massen immer von neuem deutlich machte, daß es den Kampf ums Dasein gelte; daß nicht irgendein zügelloser Ehrgeiz, sondern eine unerbittliche Notwendigkeit, der böse Wille unserer Feinde uns dieses Schicksal auferlege, das Kämpfen verlange. Kein Zweifel, daß, nachdem nun uns selbst und der Welt der Beweis unserer Friedensliebe geführt ist und keine Gegenliebe gefunden hat, wir berechtigt wären, uns von jenen Friedensanerbietungen loszusagen und Friedensbedingungen zu stellen, wie sie uns gut scheinen. Die tapfere Verheißung der Friedensresolution: „so lange die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, so lange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und

Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist" — diese Verheißung ist erfüllt.

Die Frage ist jetzt: haben wir Friedensbedingungen anzustreben, die mit der Resolution in Widerspruch stehen, mit ihr unvereinbar sind?

Die Friedensresolution hat uns nicht verhindert und konnte uns nicht verhindern, die russischen Randvölker von Finnland bis zur Ukraine von Moskowien loszulösen. Die Sowjetregierung selbst hat ja erklärt, daß sie es ihnen freistelle. Die Resolution hat ferner nicht verhindert und konnte auch nicht verhindern, daß Landesvertretungen von Kurland, Livland und Estland den deutschen Kaiser gebeten haben, die Herschaft über sie zu übernehmen. Es ist richtig, daß eine vielleicht ziemlich starke Opposition in diesen Landschaften von dieser Verbindung nichts wissen will, sich vielleicht unter englisches Protektorat stellen oder gar die Verbindung mit Moskowien wieder aufnehmen möchte. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt, aber wo ist in diesen Landschaften der Volkswille, der sich selbst zu bestimmen wünscht? Die Majorität muß entscheiden, sagt man. Wo ist die Majorität? Erfahrungsgemäß hat eine sehr große Zahl von Menschen in jedem Lande überhaupt keine politische Meinung und keinen politischen Willen, sondern läßt sich in allerleichtester Weise bestimmen, sei es durch irgendeine Autorität, sei es durch Agitation. Wenn in Livland Agenten der Bolschewiki umherziehen dürfen und jedem Proletarier versprechen, daß sie ihn mit einem netten Landsitz ausstatten oder ihm zu dem fünffachen seines bisherigen Lohnes verhelfen wollen, falls Livland bei Rußland bleibt, so ist es höchst wahrscheinlich, daß sehr Viele solchem Lockruf folgen werden. Wenn aber eine feste Regierung alle solche betrügerischen Phantasmagorien ausschließt, so ist es höchst wahrscheinlich, daß dieselben Bürger bereit sind, der Parole zu folgen, die diese Regierung ausgibt. Aber erzeugt Massenabstimmung überhaupt den Volkswillen? Es ist auch sehr gut möglich, einen Volkswillen zu konstruieren, dem keine Massenabstimmung zugrunde liegt und der sich nicht auf eine Majorität berufen kann. Das englische Parlament wird von aller Welt als Ausdruck des Volkswillens angesehen und beruht in seinem Oberhaus überhaupt nicht auf Wahl und

in seinem Unterhaus auf einem sehr eingeschränkten Stimmrecht. Präsident Wilson ist 1912 von einer Minorität der Wähler auf den Präsidentenstuhl berufen worden — bezweifelt irgendjemand deshalb seine Rechtmäßigkeit? In Estland, Livland und Kurland existieren alte landständische Verfassungen. Es ist staatsrechtlich, historisch und politisch durchaus zulässig, nicht auf dem Wege des Plebiszits, sondern in Anknüpfung an diese Verfassungen Landesrepräsentationen zu schaffen und durch sie das Recht der Selbstbestimmung der Völker ausüben zu lassen. Daß die Richtungen, die dadurch ausgeschaltet werden, die Rechtmäßigkeit des Verfahrens bestreiten, ist zu erwarten und wird man zu ertragen wissen. Mit welchem Recht regieren denn heute in Moskowien die Bolschewiki? Mit welchem Rechtstitel ist denn ihrer Zeit die französische Republik geschaffen worden? Die unzweifelhafte Majorität des Volkes war dagegen. Der „Volkswille" und die „Selbstbestimmung der Völker" sind Begriffe, die, staatsrechtlich völlig unfaßbar, sich geschichtlich auf die allerverschiedenste Weise geltend machen können und häufig genug als solche anerkannt werden müssen und anerkannt worden sind, auch wenn sie zeitweilig nur von einer Minorität der Bürger getragen wurden.

Weiter ist es deshalb auch kein Widerspruch gegen die Friedensresolution, wenn die Dobrudscha wieder mit Bulgarien vereinigt wird und Oesterreich-Ungarn sich von Rumänien gewisse Grenzberichtigungen ausbedungen hat. Denn die fraglichen Gebiete sind entweder von einer so gemischten, bestimmbaren Bevölkerung bewohnt oder zählen überhaupt so wenig Bewohner, daß ihr Wille gegenüber den großen politischen Interessen nicht in Betracht kommen kann, und die Grenzverschiebungen sind schließlich so unbedeutend, daß eine „dauernde Versöhnung" deshalb nicht ausgeschlossen zu sein braucht. Diese „dauernde Versöhnung" ist aber das eigentliche Ziel und das Hauptstück der Resolution.

Es sind hauptsächlich drei Wünsche, denen sie im Wege steht und um derentwillen die Widerrufung betrieben wird.

Man wünscht, nach den Erklärungen des Ministers von Eisenhart-Rothe im Herrenhaus, aus strategischen Gründen in Polen Grenzverschiebungen, die so groß sind, daß sie sich mit der Resolution nicht mehr vertragen.

Die Ostpolitik, wie ich sie für richtig gehalten haben würde, wäre darauf ausgegangen, die Polen so weit zu befriedigen, daß

sich eine starke deutschfreundliche Partei bilden konnte, und vermöge dieser Partei das ganze Königreich dauernd in unserer Bundesgenossenschaft zu erhalten. Das wäre von allen denkbaren strategischen Grenzsicherungen die beste gewesen. Sei es durch unsere, sei es durch Schuld der Polen, ist diese Politik vorläufig beiseite gestellt. Was der Minister von Eisenhart angekündigt hat, ist nicht mehr und nicht weniger als eine neue Teilung Polens. Da man ohnehin mit der Feindschaft der Polen rechnet, will ich die Wirkung auf das polnische Nationalgefühl nicht weiter ausmalen, sondern nur die Rückwirkungen auf die innere deutsche Politik erwägen.

Preußen soll vergrößert werden um 1—2 Millionen Polen und polnische Juden. Die Annehmlichkeit dieses semitischen Elements, das sich im Besitz der deutschen Freizügigkeit sofort über das ganze Reich ausbreiten wird, brauche ich nicht zu beschreiben. Am allerwenigsten werden unsere deutschen Juden davon beglückt sein. Die preußischen Polen werden um etwa 50% vermehrt werden. So tief die Gemütsverbitterung bei den Polen über die neue Teilung sein mag, die preußischen Polen werden mit der Zeit herausfinden, daß die Verstärkung ihrer Nationalität in unserem Staate ihnen sehr nützlich ist. Preußen hatte bisher nur gemischte deutsch-polnische Bezirke; jetzt erhält es auch rein polnische und im Reichstag und Landtag eine erhebliche Vermehrung der Mandate. Die so praktische wie menschenfreundliche Idee, die gesamten Polen aus den zu annektierenden Landstrichen „auszusiedeln", und das Land „leer" zu annektieren, wird wohl jetzt, wo es Ernst wird, von den einstigen Erfindern selbst nicht mehr vertreten. Wir haben also der Tatsache ins Auge zu sehen, daß wir künftig in Preußen und Deutschland mit einem Polentum zu rechnen haben, das parlamentarisch wie physisch eine wirkliche Macht darstellt. Schon früher haben die polnischen Stimmen ja mehrfach die Entscheidung gegeben, und zwar, was wenig Lohn gefunden hat, in der guten Richtung: den Stimmen der Polen verdanken wir die zweijährige Dienstzeit, die uns heute den Sieg ermöglicht, und die Grundlagen unserer Flotte; man erinnere sich des Namens Koscielski-Admiralski. Ob eine Polenfraktion, die im Reichstag ihre 50, im Abgeordnetenhaus vielleicht 60—70 Stimmen zählen wird, sich damit begnügen wird, ihre Opposition von Zeit zu Zeit in einigen wilden Reden austoben zu lassen? Welche Mühsal bereiten die irischen Stimmen

trotz der Einfachheit des Zwei Parteiensystems den parlamentarischen Regierungen in England! Bei der Zersplitterung unseres Parteilebens wird die verstärkte polnische Fraktion bei uns kaum eine geringere Rolle spielen. Auch das Beispiel der Tschechen zu studieren, dürfte nicht unnützlich sein. Der geschlossene deutsche Nationalstaat, den wir trotz der eingesprengten fremden Volkssplitter bisher aufrecht erhalten haben, scheint mir recht ernstlich in Gefahr zu kommen. Bundesrat und Staatsministerium, Reichstag und Landtag haben doch wohl alle Ursache, sich die in Aussicht gestellte Gebietsvergrößerung genau anzusehen, ehe sie das Geschenk annehmen.

Aber die strategischen Rücksichten? Sie haben nicht nur ihr Recht, sondern sie müssen unter gegebenen Umständen entscheidend sein. Aber sind die Umstände hier gegeben? Die Strategie ist doch nichts Abstraktes, sondern rechnet und handelt auf Grund der politischen Voraussetzungen. Wer ist, positiv gesprochen, der mögliche Feind, dem gegenüber die geplanten strategischen Vorbeugungen getroffen werden müssen? Ist es Rußland? Ist es Oesterreich-Ungarn? Ist es Polen selbst? Die für das Deutsche Reich eine solche Gefahr bilden, daß trotz aller nationalen Schädigung die strategische Position genommen und festgehalten werden muß? Du lieber Gott, wo soll im Osten die Gefahr herkommen, die, soweit Menschen vorzusorgen überhaupt berufen sind, Deutschland bedrohen könnte? Jeder einzelne denkbare Gegner ist für uns ein Zwerg und sich gegen uns zusammenschließen können sie auch nicht, weil sie durch unausgleichbare Gegensätze getrennt werden. Sollten sich die Moskowiter wieder mit den Ukrainern vereinigen, so bleibt doch der Gegensatz der Ukrainer gegen die Polen, der Polen gegen die Moskowiter, und Litauer und Balten werden auch sicherlich nie geneigt sein, sich einem Bündnis gegen das Deutsche Reich anzuschließen. Wo also ist die Notwendigkeit, die uns zwänge, die unabsehbaren Widerwärtigkeiten und die schwere nationale Schädigung auf uns zu nehmen, die jede Herausrückung unserer Grenze im Osten mit sich bringen muß?

Man wende nicht ein, daß doch Moskowien allein mehr Einwohner hat als das Deutsche Reich, und daß, wenn Moskowien sich mit der Ukraine und Sibirien wieder vereinigen sollte, durchaus kein Zwerg, sondern im Gegenteil wieder ein Riese dastehen würde, gegen den wir uns sehr vorsehen müßten. Es handelt sich um die kriegerische Kraft, und die Masse allein gibt noch keine Kraft.

Was dem zukünftigen Rußland, man mag sich die Entwicklung der Verhältnisse so günstig vorstellen wie man will, was immer fehlen wird, ist gerade das für die kriegerische Kraft letzthin Entscheidende, die politische Form. Der Zarismus oder Cäsaropapismus, die weltlich-geistliche Autokratie, war, wie ich oben S. 426 u. 429 ff. eingehend dargelegt habe, die einzige Form, in der aus diesen Volks- und Landmassen eine wirkliche Macht gebildet werden konnte. Einmal zerstört, ist diese Form weder in der alten Kraft wieder herzustellen, noch durch eine andere von nur annähernd gleicher Leistungsfähigkeit zu ersetzen. Osteuropa mag immer weiter zerfallen oder es mag sich wieder zu Massen zusammenballen, eine Großmacht entsteht auf diesem Gebiet nicht wieder, und politisch-militärisch gesprochen, bleibt selbst das größte Neu-Rußland im Vergleich zum Deutschen Reiche ein Zwerg, eine Unmacht, wie China im Vergleiche zu Japan.

Nicht viel anders als im Osten steht es im Westen. Auch hier will man los von der Friedensresolution, um in Frankreich und Belgien, sei es Gebiete zu erwerben, seien es Besatzungsrechte, die mit jener Resolution nicht verträglich sein würden. Ich stelle zunächst fest, daß, wenn ich von den Abmachungen im Osten und den Gebietsabtretungen Rumäniens gesagt habe, daß sie möglich gewesen seien ohne den Boden der Resolution zu verlassen, daß sich das nicht etwa auf die bekannten Forderungen im Westen übertragen läßt. Denn was hier gefordert wird, sei es Longwy und Briey, sei es die flandrische Küste, würde „die dauernde Versöhnung der Völker", die die Resolution als Ziel aufstellt, unmöglich machen. Will man Longwy und Briey oder die flandrische Küste oder die Maaslinie oder auch nur Lüttich, so muß die Resolution zurückgenommen werden. Ich brauche die Gründe nicht zu wiederholen, weshalb ich alle jene Forderungen nicht nur für unberechtigt, sondern auch für schädlich und verderblich halte. Am meisten haben noch für sich die wirtschaftlichen Gründe, die für eine Erwerbung des Erzbeckens von Briey sprechen. Durchschlagend sind auch die nicht. Ich hoffe, wir werden darüber noch einmal eine fachmännische Untersuchung bringen. Grundsätzlich falsch ist jedenfalls von vornherein die Begründung, wir müßten diese Erzlager erwerben, weil in etwa 50 Jahren die Fundstätten in Deutschland selbst erschöpft sein würden. Wer will wissen, wie in 50 Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt und insbesondere Deutschlands ge-

staltet sein werden? Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Verhältnisse Europas mögen bis dahin von Grund aus umgestaltet sein. Gewiß ist der Staatsmann verpflichtet, die nationale Zukunft auch für sehr ferne Zeiten schon ins Auge zu fassen und Erwerbungen zu machen, deren Ertrag erst einmal den Enkeln zugutekommen wird, z. B. Kolonialländer, und wenn es sich um eine bloße Okkupation handelte, so müßten wir gewiß zugreifen. Es handelt sich aber darum, ob wir um eines Gewinnes willen, der für die Gegenwart nicht unbedingt notwendig, dessen Bedeutung in der Zukunft ganz unbestimmt ist, einen Weltkonflikt vertiefen und verschärfen dürfen, und das muß zurückgewiesen werden. Selbst das Haupt der „Vaterlandspartei", Großadmiral v. Tirpitz, hat ja, was ich ihm als großes Verdienst anrechne, öffentlich erklären lassen, daß er prinzipiell kein Anhänger einer französischen Gebietsabtretung sei.

Der dritte Grund, weshalb man die Friedensresolution zurückgenommen sehen will, ist, daß sie die Forderung einer Kriegsentschädigung ausschließt. Ich selber habe schon im Jahre 1915 den Standpunkt vertreten, daß, wenn unser Sieg groß genug werden sollte, im Westen Gebietsabtretungen fordern zu können, wir diese Forderung dennoch nicht stellen, sondern statt dessen Geld nehmen sollten. Je länger der Krieg gedauert hat und je größer seine wirtschaftlichen Lasten geworden sind, desto gewichtiger und desto richtiger ist auch dieser Grundsatz geworden. Aber die Frage ist nicht aktuell. Als die Resolution beschlossen wurde, im Juli vorigen Jahres, war die militärische Situation für uns noch nicht so günstig, um eine Kriegsentschädigung fordern zu können, und die Resolution sah deshalb mit Recht von ihr ab. Auch heute steht es ja noch so, daß die Franzosen und ihre Bundesgenossen noch nicht einmal auf die Rückforderung Elsaß-Lothringens verzichtet haben. So günstig die Dinge in diesem Augenblick stehen, so ist es doch noch immer möglich, daß die Gegner uns einen Frieden anbieten, der unsere sonstigen Bedingungen erfüllt, die Kriegsentschädigung aber ausschließt. Niemand in Deutschland wird dann um des Geldes willen den Krieg fortsetzen wollen. Die Friedensresolution jetzt um der Frage der Kriegsentschädigung willen zurückzunehmen, ist also zum mindesten zwecklos.

Schließlich hat die Friedensresolution nicht nur einen Verzichts-, sondern auch einen Forderungsinhalt; sie fordert, daß nicht

nur wir, sondern auch die Gegner auf Erwerbungen verzichten. England und Japan müssen unsere Kolonien wieder herausgeben; England muß den Türken Arabien, Mesopotamien und Süd-Palästina wieder überlassen und die Souveränität des Sultans in Aegypten wieder anerkennen. Es würde den Engländern sehr genehm sein, wenn wir diese Forderung jetzt fallen lassen wollten.

Neben dem konkreten Inhalt hat die Friedensresolution aber auch eine ganz außerordentliche grundsätzliche und moralische Bedeutung. Wir wollen einen Frieden, der zwar unsere Zukunft sicherstellt, aber auch die Lebensbedingungen der anderen Völker berücksichtigt und dadurch einen dauernden Friedenszustand ermöglicht. Wem würden wir einen Gefallen tun, wenn der Deutsche Reichstag vermöge des feierlichen Widerrufs seiner Entschließung vor aller Welt proklamierte, daß Deutschland von jetzt an den Gewaltfrieden der Alldeutschen anstrebt? Wem würden wir damit einen Gefallen tun? Niemand mehr als den Herren Lloyd George und Clemenceau, die sich sofort in ihrer schwankenden Stellung wieder befestigt fühlen würden. Es gibt ja nichts, was den Kriegswillen eines Volkes mehr stärkt, als feindliche Bedrohungen. Wie prächtig ist Herr Lloyd George unserem Durchhaltungswillen zu Hilfe gekommen mit seiner Verkündigung der Knock-out-Politik! Mit einer feierlichen Zurücknahme seiner Friedensresolution würde der Deutsche Reichstag diesen Fehler nachahmen, und er würde nicht nur den Kriegswillen des Feindes stärken, sondern auch den deutschen Kriegswillen schwächen, denn die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes, oder wenn jemand das bestreiten will, jedenfalls sehr große Teile des deutschen Volkes bestehen nach wie vor darauf, daß sie nicht gewillt sind, sich für angebliche Sicherungen zu schlagen, deren Notwendigkeit oder auch nur Nützlichkeit bestritten ist.

Als die Friedensresolution beschlossen wurde, sagte ich, daß ich nicht so unbedingt mit ihr einverstanden sei, namentlich weder mit der äußeren Form, noch mit den Motiven, die manche von den Abgeordneten erkennen ließen. Als politischer Akt war die Resolution, wie ich oben dargelegt habe, richtig gedacht, wurde auch von der Obersten Heeresleitung nicht absolut bekämpft, und hat sehr gut gewirkt; leider aber war der Vorwurf, daß auch der Kleinmut bei ihrer Erzeugung mitgewirkt habe, nicht ganz unbegründet. Dies ist der Grund, weshalb die Resolution in weiten Kreisen unseres

Volkes, die sachlich im großen und ganzen einverstanden waren, doch mit einem starken Widerwillen aufgenommen wurde, und eben deshalb möchte man sie jetzt wieder los sein. Das ist aber eine ganz falsche Rechnung. Wenn jetzt, wo es uns gut geht, wo wir im Westen im fortschreitenden Siege begriffen sind, wo sich die Leistungen der Amerikaner als viel geringer herausstellen, als man erwartet hatte, wo die Engländer durch die Verkündigung der Dienstpflicht in Irland eine unabsehbare innere Krisis heraufbeschworen haben, wenn wir also jetzt in einer Art Siegesrausch die Friedensresolution zurücknehmen, so ist damit der falsche Eindruck erweckt, daß sie im Juli aus bloßem Kleinmut gefaßt worden ist, und gerade diejenigen Herren, die in diesem Punkt kein so ganz gutes Gewissen haben, hätten am allermeisten Veranlassung sich klar zu machen, daß sehr starke politische Gründe damals eine derartige Aktion ratsam machten und fast noch stärkere Gründe heute dafür sprechen, sie aufrecht zu erhalten. Ich gehe weiter und sage: es ist schon sehr viel versäumt worden, indem die politische Leitung des Reiches die Agitation gegen die Resolution nicht kräftig und entschieden genug zurückgewiesen hat. Die große strategische Offensive hätte begleitet und unterstützt werden müssen durch eine ebensolche politische Offensive, die die Heimatfront unserer Gegner in derselben Weise bearbeitet hätte, wie Hindenburg mit seinen Feldgrauen die Schützengrabenfront. Man stelle sich vor, daß der deutsche Reichskanzler etwa 14 Tage vor dem Beginn der Offensive noch einmal an irgendeiner Stelle mit aller Bestimmtheit erklärt hätte, daß Deutschland an der Politik der Resolution festhalte und insbesondere die Integrität und Souveränität Belgiens nicht anzutasten gedenke. Mit lautem Hohnruf würden Lloyd George und Clemenceau darauf geantwortet haben: „Ihr seht, die Deutschen pfeifen auf dem letzten Loch; ihrer so laut angekündigten Offensive trauen sie selber nicht; binnen kurzem werden sie um Gnade flehen müssen." Noch hätte die ganze westliche Welt in diesen Bildern geschwelgt, als dann der Sturm kam! Bapaume und Peronne genommen, 70000 Gefangene; Noyon und Albert genommen, 100000 Gefangene; Armentieres und Bailleul genommen, blutige Verluste der verbündeten Heere von einer halben Million. Wären Lloyd George und Clemenceau heute noch am Ruder? Ich möchte es sehr bezweifeln. Vielleicht säße man heute schon am Verhandlungstisch.

Englands Schuld am Kriege.*)
Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Der Streit über den Ursprung des Krieges ist keineswegs bloß eine historische Frage, sondern hat auch eine sehr erhebliche Bedeutung für den zukünftigen Abschluß, oder sagen wir besser für den Zugang zum Frieden. Nicht, daß es nötig wäre, daß die Nationen darüber einig werden, wer denn nun dieses ungeheure Blutvergießen verschuldet habe. Denn diese Einigkeit ist nicht zu erreichen; wenn wir auf diese Einigkeit warten wollen, ehe wir in die Friedensverhandlungen eintreten, könnten wir ewig Krieg führen. Nicht Einigung über die Wahrheit, so sehr sie zu erstreben wäre, kann heute das Ziel sein, wohl aber muß es sein, die Ausschaltung gewisser Irrtümer und Mißurteile, die der Annäherung, welche einmal zu Verhandlungen führen soll, im Wege liegen. Eines dieser Hindernisse sind die Vorstellungen, die man sich in England über unsere und bei uns über die englische Schuld am Kriege gemacht hat und noch festhält. Der Schriftsteller Morel, der es gewagt hatte, in England die Meinung zu verfechten, daß Deutschland keineswegs diesen Krieg entzündet habe und nicht die Weltherrschaft anstrebe, ist dafür zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Solange man in England sich von dieser wahnwitzigen Furcht vor den deutschen Weltherrschaftsplänen beherrschen läßt, ist an Frieden schlecht zu denken. Aber das darf uns nicht verhindern, unsererseits alles zu tun, was an ähnlichen falschen Vorstellungen etwa bei uns lebt, aufzudecken und abzutun, damit hierdurch von neuem bekräftigt werde, daß unsere Friedensangebote nicht, wie die Gegner argwöhnten, eine Falle sein sollten, sondern ehrlich gemeint waren. Nicht bloß die historische Betrachtung und die Publizistik sollte daher immer von neuem die Frage des Kriegsausbruchs behandeln, sondern auch die Leitung unserer auswärtigen Politik selber müßte sich ermannen und sich zum Bekenntnis der vollen Wahrheit aufschwingen. Bisher ist eher das Gegenteil geschehen. Indem die öffentliche Leidenschaft mit ihrem wilden Englandhaß den eigentlichen Anstifter des Krieges in den Engländern erblickte, haben unsere Staatsmänner diese Vorstellung eher bestärkt als korrigiert. In Wahrheit hat Edward Grey, wie ich zwar auch

*) Ein zu einer besonderen Flugschrift erweiterter Artikel der Preuß. Jahrb. Mai-Heft.

nicht gleich im Anfang, aber doch sehr bald erkannt und in den „Preußischen Jahrbüchern" dargelegt habe, zwar nicht alles getan was in seiner Macht stand, den Krieg zu verhindern, ihn aber tatsächlich nicht gewollt oder gewünscht, noch viel weniger ihn betrieben. Der einzig Vollschuldige ist das panslawistische Rußland und das teils von Revanchelust, teils von Furcht getriebene Frankreich, das sich ihm anschloß. England ist zwar insofern mitschuldig, als ohne die Rechnung auf die englische Hilfe jene beiden Anderen sich zur Offensive nicht entschlossen haben würden. Es ist ganz richtig, wie die Nordd. Allg. Zeitung ihrer Zeit erklärte (5. Okt. 1914), „daß die englische Regierung bereits im Jahre 1912 entschlossen war, an einem europäischen Kriege an der Seite der Gegner Deutschlands unter allen Umständen teilzunehmen". Aber das schließt nicht aus, daß sie dabei noch hoffte und wünschte, den Krieg zu vermeiden, und es bleibt immer ein großer Unterschied, ob England nur mittelbar schuldig geworden ist, indem es die beiden anderen merken ließ, daß es sie nicht im Stiche lassen würde, oder ob es selber den Krieg positiv gewollt und ihn betrieben hat. England war damals in einer großen inneren Verlegenheit. Die liberale Regierung wollte den Irländern die Selbstregierung gewähren; dem widersetzte sich aber die englisch-protestantische Bevölkerung der Grafschaft Ulster und drohte mit bewaffnetem Widerstand; die Regierung drohte ihrerseits Gewalt anwenden zu wollen, und da gab das Offizierkorps zu erkennen, daß es in diesem Bürgerkrieg nicht mittun, sondern den Gehorsam verweigern würde. Das internationale Gewitter, das dann so plötzlich heraufzog, hat diese innere Krisis in sich aufgesogen, und man darf vermuten, daß den leitenden Staatsmännern der Entschluß, an dem allgemeinen Kriege teilzunehmen, sehr erleichtert worden ist durch die Vorstellung, daß man sich dadurch der Gefahr eines inneren Krieges entziehe. Ob der Handelsneid, der manche Kreise in England erfüllte, bei dem Entschluß zum Kriege mitspielt hat, läßt sich schwer entscheiden; er mag erheblich dazu mitgewirkt haben, daß die öffentliche Meinung den Kriegsentschluß sofort guthieß. Der englischen öffentlichen Meinung als solcher kommt überhaupt, das muß unterstrichen werden, ein eigener und bedeutender Teil der Schuld an der Entstehung der Kriegsstimmung zu; Rußland und Frankreich schöpften von daher ihre stärkste Zuversicht. England hat seine Jingos, seine Chauvinisten und

Kriegshetzer so groß werden lassen, daß die Parole „Germaniam esse delendam“ auch in Deutschland mit einem Schein des Rechts als Englands allgemeine Volksmeinung hingestellt werden konnte. Die das bei uns taten, waren nicht die Staatsmänner, auch nicht die bedächtige Mehrheit des Volkes, sondern es waren die Partner der Jingos, die Alldeutschen, die aber in Deutschland vor dem Kriege unverhältnismäßig viel weniger Gehör fanden als die Kriegsfreunde und Deutschenfresser in England.

Die leitenden Staatsmänner in England haben sich durch solche Leidenschaften wohl sicher ebenso wenig beeinflussen lassen wie die deutschen. Die englischen Minister waren, bei allem Argwohn und aller Abneigung gegen Deutschland, doch auch nicht frei von der Furcht, daß durch die Niederlage Deutschlands Rußland wieder zu groß werden und der alte russisch-englische Gegensatz dann wieder die Oberhand gewinnen könne. Man hat sich darüber hinweggeholfen, indem man sich vorstellte, daß der Krieg nach einer kurzen Dauer mit dem vollen Siege der Alliierten enden und das gedemütigte und geschwächte Deutschland dann sogar, von England gestützt, wieder in eine Hilfsmacht gegen Rußland umgewandelt werden könne. Alle diese Vorstellungen haben zusammengewirkt, daß England, wenn es den Krieg auch nicht betrieb, ihm doch auch nicht mit aller Kraft und allen Mitteln widerstrebte. Herr von Bethmann Hollweg hat im letzten Augenblick noch eine sehr scharfe Mahnung zur Mäßigung nach Wien gerichtet und rund heraus gesagt, daß, wenn man in Wien dieser Mahnung nicht folge, Deutschland Oesterreich auch nicht unterstützen könne. Hätte Sir Edward Grey gleichzeitig dieselbe Mahnung nach Petersburg gerichtet, so hätte dadurch, soweit es mit diplomatischen Mitteln möglich war, der Krieg vermieden werden können. Daß Grey das nicht getan hat, ist seine eigentliche Schuld, und da das immerhin nur eine relative Schuld ist, so liegt die wahre, volle Schuld bei Rußland und nicht bei England.

Ein überaus wertvolles Material für den Gang der internationalen Politik vor dem Kriege bieten bekanntlich die in unsere Hand gefallenen Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, London, Paris und Petersburg, die jüngst übersichtlich zusammengearbeitet sind in einer Schrift „Deutschlands Kampf ums Recht“ von Cincinnatus (S. Hirzel, Leipzig). Einstimmig stellen die Belgier sich auf Deutschlands Seite, betonen den friedlichen

Charakter unserer Politik, kennzeichnen mit höchster Sorge das friedegefährdende Treiben der Entente und einzelner ihrer Politiker, sagen aber doch nicht, daß die Absicht der englischen Regierung auf die blutige Lösung gerichtet sei. Die falschen Vorstellungen, die von Deutschland aus über die Schuld verbreitet wurden, haben uns im neutralen Ausland unermeßlich geschadet. Besonders bei meinem Aufenthalt in Holland ist mir das aufgefallen. Wenn die außerdeutsche Welt fast durchweg überzeugt ist, daß es Deutschland gewesen sei, das den Krieg provoziert habe, so ist das das natürliche Ergebnis der diplomatischen Veröffentlichungen, aus denen klar und deutlich hervorging, daß England den Krieg nicht gewollt und sich Mühe gegeben hat, ihn zu vermeiden. Wie sollte die Welt darauf kommen, in erster Linie Rußland anzuklagen, da wir es ja nicht einmal selber taten? Auch im alldeutschen Lager, wo man so gern England als den eigentlichen Hauptfeind hinstellt, ist doch die Wahrheit nicht so ganz unbekannt. Graf Reventlow z. B. in der „Deutschen Tageszeitung" hat beide Saiten auf seiner Leier. Einmal verkündet er: „England hat den Krieg organisiert und in Bewegung gesetzt, um Deutschland ein für alle Male als Rivalen auszuschalten." Dann aber wieder lehrt er, daß England doch nicht so unbedingt den Krieg angestrebt hätte, sondern sich auch hätte zufrieden geben können, wenn es Deutschland mit der billigeren Methode, durch Einkreisen und Einschüchterung genügend hätte demütigen und kurzhalten können. Prüft man die zweite Methode näher, so kommt alles an auf das Maß der Forderung, ob England uns wirklich unerträgliche, demütigende Bedingungen hat auferlegen oder ob es einen Kompromiß hat suchen wollen, bei dem schließlich beide Teile bestehen konnten. Blickt man auf die ungeheuerlichen Dimensionen, die der Krieg angenommen, auf die unerhörten Leidenschaften, die er hervorgerufen, die Härte und Grausamkeit der Mittel, die in Anwendung kommen, so wird man sagen, „hier waltet ein Gegensatz, daß er auf keine Weise durch diplomatische Mittel beigelegt werden konnte. Wo solche Feindschaft schlummerte, war der Krieg unvermeidlich." Es wird schon so sein — oder sagen wir lieber, selbst wenn es so wäre, so schließt das nicht aus, daß die leitenden Staatsmänner hüben und drüben dennoch mit ehrlicher Ueberzeugung gearbeitet haben, ihn zu vermeiden. Sie mußten es tun, um des Gewissens willen, das bei der Dunkelheit des Schicksals und der Zukunft fordert, das Entsetzliche zu

bekämpfen und hintanzuhalten, solange auch nur ein Schimmer von Hoffnung leuchtet, daß es vermieden werden könnte. Auch die „Deutsche Tageszeitung" ist ehrlich genug gewesen, einen Aufsatz Professor Hermann Onckens ohne Widerspruch zu bringen, in dem die Politik Ed. Greys ganz so aufgefaßt und dargelegt war, wie ich es hier tue.

In diesem Zusammenhang bedarf die jüngst in die Oeffentlichkeit gelangte Rechtfertigungsschrift des Fürsten Lichnowsky einer Erwähnung. Die Geistesverfassung, in der diese Schrift zu Papier gebracht worden ist, wird gekennzeichnet durch den Satz, daß Herr von Bethmann Hollweg nicht habe einlenken wollen, „schon weil ich nicht den Erfolg haben sollte, mit Sir Edward Grey den Frieden zu retten". Was sind alle Anklagen der Alldeutschen gegen die Leitung der deutschen Politik vor dem Kriege, verglichen mit dieser Beschuldigung eines Botschafters! Einem Mann, der imstande ist, eine solche Behauptung niederzuschreiben, wird man die Urteilsfähigkeit prinzipiell absprechen müssen, und die natürliche Empfindung rät, sein Elaborat beiseite zu legen und ihm keine Beachtung weiter zu schenken. Aber das geht nur auf seine Urteile, und es sind doch auch einige tatsächliche Mitteilungen in der Denkschrift, die einen erheblichen Wert beanspruchen können. Ich hebe z. B. hervor die Aeußerung des Staatssekretärs von Jagow „etwas Gepolter würde es wohl geben, aber je fester wir zu Oesterreich ständen, um so mehr würde Rußland zurückweichen." Diese Aeußerung kann nicht wohl angezweifelt werden und beweist, daß man in Berlin den Krieg keineswegs gewollt, sondern, wenn man sich auch der Gefahr bewußt war, ihn vermieden zu sehen wünschte. Sie beweist ferner, daß die Schroffheit des Ultimatums an Serbien ganz und gar nicht den Zweck hatte, den Krieg unter allen Umständen zu provozieren, sondern im Gegenteil Rußland die ganze Entschlossenheit der Mittelmächte und den ganzen Ernst der Lage von vornherein recht deutlich vor die Augen zu führen, um es damit einzuschüchtern und den Krieg zu vermeiden, wenn es noch möglich war. Das ist die Auffassung, die ich von Anfang an in den „Preußischen Jahrbüchern" vertreten habe. Eine mildere Fassung des Ultimatums hätte den Krieg erst recht entzündet, weil die Russen, bei Oesterreich eine Schwäche spürend, dann ganz gewiß vorgegangen wären und endlich nicht wieder zurückgekonnt hätten.

Ueber die Stellung Englands widerspricht sich Fürst Lich-

nowsky); einmal sagt er, daß er bis zum letzten Augenblick auf eine abwartende Haltung gehofft habe, an einer anderen Stelle aber sagt er, er habe in London die Ueberzeugung gewonnen und in diesem Sinne nach Berlin berichtet, daß England unter allen Umständen die Franzosen schützen würde. Mit der größten Bestimmtheit aber besteht er darauf, daß Grey und Asquith und die vorwaltende öffentliche Meinung in England den Krieg nicht gesucht und betrieben, sondern einen anständigen Ausgleich angestrebt hätten, und der Staatssekretär von Jagow, der im übrigen der Denkschrift in einer öffentlichen Erklärung entgegen getreten ist, stimmt in diesem Punkt ausdrücklich zu. Die Antwort, die gewöhnlich gegeben zu werden pflegt, lautet: „ja so sind diese Diplomaten; bis zu diesem Grade haben sie sich von den hinterlistigen Engländern täuschen lassen!" Wir haben gesehen, daß diese Anklage tatsächlich ungerechtfertigt ist. Wenn wir uns bloß auf das Urteil der Diplomaten, die die Verantwortung zu tragen haben, stützen müßten, so wäre das ganz gewiß kein Beweis. Sie halten zu ihrer eigenen Rechtfertigung ihre Meinung aufrecht. Aber wir haben gesehen, daß die Prüfung der diplomatischen Aktenstücke tatsächlich zu demselben Ergebnis führt, und daß selbst die wildesten Ankläger Englands die Behauptung, England habe den Krieg bewußt betrieben und entzündet, nicht voll aufrecht erhalten, und die Mitteilungen des Botschafters über die Art und Weise, wie Grey und Asquith sich den Ausgleich mit uns gedacht haben und die wir als zutreffend annehmen dürfen, beweisen nun weiter, daß der Plan wirklich so war, daß wir neben den Engländern hätten bestehen können.

Nun wird es einleuchten, von wie großer Wichtigkeit es ist für die zukünftigen Friedensverhandlungen, daß diese Verhältnisse nicht nur richtig erkannt, sondern auch vor der öffentlichen Meinung hüben und drüben richtig dargestellt werden. Freilich sind durch den Krieg die Verhältnisse gründlich verändert, und was man in erster Linie heute verlangt, sind Sicherungen gegen die Wiederholung derartiger Ueberfälle. Man bedenke aber wohl, daß durch das Ausscheiden Rußlands als Großmacht auch die Verhältnisse im Westen sehr stark beeinflußt werden. England hat sich 1914 unseren Feinden angeschlossen, weil es unter keinen Umständen zulassen wollte, daß wir Frankreich erdrückten und damit auf dem Kontinent eine herrschende Stellung gewännen. Ohne die Hilfe Rußlands wird man schwerlich wagen, uns aus eigenem Antrieb

wieder zu Leibe zu gehen. Was wir daher anstreben müssen, sind nicht sowohl Sicherungen, die wir stark genug sind, entbehren zu können, als die Freiheit der Meere und ein Kolonialreich, das wirtschaftlich und national uns eine Stellung als Weltvolk gewährt und verbürgt. Ob in diesem Augenblick England bereit ist, uns diese unumgänglichen Bedingungen zu gewähren, ist zweifelhaft, und es wird weiter gefochten werden müssen, bis der britische Stolz gebeugt ist. Wie weit wird dieser Kampf und dieser Sieg getrieben werden müssen? Ich las jüngst in einer gelehrten Abhandlung: „Weiß man noch nicht, daß England noch nie etwas zurückgegeben hat, das es in Besitz genommen, trotz der heiligsten Versprechungen? Weiß man noch nicht, daß England noch nie einen Verständigungsfrieden geschlossen hat, sondern nur Bewältigungsfrieden?" Diese Sätze sind denn doch historisch recht anfechtbar. England hat 1814 eine Anzahl französischer Kolonien und einen großen Teil der holländischen Kolonien zurückgegeben; es hat die ionischen Inseln 1863 freiwillig an Griechenland überlassen und 1891 den unschätzbaren Besitz von Helgoland an uns gegen ein kleines afrikanisches Negerkönigreich. Seine Friedensschlüsse sind zwar meist sehr vorteilhaft gewesen, entsprechend seinen Siegen, aber keineswegs nur Bewältigungsfrieden. Im Frieden von Utrecht 1713 ließ es Spanien den Bourbonen. Der Friede von Aachen 1748 erfolgte auf der Grundlage gegenseitiger Rückgabe der Eroberungen. Im Frieden von Paris 1763 gab England den Franzosen so viele und so kostbare Kolonien zurück, daß die öffentliche Meinung empört war und Pitt im Unterhause eine donnernde Rede dagegen hielt. Im Frieden von Versailles 1783 gab England die Herrschaft über alle seine alten Kolonien in Nord-Amerika auf, und der Friede von Paris 1855 beendigte den Krimkrieg mit einem Kompromiß, der wiederum in England großen Unwillen erregte. Die historischen Analogien schließen es also ganz gewiß nicht aus, daß wir schließlich doch noch zu einem Verständigungsfrieden gelangen.

Lloyd George freilich bereitet sein Volk darauf vor, den Krieg fortzuführen, selbst wenn die englische Armee Frankreich sollte räumen müssen. „Solange wir einen Krieg auf dem Meere haben," lautet seine Aeußerung, „werden wir keinen deutschen Frieden annehmen." Die ganze Hoffnung ist und bleibt auf Amerika gerichtet, dessen heute so schmerzlich entbehrte Hilfskräfte, wenn nicht früher, doch im Jahre 1919 erscheinen sollen. „Der

Mut unserer Truppen," hat König Georg an Wilson telegraphiert, „wird dadurch aufrecht erhalten, daß die große Demokratie des Westens im selben Geiste und mit demselben Ziel wie sie selbst jede Anstrengung und Alles daransetzen und fortfahren wird, ihre äußerste Kraft in den Kampf zu werfen, der ein für alle Mal das Schicksal der freien Völker der Erde entscheiden wird."

Die Engländer sind in den Krieg eingetreten, weil sie fürchteten, daß, wenn Deutschland Frankreich und Rußland besiege, es den ganzen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und dann auch der englischen Welt-Seeherrschaft zuleibe gehen könnte. Diese Welt-Seeherrschaft zu erhalten, ist Englands eigentliches Kriegsziel. Nachdem der Krieg nun einmal ausgebrochen war, setzte es sich vor, Deutschland völlig zu zerschmettern und jede Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich zu machen. Auch heute halten noch die Machthaber an diesem Ziel fest. Immer stärker aber zeigt sich allmählich eine andere Gruppe, die die Unmöglichkeit eines derartigen Erfolges einsieht und einen für beide Teile erträglichen Ausgleich mit Deutschland anstrebt. Der ehemalige auswärtige Minister Lord Lansdowne steht an der Spitze dieser Partei und auch Edward Grey selber steht ihr nahe. Ehe aber nicht Lloyd George gestürzt und mit ihm seine Gesinnung aus der Regierung gewichen ist, kann die Welt nicht auf Frieden hoffen.

Der Brief des Kaisers Karl.

26. April 1918.

Wie weit die derzeitigen Machthaber in London und Paris noch von Friedensgedanken entfernt sind, hat von neuem der Zwischenfall mit dem Brief des Kaisers von Oesterreich gezeigt. Um den eigenen Völkern und der Welt zu beweisen, wie gemäßigt nach wie vor die Gesinnung der Zentralmächte sei, und daß das weitere Blutvergießen allein auf Rechnung der Entente komme, nahm Graf Czernin eine Gelegenheit wahr, öffentlich mitzuteilen, daß die französische Regierung zwar eine Annäherung versucht habe, ohne das Zugeständnis der Rückgabe Elsaß-Lothringens aber nicht habe verhandeln wollen. Herr Clemenceau erwiderte darauf, daß nicht er, sondern Oesterreich-Ungarn die Initiative zu den Verhandlungen ergriffen habe. Er wollte sich offenbar nicht dem

Verdacht aussetzen, daß er den Frieden begehrt habe, weil er nicht mehr an einen vollen Sieg glaube und im Besonderen auch wohl bei den Italienern nicht den Argwohn aufkommen lassen, daß ihre Forderungen fallen gelassen werden könnten, wenn nur Frankreich Elsaß-Lothringen erhalte. Bei den hinüber- und herüberschießenden Erklärungen stellte sich heraus, daß schon seit länger als einem Jahr immer wieder Aussprachen stattgefunden haben, und daß sie letztlich zurückgingen auf einen persönlichen Brief des Kaisers von Oesterreich, von dem der Minister des Auswärtigen nichts gewußt hatte. Graf Czernin konnte nicht anders, als auf diese Enthüllung hin sofort seinen Abschied einzureichen und das hat zu weiteren tiefgreifenden Veränderungen in der Regierung der Doppelmonarchie geführt. Mit dem Grafen Czernin ist nicht nur ein hervorragender, sondern auch ein ganz von dem deutsch-österreichischen Bündnisgedanken erfüllter Staatsmann aus dem Dienst und aus der europäischen Politik ausgeschieden. Der Bündnisgedanke selbst aber hat nicht nur nicht gelitten, sondern ist insofern mehr befestigt worden, als gerade die Anzweiflung zu einer um so stärkeren Betonung der unverbrüchlichen Treue geführt hat.

Der Brief Kaiser Karls selbst gibt nun ein eigentümliches Rätsel auf. Der von Herrn Clemenceau veröffentlichte Text bietet nicht nur die Wiederherstellung Belgiens, sondern auch eine Entschädigung und Erhaltung der Belgischen Kolonien an, und verspricht die Verwendung des österreichischen Kaisers für die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Von Wien ist darauf die amtliche Erklärung erfolgt, daß der Brief zwar existiere, in ihm aber von Belgien überhaupt nicht die Rede gewesen sei und der Passus über Elsaß-Lothringen gelautet habe: „ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht."

Die Frage ist, wie ist die Fälschung zu erklären? Der Brief des Kaisers war gerichtet an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma, der ihn persönlich dem Präsidenten Poincaré in Gegenwart des Unterstaatssekretärs Cambon vorgelegt hat. Er hat den Brief vorgelegt, aber nicht übergeben. Die französische Regierung hat bereits zugestanden, daß sie nicht im Besitz des Originals ist. Andernfalls hätte sie ihn auch unzweifelhaft irgend-

welchen Unparteiischen vorgelegt und die Echtheit von Schrift und Papier bezeugen lassen. Sollte der Prinz von Parma, wenn auch nicht das Original, so doch eine Abschrift vorgelegt haben, und diese Abschrift sich nun als verfälscht herausstellen? Unmöglich. Denkbar ist etwa folgender Vorgang: Der Prinz hat seinen Brief verlesen und daran hat sich ein stundenlang hinziehendes Gespräch geknüpft. Dabei hat der Prinz dem Brief einen Kommentar gegeben und Zusätze gemacht, die mehr seine eigenen Ansichten, als die des Kaisers Karl zum Ausdruck brachten. Man hat Satz für Satz durchgesprochen und Poincaré oder Cambon haben sich dabei Aufzeichnungen gemacht. Bei diesen Aufzeichnungen sind die Sätze des Briefes und die Ausführungen des Prinzen zusammengeflossen und durcheinandergekommen.

Mag der Zusammenhang nun so oder anders zu erklären sein, damals am 31. März 1917 waren, wie wir uns oben überzeugt haben, die leitenden Staatsmänner der Entente noch viel zu sehr von dem Glauben an ihren endlichen Sieg erfüllt, um auf das österreichische Anerbieten einzugehen. Die Verwendung des österreichischen Kaisers für die Rückgabe Elsaß-Lothringens, auf die die Franzosen, wenn auch nicht auf Grund des Briefes, so doch der Mitteilungen des Prinzen Sixtus rechneten, genügte ihnen nicht. Sie hätten ja freilich antworten können: nun gut, versuche es mit Deiner Verwendung; hast Du Erfolg, so melde es, und wir wollen verhandeln. Aber selbst das schien damals, Frühjahr 1917, den Franzosen noch zu entgegenkommend; sie wollten mehr als bloß die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Erst im Herbst, als Rußland sich leistungsunfähig erwiesen und die große Offensive im Westen keinen Erfolg gebracht hatte, entschloß sich erst Painlevé und dann sein Nachfolger Clemenceau, da sie sich nun doch darauf berufen konnten, daß von Oesterreich Verhandlungen angeboten waren, den Faden wieder aufzunehmen, waren aber immer noch in solchen Illusionen befangen, daß sie glaubten, die Forderung Elsaß-Lothringens aufrecht erhalten zu können.

So mußte denn von neuem gefochten werden um Elsaß-Lothringens willen; „allein um Elsaß-Lothringen", wie Herr von Kühlmann es schon formuliert hatte.

Solange die Herren Lloyd George und Clemenceau am Ruder sind, wird die Welt jeder Hoffnung auf Frieden entsagen müssen. Sie zu stürzen aber bedarf die Strategie Hindenburgs und der

Heldenmut unserer Feldgrauen der Unterstützung durch die diplomatische Offensive, von der leider keinerlei Anzeichen zu bemerken sind.

Die neue Westoffensive.

26. Mai 1918.

Die ungeheure Schlacht, die am 21. März gegenüber Amiens eingesetzt hat, soll, wie man hüben und drüben meint, die letzte dieses Krieges werden. Werfen wir, um uns ihr Wesen klar zu machen, einen Blick rückwärts auf die Taktik und Strategie, mit der wir einst in den Weltkrieg eingetreten sind.

Die unerhörte Entwicklung der Waffentechnik seit 1870 schien der Defensive zugute zu kommen: wer wollte eine von solchem Infanterie- und Artillerie-Feuer verteidigte Stellung durchbrechen? Da entwickelte General v. Schlichting aus der Moltkeschen Praxis die Lehre, daß umgekehrt aus dieser Stärke der Verteidigungsmittel die Offensive den größten Vorteil ziehen könne. Denn die Stärke der Offensive ist die Flankierung. „Wer sich defendieret, wird tournieret" schrieb Friedrich der Große. Dieser Umfassung aber werden Schranken gesetzt durch die Möglichkeit, daß während der Angreifer zu ihr ausholte, der Verteidiger in die ausgereckte und verdünnte Umfassungslinie hinein seinerseits einen Offensivstoß machte und sie zersprengte. So gewann Daun die Schlacht bei Kollin, Friedrich die Schlacht bei Roßbach, Napoleon die Schlacht bei Austerlitz. Das geht jetzt nicht mehr. Auch eine noch so dünn ausgereckte Linie hat doch mit den modernen Waffen eine so starke Verteidigungskraft, daß sie sich recht lange halten kann. Mittlerweile vollzieht sich die Umfassung und die Umfassung wird zur weitausholenden Umgehung, indem der Angriff von vornherein aus zwei verschiedenen Anmarschlinien, zwei verschiedenen Fronten herangeführt und angesetzt wird. So wird durch die Flankierung die in der Front taktisch unüberwindliche Defensive strategisch überwältigt.

Der Gedanke hat sich als richtig erwiesen, aber er lief sich tot, als ein Umstand eintrat, den kein strategischer Theoretiker der ganzen Welt vorausgesehen hat: die Fronten wurden so sehr ausgedehnt, daß schließlich geographisch keine Möglichkeit des Flankie-

rens mehr blieb. Das Meer oder ein neutraler Staat setzten unüberschreitbare Grenzen. Es gab kein strategisches Operieren mehr. Es blieb nur der Stellungskrieg.

Man mußte nach Mitteln suchen, die Stärke der taktischen Defensive durch taktische Mittel zu überwinden, Fronten, die bisher unzerbrechlich waren, dennoch zu durchbrechen. Auf diesem Gebiet hat man sich seitdem unausgesetzt gegenseitig mit immer neuen Mitteln und Methoden überboten. Immer mehr und immer schwerere Artillerie; Trommelfeuer, Minenwerfer, Tanks, Handgranaten, Gas-Abblaser, Gas-Bomben, Ballon- und Flieger-Beobachtungen. Keine Schützengraben-Stellung alter Art konnte solchen Angriffsmitteln widerstehen. Aber man verstärkte, man vervielfachte die Stellungen. Reihenweise wurden sie hintereinander angelegt und festungsmäßig ausgebaut. Die vorderste Stellung hatte nur noch den Zweck, den feindlichen Angriff aufzuhalten; sie wurde so dünn besetzt wie möglich. Man opferte sie auf. Aber man gewann durch dieses Opfer die Zeit, um die Reserven an die gefährdeten Stellen zu bringen. Während der Angreifer die erste Stellung nahm und daran arbeitete, sich in ihr zu setzen und seine Artillerie vorwärts zu bringen, erfolgte der Gegenstoß, der ihn wieder zurückwarf. Durch diese Elastizität der Verteidigung, durch dieses Weichen und Wiedervorstoßen war dem Stellungskrieg, wie man richtig gesagt hat, wieder etwas vom Wesen des Bewegungskrieges eingeimpft. Das operative Moment, das im Stellungskrieg ausgeschaltet scheint, war wieder lebendig geworden. Um eine solche lebendige Defensive zu überwinden, genügten wieder auch die stärksten technischen Mittel der Offensive nicht. Der Stratege weit hinter der Front, der die Reserven verteilt und bereitgestellt hatte und sie endlich richtig einsetzte, machte sie wieder zunichte.

Auf diese Weise haben wir seit dem Februar 1915 die immer wiederholten, an den verschiedensten Stellen ansetzenden, mit immer weiter gesteigerten Mitteln arbeitenden Offensiven der Franzosen und Engländer an unserer Westfront zurückgeschlagen. Nur ganz unbedeutende Geländestücke oder schmale Streifen sind uns entrissen worden oder haben wir freiwillig geräumt.

In diesen Kämpfen war stets auf Seiten unserer Gegner eine erhebliche numerische und namentlich auch artilleristische Ueberlegenheit. Jetzt hat sich das Blatt gewandt. Im Osten entlastet,

haben wir uns im Westen so verstärken können, daß wir jetzt den vereinigten Franzosen, Engländern, Belgiern und Portugiesen an Zahl etwa gleich kommen und die ungeheure Beute an schweren Geschützen in Rußland und Italien hat auch diese unsere Ausstattung sehr verbessert. Derartig verstärkt hat der Feldmarschall beschlossen, aus der nunmehr drei Jahre hindurch aufrecht erhaltenen Verteidigung zum Angriff überzugehen.

Bedeutet dieser Angriff den Uebergang aus der Ermattungsstrategie in die Niederwerfungsstrategie? Noch nicht. Auch die Ermattungsstrategie kennt ja den Pol der Schlacht und die allergewaltigsten Schlachten. In der Niederwerfungsstrategie ist die Schlacht selbstverständlich; in der Ermattungsstrategie bedarf sie eines besonderen Anlasses oder Grundes. Indem Friedrich der Große in seinen Generalprinzipien vom Kriege die Reihe dieser Gründe aufzählt, erscheint als der vorletzte „um die Hartnäckigkeit des Feindes zu brechen, wenn er keinen Frieden machen will". Der König selber hat schließlich im Siebenjährigen Kriege diesen Grund fallen lassen und in den beiden letzten Jahren, 1762 sogar, obgleich er die Ueberzahl hatte, keine Schlacht mehr geschlagen; aber auf unsere Situation heute scheint der Grundsatz zu passen, wie der Degen in seine Scheide: diese Schlacht wird geschlagen, „um die Hartnäckigkeit unserer Feinde zu brechen, weil sie keinen Frieden machen wollen".

Fast vier Wochen (seit dem 21. März) war die Schlacht im Gange, dann trat eine Atempause ein und wir erwarten den Fortgang. Aber schon der bisherige Erfolg ist so erhebend für uns wie niederschmetternd für unsere Feinde. Ueber die Größe der blutigen Verluste hüben und drüben sind wir nicht authentisch unterrichtet, haben aber allen Grund anzunehmen, daß die feindlichen außerordentlich viel größer sind als die unsrigen, und zutage liegt, daß wir in diesen fünf Wochen an Gefangenen, an Beute, besonders Geschützen, und an Gelände des Vielfachen von denen eingebracht haben, was die Gegner je in monatelangem Ringen als Gewinn aufzählen konnten.

Wie war das möglich, da die Kräfte doch nur ungefähr gleich sind, während in den voranfgehenden Schlachten die Feinde sogar die erhebliche Ueberlegenheit hatten? In den Tanks waren sie uns ihrer Zeit voraus; in den Flugzeugen haben sie wohl auch jetzt noch die numerische Ueberlegenheit; in der Gaswaffe ist ein

starkes Uebergewicht auf unserer Seite. In dem Ausbau der Stellungen werden sie nicht weniger geleistet haben als wir. Die Tapferkeit des einzelnen Franzosen und Engländers ist auch von den Unsrigen stets anerkannt worden. Alles miteinander abgewogen also etwa Gleichheit der Kräfte — woher unser Sieg?

Man hat die heutige Kriegführung einen Kampf der Technik genannt, aber die Technik ist nicht die Kriegführung selbst, sie ist nur ihr Mittel. Wir haben uns, sagte ich oben, in den Verteidigungsschlachten trotz unserer Minderheit in den Mitteln behauptet durch die Strategie, welche durch die Bereitstellung und Heranführung der Reserven das Gleichgewicht immer wieder herstellte. Die Strategie ist es, die auch die Offensivschlacht gewonnen hat und weiter zu gewinnen hat. Die Strategie aber ist nicht bloß die Schlachtidee, Ort, Zeit und Truppenzahl und der Befehl zur Ausführung, sondern sie schließt das ganze durchdachte System der Vorbereitung ein, durch das die Ausführbarkeit und Ausführung der Befehle ermöglicht und sichergestellt wird. Sie schließt auch die richtige Einübung der Truppen ein, damit sie die Aufgabe, wie sie ihnen gestellt ist, sofort richtig anpacken und durchführen. Man hat gehört, wie in diesen Wintermonaten hinter der Front nach dem jahrelangen Stellungskrieg in der Kompagnie, im Bataillon, im Regiment, in der Division der Bewegungskrieg gemäß der Anweisungen des Generalquartiermeisters geübt worden ist. Diese durchgebildete Methode der Truppenführung, die sich erstreckt von der Ausbildung des einzelnen Mannes bis zur Ausarbeitung der Befehle für die Heeresbewegungen, ist unzweifelhaft ein wesentliches Moment unserer Ueberlegenheit. Alle Berichte stimmen darin überein, daß die englischen Führer ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen, daß die Verbände im Gefecht durcheinandergekommen und dadurch unlenkbar geworden seien. Die Truppenführung ist eben eine Kunst, die gelernt sein will. Die englische Armee war im Frieden nicht groß genug, um so viel Generale, Generalstabsoffiziere, Regimentskommandeure und Kompagnieführer heranzubilden, wie sie die heute im Felde stehende Riesenarmee gebraucht, um mit der deutschen Führung in Konkurrenz treten zu können. Bei den Franzosen steht es der Natur der Sache nach, und die Berichte bestätigen es, besser. Aber die Franzosen hielten von dem angegriffenen Teil der Front nur ein kleines Stück besetzt, und welchen Einfluß hat es schließlich gehabt, daß auf der Gegen-

seite kein einheitlicher Oberbefehl herrschte? Auf diese Frage geben die Berichte bisher keine Auskunft, es ist aber ausgeschlossen, daß sich dieser Mangel nicht stark geltend gemacht haben soll. „Ein mittelmäßiger General ist besser als zwei gute", sagte Napoleon. Auch im heutigen Frankreich und England wird diese Wahrheit nicht unbekannt sein, aber die gegenseitige Eifersucht war zu groß, um ihr nachzukommen. Ich habe in unserem März-Heft dargelegt, welche künstliche Konstruktion man ausgeklügelt hatte, um die Einheitlichkeit der Leitung und die Selbständigkeit der beiden Nationalitäten miteinander auszugleichen. Die Fronten sollten selbständig sein, der französische General Foch aber über die sämtlichen Reserven verfügen. Die Not hat gelehrt, daß das nicht ausreicht und das englische Selbstbewußtsein hat sich soweit demütigen müssen, um Foch jetzt den wirklichen Oberbefehl zuzugestehen. Ob daraufhin der zweite Akt der Schlacht ein anderes Bild zeigen wird als der erste, ist abzuwarten.

Als den besonderen Vorteil, den die Offensive bietet, nannte ich oben die Flankierung, die wiederum sich immer dann als besonders wirksam erwiesen hat, wenn der Gegner im voraus nicht hat berechnen können, ob die rechte oder die linke Flanke die angegriffene sein werde, und nun überraschend getroffen wurde. So ist ganz allgemein die Ueberraschung der Vorzug des Angreifers. Der Verteidiger hat den Vorteil, daß er das Gelände für den Kampf aussucht und künstlich so vorteilhaft wie möglich für sich zu gestalten sucht. Der Angreifer hat den Vorteil, daß er Ort und Zeit des Angriffs wählt, daß er die Initiative in der Hand hat. Bei dem Stellungskrieg in den ersten Jahren dieses Krieges ging das Moment der Ueberraschung nahezu verloren, da die lange Artillerievorbereitung den bevorstehenden Angriff von weit her bemerkbar machte. Man suchte es wiederzugewinnen, indem man auf das lange Trommelfeuer verzichtete und sich mit einem um so intensiveren, schlagartig einsetzenden Feuerüberfall begnügte. Jetzt bietet der Gasangriff eine neue Methode. Aber auch die Strategie hat sich dieser Aufgabe bemächtigt. Ehedem galt der Grundsatz, daß ein Angriff an der Stelle, wo er eingesetzt worden ist und einen Anfangserfolg gehabt hat, auch fortzusetzen ist. Wo die feindliche Stellung einmal erschüttert ist, da winken auch weitere Früchte. Die zeitliche Ausdehnung der modernen Schlacht hat wie so manchen anderen, so auch diesen Grundsatz, wenn nicht umgestoßen, doch

eingeschränkt. Schon Marschall Haig schreibt in seinem Bericht über 1917: „Ich hoffte, nach Abschluß meines Frühlingsangriffs im Süden ohne viel Verzug den Angriff in Flandern entfalten zu können, ehe der Feind sich klargemacht hätte, ob der Angriff im Süden erst weiter verfolgt werden sollte." Nach dieser Methode haben auch die Engländer ihren letzten Erfolg im vorigen Jahre bei Cambray errungen, als sie ganz unerwartet und fast ohne Artillerievorbereitung dort vorstießen (20. November), ziemlich viel Gefangene machten und 7 Kilometer tief Gelände gewannen. Sie waren so stolz auf den Erfolg, daß ein großes Siegesfest im Lande gefeiert wurde und die Glocken von St. Pauls dazu läuteten. Schon am zehnten Tage darauf war freilich der deutsche Gegenstoß da und alles Gewonnene wieder verloren. Die Methode aber war nicht schlecht und ist in großartiger Weise jetzt von der deutschen Heeresleitung ausgebaut worden. So groß unsere Erfolge gleich beim ersten Angriff gegenüber Amiens waren, so mußten sie doch schließlich zum Stillstand kommen; je schwieriger die eigenen Verbindungen für den Nachschub und die Munition wurden, je zerfahrener die Wege und je mehr französische Divisionen der General Foch mittlerweile aus seiner Reserve heranbirigierte, um die wankenden Engländer zu stützen. Plötzlich setzte der deutsche Angriff an einer zweiten Stelle ein, dann an einer dritten. Wohin zielten die Deutschen eigentlich? Nach Süden auf Paris? Oder nach Norden zur Abschneidung des linken Flügels bei Ypern? Oder waren das doch mehr bloße Markierungen, um den Fortgang des Angriffs auf Amiens vorzubereiten? Oder war noch eine ganz andere Stelle ins Auge gefaßt? „Hindenburg macht von seiner Taktik, die Truppen schnell von einem Punkt an den anderen zu transportieren, einen wahrhaft furchtbaren Gebrauch", schrieb Oberst Rousset im „Petit Parisien". Wo ist heute die große Reservearmee des General Foch, mit der er an einer von ihm zu wählenden Stelle die große Gegenoffensive zu unternehmen gedachte? Sie existiert nicht mehr. Hierhin und dorthin hat er seine Divisionen aussenden müssen, um Löcher zuzustopfen oder vorbeugend Stellen zu verstärken, und um die Front zu verkürzen, haben die Engländer die im Vorjahr mit Strömen von Blut erkauften Vorstellungen um Ypern, die das große Ausfallstor nach Flandern bildeten, freiwillig geräumt.

Als in den voraufgehenden Jahren die Feinde immer von

neuem gegen die deutschen Linien anstürmten, sagte man sich, daß selbst wenn sie einen erheblichen Erfolg haben sollten, es bis an die deutsche Grenze oder gar bis an den Rhein noch immer sehr, sehr weit sei. General Haig hat jetzt seinen Leuten gesagt, sie stünden mit dem Rücken an der Wand. Er hat sie damit zum äußersten Ausharren aufrufen wollen. Sehr mit Recht. Denn neben der ungenügenden Durchbildung des englischen Offizierkorps und neben der Unsicherheit des Oberbefehls liegt in der überaus geringen Tiefe der englischen Operationsbasis ein drittes Moment der strategischen Schwäche unserer Gegner. Schon im Laufe des ersten Aktes unseres Vordringens muß das Verschieben der englisch-französischen Reserven hinter der Front sehr erschwert und beengt gewesen sein, und es braucht schließlich gar kein absoluter taktischer Sieg Hindenburgs zu sein, schon ein Geländegewinn von wenigen Meilen, also was man sich gewöhnt hat, einen Anfangserfolg zu nennen, der sich zwei, oder dreimal wiederholt, bringt ein großes Stück der Kanalküste in unsere Hand und könnte die Engländer zwingen, entweder Frankreich überhaupt zu räumen, oder aber bei beharrlichem Weiterfechten im Vereine mit den Franzosen der nächsten direkten Verbindung mit der Heimat entbehren zu müssen.

Die Elemente des Bewegungskrieges, die dem Stellungskrieg wieder eingefügt worden sind, haben auch den Wert der strategischen Offensive, die Ueberlegenheit, die die Initiative gibt, wieder lebendig gemacht. Drei Jahre lang haben wir notgedrungen im Westen die Initiative vorwiegend dem Feinde überlassen müssen. Er hat nichts daraus zu machen verstanden oder vermocht. Heute sind Offensive, Initiative bei uns und wir werden weiter sehen, was sie vermögen.

Abwehr.

In der von Herrn Dr. Fritz Stephan Neumann herausgegebenen „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" wird eine öffentliche Anfrage an mich gerichtet, die ich wegen ihres ungezogenen Tones nicht abdrucken kann, deren Inhalt sich aber aus der Antwort ergibt, die ich der „U. N.-K." eingesandt habe, und die auch hier einen Platz finden möge. Sie lautet:

Herr E. W. Ernst in Brandenburg a. d. H. richtet in der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" zwei Anfragen an mich,

die ich nicht anstehen will zu beantworten. Er fragt, ob ich bestreite, daß wir mit der Festhaltung der Flandrischen Küste die Freiheit der Meere erlangen würden. Ich antworte, daß ich vom Beginn des Krieges zu denen gehört habe, die die Freiheit der Meere für das wichtigste aller unserer Kriegsziele angesehen und erklärt haben. Ob für die Erlangung dieses Kriegszieles, die Festhaltung der Flandrischen Küste notwendig ist oder nicht, darüber herrschen bekanntlich auch unter unseren Marineoffizieren verschiedene Ansichten. Ich meinerseits stimme denen zu, die sie nicht für notwendig halten.

Die zweite Frage lautet, ob ich meinen Ausspruch, „das größte Unglück, das Deutschland treffen könnte, wäre ein Sieg über England", aufrecht erhielte. Ich antworte, wer diesen Ausspruch zitiert, hat die Pflicht, ihn auch vollständig zu zitieren und den Zusammenhang zu erwähnen, in dem er gefallen ist. Der Satz steht in einem Aufsatz, der in der englischen Zeitschrift „Contemporary Review" im Jahre 1909 erschienen ist (der Abdruck in den „Preußischen Jahrbüchern" ist nur eine Wiedergabe dieses Aufsatzes). Es handelt sich um die Beantwortung der Frage eines Engländers: weshalb baut Deutschland Kriegsschiffe? und meine Aufgabe war, den Engländern klar zu machen, daß der Zweck dieser Schiffsbauten nicht etwa sei, England mit Krieg zu überziehen. Ich habe ja damit nur die reine Wahrheit gesagt. Wer hat denn in Deutschland wirklich daran gedacht, England angreifen zu wollen? Und wenn wir es gewollt hätten, so wäre es unser eigenes Unglück gewesen, denn wir hätten uns damit die ganze Welt auf den Hals gezogen, und selbst Oesterreich-Ungarn würde uns in diesem Kampf nicht beigestanden haben. Nur um einen solchen Angriffskrieg Deutschlands gegen England handelte es sich, und um den ganzen Widersinn eines solchen Gedankens zu verdeutlichen, schrieb ich, und man braucht den Satz nur vollständig zu zitieren, um den Zusammenhang richtig zu verstehen, wörtlich: „Es klingt wie eine Paradoxie und ist doch durchaus wahr: das größte Unglück, das Deutschland treffen könnte, wäre ein Sieg über England, denn dieser Sieg würde einen so allgemeinen Sturm gegen Deutschland entfesseln, daß es ihm erliegen und zugrunde gehen müßte". Wer den Satz aus dem Zusammenhang reißt und ihn auf die Gegenwart anwendet, fälscht ihn, und wer mich fragt, ob ich heute noch den Sieg über England für ein Unglück halte, kann keine Ahnung

von den Kriegszielen, die ich außer der Freiheit der Meere noch aufgestellt habe und vertrete (oben S. 445 ff. u. S. 450 ff.), haben. Es würde mir sehr angenehm sein, wenn die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" sie ihren Lesern mitteilen wollte. So hoch ich diese Ziele gesteckt habe, so unterscheiden sie sich von anderen doch dadurch, daß sie die Lebensbedingungen der anderen Völker so weit schonen, daß nach dem Abschluß des heutigen Ringens ein dauernder Friedenszustand erhofft werden kann.

Soeben erfahre ich, daß ich in einer weiteren Nummer derselben „U. N.-K." von neuem angerempelt werde mit der Anfrage, ob es wahr sei, daß der Staatssekretär Dernburg und ich etwa im Februar 1917 die Abtretung des Elsaß an Frankreich gegen Zuweisung von Luxemburg an Deutschland empfohlen hätten. Soll man auf solche Fragen überhaupt antworten? Aber die Verhetzung der pseudonationalen Presse hat die öffentliche Meinung in Deutschland derart vergiftet, daß das Unsinnigste Glauben findet. Ich muß mich daher schon entschließen, feierlich zu erklären, daß es wirklich reiner Unsinn ohne einen Schimmer von Wahrheit ist, und Exzellenz Dernburg hat mich auf meine Anfrage bevollmächtigt, für ihn dieselbe Erklärung abzugeben.

Die Wahlpflicht.*)

Mai 1918.

Schon längst ist man sich darüber klar, daß das politische Wahlrecht nicht eine persönliche Berechtigung ist, die dem Einzelnen auszunutzen zusteht, sondern der Ausdruck einer Pflicht. Der Staat ist um so stärker und leistungsfähiger, je mehr er getragen wird von dem Willen und der Hingabe jedes einzelnen Staatsbürgers. Um diese Verbindung zwischen der Masse der Einzelnen und dem Staatswesen herzustellen, wird die Volksvertretung gewählt, sei es um im parlamentarischen Staat eine Regierung zu bestellen, sei es um wie bei uns einer Regierung kontrollierend und beratend zur Seite zu stehen. Noch wirksamer wäre es ja, wenn man die Bürger direkt in ihrer Gesamtheit

*) Von den Artikeln zur Reform des preußischen Wahlrechts nehme ich nur noch den folgenden auf, der eine Prinzipienfrage behandelt; die damals geführten Verhandlungen bieten heute kein Interesse mehr.

an der Staatsleitung beteiligen könnte. Aber das ist praktisch nicht ausführbar, und man begnügt sich deshalb mit einer Repräsentation, die in einigen Staaten noch durch die allgemeinen Volksabstimmungen, das sogenannte Referendum, bei besonderen Umständen ergänzt wird. Damit die Volksvertretung auch wirklich die Wünsche und den Willen der gesamten Staatsbürger repräsentiere, ist es erforderlich, daß möglichst die gesamten Staatsbürger sich auch an der Wahl beteiligen. Nicht, daß der Einzelne die Genugtuung hat, seine persönliche Auffassung zum Ausdruck zu bringen, ist der Sinn der Sache, sondern er soll diese seine Auffassung zum Ausdruck bringen, damit Staat und Volk in dauernder Harmonie miteinander stehen. Der Staat, bei dem das geschieht, ist stark und gesund. Deshalb ist das Wahlrecht zugleich eine Wahlpflicht.

Die Wahlreform, über die jetzt in Preußen verhandelt wird, sucht das zum Ausdruck zu bringen, indem sie auf die Versäumnis der Wahlpflicht eine Strafe setzt. Der Entwurf, wie er jetzt im Abgeordnetenhause angenommen worden ist, bestimmt: wer ohne Entschuldigungsgrund sein Stimmrecht nicht ausübt, hat eine Ordnungsstrafe bis zur Höhe eines Viertels des Jahresbetrages der von ihm zu entrichtenden Staatseinkommensteuer, mindestens aber in Höhe eines Betrages von fünf Mark zu zahlen.

Dabei aber ist eine böse Verwechslung unterlaufen: die Verwechslung zwischen moralischer Pflicht und juristischer Pflicht.

Es gibt moralische Verpflichtungen, die dadurch ihres Inhalts beraubt und in ihr Gegenteil verkehrt werden, daß man sie in juristische Pflichten verwandelt. Es gibt z. B. keine edlere und schönere Pflicht als die Dankbarkeit. Gäbe es aber ein Gesetz, daß jedermann bei Strafe verpflichtete, dankbar zu sein, wo bliebe da die Dankbarkeit? Sie ist ausgelöscht. Man tut ja nur, was man muß. Nicht anders ist es mit der Wahlpflicht; ihr Wert beruht durchaus auf der Freiwilligkeit der Leistung. Es gibt Völker, die politisch so indolent sind, daß es ihnen völlig gleichgültig ist, wer im Regimente sitzt. Jeder, der die Macht hat, Wahlen auszuschreiben, kann dort auch bestimmen, wer gewählt wird. Ein Teil der Bürger geht überhaupt nicht zur Wahl, der andere wählt so wie es vom Präfekten befohlen wird. Da mögen die Abgeordneten mit noch so großer Majorität gewählt sein, die Wahlen sind völlig wertlos; sie geben nicht die geringste Ge-

währ dafür, daß das Volk hinter seinen Gewählten steht. Heute kann gewählt worden sein und morgen bricht die Revolution aus, die an Stelle der Gewählten ihre Feinde ins Regiment setzt. Das Wählen erfüllt also nur dann seinen Zweck, wenn die Wähler irgendeine Ueberzeugung zum Ausdruck bringen. Die Ueberzeugung braucht ja im einzelnen Falle nicht eine tief begründete zu sein; sie mag auch in dem bloßen Hinterdreinlaufen hinter irgendeiner Autorität bestehen, einem Volksredner, einem Priester, einem Verein. Aber dann sind es diese Volksredner, diese Priester, diese Vereine, die hinter dem Staatswillen stehen und ihn stützen oder ihm widerstreben. Das Wählen hat also immerhin, wennschon in unvollkommener Weise, seinen Zweck erfüllt. Der Zustand aber, nach dem gestrebt werden muß, ist, daß hinter jeder Wahlstimme eine möglichst starke, selbständige Ueberzeugung steht. Nicht nur unsere Wahleinrichtungen, sondern mehr oder weniger unser ganzes politisches Dasein muß auf diesen Zweck eingestellt sein. Was ihn hemmt, ist schädlich, was ihn fördert, ist gut. Die durch Polizeistrafen erzwungene Abgabe eines Wahlzettels aber schädigt ihn; sie fälscht das Wahlergebnis, weil sie Ueberzeugungen und Meinungen vortäuscht, wo gar keine vorhanden sind. Sie läßt die Parteien, denen nun dieser oder jener Zufall die erzwungenen Wahlstimmen zuführt, stärker erscheinen als sie tatsächlich sind; der Staat, der wählen läßt, um zu erfahren, wie das Volk denkt, wie groß oder klein die Gruppe der Staatsbürger ist, die hinter dieser oder jener Richtung steht, betrügt sich selber. Er will, daß das Staatsschiff gelenkt werde im Einvernehmen mit den tatsächlich im Volke vorhandenen Strömungen: wie kann er den Kurs richtig bestimmen, wenn er sich über diese Strömungen selber falsch orientiert? Schon ob bei einer Wahl unter einer bestimmten Wahlparole Viele oder Wenige sich die Mühe machen zur Wahlurne zu gehen, ist für die leitenden Staatsmänner und Parteiführer ein sehr wichtiges politisches Wetterzeichen: wie kann man sie absichtlich dieses Orientierungsmittels berauben wollen? Es ist mit der Wahlpflicht wirklich wie mit der Tugend der Dankbarkeit; in dem Augenblick, wo man sie erzwingt, ist die Tugend dahin.

Vergleichen wir diese Wahlpflicht mit der Schulpflicht. Auch hier wird ein Zwang geübt, wo man sich lange mit Freiwilligkeit begnügt hat. Aber dieser Zwang ist nur eine sittlich berechtigte Ergänzung der Freiwilligkeit. Der Staatszwang tritt ein, wo

gedankenlose oder böswillige Eltern die Pflicht an ihren Kindern versäumen. Will man den Vergleich mit der Schulpflicht, so könnte er nur dahin gehen, daß der Staat wie von jedem Kinde eine gewisse Bildung, so von jedem Bürger eine gewisse Beschäftigung mit der Politik, ein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten, ein Studieren der politischen Ereignisse fordert. Das Wählen ist dann der Abschluß dieser Tätigkeit, der sinngemäß nur denen zu gewähren wäre, die die Tätigkeit auch ausgeübt haben. Sinnwidrig aber ist es, das Wahlrecht auch denen zu geben, die sich der Pflicht der Betätigung in der Politik tatsächlich entziehen oder sie gar durch Strafandrohung zu zwingen, das Wahlrecht auszuüben, ehe die Vorbedingung erfüllt ist.

Zu demselben Ergebnis führt der Vergleich mit der Wehrpflicht. Man kann die Verteidigung des Landes den sich freiwillig dazu Erbietenden überlassen, und so geschieht es vielfach. Diese Tätigkeit ist aber nicht das Wahrnehmen eines Rechts und eines Interesses, sondern, wenn sie nicht aus bloßer Abenteuerlust entspringt, das Darbringen eines hohen Opfers. Man könnte fragen, ob nicht auch dieses Opfer, wenn es erzwungen wird, eine Entwertung erfährt. Das ist aber nicht der Fall, weil sich der Zwang nicht bis ans Ende erstreckt, sondern immer zuletzt durch den guten Willen, den Mut und die Opferwilligkeit des Einzelnen ergänzt und zur Vollendung gebracht werden muß. Will man die Parallele so weit durchführen, daß man sagte, das sei bei der Wahlpflicht dasselbe, insofern auch hier der Zwang nur die Einleitung bildet, das Letzte aber, nämlich die Entscheidung zwischen den Wahl-Kandidaten den Einzelnen überlassen bleibt — so zeigt sich gerade hier am stärksten die Verkehrtheit des ganzen Vergleichs. Denn was dem Soldaten schließlich anheimgegeben bleiben muß, das ist nicht das Was, sondern nur das Wie der Ausführung, der höhere oder geringere Grad der Tapferkeit und der Hingebung. Die Wahlpflicht aber verlangt das Bekennen einer Ueberzeugung, wo sehr häufig gar keine Ueberzeugung vorhanden ist. Dann entsteht eine Art moralischer Karikatur. Umgekehrt aber der militärische Dienstzwang hat sogar einen sittlichen Wert. Das Opfer, das der Kriegsdienst verlangt, ist so groß, daß manch Einer, dem es an gutem Willen nicht fehlt, sich doch von jener Wahrheit leiten läßt, die ausgedrückt ist in dem Wort: man soll Gott nicht versuchen. Ich möchte glauben, es ist im allgemeinen sogar

die Mehrzahl, die sagt, wenn es von mir gefordert wird und das Gesetz es verlangt, so will ich gern kommen und meine Pflicht erfüllen; mich freiwillig dazu zu drängen aber entspricht nicht meiner Natur. Selbst diejenigen, die sich noch ungern und widerwillig dem Zwange unterwerfen, empfinden doch, wenn sie erst in der Uniform stecken, das von ihnen Verlangte als eine sittliche Pflicht und handeln demgemäß. Ob aber jemand, der durch eine Polizeistrafe alle fünf Jahre einmal angehalten wird, an einer bestimmten Stelle einen Zettel abzugeben, sich dadurch veranlaßt sieht, Interesse am Staate zu nehmen und, sei es dem Staate, sei es einer Partei, zu dienen, das ist doch wohl sehr fraglich.

Es wird um so fraglicher, wenn man überlegt, in wie vielen Fällen die Mühe völlig überflüssig und zu wieviel Schikanen dadurch Gelegenheit gegeben ist. Es gibt sehr viele Wahlkreise, konservative, polnische, Zentrumskreise und andere, wo die Wahlbetätigung nur mäßig ist, weil das Ergebnis von vornherein feststeht. In anderen Ländern, z. B. in England hat man deshalb das System der unbestrittenen Wahlkreise, wo gar kein Gegenkandidat aufgestellt und der einzig Vorhandene ohne besonderen Wahlakt als gewählt proklamiert wird. Das ist also gerade das Umgekehrte von dem, was man bei uns einführen will, und noch niemand hat behauptet, daß das politische Interesse im Volke dadurch geschädigt werde; daß nun aber gar das politische Interesse im Volke dadurch gefördert werde, wenn man Hunderttausenden und Millionen von Staatsbürgern auferlegt, ihre Arbeit zu unterbrechen, um einen nach ihrer eigenen Einsicht völlig überflüssigen Gang zu machen, das ist gewiß ein Gedanke, der wenig Menschenkenntnis verrät. Unterschätzen wir auch nicht den Aufwand von Kraft und Aerger, der sich ergibt bei der Untersuchung, ob jemand, der bei einer Wahl gefehlt hat, dafür eine genügende Entschuldigung vorbringt oder nicht. In Ländern, wo man dergleichen Bestimmungen so lax handhabt, daß sie eigentlich nur auf dem Papier stehen, mögen sie erträglich sein. In Preußen ist es etwas anderes. In Preußen begnügt man sich nicht mit der Versicherung: ich bin krank gewesen, sondern verlangt ein ärztliches Attest. Geschäftliche Angelegenheiten verlangen eine Reise; wie ist zu entscheiden, ob diese Reise gerade an diesem Tage so dringlich war? Ist ein Familienfest eine genügende Entschuldigung? Erkrankung der Frau oder eines Kindes? Eine unaufschiebbare Arbeit? Vertiefung in

eine künstlerische Stimmung, die keine Unterbrechung verträgt? Einfache Verspätung, weil eine Straßenbahn versagte oder ein Droschkenpferd gestürzt ist? Ist für einen anfälligen aber nicht kranken Mann sehr schlechtes Wetter, ein eisiger Nordsturm eine Entschuldigung? Ist der Wähler verpflichtet, von einer Reise, einem Erholungsaufenthalt bei Verwandten zum Wahltag heimzukehren? Oder bei welcher Entfernung soll diese Pflicht beginnen? Endlich gibt es doch auch Leute, die kein Interesse für den Parteikampf haben, sich selber für zu unpolitisch erklären, um sich am Wahlkampf zu beteiligen und es deshalb aus Gewissenhaftigkeit ablehnen, eine Entscheidung zu fällen, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Man kann ihnen raten, einen weißen Zettel abzugeben, aber das ist eine bloße Ausflucht, die als solche eine Art von Selbsterniedrigung bedeutet, wie sie das Gesetz keinem Bürger zumuten dürfte.

Damit stehen wir an der tieferen Frage, ob es überhaupt berechtigt ist, die Teilnahme am Staatsleben so unbedingt zu fordern, daß keinerlei Ausnahme zugelassen werden darf. Es sind Menschen denkbar, die so sehr von anderen, sittlich erhabenen Zwecken erfüllt sind, daß sie für den Staatszweck nichts übrig behalten. Niemand kann den Staat höher stellen als ich; dennoch möchte ich die Behauptung wagen, daß es für die Gesundheit eines Volkes nicht zuträglich ist, wenn der Staat alle anderen Interessen verschlingt. Es muß auch Philosophen, Künstler, kontemplative Religiose geben, die sich mit ihren Gedanken außerhalb und oberhalb alles Tagesgetriebes bewegen. In den Augen des Politikers und in den Augen der Menge mögen es Narren sein, aber die Namen solcher Narren haben manchmal ein Leben in der Weltgeschichte. Welch eine peinliche Erscheinung, solche Leute mit Polizeistrafen zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht anhalten zu wollen! Aeußerlich freilich ist es ja etwas sehr Gleichgültiges; sie können ja hingehen und statt eines Namens einen sarkastischen Witz auf ihren Zettel schreiben, und wenn sie nicht hingehen und statt dessen ihr Strafmandat bezahlen, ist es auch kein Unglück. Wohl aber ist es ein Unglück, wenn ein Volk einen Landtag hat, der in den Grundprinzipien der Ethik so wenig bewandert ist, daß er solche Gebote zu erlassen vermag.

Der Wahlkommissar und in letzter Instanz der Regierungspräsident sollen darüber nach diskretionärem Ermessen entscheiden,

ob ein fehlender Wähler einen genügenden Entschuldigungsgrund gehabt hat, und die Strafe geht bis zur Höhe eines Viertels der Einkommensteuer. Es werden ganze Bureaus eingerichtet werden müssen, um alle die Entschuldigungszettel zu prüfen und die Untersuchungen zu führen; sie werden sehr sorgfältig zu arbeiten haben, denn ein Viertel der Einkommensteuer ist kein Spaß, und man kann sich freuen, wenn bei Ausschreibung der Neuwahlen das alte Material aufgearbeitet ist. Der preußische Staatsbürger aber möge sich überlegen, ob auf den Wolkenkratzer des Polizeistaats und des Schreibwerks, in dem wir ohnehin leben, noch dieses neue Stockwerk aufgesetzt werden soll.

Schon heute gelingt es in heiß umstrittenen Wahlkreisen der Agitation der Parteien oft über 80, ja zuweilen 90% der Berechtigten an die Wahlurne zu bringen. Das sind, da man gegen 10% immer als unabkömmlich abzuziehen haben wird, so gut wie alle. Die Wahlpflicht ist also nicht nur sinnwidrig und unzweckmäßig, sondern auch überflüssig.

Ein Einwand gegen das Wählen, den auch Fürst Bismarck zuweilen gebrauchte, ist, daß gerade diejenigen Bürger, die im ganzen und großen mit der Regierung und dem Gang der Dinge zufrieden seien, der Wahlurne fern blieben. Dieser Einwand ist nicht so ganz unberechtigt. Wollte man ihm auf eine rationelle Weise begegnen, so müßte man etwa vorschreiben, daß für die Hälfte der nichtabgegebenen Stimmen die Regierung das Recht hat, Stimmen abzugeben. Also z. B. von 30000 abgegebenen Stimmen hat etwa der Sozialdemokrat 16000, ein Nationalliberaler 14000; 6000 Wähler haben gefehlt. Die Regierung also verfügt über 3000 Stimmen und führt diese den Nationalliberalen zu. Dieser wäre gewählt. Ich sage, das wäre nicht irrationell, will es aber nicht etwa vorgeschlagen haben. Ich weiß, wie Vieles dagegen spricht; im Besonderen, daß wir ja keine reine Regierungspartei und keine reine Oppositionspartei haben, sondern alle Parteien der Regierung nur relativ näher oder ferner stehen. Immerhin wäre selbst eine derartige Wahlverbesserung noch eher erträglich, als die jetzt in Aussicht genommene Wahlpflicht. Denn wenn schon hier wie da das Wahlergebnis künstlich, sagen wir verbessert, sagen wir verfälscht wird, so geschieht es auf die eben angegebene Weise doch wenigstens offen, auf dem Wege der Wahlpflicht aber unkontrollierbar.

Von allen Parteien in Deutschland ist nach einem alten Witzwort die größte die Partei der Nicht-Wähler. Auch in anderen ganz demokratischen Ländern ist diese Partei sehr groß, oft über ein Drittel des Ganzen. Das schadet auch nichts, denn der Staat soll naturgemäß nur von solchen regiert werden, die willens sind, sich um ihn zu kümmern. Wer will nun wissen, was dabei herauskommt, wenn die Masse der Uninteressierten zwangsweise an die Urne geführt wird? Sie besteht neben den tatsächlich durch irgendeinen Zufall an dem Tage Unabkömmlichen aus einer Schar, die in tausendfachen Schattierungen von den über den Wolken wandelnden Philosophen, Poeten und Künstlern sich erstreckt über die Politik und dem Parteigezänk Angewiderten bis zu den nichts als Gleichgültigen, Trägen und Stumpfen. Möglichst viele aus diesen Kreisen geistig zu ermuntern und für die Aufgabe des Staates zu gewinnen, ist ein Tun jedes Lobes wert; sie aber mit der Polizeistrafe mobil zu machen, erniedrigt den sittlichen Zweck der Wahl zur Volksvertretung und wirkt auf die Betroffenen selber nicht erzieherisch, sondern vergiftend. Die Verwandlung der Pflicht des Wählens aus einer moralischen in eine juristische ist eine ethische Verirrung. Noch aber ist ja Zeit, den Mißgriff zu vermeiden. Der Antrag ist nur durch eine Art Ueberrumpelung angenommen worden, ohne wirklich diskutiert zu werden, da alle Aufmerksamkeit durch das Wichtigere, das Wahlrecht selbst, in Anspruch genommen war.

Deutschlands Stellung im Osten.

27. Mai 1918.

Auf welche Bedingungen auch immer der Friede im Westen einmal abgeschlossen werde, ungünstig kann der Krieg für uns nicht mehr ausgehen und der herrliche Lohn der Tapferkeit unserer Soldaten, der Ausdauer unseres Volkes, der Genialität unserer Führer ist bereits in unserer Hand und ist uns gesichert: es ist die Vernichtung des bösen, furchtbaren Feindes im Osten, der Deutschland und alle Weltkultur so unheimlich bedrohenden Macht des Zarismus. Das russische Kaiserreich liegt in Scherben zerschlagen am Boden und wird nicht wieder auferstehen. Der Panslawismus, der nichts als die volkstümliche Ausgestaltung des Zarismus ist, hat abgewirtschaftet. Deutschland hat nicht nur einen unerhörten Triumph gefeiert, hat nicht nur den übermütigen

Feind, den Anstifter des Krieges zu Boden geschmettert, sondern hat sich selbst für alle Zeit unangreifbar gemacht und im Osten eine Stellung gewonnen, die sich mit der Stellung Englands jenseits der Ozeane, mit der Stellung der Vereinigten Staaten in Amerika, der Stellung, die, wie es scheint, Japan in China zu gewinnen trachtet, messen kann.

Wie kommt es, daß in unserem Volke keine eigentliche Freudigkeit diese Erfolge begleitet? Mögen über den mit England und Frankreich anzustrebenden Frieden, über unsere zukünftige Stellung in Belgien die Meinungen noch sehr auseinandergehen, über die Niederkämpfung Rußlands und die Befreiung der russischen Fremdvölker sollten doch alle Parteien in Deutschland einig sein und sich der Sicherung, die wir auf dieser Seite und damit für unsere Weltstellung überhaupt für alle Zeit gefunden, in gemeinsamem vaterländischem Empfinden freuen.

Was dem Durchbruch einer derartigen einigenden Stimmung entgegensteht, ist mancherlei.

Vor allem kann ein Gefühl voller Befriedigung nicht aufkommen, ehe nicht der allgemeine Friede zustande gebracht ist. Die märchenhafte Nachricht, daß wir im Norden Finnland befreit haben und im Süden in Sebastopol eingerückt sind, verklingt doch sofort wieder in dem Donner der Westschlachten. Vollends aber wirkt verhängnisvoll, daß sich der Verdacht verbreitet hat, unser Vorgehen im Osten sei auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ein Hemmnis. Man stellt sich vor, daß, wenn wir bei den ersten Verabredungen von Brest-Litowsk stehen geblieben wären, auch die Westmächte sich zu einem Frieden, der unsere Lebensbedingungen wahrte, hätten bereit finden lassen.

Ob es nun wirklich so gekommen wäre, ist doch wohl recht fraglich. Die Entscheidung hätte bei dem Präsident Wilson gelegen, dem England und Frankreich nicht hätten widersprechen können. Unmöglich ist es wohl nicht, daß dieser auf seine alte Lieblingsidee der Vermittlung wieder zurückgekommen wäre, und sicher ist, daß er es jetzt nicht tut, weil die riesenhafte Stellung, die wir nunmehr im Osten einnehmen, den ganzen Westen mit dem größten Mißtrauen erfüllt. Mit dem Hinweis auf das Schicksal Rußlands werden die Völker zum unnachgiebigen Weiterkämpfen aufgerufen. Man kann auch nicht sagen, daß die Politiker, die durch einen milden Frieden mit Rußland den allgemeinen Frieden

vorbereiten wollten, deshalb unsere große Stellung im Osten definitiv aus der Hand gegeben hätten. Die Dinge hätten sich schließlich doch nicht viel anders entwickelt, als sie es jetzt getan haben. Die Bolschewiki sind unfähig, einen dauerhaften Zustand unter Festhaltung der widerstrebenden Randvölker aufzurichten. Die Bürgerkriege wären fortgegangen und hätten schließlich mit Notwendigkeit unsere Intervention herbeigerufen. Die Idee, diesen Hexenkessel zunächst einmal noch eine zeitlang brodeln zu lassen und mittlerweile am allgemeinen Frieden zu arbeiten, war also keineswegs von vornherein verwerflich. Aber was hilft es, über die Möglichkeiten, die sich da vielleicht boten, zu grübeln? Konnten wir die Greuel der bolschewistischen Mörderbanden an Völkern, die uns durch Blut, Sprache, Kultur, Religion nahestehen, kalten Herzens mitansehen? Und wenn wir den Jammerruf aus Livland und Finnland nicht länger überhören konnten, mußten wir dann nicht auch in der Ukraine intervenieren, um uns für den doch recht wahrscheinlichen Fall der Fortsetzung des Weltkrieges die entscheidende Unterstützung zu schaffen, die uns die Trennung von Moskowien politisch und der Nahrungsreichtum des fruchtbaren Landes wirtschaftlich gewähren können?

Wir haben die in Brest-Litowsk gezogenen Grenzen überschritten, nicht weil wir wollten, sondern weil wir mußten. Es ist sehr bedauerlich, daß so viele Politiker auf der Linken das nicht einsehen wollen und die Regierung wegen dieses Ausgreifens, das sie annexionistisch schelten, befehden. Wie so oft berühren sich wieder einmal die Extreme. Linke und Rechte sind darin einig, daß unser Vorgehen im Osten die Resolution vom 19. Juli verletzt habe; die Einen beklagen es, die Anderen bejubeln es. In Wirklichkeit hat gar keine Verletzung stattgefunden. Auch Professor Dietrich Schäfer, ein eifriger Vorkämpfer der Vaterlandspartei, eignet sich das Wort des Grafen Czernin an: „es ist eine Verdrehung, zu behaupten, daß Deutschland im Osten Eroberungen gemacht habe." (R. Tag v. 26. Mai.) Der ungeheure Machtzuwachs, den Deutschland im Osten davongetragen hat und der für immer den eigentlichen Lohn dieses Krieges für uns bilden wird, ist negativer Natur, ist die Zertrümmerung der russischen Großmacht. Die Protektoratsstellung aber, die uns über die bisherigen russischen Randvölker jetzt zugefallen ist, entspringt wohl einer politischen Notwendigkeit, bringt uns aber mehr Gefahren und

Aufgaben als direkten Machtgewinn. Das Erfreulichste daran ist das Siedelungsland, das einem bodenständigen Deutschtum und damit wenigstens in einer ferneren Zukunft auch dem deutschen Machtstaat zugute kommen wird. Einen unmittelbaren, positiven Gewinn aber, das muß man den Nörglern zugestehen, bringt es uns nicht, und wie man auf der Linken unzufrieden ist, weil man die Expansionspolitik nicht will, so gibt es auch auf der Rechten Unzufriedene, weil man die Wiederkehr einer russischen Großmacht erwartet und diese Großmacht nicht gar zu tief demütigen, sich von vornherein mit ihr gut stellen möchte.

Sachlich unwesentlich scheint mir der Einwand völkerrechtlicher Natur zu sein, der von der Linken erhoben wird. Wir haben im Frieden von Brest-Litowsk anerkannt, daß die Souveränität des russischen Staates jenseits unserer Demarkationslinie, also in Livland und Estland, fortbestehe. Die Russen haben proklamiert, daß die Randvölker nach ihrem eigenen Willen beschließen können, ob sie länger zu Rußland gehören wollen oder nicht. Nun haben die von uns reorganisierten und anerkannten landständischen Vertretungen in Estland und Livland, die keineswegs bloß eine „Herrenkaste" darstellen, beschlossen, sich von Rußland zu trennen und wünschen den deutschen Kaiser als ihren Herren anzunehmen. Unsere Demokraten aber wollen das nicht anerkennen, weil sich nach ihrer Auffassung der Volkswille nur in der Form des Plebiszits kundgeben kann. Auch die Russen stellen sich auf diesen Standpunkt. Ist es auch ein Aberglaube und kann man auch in der internationalen Politik mit der Macht der Tatsachen über ihn hinweggehen, so liegt doch eben in diesem Aberglauben ein starkes Moment, weshalb die große nationale Errungenschaft im Baltikum in unserem Volke nicht die allgemeine freudige Zustimmung auslöst, die man erwarten sollte.

Kommt einmal der allgemeine Friede, so wird die öffentliche Meinung in Deutschland auch das Ergebnis unserer Ostpolitik richtiger einschätzen, als sie es heute tut. Die Westmächte aber werden sich mit der neuen Position Deutschlands, so groß sie ist, abfinden müssen und können sich auch mit ihr abfinden unter der einen Voraussetzung, daß ihre eigenen Lebensbedingungen von uns nicht angetastet werden. Wer aus unseren Erfolgen im Osten schließt, daß wir nun im Westen durch eine Oberherrschaft über Belgien ähnliche Sicherungen schaffen müßten, der verkennt die

Grundgesetze der Weltpolitik. Vorherrschaft im Osten und Westen zugleich bedeutet Weltherrschaft, oder zum wenigsten Bedrohung der anderen Nationen mit der Weltherrschaft. Unter einer solchen Bedrohung kann die Welt nicht leben. Sie bedeutet nicht die Sicherung des Friedens, sondern die Verewigung des Krieges. Die wahre Konsequenz unserer alle Erwartungen übertreffenden Ausbreitung im Osten ist eine wohlüberlegte Zurückhaltung im Westen. Je entschiedener das ausgesprochen wird, desto eher wird der Friedenswille auch einmal zum Durchbruch kommen. Erst aber wird freilich auch Hindenburg noch einmal sprechen müssen.

Nachtrag. Soeben lese ich die Rede des Großadmirals von Tirpitz in Düsseldorf, in der er von neuem die Forderung erhebt, daß Deutschland die wirtschaftliche, politische und militärische Oberherrschaft über Belgien behaupte. Ehe der deutsche Reichskanzler sich nicht entschließt, diese Ideen derart zurückzuweisen, daß drinnen und draußen jeder Zweifel verstummen muß, eher ist es unmöglich, daß der Welt Friede beschert werde.

Die Aufgaben Deutschlands im Osten und Westen. — Mitteleuropa. — Staatssekretär v. Kühlmann.

29. Juni 1918.

Die Aufgaben, die Deutschland durch den völligen Zusammenbruch des russischen Riesenreiches gestellt sind, sind so unermeßlich, so unabsehbar, daß man kaum wagt, sie zu Ende zu denken, und es wohl verstehen kann, wenn besonnene Politiker warnen; finden, daß wir schon zu weit gegangen seien und zu rechtzeitigem Rückzug raten. Aber in den ganz großen Entscheidungen der Politik handelt es sich nur zu häufig nicht sowohl um ein Wollen als um ein Müssen, und es gibt Stellungen, aus denen man nicht wieder zurückkann, wenn man es auch noch so gern möchte. Welch' eine Wohltat wäre es für Deutschland, wenn, nachdem der immer nur auf Eroberungen ausgehende Zarismus getötet und damit die so schwer auf uns lastende Gefahr aus dem Osten abgewandt und ausgeschaltet ist, wir jetzt auf dieser Seite von einer Reihe mittlerer, kleiner und kleinster Nationen umlagert wären, die keinen anderen Ehrgeiz hätten, als das ihnen eigen-

tümliche Wesen zu pflegen, ihrem Erwerbe nachzugehen und mit uns einen für beide Teile gleich vorteilhaften wirtschaftlichen Austausch auszubauen. Aber leider ist dieses Bild nichts als ein paradiesischer Traum. Diese Völker und Völklein, Russen, Ukrainer, Polen, Finnen, Esten, Letten, Litauer, Rumänen, Georgier, Armenier, Tataren, Deutsche, Juden, Orthodoxe, Katholiken, Protestanten, Mohammedaner und das ganze Gewimmel der verschiedenartigsten kleinen, noch mehr oder weniger heidnischen Stämme bietet ganz und gar nicht die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben, sondern treibt, nachdem die Alles umklammernde Macht der zarischen Herrschaft mit ihrem Heer und Beamtentum zerstört ist, einem Chaos von Nachbar- und Bürgerkriegen entgegen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Völker, indem sie sich entwickeln, soziale und wirtschaftliche Gegensätze heraustreiben, die die Staatsgewalt zu bändigen und auszugleichen bemüht sein muß, die aber, wenn die Ausgleichung nicht gelingt, revolutionäre Krisen und Katastrophen erzeugen. In Osteuropa aber sind die Gegensätze stärker, die Autoritäten, die sie bändigen könnten, heute schwächer als anderswo. In den Großstädten existiert eine moderne Großindustrie, Geld- und Kreditwirtschaft mit ihren Gegensätzen von Kapital und Arbeit, von Unternehmern und Proletariern. Auch auf dem Lande gab es moderne agrarische Großbetriebe mit Zuckerfabriken, Gestüten und Maschinen. Die große Masse des Volkes aber besteht aus Bauern, die auf der allerunterſten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung noch in den agrarkommunistischen Ideen leben und sich nur gezwungen den Anforderungen einer höheren Wirtschaftsart unterwerfen. Ihre Tugend ist die Genügsamkeit, deren Kehrseite nicht bloß die körperliche, sondern vor allem die geistige Trägheit ist. Sie hassen den Gedanken, durch Arbeit und neue Methoden dem Boden größere Erträge abzugewinnen und halten es für ihr Recht, wenn der Boden ihnen das Wenige, was sie brauchen, nicht mehr bringt, die Großgrundbesitzer zu verjagen und ihr Land unter sich zu verteilen. Wie ein Erdbeben ist die Zerstörung durch das russische Land gegangen, die Schlösser, die Fabriken, die Maschinen, selbst die großen Herden an allerlei Vieh vernichtet worden. Keine Staatsgewalt ist denkbar, die stark genug wäre, den Bauern das Land wieder zu entreißen, was sie jetzt in Besitz genommen haben und was durch diese Besitznahme aus der höheren Kultur wieder in die niedere

zurückgeworfen ist. Undenkbar aber ist es auch, daß all' die höheren Schichten des russischen Volkes, die durch diese Umwälzung von gestern auf heute proletarisiert worden sind, sich ohne weiteren Widerstand in diese jammervolle Lage schicken sollten. Die Gutsbesitzer, die höheren Beamten, die Industriellen und ihre Angestellten, viele Fabrikarbeiter, die um ihr Brot gekommen sind, auch viele Bauern, die schon den Uebergang zum Individualbesitz und zur westeuropäischen Wirtschaft vollzogen hatten, empfinden den neuen Zustand als schlechthin unerträglich. Die Kirche, so indolent sie ist und so gut sie sich prinzipiell auch mit einem kommunistischen Staat abfinden könnte, ist doch zu sehr mit dem historischen großrussischen Stolz innerlich verbunden, um nicht die Demütigung des alten heiligen Rußland aufs schmerzlichste zu empfinden und zu sehen, wie auch ihr Glanz in dem neuen Bauernstaat erlöschen müßte. Zu Zehntausenden sind noch die Offiziere der alten zaristischen Armee in der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenschaft; sie werden einmal zurückkehren und, sobald die Schreckensherrschaft der Roten Garde nachläßt, die jedem Widerstrebenden mit dem Tode droht, der Reaktion zur Verfügung stehen. Wer wird siegen? Die kommunistischen Bauern haben die ungeheure Mehrzahl, aber sie sind politisch und wirtschaftlich leistungsunfähig. Ihre Gegner haben keine Massen zur Verfügung und sind unter sich gespalten; Popen, Liberale, Absolutisten, Republikaner, Patrioten, Kosmopoliten, aber was ihnen zu Hilfe kommt, ist die Not, die die bolschewistische Unfähigkeit über das Volk verhängt und endlich gebieterisch irgendeine Abhilfe verlangen wird. Die Reaktion, sei sie nun geführt von Zaristen oder von Kadetten oder von wem sonst, wird um so sicherer einmal einsetzen, als die Gegensätze sehr verschieden verteilt sind. Die Bauern, die wenig kaufen und verkaufen und aus ihrer eigenen Wirtschaft leben, können die wirtschaftliche Anarchie viel länger aushalten als die Städter. Die sibirischen Bauern wieder, die nicht unter Landhunger leiden und deren Wohlstand auf der geregelten Ausfuhr ihrer Butter durch Rußland und Westeuropa beruht, sind aufs stärkste daran interessiert, daß das Eisenbahnwesen wieder regelmäßig funktioniere. Die Arbeiter in den Bergwerken, die Baumwollbauer haben ganz andere Interessen als die moskowitischen Mir-Bauern.

Hans Vorst in seinen vielbeachteten Artikeln im „Berliner Tageblatt" und Freiherr von Wrangel in einer eben erschienenen sehr

besonnenen Schrift „Rußlands Zukunft“*) haben sich zu der Meinung bekannt, in Moskowien könne sich im freien Spiel der Kräfte allmählich ein neues stabiles Gleichgewicht herstellen. Ich kann nicht beanspruchen, eine so intime Kenntnis der russischen Volksseele zu haben wie diese beiden Herren, aber ich berufe mich ihnen gegenüber auf die historische Erfahrung, um es für ganz ausgeschlossen zu erklären, daß sich ein großes Staatswesen auf eine Bauernschaft und Arbeiterschaft aufbauen lasse, die den Eigentumsbegriff nicht anerkennt. Im allerbesten Falle würde dieses Staatswesen wegen seiner geringen wirtschaftlichen Produktivkraft überaus schwächlich sein. Man wird aber überhaupt kaum zu einer wirklichen Stabilität gelangen, weil die entgegenstehenden jetzt depossedierten Elemente des russischen Volkstums viel zu stark sind, um sich auf die Dauer niederhalten zu lassen. Auch Vorst und Wrangel selber gehen deshalb nicht so weit, den beruhigten russischen neuen Bauernstaat mit Sicherheit in Aussicht zu nehmen, sondern lassen ihn nur als eine Möglichkeit gelten.

Man berufe sich nicht darauf, daß in den Vereinigten Staaten und in Frankreich aus revolutionären Erhebungen sehr starke und leistungsfähige demokratische Republiken hervorgegangen seien. Die Amerikaner und Franzosen sind etwas anderes als die Russen. Nicht sowohl in der Begabung oder in der rassenmäßigen Anlage. Ich lege auch noch nicht einmal den entscheidenden Wert auf das verschiedene Bildungsniveau, auf den Analphabetismus der großen Masse des russischen Volkes. Wichtiger noch ist jedenfalls das Wesen und der Einfluß der russischen Kirche. Entscheidend aber ist die völlig andere soziale Schichtung, die Schwäche der modernen wirtschaftlichen Kräfte, die ungeheure Macht eines wirtschaftlich noch in den Ideen der Urzeit lebenden Bauerntums. Nicht die Vereinigten Staaten von Amerika und nicht Frankreich werden einmal als Analogien zu der Epoche herangezogen werden, in die Rußland heute eingetreten ist, sondern die Geschichte der von Spanien losgelösten mittelamerikanischen Republiken mit ihren unausgesetzt zwischen Diktatur und Anarchie schwankenden, aus der Hand des einen Präsidenten in die eines anderen übergehenden Staatsgewalt

*) Rußlands Zukunft. Politische Betrachtungen von F. von Wrangel (Europäus). 112 Seiten. Verlag: Art. Inst. Orell Füßli. Zürich 1918.

— diese Art Staaten würden die Parallele bilden. Das ist um so sicherer vorauszusehen, als nicht nur die Fähigkeit der bisher im russischen Reich vereinigten Völker, aus sich heraus wieder geordnete Regierungen zu bilden, sehr zweifelhaft ist, sondern auch ihre Abgrenzung gegeneinander allenthalben strittig und dadurch die Verwirrung auf den höchsten Punkt gesteigert wird. Soviel ich sehe, hat man in Deutschland die Frage bisher immer unter jenem Gesichtspunkt betrachtet, wie die verschiedenen Parteien Rußlands sich zueinander stellen, und welche von ihnen die Oberhand behalten und das Staatswesen wieder aufbauen werde. Die Frage der Grenzen aber ist, wenn man einen friedlichen Zustand für Osteuropa ins Auge faßt, ganz gewiß nicht weniger wichtig, vielleicht noch wichtiger.

Finnland verlangt Karelien und den Zugang zur Murman-Küste. Die Beherrschung der Murman-Bahn ist nicht nur eine Frage zwischen Moskowien und Finnland, sondern eine europäische Frage von der größten Tragweite.

Sollte ein eigner estnischer Staat aufgerichtet werden, so erhebt sich die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen.

Gehört Polnisch-Livland zu Livland oder nicht?

Kurland läßt sich von Livland nicht trennen und hat für sich allein geographisch eine unmögliche Form.

Zwischen Polen und Litauen gibt es überhaupt keine Grenze; die Hauptstadt von Litauen, Wilna, ist nicht von Litauern, sondern von Polen, Juden und Weißrussen bewohnt.

Polen und Ukrainer sind bereit, sich bis aufs Messer um Cholm zu schlagen.

Die Ukraine hat weder eine Grenze gegen die Polen, noch gegen Moskowien, noch gegen Rumänien.

Jenseits der Ukraine meldet sich das besondere Staatswesen der Don-Kosaken an.

Im Kaukasus wohnen Georgier, Armenier, Tataren und Russen durcheinander geschoben.

Menschenfreunde haben gehofft, daß sich alle diese Gegensätze in der friedlichen Organisation einer russischen Föderativ-Republik lösen und ausgleichen sollten. Aber ist dazu Aussicht? Die nationalen Gegensätze sind vielfach auch zugleich soziale oder kreuzen sich mit diesen. Jeder besorgt, daß er von dem Anderen beraubt oder ausgebeutet oder unterdrückt werde und sucht sich

dagegen vorzusehen, selber Macht zu gewinnen, Macht zu organisieren, sie dem nationalen oder sozialen oder wirtschaftlichen Gegner zu unterbinden oder zu entreißen. Jedermanns Hand ist gegen Jedermann: wie soll aus solchen Feindseligkeiten eine friedliche Föderation erwachsen?

Kann man nicht die Bevölkerung über die Grenzen der verschiedenen Teilstaaten abstimmen lassen? Nein, man kann es nicht. Denn bei diesen Abstimmungen hängt alles davon ab, wie die Stimmbezirke abgegrenzt werden, und da kreuzen sich die ethnischen und geographischen Gesichtspunkte und Interessen und erzeugen den Kampf, schon ehe eine Abstimmung einsetzen kann. Die Verhandlungen zwischen Moskowien und der Ukraine über die Grenzregulierung sind, kaum begonnen, sofort an diesem Punkt ins Stocken gekommen.

In Deutschland stellen vorsichtige Politiker die Frage, ob es wohlgetan sei, die Baltischen Provinzen von Rußland loszulösen, da dieses Reich doch noch einmal wieder erstarken, dann diese Seeküsten und Häfen wieder zurückbegehren und wieder in tödliche Gegnerschaft zu uns geraten müsse. Aber, wahrlich, nicht darum handelt es sich, wie wir einmal mit einer neu werdenden Großmacht Rußland politisch stehen werden, sondern darum, wie wir es anfangen sollen, ohne uns in gar zu große Gefahren zu stürzen, in Osteuropa Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Die russische Geschichte beginnt mit der berühmten Erzählung, daß diese Völkerschaften zu den Warägern in Schweden geschickt und ihnen hätten sagen lassen: Unser Land ist groß und fruchtbar, aber es herrscht keine Gerechtigkeit und Ordnung darin; kommt und regiert uns. Darauf kam Rurik mit seinen Genossen, und sie gründeten ein Reich erst in Nowgorod, dann in Kiew. Das ist mehr als tausend Jahre her; aber war der Vorgang ein anderer, der heute die Germanen nach Kiew geführt hat? Der Unterschied liegt nicht auf der russischen, sondern nur auf unserer Seite. Nicht Lust an Abenteuern und Herrschen hat, wie einst die Waräger, uns heute nach Kiew geführt, sondern eine bittere Notwendigkeit. Die Russen aber sind heute wie vor tausend Jahren unfähig, aus sich heraus eine Ordnung zu schaffen und das verzehrende Fieber der inneren Kriege zu heilen.

Was geschähe, wenn wir es ablehnten, uns in die inneren Verhältnisse Osteuropas zu mischen? Die Konflikte, die bevor-

stehen, werden nicht ausschließlich mit russischen Kräften ausgefochten werden. Die erste Partei, die sich erhebt oder in Not kommt, wird sich nach auswärtiger Hilfe umsehen, und der Gegner wird es dann ebenfalls tun. Werden alle Mächte sich enthalten und nach dem Grundsatz der Nicht-Intervention den Russen überlassen, die Streitigkeiten unter sich auszumachen? Erst mit Geld und Waffen, dann auch mit Truppen werden Japaner, Engländer, Amerikaner erscheinen und ihre Hilfe anbieten und sie tun es schon. Dürfen wir es unsern Feinden, die auch nach dem Frieden unsere Rivalen bleiben werden, überlassen, Ordnung zu schaffen, sei es mit dieser, sei es mit jener Partei, und damit auch ihren Einfluß zu begründen? Kann sich Deutschland das gefallen lassen? Hat nicht Deutschland selber das allerstärkste Interesse daran, daß in Osteuropa ein Zustand herrsche, der Güterproduktion und einen geregelten Austausch ermöglicht? Soll man in Deutschland hungern und Betriebe stehen lassen, weil drüben im Korn- und Zuckerlande Anarchie herrscht? Weil die Bergwerke wegen innerer Wirren nicht in Gang kommen und die Bahnen das Vorhandene nicht herausschaffen?

Welche von den verschiedenen Parteien wird es sein, die schließlich an unsere Hilfe appelliert? Die Amerikaner haben zuerst die Bolschewiki an den Busen gedrückt, und sind jetzt drauf und dran, mit den anderen Entente-Mächten der Gegenrevolution zu helfen. Sollte es so kommen, daß wir, um unserer selbst willen in dem einen Gebiet die eine, in dem anderen die andere Partei unterstützen müssen? Daß doch die Bolschewisten in Moskowien, indem sie sich an uns anlehnen, einen wenn auch sehr unansehnlichen, doch leidlich haltbaren Zustand herstellen?

Ich habe diese Fragen aufgeworfen, nicht um sie zu beantworten, sondern weil nur von einer solchen umfassenden Betrachtung aus der richtige Standpunkt zu gewinnen ist für die dringenden Fragen der Gegenwart, unser Verhältnis zu Finnland, Livland, Litauen, Polen, Ukraine.

Wie schön wäre es, wenn wir alle diese Völker und Völklein nach dem „Selbstbestimmungsrecht" ihrem Schicksal überlassen könnten! Keines von ihnen könnte uns gefährlich werden und alle müßten suchen, mit dem so mächtigen Nachbar auf einem guten Fuß zu stehen.

Aber wie wir Polen und Litauen okkupieren mußten, weil

wir die russischen Heere dort zu schlagen hatten, so ist der Hilferuf aus Finnland, Livland und der Ukraine an uns ergangen, und wir konnten uns ihm nicht entziehen.

So ungeheuer die Aufgaben sind, die uns das Schicksal hier noch stellen wird, so werden sie uns doch dadurch erleichtert, daß das wohlverstandene Interesse Deutschlands sich mit dem wohlverstandenen Interesse dieser Nachbarn ausgleichen läßt. Von Finnland ist das von vornherein klar. Finnland war zu schwach, sich allein mit eigenen Kräften des überquellenden moskowitischen Bolschewismus zu erwehren. Es würde auch zu schwach sein, gegenüber einem etwa wieder erstarkenden Moskowien seine Selbständigkeit zu behaupten. Indem wir dauernd seine Selbständigkeit schützen, wird Finnland auch gern bereit sein, unserer Führung in der allgemeinen Politik zu folgen und das durch Verträge zu verbürgen. Auf die Verfassungsform, die das Land sich gibt, wird dabei wenig ankommen. Ob es ratsam ist, daß die Finnen sich einen deutschen Prinzen zum Fürsten wählen, scheint mir sehr zweifelhaft. Dieser würde immer eine recht unsichere Stellung im Lande haben, mit prinzipiellen Antipathien zu kämpfen haben und uns doch keine Gewähr für das Einhalten einer deutschfreundlichen Politik bieten. Nur wenn eine überwältigende Stimmung in Finnland selbst sich für die Monarchie ausspricht, würde sie mir als etwas Vorteilhaftes erscheinen. Andernfalls aber wäre eine Republik, die den Finnen die Empfindung ihrer vollen Selbständigkeit läßt, auch für uns vorzuziehen.

Bei den Esten und Letten liegen die Dinge schon schwieriger. Finnland war keine russische Provinz, sondern ein besonderer Staat mit seinen starken Traditionen, dem wir nur geholfen haben, seine Selbständigkeit zu behaupten. In Estland und Livland aber müßte der Staat erst geschaffen werden, indem man das von Esten bewohnte Nord-Livland mit Estland vereinigt und diesem Gebilde wie Livland im Süden eine Verfassung gibt. Alle Esten zusammen sind nicht mehr als gegen 800000, die Letten in Livland und Kurland noch nicht eine Million. Beide Völker, die Esten wie die Letten, sind stark durchsetzt mit Deutschen, die wenn auch von nicht sehr großer Anzahl (8—10 Prozent) doch die obere Kulturschicht bilden und den Ländern historisch ihr Gepräge gegeben haben. Es ist schlechterdings unmöglich, daß die Deutschen sich unter den Esten und Letten mit der Stellung einer geduldeten Minorität begnügen.

Ist es in Finnland sehr wohl denkbar, daß, nachdem der Bolschewismus einmal ausgekehrt ist, das Land künftig die soziale Ordnung aus eigener Kraft aufrecht zu erhalten vermag, so wäre das bei den beiden neu zu gründenden Republiken Estland und Lettland völlig ausgeschlossen. In dem Augenblick, wo wir herausgehen, würde der Bolschewismus aus dem nahen Petersburg wieder eindringen. Die Idee der Güterteilung hat für die unteren Volksschichten eine doppelte Kraft, wo die oberen einer anderen Nationalität angehören. Soll dem baltischen Bauern und Edelmann das gegeben werden, was er braucht, um ruhig an die Ackerarbeit, an Meliorationen und Investierungen heranzugehen, so muß die Gefahr eines Rückfalles in sozialrevolutionäre Experimente nicht nur für die Dauer einer deutschen Okkupation, sondern auch für die darauffolgende Zukunft ferngehalten werden. Das eigene Heil des Baltikums, die Erhaltung seiner Wirtschafts- und Kulturgüter, verlangt also, daß wir in irgendeiner Form im Lande bleiben. Im Wege steht unser übler Ruf als Unterdrücker kleiner Nationalitäten. Wie anders stünden wir heute da in der Welt und wie viel leichter wäre für uns die ganze Ostpolitik, wenn wir in den letzten Jahrzehnten unsere Polen und Dänen etwas weniger rauh behandelt, wenn wir ihnen nicht die deutsche Volksschule aufgezwängt, wenn Fürst Bülow nicht noch zuletzt das Enteignungsgesetz verbrochen hätte! Leider kommen schon jetzt aus dem Baltikum Nachrichten, daß man, statt die Eingeborenen zu beruhigen, sie durch Sprachschikanen nach dem hakatistischen Rezept der Nadelstichpolitik reizt und ärgert. Daß die oberen Schichten des Landes deutsch sind, erleichtert also zwar auf der einen Seite den Anschluß an Deutschland, erschwert ihn aber auch wieder, weil dadurch der Argwohn der Esten und Letten, daß sie unterdrückt werden würden, erregt wird.

So bequem es nach dem allen für uns wäre, die baltischen Provinzen sich selber zu überlassen, so ist eine solche Politik doch praktisch unausführbar; die Lande sind in sich so schwach, daß sie von außen jedem Anhauch von Moskowien her erliegen und im Innern sich vor der Anarchie zu bewahren unfähig sein würden. Sie sind auch, obgleich von verschiedenen Nationalitäten, geographisch und militärisch nicht voneinander zu trennen. Es bleibt uns also gar nichts anderes übrig, als der historischen Entwicklung entsprechend, die drei Länder Estland, Livland, Kurland zu einer

Einheit zusammenzufassen und unter unserer Schutzherrschaft zu behalten. Die definitive Entscheidung, in welcher Form die deutsche Schutzherrschaft auszuüben ist, kann man hinausschieben und muß vielleicht noch sehr lange in der Schwebe bleiben. Der Gedanke, Groß-Livland mit dem deutschen Kaisertum in Personalunion zu verbinden, hat manches gegen sich, aber auch viel Vorteile, besonders wenn gleichzeitig Litauen durch Personalunion mit Sachsen verbunden wird. Das ist nicht etwa eine dynastische Politik, sondern ist eine wohlüberlegte Ausnutzung des dynastischen Prinzips für einen großen nationalen Zweck. Wir müssen diese Länder so an uns fesseln, daß sie für fremde Intrigen, Einmischungen und Beeinflussungen verschlossen sind und müssen ihnen doch wieder so viel Selbständigkeit lassen, wie ihrer undeutschen Bevölkerung entspricht. Dieser doppelte Zweck ist nicht zu erreichen bei einer republikanischen Verfassung, auch nicht durch Begründung eines selbständigen Fürstentums unter einem deutschen Fürsten, wofür die Länder auch kaum die Mittel aufbringen könnten. Es bleibt also allein die Personalunion mit dem deutschen Kaisertum selbst oder mit einem deutschen Mittelstaat. Der König von Sachsen wird immer in seinem deutschen Lande wurzeln und ist dadurch auch in Litauen mächtig genug, jede antideutsche Politik zu verhindern; da aber Litauen ein eigenes Staatswesen bildet, so genießen die Litauer eine Selbständigkeit, die, so klein wie sie sind, ihnen genügen kann und muß. Indem nicht der Kaiser, sondern der König von Sachsen die Herrschaft übernimmt, wird aber gewonnen, erstens, daß den katholischen Litauern eine katholische Dynastie gegeben und zweitens, daß der falsche und unberechtigte Schein einer preußischen oder alldeutschen Machtpolitik stark abgeschwächt wird. Dieser Punkt ist von sehr erheblicher Wichtigkeit.

Unerläßlich ist aber, daß nicht nur den Litauern, sondern auch den Letten und Esten die Garantie gegeben wird, daß sie in ihrer Nationalität keinerlei Kränkungen ausgesetzt sein werden. Hier ist unser schwacher Punkt. Noch heute hat man sich ja nicht entschlossen, mit der hakatistischen Politik in Posen und Schleswig vollständig aufzuräumen, und eine lärmende Agitation verlangt sogar die Wiederaufnahme des alten unseligen Systems, das in der Grenzmark selbst dem Deutschtum nur Schaden gebracht und jetzt dem Anschluß der östlichen Völker an Deutschland die größten Schwierigkeiten bereitet. Kann man es den Esten und Letten

verdenken, daß sie sich gegen die Personal-Union sträuben, wenn sie dahinter die gewaltsame Germanisierung stehen sehen? Dabei ist es gar nicht so schwer, die Wünsche dieser kleinen Volksstämme zu erfüllen, wenn wir uns nur einmal freimachen wollten von jener pedantischen Schulmeisterei, die uns so tief im Blute steckt und uns so unliebenswürdig macht. Die Richtlinien, die Adolf v. Harnack in diesen Blättern (Pr. Jahrb. Bd. 172, S. 131) für den Wiederaufbau der Universität Dorpat gezogen hat, zeigen den Weg, der überhaupt bei der Einrichtung des neuen Staatswesens Groß-Livland eingehalten werden müßte. Wir dürfen im Interesse unserer Gesamtpolitik es nicht dahin kommen lassen, daß die Esten und Letten sich in der Rolle von Unterdrückten gefallen und mit den uns entgegengesetzten Mächten konspirieren. Dazu müssen wir in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der estnischen und lettischen Bauern befriedigen. Da der Mensch aber nicht vom Brote allein lebt, so müssen wir auch der harmlosen Liebe zu ihrer Muttersprache und ihrem Volkstum die Pflege angedeihen lassen, die sie sich wünschen.

Bei weitem das schwierigste Objekt in dem ganzen Ostproblem bleibt immer Polen. Die Polen sind viel zu zahlreich, haben eine viel zu bedeutende Vergangenheit, sind viel zu selbstbewußt, um sich mit einer begrenzten Autonomie, ohne selbständige Politik zu begnügen; überdies aber ist das Verhältnis zu Polen nicht nur eine Lebensfrage für Deutschland, sondern noch mehr für Oesterreich-Ungarn, und die polnische Frage kann nicht behandelt werden, ohne nicht nur die inneren Verfassungsfragen der Habsburgischen Monarchie, sondern auch das ganze Zukunftsverhältnis der heute verbündeten Mittelmächte in die Diskussion zu ziehen. Kaiser Karl hat den deutschen Kaiser im Großen Hauptquartier besucht, und man soll dort einige prinzipielle Abmachungen getroffen haben. Eine Militärkonvention soll verabredet worden sein, die man ungeschickter Weise, um die Fremdwörter zu vermeiden, einen „Waffenbund" getauft und damit in der ganzen Welt einen neuen unberechtigten Argwohn geweckt hat. Dann ist der österreichische Minister Graf Burian nach Berlin gekommen, ist aber nur einen Tag geblieben. In die wirkliche Verhandlung ist man also noch nicht eingetreten.

Die Ansichten scheinen sich folgendermaßen gegenüber zu stehen: In Oesterreich wünscht man die polnische Krone in irgendeiner

Form mit dem Habsburgischen Hause zu vereinigen. Nicht so sehr um des Machtzuwachses willen, sondern in der Voraussicht, daß, wenn Polen nicht zu Oesterreich kommt, sich eines Tages Galizien ablösen und zu Polen treten könnte.

Der austro-polnischen Lösung aber widersetzen sich deutsche wie österreichische Politiker, weil dadurch ein höchst gefährlicher Gegensatz zwischen den Verbündeten geschaffen werde; in Oesterreich entstehe durch den Zutritt der Polen eine sehr starke slavische Majorität; die Polen würden mit den Tschechen und Südslaven ein Bündnis schließen, und die so gewonnene Uebermacht, mehr als 20 Millionen gegen 10 Millionen Deutsche, würden der österreichischen Politik eine Spitze gegen Deutschland geben. In Oesterreich selbst würde allerdings, wenn die Polen ein selbständiges Reich neben Oesterreich-Ungarn bildeten, Habsburg also vom Dualismus zum Trialismus überginge, eine deutsche Majorität bestehen, aber dieser Gewinn würde verschwinden gegen jene Nachteile, daß der Gesamtstaat slavisch orientiert werden müsse.

Gegen diesen Gedankengang, den soeben der österreichische Sozialdemokrat Leuthert in der „Deutschen Politik" (Heft 23) sehr beredt entwickelt hat, läßt sich denn doch mancherlei einwenden. Vor allem sind es nicht nur die Deutschen, sondern auch die Ungarn, die sich einer slavischen Politik etwa mit dem Ziel der Eroberung Posens und Danzigs für Polen und der Unterdrückung der Deutschen in Böhmen, Steiermark und Kärnthen mit der äußersten Entschiedenheit widersetzen würden. Auch das Interesse der Dynastie kann niemals in dieser Richtung gehen. Eine aggressive Politik gegen das Deutsche Reich würde die Habsburgische Großmacht mit völliger Auflösung und dem Untergang bedrohen. Wäre die Eroberung Posens und Danzigs auch ein Ziel des polnischen Ehrgeizes und vielleicht getragen durch den Deutschenhaß der Tschechen, so weist der Habsburgische Ehrgeiz doch keineswegs in dieser Richtung hin und blickt vielmehr auf das Adriatische Meer als auf die Ostsee. Auch die Südslaven würden eine nach der Ostsee orientierte Politik der Polen schwerlich unterstützen. Wollen wir aber wirklich einmal den Fall annehmen, daß eine aggressiv-antideutsche Politik in der Hofburg die Oberhand gewönne, so wäre die Gefahr für das Deutsche Reich doch nicht gerade erheblich. So gewaltig der äußere Umfang und die Menschenzahl der Habsburgischen Gesamtmonarchie ist, so läßt die nationale

Zerrissenheit eine volle Kraftentfaltung doch nicht zu und jenseits der Polen sitzen die Ukrainer.

Daß Polen und Deutsche in Oesterreich sehr gut zusammengehen können, lehrt die Geschichte des letzten Menschenalters. Wenn der Staat heute in einer schweren inneren Krisis begriffen ist, so ist das eingetreten, weil die Polen im Zorn über den Frieden von Brest in die Opposition gegangen sind. Durch die austropolnische Lösung würden sie wieder auf die Regierungsseite zurückgeführt werden können. Die Deutschen allein sind in Oesterreich an Zahl zu schwach, um den Staat zu regieren. Das Bündnis mit den Polen ist nicht zu entbehren, wenn Oesterreich fortexistieren soll. Auch die Leiter der Politik des Deutschen Reiches sollten sich der Tatsache nicht verschließen, daß hier ein unabwendbares Postulat der Habsburgischen Monarchie vorliegt. Zukunfts-Möglichkeiten müssen dagegen zurücktreten.

Ist es auch richtig, daß der Staatsmann suchen muß, alle Zukunfts-Möglichkeiten durchzudenken, so ist es doch falsch, sich gegen alle, auch gegen die rein akademischen Möglichkeiten schützen zu wollen. Wichtiger und richtiger scheint es mir, die Gegenwartsfrage ins Auge zu fassen, und die dürfte etwa so lauten: man strebt ein enges, dauerndes, politisches und wirtschaftliches Bündnis zwischen den beiden Großmächten an; auf Grund eines solchen Dauerbündnisses könnte Deutschland auch ohne weiteres die Verbindung Polens mit Oesterreich-Ungarn zugeben. In Oesterreich aber erhebt sich gegen ein solches Bündnis ein sehr heftiger Widerspruch, getragen nicht nur von den Tschechen, sondern auch von österreichischen und ungarischen Politikern, die die Selbständigkeit der Monarchie durch ein derartiges Bündnis gefährdet sehen. Dieser Widerstand wird nur sehr schwer zu überwinden sein. Wenn er aber nicht zu überwinden ist, so steigt der Gedanke empor, daß Deutschland sich durch eine bessere strategische Grenze gegen die zukünftige habsburgische Trias zu sichern habe. Das wäre eine neue polnische Teilung, für Deutschland von allen Lösungen die unbequemste und für den europäischen Frieden in aller Zukunft die gefährlichste. Denn eine erhebliche Verstärkung der polnischen Staatsbürger in Preußen würde unsere Polen völlig unregierlich machen und das Funktionieren unserer konstitutionellen Verfassung in Unordnung bringen; die polnische Irredenta aber würde alle Dämme überfluten. Kommt hingegen ganz Kongreßpolen zu

Oesterreich, so ist auch das, wie wir gesehen haben, zwar nicht ungefährlich, schafft aber für die Polen immerhin so weit befriedigende Verhältnisse, daß wir darauf rechnen dürfen, eine Partei bei ihnen entstehen zu sehen, die der Aufnahme des furchtbaren Kampfes mit Deutschland widerstrebt. Teilen wir Polen mit Oesterreich, so können die Polen gar nicht anders, als einmütig bis zum letzten Mann den Verzweiflungskampf gegen das Deutsche Reich zu betreiben und nicht nur Oesterreich in diesem Sinne zu beeinflussen, sondern die ganze Erde mit ihren Zettelungen zu dem großen Weltbunde gegen uns zu vereinigen. Diese Wirkungen sind so widerwärtig, daß sie mir den Vorteil der besseren strategischen Grenze weit zu überwiegen scheinen. Polen ist jetzt von Deutschland und Oesterreich befreit, vor inneren Wirren bewahrt, von leichtfertigen Unternehmungen abgehalten, als selbständiges Staatswesen geschaffen worden. So wenig dafür von Seiten der Polen eine Dankesschuld dauernd empfunden werden kann, so wenig kann Deutschland davon absehen oder es je vergessen, daß es Polen geschaffen hat. Das eine kann so wenig gefordert werden wie das andere. Polen wird einmal seinen polnischen Weg gehen, Deutschland muß für seine Blutopfer sich das Recht zusprechen, seine Zukunft zu sichern, wenn es nötig ist, auch auf Kosten Polens. Niemals kann in Deutschland der Gedanke als gerecht empfunden werden, daß Deutschlands Interesse leiden sollte, weil das neuerstandene Polen es zu seinem Leben so haben muß. An dem Recht Deutschlands, sich strategische Sicherung zu nehmen, kann also nicht gezweifelt werden. Die Frage ist allein, ob die Sicherungen nicht zu teuer erkauft werden, ob nicht damit Imponderabilien lebendig werden, die unser Leben vergiften, ob die Sicherungen nicht Stacheln sind, die erst recht zu Todfeindschaft spornen und Gefahren entzünden, die sonst vermieden werden könnten oder wenigstens sehr viel geringer sein würden. So unanfechtbar der Satz ist, daß immer das am sichersten ist, was man selbst in der Hand hat, so gibt es doch auch Besitztümer, die als solche Gefahren bringen, und ein solcher Besitz wäre jedes Stück Land, das wir aus dem Leibe des heutigen Polen für uns herausschneiden wollten. Die einfache Schlußfolgerung „die Polen werden stets gegen das Deutsche Reich arbeiten, also müssen wir sie möglichst schwach zu halten suchen", ist nicht erschöpfend. Die Intensität, mit der „die Polen" gegen das Deutsche Reich arbeiten, kann ge-

ringer oder stärker sein; man kann die Polen in eine Lage bringen, wo ein erheblicher Teil von ihnen es für zuträglicher hält, nicht gegen das Deutsche Reich, sondern mit ihm zusammen zu arbeiten und eine kluge Politik hat zu erwägen, ob diese „Sicherung" nicht besser ist, als eine geographisch-strategische, um so mehr, als ja durch das an das Deutsche Reich angeknüpfte Litauen Ostpreußen in der nordöstlichen Richtung ohnehin schon gedeckt ist.

Ich breche hier ab. Hinter der polnischen Frage steht die ukrainische. Auch die ukrainische Frage ist wie die polnische zugleich eine inner-österreichische. Sie ist auch, in Beßarabien, verwickelt mit der rumänischen. An die Ukraine ist angehängt die Krim, die nicht von Ukrainern, sondern von Tataren und Deutschen bewohnt ist. Dann kommt der Kaukasus mit seinem Gemisch von Georgiern, Armeniern, Deutschen und Tataren; ein großes Zukunftsgebiet mit seinen fruchtbaren Tälern und seinen Bodenschätzen von Metallen und Erdöl. Am Kaukasus entlang führt die Bahn zum Kaspischen Meer und eröffnet den Zugang zu Turkestan und einen strategischen Weg, der über Persien nach Indien weist. Weder für die politischen, noch für militärische, noch wirtschaftliche Interessen Deutschlands gibt es hier eine feste Grenze. Der Zug der Dinge führt, je länger der Krieg dauert, weiter und weiter. Malen wir uns nur einmal das Wirtschaftliche aus. Auch nach dem Friedensschluß wird der Ozean wie verödet sein; die alten Handelsflotten ruhen auf seinem Grunde; was übrig ist, trägt die teuersten Waren, die die teuersten Frachten ertragen. Rohstoffe, Getreide sind unverschiffbar; der Bedarf höher als je. Alle Vorräte sind verzehrt, der Verbrauch durch höhere Löhne, durch Rückkehr zur Friedenswirtschaft wesentlich gesteigert, durch spekulative Speicherung bedroht, durch Entwertung des umlaufenden Papiergeldes ungeheuer verteuert. Auf den Krieg der großen Koalition folgt ein friedliches Ringen um den Brotkorb. Grenzsperren, Höchstpreise, staatliche Fürsorge durch Rationierung und Staatsankäufe, Monopolisierung des Handels mit den hauptsächlichsten Bedarfsartikeln werden andauern. Können Deutschland und Oesterreich in Erwartung solcher Zustände die östlichen Länder sich selbst überlassen, sicher, daß Anarchie und Bürgerkriege alle Früchte, alle Hilfen, die man von dort erwarten und beziehen könnte, vernichten würden? Moskowien, so groß es ist, ist doch zu arm und ertraglos, um wirtschaftlich sehr für uns in Betracht zu kommen. Anders steht

es in den Randländern. Wie in Polen, Litauen, Livland, Estland, so laufen auch schließlich in der Ukraine und im Kaukasus die Interessen aller wirtschaftlich produktiven Klassen parallel mit den unsrigen und rufen nach unserer Hilfe, so wie wir die ihrige nötig haben.

Wie wirken nun diese Verhältnisse zurück auf den Westen? Es ist klar, daß, je gewaltiger sich mit oder ohne unsern Wunsch und unsere Absicht sich unsere Stellung im Osten auswächst, wir im Westen desto vorsichtiger sein müssen. Die Unangreifbarkeit im Osten schafft uns mittelbar auch einen starken Schutz gegen Angriffe im Westen, und wenn man etwa sagen wollte, daß das nicht genüge und daß man eben um der großen Aufgaben im Osten willen sich im Westen strategisch den Rücken unbedingt decken müsse, so ist das eine unerfüllbare Forderung. Eine unbedingte Sicherheit auf allen Seiten gibt es nur in der Form der Weltherrschaft. Wir werden Mühe genug haben, die Welt zu überzeugen, daß unser Verfahren im Osten nicht aus ungezügelter, grenzenloser Herrschbegierde entsprungen ist, sondern die Erfüllung von Aufgaben, denen wir uns nicht entziehen konnten. Selbst viele Deutsche sehen es ja so an und wollen deshalb nichts von dieser Ostpolitik wissen. Die Natur der Dinge aber zwingt sie uns auf, und es handelt sich nur darum, sie mit soviel Vorsicht und Schonung zu betreiben, daß wir keinen Rückschlag erleben, der unsere nationale Existenz erschüttern würde. So wenig unsere Stellung im Osten die anderen Völker bedroht, so müssen wir auch den Schein einer solchen Bedrohung zu vermeiden trachten. Immer von neuem kommen wir damit auf den Satz zurück, den ich hier seit mehr als drei Jahren verfechte, daß wir in Belgien nichts zu erstreben haben als die möglichste Förderung der nationalen Autonomie der Vlamen innerhalb des historisch gebildeten, trotz des nationalen Zwiespaltes wesentlich einheitlich empfindenden Königreichs Belgien.

* * *

Bis hierhin hatte ich geschrieben, als die Reichstagsverhandlung stattfand, in der am ersten Tage der Staatssekretär von Kühlmann seine Auffassung der gesamten Lage und sein Programm kundtat und sich am zweiten Tage unter Unterstützung des Reichskanzlers darüber mit der alldeutschen Opposition, vertreten besonders durch

den Grafen von Westarp auseinandersetzte. Die Rede des ersten Tages (24. Juni) soll, da der Staatssekretär, überarbeitet und abgehetzt, unkräftig geworden war, nicht gut vorgetragen worden sein, enthielt aber sachlich manches Vortreffliche. Im Besonderen ist wichtig, daß endlich von dieser Stelle aus über den Ursprung des Krieges die volle, von der historischen Forschung ja längst herausgearbeitete Wahrheit anerkannt worden ist, daß nämlich der eigentliche Anstifter nicht in England, sondern in Rußland gesucht werden muß. Um voll wirksam zu sein, hätte diese Wahrheit freilich nicht bloß behauptet, sondern auch mit einer gewissen Ausführlichkeit belegt und nachgewiesen werden müssen. Es ist durchaus unrichtig, was nachher der Herr Reichskanzler und andere Redner sagten, daß man die Schuldfrage getrost der Geschichte überlassen könne, daß nach dem Friedensschluß das Thema Arbeiten für Privatdozenten geben werde. Herr von Kühlmann sagte selber sehr treffend, daß, um einmal zu Friedensverhandlungen zu gelangen, eine gewisse Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens geschaffen werden müsse. Ein solches Vertrauen kann sich unmöglich einstellen, so lange man in Deutschland glaubt, daß England diesen Krieg von langer Hand mit Bewußtsein vorbereitet und entzündet habe, und man in England diese falsche Beschuldigung als einen Beweis unseres bösen Willens empfindet. Ganz wie wir von den Engländern verlangen, daß sie anerkennen, daß wir weder den Krieg gewollt haben, noch die Weltherrschaft erstreben, so müssen auch wir uns entschließen, mit den Anklagen gegen England die Grenzen der Wahrheit und der Gerechtigkeit nicht zu überschreiten.

So sehr ich in diesem Punkt auch Herrn von Kühlmann meine Zustimmung aussprechen darf, so muß ich doch nicht weniger bestimmt erklären, daß ich in dem Hauptpunkt eine ganz andere Auffassung vertrete als der Herr Staatssekretär. Herr von Kühlmann hat zu erkennen gegeben, daß Deutschland nach wie vor zu Friedensverhandlungen bereit sei und als die richtige Methode einen vertraulichen Gedankenaustausch bezeichnet. Ich halte es für recht unwahrscheinlich und jedenfalls für einen Umweg, auf diesem Wege zu einem Ergebnis zu gelangen. Dazu ist das beiderseitige Mißtrauen viel zu groß. Freilich ist es falsch, einzuwenden, daß auch unsere früheren Friedensanerbietungen ja zu keinem Ergebnis geführt hätten. Diese Anerbietungen konnten nach außen

kein Ergebnis haben, weil die feindlichen Völker noch auf den vollständigen Sieg hofften und deshalb den Verständigungsfrieden nicht nötig zu haben glaubten. Das wird heute schon etwas anders geworden sein. Dennoch ist auf dem Wege einer allgemeinen Erklärung der Friedensbereitschaft und Einladung zu vertraulichen Aussprachen nicht vorwärts zu kommen; einfach deshalb, weil die Staatsmänner, die heute noch an der Spitze der englischen und französischen Regierung stehen, tatsächlich den Frieden gar nicht wollen, sei es, weil sie bei einem Verständigungsfrieden für ihren eigenen Kopf zu fürchten haben, sei es, weil sie von der Hoffnung auf den vollen Sieg mit der Hilfe des Amerikaners noch nicht lassen wollen. Was hatte es also für einen Zweck, der heutigen englischen Regierung unter Lloyd George freundliche Anerbietungen zu machen? Ich kann den Gegnern Herrn von Kühlmanns nur Recht geben, wenn sie sagen, daß diese Art der Annäherung den Eindruck der Schwäche gemacht habe. Die diplomatische Offensive, die der Hindenburg-Offensive zur Seite gehen muß, muß eine wirkliche Offensive sein; sie muß nicht darauf ausgehen, sich mit der englischen Kriegspartei zu vertragen, sondern sie unmöglich zu machen. Das zu erreichen muß man, wenn man überhaupt etwas tun will, den anständigen Elementen in den feindlichen Völkern Waffen in die Hand geben, und das ist gar nicht so schwer. Immer und immer wieder hat unsere Regierung zu verstehen gegeben, daß wir von Belgien nichts wollen. Belgien ist für die angelsächsische Welt ohne Ausnahme die conditio sine qua non. Wer den Chauvinismus in allen Ländern niederwuchten will, muß sich über Belgien so deutlich aussprechen, daß nicht bloß die Diplomaten, sondern auch der Mann auf der Straße versteht, was wir wollen. Daran hat es bisher gefehlt und hat auch Herr von Kühlmann es fehlen lassen. Daß bei uns noch immer eine sehr lebhafte Agitation dafür eintritt, wir sollten die flandrische Küste behalten, schadet an sich nichts, und braucht nicht unterdrückt zu werden, wenn nur die Regierung keinerlei Zweifel darüber läßt, daß sie mit dieser Agitation nicht nur nichts zu tun hat, sondern auch nicht gewillt ist, ihr irgendwie nachzugeben. Belgien ist einmal das Zentralproblem des zukünftigen Friedens. Die Großmachtstellung nicht nur von Frankreich, sondern auch von England hängt daran, daß Belgien wieder unabhängig wird. Indem Herr von Kühlmann zwar England freundlich an-

gesprochen, doch aber in seinen Erklärungen über Belgien nicht das letzte und unzweideutige Wort gesagt hat, hat er sich zwischen zwei Stühle gesetzt: er hat den äußersten Zorn unserer alldeutschen Gewaltpolitiker erregt, ohne doch für den Frieden etwas zu erreichen. Es wäre vielleicht noch möglich gewesen, einen gewissen Fortschritt zu erzielen, als Graf Westarp und Herr Stresemann wütend auf den Staatssekretär losgingen. Diese Angriffe waren für ihn ein gutes Zeugnis; sie hätten ihm in der Welt den Kredit verschaffen können, daß er wirklich einen ehrlichen Verständigungsfrieden anstrebt. Aber statt den Kampf aufzunehmen, erschienen am zweiten Tage der Debatte der Reichskanzler und Staatssekretär und bemühten sich, in milden Worten die entstandenen „Mißverständnisse" zu beseitigen. Nichts ist falscher als die Vorstellung, daß wir mit der offenen Erklärung über Belgien einen Trumpf aus der Hand gäben, mit dem wir noch etwas zu gewinnen hätten. Die Erklärung über Belgien ist nicht Belgien selbst; wir behalten Belgien in der Hand bis zum allgemeinen Frieden, auch wenn wir heute schon erklären, daß irgendein Recht über Belgien nicht in unseren Friedensbedingungen sein werde. Für diejenigen, die da glauben, daß irgendeine Art Oberherrschaft über Belgien für uns unentbehrlich und notwendig sei, ist eine derartige Erklärung natürlich eine Todsünde, und auf diesen Widerspruch muß man gefaßt sein. Wer sich aber einmal darüber klar ist, daß die Herrschaft über Belgien uns weder nötig noch nützlich ist, der kann sehr wohl in stolzer und starker Stellung gleichzeitig der englischen Kriegspartei erklären: „Mit Euch, die Ihr uns unausgesetzt beschimpft und verleumdet, verhandeln wir nicht; Belgien aber in seiner Integrität und Souveränität wieder herzustellen, sind wir jeden Tag bereit." Bei der Stimmung, in der die Völker heute sind, ist derjenige im größten Vorteil, der mit Bestimmtheit ausspricht, wofür weitergekämpft wird. Die Engländer, Franzosen und auch die Amerikaner werden immer von neuem aufgepeitscht zu weiteren Kriegsanstrengungen mit der Behauptung, daß sie sich verteidigen müßten gegen die deutsche Welttyrannei. Die Aufgabe unserer Diplomatie ist es, unseren Feinden diese Waffe aus der Hand zu reißen. Das kann nicht geschehen auf dem Wege einer abstrakten Umschreibung unserer Kriegsziele, die immer verschiedene Auslegungen zuläßt und den Argwohn nicht beschwichtigt. Von unfehlbarer Wirksamkeit aber sind bindende, positive Erklärungen,

vor allem über den Punkt, der der öffentlichen Meinung aller unserer Gegner der entscheidende ist, das ist Belgien. Ist diese Erklärung erst derartig da, daß sie nicht mehr weggedeutet werden kann, so wird der feindliche Chauvinismus seiner besten Waffe beraubt sein. Die Machthaber und die Kriegsparteien würden freilich sofort antworden, das genügt uns nicht; wir verlangen nicht nur die Räumung von Belgien und Frankreich, sondern Elsaß-Lothringen, die deutschen Kolonien und die arabischen Provinzen der Türkei. Sollten die Völker aber wirklich gewillt sein, für diese Ziele noch weiter zu fechten? Auch dann noch, wenn die Hindenburgschen Hammerschläge fort und fort auf sie niederfallen? Bei der noch fortwährend anschwellenden Kriegsstimmung in Amerika mag selbst das Wachsen der Friedensparteien in England und auch in Frankreich sobald noch nicht die Stärke erreichen, daß wir den Frieden in Aussicht zu nehmen haben, aber ganz gewiß kann das Wachsen so weit gefördert werden, daß unseren Gegnern die Fortsetzung des Krieges sehr erschwert wird, und vor allen Dingen haben wir dann und erst dann vor unserem eigenen Volk das gute Gewissen, unsererseits für den ehrenvollen Frieden alles getan zu haben, was in unseren Kräften stand.

Wer die Weltlage so ansieht wie ich, kann es nur schmerzlich empfinden, daß die Gelegenheit dieser Reichstagsverhandlung nicht benutzt worden ist, unsere Feinde diplomatisch aus der vorteilhaften Stellung herauszuschlagen, die sie gewonnen haben durch die Behauptung, daß Deutschland die Weltherrschaft anstrebe und alle Völker zusammenstehen müßten, ihre Freiheit gegen uns zu verteidigen. Herr von Kühlmann hat sich an anderer Stelle vortrefflich bewährt; im besonderen der Rumänische Friede ist, wie ich hier nicht breiter ausführen will, aber anderen Ausstreuungen gegenüber mit Bestimmtheit behauptet werden kann, sein nach allen Seiten wohldurchdachtes und den deutschen Interessen entsprechendes Werk. Daß er in dieser Reichstagsverhandlung versagt hat, ist aber nicht eine zufällige Entgleisung, sondern geht zurück auf einen Grundfehler in der Auffassung, der uns von ihm scheidet. Die große Frage ist, ob an dieser Stelle auch der Keim für den Zwiespalt zu suchen ist, der den Staatssekretär des Auswärtigen von der Obersten Heeresleitung trennt, und der eben bei dieser Gelegenheit durch die Enthüllung des Abgeordneten Noske im Reichstag so peinlich zutage getreten ist. Es ist ein schlechthin unmöglicher

Zustand, daß die Oberste Heeresleitung der Presse mitteilen läßt, ob sie mit der Vertretung unserer auswärtigen Politik zufrieden oder unzufrieden ist. Auf diese Weise kann überhaupt keine Politik geführt werden. Deutschland kommt dadurch gleich in den Ruf der inneren Zwiespältigkeit und der Unehrlichkeit. Wir müssen schlechterdings einen Staatssekretär haben, der es versteht, mit der Obersten Heeresleitung Hand in Hand zu arbeiten. Die Oberste Heeresleitung aber muß einsehen, daß Deutschland nicht regiert werden kann ohne Mitwirkung des Reichstages. Auch die Majorität des des Reichstages ist wohl von der Rede des Herrn von Kühlmann und namentlich von seiner Auseinandersetzung mit dem Grafen Westarp am zweiten Tage, die den Eindruck des Zurückweichens machte, nicht sehr erbaut gewesen. Nichtsdestoweniger hat gerade das militärische Vorgehen gegen den Staatssekretär die Majorität bewogen, sich zunächst um ihn zusammenzuschließen. Geht Kühlmann, heißt es, so stürzt die ganze Regierung. Weder der Reichskanzler Graf v. Hertling, noch der Vizekanzler v. Payer werden dann auf ihren Posten verharren wollen, wenn jetzt ein Mann kommt, dessen Name einen alldeutschen Kurs andeutet, und wir könnten es bei der nächsten Bewilligung der Kriegskredite erleben, daß der Reichstag sich spaltet. Wo ist der Mann, der uns aus diesem Wirrsal errettet? Wie er aussehen müßte und was er tun müßte, scheint mir so klar, daß es einer weiteren Schilderung und Ausmalung nicht bedarf. Athen ging einst in dem Peloponesischen Kriege zugrunde, weil Perikles keinen Nachfolger hatte. Feurige Kleons haben wir in Deutschland genug. Wer an das Deutsche Volk glaubt, wird ihm auch zutrauen, daß es nicht bloß große Strategen, sondern auch den geeigneten Staatsmann unter seinen Söhnen hat, dem endlich die Not der Zeit die Zügel für die Leitung der auswärtigen Politik in die Hand gibt.

Lesefrucht aus Thucydides.

An der Stelle, wo Thucydides von der sittlichen Verwilderung spricht, in die im Peloponnesischen Kriege die Hellenen verfielen, schildert er: (III, 82) „Selbst die Worte wurden nicht mehr in dem Sinne gebraucht, wie ehedem, und erhielten einen anderen Wert.

Sinnlose Tollkühnheit wurde dienstbeflissene Schneidigkeit genannt, umsichtige Bedächtigkeit hieß wohlversteckte Feigheit, Vernunft Deckmantel der Schlappheit; wer überall wohlüberlegt handeln wollte — eine vollständige Schlafmütze; verrücktes Draufgehen wurde als Männlichkeit gekennzeichnet und Mäßigung sollte nichts sein, als ein Vorwand, sich zu drücken. Wer recht schimpfen konnte, galt als ein stets zuverlässiger Mann, wer ihm aber widersprach, der war ein unsicherer Kantonist. Wer vorsichtige Deckung anriet, hieß ein Verräter und Angstmeier. Versöhnliche Anträge von der Gegenseite nahm man an, wenn man glaubte, reale Garantien zu besitzen, nicht, weil man vertraute oder großmütig sein wollte. Versöhnungseide, wozu man sich unter dem Zwang der Umstände gedrängt sah, hielt man nur solange, bis man sich von irgendeiner Seite her verstärkt hatte; sobald man aber nun eine gute Gelegenheit sah und sich beim Gegner eine Blöße wies, brach man sie ohne Bedenken. Denn die meisten Menschen lassen sich lieber gewiegte Schelme nennen, als gutmütig und einfältig, und schämen sich dieses Lobes, während sie mit jenem großtun. Die Regierungshäupter in den Staaten suchten ihren Sachen einen schönen Namen zu geben, indem sie entweder die bürgerliche Gleichheit des ganzen Volkes, oder die Herrschaft der Tüchtigeren als das Bessere anpriesen und schienen damit nichts als das Beste des Gemeinwohls im Auge zu haben, in der Tat aber war es nichts als der Kampf um die Macht und der Wunsch des einen über den anderen emporzukommen. Entweder durch ungerechte Verurteilung in einem Prozeß oder durch die Gewalt der Fäuste suchte man sich den Sieg zu verschaffen. Auf Furcht der Götter sah niemand mehr, wer aber durch tönende Worte etwas Unerhörtes durchsetzte, der gewann dadurch an Ruf. Diejenigen Bürger aber, die sich unparteiisch hielten, wurden von beiden Seiten aufs tödlichste verfolgt. Die Bösesten hatten schließlich die Oberhand, denn indem sie sich bewußt waren, den klugen Gründen ihrer Gegner nicht gewachsen zu sein, schritten sie zur Tat, und während jene vertrauten, daß ihre bessere Einsicht siegen müsse, unterlagen sie der Gewalt und gingen zugrunde."

Die Erklärung über Belgien. Staatssekretär v. Hintze. Das Eingreifen der Amerikaner.

27. Juli 1918.

Als der Staatssekretär von Kühlmann durch seine Reden am 25. und 26. Juni eine neue Wendung in unserer Politik heraufzubeschwören schien, faßte ich an dieser Stelle, entsprechend dem von je von uns eingenommenen Standpunkt, das Bedürfnis des Moments in zwei Forderungen zusammen: man müsse der englischen Kriegspartei erklären: „Mit Euch, die Ihr uns unausgesetzt beschimpft und verleumdet, verhandeln wir nicht; Belgien aber in seiner Integrität und Souveränität wieder herzustellen, sind wir jeden Tag bereit." Dieses Programm ist so ziemlich in Erfüllung gegangen. Der Herr Reichskanzler selber hat mit scharfen Worten die Anwürfe der feindlichen Minister zurückgewiesen und über Belgien Erklärungen abgegeben, von denen man meinen sollte, daß auch der spitzfindigste Engländer, Franzose oder Alldeutsche darin nichts mehr von einer Herrschaft über die flandrische Küste oder einer sonst irgendwie gearteten Oberhoheit Deutschlands entdecken könnte. Denn ausdrücklich ist gesagt, nicht nur daß Deutschland Belgien nicht in irgendeiner Form zu behalten gedenke, sondern auch, daß Belgien Niemandes Vasall sein dürfe, also auch Deutschlands nicht.

Das ist sachlich tadellos und könnte in der Weltpolitik als ein großes Ereignis figurieren, wenn nicht in der Aufmachung und in der Regie so schwere Fehler gemacht worden wären, daß doch vielleicht alles wieder wirkungslos verpufft.

Zunächst hat Graf Hertling von Belgien wieder den Ausdruck „Faustpfand" gebraucht, den auch Herr von Bethmann einmal angewandt hat, der aber in jeder Beziehung unzweckmäßig ist. Als Herr von Bethmann Hollweg ihn anwandte, ließ er sich noch verteidigen, weil darin endlich und zum erstenmal amtlich zum Ausdruck gebracht war, daß Deutschland Belgien nicht zu behalten gedenke. In seiner bekannten, viel zu weit gehenden Rücksichtnahme auf unsere annexionistischen Kreise, die ihn verhindert hat, sich über Belgien von Anfang an klar und deutlich auszusprechen, wählte damals Herr von Bethmann Hollweg den Ausdruck „Faust-

pfand" *), um wenigstens indirekt die Vorstellung einer Annexion oder Oberherrschaft in Belgien abzulehnen. In der Entente aber verlangt man, daß wir Belgien nicht bloß wiederherstellen, sondern daß es auch bedingungslos geschehe, weil, wie Deutschland selber anerkannt habe, es mit der Verletzung der belgischen Neutralität ein Unrecht begangen habe und aus diesem Unrecht kein Recht ableiten dürfe. Es ist zwecklos darüber zu streiten, ob und aus welchen Gründen unser Verfahren in Belgien gerechtfertigt war; ob die garantierte Neutralität überhaupt noch zu Recht bestand; ob der Notstand, auf den wir uns beriefen, das Unrecht ausschließt; ob Belgien selber vorher die Neutralität verletzt hat; ob der belgische Franktireurkrieg die Belgier ins Unrecht gesetzt hat; ob die Neutralitätsverletzungen der Entente die unsrigen aufwiegen und kompensiert haben — alles das kann auf sich beruhen, und Deutschland braucht nur zu fragen, ob es politisch klug tut, wenn es, da auf Belgien einmal verzichtet werden soll, es auch in der Form geschieht, auf die der andere zukünftige Friedenskontrahent nun einmal einen so großen Wert legt. Für die Bedingungen des zukünftigen Friedens selbst ist es völlig gleichgültig, ob wir heute Belgien als Faustpfand bezeichnen oder nicht. Es kommt nur darauf an, daß wir überhaupt so viel Faustpfänder in Händen haben, daß wir die uns erwünschten Forderungen durchsetzen können und die haben wir auch, abgesehen von Belgien. Wir haben ein erhebliches Stück von Frankreich, ein großes Stück von Italien, ganz Serbien und Montenegro, und unsere Stellung in Osteuropa ist endlich auch so, daß man manches Stück zurückstecken kann, wenn es etwas Wertvolleres dafür einzutauschen gibt. Die einfache und glatte Erklärung, daß wir Belgien in seiner Integrität und Souveränität wieder herzustellen beabsichtigen, bedeutet für den Friedensschluß sachlich nichts anderes, als die Verbrämung mit dem Worte „Faustpfand". Daß man den Verzicht überhaupt jetzt schon ausgesprochen und ihn nicht bis zum Friedensschluß selber aufbewahrt hat, kann doch nur den Sinn haben, den Kämpfenden hüben und drüben zu sagen, daß dies nicht der Gegenstand sei, um dessentwillen sie weiter ihr Blut zu vergießen haben. Die Erklärung soll also eine Waffe in der Hand der englischen Friedenspartei sein. Das Wort „Faustpfand" stumpft

*) Das war ein Irrtum; vgl. unten S. 520 f.

aber diese Waffe ab; es wirkt wie eine Provokation, und es ist eine ganz zwecklose Provokation, denn für die zukünftigen Friedensverhandlungen ist es ganz gleichgültig, ob wir heute sagen, Belgien sei für uns ein Faustpfand oder nicht. Die Bedingungen des Friedensschlusses hängen von der militärischen Gesamtlage ab. Um einer ganz wertlosen Geste willen haben wir eine sachlich kluge und wohlberechnete politische Wendung des besten Teiles ihrer Wirkung beraubt. In verbis simus faciles ist ein Spruch, den auch der Eisenmann Bismarck gern anwandte und befolgte. Ein guter Diplomat ist hart in der Sache und nachgiebig in der Form. Ein schlechter Diplomat ist stark in seinen Worten und weich in der Sache.

Des weiteren war es ein schwerer Regiefehler, daß die Erklärung des Reichskanzlers nicht sofort vollständig und im Plenum des Reichstages, sondern in zwei Absätzen im Hauptausschuß erfolgte, und zuerst gar als geheim behandelt werden sollte. Wie in aller Welt hat ein erfahrener Parlamentarier wie der Graf Hertling sich einbilden können, daß eine solche Erklärung wirklich nicht in die Oeffentlichkeit gelangen werde? Bei Kommissionssitzungen dürfen ja nicht bloß die Mitglieder der Kommission, sondern des ganzen Reichstages zugegen sein und in diesem Falle ist der ganze Saal gedrängt voll gewesen. Sollte man mit einer gewissen Ueberfeinheit gerechnet haben, daß gerade der Wunsch der Geheimhaltung die Erklärung um so glaubwürdiger erscheinen lasse? Eine öffentliche Erklärung hätten unsere Feinde vielleicht als eine absichtliche Täuschung aufgefaßt; ein Programm, das nur durch eine Indiskretion bekannt wurde, konnte den Verdacht nicht so sehr erregen. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß man so gerechnet hat, und die Wirkung ist jedenfalls nicht eingetreten. Umgekehrt ist die Wirkung gewesen, daß, da nun gar die zweite, bestimmtere Erklärung vor der ersten veröffentlicht wurde, eine gewisse Unklarheit entstand, die die Wucht der ganzen Aktion empfindlich gelähmt hat.

Aber wie dem auch sei und so bedauerlich diese Fehler sind, es sind bloße Formfehler und sie können noch wieder ausgebügelt werden. Die Hauptsache ist, daß die so lange geforderte Erklärung endlich da ist. Denn man muß es immer wieder betonen, daß ohne die Erklärung über Belgien nicht nur kein Friede, sondern nicht einmal Friedensverhandlungen möglich sind. Man darf es

dem deutschen Volke nicht schenken, daß die lange Dauer des Krieges insoweit auch von ihm selber mitverschuldet worden ist, als die öffentliche Meinung die Regierung nicht genügend gedrängt hat, die Erklärung über Belgien früher abzugeben; ja sogar im Gegenteil die stete Furcht der Regierung vor den chauvinistischen Strömungen der öffentlichen Meinung ist es nicht zum wenigsten gewesen, die uns an einer offenen und ehrlichen Politik in dieser Frage gehindert hat. Wer noch heute glaubt, daß Deutschland der flandrischen Küste bedürfe, der darf darüber anders denken. Nachdem die Erklärung aber nun einmal erfolgt ist, wird auch ein Andersdenkender schwer leugnen können, daß sie dann besser schon viel früher erfolgt wäre und daß diejenigen, die eine solche Erklärung von je gefordert haben, wenn nicht das sachlich Richtige, doch jedenfalls richtig vorausgesehen haben, daß die deutsche Politik einmal auf diesem Ende herauskommen werde. Die Herrschaft Deutschlands über die flandrische Küste, die notwendig die Herrschaft über Holland nach sich ziehen müßte, bedeutet, daß Frankreich und England keine Großmächte mehr sein würden; daß also, nachdem Rußland als Großmacht ausgeschaltet ist, Deutschland in die Position einer Welthegemonie einrücken würde. Das ist ein Zustand, der uns selber nicht zum Heil gereichen würde und den die Welt nicht akzeptieren könnte. Sie würde dann in der steten Furcht leben müssen, daß jene Lehre vom „deutschen Herrenvolk", wie sie unsere Alldeutschen der erschrocken aufhorchenden Welt verkündigt haben, eines Tages verwirklicht werden könnte. Die belgische Frage ist deshalb die Grundfrage des Krieges und Friedens, und selbst Amerika und das ferne Japan haben ein entscheidendes Interesse daran, daß Belgiens Unabhängigkeit wieder hergestellt werde.

Am wenigsten Sorge macht mir dabei das so oft mit gefühlvollen Worten angerufene Schicksal der Flamen, die in einem unabhängigen Belgien der Unterdrückung durch die wallonisch gesinnte Regierung ausgesetzt sein sollen. Wer ist denn in Belgien die Regierung? Belgien ist ein moderner parlamentarisch-demokratischer Staat, dessen Mehrstimmrecht eher den Flamen als den Wallonen günstig ist. Die Flamen haben die erhebliche Majorität. Wenn die belgische Tradition wallonisch-französisch ist, so ist diese Tradition jetzt durch die von uns durchgeführte Verwaltungstrennung, die Organisation eines flämischen Regierungsapparats

und die Errichtung der flämischen Universität in Gent unterbrochen. Die Flamen müßten ja die elendesten Kerle von der Welt sein und nicht wert, daß man einen Finger für sie krümmt, wenn sie unter so günstigen Verhältnissen sich ihrer Haut nicht zu wehren und ihre Nationalität zu entwickeln imstande wären. Haben doch sogar die Tschechen, Slovaken, Esten, Letten, Litauer, die keinerlei Tradition und keine Literatur hatten, in zähen Kämpfen ihr Volkstum entwickelt, haben es zum Teil entwickelt mehr als uns lieb ist. Die Flamen haben mit einem Ruck, indem sie die ihren Dialekten nahe verwandte holländische Schriftsprache angenommen haben, eine allen Bildungsbedürfnissen genügende Literatur für ihr Volkstum gewonnen. Sie können anknüpfen an eine großartige alte Kultur und heroische historische Erinnerungen. Wollen sie, so können sie; wollen sie nicht, so kann auch keine Hilfe von außen sie auf die Beine stellen, und ich möchte eher die Frage aufwerfen, ob wir nicht schon zu viel getan haben. Kein Volk steht gern unter der Protektion eines anderen, denn eine solche Protektion wirkt leicht aufdringlich und erscheint echtem Nationalstolz demütigend und beschämend. Jedes wahre Volkstum macht sich seinen Wert selber und jede fremde Einmischung wirkt lähmend auf die moralischen Kräfte im eigenen Innern, nun gar, wenn dieser Helfer im Kriege der Feind ist, gegen den die junge Mannschaft im Felde steht. So sicher wir gut daran getan haben, die flämische Verwaltung zu schaffen, weil sie einem Bedürfnis entsprach, und so sehr es angebracht ist, über unsere herzliche Sympathie mit dieser aufstrebenden nationalen Bewegung keinen Zweifel zu lassen, so wäre es jetzt doch das Beste, wenn Deutschland sich praktisch völlig neutral verhielte und es den Flamen und Wallonen allein überließe, wie sie sich in dem zukünftigen Belgien zueinander stellen und sich auseinandersetzen wollen. Von jedem Gedanken, die Flamen unterstützen zu wollen, indem man in den Friedensvertrag Bestimmungen zu ihrem Schutze aufnimmt, muß daher von vornherein abgesehen werden. Eine solche Bestimmung würde kein Lebenselixier, sondern im Gegenteil, sie würde Gift für die flämische Bewegung sein. Ich habe es auch schon nicht gern gesehen, daß Graf Hertling in seiner Rede die Unabhängigkeit Belgiens in der Form ausgesprochen hat, daß Belgien Niemandes Vasall sein dürfe. Die richtigere Form wäre gewesen, daß wir die Unabhängigkeit Belgiens anerkennen und Belgien immer darin

unterstützen werden, wenn es seine Unabhängigkeit Anderen gegenüber zu wahren haben sollte. Denn in erster Linie ist die Unabhängigkeit Belgiens eigenes Interesse, und die beste und realste Garantie, die wir finden können, daß Belgien sich nicht mit unseren Feinden verbinde und ihnen ein Aufmarschgebiet gewähre, ist der Wunsch der Belgier selbst, dieses Schicksal zu vermeiden. Ob sie diesen Wunsch haben werden oder nicht, das hängt nicht zum wenigsten von der deutschen Politik ab. Der ingrimmige Haß, der augenblicklich so viele belgische Herzen gegen uns erfüllt, braucht keineswegs dauernd die belgische Politik zu bestimmen. Unter der Decke ist heute bereits auch ein starker Englandhaß bemerkbar, und man kann nicht voraussagen, welche von diesen beiden Stimmungen schließlich die Oberhand behalten wird. Politik wird überdies keineswegs bloß nach Stimmungen, sondern nach Interessen gemacht. Die flämische Bewegung richtig behandelt, muß da allmählich zu einem sehr starken Bundesgenossen für uns erwachsen.

Alle diese Aussichten verschwimmen aber immer wieder, wenn es den Gegnern gelingt, die Hertlingsche Erklärung über die volle Unabhängigkeit Belgiens unter einer Decke von Zweifeln zu ersticken. Das zu verhindern, ist die erste und notwendigste Aufgabe des neuen Staatssekretärs, des Admirals von Hintze. Daß die Erklärung jetzt überhaupt gekommen ist, verdanken wir ja offenbar indirekt diesem Personenwechsel. Wenn Herr von Hintze früher einmal als Kandidat für den Posten des Staatssekretärs für das Auswärtige Amt genannt wurde, pflegte er sich einer gewissen freundlichen Protektion der Alldeutschen Presse zu erfreuen. Die Folge war, daß er selber in den Ruf alldeutscher Neigungen kam, und um ihn davon im Inland und im Ausland zu entlasten, mußte gleichzeitig mit seiner Ernennung die Erklärung über Belgien erfolgen. Steht uns nun da etwas Aehnliches bevor wie vor einem Jahr mit dem Reichskanzler Michaelis, der uns bei seinem Antritt die schönsten Erklärungen machte und nachher einen Brief an seine Korpsbrüder veröffentlichen ließ, daß das von ihm verkündigte Programm seinen eigenen Ueberzeugungen nicht entsprochen habe? Das deutsche Volk darf sich das nicht zum zweiten Mal bieten lassen, und wir werden bald genug wissen, woran wir sind. In der Alldeutschen Presse, in der Deutschen Tageszeitung, in der Täglichen Rundschau sind Artikel erschienen, in denen jene Unstimmigkeiten bei der Veröffentlichung der Hertlingschen Erklärung geschickt

benutzt worden sind, um in ihr Hintertürchen zu entdecken, aus denen man wieder herausspazieren könne. Die Nordd. Allg. Zeitung hat diese Quertreiberei zurückgewiesen, aber bloß in der Form, daß sie einen Artikel dieses Inhalts aus der Parlam. Zentrums-Korrespondenz abdruckte. Das ist nicht genug. In diesem Artikel war zwar ganz gut gesagt, daß die Sicherung, die Deutschland zu verlangen habe, darin besteht, daß Belgien selbständig und Niemandes Vasall sei; aber solche indirekten Feststellungen schlagen nicht durch, und nicht nur die Nordd. Allg. Zeitung, sondern auch der Staatssekretär persönlich muß auf der Bresche stehen, und er muß nicht nur Angriffe abwehren, sondern er muß selber angreifen. Zu einer guten Festungsverteidigung gehört auch der Ausfall. Solange der Herr Staatssekretär sich vorsichtig zurückhält, wissen wir nicht und weiß die Welt nicht, woran wir sind, und hat dieser Zustand einer auch noch so leisen Unsicherheit erst eine Zeitlang gedauert, so wissen wir nur zu gut, woran wir sind, daß wir nämlich einen Staatssekretär haben, der nicht in der Lage ist, uns und der Welt den Frieden zu schaffen. Denn eine unentbehrliche Eigenschaft, über die ein solcher Staatssekretär verfügen muß, ist, daß er einen täglichen Kampf auf Leben und Tod gegen die Alldeutschen führt. Solange der Staatssekretär des Auswärtigen das nicht tut, ist von deutscher Seite nicht alles geschehen, was möglich war, um das Tor zu den Friedensverhandlungen zu öffnen. Wir wissen dann, daß die Furcht vor der chauvinistischen Strömung in Deutschland an der leitenden Stelle noch immer zu stark ist, um eine klare und ehrliche Friedenspolitik zu verfolgen. Der gefährlichste Feind einer guten nationalen Politik ist immer der mißgeleitete Patriotismus. Das hat schon Thucydides gewußt; das hat Ranke gelehrt; das hat Bismarck erfahren. Deshalb kann uns niemand jetzt den Frieden bringen, der nicht vorher den Krieg erklärt hat an das Alldeutschentum. Man kann nicht gleichzeitig von den Engländern verlangen, daß sie an die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens glauben, und den Alldeutschen die Hoffnung lassen, daß man ihr heimlicher Freund und Gesinnungsgenosse sei. Welche Stellung der neue Staatssekretär in dieser Frage einnimmt, das wird uns und der Welt zeigen, wes Geistes Kind er ist.

Der Augenblick erscheint nicht sehr günstig für diese Betrachtungen, da wieder die Schlacht im Westen tobt und die Worte des Diplomaten, wenn sie auch für den weltgeschichtlichen Verlauf

oft wichtiger sind als die Schlachtentscheidungen, doch nicht in der Stunde angebracht sind, die von Mars regiert wird. Solange bei den Westvölkern die Hoffnung besteht, uns positiv niederzuringen, können die Friedensfreunde naturgemäß nicht aufkommen, und man kann die Frage aufwerfen, ob die Hertlingsche Erklärung nicht schon zu spät gekommen ist. Noch am 29. Juni schrieb „Daily News", daß man sich doch eigentlich auf beiden Seiten zu Friedensverhandlungen bereit erklärt habe und sich fragen lasse, weshalb die Tafelrunde denn nicht zusammentrete. Baron Kühlmann, so fährt der Artikel fort, stellt eine Vorbedingung auf. Er sagte: „es kann keine Diskussion geben über die absolute Integrität des Deutschen Reiches und der Länder seiner Verbündeten. Auch wir haben unsere Vorbedingung. Es ist Belgien. Ueber diesen Gegenstand kann es keine Diskussion geben"; aber Baron Kühlmann lehnt diese Bedingung ab. Mit anderen Worten, er stellt eine Bedingung auf, die die Elsaß-Lothringische Frage von der Diskussion ausschließt, und verwirft die Bedingung, die das unreduzierbare Minimum von Groß-Britannien bildet. Eine sehr bedeutsame Verstärkung hat diese Friedensrichtung durch den bisherigen Vizekönig von Irland Lord Wimborne erhalten, der sogar eine Resolution über Einleitung von Friedensverhandlungen im Oberhause einbringen wollte und sie nur vor dem entschiedenen Widerspruch der Regierung zurückzog.

Die Erklärung ist, daß die amerikanische Hilfe in erheblichem Maßstabe in die Front eingerückt ist*), und in den Ententeregierungen von neuem die Hoffnung erregt hat, daß man uns doch noch unsere Faustpfänder mit Gewalt entreißen werde. Die Nachrichten, die von drüben kamen, standen noch unter sich in starkem Widerspruch. Lloyd George sprach von 900000 Mann, die da seien, in Amerika aber wurde verkündigt, daß erst bis zum 1. September eine Million in Frankreich angekommen sein würde. Ganz ebenso unsicher schien man über die Zukunft: bald hieß es, bis zum 1. Januar würden 4 Millionen Soldaten eingekleidet sein, bald hieß es, bis zum 1. Januar würden die 4 Millionen bereits in Frankreich angelangt sein.

---

*) „Unsere Offensive zum Stillstand gebracht, sie sogar ein Stück zurückgedrückt", wurde von der Zensur gestrichen. Ueber weitere Verstümmlungen dieses Artikels s. unten S. 205/06.

In einem unlöslichen Widerspruch mit der Leistung, die die amerikanische Flotte in Truppentransporten aufzuweisen hat, scheinen die Klagen zu stehen, die noch fortwährend über die Erfolge unserer Tauchboote und den Rückgang der englischen Tonnage durch die englischen Zeitungen gehn. Es sei unmöglich, lesen wir hier immer wieder, gleichzeitig die Mannschaft aufzubringen, die der Dienst des Schützengrabens und die der Dienst des Schiffbaus verlangt; noch immer versenken die Deutschen mehr Schiffe als die englischen Werften neue liefern können.

Hinter diesen Klagen versteckt sich ein Kummer, der nicht so ganz offen ausgesprochen wird, aber noch von sehr erheblicher Bedeutung werden kann. Es ist richtig, daß die englische Tonnage noch fortwährend zurückgeht, die amerikanische aber wächst.

Es ist den Amerikanern gelungen, ihre Transporte ohne große Verluste durch unsere Tauchboote über den Ozean zu bringen. Geht das nun so weiter, so sagen sich die Engländer, daß selbst wenn der Krieg gegen Deutschland gut ausgehen sollte, sie dennoch an dem Siege keine Freude haben dürften, denn nicht nur zu Lande würden sie der amerikanischen Hilfe den Erfolg zu danken haben, sondern auch die kommerzielle Seeherrschaft würde mit dem Lauf der Ereignisse von England nach Amerika hinübergeglitten sein. „Daily Telegraph" schrieb am 18. Juli: „Wir haben niemals geglaubt, daß der Feind uns aushungern kann. Die Gefahr, der wir gegenüberstehen, ist der allmähliche Verlust unserer Handelsverbindungen mit den entfernten Teilen der Welt infolge der Abberufung des Schiffsraums von entfernten Meeren nach den näher liegenden Handelsstraßen. Die Maschinerie unseres Handels wird immer schwächer. Märkte werden aufgegeben, Geschäftsverbindungen vieler Jahre werden in die Hände von Konkurrenten geliefert, die sehr wohl die sich ihnen jetzt bietenden Möglichkeiten erkennen. Infolge des Mangels an Schiffsraum verlieren wir unsere Stellung in Gebieten, von denen unsere zukünftige Fähigkeit, uns von den Kriegswirkungen zu erholen, abhängt."

In Deutschland erklärt man sich das Eintreten Amerikas in den Krieg gern durch die angelsächsische Bluts- und Interessengemeinschaft. Das ist in jeder Beziehung eine Fabel und zwar eine höchst schädliche, da sie den Einblick in die wahren Motive der amerikanischen Politik verhüllt und man die richtige Politik nur machen kann, bei richtiger Einsicht ebensowohl in die Motive wie

in die Kräfte des Gegners. Wer die amerikanische Politik richtig verstehen will, sei verwiesen auf die ausgezeichnete Schrift von M. J. Bonn „Was will Wilson?“ *), worin alle die Torheiten, die darüber in der alldeutschen Presse in Deutschland verbreitet werden, einleuchtend widerlegt sind. So z. B. auch die tiefsinnige Konstruktion, das amerikanische Volk sei von seinem wilden Kriegsenthusiasmus ergriffen, opfere die Milliarden dutzendweise und schicke seine Bürger auf die Schlachtbank, weil es der Entente einige Milliarden vorgeschossen habe und bei einem deutschen Siege um die Rückzahlung bange geworden sei; oder aber es mache diesen ungeheuren Krieg, bloß um einen Deckmantel zu haben, damit es sich eine Rüstung anschaffen könne gegen die Japaner; oder aber, es tue das alles, wozu ja auch noch die völlige Aufopferung seiner so hoch geschätzten Freiheit im Innern kommt, aus herzlicher Liebe zu seinen Blutfreunden, den Engländern.

Es sind ja immer wieder dieselben Kreise und dieselben Zeitungen, die das deutsche Volk mit solchen Narreteien an der Nase herumführen und das deutsche Volk läßt sich das gefallen. Es sieht noch immer Autoritäten, wo die Autorität längst verbraucht ist. Von einem Mann z. B. wie der Großadmiral von Tirpitz darf man jetzt, bei aller Anerkennung seiner sonstigen hervorragenden Eigenschaften, doch wohl sagen, daß er seinen Mangel an politischer Voraussicht und politischem Urteil genügend dokumentiert habe. Er selber müßte einsehen, daß die Politik sein Fach nicht ist. Aber man hat noch nichts davon gehört, daß er den Vorsitz in der Vaterlandspartei niedergelegt habe oder daß die Vaterlandspartei selber, nachdem nun die Ereignisse die Unzulänglichkeit ihrer Führer und das Verfehlte ihres Bestrebens mit nur zu grauser Deutlichkeit an den Tag gebracht haben, ihre Auflösung beschlossen hätte. Denn in dieser Organisation sitzen doch wohl vorwiegend die Politiker, die die Lehre vertraten, daß Deutschland unter allen Umständen die Flandrische Küste festhalten müßte, und daß der Eintritt Amerikas in den Krieg für uns nicht nur kein Schade, sondern sogar ein Vorteil sei.

Heute hat Deutschland dem Streben nach der Flandrischen Küste entsagt und der Fortgang des Krieges beruht ausschließlich auf

*) M. J. Bonn, „Was will Wilson?“ 107 S. Verlag Georg Müller, München.

der Kraft und dem Willen der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses selbe Amerika ist in einem der allerwichtigsten Punkte, die das fürchterliche Weltringen bedingen, in der Frage der Freiheit der Meere nicht unser Gegner, sondern sogar prinzipiell unser Gesinnungsgenosse und Verbündeter. Am 11. Februar d. J. hat der Präsident Wilson vier Grundsätze aufgestellt, die für den zukünftigen Frieden als Richtlinien dienen müßten. Der deutsche Reichskanzler hat diese Grundsätze sofort (25. Februar) in einer öffentlichen Rede angenommen. Weshalb kommt es nun nicht zu Friedensverhandlungen? Weil die Anderen den Frieden nicht wollen. Ganz recht. Aber weshalb wollen sie ihn nicht? Amerika ist mit uns grundsätzlich in sehr weiter Uebereinstimmung, und England hat vor Augen, daß auch bei einer erfolgreichen Fortsetzung des Krieges die Weltseeherrschaft, um die es kämpft, tatsächlich dahinschwindet. Sollte es wirklich bloß an den Anderen und nicht etwas auch an unserer eigenen Politik liegen, daß man nicht zusammenkommt?

Die englische Wochenschrift „New Europa" hat geschrieben: „Wäre während des Krieges die deutsche Politik auf der Höhe der deutschen Strategie gewesen, was wäre dann aus der Entente geworden?"

August 1918.

Ist das „System Brentano" zusammengebrochen? Ueber Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus von Lujo Brentano, Professor a. d. Univ. München. Berlin, Erich Reiß, 114 S.

Eine sehr interessante, vortreffliche Schrift mit sehr schweren Fehlern. Der erste ist der barocke Titel, der sich auf einen Angriff eines bayerischen Abgeordneten bezieht, aber auf Leser, die diese Aeußerung nicht kennen, natürlich ein wenig einladenden Eindruck macht. Es handelt sich um die Rolle und die Bedeutung, die die deutsche Sozialpolitik und der Schutzzoll in diesem Weltkriege zu beanspruchen haben. Das Deutsche Reich hat sich siegreich behaupten können, weil die für vaterlandslos und revolutionär geltende Arbeiterschaft sich unter seine Fahnen gestellt hat und ihm treu geblieben ist, und daß sie das getan hat, ver-

danken wir unserer Sozialpolitik, um die sich neben anderen Professoren auch Brentano wesentliche Verdienste erworben hat. Freilich führt er selber aus, daß er den Weg, den Deutschland eingeschlagen hat, eigentlich nicht für den richtigen gehalten, sondern daß er die alte englische Methode, die autonomen Gewerkschaftsvereine als ausschließliche Träger der sozialen Arbeiterinteressen für das Beste gehalten habe. Der natürliche Zug der Dinge hat aber aus unseren Krankenkassen doch Institute werden lassen, die dem Brentanoschen Ideal gegen die Absicht ihrer Schöpfer Dienste leisten. Darin mag man dem Verfasser recht geben. Seine Opposition gegen die Bismarcksche Methode der Sozialpolitik wird aber dadurch nicht gerechtfertigt, und das führt auf den zweiten fundamentalen Fehler seiner Darlegungen wie seiner Grundauffassung, das ungenügende Verständnis für das Wesen des Staates. Obschon auch er natürlich die Beschränkung des Staates auf den bloßen Rechtsschutz als „Nachtwächter-Idee" sarkastisch ablehnt, so ist er doch von der Erfassung der ganzen Lebensfülle und Macht des Staatsgedankens weit entfernt. Er ist im Grunde ein bloß wirtschaftspolitisch orientierter Kopf und muß deshalb in der Wissenschaftsgeschichte hinter Schmoller und Wagner zurückstehen, die sich viel tiefer mit dem Staatsgedanken durchdrungen hatten. Es gibt ja viele Leute, die unpolitisch genug diesen Krieg aus wirtschaftlichen Ursachen erklären, aber wenige dürften doch so weit gehen, wie unser Verfasser, der frischweg erklärt, daß, wenn das Freihandelssystem zur vollen Durchführung gekommen wäre, der Krieg, der so namenloses Unglück über die Welt gebracht hat, nicht gekommen oder wenigstens nicht den die ganze Erde umspannenden Umfang angenommen hätte. Obgleich Brentano den Gedanken des Gleichgewichts der Macht unter den Großstaaten nicht ganz verkennt, verschwimmt er ihm doch mit den Vorstellungen von der günstigen oder ungünstigen Handelsbilanz des Merkantilismus. Aus bloßer Handelseifersucht meint er, seien England und Amerika in den Krieg eingetreten. Hätten wir erst auf der ganzen Welt den Freihandel, so müßte man mit ihm schließen, hätten die Völker überhaupt keinen Grund mehr, aufeinander eifersüchtig zu sein, und auch der Gedanke des Gleichgewichts, um dessentwillen die Völker nun seit mehr als 400 Jahren immer von neuem in den Krieg getrieben worden sind, könnte als veraltet und überflüssig in die Rumpelkammer gestellt werden. Die Auf-

fassung des Autors ist also durchaus einseitig und parteiisch, im Besonderen gegen den ganzen Stand der Landwirte fallen bitterböse und sehr ungerechte Seitenbemerkungen. Nichtsdestoweniger ist die Schrift als Ganzes in hohem Grade interessant, und wenn ich mich, was die Vergangenheit betrifft, in direktem Gegensatz zu Brentano befinde und unsere Schutzzollpolitik für prinzipiell richtig gehalten habe und halte, so huldige ich, was die Zukunft betrifft, derselben Meinung wie er, daß wir nämlich einer neuen Freihandelsperiode entgegengehen. Sie wird ganz von selber kommen, da die ungeheure Höhe der Preise, unter der wir jetzt leben, sich wohl nach dem Kriege mildern, aber niemals, so weit Menschen vorausrechnen, wieder so abbauen läßt, daß man die Zölle, die ja jetzt suspendiert sind, wieder einführen kann. Schon im Jahre 1915 habe ich das an dieser Stelle ausgeführt (Bd. 1, S. 153). Könnte man die öffentliche Meinung schon heute von der Richtigkeit dieses Gedankenganges überzeugen und den allgemeinen Freihandel als Friedensprogramm proklamieren, so würden wir uns damit in der ganzen Welt eine mächtige Bundesgenossenschaft gewinnen, die dem Frieden sehr zustatten kommen würde.

Ehrlicher Friedenswille.
Der Tauchbootkrieg und Amerika.

18. August 1918.

Das deutsche Volk ist einst in den Weltkrieg gegangen in dem Bewußtsein, einen ehrlichen und gerechten Verteidigungskrieg zu führen. Wir fühlten uns von allen Seiten überfallen. Wir wollten selber keinen Krieg und waren völlig sicher, daß auch der Kaiser und sein Kanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, durchaus friedlich gesinnt waren und nichts anstrebten, als dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke als gleichberechtigt unter den großen Nationen der Erde einen ehrenvollen Platz zu behaupten. Ist es dennoch zu dem schreckensvollen Blutvergießen gekommen, so dürfen wir und werden immer der Ueberzeugung leben dürfen, daß die Schuld bei unseren Gegnern zu suchen ist. Viel weniger gut steht das deutsche Volk aber da mit seinem Verhalten während des Krieges selbst. Der Heroismus des Kampfes und die Einmütigkeit

und Entschlossenheit der Parteien in der Abwehr der Feinde sind über jedes Lob erhaben. Aber politisch müssen wir ernstliche Einkehr halten. Die Ausdehnung und Verlängerung des Krieges ist trotz unserer wiederholten Friedensangebote doch zu einem nicht ganz kleinen Teile auch von uns verschuldet. Woher schöpfen unsere Gegner die erstaunliche Kraft, die ungeheure Zähigkeit ihres Vernichtungswillens? Bloß aus dem Haß, den sie gegen uns hegen? Aus dem Neid, mit dem unser aufblühender Reichtum sie gegen uns erfüllt? Bloß aus dem einmal entfesselten Grimm der Kriegs-Psychose? Wer die gegnerische Presse irgendeines der feindlichen Länder einigermaßen verfolgt, der findet immer wieder die Betrachtung, daß, wenn Deutschland nicht niedergekämpft werde, die Welt des Friedens nicht mehr froh werden könne; die Zukunft aller Völker stehe auf dem Spiel und sei durch uns bedroht; die Wunden und Verluste dieses Krieges würden bald ausgeheilt sein und der kriegerische Geist unseres Volkes werde wieder ausbrechen und es zu neuen Abenteuern treiben; die großen Nationen kämpften nicht nur für sich selbst, sondern gleichzeitig für die Freiheit aller kleineren Völker, für die Freiheit der Welt. Mit besonderer Beredsamkeit verficht diese Gedanken auch der ehemalige amerikanische Botschafter Gerard in seinen von tiefer Feindseligkeit gegen uns erfüllten und in vielem unzuverlässigen, aber glänzend geschriebenen Erinnerungen an seinen Aufenthalt in Berlin. Wenn Deutschland erst Europa unter seine Vorherrschaft gebracht habe, prophezeit er, so werde es auch die Vereinigten Staaten bedrohen, nicht zwar direkt, aber so, daß es sich irgendeines Gebietes in Mittel- oder Süd-Amerika bemächtigte, wohin sich von Deutschland nicht viel schwieriger Truppen transportieren ließen, als aus den Vereinigten Staaten. Im amerikanischen Senat hat man gar ausgemalt, daß Deutschland ganz Rußland in seine Abhängigkeit bringen und dann die Vereinigten Staaten über Sibirien angreifen werde. Von solchen Ahnungen beängstigt, beißen die Völker die Zähne zusammen, reihen sich eins ans andere und bringen Opfer auf Opfer, um, wie Lloyd George es ausgedrückt hat, nicht durch voreilige Abkürzung des jetzigen Krieges der nächsten Generation einen noch viel schwereren aufzuladen. Es wäre zu billig, aber auch sehr leichtsinnig, diese Auffassung als reine Heuchelei erklären zu wollen. Sie ist wirklich vorhanden, wird von unendlich vielen Menschen ehrlich geglaubt, und ist

die eigentliche Quelle der Kraft in den Anstrengungen der Westvölker.

Hätte eine solche, die ganze Welt erfüllende Stimmung entstehen können, wenn Deutschland von Anbeginn des Krieges an, auch wenn wir militärisch noch so glänzend standen, dabei geblieben wäre, daß wir einen Verteidigungskrieg führten und keine Machterweiterung anstrebten? Wenn wir immer fest darauf bestanden hätten, zwar an dem Kolonialwesen der großen Nationen entsprechend beteiligt zu sein, in Europa aber nichts weiter zu begehren?

Gehen wir doch etwas weiter zurück bis vor den Krieg. So gewiß wir den Krieg nicht gewollt haben, so müssen wir doch bekennen, daß wir in Deutschland eine Bewegung hatten, die den Argwohn der anderen Nationen erregte und von der öffentlichen Meinung viel zu wenig beachtet, jedenfalls lange nicht scharf genug zurückgewiesen worden ist. Wir kannten unser eigenes Volk so wenig, daß die Meisten die Zukunftsgefahr, die uns bedrohe, in der revolutionären Sozialdemokratie erblickten. Die „Preußischen Jahrbücher" können sich das Zeugnis geben, daß sie lange vor dem Kriege geschrieben haben, die Alldeutschen seien viel gefährlicher als die Sozialdemokraten, da diese uns in einen Krieg verwickeln könnten, der sonst vermieden werden könne. Der Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, hat die alldeutschen Hetzereien scharf getadelt, und als Herr v. Heydebrand sich einmal im Reichstag in pathetischen chauvinistischen Redewendungen erging, schlug ihn der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schonungslos zu Boden. An Abwehr hat es also nicht gefehlt, aber wie ungeheuer uns das alldeutsche Treiben geschadet hat, wie sehr jede verstiegene Aeußerung von den gleichgestimmten feindlichen Chauvinisten-Parteien ausgeschlachtet worden ist, das hat uns doch erst der Krieg selber gelehrt. Die falsche Marine-Politik des Admirals v. Tirpitz, der statt der Untersee-Boote einen Dreadnought über den anderen baute, die nun doch die Blockade der Nordsee nicht verhindern können, den Argwohn der Engländer aber bis zur Raserei steigerten, wirkte damit aufs Unheilvollste zusammen. Die Vorstellungen von dem Streben nach einer deutschen Welthegemonie, die heute alle Völker erfüllen, sind also nur die Fortbildung von Ansätzen, die schon vor dem Kriege vorhanden waren. Statt aber diesen Verdacht möglichst aus der Welt zu

schaffen, haben wir nur zu viel getan, um ihn noch zu verstärken. Man stellte die Theorie auf, Deutschland müsse im Friedensschluß seine Macht derart vergrößern, daß niemand wieder wagen könne, es anzugreifen — ohne zu bedenken, daß eine Macht, die von niemand, auch von keiner Koalition mehr angegriffen werden kann, selber aber in der Lage ist, die anderen anzugreifen, für diese anderen eine Bedrohung bildet, die sie alles aufbieten werden, von sich abzuwehren. Aber Deutschland war erfüllt von jener Vorstellung und immer von neuem verkündigte man sie im Reichstag. Der Führer des Zentrums, Herr Spahn, forderte, daß wir Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in der Hand behalten sollten. Aehnlich Herr Müller-Meiningen von den Freisinnigen. Die sechs großen wirtschaftlichen Verbände reichten im Frühjahr 1915 ihre Petitionen ein, worin nicht nur Belgien und von Frankreich und Polen Tausende von Quadratmeilen verlangt wurden, sondern auch gleich hinzugefügt, daß alle größeren Besitzer oder sogar die ganze Bewohnerschaft aus diesen zu erwerbenden Landschaften entfernt werden sollten, um das Land besser in der Hand zu behalten oder es deutsch zu machen. Eine Petition von mehr als 1000 Notabeln, geführt von einigen Professoren, schloß sich diesen Forderungen an. Es ist heute fast peinlich, an diese Vorgänge zu erinnern, aber da ein großer Teil des deutschen Volkes noch immer den Führern anhängt, die es einst mit solchen Wahnideen betört haben, so muß man suchen, es durch die Erfahrung, die es bereits mit diesen Führern gemacht hat, zur Besinnung zu bringen. Es sind ja dieselben Kreise, die uns mit sicheren Mienen versprochen haben, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg die Engländer binnen spätestens sechs Monaten auf die Knie zwingen werde. Es sind dieselben Kreise, die uns geschworen haben, daß Amerika nur bluffe, daß es nicht imstande sei, eine Armee aufzustellen und daß, wenn es eine aufstellen sollte, nicht imstande sei, sie nach Europa zu schaffen. Es sind dieselben Kreise, die die wildesten Gerüchte im Volke verbreiteten, aus welchen Gründen England geschont werde. Es sind dieselben Kreise, die den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wegen seiner Mäßigung mit den giftigsten Schmähungen verfolgten. Es sind dieselben Kreise, die in der „Vaterlandspartei" sich zusammengefunden und die patriotische Einigkeit des deutschen Volkes zerrissen haben. Es sind dieselben Kreise, die, als die

Mehrheit der deutschen Volksvertretung spät genug der politischen Besonnenheit Raum gab, ihr dafür mit Schimpfnamen lohnten.

Als jene Petition, die die großen Gebietserwerbungen im Westen und Osten forderte, zur Unterzeichnung umging, wurde dabei gesagt, es brauche das ja nicht Alles erfüllt zu werden; man könne sich auch mit weniger begnügen. Man wies hin auf den Vernichtungswillen unserer Gegner und die ungeheuerlichen Forderungen, die von dort herübertönten.

Aber wie haben diese englisch-französischen Forderungen auch auf uns gewirkt? Man darf sagen, sie sind unsere besten Bundesgenossen geworden, um unser Volk fest zu machen in unerschütterlichem Durchhalten. An dieser Selbst-Erfahrung muß man sein Urteil bilden, um zu verstehen, wie unsere Feinde durch die deutschen Pläne zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte aufgepeitscht worden sind. Das haben die deutschen Patrioten nicht bedacht, die meinten, es schade nicht, wenn man etwas zu viel fordere, und harmlos die unseligen Petitionen unterzeichneten. Hatte man uns drüben die Verletzung der belgischen Neutralität, die wir doch durch Notwehr entschuldigen konnten, schon übel genug genommen, so schien jetzt vollends die deutsche Bösartigkeit erwiesen. Das deutsche Volk hat heute die Folgen auszubaden. Das durch diese und ähnliche Vorgänge erregte Mißtrauen der Welt ist nicht so leicht wieder zu beschwichtigen, und in dem Mißtrauen gegen unsere Machtpläne liegt eins der allerstärksten Friedenshindernisse.

Man kann sich darauf berufen, daß doch die Regierung in Deutschland niemals den Eroberungs-Fanatikern zugestimmt hat, daß im Gegenteil der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die wütendsten Angriffe über sich hat ergehen lassen müssen, weil er sie ablehnte, und daß seine Nachfolger seine Politik ohne jede prinzipielle Abweichung fortgesetzt haben. Aber das hat nicht genügt. Ich habe hier in meiner vorigen Monats-Betrachtung gesagt, schon Herr v. Bethmann Hollweg habe von Belgien den Ausdruck „Faustpfand" gebraucht und damit kundgetan, daß wir es nicht zu behalten gedächten. Das war nicht ganz richtig. Herr v. Bethmann Hollweg hat allerdings wohl als Erster das Wort „Faustpfand" im Reichstag (9. Dezember 1915) gebraucht, aber gerade nicht in bezug auf Belgien, sondern in bezug auf die sonstigen Gebiete, die das Schwert unserer Gewalt unterworfen. Erst im

Laufe der Debatte ist dann durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg das Wort auch auf Belgien angewandt worden und hat sich dadurch eingebürgert. Der Unterschied ist aber nicht groß, denn immerhin hat Herr v. Bethmann Hollweg der annexionistischen Richtung so weit nachgegeben, daß er „reale Garantien" dafür forderte, daß Belgien nicht das Aufmarschgebiet unserer Feinde in einem Zukunftskriege werden könne, und solche „realen Garantien" lassen sich leicht als eine Art Oberherrschaft ausdeuten. Man darf Herrn v. Bethmann Hollweg selber dagegen in Schutz nehmen, daß er auf dem Wege der „Garantien" Belgien habe zu einem deutschen Vasallenstaat herabdrücken wollen. Was Gerard darüber in seinem Buche erzählt, hat Herr v. Bethmann Hollweg in aller Form dementiert und wird auch sonst durch alle seine Aeußerungen widerlegt. Er hat ausdrücklich und wiederholt (19. Aug. 1915, 9. Dez. 1915) den Verteidigungscharakter des Krieges unterstrichen und uns dagegen verwahrt, daß wir die kleinen Völker bedrohten: „Nicht um fremde Völker zu unterjochen, führen wir diesen uns aufgezwungenen Kampf, sondern zum Schutz unseres Lebens und unserer Freiheit." Der feindliche Argwohn aber war zu stark, um durch solche immerhin dehnbare Formel überwunden zu werden. Hat nun Herr v. Bethmann, weil er selber „reale Garantien" für notwendig hielt, hat er aus Rücksicht auf unsere Chauvinisten im Innern jene Forderung aufgestellt, immer blieb es der Stachel und Sporn für den Kriegswillen unserer Feinde. Denn wogegen diese sich vorsehen wollen, das ist nicht bloß die Absicht einer gegenwärtigen Regierung, sondern auch der etwaige böse Wille einer zukünftigen, zu der sie in unserm Staatsleben die Auffätze und Kräfte zu bemerken glauben. Sie nennen das den preußischen Militarismus verbunden mit der Ideologie des Pangermanismus.

Man wird einwenden, der Reichstag habe doch in seiner Resolution am 19. Juli 1917 einen „Versöhnungsfrieden" angeboten und damit gar keinen Erfolg gehabt. Aber ist denn unsererseits die Politik dieser Resolution wirklich ehrlich und konsequent durchgeführt worden? Stellte sich nicht sehr bald heraus, daß der Reichskanzler Michaelis innerlich keineswegs auf diesem Boden stand? Hat nicht trotz der Resolution die Agitation für die Herrschaft über die flandrische Küste unentwegt fortgearbeitet? Ist die Regierung dieser Agitation mit Ernst ent-

gegengetreten? Durfte nicht in Deutschland selbst die Meinung verfochten werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gar nicht hinter der Mehrheit des Reichstages stehe? Hat nicht, sobald es uns militärisch besser zu gehen schien, sogar eine Agitation eingesetzt, die Resolution in aller Form zurückzunehmen? Hat nicht auch der Reichskanzler Graf Hertling gezögert und gezögert, bis er endlich die deutliche Erklärung über Belgien abgab? Hat sich der Reichstag nicht diese unverzeihliche Unterlassung Monat auf Monat schweigend gefallen lassen? Ist nicht sogar die Erklärung selber noch mit allerhand Schleiern behängt worden? Hat man nicht immer noch zu erkennen gegeben, daß Deutschland ein Stück polnisches Land zu annektieren begehre? Unsere Feinde werfen uns vor, daß auch der Friede von Brest-Litowsk und der Friede mit Rumänien mit dem angeblich versöhnlichen Geist unserer Politik im Widerspruch stünden. Ich habe diese Anklage bereits früher an dieser Stelle zurückgewiesen. Leider aber muß zugestanden werden, daß wir die schönste Gelegenheit zu beweisen, daß wir den Geist der Unterdrückung kleinerer Nationen bei uns ausgekehrt hätten, nicht benutzt haben. Groß-Livland ist in der Oberschicht deutsch, die Masse der Bevölkerung besteht aus Letten und Esten, die nach einer kulturellen Ausbildung ihrer Nationalität streben. Nichts war einfacher, nichts harmloser, als daß wir in der feierlichsten, unbedingt verpflichtenden Form die Gleichberechtigung der drei Nationalitäten proklamierten. Ein erheblicher Teil der Letten und Esten wäre bereit gewesen, sich unter dieser Voraussetzung und auf dieser Basis rückhaltlos an Deutschland anzuschließen. Statt dessen haben wir sofort unter dem Einfluß fanatischer Deutsch-Balten, die über ihr Partikular-Interesse nicht hinauszublicken vermögen, mit germanisierender Unterdrückungs-Politik eingesetzt. Als richtiges Schulmeister-Volk haben wir sofort eine neue Schulordnung eingeführt, die die Letten und Esten zwar besser stellt als bei uns die Polen und Dänen, aber von Gleichberechtigung weit entfernt ist, und selbst die maßvollen Konzessionen an die lettische und estnische Sprache, die Adolph v. Harnack, selbst ein geborener Balte, für die Universität Dorpat verlangte, sind in der schroffsten Form zurückgewiesen worden.

Wohin wir sehen, allenthalben zeigt sich, daß weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk alles getan haben, was

ratsam war und was in ihren Kräften stand, um die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens und der Achtung vor den Rechten kleinerer Nationen zu verbürgen. Im Gegenteil, wir haben nur zu viel getan, um die Führer der Kriegsparteien drüben, Herrn Lloyd George und Herrn Clemenceau, in ihren Stellungen zu befestigen und ihnen Beweisstücke in die Hand zu geben, daß die Deutschen von einem für die Freiheit anderer Völker bedrohlichen Geiste erfüllt seien. Man verschanze sich nicht dahinter, daß wir doch nur um unsere eigene Sicherheit besorgt seien. Im Namen der eigenen Sicherheit ist es leicht, jede Art von Forderung zu begründen. Um ihrer eigenen Sicherheit willen müßten sie die Rheingrenze verlangen, erklärten 1795 die Franzosen und lehnten den angebotenen Frieden ab. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Frankreich auch in seinen alten Grenzen Sicherung genug genoß und so wird sie auch lehren, daß Deutschland ohne die Herrschaft über die flandrische Küste leben und gedeihen kann. Daß wir ohne sie immer nur ein Kolonialreich von Englands Gnaden haben könnten, ist eine völlig unberechtigte, namentlich von dem Kolonialpolitiker Emil Zimmermann widerlegte Behauptung, die schon dadurch abgetan wird, daß die Engländer genau von derselben Angst erfüllt sind, wie die deutschen Bramarbasse: sie glauben, nicht nur ihre Kolonien, sondern ihre ganze Seeherrschaft sei verloren, wenn Deutschland ein Kolonialreich behalte, in dem es eine farbige Armee aufstellen und Stationen für Tauchboote einrichten könne.

Daß die Erklärung über Belgien, auch wenn sie früher abgegeben worden wäre, uns nicht ohne Weiteres den Frieden gebracht haben würde, ist selbstverständlich. Die Gegner haben ja noch viele andere und gänzlich unerfüllbare Forderungen. Würde sich, nachdem wir die Erfüllung dieser Forderung zugesagt, nicht sofort dahinter eine weitere erhoben haben? Ganz richtig, aber es kommt darauf an, ein wie großer Teil der feindlichen Völker hinter diesen und hinter jenen Forderungen steht. Hinter der belgischen Forderung stehen sie alle einmütig bis auf den letzten Mann. Nicht in dem Sinne, als wenn die Engländer und Franzosen aus Liebe zu den Belgiern und um der Gerechtigkeit der belgischen Sache willen in den Krieg gezogen seien, sondern deshalb, weil die Selbständigkeit Belgiens ein französisches und ein englisches Eigen-Interesse ist. So lange dieses Interesse

nicht sichergestellt ist, herrscht drüben naturgemäß die Richtung, die den Krieg bis zum Aeußersten durchzukämpfen verspricht. Aus ihrem Munde hören wir immer wieder die Erklärungen, daß sie uns vernichten, uns von der menschlichen Gesellschaft ausschließen wollen. Antworten wir in derselben Tonart, so ist des Krieges ein Ende nicht abzusehen. Wir tun das nicht; auch die Extremsten unter uns tun das nicht. Aber wir tun auch nicht genug, haben darin sogar sehr viel versäumt, um der besseren Gesinnung drüben zum Durchbruch zu verhelfen. Heute liegen die Dinge so, daß wir drüben Männer am Ruder sehen, die bei uns etwa den Herren v. Tirpitz, Graf Westarp, Graf Reventlow entsprechen; bei uns herrscht die gemäßigte Richtung, aber sie herrscht nicht mit derjenigen Sicherheit und Konsequenz, die Vertrauen einflößt, und das ist nicht so sehr Schuld der Personen als des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, das den chauvinistischen Treibereien nicht den genügenden Widerstand geleistet, sie nicht rechtzeitig als Verirrung und Kriegspsychose abgelehnt und zurückgewiesen hat. Was geschehen wäre, wenn wir die Politik, die in der Reichstagsresolution ihren, wenn auch nicht sehr glücklichen, doch immerhin erkennbaren Ausdruck fand, konsequent durchgeführt hätten, vermag niemand zu sagen. Aber angenommen, die von mir erwarteten günstigen Folgen wären nicht eingetreten, was hätte Ungünstiges daraus entstehen können? War es etwa nötig, Eroberungsziele aufzustellen, um unseren Soldaten erhöhten Kampfesmut zu geben? Nichts ist falscher. Für die Verteidigung des Vaterlandes wollen sie sich schlagen bis zum Aeußersten, für die flandrische Küste oder Eroberungen in Polen wollen sie es nicht. Glaubt man, daß das große Ziel ein Zeugnis großer Siegesgewißheit sei und insofern den Kampfesmut steigere, so ist auch das nicht richtig; aber selbst wenn es richtig wäre, so wäre es zu teuer erkauft, da, sobald das große Ziel sich als Illusion erweist, der Rückschlag zur allertiefsten moralischen Depression führen muß.

Nichts rächt sich in der Politik mehr als die Unterschätzung des Feindes, die Ueberschätzung der eigenen Kraft. Der Soldat darf und soll anders denken; er muß glauben, es mit der ganzen Welt aufnehmen zu können. Trotzdem besteht auch die Strategie nicht in bloßem Draufgehen, und rechtzeitige Rückzüge gelten in der Weltgeschichte und auch in diesem Kriege wieder als

Meisterstücke der Feldherrenkunst. In der Politik ist das umsichtige Abschätzen der Weltkräfte das eigentliche Geheimnis des dauernden Erfolges. Die Feder des Diplomaten soll nicht verderben, was das Schwert des Soldaten gewonnen, war im Munde Blüchers ein schönes echtes Soldatenwort; sachlich berechtigt aber war es nicht. Wir sehen jetzt nur zu deutlich, daß Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg durch keinerlei Diplomatie in der Lage waren, für Preußen oder für Deutschland weder beim Pariser Frieden noch auf dem Wiener Kongreß mehr zu erreichen als sie erreicht haben; die entgegengesetzte Ueberlieferung hat ihnen bitteres Unrecht getan, und ein Historiker, der das Blüchersche Wort heute noch als politische Maxime zitiert, blamiert sich. Die schließliche Auswertung militärischer Erfolge muß sich immer vollziehen in Ansehung der Gesamtkräfte hüben und drüben und darf nicht bloß von einer augenblicklichen militärischen Lage oder der militärischen Zuversicht ausgehen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Erklärung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges seit dem 1. Februar 1917 zu werten, worüber jüngst neue Theorien an den Tag getreten sind, die eine Besprechung erfordern. Zunächst ist festzustellen, daß diejenigen, die uns ihrer Zeit diese Wendung empfohlen haben, mit ihren Voraussagungen derart Unrecht behalten haben, daß man sie als politisch urteilslos bezeichnen darf. Man hat uns auf das Bestimmteste versprochen, daß binnen einer Reihe von Monaten England derart geschädigt sein werde, daß es um Frieden bitten müsse. Der Hauptwortführer dieser Agitation, der Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung", beruft sich jetzt darauf, daß er nie einen bestimmten Termin in Aussicht gestellt habe. Diese Behauptung steht in starkem Widerspruch mit den Tatsachen. Graf Reventlow ist allerdings insofern vorsichtiger gewesen als der Großadmiral v. Tirpitz, als er keine bestimmte Monatszahl genannt hat, aber nicht nur hat auch er uns eine „rasche" Niederkämpfung Englands in Aussicht gestellt (Deutsche Tageszeitg. v. 1. Dez. 1916), sondern er hat sich auch immer dafür eingesetzt, daß die Admirale, die die „rücksichtslose" Kriegführung empfahlen, in jeder Beziehung zur Abgabe eines Urteils kompetent seien. Als ich einwandte, daß die Admirale gewiß für die marinetechnische Seite der Frage kompetent seien, daß es sich hier aber auch um die wirtschaftliche Seite handle, die ganz andere Kennt-

nisse erfordere, erwiderte mir Graf Reventlow sehr von oben herab, auch hierüber stehe den Admiralen das Urteil zu. Nun wir wissen ja heute, was von diesem Urteil zu halten ist. Nicht anders ist es mit dem Urteil über den Eintritt Amerikas in den Krieg. Nur eine große politische Unkenntnis konnte unseren führenden Kreisen den Gedanken vortragen oder unterlegen, daß der Eintritt dieses Riesenstaates militärisch nichts zu bedeuten habe, oder daß gar, wie derselbe Graf Reventlow mit Vorliebe verkündete, Amerikas Teilnahme für uns vorteilhafter sei, als seine feindselige Neutralität. In seiner Verlegenheit ist dieser gewandte Publizist nun auf die Ausrede zurückgekommen, Alles wäre gut gegangen, wenn wir den Entschluß ein Jahr früher gefaßt hätten. Allerhand Gründe führte er dafür an, nur die Hauptsache umgeht er mit der größten Sorgsamkeit, nämlich die Zahl der Tauchboote, die uns in dem einen und in dem anderen Jahre zur Verfügung standen*). Da diese Zahlen Anderen bekannt sind, werden sie wohl auch dem Grafen Reventlow bekannt sein. Unter klüglicher Ueberlegung dieses durchschlagenden Tatbestandes stützt sich Graf Reventlow auf zwei andere Argumente. Er behauptet, im Laufe des Jahres 1916 hätten die Engländer Abwehrmaßregeln gefunden — eine Vorstellung, die dadurch widerlegt wird, daß unsere Tauchboote ja gerade in den ersten Monaten nach dem Februar 1917 sehr große Erfolge hatten. Dann aber kommt Graf Reventlow mit der wahrhaft imponierenden Behauptung, wenn wir 1916 bereits losgegangen wären mit dem rücksichtslosen Tauchbootkrieg, so hätten die Amerikaner uns gar nicht den Krieg erklärt; die Stimmung sei dafür noch nicht reif gewesen. Wenn es richtig wäre, müßte man zugestehen, daß es durchschlagend wäre. Eben aber ist der frühere Marine-Attaché in Washington, Kapitän z. S. Boy-Ed, in einem Interview mit der gerade entgegengesetzten Behauptung aufgetreten, daß der Tauchboot-Entschluß deshalb richtig gewesen sei, weil die Vereinigten Staaten unter allen Umständen gegen uns in den Krieg eingetreten wären, und Graf Reventlow hat ihm schleunigst zugestimmt. Es ist gewiß recht charakteristisch,

*) Bei Ausbruch des Krieges verfügte Deutschland, eingeschlossen die ältesten, kaum noch verwendbaren, über 27 fertige U-Boote; 1916 über 56, 1917, als der wirtschaftliche Krieg erklärt wurde, über 109, im April über 126 Frontboote. Die höchste Zahl war im Oktober 1917 146, im Juni 1918 nur noch 113. Im Laufe des Jahres 1917 sind 83 neu eingestellt und 66 verloren worden.

daß die Verteidiger des verhängnisvollen Entschlusses sich auf diese Weise widersprechen und gegenseitig widerlegen; in der Sache aber muß man unzweifelhaft dem Kapitän Boy-Ed beitreten, mit der Maßgabe, daß Amerika ganz gewiß gegen uns in den Krieg eingetreten wäre — wenn wir uns nicht durch den Präsidenten Wilson den Frieden vermitteln ließen. Darüber ist noch Einiges zu sagen, zunächst aber sei noch bemerkt, daß das Mißurteil des Großadmirals v. Tirpitz, des Grafen Reventlow und ihrer Freunde in der Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungen des Tauchbootkrieges und der Kriegsbeteiligung der Vereinigten Staaten natürlich durch das Argument des Kapitäns Boy-Ed in keiner Weise gebessert wird. Diese Herren sind und bleiben als falsche Propheten gekennzeichnet und das deutsche Volk muß immer von neuem darauf hingewiesen werden, daß es die Konsequenzen daraus ziehen möge. Niemals hätte sich die öffentliche Meinung in Deutschland für den rücksichtslosen Tauchbootkrieg gewinnen lassen, wenn ihr von Anfang an gesagt worden wäre, daß dieses Mittel uns auch in anderthalb Jahren noch nicht den Frieden bringen, dafür uns aber die Vereinigten Staaten als neuen Feind auf den Hals ziehen werde, und die Herren, die uns über diese Verhältnisse so gründlich in die Irre geführt haben, bleiben dafür verantwortlich. Der Entschluß zum verschärften Tauchbootkriege selber aber ist möglicherweise auf dem ganz entgegengesetzten Wege, nämlich dem, den jetzt Kapitän Boy-Ed eingeschlagen hat, zu rechtfertigen.

Ueber die amerikanische Auffassung und Stimmung gibt uns das Buch des Botschafters Gerard in seiner Bösartigkeit sehr guten Aufschluß. Das Buch ist in Widerspruch mit sich selbst. Einmal wird eingehend dargelegt, wie der Botschafter sich alle Mühe gegeben habe, trotz aller Zusammenstöße den Frieden zwischen den beiden Mächten zu erhalten, bis dann die Erklärung Deutschlands vom 1. Februar 1917 alles zerrissen und den Krieg unvermeidlich gemacht habe. Danach hätte Amerika also dauernd neutral bleiben können. Dann aber wird ebenso eingehend begründet, daß der militaristisch-herrschsüchtige Geist des preußisch-deutschen Staates das friedliche Zusammenleben unmöglich mache und Amerika gezwungen habe, für die eigene und die Freiheit der Welt das Schwert zu ziehen. Danach mußte Amerika also unter allen Umständen auf die Seite der Entente treten. Ueber die Wahrheit oder

Unwahrheit der Gerardschen Sätze zu streiten oder sich zu entrüsten, ist überflüssig; nur ganz beiläufig erwähnen wir, daß England ein volles Viertel der Erde, ganz abgesehen von seiner Welt-Seeherrschaft, sich unterworfen hat, man aber streiten kann, ob im 19. Jahrhundert die Vereinigten Staaten in der Ausdehnung ihrer Herrschaft nicht noch ausgreifender gewesen seien als England. Auch Rußland und Frankreich haben große Reiche erworben und Deutschland sehr wenig. Aber lassen wir das und halten uns nur daran, daß mit mehr oder weniger Heuchelei Herr Gerard gleichzeitig erklärt, Amerika sei durch einen Sieg Deutschlands bedroht gewesen, und er habe sich bis zu unserer Tauchbooterklärung bemüht, Amerika neutral zu halten. Das vereinigt sich so, daß man Herrn Gerard dahin ergänzt, daß Amerika unter keinen Umständen einen deutschen Sieg zulassen wollte, der uns eine Oberherrschaft in Europa gegeben hätte, daß es aber bereit und geneigt gewesen wäre, einen Frieden zu vermitteln, der die europäischen Mächte im Gleichgewicht erhielt und dadurch Amerika verbürgte, daß seine Monroedoktrin unangetastet bleiben würde. Wie würde der Friede ausgesehen haben, den Amerika zu vermitteln wünschte und den wir durch die Erklärung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges ausgeschaltet haben? Sicher ist, daß er uns das weitere Blutvergießen und 60 — 100 Milliarden an Nationalvermögen erspart haben würde, im übrigen aber wird sich erst nach Abschluß des Krieges selber mit einiger Sicherheit sagen lassen können, ob und was wir durch die Verlängerung des Krieges gewonnen oder verloren haben. Im Januar 1917, als Wilson an seiner Vermittlung arbeitete, stand noch das zaristische Riesenheer ungebrochen an unserer Ostfront, war die Entente noch voller Hoffnung, uns vollständig zu besiegen und lehnte deshalb ihrerseits Wilsons Bestrebungen zornwütig ab. Die „Daily News" hat kürzlich (15. Juli) eine Depesche ihres stets gut unterrichteten Vertreters in New York gebracht, die, unter der Ueberschrift „Das wirkliche Kriegsziel Amerikas", folgendermaßen lautet: „In seiner letzten Rede gibt Graf Hertling eine unrichtige Darstellung des Standpunktes des Präsidenten Wilson, der wiederholt bekannt gegeben hat, er wünsche nicht die Vernichtung Deutschlands. Die Vereinigten Staaten fordern im Gegenteil gleiches Recht für alle Völker, Deutschland mit inbegriffen. Dieses Recht würde auch Deutschland seine vollständige wirtschaftliche Entfaltung verbürgen."

Ob Wilson heute so denkt, ist vielleicht doch fraglich; daß er vor seiner Kriegserklärung an uns so gedacht hat, ist sehr wahrscheinlich. Kein Wunder also, daß die Feinde, die unsere Vernichtung betrieben, von seiner Vermittlung nichts wissen wollten. Kein Wunder auch, daß diejenigen, die die flandrische Küste für uns begehrten und erklären, daß ohne diese Deutschland sich selbst aufgebe, die Vermittlung ebenfalls verwarfen, denn unter Wilsons Vermittlung würden wir genötigt gewesen sein, Belgien wieder zu räumen. Heute aber, wo wir die flandrische Küste selber aufgegeben haben, darf man wieder die Frage stellen, ob wir damals richtig gehandelt haben, wennschon die definitive Antwort erst — soweit überhaupt möglich — nach dem Friedensschluß gegeben werden kann.

Von dem Urteil über diejenigen, die den verschärften Tauchbootkrieg betrieben haben, ist nun aber zu trennen das Urteil über den verantwortlichen Staatsmann, der dem Kaiser schließlich geraten hat, den Beschluß zu fassen und die Ausführung anzubefehlen. Der ganz überwiegende Teil der öffentlichen Meinung und viele Männer in den höchsten Stellungen waren damals überzeugt, daß der rücksichtslose Tauchbootkrieg uns binnen wenigen Monaten einen glänzenden Frieden bringen werde. Admiral v. Tirpitz hatte seine ganze Autorität dafür eingesetzt.*) Niemals hätte man es der öffentlichen Meinung begreiflich gemacht, daß man aus guten und zureichenden Gründen auf die Anwendung dieser letzten und schärfsten Waffe in dem uns aufgedrungenen Kriege verzichtet habe, um so weniger als ja auch einige unberechenbare Faktoren in dem Exempel waren: man konnte nicht wissen, ob nicht etwa der Terror so stark sein werde, daß zum wenigsten die neutralen Schiffer sich weigern würden, durch das Sperrgebiet zu fahren. Man wußte auch nicht mit absoluter Sicherheit, ob Präsident Wilson, der doch im Grunde seines Herzens Pazifist ist, sich wirklich bis zum Kriege treiben lassen werde. Der damalige Staatssekretär Zimmermann glaubte es, wie seine Rede auf dem vielbesprochenen amerikanischen Bankett beweist, wirklich nicht. Es ist die Natur, die Kurzsichtigkeit und auch wieder die Größe der Völker, daß, wenn das Schwert einmal gezogen ist, sie nicht nachlassen wollen, bis sie das Aeußerste eingesetzt haben. Der Fehler liegt bei denjenigen, die dem Volke über die Wirksamkeit und die sonstigen Folgen des

*) Diesen Satz mußte ich auf Verlangen der Zensur streichen.

vorgeschlagenen Mittels falsche Vorstellungen aufgeredet und anscheinend beweiskräftig demonstriert haben. Da wir in einem konstitutionellen Staate leben und den Krieg nur im Einklang mit der öffentlichen Stimmung führen können, das Volk aber einmal an die falschen Propheten glaubte, so mußten auch die Beschlüsse demgemäß gefaßt werden. Heute behaupten die englischen und amerikanischen Minister, daß der monatliche Zuwachs ihres Schiffsraumes 100 000 Tonnen mehr beträgt, als der Verlust. Schwerlich ist das wirklich wahr.*) Aber selbst wenn es wahr wäre, so würde es den großen Leistungen des amerikanischen und nicht des englischen Schiffsbaus verdankt. Die amerikanische Handelsflotte, die vor dem Kriege nichts zu bedeuten hatte, ist heute schon, mit Einschluß der erbeuteten deutschen und der von den Neutralen erpreßten Schiffe etwa halb so groß wie die englische. Hier eröffnet sich eine Folge des Tauchbootkrieges, die ursprünglich nicht in Berechnung gezogen, für die Beendigung des Krieges, wie schon in unserem vorigen Heft angedeutet, entscheidend werden kann. Denn es kommt, wie eine englische Zeitung gesagt hat, nicht bloß darauf an, den Krieg, sondern auch den Frieden zu gewinnen. Die angelsächsische Blutsfreundschaft geht nicht so weit, sich gegenseitig die Seeherrschaft zu gönnen und England beginnt zu sehen, daß es sich durch die Fortsetzung des Krieges selber ruiniere zugunsten Amerikas und Japans.

Die Welt kann heute den Frieden, den sie sucht, nicht finden, weil auf beiden Seiten Parteien existieren, die so von Argwohn erfüllt sind, daß sie nur in der völligen Zerschmetterung des Gegners die eigene zukünftige Sicherheit verbürgt sehen wollen. Der Unterschied ist, daß in England und Frankreich diese Parteien das Staatsruder in der Hand haben; bei uns haben sie es nicht, sind aber immerhin so stark, daß sie die richtige Politik bisher nicht voll zur Entwicklung haben gelangen lassen. Hüben wie drüben besteht also, wennschon in verschiedenem Grade, die Aufgabe, der öffentlichen Meinung klar zu machen, daß die angeblichen Sicherungen, für die man kämpfen zu müssen glaubt, in Wahrheit entbehrlich sind. In Deutschland ist ein gut Stück darin bereits geschehen. Seit Hertlings Erklärung über Belgien heraus ist, ist das Gerede über die flandrische Küste so gut wie verstummt.

*) Diesen Satz mußte ich auf Verlangen der Zensur einfügen.

Die „Vaterlandspartei" hat sich zwar noch nicht aufgelöst, läßt aber kaum noch etwas von sich hören. Faßte sich die Regierung endlich ein Herz, erklärte den Alldeutschen offen den Krieg und sammelte alle Elemente um sich, die ehrlich auf den Gedanken des Weltfriedensbundes eingehen und an ihm, soweit er realisierbar ist, mitarbeiten wollen, so wäre viel gewonnen. Der Führer der englischen Friedenspartei, Lord Lansdowne, hat es schwerer, weil er selber von dem Aberglauben besessen ist, Deutschland habe 1914 den Krieg entfesselt, um die Weltherrschaft zu erobern. Aber, hat er seinem Volke auseinandergesetzt, da wir nun gesehen hätten, wie uns unser Vorhaben mißglückt sei, so werde man sich wieder mit uns vertragen können, und andere Redner haben in der Versammlung, die Lord Lansdowne zustimmte, ausgeführt, man dürfe den Krieg nicht im Geiste der Rache führen und dadurch das eigene Land dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin entgegentreiben. Der Gedanke, ein so großes Volk wie das deutsche vernichten zu wollen, sei unsinnig; man sehe ja in England nur zu sehr, daß selbst ein so kleines Volk wie das irische sich nicht vernichten lasse.

Das beste Mittel der Welt zu zeigen, daß das regierende Deutschland endgültig und unwiderruflich den alldeutschen Bestrebungen die Tür gewiesen hat, wäre, wenn die Regierung alle jene alldeutschen Verhetzungen vor dem Kriege sammeln ließe und aus der feindlichen Literatur nachwiese, wie sehr uns dieses Gebaren geschadet und zur Entzündung der Kriegskatastrophe beigetragen hat. Durch einen solchen Akt würde sie dem deutschen Volke und der Welt das unanfechtbare Zeugnis geben, daß sie mit diesen Willeleien nichts zu tun hat und von einem wahren, ehrlichen Friedensstreben beseelt ist. Die Welt verlangt und hat ein Recht zu verlangen, daß das deutsche Volk ihr eine Bürgschaft gebe, daß der alldeutsche Geist, der Geist der Ueberhebung, der Gewalt, der Bildungsfeindlichkeit, des Heidentums, nicht der deutsche Geist sei. Sagt man, daß in den anderen Völkern Chauvinismus und Jingoismus noch viel giftigere Blüten erzeugt hätten, als bei uns das Alldeutschtum, und daß wir deshalb von den Gegnern ebensoviel oder noch viel mehr Bürgschaften zu fordern hätten, als diese von uns, so ist darauf zu erwidern, daß die Gleichsetzung nicht zutrifft. Der Chauvinismus drüben, namentlich in Frankreich, war die regierende Macht, und wir haben uns die Bürgschaft gegen die Wiederholung seiner Angriffe geschaffen, indem wir bewiesen

haben, daß sie nichts gegen uns ausrichten können. Das Alldeutschtum bei uns aber war immer nur eine Sekte, eine Gruppe von Fanatikern ohne wesentlichen Einfluß, bis die Kriegspsychose ihm zu wirklicher Bedeutung verhalf. Aberglaube und Argwohn haben in den Augen unserer Feinde die Bedeutung ins Ungeheuerliche gesteigert. Diese Mißdeutung ist es, die wir im Interesse des Friedens zu bekämpfen und nach Möglichkeit aus der Welt zu schaffen haben. Das ist nicht nur diplomatisch klug, sondern auch eine sittliche Pflicht, weil immerhin das Alldeutschtum bei uns einen Raum gewonnen hatte, der unseren Volkscharakter sittlich belastete.

Solf und Prinz Max.

29. August 1918.

Der Artikel „Ehrlicher Friedenswille" war bereits im Satz, als der Staatssekretär Solf am 20. August in der „Deutschen Gesellschaft" seine Rede gegen den englischen Minister Balfour hielt. Man kann nicht sagen, wie es mehrfach geschehen ist, daß diese Rede einen völlig neuen Ton in die internationale Debatte gebracht habe. Schon Herr v. Bethmann Hollweg hat zuweilen ähnlich gesprochen, auch Graf Czernin und auch Graf Hertling in seiner Antwort an den Präsidenten Wilson. Aber es ist immer bei vereinzelten Vorstößen geblieben. Von einer wirklich neuen Wendung wird man erst sprechen dürfen, wenn die Solfsche Rede nur die Einleitung bildet zu einem systematischen Redekampf, den nicht nur der Staatssekretär der Kolonien, sondern alle Minister, vor allem der Reichskanzler selbst und der Staatssekretär des Auswärtigen unablässig führen. Es gilt dreierlei, was schon die Solfsche Rede in ausgezeichneter Weise vereinigt: es gilt, die moralische Position Deutschlands in der Welt, die durch die wilde Verleumdungskampagne unserer Feinde schwer erschüttert ist, in sachlichen Darlegungen und Widerlegungen zu verteidigen; es gilt der Welt Klarheit und Sicherheit zu geben über die deutschen Kriegsziele; es gilt, die heuchlerische Maske, hinter der unsere Feinde ihre imperialistischen Ziele verstecken, zu zerreißen und ihr wahres Gesicht ans Licht zu bringen. Deutschland will nicht und darf nicht wollen einen Frieden der Gewalt, sondern einen

Frieden der Freiheit und der Gerechtigkeit. Deutschland muß absagen jener zugleich utopischen und kulturwidrigen Idee, daß es um seiner eigenen „Sicherung" willen nötig habe, die Freiheit anderer Völker zu unterdrücken. Deutschland muß zugestehen, daß in seinem Innern diese Idee bisher leider nur zu viele Anhänger gezählt hat, und daß der Friede auf Erden nur kommen kann, wenn wie bei den Anderen, so auch bei uns der böse Geist der Vergewaltigung niedergekämpft und in die Tiefen verbannt wird, wohin er gehört. Die Solfsche Rede war ein Wirkungsschießen mit schweren Kalibern — wird ihm der Sturm folgen? Die „Deutsche Tageszeitung" hat halb höhnisch, halb erschrocken gefragt, ob diese Rede etwa der Anfang der Bekämpfung der Alldeutschen sein solle, den Dr. Rohrbach und ich schon so lange forderten. Was Graf Reventlow fürchtet, ist meine Hoffnung. Sehr groß ist sie, offen gestanden, bei den Erfahrungen, die man bisher mit unserem Auswärtigen Amt gemacht hat, nicht.

In nicht minder eindrucksvoller Weise wie Herr Dr. Solf hat Prinz Max von Baden bei der Zentenarfeier der badischen Verfassung den Wert der allgemeinen Menschheits-Ideen verkündet, deren besonderer Träger zu sein das deutsche Volk sich einst rühmte, um sich dann, wie es schien, in den Netzen eines engherzigen Nationalismus zu verstricken. Die Gewißheit, daß wir uns aus diesen Netzen wieder befreien werden, gibt uns die Tatsache, daß erst der Krieg selbst die Verirrung zu einer wirklich wesentlichen Bedeutung erhoben hat, daß vor dem Kriege die große Mehrzahl sowohl in den Massen, wie in den gebildeten Schichten sich dagegen ablehnend verhielt und das Massen-Alldeutschtum nichts als eine Umformung des Kriegs-Enthusiasmus darstellt. Die furchtbare Erfahrung des Krieges wird uns auch wieder davon befreien, und es hat ja auch Männer genug gegeben, die überhaupt niemals dem Götzen des Nationalismus geopfert haben, nicht etwa bloß in den Kreisen, die einer prinzipiell internationalen Gesinnung huldigten, sondern auch unter denen, die als aktive Politiker den Grundsatz, daß der Staat auf Macht beruhe, erkannt und nach Kräften unterstützt haben. Beweis ist, daß jene unselige Petition der 1000 Notablen, die 1915 die großen Gebietserwerbungen verlangte, sofort in einer Gegenerklärung aus denselben Kreisen zurückgewiesen wurde. Beweis ist der „Volksbund für Freiheit und Vaterland", der Korporationen mit 4½ Millionen

Mitgliedern umfaßt, zum nicht geringen Teil konservativ gerichtete, und immer von neuem mit Erklärungen ganz desselben Geistes, wie die Reden des Staatssekretärs Solf und des Prinzen Max, an die Oeffentlichkeit tritt.

Die Solfsche Rede ist insofern in einem wenig günstigen Moment gekommen, als wir gerade im Felde Niederlagen erlitten haben und die feindlichen Staatsmänner nun mit billigem Spott erklären, erst diese Niederlage hätte uns zur Vernunft gebracht, vorher habe man einen solchen Ton nie aus Deutschland vernommen. Mit Schadenfreude registriert Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" diese Stimmen und schließt daraus, daß solche, wie er höhnt „von Moral triefenden Reden" uns nur schadeten. Natürlich wäre es besser gewesen, die Solfsche Rede, die ja als eine Kundgebung der Reichsleitung aufzufassen ist, wäre im vorigen Frühjahr zur Zeit unserer großen Erfolge gehalten worden.

Aber immer ist es besser, daß sie jetzt gehalten wurde, als gar nicht, und wir können uns ja auch darauf berufen, daß die Tonart im Munde deutscher Staatsmänner keineswegs vollständig neu war, wie z. B. Lord Cecil behauptet hat. Mit dem Wechsel des Kriegsglücks haben die beiden Reden um so weniger zu tun, als die Welt weiß, daß die beiden Herren diese Gesinnung von jeher gehegt haben. „Kolonisieren ist Missionieren" ist das Motto des Staatssekretärs Dr. Solf schon vor dem Kriege gewesen, und Prinz Max hat von Anbeginn des Krieges an durch die Tat seine Gesinnung bewährt, und als wir auf der Höhe unserer Erfolge waren, ganz in demselben Geiste gesprochen. Ist uns das Kriegsglück auch eine Zeitlang ungünstig gewesen, so sind wir doch guter Zuversicht, daß eine neue Wendung nicht ausbleiben wird, und daß auch bei unseren Feinden dann die Frage, ob es jetzt endlich Zeit sei, der Besonnenheit Raum zu geben, wieder aufgeworfen werden wird. In Amerika scheint allerdings der Kriegsenthusiasmus so stark zu sein, daß er sich nicht leicht wird hemmen lassen. In England und Frankreich aber ist ein Umschwung, sobald man die Sicherheit gewinnt, daß auch bei uns die bessere Gesinnung die entschiedene Oberhand hat, nicht ausgeschlossen. Im Sommer war diese Richtung bereits ziemlich stark, aber der Siegesrausch, der Alles erfüllt, hat sie jetzt natürlich wieder in den Hintergrund gedrängt. So geht es im unerfreulichen Wechsel:

siegen wir, so triumphieren bei uns die Alldeutschen und an den Frieden ist nicht zu denken; siegen die Anderen, so wird alles übertönt von dem Ruf, daß Deutschland vernichtet werden müsse. Im Frühjahr war in England die Agitation, den Krieg durch die Begründung der allgemeinen Völkerliga zu beenden, sehr stark. Eindrucksvoll hat H. G. Wells in einem jüngst erschienenen Buche „In the fourth year. Anticipations of World Peace" (Verlag von Chatto & Windus) ausgeführt, daß die Menschheit nur die Wahl zwischen der Abschaffung des Krieges und dem Untergang der Zivilisation habe. „Wir werden gewaltige Landpanzer haben, malt er aus, welche Städte zerquetschen. Wir werden Luftangriffe haben — mögen die Londoner, die ja ihre Erfahrung haben, sich eine Luftstreife vorstellen, die Stunde auf Stunde, Tag auf Tag fortgeht — die die Städte tatsächlich ausbrennen und zerstören, die Menschen zu Tausenden in Wahnsinn treiben. Wir werden ein völliges Aufhören des Seeverkehrs haben. Selbst der Landverkehr wird schwer gehemmt sein durch die Fliegerangriffe. Ich zweifle, ob irgendeine Art sozialer Ordnung einem mit der modernen Technik voll durchgeführten Kriege wird standhalten können." In ähnlichem Sinne haben Alfred Spender und Lord Grey, der ehemalige Minister, geschrieben. Wütend hat die konservative „Morninig-Post" erwidert, daß es Deutschland sei, das insgeheim die ganze Idee des Völkerbundes im Gange halte und nur zum Schein Opposition mache, um seine Narren um so gründlicher hinters Licht zu führen. Der Völkerbund sei nur der Deckmantel für unsere Pläne und Ambitionen. Seit den englischen Erfolgen in Artois soll denn auch die Hochschätzung des Völkerbundsgedankens in England stark im Schwinden begriffen sein, und so jagen wir uns gegenseitig im Kreise herum: haben wir Erfolge, so verlangen wir „Sicherungen", die die Anderen nicht geben wollen, und haben diese Erfolge, so wollen sie den Frieden nirgendswo anders schließen als in Berlin.

Ehe nicht der Feldmarschall Hindenburg die Westfront wieder festgemacht hat, ist politisch nichts zu tun. Für Friedensangebote ist heute kein Raum. An den ersten militärischen Erfolg aber muß sofort die politische Aktion ansetzen. Sie kann in nichts anderem bestehen, als daß wir alle Mittel in Bewegung setzen, die Anderen davon zu überzeugen, daß unsere wiederholten Friedensangebote nicht, wie sie argwöhnten, Fallen, sondern ehrlich gemeint waren;

daß wir klar und bestimmt erklären, daß wir weder im Osten noch im Westen die Freiheit anderer Völker vergewaltigen wollen und keine „Sicherungen" verlangen, die für andere Völker Bedrohungen darstellen. Eindruck machen kann eine solche Politik aber nur, wenn sie von Männern ausgeführt wird, denen man glaubt. Nichts könnte sie umgekehrt mehr kompromittieren, als wenn sie verkündet wird von Persönlichkeiten, die selber bisher im Fahrwasser des Alldeutschtums geschwommen haben, denn das wäre das Zeichen, daß wir uns nicht anders zu helfen wissen, daß wir vor dem Zusammenbruch stehen. Nicht ein Ausfluß der Schwäche darf die wahre deutsche Politik sein, sondern ein Ausdruck unserer Stärke, des wahren, reineren Deutschtums, das die Herrschaft, die ihm eine Zeitlang entglitten war, wieder ergreift, so wie sie ihm gebührt.

Der General Freiherr v. Gebsattel, ein führendes Mitglied des Alldeutschen Verbandes, hat eine Art Aufruf erlassen, einen neuen Burgfrieden herzustellen, um das ganze Volk in der Abwehr des Feindes zu vereinigen. Nichts ist wünschenswerter und notwendiger als diese Einigkeit im Kampf, aber auf dem Wege des Burgfriedens würde sie uns ins Verderben führen. Ein Burgfriede in dem Hauptproblem im Innern würde heißen, den Massen das Vertrauen rauben, daß ihnen in Preußen das versprochene Wahlrecht gegeben werde, und ein Burgfriede in den Kriegszielen würde heißen, daß wir bescheiden sind, so lange es uns schlecht geht und wieder aufprotzen, sobald die Gefahr vorüber ist. Es wäre das gerade Gegenteil von dem, was wir tun müssen, wenn wir in absehbarer Zeit einen Frieden haben wollen. Eine richtige Politik kann nicht gemacht werden, ohne Opposition zu erregen, und je offener diese Opposition sich äußert, desto besser ist es. Nicht daß die Opposition schweigt, darauf kommt es an, sondern darauf, daß sie ohnmächtig ist. Nicht Burgfrieden gebrauchen wir, sondern eine starke Regierung, welche sich nicht scheut, unbeirrt auf dem als richtig erkannten Wege vorzuschreiten. Die „Tägliche Rundschau" stellt die Dinge auf den Kopf, wenn sie behauptet, die Ablehnung, wie sie es ausdrückt, die Denunziation der alldeutschen Kriegsziele erweiche den Siegeswillen unserer Truppen und verwirre sie, statt sie zu stärken. Nichts kann den entschlossenen Kampfeswillen unserer Feldgrauen mehr stärken, als wenn sie sicher wissen, daß wir alles getan haben, was in

unserer Macht steht, den Frieden zu schaffen, und daß es allein der Feind ist, dessen wilde Wut uns zwingt, weiter zu fechten. Ehe wir aber das Alldeutschtum, seine Kriegsziele und die blasphemische Predigt vom „deutschen Herrenvolk" nicht eingestampft haben, ehe das nicht geschehen ist und ehe nicht auch die Regierung in aller Form sich zu dieser Tat bekannt und sich an ihr beteiligt hat, eher kann die Stunde für die Friedensverhandlungen nicht schlagen. Der Burgfriede, den der Freiherr v. Gebsattel vorschlägt, könnte, wenn er dem Vaterlande dienen soll, nur darin bestehen, daß der Alldeutsche Verband, der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden" und die „Vaterlandspartei" ihren Bestrebungen entsagten und sich auflösen. An diesem Tage würde der Ruf des Prinzen Max von Baden „Schließet die Reihen" zur Wahrheit werden. Deutschland wäre unüberwindlich und seine Zukunft gesichert. Tun sie das nicht, so verlangt es das Interesse des Vaterlandes, daß diese politischen Verirrungen weiter mit aller Entschlossenheit bekämpft werden.

Das selbständige Polen.

29. August 1918.

Die unheimliche Schwierigkeit des polnischen Problems liegt nicht in dem mit eingewurzelter Ungerechtigkeit bei uns geschmähten polnischen Nationalcharakter; sie liegt auch nicht in den vier Millionen Polen, die in Preußen wohnen, denn diese sind derart verteilt und mit Deutschen vermischt, daß, wenn wir sie nur einigermaßen vernünftig behandeln, wir mit ihnen leicht fertig werden können. Die unlösbare Schwierigkeit liegt in dem Verhältnis zu den österreichischen Polen, zu Galizien. Nachdem Kongreßpolen von der russischen Unterjochung befreit ist, liegt kein innerer Grund mehr vor, weshalb diese Polen sich nicht mit ihren Brüdern in Galizien zu einem Staatswesen vereinigen sollten. Man mag jetzt Einrichtungen treffen, welche man will, das Streben nach dieser Vereinigung wird nicht aufhören. Kommt Warschau nicht zu Galizien, so wird Galizien streben, zu Warschau zu kommen. Ein habsburgischer Staatsmann kann daher nicht wohl anders, als schon heute die Vereinigung verlangen, nämlich die Vereinigung

unter dem Szepter Habsburgs. Ich gehöre zu denjenigen, die von deutschem Standpunkt diese Lösung für zulässig halten. Ich glaube nicht, daß ein durch diese Angliederung vergrößertes, trialistisches Oesterreich uns jemals gefährlich werden könnte; ich glaube nicht an eine Oberherrschaft der vereinigten Slaven in diesem vergrößerten Oesterreich; ich glaube dagegen, daß das Ausscheiden der galizischen Polen aus Deutsch-Oesterreich für das Deutschtum in Oesterreich und damit mittelbar für uns vorteilhaft gewesen wäre. Was dennoch gegen die Einbeziehung Warschaus in die habsburgische Monarchie spricht, ist vor allem das wirtschaftliche Moment: die unbestreitbare Tatsache, daß Polen wirtschaftlich nicht nach Süden, sondern nach Norden, zur Ostsee, tendiert, seinen natürlichen wirtschaftlichen Anschluß also beim Deutschen Reich suchen muß. Die Konsequenz der Vereinigung Polens mit Oesterreich wäre also gewesen der wirtschaftliche Zusammenschluß der beiden Gesamtstaaten, das sogenannte Mittel-Europa. Dessen Aussichten scheinen sehr gering, und das wirkt wieder auf die austropolnische Konstruktion ungünstig zurück. Ueberdies aber bringt, wie jetzt auch die „Neue Freie Presse" anerkannt hat, die Eingliederung Kongreß-Polens Umwälzungen und damit Schwierigkeiten für den Körper der Doppel-Monarchie, die kaum zu überwinden sind. Das Ausscheiden Galiziens aus dem staatsrechtlichenn Verbande mit Oesterreich, die Stellung der galizischen Ukrainer, die Bukowina, die Forderungen der Ungarn, allenthalben Streitobjekte, die über eine friedliche Einigung kaum zu erzielen wäre.

Aus welchen Gründen auch immer: es verlautet, daß auf der jüngsten Zusammenkunft der beiden Kaiser im deutschen Hauptquartier die austropolnische Lösung definitiv begraben worden sei und daß statt dessen der Erzherzog Karl Stephan als König von Polen in Aussicht genommen worden ist. Dieses selbständige Polen unter einem habsburgischen Prinzen soll dann politisch mit beiden Mittelmächten zusammen in ein Bündnis treten und wirtschaftlich enger an Deutschland angeschlossen werden, besonders auch dadurch, daß ihm in Danzig eine Freihafen-Stellung gewährt und der Weg dahin zu Wasser und zu Lande verbürgt wird. Die Grenzen sollen unverändert oder so gut wie unverändert bleiben.

Man würde also darauf hinauskommen, daß die früher russischen Polen einen selbständigen Mittelstaat bilden und darauf verzichten müssen, ein großes geschlossenes Nationalreich aufzu-

richten. Sie werden das ungern genug ertragen und Europa und die Nachbarn werden sich darauf gefaßt machen müssen, daß sich ihre Schöpfung als ein Herd dauernder Unruhe erweist. Aber es gibt keine Lösung der polnischen Frage, die nicht ihre Gefahren und Mängel hätte, und der Grund liegt nicht in dem Egoismus der Nachbarmächte, sondern in den historischen und geographischen Bedingungen, unter denen das polnische Volk nun einmal lebt und geworden ist. Es gibt eine große polnische Nation, mit bedeutender Tradition, eigener Kultur und nationalem Selbstbewußtsein. Aber diese Nation sitzt nicht auf einem geographisch geschlossenen Gebiet, sondern ist allenthalben durchsetzt mit anderen Nationalitäten, Deutschen, Litauern, Ukrainern, Juden. Der alte polnische Großstaat beruhte auf gemischten Gebieten unter polnischer Herrschaft. Diese Herrschaft ist nicht wieder herstellbar. Ein nationales Kulturleben aber ist auch möglich ohne einen nationalen Großstaat, und so schwer es den Polen fallen mag, sie müssen sich darinfinden, daß die Natur der Dinge ihnen größeres nicht beschieden hat und sie am besten dabei fahren, wenn sie sich auf dieser Basis mit ihren mächtigeren Nachbarn auf einen freundschaftlichen Fuß zu stellen suchen. Die deutsche Politik aber muß sich von dem Grundsatz treiben lassen, daß ein gutes Verhältnis zu den Polen eine bessere Schutzwehr für unsere Ostgrenze ist, als eine bloße geographisch-strategische Verschiebung, die uns das gesamte Polentum zu ewigen Todfeinden machen müßte.

Aeußere und innere Politik hängen auch in der Polenfrage aufs engste zusammen. Wenn wir auf strategische Grenzverbesserungen verzichten und unsere Sicherung im Osten in der Freundschaft mit den Polen suchen wollen, so müssen wir auch im Innern die polenfeindliche Politik aufgeben. Denn niemals können wir mit den jenseitigen Polen freundlich stehen, wenn wir im Innern Hakatismus treiben. Uns von dieser Verirrung loszulösen, wird recht schwer halten, da dem deutschen Volke die Vorstellung von der naturgegebenen Feindschaft zwischen uns und den Polen von kurzsichtigen Politikern (entgegen allen Warnungen des Fürsten Bismarck*) wie ein Dogma eingehämmert worden ist. Nun wohnen ja in dem zukünftigen Königreich Polen so viele Deutsche, daß

*) Ueber diese Warnungen s. „Neues Deutschland" vom 30. November 1912 und Preuß. Jahrb., Bd. 140, S. 374. Regierung und Volkswille, S. 167.

sich sehr bald die Gleichheit herausstellen wird: wie Du meinen Polen, so ich Deinen Deutschen. Man könnte dem von der deutschen Seite entgegenhalten, daß wir als Befreier Polens ein Anrecht auf besonderen Schutz des Deutschtums in dem neuen Königreich erworben haben und insofern die Polen bei uns nicht dasselbe verlangen dürften, wie die Deutschen dort. Das ist formell richtig, bringt aber das ganze Problem unter einen falschen Gesichtspunkt. Es handelt sich nicht darum, den Polen diese oder jene Konzession zu machen, sondern es handelt sich darum, einen für beide Teile annehmbaren Modus des Zusammenlebens zu finden. Dabei gibt es allerdings Streitigkeiten. Aber für die Lösung dieser Streitfragen, z. B. die Organisation der Schule, müssen rein sachliche Erwägungen maßgebend sein, ausgehend von dem Grundsatz, daß der Staat **allen** seinen Bürgern mit gleichem Wohlwollen und gleichem guten Willen gegenübersteht.

Der Fortgang der Preußischen Wahlreform.

23. September 1918.

Alle Schichten der Bevölkerung sind gleichmäßig unzufrieden. Die Einen, weil die Wahlreform nicht vom Fleck kommt, und sie das Herrenhaus im Verdacht haben, absichtliche Obstruktion zu treiben; die Anderen, weil man offensichtlich auf der schiefen Ebene des Demokratismus weiter und weiter hinabgleitet, eine Klausel, eine Sicherung nach der anderen aufgibt und das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht immer drohender heranrücken läßt. Alles ist also auch einmütig im Schelten auf die Regierung, die Einen, weil sie keine Energie zeige, ihre Zusagen durchzuführen, die Anderen, weil sie mit der Sozialdemokratie liebängele und sich von ihr ins Schlepptau nehmen lasse. Ich gestehe, daß ich die ganze Prozedur doch nicht so unnatürlich finde und mich deshalb den Scheltenden nicht anzuschließen vermag. Auf der einen Seite ist es mir klar, daß etwas wie das Reichstagswahlrecht für Preußen kommt und kommen muß. Auf der anderen Seite ist es sehr verständlich, daß die konservativen Potenzen im Staat sich nach Möglichkeit widersetzen. Wahlfragen sind Machtfragen. Das Preußische Wahlrecht gibt gewissen Gesellschaftskreisen eine

Macht in die Hand, die ihnen durch die Reform genommen werden soll. Sie wehren sich dagegen, und das ist ihr gutes Recht. In einem gesunden Staatswesen setzen sich auch die berechtigten, notwendigen Reformen immer nur unter Kämpfen, oft unter recht langwierigen Kämpfen durch. Vollzögen sich solche Abwandlungen sozusagen ohne Kampf, so wäre das nicht ein Zeichen von innerer Stärke, sondern innerer Schwäche des Staatswesens. Pessimistisch müßte man den Stand der Dinge nur dann ansehen, wenn zu fürchten wäre, daß die Reform überhaupt nicht zustande kommt und die Stagnation endlich in Erschütterungen und vielleicht Explosionen enden könnte. Zu solchen Besorgnissen scheint mir keine Veranlassung. Die Reform kommt; sie kommt auch in nicht zu ferner Zeit; man muß treiben, man muß drängen, man muß kämpfen, aber man braucht nicht unzufrieden zu sein.

Das beste Wahlrecht für jeden Staat ist immer dasjenige, welches die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Bevölkerung zum vollkommensten Ausdruck bringt. Gibt eine Wahlordnung formell die Macht in die Hand von Bevölkerungsschichten, die tatsächlich nichts zu bedeuten haben, und schließt andere Bevölkerungsschichten aus, auf deren Willen es tatsächlich ankommt, so muß es Reibungen und Erschütterungen geben. Solange die Massen in einer gewissen dumpfen patriarchalischen Abhängigkeit von Feudal- oder Brotherren leben und nur zwischen dieser Abhängigkeit und unklaren Revolutionsträumen schweben, kann man sie vom Wahlrecht ausschließen; sind sie erst zu Selbstbewußtsein unter eigenen Führern gelangt, so ist das nicht mehr angängig. Der deutsche Staat ist heute nicht mehr regierbar ohne Zustimmung der Massen. Das Gegengewicht gegen die Alleinherrschaft dieser Massen liegt in dem geordneten Beamtenstaat mit der monarchischen Spitze. Dieses Gegengewicht wird und soll auch bleiben. Das Gegengewicht aber, das im Dreiklassenwahlrecht zum Preußischen Landtag bestand, muß fallen, weil es gewissen Gesellschaftsschichten im Staate ein Privilegium gab, das über ihre wirkliche Bedeutung weit hinausging. Es geht nicht länger an, daß die breiten Arbeiterschichten, von deren Zustimmung und Patriotismus es ganz wesentlich abhängt, daß wir uns in diesem Kriege behaupten, im Preußischen Landtag auf eine zwerghafte Minorität ohne Einfluß beschränkt sind. Wird dieser Zustand nicht beseitigt, so ist es unausbleiblich, daß die Massen, die jetzt den Staat

stützen, sich wieder gegen ihn wenden, wie vor 1914, und dann sind wir verloren. Mit anderen Worten, wir müssen Vorkehrungen treffen, daß die Anhänger der nationalen Sozialdemokratie, wie sie sich mit dem 1. August 1914 gebildet hat, nicht wieder übergehen in das Lager der internationalen Sozialdemokratie, die sich ja leider von der großen sozialdemokratischen Partei abgesplittert hat und für deren Bestand sehr gefährlich ist. Wir müssen der nationalen Sozialdemokratie zeigen, daß wir ihre Verdienste würdigen und daß ihr in alle Zukunft eine volle gleichberechtigte Stellung gewährleistet ist. Ohne dieses Zugeständnis ist es unmöglich, daß die Partei ihre politische Haltung behaupte und daß ihre Wählerschaften ihr treu bleiben. Das ist der wahre und durchschlagende Grund für die Wahlreform. Wir dürfen ihn um so mehr gelten lassen, weil diese Partei den Ruhm hat, während des ganzen Krieges nicht nur denselben Patriotismus bewährt zu haben wie alle anderen Parteien, sondern auch an politischer Einsicht sich allen anderen überlegen gezeigt zu haben. Versagt hat sie allein in der Livlandfrage, weil ihr hier die Doktrin, daß der Volkswille nicht anders als in den Abstimmungen der Mehrheit zum Ausdruck gebracht werden könne, die Augen verband. Sie sind aber die einzige Partei gewesen, die sich einmütig und unbedingt den alldeutschen Phantastereien und Gewaltlehren, den Landerwerbungen in Ost und West, der Doktrin von der Unentbehrlichkeit der Flandrischen Küste widersetzt haben. Sie haben, als im Dezember 1916 das Friedensangebot erging, sofort die richtige Forderung hinzugefügt, daß Deutschland auch seine Bedingungen nennen müsse. Die Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Hertling über Belgien und alles was gut ist in den Reden der Staatssekretäre Solf und v. Payer ist nichts, als was diese Sozialdemokraten schon längst vordem gefordert und gepredigt haben. Dahingegen die konservative und freikonservative Partei haben bei allem anzuerkennenden Patriotismus die wichtigste Voraussetzung jeder klugen Politik, die richtige Abschätzung der beiderseitigen Kräfte vollständig vermissen lassen. Sie waren die Hauptträger des falschen Gedankens, daß Deutschland sein Hauptkriegsziel in Machterweiterung in Europa zu suchen habe. Die Nationalliberalen waren in sich gespalten und unsicher, und auch im Zentrum und bei den Freisinnigen haben die wilden, phantastischen Kriegsziele zeitweilig nur allzuviel Anhänger gehabt. Der einfache und natür-

liche Satz, wie er in diesen Jahrbüchern formuliert worden ist, daß die Lage Deutschlands die Verbindung der höchsten militärischen Kraftanspannung und Leistung mit Mäßigung in den politischen Zielen erfordere, hat zwar bei allen Parteien, auch bei den Konservativen, von je sehr viele einzelne Vertreter und Anhänger gefunden, aber als geschlossene Partei hat ihn doch nur die nationale Sozialdemokratie fest und unbeirrt vertreten. Es ist unmöglich, daß so viel Verdienst sich nicht auch geltend mache in der Stellung, die diese Partei künftig im Staate einnimmt, und diese Forderung findet ihren Ausdruck eben in der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus.

Es braucht nicht widerlegt zu werden, daß etwa das allgemeine gleiche Wahlrecht nun die Macht ausschließlich in die Hand der Arbeiterklasse lege. Man braucht ja nur auf die Staaten und Völker zu sehen, wo dieses Wahlrecht längst besteht. Die oberen Gesellschaftsklassen behalten auch im gleichen Wahlrecht Mittel genug, sich geltend zu machen, Mittel geistiger und materieller Natur. Von den Vereinigten Staaten sagt man ja nicht mit Unrecht, vermöge des gleichen Wahlrechts herrsche dort nicht die Demokratie, sondern die Plutokratie. In keinem Volke ist die Sozialdemokratie stärker als in Deutschland und zweifellos gerade deshalb, weil bei uns die Arbeiterklasse politisch benachteiligt war, sich dagegen auflehnte und zusammenschloß. Die formelle Gleichberechtigung darf um so mehr gegeben werden, als sie beitragen wird, den Klassengegensatz zu mildern und dadurch den Einfluß der oberen Schichten wieder zu stärken. Was an formeller Macht preisgegeben wird, läßt sich tatsächlich auf anderen Wegen zurückgewinnen.

Wie ist diese Forderung nun auf gesetzlichem Wege in den beiden Häusern des Landtages durchzusetzen?

Die Regierung hofft, auf gütlichem Wege zum Ziele zu gelangen. Die innere Notwendigkeit der Reform ist so einleuchtend, die Verantwortlichkeit, sie zu Falle zu bringen, wäre so groß, daß auch im Herrenhaus die Aussicht auf eine Verständigungsmajorität gegeben erscheint. Die Regierung verfolgt daher die Taktik, jeden äußeren Druck und auch den Schein eines solchen Drucks zu vermeiden. Alle Welt weiß, daß das sogenannte Berufs-Wahlrecht nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat; Beschäf-

tigung damit ist nichts als Zeitverschwendung; aber da diese romantische Utopie nun einmal in konservativen Kreisen ziemlich viel Anhänger zählt, so hat die Regierung sie nicht kurzerhand abgelehnt, sondern mit ernster Miene Prüfungsmaterial vorgelegt — offenbar, damit die Herren sich vor ihren Freunden rechtfertigen können mit dem Nachweis, daß sie diesen Weg sachlich erprobt und ungangbar gefunden hätten. Ich weiß nicht, ob ein solches Entgegenkommen nicht doch zu weitgehend ist. Ich glaube ganz besonders, daß es ein großes Versäumnis gewesen ist, nicht im letzten Jahr bei passenden Gelegenheiten schon eine gewisse Zahl neuer Mitglieder des hohen Hauses aus Allerhöchstem Vertrauen zu berufen und ohne eigentlichen Pairschub doch die Linke zu verstärken und zu zeigen, daß es ernst wird. Kurz, ein gewisser gelinder Druck würde mir besser erschienen sein als das bloße Zureden und Warten auf die Wirkung der Zeit. Aber prinzipiell kann ich die Taktik der Regierung nicht tadeln. Denn ein Gewaltverfahren, sofortiger Pairschub im Herrenhaus und Auflösung des Abgeordnetenhauses, haben, wenn man es ruhig überlegt, so große Bedenken, daß man nur im alleräußersten Notfall dazu schreiten darf. Besonders ist zu beachten, daß in dem konservativen Teil des Zentrums, geführt von dem Erzbischof von Köln, Kardinal Hartmann, den Wahlrechtsgegnern ein sehr starker Bundesgenosse erstanden ist. Die Zahl der Konservativen in unserem Beamtentum, besonders in dem Verwaltungsbeamtentum, ist so groß, daß auch das Machtwort des Ministers des Innern bei Neuwahlen keineswegs glatt durchgreifen, sondern auf einen schwer überwindlichen passiven und selbst aktiven Widerstand stoßen würde. Die beste Lösung des Problems bleibt also immer, wenn es gelingt, so viel aufgeklärte Konservative für die Reform zu gewinnen, daß sie ohne Gewaltmaßregeln unter Zustimmung der Linken eine Majorität findet.

Um auf diesem Wege durchzukommen, muß man den Konservativen, die guten Willens sind, eine Brücke zu bauen suchen. Auch die Linke müßte das einsehen. Es kommt darauf an, diejenigen Konzessionen zu finden, die die Konservativen befriedigen können und für die Linke noch annehmbar sind.

Da ist in erster Linie eine Zusatzstimme für höheres Alter, nachdem die Zusatzstimme für die „gehobene Lebensstellung", wie es scheint, fallen gelassen worden ist. Die Linke wehrt sich gegen

die Altersstimme, da gewisse Berufsarten, besonders unter den Handarbeitern höhere Lebensalter selten erreichen, dadurch also benachteiligt werden. Das ist richtig, aber es hat doch nur eine sehr geringe Bedeutung. Rein sachlich angesehen hat die Altersstimme schwerlich so viel Einfluß, den umständlichen Apparat zu lohnen; aber man muß sie unter dem taktischen Gesichtspunkt ansehen. Wenn es möglich ist, durch diese Konzession heute das ganze Problem zu einer friedlichen Lösung zu bringen, so ist das doch wohl ein genügender Grund, um sie anzunehmen.

Ein peinlicher Einwand dagegen schien, daß ja gerade die Kriegsteilnehmer durch die Altersstimme benachteiligt werden. Man hat vorgeschlagen, ihm dadurch zu begegnen, daß allen Kriegsteilnehmern die Altersstimme fünf Jahre früher gewährt wird.

Wichtiger als die Altersstimme ist die Bestimmung, daß gewisse bestehende Einrichtungen, namentlich inbezug auf das Verhältnis des Staates zur Kirche und der Kirche zur Schule, nur mit qualifizierter Majorität künftig geändert werden können. Das Abgeordnetenhaus hat $^3/_4$ Majorität vorgeschlagen; das ist übertrieben, aber eine $^2/_3$ Majorität müßte die Linke sich gefallen lassen.

Um die Finanzen nicht ganz in die Hände der zukünftigen demokratischen Majorität des Abgeordnetenhauses zu geben, soll die Kompetenz des Herrenhauses in Finanzfragen erweitert werden und bei Differenzen die Entscheidung durch eine gemeinsame Abstimmung beider Häuser, eine sogenannte Durchzählung gegeben werden. Diese Durchzählung auf alle Finanzfragen zu erstrecken, wäre zu viel verlangt und würde die Rechte des Abgeordnetenhauses zu sehr beschneiden. Aber wenn die Durchzählung beschränkt wird auf den Fall, daß bereits bestehende Etatsposten vom Abgeordnetenhaus einseitig abgesetzt werden sollen, so ist das keine unbillige Forderung.

Ein wesentlicher Punkt ist noch die Zusammensetzung des zukünftigen Herrenhauses selbst. Die Konstruktion einer Berufs-, d. h. einer Interessenvertretung, wie das Abgeordnetenhaus sie aufgebaut hat, ist ja ziemlich allseitig als unausführbar erkannt; sie ist geradezu widersinnig. Nicht eine Interessenvertretung soll das zukünftige Herrenhaus sein, sondern ein großer Staatsrat. Nicht das Wählen ist also die gegebene Grundlage für seine Zusammensetzung, sondern die Berufung. Allem Anschein nach besteht

in dem Hohen Hause selber die Absicht, sich auf dieser Grundlage und in diesem Sinne zu reformieren.

So sehe ich der Lösung dieser schweren Aufgabe nicht mit Enthusiasmus, aber mit ganz guter Zuversicht entgegen. Es kommt darauf an, daß die Bevölkerung die Spannung des langen Kampfes erträgt, und wenn man ihr zeigt, daß der Endsieg sicher ist, so darf man hoffen, daß es geschehen wird.

Die Burianſche Note. Die Verhandlungen des Hauptausſchuſſes. Die Kriſis.

29. September 1918.

Am 12. Mai d. J. fand die Zusammenkunft der beiden Kaiser mit ihren militärischen und politischen Beratern statt, in der man sich, wie offiziös berichtet wurde, über ein dauerndes politisches Zusammengehen vollständig einigte. Die Tatsachen haben diesem Bericht nicht entsprochen. Nicht nur ist das Zentralproblem des Ostens, die polnische Frage, ungelöst geblieben, sondern auch über den Weg, auf dem man einmal zum Frieden zu gelangen meint, ist ein gemeinsames politisches Programm nicht festgestellt worden. Es waren jene Wochen, in denen die deutschen Truppen an der Westfront Sieg auf Sieg erfochten. Vielleicht waren die Erwartungen, die man an diese Siege knüpfte, bei den hohen Verbündeten nicht die gleichen. Seitdem ist der strategische Rückschlag erfolgt; wir sind wieder auf die Siegfriedstellung zurückgegangen, und jetzt hat Graf Burian am 14. September auf eigene Hand an alle Kriegführenden eine Einladung zu Friedensverhandlungen erlassen. Ein Zeichen harmonischen Zusammengehens ist das nicht. Wenn in Deutschland in irgendetwas Einmütigkeit herrschte, so war es die Ueberzeugung, daß jetzt nicht die Zeit zu Friedensangeboten sei. In allen Ententeländern bis nach Rumänien hin schwelgt man im Siegesrausch, weiß man sich nicht genug zu tun in Triumphgesängen und Ausmalung von Glanzgebilden über die Bedingungen, die man uns auferlegen werde — in diesem Augenblicke ein Friedensangebot schien wie ein Bekenntnis nicht nur der Schwäche, sondern des Zusammenbruchs wirken zu müssen.

Es ist nicht so schlimm geworden. Die Burianſche Note hätte uns in große Ungelegenheiten ſetzen können, wenn die Gegner ſo klug geweſen wären, auf das Angebot einzugehen und zugleich ſolche Bedingungen zu ſtellen, daß ſie zwar über das der Lage Entſprechende ſtark hinausgingen, aber doch nicht als ſchlechthin unerträglich und tödlich angeſehen zu werden brauchten. Hätten ſie das getan, ſo hätten ſie auf die Stimmung und damit auf unſere weitere Kampfkraft eine ſehr üble Einwirkung erzielen können, denn daß die ſo hoffnungsreich am 21. März begonnene Offenſive wieder hatte aufgegeben werden müſſen, hatte bei uns naturgemäß eine gewiſſe Depreſſion erzeugt; es war ſehr zu beſorgen, daß recht breite Schichten unſeres Volkes ſich in dieſer Stimmung durch Friedensangebote auch ſehr ungünſtiger Art verführen laſſen würden und die Kraft des Durchhaltens gelähmt worden wäre. Unſere Feinde haben ihren Vorteil nicht erkannt; in grenzenloſer Ueberſchätzung ihrer militäriſchen Vorteile haben ſie ſo höhniſch wie möglich jede Verhandlung abgelehnt und erklären, uns erſt militäriſch völlig niederwerfen zu wollen, um uns dann ihre Bedingungen zu diktieren.

Nun iſt die Lage für uns nur zu einfach. Da nicht verhandelt werden ſoll, muß gefochten werden. Selbſt Defaitiſten müſſen jetzt ſagen: Da es etwas Schlimmeres als bedingungsloſe Unterwerfung nicht geben kann, ſo wollen wir doch lieber weiterkämpfen. Von uns anderen, die wir von Anfang an für einen ehrenvollen Frieden gekämpft haben, und nun gar von denen, die noch immer von Welthegemonie träumen, iſt das ſelbſtverſtändlich, und ſo iſt das deutſche Volk wieder einig wie am 4. Auguſt. Die Entente hat uns einen unſchätzbaren Dienſt geleiſtet. Sie fängt ſogar ſchon an, ſich deſſen bewußt zu werden. Auf die triumphierende Meldung aus Amerika, der Staatsſekretär Lanſing habe nur eine halbe Stunde Zeit gebraucht, um mit ſeiner ablehnenden Antwort fertig zu werden, hat der „Manchester Guardian" bemerkt, dieſe halbe Stunde ſei dem Feldmarſchall Hindenburg ein Armeekorps wert; hätte Lanſing gezeigt, daß er die Sache ernſter genommen, ſo wäre es für die Alliierten beſſer geweſen.

Wir dürfen hoffen, daß in den nächſten Wochen dieſe Einſicht ſich noch ſehr vertiefen und verbreitern wird. Wie wir es unſererſeits bedauern, daß wir unſere Angebote, namentlich die Erklärungen über Belgien, nicht vor einem Jahr gemacht

haben, als wir hoch waren, so werden die Alliierten, wenn sie sich erst an der Siegfriedstellung die Köpfe eingerannt haben, sich vielleicht doch noch fragen, warum sie eigentlich von Verhandlungen so gar nichts haben wissen wollen. Es ist richtig, sie rechnen sehr stark auf ihre wachsende Ueberlegenheit im nächsten Frühling. Aber sie haben doch auch zugleich den dringenden Wunsch, es noch in diesem Herbst zum Schluß zu bringen. Weshalb sonst die ungeheuren Opfer dieser Wochen? Zeigt sich nun, daß diese Opfer vergeblich gebracht sind, so werden zwar die Heißsporne an der Zerschmetterung Deutschlands und der Auflösung Oesterreichs festhalten wollen und auf das nächste Jahr vertrösten; in England, wie in Frankreich, wie in Italien werden aber die Gemäßigten wieder ihre Stimmen erheben und ihren Landsleuten klar zu machen suchen, daß das Abwarten der Ereignisse des nächsten Jahres sehr unsicher, daß die Leiden und Verluste der Kriegsverlängerung sehr groß, daß im besten Falle ein Erfolg den Sieg Amerikas über Europa bedeuten werde, und daß es deshalb doch wohl am besten sei, sich die Antwort noch einmal zu überlegen.

Die Burianſche Note war ein sehr gefährliches Experiment und ich habe sie wahrlich mit großem Unbehagen gelesen. Aber so wie die Dinge gelaufen sind, hat sie uns insofern genützt, als die hochmütige Ablehnung unserer Feinde das deutsche Volk gezwungen hat, sich auf sich selbst zu besinnen, allen Kleinmut zu unterdrücken und der Welt zu beweisen, daß es in der Verteidigung seiner Ehre einmütig und deshalb unüberwindlich ist; und sie kann noch weiter nützen, indem sie drüben schließlich doch noch dem Verständigungswillen zum Durchbruch verhilft und die Knock-out-Politiker vom Staatsruder verdrängt.

Um dieses Ergebnis erhoffen zu können, dazu gehört aber nicht bloß, daß wir die Siegfriedstellung halten — daran brauchen wir nicht zu zweifeln —, sondern auch daß wir eine andere und bessere Politik machen, als bisher — und da bin ich keineswegs so hoffnungsvoll.

Ich schreibe diese Zeilen an dem Abend des Tages, wo der Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär v. Hintze im Hauptausschuß des Reichstages ihre lange erwarteten Reden gehalten haben. Viel Gutes und Wahres und beste Absichten, aber in so schwerer Zeit genügt das nicht für Führer des deutschen

Volkes. Kein neuer Gedanke, kein zündendes Wort, ein unsicheres Ziel, kein deutlicher Weg! Matt, saftlos, farblos.

Die Kanzlerschaft Michaelis war die Regierung der Zweideutigkeiten, die Kanzlerschaft Hertling ist die Regierung der verpaßten Gelegenheiten.

Der Herr Reichskanzler beklagt sich, daß Präsident Wilson, zu dessen Vorschlägen und Bedingungen er sich doch in seinen Reden vom 24. Januar und 25. Februar so weit zustimmend geäußert, daß man in eine Verhandlung hätte eintreten können, dann doch nichts weiter habe vernehmen lassen. Aber liegt die Schuld wirklich nur an dem Präsidenten Wilson? Ist dem Herrn Reichskanzler und der Welt nicht bekannt, daß die Vorbedingung aller Verhandlungen die uneingeschränkte Erklärung über Belgiens Souveränität und Integrität war, und ist diese Erklärung damals, im Januar oder Februar dieses Jahres, abgegeben worden? Nein, sie ist erst jetzt, als sie beim Antritt des Staatssekretärs v. Hintze aus inneren Gründen unvermeidlich wurde, mit stockender Stimme herausgebracht worden. Und jetzt genügt sie nicht mehr. Jetzt ist es zu spät. Was im August 1917, als Asquith seine Frage stellte, eine politische Tat, was noch im Frühjahr dieses Jahres ein kluger Zug gewesen wäre, das ist jetzt bloß noch eine Notwendigkeit, beinahe eine Demütigung.

Kein Wunder, daß ein Staatsmann, der sich solcher Politik des Nachhinkens bewußt ist, nicht im Ton eines Führers zum deutschen Volke zu sprechen vermag. Wie will er es denn begründen, daß er erst heute sagt, was er bei seinem Amtsantritt hätte sagen müssen? Da er es nicht begründen kann, sagt er gar nichts, und wer über den entscheidenden Punkt nichts sagt, mag sonst sagen, was er will, er sagt doch nichts. Ich habe mir in diesem Jahr — und schon vorher — immer alle Mühe gegeben, wenn eine Erklärung aus dem Munde des Reichskanzlers kam, sie zum Guten zu deuten, in der Hoffnung, durch die gute Auslegung weitere, bestimmtere, festere Aeußerungen hervorzulocken. Aber es ist immer bei bloßen Andeutungen und Anläufen geblieben, die Welt blieb mißtrauisch, und so ist die gute Zeit vorübergegangen. War Herr v. Kühlmann der Schuldige? Man weiß es nicht. Ich wenigstens habe es nicht herausbringen können, ob er nicht gewollt oder ob er nicht gedurft hat. Seitdem habe ich mich überzeugen

müssen, daß er selber nicht gewollt, daß es auch ihm in dem entscheidenden Punkt an der richtigen Einsicht gefehlt hat.

Zu einer klugen Vorbereitung des Friedens hätte weiter gehört, daß das Deutsche Reich aus freien Stücken Elsaß-Lothringen die Stellung eines autonomen Bundesstaates verlieh. Der Reichstag hat es bereits im Sommer 1917 verlangt. Der Reichskanzler Graf Hertling hat es abgelehnt, und da er der Mann des Zentrums war, hat die Majorität auf ihrer Forderung nicht bestanden. Jetzt weiß man nicht, ob man noch dazu raten kann. Der richtige Augenblick ist ungenutzt vorübergegangen.

Neben den ungenügenden Erklärungen über Belgien ist es im Besonderen unsere Ostpolitik gewesen, die, soweit es an uns lag, den Eintritt in Verhandlungen auf Grund der Wilsonschen Vorschläge verhindert hat. Auch in Deutschland selbst hat sowohl der Friede von Brest-Litowsk wie der jüngst zustande gekommene Zusatzvertrag viel Widerspruch gefunden. Es sind bei diesem Widerspruch aber zwei grundverschiedene Auffassungen zu unterscheiden. Die Einen verwerfen diese Politik, weil sie glauben, daß Rußland dadurch zu schwer verletzt worden sei, daß es mehr hätte geschont werden müssen. Sie nehmen an, daß über kurz oder lang die russische Großmacht wieder auferstehen werde und wir unsere Politik schon jetzt darauf anlegen müßten, mit dieser Großmacht auf gutem Fuße zu stehen; sie müsse in unserem Gegensatz gegen England unser Bundesgenosse werden; Rußland aber könne als Großmacht nicht bestehen ohne den Besitz der Ostseeprovinzen, der Häfen von Riga und Libau. Eine weitausschauende deutsche Politik hätte deshalb diese Landschaften nicht von Rußland trennen, sondern sie bei Rußland lassen müssen. Das würde uns die zukünftige Freundschaft der Russen gesichert haben.

Diese Auffassung leidet an dem doppelten Fehler, daß es erstens in höchstem Grade unsicher ist, ob es jemals eine russische Großmacht wieder geben wird, und zweitens ganz ebenso unsicher, ob dieses neue Rußland durch noch so große Freundschaftsdienste sich bewogen finden würde, unser Bundesgenosse zu werden. Es könnte sich ganz ebenso gut wie das alte Zarenrußland wieder auf die Seite unserer Gegner schlagen. Es war daher vollkommen richtig, daß die deutsche Politik die Lostrennung der Randländer und auch der Ukraine von Moskowien unterstützt hat. Diese Ab-

lösung war an sich ein Naturprozeß, und unsere zukünftige Sicherheit verlangte, daß wir ihn förderten.

Der Fehler, den wir mit der Politik von Brest-Litowsk gemacht haben, lag daher nicht in den Verträgen, sondern er liegt in der Ausführung. Wir mußten damit zufrieden sein, daß der Riesenstaat Rußland sich auflöste und wir dieses Druckes voraussichtlich für alle Zeit ledig geworden sind. Das ist ein so ungeheurer Gewinn, daß fast jeder andere Schade dagegen zu ertragen ist. Wir sind aber weiter gegangen und haben versucht, in dieser oder jener Form uns eine dauernde Obergewalt bei den abgetrennten Randvölkern zu sichern. Das war zu viel und deshalb schädlich. Wir hätten ganz strikt bei dem Satz bleiben müssen, daß wir diese Völker befreit hätten und ihnen nunmehr überließen, ihr Schicksal selber und selbständig zu bestimmen. Dieser Grundsatz ist ja auch von den deutschen Staatsmännern zuweilen ausgesprochen worden, aber die Ausführung hat bei uns selbst und in der Welt immer wieder den Verdacht erregt, daß es am letzten Ende doch auf eine Erweiterung der deutschen Macht und Herrschaft abgesehen sei. Man hat sich wohl in Deutschland vorgestellt, daß es für uns unmöglich sei, diese Randvölker, die doch durch unsere Macht und unser Blut befreit worden sind, ganz aus der Hand zu geben, da sich dann sofort die Intrigen unserer Feinde dort eingenistet haben würden. Dagegen müsse notwendig Vorkehrung getroffen werden. Diese Erwägung ist aber nur halb richtig. Die fürsorgliche Bindung der Randstaaten an die deutsche Politik erregt so ungeheuren Widerspruch, selbst bei unseren Bundesgenossen, daß der Vorteil dadurch wieder aufgehoben werden würde. Verträge sind gut, aber man muß sich auch auf den natürlichen Zug der Dinge verlassen. Gewiß werden, wenn wir die Randstaaten nicht ganz eng an uns fesseln, auch unsere Gegner dort Spielraum für ihre Machenschaften haben. Aber sehr starke natürliche Interessen binden alle diese Völkerschaften so sehr an Deutschland, daß auch ohne staatsrechtliche Verpflichtung eine verständige deutsche Politik gute Aussicht hat, schließlich immer die Oberhand zu behalten. Ein Politiker, der nicht mit diesen Naturkräften rechnet, sondern nur mit völkerrechtlichen Verträgen und Konventionen, kann keine weitschauende Politik treiben. Hätte Bismarck 1866 Oesterreich sofort zu einem Bündnis mit Deutschland zwingen wollen, so wäre er gescheitert. Daß er es voraussah und sich darauf ver-

ließ, daß die Natur der Dinge Oesterreich schließlich doch an die Seite Deutschlands führen werde, das hat ihn zum großen Staatsmann gemacht.

An dieser Stelle sehe ich den großen Fehler der deutschen Ostpolitik seit 1915. Man wollte zu viel. Man wollte Dinge, die sich nicht erzwingen lassen; man wollte Sicherungen, wo es keine Sicherungen geben kann und der Staatsmann dem Schicksal und der Zukunft seines Volkes vertrauen muß. Eine gefahrlose Zukunft gibt es nicht. Deshalb darf man sie von vornherein gar nicht anstreben, sondern muß kaltblütig abwägen, was zu erreichen ist und was nicht. Es ist schließlich im Osten derselbe kardinale Fehler, den wir im Westen mit dem Begehren nach der Flandrischen Küste und den „realen Garantien" gemacht haben. So wie wir dort endlich eingesehen haben, daß Mäßigung uns förderlamer sei als Drohung, so werden wir auch im Osten diesen Weg betreten müssen, wenn wir einmal zum Frieden gelangen wollen. Untersuchen wir das im Einzelnen.

Ich schließe mich denjenigen an, die die Kandidatur des Prinzen Friedrich Karl von Hessen für den finnischen Königsthron als unzweckmäßig verwerfen. Daß die Finnländer selber sich diesen Monarchen wünschen, ist sehr verständlich. Der Prinz ist ein vortrefflicher Herr, und daß er der Schwager des deutschen Kaisers ist, würde ihm bei seinem Volke eine Autorität geben, die über die Macht, wie sie sonst einem Wahlfürsten zusteht, weit hinausgehen würde. Ein solcher Monarch ist gerade das, was Finnland gebraucht, das eben aus den Schrecknissen eines blutigen Bürgerkrieges emportaucht. Eine außerhalb der Parteien stehende Monarchie, ein kluger umsichtiger Monarch, vor dem man Respekt hat, wäre heute für dieses Land und Volk die denkbar größte Wohltat. Für Deutschland aber ist dieses deutsche Königtum unter den Finnen eine Belastung, eine Belastung nur umsomehr, weil dieser Fürst dem deutschen Kaiser so nahe steht. Die Welt und vielleicht die Finnländer selbst würden die Empfindung nicht los werden, daß die Politik ihres Landes in deutscher Abhängigkeit sei. Könnte man sicher sein, daß wirklich ein nahezu einmütiger Wille des ganzen Volkes hinter dieser Königswahl stünde, so könnte man sich eher damit abfinden. Aber eben das wird bestritten. Im Lande selber ist eine starke Opposition und man weiß nicht, wie weit das Kommando der deutschen Truppen, die im Lande stehen,

bei der Wahl die Hand im Spiele gehabt hat. Verbieten kann man dem Prinzen von Hessen die Annahme der Krone nicht; aber die deutsche Regierung müßte ihm zum wenigsten amtlich abraten und keinen Zweifel darüber lassen, daß er den Beschluß durchaus auf eigene Gefahr fasse.

Ueber Groß-Livland habe ich mich selber dahin ausgesprochen, daß die Personalunion mit dem deutschen Kaisertum die beste Lösung sei. Aber leider haben wir in diesem Lande eine Politik befolgt, die es fraglich erscheinen läßt, ob die Personalunion noch möglich ist. Die unerläßliche Voraussetzung wäre dafür gewesen, daß es der deutschen Verwaltung gelang, nicht nur die Deutschen, sondern auch eine sehr erhebliche Partei unter den Letten und Esten dafür zu gewinnen. Das wäre nicht unmöglich gewesen, denn die Gefahr des Bolschewismus drängte alle Besitzenden mit Gewalt auf diese Seite. Aber von allen deutschen Talenten ist bekanntlich dasjenige, sich unbeliebt zu machen, am stärksten entwickelt. Statt das nationale Selbstgefühl der Letten und Esten zu schonen und zu gewinnen, hat man es verletzt und gekränkt. Statt die Gleichberechtigung dieser drei Nationalitäten als das unverrückbare Grundgesetz des Landes zu proklamieren, hat man es in allen öffentlichen Kundgebungen behandelt, als wenn es rein deutscher Zunge wäre. Der Kurator der neu zu errichtenden Universität zu Dorpat, Theodor Schiemann, ist mit bösem Beispiel vorangegangen. Daß ein Mann, dem die Verhältnisse des Landes doch bekannt sind, in dieser Art helfen konnte, dessen Zukunft zu ruinieren, wird nur erklärlich, wenn man erfährt, wie er noch vor kurzem die Weltlage angesehen hat. Soeben ist ein wertvolles Sammelwerk erschienen, „Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das Deutsche Volk", herausgegeben von Generalleutnant Schwarte, zu dem Schiemann das Kapitel „Aeußere Politik" beigetragen hat. Hier heißt es am Schluß: „Die Resolution vom 19. Juli 1917 kann schon jetzt als erledigt betrachtet werden; sie liegt am Boden und man deckt verschämt das Leichentuch darüber." „Die Hauptsache steht freilich noch aus, der Friedensschluß mit der schon jetzt besiegten, aber noch nicht ganz entmutigten Entente. Die Lage ist die, daß wir die Bedingungen des Friedens, um den unsere Feinde bitten müssen, diktieren können."

Daß, wo mit solchen Vorstellungen heute Politik gemacht wird, sie nicht zum Guten führen kann, ist klar. Optimismus ist gut,

aber ein solcher Grad von Optimismus leitet in die Irre. Wenn nun wirklich die Personalunion unausführbar werden sollte, so werden Herr Schiemann und seine Gesinnungsgenossen nicht ohne Schuld daran sein.*)

Das Endergebnis ist jedenfalls klar: es ist uns nicht gelungen, eine genügend starke estnisch-lettische Partei im Lande zu gewinnen, und die Grundlage für den Anschluß des Landes an Deutschland fehlt. Es wird nun nicht leicht sein, wenn wirklich die Personalunion nicht mehr ausführbar sein sollte, diesen Ländern eine Staatsform zu geben, die sie vor der Wiederkehr des Bolschewismus schützt und Ruhe und Ordnung im Lande verbürgt.

Ueber die Verkehrtheit unserer Politik den Polen gegenüber ist kein Wort mehr zu verlieren, besonders über das Verlangen, Stücke von Polen zu annektieren. Auch hier haben wir es mit demselben Grundfehler zu tun: der Aengstlichkeit „Sicherungen" schaffen zu wollen. Auch was der Staatssekretär v. Hintze jetzt zur polnischen Frage geäußert hat, bewegte sich in Gemeinplätzen, mit Ausnahme eines, allerdings sehr wichtigen Punktes, daß nämlich dem zukünftigen Königreich Polen die freie Schiffahrt auf der Weichsel gewährleistet werden soll. Es scheint, daß man etwas Aehnliches im Auge hat, wie man es jetzt in dem Zusatz-Vertrage verständigerweise den Russen in den baltischen Häfen zugesichert hat. Damit haben dann die Polen den für sie auch von Wilson geforderten Zugang zum Meere. Dies ist aber auch fast das einzige Konkrete, was in den Ausschußverhandlungen den Reichsboten von den Vertretern der Regierung vorgelegt worden ist.

Man verlangt, daß der Friede von Brest-Litowsk bei den zukünftigen Verhandlungen über den allgemeinen Frieden wieder mit zur Diskussion gestellt und einer Revision unterzogen werde. Diese Forderung hätte gar nicht aufgestellt werden können, wenn wir unsererseits in richtiger Auffassung unserer Aufgabe von Anfang an darauf ausgegangen wären, alle die nationalen Besonderheiten im Osten, die nun einmal der Lauf der Geschichte hier hingepflanzt hat, als selbständige kleine Staatswesen zu konstituieren und sie nicht durch militärische oder sonstige Konventionen anders an uns fesseln wollen, als ihr eigenes Interesse und

* Ein längerer Passus über lettische Schulpolitik ist hier als von keinem Interesse mehr gestrichen. Ebenso eine Auseinandersetzung mit Prof. Th. Schiemann im Septemberheft der Preuß. Jahrb.

ihr eigener Wunsch es gebietet. Es ist richtig, daß eine deutsche Oberherrschaft von Lappland bis zur Krim am sichersten die Ruhe in ganz Osteuropa verbürgen würde. Es ist richtig, daß wenn wir eine solche Oberherrschaft nicht einrichten oder nicht erlangen, in allen diesen Staatswesen sich eine dauernde und sehr gefährliche Unruhe bemerkbar machen und man in ihnen mit allen Mitteln gegen uns wühlen wird. Aber diesen Widrigkeiten gegenüber wird es auch uns nicht an Mitteln fehlen. Noch ist es Zeit, daß wir aus freien Stücken im Osten einen Zustand schaffen, der für uns annehmbar ist und doch nicht als Hindernis für den allgemeinen Frieden ausgegeben werden kann.

* * *

Ich habe das Schreiben unterbrochen, um den Fortgang der Verhandlungen im Hauptausschuß abzuwarten. Wie verlautete, hatte das Zentrum sich in seiner Mehrheit dafür entschieden, den Grafen Hertling noch weiter als Reichskanzler zu halten. Aber es erfolgte ein Umschwung. Die Rede des Reichskanzlers hat auch seine Freunde so wenig befriedigt, daß gerade ihr Führer, der Abgeordnete Gröber, bei aller Verbindlichkeit im Ton und aller Verehrung für die Person des Grafen Hertling doch seine Regierung derart vernichtend kritisierte, daß sie sich nicht wird halten können. Selbst Herr Scheidemann sagte nichts Schärferes, war eher im Ton noch gemäßigter. Das Ministerium Hertling-Payer-Friedberg ist das Produkt der Resolutionsmajorität vom vom 19. Juli 1917. Diese Majorität hält nach wie vor zusammen, und durch alle Reden der Parteiführer zog sich das Leitmotiv, daß ihr Vertrauensmann, Graf Hertling, wohl das Rechte gewollt, aber nicht die Kraft gehabt habe, es durchzusetzen, weil die militärische Nebenregierung das nicht geduldet habe. Ich weiß nicht, ob das so ganz richtig ist, ob Graf Hertling wirklich selber eine völlig klare und richtige Auffassung von der Weltlage, dem für uns anzustrebenden Ziel und den rechten Mitteln gehabt hat. In der Frage der Elsaß-Lothringischen Autonomie war er sicher nicht auf dem richtigen Wege. Aber wie dem auch sei: die Hauptsache bleibt bestehen, daß nämlich die drei Majoritätsparteien übereinstimmend und mit der größten Energie die Forderung aufgestellt haben, daß die politische Leitung des Reiches der

militärischen übergeordnet sei und, gewiß stets unter vertrauensvollem Anhören, aber doch ganz selbständig und nach eigener Einsicht nach außen wie nach innen die Führung des Staates bestimme. Nichts sollte selbstverständlicher sein; aber erinnern wir uns, daß in sehr weiten und einflußreichen Kreisen des deutschen Volkes, fast in der ganzen nationalliberalen und konservativen Presse von Bethmann Hollwegs Zeiten an immer wieder verkündet worden ist, daß das deutsche Volk sein Vertrauen allein und ausschließlich in die Oberste Heeresleitung setze, die politische Leitung aber nicht anders als mißtrauisch ansehe. Immer wieder wurde uns das alte Blücherwort wiederholt, daß die Feder des Diplomaten verderbe, was das Schwert des Soldaten gewonnen. Ist es ein Wunder, wenn getragen von einer solchen Volksströmung, das militärische Element das Recht, ja sogar die Pflicht zu haben glaubte, seine eigene Auffassung mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen?

Nach den Lehren der Geschichte ist der führende Staatsmann noch wichtiger und eingreifender für die Geschicke der Völker als der tüchtige General. Die ganz großen Feldherren waren immer dadurch groß, daß sie beides waren. Wie könnte Deutschland heute dastehen, wenn ihm das Geschick im rechten Augenblick den wahren Staatsmann beschert hätte! Aber hätte es ihn gewollt? Hätte es ihn ertragen? Hätte Herr v. Bethmann Hollweg, wenn er seine gemäßigten Auffassungen von Anfang an und unbedingt hätte verkünden und durchsetzen wollen, nicht schon viel früher weichen müssen?

Wenn ein Volk auf die falschen Propheten gehört hat, so muß es die Strafe seiner Sünde tragen. Aber die Sünde kann wieder gut gemacht werden durch Tapferkeit. Jetzt erst kommt die letzte und wahre Probe, ob wir wirklich das Kernvolk sind, das die Dichter gerühmt, was wir ihnen so gerne immer nachgesprochen und was im Grunde ihres Herzens sogar unsere Feinde von uns geglaubt haben. So gewaltig die Kraft unseres Volkes sich in diesen vier Jahren gezeigt hat, sie wird noch überboten werden müssen. Wir werden den passiven Mut des Leidens nicht weniger zu bewähren haben, als den aktiven Mut der Tat. „Ich will nicht bloß, daß die Deutschen meine vierzehn Bedingungen annehmen", soll angeblich jetzt der Präsident Wilson gesagt haben, „sondern ich will vorher, daß sie sich als die Besiegten bekennen und durch ihre Niederlage gezwungen werden, die angenommenen

Bedingungen auch zu halten." Es wird ihm nicht gelingen, dieses höhnische Wort, falls er wirklich so gesprochen haben sollte, zur Tat zu machen. Haben wir auch Nachteile erlitten und Gewonnenes wieder fahren lassen müssen, unsere militärische Kraft ist ungebrochen. Friedrich der Große hat im Siebenjährigen Kriege nicht bloß Mißerfolge gehabt, sondern die allerschwersten Niederlagen erlitten und sich dennoch behauptet. Er ist von seinem Bundesgenossen, von England, im Stich gelassen worden und hat ungebrochen weiter gekämpft. Haben wir uns erst richtig und vollständig auf unser wahres Kriegsziel, die Verteidigung, eingestellt und in diesem Gedanken und dieser Ueberzeugung unsere Einheit und Einigkeit wiedergefunden, so sind wir auch völlig sicher, daß alle Feindschaft der Welt uns nicht niederringen kann, und weil das so sicher ist, wird auch die Welt sich besinnen, ob sie nicht besser tut, unseren so oft angebotenen Verständigungsfrieden endlich anzunehmen, statt das grauenhafte Blutvergießen ins Endlose fortzusetzen.

Von uns aus aber bedürfen wir eines Reichskanzlers, der das Volk führt und auch in der feindlichen Welt das Vertrauen erwirkt, nicht nur daß wir es ehrlich meinen, sondern auch daß er sich mit seiner Gesinnung in Deutschland durchzusetzen vermöge und dem neuen Geist dauernd die Vorherrschaft sichere. Zu diesem Zweck muß das Steuer in Deutschland stark nach links gelegt werden. Wir können es nicht länger ertragen, daß in der Regierung Vertreter gerade der stärksten Partei des Reichstages fehlen. Die Sozialdemokratie hat ihre Bedingungen bereits formuliert (24. September); einige davon gehen uns hart ein, aber man kann sie nicht als schlechthin unannehmbar bezeichnen und die Zeit drängt. Heute ein mutiger Entschluß, Männer in die Regierung, die durch ihre Vergangenheit Bürgschaft geben für die rechte Gesinnung, und wir dürfen mit guter Zuversicht den schon so lange gesuchten „Verständigungsfrieden" heraufziehen sehen.

* * *

Die Dinge haben sich in diesen Tagen mit einer derartigen Rapidität entwickelt, daß, indem ich die Korrektur des Vorstehenden lese, es schon etwas veraltet erscheint. Die Zuversicht unserer Feinde, uns völlig niederzuwerfen, ist nicht nur durch die militärischen Erfolge in Palästina und Mazedonien, sondern auch ganz besonders

durch ein Waffenstillstands- und Friedensangebot Bulgariens gewaltig gesteigert worden. Im Westen berennen sie unsere Front mit immer erneuten Anstürmen. Meine Hoffnung, daß die Entente die schroffe Ablehnung der Burianschen Note schon bald bereuen werde, wird schwerlich verwirklicht werden. Aber diese Hoffnung nimmt nur andere Formen an. Es ist alles so in Fluß, daß eine Monatsbetrachtung dazu noch keine Stellung nehmen kann. Zwei Dinge aber stehen mir über allem Zweifel: daß Deutschland in der Verteidigung unbesiegbar ist und daß eine richtige Politik, geführt von den richtigen Männern, imstande ist, den Vernichtungswillen bei unseren Gegnern zu ersetzen durch den Verständigungswillen. Beide Sätze hängen zusammen und sind untrennbar voneinander: die Erkenntnis, daß sie uns nicht besiegen können, wird den Verständigungspolitikern drüben endlich die Oberhand geben; die Unbesiegbarkeit aber gewinnen wir nur, wenn wir das ganze Volk mit der Ueberzeugung durchdringen, daß das Kampfziel, für das es sich einsetzen soll, eine Notwendigkeit ist.

* * *

Alle meine politischen Betrachtungen sind bisher immer noch geschrieben unter den überlieferten und in den verflossenen Jahrtausenden gültig gewesenen Gesichtspunkten der Politik, der Vorstellung, daß der Staat Macht ist und sein höchstes Gesetz die Selbstbehauptung. Wie die Entente-Staaten fortwährend verkündigen, daß sie um ihrer Zukunft und ihrer Sicherheit willen Deutschland niederkämpfen müßten, so sehen wir uns auf deutscher Seite vor, daß dieser Vernichtungswille weder jetzt noch zukünftig gegen uns realisiert werden könne. Was zu diesem Zwecke wirklich notwendig ist, darüber gehen die Ansichten auseinander, und ich habe den Standpunkt vertreten, daß wir auch mit dem status quo ante sehr gut würden bestehen können. In dem Prinzip aber, daß die Kriegsziele und Friedensbedingungen auf Macht, Sicherung, Gleichgewicht eingestellt und geprüft werden müßten, stand ich mit den von mir am schärfsten bekämpften Gegnern auf demselben Boden. Der Unterschied war, daß ich ideell keine Ueberordnung Deutschlands, sondern nur Gleichberechtigung vertrat, praktisch die Forderung der Machtsteigerung verwarf, und das Recht selbst als ein Moment der Macht ansah.

Wie nun aber, wenn wir nach diesem Kriege in ein neues Zeitalter eintreten, wo der alte Machtgedanke durch ganz neue Bedingungen des Völkerlebens ersetzt wird? Wenn durch den Konsensus der Völker eine Macht hergestellt wird, die in Zukunft die kriegerische Entladung ausschließt? Wer an die Vernunft in der Weltgeschichte glaubt, kann es sich nicht anders vorstellen, als daß diese unermeßlichen Anstrengungen, dieses Heldentum, diese Opfer und Schmerzen schließlich irgendetwas Großes, Neues hervorbringen müssen. Wie, wenn das Ergebnis dieses Weltringens wäre, daß es die Völker reif gemacht hat für den Gedanken, daß dieser Krieg von allen Kriegen der letzte gewesen sein müsse? Dann wären ja alle diese ängstlichen Erwägungen, diese heftigen Debatten, was wir als Kriegsziele zu erstreben haben, welche „Sicherungen" heimgebracht werden müssen, überflüssig und gegenstandslos? Mit der Formel, daß die Macht ersetzt werden solle durch das Recht, ist freilich nicht weit zu kommen, denn was ist Recht? Sicher aber ist, daß der Gedanke des großen Friedensbundes unter den Völkern selber eine Macht geworden ist, mit der auch der rückständigste Machtpolitiker alten Schlages rechnen muß. Von allen schweren Problemen der Gegenwart vielleicht das schwerste ist, wie sich diese beiden, ideell einander ausschließenden Prinzipien untereinander ausgleichen, wie sie nebeneinander bestehen können, ob das Neue das Alte mit der Zeit wirklich auszuschalten vermag, ob die Souveränität der Einzelstaaten in einen allgemeinen Friedensbund einzufügen ist. Daß wir nicht einfach zum alten Völkerrecht der souverän nebeneinander stehenden Staaten zurückkehren können, ist völlig klar und von Herrn Dernburg im Oktober-Heft der „Preußischen Jahrbücher" mit packender Anschaulichkeit dargelegt. Auch im Hintergrunde meiner Gedanken ist diese neue Weltordnung längst aufgetaucht und hat allmählich festere Umrisse angenommen, aber die Völker sind noch von einem solchen Mißtrauen gegeneinander erfüllt und der Völkerbund ist noch so wenig Realität, daß der deutsche Patriot nicht anders kann, als das Reich zunächst nach den alten Grundsätzen der Machtpolitik sichern zu wollen. Bieten sich andere Aussichten, so werden sie auch mir willkommen sein und ich werde gern daran mitarbeiten.

Der militärische Umschlag. — Prinz Max Reichskanzler. — Die Verfassungskrise. — Die Verantwortung für den Krieg mit Amerika. — Diplomatische Aussichten. — General Ludendorff.

26. Oktober 1918.

Als ich das vorige Heft abschloß, hatten eben die bangen Tage eingesetzt, die uns mit der Furcht erfüllten, daß das schrecklichste Schicksal über uns hereinbrechen werde. Unsere Südost-Front auf dem Balkan brach vollständig zusammen. Die Bulgaren unterwarfen sich, der König dankte ab, das Heer der Entente, das sich so lange um Saloniki herum verteidigte, war im Anmarsch auf die Donau. In Syrien haben die Engländer das türkische Heer nicht nur geschlagen, sondern vernichtet und haben Damaskus genommen. In Konstantinopel ist die deutsch-freundliche Regierung Enver-Talaat zurückgetreten und hat weniger entschieden gesinnten Ministern Platz gemacht. Es mag nicht lange dauern, so hat die englische Flotte freie Einfahrt ins Schwarze Meer. Oesterreich-Ungarn ist in vollständiger Auflösung. An der Westfront ist unsere Hoffnung, daß die feindliche Offensive vor unserer Siegfriedstellung zum Stehen kommen würde, nicht in Erfüllung gegangen; unter schweren Verlusten an Gefangenen und Material weichen wir von Ort zu Ort zurück. Die Uebermacht der vereinigten Gegner nicht nur an Menschen, sondern auch an Material, an Fliegern, an Tanks, an Munition übertraf alle Berechnungen und Erwartungen.

Wenn man sich besinnt, wie hochgemut wir noch in diesem Frühjahr in die Welt schauten, wie uns vom 21. März bis in den Juni noch Angriffs-Erfolge, einer nach dem anderen beschieden waren, so erscheint der plötzliche Umschlag kaum zu fassen. Am 19. Juli setzte er ein und von da an erfolgte Schlag auf Schlag. Dennoch sind wir vor dem Schlimmsten bewahrt geblieben. An manchen Tagen schien es, als ob die Front durchbrochen und große Teile der Armee abgeschnitten werden könnten. Wenigstens das hat die Umsicht der Führung und die Tapferkeit der Truppen verhindert, und das ist sehr viel. Es kommt noch weiteres hinzu, das die Lage wieder erhellt und Aussichten gewährt. Aber darüber nachher; erst die Rückwirkung des militärischen Umschlags auf unsere Politik.

Wir haben den selbstbewußten Standpunkt, während eines Niederganges keine Friedensanerbietungen zu machen, aufgeben

müssen, oder wenigstens geglaubt ihn aufgeben zu müssen. Es wäre ja gewiß besser gewesen, wir hätten uns friedliebend und entgegenkommend geäußert, als wir im siegreichen Vordringen waren; aber da es damals leider nicht geschehen ist, so schien nichts übrig zu bleiben, als es jetzt zu tun und es auf eine mehr günstige oder ungünstige Wirkung ankommen zu lassen.

Innere und auswärtige Politik greifen hier so ineinander, daß sie in eins fließen. Am 30. September nahm der Reichskanzler Graf Hertling seine Entlassung, und indem der Kaiser an seine Stelle den Prinzen Max von Baden berief, verfügte er zugleich: „daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite"; „daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung." In der Programm-Rede, in der der neue Reichskanzler sich dem Reichstag vorstellte, erklärte er, daß mit dem Tage jenes Erlasses, dem 30. September, eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte beginne, daß er als Vertreter der Reichstagsmajorität sein Amt übernommen und nur im Einverständnis mit ihr und gestützt auf ihr Vertrauen es zu führen gedenke. Neben Freisinnigen und Klerikalen berief er auch Sozialdemokraten in die Regierung und bildete zur Führung der auswärtigen Politik ein Kriegskabinett aus den Vertretern der Mehrheitsparteien. Auch die Nationalliberalen, die ja schon mit dem Grafen Hertling in die Regierung eingetreten waren, schlossen sich nachträglich der Regierungsmajorität an. Mit gutem Bedacht sind aber die Konservativen von der Regierung ausgeschlossen geblieben. Das neue System muß gegen sie durchgeführt werden; sie hätten aus innerer Ueberzeugung nicht mitarbeiten können, und die neue Regierung hätte weder im Inland noch im Ausland Vertrauen gewinnen können, wenn sie sich von den Konservativen hätte mittragen lassen.

Was bedeutet diese neue Regierung für unser Verfassungsleben?

Ich habe von je die Auffassung vertreten, daß das deutsche konstitutionelle System nicht nur das für uns nach den historischen und nationalen Bedingungen gegebene und passendste, sondern auch objektiv ein besseres sei als der westliche Parlamentarismus. Dieses westliche System hat aber zugestandenermaßen einen Vorzug von sehr großer Bedeutung. Das ist die Auslese und die Heranbildung von politischen Persönlichkeiten. Dieser Vorzug des parla-

mentarischen Systems hat sich während des Krieges in noch erheblich höherem Maße bewahrheitet, als ich ihn ehedem angeschlagen habe, während umgekehrt der Mangel an politischen Persönlichkeiten in Deutschland in einem fast unbegreiflichen Maße zutage getreten ist. Die Spaltung unserer politischen Erziehung in Beamtentum und Offizierkorps auf der einen Seite, Volksredner, Journalisten und Parlamentarier auf der anderen, hat hüben wie drüben, man könnte wohl sagen, austrocknend gewirkt. Wir haben nur Fachmenschen. Wenn ein hoher Posten zu besetzen ist, sind wir jedesmal in Verlegenheit, und in diesem Kriege ist uns diese Verlegenheit geradezu zum Verhängnis geworden. Nach dem Abgange Bethmann Hollwegs wurde die deutsche Politik schlechthin führerlos. Ueber Herrn Michaelis ist kein Wort zu verlieren. Aber auch Graf Hertling hat vollständig versagt. Er war als Persönlichkeit besser als Michaelis, aber seine Kanzlerschaft ist für unser Geschick noch verderblicher geworden als die seines Vorgängers. Wo man auch hinblickt, nirgends die Spur einer schöpferischen Tätigkeit. Daß die polnische Lage so verfahren ist, mag an Widerständen gelegen haben, die er nicht zu überwinden vermocht hat, und das Problem ist in sich überaus schwierig. Aber welche Lösung man auch anstrebte, klar war unter allen Umständen, daß Preußen zu seinen eigenen polnischen Untertanen ein anderes Verhältnis gewinnen und daß mit dem Hakatismus gründlich und vollständig aufgeräumt und statt dessen die Bildung einer Partei unter den Polen angestrebt werden mußte, mit der man leben konnte. Man sollte meinen, für Graf Hertling, den ehemaligen Zentrumsführer, sei das selbstverständlich gewesen, aber nichts Wesentliches, nichts Prinzipielles ist geschehen. Ebenso mit Elsaß-Lothringen. Ebenso in der Behandlung der östlichen Randvölker. Ebenso in der Friedensfrage. Kann jemand zweifeln, daß Deutschland heute anders und besser in der Welt dastehen würde, wenn schon beim Abgang Bethmann Hollwegs oder wenigstens Michaelis' Prinz Max von Baden an die Spitze der Geschäfte getreten wäre? Merkwürdig genug, daß nun, da in der höchsten Not nach dem rettenden Manne gesucht wurde, er nicht unter den Trägern des alten Beamtenstaats, auch nicht unter den Parlamentariern, sondern unter den deutschen Fürsten gefunden worden ist.

Vor einem Jahr wäre es nur ein Personenwechsel gewesen und das hätte schon eine große Bedeutung gehabt. Jetzt ist dieser

Personenwechsel auch ein Systemwechsel geworden. Wir haben uns klarmachen müssen, daß die Katastrophe, der wir jetzt entgegenzutreiben drohen, ihre Urquelle in unserem Verfassungssystem hat und deshalb eine tiefgreifende Reform unvermeidlich ist. Sicherlich auch die ungeheure Leistung, daß wir über vier Jahre lang der ganzen Welt siegreichen Widerstand geleistet haben, ist dem unvergleichlichen Zusammenwirken des staatlichen Organismus mit dem guten Willen jedes Einzelnen, dem Entgegenkommen von Autorität und Freiheit zu verdanken, was wir als das Wesen unserer Verfassung ansahen. Aber das Versagen der Leitung in den entscheidenden Momenten und Fragen liegt nicht weniger im System begründet und ist so verhängnisvoll geworden, daß wir suchen mußten, etwas Neues zu schaffen.

Dieses Neue muß liegen in der Richtung der Stärkung der Macht der Parteien, in einer weitgehenden Demokratisierung, in der Einschränkung der Bürokratie, in der Unterordnung des militärischen Elements unter das bürgerliche. Man drückt das auch wohl so aus, daß der Obrigkeitsstaat in einen Volksstaat verwandelt werden oder, daß das Volk berufen werden müsse, sich selbst zu regieren. Das sind klingende Worte, bestimmt, sehr prosaische Tatsachen zu verhüllen. Volksregierung ist nichts als ein Euphemismus für Parteiregierung. Wer jetzt ans Staatsruder kommt, sind Parteien, und die Parteien sind nicht das Volk. Parteien sind sich selbst ergänzende, freie Genossenschaften, die in hohem Maße befähigt sind, politische Führer heranzuziehen, Leute von sicheren taktischen Instinkten, Nerven und Willen, aber daß sie den Volkswillen repräsentierten, ist eine Illusion. Aber lassen wir das Prinzipielle auf sich beruhen und halten uns daran, daß erfahrungsmäßig die Parteiorganisationen eine vorzügliche politische Schulung geben und daß wir jetzt suchen müssen, das bisherige monarchisch-bürokratisch-militärische Regiment zum erheblichen Teil durch dieses sogenannte Volksregiment zu ersetzen.

Wir sind jetzt noch im Uebergang begriffen und wie die neue Regierungsform schließlich aussehen wird, ist heute noch schwer zu sagen. Von einer einfachen Annahme der parlamentarischen Regierungsformen des Westens wird man um so weniger sprechen dürfen, als ja eben dort der alte Parlamentarismus selber in der Abwandlung begriffen ist und sehr starke Elemente des deutschen Beamten- und Militärstaats in sich aufgenommen hat. Ganz wie

bei uns hat man auch dort geklagt, daß das Volk tatsächlich ausgeschaltet sei; der Unterschied war nur, daß man bei uns die Monarchie anklagte, drüben die Parteiorganisationen (vgl. meine Schrift „Regierung und Volkswille"). Wie die Verfassungen sich bei den anderen sowohl wie bei uns entwickeln werden, wird nicht zum wenigsten davon abhängen, wie viel Leben die große Völkerliga gewinnen und ausströmen wird. Alle unsere überlieferten Schemata können hinfällig werden, wenn die neue Kraft, die hier zu keimen scheint, wirklich zu einem alles überschattenden Baum heranwächst. Nicht nur die auswärtigen Beziehungen der Völker, auch ihr inneres Dasein muß davon in der Tiefe ergriffen werden.

Da der neue Völkerbund und seine Formen nun noch völlig im Dunkeln liegen, so kann man auch über die zukünftigen Formen des inneren Verfassungslebens noch nichts voraussagen. Nur das Nächstliegende ist heute ins Auge zu fassen, und das ist Demokratisierung, Unterordnung der militärischen Gewalt unter die bürgerliche und Ueberordnung des Reichstags über das Kaisertum.

Noch weiter zu gehen und, wie man es ausgedrückt hat, persönliche Konsequenzen zu ziehen, würde nicht nur den Empfindungen unseres Volkes durchaus widersprechen, sondern auch politisch das Verderben auf uns herabziehen. Es ist richtig, wie ein sozialdemokratischer Redner im Reichstag gesagt hat, daß gerade in konservativen Kreisen solche Wünsche nicht selten laut geworden sind. Aber das sind Ausbrüche der Verstimmung bei Einzelnen. In der Masse der Konservativen wie im ganzen Volke weiß man sehr gut, welcher Wert einer auch noch so eingeschränkten Krone für die Erhaltung der großen nationalen Traditionen und der sozialen Ordnung innewohnt. Wer sich in dem doch ganz demokratisierten englischen Volke bewegt hat, hat immer wieder erfahren, wie sehr es sich dem Thron verbunden fühlt, und Norwegen, als es sich von Schweden losriß, wählte sich aus ganz freiem Antrieb wieder einen König. Man mag die Gefahr eines Bürgerkrieges nach dem äußeren Frieden größer oder geringer einschätzen, sicher ist, daß wir alle sozialen Kräfte zusammenfassen müssen, um dem Bolschewismus von vornherein jeden Versuch einer Bewegung zu verleiden. Dazu müssen sich in dem neugeschaffenen Deutschland alle Kreise um den Kaiser scharen können, der als Erbe seiner Ahnen die nationale Einheit verkörpert und darstellt. In Frankreich erlag im Jahre 1793 die große Mehrheit des Volkes den Terro-

risten, weil sie in Royalisten und Girondisten gespalten war. Rechte und Linke müssen bei uns zusammenstehen und sich zusammentun, wenn es gilt, heute den äußeren Feind abzuschlagen und vielleicht morgen den Drachen des revolutionären Umsturzes zu fesseln.

Weniger hoffnungsfreudig ist mir bei der Verfassungsreform zumute. Ob die wechselnden Parteikombinationen uns besser regieren werden, als wir bis 1914 regiert worden sind, das möchte ich aufs allerstärkste bezweifeln, aber wir müssen uns jetzt dazu herbeilassen, da das bisherige Regiment uns nun einmal ins Unglück geführt hat. Die Abwandlung ist unvermeidlich und unwiderruflich.

Einen Beweis, wie mächtig die Strömung ist, die uns fortreißt in eine neue Zeit, bildet der Aufruf der Berliner Professorenschaft. Eine große Versammlung unter Führung des Rektors hat einmütig beschlossen, zu äußerster Anspannung aller Kräfte zu ermahnen, damit uns Vaterland, Kaiser und Reich unversehrt erhalten bleiben, und dabei erklärt, „wir stellen uns bewußt und fest in den Dienst der sich anbahnenden neuen politischen Ordnung und der sie vertretenden Regierung". „Es geht in diesen Tagen um das Bestehen, die Freiheit und die Ehre unseres Volkes. Wir können es nicht besser ausdrücken als durch das tapfere Wort in dem letzten Aufruf der sozialdemokratischen Partei: „mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden". Die Berliner Universität ist wohl zuweilen die geistige Leibgarde der Hohenzollern genannt worden. Wenn ein solches Kollegium sich jetzt einmütig in den Dienst der neuen Ordnung der Dinge stellt, einer Regierung, deren wesentlichste Stütze die Sozialdemokratie ist, und sich ausdrücklich auf einen Satz aus dem sozialdemokratischen Parteiaufruf beruft, so ist das mehr als ein Zeichen der Zeit, es ist ein politisches Ereignis.

Der gewaltige Zug der Zeit hat es auch mit sich gebracht, daß die Konservativen ihren Widerstand gegen die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts fallen gelassen haben. Noch vor vier Wochen konnte ich an dieser Stelle raten, diese und jene Konzession, z. B. die Altersstimme, zuzugestehen, nicht weil ich das für sachlich sehr wünschenswert hielt, sondern um den Konservativen den Rückzug zu erleichtern. Es hat sich als überflüssig erwiesen.

Das Alte hat den Glauben an sich selbst verloren; die neue Ordnung der Dinge hält unwiderstehlich ihren Einzug.

Der Hauptgrund, weshalb besonders die Unterordnung der militärischen Gewalt unter die bürgerliche gefordert wird, ist die Empfindung, daß der Beschluß, der uns zum Verhängnis geworden ist, die Erklärung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges am 1. Februar 1917 einseitig militärisch durchgesetzt worden ist. Herr v. Bethmann Hollweg hat ihm als Reichskanzler zwar nicht widersprochen, sich aber doch nur unterworfen. Er konnte ihn nicht verhindern. Er hätte seinen Abschied nehmen können und hätte es sicher besser getan, aber er blieb, um, wie er meinte, größeren Schaden zu verhüten. Wäre er der Uebergeordnete gewesen, so hätte er den unseligen Entschluß verhindern können. Das rein Militärische muß immer militärisch entschieden werden, aber diese Entscheidung war keine rein militärische, sondern hatte eine unermeßliche politische Tragweite, wie überhaupt die großen strategischen Entschlüsse fast immer auch einen starken politischen Einschlag haben. Will man das „Militarismus" nennen, wenn bei solchen Entscheidungen nur oder vorwiegend der militärische Gesichtspunkt in Betracht gezogen wird, so ist die Anklage unserer Gegner, daß wir militaristisch regiert seien, berechtigt, und dem muß ein Ende gemacht werden, umsomehr als ja die Militärs bisher in ihren Ansprüchen nur zu sehr von einem erheblichen Teil der öffentlichen Meinung gestützt wurden.*)

Ich selber kann mich ja darauf berufen, daß ich aufs äußerste gegen die Erklärung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges gekämpft habe und erinnere mich nur zu wohl des Abends, wo ich mit meinen Gesinnungsgenossen zusammensaß und die Nachricht gebracht wurde, daß der verhängnisvolle Beschluß gefaßt sei. Wir waren alle wie starr vor Verzweiflung und fanden schweratmend den Entschluß, uns nunmehr auf den Boden der vollendeten Tatsache zu stellen und im Dienste am Vaterlande weiterzuarbeiten. Ganz gespenstisch muten mich heute die Sätze an, die ich damals in den „Preußischen Jahrbüchern" geschrieben habe und die doch ungehört verhallt sind. Wie weit verbreitet diese bessere Einsicht war, zeigt auch der Abschnitt aus dem Tagebuch des Präsidenten von Lüding-

*) Seitdem ist mir bekannt geworden, daß die Oberste Heeresleitung Ende Dezember 1916 gegen die Friedens-Vermittlung des Präsidenten Wilson direkt Verwahrung eingelegt hat.

hausen, den wir in den „Preußischen Jahrbüchern" (Bd. 174, S. 336) zum Abdruck bringen, wo dieselben Erwägungen, Sorgen und Voraussagen zu Papier gebracht worden sind. Aber was hilft's? Machen wir uns an der Hand von einigen Veröffentlichungen, die jüngst durch die Presse gegangen sind und die ich noch zu ergänzen imstande bin, klar, wie das alles gekommen ist, nicht unter dem Gesichtspunkt der „Schuld" und der „Schuldigen", sondern der tragischen Verknüpfung des historischen Zusammenhanges.

Im Sommer 1916 erließ Präsident Wilson Kundgebungen, daß er in Europa den Frieden zu vermitteln wünsche. In den Ententeländern lehnte man diese Vermittlung sehr unwirsch ab; auch in Deutschland war die öffentliche Meinung vorwiegend dagegen, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg aber blickte weiter und der amerikanische Präsident durfte sich vorstellen, daß Deutschland seine Vermittlung annehmen werde und sie wünsche.

Aber es verging Monat auf Monat, ohne daß Präsident Wilson etwas tat. Immer von neuem traten Umstände ein, die ihn behinderten. Die öffentliche Meinung, nicht nur in den Ententestaaten, sondern auch in Amerika, sah in der Vermittlung eine Aktion zugunsten Deutschlands. Denn die Vermittlung sollte stattfinden und konnte nur stattfinden nach dem Grundsatz, daß es weder Sieger noch Besiegte geben solle, also so ungefähr mit Wiederherstellung des Status quo ante. Damit wollte man uns nicht davonkommen lassen; das hätte man als den Triumph Deutschlands angesehen. Nun war aber die öffentliche Meinung in Amerika aufs höchste erregt wegen der Torpedierung der „Sussex" (24. März), die, was für ein Irrtum auch immer zugrunde gelegen haben mag, den von Deutschland gegebenen Versprechungen zuwiderlief. Wilson erklärte also, erst eine gewisse Beruhigung abwarten zu müssen. Diese trat auch ein, und als das Unterseeboot „Deutschland" nach Amerika kam, wurde es vielfach sympathisch begrüßt. Da erfolgte die Kriegserklärung Rumäniens (27. August); alle Welt glaubte, jetzt sei Deutschland verloren; eine Friedensvermittlung hätte wie eine direkte Intervention zugunsten Deutschlands ausgesehen. Man mußte erst den Ausgang des rumänischen Feldzuges abwarten. Nun siegte Deutschland. Jetzt aber kam der Termin der Neuwahl für den Präsidenten. Bis zum letzten Augenblick war es ganz unsicher, wer als Sieger aus diesem Wahlkampf hervorgehen würde. Wilson konnte keine große politische Aktion unternehmen mit der

Aussicht, daß seine Präsidentschaft demnächst ein Ende haben werde. Als das Wahlergebnis sicher war und Wilson ans Werk gehen wollte, kam wieder der Zwischenfall mit der massenhaften Abführung belgischer Arbeiter für Zwecke der Industrie nach Deutschland. Die öffentliche Meinung in Amerika erblickte in dieser erzwungenen Arbeit eine schwere Völkerrechtswidrigkeit, eine Erneuerung der Sklaverei, und tobte derart gegen Deutschland, daß wiederum eine politische Aktion mit dem Charakter der Deutschfreundlichkeit ausgeschlossen schien. In der Stille aber arbeitete Wilson an seinem Plan, und seine Note war so gut wie fertig, als Deutschland selbst sein Friedensangebot erließ (12. Dezember 1916).

Da man in Deutschland wußte, daß Wilsons Vermittlung bevorstand, und ihn selber schließlich (seit September) dazu angetrieben und ermuntert hatte, so hätte man unter diesem Gesichtspunkt sich natürlich besser zurückgehalten. Aber war es so sicher, daß die solange angekündigte und erwartete Vermittlung wirklich jetzt kommen und Erfolg haben werde? So gern der Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf einen Verständigungsfrieden „ohne Sieger und Besiegte" eingegangen wäre, so sehr es ihm klar war, daß ein solcher Friede einen für Deutschland höchst günstigen Ausgang des Krieges bedeuten würde, so gab es doch andere und sehr mächtige und sehr weite Kreise in Deutschland, die sich mit einem solchen Frieden keineswegs begnügen wollten, sondern in den Tauchbooten eine Waffe zu besitzen vermeinten, die England und der ganzen Entente binnen wenigen Monaten einen ganz anderen Frieden aufzuzwingen imstande sei. War man auch im Jahre 1916 in dieser Waffe noch zu schwach gewesen, jetzt waren so viele Tauchboote gebaut, daß die Marine sich stark dafür machte, den Kampf durchzuführen. Sollte man in der Hoffnung auf die Wilsonsche Vermittlung auf diese Chance verzichten? Die Vertreter des Tauchbootkrieges erklärten, daß wenn man überhaupt mit dieser Waffe vorgehen wolle, der 1. Februar 1917 der letzte Termin sei, wo man damit einsetzen müsse, da die Lebensmittelversorgung Englands sonst für dieses Jahr noch sichergestellt werden könne. Um den Tauchbootkrieg, dessen Rigorosität Widerspruch erweckte, moralisch nach jeder Richtung zu motivieren, war es wünschenswert, daß ihm das Friedensangebot vorausging. Nahmen es die Gegner an, um so besser; lehnten sie es ab, so war Deutschland

berechtigt zu sagen, daß ihm nichts anderes übrig geblieben sei. Ueberdies stand noch Rußland ungebrochen und die Massenoffensive von allen Seiten zugleich war in Aussicht: konnte man da auf eine Waffe wie das Tauchboot verzichten? Wenn Wilsons Vermittlung kam und Deutschland sie annahm, die Entente sie ablehnte, so wäre das ja noch besser gewesen — aber war wirklich auf Wilson zu rechnen? Daß er uns ganz und gar nicht liebte, war sicher. War es nicht möglich, daß sein Vermittlerehrgeiz doch dauernd durch seine innere Sympathie mit der Entente zurückgehalten wurde? Daß die feindliche Gesinnung der höheren Schichten seines Volkes ihn dauernd hemmte? Ueberdies kreuzten sich ja die beiden Friedensaktionen nicht, sondern konnten nebeneinander hergehen. Wilson war wohl auch schließlich ärgerlich, weil das selbständige Vorgehen Deutschlands ihm die Rolle, die er zu spielen wünschte, zu beeinträchtigen drohte; aber er nahm die Situation, wie sie war, und ließ nun im unmittelbaren Anschluß an das deutsche Friedensangebot seinen eigenen Vermittlungsruf hinausgehen (21. Dezember).

Die Entente lehnt das deutsche Angebot ganz ebenso wie die Wilsonsche Vermittlung kalt und höhnisch ab; der deutsche Vorschlag sei „ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung" (30. Dezember). Wenige Tage darauf (6. Januar) fand jenes deutsch-amerikanische Bankett statt, auf dem der Botschafter Gerard und der Staatssekretär Zimmermann in starken Tönen die guten Beziehungen der beiden Völker zueinander priesen. Das war in jenem Augenblick von beiden Seiten vollkommen ehrlich und richtig. Drei Tage später (9. Januar) wurde im Großen Hauptquartier beschlossen, am 1. Februar den rücksichtslosen Tauchbootkrieg zu eröffnen. Die Entente lehnte ja Frieden wie Vermittlung ab. Nichts ist falscher als die Behauptung, wie sie G. Bernhard in der „Vossischen Ztg." gewagt hat, man habe in Deutschland von den Vermittlungsabsichten Wilsons zu wenig gewußt. Man kannte sie nicht nur, sondern man höhnte über sie und wollte von ihnen nichts wissen. Daß Herr v. Bethmann Hollweg dazu ermuntert und darüber hatte verhandeln lassen, wußte man selbstverständlich nicht, ist ja auch ein absurdes Verlangen, heute nur herausgesucht, um eine Bemäntelung zu haben für das demagogische Treiben, dessen man sich damals schuldig gemacht hat. Die Vermittlung wäre ja tot zur Welt gekommen, wenn man öffentlich mitgeteilt hätte, daß Wilson darüber vorher

mit dem deutschen Botschafter im Auftrage des Reichskanzlers konferiert hatte

Während nun in Deutschland die Vorbereitungen zu der neuen Kriegsart in vollem Gange waren und die Tauchboote mit ihren neuen Instruktionen hinausgingen, ließ Präsident Wilson uns wissen, daß er doch noch nicht an seiner Vermittlung verzweifle und bitte, ihm Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu sagen. Noch am Abend des Tages, wo diese Depesche in Berlin einlief (28. Januar) fuhr der Reichskanzler in das Große Hauptquartier, um darüber zu berichten und zu beraten. Wieder ist es eine falsche Behauptung, die jüngst in die Welt gesetzt worden ist, daß Herr v. Bethmann dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung von seinen Verhandlungen mit Wilson überhaupt nichts gesagt habe. In vollem Bewußtsein und Kenntnis aller Umstände wurde beschlossen, daß der einmal befohlene Unterseebootskrieg, da die Boote mit ihren neuen Instruktionen schon auf dem Wege und größtenteils auch drahtlos nicht erreichbar seien, aus technischen Gründen nicht abgestoppt werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseebootkrieges zu geben, sobald es den Bemühungen des Präsidenten Wilson gelungen sei, eine Erfolg versprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern.

Präsident Wilson hat in diesem Verhalten Deutschlands nicht nur eine Durchkreuzung seiner Politik, sondern auch eine Hinterhältigkeit und Doppelzüngigkeit erblickt, indem man gleichzeitig ihn antrieb, den Frieden zu vermitteln und in der Stille den Tauchbootkrieg vorbereitete. Der Zusammenhang zeigt, daß die Anklage der Doppelzüngigkeit jeder Begründung entbehrt. Daß Deutschland für den Fall des Scheiterns der Friedensvermittlung eine Verschärfung seiner Kriegführung vorbereitete, war nur natürlich, und die Entscheidung für diese neue Kriegführung ist erst getroffen worden, als man zu der Ueberzeugung gekommen war, daß die Vermittlung tatsächlich von der Entente abgelehnt worden sei. Wilsons falsche Auslegung wird aber dadurch erklärlich, daß er seinerseits seine Vermittlung, die Deutschland als erledigt ansah, doch noch nicht begraben sein lassen wollte, sondern sie wieder aufnahm. Er also glaubte, noch mitten in seiner Vermittlung zu sein, als Deutschland ihm mit seinem Tauchbootkrieg dazwischenfuhr; dasselbe Deutschland, das versichert hatte, daß

es seine Vermittlung gern sehen würde. In Deutschland war man voller Mißtrauen, ob Wilson seine Vermittlertätigkeit auch wirklich durchführen werde, jetzt hatte sich auch Wilson mit dem Argwohn erfüllt, daß Deutschland seine Vermittlung gar nicht ehrlich gewünscht habe. Das ist alles nur zu erklärlich. Das große historische Problem liegt an einer ganz anderen Stelle.

Wir sehen es heute mit grauenhafter Deutlichkeit. Wir hatten in diesem Januar 1917 die Wahl, ob wir uns durch Wilson einen Verständigungsfrieden vermitteln lassen wollten, oder unser Heil in dem verschärften Tauchbootkrieg suchen wollten auf die Gefahr hin, auch Amerika in die Reihen unserer Feinde zu treiben. Auch bei der zweiten Entscheidung, am 30. Januar, wäre es ja noch möglich gewesen, dem amerikanischen Präsidenten zu antworten, daß der U-Bootkrieg zwar bereits befohlen sei, daß man aber den Befehl zurücknehmen werde, nicht, wenn er eine sichere Grundlage für den Frieden gefunden haben werde, sondern einfach solange er noch an seiner Vermittlung arbeite. Der heutige Reichskanzler, Prinz Max, hat sich damals dafür eingesetzt, daß man den verschärften Tauchbootkrieg nicht eintreten lassen solle, ehe die amerikanische Vermittlungsaktion nicht abgelaufen sei. Die militärisch-technische Erwägung, daß das Hinausschieben des Tauchbootkrieges über den 1. Februar die Waffe eines Teiles ihrer Wirkung berauben werde, hat die Oberhand gewonnen über die politische Erwägung, welche Gefahr wir über unser Haupt heraufbeschworen durch die Verfeindung mit Amerika. Schuld und Schicksal — wie sind sie voneinander zu trennen?

Hätte ein parlamentarischer Reichskanzler damals eine andere Entscheidung herbeigeführt? Ich möchte es keineswegs als ganz sicher behaupten. Die Entschlüsse tappten ja alle im Halbdunkel. Der Staatssekretär Zimmermann hat tatsächlich geglaubt, wie auch der Botschafter Gerard in seinem Buche bezeugt, daß Präsident Wilson den U-Bootkrieg hinnehmen und seine Vermittlung nur um so eifriger fortsetzen werde. Seine Freundschaftsversicherungen für Amerika waren keineswegs heuchlerisch, auch seine Note an unseren Geschäftsträger in Mexiko, so grenzenlos verkehrt und töricht sie war, ist kein Gegenbeweis; sie beweist nur, daß er glaubte, auch für den äußersten Fall einer amerikanischen Kriegserklärung eine Vorsichtsmaßregel treffen zu müssen. Freilich als das Unglück, das in so verhängnisvoller Weise sich auf diesem Wege an unsere

Sohlen heftete, auch diesen Brief noch dem Präsidenten Wilson in die Hände spielte, da war es nur zu natürlich, daß dieser von neuem darin einen Beweis unserer Falschheit und Tücke erblickte. Auch unter einem parlamentarischen Staatssekretär hätte dergleichen geschehen können. Aber es handelt sich nicht darum, daß wir eine taktisch und technisch bessere Regierung bekommen, sondern darum, daß wir eine Regierung bekommen von einer anderen Mentalität. Die Verantwortung für das schwere Schicksal, das heute auf uns liegt, lastet auf dem bürokratisch-militaristischen System, das trotz des starken konstitutionellen und demokratischen Einschlages bei uns bisher maßgebend war. Es hat Großes für uns geleistet, aber es muß jetzt abgebaut werden, und die Reform ist in vollem Gange.

Von hier kehren wir wieder zurück zum Kriegsschauplatz und zu den Friedensbestrebungen. Unser Waffenstillstandsgesuch vom 5. Oktober wurde zunächst vom Präsidenten Wilson so beantwortet, daß man annehmen konnte, er wolle den Waffenstillstand auf Grund der Räumung von Belgien und Frankreich vermitteln, worauf dann auf Grund der von ihm verkündeten 14, 4 und 5 Punkte, zu denen wir unsere Zustimmung erklärt hatten, die Friedensverhandlungen hätten beginnen können. Aber Präsident Wilson ist nicht nur ein puritanischer Idealist, sondern auch ein sehr geschickter Diplomat. Der Wortlaut seiner Note war so gefaßt, daß sie zwar jene Aussichten eröffnete, den Präsidenten aber in keiner Weise darauf festlegte, und auf unsere Zustimmung kam nunmehr eine Antwort in ganz anderer Tonart (14. Oktober). Sei es, daß auf den Präsidenten mittlerweile ein Druck ausgeübt worden ist, sei es, daß er es von vornherein dahin hat treiben wollen, er legte unser Waffenstillstandsersuchen jetzt wie eine Art Kapitulation aus, und in England und Frankreich bäumte man sich auf gegen den Gedanken, daß das am Boden liegende Deutschland jetzt mit einem billigen Ausgleichsfrieden davonkommen könne. General Foch will sich den vollen militärischen Triumph, die Zerschmetterung der deutschen Armee, den Ruhm des großen Schlachtensiegers nicht entreißen lassen. Man führte aus, daß wenn man Deutschland gestatte, unter dem Schutz eines Waffenstillstandes seine Truppen und sein Material von dem jetzigen Kriegsschauplatz hinter seine eigenen Grenzen zurückzuführen, es sich dort erholt und verstärkt zu neuem Kampfe stellen werde, und verlangte, daß ein Waffen-

stillstand nur bewilligt werde unter Bedingungen, die das unmöglich machten. Nichts Geringeres forderte also jetzt die Note. Dann kommen Beschwerden über unsere Kriegführung und schließlich die Forderung einer fundamentalen Aenderung der deutschen Verfassung. Die letzte Forderung entspricht ja in ihrer Tendenz nur dem, was bereits aus den inneren Verhältnissen Deutschlands heraus als notwendig erkannt und in die Wege geleitet worden ist. Deutschland hat das in einer abermaligen Note (21. Oktober) ausgesprochen und zugleich erklärt, daß der Tauchbootkrieg derart neu reguliert sei, daß Passagierschiffe nicht mehr torpediert würden. Die Fassung dieser Note war nicht gerade sehr glücklich; man merkte ihr das neue System nur nach seiner ungünstigen Seite an, daß nämlich jetzt eine Vielregierung besteht; es war daran so viel gebastelt worden, daß sie gar keine ausgesprochene Physiognomie mehr hatte. Dieser Fehler wurde aber wettgemacht durch die ausgezeichnete Rede, in der der Reichskanzler sie am folgenden Tage im Reichstag erläuterte. Er führte dem Präsidenten Wilson zu Gemüte, daß er mit sich selbst in Widerspruch gerate, sein eigenes Kind, den allgemeinen Friedensbund der Völker, in der Geburt ersticke, wenn er dafür kämpfe, daß Deutschland jetzt vergewaltigt werde.

Der Präsident hatte unsere Note so schnell beantwortet, daß er die Rede wohl noch nicht gekannt haben kann. Die Antwort (23. Oktober) nimmt Akt von unseren Anerbietungen und Erklärungen, führt aber die Verhandlung im Grunde nicht weiter, sondern wiederholt nur in abermals sehr verschärfter Form das schon in der zweiten Note Gesagte.

Während so unsere Feinde immer schroffer und schroffer auftreten, hat sich auf dem Schlachtfeld die Lage für uns keineswegs verschlechtert, sondern verbessert. Zwar gehen wir von Stellung zu Stellung weiter zurück, aber die schweren Verluste an Gefangenen und Material, die anfangs eintraten und eine Durchbrechung der Front befürchten ließen, haben aufgehört. Die Loslösung vom Feinde vollzieht sich viel leichter und schmerzloser, als man fürchten konnte. Wir haben angeboten, Belgien und Frankreich im Waffenstillstand zu räumen. Darauf haben sich die Gegner bisher nicht einlassen wollen; nun räumen wir bis zu diesem oder jenem Abschnitt das Land im Kampf unter mäßigem Verlust für uns,

ohne wesentlichen Vorteil für die Feinde, aber unter den allerschwersten Leiden der unglücklichen Einwohner. Erfüllt sich unsere Hoffnung, daß auch weiterhin die Front ihren Zusammenhang erhält und daß der linke Flügel an der Maas, der die Verbindung mit Deutschland deckt, den Anstürmen der Amerikaner widersteht, so werden wir vielleicht noch fragen dürfen, ob es nicht zu unserem Heil war, daß aus dem Waffenstillstand nichts geworden ist. Die Vorverhandlungen, die zum Frieden führen sollen, können geführt werden, auch während der Kampf fortgesetzt wird. So grausam das ist, wir dürfen uns von der Schuld an dieser Grausamkeit freisprechen.

Wofür wird nun tatsächlich noch gekämpft? Wir haben alle 23 Punkte des Präsidenten Wilson ohne Vorbehalt angenommen. haben damit auch zugestanden, daß über Elsaß-Lothringen international gemäß dem Wunsche der Einwohner entschieden werden soll. Wenn die Gegner über die prinzipiellen Grundlagen des zu schließenden Friedens einig geworden sind, pflegt man in die Verhandlungen einzutreten. Weshalb lehnen unsere Gegner diese Verhandlungen noch ab?

Die feindlichen Völker sind von einem ungeheuren Mißtrauen gegen uns erfüllt; sie argwöhnen, daß, wenn das Deutsche Reich ungebrochen aus diesem Kriege hervorgehe, es sich binnen kurzem erholen und von neuem seine Nachbarn vergewaltigen werde. Daß wir selber uns als die Angegriffenen und Ueberfallenen vorkommen, ist in ihren Augen eine suggerierte Selbsttäuschung, oder bewußte Heuchelei. Wir können es ja leider nicht leugnen, daß bei uns eine alldeutsche Literatur existiert, aus der solche Vorstellungen geschöpft werden konnten, und diese Literatur ist drüben derartig ausgebeutet worden, daß man sagen darf, sie sei dort viel bekannter als bei uns. Wir können des weiteren nicht leugnen, daß bei uns während des Krieges Ziele aufgestellt worden sind, die die Rechte und die Freiheit anderer Völker schwer bedrohten. Aber existiert drüben etwa kein Chauvinismus, kein Jingotum? In der „Vaterlands-Politik" von Dr. Hobohm und in der Schrift „Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung" von Joachim Kühn kann man eine Blütenlese von französischen, englischen, italienischen, russischen Anmaßlichkeiten und Ansprüchen finden, die dem „deutschen Herrenmenschen" unserer Alldeutschen durch

aus die Wage halten.*) Die wilden deutschen Kriegsziel-Politiker aber, die während des Krieges das deutsche Volk in den Ruf zügelloser Gewaltsamkeit gebracht haben, sind einigermaßen entschuldigt durch die Kriegspsychose und haben die große Masse des deutschen Volkes niemals hinter sich gehabt. Nachdem der Krieg nunmehr gelehrt hat, daß man nicht ungestraft solchen Phantasien nachjagt, dürfen wir mit Sicherheit behaupten, daß diese Sinnesrichtung in Deutschland endgültig überwunden ist und nicht wieder aufleben wird. Durch die radikale Demokratisierung unseres Staatslebens im Reich wie in Preußen werden diejenigen Schichten, in denen die Alldeutsch-Militaristische Richtung besonders vorwaltete, der Macht entkleidet. Der unberechtigte Einfluß des Generalstabes auf die Politik wird ausgeschaltet, indem die Kommandogewalt des Kaisers der Kontrolle durch den Reichskanzler und dadurch mittelbar dem Reichstage unterstellt wird. Wir tun das Alles aus hinreichenden, nur zu sehr hinreichenden Gründen unserer inneren Politik. Die Frage ist, ob unsere Feinde in diesem Gesinnungswandel und dieser inneren Reform die von ihnen geforderte Bürgschaft erblicken werden, ohne die sie mit uns keinen Frieden schließen wollen.

Am 28. Januar 1917, als Präsident Wilson seine Rede im Senat gehalten hatte, die nach seiner Meinung die Friedensvermittlung einleitete, der dann unser U-Bootkrieg ein Ende bereitete, da schrieb ich in den „Preußischen Jahrbüchern": „Aber möge der Krieg auch noch so lange fortdauern, schließlich wird man doch auf diese Wilsonsche Rede zurückkommen müssen und sich namentlich der schönen und tiefsinnigen Sätze erinnern, in denen der Präsident darlegt, daß ein Friede nach diesem Kriege, der dem Besiegten Demütigungen und unerträgliche Opfer auferlege, kein dauernder sei, sondern auf Flugsand ruhen würde." Sollte Präsident Wilson diese seine Worte so ganz vergessen haben? Freilich wie weit ist

*) Ich mache bei dieser Gelegenheit noch auf folgende Schriften aufmerksam, die das Treiben unserer Alldeutschen ebenso wie der feindlichen Chauvinisten urkundlich beleuchten und unser wahres Interesse in der Weltpolitik darlegen: Der Tag des Deutschen. Heft 8, Lothar Persius, Graf Ernst Reventlow. Preis 2 50 Mark. Heft 9, Joachim Kühn, Die Kriegsziele der französischen Bourgeosie in Mitteleuropa. Preis 2,2) Mark. Heft 10, Paul Rohrbach, Die alldeutsche Gefahr. Preis 1 50 Mark. Dr. Martin Hobohm: Wir brauchen Kolonien. („Die Volksaufklärung" No. 3). Mk. 0,40. Verlag von Hans Robert Engelmann Berlin 1918.

er selber Herr seiner Politik? Die öffentliche Meinung in Amerika ist in vollem Siegestaumel, und am 5. November finden Neuwahlen zum Kongreß statt, auf die Präsident Wilson, wenn er nicht sich und seine Partei ruinieren will, seine auswärtige Politik einstellen muß.

Stellen wir einmal zusammen, welche Momente in der Weltpolitik vorhanden sind, die der völligen Zerschmetterung Deutschlands, wie sie die Kriegsfanatiker drüben betreiben, immer noch entgegenwirken.

Unter den 14 Punkten Wilsons befindet sich die Freiheit der Meere. Die Forderung richtet sich nicht gegen uns, sondern gegen England, und es handelt sich um einen Lieblingsgedanken des Präsidenten. Der Fortbestand einer deutschen Großmacht wäre ihm dafür nicht schädlich, sondern nützlich. Die völlige angelsächsische Interessengemeinschaft ist eine alldeutsche Fabel.

England selber wünschte noch 1914 keineswegs, daß Deutschland völlig niedergekämpft werde (we do not want to crush Germany), um uns als Gegengewicht gegen Rußland zu erhalten. Dieses Gegengewicht ist heute nicht mehr erforderlich. Aber es sind zwei andere Momente in Kraft getreten. England möchte wohl Deutschland möglichst verkleinert und geschwächt sehen, aber es möchte gleichzeitig einen möglichst baldigen Abschluß des Krieges. Allem Anschein nach ist Großbritannien im Winter von einer Kohlenkrisis bedroht und abgesehen davon bedeutet die Verlängerung des Krieges ein fortdauerndes Steigen Amerikas im politischen Ansehen, militärischer Macht, kommerzieller Expansion, Schiffsbau. Die beiden Rivalen haben also, unter freilich sehr verschiedenen Gesichtspunkten, doch ein ähnliches Interesse, es nicht mit uns bis zum äußersten zu treiben. Das zweite neue Moment für England aber ist die soziale Bedeutung Deutschlands. Das Deutsche Reich war ehedem die Schutzwehr Europas gegen den Panslawismus, heute ist es die Schutzwehr Europas gegen den Bolschewismus. Dieser bedroht England und ebenso Frankreich in viel höherem Maße als uns. Bei uns ist das Bürgertum, verbunden mit der organisierten Sozialdemokratie stark genug, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten, es sei denn, daß Deutschland so drangsaliert wird, daß die Hungersnot die Massen zur Verzweiflung treibt. Das zu verhindern haben auch die Westmächte ein Interesse, denn verfallen wir dem Bolschewismus, so werden England und Frankreich erst

recht von ihm ergriffen. Das gibt ein sehr starkes Motiv, nicht einen Gewalt-, sondern einen Versöhnungsfrieden anzustreben.

Von allen Mächten wünscht Frankreich am meisten, uns völlig niederzukämpfen. Gefühlsmotive der Rache, da ja die Franzosen ganz besonders schrecklich unter dem Kriege haben leiden müssen, wirken zusammen mit der unmittelbaren Rivalität des nächsten Nachbarn. Aber selbst für die Franzosen ist zu überlegen, daß der Bolschewismus für ihren lockeren Staatsbau bei einer parteipolitisch wenig disziplinierten Arbeiterschaft eine große Gefahr bedeutet. Ueberdies hat Frankreich noch das große Interesse der 18 Milliarden zu verteidigen, die das alte russische Reich den französischen Rentnern schuldete. Um dieses Kapital zu retten, muß die soziale Ordnung in Rußland wieder hergestellt und Rußland zur Wiederanerkennung der alten Staatsschuld bewogen werden. Ist das überhaupt ausführbar, so jedenfalls nur in einem Zusammenwirken mit Deutschland. Selbst Herr Clemenceau kann es nicht ganz übersehen, daß hier ein sehr starkes gemeinsames Interesse der beiden Völker ausbildbar ist. Denn auch Deutschland hat ja wirtschaftlich das allerstärkste Interesse daran, daß wieder geordnete, kaufkräftige und kreditwürdige Staatswesen im Osten aufgerichtet werden.

Auch abgesehen von der Gefahr des Bolschewismus und der Anarchie existieren in England wie in Frankreich Friedensparteien, deren Stärke vorläufig allerdings nicht groß ist, die aber doch sehr reale Interessen hinter sich haben. Die Kriegskosten werden größer und größer, und werden hauptsächlich vom Besitz getragen werden müssen. Diese Last nicht gar zu sehr ansteigen zu lassen, ist das Bestreben der Konservativen, die sich in England um Lord Lansdowne scharen, und auch Asquith und Grey stehen ihnen nahe. Mit ihnen zusammen gehen die Sozialdemokraten, die noch an dem internationalen Klassenideal festhalten und es erneuern möchten. An ihrer Spitze steht in England Henderson, in Frankreich Cachin, den die Partei jetzt zum Direktor der „Humanité" gewählt hat. Diese Parlamentsgruppe hat Herrn Clemenceau bereits sehr energisch erklärt, daß sie für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie nicht zu kämpfen geneigt sei.

Sehr eigentümlich sind die Interessen bezüglich Oesterreich-Ungarns gelagert. Die alte habsburgische Monarchie ist in der Auflösung. Präsident Wilson hat sich dafür entschieden, daß die

Autonomie der Nationalitäten nicht mehr genüge, sondern daß sie als souverän anerkannt werden müßten. Man kann sich zwar schwer vorstellen, wie ein souveräner Tschechenstaat soll bestehen können. Welche Grenzen soll er haben? Was gäbe das für ein Wirtschaftsgebiet? Sei es — was tun dann aber die Deutsch-Oesterreicher? Keine Frage, daß sie in dieser oder jener Form zum Deutschen Reiche gehen würden. Sie haben es schon erklärt. Liegt eine solche Verstärkung des Deutschen Reiches im Interesse Frankreichs oder Englands? Der „Temps" hat schon gefordert, daß, wenn Oesterreich zerschlagen würde, auch, um jener Gefahr vorzubeugen, Deutschland zerschlagen werden müßte. Deutschland läßt sich aber nicht so leicht zerschlagen. So hoffnungslos in diesem Augenblick die Lage in Oesterreich zu sein scheint, das alte Wort, wenn Oesterreich nicht existierte, müßte es erfunden werden, hat auch heute noch seine Wahrheit. Sehr starke internationale Interessen ebensowohl wie eigene, innere, verlangen das Zusammenbleiben dieser Völkerschaften und drängen deshalb zu möglichst baldigem Abschluß des Krieges.

Die Zwiespältigkeit der Interessen geht so weit, daß sich in Italien zwei Parteien heftig befehden, von denen die eine Oesterreich zu zerstören, die andere es zu erhalten wünscht. Der Minister Sonnino tritt für Oesterreich ein, weil bei seinem Zerfall ein südslawischer Staat entstehen würde, der für Italien ein viel unbequemerer Nachbar sein würde, als der alte Kaiserstaat. Man könnte annehmen, daß wenn Oesterreich demnächst aus der Reihe der Kämpfenden ausscheidet, die französische Front der Entente eine neue Verstärkung durch eine italienische Armee erfahren werde. Es kann aber auch anders kommen. Die Italiener sind aufs höchste beunruhigt, weil ihnen die Wilson-Punkte nur unerlöste italienische Gebiete zusprechen, aber nicht die deutschen und slawischen Gebiete, die sie aus strategischen Gründen und um der Herrschaft in der Adria willen erstreben. Weder Wilson noch die Westmächte können den neuen südslawischen Staat, den sie aus der Taufe heben wollen, von vornherein verstümmeln wollen. Je länger der Krieg dauert, desto schärfer wird dieser Konflikt werden und desto weniger werden die Italiener Neigung verspüren, sich für die Entente zu schlagen. „Corriere della Sera" schrieb (19. 10.): „Wir sind in den Krieg getreten auf Grund eines Vertrages, der unsere Rechte festlegt. Erkennt diese Amerika an? Wir wollen nicht während der Kon-

ferenz zittern, und vor allem nicht, daß sie mit einer furchtbaren Enttäuschung für uns endigt."

Den ungeheuersten Gewinn hat bisher England aus dem Kriege gezogen. Es hat fast alle deutschen Kolonien. Es hat Arabien, Syrien, Mesopotamien von der Türkei losgelöst und hat Persien besetzt. Es kann leicht noch die Einfahrt ins Schwarze Meer gewinnen, wenn Konstantinopel und die Meerengen neutralisiert oder unter internationale Kontrolle kommen sollten. Ist das den anderen Mittelmeermächten erfreulich? Frankreich hat Syrien immer als seine besondere Interessensphäre angesehen.

Endlich Japan. Unmöglich kann das Reich der aufgehenden Sonne es gern sehen, wenn Deutschland zur Ohnmacht erniedrigt würde. Es hat die Gelegenheit wahrgenommen und sich in Ostasien zur Hegemonie erhoben. Aber es muß gewärtig sein, daß nach der Beendigung des europäischen Krieges England und Amerika ihm zu Leibe rücken und es ersuchen, sich zu mäßigen. Vielleicht, daß die so sehr ersehnte große Friedensliga der Völker schließlich gerade an der Weigerung Japans, abzurüsten, scheitert. Denn Japan kann seine aufgebauschte Stellung nur behaupten durch eine starke Rüstung; England und Amerika sind ihm an Masse und Wohlstand zu sehr überlegen. Bleibt aber Japan gerüstet, so muß auch England gerüstet bleiben und dann auch alle übrigen Mächte. Aber das liegt in der Zukunft, für den Augenblick handelt es sich darum, daß Japan, das zu unseren Feinden gehört, doch nicht wünschen kann, unsere Großmachtstellung vernichtet zu sehen. Es braucht nur einen bösen Blick auf Indien zu werfen, so ist England gelähmt.

Die „Morning Post" hat jüngst geschrieben, daß man Deutschland durch die Waffenstillstandsbedingungen kampfunfähig machen müsse, denn, wenn das nicht geschähe, sei Deutschland in der Lage eintretendenfalls den Kampf wieder aufzunehmen, die Entente aber nicht. Das ist nun eine bewußte Verdrehung; die Wahrheit dürfte sein, daß wenn einmal Waffenstillstand geschlossen ist, von keiner Seite der Kampf wieder aufgenommen werden wird. Die Völker haben ihn satt, allesamt. Ja ich möchte sagen, daß dem Waffenstillstand unmittelbar die Demobilisierung folgen muß, da es ganz unmöglich ist, alle die Millionen von Männern an der Front liegen zu lassen, während Wochen und vielleicht Monate lang die Diplomaten untereinander verhandeln.

Der zukünftige Friede hängt aber aufs engste schon mit dem etwa zu schließenden Waffenstillstand zusammen. Eben deshalb wollen die Feinde uns im Waffenstillstand fesseln, weil sie sich bewußt sind, daß ihre eigenen Bestrebungen sehr auseinandergehen und es so einrichten möchten, daß sie alles unter sich ausmachen können und wir nichts mehr mitzureden, sondern nur anzuerkennen haben. Durch unsere wahnwitzige Forderung einer direkten oder indirekten Herrschaft über die flandrische Küste haben wir die Gegner alle zusammengehalten, denn diese Forderung war ihnen Allen gleichmäßig unerträglich; sie war ihnen der Exponent unseres Weltherrschaftsgelüstes und unserer Nichtachtung der Rechte Anderer. Jetzt ist diese Kuppelung gelöst und die Divergenzen können täglich zutage treten, so wie schließlich auch die gemeinsamen Interessen, die trotz allem uns mit unseren heutigen Feinden verbinden, ganz besonders die gemeinsame Abwehr der Bolschewismus-Gefahr. Wie vom ersten Tage an gilt also jetzt Feststehen und nicht kleinmütig werden. Die Heimatfront muß die Schützengrabenfront stützen. Wir sind zurückgedrängt, aber nicht geschlagen. Wir können noch lange fechten und das ganze Volk ist einmütig, einen Schmachfrieden nicht zu dulden. Von allen Seiten wird dazu aufgerufen und werden die Urlauber ermahnt, wieder an die Front zu gehen. Halten wir in dieser Weise durch, halten wir im Verteidigungsgedanken die innere Einheit aufrecht, so wird endlich auch ein besserer Morgen tagen und wird ein Friede erblühen, in dem das deutsche Volk seine Wunden ausheilen, und moralisch geläutert und von häßlichen Charakterverbildungen gereinigt, einer gesegneten, arbeitsfrohen Zukunft entgegengeht.

* * *

Eben kommt noch die Nachricht von der Verabschiedung des Generals Ludendorff. Sein Name wird eine Stelle haben in der Weltkriegsgeschichte, aber doch den ganz Großen nicht angereiht werden. Er war ein großer Organisator, ein glänzender Taktiker, ein Mann von Ideen und von gewaltigem Willen. Aber ihm fehlte, was erst den wirklichen Feldherrn macht, die Vereinigung des Strategischen mit dem Politischen. Hier war sein Gesichtskreis offenbar kaum größer als etwa der des Grafen Reventlow. Daß die polnische Frage und die Ostfragen überhaupt so verfahren sind, ist wesentlich auf ihn zurückzuführen; ohne jedes Ver-

ständnis für die psychologischen Momente im Völkerleben berechnete er in äußerlicher Weise die mechanischen Machtfaktoren und verlangte im Falle der austropolnischen Lösung Abtretungen, die für die Polen eine neue Teilung bedeutet hätten. Ueber unsere Ansprüche in Belgien und ebenso über Amerika ist bereits das Genügende gesagt worden. Auch Gneisenau und Moltke waren einst keine Politiker. Aber Gneisenau ordnete sich freiwillig Hardenberg unter, und das ermöglichte eine einigermaßen stetige und dadurch erfolgreiche Politik. Daß General Ludendorff diese Selbstbescheidung nicht gehabt hat, müssen wir heute büßen. Nicht, daß er sich um die Politik kümmerte, sondern daß er sie geistig nicht beherrschte und sich dennoch einmischte, war das Verhängnisvolle. Ohne genügend sichere Grundlagen war er in seinen Auffassungen und Forderungen auch nicht einmal fest, sondern beeinflußbar und schwankend, dabei aber dreinfahrend und herrisch. Durch die Art, wie er einst gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gearbeitet und dann den Kabinettsrat von Valentini gestürzt hat, hat er die breite, sichtbare Bresche in das Monarchentum Wilhelms II. gelegt, durch die jetzt demokratische Flut hineinstürzt. Ihn als Strategen mit seinem Vorgänger Falkenhayn zu vergleichen, ist heute noch nicht an der Zeit, fehlen auch noch manche Unterlagen. Dabei wird es sich z. B. darum handeln, ob die Methode der kurzen Offensivstöße, statt sie nach Clausewitzscher Lehre so lang auszudehnen, wie nur irgend möglich, auf technische Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten, oder auf eine neue Denkweise zurückzuführen ist. Ein Zug echten Feldherrentums war die Entschlossenheit nicht nur beim Vorgehen, die hat auch der bloße Draufgänger, sondern auch bei Rückzügen. Allem Anschein nach war er aber bei aller Willensstärke doch auch in hohem Maße Stimmungsmensch, bald zu optimistisch bald zu pessimistisch. Dabei kann man immer noch ein großer General sein, denn diesen Fehler hatte auch kein Geringerer als Friedrich der Große. Das eigentliche Manko bleibt im Politischen. In der Armee hatte er nach den letzten Mißerfolgen, nach allen mir zugegangenen Nachrichten, so viel an Vertrauen eingebüßt, daß man ihn ohne Erschütterung scheiden sieht. Im Volke, wo man sich gern den Empfindungen der dankbaren Verehrung hingibt, wird man klagen. Im Ausland wird man nicht sowohl den Strategen, als den eigentlichen Träger des militärischen Systems mit ihm scheiden sehen.

Waffenstillstand. — Revolution. — Unterwerfung. Republik.

23. November 1918.

Wie sehr habe ich mich geirrt! So schlimm auch die Dinge schon vor vier Wochen standen, so wollte ich doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die Front draußen, wenn schon zurückweichend, behaupte und den Feinden einen Waffenstillstand abtrotze, der unsere Grenzen decke; daß im Innern aber die Entwicklung zur Demokratie, längst angebahnt, wie sie war, sich ohne gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit und unter Schonung der überlieferten politischen Formen vollziehen werde. Unsere Hoffnung hat uns getrogen, unser Stolz ist gebrochen. Ich habe mir eingebildet, klarer und weiter gesehen zu haben als Andere, indem ich bei allem Vertrauen in unsere Kriegskraft immer wieder zu politischer Mäßigung riet. Hätte man sich mit solcher Mäßigung vor einer Katastrophe, wie sie jetzt hereingebrochen ist, retten können? So viel ist gewiß, daß ich die innere Zersetzung unserer Kraft, die Erschütterung unserer einst so festen politischen Struktur nur zu sehr unterschätzt habe.

Es ist wahr, ich habe mich nie jenes sündhaften Leichtsinns schuldig gemacht, der da rechnete, wir würden den Frieden in Paris oder London schließen; ich habe den Sieg immer nur in einer erfolgreich durchgeführten Verteidigung erblickt. Aber an diesem Verteidigungssiege, der zuletzt zu einer mehr oder weniger günstigen Verständigung führen würde, habe ich auch vor vier Wochen noch nicht verzweifelt. Jetzt ist dahin, woran ich geglaubt habe. Das stolze Heer, das vier Jahre lang der ganzen Welt widerstanden, in zahllosen Schlachten seine Feinde niedergeworfen, ist geschlagen und hat einen Waffenstillstand abschließen müssen, der einer Kapitulation gleichkommt. Dieses Heer ist in moralischer Auflösung. Elsaß-Lothringen, Straßburg ist für das Deutsche Reich verloren. Der Kaiser hat abgedankt und ist entflohen ins Ausland. Wie das Kaisertum, so ist auch die Volksvertretung, der Reichstag, untergetaucht und fast verschollen. Die beiden sozialdemokratischen Parteien verbunden mit den Mannschaften der meuternden Regimenter haben die Republik proklamiert und eine provisorische Regierung errichtet, von der man nicht weiß, ob es ihr gelingen wird, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten, bis eine neue Staatsordnung geschaffen ist und sich befestigt hat. Auch in der Ostmark

ist unser Gebiet aufs schwerste bedroht. Nein wahrlich, einen solchen Ausgang habe ich auch in den dunklen Stunden und Ahnungen, die mich wohl öfter überkamen, nicht vorausgesehen.

Ein Mann, der in einem Kriege gemäßigte Anschauungen vertritt, ist immer in einer schwierigen Lage. Glatt, klar und einfach gibt es sich, wenn man aus voller Ueberzeugung und vollem Herzen rufen darf: Sieg, nichts als Sieg; er ist uns sicher, und wenn wir den Feind zu Boden geschmettert haben, diktieren wir Frieden. In dieser glücklichen Lage waren die Patrioten von 1813, die ihre Kraft nicht überschätzten, wenn sie, wie Gneisenau, schon bei Beginn des Kampfes, ja in dem Augenblick, als Napoleon in Moskau einzog, ausriefen, „kein halber Erfolg, dieser Usurpator muß ausgerottet werden". Unsere Lage in diesem Weltkriege verlangte eine ganz andere, zwar nicht Gesinnung, aber Einstellung. Wer uns riet, diesen Krieg zu führen mit dem Ziel, den Feinden den Fuß auf den Nacken zu setzen, der riet uns zum Verderben. Wer aber sagte, daß wir das nicht könnten und sollten, der kam in die Gefahr, die Siegeszuversicht und damit den Kampfeswillen zu schwächen. Ich darf es jetzt gestehn, daß ich mich manchmal zuversichtlicher ausgedrückt habe, als mir ums Herz war. Einige Male habe ich mich auch durch die in so sicherem Tone vorgetragenen Meldungen und Berichte der Armee und Marine täuschen lassen. Ein Publizist ist ähnlich gestellt wie der General, der auch nicht nur in Worten, sondern auch in Mienen und Gebärden Zuversicht zeigen muß, selbst wenn er die unvermeidliche Niederlage schon nahen sieht. Vor allem in der Mahnung zu politischer Mäßigung habe ich meiner inneren Ueberzeugung Ausdruck gegeben, aber auch nicht ganz unterlassen, zuweilen, wenigstens andeutungsweise auf die Möglichkeit eines ungünstigen Ausganges hinzuweisen. Ich führte über die Wirkung des Tauchbootkrieges auf das englische Wirtschaftsleben eine Zahl an in dem Ton, als ob sie günstig sei; wer nachdachte, mußte annehmen, daß sie eher als ein ungünstiges Symptom zu deuten war. (Ende Juni 1917, Bd. II, S. 245.) Ich entnahm der Schrift des Generals v. Freytag-Loringhoven „Folgerungen aus dem Weltkrieg" (Bd. II, S. 312 f., Oktober-Heft 1917) einige Stellen, aus denen ebenfalls ein denkender Leser seine Schlüsse ziehen konnte. Die eine war die Bemerkung, daß unser Krieg am meisten Analogie mit dem amerikanischen Sezessionskriege habe, in dem bekanntlich auch die qualitative

Ueberlegenheit und Führung des Südens nach fünfjährigem Ringen endlich doch der numerischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Nordstaaten erlag. Die andere Stelle gab eine Aeußerung Napoleons wieder, daß in einer einzelnen Schlacht wohl Tapferkeit, Disziplin und das Talent des Führers ziffernmäßige Ueberlegenheit des Gegners ausgleichen können, in einem ganzen Kriege jedoch selten. Ich wäre mit solchen Andeutungen zuweilen auch gerne noch einen Schritt weiter gegangen — aber da legte sich dann die Zensur dazwischen. Daß der große Schiffsraub der Entente an den Neutralen zwar eine schwere Verletzung des Völkerrechts sei, aber die Hoffnung auf die Wirkung unseres Tauchbootkrieges wieder auf viele Monate hinausschiebe, war eine Bemerkung, wegen deren die letzte Seite aus unserem schon fertigen Aprilheft 1918 herausgerissen werden mußte. Den Bericht der englischen und amerikanischen Minister, daß der monatliche Zuwachs des Schiffsraumes vermöge der Neubauten 100000 Tonnen mehr betrage als der Verlust, konnte ich nur durchbringen mit dem Zusatz, daß es schwerlich richtig sei (oben S. 151).

Der amerikanische Kriegsminister Baker hat am 1. Juli d. J. dem Präsidenten einen Bericht über die Truppenverschiffung unterbreitet, der auch in der Londoner Times abgedruckt wurde. In den Hauptzahlen ergab sich daraus folgendes: Es sind nach Frankreich gesandt im Juni 1917 12000 Mann, Juli 13000, August 18000, September 33000, Oktober 38000, November 23000, Dezember 43000 Mann, im Januar 1918 47000 Mann, im Februar 48000, März 84000, April 117000, Mai 247000, Juni 276000 Mann. Insgesamt 1019115 Mann. Auf der See verloren gingen nicht mehr als 291 Mann. Das ursprüngliche Programm, fügt der Bericht noch hinzu, sei nicht nur erreicht, sondern man sei ihm um 6 Monate voraus. Diesen Bericht wollte ich in unser Augustheft 1918 übernehmen, und hatte folgende Worte hinzugefügt: In der englischen Presse war man etwas unwirsch, daß durch die Offenheit dieses Berichtes den Deutschen ein Einblick in die amerikanischen Rüstungen gewährt worden sei, und in der Tat ist dadurch manches für uns erklärt. Wir verstehen nunmehr, wie Fochs große Offensive seit dem 18. Juli zwischen der Aisne und Marne hat zustande gebracht werden können. Die gewaltigen deutschen Stöße von März bis Juni hatten die englisch-französische Front derart eingebeult, daß General Foch

seine gesamte Reserve einsetzen und verteilen mußte, um die zurückflutenden Linien nur zum Stehen zu bringen. Für eine Offensive war nichts mehr übrig. Die Ankunft der amerikanischen, zwar wenig ausgebildeten aber doch frischer und physisch kräftiger Truppen hat ihm neue Hilfskräfte geboten. Wir werden annehmen dürfen, daß von der Million, die nunmehr tatsächlich in Frankreich steht, die größere Hälfte, also sagen wir 600 000 Mann, aus frontverwendungsfähigen Soldaten besteht, und daß gerade diese die große Masse der Transporte im Mai und Juni gebildet haben, während die Hilfsdienste und Arbeitssoldaten in den früheren Monaten vorweggeschickt sind. Diese gewaltige Verstärkung, der unzweifelhaft noch weitere folgen werden, gibt die Erklärung für das numerische Uebergewicht, mit dem die Entente sich jetzt wieder der Ueberlegenheit der deutschen Führung entgegenzustemmen vermag.

Diesen ganzen Passus hat mir die Zensur gestrichen, und als ich darauf hinwies, daß die Zahlen aus der „Times" entnommen seien, also dem Feinde nichts verraten wäre, und man dem deutschen Volke doch für den zugestandenen Rückschlag eine Erklärung geben müsse, wurde mir erwidert: Die Oberste Heeresleitung habe die Veröffentlichung dieser Zahlen ausdrücklich verboten; sie stehe auf dem Standpunkt, der Bakersche Bericht sei nichts als ein amerikanischer Bluff, um uns irre zu führen; selbst mit dem Zusatz: sie seien unglaubwürdig, durften die Zahlen nicht veröffentlicht werden.

Was soll man nun hierzu sagen? War es wirklich notwendig, dem deutschen Volke, um die Stimmung aufrecht zu erhalten, solche Tatsachen vorzuenthalten? Oder hat die Oberste Heeresleitung Ende Juli tatsächlich noch nicht gewußt, daß sie es mit einem ungeheuren amerikanischen Heer zu tun habe? Der Umschlag hatte, wie gesagt, mit dem Scheitern unseres Angriffs auf Reims und dem erfolgreichen Vorgehen der Franzosen nördlich der Marne (seit dem 18. Juli) bereits begonnen. Nach gewissen Beobachtungen, die mir jüngst mitgeteilt worden sind, ist General Ludendorff damals auch innerlich bereits sehr unsicher geworden. Trotzdem haben er und der Staatssekretär v. Hintze noch 9 Wochen lang nichts getan, damit politisch unsere Position erleichtert wurde, bis der General dann am 29. September zusammenbrach und durch das Waffenstillstands-Angebot unsere Niederlage vollendete.

Innere und äußere Politik haben dabei in verhängnisvollster

Weise aufeinander eingewirkt. Ich habe Briefe von tapferen jungen Offizieren von der Front noch aus dem Oktober gelesen, die allein die Heimat für schuldig erklären an dem militärischen Niederbruch; die Urlauber, die zurückgekommen, die Briefe, die von Hause anlangten, hätten die Stimmung der Truppen vergiftet und verdorben; hätte man der demokratischen Strömung nicht so weit nachgegeben, hätte man die Zuversicht in der Heimat stark gehalten, so würde auch die Front nicht nachgegeben haben. Das mag richtig gesehen sein vom Standpunkt des Kompagnieführers. Aber es wird im Kausal-Zusammenhang der Strategie widerlegt durch die Ereignisse. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Stimmung der ganzen Armee, als sie am 21. März d. J. zur Offensive schritt, so glänzend war wie je, nichts nachgebend selbst dem stürmischen Drang nach vorwärts im August 1914. Trotzdem haben wir weder Arras, noch Amiens, noch Ypern erreichen können. Irgendein unglücklicher Zufall, ein Nebel trat ein, störte die Ueberraschung und der Erfolg blieb stecken. Die Uebermacht war vermöge des Zutritts des Amerikaners eben viel größer, als angenommen war, und nicht nur die Ueberzahl an Mannschaft, sondern auch an Tanks, an Flugzeugen, an Artillerie, an Munition. Infolge dessen waren auch unsere Verluste so ungeheuer, daß endlich die Kraft erlahmte — und jetzt, jetzt erst kam auch der Umschlag der Stimmung. Er mag von der Heimat aus gefördert worden sein — aber was hätte selbst die beste Stimmung nach dem Verlust von einer halben Million gegen den sich noch immer verstärkenden Feind und sein unerschöpfliches Material auszurichten vermocht? Nein, die Truppen darf man wahrlich deshalb nicht belasten, daß sie die Unmöglichkeit des Erfolges deutlich vor Augen sehend, endlich auch in ihrer Stimmung nachgelassen haben. Es ist doch dieselbe Armee, die vier Jahre lang das Unerhörteste von Heldentum und Ausdauer geleistet hat, und bis zum Schluß haben sich immer noch Tapfere gefunden, die die Waffenehre gewahrt haben. Der Feldzug und der Krieg ist verloren gegangen, nicht weil die Stimmung zusammengesunken war, sondern die Stimmung versagte, als die Truppe zu fühlen begann, daß sie den Krieg nicht mehr gewinnen könne. Es ist nichts als der bekannte Kunstgriff des Demagogen, wenn auch Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" sich jetzt so stellt, als ob er glaubte, daß unsere Mannschaft noch siegesfähig

gewesen sei und nur von bösen Demokraten verführt, die rechte Tapferkeit nicht mehr habe aufbringen können.

Schon als Herr von Kühlmann abging, Ende Juni, war Prinz Max von Baden, wie ich jetzt aussprechen darf, bereit, die Leitung der Auswärtigen Politik zu übernehmen. Wie anders stünden wir heute da, wenn uns wenigstens das unklare Zwischenspiel mit dem Staatssekretär von Hintze erspart geblieben wäre. Als nun der Prinz endlich am 1. Oktober kam, fand er, wie er uns jetzt in seiner Kundgebung mitgeteilt hat, die Meldung des Generals Ludendorff über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Armee und seine Forderung eines Waffenstillstandes vor. Hätte die alte Regierung dieses Ersuchen ergehen lassen, so wäre das Eingeständnis des Bankerotts völlig offenbar gewesen. Der Prinz, der unmöglich annehmen konnte, daß General Ludendorff sich geirrt; daß die Lage besser sei, als er berichtet habe; daß die Truppen den ziemlich matten Angriffen der Gegner noch ganz gut standhielten, hatte keine Möglichkeit, sich der Forderung der Obersten Heeresleitung zu entziehen. Nichts unsinniger als ihm jetzt hinterher zuzumuten, daß er den Irrtum der Obersten Heeresleitung in Berlin hätte durchschauen und sich ihr hätte widersetzen müssen. Er konnte nur suchen, den Vorteil auszunützen, daß er selber als ein Mann des Friedens bekannt war, und daß deshalb der Waffenstillstandsantrag nicht schlechthin als ein Ausdruck der ungünstigen militärischen Lage, sondern als die Folge des Regierungswechsels und der Ausdruck der humanen Gesinnung der neuen Männer erscheinen konnte. Es blieb nichts übrig als es auf diese dünne Hoffnung hin zu wagen. Aber der Gegner hat sich nicht täuschen lassen. Er nahm seinen militärischen Vorteil wahr und nun kam das Furchtbarste. Noch ehe die absichtlich vom Feinde hinausgezögerten Verhandlungen zum Abschluß gekommen waren, nahm es die sozialdemokratische Partei auf sich, die Regierung zu stürzen und Deutschland in diesem Augenblicke wehrlos zu machen.

Die militaristisch-alldeutsche Richtung ist es, die Deutschland in dieses Unglück hineingeführt hat. Die sozialdemokratische Partei aber hat es vollendet, indem sie ihre Stunde nicht abwartete, sondern die Katastrophe heraufbeschwor in dem Augenblick, wo alles darauf ankam, die letzten deutschen Kräfte zusammenzuhalten, um mit dem Feinde wenigstens verhandeln zu können, sich die Bedingungen nicht diktieren zu

lassen. Die Verantwortung für dieses Tun wird auf der Sozialdemokratie im Fortgange der Dinge nicht weniger lasten, als die Verantwortung für die Kriegstreiberei, die Annexionspolitik und den U-Bootkrieg auf ihren Gegnern. Die militärische Ohnmacht Deutschlands ist heute so vollständig, daß wir nicht nur den Heeren der Entente keinen Widerstand mehr zu leisten vermöchten, auch wenn sie es unternähmen, den Vormarsch ins Innere Deutschlands fortzusetzen, sondern daß wir nicht einmal sicher sind, die Ostgrenzen zu hüten gegen ein Polen, das gar keine Armee hat.

Ich will alle Gefühle des Schmerzes, der Scham und der Verzweiflung unterdrücken, um zu einer klaren Einsicht zu gelangen, wie diese Ereignisse möglich geworden sind.

Die preußisch-deutsche Armee ist hervorgegangen aus der alten Söldnerarmee Friedrichs des Großen mit dem adligen Offizierkorps, die aus den Trümmern von 1806 wieder hergestellt und durch die Einfügung des Elements der allgemeinen Wehrpflicht verjüngt wurde. Die ungeheure Kraft, die diese Armee 1813, 1866, 1870 und in diesem Weltkriege entwickelt hat, beruht eben auf der Verschmelzung jener beiden Elemente. Aus der alten Armee hatte sie den militärischen Ehrbegriff und die Disziplin; aus der allgemeinen Wehrpflicht hatte sie den Idealismus der nationalen Verteidigung und das Massenaufgebot. So gut, so ausgezeichnet diese Elemente miteinander gearbeitet haben, so sehr sie sich allmählich weiter und weiter miteinander verschmolzen haben, eine gewisse Spannung ist immer geblieben. Das Offizierkorps hat sich gefüllt mit bürgerlichen Elementen, aber die scharfe Trennung zwischen ihm und der Mannschaft ist aufrecht erhalten worden. Im Wesen der militärischen Disziplin liegt eine Härte, die von den Söhnen eines freien Volkes oft als Brutalität empfunden und nur mit innerem Knirschen ertragen wurde. Solange die Armee siegreich blieb, war dieses System unantastbar und man fügte sich auch in die Mißbräuche, die damit verbunden waren, um nicht den ganzen Aufbau zu gefährden. Die bürgerlichen Parteien überließen die Beschwerden über Soldatenmißhandlungen im Reichstage den Sozialdemokraten und bei der Affäre von Zabern nahmen sogar sehr erhebliche Kreise der öffentlichen Meinung Partei für den Militarismus, der dabei, wenn schon an einer an sich sehr unbedeutenden Erscheinung, zutage trat. So darf man sagen, ist das deutsche Volk im August 1914 mit einer

innerlich einheitlichen und geschlossenen Kriegsverfassung in den Krieg gegangen. In dieser Einheit aber lebte trotz allem die polarische Spannung, und der Bruch ist endlich erfolgt an der Stelle, wo einst Scharnhorst die beiden Elemente der stehenden Armee und des Volksheeres aneinandergefügt hat. Es war die Auflehnung der Mannschaft, des bewaffneten Volkes gegen das Berufssoldatentum, das Offizierkorps.

Der Aufruhr ist ausgegangen von der Marine. Als man ahnte, daß der bevorstehende Waffenstillstand eine Auslieferung unserer Kriegsschiffe an die Engländer bringen würde, verbreitete sich unter den Matrosen das Gerücht, die Offiziere hätten beschlossen, lieber als solche Schmach zu dulden, in Ehren mit ihren Schiffen unterzugehen, hinauszufahren, den Engländern die letzte große Schlacht zu liefern und sie in das nasse Grab mit hinunter zu nehmen. In allen Seegeschichten gipfelt das Heldentum in der Geschichte jener Kapitäne, die sich lieber mit ihrem Schiff in die Luft sprengten, als die Flagge zu streichen und sich zu ergeben. Tatsächlich ist auch noch eine Ausfahrt vorbereitet worden, aber sie soll nur den Zweck gehabt haben, mit der Hochseeflotte einer Operation leichter Seestreitkräfte an der flandrischen Küste als Deckung zu dienen. Wie dem auch sei, der Argwohn der Matrosen, daß sie dem militärischen Ehrbegriff geopfert werden sollten, war nun einmal da, und der Fahneneid hielt einer solchen Zumutung nicht stand. Schon im Jahre 1917 mußte der Admiral Capelle ja einmal im Reichstag berichten, daß eine sehr gefährliche Gärung unter der Marine in Wilhelmshaven bemerkt und nur mit Mühe unterdrückt worden sei. Unzweifelhaft hat eine systematische Bearbeitung der Matrosen in revolutionärem Sinne stattgefunden und jene Mär von der Ausfahrt zur Seeschlacht hat den Funken ins Pulverfaß geworfen.

Einige Tage hat man noch geglaubt, den Brand abdämmen und wieder unterdrücken zu können. Aber bald zeigte sich, daß man es nicht mit einer lokalen Erscheinung, sondern mit einer auch in der Landarmee durch ganz Deutschland verbreiteten Stimmung zu tun habe. An allen Ecken und Enden flammte es auf. Der kleinste Anstoß genügte, und brachte zutage, daß die Offiziere die Mannschaften nicht mehr in der Hand hatten.

Was wollten die Soldaten? Sind sie plötzlich allesamt Republikaner geworden? Das waren ja selbst die Sozialdemokraten

bisher nur in der Theorie. Immer wieder haben ihre Führer, von Bebel an erklärt, daß sie sich auch mit einer genügend eingeschränkten Monarchie abzufinden vermöchten und daß die Republik für sie kein Programmpunkt sei. Noch vor ein paar Wochen war die Zahl derjenigen Deutschen, die ihrem politischen Streben die Republik als Ziel setzten, minimal. Die Agitation, die im Zusammenhange mit der bolschewistischen Regierung in Rußland, vermittelt durch den Botschafter Joffe und eine Anzahl U-Sozialdemokraten, wohl viel rühriger und viel intensiver gewesen ist, als die Polizeiorgane bemerkt haben, kann doch unmöglich wirklich schon an die Massen herangekommen sein. Das hätte notwendig mehr in die Erscheinung treten müssen. Es ist viel mehr der Gang der Ereignisse als der Wille der Menschen, der die Revolution zum Siege geführt und Deutschland in eine Republik verwandelt hat.

Die Ententevölker sind erfüllt von der Vorstellung, der Weltfriede werde nicht gesichert sein, wenn das auf sein Offizierkorps gestützte Kaisertum die Macht behalte. Daß wir in Deutschland ein dualistisches Regierungssystem hatten, daß das Kaisertum keineswegs autokratisch war, sondern mächtig nur in seiner Verbindung mit der Demokratie, war ihnen unverständlich. Daß wir in den Krieg hineingetrieben waren durch das absolutistisch-panslavistische Rußland, ganz gegen unseren und namentlich gegen des Kaisers eigenen Wunsch und Willen, erkannten sie um so weniger, als ja unsere eigene Presse sich alle Mühe gab, diesen Tatbestand zu verhüllen, und die offensichtliche Unwahrheit lehrte, daß es England gewesen sei, das aus Handelsneid diesen Krieg gegen uns angezettelt habe. Präsident Wilson also, als er jetzt zur Vermittlung des Friedens angerufen wurde, stellte die Vorbedingung, daß Deutschland seine angebliche autokratische Regierungsform in eine mehr demokratische verwandle. Diese Bedingung war unschwer zu erfüllen. Die Hälfte der öffentlichen Gewalt war ja bei uns ohnehin demokratisch und nachdem unser Unglück uns gelehrt hatte, daß der militärische Einfluß, repräsentiert durch die beiden Namen Tirpitz und Ludendorff, viel zu stark gewesen sei, war eine Verfassungsreform in vollem Gange, die die Militärgewalt unbedingt unter die bürgerliche und das Kaisertum unter den Reichstag stellte. Auch in ganz demokratischen Kreisen des Reichstags lebte man der Vorstellung, daß damit die Forderung

der Entente tatsächlich erfüllt sei. Es ist auch nicht gesagt, daß sich Wilson nicht damit begnügt hätte. Aber seine Andeutung, daß es am besten für Deutschland sei, wenn die Krone völlig beseitigt werde, das fortlaufende Steigern des Tones, das Hinauszögern des Waffenstillstandes erweckten in weiteren Kreisen Deutschlands, nicht bloß bei den Sozialdemokraten, sondern auch bis in die Reihen der Konservativen hinein den Gedanken, daß Deutschland zum Frieden und jedenfalls zu einem besseren Frieden gelangen werde, wenn der Kaiser abdanke, und da der Kronprinz sich keines Ansehens und keiner Sympathie erfreut, knüpfte man daran die weitere Forderung, daß er auf die Thronfolge verzichte. Man wollte also den Uebergang in die neue Staatsform auf legalem Wege bereiten durch die Regentschaft für den ältesten Sohn des Kronprinzen, den zwölfjährigen Prinzen Wilhelm. Die Regentschaft hätte dem ältesten Bruder des Kronprinzen oder bei Verzicht dem jedesmal nächstältesten zufallen müssen.

Ich habe diesen Gedanken als ganz unpraktisch bekämpft. Eine Vereidigung des Heeres in jetziger Zeit auf den Namen eines Knaben schien mir eine moralische Unmöglichkeit, eine Spiegelfechterei, die zu nichts Gutem führen konnte. Die einzige Form, in der der legale Uebergang sich hätte vollziehen können, wäre gewesen, wenn der Kaiser sich für augenblicklich regierungsunfähig erklärt, aber keinen Regenten (was immer der Agnat hätte sein müssen), sondern einen Stellvertreter ernannt hätte und zwar den Reichskanzler, Prinzen Max, zugleich mit der Erklärung, daß eine Nationalversammlung einzuberufen sei und über die zukünftige Staatsform frei zu bestimmen habe. Darin hätte dann die Abdankung gelegen. Die Nationalversammlung hätte darüber zu entscheiden gehabt. Es ist die Form, in der jetzt der Großherzog von Baden auf die Regierungsgewalt verzichtet hat.

Aber zu solchen Entschlüssen pflegt man nur gedrängt zu werden durch offensichtliche Notwendigkeit, und wenn diese Offensichtlichkeit da ist, dann ist es meistens zu spät. Es war um so weniger möglich, zu einem rechtzeitigen Entschluß zu gelangen, als der Kaiser plötzlich Potsdam verließ und sich ins Hauptquartier und an die Front begab. Etwas Falscheres konnte er in diesem Augenblick kaum tun. Der Reichskanzler widerriet aufs Dringendste. Aber nachdem er schon zweimal in den drei ersten Wochen seiner Kanzlerschaft den Abschied eingereicht hatte, konnte er es nicht wegen

der Reise zum dritten Mal, und sein Rat wurde nicht befolgt. So entstand eine ganz unmögliche Situation. Die Kaiserfrage war aufgeworfen und wurde in den Zeitungen offen diskutiert. Die Truppen wollten nicht mehr fechten und nicht mehr gehorchen. Eine annehmbare legale Lösung, vielleicht überhaupt unmöglich, war nicht sichtbar. So führte der Weg weiter von der Meuterei zur Revolution.

Durch den einmütigen Abfall der Truppen war alles entschieden. In Berlin hat, so weit zu sehen, nirgends ein Kampf stattgefunden. Man hat zwar die Opfer der Revolution unter großem Pomp begraben (8 Personen), aber sie sind, wie es scheint, sämtlich nur durch unglückliche Zufälle ums Leben gekommen. Der königliche Marstall, die Bibliothek, der Dom sollen von Offizieren besetzt und verteidigt worden sein; wenn aber nach langem Wiederschießen die Revolutionäre eindrangen, waren die Verteidiger jedesmal „spurlos verschwunden". Das heißt also, da auch die „unterirdischen Gänge", die alle diese Gebäude untereinander verbinden sollen, nicht auffindbar sind und nicht existieren: jene Verteidiger sind nie vorhanden gewesen. Auf der Bibliothek ist nachgewiesen, daß ein Lockspitzel aus der revolutionären Wachmannschaft selber einmal versucht hat, eine Schießerei in Szene zu setzen; an den anderen Stellen wird es die aufgeregte Phantasie der Massen gewesen sei, die die Schüsse zu beobachten glaubte, dieselbe Suggestion, die auch, wie Preuß. Jahrb., Bd. 174, S. 361 von Herrn Hellwig dargelegt, in dem belgischen Franktireurkrieg eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Hat irgendwo ein Offizier geschossen, so war es, wie es an einem Kapitänleutnant nachweisbar war, ein in der ungeheuren Aufregung irrsinnig gewordener. Wirklicher Widerstand war unmöglich und ist auch nicht geleistet worden. Die Tatsache, daß der Weg zu jeder anderen Lösung verrammelt war, hat der revolutionär-republikanischen Partei ohne weiteres die Oberhand gegeben. Die militärische Meuterei, die an sich nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hatte, fiel ihr zu, weil sie die einzige Richtung war, die in diesem Augenblick ein positives Programm aufstellen konnte, nämlich die Republik. Die Hoffnungslosigkeit an der Front verlangte den Frieden; den Frieden zu erlangen und zu erleichtern, verlangte man die Abdankung des Kaisers; die Abdankung bedeutete die Revolution und die Revolution in diesem Augenblick bedeutete unsere völlige Wehrlosigkeit und die Unter-

werfung unter Bedingungen, wie sie eine innerlich unerschütterte Regierung niemals hätte zuzugestehen brauchen. Die Vorstellung, daß die Abdankung des Kaisers uns mildere Bedingungen einbringen werde, hat sich sofort als eine vollständige Illusion erwiesen. Deutschland ist auf Gnade und Ungnade seinen Feinden ausgeliefert, und sie haben uns nichts geschenkt und werden uns nichts schenken. „Wir werden den Deutschen nichts lassen als die Augen, um ihr Unglück zu beweinen", hat schon bei Beginn des Krieges ein englischer Politiker verkündigt.

Die uralte Mär von der Hybris, die die Götter strafen, bewährt sich in der schauerlichsten Weise heute an uns. Das Volk ist falschen Propheten gefolgt; wer ist schuld: die falschen Propheten oder das Volk, das ihnen geglaubt hat?

Die lehrreichste historische Analogie zum Weltkriege ist, worauf in den „Preußischen Jahrbüchern" schon öfter hingewiesen, der peloponnesische Krieg, der Untergang Athens, und das darauf folgende gegenseitige Zerfleischen der hellenischen Staaten untereinander. Wie mächtig, stolz und selbstbewußt trat Athen unter Perikles Führung ein in den Streit, und nach 70 Jahren schließt Xenophon seine Erzählung mit den Worten der Verzweiflung: „Bis dahin (bis zur Schlacht bei Mantinea und dem Tode des Epaminondas) habe ich geschrieben; was später geschah, wird sich vielleicht einmal ein anderer angelegen sein lassen aufzuzeichnen. Die Auflösung und Verwirrung in Hellas wurde seitdem immer nur noch größer."

Meine Hoffnung, daß Deutschland und Europa vor diesem Schicksal bewahrt bleiben werde, beruhte auf der Monarchie. Die patriotischen Demagogen waren es, die die friedliche Verständigung einst zwischen den griechischen Staaten verhinderten und sie in immer neue Kämpfe trieben. Ihr Urtypus ist Kleon. Daß der Krieg auch einen für Athen ungünstigen Ausgang nehmen könne, kam dem hochfahrenden Demagogen nicht in den Sinn, schreibt Ranke von ihm, als er nach dem Siege von Sphakteria einem Ausgleich mit Sparta widersprach. Ganz dieselbe Gesinnung hat uns ihrer Zeit verhindert, uns der Wilsonschen Friedensvermittlung anzuvertrauen. Herr v. Bethmann Hollweg hätte es gern getan, und der Widerspruch des Militärs als solcher wäre vielleicht zu überwinden gewesen, wenn sie nicht eben die patriotische Demagogie im Volke hinter sich gehabt und durch ihre kaum versteckte eigene

Tätigkeit hinter sich gebracht hätten. Daß der Kaiser Wilhelm II. hier nachgab, war die große Sünde, an der er jetzt zugrunde gegangen ist. Man wirft ihm vor, er sei Autokrat gewesen. Faßt man dieses Moment ins Auge, so muß man sagen, daß es ganz umgekehrt war, daß er zu wenig Autokrat war, daß er es nicht wagte, sich der öffentlichen Meinung entgegenzustemmen und sich von ihr hinreißen ließ. Der Monarch aber muß vor allem Staatsmann sein und sich, von allen Leidenschaften befreit, identisch fühlen mit dem in der Tiefe erfaßten Interesse des Ganzen. Verfehlt er dies, so hat er gefrevelt gegen seinen monarchischen Beruf, und ist es geschehen an einer so entscheidenden Stelle, daß der Fehler in den Abgrund führt, so ist auch der monarchische Gedanke und die Monarchie dahin. Indem die Truppe sich auflehnte gegen das Offizierkorps, fiel sie auch ab von dem Kriegsherrn, der vor dem Volksempfinden und der Weltgeschichte mit der Verantwortung belastet ist für das Unheil, das über uns hereinbrach.

Was für eine Regierung haben wir nun heute? In welcher Staatsform werden wir leben in der Zukunft?

In einer Art Substitution übergab zunächst der Reichskanzler Prinz Max sein Amt dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, dem Abgeordneten Ebert. Dieser aber hat in aller Stille die Funktion fallen lassen, und an die Spitze des Reiches hat die siegreiche Revolution ein Kollegium von sechs Männern gestellt, den „Rat der Volksbeauftragten", bestehend aus je drei Mitgliedern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, Ebert, Scheidemann, Landsberg von der Mehrheit, Haase, Dittmann, Barth von der Minderheit. Wie kommen die Sozialdemokraten dazu, in dieser Weise die Regierung des Reiches in Anspruch zu nehmen, da sie doch nicht entfernt die Majorität, nicht viel mehr als ein Viertel (111 unter 397) der gesetzlichen Volksvertretung, des Reichstages ausmachten? Sie nennen sich doch Demokraten, die das Recht der Majorität als unverbrüchlichen Grundsatz predigen, und haben noch bis vor wenigen Tagen das Recht des Reichstages gegenüber der Regierung immer von neuem in Anspruch genommen und verkündet? Sie berufen sich auf das Recht, das die Revolution aus sich selber schöpft. Die Revolution konnte nicht gesiegt haben, um ihre Gegner an die Spitze des Staates zu stellen. Dieselbe innere Konsequenz, die zum Sturz derjenigen

Mächte führte, die Deutschland in den Abgrund gestürzt haben, hat auch derjenigen Partei die Zügel in die Hand gegeben, die allein der unheilvollen Politik widersprochen und die Grundsätze, nach denen jetzt der Weltfriede hergestellt werden soll, vertreten hat. Das muß jetzt offen anerkannt werden, und das ist auch der Grund, weshalb auf der Stelle sich der gesamte bestehende Staatsorganismus, vom Feldmarschall Hindenburg abwärts sich in den Dienst der neuen Regierung gestellt hat. Hätten sie es nicht getan, so wäre ganz Deutschland mitsamt der Armee sofort in ein Chaos aufgelöst worden.

Ist es faßbar, daß der ganze grundkonservative, monarchische Beamtenapparat, daß das Vorbild der Vasallentreue, das Offizierkorps, sich einer revolutionären, republikanischen, sozialdemokratischen Regierung verpflichtet hat? Man kann es nur verstehen, wenn man sich klar macht, um es zu wiederholen, daß nicht so sehr der Wille der Menschen, als die Abfolge der Ereignisse in ihrem inneren Zusammenhang und ihren Folgewirkungen den ehernen Gang der Weltgeschichte und das Schicksal der Völker bestimmt. Der Kaiser, das Offizierkorps, die bürgerlichen Parteien müssen die Folgen ihrer unseligen Handlungsweise tragen. Wir werden jetzt regiert von den Sozialdemokraten, weil sie mit ihren Anschauungen recht behalten haben, und die Sozialdemokraten, da sie einmal zur Herrschaft gelangt sind, realisieren, was ihnen immer als Ideal vorgeschwebt hat, die Republik. Es ist nicht Charakterlosigkeit, die sich unterwirft, die neue Regierung anerkennt und unterstützt, sondern der Zwang einer historischen Notwendigkeit, die Liebe zum Vaterlande.

Wie im Reich, so haben auch in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die sozialdemokratischen Abgeordneten oder sonstigen Führer sich der Regierungsämter bemächtigt, entweder direkt durch Uebernahme der Ministerstellen oder durch Beiordnung von Kontrollbeamten zu den Ministern, die im Amte geblieben sind. Da also das ganze Räderwerk intakt erhalten ist, so kann die Maschine mit der neuen Steuerung laufen. Ist es auch eine Minoritätsregierung, so ist es doch eine Regierung. Auch im regulären parlamentarischen Leben kommt es zuweilen vor, daß vorübergehend eine Majorität der Minorität die Regierung überläßt. Der Rat der Volksbeauftragten bietet für den Abschluß des Friedens und die Ueberführung in die Friedenswirtschaft gewisse Vorteile. Diese

Regierung garantiert den fremden Mächten, daß irgendein kriegerischer Rückschlag in Deutschland nicht mehr zu erwarten ist, und wenn das Volk noch immer schwere Leiden und Entbehrungen durchzumachen hat, so kann es doch an dem guten Willen dieser Machthaber, ihm zu helfen, nicht zweifeln. Leider aber steht es so, daß der Rat der Volksbeauftragten, obgleich aus den anerkannten Führern der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt und von dem ganzen bestehenden Verwaltungsorganismus anerkannt, dennoch der Sicherheit durchaus entbehrt, die heute in dem Staate notwendiger wäre als je. An einer wirklichen Regierung fehlt sehr viel, fehlt das Beste. Wie in Rußland ist die Revolution gemacht worden durch die Arbeiterschaft der Großstädte und die meuternde Armee. Für die Tätigkeit dieser beiden Mächte hat man in Rußland die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte erfunden, und diese Organisation ist auch auf Deutschland übertragen worden. Die Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin haben einen Vollzugsrat von 14 Arbeitern und 14 Soldaten gewählt und dieses Kollegium beansprucht eine Autorität, nicht nur neben, sondern über der Reichsregierung. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nicht etwa bloß wie ein Parlament beratend und kontrollierend neben der Regierung stehe, sondern sein Vollzugsrat nimmt auch eine Exekutivgewalt in Anspruch, die nirgends von der Exekutivgewalt der Reichsregierung abgegrenzt ist. Wielange kann eine solche Doppelregierung funktionieren? Ein Arbeiter- und Soldatenrat ist aber nicht bloß in Berlin, sondern wohl ziemlich in allen Städten des Deutschen Reiches gebildet. Die Revolution ist ja nach Berlin zu allerletzt gekommen. Schon vor dem Kaiser waren der König von Bayern und einige andere Fürsten gezwungen worden, dem Thron zu entsagen und vor der deutschen Republik war die bayrische Republik proklamiert. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin hat nicht mehr Autorität als der Arbeiter- und Soldatenrat in München oder Tilsit. Wo ist also der Sitz der Gewalt? Die Arbeiter- und Soldatenräte sind gebildet nach der Anleitung der Lehre von Karl Marx, daß die soziale Revolution sich einmal vollziehen werde vermöge einer Diktatur des Proletariats. Den Verhältnissen des Augenblicks entsprechend, ist zunächst dieses Proletariat zerlegt worden in die beiden Hälften der Arbeiter und Soldaten. Weiter aber ist nach dieser Methode eine Unzahl be-

grenzter, lokaler Diktaturen geschaffen worden. Die Konsequenz wäre, eine Zentralvertretung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte. Daran wird in der Tat gearbeitet; es ist aber nicht so leicht gemacht und findet auch entschiedenen Widerspruch. Es besteht also ein unabsehbares Gewirr von Diktaturen nebeneinander, und wenn bisher trotzdem die äußere Ordnung aufrecht erhalten wird, so ist es auch bei anderen Revolutionen beobachtet worden, daß zunächst der Gemeinsinn der siegenden Partei den Zug zur Anarchie und Verbrechen in Schranken hält. Aber es fragt sich, wie lange die Harmonie so vieler verschiedener Gewalten bleibt. Es fragt sich, wie lange die Regierungen in den Einzelstaaten mit der Reichsregierung konform gehen. Es fragt sich, wie lange die Arbeiter- und Soldatenräte der Reichsregierung als Exekutivorgane dienen. Es fragt sich, ob die Arbeiter- und Soldatenräte Verfügungen treffen, die denen der Reichsregierung widersprechen. Es fragt sich, ob die Gruppe Liebknecht-Rühle-Rosa Luxemburg, die sich die Spartakus-Leute nennen, nicht so viel Einfluß gewinnen, daß sie eines Tages einen neuen Putsch machen und sich an ihre Stelle setzen. Es fragt sich, ob die sechs „Volksbeauftragten" unter sich einig bleiben. Es fragt sich, wie die Soldatenräte in den zurückkommenden Regimentern denken. Ist es ein Wunder, daß bei solcher Unsicherheit die feindlichen Regierungen fragen, ob in Deutschland überhaupt eine Regierung bestehe, mit der man einen Frieden schließen könne?

Nun soll das Ganze ja nur eine provisorische Regierung sein. Sie selber beansprucht nichts anderes. Die neue definitive Regierung soll geschaffen werden durch eine auf breitester demokratischer Basis gewählte Nationalversammlung. Wann wird diese Versammlung zusammentreten? Rein technisch ist das nicht zu machen vor ziemlich einem Vierteljahr. Wird das so überaus lockere Gefüge der heutigen Regierung auch nur bis dahin zusammenhalten? Und wenn nun die Entente sich jetzt weigert, mit dieser Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten? Wenn sie daran erinnert, daß das Deutsche Reich doch bis zum 8. November eine auf demokratischer Basis gewählte Volksvertretung gehabt habe, die noch heute zu Recht bestehe? Daß nicht die von den Arbeiter- und Soldatenräten abgeleitete Reichsregierung der „Volksbeauftragten", sondern allein der alte Reichstag befugt sei, die Wahlordnung für die Nationalversammlung aus-

zuschreiben, die Wahlen zu leiten und mittlerweile die Männer zu bestimmen, die die Regierungsgeschäfte zu besorgen haben?

Die Unsicherheit der bestehenden Regierung, die Gefahr, daß sie eines Tages gestürzt werde und wir in den Bolschewismus abrutschen, die sozialistischen Umwälzungen, die selbst abgesehen vom Bolschewismus in Aussicht gestellt werden, die Verordnungen, die im sozialistischen Sinne schon die heutige Regierung erläßt, wie den so überaus tief eingreifenden Arbeitstag von acht Stunden — Alles das übt auf das wirtschaftliche Leben einen Druck aus, der wieder auf die politische Ordnung in der gefährlichsten Weise zurückwirkt. Es ist in Deutschland wie in der Welt ein ungeheures Bedürfnis nach Waren. Die Arbeitskräfte aus der Kriegsindustrie werden frei und vermehren sich täglich durch Demobilisierte. An vielen Rohstoffen ist zwar Mangel, andere aber sind vorhanden, und in den Bergwerken, in den Ziegeleien, in Holz und Eisen könnte unbeschränkt gearbeitet werden. Aber es fehlt das Vertrauen. Die Geschäftsleute wagen nicht zu bestellen. Wo aber noch Unternehmungsgeist sich regen möchte, da wird er gelähmt durch die Transportschwierigkeiten. Unsere Feinde haben gewußt, wo sie uns wirtschaftlich treffen könnten, indem sie uns die Auslieferung eines großen Teiles unserer Lokomotiven und Güterwagen als Waffenstillstandsbedingung auferlegten. Die Friedenswirtschaft mit ihrer Produktivität kann nicht einsetzen. Kommt Arbeitslosigkeit und Hunger, so wächst die Neigung zu Gewalttätigkeit und von neuem pocht der Bolschewismus an unsere Tür. Rußland vegetiert selbst unter dem Bolschewismus, weil die große Mehrzahl der Bevölkerung, das Bauerntum, davon wenig berührt wird und zu leben hat. Deutschland aber ist nur zu einem Viertel agrarisch und hat die Bevölkerung all seiner Großstädte zu ernähren. Wie ist das zu machen, da die Entente uns weiter von außen blockiert und den inneren Warenumlauf unterbindet? Die Einen hoffen auf die Intervention von Wilson, die Anderen auf die sozialdemokratische Internationale, die die Genossen nicht zugrunde gehen lassen werde: wird das aufkommen gegen den Rachedurst in den feindlichen Völkern, der sich an den Erzählungen von unseren Leiden sättigt und mit pharisäischem Augenaufschlag von den Verbrechern spricht, die ihre Strafe erleiden? Auch die Gegner haben ein gewisses Interesse, daß wir nicht verhungern, damit sie mit uns wieder in wirtschaftlichen Austausch treten und wir die

geforderten Entschädigungen zahlen können. Aber diesem wirtschaftlichen Interesse steht entgegen das politische Streben der Franzosen, das Deutsche Reich so sehr zu schwächen, wie irgend möglich, es vielleicht sogar zur Auflösung zu bringen, weil sie sich vor unserer Wiedererstarkung fürchten. Sie fürchten diese Erstarkung um so mehr, als Deutsch-Oesterreich jetzt auch noch dem Bestande des alten Deutschen Reiches zuzuwachsen im Begriff steht. Nach den Grundsätzen des Wilsonschen Völkerbundes und der allem äußeren Machtstreben absagenden sozialdemokratischen Theoretiker sollten solche Rivalitäten keine Rolle mehr spielen. Die Völker sollen nationale Staaten bilden, mag ihre Masse größer oder kleiner sein, mögen die Deutschen 80 und die Franzosen nur 38 Millionen Seelen zählen. Aber bisher ist von dem Frieden der Gerechtigkeit, der auf dieser Grundlage geschaffen werden sollte, nichts zu spüren. Wird Präsident Wilson mit all seiner Zähigkeit seine Völkerbundsidee gegen die Machtpolitiker alten Schlages, die heute auch in Frankreich, England und Italien regieren, durchsetzen können?

* * *

Zu den bemerkenswerten Vorzügen in der Entwicklung des englischen Volkes vor anderen gehört, daß der historische Zusammenhang niemals ganz abgerissen worden ist. Obgleich das englische Volk durch eine große Revolution hindurchgegangen ist, einen König aufs Schafott geschickt, seine Söhne zurückgerufen, aber dann von neuem verjagt hat, hat es dennoch keinen Staatsneubau aufgerichtet, sondern zum Teil mit ganz gesuchten und künstlichen Hilfsmitteln das Neue in das Ueberlieferte eingefügt. Man berief auf den erledigten Thron die nächst verwandten Fürsten und schätzte diesen Grundsatz so hoch ein, daß man es sogar in Kauf nahm, daß sie anderer Nationalität waren und andere Staaten regierten, erst Holland, dann Hannover. Frankreich hat umgekehrt unendlich darunter gelitten, daß es diese historische Tradition vollständig hat abschneiden müssen und nicht wieder hat anknüpfen können, obgleich es versucht wurde. Die preußisch-deutsche Geschichte des vorigen Jahrhunderts ist dadurch bestimmt worden, daß die bestehenden Regierungen freiwillig von den Ideen der französischen Revolution ein Stück nach dem anderen aufnahmen und das alte Staatswesen langsam in diesem Sinne umbauten. So

wies die Physiognomie unseres Staatswesens im Jahre 1914 immer noch erhebliche Stücke des alten Ständetums auf. Neben dem allgemeinen gleichen Wahlrecht im Reich, das Dreiklassen-Wahlrecht und das Herrenhaus in Preußen; im Offizierkorps und Beamtentum eine tatsächliche, wenn auch nicht sehr starke Bevorzugung der alten Adelsfamilien. Es gab manchen Aerger deshalb, aber wir haben uns den Zustand gefallen lassen, weil wir sahen, daß in den rein demokratischen Staaten Uebelstände herrschten, die vielleicht noch drückender waren. Denn es ist ja völlig klar, daß die angeblichen Demokratien in Wahrheit mehr oder weniger Plutokratien sind, und daß diese Plutokratien ihre Macht auf die allerübelste Weise, nämlich durch die Korruption ausüben. Ihre eigenen Präsidenten, Wilson und namentlich Poincaré, haben das bezeugt. Wenn also gewisse Reste von Feudalität sich bei uns noch geltend machten, so durfte das eingeschätzt werden als ein Gegengewicht gegen die reine Plutokratie, und man konnte sich in diesem Sinne damit abfinden. Auch England hatte ja noch starke Reste von Aristokratismus und erschien daher anziehender als etwa Frankreich und Amerika, wo das demokratische Ideal rein verwirklicht sein sollte. Angenommen, wir münden jetzt auch in die reine Demokratie, die alle Verbindungsfäden mit der Vergangenheit hinter sich abschneidet, so wird das neue Staatswesen doch wesentlich anders aussehen, als es bisher in den westlichen Demokratien lebte. Denn es wird in viel höherem Grade sozialistisch sein. Das ist das Erbteil, das die neue Republik, so sehr sie die Vergangenheit von sich stößt, aus der alten Monarchie übernimmt. Die Monarchie hatte ja bei uns bereits einen stark sozialistischen Zug. Deutschland war auf sozialpolitischem Gebiet für die andern Völker lange Zeit ein Vorbild, und das Reichsamt des Innern wurde von den Konservativen oft sozialdemokratisch gescholten. Wird nun, wenn wir die Großbetriebe, die sich technisch dafür eignen, binnen kurzer Zeit in den Staatsbesitz überführen, dadurch das Gegengewicht gegen die Plutokratie geschaffen werden, die sich in den bürgerlich-demokratischen Republiken so unangenehm bemerkbar macht? Rein ideologisch wäre es sehr wohl denkbar, daß Deutschland eben hier, in der Ausbildung des Wirtschaftlich-Sozialistischen einen neuen Vorsprung vor den Westvölkern gewinnt. Mancher wird darin keineswegs einen Gewinn sehen. Die Aufgabe ist ja nicht zu trennen von jener anderen, die uns jetzt auf-

erlegt worden ist, der notwendigen Steigerung der Produktion, damit wir die finanziellen Lasten tragen können. Fraglos bedeutet die Einschränkung der freien Konkurrenz, wie sie der Staatssozialismus mit sich bringt, häufig eine große Ersparnis. Die Ausschaltung des findigen, anpassungsfähigen Kaufmanns aber ist auch wieder ein sehr großer Verlust. Wo der Saldo sich schließlich findet, dürfte weniger eine Frage des Prinzips als der Ausführung sein. Auf alle Fälle bleibt uns nichts übrig, als in diese Aufgabe hineinzugehen.

Ein anderes Erbteil des alten Deutschlands an das neue ist der Föderalismus, der durch den Beitritt Deutsch-Oesterreichs eine mächtige Stärkung erfahren wird. Die Revolution, so sehr sie bestrebt ist ideologisch neu aufzubauen, knüpft doch auch darin an die Vergangenheit an, daß sie die großdeutschen Gedanken von 1848 wieder aufnimmt. Manches Halbvergessene aus den Verfassungsideen der Paulskirche lebt wieder auf. Wir werden noch viel davon zu reden haben.

Gemäß dem neuen Zustande und den neuen Aufgaben sind auch die Parteien im Begriffe sich umzubilden. Wir werden vermutlich eine reaktionär-royalistische Partei haben, die eine Restauration anstrebt. Wir werden eine konservative Partei haben, die wohl an sich die Monarchie gern wieder herstellte und ihr nachtrauert, doch aber bereit ist, sich loyal auf den Boden der Republik zu stellen, und innerhalb dieses Rahmens die überlieferten ethischen Werte, die Religion, die Familie, das Eigentum mit möglichst freiem wirtschaftlichen Verkehr zu erhalten wünscht. Des weiteren hat sich bereits eine bürgerlich-demokratische Partei gebildet, die die Republik ohne Vorbehalt anerkennt, und auch dem Sozialismus weit entgegenzukommen bereit ist. Von der Sozialdemokratie sieht ein großer Teil ein, daß die Ueberführung des wirtschaftlichen Lebens in sozialistische Formen sich praktisch nicht so leicht machen läßt und jedenfalls mit größter Bedächtigkeit und Vorsicht gehandhabt werden muß, wenn nicht die Volkswirtschaft schwer geschädigt, und der soziale Status breiter Schichten verschlechtert, statt verbessert werden soll. Wiederum weiter links stehen die Sozialdemokraten, die, noch ganz in den Netzen der Doktrin befangen, glauben, das sozialistische Ideal von heute auf morgen in die Tat umsetzen zu können. Was zu diesem sozialistischen Ideal gehört, darüber hat die Phantasie noch sehr freien Spielraum, und was hier von

Forderungen auftaucht, und wie stark die Kräfte sind, die hier losstürmen, das wird wieder zurückwirken auf die Parteibildung rechts. Schon jetzt, glaube ich, kann man bemerken, daß die Verkündung des Achtstundentages, der nur auf die Verhältnisse der Großindustrie und einiger Gewerbe paßt, der konservativen Seite wieder Anhänger zutreibt. In einer viel gelesenen Wochenschrift aber findet sich in einem Programm auch die Forderung: „Freiheit des Geschlechtslebens in den Grenzen der Verpflichtung, den Willen Widerstrebender zu achten und die Unerfahrenheit Jugendlicher zu schützen. Durchgreifende Herstellung des Rechts aller Männer und Frauen, über den eigenen Körper frei zu verfügen. Rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung nicht nur der unehelichen Kinder, sondern auch der unehelichen Mütter mit den ehelichen." Das deutsche Volk wird die Antwort auf solche Ethik nicht schuldig bleiben. Da, wenn auch ein Teil der Arbeiter vielleicht abschwenkt, das Zentrum vorläufig bestehen bleiben wird, so rechne ich, daß wir in der zukünftigen Nationalversammlung zum wenigsten sechs Parteien haben werden, die sich nirgends mit den alten Parteien decken. Auch die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die ich umschrieb, sind keineswegs identisch mit der heutigen Spaltung. Behauptet sich wirklich auch noch ein Rumpf der Nationalliberalen, so wäre das schon die siebente Partei. Die Hoffnung, die von vielen Seiten gehegt worden ist, daß die Parteibildung sich vereinfachen würde, darf schon jetzt als unerfüllbar angesehen werden. Zu den bisher behandelten Gegensätzen tritt noch der weitere, sehr wichtige, die Spannung zwischen Zentralismus und Föderalismus. Das soziale und finanzielle Bedürfnis fordert unzweifelhaft eine sehr verschärfte Zentralisierung. Im Volke aber macht sich ebenso unzweifelhaft ein starkes Aufleben föderalistischer Strebungen bemerkbar. Während sonst unsere Lage mit derjenigen Frankreichs im Jahre 1871 manche Aehnlichkeit hat, ist hier ein großer Unterschied und unsere Aufgabe viel schwerer. Frankreich hatte wenigstens eine unbedingte, geschlossene nationale Einheit. Ich weise noch einmal darauf hin, wie sehr es uns weiter belastet, wenn wirklich, was ja im übrigen das nationale Gefühl in so hohem Maße befriedigt, die Deutsch-Oesterreicher sich jetzt mit uns zu einem Staatskörper verbinden. Preußen wieder würde, was Gagern schon 1848 anstrebte, in seine Provinzen zerlegt werden müssen.

Aber um bei den Parteigegensätzen zu bleiben, so wird auch das Frauenwahlrecht sich geltend machen. Die weibliche Wählerschaft wird etwa um 8% stärker sein als die männliche. Die Herrschaft in Deutschland geht also, mechanisch gesprochen, von den Männern auf die Frauen über.

Wir gehen einem ganz neuen Zeitalter der deutschen Geschichte entgegen und es mag sein, daß die Tage des Entsetzens, die wir jetzt durchgemacht haben, den rückblickenden Historikern einmal als die Tage der Aussaat erscheinen, daß die Wunden, die uns heute geschlagen werden, nur den Furchen gleichen, die der Pflug ritzt in die Mutter Erde, um den Samen aufzunehmen, der im nächsten Jahr die goldenen Früchte bringen soll. Wer nicht verzweifeln will, dem bleibt nichts übrig, als sich einen solchen Glauben aufzubauen. Aber warum verschweigen, daß dieser Glaube heute noch im Schatten dunkler Ahnungen steht? Wie wenn das Zeitalter der hohen Geisteskultur jetzt zu Ende ginge? Wenn wir eine Epoche schließen, wie die Völkerwanderung einst die Antike beendete? Wenn das Streben nach Neu-Ordnung in Anarchie endet und die Anarchie in Barbarei? Das römische Altertum war regiert von einer hochgebildeten Aristokratie. An die Stelle dieser Aristokratie trat eine neue Aristokratie der im Bärenfelle gehüllten Krieger, denen die Künste der Bildung verächtlich waren. Lesen und Schreiben war Pfaffensache; Kaiser und Könige, Herzöge, Grafen und Ritter gaben sich damit nicht ab. Sollten auch wir Zeiten entgegengehen, die die Gewalt in die Hände, zwar nicht der Analphabeten, aber noch schlimmer, der Halbbildung legen? Ist Deutschland bestimmt, wieder aus der Reihe der Großmächte zu verschwinden und als unpolitisches Kulturvolk fortzudauern? Sollte Gervinus recht behalten, der 1867 von Bismarck schrieb: Dieser Mann macht nur Episode? Ist Bismarcks Werk wirklich endgültig vernichtet? Hat der Völkerbund eine Zukunft und stirbt der Begriff der Großmacht ab? Lauter Fragen — aber kann man heute eine politische Betrachtung anders schließen, als mit Fragen?

Danksagung.

Mitten in den tiefen seelischen Kümmernissen und Erschütterungen dieser Tage haben Freunde, Gesinnungsgenossen und Schüler doch noch soviel Freiheit des Gemütes bewahrt und Muße gefunden, am 11. November meines 70. Geburtstages zu gedenken und mir ihre herzlichen Wünsche auszusprechen. Briefe und Telegramme kamen von allen Seiten und eine Deputation, begleitet von zahlreichen Zustimmenden erschien in meiner Wohnung und überreichte mir meine Büste in Marmor, ausgeführt von dem Bildhauer Herbert Garbe mit einer kleinen Stiftung für einen wissenschaftlichen Zweck aus dem Ueberschusse der Sammlung. Professor Ferdinand Jacob Schmidt im Namen des Komitees, Professor Friedrich Meinecke als Fachgenosse, Studienrat Kania im Namen der durch meine Schule gegangenen Oberlehrer hielten Ansprachen. Dr. Martin Hobohm überreichte seine Schrift, eine biographische Skizze „Hans Delbrück der Siebzigjährige" (Verlag H. Rob. Engelmann, Berlin). Hermann Oncken widmete mir seine Schrift „Ueber die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik" (B. G. Teubner, Leipzig). Ueber der Freudigkeit, mit der ein solcher Tag und solche Anerkennung erfüllt, lag naturgemäß der düstere Schatten der Ereignisse draußen, so sehr man auch durch gegenseitige Zusprache ihn zu bannen suchte. Es ist nicht meine Aufgabe, die überaus freundlichen Worte, die an mich gerichtet wurden, hier zu wiederholen, aber aus der Aussprache, in der ich meinen Dank zum Ausdruck brachte, darf ich hier Einiges niederlegen.

Mein Leben ist aufs engste verflochten, mein Arbeiten und Denken war beherrscht und bestimmt durch die politischen Ereignisse, die historische Entwicklung der Epoche, die nun abgeschlossen hinter uns liegt. Ich habe noch als Kind einen alten Herrn gekannt, der als Knabe Friedrich den Großen gesehen hatte. Meine eigene älteste politische Erinnerung ist, daß ich in Kiel an Bord eines französischen Kriegsschiffes war, das im Krimkrieg auf der der Fahrt gegen die russische Ostküste war. Ich erinnere mich sehr lebhaft der Erzählungen meines Vaters, über den indischen Aufstand; als ich unzufrieden war, daß er nichts Neues zu erzählen hatte, verwies er mich darauf, ich solle in meiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges nachlesen, daß dort auch von einer Schlacht zur anderen oft eine lange Zeit vergangen sei. Im italienischen Kriege 1859 machte ich mir als Zehnjähriger den Standpunkt

zurecht, daß zwar den Italienern der Sieg zu wünschen sei, da sie die Freiheit und den Nationalstaat vertraten, daß aber unsern Erbfeinden, den Franzosen, möglichst große Verluste zu gönnen seien. Die Konfliktzeit erfüllte mich mit einem leidenschaftlichen Haß gegen den Verfassungsbrecher Bismarck, der die von dem deutschen Volke erstrebte Einheit verhindere. Auch 1866 habe ich mich noch nicht gleich bekehrt. Nach 1870 aber, als ich aus dem Kriege zurückkam, habe ich unter dem Einfluß Constantin Rößlers mich ebenso rückhaltlos der Bismarckschen Politik angeschlossen, wie ich sie vorher verabscheut hatte. Wie ich mich seitdem politisch betätigt habe, ist Ihnen bekannt und brauche ich hier nicht zu wiederholen. Obgleich zeitweilig Mitglied des Abgeordnetenhauses wie des Reichstages, habe ich doch eine parlamentarische Rolle nie gespielt und nie angestrebt. Ich fühlte, daß mir diese Tätigkeit nicht liege und daß hier die Grenzen meines Könnens seien. Ich blieb immer und wollte bleiben, nicht Berufspolitiker, sondern der Gelehrte in der Politik. Das parlamentarische Leben und die parlamentarische Erfahrung sollte mir ebenso die Wissenschaft befruchten und die wissenschaftliche Einsicht vertiefen, wie umgekehrt die wissenschaftliche Einsicht dem politischen Urteil zu Hilfe kommen sollte. Deshalb war ich kein eigentlicher Parteimann und wurde es, je länger, je weniger. Aber ich erweiterte meinen Horizont, indem ich mir nicht einen Lebenskreis aussuchte und mich in ihm häuslich einrichtete, sondern nach allen Seiten Fühlung nahm und Berührung fand. Es gab keine Sphäre in Berlin, in der ich mich nicht bewegt hätte. Ich stammte aus Beamten- und Gelehrtenkreisen, mütterlicherseits einer Berliner Familie; ich habe den Krieg mitgemacht und war Reserveoffizier; ich habe fünf Jahre lang am Hofe des Kronprinzen, Kaiser Friedrichs, gelebt. Ich war Parlamentarier; ich gehörte als Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher" zur Presse; ich wurde akademischer Lehrer. Diese Vielseitigkeit hat mich gefördert, hat mich unbefangen gemacht, mir das objektive Urteil erleichtert, ist mir aber auch manchmal hinderlich geworden. Goethe hat in seinem 70. Jahre einmal geschrieben: „ich mußte mehrmals meine Existenz aus ethischem Schutt und Trümmern wieder herstellen. Ja, tagtäglich begegnen uns Umstände, wo die Bildungskraft unserer Natur zu neuen Restaurations-Reproduktionsgeschäften aufgefordert wird." Daß ich in dieser Weise meine Existenz wieder hätte neu aufbauen müssen, kann ich

nicht sagen. Die verschiedenen Elemente, die den Wechsel in mir bestimmt haben, waren von Anfang an auch in mir vorhanden, sowohl der aus meiner Familie und meiner Erziehung stammende starke Staatsbegriff, wie das Freiheitsideal, das Preußentum, der deutsche Nationalgedanke, die allgemein menschliche Bildung und das Humanitätsstreben. Was aber wird jetzt kommen? Sollten wir wirklich gezwungen werden, die Vergangenheit von Friedrich dem Großen bis zum 14. August 1914 für ethischen Schutt und Trümmer zu erklären, um uns eine neue Weltanschauung aufzubauen? Ranke hat an seinem 90. Geburtstage erklärt, er sei in seinem Entschluß, die Weltgeschichte zu schreiben, ermutigt worden durch den deutschen Sieg von 1870. Denn dieser Sieg Deutschlands sei auch ein Sieg der konservativen Ideen gewesen über die Revolution und hätte ihm verbürgt, daß das, was die Vergangenheit gebildet, nicht zugrunde gehen werde; hätte die Revolution vollständig gesiegt, so würde auch das Interesse an der Vergangenheit abgestorben sein und nicht einmal der Sinn für die objektive Feststellung der Wahrheit würde erhalten geblieben sein. Jetzt ist tatsächlich eingetreten, was Ranke als ausgeschlossen ansah. Sollte nicht nur unser politisches Ideal zertrümmert, sondern auch unsere Wissenschaft, das Einheitsgefühl mit den vergangenen Geschlechtern, zerrissen und entseelt werden? Als das alte England abgebaut und in demokratische Lebensformen übergeführt wurde, stand an der Spitze der Bewegung neben dem Philosophen Mill der Historiker Grote. Er war mit den Ergebnissen der Demokratisierung so unzufrieden, daß er am Abend seines Lebens sagte: „ich habe meinen Glauben überlebt." Ich habe dieses Wort einmal zitiert als Zeugnis gegen das Dogma von dem Segen der Demokratie. Heute erst empfinde ich die ganze ungeheure Tragik dieses Ausspruchs. Sollte ich ihn wirklich in diesen Tagen, wo ich mein 70. Lebensjahr vollende, auch auf mich anwenden müssen? Ich brauche es insofern sicherlich nicht, als ja tatsächlich der Staat und die Staatsform, an die ich glaubte, in dem mehr als vierjährigen Kampf gegen die Welt eine unvergleichliche Kraft und Tüchtigkeit bewährt hat. Nur durch die unabsehbare Ueberlegenheit der Masse konnten wir schließlich erdrückt werden. Ist es denkbar, daß eine derartige Kraft endgültig getötet ist? Muß nicht auch hier das hoffnungsfrohe Wort gelten:

Denn keine Macht und keine Zeit zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt —?

Dunkel liegt die Zukunft vor uns und wir sind nicht fähig, uns von dem jenseitigen Deutschland heute schon eine Vorstellung zu machen. Aber es ist unmöglich, daß das Heldentum dieser vier Jahre unfruchtbar bleibe, und daß dieses Volk von 80 Millionen in seiner Schöpferkraft erlösche. Einst als Kaiser Friedrich, vor der Zeit in seinem Wollen und Streben gebrochen, dem deutschen Volke entrissen war, wandte ich auf ihn jene Euphorion-Worte an:

„Wolltest herrliches gewinnen,
Aber es gelang Dir nicht.
Wem gelingt es? — Trübe Frage,
Der das Schicksal sich vermummt,
Wenn am unglückseligsten Tage
Blutend alles Volk verstummt."

Ich habe nicht geglaubt, daß ich diese Worte noch einmal auf das deutsche Volk anzuwenden gezwungen sein könnte. Der Gesang geht weiter:

„Doch erfrischet neue Lieder,
Steht nicht länger tief gebeugt,
Denn der Boden zeugt sie wieder,
Wie er sie von je gezeugt!"

Ich gestehe, daß ich heute noch nicht den Mut habe, mich zu diesem neuen Liede zu bekennen. Ich sehe noch keinen Inhalt dafür, der mir die genügende Zuversicht gäbe. Aber wir dürfen nicht verzweifeln, und indem ich allen meinen Freunden für die Liebe und Treue, die sie mir an diesem Tage dargebracht haben, meinen Dank ausspreche, will ich wenigstens als Symbol des Glaubens, den wir entschlossen sind, uns in aller Trübsal zu wahren, auch diesen hoffnungsvollen Euphorionvers aufnehmen, damit er uns über diesen Tag und über diese Stunde hinausführe.

Register

des ersten, zweiten und dritten Bandes.

Aachen. Friede von (1748) III, 80. — Kongreß 1818 II, 76.
Abgeordnetenhaus, preuß. und ausw. Politik I, 215 ff. — Tauchbootresolution u. „Deutsche Tagesztg." I, 228 f. — Proklamation d. Kgrs. Polen II, 86. — Polenfraktion u. Kgr. Polen II, 87. — Dreiklassenwahlrecht I, 189 f. — Wahlreform I, 187 ff. u. III, 2 f.
Abrüstung. Schwierigkeiten II, 327 f. — Gründe dafür II, 327. — Dauerfriede II, 328 f. — Allg., II, 316 ff. — Zarismus II, 317. — Frankreich II, 321 ff. — Deutschland II, 324 f. — England II, 325 f.
Adel, franz. Aufhebung d. Feudalrechte II, 351.
Adelnau, polnischster Kreis in Preußen I, 133. — II, 84.
Adresse an den Reichskanzler (1915) II, 257 ff.
Afrika, deutsches Kolonialreich II, 225 ff.
Agrarkommunismus in Rußland II, 171 f.
Ägypten, s. England.
Aisne. Deutsche Offensive Jan. 1915. I, 81 f.
Albrecht, Herzog v. Württemberg I, 50.
Albrecht, österreich. Erzherzog. Deutschtum u. Tschechentum II, 84.
Alexander d. Gr. I, 114.
Alfred d. Gr., angels. Herrscher II, 160.
Algesiras-Konferenz 1906 II, 150.
Alldeutsche. Literatur u. Ausland III, 152. — u. ausw. Politik II, 186 ff. — Sicherungsfriede u. Weltherrschaft II, 223 f. — Angst um Deutschlands Zukunft II, 224. — Unterstützen Lloyd George II, 265. — Kanzlerwechsel (1917) II, 267. — Reichsk. Michaelis II, 266. — Weltherrschaftspläne II, 132 f. — Verständigungsfriede II, 338. — Prinz Max u. Lloyd George II, 365. — Friede III, 131. — Sozialdemokratie III, 139. — Schuld am Weltkrieg III, 139. — Fiasko ihrer Politik III, 140. — Deutschland ins Unglück geführt III, 208.
Alldeutscher Verband. Vor dem Kriege II, 187. — Während d. Krieges II, 188 ff. — Kampf

methoden II, 189 f. — Werbetätigkeit II, 192 ff. — Kriegsziele II, 188 ff. — Leugnet Weltherrschaftspläne ab II, 136. — Kaiserl. Handschreiben z. Friedensangebot II, 189 f.
Allg. gleich. Stimmrecht II, 252. — In Frankreich III, 1 f.
Allg. gleich. Wahlrecht. Macht d. Arbeiterklasse III, 164.
Allg. Wehrpflicht. Zweijährige Dienstpflicht II, 268.
Alliierte, s. Entente.
Amerika (U.S.A.). Allg. gl. Wahlrecht u. Plutokratie III, 164. — Die Monroedoktrin I, 18. — Pazifismus II, 51/52. — Das Wesen der deutschen Verfassung I, 92 ff. — Anschauung über Kriegsausbruch II, 91 ff. — Oeffentliche Meinung geg. Deutschland I, 202. — Was Amerikaner glauben I, 93 f. — Tauchbootkrieg 1915 I, 90 u. 202 ff. — Die engl. Blockade 1915 I, 204 f. — Kriegsgefahr 1915 I, 207. — Adressen von 500 Notabeln f. Besiegung Deutschlands I, 253. — Der uneingeschränkte Tauchbootkrieg II, 142 f. u. III, 148 ff. — Gründe f. Eintritt i. d. Krieg III, 133 f. — Deutsches Weltherrschaftsstreb. III, 138. — Als Kriegsteilnehmer II, 143. — Kriegsziel nach d. „Daily News" III, 149. — Deutschenhaß („New York-Tribune") II, 219. — Neuordnung d. Oberbefehls i. Frankreich III, 38. — Truppentransporte III, 133. — Neuwahlen z. Kongreß (5. Nov. 18) III, 197.
Amerikanische Hilfe. Einschätzung II, 245 f. u. III, 132.
Amerikanisches Bankett in Berlin, Jan. 17. III, 190.
Amerikan. Truppentransporte u. Fochoffensive Juli 18. III, 205.
Amiens, Friede v. (1802) II, 125 u. 127. — Vorstoß auf, März 18. III, 84 u. 89.
Angell, Norman, üb. Weltfriedensbund und Deutschlands Weltherrschaftsgelüste II, 78.
Angelsächsische Gemeinschaft, Halbwahrheit II, 322.
Angelsächsische Literatur (Mittelalter) II, 160.
Angriffskrieg gegen Frankreich (Haller) II, 148.
Anna, Kaiserin v. Rußl. I, 8.
Annexion Belgiens II, 225 f.
Annexionisten, s. Alldeutsche.
Anti-J'accuse, s. u. Grelling.
Antwerpen. Einnahme I, 73.
Arbeiter- u. Soldatenräte in Deutschland III, 217.
Arbeiterschaft im neuen Deutschland I, 140 f.
Archangel, russ. Eismeerhafen II, 40. — II, 169.
Argesul, Schlacht am, im rumän. Feldzug 1916. II, 105.
Armenien. Erfolge der Russen 1916. I, 225.
Arras, Flandernschlacht 1915 I, 182. — September/Oktober 15. I, 161. — 1917. II, 201 ff. u. 242.
Artois II, 242.
Asquith. Wilsons Friedensvermittlungsangebot I, 263. —

Engl. Kriegsziele Nov. 16. I, 79. — Anfrage wegen Belgien II, 291 u. 310.
Atlantic Monthly, Monatsschr. i. d. U.-S. Ueber Kriegsausbruch I, 90.
Aufmarsch 1914 I, 48.
Aushungerung, s. Blockade.
Aushungerungsplan Englands I, 179.
Austerlitz, Schlacht, s. Marathon.
Autokratie u. auswärtige Politik II, 318.
Avaricum I, 257.
Axelrod II, 174.

Bagdad, Einnahme d. d. Engländer (März 17) II, 163 f.
Bagdadbahn u. Rußland I, 14 u. II, 147.
Bagdadunternehmen, englisches, (1915) gescheitert I, 181. 184 f.
Baker, amerikan. Kriegsm. Bericht üb. Truppentransporte III, 205.
Balfour, engl. Außenminister, Lloyd George II, 287. — Strebt nach Amerikas Anschluß II, 112.
Balkanfrage u. Rußland I, 12.
Balkankrieg (1913) I, 13.
Baltikum. Bevölkerungsproblem III, 110 f. — Großhzgt. Großlivland III, 60. — Groß-Livland III, 112. — Anschluß an Deutschland III, 57. — Letten u. Esten dagegen III, 57. — Lettische u. estnische Bauernschaft dafür III, 57. — Selbständ. B. u. Moskowien III, 56. — Bolschewismus III, 20. — Kakatistische Methode d. deutschen Verwaltung III, 111. — Deutsche Fremdvolkpolitik u. Ostpolitik III, 111.
Barzelotti, ital. Senator. Für ital. Neutralität I, 71.
Basel, Friede v., 1795 II, 198.
Bassermann, nationall. Führer. Verdienst u. nationall. Partei I, 260. — Marokkokonflikt I, 259. — England II, 33. — Tirpitzbroschüre I, 260.
Baudin, P., franz. Senator, Krieg als Kulturfaktor II, 329 ff.
Bauern, deutsche, in Rußland II, 98.
Baumgarten, O., Professor, und Alldeutschtum II, 187 f. — Alldeutsche u. Amerika III, 43 f.
Bayern, erste deutsche Republik III, 217.
Beamtenregierung. Mängel und Vorzüge II, 348 f. — In Deutschland II, 333 f.
Beamtentum, s. Wesen II, 208. — städtisches i. Gegensatz z. Staatsb. II, 209.
Beamtentum, preuß., Demokratisierung II, 278.
Belfort, Verzicht auf, 1870 II, 59/60. — von Bismarck Frankr. belassen II, 218.
Belgien. Der Staat III, 128 f. — Frankreich 1866 u. 70. I, 70. — Anlehnung a. Deutschland I, 70. — Seine Politik vor dem Weltkrieg I, 70 ff. — s. Neutralität u. England I, 92. — Die Verletzung seiner Neutralität I, 34. — D. engl Kriegserklärung I, 31. — Maitrot über den deutschen Durchmarsch I, 49. — Er-

klärung Bethmanns v. 9. Nov. 16. II, 79 f. — Flamen II, 259. — Mil.-polit. Bedeutung II, 342 ff. — Unmöglichkeit einer polit.-milit.-wirtschaftl. Angliederung an Deutschland II, 114 ff. — Deutsches Faustpfand III, 141. — „Unabh. Ausschuß" darüber II, 36. — Die Friedensbedingungen der Entente u. d. belg. Kolonien II, 111. — Annexion deutsche Gefahr II, 299 f. — Souveränität u. Integrität III, 22 f. u. d. Friede II, 263. — Einzigstes Friedenshindernis für England II, 309. — Deutsches V. u. Holland III, 42. — Hertlings Erklärung Juli 18. III, 125 f.

Belgische Gesandtschaftsberichte, üb. Kriegsausbruch III, 76 ff.

Belgischer Franktireurkrieg III, 213.

Belgischer Neutralitätsvertrag. Engl. Staatsmänner darüber II, 272. — Vom belg. Minister Labeau (1855) „ein Stück Papier" genannt II, 273. — Lord Ellenborough „a sheet of paper" II, 273. — von Bethmann Hollweg darüber II, 272.

Belgrad, erste Einnahme 1914 I, 163.

Belle-Alliance, Schlacht, s. Marathon.

Below, v., G., Prof. Vaterlandspartei III, 40 ff. — Baumgarten III, 43 f.

Below, v., General. Zwölfte Isonzoschlacht II, 356.

Benz, R. Vom „gotischen Menschen" II, 156.

Berchthold, Graf. Ultimatum an Serbien I, 23.

Berliner Kongreß (1878), Rußlands Empörung geg. d. ehrl. Makler I, 11.

Berliner Professorenkundgebung f. Verständigung II, 336 f.

Berliner Universität. Aufruf Okt. 18. III, 186.

Bernadotte, General II, 128.

Bernhard, Georg. Wilsons Vermittlung III, 190.

Bernstorff, Graf, Botschafter in Washington, geg. d. Alldeutschen III, 139.

Beseler, preuß. Justizm. II, 275.

Bethmann Hollweg, v., Verständigungspolitik vor d. Kriege II, 155. — Polenpolitik v. d. Kriege II, 150. — Kriegsausbruch 1914 II, 10. — Zusammenbruch s. Englandpolitik II, 270. — Politik i. d. ersten Kriegsjahren II, 262. — Belgien I, 33. — Ueber d. Unrecht an Belgien I, 92. — Rede über Polens Zukunft I, 129 ff. — Reichstagsrede Dez. 15 I, 173 ff. — Reichstagsrede 1916 (Verteidigungskrieg) II, 37. — Resolution des Abgeordnetenhauses und Tauchbootkrieg I, 213 ff. — Innere Politik (Wandlung) II, 272. — Rücktritt II, 253 ff. — u. d. Sozi. II, 12. — Kritik d. Alld. Verbds. II, 190 ff. — Alldeutsche II, 338. — Präventivkrieg I, 39. — Belgien „Faustpfand" III, 125 u. 141 f. — Kriegs-

zielfrage II, 262. — Tauchbootkrieg III, 187. — Angriff u. Verteidigung s. Politik II, 268 ff. — Seine Politik II, 8 ff. — s. Staatskunst II, 103/104. — Neuschöpfer der deutschen Nationaleinheit II, 273. — Seine Politik d. Lavierens II, 294.

Bismarck. Die Verfassung von 1866 II, 6. — Politik nach 1866 gegen Oesterreich III, 172 f. — Sprachgrenze 1870 II, 59. — Der Berliner Kongreß u. Rußland I, 11. — Rückversicherungsvertrag I, 236. — Weltkrieg II, 268. — Blankenburg II, 297. — Kaiserin Friedrich I, 236. — Kaiser Wilhelm II. I, 238 ff. — s. Friedensschlüsse II, 57 ff. — Polenpolitik I, 235 u. II, 150. — Naturgegebene Feindschaft zu den Polen III, 160. — Polen u. Rußland II, 86, 98. Selbständ. Polen geg. Rußland (Crispi) II, 98/99. — Kampf geg. Polentum II, 88. — Aeußerungen üb. Polen u. Rußland zu Bluntschli und Crispi II, 84/85. — Ueber Oesterreich-Ungarn als unabhängige Macht I, 84. — Ueb. unser Verhältnis zu Rußland I, 5. — Bündnis mit England II, 150. — England I, 236. — Versöhnungspolitik geg. d. Franzosen II, 218 f. — Kulturkampf, Sozialistengesetz I, 234. — Abgeordnetenhaus u. ausw. Politik I, 228 f. — Ueber d. überlebten Fraktionen I, 95. — Parteipolitik I, 234 f. — Ueber d. Wahlpflicht III, 98. — Wahlrecht und Leistung II, 179. — Ueb. Gefühlspolitik II, 18. — Politische Mäßigung II, 8. — Rücksicht auf d. Neutralen I, 261. — Chauvinismus u. nat. Politik III, 131. — Marcks Buch I, 233 ff. — Bismarcklegende I, 104 f. u. 236 ff. — s. Tragik I, 239.

Björnson, vom deutschen Wesen II, 220, Anm.

Blockade, engl. geg. Deutschl. I, 80 u. 203. — D. Neutralen I, 203 f. — Tauchboote I, 90.

Blücher, s. Feldherrntum I, 183. — Feder u. Schwert III, 146. — Kämpfe an der Aisne 1814 I, 81 f. — u. Wellington III, 37.

Blumenthal, Feldmarschall, über Ermattungsstrategie I, 76.

Bock, Provinzialschulrat, Schulpolitik in Posen II, 236 ff.

Bolschewismus. Wesen u. Ziel II, 370 f. — s. Idee III, 50. — Chaos in Rußland III, 19 ff. u. 104 ff. — i. d. Ukraine III, 20. — Zarismus III, 55. — i. d. deutschen Revolution III, 219 f.

Bonn, M. J., Professor. Wilson III, 134.

Bourget, P., Krieg als Kulturschöpfer II, 330.

Boy-Ed, Kapitän z. S., Amerika u. Tauchbootkrieg III, 147.

Brandt, O., Napoleon II, 129 Anm.

Branschaninow, russ. Diplomat, über England u. d. Krieg I, 139.
Branting, schwed. Sozialistenführer II, 249.
Brentano, Lujo, Prof., Sozialpolitik u. Schutzzoll III, 135 ff.
Brest-Litowsk fällt (Aug. 15) I, 128. — Friedensverhandlungen II, 373 ff. u. III, 11 ff. — Selbstbestimmungsrecht II, 375 u. III, 13. — Verhandlung mit d. Ukraine II, 377. — Ukraine u. Polen III, 26 ff. — Verlegung d. Verhandlung. n. Stockholm beantragt II, 375. — Trotzki erklärt d. Demobilisierung d. Armee III, 18 f. — Friede, Beurteilung III, 46 ff.
Briand, franz. Ministerpräsident I, 170 u. II, 177. — Reise nach Rom (1915) I, 217 f.
Brooks, Sidney, engl. Journalist, üb. deutsche Kriegsgreuel I, 94.
Brussilow, russ. Generalissimus, bei der letzten großen Russenoffensive (1916) II, 14 u. 41.
Brussilow-Offensive II, 13, 16 ff. u. 165.
Buchanan, engl. Botschafter in Petersburg II, 53 u. 169.
Bukarest geräumt II, 106.
Bukowina Februar 1915 befreit I, 89.
Bulgarien. Neutralitätserklärung (1914) I, 22. — Konstantinopel I, 103. — Feldzug geg. Serbien 1915 I, 165 ff. — Dobrutscha III, 67. — Zusammenbruch der mazedonischen Front 1918 III, 178. — Waffenstillstands- u. Friedensangebot 1918. III, 179. — König dankt ab III, 181.
Bulgar.-türkisch. Abkommen I, 167.
Bülow. Friedenspolitik 1905 II, 154. — Polenpolitik II, 150. — Enteignungsgesetz III, 111. — Polen- u. Deutschenfeindschaft II, 99. — Unterschätzt d. russ. Gefahr II, 150. — Seine „Deutsche Politik" II, 146 ff. — Italiens Neutralität I, 28. — Friedensresolution II, 339. — Preuß. Wahlreform I, 188.
Bundesrat u. auswärtige Politik I, 213 f.
Burdach, K., Professor. Deutsche Renaissance II, 155 ff.
Burenkrieg u. Englandshaß I, 67 u. II, 149.
Bürgertum im Mittelalter II, 159.
Burian, Graf, österreich.-ungar. Außenminister. Note Septbr. 1918. III, 167.
Burzew II, 174.
Bzura-Rawkalinie (Ostfront) I, 86/88.

Cachin, franz. Sozialistenführer. Friede III, 198.
Cadorna, ital. Generalissimus II, 242. — Zwölfte Isonzoschlacht II, 355 ff. — Seine Strategie II, 358 ff. — Durazzo I, 219 f.
Caemmerer, v., General, strateg. Wissenschaften I, 49.
Caillaux, französ. Staatsmann, Landesverratsprozeß II, 378.

Cambon, franz. Unterstaatssekr. III, 82.
Campo-Formio, Friede II, 125.
Cannä, Schlieffen: „Urtyp" moderner Schlachtenanlage I, 54.
Capelle, v., Staatssekretär des Reichsmarineamts. Meuterei in Wilhelmshaven (1917) III, 210.
Caprivi, Graf, Rückversicherungsvertrag I, 236. — Polen u. d. Flotte I, 226. — Verhältnis zu Rußland u. d. Rückversicherungsvertrag I, 5. — s. Verdienste II, 268. — Polenpolitik II, 150.
Carnot, franz. Kriegsminister II, 173.
Cecil, Robert II, 287.
Chamberlain, H. St. II, 351.
Chamberlain, engl. Kolonialminist., Bündnisangebot II, 147.
Champagne, Winterschlacht i. d., 17. Febr./20. März 15. I, 85 f. — Schlacht, Sept./Okt. 15. I, 161. — Ententeoffensive 1915. I, 182. — 1917. II, 242.
Chauvin, Chauvinismus II, 140.
Chauvinismus, s. Bekämpfung I, 1. — In Frankreich III, 195.
Chauvinisten fürchten in beiden Lagern die Verständigung II, 286 ff.
Churchill, engl. Marineminister, Antwerpen I, 74. — Gegens. z. Kitchener i. d. Dardanellenfrage I, 101. — D. Gallipoliunternehmen I, 183 ff.
Cincinnatus, Deutschlands Kampf ums Recht III, 76.
Clausewitz, v., General, strateg. Defensive II, 314. — Ueber Ausnutzung d. Sieges I, 115. — II, 141.
Clemenceau, geg. d. Salonikiunternehmen I, 171. — Lloyd George III, 37. — Ueber den Brief Kaiser Karls III, 81. — Caillaux-Prozeß II, 377 f. — als franz. Ministerpräs. berufen, f. Krieg bis z. Aeußersten II, 352.
Cochin, Denys, franz. Minister, sucht Griechenland z. gewinnen I, 170/71.
Conrad, v., österr. Generalstabschef. Durchbruchsschlacht am Dunajec I, 109. — Verdienst um d. Schlacht am Dunajec (1915) I, 112. — Strategie geg. Italien I, 116.
Constanza, rumän. Hafenstadt, genommen II, 43.
Coronel (Chile), erster deutscher Seesieg I, 73.
Cox, Edmd., üb. Indien I, 64 ff.
Craonne, Vorstoß bei, Frühjahr 15. I, 86.
Cunow, sozialist. Schriftsteller, II, 351.
Custozza, Schlacht bei, 1866. I, 123.
Czernawoda genommen II, 93.
Czernin, Graf, öst.-ung. Minister d. Auswärtigen, III, 38. — Pazifist. Bewegung II, 317. — und Annäherungsversuch Frankreichs III, 81. — Ueber den Ostfrieden III, 101. — Rücktritt III, 82.

Daniels, E. Ueber d. Ursprung d. letzten russ.-türk. Krieges I, 24. — Krieg mit Italien II, 271.

Dante, II, 161.
Danzig u. Polen II, 234. — Das neue Kgr. Polen II, 85 f.
Dardanellen. Rußland u. England I, 102 f. — Beginn d. Angriffs d. Alliierten I, 89. — Großer Angriff d. Alliierten scheitert (1915) I, 101.
Dardanellenfrage II, 67 ff.
Darmstädter, P., Professor, Machtpolitik Frankreichs I, 136.
Daun, österr. Feldherr, vergl. mit Joffre I, 79.
Defensivschlachten II, 242.
Delbrück, Staatssekr., Rücktritt I, 262.
Delbrück, H. Bismarcks Erbe I, 104 f. — Tag d. rücksichtslosen Tauchbootkrieges III, 187. — Möglichkeit ungünstigen Ausganges III, 204 f. — Politik d. Mäßigung III, 204 f. — Lebenserinnerungen III, 225 ff.
Demagogie, Ranke darüber I, 30.
Demokratien II, 248. — Wesen d. westl., II, 278. — Verkappte Plutokratien III, 221.
Demokratisierung. Preuß. Beamtentum u. Offizierkorps II, 278. — Milit. u. bürgerl. Gewalt; Reichstag u. Kaisertum (Sept. 18) III, 185.
Dernburg, über Wilson-Note an England (Seerecht) I, 172. — Elsaß III, 92. — Völkerbund III, 180.
Desannexion, Elsaß-Lothr. II, 307.
Deutsche Diplomatie. Russisch-französ. Bündnis I, 6. — Anerkennung I, 167 f.
Deutsche Politik. Ihr schwerster Fehler I, 4. — Strategie III, 135. — Polenproblem II, 272. — Nach Bethmanns Abgang führerlos III, 183.
Deutsche Regierung u. d. Eroberungsfanatiker III, 141 ff. — Kleinere Nationen III, 143.
Deutsches Reich. Mittelalter: Zeit der Zersetzung II, 158. — Preuß.-deutsche Armee, Entstehung und Wesen III, 209 f. — Tendenz d. preuß.-deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert III, 220. — Bündnisangebot an England II, 150. — Deutsch-engl. Bündnis (Haller) II, 147 ff. — Das Staatswesen i. Jahre 1914. III, 221. — Seelenzahl 1914 verglichen mit der Entente II, 134. — Rüstungen II, 134. — Mobilmachung 1914. I, 39. — Entlassung ältester Landsturmjahrgänge (1916) I, 258. — Wilsons Angebot d. Friedensvermittlung I, 264 ff. — Bündnisangebot an Mexiko II, 271. — Machtvolle Stellung Herbst 1917 II, 324. — Koalitions-Ministerium Hertling-Payer-Friedberg II, 346 ff. — Preuß. Wahlreform u. Kanzlerkrisis III, 9. — Ueberragende Macht (Dez. 17) II, 373 f. — Die Krisis Sept. 18. III, 169 ff. — Der Kaiser u. d. Krise Sept. 18. III, 185. — Regierung Max v. Baden III, 182. — Systemwechsel III, 184. — Waffenstillstandsgesuch (5. Okt. 18.) III, 193.

— Waffenstillstand III, 203. — Gefahr d. Zerschmetterung u. Gegenwirkungen III, 197 ff. — Revolution u. Republik III, 203 ff. — Arbeiter- u. Soldatenräte III, 217. — Hist. Entwicklung d. Zusammenbruchs III, 188 ff. — Die neue Republik u. d. alte Monarchie III, 221. — Sozialistische Demokratie u. Plutokratie III, 221 f. — Die neue Republik u. d. Föderalismus III, 222. — Neue Parteien III, 222 f. — Die neue Regierung („Rat der Volksbeauftragten") III, 215 f. — Nationalversammlung III, 218 f. — Revolution, Offizierkorps u. Beamtentum III, 216. — Schutzwehr geg. Bolschewismus III, 197 f. — Auswärtige Politik II, 186. — Verständigungswille der Regierung II, 113 f. — Mißtrauen geg. d. deutsche Politik (Belgien) III, 21 ff. — Gründe f. Unbeliebtheit II, 51. — Ablehnende Haltung gegen d. Pazifismus II, 51. — Schiedsgerichte II, 48. — Seine Mission I, 3. — Sein natürlicher Gegens. z. Rußland I, 6. — Seine Mission geg. Rußland I, 18. — Beschützer d. kl. Nationalitäten I, 3/4. — Weltherrschaftsstreben II, 139 f. — Größtes Unglück III, 91. — Auswärtige Politik u. Alldeutsche III, 131. — Ausgleich mit England u. Weltkrieg II, 55. — Flottenpolitik u. England II, 147. — Verständigung mit England II, 269. — Marokkopolitik u. Frankreich II, 147. — Russische Gefahr (Haller) II, 149. — Bagdadbahn und Rußland II, 147. — Revolutionäres Rußland II, 228 ff. — Fehler in der Ostpolitik III, 171 ff. — Stellung im Osten III, 99 ff. — Verhältnis z. Türkei u. Dardanellenfrage II, 67. — Flandrische Küste u. Belgien II, 299 ff. — Flandrische Küste III, 144. — Offizierkorps u. König I, 244. — Sozialdemokratie im neuen Deutschland I, 141. — Demokratisierung II, 272 ff. — Das Beamtentum II, 208. — Wahlrecht II, 178. — Wahlreform (Wahlkreis) II, 204. — Verfassungsreform II, 206 f. — Bedrohung d. Monarchie III, 10 f. — Regierung u. Reichstag II, 333. — Bismarcks, Caprivis, Bülows, Bethmanns Polenpolitik II, 150. — Selbständiges Polen I, 132 f. — Kolonialreich II, 225 ff. — Kolonien II, 260. — Wirtschaftl. Kraft I, 179 f. — Wirtschaftssystem nach dem Kriege I, 153 ff.

Deutsches Volk u. d. Alldeutschen III, 140 ff. — Friedensresolution III, 142 f. — Kleinere Nationen III, 143. — Ehrlichkeit d. Friedenswillens III, 140 ff. — Weltherrschaftsstreben III, 138 ff. — Chauvinistische Treibereien III, 145.

Deutsche Tageszeitung und die

Tauchbootresolution des Abgeordnetenhauses I, 228 f. — u. Kriegsziel d. „Preuß. Jahrbücher" I, 240 ff. — Charakteristik I, 242.

Deutschland s. Deutsches Reich.

Deutsch-Oesterreich, Anschluß an Deutschland III, 199 u. 220.

Deutschtum. Wesen II, 156 ff. — Seine Entwicklung II, 159. — Außerhalb d. Reiches II, 84.

Dick, deutscher Admiral, über Wiederbelebung d. engl. Landwirtschaft II, 22.

Diderot, s. Einfluß a. d. russ. Gesellschaft I, 9.

Dimitriew, russ. kommand. General a. d. Biala (1915) I, 111.

Disraeli, Führer d. engl. Konservativen I, 190.

Dreibund I, 12.

Dreiklassenwahlrecht i. Preußen II, 253 u. 277.

Drews, preuß. Minister des Innern, u. Wahlreform II, 274 f.

Driant, franz. Major, Notwendigkeit d. Krieges II, 329.

Dualismus d. Regierungssystems in Deutschland II, 277 ff.

Duma, die russ. II, 24. — Nur eine Dekoration II, 229. — Schließung u. Absetzung Nikolaus I, 147.

Dunajec, Schlacht am (Mai 15) s. u. Tarnow-G.

Dunker, Max, Historiker, über Perikles II, 12.

Durazzo v. d. Oesterreichern besetzt I, 219.

Ebert, als „Volksbeauftragter" III, 215.

Eichhorn, v., Generaloberst. Die Winterschlacht in Masuren 1915. I, 88.

Einheitliche Front d. Alliierten I, 255 f.

Einheitlicher Oberbefehl d. Entente II, 361 f.

Einkreisungspolitik und Fürst Bülow (Haller) II, 146 f.

Eisenhardt-Rothe, preuß. Landwirtschaftsminister II, 274. — Polen III, 67 f.

Elisabeth, Kais. v. Rußl., geg. d. Deutschtum in Rußl. I, 8.

Ellenborough, Lord, üb. d. belg. Neutralität II, 273.

Elsaß-Lothringen. Verfassungsfrage II, 292. — Volksabstimmung III, 15. — Frankreich II, 247. — Abtretung an Frankreich III, 92. — Autonomer Bundesstaat III, 171.

England. Volk u. Thron III, 185. — Entwicklung unter Wahrung d. histor. Zusammenhangs III, 220. — Abtretungen u. Friedensschlüsse III, 80. — Das Weltreich I, 63 ff. — Organismus d. engl. Weltreichs III, 61. — Seine Zukunft I, 243 ff. — Leistung i. Weltkrieg II, 323. — Zersetzung d. Weltreichs II, 323. — Partei- u. Beamtenregierung II, 334. — Wirtschaftliche u. administrative Umgestaltungen II, 348. — Niederwerfung Napoleons II, 122 ff. — Seelenzahl 1802. II, 133. — Bismarcks Bündnisangebot (1887) abgelehnt II, 150. —

Einkreisungspolitik II, 137 f. — Verständigung m. Deutschland II, 269. — Als wahrscheinlicher Bundesgenosse Frankreichs im Weltkrieg I, 1. — Kriegsausbruch II, 53. — Ursachen des Weltkrieges I, 28 f. — Grund seiner Kriegserklärung I, 31. — Handelsneid geg. Deutschland I, 150 ff. — Handelsneid u. Kriegsausbruch III, 75. — Schuld am Kriege I, 63; II, 137 ff. u. III, 74 ff. — Oeffentl. Meinung u. Kriegsausbruch III, 75 f. — Staatssozialismus u. das altengl. Wesen II, 287. — Jingos u. Kriegsausbruch III, 76. — Sein Kriegsziel. I, 33. — Kriegsziele 1915 I, 177. — Kriegsziel: Erhaltung d. Weltherrschaft III, 81. — Verletzung der belg. Neutralität I, 92. — Homerule in Irland als Kriegsgrund? I, 139. — Der Friede I, 60/61. — Das europäische Gleichgewicht I, 44. — Weltherrschaft a. d. Meere I, 44. — Suprematie zur See I, 18. — Friedensbedingungen nach dem „Spektator" II, 16. — Friedensziele II, 246 f. — Weltseeherrschaft u. Tauchboot I, 68; 250 u. II, 20 ff. — Freiheit der Meere II, 24 u. 46. — Niedergang II, 35. — Professor Headlam für den absoluten Sieg II, 283 ff. — Annäherung an die preußische Beamtenregierung II, 280. — Parlamentarismus II, 278/79. — Wahlrechtsreformen II, 184. — Erschütterung d. engl. Prestiges 1915/16. I, 249. — Verfassungsentwicklung, Parteien, Offizierkorps I, 244. — Allg. Wehrpflicht I, 145 ff. u. 185 ff. — Allgemeine Wehrpflicht angenommen I, 268. — Wehrpflicht u. Kolonien I, 248. — Das Baltikum III, 56 f. — Volksheer, Kolonialheer u. Flotte I, 247. — Irenkrisis seit 1914 I, 243 ff. — Die irische Revolution I, 266 ff. — Frauenstimmrecht I, 248. — „Diktatur" Lloyd Georges II, 353. — Friedensparteien I, 31 u. III, 198. — Kriegspartei hofft auf Amerika II, 286. — Aegypten I, 43. — Suezkanal I, 185. — Südafrika I, 67. — Ein deutsches Belgien II, 299. — Türkei II, 46. — Dardanellenfrage I, 102 f. — Gegensatz zu Rußland I, 84. — Die Tochterländer I, 249 f. — Verhältnis zu Amerika II, 67. — Amerika III, 133. — Tiefer Gegensatz z. d. Vereinigten Staaten II, 322. — Rivalität z. Amerika III, 197. — Tauchbootkrieg u. amerikanische Handelsflotte III, 151. — Indien I, 43 u. 64. — Die indischen Truppen I, 185. — Japan I, 103 f. — Lebensmittelpreise, Kohlenausfuhr u. Tauchbootkrieg II, 245. — Hohe Staatseinkommensteuer u. a. II, 286. — Wiederbelebung d. Landwirtschaft II, 20 ff.

Engländertum, Genesis II, 160.

Englische Kriegspartei, Ziele II, 263.
Englisches Weltreich I, 61. — Südafrika I, 67.
Englische Weltseeherrschaft I, 64.
Entente. Aushungerungsplan I, 171 f. — Ratlosigkeit nach Niederwerfung Serbiens I, 170 f. — Das Schicksal Serbiens I, 168 f. — Deutsches Friedensangebot II, 100 f. — Wilsons Friedensvermittlungsangebot I, 263 ff. — Friedensbedingungen Dez. 16 II, 109 ff. — Einheitl. Front I, 255 f. — Einheitlicher Oberbefehl III, 35 ff. — Fall Grimm-Hoffmann II, 250. — Gegenseitige Vorwürfe I, 217. — Ubootkrieg u. russ. Revolution II, 369. — Belgien u. Kriegswille II, 341.
Ermattungsstrategie 1914. I, 74 ff. — 1914/15. I, 80 ff. 1916. II, 17.
Ernährungsfrage. Bei Kriegsbeginn I, 41 ff. — 1914. I, 58. — Engl. Blockade I, 80.
Erzberger, M., II, 289.
Erzerum von den Russen genommen (Febr. 16) I, 218.
Esher, Lord, üb. Kriegsfreudigkeit d. engl. Volkes I, 247.
Estland, selbständ. Republik? III, 111.
Ethik u. Politik II, 152.
Eugen, Prinz, I, 19. — Marlborough III, 37.
Europäisches Gleichgewicht I, 84 f. — Karl V., Ludwig XIV., Napoleon I. I, 32. — Status quo I, 242.
Everth, Fr. Soldat im Felde I, 150.
Expropriierung. Stimmen dafür in Deutschland I, 137.

Falkenhayn, v., General. Verdienst um den Durchbruch a. Dunajec I, 112. — Verdun I, 224. — Sieger b. Hermannstadt 1916. II, 45. — Offensive geg. Walachei 1916. II, 93.
Falklands-Insel. Vernichtung d. deutschen Kreuzergeschwaders I, 72.
Fendrich, soz. Schriftsteller II, 9 u. 351.
„Fetzen Papier", Bethmanns Ausspruch II, 272 f.
Finnland. Bolschewismus III, 55. — Als selbständ. Kleinstaat III, 56. — Selbständigkeit unter deutscher Führung III, 110. — Grenzforderungen III, 107.
Fischer, englischer Unterrichtsminister. Nichtparlamentarier II, 279.
Flamen. Majorität in Belgien III, 128 f. — und Wallonen III, 129. — Belgische Frage II, 259.
Flandern II, 242.
Flandernschlacht. 1915. I, 161 u. 182. — 1917. II, 201 ff. u. 242.
Flandrische Küste. Tauchbootkrieg II, 299. — Freiheit d. Meere III, 91.
Flotte. Risikoprinzip u. Handelsinteressen (Haller) II, 147.
Flottenpolitik s. u. Deutsches Reich.

Foch, franz. Generalissimus, u. Robertson III, 36. — Deutsches Waffenstillstandsgesuch III, 193.

Fochoffensive Juli 18. III, 205 ff.

Föderalismus u. Parlamentarismus II, 209.

France, Anatole. Krieg II, 331.

Frankreich. Revolution 1789. II, 168 f. u. 177. — Generalstände 1789. III, 1. — Abschneiden d. histor. Tradition III, 220. — Expansionspolitik seit 1795. III, 16 f. — Entwicklung v. Stände- z. Staatsbürgertum III, 1 f. — „Aktiv-" u. „Passivbürger" III, 1 f. — Seelenzahl 1802. II, 133. — Kolonialreich durch Bismarck II, 219. — Richtige Einschätzung vor d. Kriege I, 1. — Kriegsausbruch II, 53. — Kriegsanleihen I, 149. — Mißerfolg der Siegesanleihe (1915) I, 178. — Opposition gegen das Orientunternehmen 1915. I, 171. — Pazifismus I, 29. — Revancheidee I, 29. — „Temps" üb. Besiegung Deutschlands II, 249. — Fordert Elsaß-Lothr. II, 247. — Tauchbootkrieg u. Kohlen II, 245. — Leistung i. Weltkrieg II, 320 f. — „Diktatur" Clemenceau II, 353. — Friedensparteien III, 198.

Franz, E. Politik u. Moral II, 238/39.

Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger v. Oesterr.-Ung. Ermordung I, VII u. 19.

Franz Josef, Kaiser v. Oesterreich. Seine Regierung II, 91. — Tod II, 90 f.

Französ. Aufklärung in Rußland I, 9.

Französ. Emigranten. Ihr Einfluß auf Rußland I, 9.

Französ. Sprache i. Rußland I, 9.

Frauenwahlrecht im neuen Deutschland III, 224.

Freiberg, Schlacht 1762. II, 29.

Freie Vaterländische Vereinigung. Ihr Programm I, 96 f.

Freihandel als Friedensprogramm III, 137. — Schutzzoll I, 154 f.

Freiheit der Meere I, 69; II, 23 u. 146. — Die flandrische Küste III, 91.

Freiheitskrieg als Koalitionskrieg III, 34.

Fremdvölker in Rußland I, 37.

Fremdwörter u. nat. Gesinnung (Treitschke) I, 2.

French, engl. Generalissimus, durch Haig ersetzt I, 178.

Freycinet I, 170.

Freytag, Gustav, I, 2.

Freytag-Loringhoven, v. Weltkrieg II, 312 f.

Friedberg, Dr., nationallib. Abgeordneter. Kgr. Polen II, 86. — Als Vizepräs. d. preuß. Staatsminist. für d. gleiche Wahlrecht II, 350.

Friede, ewiger, u. Deutschland II, 48.

Friede u. Kriegsziel 1916. II, 96 ff. — Kein Friede ohne Besieg. Deutschlands (Temps) II, 249.

Friedensangebot, deutsches, Dez. 16. II, 94 ff. — Vierverband II, 100 ff. — Wilsons Vermittlung abgelehnt II, 107 ff. — Grund d. Ablehnung II, 368. — Wert II, 353. — Tauchbootkrieg III, 189.

Friedensangebote u. d. deutsche Volk III, 65. — Die Entente III, 64 f.

Friedensangebot, russisches. Russ. Republik an die Kriegführenden II, 246 f.

Friedensaussichten 1916. II, 16 ff.

Friedensbedingungen s. unter Deutschland, England usw. u. Kriegsziele.

Friedensfrage. England u. d. Eroberungsziele d. Bundesgenossen II, 287. — In England: Grey-„Nation" II, 61. — Belgien als Angelpunkt II, 309.

Friedensliga s. Völkerbund.

Friedensresolution d. Reichstags (1917) II, 290. — Chauvinistisch? II, 285. — Zweideutigkeit Michaelis' II, 295. — Die Parteien II, 296. — Volksstimmung, Universitäten II, 336 f. — Westl. Kriegszielforderungen III, 70 ff. — Oestl. Kriegszielforderungen III, 66 ff. — Positive Forderungen III, 71 f. — Kriegsentschädigung III, 71. — Nationale Zukunft II, 337 f. — Einwände dagegen II, 339 f. — Entente III, 64 f. — Rücknahme? III, 64. — Regierung u. Volk III, 142 f.

Friedensschlüsse. Wiener Kongreß 1815. II, 58. — Nikolsburg 1866. II, 58. — Versailles 1870. II, 58.

Friedenswille und Kriegswille hüben und drüben II, 340 f.

Friedensziele. 1914. I, 59. — Deutscher Friede II, 224 ff. — Versöhnungsfriede II, 218 ff. Machtfriede II, 221 ff.

Friedländer, O., Volkswille II, 204, Anm.

Friedrich II, deutscher Kaiser, II, 158.

Friedrich d. Gr. Ueber seine Strategie I, 74 ff. — Als strateg. Stümper II, 12. — Geschichte d. Siebenj. Krieges I, 74 ff. — Feldherr u. Politiker II, 95. — Leidenschaft u. Vernunft i. Kriege II, 107. — Hindenburg II, 315.

Friedrich Karl, Prinz v. Hessen, Finnland III, 173 f.

Friedrich Wilhelm III., König v. Pr. Tauroggen I, 140. — Wiener Kongreß III, 146.

Fuller, P., amerikanisch. Rechtsanwalt. Was Amerikaner glauben I, 93 f.

Gagern, H., v., Zerlegung Preußens III, 223.

Galizien. 1914. I, 56 f. u. 77. — Neue Offensive 1915 v. d. Times angekündigt I, 82. — Polen II, 234.

Gallipoli I, 183 ff.

Galster, Vizeadmiral, Unterseeboote II, 147. — Tauchbootkrieg II, 299.

Gebsattel, Frhr., v., Burgfrieden III, 157.

Geddes, erster Lord d. Admiralität. Nichtparlamentarier II, 279.

Gefolgschaftstreue und Offizierkorps II, 212. — Mannschaft II, 213.

Gent, fläm. Universität III, 129.

Georg V., König v. England, Telegramm an Wilson III, 81.

Gerard, ehem. amerikanisch. Botschafter in Berlin. Erinnerungen III, 138 u. 148.

Germanentum und Christentum II, 159. — Slawentum II, 99.

Germanisierungspolitik und die Neutralen I, 4.

Gervinus über Bismarcks Werk III, 224.

Gewerkvereine, prakt. Leistungen II, 317.

Giesbert, Dr., Bolschewismus II, 370, Anm.

Girondisten II, 175.

Gladstone, engl. Staatsmann, üb. d. belg. Neutralität II, 272.

Gleichgewicht zu Lande u. zur See I, 137. — Zur See I, 69/70.

Gneisenau in der Schlacht bei Laon I, 82. — Blücher I, 183.

„Gneisenau", deutscher Kreuzer, I, 72 f.

Goremykin, russ. Premierminist., I, 147.

Görz, Einnahme durch die Italiener II, 30.

Goschen, engl. Botschafter in Berlin 1914. II, 11 u. 270.

Gotik u. Mystik II, 157 f. Charakterisierung d. Hegel II, 157. — Charakterisierung d. Troeltsch II, 156 f. — Gegensatz z. Renaissance II, 160.

Graefe, v., konserv. Reichstagsabgeordn. II, 13.

Granson, Sieg der Schweizer über Karl d. K. II, 4.

Grelling, Kurt, Verfasser von „Anti-J'accuse" II, 10.

Grey, Ed., engl. Außenminist. Ueber Kongo, Belgien und Deutschland 1909. I, 70 f. — Kriegsausbruch I, 30; II, 11 u. III, 74 f. — Ueber d. engl. Kriegserkl. I, 31. — Schuld am Kriege I, 91. — Wünscht nicht die Vernichtung Deutschlands I, 142. — Eigentliche Schuld am Kriege III, 76. — Nicht Kriegsanstifter II, 62. — Ueber die Erhaltung des Friedens II, 269. — Wilsons Friedensvermittlungsangebot I, 263. — Verständigungsfriede II, 288. — Ueber d. Freiheit d. Meere II, 36. — Ueber Weltschiedsgericht (Okt. 16) II, 60.

Griechenland. Neutralitätserklärung I, 22. — Neutralität I, 168. — Angriff auf Konstantinopel I, 103. — Die Entente II, 44. — Absetzung König Constantins II, 244.

Grimm, schweizer Nationalrat II, 249.

Grimm-Hoffmann u. d. Entente II, 263.

Gröber, Zentrumsabgeordn., u. Hertling III, 176.

Großer Generalstab, Einmarsch in Belgien II, 270.
Grote, engl. Historiker, Demokratisierung III, 227.
Gustav Adolf, König v. Schweden, Strategie I, 76.

Habsburgische Dynastie u. Staat II, 90.
Haig, engl. Oberstkommandierender u. Lloyd George II, 354. — Versailler Kriegsrat III, 36. — Bericht über d. Feldzug 1917. III, 64.
Hakatismus u. das neue Polen III, 160.
Hakatistische Politik u. d. Anschluß der Ostvölker III, 111/12.
Haller, Joh., Professor, über Bismarcks Friedensschlüsse II, 57 f. — Russ. Gefahr II, 149. — Angriffskrieg geg. Frankreich II, 148. — Deutschland u. Rußland 1905. II, 148. — Deutsch-engl. Bündnis II, 147. — Risikogedanke beim Flottenbau II, 147. — Deutsche Flottenpolitik II, 147. — Einkreisungspolitik II, 146. — Ueber die Politik d. Fürsten Bülow II, 146 ff. — Marokkopolitik II, 147. — Bagdadbahn II, 147.
Hamann, O. Bismarck u. engl. Bündnis II, 150.
Hamilton, Jan, engl. General, I, 247.
Hampe, Prof., Belgien I, 136.
Hänisch, soz. Schriftsteller, II, 9 u. 351. — Ueber Republikanismus u. Sozialdemokratie II, 214.
Hannibal bei Cannä I, 55.
Hardenberg, Staatskanzler. Volksvertretung II, 180. — Wiener Kongreß III, 146.
Harnack, A., v., Universität Dorpat III, 113 u. 143.
Hartmann, Kardinal. Wahlrechtsgegner III, 165.
Hauptmann, Gerh. II, 220, Anm.
Haußmann, Reichstagsabgeordn. Deutschland und Weltgewissen II, 332.
Headlam, ehem. Prof. d. Gesch. a. d. Universität Cambridge, über die letzten Kriegsgründe II, 282 ff.
Heemskerk, ehem. holländ. Ministerpräs. Unabhäng. Belgien III, 23.
Hegel II, 253. — Ueber Gotik II, 156 f. — Marx II, 316.
Heidelberger Professorerklärung f. Verständigung II, 337.
Heilige Allianz (1815). Auf Anregung d. russ. Zaren II, 76.
Heilmann, soz. Schriftsteller, II, 351. — Parlaments- u. Beamtenregierung II, 349.
Heine, soz. Schriftsteller, II, 351.
Helfferich, K., Staatssekretär. Zur Entstehung d. Weltkrieges I, 45 f. — Schrift üb. Kriegsausbruch I, 92. — Bleibt unter Michaelis II, 275.
Helgoland. Durch Caprivi erworben II, 268.
Hellwig, Amtsrichter. Belgischer Franktireurkrieg III, 213.
Henderson, engl. Sozialistenführer. Friede III, 198.
Hergt, preuß. Finanzminister, II, 275.

Hermannstadt, Sieg bei (1916) II, 45.
Herrenhaus. Als erweiterter Staatsrat III, 7 u. 166 f. — Berufsvertretung III, 5 f.
Hertling, Graf, Reichskanzler. Nachfolger von Michaelis II, 346 ff. — Friedensaktion III, 40. — Gleiches Wahlrecht II, 350. — Ueber Krieg u. Diplomatie II, 354. — Schweigen üb. Belgien III, 170. — Elsaß-Lothr. III, 171. — Rede im Hauptausschuß (Sept. 18) III, 169. — Entlassung III, 182. — Seine Kanzlerschaft III, 183.
Heydebrand, v., konservativer Führer. Resolution z. Proklamation des Kgrs. Polen II, 86. — Lehnt preuß. Wahlreform ab I, 189. — Tauchbootkrieg I, 215 f.
Hindenburg, v., Generalfeldmarschall, übernimmt den Oberbefehl im Osten 1914. I, 54. — Ermattungsstrategie (1914/15)? I, 81. — Kämpfe um Warschau (Herbst 14) I, 87. — Exzentr. Rückzug 1915 (Njemen-Bobrlinie) I, 99 f. — Ueber England u. Rußland II, 36. — Erklärung zum Tauchbootkrieg II, 163. — „Unabh. Ausschuß" II, 223. — Erneuerer d. Strategie Friedrichs d. Gr. II, 315. — Friedrich d. Gr. I, 77. — Stellt sich in d. Dienst d. revolutionären Republik III, 216.
Hindenburgrückzug 1914 i. Osten I, 77 f. — Rückzug i. Westen (Frühjahr 17) II, 166 f.
Hintze, Staatssekr. d. Auswärt. Alldeutsche Neigungen III, 130. — Seine Aufgabe III, 130 f. — Rede im Hauptausschuß III, 169 f. — Polen III, 175.
Hintze, O., Professor. Europ. Gleichgewicht I, 85. — Engl. Weltherrschaftspläne I, 84 f. — Kriegsziele I, 137. — Hohenzollernbuch I, 160.
Hobohm, M., Privatdozent. Vaterlandspolitik III, 43. — Chauvinismus III, 195. — Kolonien III, 196.
Hochkirch, Schlacht, I, 112.
Hoffmann, General. Brest-Litowsk III, 14.
Hoffmann, Direktor d. auswärt. Angelegenheiten i. Bern II, 249 f.
Hohenfriedberg, Schlacht, I, 112.
Hohenzollern. 500jähr. Jubiläum I, 159 f.
Holland. Deutsches Belgien III, 42. — Unabhängigkeit Belgiens III, 23 f.
Homerulefrage s. England.
Hoetzsch, Professor. Militärkonvention mit Belgien II, 117. — Ueber Rußland II, 65 ff.
Hubertusburg, Friede 1763. I, 74.
Hughes, amer. Präsidentschaftskandidat I, 253.
Humbert, franz. Senator, s. Enthüllungen I, 24. — Grund f. Verdunangriff I, 221.

Imperialismus, engl. u. russ. I, 3.
Indien u. das engl. Weltreich I, 64 ff. — Forderungen an

England I, 249. — siehe auch unter England.
Indische Truppen I, 185.
Infanterietaktik. Entwicklung seit den Schweizern I, 48 f.
Irland. Selbstregierung und Kriegsausbruch III, 75. — Allg. Wehrpflicht I, 248. — Unruhen 1916. I, 251. — Revolution I, 266 ff.
Isonzoschlacht II, 240 u. 242. — Elfte II, 354. — Zwölfte (österr. Offensive) II, 355 ff.
Italien. Neutralität I, 27 u. 28. — Angriff auf Konstantinopel I, 103. — Eingriff i. d. Krieg I, 116. — Grund zum Kriegsentschluß I, 124. — Griechenland II, 244. — Wollte den Krieg II, 271. — Mangel an schwerer Artillerie. I, 165. — Geringe Leistungen I, 193 ff. — Strategie der Italiener (1915) I, 122 ff. — Fordert Hauptaktion in Italien u. Adria I, 256. — Tauchbootkrieg u. Kohlen II, 245. — Wahlrecht II, 184. — Zerschlagung Oesterreichs II, 199.
Iwangorod. 1915 geräumt I, 127.

J'accuse üb. Bethmanns Kriegsabsichten II, 10.
Jagow, Staatssekr. Aeußerung zur Kriegsgefahr III, 78.
Japan. Die polit. Richtungen II, 66. — Suzeränität über China I, 103 f. — England u. Amerika II, 66. — Rußland II, 66. — Stellung in Ostasien II, 251. — Forderung d. freien Auswanderung I, 249. — Amerika II, 144. — Zerschmetterung Deutschlands III, 200.
Japikse, holländ. Historiker, üb. unabh. Belgien III, 23.
Jaurès, Jean, franz. Sozialist.-Führer. Ermordung ungesühnt II, 365.
Jellicoe, engl. Admiral II, 2/3 u. 163.
Jena u. Auerstädt, Schlacht I, 114.
Jingos in England III, 76.
Jingotum in Amerika u. England III, 195.
Joffre, franz. Generalissimus. Marneschlacht 1914. I, 51. — Tagesbefehl v. 17. Dez. 14 I, 79 u. 81. — Offensive bei Reims—Arras 1915. I, 161. — Durch Castelnau ersetzt I, 178. — Ueber Durchbruchsversuche II, 201.
Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg. Vaterlandspartei II, 303.
Joseph II, deutscher Kaiser I, 6.

Kabinettspolitik II, 152 u. 176.
Kahl, Prof., Vorsitzender der „Freien Vaterl. Vereinigung" I, 140.
Kaisertum u. Oberster „Kriegsherr" II, 211.
Kant. Ewiger Friede II, 142.
Kapp, Generallandschaftsdirektor III, 17.
Karl V. Das europäische Gleichgewicht I, 32.
Karl I., Kaiser v. Oesterreich. Brief a. d. Prinzen Sixtus v. Bourbon III, 81 ff.

Karpathen. Erfolgreiche Kämpfe Anfang 1915 geg. d. Russen I, 88. — Stillstand d. deutsch-österr. Offensive (März 15) I, 100.
Katharina II., Kaiserin v. Rußland, als Anhängerin des Russentums I, 8.
Kerenski, Führer d. Trudowiki, II, 173. — Diktatorische Stellung II, 370
Kienitz, v. Herrenhaus III, 7.
Kiliani, R., Generalkonsul. Deutsch-engl. Wirtschaftsgegensatz I, 150 ff. — Engl. Handelsneid und Kriegsgrund II, 326, Anm.
Kitchener, engl. Kriegsminister. Dardanellenexpedition I, 101, Anm. — Plötzliche Abreise z. Balkan (Nov. 15) I, 169. — Seine Todesfahrt n. Rußland II, 15 u. 28. — Entscheidung a. d. Westfront II, 163.
Kleon, atheniſcher Demagog. Ranke über ihn I, 30. — Aristophanes über ihn II, 8. — Niedergang Athens III, 214.
Kluck, v., Generaloberst. Marnerückzug I, 52.
Koalitionskriege. Nachteile I, 181 f.
Kolonialreich, deutsches, i. Afrika II, 225 ff.
Kolonien, deutsche. Rückgabe II, 260.
Köller, v., preuß. Minist., I, 226.
Kommandogewalt, kaiserl., und Reichstag II, 211. — Konservative u. Liberale I, 231 f.
Kommunismus s. u. Agrar-.
Kommunistisches Manifest 1847. II, 316.
Kongogreuel I, 70 f.
Konservative u. Soz. II, 9. — Monarchie II, 12. — Verfassungsänderungen II, 206/7. — Verfassungsreformen im Reich II, 216 f. — Kommandogewalt I, 231 f. — Berufswahlrecht III, 164 f. — Friedensresolution II, 255 ff. — Zurückweichen bei d. Friedensresolution II, 265/66. — Alldeutsche Hetze II, 218 f.
Konservative Partei. Als konservative Volkspartei I, 189 ff. u. II, 352. — Preuß. Wahlreform I, 189. — Nat. Machtgedanke II, 351.
Konstantin, König v. Griechenland, II, 44/45. — Abgesetzt. II, 244.
Konstantinopel I, 17 u. 181. — England u. Rußland I, 103. — Milit. u. polit. Bedeutung I, 101 f. — Folgen einer Einnahme (1916) II, 41.
Konstitutionalismus im Gegensatz zum Parlamentarismus II, 206/7.
Konstitutionalismus, deutscher. Vorzüge und Mängel III, 182 ff.
Kontrebande. Engl. Auffassung I, 203 f.
Konzentrationslager, engl. I, 67.
Kotschubey, Fürst, über d. engl.-russ. Gegensatz I, 84.
Kowno fällt August 1915. I, 127.
Krakau. Vordringen der Russen 1914. I, 82.
Krapotkin, Fürst, II, 174.

Krasnick, 1915 Verbündete aufgehalten I, 126.
Krasnostaw s. Krasnik.
Krause, v., Staatssekr. d. Reichsjustizamts II, 275.
Krause, A., Professor. Indien I, 65 f.
Krieg. Als Kulturfaktor II, 228 f. u. 329. — Franzosen üb. Wert d. Krieges II, 329 f. — Vergleich mit religiösem Martyrium II, 331 f. — Zensur II, 7.
Kriegsanleihe, deutsche, erste bis dritte I, 149. — Vierte I, 225.
Kriegsausbruch, die belg. Gesandtschaftsb. darüber III, 76.
Kriegsentschädigung II, 366 u. III, 71.
Kriegsflotte, deutsche, u. England III, 91.
Kriegsfreiwillige I, 36.
Kriegsgeschichte. Friedrich d. Gr. u. Hindenburg II, 315. — Rückläufige Bewegungen II, 314. — Zahlen II, 312.
Kriegsgrund. Serbien als Vasall Rußlands I, 91 — s. auch u. Weltkrieg.
„Kriegsherr" u. Kaisertum II, 211.
Kriegsursprung s. u. Weltkrieg.
Kriegs- und Wirtschaftsrat in Paris I, 225 f.
Kriegszieladressen. Prof. Seeberg u. Schäfer I, 156 f.
Kriegsziele. 1914. I, 59/60. — Deutsches K., i. Osten z. suchen II, 97 f. — Deutsches K. im Osten u. Kolonialreich II, 217 u. 259 ff. — Adresse an den Reichskanzler (1915) II, 257 ff. — Adresse der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler I, 143 f. — Gegenadresse I, 144. — Des alld. Verbandes II, 188 ff. — Forderungen der Entente Dez. 1916 II, 109 ff. — Der Entente II, 217. — Das englische Kr. I, 33 u. 142. — England 1915. I, 177.
Krimkrieg. Rußlands Haß geg. Oesterreich I, 11.
Kröcher, v., III, 2.
Ktesiphon. Engländer geschlagen 1915. I, 181 u. 184.
Kühlmann, v., Staatssekr. d. Auswärtigen. Berufung II, 281/82. — Rede üb. die Lage (Juni 18) III, 118 f. — Ueb. d. Ursprung d. Krieges III, 119. — Auffassung üb. Belgien III, 120 f. — Völkerbund II, 308. — Pazifist. Bewegung II, 317. — Elsaß-Lothringen II, 342. — Als Staatsmann III, 122.
Kühn, J., Dr. II, 329. — Völkerverhetzung III, 195. — Kriegsziele d. französ. Bourgeoisie III, 196.
Kulturkampf II, 88.
Kunersdorf, Schlacht 1759. II, 29.
Kurland. Als autonomer Staat II, 260. — Abtrennung von Rußland 1916. II, 98.
Kuropatkin, russ. General. I, 171. — Ueber Angriffsweise der Russen u. „Westler" II, 38. — Rußlands Weltherrschaft II, 228. — Eroberungsdrang d. Zarismus II, 317.

Kut el Amara. Kapitulation d. Engländer 1916. I, 251.
Kwilecki, Graf. Polen u. Deutsche geg. Rußland I, 133 f.

Laband, Paul, Prof. Abgeordnetenhaus u. auswärt. Politik I, 228.
Landsberg, soz. Abgeordn. Belgien als Faustpfand III, 142.
Lansdowne, Lord. Ausgleich mit Deutschland III, 81. — Verständigungsfriede II, 288. — Brief II, 367. — Gegen Rachekrieg III, 152.
Laon, Schlacht, 1814. I, 82. — 1915. I, 81.
Larsen, Karl. Krieg als Kulturfaktor II, 329.
Lechfeld, Schlacht 955. Deutsches Gemeinbewußtsein II, 158.
Legien, C. Arbeiterschaft im neuen Deutschland I, 140 f.
Lehmann, Max, Prof. Deutsche u. Polen II, 99 f.
Leipzig, Schlacht 1813. Vergl. mit d. Offensive d. Verbündeten 1915 in Polen I, 121 f.
Lenin, Bolschewistenführer, II, 370.
Lensch, P., Dr., soz. Schriftsteller. II, 9, 248 u. 351. — Ueber Arbeiterschaft u. Staat II, 181. — Ueber Parteikämpfe I, 248. — England u. Staatssozialismus II, 348.
Letten. Gegen Anschluß an Deutschland II, 436.
Lettland als selbst. Republik III, 111.
Leuthen, Schlacht bei, 1757. II, 29.
Leuthert, österr. Sozialdemokr. Zum poln. Problem III, 114.
Leutwein, Paul. Zusammenschluß d. Kontinents geg. England II, 221/22.
levée en masse II, 173.
Liautey, franz. Kriegsminister, II, 177.
Liberalismus. Republikanische Ideen II, 214.
Lichnowsky, Fürst. Denkschrift üb. Kriegsausbruch III, 78 ff.
Lindenau, Dr. Ueber Verwaltungsreformen II, 210.
Lisko, Staatssekr. im Reichsjustizamt II, 276.
List im modernen Krieg II, 141.
Litauen. Von Rußland abzutrennen (1916) II, 98. — Selbständiger Staat III, 31. — Personalunion mit Sachsen III, 112.
Litzmann, General. Winterschlacht i. Masuren 1915. I, 88 f.
Livland. Als autonomer Staat II, 260. — Grenzprobleme III, 107. — Bolschewismus III, 55.
Lloyd George, engl. Minister. II, 30/31. — Für Vernichtungskampf (1916) II, 37 u. 60. — Deutsche Kolonien II, 265. — Elsaß-Lothringen II, 265. — Die deutsche Friedensresolution 1917. II, 265 f. — Beseitigt Asquith II, 100 u. 287. — Napoleon I. und Wilhelm II. II, 131 ff. — Fürchtet Verständigung II, 288. — Erwähnt d. Friedensresolution nicht II, 295. — Plötzliche Mäßigung III, 15 f.

— Die „Vereinheitlichung" d. Oberbefehls III, 35 ff. — Für die Entschädigung im Orient III, 37. — Oberst Repington III, 38.

Loebell, v., preuß. Minister d. Innern. Wahlreform I, 191 u. II, 275.

Londoner Deklaration 1909. I, 204.

Longwy. August 1914. I, 50.

Longwy u. Briey, Erzlager. Wirtschaftl. Gründe für Erwerbung III, 70 f.

Lorettoschlacht. (Mai/Juni 15.) Ziel I, 118. — Vergleich mit d. Dunajecschlacht I, 118/19.

Ludwaldt, Fr., Professor. Zur Vorgeschichte d. Krieges I, 45.

Ludendorff. 1914 Stabchef Hindenburgs I, 54 u. 88. — Monarchie u. Demokratie III, 202. — Bethmann u. Valentini III, 202. — Als Stratege u. Politiker III, 201 ff. — Hochoffensive III, 206. — Verabschiedung III, 201.

Lüdinghausen, Polizeipräsident. Rücks. Ubootkrieg III, 187 f.

Ludwig XIV., König v. Frankreich. Europäisches Gleichgewicht I, 32.

Ludwig XVI. — II, 177.

Luneville, Friede II, 125.

Lusitania, Versenkung I, 205.

Luther u. Augustin II, 315.

Lüttich. General Maitrot darüb. I, 40.

Lwow, russ. Fürst, II, 171 u. 195/96.

Macht und Recht III, 179.

Mackenna und Verständigungsfriede II, 288.

Mackensen, v., Generaloberst. Durchbruch a. Dunajec 1915. I, 112. — Oberbefehlshaber geg. Serbien 1915. I, 164 f. — Führer im rumän. Feldzug II, 43 u. 93.

Maitrot, franz. General. Sein Buch: „Nos frontières de l'Est et du Nord" I, 33. — Ueber Lüttich, Lille, Maubeuge, Reims I, 40 f. — Durchmarsch durch Belgien I, 49.

Majorität u. Volkswille II, 205.

Malagodi. Ueber d. deutsche Gefahr II, 224.

Manchester Guardian u. Verständigungsfriede II, 288.

Marathon, Austerlitz u. Belle-Alliance als Defensivschlachten II, 242.

Marcks, E., Professor. Machtpolitik Englands I, 136. — Otto v. Bismarck I, 233 ff.

Marine, deutsche. Meuterei in Wilhelmshaven (1917) III, 210. — Revolution 1918. III, 210.

Marneschlacht 1914. I, 51 ff. u. 73.

Marokko u. Frankreich II, 147.

Marx, Karl. Kein Denker II, 316.

Massenbach, v., Oberst. Anschluß an Frankreich geg. England (1806) II, 305.

Massow, W., v. Ueber d. poln. Problem II, 272.

Masuren. Schlacht 1914. I, 54/56. — Winterschlacht 1915

I, 88 f. — Verfolgung bis vor Grodno I, 99.
Maubeuge. Kapitulation 1914. I, 51.
Max, Prinz v. Baden. Rede z. Zentenarfeier d. bad. Verfassung III, 154. — Rede v. 14. Dez. 17. II, 364. — Nach Kühlmanns Abgang III, 208. — Tauchbootkrieg u. amerik. Vermittlung III, 192. — Ludendorffs Waffenstillstandsforderung III, 208. — Reichskanzler III, 182. — Deutschlands Aufgaben III, 40.
Mazedonien II, 240 u. 242. — Zusammenbruch d. bulgar. Front 1918. III, 178.
Mehring, Franz, Sozialdemokr. II, 212.
Meinecke, Fr., Prof. Gegen öde Weltherrschaft I, 137. — Die Kriegsziel-Adresse an den Kanzler 1915. I, 143 f. — Ueber Junker und Korpsstudenten II, 210.
Mesopotamien. Engländer bei Ktesiphon geschlagen (1915) I, 181 u. 184. — Kapitulation der Engländer b. Kut el Amara (1915) I, 251. — Engl. Erfolge (Bagdad genommen) II, 163. — Status quo II, 260.
Metschersti, Fürst, I, 17.
Mette, S., Dr. Bolschewismus II, 370, Anm. — Sicherungsfriede III, 16.
Metz, Schlacht 1914. I, 50.
Mexiko u. Wilson II, 143. — Instruktion an den deutschen Gesandten II, 186. — Deutsches Bündnisangebot II, 271.
Meyer, Ed., Professor. Ueber Kriegsziele II, 5. — Ueber Bethmann u. d. engl. Botschafter Goschen II, 11. — Anklagen geg. Bethmann II, 253.
Meyer, A., O., Professor. Ueb. Englands Schuld I, 45.
Michaelis, Reichskanzler. Fortsetzer Bethmannscher Politik II, 267. — Die preuß. Wahlreform II, 267. — Eintreten f. Bethmann II, 268. — Friedensresolution II, 254 ff. u. 290 ff. — Reichstagsresolution (wie ich sie auffasse) III, 22. — Schweigt zu Asquiths Anfrage wegen Belgiens II, 291. — Der Siebenerausschuß II, 292 f. — Innere Krisis II, 335. — Alldeutsche II, 338. — Brief an f. Korpsbrüder III, 130. — Seine Kanzlerschaft III, 183.
Milan, König von Serbien, austrophil I, 26.
Milhaud, A. Stockholmerfriede = Hohenzollernfriede II, 248 u. 249.
Militärische Gewalt u. bürgerliche in Deutschland III, 185 u. 187.
Militarismus. In den einzelnen Kulturstaaten I, 136 ff. — In Deutschland II, 47. — Einfluß auf England II, 287.
Miljukow, russ. Minister des Auswärt. II, 169 u. 197.
Milner, Chef d. engl. Spezialkommission i. Petersburg, II, 169.
Minnesang II, 159.
Minorität u. Volkswille II, 205.

Miquel, preuß. Finanzminister, II, 279.
„Mir", bäuerl. Kommunismus i. Rußland II, 230.
Mitau, als deutsche Stadt I, 143.
Mittelalter und Nibelungenlied II, 158.
Mitrofanoff, v., Professor, I, 6.
Mobilmachung 1914 und sozialdemokratische Organisation I, 39.
Möllendorf, preuß. Feldmarschall. Friede v. Basel 1795. II, 198.
Moltke, H. v., d. Ä. Prinz Frdr. Karl, v. Falkenstein, Alvensleben, Blumenthal III, 34. — Vorteil d. Defensive II, 314. — Wahlrecht II, 179.
Moltke, H. v., d. J., Generalstabchef. Sein strateg. Plan 1914. I, 53.
Mommsen, Historiker. Römische Geschichte II, 222.
Monarchie. In den einzelnen Staaten Europas I, 159. — In Deutschland u. Volksvertretung II, 277 f.
Monroedoktrin I, 18.
Montenegro. König Nikita bittet um Frieden I, 194. — Friedensbitte u. Entente I, 194.
Moral u. Politik II, 152.
Moreau, französ. Feldherr, II, 313.
Morel, engl. Schriftsteller. Weg. Deutschfreundlichkeit zu Gefängnis verurteilt III, 74.
Moskowien. Seine natürlichen Kräfte III, 47. — Selbständ. Baltikum III, 56.
Moskowitertum. Sein Eroberungstrieb I, 6.
Mülhausen, Kämpfe bei, August 1914. I, 49/50.
Müller, Dr., Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt II, 275.
Müller-Meiningen. Belgien III, 140.
Murten, Sieg der Schweizer üb. Karl d. K. II, 4.
Muschik II, 172.
Mystik u. Scholastik im Mittelalter II, 157.

Napoleon I. Verfolgung b. Jena u. Auerstädt I, 114. — 1807 geg. Preußen I, 59. — Rußland nach 1802. II, 129 f. — Engl. Ultimatum (Malta 1803) II, 129. — Feldzug n. Rußland I, 128. — Im Herbst 1813. I, 121. — Schlacht bei Laon 1814. I, 82. — Ueber Führung, Disziplin und Zahl im Kriege II, 313 u. III, 205. — Ueber mittelmäßige und gute Generale III, 88. — Politiker u. Feldherr II, 95. — Das europäische Gleichgewicht I, 32. — Als Politiker d. Mäßigung II, 8. — Seine Friedenspolitik I, 124 u. 125. — Seine Machtpolitik II, 221. — Ueber „la nature des choses" i. d. Geschichte II, 58. — Kolonialpolitik u. England II, 125/26. — Kolonial- u. Kontinentalpolitik II, 227 f. — Legende II, 124. — Vergleich mit Wilhelm II. I, 123 ff.
„Nation", engl. Zeitschrift. Ueb. Verdun I, 221 f. — Zur Friedensfrage (Grey) II, 61.

Nationale Einheit. Ihr Wesen I, 21.
Nationaler Gedanke. Treitschke über seine Enge I, 2.
Nationalliberale und Sozi II, 9. — Sturz Bethmanns II, 267. — Friedensresolution II, 255 ff.
Nationalitäten, die kleinen I, 3/4.
Natorp, Paul, Professor. Ueber Pazifismus II, 48.
Naumann, Friedrich. Frankreich I, 63. — Ueber Polen II, 64. — Für den wahren deutschen Geist II, 365 f.
Neuorientierung II, 203 ff.
Neutrale und Germanisierungspolitik I, 4. — Schädigung durch Ubootkrieg I, 90. — Engl. Blockade I, 203 f. — Absage an Wilson II, 114.
Neuwe-Chapelle. Engl. Offensive gescheitert (März 1915) I, 100.
„New York-Tribune", amerikan. Ztg. Deutschenhaß II, 219.
Nibelungenlied als Ausdruck d. spez. deutschen Mittelalters II, 185.
Nikita, König v. Montenegro, I, 194.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst, Oberbefehlshaber der Russen 1914/15. I, 55. — Strateg. Gegenzug 1915. I, 126. — Polenproklamation II, 233. — Bedeutung f. Abberufung I, 146 ff. — Die Revolution II, 171.
Nikolaus II., Zar. Friedensbestrebungen II, 174. — Mobilmachung II, 318. — Sturz d. d. Revolution II, 169 ff.
Nikolsburg. Friede II, 218 f.
Njemen Vorlinie 1915. Exzentr. Rückzug Hindenburgs I, 99 ff.
Northcliffe, Lord, fordert Beseitigung Balfours u. Cecils II, 287.
Noske, soz. Abgeord. Seine Enthüllung III, 122.
Nowo-Georgiewsk fällt (19. August 15) I, 127.

Oberste Heeresleitung u. Politik III, 10 f. — Verwahrung gegen Wilsons Vermittlung III, 187, Anm. — Kühlmann III, 122 f. — Zahlen amerik. Truppentransporte III, 206. — Forderung des Waffenstillstandes III, 208.
Obrigkeitsstaat u. Volksstaat II, 205 f. u. III, 184.
Offizierkorps, preuß., u. Demokratisierung II, 278. — Mannschaft und Revolution 1918. III, 210. — s. auch unter Preußen.
Oncken, H., Professor. Ursprung d. Krieges I, 138 f. u. II, 34. — Die Adresse an d. Kanzler (1915) I, 143. — Ueber Ed. Greys Politik III, 78.
Osterbotschaft des Kaisers als Schlußstein des Edikts vom 9. Okt. 1807. II, 277.
Österreich-Ungarn. Erhaltung deutsches Lebensbedürfnis I, 25. — Verhältnis zu Serbien 1914. I, 61. — Nationalitätenfrage bei Kriegsausbruch I, 40. — Großserbien I, 20. — Als Nationalitätenstaat I, 20. — Großmachtstellung u. d. Meer I, 20. — Ultimatum

an Serbien I, 22. — Notwendigkeit d. Ultimatums an Serbien II, 54. — Kriegserklärung an Serbien I, VII; 27. — Feldzugsplan 1914. I, 56. — Großserb. Agitation II, 52. — Das polnische Problem I, 132. — Polnische Krone an Habsburg III, 113. — Polenpolitik II, 233. — Generalstreik III, 17. — Trialismus und Deutschland III, 159. — Zusammenbruch 1918 III, 181. — Souveränität d. Nationalitäten III, 198 f.

Österreichische Offensive in Tirol (Mai 16) I, 270 f. — In Italien (Okt. 17) II, 355 ff.

Ostfront. Vergleich mit 1812. I, 128 f. — Hindenburgrückzug nach Schlesien 1914. I, 77 ff. — Erster und zweiter Vorstoß auf Warschau I, 77 u. 78 ff. — Stellung im Frühjahr 1915. I, 86/87. — Allg. strateg. Lage vor dem Durchbruch am Dunajec 1915. I, 108 f. — Strateg. Plan z. Verfolgung n. d. Dunajecschlacht I, 120 f. — Strateg. Lage in Polen nach Tarnow-Gorlice I, 120 f. — 1915. Hindenburg durchbricht die Narewlinie I, 126. — 1915. Russ. Armee zieht sich auf Linie Brest-Litowsk-Grodno zurück I, 127. — Ereignisse im September 15. I, 145.

Ostmarkenpolitik s. Polenpolitik.

Ostmarkenverein II, 236.

Ostseeprovinzen. Loslösung von Rußland (vgl. auch Baltikum) II, 230.

Otto IV., der Welfe, deutscher Kaiser II, 158.

Painlevé, franz. Kriegsminister II, 177.

Palästina II, 260. — Zusammenbruch d. türk. Syrienfront III, 178. — Damaskus v. d. Engländern genommen III, 181.

Palmerston, engl. Staatsmann. Ueber die belg. Neutralität II, 272.

Panslawismus I, 20.

Panslawisten in Rußland I, 23.

Papstnote. Friedensvermittlung II, 292. — Deutsche Antwort u. Friedensaussichten II, 295. — Beantwortung II, 308.

Paris, Friede von (1855) III, 80. — Deutscher Vormarsch 1914. I, 51.

Pariser Konvention 1856, Blokkade I, 203.

Parlamentarismus. Wesen II, 276 f. — Vorzüge und Nachteile II, 209. — Vorzug III, 182. — Ausschaltung d. Volkes III, 184 f. — In England II, 210. — Bei den Westmächten II, 278. — In Preußen u. Beamtentum u. Offizierkorps II, 280. — Konstitutionalismus I, 232.

Parlamentsregierungen und Beamtentum II, 349.

Parteien. Als frei Genossenschaften II, 206. — Nicht das Volk II, 205.

Parteiführer u. auswärtige Politik I, 259.

Parteikampf in Deutschland II, 268.

Parteiregierung und Volksstaat III, 184.
Passarowitz, Friede von (1718) I, 19.
Pazifismus, utopischer u. wissenschaftlicher II, 48. — Realpolitischer II, 46 ff. — Utopischer u. realpolitischer II, 316 f. — Ziehen darüber II, 142. — In Amerika II, 51 u. 52. — In Frankreich I, 29. — In Rußland II, 75. — Ehrlichkeit des deutschen Friedensangebots II, 102 f. — Rüstungen und Krieg II, 326. — Rüstungen und Volkswirtschaft II, 326. — Zusammenbruch d. Zarismus II, 317.
Pazifisten I, 18.
Peloponnesischer Krieg. Analogie z. Weltkrieg III, 214.
Perikles, athenesischer Staatsmann. Die Volksversammlung im Kriege II, 7.
Persien. Aufteilung durch Rußland und England I, 25. — Erfolge der Russen (1916) I, 225. — Status quo II, 260.
Persius, L. Reventlow III, 196.
Pétain, franz. General, u. Foch III, 36.
Peter d. Gr. Seine Reformen u. d. russ. Deutschenhaß I, 7 f.
Peter III., Kaiser v. Rußland, deutschfreundlich I, 8.
Petrarca II, 161.
Philipp v. Staufen, deutscher König II, 158.
Pichon, französ. Minister. Die deutsche Gefahr II, 223.
Pitirim, Berater Nikolaus' II. II, 170.
Plechanow II, 174.
Pluralwahlrecht in Preußen II, 184.
Poincaré, Präsident v. Frankr. III, 82. — Kriegsausbruch u. Revancheidee I, 29.
Polen. Geschichte III, 27 f. — Befreiung nach Tarnow-Gorlice I, 126 ff. — Bethmann Hollwegs Rede über Polen (1915) I, 129 f. — „Krebs am Leibe Europas" I, 131. — Der zukünftige Polenstaat I, 132 ff. — Wiederherstellung II, 46 u. 50. — Als natürlicher Bundesgenosse Deutschlands II, 63 f. — Unabh. Königreich d. d. Zentralmächte proklamiert II, 15 u. 82 ff. — Polnische Preßstimmen zur Errichtung d. Kgrs. Polen II, 88. — Das Kgr. Polen u. Rußland II, 82. — Kein geschloss. Nationalstaat III, 26. — Zahl und Verteilung in Preußen I, 133. — Verteilung a. d. Preuß. Gebiet II, 83 f. — Das Russentum III, 62. — Todfeinde des Panslawismus I, 40. — Verhältnis z. russischen Republik und Deutschland II, 233. — Russ. Revolution II, 233 f. — Deutschenhaß seit d. letzten Jhrz. d. 19. Jahrhdt. II, 236. — Anschluß an Rußland? II, 234. — Anschluß an d. Mittelmächte II, 234. — Proklamierung d. Unabhängigkeit u. Separatfrieden m. Rußland II, 271. — Zukunftsstreben III, 28. — Die junge polnische Armee III, 29. — Parteiwesen III, 28. — Die Schwie-

rigkeit d. poln. Problems III, 113 ff. — Annexion poln. Gebiete aus strateg. Gründen? III, 69 f. — Neue polnische Teilung III, 68 f. u. 115. — Austro-polnische Lösung III, 158 f. — Gefahr der austro-polnischen Lösung III, 114. — Gouvernement Cholm III, 32 f. — Grenzstreitigkeiten m. Litauen III, 107. — Unmöglichkeit einer befriedigenden Lösung II, 235/36.

Polen, preuß. Kreis Adelnau I, 133. — Preußisches Polen u. Kgr. Polen II, 99 f.

Polenlieder, deutsche II, 236. — gesammelt v. H. Delbrück II, 100.

Polenpolitik, preuß., unter Bismarck II, 88 u. 151. — Von Kardorff II, 88 f. — Unter Caprivi II, 150. — Unter Bülow II, 150. — Unter Bethmann II, 151. — Schaden II, 233. — Polnisches Problem: europäisches II, 151. — Wreschener Schulkonflikt I, 131. — Schul- u. Sprachenfrage II, 236/37. — Und die kleineren Nationen I, 130. — Deutschen- und Polenfeindschaft II, 99. — Polentum und Russentum I, 133 f.

Politik u. Kriegführung II, 95. — P. u. Kriegführung in Deutschland III, 185 ff. — Moral II, 152 u. 238 f. — Gefühlspolitik und Bismarck II, 18.

Polnischer Feldzug 1914. (I) Warschau I, 77. — Feldzug 1914 (II) I, 78 f. — Hindenburgrückzug 1914 I, 77.

Posen II, 234.

Posse, E. Presse II, 362 f.

Potiorek, Feldzeugmeister, Befehlshaber gegen Serbien 1914 I, 163.

Presse. Wesen und Aufgabe (E. Posse) II, 362 f.

Preußen. Entstehung d. preuß. Staates I, 159 f. — Verbindung v. Staat u. Dynastie I, 159/60. — Wesen u. Entwickl. d. Offizierkorps II, 212 ff. — Friedr. d. Gr. u. d. Offizierkorps II, 211 ff. — Das Heer u. Friedr. d. Gr. II, 213. — Steins Reformen (modernisierte Stände) III, 1. — Führung i. d. Freiheitskriegen II, 362. — Ministerwechsel 1917. II, 274 ff. — Beamtentum u. Demokratisierung II, 278. — Parlamentarismus als Ruin d. Beamtentums u. Offizierkorps II, 280. — Annäherung an das engl. Regierungssystem II, 280 f. — Allg. Stimmrecht 1848. II, 180. — Thronrede (13. Jan. 16) u. Wahlreform I, 187 ff. — Kaiserl. Osterbotschaft II, 252. — Wahlrechtsreform z. Abgeordnetenhaus I, 188 f. — Dreiklassenwahlrecht II, 180, 277 u. III, 2. — Reform des Herrenhauses III, 4 f. — Herrenhaus als erweiterter Staatrat III, 7. — Gleiches Wahlrecht f. d. Abgeordnetenhaus III, 2 ff. — Wahlreform II, 178 ff., 203 ff., 282, 349 ff. u. III, 161 f. — Wahlreform,

öffentl. Erklärung dafür II, 252 u. 257. — Wahlreform u. d. Parteien II, 350 ff. — Wahlreform u. Zusatzstimmen III, 165 f. — Wahlreform, Regierung u. Berufswahlrecht III, 165. — s. auch Polenpolitik, preuß. — Die Polenfrage I, 132 ff. — Schwierigkeit des Polenproblems II, 235/36. — Schaden d. falschen Ostmarkpolitik II, 233. — Adelnau, polnischster Kreis I, 133.

Preußische Jahrbücher. Ihr politisches Programm I, 3. — Ihr Geist I, 2/3. — Alldeutsche u. Sozialdemokraten III, 139. — Kriegsziel I, 240 ff. — Friedensresolution u. ehemalig. Reichsfeinde II, 297/98. — Die deutschen Ostseeprov. I, 201.

Proporz. Seine Mängel II, 205. — Volkswille II, 204.

Protopopoff, russ. Innenminist. II, 169.

Przemysl kapituliert (März 15) I, 100. — Zurückerobert (1915) I, 114 f.

Puschkin I, 9.

Ranke, L. v. Seine Weltgeschichte III, 227. — Chauvinismus u. nat. Politik III, 131. — Parteien II, 302. — Ueber Gefahr und abenteuerliche Entwürfe II, 107/08. — Ueber deutsches Wesen II, 156. — Ueber Kleons Demagogie (Weltgesch.) I, 30. — Perikles u. Kleon II, 365.

Rawkalinie. Stillstand 1915. I, 82/83.

Redmond, J., Irenführer I, 245.

Reichstag. Geistiges Niveau II, 208. — Kommission z. Verfassungsreform II, 206. — Kommandogewalt des Kaisers II, 211. — Tauchbooterklärung d. Parteien I, 229 f. — Proklamation des Kgrs. Polen II, 86. — Geschlossene Majorität Juli 17. II, 335. — Friedensresolution II, 290 u. 254 ff. — Friedensresolution u. Kanzler II, 295. — Resolutionsmehrheit u. Volk II, 335 f. — Polit. Führung u. d. Parteien I, 259/60. — Vielgestaltigkeit d. Parteien II, 333. — Annexionismus d. d. Parteien II, 261. — Regierung u. Reichstag II, 333. — Tirpitz u. Uboote III, 25 f. — Ueberordnung über das Kaisertum Sept. 18. III, 185. — Nationalversammlung III, 218 f.

Reichstagsitzung vom 4. August 1914. I, 38 u. II, 10.

Reichstagsresolution s. Friedensresolution.

Religion, christl., u. Gotik II, 158.

Renaissance im Gegensatz zur Gotik II, 160.

Rennenkampf, russischer General 1914. I, 54.

Renner, österr. Sozialist II, 351.

Repington, engl. Militärschriftsteller. Ueber die Alliiertenoffensive 1916. II, 30. — Geg. d. Vereinheitlichung des

Oberbefehls III, 35. — Landesverratsprozeß III, 38.
Revancheidee in Frankreich I, 29.
Reventlow, Graf, Vorkämpfer d. Alldeutschtums II, 188. — Bekämpft d. Friedensgedanken II, 198 f. — Ueber d. Ursprung d. Krieges III, 77. — Englands Schuld am Kriege II, 34. — Annexion Belgiens II, 116. — Läßt belg. Militärkonvention fallen II, 121. — Ueber Tauchbootkrieg I, 212; II, 20 u. III, 146. — Zur Ostpolitik II, 186. — Tauchbootkrieg u. England III, 9. — Die Entente u. d. amerikan. Bundesgenossenschaft II, 246. — Eintritt Amerikas in d. Krieg III, 147. — Amerikanische Hilfe II, 379. — Niederlage 1918. III, 207 f.
Revolution, große französische II, 168.
Revolution, deutsche 1918. Anfang (Marine) und Gründe III, 210 ff. — Rat d. Volksbeauftragten, Arbeiter- und Soldatenräte III, 215 ff. — Offizierkorps und Beamtentum III, 216. — Unsicherheit der Regierung und Bolschewismus III, 219 f.
Rheinisch-Westfälische Zeitung. Belgien II, 117.
Richthofen, konservat. Abgeordn. i. Herrenhaus. Opposition geg. d. Wahlreform I, 189.
Rienzi II, 161.
Riga. Hindenburg vor Riga I, 120. — Als alte deutsche Stadt I, 143. — Einnahme II, 311.
Risikoprinzip f. unter Flotte.
Robertson, engl. Generalstabchef, und Lloyd George II, 354. — Der Versailler Kriegsrat III, 36.
Rodsiankow, Dumapräsident, II, 171.
Rohrbach, Paul. Ueber d. wirtschaftl. Problem I, 43. — Tauchbootkrieg I, 212. — Russ. Selbstzeugnisse II, 319. — Alld. Gefahr III, 196.
Rohstofffrage I, 58.
Ronickier, poln. Graf III, 62.
Römische Republik. Verfassung II, 179.
Roosevelt hetzt geg. Deutschland 1915. I, 205. — Als Präsidentschaftskandidat für Krieg mit Deutschland I, 253.
Root, amerik. Präsidentschaftskandidat I, 253.
Rößler, Konstantin I, 6.
Rousseau II, 168.
Rousset, franz. Oberst. Ueber Hindenburgs Taktik III, 89.
Rumänien u. Konstantinopel I, 103. — Eintritt i. d. Krieg 1916. II, 40 u. 271. — Wesen des rumän. Staates II, 41 f. — Aufmarschmöglichkeiten II, 40 ff.
Rumänischer Feldzug. Herbst 1916. II, 73/74 u. 92 ff. — Offensive geg. Walachei II, 93. — Constanza, Czernawoda genommen II, 93. — Schlacht bei Rimnicu-Sarat Dez. 16 II, 106 f. — Bukarest geräumt II, 106. — Ungeschickte strateg. Anlage d. d. Rumänen II, 104. — Hindenburgs Strategie II, 105.

Rumänischer Friede. Kühlmanns Werk III, 122.
Runcimann. Verständigungsfriede II, 288.
Rupprecht, Kronprinz v. Bayern. Schlacht bei Metz I, 50.
Russen. Haß gegen deutsches Volkstum I, 17.
Russ. Mobilmachung I, 46 u. 47.
Russ. Regierung und öffentliche Meinung I, 24.
Russ. Eroberungstrieb und die russ. Volksseele II, 319.
Russ. Ostseeprovinzen s. Ostseepr.
Russ.-franz. Bündnis u. deutsche Diplomatie I, 6.
Russ.-türk. Krieg 1877/78. I, 24; II, 40 u. 41.
Rustschuck s. unter Silistria.
Rußki, Nachf. d. Großf. Nicolai, vom Kommando abgef. I, 178.
Rußland. Das Deutschtum u. Peter d. Gr. I, 7. — Das Deutschtum u. Kath. II. I, 8/9. — Das Deutschtum u. Anna I, 8. — Das Deutschtum u. Elisabeth I, 8. — Peter III. u. d. Deutschtum I, 8. — Der Einfluß franz. Bildung i. 18. Jahrh. I, 9. — Die franz. Emigranten I, 9. — Die franz. Sprache als Muttersprache d. Gebildeten I, 9. — Seine Mission I, 18. — Sein natürl. Gegensatz zu Deutschland I, 6. — Bismarck u. Caprivi I, 5. — Bismarcks Auffassung I, 5. — Wesen des alten Rußland III, 53. — Fremdvölker I, 37. — Gegensatz zu England I, 84. — Drang nach d. Süden I, 12/13. — Dardanellenfrage I, 102 f.; II, 52 u. 67 ff. — Despotismus II, 172. — Idee des Föderalismus II, 196. — Widerspruch zw. Regierung u. Volk I, 149. — Allg. Wehrpflicht I, 100 f. — Friedensarmee I, 134. — Wesen seiner Armee I, 117. — Revolut. Strömungen im Offizierkorps II, 172. — Beamtentum II, 168 f. — Die Duma II, 175, 24 u. 229. — Semstwos II, 24. — Die Kirche III, 51. — Kirche und „Mir" III, 51. — Die Liberalen u. Polen II, 83. — Das selbständige Polen II, 82 f. — Agrarreformen u. Stolypin II, 172. — Agrarkommunismus II, 171 f. — Verhältnis zu Deutschland vor d. Kriege I, 5. — Autokratie u. aggressive auswärtige Politik II, 318. — Die russ. Autokratie als Bedrohung d. europ. Kulturwelt II, 228 ff. — Das Bauerntum als Träger d. Expansionstriebes II, 230. — Antideutsche Politik II, 149 f. — Bagdadbahn II, 147. — Russ.-jap. Krieg 1905 und Deutschland II, 148. — Algesiras 1906. II, 150. — Die Annexion von Bosnien 1908. I, 13. — Die Kriegsgefahr I, 23. — Kriegs- u. Friedenspartei II, 197. — Die Niederzwingung Serbiens I, 25. — Mobilisation (30. Juli 14) I, 27 u. 46. — Seine Teilnahme am Weltkrieg I, 1. — Als Urheber d. Krieges I, 31. — Schuld am Weltkrieg II,

52. — Wollte den Krieg II, 53 u. 55. — Hauptschuld am Kriege III, 76. — Revolution 1917. II, 168 ff. — Die Semstwos hinter der Revolution II, 171. — Kraft der Revolution II, 195. — Die revolut. provis. Regierung keine Girondisten II, 175 f. — Als Föderativrepublik II, 230 f. — Diktatur als Folge der Revolution II, 232. — Auflösung d. Machtstaats II, 320. — Kerenski u. Kornilow II, 310. — Das republik.-revolut. R. u. d. russ. Eroberungstrieb II, 319. — Zweite Revolution II, 370 ff. — Friedensverhandlungen m. Deutschland II, 371 ff. — Friede 1918 (Brest-Litowsk) III, 45 ff. — Das osteurop. Chaos III, 19 ff. u. 103 ff. — Die russ.-revolut. Republik und die Republiken Amerika und Frankreich III, 106 f. — Die mittelamerikan. Republiken u. d. russ. Chaos III, 106. — Ohnmacht des zukünftigen Neurußland III, 70. — Seine Zukunft III, 47. — Seine zukünftige geringe wirtschaftliche Kraft III, 49/50. — Revolution und Agrarreform III, 48 f. — Moskowien, Sibirien u. Ukraine III, 49.

Salisbury, engl. Staatsmann, lehnt Bismarcks Bündnisangebot ab II, 150. — Die belg. Neutralität II, 272.

Saloniki, Landung d. Entente 1915. I, 165.

Salonikiunternehmen I, 191 ff. u. II, 44.

Santen, v., Hauptm. i. Generalstab, über die „Champagneherbstschlacht" 1915. II, 25/26.

Sarrail, Befehlshaber d. Salonikiarmee II, 41 f. u. 242.

Sassanow, russ. Außenminist. Konstantinopel als eigentliches Kriegsziel I, 102 f. — Russ. Mobilmachung II, 53.

Seeberg, Professor. Die Adresse d. sechs Verbände I, 156. — Kriegszieleingabe a. d. Kanzler (1915) II, 261.

Seeherrschaft u. Tauchboot II, 19 ff.

Seekriegsrecht u. Tauchboot I, 202 f.

Selbstbestimmungsrecht d. Völker III, 67. — In Brest III, 13. — Volkswille II, 375 f. u. III, 12. — Landesvertretungen u. Volkswille II, 376. — Alfr. Weber darüber II, 366.

Semstwos in Rußland II, 171. — S. u. Duma II, 24.

Serajewo I, VII; 19. — Serbische Politik I, 21.

Serbentum. Neben Deutsch- u. Magyarentum in Oesterreich I, 26.

Serbien. Fällt 1718 (Friede v. Passarowitz) an Oesterreich I, 19. — König Milans austrophile Politik I, 26. — Als souveräner Staat I, 20. — Anlehnung a. Rußland, Spannung mit Oesterreich I, 20. — Großserbische Agitation in Oesterreich I, 20. — Verhältnis zu Oesterreich 1914. I, 61. — Rolle im Weltkrieg II, 52.

— Eroberung 1915. I, 165 ff. — Von d. Entente verlassen I, 169. — Völlig niedergeworfen I, 166. — Asquith fordert Wiederherstellung II, 79. — Zugang zum Meer III, 54.

Serbischer Feldzug. 1914. Erster Einmarsch (August) I, 162 f. — 1914. Zweiter österr. erfolgreicher Einmarsch u. Rückzug I, 77, 80 u. 163. — 1915: I, 162 ff. — Mißerfolg d. Ententediplomatie I, 181 f.

Serbische Politik u. Serajewo I, 21.

Servius Tullius, röm. König. Klassenwahlrecht II, 179.

Sezessionskrieg, amerik. Vergleich mit Weltkrieg III, 204.

Shakespeare I, 138.

Sibirien. Loslösung v. Rußland II, 230.

Sicherungsfriede. Historische Parallele III, 16.

Siebenjähriger Krieg I, 76 u. III, 34.

Siegfriedstellung II, 202; III, 167 u. 169.

Silistria, zum türk. Festungsviereck (S., Rustschuck, Schumla, Warna) II, 41.

Sistowa, bulgar. Grenzstadt an d. Donau II, 40.

Sixtus, Prinz von Bourbon-Parma III, 82.

Skagerrak, Seeschlacht II, 1.

Skobeleff, als Träger d. Kriegshetze geg. Deutschland I, 12.

Slawen, kath. geg. russ.-orthod. als deutsche Aufgabe II, 99.

Smuts, engl. General II, 279.

Soissons, Schlacht 1915. I, 81.

Solf, Staatssekr. Rede i. d. „Deutschen Gesellschaft" (Aug. 18) III, 153 ff. — Selbstbestimmungsrecht d. zurückgebl. Völker II, 366.

Sommeschlacht. Juli 16. II, 26 ff., 70 ff. u. 92.

Sonnino, ital. Minist., geg. Zerschlagung Oesterreichs III, 199.

Souchon, deutsch. Admiral. Ueb. Türkei u. europ. Gleichgewicht I, 84.

Sozialdemokratie und Regierung seit August 1914. II, 9. — Ihre „Mauserung" I, 4 u. 38. — Die bürgerl. Parteien II, 9. — S. u. Staat II, 181. — Monarchie III, 211. — v. Bethmann II, 12. — Als staatserh. Partei I, 187 u. II, 63. — Ihr Republikanismus II, 213 f. — Angriffskrieg II, 151. — Reichstagsreden Scheidemanns und Landsbergs (Dez. 15) I, 173. — Reform d. preuß. Wahlrechts I, 188. — Preuß. Wahlreform u. Massen III, 163. — Realpolit. Besonnenheit II, 282. — Politische Einsicht III, 163. — Internationale Tagung in Stockholm II, 248 f. — Stellung im künftigen Staatsleben I, 141. — S. u. Marxismus II, 316 f.

Sozialdemokratische Organisation u. Mobilmachung I, 39.

Sozialdemokratische Partei. Revolution III, 208. — Deutschlands Unglück vollendet III, 208 f.

Sozialismus. Anfänge II, 316.
Sozialpolitik, deutsche, u. Weltkrieg III, 135 f. — Englische III, 136.
Sozialreform in Deutschland. Ihr Segen I, 37 f.
Sozialrevolutionäre in Rußland II, 173.
Spahn, Zentrumsführer, über Belgien II, 261 u. III, 140. — Preuß. Justizminister II, 275.
Speyer, Reichstag 1526 III, 19.
Suchomlinow-Prozeß II, 378.
Südostfront. Zusammenbruch 1918. III, 181.
Südslawen I, 17. — Keine nat. Einheit I, 21.
Südslawischer Staat III, 199.
Suezkanal. Sperrung? I, 185 f. — Engl. Erfolge (Okt. 16) II, 163.
Sussex, franz. Dampfer, torpediert I, 253. — Torpedierung u. öffentl. Meinung i. Amerika III, 188.
Suttner, B., v., II, 317.

Schäfer, Dietr., Professor. Geg. einen „matten" Frieden I, 157. — Polenpolitik I, 157 f. — Kriegsziele 1915. II, 261. — Ueb. d. Ostfrieden III, 101.
Scharnhorst, Reformen II, 215.
Scheer, deutscher Admiral II, 2.
Scheidemann, soziald. Reichstagsabgeord. II, 186. — Ueb. Belgien 1916. II, 79/80.
Schiedsgericht. Im Haag II, 48. — Sch. u. Papst II, 50. — Oesterr.-ungar.-serbisch. Konflikt II, 54. — Unparteilichkeit II, 50.
Schiemann, Th., Professor, s. Politik III, 174.
Schiffer, Dr., Direkt. i. Reichsschatzamt II, 275.
Schiffsraub d. Entente u. Tauchbootkrieg III, 205.
Schilinski, russ. General, geg. Ostpreußen 1914. I, 54.
Schlieffen, ehem. Chef d. Generalstabes. Cannä I, 54. — Taufe d. „Gneisenau" I, 72.
Schmidt, preuß. Kultusminist. II, 275.
Schmidt, Erich I, 2.
Schmidt, F. J., Professor. Ueb. polit. Gleichgewicht I, 60.
Schmoller, G. II, 253.
Scholastik u. Mystik i. Mittelalter II, 157.
Schorlemer, v., preuß. Landwirtschaftsminist. II, 274.
Schulze-Gävernitz, Prof., über Englands Industrie, Handel u. Bankwesen I, 152 f.
Schumacher, Prof. Kriegsziele (1915) II, 261. — Gegen öde Weltherrschaft I, 137.
Schumla s. unter Silistria.
Schutzzoll u. Freihandel I, 154 f. — Weltkrieg III, 136.
Schwander, Oberbürgermeister v. Straßburg II, 275.
Schweden. Widerstand geg. engl. Blockade 1915. I, 204. — Finnland III, 56 f.
Schweiz. Der Fall Grimm-Hoffmann II, 250.
Schwerin, Graf, v., Präsident d. preuß. Abgeordnetenhauses. Ueber d. europ. Gleichgewicht I, 84. — Friedensbedingung. II, 298.

Staat u. Macht III, 179.
Staatsbürgertum u. Ständetum III, 2.
Staatsgerichtshof II, 207.
Staatssozialismus i. England (Lensch) II, 348.
Stände- und Staatsbürgertum III, 2.
St. Mihiel, Fort a. d. Maas I, 107.
Stapel, W., über „Bismarcks Erbe" I, 195 ff.
Status quo ante. Wilsons Politik II, 142 f. — Europ. Gleichgewicht I, 242. — Stellung der Entente dazu II, 246 f. — Friedensresolution II, 255. — Die engl. Eroberungen II, 260. — Die deutschen Kolonien II, 260.
Stegemann, H., Geschichte des Krieges II, 312.
Stein, Freiherr, v., und Volksvertretung II, 180. — Städteordnung II, 209. — Reformen II, 215.
Stein, v., preuß. Kriegsminist. II, 217.
Stellungskrieg, seine Methoden II, 240 ff.
Steuern. „Konskription d. Vermögens" i. England II, 286 f.
Stimmrecht, allg., s. unter Allg. gl. St.
Stöcker, konservative Volkspartei II, 351.
Stockholm II, 220. — Tagung d. intern. Sozialdemokratie 1917. II, 248 f.
Stolypin, russ. Minister. Agrarreformen II, 172 u. 231.
Strategie. Wesen II, 141. — Ermattungs- und Niederwerfungsstrategie III, 86. — Wert d. Angriffs u. d. Verteidigung II, 242. — Str. u. Technik III, 87. — Gebirge II, 45. — Zahlen I, 125. — Entwicklung seit 1870. III, 84. — Offensive u. Defensive II, 314. — Ermattungsstrategie II, 164. — Wesen des Ermattungskrieges I, 76. — Feldmarschall Blumenthal über Ermattungsstrategie I, 76. — Str. des Generalstabchefs v. Moltke 1914. I, 53. — Niederwerfung oder Ermattungsstrategie (1914/15)? I, 80 ff. — Ermattungsstrategie in der Sommeschlacht 1916. II, 29. — Ueberlegenheit d. deutschen Str. (Märzoffensive 18) III, 87/88.
Strategische Umfassung 1914. I, 49 f.
Stresemann, nationall. Abgeord., gegen Kühlmann III, 121.
Stumm, v., Herrenhausmitgl., über Fr. d. Gr. und Delbrück II, 12.
Stürmer, russ. Ministerpräs. II, 170. — Separatfriede II, 271. — Semstwos II, 24. — Polen II, 83.

„Tag, Roter", Bethmanns Politik II, 268 ff.
Taktik. Das Wachsen der Verteidigungskräfte seit 1870. III, 84. — Der Stellungskrieg III, 85. — Der Russen und Engländer 1916. II, 31 ff. u. 38 ff. — Moderne Durchbruchtaktik II, 166. — s. auch unter Infanterietaktik.

Talleyrand, franz. Staatsm. II, 128.
Tanks II, 202. — Ihre Bedeutung II, 241.
Tannenberg und Masuren 1914 I, 54/56.
Tarnow-Gorlice. Durchbruchschlacht Mai 15. I, 105, 108 ff. u. II, 141. — Genesis I, 111. — Durchbruchschlacht 1915. Grund f. d. Angriffslinie I, 109. — Verfolgung I, 113. — Wesen d. Verfolgung I, 114 f. — Weitere Verfolgung (Eroberung Polens) I, 120 ff.
Tauchboot. Admiral Galster darüber II, 147. — Seeherrschaft II, 19 ff. — Abrüstung II, 327.
Tauchbootkrieg, verschärfter I, 2. — Als Gegenzug geg. d. engl. Aushungerung I, 90. — Schwierigkeit d. Problems I, 211 ff. — Konflikt m. Amerika 1915. I, 203. — Kriegsende I, 210. — Preuß. Abgeordnetenhaus (1915) I, 213. — Anträge d. Reichstagfraktionen I, 229 ff. — Zahl der Uboote III, 147, Anm. — Gefahr eines krieger. Eingreifens Amerikas (Sussex) I, 252 ff. — Beilegung d. Konflikts mit Amerika I, 258 ff. — Graf Reventlow darüber II, 19 ff. — Erklärung des rücksichtslos. Tauchbootkrieges (1. Febr. 17) II, 142 f. — Amerika II, 142 ff. — Wilsons Vermittlung III, 191. — Wirkung auf England II, 199 f. — Seine Wirkung u. d. deutsche Kolonialreich II, 227. — „Binnen wenigen Monaten" III, 146 ff. — Langsame Wirkung II, 245 u. 286. — Schiffsraub d. Entente a. d. Neutralen III, 63.
Technik u. Strategie III, 87.
„Temps", franz. Ztg., das kaiserliche Deutschland muß zerstört werden II, 249.
Tettau, v., Oberstltn., Militärschriftsteller I, 55.
Thermopylä. Gebirgsverteidigung II, 93.
Thimme, Fr., Prof. Ueber Konvention v. Tauroggen I, 140. — Ueber Bismarcks Staatsstreich 1890. I, 140. — Arbeiterschaft im neuen Deutschland I, 140.
Thucydides, griech. Geschichtsschreiber II, 7. — Sittl. Verwilderung i. Peloponn. Krieg III, 123. — Nat. Politik u. Chauvinismus III, 131.
„Times", engl. Ztg., kündigt Offensive i. Galizien an (1915) I, 82. — Läßt d. posit. Ziele d. Vierbundes fallen (Dez. 15) I, 178.
Tirpitz, v. Großkampfschiffe: für Abkommen mit England (vor dem Kriege) II, 327. — Als Politiker III, 24 ff. u. 134. — Verabschiedet I, 221. — Schöpfer d. deutschen Flotte I, 226. — Geg. die Friedensresolution II, 254. — Vorsitzender d. Vaterlandspartei II, 303. — Belgien, Brückenkopf Englands II, 304 f. — Falsche Marinepolitik III, 139. — Tauchbootbau verhindert III, 25.

— Ueber das Tauchboot III, 42. — Geg. franz. Gebietsabtretungen III, 71. — Oberherrschaft über Belgien III, 103. — Flandrische Küste III, 23. — Verschärfter Tauchbootkrieg III, 150.
Tisza, Graf, ungarischer Staatsmann, über rumän. Kriegserklärung II, 42.
Tönnison, Estenführer, gegen Anschluß an Deutschland III, 57.
Trajanswall, Schlacht am II, 93.
Trapezunt von d. Russen genommen (April 16) I, 256.
Treitschke, H., v. Als Sachse II, 253. — Preuß. Jahrb. I, 2. — Ueber Weltbürgertum I, 2. — Ueber Weltreich u. nationaler Gedanke I, 2. — Ueber Fremdwörter I, 2. — Warnung vor Prestigepolitik I, 137.
Trepow, russ. Ministerpräsident, Nachfolg. Stürmers II, 83 u. 100.
Troeltsch, E., Professor. Geist d. deutschen Kultur I, 136. — Politik u. Moral II, 239. — Humanismus u. Nationalismus II, 155 ff.
Trott zu Solz, v., preuß. Kultusminister II, 274.
Trotzki, Bolschewistenführer II, 370. — Wilson III, 39.
Trudowiki, russ. Partei II, 173.
Tscheidse, Führer d. Sozial-Revolutionäre i. Rußl. II, 173 u. 176.
Turgenieff, sein Studium a. d. Berliner Universität I, 10.
Türkei. Das engl. Weltreich II, 46. — Dardanellenfrage II, 67. — Deutsches Kolonialreich i. Afrika II, 225 f. — Zusammenbruch d. Front i. Palästina III, 178. — Regierung Enver-Talaat tritt zurück III, 181.

Uboot s. Tauchboot.
Ubootkrieg s. Tauchbootkrieg.
Uebersberger. Panslawismus I, 138 f.
Ukraine. Stellung z. Großrußland II, 196. — Loslösung v. Rußland II, 230. — Selbständigkeitserkl. III, 46/47. — Bäuerl. Privateigentum III, 49. — Wirtschaftl. Bedeutung nach d. Kriege III, 117. — Bolschewismus III, 20. — Kampf um Cholm III, 107. „Unabh. Ausschuß" u. England II, 64/65. — Geg. Bethmann II, 253. — Seine „schneidige" Politik II, 223.
Unterseeboot s. unter Tauchboot.
Ursachen d. Weltkrieges I, 28 f., 30 ff., 91 u. III, 74 ff. — Schriften darüber I, 45 ff. — Drei Gründe: vierter, engl. Handelsneid II, 326, Anm. — s. auch unter Weltkrieg.
Utrecht, Friede von (1713) II, 459.

Valentin, Veit, Professor, und Reventlow II, 138.
Valentini, Chef d. Zivilkabinetts III, 10.
Vandervelde, belg. Minister, üb. deutsche Friedensbed. II, 223.
Varna s. unter Silistria.

Vaterlandspartei, deutsche. Programm II, 303 ff. — Störung d. nat. Einheit II, 338. — Nachwahlen III, 17.
Venizelos, griech. Staatsmann, II, 44 u. 244 f.
Verdun. 1914. I, 51. — Beginn des deutschen Angriffs (Febr. 16) I, 220 f. — Strategisches Ziel I, 222. — Vergleich mit Sommeschlacht II, 39. — Deutsche schwere Artillerie I, 269. — 57 franz. Divisionen eingesetzt I, 269. — Vgl. mit Avaricum (Vercingetorix) I, 257. — Franz. Verluste I, 257. — Entlastungsversuch der Italiener, der Russen I, 224. — Die Engländer I, 224.
Vereinigte Staaten s. Amerika.
Verneuil. Besiegtes Deutschland Bedrohung d. Welt II, 223.
Versailles, Friede von (1783) III, 80.
Versailler Kriegsrat III, 35 ff.
Verständigungsfriede u. Reichstag II, 256. — Entente III, 64 ff. u. 120. — Verzicht auf Belgien III, 120/21.
Vierverband s. Entente.
Viktoria, Gemahlin Kaiser Friedrichs III., u. Bismarck I, 236.
Viviani, franz. Minister, über Elsaß-Lothr. (1914) I, 72. — Tritt zurück I, 70.
Volk. Hegels Wort II, 262. — Freies V. u. Zensur II, 7. — V. u. Politik II, 262.
Völkerbund und Machtgedanke III, 180. — Zusammenbruch Rußlands III, 63. — Weltkrieg II, 155/56. — Bethmann erklärt sich dafür (Nov. 16) II, 75. — Heilige Allianz 1815. II, 76.
Völkerrecht. Englands Bruch I, 80.
Volksbund s. Freiheit u. Vaterland III, 154 f.
Volkspolitik u. Angriffskrieg II, 152.
Volksstaat II, 205. — Parteiregierung III, 184 ff. — Obrigkeitsstaat III, 184.
Volkstum, deutsches, I, 3.
Volkstum u. Nationalstaat II, 84.
Volkswille. Wesen II, 204 f. — Massenabstimmung III, 66 f. — Landesvertretungen II, 376. — Selbstbestimmungsrecht III, 12. — Parlamentarismus II, 278. — Volksw. u. Regierung II, 204.
Vollmar, v., soz. Abgeordneter. Neuorientierung und Umsturz II, 214.
Voltaire. Sein Einfluß a. d. russ. Gesellschaft I, 9. — Franz. Revolution II, 168.
Vorst, Hans. Berichte üb. Stimmung i. Engl. u. Frankr. I, 177. — Ueber Rußland III, 105 f.
„Vorwärts." Stellung z. preuß. Wahlreform u. Friedensfrage II, 282.

Waffenstillstand 1918. Gesuch u. Notenwechsel (Okt. 18) III, 193 f. — Friede III, 201. — Demobilisierung III, 200. — Abgeschlossen III, 203.
Wagram, Schlacht I, 112.

Wahlpflicht. Bismarcks Aeußerung III, 98. — s. auch Wahlrecht.
Wahlrecht, das beste III, 162. — Demokratisches, im Deutschen Reich II, 178. — Im zweiten napoleonischen Kaiserreich II, 178. — Passives W. z. franz. Nationalvers. III, 2. — W. u. Wahlpflicht III, 92.
Wahlrechtkämpfe i. 19. Jahrh. II, 179 f.
Wahlreform s. unter Deutsches Reich u. Preußen.
Waldow, v., Leiter d. Kriegsernährungsamts II, 274.
Wallraf, Oberbürgerm. v. Köln, z. Staatssekr. d. Reichsamts d. Innern ernannt II, 275.
Walter, Mitbes. d. „Times", üb. d. Dardanellen I, 102.
Waräger, Nordgermanen, Reich um Nowgorod u. Kiew III, 108.
Warschau, Kämpfe um (Herbst 14) I, 87. — 1915 geräumt I, 127. — Zentralpunkt aller diplom. Intriguen II, 235. — Als polnische Hauptstadt keine polnische Stadt III, 27.
Wedel, v., Präsident d. Herrenhauses. Friedensbedingungen II, 298.
Wehrpflicht u. Wahlpflicht III, 95 f.
Wells, H. G. Völkerliga III, 156.
Weltbürgertum. Treitschkes Ansicht I, 2. — Nationaler Gedanke II, 367.
Weltgeschichte. Abfolge d. Ereignisse III, 216. — Vernunft und Ergebnis d. Weltkrieges III, 180.
Weltherrschaft. Deutsche Professoren warnen davor I, 137.
Weltherrschaftspläne der Alldeutschen II, 189 f.
Weltkrieg. 1913 richtig vorausgesehen I, 1. — Seine Ursachen I, 28 ff. u. 91. — Ursprung u. Wesen („Deutschland und der Weltkrieg") I, 135 ff. — Ursache: englischer Handelsneid? I, 151 ff. u. II, 326. — Rußlands Hegemonie auf d. Balkan als Objekt d. Krieges I, 31. — Genesis II, 52. — Schuldfrage II, 62. — Der Schuldige II, 137 f. — Drei Gründe II, 326. — Russ. Mobilmachung II, 53 u. 269. — Seine Vermeidbarkeit II, 54. — Rußland u. Ausgleich zw. Deutschland u. England II, 55. — Vermeidbarkeit und Pazifismus II, 52. — Seine Unvermeidbarkeit II, 56. — Engl. Einkreisungspolitik II, 137 f. — Oesterreichs lückenhafte Kriegsverfassung II, 327.
Weltpolitik. Die „Köln. Ztg." darüber II, 229.
Weltreich. Treitschke über sein „ödes Einerlei" I, 2.
Weltwirtschaftsleben I, 151 f.
Westarp, Graf, gegen Kühlmann III, 121.
Westfront. Feldzug 1914. I, 40 ff. u. 48 ff. — Kämpfe i. Frühjahr 1915. I, 85/86. — Hindenburgrückzug 1917. II, 166 f. — Deutsche Offensive 1918. III, 63/64 u. 84 ff. — März 1918 schwere Verluste III, 207. — Ententeoffensive Juli 1918

III, 205 ff. — Siegfriedstellung aufgegeben III, 181.
Westmächte s. Entente.
Wiener Kongreß II, 58 u. 76.
Wilamowitz-Moellendorff, Prof. Ueber nationale u. universale Bildung I, 158 f.
Wilhelm I. Sozialpolitik II, 332.
Wilhelm II. und Bismarck I, 238. — Das Verhältnis zu Rußland I, 5. — Kriegsanfang 1914. II, 10. — Präventivkrieg I, 39. — Gegen Angriffskrieg 1905. II, 154. — Friedensangebot Dez. 1916. II, 113. — Der „Unabhängige Ausschuß" II, 114. — Verglichen mit Napoleon I. II, 132 f., 135 u. 288. — W. II. u. die Parteiführer II, 257. — Völkerfriede II, 332. — Zu wenig Autokrat gegen d. öffentl. Meinung III, 215. — Abgedankt. Flucht nach Holland III, 203.
Wilhelm, deutscher Kronprinz. Schlacht bei Longwy I, 50.
Wilna, Hauptst. v. Litauen III, 107.
Wilson, Präsident d. U.S.A. Note an England 1915. I, 172. — Versenkung d. Lusitania I, 205. — Scharfe Note an England (Juli 15) I, 205. — Note vom 23. Juli 15 an Deutschland („Freiheit der Meere") I, 205. — Sussexnote I, 253 f. — Kundgebung zur Vermittlung (Sommer 16) III, 188. — Friedensvermittlungsangebot Dez. 1916. I, 262 ff. u. II, 101 f. — Friedensvermittlung und Deutschland I, 264 ff. — Note an die Kriegführenden („Friede ohne Sieg") II, 118 ff. — Deutsche Antwort auf s. Friedensnote II, 186. — Friedensvermittlung: Triumph Deutschlands II, 64. — Vermittlungsrede als Hilfsaktion für Deutschland II, 121. — Vermittlung Dez. 16 u. d. deutsche Friedensangebot III, 189. — Seine Vermittlungsaktion u. d. verschärfte Ubootkrieg III, 191 f. — Sieg oder Unterwerfung II, 249. — Note (z. Papstnote) Aug. 17, Status quo ante II, 309. — Kriegserklärung a. Oesterreich (Dez. 17) II, 378. — 14 Punkte (Jan. 18) III, 14 ff. — Botschaft v. 11. Febr. u. d. 4 Punkte III, 38 f. u. 135. — Kriegsziele (Botschaft v. 4. Dez. 17) = Lansdownebrief u. Friedensresolution II, 378 f. — Verschiedene Beurteilung II, 142 f. — Seine Politik I, 209. — Geg. Deutschland I, 202. — Elsaß-Lothr. u. sein Buch „Der Staat" III, 15. — Polen II, 120. — Freiheit d. Meere II, 120.
Wimborne, Lord, Vizekönig v. Irland. Resolution üb. Friedensverhandlungen III, 132.
Wirtschaftliche Lage nach dem Kriege II, 305 u. III, 117.
Wirtschaftliches Problem I, 43.
Wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands I, 179 f.

Wirtschaftsleben d. Welt. England, Deutschland, Amerika I, 151 f.

Wirtschafts-Verbände, sechs. Kriegszieladresse a. Bethmann I, 143 f. — Ihre Kriegszieleingabe a. d. Reichskanzler II, 261. — Kriegsziele III, 140.

Wladiwostok II, 169.

Wolff, E. Ueber Föderalismus u. Demokratie II, 209.

Wolff, Felix, Rassenforscher, III, 44.

Wolf, Heinrich, Professor, III, 44.

Wolf, Theod., Chefred. d. „B. T." II, 186.

Wrangel, Freiherr v. Ueber Rußland III, 105 f.

Wreschen, Schulkonflikt (Manchester Guardian) I, 131.

Xenophon, über Niedergang Hella's III, 214.

Xerxes, Thermopylä II, 93.

Ypern s. Yserabschnitt.

Yserabschnitt. Kämpfe Herbst 1914. II, 73 f.

Zabern 1914 und öffentliche Meinung III, 209.

Zahl, Wichtigkeit im Kriege I, 125.

Zarismus u. Abrüstungsgedanke II, 316 f. — Zusammenbruch d. zarist. Kriegsstaates I, 2.

Zedlitz, Freiherr v. Für den Uboottrieg I, 259. — Belgien II, 117 f. — Königreich Polen II, 86.

Zensur u. Kriegsziele I, 5. — Krieg II, 7. — Z. u. freies Volk II, 7. — Streichungen III, 205 ff.

Zentralmächte. Polnisches Problem III, 30.

Zentrum u. Sozi I, 9. — Sturz Bethmanns II, 267.

Ziehen, Th., Professor, II, 141.

Zimmermann, Staatssekr. des Ausw. Wilson u. Ubootkrieg III, 192. — Mexiko III, 192.

Zimmermann, E. Kolonien II, 306. — Flandr. Küste u. Kolonialreich III, 144.

Zimmermann, Eug. Angriff geg. Bethmann II, 268 ff.

Zivildienstpflicht in Deutschland II, 89/90.

Zweibund (Rußland u. Frankreich) geg. Dreibund I, 12.

J. S. Preuß, Berlin S. 14, Dresdener Straße 43.

Verlag von Georg Stilke in Berlin NW. 7.

Hans Delbrück:

Krieg und Politik

I. Teil: 1914—1916

Preis **10.— Mk.**

II. Teil: 1916—1917

Preis **18.— Mk.**

Das Werk, das durch den vorliegenden Band abgeschlossen wird, ist eine Sammlung der Monats-Uebersichten in den „Preussischen Jahrbüchern", so dass eine fortlaufende Geschichte des Krieges nach der politischen wie nach der militärischen Seite entstanden ist. Die Darstellung der Schlacht bei Cannä in Delbrücks „Geschichte der Kriegskunst" hat einst den historischen Ausgangspunkt für die strategische Theorie des Generalstabschefs Grafen Schlieffen gebildet. Als Erforscher der Geschichte der Kriegskunst hat Delbrück auch die Ereignisse des Weltkrieges begleitet und dargestellt. Seine politische Stellung ist dadurch bezeichnet, dass ihn ein grosses süddeutsches Blatt den eigentlichen Vater des Gedankens des Verständigungsfriedens genannt hat. Delbrück hat in der Tat auf diesen Namen einen Anspruch, denn nicht erst als die Kräfte sich hüben und drüben müde gerungen hatten, sondern von Beginn des Krieges an hat er, wie dieses Buch zeigt, das Programm aufgestellt und verfochten, welches später Regierung und Reichstag in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes vertraten.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7

General von Schlichting und sein Lebenswerk

Herausgegeb. v. **E. Freiherr von Gayl,** General d. Inf. z. D.

28 Bogen Groß-Oktav,
mit einem Bildnis Schlichtings und 4 Uebersichtskarten.

Preis broschiert M. 7.—, im Halbfranzband Mk. 9.—.

General von Schlichting hat sich durch sein epochemachendes Werk: „Taktische und strategische Grundsätze der Gegenwart" in der Militärliteratur einen bedeutenden und für lange Zeit geltenden Namen gemacht. Er ist der Vertreter und Vorkämpfer Moltkescher Kriegskunst gegenüber den Strömungen, die auch heute noch Napoleonischen Vorbildern für die Heerführung den Vorzug geben, und hat es in dem besagten Werke mit anerkanntem Erfolg unternommen, ein für die Neuzeit geltendes Lehrbuch vom Kriege im großen wie im kleinen zu schreiben. Ist dies ein bleibendes und großes Verdienst unseres Generals, so ist daneben doch namentlich auch die Art vorbildlich, wie er seine Truppen ausbildete und seine Offiziere belehrte und förderte. — Es ist aus dem Nachlaß des Generals aus zahlreichen Briefen, Manuskripten etc. zusammengestellt und in 6 Abschnitte geteilt: Schlichtings militärische Bedeutung, sein Wirken in der Zeit bis zum Regimentskommandeur, als solcher und als Chef des Generalstabs des Garde-Corps, als Divisionskommandeur, als kommandierender General XIV. Armeekorps und im Ruhestande. — Wir sehen ein langes, unermüdlich tätiges, äußerst vielseitiges Soldatenleben sich abspinnen, das die höchste Sympathie und gleichzeitig lebhaftes Interesse erweckt und jedem Offizier als ein Vademekum bei seiner eigenen Tätigkeit empfohlen werden kann; denn es wendet sich so gut an den jungen Offizier, wie an den gereiften General und selbst an den Feldherrn. Es enthält höchst beachtenswerte Ausführungen über alle großen militärischen Fragen, wie über alle Ausbildungsprobleme, es gibt die verschiedensten Uebungsanlagen für Kriegsspiele, Uebungsritte, Generalstabsreisen, Gebirgsübungen und Manöver und eingehende Besprechungen darüber, und beschäftigt sich im letzten Kapitel vorwiegend mit kritischen, höchst geistvollen und belehrenden Bemerkungen zu allen größeren militärischen Erscheinungen der Zeit bis 1909.

Hans Karl von Winterfeldt

Des Großen Königs Generalstabschef

Von **A. von Janson**

29 Bogen Groß-Oktav, mit einem Gravure-Bildnis Winterfeldts, einem faksimilierten Briefe und 16 Skizzen.

9.— Mk., in Halbfranzband 11.— Mk.

Das Buch schildert den bedeutendsten, leider zu früh gestorbenen Paladin Friedrichs des Großen und ergänzt die über letzteren und seine Kriege vorhandenen Werke in mehrfacher Weise. Ganz besonderes Interesse wird es für die Herren Offiziere des Generalstabes haben; denn Winterfeldt war, wenn auch ohne Titel, des Großen Königs Generalstabschef.

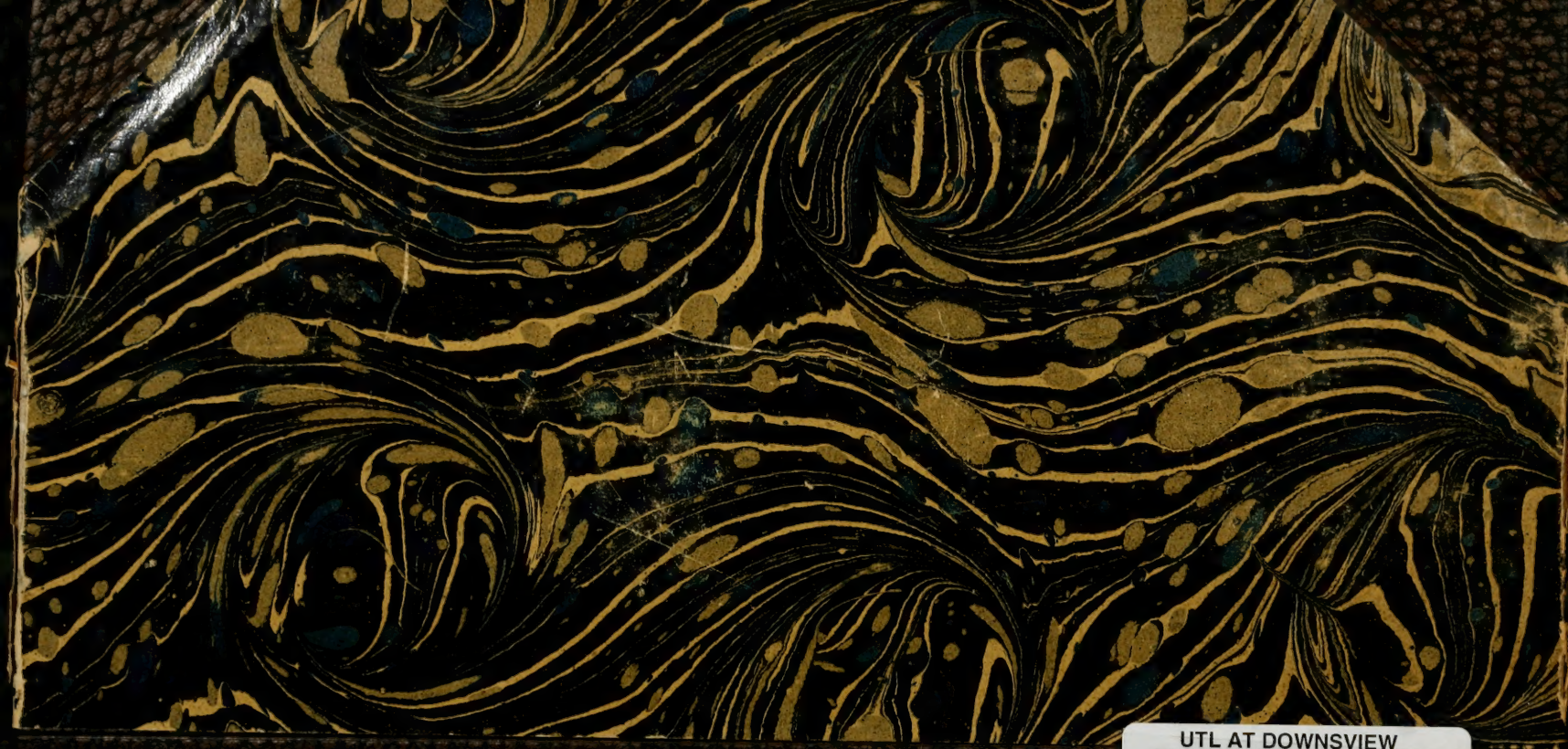
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

D
523
D34

Delbrück, Hans
Krieg und Politik

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY



UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 29 08 01 008 1